

Staatskanzlei

Raumplanungs-,  
Umwelt- und  
Baudirektion

Finanzdirektion

Direktion  
für Gesundheit  
und Soziales

Volkswirtschafts-  
direktion

Direktion der  
Institutionen und  
der Land- und  
Forstwirtschaft

Sicherheits- und  
Justizdirektion

Direktion für  
Erziehung, Kultur  
und Sport

Staatsrat

Kanton Freiburg

STAATSRAT

|  |           |
|--|-----------|
| <b>Staatsrat</b> .....   | <b>1</b>  |
| Einleitung .....   | 1         |
| <b>Rahmenbedingungen 2007</b> .....  | <b>1</b>  |
| <b>Stand der im Regierungsprogramm<br/>angekündigten Arbeiten</b> .....  | <b>2</b>  |
| Herausforderung 1: Unsere Jugend als Stärke des<br>Kantons hervorheben .....                                   | 2         |
| Herausforderung 2: Unsere Lebensqualität steigern.....   | 3         |
| Herausforderung 3: Das Zusammenleben verbessern...4  |           |
| Herausforderung 4: Unseren Lebensraum erhalten .....   | 6         |
| Herausforderung 5: Die Wirtschaft stärken und den<br>Kanton positionieren .....                                | 7         |
| Herausforderung 6: Sicherheit durch Bürgernähe<br>und eine leistungsfähige Gerichtsorganisation .....          | 8         |
| Herausforderung 7: Näher zum Bürger und<br>weniger Steuern.....  | 9         |
| <b>Aussenbeziehungen</b> .....   | <b>11</b> |
| <b>Finanzielle und personelle Auswirkungen der vom<br/>Grossen Rat im Jahr 2007 gefassten Beschlüsse</b> ..... | <b>16</b> |
| <b>Personalbestand</b> .....   | <b>21</b> |
| <b>Das Staatsratsjahr</b> .....  | <b>21</b> |
| <b>Parlamentarische Vorstösse</b> .....  | <b>22</b> |

## STAATSRAT

### Einleitung

Laut Artikel 109 der Verfassung des Kantons Freiburg vom 16. Mai 2004 unterrichtet der Staatsrat den Grossen Rat jährlich über seine Tätigkeiten und den Stand des Legislaturprogramms.

In diesem Tätigkeitsbericht (diese neue gesetzliche Bezeichnung ersetzt den Begriff Rechenschaftsbericht, der bis 2006 gebraucht wurde) werden beide Gegenstände, über die der Staatsrat den Grossen Rat unterrichten muss, berücksichtigt. Zu den herkömmlichen Kapiteln, in denen die Tätigkeiten der Direktionen und der Staatskanzlei vorgestellt werden, kommt ein erster Teil, der dem Tätigkeitsbericht des Staatsrats vorbehalten ist und in dem er den Stand der Regierungsrichtlinien für die Legislaturperiode erläutert. Der Bericht des Staatsrats enthält ebenfalls eine kurze Zusammenfassung des konjunkturellen Umfelds 2007 auf Grund der Entwicklung der Weltwirtschaft sowie der Schweizer und Freiburger Wirtschaft; diese Ausführungen befanden sich früher im Rechenschaftsbericht der Wirtschaftsförderung.

Der Staatsrat wollte mit der Trennung zwischen der Information über seine eigene Tätigkeit und den Auskünften über die Tätigkeit der Direktionen und der Staatskanzlei den Bericht leichter lesbar machen. Das gleiche Ziel wird mit den stets gleich aufgebauten Kapiteln über die Direktionen und Verwaltungseinheiten verfolgt.

## RAHMENBEDINGUNGEN 2007

### 1. Weltwirtschaft

Das seit 2004 stark angeregte Wachstum der Wirtschaft hat sich auch 2007 fortgesetzt, das Welt-Bruttoinlandsprodukt (BIP) dürfte laut Angaben des Internationalen Währungsfonds (IMF) eine beträchtliche Steigerung um 5,2 % erfahren.

Während bisher vor allem die USA die traditionelle Zugmaschine der Weltwirtschaft war, sind es heute mehr die Länder des asiatischen Kontinents, in der Hauptsache Indien und China. So hat China zum Beispiel dank seinen Exporten und den inländischen Investitionen 2007 eine fulminante Steigerung seines BIP um + 9,2 % erlebt. Japan fand den Weg aus der strukturellen Krise, von der es während Jahren gelähmt war, und konnte die 2006 festgestellte Verbesserung bestätigen; das Wachstum seines BIP dürfte rund 1,9 % betragen. Das US-amerikanische BIP wird laut Analytikern um etwa 2,2 % wachsen.

Nach der schwierigen Zeit 2005 konnte die Euro-Zone die 2006 beobachteten guten Veranlagungen ebenfalls bestätigen. Nach Schätzungen des BAK Basel Economics wird das europaweite Wachstum 2007 bei 2,6 % liegen.

Dagegen wird das Wachstum wegen der Finanzkrise im Zusammenhang mit den sog. Subprimes (Risiko-

kredite, die in den USA zahlungsschwachen Kunden gewährt wurden, wobei zur Sicherung des hohen Risikos ein erhöhter Zins verlangt wird) und wegen des hohen Erdölpreises sich 2008 abschwächen; so lauten die konjunkturellen Kennzahlen des letzten Quartals 2007. Die wichtigsten Motoren der Weltwirtschaft werden erstmals Indien und China sein. Die konjunkturellen Aussichten sind für die USA gedämpft, wo sich die Folgen der Hypothekarkrise bemerkbar machen und das Wachstum des Konsums weniger stark steigen wird als in den letzten Jahren. Die Eurozone wird ebenfalls eine Verlangsamung spüren, das Wachstum wird jedoch wegen der starken Inlandnachfrage relativ konsistent sein. Der IMF prognostiziert für 2008 ein weltweites Wachstum des BIP in der Grössenordnung von 4,8 %.

### 2. Wirtschaft in der Schweiz

In der Schweiz folgt die Wirtschaft der weltweiten Tendenz. Die Schweizer Wirtschaft hat während des ganzen Jahres eine positive Entwicklung erlebt und die Experten des Staatssekretariats für Wirtschaft (seco) setzen für 2007 auf ein BIP-Wachstum von 2,8 %. Die Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs während der Jahre 2004–2007 wird sich somit in einem mittleren jährlichen Wachstum von 2,7 % niederschlagen.

Hingegen wird die Schweizer Wirtschaft 2008 nicht der weltweiten wirtschaftlichen Verlangsamung entgehen können. Der Aufschwung wird weniger kräftig sein. Das seco sieht ein Wachstum des BIP von 1,9 % voraus. Dieses wird durch den privaten Konsum gestützt, der weiterhin zunehmen dürfte, da der Arbeitsmarkt sich guter Gesundheit erfreut.

Die weltweit schwächere Konjunktur wird auch die ausländischen Handelspartner treffen, was sich auf die Schweizer Exporte negativ auswirken wird. Auch die Investitionen in Ausrüstungsgüter werden sich verlangsamen.

### 3. Wirtschaft im Kanton Freiburg

Das Wachstum hat sich 2007 im Kanton Freiburg fortgesetzt, das PIB erfuhr eine Steigerung um 2,5 %. Praktisch alle Wirtschaftszweige haben zu diesem guten Resultat beigetragen, besonders positiv waren dabei die Leistungen der auf den Export ausgerichteten Industrie der Ausrüstungsgüter: Die Exporte des Kantons Freiburg haben um 12 % zugelegt und erreichen nun 7,25 Milliarden Franken.

Im Jahr 2008 wird sich die Wirtschaft im Kanton Freiburg wohl der landes- und weltweiten Verlangsamung anschliessen. Die Experten von BAK Basel Economics rechnen mit einem Wachstum des BIP von etwa 2,1 %. Wie auf schweizerischer Ebene wird die Industrie der Ausrüstungsgüter auch im Kanton Freiburg mit einem abgeschwächten Wachstum rechnen müssen; dasselbe gilt auch für den Bau, da der Bauboom bei den Wohnungen sich seinem Ende nähert.

Arbeitsmarkt: Die jährliche mittlere Arbeitslosenziffer des Kantons Freiburg ist auf 2,7 % zurückgegangen und liegt nun knapp unter dem nationalen Durchschnitt (2,8 %); Freiburg bleibt Musterschüler der Westschweiz, vor dem Wallis (3,2 %) und dem Jura (3,3 %). Das seco erwartet, dass sich die positive Beschäftigungskurve in den Jahren 2008 und 2009 nach und nach abflachen wird (+ 1,5 % und + 0,5 % im jährlichen Mittel gegen + 2,5 % im Jahr 2007).

## **STAND DER IM REGIERUNGSPROGRAMM ANGEKÜNDIGTEN ARBEITEN**

### **Herausforderung 1: Unsere Jugend als Stärke des Kantons hervorheben**

#### **1.1 Die Harmonisierung der obligatorischen Schule weiterverfolgen**

Das Grossprojekt der Harmonisierung der obligatorischen Schule besteht aus mehreren Dossiers, an denen im Jahr 2007 weitergearbeitet wurde. Die am 14. Juni 2007 von der EDK verabschiedete Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat) befindet sich in den kantonalen Beitrittsverfahren. Die Botschaft an den Grossen Rat ist in Vorbereitung und das Kantonsparlament wird sich demnächst damit befassen. Die Westschweizer Schulvereinbarung, von der CIIP am 21. Juni 2007 verabschiedet, geht ebenfalls in die Beitrittsverfahren.

Zur Einführung des zweiten Kindergartenjahres wurde eine Vernehmlassung durchgeführt, deren Frist am 15. Oktober 2007 abgelaufen ist. Die ausgewerteten Vernehmlassungsergebnisse sind in den Umsetzungsbericht eingeflossen. Gleichzeitig wurde in drei Schulkreisen der Schulversuch mit der «Basisstufe» für die ersten Schulstufen fortgesetzt.

Für die Schulleitungen der Primarschulen ist schrittweise eine Pilotstruktur entstanden, die sich in allen Schulkreisen Deutschfreiburgs sowie an den Pilotstandorten im französischsprachigen Kantonsteil zu etablieren und entwickeln beginnt. Von den Schulprojekten wurden bis heute rund 40 Projekte (von 94 insgesamt möglichen) anerkannt. Die Durchführungsphase für die Schulprojekte dauert voraussichtlich bis 2012.

Das neu für den Sonderschulunterricht und den Schuldienst zuständige Amt für Sonderpädagogik (SoA) hat seine Tätigkeit am 1. Januar 2008 aufgenommen. Die EKSD ist für die Ausarbeitung eines kantonalen Konzepts zuständig und hat zu diesem Zweck eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Der allgemeine Rahmen für die Zusammenarbeit in diesem Bereich ist in der Interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik festgelegt, welche die EDK am 25. Oktober 2007 verabschiedet und dann den Kantonen zur Ratifikation unterbreitet hat.

#### **1.2 Die Infrastrukturen der Sekundarstufe II modernisieren**

Von den Projekten, die in dieser Legislaturperiode realisiert werden sollen, hat als erstes das Kollegium Gambach die gesetzgeberische Phase durchlaufen; der Grosse Rat hat das Dekret über einen Verpflichtungskredit von 58,15 Mio. Fr. für die Umgestaltung und Erweiterung des Kollegiums Gambach einstimmig angenommen. Die Volksabstimmung findet am 1. Juni 2008 statt. Für das Projekt des Berufsbildungszentrums zum Ausbau des Standorts Derrière-les-Remparts in Freiburg hat das Oberamt des Saanebezirks am 20. Dezember 2007 die Baubewilligung erteilt.

#### **1.3 Die Hilfe zugunsten von Jugendlichen in Schwierigkeiten verbessern**

Die Verbesserung der Hilfsangebote für Jugendliche in Schwierigkeiten ist im Regierungsprogramm unter den prioritären Aufgaben aufgeführt. Der Übertritt von der obligatorischen Schule in eine Ausbildung gestaltet sich für eine gewisse Zahl von Schülerinnen und Schülern schwierig. Mit der «Plattform Jugendliche» können dank der Koordination zwischen mehreren Institutionen Übergangslösungen angeboten werden für alle Jugendlichen, die nach der OS keinen Ausbildungsplatz finden. Um diese Einrichtung zu verankern und ihr eine Rechtsgrundlage zu geben, hat der Staatsrat am 30. Mai 2007 eine kantonale Kommission für Jugendliche mit Schwierigkeiten eingerichtet. Diese hat bisher eine erste Sitzung unter der Leitung von alt Staatsrat Claude Grandjean abgehalten.

Ziel ist es, die aktuelle Lage und die Ursachen zu analysieren. Das Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung wurde mit der Begleitung des Projektes betraut. Parallel dazu hat der Kanton beim Bundesamt für Berufsbildung und Technologie ein Unterstützungsgesuch für das kantonale Case-Management-Konzept eingereicht. Für die nächsten vier Jahre ist die finanzielle Unterstützung des Bundes gesichert. Das Dispositiv für die Zielgruppe, welches schrittweise aufgebaut wird, soll die Koordination für sämtliche Jugendlichen verbessern und diese bei der Suche nach einer Lösung begleiten und unterstützen.

#### **1.4 Die Freiburger Hochschulen positionieren**

Die Arbeiten an der Fachhochschule Westschweiz gehen weiter. Daneben konnte der Kanton sich dank zweier Initiativen besser profilieren und seine Hochschulen besser positionieren. Der Kanton Freiburg gründete eine Stiftung für Forschung und Entwicklung der Mehrsprachigkeit. Die mit einem Startkapital von 2,5 Millionen Franken dotierte Stiftung schafft einen günstigen Rahmen für die Einrichtung des Forschungsinstituts für Mehrsprachigkeit und mehrsprachige Erziehung. Das von der Universität und der Pädagogischen Hochschule gemeinsam getragene Institut soll zu einem Kompetenzz-

zentrum zur Führung und Koordination der Forschung auf dem Gebiet der Mehrsprachigkeit werden und gleichzeitig die Lehre unterstützen. Eine solche Struktur bildet zudem eine gute Grundlage für die Anbindung der wissenschaftlichen Institution zur Förderung der Mehrsprachigkeit, wie sie das kürzlich verabschiedete Sprachengesetz des Bundes vorsieht.

Eine weitere Innovation, die der Entwicklung der Universität einen Impuls geben soll, ist die vom Freiburger Industriellen Adolphe Merkle ins Leben gerufene Stiftung zur Förderung von Forschung und Lehre. Dank dieser mit 100 Millionen Franken dotierte Stiftung kann die Universität Freiburg mehrere ihrer strategischen Schwerpunkte vorantreiben: Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Nanomaterialien mit dem der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät angeschlossenen Adolphe Merkle-Institut; Steuerung des Innovationsprozesses mit einem neuen Lehrstuhl für Innovationsmanagement und Technologietransfer; Unterstützung des Forschungsinstitut für Mehrsprachigkeit und mehrsprachige Erziehung.

### **1.5 Gesetzgebungsprojekte zur Herausforderung Nr. 1**

- Gesetz über den Kindergarten, die Primarschule und die Orientierungsschule (Schulgesetz, Totalrevision) – Vorarbeiten in Gang
- Gesetz über den Sonderschulunterricht (Totalrevision) – Arbeiten noch nicht begonnen
- Gesetz über die Kantonale Lehrmittelverwaltung Freiburg (neu) – Gesetz am 13.9.2007 verabschiedet
- Gesetz über den Sport (neu) – Vorarbeiten in Gang
- Gesetz über die Stipendien und Ausbildungsdarlehen (Totalrevision) – Entwurf von der parlamentarischen Kommission geprüft
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung (Totalrevision) – Gesetz am 13.12.2007 verabschiedet
- Gesetz über die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (Totalrevision) – Gesetz am 14.3.2007 verabschiedet
- Gesetz über die Universität (Totalrevision) – Auftrag vom SR angenommen
- Gesetz über die Pädagogische Hochschule (Totalrevision) – Vorarbeiten in Gang
- Gesetz über die Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft (Totalrevision) – Arbeiten sistiert auf Beschluss des Staatsrates vom 30.5.2007
- Gesetz über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schulzeit (neu) – Gesetzesentwurf in Vorbereitung
- Gesetz über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Interkantonalen Vereinbarung über die Zusammen-

arbeit im Bereich der Sonderpädagogik (neu) – Gesetzesentwurf in Vorbereitung

- Gesetz über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Westschweizer Schulvereinbarung (neu) – Gesetzesentwurf in Vorbereitung

## **Herausforderung 2: Unsere Lebensqualität steigern**

### **2.1 Die Gesundheit der Bevölkerung erhalten und fördern**

In seinem ersten Tätigkeitsjahr hat sich der Verwaltungsrat des freiburger Spitals (HFR), das die sechs Standorte des Freiburger Spitalnetzes vereinigt, mit den organisatorischen und strategischen Fragen befasst, die sich mit der neuen Struktur stellen. Im Zentrum der Arbeit standen namentlich Fragen, die das Personal, die medizinische und die administrative Organisation betrafen. Nach einer Untersuchung, die den Anforderungen des Bundesrats zu entsprechen hatte und sich auf eine eingehende Studie über den Bedarf und das Angebot im Spitalbereich stützte, gab die GSD einen Spitalplanungsbericht in die Vernehmlassung. Dieser Bericht wurde dem Gesundheitsrat und der Kommission für Gesundheitsplanung unterbreitet.

### **2.2 Die beiden Gesundheitsnetze festigen**

Der Verwaltungsrat des Netzes für die Pflege im Bereich psychische Gesundheit wurde im Jahr 2007 bezeichnet. Er wird die neue Organisation umsetzen, die die stationäre und die ambulante Betreuung zusammenführt, um die Behandlung noch besser auf die Patientinnen und Patienten zu zentrieren und bürgernahe Leistungen anzubieten. Nach einer direktionsübergreifenden Vernehmlassung ist der kantonale Plan für Gesundheitsförderung und Prävention vom Staatsrat genehmigt worden. Die Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention konzentrierte sich auf die strategischen Ziele und die Visionen des kantonalen Plans. Bemühungen galten auch der Förderung einer gesunden Ernährung.

### **2.3 Das Management der Lebensmittelsicherheit vereinheitlichen**

Die Verabschiedung des Gesetzes über die Lebensmittelsicherheit am 13. Juni 2007 durch den Grossen Rat und sein teilweises Inkrafttreten am 1. Januar 2008 ermöglichten die ersten Schritte für die Umsetzung des Zieles «Vereinheitlichung des Managements der Lebensmittelsicherheit». So wurde das von den Gemeinden angestellte Personal für die Kontrolle der Fleischhygiene vom Staat übernommen und in das Personal des Veterinäramtes eingegliedert.

Ausserdem ist für das vom Kantonschemiker geleitete Kantonale Laboratorium aufgrund der Änderung der Verordnung über die Zuständigkeitsbereiche der Direktionen des Staatsrats und der Staatskanzlei (ZDirV) seit 1. Januar 2008 die Direktion der Institutionen, der

Land- und Forstwirtschaft (ILFD) zuständig. Dank der Tätigkeit einer von der ILFD eingesetzten Projektorganisation schliesslich sind die Planungsarbeiten für die physische Zusammenführung der Dienststellen des Kantonstierarztes und des Kantonschemikers sowie die Einsetzung einer einheitlichen Laborstruktur gut voran geschritten.

So ist vorgesehen, dass die Zusammenführung der beiden Dienststellen und die zentralisierte Laborstruktur auf den 1. Juli 2008 verwirklicht werden können.

#### **2.4 Die Betreuung unserer schwächeren Mitmenschen überprüfen**

Der neue Verfassungsartikel über ältere Menschen befindet sich in der Umsetzungsphase. Das heutige Leistungsangebot für die älteren Menschen im Kanton wird systematisch erfasst, um die Stärken und Mängel des derzeitigen Systems untersuchen zu können. Die Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) war Gegenstand umfangreicher Arbeiten, die in einen Bericht über die Herausforderungen der NFA im Behindertenbereich mündeten. Die Studie bezog sich namentlich auf die Regelung in der Übergangsperiode und auf die Organisation des Projekts. 2007 ermöglichten die Anstrengungen für die Einführung des einheitlichen massgebenden Einkommens (EME) für bestimmte kantonale Leistungen, zu denen die Sozialhilfe gehört, die Erreichung aller Ziele, die für dieses Jahr vorgesehen waren. Was die Probleme im Zusammenhang mit Prostitution anbelangt, so galt der Vorrang der Erarbeitung eines Konzepts der Zusammenarbeit gegen den Menschenhandel. Dieses gemeinsam von den Strafverfolgungsbehörden und den Organisationen für den Schutz der Opfer ausgearbeitete Konzept soll eine bessere Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung ermöglichen, indem es der besonderen Situation der Opfer vermehrt Rechnung trägt.

#### **2.5 Die künstlerischen und sportlichen Tätigkeiten fördern**

Eine Strategie ist erarbeitet worden, mit der die Bekanntmachung freiburgischen Kunstschaffens im Kanton Freiburg, in der Schweiz und im Ausland gefördert werden soll. Für das Bekanntmachen innerhalb des Kantons besteht die Umsetzung dieser Strategie in einer Unterstützung der Aufführungsstätten. Was die Bekanntmachung im Ausland anbelangt, so sollen Erfahrungen in Form einer Vereinbarung mit der Region Elsass über kulturelle Zusammenarbeit gesammelt werden. Weitere Formen, nach denen die Bekanntmachung in der Schweiz und im Ausland gefördert werden kann, werden derzeit geprüft.

Der Staatsrat hat die EKSD ermächtigt, zur Schaffung eines professionellen Freiburger Kammerorchesters beizutragen; seine Lancierung ist für 2008 vorgesehen.

#### **2.6 Gesetzgebungsprojekte**

- Ausführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Hilfe an Opfer von Straftaten (Teilrevision) – Vorstudien sind im Gange
- Gesetz über die Schulzahnpflege und -prophylaxe (Totalrevision) – Vorstudien sind im Gange
- Ausführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über den Tierschutz (Totalrevision) – Es wurde noch nicht mit den Arbeiten begonnen
- Gesundheitsgesetz (Teilrevision) – Ein Vorentwurf des Gesetzes ist in Arbeit
- Gesetz über das Trinkwasser (Totalrevision) – Entwurf wird in das Gewässergesetz integriert
- Gesetz über die Prostitution (neu) – Vorstudien sind im Gange
- Ausführungsgesetz zu Bundesgesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung (neu) – Ein Gesetzesvorentwurf wurde zu Beginn des Jahres 2007 in der Vernehmlassung geschickt
- Gesetz über behinderte Menschen (neu) – Vorstudien sind im Gange
- Gesetz über betagte Menschen (neu) – Vorstudien sind im Gange

#### **Herausforderung 3: Das Zusammenleben verbessern**

##### **3.1 Die Familienpolitik festigen**

Die Konsolidierung der Familienpolitik wird über Massnahmen wie das Gesamtkonzept für die Jugend, die Einführung eines Familienschalters und die Aktualisierung der gesetzlichen Vorschriften über die Familienfragen umgesetzt.

Die gesetzlichen Anpassungen sind unterschiedlich weit gediehen. Das Gesetz über die kantonalen Mutterschafts- und Adoptionsbeiträge und das Gesetz über die Betreuung von Kindern im Vorschulalter sind in Arbeit und befinden sich in der Phase des Vorentwurfs, während das Gesetz über Ergänzungsleistungen für Familien in bescheidenen Verhältnissen und das Gesetz über die Unterhaltsbeiträge noch nicht in Angriff genommen worden sind. Was die Jugendpolitik betrifft, konzentrieren sich die Arbeiten gegenwärtig auf das Jugendreglement. Ein erster Entwurf dieses Reglements wird intern geprüft. Der «Familienschalter» wird im Rahmen eines externen Mandats analysiert.

##### **3.2 Die Zweisprachigkeit als Stärke des Kantons hervorheben**

Gemäss dem Regierungsprogramm beabsichtigt der Staatsrat die Zweisprachigkeit durch die Umsetzung zweier Massnahmenpakete «hervorzuheben». Einerseits soll der Austausch zwischen den Sprachgemeinschaften gefördert und andererseits soll ein allgemeines Konzept für den Unterricht und das Erlernen der Partnersprache und weiterer Fremdsprachen ausgearbeitet werden.

Für beide Projekte wurden Studien durchgeführt und ein Bericht verfasst, der mehrere Massnahmen für deren Umsetzung enthält. Diese müssen jedoch noch analysiert werden.

Die Gründung der Stiftung für Forschung und Entwicklung der Mehrsprachigkeit durch den Staatsrat bildet ein zusätzliches wichtiges Instrument, mit dem die in diesem Bereich gesteckten Ziele auf effiziente Art zu erreicht werden können.

### 3.3 Die Migrantinnen und Migranten integrieren

Die starke demographische Entwicklung im Kanton Freiburg ist unter anderem auch auf eine bedeutende Zuwanderung von ausländischen Personen zurückzuführen. Diese Menschen müssen sich in die Gesellschaft und in die Arbeitswelt integrieren können. 2007 ist ein kantonales Leitbild für die Integration von Migrantinnen und Migranten ausgearbeitet worden. Es verschafft einen Überblick über die Situation und die Herausforderungen und liefert Elemente für die Definition einer kantonalen Integrationspolitik. Das Leitbild enthält auch einen Aktionsplan für die Jahre 2008 bis 2011 und dient als Grundlage für die Ausarbeitung eines Gesetzes über die Integration der Migrantinnen und Migranten.

### 3.4 Die territorialen Strukturen an die Entwicklung der Gesellschaft anpassen

Der Projektausschuss und der Leitungsausschuss haben einen ersten Bericht vorgelegt. Auf dieser Grundlage hat der Staatsrat die gleiche Projektorganisation damit beauftragt, ihre Arbeiten fortzusetzen und ihr drei Hauptaufträge erteilt, die darin bestehen

- die Prüfung einer Neuaufteilung der Bezirke weiterführen;
- der Option, die die Schaffung von drei Bezirken vorsieht, den Vorzug zu geben;
- die Gesetzgebung über die Oberamtmänner zu überprüfen, insbesondere im Hinblick auf ihren Status und ihre Zuständigkeiten.

### 3.5 Das Kantonszentrum stärken

Die Konstituierende Versammlung der Agglomeration Freiburg setzt ihre Arbeit fort. Sie hat ihren Statutenentwurf am 22. November 2007 angenommen. Die kantonalen Instanzen haben den Entwurf geprüft und der Staatsrat hat ihn im Februar 2008 genehmigt. Die Bevölkerung der Gemeinden im provisorischen Perimeter wird in der Volksabstimmung vom 1. Juni 2008 noch darüber entscheiden müssen.

### 3.6 Die finanziellen Unterschiede zwischen den Gemeinden vermindern

Bei den Arbeiten zur Neugestaltung des Finanzausgleichs wurde ein wichtiges Etappenziel erreicht. Der Gesetzesvorentwurf und ein erläuternder Bericht sind

von Dezember 2007 bis März 2008 in die Vernehmlassung gegeben worden. Zuvor, im Herbst 2007, hat eine verwaltungsinterne Vernehmlassung stattgefunden. Zur gleichen Zeit wurden die Gemeinden über die Ergebnisse der Arbeiten des Leitungsausschusses informiert.

Das Inkrafttreten der NFA am 1. Januar 2008 machte das Gesetz zur Anpassung gewisser Bestimmungen der kantonalen Gesetzgebung an die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen erforderlich. Darin geht es in erster Linie um die Kompensation der finanziellen Auswirkungen der NFA auf die Gemeinden, die Anpassung von Artikel 21 des Subventionsgesetzes und die Umsetzung von Programmvereinbarungen. Der Staatsrat hat die Botschaft zu diesem Gesetz am 7. Mai 2007 verabschiedet. Das Gesetz wurde vom Grossen Rat am 12. Juni 2007 mit einer Ergänzung zum Vorschlag des Staatsrats über eine Ausgleichszahlung von 3 Millionen Franken, die den Gemeinden pro Jahr während drei Jahren gewährt wird, angenommen. Die finanziellen Auswirkungen der NFA für den Staat und die Gemeinden werden 2010 einer erneuten Prüfung unterzogen.

### 3.7 Gesetzgebungsprojekte

- Gesetz über die kantonalen Mutterschafts- und Adoptionsbeiträge (Totalrevision) – Ein Vorentwurf des Gesetzes ist in Arbeit
- Gesetz über die Betreuung von Kindern im Vorschulalter (Totalrevision) – Vorstudien sind im Gange
- Kantonales Gesetz über die Familienzulagen (Totalrevision) – Es wurde noch nicht mit den Arbeiten begonnen
- Gesetz über die Ergänzungsleistungen für Familien in bescheidenen Verhältnissen (neu) – Es wurde noch nicht mit den Arbeiten begonnen
- Gesetz über die Unterhaltsbeiträge (neu) – Es wurde noch nicht mit den Arbeiten begonnen
- Gesetz über die Zahl und den Umfang der Verwaltungsbezirke (Totalrevision) – Die 2. Phase der Vorstudie ist im Gange
- Gesetz über die Oberamtmänner (Totalrevision) – Vorstudien sind im Gange
- Gesetz über die Ausübung der politischen Rechte (Teilrevision) – Vorstudien sind im Gange
- Gesetz über den interkommunalen Finanzausgleich (neu) – Ein Gesetzesvorentwurf ist in der Vernehmlassung
- Gesetz über die Integration der Migrantinnen und Migranten (neu) – Vorstudien sind im Gange
- Anpassung der Gesetze in den Bereichen, die vom Projekt NFA berührt werden – Das Gesetz wurde am 12.6.2007 verabschiedet.

## **Herausforderung 4: Unseren Lebensraum erhalten**

### **4.1 Die gesetzlichen Grundlagen für die Raumplanung modernisieren**

Am 20. November 2007 hat der Staatsrat den Gesetzesentwurf zur Änderung des Raumplanungs- und Baugesetzes vom 9. Mai 1983 genehmigt. Mit dem revidierten Gesetz soll der strategische Charakter der Raumplanung mehr Gewicht erhalten, der Ablauf der Verfahren optimiert und die Verwaltung der Materialabbau-Dossiers verbessert werden.

### **4.2 Umwelt und Natur schützen**

Im Vorentwurf zum Gewässergesetz, das 2006 in Vernehmlassung gegeben worden war, soll ein Kapitel über das Trinkwasser hinzugefügt werden, da der Grosse Rat die entsprechenden Bestimmungen aus dem Entwurf zum Gesetz über die Lebensmittelsicherheit hat entfernen lassen. Derzeit wird an der Integration dieses Kapitels in das Gewässergesetz gearbeitet. Dem ist anzufügen, dass seit dem 1. Januar 2008 nicht mehr die Direktion für Gesundheit und Soziales, sondern die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft für das Trinkwasser zuständig ist.

Am 8. Oktober 2007 hat der Staatsrat den neuen Massnahmenplan Luftreinhaltung genehmigt. Dieser Massnahmenplan dient der Koordination aller Anstrengungen gegen die Luftverschmutzung und sieht Massnahmen in den Bereichen Verbrennungsanlagen, Agglomerationsverkehr, Siedlungsentwicklung und Landwirtschaft vor. Er ist eine wichtige Grundlage für die Richtpläne der Agglomerationen. Im Bereich der Mobilität wurden der Massnahmenplan und der kantonale Verkehrsplan aufeinander abgestimmt.

Die Umsetzung der Strassenlärmschutzmassnahmen wird in den neuen Bestimmungen des kantonalen Strassengesetzes geregelt werden. Ein entsprechender Entwurf wurde in die Vernehmlassung gegeben. Damit werden die gesetzlichen Grundlagen genauer bestimmt – insbesondere in Bezug auf die Finanzierung der anfallenden Massnahmen.

Im Bereich der Altlasten wurde das Schwergewicht auf die Benachrichtigung der betroffenen Eigentümerinnen und Eigentümer gelegt. Erst wenn diese Phase abgeschlossen ist, kann der Kataster der belasteten Standorte im Kanton offiziell veröffentlicht werden. Für den Spezialfall der Zielhänge von Schiessständen, die mithilfe künstlicher Kugelfänge saniert werden müssen, wurden in Zusammenarbeit mit den Oberamtännern Informationssitzungen organisiert.

Die Kartografierung der Naturgefahren im Mittelland ist gegenwärtig im Gang. Diese Arbeit wird zwischen mehreren Dienststellen des Staats koordiniert.

Die Waldeigentümerinnen und -eigentümer werden auch weiterhin bei der Schaffung und Bewahrung der Waldfunktionen, die im Interesse der Allgemeinheit

sind, unterstützt. In diesen Bereich fallen namentlich der Unterhalt der Schutzwälder und der Gewässerschutzbauten sowie die Sicherstellung der Erholungsfunktion der Wälder.

### **4.3 Erneuerbare Energien fördern**

2007 hat der Staatsrat seine Politik im Bereich der Förderung von erneuerbaren Energien an die neuen Rahmenbedingungen (Verringerung des Freiburger Anteils an den Globalbeiträgen, Entwicklung der Energiepreise) angepasst. Er hat die Volkswirtschaftsdirektion beauftragt, Vorschläge für eine aktive Politik zugunsten der erneuerbaren Energien und einer rationellen Energienutzung auszuarbeiten.

Die Anstalten von Bellechasse haben zusammen mit der Groupe E mehrere Studien durchgeführt, da sie den Energieverbrauch reduzieren und selber Energie produzieren wollen. Ausserdem haben sie ein Projekt für die Produktion von Biogas ausgearbeitet.

Auch wurde das Potenzial des Energieholzes im Kanton Freiburg untersucht. Diese Studie dient nun als Planungs- und Entscheidungsgrundlage im Hinblick auf eine bessere Verwendung des Rohstoffs Holz.

Im Bereich der erneuerbaren Energien können noch folgende Massnahmen erwähnt werden:

- Gründung durch die Groupe E und den Freiburgerischen Bauernverband einer Vereinigung zur Förderung der erneuerbaren Energien (Association pour la promotion des énergies renouvelables, APER), für die das LIG Beratungen im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien anbietet;
- Ausarbeitung einer Vereinbarung mit der Genossenschaft Ökostrom, deren Aufgabe die Verwaltung des Biomasse-Markts ist. In dieser Genossenschaft ist auf der Ebene der Schweiz die Mehrheit der landwirtschaftlichen Biogasanlagen zusammengeschlossen. Bis anhin war sie in der Westschweiz nicht sehr präsent, doch ist nun eine Westschweizer Zweigstelle in Grangeneuve vorgesehen;
- Einrichtung von 4 Pilotbetrieben zur Produktion von Warmwasser mit thermischen Solaranlagen in Zusammenarbeit mit der Groupe E und dem Freiburgerischen Bauernverband.

### **4.4 Die Mobilität der Freiburger überdenken**

Der Staatsrat hat das Programm zur Verwirklichung des kantonalen Verkehrsplans im Frühling 2007 verabschiedet. Auf dieser Grundlage wurden die Arbeiten im Bereich Fahrgemeinschaften und Car Sharing in Angriff genommen. Die Koordinationsgruppe für Verkehr (KGV), in der die direkt vom Verkehr betroffenen Dienststellen vertreten sind (Amt für Verkehr und Energie, Tiefbauamt, Bau- und Raumplanungsamt, Amt für Umwelt), hat damit begonnen, Vorschläge für die Anpassung der administrativen Strukturen auszuarbeiten. Damit sollen die komplexen Probleme im Bereich

der Mobilität effizienter angegangen werden können. In diesem Rahmen wird die Rolle des Langsamverkehrs verstärkt werden müssen.

#### **4.5 Eine kantonale Struktur für nachhaltige Entwicklung schaffen**

Die nachhaltige Entwicklung ist eine wichtige Aufgabe, die der Staat vollumfänglich wahrnehmen will. Hierzu müssen die formellen und materiellen Kompetenzen der verschiedenen Organe der Verwaltung klar definiert werden. Gegenwärtig tauschen die verschiedenen Stellen ihre Ansichten zu diesem Thema aus.

#### **4.6 Gesetzgebungsprojekte**

- Raumplanungs- und Baugesetz (Totalrevision) – Entwurf am 20.11.2007 vom Staatsrat angenommen
- Naturschutzgesetz (neu) – Vorentwurf in Ausarbeitung
- Gesetzgebung über den Transport und die Verteilung von Erdgas (Totalrevision) – Arbeiten noch nicht begonnen
- Strassengesetz (Totalrevision) – Arbeiten noch nicht begonnen
- Verkehrsgesetz (Totalrevision) – Arbeiten noch nicht begonnen
- Gewässergesetz (Totalrevision) – Vorentwurf in Ausarbeitung

### **Herausforderung 5: Die Wirtschaft stärken und den Kanton positionieren**

#### **5.1 Das Konzept «High Tech in the Green» konsolidieren**

Nachdem sich der Staatsrat verpflichtet hat, eine Politik des qualitativen Wachstums nach dem Konzept des «High Tech in the Green» zu führen, wurden 2007 wichtige Massnahmen ergriffen, um das Instrumentarium der Wirtschaftsförderung zu verstärken. Der Staatsrat hat dem Grossen Rat insbesondere einen Entwurf zur Änderung des Gesetzes über die Wirtschaftsförderung unterbreitet, das am 14. Dezember 2007 verabschiedet wurde. Damit wurden die Gesetzesgrundlagen geschaffen für die Umsetzung der neuen Regionalpolitik des Bundes, für Bürgschaften zugunsten von Unternehmen und für die Entwicklung einer aktiven Bodenpolitik, damit den Unternehmen genügend qualitativ hoch stehende Flächen und Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden können. Das kantonale Mehrjahresprogramm zur Umsetzung der neuen Regionalpolitik 2008-2011 wurde dem Bund im Sommer 2007 vorgelegt.

#### **5.2 Den Fortbestand des Primärsektors sichern**

Die Umsetzung des Landwirtschaftsgesetzes wurde durch das Landwirtschaftsreglement, das am 27. März 2007 verabschiedet wurde, und durch den Verordnungsentwurf über den Rebbaubau konkretisiert. Mit In-

krafttreten dieses Gesetzes musste als Erstes eine vereinte Verwaltungsstruktur in Form des Amtes für Landwirtschaft errichtet werden. Dessen Einführung verlief reibungslos und seine Effizienz bei der Bearbeitung der Landwirtschaftsdossiers konnte bereits festgestellt werden. Die Förderungs- und Entwicklungsmassnahmen sowie die Festigung und Nutzung neuer Massnahmen, insbesondere der Strukturhilfen, sind bei den Leistungsempfängerinnen und -empfängern auf grosses Interesse gestossen.

Was den Forstsektor betrifft, so ist die Schaffung neuer Betriebseinheiten insbesondere in Form von öffentlich-rechtlichen Revierkörperschaften gut vorangekommen. Auf diese Weise konnte insbesondere dank einer professionelleren Begleitung die Qualität der Arbeit und die Arbeitssicherheit verbessert werden.

#### **5.3 Stellensuchende wieder eingliedern**

Die Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden im 2007 fortgeführt. Die Arbeitslosenquote des Kantons, die zu Jahresbeginn 3,3 % betrug, nahm im Laufe des Jahres um 0,6 Prozentpunkte ab und lag im Dezember bei 2,7 %.

Die Arbeiten an der Revision der kantonalen Arbeitsgesetzgebung wurden fortgesetzt, so dass dem Grossen Rat im 2008 ein Gesetzesentwurf vorgelegt werden kann. Um die Ausführung der Bundesgesetzgebung gegen die Schwarzarbeit ab Beginn des Jahres 2008 sicherzustellen, verabschiedete der Staatsrat eine befristete Verordnung im Dezember 2007.

#### **5.4 Die interkantonale und internationale Zusammenarbeit verstärken**

Auf dem Gebiet der interkantonalen Zusammenarbeit ist zu erwähnen, dass der Kanton Freiburg über seine Wirtschaftsförderung an den thematischen Plattformen teilnimmt, die unter der Trägerschaft der Westschweizer Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz stehen. Drei Wirtschaftszweige profitieren von einer derartigen Werbeplattform:

- BioAlps, Plattform für die Life Sciences;
- ITCenter, Plattform für die Informationstechnologien;
- Micronarc, Plattform für die Mikro- und Nanotechnologien.

Bei der internationalen Zusammenarbeit hat der Bund das Programm Interreg (Förderung der Zusammenarbeit der europäischen Regionen) in seine neue Regionalpolitik aufgenommen. Dieser Entscheid hatte umfassende Arbeiten zur Folge. Der Kanton Freiburg ist am Programm Interreg IV Frankreich-Schweiz beteiligt und wird in diesem Rahmen an verschiedenen grenzüberschreitenden, regionalen Entwicklungsprojekten teilhaben. Staatsrat Beat Vonlanthen, Volkswirtschaftsdirektor, ist Mitglied der Schweizer Delegation in der Versammlung der Regionen Europas (ARE).

Der Kanton nimmt an bestimmten Projekten der ARE teil, insbesondere am Programm Eurodyssée und an der Sommeruniversität.

### 5.6 Gesetzgebung

- Gesetz über die Wirtschaftsförderung (Teilrevision) – Gesetz verabschiedet am 14.12.2007
- Gesetz über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt (Totalrevision) – Gesetzesvorentwurf in Erarbeitung
- «Convention des conventions» (Totalrevision) – Vorentwurf im August 2007 genehmigt durch die Westschweizer Regierungskonferenz (WRK).

## Herausforderung 6: Sicherheit durch Bürgernähe und eine leistungsfähige Gerichtsorganisation

### 6.1 Die bürgernahe Polizei überall einführen

Die bürgernahe Polizei ist seit 2004 in der Agglomeration Gross-Freiburg eingeführt und hat zum Zweck, mit drei Handlungsachsen die Sicherheit zu verbessern, nämlich: verstärkte Präsenz an Orten mit erhöhtem Risiko; vermehrter Kontakt mit der Bevölkerung; partnerschaftliches Vorgehen beim Lösen von Problemen. Nachdem im Juni 2007 die Motion Ducotterd / de Reyff über die Erweiterung der bürgernahen Polizei auf das gesamte Kantonsgebiet angenommen worden war, wurde ein entsprechendes, detailliertes Konzept mit einem Gesetzesentwurf erarbeitet. Diese werden dem Grossen Rat im Jahr 2008 unterbreitet.

### 6.2 Die Justiz neu organisieren und die Verfahren vereinheitlichen

Die von der Kantonsverfassung vorgesehene Reorganisation der Justiz wurde konkretisiert. Der Justizrat wurde im Verlauf des 1. Semesters 2007 geschaffen und nahm seine Tätigkeit am 1. Juli 2007 auf. In einer ersten Phase hat er sich hauptsächlich mit der Vorbereitung der Richterwahlen für die per 1. Januar 2008 zu besetzenden Stellen befasst; die Aufsicht über die Gerichtsbehörden und ihre Mitglieder wird gemäss Artikel 152 Abs. 1 der Verfassung Anfang 2008 beginnen.

Das Kantonsgericht und das Verwaltungsgericht wurden zu einer einzigen Behörde vereinigt. Es blieb indes vorerst bei der institutionellen Vereinigung, da die räumliche Zusammenlegung nicht per 1. Januar 2008 verwirklicht werden konnte. Es konnte in der Tat kein geeignetes Gebäude gefunden werden, um diese beiden Gerichte innert dieser Frist unter ein Dach zu bringen. Der Staatsrat hat jedoch den Standort des neuen Kantonsgerichts festgelegt, nämlich das Augustinerkloster, und die Durchführung eines Architekturwettbewerbs in die Wege geleitet. Bis zum Abschluss der Umbauarbeiten in diesem historischen Gebäude wird das vereinte Kantonsgericht somit noch an zwei verschiedenen Standorten tätig sein.

Die Vorarbeiten für die Umsetzung der Bundesprozessordnungen haben begonnen. Die künftige Bundesstraf-

prozessordnung wird weit reichende Auswirkungen auf die Gerichtsorganisation: Zusammenlegung des Untersuchungsrichteramtes und der Staatsanwaltschaft; Schaffung eines Zwangsmassnahmengerichts.

Das Jahr 2007 war schliesslich auch der Reorganisation der Friedensgerichte gewidmet, deren Anzahl per 1. Januar 2008 von 29 auf 7 reduziert wurde. Um die im Jahre 2006 beschlossene Professionalisierung zu verwirklichen, mussten Richter und neues Personal angestellt sowie in jedem Bezirkshauptort eine ständige Gerichtsschreiberei geschaffen werden.

### 6.3 Die Haftstrukturen an die Entwicklung der Bedürfnisse anpassen

Die zunehmende Nachfrage nach Haftplätzen, die Diversifizierung der Haftregimes und die verstärkte Betreuung der Insassen schaffen zusätzliche Bedürfnisse sowohl im Bereich der Untersuchungshaft als auch beim Straf- und Massnahmenvollzug. Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen den Westschweizer Kantonen errichtet der Kanton Freiburg in Bellechasse eine neue Anstalt mit einer Aufnahmekapazität von 40 Plätzen, die in erster Linie dem vorzeitigen Strafvollzug dienen werden. Nach der Annahme dieses Projekts durch den Grossen Rat wurden im Jahre 2007 die Ausführungspläne erstellt und das Vorverfahren abgeschlossen; der neue Sportplatz, der auch den Insassen der bestehenden Anstalten zur Verfügung steht, wurde bereits erstellt. Für den halboffenen Sektor, der im Zentralgefängnis entstehen soll, wurde ein Architekt beauftragt.

### 6.4 Katastrophen verhüten und auf Notsituationen vorbereitet sein

Der Grosse Rat hat das Gesetz über den Bevölkerungsschutz verabschiedet, welches den Staat und die Gemeinden verpflichtet, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, um auf Katastrophen und auf Notsituationen vorbereitet zu sein. Gestützt auf eine Gefahrenanalyse und auf ein Konzept des integrierten Risikomanagements setzt das neue Gesetz den Schwerpunkt auf die Koordinierung der Präventionsmassnahmen, auf die Organisation der Vorbereitung und auf die Ausbildung der Führungsorgane und der Einsatzdienste.

In praktischer Hinsicht wurden die zu treffenden Massnahmen bei Grossereignissen weiter vorbereitet, namentlich hinsichtlich der Vogelgrippe und von Pandemien, wofür auch Übungen durchgeführt wurden. Dasselbe gilt auch für die Hochwassersituationen, die im August wiederum Überschwemmungen zur Folge hatten. Ein entsprechender Bericht wurde dem Grossen Rat in der Septembersession unterbreitet. Schliesslich wurden mehrere Projekte zum Unterhalt des Schutzwaldes und von Schutz- und Stabilisierungsbauten umgesetzt sowie weitere, neue Projekte in diesen Bereichen an die Hand genommen.

Was die Anpassung der Brandbekämpfung an die neuen Anforderungen betrifft, so wurde mit der Verabschiedung von neuen Bestimmungen über die Ausbildung der Feuerwehrleute eine erste Etappe abgeschlossen. Des Weiteren wurde das Dossier über die Zusammenlegung der Feuerwehrcorps durch eine Berechnung der Kosten sowie durch eine Untersuchung über die Auswirkungen einer Zusammenlegung mit einem Stützpunkt ergänzt.

### 6.5 Gesetzgebungsprojekte

- Gesetz über die Wahl der Richterinnen und Richter und die Aufsicht über sie (neu) – Gesetz am 11.05.2007 verabschiedet
- Gesetz über die Organisation des Kantonsgerichts (neu) – Gesetz am 14.11.2007 verabschiedet
- Gesetz zur Einführung des Zivilprozesses des Bundes (neu) – Arbeiten noch nicht begonnen
- Gesetz zur Einführung des Strafprozesses des Bundes (neu) – Vorarbeiten in Gang
- Einführungsgesetz zur Gesetzgebung des Bundes über den Kindes- und Erwachsenenschutz (Totalrevision des Vormundschaftsrechts) (neu) – Arbeiten noch nicht begonnen
- Einführungsgesetz zum Gesetz über das Bundesgericht (Verwaltungsverfahren) (neu) – Gesetzesentwurf in Vorbereitung
- Gesetz zur Schaffung eines Gerichts für Familienangelegenheiten (neu) – Vorarbeiten in Gang
- Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (Totalrevision) – Arbeiten noch nicht begonnen
- Gesetz über die Videoüberwachung (neu) – Arbeiten noch nicht begonnen
- Ausführungsgesetz zur Ausländergesetzgebung des Bundes (Totalrevision) – Gesetz am 13.11.2007 verabschiedet
- Gesetz über den Bevölkerungsschutz (neu) – Gesetz am 13.12.2007 verabschiedet
- Gesetz betreffend die Feuerpolizei und den Schutz gegen Elementarschäden (Teilrevision) – Vorbereitung in Gang.

## Herausforderung 7: Näher zum Bürger und weniger Steuern

### 7.1 Die Leistungen für die Bürger und die Gemeinden verbessern

Mit mehreren Projekten sollen die Beziehungen zu den Bürgerinnen und Bürgern verbessert und die Beziehungen zu den Gemeinden verstärkt werden. Die verstärkte Zusammenarbeit mit den Gemeinden zur Harmonisierung der Informatiksysteme wurde 2007 fortgesetzt.

Harmonisierung der Einwohnerregister: Zu diesem Projekt, das sowohl die Gemeinden als auch die Kantonsverwaltung betrifft, ist eine Vorstudie durchgeführt

worden, die als wichtigste Punkte die Revision des Gesetzes über die Einwohnerkontrolle, die Harmonisierung der kommunalen Register und die Schaffung einer kantonalen Informatikplattform ergeben hat.

Informatikplattform für die Bearbeitung der Baugesuche: Im September 2007 erfolgte eine öffentliche Ausschreibung und am 30. November 2007 wurde der Zuschlag gegeben. Grundlage für die Erstellung der Informatikanwendung des Projektes DATEC (Dossiers für Baubewilligungen im Bereich Raumplanung, Umwelt und Bauwesen) ist die strategische Plattform des Staates für die elektronische Verwaltung der Dokumente. Das Projekt wurde im Dezember 2007 lanciert (Ausarbeitungsphase), und im Februar/März 2008 soll ein erster Prototyp präsentiert werden. Anschliessend wird in Zusammenarbeit mit den hauptsächlichen Nutznießern dieser Lösung (Dienststellen des Staates, Oberämter, Gemeinden) die Realisierungsphase in Angriff genommen.

Anlegung des eidgenössischen Grundbuchs: Die Arbeiten wurden fortgesetzt; Ende 2007 war das eidgenössische Grundbuch für 132 805 der 203 083 Grundstücke im Kanton angelegt, 113 770 Grundstücke sind ausserdem vollständig im Informatiksystem erfasst.

Information und Transparenz: Der Staatsrat hat einen Gesetzesvorentwurf über die Information der Öffentlichkeit und den Zugang zu den amtlichen Dokumenten geprüft und von Ende November 2007 bis Ende Februar 2008 in die Vernehmlassung geschickt.

Schutz der Personendaten: Die einschlägigen Vorschriften müssen ans internationale Recht angepasst werden, namentlich an die Abkommen von Schengen und Dublin. Ein entsprechender Gesetzesentwurf ist ausgearbeitet und in die Vernehmlassung geschickt worden.

Schaffung einer Schlichtungsstelle bei der Verwaltung: Es wurde vorerst ein externes Mandat vergeben mit dem Ziel, bis im Sommer 2008 einen Vorentwurf der gesetzlichen Bestimmungen zu haben.

### 7.2 Die interne Arbeitsweise der Verwaltung optimieren

Im EDV-Bereich befinden sich 34 Projekte zur Optimierung der Strukturen und der Arbeitsweise der Verwaltung in der Planungs-, Ausarbeitungs- oder Realisierungsphase. Es sind 14 Vorstudien durchgeführt worden, darunter zwei sehr umfangreiche, nämlich die Harmonisierung der Einwohnerregister und die Harmonisierung der Informationssysteme der Schulen im administrativen Umfeld.

Neue elektronische Kommunikationsplattform: Diese neue Plattform wurde im ersten Quartal 2007 produktiv gesetzt, und die erste Software auf dieser Plattform, nämlich die elektronische Steuererklärung der juristischen Personen, wurde den Steuerpflichtigen ab April 2007 zur Verfügung gestellt. Mit dieser neuen Plattform wird generell die elektronische Kommunikation verbessert und eine gesicherte Öffnung möglich.

Die Realisierung des Aktionsplans des strategischen Leitbilds für eine elektronische Dokumentenverwaltung und Archivierung und die schrittweise Einsetzung dieser strategischen Plattform hat begonnen. Auf dieser Informatikplattform wird ein Geschäftsverwaltungssystem laufen, das gemäss GEVER-Standard (Geschäftsverwaltung) des Bundes in der Lage ist, die vollständige und systematische Ablage sämtlicher geschäftsrelevanter Dokumente der Kantonsverwaltung prozessorientiert sicherzustellen. Das entsprechende Werkzeug muss zahlreiche Aufgaben erfüllen, insbesondere Prozessführung von Vorgängen, Organisationsablauf der Aktenführung – d.h. unter anderem Weiterleitung zur ablaufrichtigen Bearbeitung an die verschiedenen Arbeitsplätze oder die verschiedenen Einheiten, Überwachung der Bearbeitungsprioritäten, Fristenverwaltung, Datensynchronisation und Auslösen der Alarmfunktionen. 2007 wurden drei Content-Management-Projekte gestartet: die Verwaltung der Geschäfte für die Staatskanzlei, die Verwaltung der Dossiers für Baubewilligungen in den Bereichen Raumplanung, Umwelt und Bauwesen sowie die Verwaltung der Bevorschussung und Einforderung von Alimenten.

Die neue Anwendung für die Betreibungsämter konnte planmässig im Laufe des Jahres 2007 fertig gestellt werden. Ebenfalls planmässig fertig gestellt wurde die neue Anwendung der Kantonalen Steuerverwaltung für die Veranlagung der natürlichen Personen und den Steuerbezug, die Ende 2007 in Betrieb genommen wurde.

Das Projekt «Analyse der staatlichen Leistungen» wurde planmässig weitergeführt; Ende 2007 hatten rund 70 % der Verwaltungseinheiten vorschriftsgemäss ihren Leistungskatalog sowie ihren Vorschlagskatalog zur Neudefinition gewisser Leistungen erstellt. Der Staatsrat hat 2007 fünfzehn Vorschlagskataloge geprüft.

Optimierung der Personalbewirtschaftungsinstrumente: Die neue Personalbewirtschaftungssoftware konnte am 1. Januar 2007 planmässig und erfolgreich in die Produktionsphase gehen. Mit der neuen Web-basierten Anwendungssoftware (HR-ACCESS V7) verfügt der Staat Freiburg über eine moderne, äusserst leistungsfähige Software, die langfristig die Gehaltszahlungen und Budgetberechnungen gewährleistet. Diese Software stellt auch die technologische Grundlage dar für die Entwicklung von Projekten in der Personalbewirtschaftung, die in der laufenden Legislatur Gestalt annehmen sollten.

Die Unternehmenssoftware SAP wurde 2007 weiter implementiert. Sie wird von immer mehr Verwaltungseinheiten angewendet, namentlich für die Finanzbuchhaltung, die Kostenrechnung, die Fakturierung, das Inkasso und den Einkauf.

Die Verwaltung des Mahnwesens wurde ebenfalls ausgebaut.

2007 ist die Versuchsphase für die Führung mit Leistungsauftrag zu Ende gegangen. Seit Anfang 2008 sind die Vorschriften für die leistungsorientierte Führung in

der ordentlichen Gesetzgebung verankert, und künftig wird die Finanzverwaltung dafür zuständig sein.

### 7.3 Als Arbeitgeber attraktiv bleiben

Um punkto Lohnbedingungen attraktiv zu bleiben, hat der Staatsrat den vollen Teuerungsausgleich per 1. Januar 2007 (0,5 %) und eine Realloohnerhöhung von rund 0,3 % gewährt. Zur Wettbewerbsfähigkeit bei den Arbeitsbedingungen hat der Staatsrat in seinem Bericht zum Postulat Thomet seine Absicht geäussert, die Arbeitszeit des Personals herabzusetzen (Bericht Nr. 35 vom 8. Oktober 2007 zum Postulat Nr. 306.05 René Thomet über den Übergang zu fünf Wochen Ferien und/oder zur wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden im Sinne einer Harmonisierung der Arbeitsbedingungen mit den Nachbarkantonen).

Die Arbeiten zur Gesamtrevision des Gesetzes über die Pensionskasse sind weitergeführt worden, und unter Vorbehalt von Änderungen der Bundesgesetzgebung über die Finanzierung der Vorsorgeeinrichtungen der öffentlichen Hand kann noch vor dem Sommer 2008 ein Vorentwurf in die Vernehmlassung geschickt werden.

### 7.4 Gewährleistung eines nachhaltigen Gleichgewichts bei den Staatsfinanzen

Hier sind seit der Vorlage des Regierungsprogramms und des Finanzplans am 2. Oktober 2007 natürlich noch keine bedeutsamen Änderungen eingetreten. Der dem Grossen Rat unterbreitete Staatsvoranschlag 2008 liegt ganz auf der Linie der Zielsetzung des Staatsrates, ein nachhaltiges Gleichgewicht der Staatsfinanzen zu gewährleisten und gleichzeitig das Leistungsniveau halten und möglichst noch verbessern zu können. Eine weitere Steuersenkungsrunde ist bereits beschlossene Sache. Die ersten Planungsarbeiten zur Vertiefung der Vorschläge und Überlegungen zu den 6 im Finanzplan 2007-2011 angeführten Schwerpunkten haben begonnen. Der Stand der Arbeiten soll periodisch überprüft werden. Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Turbulenzen, das Wiederaufflammen der Inflation, die jüngsten Beschlüsse der eidgenössischen Räte zur Finanzierung der Krankenversicherung, und die Absicht des Bundes, ein weiteres Sparpaket zu schnüren, bestärken den Staatsrat in der Überzeugung, dass alles unternommen werden muss, um möglichen problematischen Situationen vorzugreifen.

### 7.5 Senkung der Steuerlast

In der Legislaturperiode 2007–2011 will der Staatsrat bei der Steuersenkung den Schwerpunkt darauf legen, die Steuerfüsse der Einkommenssteuer (1.1.2007: 106,6 %) und der Vermögenssteuer (1.1.2007: 108,9 %) der natürlichen Personen und der Gewinn- und Kapitalsteuer der juristischen Personen (1.1.2007: 108,9 %) bis zum Ende der Legislatur auf 100 % zu senken. Ein erster Schritt wurde bereits getan mit der Genehmigung des Gesetzes

vom 15. November 2007 über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2008 durch den Grossen Rat. Damit werden ab der Steuerperiode 2008 alle Steuerfüsse auf 103 % gesenkt.

### 7.6 Gesetzgebungsprojekte

- Gesetz über die Einwohnerkontrolle (Totalrevision) – Vorstudien im Gang
- Informationsgesetz (neu) – Vorentwurf in Vernehmlassung
- Gesetz über den Datenschutz (Teilrevision) – Vorentwurf in Ausarbeitung
- Gesetz über den Finanzhaushalt des Staates (Teilrevision) – Arbeiten noch nicht begonnen
- Gesetz über die Pensionskasse des Staatspersonals Freiburg (Totalrevision) – Vorentwurf in Ausarbeitung
- Gesetz über die direkten Kantonssteuern (Teilrevisionen) – Vorstudien im Gang
- Gesetz über die Erbschafts- und Schenkungssteuern (Totalrevision) – Gesetz am 14.9. 2007 angenommen
- Gesetz über die amtliche Vermessung (Teilrevision) – Vorstudien im Gang
- Gesetz zur Änderung gewisser Bestimmungen über die leistungsorientierte Führung (neu) – Gesetz am 13.9.2007 angenommen
- Jährliche Gesetze über den Steuerfuss der Steuern auf dem Einkommen und Vermögen der natürlichen Personen und auf dem Gewinn und dem Kapital der juristischen Personen (Totalrevision) – Gesetz am 15.11.2007 angenommen
- Dekret zur Neuausrichtung der landwirtschaftlichen Produktion in den Anstalten von Bellechasse (neu) – Projekt aufgegeben (Verpflichtungskredit nicht notwendig; die Kredite werden im Rahmen des Voranschlags beantragt)
- Dekret zur Renovation des Heims Tannenhof bei den Anstalten von Bellechasse (neu) – Arbeiten noch nicht begonnen
- Dekret über eine Wäscherei für die öffentlichen Spitäler des Kantons (neu) – Vorstudien im Gang
- Interkantonale Vereinbarung über die Stiftungsaufsicht (neu) – Vorstudien im Gang
- Gesetzliche Bestimmungen über das Schlichtungsverfahren bei der Verwaltung (neu) – Vorstudien im Gang

## AUSSENBEZIEHUNGEN

### Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

Die Konferenz der Kantonsregierungen hielt 2007 vier Plenarversammlungen ab. Für unseren Kanton hat die amtierende Staatsratspräsidentin daran teilgenommen. Zu den wichtigsten Themen, die diskutiert wurden, gehören die Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA), das Haus der Kantone in Bern, das Legislaturprogramm 2007-2011 des Bundes und der Standpunkt der Kantonsregierungen in der Europapolitik.

### ch Stiftung

Die ch Stiftung setzt ihre Arbeit zur Aufwertung der Zusammenarbeit zwischen den Kulturen, den Sprachen und den Regionen des Landes fort. Der Direktor der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft gehört dem Leitungsausschuss an, der viermal jährlich in Bern zusammentritt. Das Jahr 2007 war gekennzeichnet durch den definitiven Entscheid, in Bern ein Haus der Kantone zu eröffnen, damit die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen auf politischer und technischer Ebene fortgesetzt werden kann. Förderung und Modernisierung des Föderalismus sind die Antriebskräfte der ch-Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit; Mitglieder der Stiftung sind die 26 Schweizer Kantone. Bereits zum dritten Mal hat die Stiftung die Entwicklung des Föderalismus in den Medien, in Wissenschaft und Forschung, in Projekten des Bundes und in den Vorstössen in den eidgenössischen Räten unter die Lupe genommen, um zu bestimmen, wohin die Tendenzen gehen und inwiefern Handlungsbedarf gegeben ist. Am 9. und 10. November 2007 fand in Freiburg das Fest zum 30-jährigen Bestehen der ch Fachstelle für Jugendaustausch statt; die Mehrsprachigkeit und die sprachliche Verschiedenheit gaben einen würdigen Hintergrund ab. Dieser Kongress gab Bundesrat Pascal Couchepin die Gelegenheit, sich zur Bedeutung des Jugendaustauschs zu äussern.

### Direktorenkonferenzen

Der Staatsrat engagiert sich sehr in den Strukturen, aber auch in den Tätigkeiten der Zusammenarbeit zwischen den Kantonen. So wirken alle Mitglieder des Staatsrats in den Direktorenkonferenzen auf Landesebene mit. Fünf Mitglieder sind im Vorstand einer Direktorenkonferenz, und ein Mitglied ist Präsidentin einer solchen Konferenz.

| Direktorenkonferenzen auf Landesebene   | Vertretung des Staatsrats   | Amt                |
|---|-----------------------------|--------------------|
| Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)  | Präsident/in des Staatsrats | Mitglied           |
| Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK)                          | Vorsteher der RUBD          | Mitglied           |
| Konferenz Kantonaler Energiedirektoren (EnDK)   | Vorsteher der VWD           | Vorstandsmitglied  |
| Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV)                           | Vorsteher der VWD           | Mitglied           |
| Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)                            | Vorsteherin der EKSD        | Präsidentin        |
| Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren (FDK)   | Vorsteher der FIND          | Vorstandsmitglied  |
| Konferenz der kantonalen Forstdirektoren (FoDK)   | Vorsteher der ILFD          | Vorstandsmitglied  |
| Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)             | Vorsteher der SJD           | Mitglied           |
| Konferenz Kantonaler Landwirtschaftsdirektoren (LDK)  | Vorsteher der ILFD          | Mitglied des Büros |
| Schweizerische Konferenz der Kantonalen Militär- und Zivilschutzdirektorinnen und -direktoren | Vorsteher der SJD           | Mitglied           |
| Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren (SODK)  | Vorsteherin der GSD         | Vorstandsmitglied  |
| Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK)        | Vorsteherin der GSD         | Mitglied           |
| Konferenz Kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren (VDK)   | Vorsteher der VWD           | Mitglied           |
| Staatsschreiberkonferenz  | Staatskanzlerin             | Mitglied           |

Zurzeit werden in diesen Konferenzen 16 interkantona-  
le Vereinbarungen, die im Wesentlichen von nationaler  
Bedeutung sind, ausgearbeitet und ausgehandelt. Jede  
Direktion berichtet in ihrem Teil über die laufenden in-  
terkantonalen Tätigkeiten.

|    | <i>Vereinbarungen (provisorischer Titel)</i>   | <i>Wahrsch. Datum des Inkrafttretens:</i>  | <i>Betroffene Kantone</i>                 | <i>Zuständige Direktion</i> | <i>Betreffende Direktorenkonferenz</i>  |
|----|--|--|---|-----------------------------|---|
| 1  | Vereinbarung über die kulturelle Zusammenarbeit  | 2008   | FR, Region Elsass (Republik Frankreich)   | EKSD                        | Keine Konferenz   |
| 2  | Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule                                 | Wird zurzeit genehmigt<br>Inkrafttreten 2008?                                      | Alle                                      | EKSD                        | Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)  |
| 3  | Interkantonale Zusammenarbeitsvereinbarung für Sonderpädagogik   | 2011   | Alle                                      | EKSD                        | EDK   |
| 4  | Westschweizer Schulvereinbarung  | Genehmigungsphase wurde Ende September 2007 eingeleitet<br>Inkrafttreten 2008/2009 | BE, FR, GE, JU, NE, VD, VS                | EKSD                        | CIIP  |
| 5  | Interkantonale Vereinbarung zur Harmonisierung der Stipendien  | 2009 (Vernehmlassung bei den Kantonen bis zum 31.05.2008)                          | Alle                                      | EKSD                        | EDK   |
| 6  | Neue Version des RSA (Regionales Schulabkommen)  | 1.08.2009  | AG, BL, BS, BE, FR, LU, SO, VS, ZH        | EKSD                        | Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (NWEDK)  |
| 7  | Interkantonale Vereinbarung FH Westschweiz und GS  | 2009–2010  | BE, FR, GE, JU, NE, VD, VS                | EKSD/VWD                    | FH Westschweiz  |
| 8A | Interkantonales Konkordat über die Hochschulen   | 2010–2011  | Alle                                      | EKSD/VWD                    | Schweizerische Universitätskonferenz (SUK); Schweizerischer Fachhochschulrat (SFHR); EDK; wird auf der Grundlage des HFKG gemacht |
| 8B | interkantonale Hochschulvereinbarung   | 2010–2011  | Alle                                      | EKSD/VWD                    | EDK   |
| 9  | Interkantonale Vereinbarung über das Viclas-System (Violent Crime Linkage Analysis System)                     | 2008   | Alle Schweizer Kantone                    | SJD                         | KKJPD   |
| 10 | Vereinbarung betreffend Institutionalisierung und Finanzierung der Schweizerischen Zentralstelle Hooliganismus | 2008   | Alle Schweizer Kantone                    | SJD                         | KKJPD   |
| 11 | Konkordat über die Sicherheitsunternehmen (provisorischer Titel)   | 2008   | Alle Schweizer Kantone                    | SJD                         | KKJPD   |
| 12 | Konkordat zur Schaffung von Massnahmen gegen die Gewalt an Sportveranstaltungen                                | 2010   | Alle Schweizer Kantone                    | SJD                         | KKJPD   |
| 13 | Westschweizer Konkordat über den Handel mit Hanf   | 2009   | Alle Westschweizer Kantone und das Tessin | SJD                         | Konferenz der Polizei und Justizdirektoren der lateinischen Schweiz (LKJPD)   |
| 14 | Vereinbarung über den Unterhalt der Nationalstrassen in der Region II  | 01.01.2008   | FR, GE, VD                                | RUBD                        | BPUK  |
| 15 | Interkantonale Vereinbarung zur Harmonisierung der Baubegriffe und Messweisen (IVHB)                           | 2009   | Alle                                      | RUBD                        | BPUK  |
| 16 | Vereinbarung über die Mitwirkung der Parlamente ParIV  | 2008-2009  | FR, GE, JU, NE, VD, VS                    | ILFD/SK                     | WRK   |

Im Bereich Gesundheit und Soziales (GSD) gibt es keine neuen interkantonalen Vereinbarungen. Es müssen aber folgende zwei Punkte erwähnt werden:

- Interkantonale Vereinbarung vom 13. Dezember 2002 für soziale Einrichtungen (IVSE) (SGF 834.0.4). Die Plenarversammlung der SODK hat in der letzten Versammlung im Herbst 2007 Änderungen erlassen. Diese Änderungen werden dem Grossen Rat im Verlauf des Jahres 2008 zur Genehmigung unterbreitet.
- Interkantonale Vereinbarung über die Koordination und Konzentration der hochspezialisierten Medizin (IVKKM). Der Vorstand der SDK hat den Kantonen mitgeteilt, dass am 14. März 2008 eine ausserordentliche Plenarversammlung stattfindet, an der Beschlüsse zu dieser Vereinbarung gefasst werden sollen.

### Westschweizer Regierungskonferenz (WRK) (Conférence des Gouvernements de Suisse occidentale; CGSO)

Die Westschweizer Regierungskonferenz hielt 2007 zwei Plenarversammlungen ab. Die WRK hat sich insbesondere mit der Entwicklung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen auf Bundesebene und mit der Revision der «Convention des conventions» beschäftigt.

### Beziehungen zu den Freiburger National- und Ständeräten und zu den Bundesbehörden

An den vier Begegnungen zwischen dem Staatsrat und den Freiburger National- und Ständeräten, die 2007 organisiert wurden, konnte die Zusammenarbeit, namentlich bei den Angelegenheiten, die für den Kanton vordringlich sind, fortgesetzt werden. Von den Geschäften, die aufmerksam geprüft und verfolgt wurden, seien die NFA, die neue Regionalpolitik und die Revision des KVG genannt. Besondere Treffen zu aktuellen Themen zwischen Delegationen des Staatsrats und der Freiburger National- und Ständeräte und den Bundesräten und Amtsvorstehern wurden organisiert.

### Vernehmlassungen des Bundes

Der Staatsrat hat auf 68 Vernehmlassungsverfahren des Parlaments und des Bundesrats, der eidgenössischen Departemente und der Bundesämter, der Konferenz der Kantonsregierungen oder verschiedener Konferenzen kantonaler Departementsvorsteher geantwortet.

| Titel  | verantwortlich |
|--|----------------|
| Parlamentarische Initiative «Presseförderung mittels Beteiligung an den Verteilungskosten»   | UVEK           |
| Parlamentarische Initiative SGK-N. Steuerbefreiung des Existenzminimums  | EFD            |
| Entwurf einer Interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik.   | EDK            |
| Änderung von Artikel 86 der Bundesverfassung und Schaffung einer Spezialfinanzierung Luftverkehr   | UVEK/<br>BAZL  |
| Bundesgesetz über die Abgabe für die Benützung der Nationalstrassen (Nationalstrassenabgabegesetz; NSAG)   | EFD            |
| Neue Radio- und Fernsehverordnung (RTVV); Vernehmlassung über den Entwurf für neue Richtlinien für die UKW-Sendernetzplanung und die regionalen Fernseh-Versorgungsgebiete                                     | UVEK           |
| Zustandsanalyse bei der Europapolitik  |                |
| Entwurf einer Europapolitischen Haltung der Kantonsregierungen (2. Stellungnahme)  | KdK            |
| Änderung der Tierseuchenverordnung: Bovine-Virus-Diarrhoe und Blauzungenkrankheit (bluetongue)   | EVD            |
| Verordnung über Diplome, Weiterbildung und Berufsausübung in den universitären Medizinalberufen; Verordnung des EDI über die anerkannten Studiengänge für Chiropraktik ausländischer universitärer Hochschulen | EDI            |
| NFA Strasse: Vernehmlassung zum Sozialplan   | UVEK           |
| Freihandelsabkommen EFTA-Mexiko: Leistungsangebot der Schweiz  | KdK            |
| Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (Neuordnung der ausserparlamentarischen Kommissionen)   | BK             |
| Gesetz über das Bundespatentgericht und Patentanwalts-gesetz   | EJPD           |
| Revision der «Convention des conventions»  | WRK            |
| Revision des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung (UVG)  | EDI            |
| Teilrevision des Bundesgesetzes über die technischen Handelshemmnisse (THG)  | EVD            |
| Ratifizierung der UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen  | EDI            |
| Ratifizierung der UNESCO-Konvention zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes  | EDI            |
| Entwurf für einen Sachplan des Bundes «Geologische Tiefenlager» (Konzeptteil)  | UVEK           |
| Verhandlungsmandat für ein bilaterales wirtschaftliches Partnerschafts- und Freihandelsabkommen mit Japan  | KdK            |
| Verfassungsbestimmung Hooliganismus  | EJPD           |
| Parlamentarische Initiative. Obligatorische Bedenkfrist und Artikel 111 ZGB  | RK-N           |
| Bericht und Vorentwurf zur Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches als indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern»                   | EJPD           |
| Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Immunität der Staaten und ihres Vermögens von der Gerichtsbarkeit  | EDA            |

| <i>Titel</i>  | <i>verantwortlich</i> | <i>Titel</i>   | <i>verantwortlich</i> |
|---|-----------------------|--|-----------------------|
| Verordnung 5 zum Arbeitsgesetz (ArGV 5) – Sonder-schutz der jugendlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeit-nehmer  | EVD                   | Änderung der Verordnung über die Gebühren des Staatssekretariates für Wirtschaft im Bereich der Akkre-ditierung (GebV-Akk)   | EVD                   |
| Parlamentarische Initiative «Einführung eines Finanzre-ferendums»   | NR                    | Parlamentarische Initiative. Verbot von Pitbulls in der Schweiz  | NR                    |
| Harmonisierung bei den Ausbildungsbeiträgen   | KdK                   | Teilrevision des Obligationenrechts (Haftung für gefähr-liche Hunde)   | EJPD                  |
| Vernehmlassung der betroffenen Kreise: Änderung der Seilbahnverordnung  | UVEK                  | Übernahme der europäischen Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen in den Anhang III des Abkommens vom 21. Juni 1999 über die Personenfreizügigkeit | EVD (KdK)             |
| Steuerliche Behandlung von Instandstellungskosten bei Liegenschaften (Pa.lv. 04.457)  | NR                    | Neue AHV-Versichertennummer – Änderung von Ver-ordnungen und Erlass von Ausführungsbestimmungen  | EDI                   |
| Verordnung über die Pärke von nationaler Bedeutung (Pärkeverordnung, PÄV)   | UVEK                  | Ausführungsbestimmungen zum Landwirtschaftsgesetz  | EVD                   |
| Verhandlungsmandat für die Ausdehnung des Abkom-mens über den freien Personenverkehr auf Bulgarien und Rumänien   | KdK                   | Konkordat zur Schaffung von Massnahmen gegen die Gewalt an Sportveranstaltungen  | KKJPD                 |
| Wahl des Systems zur Besteuerung von verheirateten Paaren   | EFD                   | Entwurf für eine Ausführungsverordnung zum Bundes-gesetz vom 23. Juni 2006 über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenreg-ister (RHV)           | EDI                   |
| Totalrevision der Handelsregisterverordnung   | EJPD                  | Steuererleichterungen  | EVD                   |
| Ausführungsbestimmung zum Gesetz vom 16.12.2005 über die Ausländerinnen und Ausländer und zur Teilre-vision vom 16.12.2005 des Asylgesetzes   | EJPD                  | Parlamentarische Initiative. Name und Bürgerrecht der Ehegatten Gleichstellung   | RK-N                  |
| Entwurf für eine Verordnung über die Familienzulagen (FamZV)  | EDI                   | Parlamentarische Initiative. Scheinehen unterbinden  | SPK-N                 |
| Verordnung über den Stilllegungsfonds und den Ent-sorgungsfonds für Kernanlagen   | UVEK                  | Parlamentarische Initiative: Bürgerrechtsgesetz. Frist-ausdehnung  | SPK-N                 |
| Vereinfachung des Bundesgesetzes über die Mehrwert-steuer   | EFD                   | Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrich-tungen   | EDI<br>KdK            |
| Verordnung über die Integration der Ausländerinnen und Ausländer  | KdK                   | Aktionspläne «Energieeffizienz» und «erneuerbare Energien»   | UVEK                  |
| Abkommen zwischen der Schweiz und dem Europäi-schen Polizeiamt (Europol), Erweiterung des Mandats (Delikt-bereiche)   | EJPD                  | Revision des Zivildienstgesetzes und des Bundesgeset-zes über die Wehrpflichtersatzabgabe  | EVD                   |
| Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA); Vernehm-lassung über die Anpassungen des Ordnungsrechts infolge der NFA-Ausführungsgesetzgebung                      | EFD<br>KdK            | Totalrevision der Verordnung über die Hilfe an Opfer von Straftaten  | EJPD                  |
| Gesamtschau der Realisierung und der Finanzierung der Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs (FinöV)   | UVEK                  | Für tiefere Krankenkassenprämien in der Grundversi-cherung. Volksinitiative, Gegenentwürfe des Ständerats und des Nationalrats.  | SGK-S                 |
| Ratifikation eines Übereinkommens und der Änderung eines Übereinkommens sowie Beitritt zu zwei Ände-rungsprotokollen der UNO zur Bekämpfung terroristischer Handlungen gegen die nukleare und maritime Sicherheit | EDA                   | Stromversorgungsverordnung und Revision Energie-verordnung   | UVEK                  |
| Vernehmlassung zur Änderung von Artikel 69 der Ver-ordnung vom 24. September 2004 über Glücksspiele und Spielbanken (Spielbankenverordnung, VSBG; SR 935.521)   | ESBK                  | Änderung der Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen  | UVEK                  |
| Systementscheid bei der Erschöpfung im Patentrecht  | EJPD                  | Parlamentarische Initiative «Faire Abstimmungskam-pagnen»  | SPK-N                 |
| Entwurf für ein Bundesgesetz über die Museen und Sammlungen des Bundes  | EDI                   | Parlamentarische Initiative «Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative»  | SPK-N                 |
|   |                       | Revision der Verordnung über die Abgabe zur Sanie-rung von Altlasten (VASA)  | UVEK                  |
|   |                       | Parlamentarische Initiative Zivilschutz. Einsatz von Schutzdienstpflichtigen aus der Personalreserve in Notlagen   | SiK-S                 |

## **FINANZIELLE UND PERSONELLE AUSWIRKUNGEN DER VOM GROSSEN RAT IM JAHR 2007 GEFASSTEN BESCHLÜSSE**

**(Art. 198 Abs. 3 des Grossratsgesetzes vom 6. September 2006)**

Im Laufe des Jahres 2007 hat der Grosse Rat 24 Gesetzes- und 17 Dekretsentwürfe beschlossen. Rund die Hälfte der im Grossen Rat beratenen und gutgeheissenen Erlasse, und zwar 12 Gesetze und 8 Dekrete, haben keine oder nur sehr geringfügige Auswirkungen in finanzieller Hinsicht.

Mit Vorbehalten aufgrund der Schwierigkeiten, die zum Teil einmaligen, zum Teil sich wiederholenden finanziellen Auswirkungen sowohl auf die Laufende Rechnung als auch auf die Investitionsrechnung zusammenzuzählen, können die finanziellen und personellen Auswirkungen der anderen Gesetzes- und Dekretsentwürfe wie folgt zusammengefasst werden:

### **Investitionsrechnung**

Hier hat der Grosse Rat im vergangenen Jahr 8 Verpflichtungskredite gesprochen, die insgesamt einem Investitions- oder Investitionsbeitragsvolumen von 133 624 250 Franken entsprechen. Als wichtigste Vorhaben zu nennen sind die Verpflichtungskredite für die Umgestaltung und Erweiterung des Kollegiums Gambah (58,155 Millionen Franken), für die Unternehmen des öffentlichen Verkehrs (36,2 Millionen Franken), für die Wirtschaftsförderung (12 Millionen Franken), für das Kantonsstrassennetz und die Sicherung der Bahnübergänge (10,695 Millionen Franken). Dazu kommt noch die Anpassung des Organisationsgesetzes des Kantonsgerichts, das den Umbau oder Bau eines Gebäudes für schätzungsweise rund 9 Millionen Franken erfordern wird.

### **Laufende Rechnung**

Die signifikanten Auswirkungen von 11 Gesetzen und eines Dekrets auf die Laufende Rechnung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Beträchtlicher Einfluss des Gesetzes zur Anpassung gewisser Bestimmungen der kantonalen Gesetzgebung an die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, mit den vom Staatsrat gemachten Vorschlägen, die mit einem geschätzten Mehraufwand von 33,8 Millionen Franken (brutto, ohne die übrigen Folgen der NFA) zu Buche schlagen;
- eine weitere Kantonssteuersenkung im Betrag von 32 Millionen Franken,
- eine Netto-Zunahme der Personalaufwands um 10,7 Millionen Franken in Zusammenhang mit der Schaffung neuer Stellen im Staatsvoranschlag 2008;

- diverse andere Gesetzesbestimmungen, die Mehrkosten (2,3 Millionen Franken) und Einnahmeneinbussen von rund 1,3 Millionen Franken zur Folge haben.

In zwei Fällen akzentuierten die Änderungen des Grossen Rats an den Vorlagen des Staatsrats die in den Staatsratsentwürfen vorgesehenen finanziellen Auswirkungen noch und führten zu einem Mehraufwand von 3 Millionen Franken im Rahmen der NFA und einem zusätzlichen Einnahmenausfall in Höhe von rund 250 000 Franken bei den Erbschafts- und Schenkungssteuern.

| Gesetzesentwurf / Dekretsentswurf |   | Nr. Bot-schaft | Zuständige Direktion | Datum Verab-schiedung | Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats<br>GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat<br>angenommenen Entwürfe |   |  |
|-----------------------------------|---|----------------|----------------------|-----------------------|---|---|--|
|                                   |   |                |                      |                       | personell:  | finanziell:   |  |
|                                   |   |                |                      | Grosser Rat           | Vollzeitäqui-valente (VZÄ)  | jährlich:<br>auf Laufende<br>Rechnung<br>in Franken   | gesamthaft:<br>über mehrere<br>Jahre auf Inves-titionsrechnung<br>in Franken |
| D                                 | über einen Verpflichtungskredit nach dem Gesetz über die Wirtschaftsförderung für die Jahre 2007-2011   | 289            | VWD                  | 13.03.07              |   |   | Ausgaben:<br>+ 12 000 000 Fr.  |
| D                                 | über die kompensierten Nach-tragskredite zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2006   | 2              | FIND                 | 13.03.07              |   | Keine finanziellen Auswirkungen   |  |
| G                                 | über die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung   | 302            | EKSD                 | 14.03.07              | + 0.30 VZÄ  | Beschränkte finanzielle Auswirkungen. Höherer Beschäftigungsgrad mit für die neuen Leistungen erhobenen Abgaben finanziert. |  |
| D                                 | über einen Beitrag für den Auf-führungssaal auf der Schützen-matte in Freiburg  | 301            | EKSD                 | 14.03.07              |   |   | Ausgaben:<br>+ 5 000 000 Fr.   |
| D                                 | über einen Verpflichtungskredit für die Sanierung von Gebäuden der Universität Miséricorde (Bib-liotheken und Mensa)  | 1              | EKSD                 | 14.03.07              |   |   | Ausgaben:<br>+ 5 674 250 Fr.   |
| D                                 | über die Einbürgerungen   | 3              | ILFD                 | 14.03.07              |   | Keine finanziellen Auswirkungen   |  |
| D                                 | über einen zusätzlichen Verpflich-tungskredit für die Subventionie-rung der Gewässerschutzbauten und -arbeiten  | 306            | RUBD                 | 15.03.07              |   |   | Ausgaben:<br>+ 5 900 000 Fr.   |
| G                                 | zur Änderung des Gesetzes über das freiburgische Bürgerrecht  | 287            | ILFD                 | 9.05.07               |   | Ertrag:<br>– 500 000 Fr. pro Jahr<br>(ab 2006)  |  |
| D                                 | zur Staatsrechnung des Kantons Freiburg für das Jahr 2006   | 11             | FIND                 | 9.05.07               |   | Keine finanziellen Auswirkungen   |  |
| G                                 | zur Änderung des Einführungs-gesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch für den Kanton Freiburg (dringliche Massnahmen bei Gewalt, Drohungen oder Nachstellungen) | 5              | SJD                  | 10.05.07              |   | Finanzielle und perso-nelle Folgen schwer abzuschätzen (hängen von der Häufigkeit der Kantonspolizeieinsätze ab)            |  |
| G                                 | zur Änderung des Strassengeset-zes (betrieblicher Unterhalt der Nationalstrassen)   | 12             | RUBD                 | 10.05.07              |   | Mittelfristig muss die Vorschrift des ausge-glichenen Haushalts eingehalten sein  |  |
| D                                 | über einen Verpflichtungskredit für den Ausbau des kantonalen Strassennetzes im Zusammen-hang mit städtebaulichen Arbei-ten   | 8              | RUBD                 | 10.05.07              |   |   | Ausgaben:<br>+ 6 470 000 Fr.   |

| Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf | Nr. Botschaft  | Zuständige Direktion | Datum Verabschiedung | Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats<br>GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angenommenen Entwürfe |   |  |  |
|----------------------------------|--|----------------------|----------------------|--|---|--|--|
|                                  |  |                      |                      | personell:<br>Vollzeitäquivalente (VZA)  | finanziell:<br>jährlich:<br>auf Laufende Rechnung<br>in Franken | gesamthft:<br>über mehrere<br>Jahre auf Investitionsrechnung<br>in Franken   |  |
|                                  |  |                      | Grosser Rat          |  |   |  |  |
| G                                | über die Wahl der Richterinnen und Richter und die Aufsicht über sie (RWAG)  | 6                    | SJD                  | 11.05.07   |   | Keine besonderen finanziellen Auswirkungen (Aufgabenverlagerung)   |  |
| G                                | zur Anpassung gewisser Bestimmungen der kantonalen Gesetzgebung an die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen | 18                   | FIND                 | 12.06.07   |   | Mehraufwand: + 33,8 Millionen Franken<br>GR: + 3 Millionen Franken für die Gemeinden   |  |
| G                                | über die Lebensmittelsicherheit  | 274                  | GSD                  | 13.06.07   |   | Keine finanziellen Auswirkungen auf die Betriebskosten   |  |
| G                                | über den Beitritt des Kantons Freiburg zur interkantonalen Vereinbarung über die Beiträge an die Ausbildungskosten in der beruflichen Grundbildung           | 4                    | VWD                  | 14.06.07   |   | Voraussichtliche Netto-Aufwanderhöhung für 2008: + 1 540 000 Fr.   |  |
| G                                | zur Änderung des Gesetzes über die Agglomerationen   | 17                   | ILFD                 | 15.06.07   |   | Keine neuen Ausgaben für den Staat   |  |
| D                                | über die Einbürgerungen  | 20                   | ILFD                 | 15.06.07   |   | Keine finanziellen Auswirkungen  |  |
| G                                | Schutz wild lebender Säugetiere und Vögel und ihrer Lebensräume und zur Genehmigung einer Vereinbarung über die Jagd   | 14                   | ILFD                 | 11.09.07   |   | Keine finanziellen oder personellen Auswirkungen   |  |
| D                                | über die Einbürgerungen  | 27                   | ILFD                 | 11.09.07   |   | Keine finanziellen Auswirkungen  |  |
| G                                | betreffend die Übernahme bestimmter Schulkosten  | 10                   | EKSD                 | 12.09.07   |   | Primarschulstufe:<br>geschätzter Anteil Staat = + 29 750 Fr./Jahr<br>Vorschulstufe: geschätzter Anteil Staat = + 5775 Fr./Jahr |  |
| D                                | über die Gültigkeit der Verfassungsinitiative «Passivrauchen und Gesundheit»   | 19                   | GSD                  | 12.09.07   |   | Keine finanziellen Auswirkungen  |  |
| G                                | über die Kantonale Lehrmittelverwaltung (KLVG)   | 13                   | EKSD                 | 13.09.07   |   | Keine finanziellen oder personellen Auswirkungen   |  |
| G                                | zur Änderung gewisser Bestimmungen über die leistungsorientierte Führung   | 7                    | FIND                 | 13.09.07   |   | Keine finanziellen oder personellen Auswirkungen   |  |

| Gesetzesentwurf / Dekretsentswurf | Nr. Bot-schaft   | Zuständige Direktion | Datum Verab-schiedung | Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats<br>GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat<br>angenommenen Entwürfe |                                |   |   |
|-----------------------------------|--|----------------------|-----------------------|---|--------------------------------|---|---|
|                                   |  |                      |                       | personell:  | finanziell:                    |   |   |
|                                   |  |                      |                       | Grosser Rat   | Vollzeitäqui-valente (VZÄ)     | jährlich:<br>auf Laufende<br>Rechnung<br>in Franken   | gesamthft:<br>über mehrere<br>Jahre auf Inves-titionsrechnung<br>in Franken                   |
| G                                 | über die Erbschafts- und Schenkungssteuer (ESchG)  | 15                   | FIND                  | 14.09.07  |                                | Ertragsausfall für den Staat:<br>– 830 000 Fr.<br>(Jahresdurchschnitt der Rechnungsjahre 2002–2005)<br>GR beschliesst zusätzlichen Minderertrag von mindestens – 243 000 Fr.  |   |
| G                                 | zur Änderung des Strassengesetzes (Bahnübergänge)  | 25                   | RUBD                  | 9.10.07   |                                | Siehe finanzielle Auswirkungen auf Ebene des nachstehenden Subventionierungsdokrets   |   |
| D                                 | über einen Verpflichtungskredit für Beiträge an die Aufhebung oder Sicherung von Bahnübergängen            | 26                   | RUBD                  | 9.10.07   |                                |   | Ausgaben:<br>+ 4 225 000 Fr.  |
| G                                 | zur Änderung des Gesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung | 28                   | GSD                   | 10.10.07  |                                | Finanzielle Auswirkungen im Rahmen des Gesetzes vom 12.06.2007 zur Anpassung gewisser gesetzlicher Bestimmungen an die NFA berücksichtigt.<br>Hilfspersonal:<br>+ 250 000 Fr. |   |
| G                                 | Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer                                   | 31                   | SJD                   | 13.11.07  |                                | Keine finanziellen oder personellen Auswirkungen (Verwaltungskosten mit den Bundesbeiträgen gedeckt)  |   |
| G                                 | über die Organisation des Kantonsgerichts (KGOG)   | 24                   | SJD                   | 14.11.07  |                                | Schwer zu schätzende finanzielle Auswirkungen. Erhöhung oder Verringerung der Stellenzahl   | Kosten (Umbau oder Neubau eines Gebäudes) ohne Land und Umgebungsarbeiten:<br>+ 9 000 000 Fr. |
| G                                 | über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2008                                 | 34                   | FIND                  | 15.11.07  |                                | Senkung der kantonalen Steuerfüsse auf 103 %<br>Ertrag:<br>– 32 000 000 Fr.   |   |
| D                                 | zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2008   | 33                   | FIND                  | 15.11.07  | + 100,60 VZÄ<br>(neue Stellen) | Neue Stellen:<br>Bruttoaufwand:<br>+ 12 500 000 Fr.<br>Nettoaufwand:<br>+ 10 700 000 Fr.  |   |

| Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf | Nr. Botschaft   | Zuständige Direktion | Datum Verabschiedung | Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats<br>GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angenommenen Entwürfe |  |   |
|----------------------------------|---|----------------------|----------------------|--|--|---|
|                                  |   |                      |                      | Grosser Rat  | personell:<br>Vollzeitäquivalente (VZÄ)                  | finanziell:<br>jährlich:<br>auf Laufende Rechnung<br>in Franken<br>gesamthaft:<br>über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung<br>in Franken   |
| D                                | über einen Verpflichtungskredit für die Unternehmen des öffentlichen Verkehrs   | 30                   | VWD                  | 16.11.07   |  | Ausgaben:<br>+ 36 200 000 Fr.<br>(für die Jahre 2007–2011)  |
| G                                | zur Änderung des Gesetzes über die Versicherung der Gebäude gegen Brand und andere Schäden (Amtszeit der Präsidenten und Vizepräsidenten der Bezirksschätzungskommissionen) | 39                   | SJD                  | 11.12.07   |  | Keine finanziellen oder personellen Auswirkungen  |
| G                                | zur Anpassung des Gesetzes über den Schutz der Kulturgüter an die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen                     | 38                   | EKSD                 | 12.12.07   |  | Keine Auswirkungen auf die Nettofinanzsituation des Staates. Keine Auswirkungen auf den Personalbestand                                       |
| D                                | über einen Verpflichtungskredit für die Umgestaltung und Erweiterung des Kollegiums Gambach   | 37                   | EKSD                 | 12.12.07   |  | Ausgaben:<br>+ 58 155 000 Fr.   |
| G                                | über den Bevölkerungsschutz (BevSG)   | 32                   | SJD                  | 13.12.07   | + 0,5 VZÄ (Kantonsarztamt)<br>+ 0,5 VZÄ (Amt für Umwelt) | Personalaufwand:<br>+ 130 000 Fr.<br>Weitere finanzielle Auswirkungen:<br>+ 100 000 Fr.   |
| G                                | über die Berufsbildung (BBiG)   | 29                   | VWD                  | 13.12.07   |  | Etwas höherer Finanzaufwand (+ 100 000 Fr.) für den Kanton und geringfügige personelle Auswirkungen.<br><br>Personalaufwand:<br>+ 100 000 Fr. |
| G                                | zur Änderung des Gesetzes über die Wirtschaftsförderung   | 41                   | VWD                  | 14.12.07   | + 1,00 VZÄ   | Siehe künftiger Verpflichtungskredit für die weiteren finanziellen Auswirkungen (A-Fonds-Perdu-Beiträge und Darlehen)                         |
| D                                | über die Einbürgerungen   | 40                   | ILFD                 | 14.12.07   |  | Keine finanziellen Auswirkungen   |
| D                                | über die Verleihung des Ehrenbürgerrechts des Kantons Freiburg an Herrn Niklaus Adolphe Merkle und Frau Marie Therese Simone Merkle   | 44                   | EKSD<br>ILFD         | 14.12.07   |  | Keine finanziellen Auswirkungen   |

**Personalbestand**

| <i>BEHÖRDEN – DIREKTIONEN</i>  | <i>Rechnung<br/>2007</i> | <i>Rechnung<br/>2006</i> | <i>Diff.</i>  |
|--|--------------------------|--------------------------|---------------|
| <i>Kostenstellen</i>   | <i>VZÄ</i>               | <i>VZÄ</i>               | <i>VZÄ</i>    |
| <b>Behörden und Direktionen</b>  | <b>9'186,19</b>          | <b>8'360,87</b>          | <b>825,32</b> |
| Gesetzgebende Behörde  | 4,81                     | 4,56                     | 0,25          |
| Richterliche Behörde   | 239,85                   | 235,48                   | 4,37          |
| Vollziehende Behörde   | 7,00                     | 7,00                     |               |
| Staatskanzlei  | 28,25                    | 27,65                    | 0,60          |
| Erziehung, Kultur, Sport   | 4'157,44                 | 4'127,66                 | 29,78         |
| Sicherheit und Justiz  | 760,78                   | 747,47                   | 13,31         |
| Institutionen, Land- und Forstwirtschaft   | 333,61                   | 336,36                   | -2,75         |
| Volkswirtschaft  | 537,50                   | 511,71                   | 25,79         |
| Gesundheit und Soziales<br>davon 737,52 VZÄ aus des<br>Integration der Bezirksspitäler<br>in das freiburger Spital | 2'380,71 <sup>1)</sup>   | 1'624,17                 | 756,54        |
| Finanzen   | 350,47                   | 349,33                   | 1,14          |
| Raumplanung, Umwelt, Bau   | 385,77                   | 389,48                   | -3,71         |
| <b>Sektoren</b>  | <b>9'186,19</b>          | <b>8'360,87</b>          | <b>825,32</b> |
| Zentralverwaltung  | 1'745,98                 | 1'729,01                 | 16,97         |
| Polizei  | 533,21                   | 525,39                   | 7,82          |
| Unterrichtswesen   | 4'417,32                 | 4'362,57                 | 54,75         |
| Spitäler   | 2'187,93 <sup>1)</sup>   | 1'433,08                 | 754,85        |
| Besondere Sektoren und An-<br>stalten des Staates  | 301,75                   | 310,82                   | -9,07         |

<sup>1)</sup> wovon 739,19 VZÄ der Spitäler ohne Standort Freiburg

**DAS STAATSRATSJAHR****Sitzungen**

Der Staatsrat hielt 60 (2006:51) Sitzungen ab, davon waren 6 vollständig der Prüfung des Voranschlags des Staates für das Jahr 2008 und 23, wovon 7 vollständig und 16 teilweise der Erarbeitung des Regierungsprogramms und des Finanzplans für die Legislaturperiode 2007 – 2011 gewidmet. Er erliess rund 1450 Beschlüsse (2006: 1644). Er erliess 62 (55) neue Reglemente und Verordnungen und 28 (48) Teilrevisionen von bestehenden Reglementen und Verordnungen. Er überwies 23 (27) Gesetzesentwürfe, 15 (26) Dekretentwürfe und 9 (12) Berichte an den Grossen Rat. Er beantwortete 80 (78) Anfragen, 22 (33) Postulate und 20 (45) Motionen von Grossrätinnen und Grossräten. Von den neuen parlamentarischen Vorstössen beantwortete er 5 Aufträge, 3 parlamentarische Initiativen und 2 Volksmotionen.

**Rekonstituierung der Kommissionen**

Ende Jahr rekonstituierte der Staatsrat gemäss dem Gesetz vom 22. September 1982 betreffend die Dauer der öffentlichen Nebenämter rund 110 Verwaltungskommissionen des Staates für die Amtsdauer vom 1. Januar 2008 bis zum 31. Dezember 2011. 23 Kommissionen wurden aus folgenden Gründen nicht rekonstituiert: Aufschub der Ernennung oder Ende des Auftrags, Auflösung auf Grund des Inkrafttretens verschiedener Gesetze, Integration in andere Kommissionen oder künftige Zuständigkeit des Grossen Rates für die Ernennung.

**Arbeitstreffen**

Der Staatsrat traf für eine Arbeitssitzung die Regierungen der Kantone Waadt, Bern und Neuenburg. Des Weiteren fanden Arbeitstreffen mit dem Gemeinderat der Stadt Freiburg, mit dem Vorstand des Freiburger Gemeindeverbands sowie dem Verwaltungsrat der RSTR und den Direktionen von TSR und RSR statt. Die traditionelle Arbeitstagung mit den Oberamtmännern fand dieses Jahr im Greyerzbezirk statt. Die höheren Staboffiziere, die durch ihre Tätigkeit in engem Kontakt mit dem Kanton Freiburg stehen, wurden von einer Delegation der Regierung empfangen. Anlässlich der jährlichen Begegnung mit den höheren Kader der Kantonsverwaltung wurden das Regierungsprogramm und der Finanzplan 2007–2011 vorgestellt. Wie jedes Jahr hat die Regierung verschiedene Freiburger Unternehmen besucht und so ihren ständigen Bemühungen um die wirtschaftliche und industrielle Entwicklung des Kantons Ausdruck gegeben.

**Wahlkollegium**

Das Wahlkollegium (Staatsrat und Kantonsgericht in gemeinsamer Sitzung) hielt 4 Sitzungen ab, in denen mit der Rechtspflege betraute Personen in ihren Ämtern bestätigt oder ernannt wurden. Der Staatsrat und das

Verwaltungsgericht hielten eine gemeinsame Sitzung ab, in der Mitglieder der Enteignungskommission in ihrem Amt bestätigt oder ernannt wurden. Mit der Wahl des Justizrats in der Märzsession 2007 des Grossen Rates beendigte das Wahlkollegium seine Tätigkeit.

### **Traditionelle Veranstaltungen**

Der Staatsrat überbrachte seine Neujahrswünsche den Präsidenten des Grossen Rates, des Kantons- und des Verwaltungsgerichts, den Vertretern des Bistums, der Katholischen kirchlichen Körperschaft, der Evangelisch-Reformierten Kirche, der Israelitischen Glaubensgemeinschaft sowie dem Dekan des Domkapitels der Kathedrale St. Nikolaus. Er hat an folgenden traditionellen weltlichen und kirchlichen Feierlichkeiten und Anlässen teilgenommen: Hochamt an Ostern, Fronleichnam, Gedenkfeier zur Schlacht bei Murten, Solemnität, Feier zum eidgenössischen Buss- und Betttag, Feier in Memoriam, Europatag und Dies Academicus der Universität Freiburg sowie Weihnachtsmesse. Der Staatsrat hat auf Einladung der religiösen Gemeinschaften an folgenden Essen teilgenommen: am Faschachtsdonnerstag im Franziskanerkloster, an den Mittfasten im Kapuzinerkloster und am Andachtsessen in der Abtei Altenryf. Der Staatsrat hat die ehemaligen Mitglieder der Regierung und die alt Staatskanzler mit ihren Ehegatten zu einem gemütlichen Beisammensein eingeladen. In einem etwas entspannteren Rahmen durfte er am Wintersporttag des Grossen Rates und am gemeinsamen Fraktionsausflug in der Junisession teilnehmen.

### **Besuche und Empfänge**

Anlässlich von drei protokollarischen Besuchen konnte die Regierung die Botschafter der Republik Chile, von Kanada und von Grossbritannien in der Schweiz empfangen. Der Staatsrat wurde von der Regierung von Basel-Landschaft zu einem Besuch eingeladen. Er hat seinerseits die Regierung des Kantons Schwyz zu einem offiziellen Besuch eingeladen; dabei wurde auch ein Ausflug ins Weingut Les Faverges im Lavaux, das dem Staat Freiburg gehört, organisiert. Bei der Durchfahrt des Extrazuges, der André Bugnon in seinen Herkunftskanton brachte, gratulierte die Freiburger Regierung dem frischgewählten Nationalpräsidenten. Er war sowohl am Fest, das zu Ehren des neuen Nationalpräsidenten in dessen Wohngemeinde Saint-Prex organisiert wurde, als auch am Fest, das in Martigny zu Ehren von Pascal Couchepin nach der Wahl zum Bundespräsidenten für 2008 stattfand, vertreten. Die Regierung hatte auch Gelegenheit, Nicolas Michel, Untergeneralsekretär für rechtliche Angelegenheiten bei den Vereinten Nationen, zu einem offiziellen Essen zu empfangen; Herr Michel war Ehrengast am Dies academicus der Universität Freiburg. Ausserdem hat er die Mitglieder der Kommission für öffentliche Bauten des Ständerats und der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats anlässlich der Sitzungen, die diese Kommission im Freiburgerland

abhielten, getroffen. Mitte September fand im Rahmen der Grossen Kilbi, die im Forum Freiburg organisiert wurde, eine Veranstaltung mit den hohen Freiburger Beamten in der Bundesverwaltung statt. Der Staatsrat wirkte auch am offiziellen Festakt zum 850-jährigen Bestehen der Stadt Freiburg sowie an Veranstaltungen im Rahmen der 21. Auflage des Internationalen Filmfestivals Freiburg und der Schubertiade in der Stadt Freiburg mit. Bei einem Essen verabschiedete er Gérard Vaucher, Vizekanzler von 1985 bis 2007, offiziell und sprach ihm für die geleisteten Dienste seinen Dank aus.

### **Hundertjährige**

Anlässlich ihres Eintritts in das 100. Lebensjahr haben 13 Freiburgerinnen und 3 Freiburger Besuch von einem Mitglied des Staatsrats und das traditionelle Geschenk der Regierung erhalten.

## **PARLAMENTARISCHE VORSTÖSSE**

Artikel 68 des Grossratsgesetzes vom 6. September 2006 (GRG) schreibt vor, dass «der Staatsrat jedes Jahr im Rechenschaftsbericht die Liste der Vorstösse erstellt, denen er im Verlauf des Berichtsjahr Folge gegeben hat, und macht einen kurz begründeten Bericht über den Stand der noch hängigen Motionen, Postulate und Aufträge und darüber, wie er ihnen Folge zu geben gedenkt. Der Staatsrat hat beschlossen, diesen Auftrag mit einer vollständigen Übersicht über sämtliche parlamentarischen Vorstösse zu erfüllen, die zurzeit – unabhängig vom Verfahrensstand – behandelt werden. Stichdatum 31. Dezember 2007.

*Motionen*

| Nr.      | Dir. | Verfasser 1       | Verfasser 2         | Gegenstand   | Eingang Staatskanzlei | Antwort des Staatsrats | Folge                  | Stand am 31.12.2007                               |
|----------|------|-------------------|---------------------|--|-----------------------|------------------------|------------------------|---|
| M1001.07 | FIND | Peiry Stéphane    |                     | Änderung des Gesetzes über die direkten Kantonssteuern (DStG) - Teilbesteuerung der Dividenden   | 16.02.07              |                        |                        | Antwort Anfang 2008                               |
| M1002.07 | FIND | Ith Markus        |                     | DStG - Verrechnung der Gewinnsteuer mit der Kapitalsteuer  | 28.03.07              |                        |                        | Antwort Anfang 2008                               |
| M1005.07 | GSD  | Buchmann Michel   | Feldmann Christiane | Stärkerer Einbezug des Grossen Rates bei der kantonalen Gesundheitsplanung   | 28.03.07              | 21.08.07               | Angenommen am 10.10.07 | Der Gesetzesentwurf wird dem GR 2008 unterbreitet |
| M1007.07 | ILFD | Crausaz Jacques   | Waeber Emanuel      | Gesetz über die Regionen   | 28.03.07              |                        |                        | Antwortentwurf in Ausarbeitung                    |
| M1008.07 | FIND | Vonlanthen Rudolf |                     | DStG - Teilbesteuerung der Dividenden  | 28.03.07              |                        |                        | Antwort Anfang 2008                               |
| M1009.07 | FIND | Bourgeois Jacques | Morand Jacques      | Tiefere Steuerbelastung der juristischen Personen  | 28.03.07              |                        |                        | Antwort Anfang 2008                               |
| M1010.07 | FIND | Peiry Stéphane    | Page Pierre-André   | Weniger Steuern für natürliche und juristische Personen  | 19.04.07              |                        |                        | Antwort Anfang 2008                               |
| M1011.07 | FIND | Kuenlin Pascal    | Thürler Jean-Pierre | Steuersenkung für natürliche und juristische Personen  | 18.05.07              |                        |                        | Antwort Anfang 2008                               |
| M1012.07 | SJD  | Badoud Antoinette |                     | Gesetz über die Prostitution   | 21.06.07              | 08.10.07               |                        | Traktandiert für Februarsession 08                |
| M1013.07 | FIND | Bapst Markus      | Romanens Jean-Louis | Steuerliche Entlastung für eine nachhaltige Entwicklung und Familienförderung  | 18.05.07              |                        |                        | Antwort Anfang 2008                               |
| M1015.07 | ILFD | Ackermann André   |                     | Änderung des Gesetzes über die Gemeinden (Art. 135)  | 18.05.07              | 02.10.07               | Angenommen am 14.12.07 | Aufnahme der Arbeiten zur Umsetzung der Motion    |
| M1016.07 | SJD  | Mauron Pierre     | Ganiot Xavier       | Kantonales Gesetz über die Ausübung der Prostitution, ein Verbot aller Formen von Zwangsprostitution und die Hilfe an die Opfer von Zwangsprostitution | 18.05.07              | 08.10.07               |                        | Traktandiert für Februarsession 08                |

| Nr.      | Dir.      | Verfasser 1         | Verfasser 2           | Gegenstand  | Eingang Staatskanzlei | Antwort des Staatsrats | Folge | Stand am 31.12.2007  |
|----------|-----------|---------------------|-----------------------|---|-----------------------|------------------------|-------|--|
| M1017.07 | GSD       | Bachmann Albert     | Clément Pierre-Alain  | Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung  | 21.06.07              |                        |       | Antwort in Vorbereitung  |
| M1018.07 | VWD       | Fasel Josef         | Bulliard Christine    | Anpassung der Förderbeiträge im Energiebereich  | 21.06.07              |                        |       | Antwort für 2008 geplant, im Zusammenhang mit dem neuen Energiekonzept   |
| M1020.07 | ILFD      | Cardinaux Gilbert   | Losey Michel          | Änderung des Gesetzes über die Gemeindesteuern  | 20.09.07              |                        |       | Antwort Anfang 2008  |
| M1021.07 | VWD       | Romanens Antoinette | Ackermann André       | Gesetz über die Beschäftigung und die Arbeitslosenhilfe   | 21.06.07              |                        |       | Antwort vorgesehen für 2008, zusammen mit einem Gesetzesentwurf über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt (BAMG) |
| M1023.07 | SJD       | Hunziker Yvan       | Glauser Fritz         | Änderung des Gesetzes über die Besteuerung der Motorfahrzeuge und Anhänger/ökologische Besteuerung der Personenwagen                    | 12.07.07              |                        |       | Antwort Anfang 2008  |
| M1024.07 | RUBD      | Fürst René          | Bapst Markus          | Neues kantonales Gesetz über die Gewässer - Einführung eines Fonds für die Revitalisierung der Gewässer                                 | 17.08.07              |                        |       | Antwort in Vorbereitung  |
| M1025.07 | FIND      | Page Pierre-André   | Rossier Jean-Claude   | Monatsweiser Bezug der Kantonssteuern und der direkten Bundessteuer der natürlichen Personen  | 17.08.07              |                        |       | Antwort Anfang 2008  |
| M1027.07 | EKSD/ILFD | Suter Olivier       | Steiert Jean-François | Zweisprachigkeit in der Schule  | 20.09.07              |                        |       | Antwortentwurf in Ausarbeitung   |
| M1028.07 | ILFD      | GR-Büro             |                       | Änderung des Gesetzes vom 6. April 2001 über die Ausübung der politischen Rechte (Volksmotion)  | 20.09.07              |                        |       | Antwort in Vorbereitung  |
| M1029.07 | SJD       | Boschung Bruno      | Studer Albert         | Erhöhung der maximalen Dauer des Polizeigewahrsams für Jugendliche  | 20.09.07              |                        |       | Antwort Anfang 2008  |
| M1030.07 | FIND      | Haenni Charly       | Ith Markus            | Gesetz über das Staatspersonal - 5 Tage Vaterschaftsurlaub  | 18.10.07              |                        |       | Antwort in Vorbereitung  |
| M1031.07 | EKSD      | Grandjean Denis     |                       | Änderung des Gesetzes über den Kindergarten, die Primarschule und die Orientierungsschule (Schulgesetz) - Verlängerung der Schulpflicht | 20.09.07              |                        |       | Antwort in Vorbereitung  |

| Nr.      | Dir.    | Verfasser 1         | Verfasser 2              | Gegenstand   | Eingang Staatskanzlei | Antwort des Staatsrats | Folge | Stand am 31.12.2007   |
|----------|---------|---------------------|--------------------------|--|-----------------------|------------------------|-------|---|
| M1032.07 | ILFD/SK | Rime Nicolas        | Girard Raoul             | Wahlen - Transparenz bei den Kosten und Plafonierung der Ausgaben  | 18.10.07              |                        |       | Antwort in Ausarbeitung   |
| M1033.07 | FIND    | Romanens Jean-Louis | Kaelin Murith Emmanuelle | Anpassung der Frist zur Aufschiebung der Grundstückgewinnsteuer bei Verkauf und Kauf einer Familienwohnung | 18.10.07              |                        |       | Antwort Anfang 2008   |
| M1034.07 | SJD     | Boschung Moritz     | Thalman-Bolz Katharina   | Einführung einer ökologischen Motorfahrzeugsteuer für Personenwagen  | 18.10.07              |                        |       | Antwort Anfang 2008   |
| M1035.07 | FIND    | Tschopp Martin      | Raemy Hugo               | Gesetz über das Staatspersonal - 10 Tage Vaterschaftsurlaub  | 18.10.07              |                        |       | Antwort in Vorbereitung   |
| M1036.07 | SJD     | Romanens Antoinette | Rime Nicolas             | Gesetz über die Motorfahrzeugsteuer  | 18.10.07              |                        |       | Antwort Anfang 2008   |
| M1037.07 | ILFD    | Chassot Claude      |                          | Gesetz über die Gemeinden  | 22.11.07              |                        |       | Antwort in Vorbereitung   |
| M1038.07 | VWD     | Collomb Eric        |                          | Mindestanteil an erneuerbarer Energie bei der Brauchwassererwärmung  | 22.11.07              |                        |       | Wird 2008 beantwortet   |
| M1039.07 | VWD     | Bourgeois Jacques   | Haenni Charly            | Bundesgesetz über die Regionalpolitik  | 22.11.07              |                        |       | Wird 2008 beantwortet   |
| M1040.07 | ILFD    | Fasel Josef         | Burkhalter Fritz         | Tiertransporte   | 20.12.07              |                        |       | Antwort in Ausarbeitung   |
| M1041.07 | ILFD    | Kolly René          | Rossier Jean-Claude      | Landwirtschaftsgesetz – Strukturverbesserungen   | 20.12.07              |                        |       | Antwort in Ausarbeitung   |
| M1042.07 | VWD     | Rime Nicolas        | Suter Olivier            | Erneuerbare Energien   | 20.12.07              |                        |       | Antwort in Ausarbeitung   |
| 164.06   | ILFD    | Romanens Jean-Louis | Geinoz Jean-Denis        | Gesetz über die Gemeinden – Festlegung des Steuerfusses  | 03.11.06              |                        |       | Vernehmlassung bei 2 Gemeindeverbänden - Antwortentwurf in Vorbereitung |
| 163.06   | RUBD    | Galley Jean-Pierre  | Thürler Jean-Pierre      | Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Natur- und Landschaftsschutz (Naturparks)                      | 03.11.06              |                        |       | Antwort ist in Ausarbeitung   |

| Nr.    | Dir. | Verfasser 1               | Verfasser 2                      | Gegenstand   | Eingang Staatskanzlei | Antwort des Staatsrats | Folge   | Stand am 31.12.2007   |
|--------|------|---------------------------|----------------------------------|--|-----------------------|------------------------|---|---|
| 162.06 | FIND | Buchmann Michel           | Haenni Charly                    | Zeitliche Begrenzung der Mandate der Mitglieder von Räten, Kommissionen und weiteren Arbeitsgruppen des Staates                      | 03.11.06              | 01.05.07               | Angenommen am 14.06.07 (gemäss SR-Antwort + Ergänzungsantrag Charly Haenni) | Der Staatsrat hat das Reglement über die Organisation und die Arbeitsweise der Kommissionen des Staates am 21. 8. 07 geändert (SGF 122.0.61) Inkrafttreten 1.1.08 |
| 160.06 | ILFD | Boivin Denis              | Haenni Charly                    | Wiederaufnahme der Förderung der Gemeindefusionen - Ziel 2011: 89 Gemeinden im Kanton Freiburg!                                      | 10.10.06              | 04.09.07               | Angenommen am 9.10.07   | In Vorbereitung   |
| 159.06 | ILFD | Boivin Denis              | Übernommen von Jean-Denis Geinoz | Änderung des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte: Schaffung eines Parteiregisters                                      | 10.10.06              | 19.06.07               | Angenommen am 11.09.07 (gemäss Antrag SR)                                   | Ein Gesetzesvorentwurf ist in Vorbereitung  |
| 156.06 | FIND | Schnyder Jörg             | Marti Jean-Jacques               | Senkung der Steuern auf Kapitalleistungen aus der beruflichen Vorsorge (übernommen am 16.03.07 von Rudolf Vonlanthen und Markus Ith) | 27.06.06              |                        |   | Antwort Anfang 2008   |
| 155.06 | ILFD | Boivin Denis              | Jelk Guy-Noël                    | Gesetz über die Gemeindesteuern - Aufhebung der Personalsteuer   | 27.06.06              | 08.05.07               | Angenommen am 11.09.07  | Vorbereitungsarbeiten im Gang   |
| 154.06 | SJD  | Ducoffterd Christian      | de Reyff Charles                 | Bürgernahe Polizei   | 27.06.06              | 24.04.07               | Angenommen am 12.06.07  | Gesetzesentwurf wird dem GR 2008 vorgelegt  |
| 150.06 | SJD  | Weber-Gobet Marie-Thérèse | Steiert Jean-François            | Gesetz über die Videoüberwachung öffentlicher Orte   | 15.05.06              | 31.10.06               | Angenommen am 10.05.07  | Vorbereitungsarbeiten im Gang   |
| 149.06 | EKSD | Freiburghaus Madeleine    | Romanens Jean-Louis              | Erwerb der Partnersprache  | 15.05.06              |                        |   | Die Antwort wird in den Bericht zur Motion 110.01 Baudois / Garnier über den Spracherwerb in der obligatorischen Schulzeit integriert                             |

| Nr.    | Dir. | Verfasser 1       | Verfasser 2                  | Gegenstand   | Eingang Staatskanzlei | Antwort des Staatsrats | Folge                    | Stand am 31.12.2007   |
|--------|------|-------------------|------------------------------|--|-----------------------|------------------------|--------------------------|---|
| 148.06 | SJD  | Collaud Jacques   | Geinoz Jean-Denis            | Änderung des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch für den Kanton Freiburg / Verlängerung der Frist für die Bestätigung der Scheidung und der Scheidungskonvention | 15.05.06              | 31.10.06               | Angenommen am 02.11.06   | Gesetzesentwurf wurde dem GR 2007 überwiesen  |
| 147.06 | SJD  | Raemy Hugo        | Tschopp Martin               | Verkaufsverbot für Tabakwaren an Jugendliche unter 16 Jahren   | 15.05.06              | 10.09.07               | Angenommen am 11.10.07   | Für die Umsetzung dieser Motion ist heute die GSD im Zusammenhang mit der Revision des Gesundheitsgesetzes zuständig (infolge der Motion Castella-Dorand); der Gesetzesentwurf wird dem GR 2008 unterbreitet. |
| 145.06 | ILFD | Gendre Jean-Noël  | Godel Georges                | Unterstützung der Waldbesitzer für einen nachhaltigen Schutz der Wohlfahrtsfunktionen des Waldes   | 15.05.06              | 13.03.07               | Angenommen am 15.06.07   | Ein Gesetzesvorentwurf ist ausgearbeitet  |
| 144.06 | VWD  | Bourgeois Jacques |                              | Entwicklungskonzept für den ländlichen Raum  | 15.05.06              | 13.03.07               | Angenommen am 13.03.07   | Dieser Motion wurde Folge geleistet mit dem Gesetz vom 14. Dezember 2007 zur Änderung des Gesetzes über die Wirtschaftsförderung  |
| 143.06 | ILFD | Sansonnens Paul   | Losy Michel                  | Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte  | 15.05.06              | 31.10.06               | Angenommen am 02.11.07   | Dieser Motion wird durch eine Änderung des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte Folge geleistet.   |
| 139.06 | FIND | Maeder Ernst      | Romanens Jean-Louis          | DStG - Höchstgrenzen der Vermögenssteuer   | 17.03.06              |                        |                          | Antwort Anfang 2008   |
| 135.06 | SJD  | Piller Damien     | Brouchoud Bapst Marie-Hélène | Gesetz über die Ausübung des Handels (Diese Motion wurde von den Grossräten Giarlon und Bourgeois übernommen)  | 15.02.06              | 05.06.07               | Angenommen am 11.09.2007 | Ein Gesetzesentwurf wird dem GR 2008 unterbreitet.  |
| 133.05 | EKSD | Collaud Jacques   | Schnyder Jörg                | Studiendauer der eidgenössischen Maturität (am 14.03.07 von Alex Giarlon und Jacques Bourgeois übernommen)   | 15.12.05              |                        |                          | Die Frist für die Antwort wurde verlängert  |

| Nr.    | Dir. | Verfasser 1          | Verfasser 2                               | Gegenstand  | Eingang Staatskanzlei | Antwort des Staatsrats | Folge                   | Stand am 31.12.2007  |
|--------|------|----------------------|---|---|-----------------------|------------------------|-------------------------|--|
| 129.05 | FIND | Aeby Yvan            |   | Änderung des Gesetzes über die Handänderungssteuern (Besteuerung bei einer Übertragung von Aktienkapital gewisser Immobiliengesellschaften) | 15.12.05              | 20.06.06               | Angenommen am 4.10.2006 | Gesetzesentwurf in Vorbereitung, wird dem GR bis Mai 2008 unterbreitet                     |
| 127.05 | EKSD | Rossier Jean-Claude  | Johner-Etter Ueli                         | Anpassung der kantonalen Gesetzgebung über die Studiendauer bis zur kantonalen Matura unter Einschluss eines 2. Kindergartenjahre           | 17.11.05              |                        |                         | Die Frist für die Antwort wurde verlängert   |
| 126.05 | ILFD | Coffing Claudia      |   | Gesetz über die Ausübung der politischen Rechte (PRG)   | 17.11.05              | 09.05.06               | Angenommen am 10.05.06  | Ein Gesetzesvorentwurf ist ausgearbeitet   |
| 124.05 | FIND | Gobet Marc           |   | Gesetz über die Erbschafts- und Schenkungssteuern - Hingabe von Kunstwerken an Erfüllung statt  | 13.10.05              | 07.02.06               | Angenommen am 15.02.06  | Berücksichtigt im Gesetz vom 14. September 2007 über die Erbschafts- und Schenkungssteuern |
| 123.05 | SJD  | Boivin Denis         | Castella Cédric                           | Steuerbefreiung der sauberen Fahrzeuge (am 15.03.07 von Marie-Thérèse Weber-Gobet übernommen)   | 13.10.05              |                        |                         | Antwort Anfang 2008  |
| 122.05 | EKSD | Fasel Bruno          | Bröhimann Charly                          | Unterrichtsstunden bei Beginn des neuen Schuljahres über Evakuierungen in den Schulhäusern bei Feuer- und Naturkatastrophen                 | 13.10.05              | 09.05.06               | Angenommen am 15.05.06  | Vorschlag für einen Artikel im Rahmen der Gesamtrevision des Schulgesetzes                 |
| 113.05 | EKSD | Collaud Jean-Jacques | Romanens Antoinette / Romanens Jean-Louis | Einführung eines 2. Kindergartenjahres  | 09.09.05              |                        |                         | Vorentwurf 2007 in Vernehmlassung, Gesetzesentwurf und Botschaft in Vorbereitung           |
| 111.05 | GSD  | Tschopp Martin       | Raemy Hugo                                | Preis des Kantons Freiburg für Sozial- und Jugendarbeit   | 09.09.05              | 14.03.06               | Angenommen am 12.05.06  | Aus dem Register gestrichen durch Entscheid des GR-Büros vom 26.01.07                      |
| 105.05 | GSD  | Castella Cédric      | Dorand Jean-Pierre                        | Rauchfreie Spitäler, Schulen und Verwaltungsgebäude   | 24.06.05              | 07.02.06               | Angenommen am 07.02.06  | Änderung des Gesetzes voraussichtlich 2008   |
| 95.05  | VVD  | Fasel Josef          |   | Energiebewirtschaftung im Kanton/ Energie aus Biomasse  | 16.03.05              | 06.09.05               | Angenommen am 06.06.05  | Änderung des Energiegesetzes vorgesehen für 2008   |

| Nr.   | Dir. | Verfasser 1              | Verfasser 2         | Gegenstand   | Eingang Staatskanzlei | Antwort des Staatsrats | Folge                  | Stand am 31.12.2007  |
|-------|------|--------------------------|---------------------|--|-----------------------|------------------------|------------------------|--|
| 92.05 | EKSD | Krattinger-Jutzet Ursula | Morel Françoise     | Einführung eines 2. Kindergartenjahres   | 16.03.05              |                        |                        | Vorentwurf 2007 in Vernehmlassung, Gesetzesentwurf und Botschaft in Vorbereitung   |
| 83.04 | VWD  | Boivin Denis             |                     | Aktualisierung der Gesetzgebung über die Feiertage   | 16.12.04              | 10.05.05               | Angenommen am 12.05.05 | Vorentwurf für ein Gesetz über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt vorgesehen für 2008  |
| 80.04 | EKSD | Conti Maria-Grazia       | Romanens Antoinette | Stipendien und Ausbildungsbeiträge   | 19.11.04              | 10.05.05               | Angenommen am 11.05.05 | Fristverlängerung bewilligt - Entwurf für eine Änderung der Gesetzgebung 2007 an den GR überwiesen.  |
| 76.04 | RUBD | Beyeler Hans-Rudolf      |                     | Sanierung der unbewachten Niveauübergänge der Bahn im Kanton                                 | 19.11.04              | 10.05.05               | Angenommen am 11.05.05 | Botschaft Nr. 25 vom 10.07.2007 - Änderung des Strassengesetzes vom 9.10.2007 - Botschaft Nr. 26 vom 10.07.2007, Dekret 9.10.2007                        |
| 73.04 | RUBD | Carrel Hubert            |                     | Gebühren für die Abwasserableitung und -reinigung  | 14.10.04              | 06.09.05               | Angenommen am 09.09.05 | Wird im Vorentwurf für das neue Gewässergesetz berücksichtigt  |
| 59.04 | ILFD | Bachmann Albert          |                     | Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände | 24.03.04              | 15.06.04               | Angenommen am 16.06.04 | Gesetz vom 13. Juni 2007 über die Lebensmittelsicherheit   |
| 54.04 | FIND | Godel Georges            | Tenner Bruno        | Steuersenkung um 10 %  | 12.02.04              | 14.09.04               | Angenommen am 16.09.04 | Berücksichtigt in den Revisionen des DStG vom 21.6.05 und 15.11.05 und mit den Dekreten vom 3.11.06 und 15.11.07 über den Steuerfuss der Kantonssteuern. |
| 47.03 | GSD  | Bourgeois Jacques        |                     | Optimierung der Kontrollen und der Bekämpfung von Betrug im Lebensmittelbereich              | 06.11.03              | 15.06.04               | Angenommen am 16.06.04 | Gesetz vom 13. Juni 2007 über die Lebensmittelsicherheit   |

| Nr.    | Dir. | Verfasser 1        | Verfasser 2         | Gegenstand  | Eingang Staatskanzlei | Antwort des Staatsrats | Folge  | Stand am 31.12.2007   |
|--------|------|--------------------|---------------------|---|-----------------------|------------------------|--|---|
| 42.03  | ILFD | Page Pierre-André  | Brönmann Charly     | Änderung der Kriterien für die Gewährung von Darlehen aus dem kantonalen Landwirtschaftsfonds   | 09.09.03              | 07.10.03               | Angenommen am 08.10.03 (im Sinne des Beschlusses Nr. 95) | 2007 Folge geleistet durch das Reglement über die Landwirtschaft  |
| 14.02  | ILFD | Godel Georges      | Romanens Jean-Louis | Finanzausgleich und Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden   | 03.05.02              | 25.03.03               | Angenommen am 26.03.03                                   | Behandelt im Entwurf über den Finanzausgleich   |
| 6.02   | SJD  | Dorand Jean-Pierre |                     | Schaffung eines kantonalen Gesetzes über den Bevölkerungsschutz   | 19.03.02              | 25.03.03               | Angenommen am 23.03.03                                   | Gesetz vom 13.12.2007 über den Bevölkerungsschutz   |
| 110.01 | EKSD | Baudois Jacques    | Garnier Bernard     | Spracherwerb während der obligatorischen Schulzeit  |                       |                        | Angenommen am 02.10.01                                   | Fristverlängerung für den Bericht bewilligt. Bericht geplant für 2008   |
|        | SK   | Berset Solange     | Rhême Dominique     | Informationsgesetz  |                       |                        | Angenommen am 09.02.01                                   | Frist von 2 Jahren vom GR bewilligt, Vorentwurf in Vernehmlassung bis 29.02.08  |
|        | FIND | Godel Georges      | Romanens Jean-Louis | Änderung des DStG in dem Sinne, dass die Kapitalgewinne der Selbständigerwerbenden als Leistungen der Säule 3a gelten und entsprechend besteuert werden |                       |                        | Angenommen am 19.03.02                                   | Diese Motion geht in dieselbe Richtung wie die Reform der Unternehmenssteuer II, über die in der eidgenössischen Volksabstimmung vom 24.2.2008 abgestimmt wird. Ein Gesetzesentwurf wird 2008 vorgelegt |

## Postulate

| Nr.      | Dir.                | Verfasser 1         | Verfasser 2        | Gegenstand   | Eingang Staatskanzlei | Antwort des Staatsrats | Folge                  | Stand am 31.12.2007  |
|----------|---------------------|---------------------|--------------------|--|-----------------------|------------------------|------------------------|--|
| P2002.07 | RUBD                | Bourgeois Jacques   |                    | Optimales Strassenverkehrsmanagement auf den Achsen Payerne-Freiburg und Romont-Freiburg   | 23.01.07              | 28.08.07               | Angenommen am 09.10.07 | Der SR betrachtet die Antwort vom 28.08.07 auch als Postulatsbericht   |
| P2003.07 | VWD                 | Grandjean Denis     |                    | Bau von Autoparkplätzen bei den Autobahneinfahrten in unserem Kanton (Parkplätze, Park & Ride)   | 13.03.07              | 18.12.07               |                        | Traktandiert für Februarsession 08   |
| P2004.07 | VWD                 | Haenni Charly       |                    | Kantonales Pro-Kopf-Einkommen  | 14.03.07              | 04.09.07               | Angenommen am 11.10.07 | Bericht im Jahr 2008   |
| P2006.07 | SJD                 | Ducotterd Christian | Schoenenweid André | Massnahmen zur Integration der Ausländer   | 15.03.07              | 04.12.07               |                        | Traktandiert für Februarsession 08   |
| P2007.07 | ILFD                | Buchmann Michel     | Glardon Alex       | Ausführliche Untersuchung zur finanziellen Gesundheit der Gemeinden  | 15.03.07              |                        |                        | Bericht in Ausarbeitung (bis April 08)   |
| P2008.07 | EKSD/GSD            | Raemy Hugo          | Krattinger Ursula  | Schulsozialarbeit während der obligatorischen Schulzeit  | 16.03.07              | 23.10.07               | Angenommen am 13.02.08 | Der entsprechende Bericht wird in die Botschaft zur Revision des Schulgesetzes integriert. Vernehmlassung für 2008 geplant |
| P2009.07 | GSD                 | Bapst Markus        | Waeber Emanuel     | Zustände am Kantonsspital Freiburg   | 22.03.07              | 10.07.07               | Angenommen am 10.10.07 | SR-Antwort vom 10.07.07 gilt als Bericht   |
| P2010.07 | RUBD/VWD            | Fasel Josef         | Collaud Elian      | Finanzflüsse bei den Steuern und Gebühren für Fahrzeuge und Strassenverkehr, einschliesslich öffentlicher Verkehr, gemäss dem Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung | 27.03.07              | 26.06.07               | Angenommen am 14.09.07 | Bericht auf das Postulat in Vorbereitung   |
| P2012.07 | RUBD<br>VWD<br>ILFD | Boschung Moritz     | Bourguet Gabrielle | Erarbeitung einer Strategie zur Bewältigung der mit dem Klimawandel voraussehbaren klimatischen Veränderungen  | 15.04.07              | 23.10.07               | Angenommen am 16.11.07 | Die Antwort vom 23.10.07 gilt als Bericht  |

| Nr.      | Dir.                | Verfasser 1        | Verfasser 2          | Gegenstand   | Eingang Staatskanzlei | Antwort des Staatsrats | Folge                  | Stand am 31.12.2007   |
|----------|---------------------|--------------------|----------------------|--|-----------------------|------------------------|------------------------|---|
| P2013.07 | VWD<br>RUBD<br>FIND | Bourgeois Jacques  | Glauser Fritz        | Verminderung der administrativen Belastung und Vereinfachung der Verfahren, um die Konkurrenzfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu verbessern | 17.04.07              | 15.01.08               |                        | Traktandiert für Februarsession 08  |
| P2014.07 | RUBD                | Genoud Joe         | Grandjean Denis      | Umfahrungsstrasse Châtel-St-Denis  | 08.05.07              |                        |                        | Antwort ist in Vorbereitung   |
| P2015.07 | VWD                 | Haenni Charly      |                      | Kantonale Verkehrspolitik  | 08.05.07              |                        |                        | Antwort ist in Vorbereitung   |
| P2016.07 | RUBD                | Kolly René         | Ducotterd Christian  | Kantonale Politik zur Ansiedlung von grossen Einkaufszentren   | 09.05.07              | 21.08.07               | Angenommen am 14.09.07 | Gegenstand steht in Prüfung - Die CEAT wurde mit der Ausarbeitung des Berichts beauftragt |
| P2017.07 | VWD                 | Lozey Michel       | Collomb Eric         | Innovative Energiepolitik bei den erneuerbaren Energien und den neuen Technologien zu deren Erzeugung  | 10.05.07              | 06.11.07               |                        | Traktandiert für Februarsession 08  |
| P2018.07 | GSD                 | Bulliard Christine | Stiert Jean-François | Senkung der Prämienlast der Familien in der obligatorischen Krankenversicherung  | 11.05.07              |                        |                        | Wird 2008 beantwortet   |
| P2019.07 | GSD/FIND            | Tschopp Martin     | Raemy Hugo           | Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen in der Kantonsverwaltung für Menschen mit Behinderung  | 11.05.07              | 04.09.07               | Angenommen am 9.10.07  | Antwort vom 04.09.07 gilt als Bericht   |
| P2020.07 | SJD                 | Chassot Claude     |                      | Betreuung von rückfälligen minderjährigen Straftätern (16-18 Jahre)  | 14.06.07              |                        |                        | Antwort Anfang 2008   |
| P2021.07 | RUBD                | Zurkinden Hubert   | Suter Olivier        | Nachhaltige Entwicklung  | 21.08.07              |                        |                        | Antwort in Vorbereitung   |
| P2022.07 | RUBD                | Efter Heinz        |                      | Hochwasserschutz im Grosse Moos  | 30.08.07              |                        |                        | Antwort Anfang 2008   |
| P2023.07 | SJD                 | Grandjean Denis    |                      | Reglement über Fundgegenstände   | 11.12.07              |                        |                        | Wird in der gesetzlichen Frist beantwortet  |
| P2024.07 | VWD                 | Collomb Eric       |                      | Ein Dach für die Innovation durch Schaffung eines Technologieparks   | 12.12.07              |                        |                        | Antwort in Vorbereitung   |
| P2025.07 | EKSD                | Berset Solange     | Gobet Nadine         | Fremdsprachliches 10. Schuljahr  | 12.12.07              |                        |                        | Antwort in Vorbereitung   |

| Nr.    | Dir.     | Verfasser 1         | Verfasser 2                  | Gegenstand   | Eingang Staatskanzlei | Antwort des Staatsrats | Folge                  | Stand am 31.12.2007  |
|--------|----------|---------------------|------------------------------|--|-----------------------|------------------------|------------------------|--|
| 322.06 | EKSD/GSD | Françoise Morel     | André Masset                 | Schuldienste   | 03.11.06              | 08.05.07               | Angenommen am 27.03.07 | Der Bericht wird in die Botschaft und den Gesetzesentwurf über das kantonale Konzept für Sonderpädagogik integriert; Vernehmlassung ist für 2011 geplant |
| 321.06 | RUBD     | Solange Berset      | Elian Collaud                | Kantonsstrasse Broye-Freiburg: Durchfahrt durch Belfaux  | 03.11.06              | 23.01.07               | Angenommen am 13.06.07 | Im Hinblick auf ein Kreditgesuch für spezifische Studien sollen Vorabklärungen gemacht werden  |
| 320.06 | VWD      | Jacques Crausaz     | Nicolas Bürgisser            | Mit welchen Mitteln will der Staatsrat die Stromproduktion im eigenen Kanton steigern?         | 10.10.06              | 03.07.07               | Angenommen am 11.10.07 | Bericht im Jahr 2008   |
| 319.06 | RUBD     | Peiry-Kolly Claire  | Brouchoud-Bapst Marie-Hélène | Rationalisierung der Kantonsverwaltung   | 08.09.06              |                        |                        | Antwort Anfang 2008  |
| 317.06 | GSD      | Christine Bulliard  | Markus Bapst                 | Hausarztmedizin und medizinische Versorgung in ländlichen Regionen                             | 27.06.06              | 13.03.07               | Angenommen am 11.05.07 | Bericht erfolgt 2008   |
| 316.06 | RUBD     | Ueli Johner-Etter   | Ernst Maeder                 | Verkehrs- und Strassenplanung im Seebezirk, insbesondere der Umfahrung Ketzers                 | 27.06.06              | 03.10.06               | Angenommen am 04.10.07 | Bericht in Vorbereitung  |
| 314.06 | VWD      | Jean-Louis Romanens | Markus Bapst                 | Schaffung einer "Seed-Capital"-Stiftung  | 15.05.06              | 31.10.06               | Angenommen am 13.03.07 | Bericht im Jahr 2008   |
| 313.06 | ILFD     | Jean-Noël Gendre    | Paul Sansonnens              | Schaffung einer kantonalen Politik zur Erhaltung der Wohlfahrts- und Schutzfunktion des Waldes | 15.05.06              | 31.10.06               | Angenommen am 15.06.07 | Bericht in Vorbereitung  |
| 312.06 | VWD      | Christine Bulliard  | Jacques Bourgeois            | Folgen der demografischen Entwicklung und allfällige Massnahmen                                | 15.05.06              | 31.10.06               | Angenommen am 13.03.07 | Antwort in Vorbereitung  |
| 310.06 | EKSD     | Tschopp Martin      | Raemy Hugo                   | Berufsberatung   | 15.02.06              | 20.06.06               | Angenommen am 08.09.06 | Bericht in die Botschaft Nr. 302 vom 12.12.06 integriert. Gesetz erlassen am 14.03.07  |

| Nr.    | Dir. | Verfasser 1               | Verfasser 2          | Gegenstand  | Eingang Staatskanzlei | Antwort des Staatsrats | Folge                  | Stand am 31.12.2007  |
|--------|------|---------------------------|----------------------|---|-----------------------|------------------------|------------------------|--|
| 309.06 | EKSD | Françoise Morel           | Patrice Morand       | Dezentralisierung der Gruppenkurse in musikalischer Früherziehung und Solflöge  | 15.02.06              | 05.09.06               | Angenommen am 08.09.06 | Antwort Anfang 2008  |
| 308.06 | VWD  | Denis Boivin              | Jean-François Stieft | Car-sharing anstatt Dienstwagen im Interesse des Staates, der Umwelt und der Benutzer   | 15.02.06              | 31.10.06               | Angenommen am 13.03.07 | Bericht im Jahr 2008   |
| 306.05 | FIND | René Thomet               |                      | Übergang zu fünf Wochen Ferien und/oder zur wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden im Sinne einer Harmonisierung der Arbeitsbedingungen mit den Nachbarkantonen | 15.12.05              | 09.05.06               | Angenommen am 15.05.06 | Bericht dem GR am 08.10.2007 überwiesen  |
| 303.05 | VWD  | Nicolas Bürgisser         | Jean-Pierre Dorand   | Tram auf eigenem Trasse zwischen dem Bahnhof Freiburg und dem südlichen Ortsteil von Marly  | 15.12.05              | 11.06.07               | Angenommen am 14.09.07 | Bericht im Jahr 2008   |
| 301.05 | SJD  | Madeleine Genoud-Page     |                      | Unentgeltliche Rechtspflege   | 15.12.05              | 20.06.06               | Angenommen am 06.09.06 | Bericht im Jahr 2008   |
| 300.05 | EKSD | Nicole Aeby-Egger         | Jelk Guy-Noël        | Entwicklung der Kantonalen Diplommittelschule (KDMS) zu einer Fachmaturitätsschule für Gesundheit und Soziales (FMS-GS)   | 17.11.05              | 20.06.06               | Angenommen am 08.09.06 | Bericht für Anfang 2008  |
| 299.05 | RUBD | Gilles Schorderet         | Hans-Rudolf Beyeler  | Bau eines Verwaltungsgebäudes in Grangeneuve aus Holz   | 17.11.05              | 21.02.06               |                        | Bericht ist in Ausarbeitung  |
| 298.05 | SJD  | Michel Zadory             |                      | Schaffung einer Westschweizer Polizeischule   | 17.11.05              | 14.03.06               | Angenommen am 17.03.06 | Der Bericht wird dem GR 2008 unterbreitet.   |
| 296.05 | RUBD | Godel Georges             | Morand Jacques       | Verbindungsstrasse Romont-Vaulruz   | 13.10.05              | 06.02.06               | Angenommen am 11.05.06 | Bericht Nr. 9 vom SR am 19.03.07 genehmigt und am 11.05.07 vom GR zur Kenntnis genommen. |
| 295.05 | GSD  | Marie-Thérèse Weber-Gobet | René Thomet          | Umfassende Politik zugunsten Betagter   | 13.10.05              | 20.06.06               | Angenommen am 08.09.06 | Bericht erfolgt 2008   |

| Nr.    | Dir.         | Verfasser 1             | Verfasser 2                               | Gegenstand   | Eingang Staatskanzlei | Antwort des Staatsrats | Folge                  | Stand am 31.12.2007   |
|--------|--------------|-------------------------|---|--|-----------------------|------------------------|------------------------|---|
| 294.05 | VWD/RUB<br>D | Madeleine Genoud-Page   | Jelk Guy-Noël                             | Untersuchung über die Überschwemmungen durch die Saane   | 09.09.05              | 14.03.06               | Angenommen am 12.05.06 | Bericht Nr. 22 vom SR verabschiedet am 03.07.2007; vom GR am 14.09.07 zur Kenntnis genommen   |
| 293.05 | VWD          | Jean-Jacques Collaud    | Antoinette Romanens / Jean-Louis Romanens | Förderung von neuen Lehrstellen  | 09.09.05              | 09.05.06               | Angenommen am 12.05.06 | Bericht in die Botschaft vom 28.08.2007 zum Gesetzesentwurf über die Berufsbildung integriert |
| 290.05 | FIND         | Nicole Aeby-Egger       |   | Einreichung der Funktionen Pflegefachfrau, Pflegefachmann und Lehrpersonen   | 09.09.05              | 31.01.06               | Angenommen am 11.05.06 | Bericht genehmigt am 11.06.07   |
| 286.05 | RUBD         | Schoenenweid André      | André Magnin                              | Für ein autofreies Universitätsgelände auf der Pérolles-Ebene  | 24.06.05              | 15.11.05               | Angenommen am 16.11.05 | Bericht für Anfang 2008   |
| 285.05 | SJD          | Badoud Antoinette       | André Masset                              | Eine Anstalt Tannenhof für Frauen  | 24.06.05              | 20.06.06               | Angenommen am 06.09.06 | Verlängerung der Antwortfrist   |
| 282.05 | GSD          | Catherine Keller-Studer | Ducotterd Christian                       | Schaffung einer mobilen Einheit für soziale Notfälle   | 13.05.05              | 15.11.05               | Angenommen am 17.11.05 | Bericht erfolgt Anfang 2008   |
| 276.05 | EKSD         | Joye Isabelle           | Brünisholz Haag Anita                     | Umfassende Studie über die Schulzeit einschliesslich des Kindergartens (übernommen am 10.01.07 von Christine Bulliard und Jacqueline Brodard)              | 08.09.06              |                        |                        | Antwort wird in die Botschaft zum 2. Kindergartenjahr integriert                              |
| 273.04 | SJD          | Solange Berset          | Markus Bapst                              | Erdbebenprävention im Kanton Freiburg  | 03.02.05              | 21.06.05               | Angenommen am 22.06.05 | Bericht für 2008  |
| 269.04 | GSD          | Jacques Bourgeois       |   | Damit man die IV-Kosten in den Griff bekommen und vermindern kann: leichtere Wiedereingliederung und optimale Betreuung der invaliden Rentenbezügler/innen | 16.12.04              | 21.06.05               | Angenommen am 23.06.05 | Bericht erfolgt 2008  |
| 268.04 | GSD          | Catherine Keller-Studer |   | Einrichtungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter   | 16.12.04              | 21.06.05               | Angenommen am 23.06.05 | Der Bericht wird in die Botschaft zum neuen Gesetz integriert                                 |

| Nr.    | Dir. | Verfasser 1           | Verfasser 2       | Gegenstand  | Eingang Staatskanzlei | Antwort des Staatsrats | Folge                  | Stand am 31.12.2007   |
|--------|------|-----------------------|-------------------|---|-----------------------|------------------------|------------------------|---|
| 261.04 | GSD  | Christine Bulliard    | Yvonne Stempfel   | Betreuungsmöglichkeiten für körperbehinderte, pflegebedürftige Menschen in unserem Kanton     | 14.10.04              | 10.05.05               | Angenommen am 13.05.05 | Bericht erfolgt 2008  |
| 260.04 | EKSD | Nicole Aeby-Egger     |                   | Koordination der Stundenpläne der verschiedenen Schulstufen                                   | 14.10.04              | 06.09.05               | Angenommen am 11.10.05 | Bericht wird in die Botschaft über den Änderungsentwurf zum Schulgesetz integriert Vernehmlassung für 2008 geplant  |
| 259.04 | VWD  | Eiter Heinz           | Nicolas Bürgisser | Evaluation des Beitritts zum Tarifverbund Libero  | 14.10.04              | 16.03.05               | Angenommen am 12.05.05 | Bericht vom SR verabschiedet am 03.07.07  |
| 255.04 | EKSD | Krattinger Ursula     |                   | Tagesschulen und Blockzeiten an den öffentlichen Schulen                                      | 16.09.04              | 06.09.05               | Angenommen am 13.10.04 | Bericht wird in die Botschaft über den Änderungsentwurf zum Schulgesetz integriert Vernehmlassung für 2008 geplant  |
| 251.04 | ILFD | Jean-François Steiert | Charly Haenni     | Gemeindezusammenschlüsse  | 16.06.04              | 01.02.05               | Angenommen am 03.02.05 | Analyse der Auswirkungen nach 3 Jahren - gleichzeitig mit der Ausarbeitung des Gesetzes über Gemeindezusammenschlüsse (Ende 08/ Anfang09)                     |
| 248.04 | GSD  | Anne-Claude Demierre  | Yves Menoud       | Errichtung eines Informationsdienstes für Familien und Kinder                                 | 24.03.04              | 14.09.04               | Angenommen am 15.09.04 | Bericht erfolgt 2008  |
| 223.03 | SJD  | Josef Fasel           |                   | Elementarschäden als Folge von Klimaveränderung   | 12.02.03              | 24.06.03               | Angenommen am 24.06.03 | Bericht für 2008.   |
| 221.02 | EKSD | Solange Berset        | Jacques Bourgeois | Kantonale Gesetzgebung über den Sport und dessen Förderung, insbesondere bei den Jugendlichen | 15.11.02              | 08.04.04               | Angenommen am 07.05.03 | Widersprüchliche Ergebnisse in der Vernehmlassung zum Entwurf für ein Sportkonzept. Gesetzes-Vorentwurf in Ausarbeitung. Vernehmlassung geplant für Ende 2008 |
| 210.02 | ILFD | Michel Losey          | Joe Genoud        | Neuer Schlüssel für die Berechnung der Finanzkraft und neue Klassifikation der Gemeinden      | 01.05.02              | 25.03.03               | Angenommen am 26.03.03 | Berücksichtigt im Rahmen des Finanzausgleichs   |

| Nr.    | Dir. | Verfasser 1        | Verfasser 2 | Gegenstand   | Eingang Staatskanzlei | Antwort des Staatsrats | Folge                  | Stand am 31.12.2007                           |
|--------|------|--------------------|-------------|--|-----------------------|------------------------|------------------------|---|
| 253.01 | ILFD | Dorand Jean-Pierre |             | Finanzausgleich zu Gunsten der Städte mit Zentrumsfunktionen |                       |                        | Angenommen am 11.02.03 | Berücksichtigt im Rahmen des Finanzausgleichs |

## Aufträge

| Nr.       | Dir. | Verfasser  | Gegenstand   | Eingang Staatskanzlei | Antwort des Staatsrats | Folge                    | Stand am 31.12.2007 |
|-----------|------|--|--|-----------------------|------------------------|--------------------------|---------------------|
| MA4001.07 | GSD  | Aeby-Egger Nicole<br>Weber-Gobet Marie-Thérèse<br>Studer Albert<br>Chassot Claude<br>Duc Louis<br>Suter Olivier<br>Mutter Christa<br>Ganloz Xavier<br>Berset Solange<br>Jek Guy-Noël                               | Gleiche Anstellungsmöglichkeiten für Krankenpflegerinnen/Krankenpfleger und Fachangestellte Gesundheit | 28.03.07              | 18.09.07               | Angenommen am 15.11.2007 |                     |
| MA4002.07 | VWD  | Boschung-Vonlanthen Moritz<br>Bapst Markus<br>Boschung Bruno<br>Johner-Etter Ueli<br>Tschopp Martin<br>Hänni Bernadette<br>Fasel Bruno<br>Mutter Christa<br>Marbach Christian<br>Fürst René<br>Waeber Emanuel      | Zusammenschluss der Tarifverbände frimobil (Freiburg) und Libero (Bern)                                | 18.05.07              | 18.12.07               |                          |                     |
| MA4003.07 | VWD  | Romanens Antoinette<br>Hunziker Yvan<br>Grandjean Denis<br>Bourguet Gabrielle<br>Genoud Joe<br>Rime Nicolas<br>Mauron Pierre<br>Girard Raoul<br>Remy Martine<br>Aebischer Bernard<br>Tschopp Martin<br>Thomet René | Verbessertes Angebot des öffentlichen Verkehrs im Süden des Kantons                                    | 21.06.07              | 10.12.07               |                          |                     |

| Nr.       | Dir.         | Verfasser   | Gegenstand  | Eingang Staatskanzlei | Antwort des Staatsrats | Folge                  | Stand am 31.12.2007  |
|-----------|--------------|---|---|-----------------------|------------------------|------------------------|--|
| MA4004.07 | GSD          | Ridoré Carl-Alex<br>Romanens Antoinette<br>Steiert Jean-François<br>Weber-Gobet Marie-Thérèse<br>Zurkinden Hubert<br>Mutter Christa<br>Berset Solange<br>Girard Raoul<br>Corminboeuf Dominique<br>Ganiot Xavier | Mitfinanzierung eines Sozialplans für das Personal des Roten Kreuzes, das von der Übernahme des Mandats "Betreuung Asylsuchender" durch die ORS betroffen ist | 12.09.07              | 30.10.07               | Angenommen am 15.11.07 | Antwort für Anfang 2008  |
| MA4005.07 | EKSD         | Menoud Yves<br>Berset Solange<br>Andrey Pascal<br>Grandjean Denis<br>Bourguet Gabrielle<br>Bulliard Christine<br>Gendre Jean-Noël<br>Girard Raoul<br>Morel Françoise<br>Aebischer Bernard                       | Angemessene Räumlichkeiten für das Naturhistorische Museum  | 20.09.07              |                        |                        | Antwort Anfang 2008  |
| MA4006.07 | GSD/FIN<br>D | Aeby-Egger Nicole<br>Weber-Gobet Marie-Thérèse<br>Thomet René<br>Zadory Michel<br>Schorderet Gilles<br>Zürcher Werner<br>Page Pierre-André<br>Cardinaux Gilbert<br>Schuway Roger<br>Piller Alfons               | Einreihung der Funktion Pflegefachmann/<br>Pflegefachfrau   | 20.09.07              |                        |                        | Antwort in Vorbereitung. Verlängerung der Antwortfrist bis Ende Mai 2008 beim GR-Büro beantragt. |

| Nr.       | Dir. | Verfasser   | Gegenstand                                 | Eingang Staatskanzlei | Antwort des Staatsrats | Folge                    | Stand am 31.12.2007 |
|-----------|------|---|--|-----------------------|------------------------|--------------------------|---------------------|
| MA4007.07 | RUBD | Mutter Christa<br>Fasel Bruno<br>Duc Louis<br>Aeby-Egger Nicole<br>Chassot Claude<br>Raemy Hugo<br>Rey Benoît<br>Rime Nicolas<br>Ackermann André<br>Weber-Gobet Marie-Thérèse         | Tiefbauamt: Restrukturierung und Kontrolle | 11.10.07              | 30.10.07               | Angenommen am 16.11.2007 | Ausführung im Gang  |
| MA4008.07 | VWD  | Fürst René<br>Eitter Heinz<br>Stempfel Yvonne<br>Feldmann Christiane<br>Thalman Katharina<br>Johner-Etter Ueli<br>Zürcher Werner<br>de Roche Daniel<br>Hänni Bernadette<br>Raemy Hugo | Hochspannungsleitung Galmiz-Yverdon        | 14.12.07              |                        |                          | Antwort Anfang 2008 |

## Volksmotionen

| Nr.     | Dir. | Verfasser  | Gegenstand  | Eingang Staatskanzlei | Antwort des Staatsrats | Folge                                | Stand am 31.12.2007  |
|---------|------|--|---|-----------------------|------------------------|--------------------------------------|--|
| 1501.06 | EKSD | Jungsozialisten<br>Freiburg  | Mehr Sport an den Schulen   | 16.02.07              | 03.07.07               | Vom GR am<br>12.09.07 abge-<br>lehnt |  |
| 1502.06 | ILFD | Brägger Benjamin   | Agglomeration mit dem Sensebezirk (Än-<br>derung des Gesetzes über die Agglome-<br>rationen)                        | 11.10.06              | 01.05.07               | Angenommen<br>am 14.06.07            | 2007 Folge geleistet (2.<br>Punkt: Änderung des Art.<br>29 AggG) |
| 1503.06 | SJD  | Olivier Despond<br>Stéphane Bavaud<br>Pierre Baechler                                  | Kinder brauchen beide Elternteile   | 16.08.07              |                        |                                      | Antwort Anfang 2008  |
| 1504.07 | ILFD | Riedo Georges<br>Bapst Claude<br>Brülhart Peter<br>Scheinevey Michel<br>Clément Daniel | Kostensenkung dank neuer Regelungen in<br>der Gesetzgebung über die Jagd und<br>weniger Wildhüter und Hilfsaufseher | 10.08.07              |                        |                                      | Antwort Anfang 2008  |

*Parlamentarische Initiativen*

| Nr.      | Dir.        | Verfasser 1                     | Verfasser 2                     | Gegenstand  | Eingang Staatskanzlei | Antwort des Staatsrats | Folge                 | Stand am 31.12.2007                       |
|----------|-------------|---------------------------------|---------------------------------|---|-----------------------|------------------------|-----------------------|---|
| 15001.07 | ILFD        | Glauser Fritz                   | Mutter Christa                  | Lebensmittelproduktion - unhaltbare Zustände in Südschweiz  | 21.06.07              | 27.11.07               | Angenommen als Motion | Als Standesinitiative nach Bern geschickt |
| 15002.07 | VWD<br>RUBD | Boschung-Vonlanthen Moritz      | Bourguet Gabrielle              | Dem GR unterbreitete Gesetzes- und Dekretentwürfe: Angabe der Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung in der Botschaft | 20.12.07              |                        |                       | In Bearbeitung                            |
| 119.05   | ILFD        | Bapst Markus<br>Benoit Rey      | Charly Haenni<br>Solange Berset | Ausarbeitung eines Gesetzes über die interkantonale Zusammenarbeit  |                       |                        |                       | Verlängerung der Antwortfrist bis 2008    |
| 161.06   | ILFD        | Berset Solange<br>Charly Haenni | Benoit Rey                      | Mitwirkung des Parlaments in der interkantonalen Zusammenarbeit   |                       |                        |                       | Gesetzesentwurf in Vorbereitung           |

## Anfragen

| Direktion   | Nr.     | Verfasser/in und Gegenstand  | Eingereicht | Antwort des SR vom |
|-------------|---------|--|-------------|--------------------|
| GSD<br>FIND | 943.06  | <u>Bulliard Christine</u> – Umsetzung des Fianzausgleichs und Erlass der Ausführungsgesetzgebung im Bereich der Sonderheime        | 21.06.06    | 30.05.07           |
| SJD         | 957.06  | <u>Bourgeois Jacques</u> – Filmverleih, eine kulturelle Dienstleistung   | 19.09.06    | 16.01.07           |
| ILFD        | 959.06  | <u>Ducotterd Christian</u> – Zuständigkeiten und Aufsicht der Behörde für Grundstückverkehr  | 27.09.06    | 12.03.07           |
| EKSD        | 965.06  | <u>Fasel Josef</u> – Vermittlung der Nachhaltigkeit im Wirtschaftsstudium an der Universität Freiburg                              | 13.10.06    | 30.01.07           |
| SJD         | 967.06  | <u>Tschopp Martin</u> – Gewaltprävention mittels Polizeipräsenz im Raum Bahnhof Freiburg   | 30.10.06    | 24.04.07           |
| RUBD        | 968.06  | <u>Vonlanthen Rudolf</u> – Sanierung und Ausbau der von den Gemeinden übernommenen Strassen (Kantonsstrassen)                      | 08.11.06    | 27.02.07           |
| SK          | 3001.07 | <u>Dorand Jean-Pierre</u> – Detaillierte Resultate der kantonalen Wahlen   | 22.12.06    | 28.02.07           |
| VWD         | 3002.07 | <u>Johner-Etter Ueli</u> –Kantonale Umsetzung des Bundesgesetzes über die Neue Regionalpolitik                                     | 04.01.07    | 12.03.07           |
| GSD         | 3003.07 | <u>Bapst Markus*</u> – Vorkommnisse in der Chirurgie des Kantonsospitals (*zusammen mit 3004.07 beantwortet)                       | 03.01.07    | 17.04.07           |
| GSD         | 3004.07 | <u>Waeber Emanuel*</u> – Versorgungssicherheit im Kantonsspital Freiburg (*zusammen mit 3003.07 beantwortet)                       | 05.01.07    | 17.04.07           |
| FIND        | 3005.07 | <u>Badoud Antoinette</u> –Verbot der von der Loterie Romande betriebenen Tactilo-Automaten   | 12.01.07    | 23.01.07           |
| VWD         | 3006.07 | <u>Tschopp Martin</u> – Fribmobil – versteckte Fahrpreiserhöhungen für Kundinnen und Kunden seit dem Fahrplanwechsel Dezember 2006 | 17.01.07    | 11.06.07           |
| FIND        | 3007.07 | <u>Waeber Emmanuel</u> – Handhabung von Stellenausschreibungen innerhalb der Kantonsverwaltung                                     | 07.02.07    | 07.05.07           |
| SJD         | 3008.07 | <u>Duc Louis</u> –Die Kantonspolizei, ausgestattet mit kantonsfremden Kontrollschildern  | 08.02.07    | 06.03.07           |
| VWD         | 3009.07 | <u>Bourquet Gabrielle</u> –Teilschliessung der Schalter am Bahnhof Palézieux   | 15.02.07    | 24.04.07           |
| GSD         | 3010.07 | <u>Bourgeois Jacques</u> –Brustkrebs: Weiterführung des Programms zur Früherkennung durch Mammographie                             | 23.02.07    | 15.05.07           |
| ILFD        | 3011.07 | <u>Fasel Bruno</u> – Einsatz von Jägern für die Regulierung der Fuchsbestände  | 23.02.07    | 17.04.07           |
| EKSD        | 3012.07 | <u>Zurkinden Hubert</u> –Entlassung von René Oberson, Organist am Kollegium St. Michael  | 28.02.07    | 24.04.07           |
| SJD         | 3013.07 | <u>Boschung Bruno</u> – Straftaten von Minderjährigen  | 06.03.07    | 15.05.07           |
| SJD         | 3014.07 | <u>Badoud Antoinette</u> –Status der Cabaret-Tänzerinnen   | 09.03.07    | 26.06.07           |
| SJD         | 3015.07 | <u>Geinoz Jean-Denis</u> –Infrastrukturen für Freiheitsentzug an Jugendlichen im Kanton Freiburg                                   | 12.03.07    | 07.05.07           |
| RUBD        | 3016.07 | <u>Binz Josef</u> – Subventionen für Gewässerschutzbauten und –Arbeiten  | 15.03.07    | 19.06.07           |
| SK          | 3017.07 | <u>Berset Solange</u> – Stelle   | 15.03.07    | 11.06.07           |
| RUBD        | 3018.07 | <u>Jelk Guy-Noël</u> – Drei Gebäude auf dem Gebiet der Stadt Freiburg  | 15.03.07    | 19.06.07           |
| VWD         | 3019.07 | <u>Ganioz Xavier</u> – Wintersaison 2006/07: Angestellte besser schützen   | 16.03.07    | 03.07.07           |

| Direktion           | Nr.     | Verfasser/in und Gegenstand   | Eingereicht | Antwort des SR vom |
|---------------------|---------|---|-------------|--------------------|
| ILFD<br>VWD<br>RUBD | 3020.07 | <u>Boschung Moritz</u> – Erwerb von Landwirtschaftsland durch die politischen Gemeinden und/oder den Staat als Realersatz bei der Schaffung von Industrie- und Gewerbebezonen | 16.03.07    | 11.06.07           |
| SK<br>SJD           | 3021.07 | <u>Bulliard Christine/Krattinger Ursula</u> – Informationskonzept und Informationspolitik des Staatsrates   | 16.03.07    | 05.06.07           |
| SK                  | 3022.07 | <u>Haenni Charly</u> – Detaillierte Ergebnisse der kantonalen Wahlen 2006   | 20.03.07    | 11.06.07           |
| GSD                 | 3023.07 | <u>Rossier Jean-Claude</u> – Zahnkliniken   | 26.03.07    | 08.01.08           |
| SJD                 | 3024.07 | <u>Piller Alfons</u> – Elektronische Fussfessel als Alternative im Strafvollzug – Wie weiter?   | 28.03.07    | 24.04.07           |
| SK                  | 3025.07 | <u>Dorand Jean-Pierre</u> – Ergebnisse der kantonalen Wahlen  | 03.04.07    | 11.06.07           |
| RUBD                | 3026.07 | <u>Zurkinden Hubert</u> – Anfrage zur Käseerei mit Reifelager in Heitenried   | 12.04.07    | 10.07.07           |
| SJD                 | 3027.07 | <u>Duc Louis</u> – 2000 mit CO2 vergaste Hühner   | 25.04.07    | 30.05.07           |
| EKSD                | 3028.07 | <u>Boschung Moritz</u> – Sicherstellung der finanziellen Beiträge für die Denkmalpflege   | 27.04.07    | 19.06.07           |
| EKSD                | 3029.07 | <u>Kaelin Murith Emmanuelle</u> – Wie sieht die Zukunft der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg aus?                                       | 27.04.07    | 04.09.07           |
| RUBD                | 3030.07 | <u>Zurkinden Hubert</u> – Sanierung von Schiessständen  | 30.04.07    | 04.09.07           |
| VWD                 | 3031.07 | <u>Weber-Gobet Marie-Thérèse</u> – Case Management Berufsbildung  | 02.05.07    | 04.09.07           |
| RUBD                | 3032.07 | <u>Mutter Christa</u> – Johanniterkomturei – Risiken und Chancen  | 03.05.07    | 19.06.07           |
| EKSD                | 3033.07 | <u>Studer Albert</u> – Anschlussklassen (Relaisklassen)   | 09.05.07    | 03.07.07           |
| SJD                 | 3034.07 | <u>Hunziker Yvan</u> – Eurofoot 08: massiver Zustrom von Fussballfans   | 10.05.07    | 10.07.07           |
| VWD                 | 3035.07 | <u>Schnyder Erika</u> – Audit des Amtes für den Arbeitsmarkt  | 10.05.07    | 04.09.07           |
| RUBD                | 3036.07 | <u>Corminboeuf Dominique</u> – Heraufsetzung der Zahl der Flugbewegungen und Erweiterung der Flugbetriebszeiten für Militärjets auf dem Militärflugplatz Payerne              | 09.05.07    | 08.10.07           |
| RUBD                | 3037.07 | <u>Glarion Alex</u> – Öffnung des Militärflugplatzes Payerne für den zivilen Flugbetrieb: eine einmalige Chance für die Kantone Freiburg und Waadt!                           | 10.05.07    | 08.10.07           |
| SJD                 | 3038.07 | <u>Hänni Bernadette</u> – Gesetz über den Justizrat vom 6. Oktober 2006 – gilt die Lex-posterior-Regel?   | 10.05.07    | 10.07.07           |
| GSD                 | 3039.07 | <u>Hänni Bernadette und Studer Theo</u> – Überlastung des Jugendamtes   | 10.05.07    |                    |
| SJD                 | 3040.07 | <u>Hänni Bernadette</u> – Aus- und Weiterbildung von vormundschaftlichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger   | 10.05.07    | 10.07.07           |
| SJD                 | 3041.07 | <u>Ganioz Xavier</u> – Menschenhandel in Freiburg: Schutz der Opfer – Verfolgung der Täterschaft  | 10.05.07    | 03.07.07           |
| EKSD                | 3042.07 | <u>Piller Alfons</u> – Kauf von Backwaren durch Kantinen und Cafeterias der öffentlichen Verwaltung und Schulen in anderen Kantonen   | 11.05.07    | 26.06.07           |
| GSD                 | 3043.07 | <u>Peiry-Kolly Claire</u> – Parkplatz Spital Freiburg   | 11.05.07    | 21.08.07           |
| SJD                 | 3044.07 | <u>Schuwey Jean-Claude</u> – Schliessung des AMP Romont – Ausbau des AMP Grolley  | 15.05.07    | 28.08.07           |
| RUBD                | 3045.07 | <u>Bapst Markus</u> – Agglomeration Freiburg und Finanzierung der Umfahrungsstrasse Düdingen  | 15.05.07    | 21.08.07           |
| RUBD                | 3046.07 | <u>Etter Heinz</u> – Bau des Kreisels Champ Raclé, Galmiz   | 29.05.07    | 26.06.07           |
| VWD                 | 3047.07 | <u>Etter Heinz</u> – Evaluation Beitritt zum Tarifverbund Libero Postulat 259.04  | 29.05.07    |                    |

| Direktion   | Nr.     | Verfasser/in und Gegenstand   | Eingereicht | Antwort des SR vom |
|-------------|---------|---|-------------|--------------------|
| GSD         | 3048.07 | <u>Bourgeois Jacques</u> – Organspende: Welche Informations- und Fördermassnahmen sind vorgesehen?                                    | 08.06.07    | 21.08.07           |
| FIND        | 3049.07 | <u>Romanens Antoinette</u> – Pauschalbesteuerung im Kanton Freiburg   | 11.06.07    | 03.07.07           |
| VWD         | 3050.07 | <u>Collomb Eric / Vial Jacques</u> – Künftige Bekämpfung der Schwarzarbeit in unserem Kanton  | 13.06.07    | 06.11.07           |
| EKSD        | 3051.07 | <u>Décaillet Pierre</u> – Sportkonzept des Kantons Freiburg Verteilung des kantonalen LOROSport-Anteils                               | 13.06.07    | 12.11.07           |
| RUBD        | 3052.07 | <u>Brönnimann Charles</u> – Kantonsstrasse – Ortsdurchfahrt von Prezvers-Noréaz   | 15.06.07    | 28.08.07           |
| SK          | 3053.07 | <u>Menoud Yves</u> – Projekt Votel 06   | 15.06.07    | 04.09.07           |
| VWD         | 3054.07 | <u>Ganioz Xavier</u> – Service Check: Wirkungsmessung   | 15.06.07    | 06.11.07           |
| SJD         | 3055.07 | <u>Gobet Nadine</u> – Ausweisung von gefährlichen Wiederholungs-tätern ausländischer Herkunft   | 19.06.07    | 21.08.07           |
| ILFD        | 3056.07 | <u>Haenni Bernadette/Goumaz-Renz Monique</u> – Kompetenzzentrum für Mehrsprachigkeit  | 25.06.07    | 20.11.07           |
| VWD         | 3057.07 | <u>Tschopp Martin</u> – Vernehmlassung Fahrplanentwurf 2008   | 26.06.07    | 04.09.07           |
| VWD         | 3058.07 | <u>Dorand Jean-Pierre</u> – Starkes Bevölkerungswachstum in den kommenden Jahren  | 28.06.07    | 04.09.07           |
| RUBD        | 3059.07 | <u>Boschung Moritz</u> – Umfahrung von Düdingen   | 28.06.07    | 21.08.07           |
| RUBD        | 3060.07 | <u>Dorand Jean-Pierre</u> – Zukunft des Augustinerklosters  | 06.07.07    | 28.08.07           |
| RUBD<br>VWD | 3061.07 | <u>Dorand Jean-Pierre</u> – Künftige Nutzung der Grundstücke bei Gottéron-Village   | 06.07.07    | 28.08.07           |
| GSD         | 3062.07 | <u>Duc Louis</u> – Warum dem Freiburgischen Roten Kreuz das Mandat für die Betreuung der Flüchtlinge und Asylsuchenden entziehen?     | 11.07.07    | 21.08.07           |
| GSD         | 3063.07 | <u>Weber Gobet Marie-Thérèse</u> – Vergabe „Asyl-Mandat 2008“ an die ORS Service AG mit Sitz im Kanton Zürich                         | 12.07.07    | 21.08.07           |
| GSD         | 3064.07 | <u>Schnyder Erika</u> – Audit beim Kantonsspital  | 13.07.07    |                    |
| GSD         | 3065.07 | <u>Buchmann Michel</u> – Spitalplanung des Kantons Freiburg, Bericht vom Juni 2007  | 24.07.07    | 21.08.07           |
| SK / SJD    | 3066.07 | <u>de Roche Daniel</u> – Eidesformel  | 14.08.07    | 08.10.07           |
| VWD         | 3067.07 | <u>Fürst René</u> – Zur geplanten Hochspannungsleitung Yverdon – Galmiz   | 20.08.07    | 18.12.07           |
| RUBD        | 3069.07 | <u>Roger Schuwey/Sébastien Frossard</u> – Einführung von gebührenpflichtigen Parkplätzen in den Voralpen                              | 11.09.07    |                    |
| RUBD        | 3070.07 | <u>Collomb Eric</u> – Regulierung des Aufenthalts im Kanton von Fahrenden   | 14.09.07    | 10.12.07           |
| RUBD        | 3071.07 | <u>Studer Albert</u> – Grandfeybrücke – Kunst versus Langsamverkehr: Wo sind die Prioritäten des Kantons?                             | 14.09.07    | 04.12.07           |
| FIND        | 3072.07 | <u>Romanens Antoinette</u> – Voranschlag 2008: Neu zu schaffende Stellen beim Staat Freiburg  | 18.09.07    | 30.10.07           |
| FIND        | 3073.07 | <u>Peiry Stephan</u> – Anwendung des Rechnungslegungsstandards IPSAS  | 19.09.07    | 30.10.07           |
| VWD         | 3074.07 | <u>Christian Marbach</u> – Finanzhilfe für die Nutzung von erneuerbarer Energie   | 25.09.07    | 18.12.07           |
| GSD         | 3075.07 | <u>Waeber-Gobet Marie-Thérèse</u> – Zukünftige Spitalplanfinanzierung durch den Bund und Auswirkungen auf die kantonale Spitalplanung | 28.09.07    |                    |
| GSD         | 3076.07 | <u>Butty Dominique/Bulliard Christine</u> – Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs  | 02.10.07    |                    |

| Direktion                                | Nr.     | Verfasser/in und Gegenstand  | Eingereicht | Antwort des SR vom |
|--|---------|--|-------------|--------------------|
| SK                                       | 3077.07 | <u>Tschopp Martin</u> – Mängel an der Website des Kantons Freiburg in Bezug auf den Zugang von Menschen mit Behinderung und älteren Bürgerinnen und Bürgern                                  | 04.10.07    | 20.11.07           |
| RUBD                                     | 3078.07 | <u>Weber-Gobet Marie-Thérèse</u> – Kostenüberschreitung – Umfahrungsstrasse Bulle - La-Tour-de-Trême H 189   | 05.10.07    |                    |
| RUBD                                     | 3079.07 | <u>Mutter Christa</u> – Fristgerechte Programmvereinbarungen mit dem Bundesamt für Umwelt (BAFU)   | 08.10.07    | 18.12.07           |
| GSD                                      | 3080.07 | <u>Bourgeois Jacques</u> – Künftige Spitalplanung  | 08.10.07    |                    |
| GSD                                      | 3081.07 | <u>Rossier Jean-Claude</u> – Vermögensübernahme durch das FSN  | 09.10.07    | 23.10.07           |
| RUBD                                     | 3082.07 | <u>Gobet Nadine</u> – Umfahrungsstrasse Bulle – La-Tour-de-Trême   | 10.10.07    |                    |
| ILFD                                     | 3083.07 | <u>Frossard Sébastien</u> – Sömmerungsbeiträge   | 10.10.07    | 10.12.07           |
| <u>FIND</u><br><u>Alle</u>               | 3084.07 | <u>Zadory Michel/Brönnimann Charles</u> – Beamte surfen auf zweifelhaften Websites!  | 10.10.07    | 20.11.07           |
| <u>FIND</u><br><u>SJD</u><br><u>ILFD</u> | 3085.07 | <u>Ganioz Xavier</u> – Pensionsalter 60 für die Polizeibeamten   | 11.10.07    |                    |
| ILFD                                     | 3086.07 | <u>Weber-Gobet Marie-Thérèse</u> – Fischereiverbot in der Saane zwischen den Staumauern von Rossens und Schiffenen und in der unteren Aergera  | 18.10.07    | 04.12.07           |
| ILFD                                     | 3087.07 | <u>Tschopp Martin</u> – Wahlwerbung bzw. Ausschiessen von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern in wichtigen Fragestellungen durch den Oberamtmann des Sensebezirk für eine bestimmte Person | 19.11.07    | 18.12.07           |
| EKSD                                     | 3088.07 | <u>Hänni Bernadette/Dorand Jean-Pierre</u> – Zukunft unserer Universität, insbesondere der Rechtswissenschaftlichen Fakultät   | 19.11.07    |                    |
| <u>RUBD</u><br><u>ILFD</u><br><u>GSD</u> | 3089.07 | <u>Mutter Christa</u> – Sanierung der Deponie La Pila  | 13.11.07    |                    |
| VWD                                      | 3090.07 | <u>Gendre Jean-Noël/Brönnimann Charles</u> – Amt für den Arbeitsmarkt  | 15.11.07    |                    |
| VWD                                      | 3091.07 | <u>Mauron Pierre</u> – Hinterlegung der Mieten bei den Banken, Wohnungsabnahme und Zwangsmassnahmen  | 15.11.07    |                    |
| FIND                                     | 3092.07 | <u>Peiry Stéphan/Rossier Jean-Claude</u> – zur Unternehmenssteuerreform II   | 16.11.07    |                    |
| <u>GSD</u><br><u>SJD</u>                 | 3093.07 | <u>Mutter Christa</u> – Härtefallregelung für abgewiesene Asylsuchende   | 26.11.07    | 18.12.07           |
| EKSD                                     | 3094.07 | <u>Suter Olivier</u> – Änderung des ARKAG – Ausführungsreglement zum Gesetz über die kulturellen Angelegenheiten (Vorentwurf vom 13. August 2007)  | 29.11.07    |                    |
| FIND                                     | 3095.07 | <u>Binz Joseph/Boschung Bruno</u> – Auszahlung der Kantonsbeiträge an die Gemeinden oder Gemeindeverbände  | 17.12.07    |                    |
| GSD                                      | 3096.07 | <u>Krattinger Ursula</u> – Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs  | 17.12.07    |                    |
| SJD                                      | 3097.07 | <u>Studer Theo/Studer Albert</u> – Zukünftige Lage des Kantonsgerichts   | 17.12.07    |                    |

---

Kanton Freiburg

---

# DIREKTION FÜR ERZIEHUNG, KULTUR UND SPORT

---

|   |           |   |           |
|---|-----------|---|-----------|
| <b>I. Direktion und Generalsekretariat</b> .....                        | <b>1</b>  | <b>XI. Amt für Berufsberatung und<br/>Erwachsenenbildung</b> .....                                | <b>50</b> |
| 1. Aufgaben .....   | 1         | 1. Aufgaben .....   | 50        |
| 2. Tätigkeit .....  | 1         | 2. Berufsberatung .....   | 50        |
| 3. Interkantonale Zusammenarbeit .....                                  | 3         | 3. Erwachsenenbildung .....   | 52        |
| 4. Streitsachen im Schulwesen .....                                     | 4         | <b>XII. Ausbildungsbeiträge</b> .....   | <b>53</b> |
| 5. Gesetzgebung .....   | 4         | 1. Aufgaben .....   | 53        |
| <b>II. Amt für Ressourcen</b> .....                                     | <b>4</b>  | 2. Tätigkeit .....  | 53        |
| 1. Aufgaben .....   | 4         | <b>XIII. Amt für Sport</b> .....  | <b>54</b> |
| 2. Tätigkeit .....  | 5         | 1. Aufgaben .....   | 54        |
| <b>III. Kantonale Lehrmittel-verwaltung</b> .....                       | <b>6</b>  | 2. Tätigkeit .....  | 54        |
| 1. Aufgaben .....   | 6         | <b>XIV. Amt für Kultur</b> .....  | <b>56</b> |
| 2. Tätigkeit .....  | 7         | 1. Kulturförderung .....  | 56        |
| <b>IV. Ämter für obligatorischen Unterricht</b> .....                   | <b>7</b>  | 1a. Aufgaben .....  | 56        |
| 1. Aufgaben .....   | 7         | 1b. Tätigkeit .....   | 56        |
| 2. Tätigkeit .....  | 7         | 1c. Besondere Ereignisse .....  | 59        |
| <b>V. Sekundarstufe II</b> .....  | <b>23</b> | 2. Kulturelle Institutionen .....   | 59        |
| 1. Aufgaben .....   | 23        | 2a. Aufgaben .....  | 59        |
| 2. Tätigkeit .....  | 23        | 2b. Tätigkeit .....   | 59        |
| 3. Kollegium St. Michael .....  | 26        | 3. Staatsarchiv .....   | 59        |
| 4. Kollegium Hl. Kreuz .....  | 28        | 3a. Auftrag .....   | 59        |
| 5. Kollegium Gambach .....  | 30        | 3b. Tätigkeiten .....   | 59        |
| 6. Kollegium des Südens .....   | 32        | 4. Kantons- und Universitätsbibliothek .....  | 62        |
| 7. Fachmittelschule / FMS .....   | 34        | 4a. Auftrag .....   | 62        |
| 8. Interkantonales Gymnasium der Region Broye .....                     | 36        | 4b. Tätigkeiten .....   | 62        |
| <b>VI. Amt für Universitätsfragen</b> .....                             | <b>37</b> | 5. Konservatorium .....   | 68        |
| 1. Aufgaben .....   | 37        | 5a. Auftrag .....   | 68        |
| 2. Tätigkeit .....  | 37        | 5b. Aktivitäten .....   | 68        |
| <b>VII. Universität</b> .....   | <b>40</b> | 6. Museum für Kunst und Geschichte .....  | 71        |
| 1. Aufgaben .....   | 40        | 6a. Aufgabe .....   | 71        |
| 2. Tätigkeit .....  | 40        | 6b. Aktivitäten .....   | 71        |
| <b>VIII. Pädagogische Hochschule (PH)</b> .....                         | <b>42</b> | 7. Naturhistorisches Museum .....   | 73        |
| 1. Aufgaben .....   | 42        | 7a. Dienstauftrag .....   | 73        |
| 2. Tätigkeit .....  | 42        | 7b. Aktivitäten .....   | 73        |
| <b>IX. Hochschule für Gesundheit –<br/>Krankenpflegeschule</b> .....    | <b>46</b> | 8. Schloss Greyerz .....  | 75        |
| 1. Aufgaben .....   | 46        | 8a. Auftrag .....   | 75        |
| 2. Tätigkeit .....  | 46        | 8b. Aktivitäten .....   | 75        |
| <b>X. Fachhochschule Freiburg für Soziale<br/>Arbeit (FHF-SA)</b> ..... | <b>49</b> | 9. Vitrocentre Romont. Schweizerisches Forschungs-<br>zentrum für Glasmalerei und Glaskunst ..... | 76        |
| 1. Aufgaben .....   | 49        | 9a. Aufgaben .....  | 76        |
| 2. Tätigkeit .....  | 49        | 9b. Tätigkeiten .....   | 76        |
|   |           | 10. Espace Tinguely – Niki de Saint Phalle .....  | 76        |
|   |           | 10a. Aufgabe .....  | 76        |
|   |           | 10b. Aktivitäten .....  | 76        |
|   |           | 11. Römisches Museum Vallon .....   | 77        |
|   |           | 11a. Auftrag .....  | 77        |
|   |           | 11b. Aktivitäten .....  | 77        |

|                                       |           |
|---------------------------------------|-----------|
| <b>XV. Amt für Archäologie</b> .....  | <b>77</b> |
| 1. Aufgaben.....                      | 77        |
| 2. Aktivitäten .....                  | 77        |
| 3. Besondere Tätigkeiten .....        | 81        |
| <b>XVI. Amt für Kulturgüter</b> ..... | <b>82</b> |
| 1. Auftrag.....                       | 82        |
| 2. Tätigkeiten.....                   | 82        |
| 3. Besondere Ereignisse .....         | 84        |
| <b>Personalbestand</b> .....          | <b>85</b> |

## DIREKTION

## I. DIREKTION UND GENERALSEKRETARIAT

### 1. Aufgaben

Die Verordnung vom 12. März 2002 über die Zuständigkeitsbereiche der Direktionen des Staatsrats und der Staatskanzlei (ZDirV, SGF 122.0.12) umschreibt den Zuständigkeitsbereich der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD): die Vorschule und die obligatorische Schule, die Allgemeinbildung auf der Sekundarstufe 2, den beruflichen Unterricht auf der Sekundarstufe 2 und der Tertiärstufe für die Berufe auf dem Gebiet der Gesundheit und der sozialen Arbeit, die Berufsausbildung der Lehrpersonen, die Angelegenheiten der Universität, die Schul- und Berufsberatung, die Schulbauten, die Erwachsenenbildung, die Gewährung der Ausbildungsbeiträge, die Kulturförderung, die kulturellen Institutionen des Staates, die Erhaltung der archäologischen Stätten und der Kulturgüter, den Sportunterricht und die Sportförderung. Die Zuständigkeit für den beruflichen Unterricht auf der Sekundarstufe 2 im Bereich der Gesundheit und der sozialen Arbeit wird schrittweise, dann ab Beginn des Schuljahres 2006/07 vollständig der für die Berufsbildung zuständigen Volkswirtschaftsdirektion (VWD) übergeben. Jene für die Schulbauten wurde am 1. Mai 2007 an die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion (RUBD) übertragen. Auf der Website der EKSD (<http://www.admin.fr.ch/dics>) sind zahlreiche Informationen über die Aufgaben und Tätigkeiten der Direktion zu finden.

Die EKSD wird von Staatsrätin Isabelle Chassot geleitet. Das Generalsekretariat der EKSD wird von Herrn Michel Perriard geführt.

Der Auftrag des Generalsekretariats (GS-EKSD) besteht darin, die Direktion bei der Leitung und Geschäftsführung zur Seite zu stehen, die Verwaltungseinheiten der Direktion logistisch zu unterstützen und repräsentative Aufgaben zu erfüllen (Art. 50 SVOG, SGF 122.0.1). Die vier hauptsächlichen Aufgabenbereiche des Generalsekretariats der EKSD betreffen 1. die strategische Unterstützung der EKS-Direktorin (dazu gehören unter anderem die Kommunikation, die Koordination und das Controlling der Tätigkeiten der EKSD), 2. die juristische Beratung und die Regelung von Streitfällen, 3. die Finanzen und die Ausstattung sowie 4. die operationelle Unterstützung der EKS-Direktorin, was das Direktionssekretariat und die Übersetzung einschliesst.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

Die Direktion legt anhand der in der entsprechenden Gesetzgebung definierten Aufträge die Ziele der Verwaltungseinheiten fest, die der EKSD unterstellt oder zugeteilt sind. Über ihre Ämter, an die ein Teil der Zuständigkeiten delegiert wird, steuert sie den Vollzug der Massnahmen, die Erfolgskontrolle dieser Massnahmen

sowie das Ergreifen von Korrekturmassnahmen. Die EKS-Direktorin trifft sich regelmässig mit den Vorsteherinnen und Vorstehern der Verwaltungseinheiten, um Grundsatzfragen zu behandeln und für die Nachführung und Bearbeitung der Dossiers zu sorgen. Die ordentlichen Tätigkeiten werden in den Kapiteln der jeweiligen Verwaltungseinheiten detailliert beschrieben.

Das Generalsekretariat erfüllt Stabsdienstaufgaben für die EKS-Direktorin und beteiligt sich daneben in unterschiedlicher Form an der Arbeit der Verwaltungseinheiten: Beratung, Erstellung von schriftlichen Unterlagen und Vorentwürfen für Gesetze und Reglemente, Unterstützung bei der Buchführung, Übersetzungsarbeiten, Mitwirkung an Projekten und Sitzungen (zu den ständigen Aufgaben des Generalsekretariats gehören der Vorsitz der Bildungsämter-Konferenz, die Führung der Haushalts- und Rechnungsführungsverfahren, die Leitung der Arbeitsgruppe für die Anerkennung der Lehrdiplome). Zudem organisiert es Referate zu verschiedenen Themen: juristische Aspekte des Lehrberufs, berufliche Verantwortung der Lehrpersonen und der Schulkader, Rolle und Befugnisse der Schulkommissionen, Grundsätze der öffentlichen Verwaltung im Unterrichtswesen, Bildungspolitik, interkantonale Zusammenarbeit. Im Jahr 2007 war das Generalsekretariat besonders beschäftigt mit den Arbeiten zur Revision des Schulgesetzes und dessen Ausführungsreglement, des Gesetzes über die Stipendien und die Studiendarlehen sowie desjenigen über die kantonale Lehrmittelverwaltung. Auch wurde es mit der Steuerung der Arbeitsgruppe betraut, die eine Vereinbarung über die Organisation des Religionsunterrichts in der obligatorischen Schule ausarbeiten soll. Wie andere Einheiten der EKSD hat auch das Generalsekretariat im Jahr 2007 eine Leistungsanalyse durchgeführt, wie dies gemäss dem Konzept des Projekts für die Analyse der Leistungen des Staates (APE) vorgesehen ist. Da die EKS-Direktorin im Jahr 2007 zudem den Staatsrat präsidiert hat, war das Generalsekretariat in dieser Zeit besonders gefordert. Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit anderen Direktionen ist insbesondere die Teilnahme an folgenden Ausschüssen, Kommissionen und Projekten zu nennen: Leistungsausschuss für die Reform des interkommunalen Finanzausgleichs, Leitungsausschuss für die NFA, am Leitungsausschuss «territoriale Strukturen» im Zuge der Umsetzung der Kantonsverfassung, Koordinationskommission für die periodische Überprüfung der Subventionen, Controlling-Gruppe FLA, Planung zur Umsetzung der neuen Verfassung, Kommission FRI-INFO, kantonale Konferenz für das öffentliche Beschaffungswesen und Gruppe der Kontaktpersonen für Datenschutz.

#### 2.2 Besondere Ereignisse

Mehrere Ereignisse des Jahres 2007 sind hier besonders hervorzuheben, auch wenn einige von ihnen in anderen

Kapiteln des Tätigkeitsberichtes ausführlicher behandelt werden.

### **2.2.1 Umsetzung der NFA im sonderpädagogischen Bereich**

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) tangiert mehrere Bereiche der EKSD. Die bei weitem grössten Änderungen betreffen das Sonderschulwesen, das am 1. Januar 2008 voll in den Zuständigkeitsbereich der Kantone übergehen wird. Im Herbst 2006 wurde eine Arbeitsgruppe «Organisation der Sonderschule und der Schuldienste» eingesetzt. Der Schlussbericht der Arbeitsgruppe, den diese am 30. April 2007 abgeliefert hat, beinhaltet eine Bestandesaufnahme der sonderpädagogischen Angebote und der Schuldienste. Der Bericht schliesst mit einer Reihe von Vorschlägen, die es der EKSD ermöglichen sollen, das Sonderschulwesen und die Schuldienste ab dem 1. Januar 2008 effizient zu lenken. Die vorgeschlagenen Massnahmen bestehen in der Schaffung eines Amtes für Sonderpädagogik in der EKSD, in der Einrichtung eines unabhängigen Abklärungsverfahrens, in der Aufhebung des kantonalen Büros für Schulpsychologie, Logopädie und Psychomotoriktherapie (BCPLP), im Abschluss von Leistungsverträgen mit den spezialisierten Institutionen und in der Einführung eines Leistungscontrollings. Die Mandate sämtliche Anbieter von Sonderschulungsmassnahmen, seien dies Sonderschulen, private Logopädinnen und Logopäden oder Akteure der heilpädagogischen Frühziehung, werden bis zum 31. Dezember 2010 weitergeführt.

Aufgrund dieses Berichts beschloss der Staatsrat, auf den 1. Januar 2008 ein neues Amt für Sonderpädagogik (SoA) zu schaffen. Das Generalsekretariat war im besonderen Masse an der Umsetzung dieses Entscheids beteiligt.

Nebst der Übernahme sämtlicher Tätigkeit im sozialpädagogischen Bereich durch die EKSD sollte der Kanton ebenfalls ein kantonales Konzept ausarbeiten, das frühestens am 1. Januar 2011 in Kraft treten könnte. Dazu wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die ihre Arbeit Ende 2007 aufgenommen hat.

Ausserdem wurde die kantonale Subventionierung der Schuldienste analysiert; die Ergebnisse dieser Analyse werden dem Staatsrat im Jahr 2008 vorgelegt.

### **2.2.2 Tage der offenen Türe an der Freiburger Schule**

Unter der Leitung des Generalsekretariats wurden zwei Tage der offenen Türe an der Freiburger Schule organisiert und am 20. und 21. April 2007 durchgeführt. An diesem Projekt, das dank einer gemeinsamen Aktion der EKSD und des Dachverbands der Freiburger Lehrerschaft (DFL) zustande kam, beteiligten sich 110 Schulen mit fast tausend Klassen aller Schulstufen. Die

Aktion bot Gelegenheit, die Türen der Klassenzimmer zu öffnen und Eltern, Behörden und allen anderen Interessierten den Schul- und Unterrichtsalltag zu präsentieren. Auch konnte auf diese Weise die Qualität des Freiburger «Unterrichtsklimas» vorgeführt werden, in dem Behörden und Vereinigungen der Lehrpersonen zum Wohle der ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen zusammenarbeiten, sich regelmässig austauschen und absprechen.

### **2.2.3 Stiftung für Forschung und Entwicklung der Mehrsprachigkeit und Institut für Mehrsprachigkeit**

Am 15. November 2007 kündigte der Staat Freiburg die Gründung einer Stiftung für Forschung und Entwicklung der Mehrsprachigkeit mit einem Startkapital von 2,5 Millionen Franken an. Diese Stiftung soll dem von der Universität und der Pädagogischen Hochschule gemeinsam getragenen neuen Forschungsinstitut für Mehrsprachigkeit und mehrsprachige Erziehung eine eigene Identität geben. Dank der Komplementarität der beiden Hochschulen kann so die akademische Forschung mit der praktischen Anwendung verbunden werden, was besonders für die Bereiche Lehrer/-innenbildung, Fremdsprachendidaktiken und Frühsprachenerwerb von entscheidender Bedeutung ist.

### **2.2.4 Schenkung von 100 Millionen Franken zugunsten der Universität Freiburg für die Nanowissenschaften und das Innovationsmanagement**

Der Freiburger Industrielle Adolphe Merkle hat eine mit 100 Millionen Franken dotierte Stiftung zur Förderung von Forschung und Lehre an der Universität Freiburg gegründet. Das der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät zugeteilte Adolphe Merkle Institut wird sein Jahresbudget von rund fünf Millionen Franken in die Grundlagenforschung auf internationalem Spitzenniveau, in die Angewandte Forschung in Zusammenarbeit mit der Industrie und in die Durchführung von Forschungsaufträgen auf dem Gebiet der Nanomaterialien investieren. Die Adolphe Merkle Stiftung wird zudem auch das «Fribourg Center for Nanomaterials» (FriMat) unterstützen, das 2006 dank einer ersten Schenkung von Dr. Merkle geschaffen werden konnte. Darüber hinaus wird die Adolphe Merkle Stiftung in die Einrichtung eines neuen Lehrstuhls für Innovationsmanagement und Technologietransfer an der Universität Freiburg investieren, das oben erwähnte neue Forschungsinstitut für Mehrsprachigkeit und mehrsprachige Erziehung unterstützen und alle drei Jahre einen mit 500 000 Franken dotierten Preis der Universität Freiburg verleihen.

### 2.2.5 Vorbereitungen zur Harmonisierung der obligatorischen Schule in der Schweiz

Mit einem deutlichen Mehr haben Volk und Stände am 21. Mai 2006 der Revision der Bildungsartikel in der Bundesverfassung zugestimmt. Die Zusammenarbeit unter den Kantonen sowie zwischen Kantonen und Bund wird somit als Verfassungsgrundsatz verankert, womit die Qualität und die Durchlässigkeit des Schulsystems gewährleistet werden soll. Im Zuge dieser Neuordnung sollen gewisse Eckwerte vereinheitlicht und der gesamte Hochschulbereich soll künftig von Bund und Kantonen gemeinsam gesteuert werden.

Im Bereich der obligatorischen Schule haben die Kantone die Aufgabe, das Bildungswesen, das Schuleintrittsalter, die Dauer und Ziele der Bildungsstufen und die Übergänge zwischen den Stufen sowie die Anerkennung der Abschlüsse zu harmonisieren. Kommt keine einheitliche Lösung zustande, wird der Bund diesen wichtigen Bereich an ihrer Stelle selber regeln. Für den Kanton Freiburg besteht die markanteste und weitreichendste Änderung in der Einführung eines zweiten Kindergartenjahres. Die EKSD hat 2007 diesbezüglich eine breite Vernehmlassung durchgeführt; eine entsprechende Revision des Schulgesetzes wird im Jahr 2008 vorgelegt werden.

### 2.2.6 Weitere besondere Ereignisse in Kürze

Im Januar 2007 wurden die zu Beginn des Schuljahres 2006/07 eröffneten Anschlussklassen (Relaisklassen) der Presse vorgestellt, wobei ein Besuch der Klassen organisiert wurde (siehe Kapitel über den obligatorischen Unterricht).

Ebenfalls im Januar fand erstmals die Veranstaltung «START-Forum der Berufe» statt (siehe Kapitel über die Berufsberatung und Erwachsenenbildung).

Im März hat die EKSD ihre neue Website, das Ergebnis der vom Generalsekretariat koordinierten Arbeiten, aufgeschaltet.

Die EKSD organisierte ferner am 16. April in Freiburg den Empfang einer offiziellen chinesischen Delegation, die sich zu einem Kongress in Zürich begab. Die EKS-Direktorin, die Universität und die Freiburger Fachhochschule präsentierten bei dieser Gelegenheit das Bildungssystem der Tertiärstufe und dessen Verbindungen mit dem regionalen Wirtschafts- und Sozialgefüge.

Im Mai bezog die Zweigstelle des Konservatoriums in Bulle ihre neuen Räumlichkeiten (siehe Kapitel über das Konservatorium).

Im Auftrag der EKSD und in Zusammenarbeit mit der VWD und dem Landwirtschaftlichen Institut in Grangeneuve (LIG) hat das Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA) eine Vorstudie für ein integriertes Informationssystem erstellt, das den Schulverwaltungen eine bessere Verwaltung und Kontrolle der Anmeldungen, der Schullaufbahnen, der Ressourcen und der Schulstatistiken und damit letztlich eine besse-

re Steuerung des Bildungswesens erlauben soll (Projekt HarmAdminEcoles). Das Projekt könnte 2008 gestartet werden.

## 3. Interkantonale Zusammenarbeit

Die EKS-Direktion beteiligt sich aktiv an den interkantonalen Konferenzen in den Bereichen Bildung, Kultur und Sport. Kooperationsbereiche, die nur eine Unterrichtsstufe oder ein Amt betreffen (Interkantonales Gymnasium der Region Broye, interkantonale Universitätsvereinbarung, Schweizerische Universitätskonferenz, Conférence universitaire de Suisse occidentale, Strategieausschuss HES-SO), werden in den Kapiteln der betreffenden Ämter behandelt. Da die Tätigkeitsbereiche der drei unten aufgeführten Konferenzen hingegen umfassender sind, werden diese hier in diesem Kapitel ausführlich erörtert.

### 3.1 Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)

Im Jahr 2007 hat die EDK drei ordentliche Plenarversammlungen abgehalten und dabei unter anderem folgende Themen und Projekte behandelt: Lesung und Schlussabstimmung über die Interkantonale Vereinbarung vom 14. Juni 2007 über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat), die nun in die kantonalen Beitrittsverfahren geht, HarmoS-Bildungsstandards, Lesung und Schlussabstimmung über die interkantonale Vereinbarung vom 25. Oktober 2007 über die Zusammenarbeit im sonderpädagogischen Bereich (Konkordat Sonderpädagogik), die nun ebenfalls in die kantonalen Beitrittsverfahren geht, Masterplan Pädagogische Hochschulen, Hochschullandschaft Schweiz Entwurf für ein neues Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz des Bundes (HFKG), Teilrevision der Verordnung des Bundesrates und des Reglements der EDK über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen (MAR) sowie verschiedene Dossiers zur Berufsbildung, die nicht in den Zuständigkeitsbereich der EKSD, sondern in den der VWD fallen. Nähere Einzelheiten zu diesen Themen sind im Jahresbericht der EDK zu finden.

Die EKS-Direktorin präsidiert die EDK seit dem 1. Juli 2006. Der EDK-Vorstand ist zu vier Sitzungen zusammengetreten und hat eine Reihe von Zirkulationsbeschlüssen getroffen.

Der Generalsekretär der EKSD bereitet die Dossiers der EKS-Direktorin für die verschiedenen Sitzungen vor. Ausserdem ist er selber Mitglied der Departementssekretärenkonferenz und der Kommission der Departementssekretäre und sitzt in deren Finanzausschuss. Ferner ist er Vizepräsident der Kommission für die Anerkennung von Hochschuldiplomen für Lehrkräfte der Vorschulstufe und der Primarstufe. Am Kurs zur Erlangung des Interkantonalen Fachausweises für Kaderleute der Gemeindeverwaltung stellt der Generalsekretär

jeweils die Bildungs- und Kultursysteme der Kantone BE, JU, NE und FR vor.

### **3.2 Regionale Erziehungsdirektorenkonferenz Westschweiz/Tessin (CIIP)**

Im Jahr 2007 hat die CIIP an fünf Versammlung unter anderem folgende Themen und Projekte behandelt: Lesung und Schlussabstimmung über die Westschweizer Schulvereinbarung vom 21. Juni 2007, die nun in die kantonalen Beitrittsverfahren geht. Für nähere Einzelheiten sei auf den Tätigkeitsbericht der Konferenz verwiesen. Seit September 2004 fungiert die CIIP zudem teilweise als politischer Rat der Conférence universitaire de Suisse occidentale (CUSO).

Die EKS-Direktorin ist Mitglied der Plenarversammlung der CIIP.

Der Generalsekretär der EKSD bereitet die Dossiers der EKS-Direktorin für die verschiedenen Sitzungen vor. Ausserdem ist er selber Mitglied der Generalsekretärenkonferenz, der Geschäftsstelle der CIIP sowie des Leitungsausschusses für den Westschweizer Lehrplan (Plan d'études romand – PER).

### **3.3 Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (NW EDK)**

Im Jahr 2007 befasste sich die NW EDK vor allem mit folgenden Themen und Projekten: Externe Schulevaluation auf der Sekundarstufe II, Netzwerk «Sprachförderung in mehrsprachigen Schulen (sims)», Benchmarking auf der Sekundarstufe II, Kooperation der Kantone BL, BS, BE, FR, SO für das Unterrichten von Französisch als erster Fremdsprache und Englisch als zweiter Fremdsprache ab der 5. Klasse (Projekt Passepartout), Grundlagenprojekt Deutschschweizer Lehrplan, Leistungsmessungen an der Volksschule. Die Konferenz hat zudem den total revidierten Abkommenstext zum Regionalen Schulabkommen (RSA) genehmigt und die Kantone eingeladen, diesem Abkommen beizutreten. Näheres dazu ist im Tätigkeitsbericht der Konferenz zu finden.

Für Themen, welche die gesamte Deutschschweiz betreffen, treten die drei deutschsprachigen Konferenzen im Übrigen in der D-EDK zusammen.

Die EKS-Direktorin ist Mitglied der Plenarversammlung der NW EDK.

## **4. Streitsachen im Schulwesen**

Bei der Direktion sind im Jahr 2007 50 Beschwerden (Beschwerden gegen Entscheide der Inspektorinnen und Inspektoren, der Schuldirektorinnen und Schuldirektoren oder der Maturitätsprüfungskommissionen, für welche die Direktion als vorgesetzte Aufsichtsbehörde fungiert) eingegangen (31 betrafen den französischsprachigen und 19 den deutschsprachigen Unterricht). Davon wurden 4 als unzulässig und 5 als gegenstandslos erklärt; 4 wurden gutgeheissen, 30 abgewiesen, 3 zurückgezogen und 4 sind noch hängig.

Im Personalwesen wurden 6 Beschwerden gegen Entscheide der Direktion eingereicht. Davon sind 4 noch hängig und 2 wurden zurückgewiesen.

Die weiteren Streitsachen betreffen Entscheide in den Bereichen Kultur und Sport.

## **5. Gesetzgebung**

### **5.1 Gesetze und Dekrete**

Gesetz vom 14. März 2007 über die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung.

Gesetz vom 13. September 2007 über die Kantonale Lehrmittelverwaltung (KLVG).

### **5.2 Verordnungen, Beschlüsse und Reglemente**

Verordnung vom 9. Januar 2007 über die Beteiligung des Staates an der Finanzierung von Dritten gegründeter kultureller Institutionen.

Verordnung vom 13. Februar 2007 zur Änderung der Verordnung über die Bachelor-Ausbildung in Pflege an der Hochschule für Gesundheit Freiburg.

Verordnung vom 27. Februar 2007 über die Aufnahmebeschränkung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg für das Schuljahr 2007/08.

Verordnung vom 12. März 2007 zur Änderung des Beschlusses über die Einsetzung einer kantonalen Kommission für Schulische Betreuung und Integration der Kinder von Migrantinnen und Migranten.

Reglement vom 12. März 2007 über die Verwendung des Fonds für anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung der Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit.

Verordnung vom 19. März 2007 über die Aufnahmekapazität der Sektion Human- und Zahnmedizin und die Einführung des Eignungstests für das Medizinstudium an der Universität Freiburg im akademischen Jahr 2007/08.

Verordnung vom 4. September 2007 zur Änderung der Verordnung zur Bezeichnung der Verwaltungseinheiten der Direktionen des Staatsrats und der Staatskanzlei.

Verordnung vom 2. Oktober 2007 über Zulassungsbeschränkungen für die Lehrerinnen- und Lehrerausbildung in der französischsprachigen Abteilung der Sekundarstufe II (LDS II) im akademischen Jahr 2008/09.

Reglement vom 10. Dezember 2007 über die kulturellen Angelegenheiten (KAR)

## **II. AMT FÜR RESSOURCEN**

### **1. Aufgaben**

Das Amt für Ressourcen ist aus der 2002 erfolgten Restrukturierung der EKSD hervorgegangen und hat seine Tätigkeit am 1. Januar 2003 aufgenommen. Unter der Leitung der Amtsvorsteherin Christiane Brüllhart ist es für vier Tätigkeitsbereiche zuständig: Administrative Führung des Personals der EKSD (Lehrkörper und adminis-

tratives Personal sämtlicher Verwaltungseinheiten mit Ausnahme der Universität und der dem Amt für Kultur angeschlossenen Einrichtungen), die Anerkennung der Schülertransporte und die entsprechenden Beiträge, die Aufteilung der die obligatorische Schule betreffenden Kosten («gemeinsamer Topf») und die Verwaltung der interkantonalen Schulabkommen über die gegenseitige Aufnahme von Auszubildenden. Zudem fungiert es als Verbindungsstelle zwischen der kantonalen Lehrmittelverwaltung und der Direktion.

## 2. Tätigkeit

### 2.1 Personal

#### 2.1.1 Lehrpersonen nach Stufen

|  | Anzahl Personen | Vollzeitäquivalente |
|--|-----------------|---------------------|
| Kindergarten                               | 375             | 229                 |
| Primarschule                               | 1839            | 1279                |
| Orientierungsschule                        | 1155            | 851                 |
| Sekundarstufe II                           | 491             | 376                 |
| Pädagogische Hochschule                    | 98              | 57                  |
| Hochschule für Gesundheit                  | 57              | 43                  |
| Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit | 41              | 26                  |
| Total                                      | 4056            | 2861                |

#### 2.1.2 Lehrpersonen nach Sprache und Geschlecht

|                     | französischsprachig |      | deutschsprachig |     | % Frauen |
|---------------------|---------------------|------|-----------------|-----|----------|
|                     | M                   | F    | M               | F   |          |
| Kindergarten        | 0                   | 257  | 0               | 118 | 100%     |
| Primarschule        | 268                 | 1053 | 85              | 433 | 81%      |
| Orientierungsschule | 351                 | 443  | 164             | 197 | 55%      |
| Sekundarstufe II    | 201                 | 156  | 67              | 67  | 45%      |

#### 2.1.3 Beschäftigungssituation

Ende Schuljahr 2006/07 erfolgten 4 Rücktritte auf Kindergartenstufe (davon 2 aus Altersgründen), 74 auf Primarschulstufe (davon 31 aus Altersgründen), 46 auf Stufe Orientierungsschule (davon 21 aus Altersgründen), 19 auf der Sekundarstufe II (davon 12 aus Altersgründen).

Für den Kindergarten und die Primarschule wurden über 160 Lehrerinnen- und Lehrerstellen ausgeschrieben (117 im französischsprachigen Kantonsteil und 51 in Deutschfreiburg), rund ein Drittel davon mit Vollpensum. Zwar konnten alle Stellen besetzt werden, doch erwies es sich erneut als sehr schwierig, ausgebildetes Lehrpersonal für die Klein- und Werkklassen und für den Sonderschulunterricht zu finden.

Für die Orientierungsschule wurden 82 Stellen ausgeschrieben (57 im französischsprachigen Kantonsteil und 25 in Deutschfreiburg), davon rund ein Viertel Vollzeitstellen. Es bewarben sich mehr Personen mit anerkanntem Lehrdiplom als in den Vorjahren. Bei einigen Fächern wie etwa Deutsch als Fremdsprache, Hauswirtschaft oder Werken ist immer noch ein Lehrkräftemangel festzustellen. Für diese Fächer mussten Studierende im letzten Ausbildungsjahr und Personen, die wohl über höhere Diplome, nicht jedoch über eine pädagogische Ausbildung verfügen, angestellt werden.

Mehrere erfahrene Primarlehrkräfte unterrichten in den Klein- und Werkklassen und in den Realklassen der OS. Sie besuchen am Heilpädagogischen Institut der Universität Freiburg eine berufsbegleitende Zusatzausbildung.

Auf Sekundarstufe II wurden 28 Stellen ausgeschrieben, davon 13 mit Vollpensum. Die Lehrpersonen mit einem Pensum von über 50% verfügen praktisch alle über die erforderlichen Ausbildungsausweise. Lehrpersonen, die ihre pädagogische Ausbildung noch nicht abgeschlossen haben, wurden nur für ein Jahr angestellt.

Zum Schulbeginn 2007/08 wurden an die 1200 Arbeitsverträge erstellt; bei einem Teil davon handelte es sich um Neuanstellungen, beim restlichen Teil ging es um Anstellungsverlängerungen oder einen Stellenwechsel beziehungsweise eine Änderung des Beschäftigungsgrads.

43 Lehrpersonen, 8 davon mit Vollpensum, wurden mit befristetem oder unbefristetem Vertrag für den Kindergarten angestellt, 149 für die Primarschule, 27 davon mit Vollpensum, 152 für die Orientierungsschule, 19 davon mit Vollpensum, und 60 für die Schulen der Sekundarstufe II, 9 davon mit Vollpensum.

## 2.2 Schulbauten

Seit dem 1. Januar 2003 ist das Amt für Ressourcen für die Beitragsleistung an Schul- und Sportbauten zuständig. Im Laufe der Jahre hat sich die Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt verstärkt, vor allem zur Erstellung der technischen Gutachten für die subventionierten Bauten und die Überwachung der Bauarbeiten. Mehrmals stellte sich die Frage, ob dieser Bereich der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion (RUBD) zugeteilt werden sollte. Durch eine Umstrukturierung des Hochbauamtes bot sich die Gelegenheit, diesen Transfer am 1. Mai 2007 zu vollziehen.

Der Tätigkeitsbericht zu den Schulbauten ist künftig im Bericht der RUBD enthalten.

Der Umzug wurde für eine vollständige Archivierung aller Unterlagen zu den in den Jahren 1984 bis 2004 realisierten Schul- und Sportbauten genutzt. Über 700 Archivschachteln wurden ins Staatsarchiv gebracht.

### 2.3 Schülertransporte

Alle Voranschläge für Schülertransporte im Schuljahr 2007/08 wurden geprüft und genehmigt. Jede Erhöhung gegenüber dem Vorjahr musste gerechtfertigt werden. Die von den Transportunternehmen vorgelegten Rechnungen 2006/07 wurden geprüft und die Restbeträge beglichen. Insgesamt belaufen sich die Kosten beim Kindergarten auf rund 330 000 Franken, bei der Primarschule auf 4 800 000 Franken und bei der Orientierungsschule auf 1 180 000 Franken.

Das Amt für Ressourcen plant gemeinsam mit dem Amt für Verkehr und Energie ein neues System mit einer Pauschalbeteiligung des Kantons. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sollen im Rahmen der Revision des Schulgesetzes aufgenommen werden.

### 2.4 Aufteilung der Kosten der obligatorischen Schule

Das Finanzinspektorat hat zusammen mit dem Amt für Gemeinden die interkommunale Aufteilung der Kindergarten- und Primarschulkosten für das Rechnungsjahr 2006 geprüft und die Abrechnung 2006 für korrekt befunden. Die Begleitgruppe für den gemeinsamen Topf, die sich aus Vertretern der Gemeinden, des ITA und der EKSD zusammensetzt, hat die Rechnung 2006 und den Voranschlag 2008 im November 2007 untersucht. Aus dem Ende Dezember 2007 durchgeführten 13. Durchgang lässt sich entnehmen, dass die durchschnittlichen Kosten pro Klasse im Jahr 2007 für den Kindergarten 106 696 Franken und für die Primarschule 137 630 Franken betragen. Fünfzehn Gemeinden profitierten für den Kindergarten und neun für die Primarschule vom Korrekturkoeffizient.

### 2.5 Regionales Schulabkommen der Nordwestschweiz

Im Regionalen Schulabkommen (RSA 2000) sind die Kantone der Nordwestschweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz NW EDK (Aargau, Baselland, Baselstadt, Bern, Freiburg, Luzern, Solothurn und Zürich) zusammengeschlossen. Nach der letzten Teilrevision aus dem Jahre 2005 (Grossratsbeschluss vom 7. September 2005) wird im kommenden Jahr die Gesamtrevision des Abkommens vorbereitet.

In diesem Jahr zahlte der Kanton Freiburg Schulgelder in Höhe von insgesamt 4 942 937 Franken für 255 (190) Schülerinnen und Schüler und Studierende. Die Zahl der Freiburger Studierenden, welche in einem anderen Kanton eine Fachhochschule besuchen, ist von 81 auf 125 Studentinnen und Studenten gestiegen. Die grosse Zunahme erklärt sich teilweise dadurch, dass darin 23 Studierende der Berner Fachhochschule der Künste berücksichtigt sind, welche im Vorjahr nicht abgerechnet worden waren. Aus diesem Grund musste ein Nachtragskredit zur Deckung der Mehrausgaben eröffnet werden.

Der Kanton hat für die Aufnahme von 136 (146) ausserkantonalen Schülerinnen und Schülern (Kindergarten, Primarschule, Orientierungsschule und Sekundarstufe 2, allgemeine Richtung) 1 796 088 Franken erhalten. Die anderen Schulen verbuchen die entsprechenden Einnahmen auf eigenen Konti. 127 (135) dieser ausserkantonalen Personen stammen aus dem Kanton Bern.

## III. KANTONALE LEHRMITTELVERWALTUNG

### 1. Aufgaben

Die Kantonale Lehrmittelverwaltung (nachstehend: die KLV) ist eine kantonale Anstalt, die bereits im Jahr 1888 unter der Bezeichnung «Zentralablage für das Lehr- und Schulmaterial» gegründet worden ist. Ihre Rechtsgrundlage ist in Artikel 111 des Schulgesetzes vom 23. Mai 1985 verankert. Die KLV ist administrativ der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) unterstellt. Ein spezielles Reglement, erlassen vom Staatsrat am 7. Feb. 1994, regelt den Betrieb der finanziell unabhängigen Institution. Geleitet wird die KLV von Verwalter Marcel Berger. Ihr Kontrollorgan ist die Aufsichtskommission. Die KLV hat die Aufgabe, Lehrmittel und Schulmaterial zuhanden der obligatorischen Schulen des Kantons zu lagern und bereitzuhalten. Zudem gibt sie spezifische Lehrmittel für die Freiburger Schulen heraus und kann daneben auch Berufsschulen, Gymnasien, Fachhochschulen sowie offizielle Anstalten und gemeinnützige Institute beliefern.

Die KLV arbeitet mit vergleichbaren Institutionen anderer Kantone sowie mit den interkantonalen Stellen zusammen, die mit der Erarbeitung und Herausgabe von Lehrmitteln betraut sind. Sie vertritt für den französischsprachigen Teil die Interessen des Kantons in der «Commission du centre de réalisation des ouvrages romands» (OR), die ihrerseits der «Conférence intercantonale de l'instruction publique de la Suisse romande et du Tessin» (CIIP) angehört. Für den deutschsprachigen Teil arbeitet die KLV mit der Verlagsleiterkonferenz (VK) zusammen; diese gehört zur Interkantonalen Lehrmittelzentrale (ILZ), der 17 Kantone und Halbkantone sowie das Fürstentum Liechtenstein angehören.

Auf Antrag der EKSD wurde ein Entwurf für ein Gesetz erarbeitet, das der KLV den Status einer öffentlich-rechtlichen Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit gewährt. Der Grosse Rat hat das neue Gesetz am 13. September 2007 mit 79 Ja, 4 Nein und einer Enthaltung verabschiedet. Dieses tritt am 1. Januar 2008 in Kraft. Die KLV wird Eigentümerin der Räumlichkeiten, die sie derzeit belegt, und tritt im Gegenzug das Gebäude an der Reichengasse 32 in Freiburg ab, für das sie bis 1991 die Anschaffungs-, Instandsetzungs- und Unterhaltskosten bezahlt hat. Die KLV wird dem Staat Beiträge für das Stockwerkeigentum überweisen. Da die übrigen Räumlichkeiten des Gebäudes am Chemin de la Madeleine 1 in Granges-Paccot dem Staat Freiburg gehören,

wird durch eine notarielle Urkunde eine Stockwerk-igentümerschaft eingerichtet und ein entsprechendes Reglement erstellt.

## 2. Tätigkeit

Die KLV hat in Erfüllung ihres Auftrags sämtliche obligatorischen Schulen im Kanton mit Lehrmitteln und Schulmaterialien beliefert, die diese für den Schulbetrieb benötigten. Hier eine Übersicht ihrer Tätigkeiten:

- 20 450 Verkäufe, davon 15 150 im Laden;
- ca. 8000 verwaltete Artikel;
- 6,6 Millionen Franken Jahresumsatz;
- über 600 Tonnen verarbeitete Waren: Wareneingang, Lagerung, Kommissionieren und Versand;
- Nachdruck/Herstellung von 36 Freiburger Lehrmitteln für den Betrag von 236 920 Franken durch das kantonale Druckgewerbe;
- in Zusammenarbeit mit der «Commission du Centre de réalisation des ouvrages romands» (CCR-OR) veranlasste die KLV im Auftrag der «Conférence intercantonale de l'instruction publique de la Suisse romande et du Tessin» (CIIP) im Kanton Freiburg den Nachdruck/die Herstellung von sieben Westschweizer Lehrmitteln für einen Gesamtbetrag von 209 530 Franken. Bei der CIIP kaufte die KLV Westschweizer Lehrmittel für 451 410 Franken ein;
- mit dem Amt für französischsprachigen obligatorischen Unterricht, Primarstufe, beteiligte sich die KLV an der Erarbeitung und Herstellung des neuen Schulzeugnisses, das Anfang 2007 für das Schuljahr 2006/07 an alle Kindergarten- und Primarschulklassen abgegeben wurde;
- mit dem Amt für französischsprachigen obligatorischen Unterricht produzierte die KLV die albanische, englische, spanische, portugiesische und türkische Ausgabe der Leitfaden über die Orientierungsschule. Diese Ausgaben wurden von der EKSD auf der Plattform educanet2 online zur Verfügung gestellt;
- mit dem Amt für deutschsprachigen obligatorischen Unterricht hat die KLV die Broschüre «Klasseführen – vom erfolgreichen Umgang mit Unterrichtsstörungen» erstellt und herausgegeben, in welcher der Umgang mit möglichen Störungen im Schulunterricht erklärt und Tipps und Massnahmen vorgeschlagen werden;
- die Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Berufsbildung und der KLV hat sich im Jahr 2007 gut entwickelt; sie soll im nächsten Jahr noch weiter gepflegt und verstärkt werden.

## IV. ÄMTER FÜR OBLIGATORISCHEN UNTERRICHT

### 1. Aufgaben

Die beiden Ämter (d/f) für obligatorischen Unterricht haben sich im Laufe des Jahres 2007 im Wesentlichen mit folgenden Aufgaben beschäftigt: Gewährleistung eines qualitativ hochstehenden Unterrichts für alle 35 115 Schülerinnen und Schüler des Kindergartens, der Primarschule, der Orientierungsschule und der Sonderschulen. Die Ämter für obligatorischen Unterricht sind gleichzeitig Dienstleistungserbringer und Qualitätsüberprüfer. In ihrer Arbeit werden sie unterstützt von 2500 in der obligatorischen Schule angestellten Lehrpersonen sowie von Kadern, Schulinspektorinnen und -inspektoren, OS-Schuldirektorinnen und -direktoren, Beraterinnen und Beratern und pädagogischen Mitarbeitenden. Die wichtigsten Dossiers, Arbeitsfelder oder behandelten Bereiche des Jahres 2007 werden in den Tätigkeitsberichten der einzelnen Stufen des obligatorischen Unterrichts erläutert.

Vorsteher des französischsprachigen Amtes für obligatorischen Unterricht (SEnOF): Léon Gurtner.

Vorsteher des deutschsprachigen Amtes für obligatorischen Unterricht (DOA): Reto Furter.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Allgemeines

##### 2.1.1 Gemeinsame Themen der beiden Kantonsteile

Die beiden Ämter für obligatorischen Unterricht haben übergreifende Themen gemeinsam behandelt und sich zu diesem Zweck im April 2007 aktiv an der Organisation der Tage der offenen Tür an der Freiburger Schule beteiligt. Mit diesem Anlass wollte man den Schulbehörden, den Eltern und dem breiten Publikum die unterschiedlichen Facetten der schulischen Tätigkeit präsentieren.

Zu den wichtigsten gemeinsam behandelten Themen gehören:

Schwererziehbare Schüler/innen: Es handelt sich hauptsächlich um Interventionen in den Schulen der Primar- und Orientierungsstufe sowie um die Eröffnung einer dritten Anschlussklasse in Bulle; Übertragung der Koordination und der Führung der drei Klassen an einen kantonalen Verantwortlichen. Am Ende ihres ersten Schuljahrs, im Juli 2007, zogen die beiden Anschlussklassen von Freiburg, die in den Räumlichkeiten des Kinder- und Jugendheims Bonnesfontaines beheimatet sind, folgende Bilanz: Aufnahme von 23 Schülerinnen und Schülern, 11 aus dem französischsprachigen Kantonsteil, 11 aus dem deutschsprachigen und einem aus einem anderen Kanton. Die Schüler/innen stammten aus 13 OS-Zentren und einem Primarschulkreis, die Aufenthaltsdauer variierte zwischen 6 und 16 Wochen und betrug durchschnittlich etwa 10 Wochen. Die An-

schlussklassen werden ihre Wirkung erst richtig entfalten können, wenn auch die übrigen Massnahmen des Berichts Nr. 225 des Staatsrats umgesetzt sind.

Versuchsprojekt Schulgesundheit (PESS): dritte Umfrageserie an vier Standorten der Primar- und Orientierungsschule (deutsch- und französischsprachig).

Projekt «Jugendgesundheit»: Begleitung der letzten Phase dieses Projekts mit den vier Säulen der Freiburger Wirtschaft als Partner. In dieser Phase werden zum Thema Jugend und Gesundheit 10 Filme gedreht und 10 Broschüren herausgegeben;

Neue Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) im Unterricht: Weiterführung der Ausbildung der Lehrpersonen und Entwicklung konkreter pädagogischer und didaktischer Anwendungen.

Sprachunterricht: Reinschrift des allgemeinen Konzepts des Sprachenlernens, Vorbereitung des Konzepts zur Einführung des Englischunterrichts in der Primarschule, dritte Phase der Aktualisierung der Hilfsmittel und Unterrichtsmethoden in der Orientierungsschule (französischsprachiger Kantonsteil), Fortsetzung der Versuchsprojekte auf der Primarstufe.

Kindergarten: Verfassen des Berichts der kantonalen Arbeitsgruppe für die Einführung des zweiten Kindergartenjahres und Einreichen dieses Berichts im April 2007. Organisation der damit verbundenen Vernehmlassung und Auswertung der Resultate; Vorbereitung des Umsetzungsberichts. Hinzu kommt die Weiterführung des Mehrstufenprojekts in den Schulkreisen Barberêche, Fräschels und Murten.

Schulleitungen der Primarschulen: schrittweise Errichtung einer effizienten und operationellen Pilotstruktur, die sich in jedem Schulkreis (Deutschfreiburg) und an den Pilotstandorten (französischsprachiger Kantonsteil) zu etablieren und entwickeln beginnt.

### 2.1.2 Französischsprachiger Kantonsteil

Die 2007 behandelten Themen (zusätzlich zu jenen, die unter 1.1 oder in den Rubriken der einzelnen Stufen aufgeführt sind) betrafen vor allem:

Beurteilung: verallgemeinerte Umsetzung des neuen Bezugsrahmens für die Beurteilung in der Schule mit Benützung eines informatisierten Schulzeugnisses. Das französischsprachige Amt für obligatorischen Unterricht hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die aus Gründen der Kohärenz aus Inspizierenden, pädagogischen Beratern und Mitarbeitenden sowie Lehrpersonen besteht und die in acht Sitzungen in den verschiedenen Schulkreisen des Kantons sämtliche Lehrpersonen des Kindergartens und der Primarschule getroffen hat.

Einheitlicher Lehrplan auf Westschweizer Ebene: Mitarbeit von pädagogischen Mitarbeitenden und Lehrpersonen unseres Kantons in den Arbeitsgruppen mit den Kantonen Bern, Neuenburg, Jura, Wallis und Genf. Ziel: Verfassen eines Westschweizer Lehrplans für die Ge-

samtheit der Unterrichtsstufen (Kindergarten, Primarschule, Orientierungsschule).

Schulmediation: Ein neuer Ausbildungsjahrgang begann im Herbst 2007. Wie schon der vorausgehende besteht er aus Lehrpersonen der Primarstufe (6) und der Orientierungsstufe (12).

Unterstützung und Begleitung werden den Lehrpersonen einzeln oder in Gruppen angeboten in Situationen wie berufliche Erschöpfung, Konfliktbewältigung, speziell in den Beziehungen Schule-Familie, wie auch in den Projekten erzieherischer Natur (Primar- und Orientierungsstufe).

Intensivausbildung für 10 neue Kader des Amts für obligatorischen Unterricht; diese Ausbildung ist Teil des Westschweizer Dispositivs für die Ausbildung der Schulleiter (FORRES).

Zweites Ausbildungsjahr für Lehrpersonen der Kleinklassen: Es zählt 25 Teilnehmer (Primar- und Orientierungsstufe) und wird vom Heilpädagogischen Institut der Universität Freiburg geleitet.

Das französischsprachige Amt für obligatorischen Unterricht hat 2007 folgende Ernennungen ausgesprochen: Olivier Crausaz, Direktor der OS Glane, als Nachfolger von Philippe Jordan, der sich für eine berufliche Neuorientierung entschieden hat; Hugo Stern, teilzeitlicher Stellvertreter (20%) von Roger Brodard, der zum Gemeindeammann von Romont gewählt wurde und deshalb von einem Teil seiner Aufgaben entlastet wird; Stéphane Favre, Direktor der OS Gibloux, als Nachfolger von Jean-Pierre Levrat, der vorzeitig in Pension geht.

### 2.1.3 Deutschfreiburg

Das deutschsprachige Amt für obligatorischen Unterricht (DOA) und seine Mitarbeiter/innen beschäftigten sich schwerpunktmässig mit den folgenden stufenübergreifenden Themen:

- Erarbeitung eines allgemeinen Qualitätskonzeptes, welches die zentralen Qualitätsbereiche der Schule umfassend beschreibt und zugleich aufzeigt, wie die Sicherung, Entwicklung und Kontrolle der Qualität in den verschiedenen Bereichen gewährleistet werden kann;
- Publikation einer weiteren Broschüre aus der Pädagogischen Schriftenreihe zum Thema der Klassenführung. Diese Broschüre wurde im Rahmen der Pädagogischen Tagung allen Lehrpersonen vorgestellt und abgegeben;
- Erarbeitung eines allgemeinen Kommunikationskonzeptes, welches die Kommunikation des Amtes mit den Mitarbeitenden und allen Partnerorganisationen regelt;
- Fortsetzung der Neuorganisation der Inspektion Stufe Kindergarten und Primarschule, indem die räumliche Zusammenführung mit Standort Tafers ab Sommer 2008 festgelegt worden ist. Parallel dazu wurden auch die Abklärungen weitergeführt, inwie-

fern das Inspektorat Kindergarten in ein allgemeines, zusätzliches Inspektorat Primarschule umgestaltet werden kann.

- Aus- und Weiterbildung von weiteren 9 Schulleiter/innen und 3 Schuldirektoren im Bereich der Schulführung und Qualitätsentwicklung;

#### 2.1.4 Schülerzahlen

##### Kindergarten

|                         | französischsprachig |         | deutschsprachig |         | Total   |         |
|-------------------------|---------------------|---------|-----------------|---------|---------|---------|
|                         | 2006/07             | 2007/08 | 2006/07         | 2007/08 | 2006/07 | 2007/08 |
| Anzahl Schüler          | 2506                | 2663    | 999             | 979     | 3505    | 3642    |
| Anzahl Klassen          | 154                 | 158,5   | 62              | 60,5    | 216     | 219     |
| Durchschnitt pro Klasse | 16,27               | 16,80   | 16,11           | 16,18   | 16,23   | 16,63   |

Im französischsprachigen Kantonsteil hat die Zahl der Klassen um 4,5 (+3 im Schuljahr 2006/07) zugenommen, die Anzahl Schüler/innen nahm um 157 (-4) zu. In Deutschfreiburg hat die Anzahl Klassen um 1,5 (+2) und die Anzahl Schüler/innen um 20 (+3) abgenommen. Insgesamt beträgt die Zunahme der Klassen 3 Einheiten (+5) und die Zunahme der Schüler/innen 137 Einheiten(-1).

##### Primarschule

In den Regelklassen der Primarschule befanden sich zum Schuljahresbeginn 19 733 (19 757) Schüler/innen, davon

14 808 (14 723) in den französischsprachigen Klassen und 4 925 (5 034) in den deutschsprachigen Klassen.

Im französischsprachigen Kantonsteil hat die Zahl der Klassen um 4,5 (+5) Einheiten und die Anzahl Schüler/innen um 85 (-28) Einheiten zugenommen. In Deutschfreiburg hat die Anzahl Klassen um 6 (-2) Einheiten und diejenige der Schüler/innen um 109 (-117) Einheiten abgenommen. Insgesamt beträgt die Abnahme der Klassen 1,5 (+3) Einheiten und die Abnahme der Schülerzahl 24 (-145) Einheiten. Die durchschnittliche Anzahl Schüler/innen pro Klasse beträgt 19,53 (19,52), mit den Klein- und Einführungsklassen 19,12 (19,13).

##### Verteilung der Schüler

|                         | französischsprachig |         | deutschsprachig |         | Total   |         |
|-------------------------|---------------------|---------|-----------------|---------|---------|---------|
|                         | 2006/07             | 2007/08 | 2006/07         | 2007/08 | 2006/07 | 2007/08 |
| 1. Jahr                 | 2430                | 2483    | 763             | 770     | 3193    | 3253    |
| 2. Jahr                 | 2568                | 2402    | 774             | 776     | 3342    | 3178    |
| 3. Jahr                 | 2428                | 2550    | 855             | 774     | 3283    | 3324    |
| 4. Jahr                 | 2464                | 2451    | 832             | 850     | 3296    | 3301    |
| 5. Jahr                 | 2482                | 2528    | 923             | 822     | 3405    | 3350    |
| 6. Jahr                 | 2351                | 2394    | 887             | 933     | 3238    | 3327    |
| Total                   | 14723               | 14808   | 5034            | 4925    | 19757   | 19733   |
| Anzahl Klassen          | 754                 | 758,5   | 258             | 252     | 1012    | 1010,5  |
| Durchschnitt pro Klasse | 19,53               | 19,52   | 19,51           | 19,54   | 19,52   | 19,53   |

Zusätzlich zu den obigen Beständen ist noch zu erwähnen, dass 310 (344) Schüler/innen die Klein- und Einführungsklassen besuchen, davon 221 (246) die französischsprachigen Klassen und 89 (98) die deutschsprachigen Klassen.

## Orientierungsschule

Im französischsprachigen Kantonsteil hat die Anzahl Klassen um 1 Einheit (+9) zugenommen, die Anzahl der Schüler/innen hat um 59 (+160) abgenommen. In Deutschfreiburg hat die Anzahl Klassen um 2 Einheiten

(-2), diejenige der Schüler/innen um 6 Einheiten (-44) abgenommen. Insgesamt beträgt die Abnahme der Klassen 1 Einheit (+7) und die Abnahme der Schülerbestände 65 Einheiten (+116).

## Klassenbestände nach Schuljahr

|                         | französischsprachig |         | deutschsprachig |         | Total   |         |
|-------------------------|---------------------|---------|-----------------|---------|---------|---------|
|                         | 2006/07             | 2007/08 | 2006/07         | 2007/08 | 2006/07 | 2007/08 |
| 7. Jahr                 | 2530                | 2485    | 928             | 932     | 3458    | 3417    |
| 8. Jahr                 | 2691                | 2640    | 970             | 914     | 3661    | 3554    |
| 9. Jahr                 | 2521                | 2558    | 982             | 1028    | 3503    | 3586    |
| Total                   | 7742                | 7683    | 2880            | 2874    | 10622   | 10557   |
| Anzahl Klassen          | 364                 | 365     | 160             | 158     | 524     | 523     |
| Durchschnitt pro Klasse | 21,27               | 21,05   | 18,00           | 18,19   | 20,27   | 20,19   |

## Durchschnittsbestand nach Abteilung

|                    | Französischsprachig |         | deutschsprachig |         |
|--------------------|---------------------|---------|-----------------|---------|
|                    | 2006/07             | 2007/08 | 2006/07         | 2007/08 |
| Sek. Progymn. Abt. | 23,79               | 24,61   | 20,36           | 20,70   |
| Sek. Allg. Abt.    | 22,42               | 22,50   | 21,46           | 21,33   |
| Realabteilung      | 17,57               | 16,23   | 15,27           | 15,30   |
| Werkklassen        | 11,13               | 9,35    | 8,74            | 9,12    |
| Total              | 21,27               | 21,05   | 18,00           | 18,19   |

## Schülerzahlen nach Abteilung (alle drei Schuljahre)

|                    | Französischsprachig |       |         |       | deutschsprachig |       |         |       |
|--------------------|---------------------|-------|---------|-------|-----------------|-------|---------|-------|
|                    | 2006/07             |       | 2007/08 |       | 2006/07         |       | 2007/08 |       |
|                    | Anzahl              | %     | Anzahl  | %     | Anzahl          | %     | Anzahl  | %     |
| Sek. Progymn. Abt. | 3 016               | 38,96 | 3 009   | 39,17 | 733             | 25,45 | 766     | 26,65 |
| Sek. Allg. Abt.    | 3 158               | 40,79 | 3 180   | 41,39 | 1 309           | 45,45 | 1 280   | 45,54 |
| Realabteilung      | 1 326               | 17,12 | 1 274   | 16,58 | 672             | 23,34 | 673     | 23,42 |
| Werkklassen        | 178                 | 2,30  | 159     | 2,07  | 166             | 5,76  | 155     | 5,39  |
| Aufnahmeklasse     | 64                  | 0,83  | 61      | 0,79  | –               | –     | –       | –     |
| Total              | 7 742               | 100   | 7 683   | 100   | 2 880           | 100   | 2 874   | 100   |

## Schüler im 10.,11. oder 12. Schuljahr

|          | französischsprachig |      |         |      | deutschsprachig |      |         |      |
|----------|---------------------|------|---------|------|-----------------|------|---------|------|
|          | 2006/07             |      | 2007/08 |      | 2006/07         |      | 2007/08 |      |
|          | Anzahl              | %    | Anzahl  | %    | Anzahl          | %    | Anzahl  | %    |
| 10. Jahr | 649                 | 8,38 | 618     | 8,04 | 167             | 5,79 | 146     | 5,08 |

### 2.1.5 Einschulung fremdsprachiger Kinder

Im Sommer 2007 wurden vier Französischkurse (Gastsprache) für neuangekommene Primarschüler/innen organisiert (zwei Kurse in Freiburg, ein Kurs in La Tour-de-Trême und einer in Murten). Der Kurs für die OS-Schüler/innen wurde wegen ungenügender Einschreibungen annulliert.

An der OS Bulle wurde das Projekt «Aufnahme der neuangekommenen Schüler/innen in die OS» umgesetzt, das von der Kantonalen Kommission für die Einschulung von Migrantenkindern (KKEMK) lanciert worden war. Ende Dezember 2007 waren 18 neuangekommene Schüler/innen, parallel zu ihrem Sprachkurs in der Aufnahmeklasse, teilzeitlich in Regelklassen integriert. Unter der Ägide der Universität und der PH wurde eine wissenschaftliche Begleitung eingesetzt. Bereits sind ermutigende Resultate zu verzeichnen.

Es wurde eine Arbeitsgruppe «Migration, Schulzeit und Ausbildung» eingesetzt. Diese neue Arbeitsgruppe, die von der Kantonalen Kommission für die Einschulung von Migrantenkindern (KKEMK) abhängt, vereinigt Vertreter/innen aller Schulstufen, vom Kindergarten bis zur Sekundarstufe II und zur Berufsbildung.

### 2.2.2 Geografische Verteilung der Klassen

|                | 2006/07      |              | 2007/08       |              |
|----------------|--------------|--------------|---------------|--------------|
| Stadt Freiburg | 17 Klassen   | 293 Schüler  | 18 Klassen    | 279 Schüler  |
| Saane-Land     | 45 Klassen   | 743 Schüler  | 47 Klassen    | 824 Schüler  |
| Greyerz        | 33 Klassen   | 539 Schüler  | 33 Klassen    | 542 Schüler  |
| See            | 10 Klassen   | 162 Schüler  | 9,5 Klassen   | 166 Schüler  |
| Glâne          | 14,5 Klassen | 231 Schüler  | 19 Klassen    | 298 Schüler  |
| Broye          | 22,5 Klassen | 341 Schüler  | 20 Klassen    | 341 Schüler  |
| Vivisbach      | 12 Klassen   | 197 Schüler  | 12 Klassen    | 213 Schüler  |
| Total          | 154 Klassen  | 2506 Schüler | 158,5 Klassen | 2663 Schüler |

### 2.2.3 Klasseneröffnungen und -schliessungen

13 Klassen wurden in folgenden Schulkreisen eröffnet: Granges-Paccot / Corminboeuf, Chésopelloz / Villars-sur-Glâne / Avry / Treyvaux / Freiburg-Neustadt / Freiburg-Burg / Châttonnaye, Torny / Villaz-St-Pierre, La Folliaz / Billens-Hennens / Ursy / Rue, Auboranges, Chapelle, Ecublens und Greyerz. Zwei Klassen erhielten wegen ihrer Schülerzahlen ein zusätzliches Teilpensum. Es handelt sich um Cressier-sur-Morat und Semsales. Andere Klassen entsprechen wieder den im Gesetz vorgesehenen Beständen: Cheiry, Chapelle, Prévondavaux, Surpierre / Mézières, Berlens und St-Martin.

Demgegenüber mussten 9 Klassen geschlossen werden: Villars-sur-Glâne / Prez-vers-Noréaz / Marly-Cité, Villars-sur-Marly, Pierrafortscha / Freiburg-Vignettaz / St-Aubin, Vallon / Estavayer-le-Lac / Cugy / Siviriez

Das Beurteilungsverfahren für die Schüler/innen in ihrer Sprache bewährt sich immer mehr. Dieses Vorgehen erlaubt es, allfällige Schwierigkeiten der neuangekommenen Schüler/innen früher zu erkennen und die Schüler/innen gezielter schulisch zu betreuen.

## 2.2 Kindergarten, französischsprachiger Kantonsteil

### 2.2.1 Klassenbestände und Organisation

Im Herbst 2007 zählte die Region Nord des französischsprachigen Teils des Kantons Freiburg 77,5 Kindergartenklassen, die Region Süd deren 81, was ein Total von 158,5 Klassen ergibt. In drei Klassen wird wegen der geringen Schülerzahl teilzeitlich unterrichtet.

Die mittelfristige Einführung eines zweiten Kindergartenjahres ist weitgehend unbestritten. Folgende Schulkreise haben diesen Entscheid vorweggenommen und kommen für die entstehenden Kosten selber auf: Granges-Paccot / Givisiez / Chésopelloz, Corminboeuf / Dompierre, Russy / Murten und Cressier-sur-Morat. Eine Grundstufe mit Schülerinnen und Schülern der beiden Kindergartenklassen sowie der ersten und zweiten Primarklasse wird im dritten aufeinanderfolgenden Jahr in Barberêche geführt.

und Corbières, Hauteville, Villarvolard. Eine 20%-Stelle ging in Chénens wegen ungenügender Schülerzahl verloren.

Zum Schuljahresbeginn 2007/08 gab es somit 4,5 (3) Klassen mehr als im Vorjahr.

### 2.2.4 Schwerpunkte

Im Laufe des Schuljahres 2006/07 haben die Kindergärtnerinnen, die Lehrerinnen der ersten und zweiten Primarklassen sowie die Handarbeitslehrerinnen eine Ausbildung zur Einführung des Hilfsmittels «Didaktische Sequenzen» besucht. In einem offiziellen Referenzdokument werden fortan die Fertigkeiten im Bereich Sprachen festgehalten; dabei wird sehr detailliert aufgezählt, was in den einzelnen Sprachbereichen, mündlich und schriftlich, zu erarbeiten ist. Überdies

wurde die Bedeutung der Sprachentwicklung bei jungen Schülerinnen und Schülern ausdrücklich betont durch Ausschnitte aus einem Vortrag von Alain Bentolila, der die Lehrpersonen ermuntert, dem sprachlichen Ausdruck in all seinen Formen den gebührenden Platz im Unterricht zu geben.

### **2.2.5 Einschulung**

Die Eltern von 166 (165) Schülern haben beschlossen, den Schuleintritt ihrer Kinder um ein Jahr aufzuschieben. Die Eltern von 58 (78) Kindern haben um eine vorzeitige Einschulung ersucht.

### **2.2.6 Sprachkurse**

Vier Lehrpersonen sind in der Region Nord mit einem Beschäftigungsgrad von 50% angestellt, die Region Süd verfügt über ein volles Pensum; sie arbeiten mit Kindergartenkindern und zum Teil auch mit Schülern des 1. oder 2. Schuljahrs. Die Lehrpersonen arbeiten eng zusammen (unter der Leitung der kantonalen Koordinatorin für die Einschulung von Migrantenkindern), was ein einheitliches Vorgehen gewährleistet.

### **2.2.7 Integration von Kindern mit Lernschwierigkeiten**

3 Sonderschullehrerinnen mit insgesamt 2,6 Vollzeitstellen beschäftigen sich mit lernschwachen und verhaltensauffälligen Kindern der ersten drei Schuljahre. Auf diese Weise kann ein verhaltensauffälliger Schüler und auch die betroffene Klasse längerfristig betreut werden. Zusätzlich zu den schulischen Situationen, die vom Integrationskonzept aufgefangen werden (siehe 2.8.4), werden 48 Kinder kurz-, mittel- oder langfristig von Sonderschullehrpersonen betreut; diese Betreuung kann in den ersten beiden Primarschuljahren weitergeführt werden. Drei taube oder schwerhörige Kinder haben das gesamte Programm der Regelklasse absolviert und sind dabei in den Genuss von Stützunterricht gekommen. Mehrere Kinder erhalten Heilpädagogischen Stützunterricht (HSU).

### **2.2.8 Beziehungen KG-PS**

Die Idee der Basisstufe, welche die ersten drei Jahre der Schulpflicht beinhaltet, ist inzwischen Realität geworden. Die Lehrpersonen dieser drei Schuljahre arbeiten eng zusammen und besuchen regelmässig gemeinsame Weiterbildungskurse. Die Einführung des Schulzeugnisses unterstreicht die Tatsache, dass der Kindergarten heute zur obligatorischen Schulpflicht gehört. Es kommt häufig vor, dass die Lehrpersonen der Basisstufe gemeinsam Eltern-Informationsversammlungen durchführen.

### **2.2.9 Beziehungen Spielgruppe-KG**

Seit 2002 wurden verschiedene Meinungsaustausch-Nachmittage für die Kindergärtnerinnen und Spielgruppenbetreuerinnen organisiert. Diese Zusammenarbeit soll weiterhin gepflegt werden, damit Beobachtungen mitgeteilt und Vorgehensweisen abgesprochen werden können und so ein gemeinsames pädagogisches Projekt harmonisch gedeihen kann.

## **2.3 Kindergarten Deutschfreiburg**

### **2.3.1 Allgemeines**

#### **Projektklassen Basisstufe**

Die Projektklassen Basisstufe geniessen weiterhin eine überaus gute Akzeptanz bei den Eltern, deren Kinder die Basisstufe besuchen. Auch die zahlreichen Besucherinnen und Besucher, welche die offenen Türen der Projektklassen benutzen, um sich ein Bild über das neue Einschulungsmodell zu machen, geben durchwegs ein positives Feedback ab.

#### **Integration behinderter und verhaltensauffälliger Kinder in Regelklassen**

Im diesem Schuljahr sind 18 (11) Kinder mit besonderen Bedürfnissen in Regelkindergärten integriert. Die Integration von 14 Kindern erfolgt über das Schulheim Les Buissonnets. Die Integration von 4 weiteren Kindern wird durch die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport getragen. Zur Förderung und Unterstützung dieser Kinder arbeiten 14 (5) Heilpädagoginnen in den Regelkindergärten mit.

#### **Deutschunterricht für Fremdsprachige**

In 24 (25) Gemeinden wird zur besseren Eingliederung der fremdsprachigen Kinder Deutschunterricht angeboten. Im Schuljahr 2007/08 können 162 (162) Kindergartenkinder von diesem Unterricht profitieren.

### **2.3.2 Klasseneröffnungen und -schliessungen**

Zum Schuljahresbeginn werden 1,5 (4) Kindergartenklassen neu eröffnet: in Plaffeien (1) und eine halbe Klasse bei der FOS Freiburg.

Wegen ungenügender Schülerzahl müssen 3 Klassen geschlossen werden: Alterswil (1), Giffers-Tentlingen (1) und Gurmels (1).

### 2.3.3 Geografische Verteilung

|                      | 2006/07     |             | 2007/08      |             |
|----------------------|-------------|-------------|--------------|-------------|
| Stadt Freiburg (dt.) | 6 Klassen   | 85 Schüler  | 6,5 Klassen  | 107 Schüler |
| Sense                | 32 Klassen  | 544 Schüler | 31 Klassen   | 512 Schüler |
| Greyerz (deutsch)    | 1 Klasse    | 10 Schüler  | 1 Klasse     | 9 Schüler   |
| See (deutsch)        | 23* Klassen | 360 Schüler | 22* Klassen  | 351 Schüler |
| Total                | 62 Klassen  | 999 Schüler | 60,5 Klassen | 979 Schüler |

\* 2 Klassen des Projekts Basisstufe mitgezählt

Durchschnittlicher Klassenbestand im Schuljahr 2007/08: 16,18 (16,11) Kinder. Alle Kindergärten werden vollzeitlich geführt.

In 6 (5) Schulkreisen werden wegen geringer Schülerzahlen oder aufgrund einer langen Tradition zwei Jahre Kindergarten angeboten: Murten (8), Galmiz (1), Fräschels (1), Jaun (1), St. Silvester (1) und Rechthalten (1). 43 (44) Kindergärten werden von zwei Lehrpersonen im Teilpensum geführt. 6 Kindergärtnerinnen nehmen Schulleitungsfunktionen wahr.

### 2.3.4 Weiterbildung

Für die Beurteilung der Selbst-, Sozial- und Sachkompetenz hat das Schulinspektorat im Jahre 2001 ein Instrumentarium entwickelt, welches die Lehrpersonen als Unterlage für das Elterngespräch zum Übertritt vom Kindergarten in die Primarschule benutzen. Nach sieben Jahren wird dieses evaluiert und angepasst. Der Kurs «Lernen mit Lernzielkarten» zeigt den Lehrpersonen eine zusätzliche Möglichkeit auf, wie die Lernziele des Lehrplans Kindergarten gegenüber den Kindern und auch den Eltern mit Bildkarten noch anschaulicher und verständlicher gemacht werden können. Die Eltern werden in das überarbeitete Beurteilungsinstrument mit einbezogen.

## 2.4 Primarschule, französischsprachiger Kantonsteil

### 2.4.1 Geografische Verteilung der Klassen

|                | 2006/07     |               | 2007/08       |               |
|----------------|-------------|---------------|---------------|---------------|
| Stadt Freiburg | 87 Klassen  | 1584 Schüler  | 84 Klassen    | 1513 Schüler  |
| Saane-Land     | 223 Klassen | 4344 Schüler  | 226,5 Klassen | 4395 Schüler  |
| Greyerz        | 159 Klassen | 3208 Schüler  | 161 Klassen   | 3307 Schüler  |
| See            | 40 Klassen  | 732 Schüler   | 41 Klassen    | 732 Schüler   |
| Glane          | 80 Klassen  | 1587 Schüler  | 79 Klassen    | 1538 Schüler  |
| Broye          | 102 Klassen | 1965 Schüler  | 103 Klassen   | 2008 Schüler  |
| Vivisbach      | 63 Klassen  | 1303 Schüler  | 64 Klassen    | 1315 Schüler  |
| Total          | 754 Klassen | 14723 Schüler | 758,5 Klassen | 14808 Schüler |

Der Kurs «Psychomotorische Förderung im Kindergarten» bietet den Lehrpersonen die Möglichkeit, die theoretischen Grundlagen der Psychomotorik-Therapie kennenzulernen oder wieder aufzufrischen. Sie lernen anhand verschiedener Bewegungsspiele das Verhalten der Kinder unter psychomotorischen Aspekten zu betrachten.

### 2.3.5 Einschulung

Die Eltern von 113 (125) Kindern haben beschlossen, den Eintritt in die Schule um ein Jahr aufzuschieben. Dies sind 12,17% (13,63%) der Kinder, die im Jahre 2007 ins Schulalter kamen. Hingegen haben die Eltern von 22 (6) Kindern die Möglichkeit einer vorzeitigen Einschulung wahrgenommen.

### 2.3.6 Beschäftigungssituation

Die Schülerzahlen in den Kindergärten sind leicht rückläufig. So konnten nur gerade 1,5 Klassen eröffnet werden, hingegen wurden 3 Klassen geschlossen. Weil einzelne Lehrpersonen mit einer Passerellenausbildung auf die Primarstufe gewechselt haben, sind im Kindergarten Stellen frei geworden.

### 2.4.2 Klasseneröffnungen und –schliessungen

13,5 Klassen wurden eröffnet: Givisiez / Corminboeuf, Chésopelloz / Matran / La Brillaz, Corserey / Cottens (0,5) / Corpataux, Rossens / Le Glèbe / Riaz / Bulle-Léchère / La Tour-de-Trême / Bas-Vully, Haut-Vully / Sévaz, Bussy, Morens, Rueyres / Cugy und Attalens, Granges.

9 Klassen wurden geschlossen: Farvagny, Vuisternens-Ogoz / Treyvaux (0,5) / Arconciel, Ependes, Ferpicloz, Senèdes / Marly-Grand Pré (0,5), Villarsel-sur-Marly, Pierrafortscha / Freiburg-Au / Freiburg-Vignettaz (2) / Vernay / Vuisternens-dt-Romont und Haut-Intyamou. Zum Schuljahresbeginn 2007/08 gab es somit 4,5 (5) Klassen mehr als im Vorjahr.

### 2.4.3 Schwerpunkte Französischunterricht

Das Lehrmittel «S'exprimer en français – Séquences didactiques pour l'oral et pour l'écrit» wurde im Herbst 2007 auf den Stufen 3 und 4 der Primarschule offiziell eingeführt. Es war Gegenstand zweier Weiterbildungssitzungen in jedem Schulkreis. Bei dieser Gelegenheit wurden von den Ansprechpersonen verschiedene Anwendungsmöglichkeiten der IKT im Bereich Ausdruck vorgestellt. Eine zusätzliche Sitzung fand für die Basisstufe statt, für welche die Einführung im Herbst 2006 begonnen hatte.

Die Pilotgruppe schloss ihren Referenztext zum Lesenlernen ab. Dieses Dokument enthält die wesentlichen Elemente der unterschiedlichen Stufen des Lesen- und Schreibenlernens. Es dürfte die Einführung der neuen Lehrmittel erleichtern, die von der Interkantonalen Erziehungskonferenz der Westschweiz und des Tessins (CIIP) empfohlen werden.

### Mathematikunterricht

Während des Jahres 2007 hat die Gruppe Mathematikunterricht ihre Aufgaben weitergeführt: Verfassen von Prüfungen, Weiterbildung, Information und Unterstützung der Lehrpersonen. Sie schenkte folgenden drei Punkten besondere Beachtung:

1. und 2. Schuljahr: Auf Verlangen des Amtes für obligatorischen Unterricht absolvierten alle Schüler/innen kantonale Mathematikprüfungen. Diese waren für alle verpflichtend. Ihr Ziel war es, Bilanz zu ziehen über die Kenntnisse und Kompetenzen in den beiden ersten Schuljahren.

Resultate:

|                         | Durchschnitt       | Erfolgsquote % |
|-------------------------|--------------------|----------------|
| Dossier 1               | 21,3 Punkte von 24 | 89             |
| Dossier 2               | 15,2 Punkte von 20 | 76             |
| Beide Dossiers zusammen | 36,4 Punkte von 44 | 83             |

3. und 4. Schuljahr: Im Anschluss an die Auswertung der kantonalen Mathematikprüfung (Juni 2006) fanden in den Monaten Januar bis März 2007 Treffen mit den Lehrpersonen statt. Dabei verfolgte man zwei Ziele: Einerseits sollten die Schülerresultate analysiert werden und andererseits wollte man die erwarteten Kenntnisse und Kompetenzen mit Beispielen versehen und im Westschweizer Lehrplan Mathematik neu situieren.

Aufgabenblätter 6. Schuljahr: Auf Wunsch der Lehrpersonen wurden den Schülerinnen und Schülern der 6. Klasse Aufgabenblätter zur Verfügung gestellt. Sie sind auf den Text «Rahmen für die Hausaufgaben» abgestimmt, der in Zusammenarbeit mit der Inspektorenkonferenz ausgearbeitet wurde.

### Musikunterricht

Im Bereich der Musikerziehung fanden Weiterbildungskurse zu folgenden Themen statt: Neue Lieder für die Klasse entdecken und einüben, Reigen und Körperausdruck, Musiktherapie.

Die systematischen Besuche der vierten Primarklassen wurden im Dezember 2007 abgeschlossen, entsprechende Besuche der sechsten Primarklassen begannen im November 2007. Sie wurden in Zusammenarbeit mit der Inspektorenkonferenz organisiert und dienen dazu, herauszufinden, wie es um die Musikerziehung am Ende der vierten und sechsten Primarklasse bestellt ist, wie sich die «Méthodologie romande» auf den Unterricht auswirkt und welche Bedürfnisse die Lehrpersonen in diesem Bereich haben. Mehr als 100 Klassen hat der pädagogische Berater besucht. In den meisten Fällen begleitete ihn der Inspektor des Schulkreises.

### Verwaltung und Leitung von Schulprojekten

Die französischsprachigen Kindergärten und Primarschulen führen nach einem Konzept der Jahre um 2000 versuchsweise Schulprojekte durch. Bis heute wurden rund 40 Projekte (von 94 insgesamt möglichen) anerkannt. Eine oder zwei Lehrpersonen, sogenannte Verantwortliche, sind eigens für die Leitung zuständig und nehmen an Koordinationssitzungen teil sowie an den Sitzungen der existierenden Schulkreisräte, die vom Schulinspektor präsiert werden.

Heute ist man daran, mit der Inspektorenkonferenz, den Verantwortlichen des Projekt-Begleitdispositivs, dem Team «allgemeine Erziehung» und einer Delegation der SPFF die Versuchsphase dieses Vorgehens abzuschliessen und den Betrieb der einzelnen Schulen vermehrt als Ganzes zu betrachten. Das läuft darauf hinaus, die allgemeine Verbreitung der Schulprojekte zu unterstützen und dabei ihre Führungsstruktur zu verbessern: Einsetzung eines Verantwortlichen als bevorzugte Ansprechperson der einzelnen Schule, Inanspruchnahme von Unterrichtsentlastungen und nicht mehr nur einfaches Ersetzen der aktuellen Verantwortlichen für die Koordinationssitzungen.

Diese Ausrichtung wird für ein besseres Erscheinungsbild und eine klarere Führung der Schule sorgen. Sie bezieht sich auf die pädagogischen Aspekte (Verbesserung der Lehr- und Lernqualität), auf die Qualität der Kommunikation im Innern der Schule und nach aussen, auf die Hilfe bei schwierigen Schulsituationen und auf die materiellen Aspekte des Schulbetriebs.

Die Durchführungsphase ist für 2007 bis 2012 vorgesehen. Eine Schulverantwortliche oder ein Schulverantwortlicher wird nach und nach in sämtlichen 94 Schulen und Schulkreisen eingesetzt.

#### 2.4.4 Kleinklassen

Der französischsprachige Kantonsteil verfügt über 24 Kleinklassen, die von 181 Schülerinnen und Schülern besucht werden. Die Region Nord zählt 16 Kleinklassen, 8 in Freiburg, 4 in Estavayer-le-Lac, 3 in Villars-sur-Glâne, eine in Belfaux; die Region Süd hat deren 8, nämlich 4 in Bulle, eine in Marly, 2 in Romont und eine in Châtel-St-Denis.

Für Heilpädagogischen Stützunterricht (HSU) stehen 36,46 (36,39) Stellen zur Verfügung, 18,73 in der Region Nord, 17,73 in der Region Süd.

#### 2.4.5 Aufnahmeklassen

Im Herbst 2007/08 war die Situation bei den Aufnahmeklassen (vormals Sprachklassen) die folgende:

Region Nord, Kreis 1: Courtepin, ein halbes Pensum; Kreis 2: Freiburg, 3 Aufnahmeklassen, 3 ganze Pensen, 7 Lehrpersonen (unterschiedliche Beschäftigungsgrade) für Stütz- und Sprachunterricht; Kreis 3: 2 ganze Pensen; Kreis 4: ein ganzes Pensum (in 2 Teilpensen aufgeteilt) in Villars-sur-Glâne.

Region Süd: Bulle und La Tour-de-Trême, 1,25 Pensen; Marly, ein halbes Pensum; Romont, ein ganzes Pensum und zusätzlich vereinzelte Unterrichtseinheiten in gewissen Schulkreisen.

Kurse zu zwei bis vier wöchentlichen Lektionen werden für einzelne Schüler oder für ganze Gruppen in allen Schulkreisen mit anderssprachigen Kindern erteilt.

#### 2.4.6 Konferenz der Schulinspektorinnen und -inspektoren

Im Schuljahr 2007 haben die französischsprachigen Inspektorinnen und Inspektoren 16 Versammlungen abgehalten, meistens im Beisein des Dienstchefs oder seines Stellvertreters. Die Konferenz hat zu verschiedenen Berichten Stellung genommen: Evaluationspraxis, zweites Kindergartenjahr, Sprachenkonzept.

Ferner wurden folgende Themen behandelt: Vergleichsprüfungen in den Fächern Deutsch, Mathematik und Französisch, Ausbildung Heterogenität, Kontakte mit der PH, Kreisräte in der Region Nord, Mehrstufenprojekt, Versuche mit dem zweiten Kindergartenjahr, Verfassen von Informationsdokumenten für die Lehr-

personen, Dispositiv «Corps et mouvement» und Einführung der neuen Lehrpersonen.

Besondere Beachtung wurde der Einführung des neuen Schulzeugnisses geschenkt, und auch der Lernerfolg in den ersten Schuljahren wurde genauer unter die Lupe genommen. Anlässlich der Klassenbesuche, die in Zusammenarbeit mit den pädagogischen Beratern durchgeführt wurden, legte man das Hauptgewicht auf die Fächer Musikerziehung (4. Klasse) und Deutsch (4.–6. Klasse). Die EKSD hat den Vorstand des SPFF zu 2 Gesprächen empfangen.

Ausserdem haben mehrere Mitglieder der Inspektorenkonferenz an der Weiterbildung der Unterrichtskader (FORRES) teilgenommen.

#### 2.4.7 Schulmediation

Fünf Primarlehrpersonen, die zu Schulmediatoren ausgebildet wurden und im Herbst 2006 ihre Arbeit aufgenommen haben, befassen sich mit problematischen schulischen Situationen in allen acht Primarschulkreisen. Sie wirken unter der Aufsicht des Teams «allgemeine Erziehung» und in enger Zusammenarbeit mit den Schulinspektoren.

#### 2.4.8 Zusammenkünfte mit den Berufsverbänden

Das Amt für obligatorischen Unterricht hat den Vorstand des SPFF empfangen. Die Diskussion drehte sich dabei um das Vororientierungsverfahren für die OS, den Status der Lehrperson, die Schulverantwortlichen und den Englischunterricht.

Die Direktorin der EKSD hat bei ihrem Auftritt vor den Delegierten der SPFF am 14. September 2007 folgende Themen angesprochen: Schuljahresanfang, Evaluationspraxis, Projekt für ein zweites Kindergartenjahr, Leitung der Schulprojekte und Organisation des Sonderschulunterrichts im Rahmen der Umsetzung der Beschlüsse im Zusammenhang mit der NFA, HarmoS und der Westschweizer Schulkonvention.

### 2.5 Primarschule Deutschfreiburg

#### 2.5.1 Allgemeines

##### Schulentwicklung

##### Orientierungsarbeiten Mathematik

Das Projekt HarmoS beabsichtigt eine gesamtschweizerische Festlegung von Kompetenzniveaus in bestimmten Fachbereichen für die obligatorische Schule. In Entwicklung sind Kompetenzmodelle für die Fachbereiche Erstsprache, Fremdsprachen, Mathematik und Naturwissenschaften. Die Harmonisierung soll über Standardtests nach dem 2., dem 6. und dem 9. Schuljahr gesteuert werden. Das DOA und das Schulinspektorat PS Deutschfreiburgs haben auf Antrag der Fachgruppe Mathematik PS entschieden, dass bereits jetzt jeweils im zweiten Semester des laufenden Schuljahres in der 2. und 4. Klasse der PS eine Standard- bzw. Orientierungsarbeit Mathematik durchgeführt wird. Dazu werden

jeweils die Leistungen der Schüler und Schülerinnen in den Bereichen Grundanforderungen und erweiterte Aufgaben beurteilt. Die Lehrpersonen erhalten somit die Möglichkeit, eine persönliche Standortbestimmung der Klasse am Ende des Schuljahres durchzuführen.

### Raster für die Beurteilung bei individuellen Lernzielen

Die Arbeitsgruppe «Förderangebot für Kinder und Jugendliche mit besonderen Schulungsbedürfnissen» hat für die Bereiche Deutsch, Mathematik, Französisch und Mensch und Umwelt ein Raster für die Beurteilung bei individuellen Lernzielen ausgearbeitet. Dieses Raster ist in erster Linie gedacht als Form des Lernberichtes für Schüler und Schülerinnen mit individuellen Lernzielen,

wie er in den Ausführungsbestimmungen zum Zeugnis vorgesehen ist. Eine Auflistung von Teilbereichen ermöglicht eine differenzierte Einschätzung des Lern- und Entwicklungsstandes des Kindes.

### Zusammenkünfte mit dem Berufsverband

Es fanden zwei Treffen mit dem Lehrer/innenverein Deutschfreiburgs (LDF) statt. In den beiden Sitzungen wurden u.a. die folgenden Themen bearbeitet: Einführung des zweiten Kindergartenjahres und die daraus entstehenden Änderungen für die Lehrpersonen, Verankerung der Schulleitungen im Schulgesetz, Leitfaden zu Schutz und Haftung der Lehrpersonen. Nebst den Sachthemen war auch die Umstrukturierung des Verbandes mit der Wahl einer hauptamtlichen Präsidentin ein aktuelles Thema.

## 2.5.2 Geografische Verteilung der Klassen

|                      | 2006/07     |              | 2007/08       |              |
|----------------------|-------------|--------------|---------------|--------------|
| Stadt Freiburg (dt.) | 30 Klassen  | 530 Schüler  | 28 Klassen    | 524 Schüler  |
| Sense                | 143 Klassen | 2824 Schüler | 138,4 Klassen | 2730 Schüler |
| Greyerz (dt.)        | 3 Klassen   | 58 Schüler   | 3 Klassen     | 57 Schüler   |
| See (deutsch)        | 82 Klassen  | 1622 Schüler | 82,6 Klassen  | 1614 Schüler |
| Total                | 258 Klassen | 5034 Schüler | 252 Klassen   | 4925 Schüler |

## 2.5.3 Sprachkurse, Stand am 1. September 2006

Alterswil 1/28; Bösinggen 8/28; Cordast-Guschelmuth 5/28; Courtepin 9/28; Düdingen 11/28; Flamatt: 33/28; Freiburg 20/28; Giffers-Plaffeien 6/28; Gurmels 7/28; Heitenried 3/28; Schulkreis Jeuss, Lurtigen, Salvenach 2/28; Jaun 1/28; Kerzers 23/28; Liebistorf 6/28; Schulkreis ABGRU 5/28; Murten 30/28; Rechthalten 1/28; Schmitten 6/28; St. Ursen 2/28; Tafers 7/28; Wünnewil 11/28.

## 2.5.4 Weiterbildung für den Lehrkörper

Die Lehrpersonen wurden zu folgenden obligatorischen Kursen angeboten:

- Einführung in das Europäische Sprachenportfolio für die 6. Klasse
- Einführung in das Geschichtslehrmittel 4. Klasse
- Lernen mit Lernzielkarten für die Lehrpersonen des Kindergartens
- Informationsveranstaltung für alle Lehrpersonen Technisches Gestalten
- Zusammenarbeit von Klassenlehrpersonen und Heilpädagoginnen in Klassen mit integrierten behinderten Kindern.

Die Primarschulverantwortlichen haben an folgenden Veranstaltungen teilgenommen: Konferenz der Primarschulverantwortlichen, Kurs über die Entwicklung des Unterrichts als Hauptaufgabe der Schulleitung.

## 2.5.5 Schulinspektorenkonferenz

Die Konferenz hat 17 Sitzungen abgehalten und sich dabei mit vielen Themen auseinandergesetzt, welche die Schüler/innen, die Lehrpersonen, den Unterricht sowie die Schule allgemein betreffen, beispielsweise: das Heilpädagogische Angebot, die Begabtenförderung, die Berufseinführung für Abgängerinnen und Abgänger der PH, die Integration von fremdsprachigen Schülerinnen und Schülern, die Auswertung der Leistungserfassung der Schulleitungen. Zudem hat sie Koordinationsfragen mit den Schuldiensten, mit dem Frühberatungsdienst, mit der Weiterbildungsstelle, mit der Fachstelle fritic und der Lehrmittelverwaltung geregelt. Sie hat sich an Vernehmlassungen zum Zweijahreskindergarten und den EDK-Leitlinien zu Sprachkompetenzen beteiligt.

Mit der französischsprachigen Konferenz wurden folgende Bereiche bearbeitet: Präsentation der Neuorganisation des Schulinspektorats im französischsprachigen Teil des Kantons und Vorstellung des Berichts «Konzept für die Schulleitung im Kindergarten und der Primarschule Deutschfreiburgs»

## 2.5.6 Kleinklassen

Im Schuljahr 2007/08 werden 10 Kleinklassen (10) geführt, und zwar in Düdingen 3, Schmitten 2, Flamatt 2 und Kerzers 3. In Düdingen gilt die Einführungsklasse, welche auch sogenannte lernbehinderte Schüler/innen betreut, administrativ als Kleinklasse.

Das Angebot des Heilpädagogischen Stützunterricht (HSU) sieht wie folgt aus: Gesamthaft 20,89 Vollzeitstellen (2006/07: 21,5) in folgenden Schulkreisen: ABGRU, Alterswil, Bösing, Brünisried, Cordast-Guschelmu, Courtepin, Freiburg, Freiburg FOS, Giffers, Gurmels, Heitenried, Jaun, JLS, Liebistorf, Murten, Plaffeien, Plasselb, Rechthalten, St. Antoni, St. Silvester, St. Ursen, Schwarzsee, Tafers, Überstorf, Wünnewil.

## 2.6 Orientierungsschule, französischsprachiger Kantonsteil

### 2.6.1 Allgemeines

An den 13 französischsprachigen Orientierungsschulen ging im Herbst 2007 die Schülerzahl erstmals leicht zurück, nämlich um 59 (+ 160 im Vorjahr). Die Zahl der Klassen blieb unverändert und die Verteilung der Schüler/innen erforderte die Eröffnung einer einzigen Klasse (+ 9). Die OS Saane West bezog zum Schuljahresbeginn ihre neuen Räumlichkeiten.

### 2.6.2 Bestände nach OS

|              | 2006/07     |              | 2007/08     |              |
|--------------|-------------|--------------|-------------|--------------|
|              | Klassen     | Schüler      | Klassen     | Schüler      |
| Belluard     | 34 Klassen  | 679 Schüler  | 33 Klassen  | 661 Schüler  |
| Bulle        | 38 Klassen  | 876 Schüler  | 39 Klassen  | 854 Schüler  |
| Domdidier    | 18 Klassen  | 383 Schüler  | 18 Klassen  | 383 Schüler  |
| Estavayer    | 31 Klassen  | 671 Schüler  | 31 Klassen  | 686 Schüler  |
| Gibloux      | 18 Klassen  | 363 Schüler  | 18 Klassen  | 367 Schüler  |
| Glane        | 41 Klassen  | 911 Schüler  | 40 Klassen  | 880 Schüler  |
| Jolimont     | 35 Klassen  | 738 Schüler  | 35 Klassen  | 748 Schüler  |
| La Tour/Jaun | 39 Klassen  | 832 Schüler  | 39 Klassen  | 792 Schüler  |
| Marly        | 27 Klassen  | 582 Schüler  | 26 Klassen  | 560 Schüler  |
| Murten       | 9 Klassen   | 162 Schüler  | 9 Klassen   | 159 Schüler  |
| Pérolles     | 25 Klassen  | 496 Schüler  | 26 Klassen  | 505 Schüler  |
| Saane West   | 24 Klassen  | 485 Schüler  | 24 Klassen  | 493 Schüler  |
| Vivisbach    | 25 Klassen  | 564 Schüler  | 27 Klassen  | 595 Schüler  |
| Total OS     | 364 Klassen | 7742 Schüler | 365 Klassen | 7683 Schüler |

### 2.6.3 Sprachklassen und -kurse für ausländische Schüler/innen

Zu Beginn des ersten Semesters werden 5 (5) Aufnahmeklassen für 61 (64) Schüler/innen geführt, und zwar im Belluard, in Bulle, im Jolimont (2) und im Pérolles. In den übrigen Schulen bilden die anderssprachigen Schü-

ler keine eigenen Klassen, werden aber mit Stützunterricht gefördert, insbesondere im Fach Französisch.

### 2.6.4 Verteilung der Schüler/innen nach dem Übertrittsverfahren in die OS

Sie sieht für die 2364 (2398) betroffenen Schüler/innen folgendermassen aus:

|                            | Schüler/innen |         | %       |         |
|----------------------------|---------------|---------|---------|---------|
|                            | 2005/06       | 2006/07 | 2005/06 | 2006/07 |
| Progymnasialabteilung      | 873           | 886     | 36,41   | 37,48   |
| Allgemeine Abteilung       | 1102          | 1051    | 45,95   | 44,46   |
| Realabteilung              | 396           | 389     | 16,52   | 16,45   |
| Wiederholung der 6. Klasse | 1             | 7       | 0,04    | 0,30    |
| Wahl einer anderen Schule  | 26            | 31      | 1,08    | 1,31    |

### 2.6.5 Schwerpunkte

Im Herbst 2007 führte die französischsprachige OS die neue Stundentafel in den dritten Klassen ein und schloss damit die Umsetzung der Stundentafel ab.

Künftig besuchen alle Schüler/innen der dritten Klassen das Fach Ethik und Religionen. Durch gemeinsames Kennenlernen und Reflektieren existenzieller Themen und ihrer Behandlung in den unterschiedlichen Religionen und philosophischen Strömungen soll ein interkulturelles Verständnis gefördert werden. Die katholischen und die reformierten Schüler/innen werden parallel dazu in ihrer Konfession unterrichtet.

In den dritten Klassen werden im Sinne der Interdisziplinarität die Fächer Geschichte und Geographie grundsätzlich von derselben Lehrperson unterrichtet; der Lehrplan wurde angepasst und trägt dieser Tatsache Rechnung. Zudem werden auf der Internetsite fristoria.ch Unterrichtsmaterialien angeboten. Mit der Förderung eines interdisziplinären Vorgehens bezweckt man ein besseres Verständnis der komplexen Phänomene, die für unser Zeitalter bedeutsam sind und seinen Beginn im 19. und 20. Jahrhundert geprägt haben.

Im Bereich der Staatskunde ersetzt der «cours d'éducation à la citoyenneté» in den dritten Klassen den «cours d'éducation civique» des zweiten Jahres. Der neue Lehrplan übernimmt zum Teil den Inhalt des alten Kurses, bezieht aber eine erweiterte Sicht der Staatsbürgerschaft mit ein. Er behandelt die politische, die gesellschaftliche, die wirtschaftliche und die kulturelle Dimension der Staatsbürgerschaft auf kommunaler, kantonaler, nationaler und internationaler Ebene. Der Kurs bringt den Schülerinnen und Schülern die unterschiedlichen Aspekte des Begriffs Staatsbürgerschaft näher, hilft ihnen, die Komplexität des Entscheidungsprozesses bei gemeinschaftlichem Vorgehen zu erfassen, und versucht sie zu künftiger Ausübung der demokratischen Rechte und Pflichten zu befähigen.

Im Übrigen wird den Schülerinnen und Schülern der dritten Klassen eine ganze Palette von Freifächern angeboten: Technisches Zeichnen, Einführung in Wirtschaft, Griechisch, Einführung in die Welt der Medien, der Bilder, der Technologien, der Information und der Kommunikation (MITIC), die den Aspekt Medien und neue Technologien abdeckt.

Im Herbst 2007 wurde das neue Deutsch-Lehrmittel *Geni@l* in den dritten Klassen eingeführt. Diese Einführung geht wie in den beiden Vorjahren einher mit einer besonderen Betonung der Erneuerung der Sprachendidaktik. Eine intensive Arbeit wurde in den Fächern Französisch und Mathematik fortgeführt mit dem Ziel, Qualität und Kohärenz zu garantieren: Umfrage bei den Lehrpersonen, Diversifizierung und Ergänzung der pädagogischen Ressourcen, vermehrte Nutzung der Informatikressourcen, Eichen der Evaluation, Untersuchung der Resultate. Zahlreiche Versammlungen der Lehrpersonen waren zur Erledigung dieser Arbeit notwendig.

### 2.6.6 Direktorenkonferenz

Die Konferenz der OS-Direktorinnen und -Direktoren (OSDK) hat im Jahr 2007 21 Sitzungen abgehalten und in enger Zusammenarbeit mit dem französischsprachigen Amt für obligatorischen Unterricht (FOA) folgende Dossiers behandelt: Fortsetzung der Tätigkeit in den Arbeitsgruppen für die Einführung der neuen Stundentafel, der neuen Lehrmittel und Lehrpläne, Eröffnung einer zusätzlichen Anschlussklasse, interne Massnahmen für Schüler in Schwierigkeiten, neue Formel für die Praktika zur Unterrichtsbefähigung auf der Sekundarstufe I, Tag der offenen Tür an der Freiburger Schule, Pflichtenheft der Direktionsadjunkten, Harmonisierung der Ausbildung in der Westschweiz (espace romand de formation) und gesamtschweizerisch (HarmoS), Schul- und Berufsberatung, allgemeine Erziehung.

Die Direktorenkonferenz hatte Kontakt mit dem Chef des Amtes für Berufsberatung und Erwachsenenbildung, dem Verwalter der kantonalen Lehrmittelverwaltung, dem Chef des Versuchsprojekts Schulgesundheit (PESS), der Koordinatorin für die Integration von Migrantenkinder, dem Verantwortlichen für die Ausbildung der Universitätslehrpersonen, dem *fri-tic*-Projektverantwortlichen, der Jugendrichterin, zwei Vertretern der Vermittlungsstelle für straffällige Jugendliche, der Projektleiterin der Tage der offenen Tür an der Freiburger Schule, den pädagogischen Mitarbeitenden verschiedener Fächer (inkl. Sportunterricht) und der Präsidentin der kantonalen Kommission für Religionsunterricht. Schliesslich ist im Bereich Gesundheit noch das Projekt «Jugend und Gesundheit» zu erwähnen, das von den vier Pfeilern der Freiburger Wirtschaft lanciert und unterstützt wurde.

## 2.7 Orientierungsschule Deutschfreiburg

### 2.7.1 Allgemeines

#### Konzept Weiterbildung

Das Konzept für die Weiterbildung der Lehrpersonen wurde umgesetzt. Es unterscheidet zwischen schulinterner, obligatorischer, vereinbarter und freiwilliger Weiterbildung.

Jede Schule konnte innerhalb eines bestimmten Finanzrahmens und in Absprache mit dem OS-Inspektorat interne Weiterbildung planen und durchführen. Die Weiterbildungsvorhaben standen im Zusammenhang mit der laufenden Schulentwicklung und bei schon evaluierten Schulen mit den Empfehlungen aus dem Evaluationsbericht.

Den Schuldirektoren wurde mit der vereinbarten Weiterbildung ein Instrument zur Förderung der Mitarbeitenden im Rahmen ihrer Personalführungsfunktion zur Verfügung gestellt.

#### Testsystem Stellwerk

Das Testsystem «Stellwerk» dient der Standortbestimmung nach der ersten Hälfte der achten Klasse. Die OS

Kerzers begann das zweite Testjahr. Vorgesehen ist, Stellwerk allen deutschsprachigen Orientierungsschulen als freiwilliges Testsystem zur Verfügung zu stellen.

### Gesundheitsförderung

Die Gesundheitsförderung in den Orientierungsschulen wurde systematisch nach einheitlichen Kriterien des Projektmanagements durch das Inspektorat beurteilt. Dieser Qualitätsnachweis war für jede einzelne Schule Bedingung, damit sie die finanzielle Unterstützung des Kantons beanspruchen konnte.

### Sprachförderung: Einführung des Europäischen Sprachenportfolios (ESP II)

Alle Sprachlehrpersonen wurden in die Struktur des ESP II eingeführt. Das ESP II ist seit Herbst 2006 in allen Orientierungsschulen eingeführt. So genannte

Mentoren, speziell ausgebildete Lehrpersonen aus den einzelnen Schulen, vermittelten ihren Kolleginnen und Kollegen den Umgang mit dem ESP. Die Einführung wird im Schuljahr 2009/10 abgeschlossen.

### Weiterbildung der Schuldirektoren

Die Schuldirektoren wurden im Bereich Selbstmanagement, Arbeitsmethodik, Zeit- und Energiemanagement weitergebildet. Diese Ausbildung ist Bestandteil eines Konzeptes zur wirksamen Umsetzung des Berufsauftrages der Lehrpersonen.

### Externe Evaluation der Orientierungsschulen Deutschfreiburg

Nach der ersten Evaluation der OS Gurmels, einer Fokusevaluation, wurde ein zweites Konzept für eine Globalevaluation entwickelt. Dieses neue Modell wird in einem zweiten Pilotversuch im Schuljahr 2007/08 an der Orientierungsschule Düdingen getestet.

## 2.7.2 Bestände der einzelnen Schulen

|                          | 2006/07     |              | 2007/08     |              |
|--------------------------|-------------|--------------|-------------|--------------|
| Stadt Freiburg (deutsch) | 20 Klassen  | 363 Schüler  | 20 Klassen  | 374 Schüler  |
| Düdingen                 | 25 Klassen  | 449 Schüler  | 24 Klassen  | 469 Schüler  |
| Plaffeien                | 23 Klassen  | 419 Schüler  | 22 Klassen  | 406 Schüler  |
| Tafers                   | 25 Klassen  | 461 Schüler  | 24 Klassen  | 464 Schüler  |
| Wünnewil                 | 18 Klassen  | 303 Schüler  | 18 Klassen  | 297 Schüler  |
| Gurmels                  | 10 Klassen  | 202 Schüler  | 10 Klassen  | 186 Schüler  |
| Kerzers                  | 17 Klassen  | 292 Schüler  | 17 Klassen  | 277 Schüler  |
| Murten                   | 22 Klassen  | 391 Schüler  | 23 Klassen  | 401 Schüler  |
| Total                    | 160 Klassen | 2880 Schüler | 158 Klassen | 2874 Schüler |

Das Übertrittsverfahren verlief wie im Vorjahr: Der Entscheid über die Zuweisung in eine Abteilung basiert auf der Empfehlung der Klassenlehrperson der Primarschule und auf einer Vergleichsprüfung in den Fächern Deutsch und Mathematik. Beim Entscheid wird ergänzend dazu die Meinung der Eltern berücksichtigt.

### 2.7.3 Integration fremdsprachiger Schüler/innen

Das im Jahre 2005 geplante Projekt der Kantonalen Kommission für die Einschulung von Migrantenkinder der Orientierungsschule wurde im Herbst 2006 mit einer Klasse an der OS Murten gestartet. In Murten wurden die Schüler/innen aus Gurmels, Kerzers und Murten zusammen geführt. Vormittags besuchen sie Sprachintensivkurse und für den Nachmittag kehren sie in ihre Klassen am angestammten Schulort zurück. Die Projektklasse in Murten umfasst zurzeit 21 Schüler/innen. Diese sind jedoch in der Regel nicht alle gleichzeitig anwesend. Anfang 2008 wird ein Bericht zu den Erfahrungen mit diesem Modell erscheinen. Erklärte Ziele

sind die Verbesserung der Schulung und Einschulung der fremdsprachigen Schüler/innen und eine kantonale einheitliche Lösung.

In den übrigen Orientierungsschulen Deutschfreiburg gab es keine speziellen Sprachklassen. Die Sprachkurse wurden an allen Orientierungsschulen in Form einzelner Lektionen erteilt.

### 2.7.4 Direktorenkonferenz Deutschfreiburg

Die Mitglieder der Direktorenkonferenz versammelten sich zu 17 ordentlichen Sitzungen. In der Regel waren der Amtsvorsteher oder sein Stellvertreter, der Inspektor OS und die Fachinspektorin für Hauswirtschaft und Handarbeit anwesend. Insgesamt 12 Gäste wurden als Fachleute für spezifische Fragen zu den Sitzungen eingeladen. An verschiedenen ganztägigen Anlässen wurden wichtige thematische und stufenübergreifende Fragen angegangen. Die Konferenz ist zudem in zahlreichen Arbeitsgruppen und Kommissionen vertreten.

Folgende Themen bildeten die Schwerpunkte der Arbeit: Zusammenarbeit der SDK mit dem Inspektorat OS; Weiterbildung der Direktoren; Weiterbildung der Stellvertreter/innen; Projekt HarmoS; Testverfahren

Stellwerk; Weiterbildungskonzept Lehrpersonen; externe Evaluation; Massnahmen für Schüler/innen mit Verhaltensschwierigkeiten; Qualitätskonzept.

## 2.8. Sonderschulunterricht und Schuldienste

### 2.8.1 Statistische Angaben

|                             | französischsprachiger Kantonsteil |         | Deutschfreiburg |         | Totaux  |         |
|-----------------------------|-----------------------------------|---------|-----------------|---------|---------|---------|
|                             | 2006/07                           | 2007/08 | 2006/07         | 2007/08 | 2006/07 | 2007/08 |
| Anzahl Schüler              | 734                               | 740     | 122             | 133     | 856     | 873     |
| Anzahl Klassen              | 102                               | 103     | 17              | 19      | 119     | 122     |
| Durchschnitt Schüler/Klasse | 7,2                               | 7,2     | 7,2             | 7       | 7,2     | 7,1     |

Die Sonderschulen des Kantons bieten 769 (752) Plätze in Sonderklassen. Sie sind überbelegt (873 Kinder).

Freiburgische Kinder in anderen Kantonen:

- Deutschfreiburg: 29 (23) (BE)
- Franz. Kantonsteil: 24 (23) davon 21 im Kanton VD, 1 in BE, 1 in NE und 1 in VS

Nichtfreiburgische Kinder, die im Kanton Freiburg eingeschult sind:

- Deutschfreiburg 3 (4) 2 (1) Kinder aus BE, 1 aus VD;
- Westschweiz 44 (44) 30 Kinder aus VD, 5 aus NE, 4 aus BE, 2 aus VS und 3 aus GE.

Die Umsetzung der NFA bringt mit sich, dass es ab dem 1. Januar 2008 keine von der IV versicherten Kinder mehr gibt. Das neue Amt für Sonderpädagogik (SoA) nimmt seine Arbeit gleichentags auf, und zwar in der Spitalgasse 3. Amtsvorsteherin ist Anne Fouzia Bernard Rossier.

### 2.8.2 Lehrkörper

Der Lehrkörper zählt 199 (178) französischsprachige und 49 (46) deutschsprachige Lehrpersonen, insgesamt 248 (224): 44 haben ein volles Pensum, 204 ein Teilpensum. Sie teilen sich 153,1 (154,4) volle Stellen (Deutschfreiburg 29,23 und französischsprachiger Kantonsteil 123,84). Die Lehrpersonen, die in den Regelklassen die heilpädagogische Begleitung gewährleisten, sind in diesen Zahlen nicht berücksichtigt.

225 von 248 Lehrpersonen sind im Besitz eines Sonderschullehrerdiploms (90,72%). Die Ausbildung in Schulischer Heilpädagogik am Heilpädagogischen Institut der Universität Freiburg hat neu den Status eines Masters.

### 2.8.3 Klasseneröffnungen und -schliessungen

Der französischsprachige Kantonsteil verfügt über 103 Klassen. Eine Gehörlosen-Klasse wurde wegen ungenügender Nachfrage geschlossen; nach Möglichkeit werden die in Frage kommenden Kinder in die Regelklassen integriert. Es wurden zwei Sprachklassen eröffnet, je eine in Flos Carmeli und im Guintzet.

Die Übersicht 2007/08 zeigt eine Zunahme der Zahl der Sonderschüler/innen um 17.

In Deutschfreiburg sind mit der Eröffnung der deutschsprachigen kinderpsychiatrischen Tagesklinik zwei Klassen dazugekommen. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in den deutschsprachigen Sonderschulen ist auf diesem Hintergrund insgesamt stabil.

### 2.8.4 Integration in die Regelklasse

168 (144) Kinder, betreut von 34 (36) Sonderschullehrpersonen mit insgesamt 24,3 (27,66) Pensen, besuchen eine Regelklasse. 146 (128) Kinder sind geistig behindert, 22 (16) körperlich behindert.

Das Institut St. Joseph sorgt für die pädagogische Unterstützung gehörloser oder hörbehinderter Kinder, die ganz oder teilweise in einer Regelklasse der Primarschule integriert sind. 25 (23) Kinder, darunter 21 (19) Externe, sind in den Regelklassen integriert, vom Kindergarten bis zur OS; 7 (11) Kinder sind teilweise integriert, sie kommen für den Erwerb des Grossteils der kognitiven Lerninhalte ins Institut. 9 (9) Psychomotoriktherapeuten teilen sich 5,68 (5,86) ganze Stellen.

Die sehbehinderten und blinden Kinder, die in der Regelklasse integriert sind, werden von Sonderschullehrerinnen des «Centre pour handicapés de la vue» (CPHV) von Lausanne betreut.

In Deutschfreiburg werden 55 (54) Kinder und Jugendliche mit einer geistigen Behinderung im Rahmen des kantonalen Integrationskonzepts vom Schulheim Les Buissonnets betreut: 14 (9) im Kindergarten, 27 (28) in der Primarschule und 14 (17) in der Orientierungsschule.

Es werden auch mehrere Kinder mit einer anderen Behinderung oder einer Verhaltensstörung integriert unterrichtet: 4 (1) im Kindergarten, 17 (17) in der Primarschule, 13 (16) in der Kleinklasse und 2 in der Orientierungsschule.

Das Institut St. Joseph verfügt über 5,68 (5,07) volle Stellen, das Schulheim Les Buissonnets über 10,55 (9,68).

## 2.8.5 Schuldienste

### Personal

51 (50) Psychologen teilen sich 30,21 (29,32) ganze Stellen, 79 (72) Logopäden deren 51,81 (47,24) und 23 (22) Psychomotoriktherapeuten 11,97 (12,36).

### Schulpsychologischer Dienst

In den einzelnen Bezirken zeigen sich folgende Anteile der Schüler/innen, welche die Dienste in Anspruch nahmen:

See: 11,7% (10,26%), Sense: 9,9% (10,24%), Saane: 9,5% (10,60%), Broye: 9,0% (8,84%), Glane-Vivisbach: 6,6% (5,96%), Greyerz: 5,6% (5,3%).

Von den 3017 (3011) betreuten Kindern sind 1809 (1768) oder 60% (58,7%) Knaben und 1208 (1243) oder 40% (41,3%) Mädchen. Bezogen auf die Gesamtzahl der Schulkinder ergibt das bei den Knaben einen Anteil von 10,34% (10,19%) und bei den Mädchen einen solchen von 7,1% (7,47%). Diese Schüler/innen werden vom Schulpsychologischen Dienst auf ihre Schulreife geprüft. Dabei wird auch eine vertiefte Evaluation ihrer Fähigkeiten vorgenommen. Dies kann eine längerfristige Arbeit mit dem Kind, der Schule und/oder der Familie bedeuten. Dazu kommen zahlreiche Gespräche mit den Lehrpersonen, den Familien, den Inspizierenden oder den zuständigen Sozialdiensten.

Die häufige Inanspruchnahme des Schulpsychologischen Dienstes zeigt, dass dieser Dienst gut im Schulsystem integriert ist und dass seine Hilfestellungen und Beratungen gefragt sind und geschätzt werden. So wurden in diesem Jahr 180 klinische Beobachtungen, 120 Interventionen in der Klasse und 55 Kriseninterventionen durchgeführt.

Abgeklärt, behandelt und/oder begleitet wurden in diesem Schuljahr 3017 (3011) Kinder und Jugendliche. Das ergibt einen Prozentsatz von 8,8 (8,86) aller Schüler/innen der Kindergärten, Primarschulen, Kleinklassen und Orientierungsschulen.

Im französischsprachigen Kantonsteil wurden 2069 (2072) Schüler/innen oder 8,2% (8,34%) untersucht, in Deutschfreiburg 948 (939) Schüler/innen oder 10,5% (10,3%). In den einzelnen Schulstufen zeigen sich folgende Anteile der Schüler/innen, welche die Dienste in Anspruch nahmen: Kleinklassen: 36,6% (47,59%), Kindergärten: 11,9% (13,27%), Primarschule: 10% (9,54%), OS: 4,2% (4,21%) (Progymnasium: 1,5% (1,78%), allgemeine Abteilung: 4% (4,43%), Realklassen: 7% (6,3%), Kleinklassen: 18,3% (19,4%).

Am häufigsten werden die Dienste für die Schüler/innen des Kindergartens und der beiden ersten Primarschulklassen in Anspruch genommen. Die Zahl der gemeldeten Kinder nimmt für die folgenden Schuljahre kontinuierlich ab, was die vorbeugende Wirkung des Schulpsychologischen Dienstes unterstreicht.

63,4% (64,4%) der Anmeldungen erfolgten durch Lehrpersonen, 21,8% (23,6%) durch die Eltern, 4,4% durch

Logopädinnen und die restlichen durch Ärzte und andere Personen. 38 (39) Schüler/innen nahmen selber mit den Diensten Kontakt auf. Die Anmeldegründe liegen in den Problemfeldern «Lernen und Leisten» 51,7% (55,8%), «Verhalten und Umfeld» 40,7% (46,0%) oder «Eigene Persönlichkeit» 31,7% (33,6%); auch Kombinationen dieser Kategorien kommen als Anmeldegrund vor.

Schulische Massnahmen wurden in 18% (21,2%) der Fälle, pädagogische/heilpädagogische in 16,6% (16,7%) der Fälle empfohlen. Weit häufiger wurden angeboten: Beratung und Begleitung 29% (32,9%), psychologische Unterstützung 42% (43,6%) sowie Systemberatung 24% (25,4%). In 4,4% (5,3%) der Fälle waren keine Massnahmen erforderlich.

56,2% der Anmeldungen betreffen neue Fälle, 22,1% werden seit einem Jahr betreut und in 3,9% aller Fälle dauerte die Behandlung mindestens vier Jahre. 57,8% der Fälle erforderten eine Intervention von 1 bis 10 Stunden. Für 9,9% der Kinder dauerte die Betreuung länger als 20 Stunden.

### Logopädischer Dienst

| Kantonsteil        | Anzahl Kinder | % der Gesamtschülerzahl | Knaben | Mädchen |
|--------------------|---------------|-------------------------|--------|---------|
| Französischer Teil | 1941 (1854)   | 7,69                    | 1157   | 784     |
| Deutschfreiburg    | 1135 (1077)   | 12,6                    | 707    | 428     |
| Total              | 3076 (2931)   | 8,98                    | 1864   | 1212    |

### Nach Schulstufen:

|                     | französisch | deutsch | Total | %     |
|---------------------|-------------|---------|-------|-------|
| Vorkindergarten     | 50          | 47      | 97    | –     |
| Kindergarten        | 386         | 250     | 636   | 18,14 |
| Primarschule        | 1342        | 773     | 2115  | 10,70 |
| Kleinklasse         | 85          | 30      | 115   | 33,43 |
| Orientierungsschule | 78          | 35      | 113   | 1,06  |
| Total               | 1941        | 1135    | 3076  | 8,98  |

### Kinder in Behandlung während des Schuljahres

|  |       |
|--|-------|
| Saane                                    | 1 035 |
| Saane (ohne Stadt)                       | 798   |
| Stadt Freiburg                           | 237   |
| Broye                                    | 173   |
| Glane                                    | 187   |
| Greyerz (12 Kinder sind deutschsprachig) | 377   |
| See (französisch)                        | 129   |
| See (deutsch)                            | 341   |

|  |                           |
|--|---------------------------|
| Sense  | 693                       |
| Vivisbach  | 141                       |
| Total  | 3 076                     |
| Durch die Invalidenversicherung übernommene Behandlungen |                           |
| Franz. Kantonsteil                                       | 1 565 (1 025) oder 80,62% |
| Deutschfreiburg  | 415 (406) oder 36,53%     |
| Total  | 1 980 (1 431) oder 64,36% |

**Psychomotoriktherapie**

Im Schuljahr 2006/07 wurden im Kanton insgesamt 608 Kinder psychomotorisch betreut.

|                    |     |       |  |
|--------------------|-----|-------|--|
| Franz. Kantonsteil | 451 | (504) | Kinder, 112 Mädchen und 339 Knaben, insgesamt 1,7% der Gesamtschülerzahl |
| Deutschfreiburg    | 157 | (145) | Kinder, 32 Mädchen und 125 Knaben, insgesamt 1,7% der Gesamtschülerzahl  |
| Total              | 608 | (649) | Kinder oder 1,7% (1,96%) der Gesamtschülerzahl                           |

**Verteilung auf die Schulstufen**

|                     | französisch | deutsch | Total | %    |
|---------------------|-------------|---------|-------|------|
| Vorkindergarten     | 15          | 2       | 17    | 0,04 |
| Kindergarten        | 92          | 38      | 130   | 0,38 |
| Primarschule        | 335         | 114     | 449   | 0,03 |
| Kleinklassen        | 8           | 3       | 11    | 2,28 |
| Orientierungsschule | 1           | 1       | 2     | 0,00 |
| Total               | 451         | 158     | 609   | 1,77 |

16 Interventionen (2,6%) werden von der Invalidenversicherung oder vom Integrationsdienst übernommen.

**Verteilung auf die Bezirke**

|                                 | Mädchen | Knaben | Total |
|---------------------------------|---------|--------|-------|
| Stadt Freiburg (französisch)    | 15      | 31     | 46    |
| Stadt Freiburg (deutsch)        | 6       | 14     | 20    |
| Saane (französisch, ohne Stadt) | 25      | 74     | 99    |
| Broye                           | 15      | 60     | 75    |
| Glane                           | 25      | 77     | 102   |
| Greyerz                         | 9       | 32     | 41    |
| See (französisch)               | 4       | 17     | 21    |
| See (deutsch)                   | 13      | 51     | 64    |
| Sense                           | 13      | 60     | 73    |
| Vivisbach                       | 19      | 48     | 67    |
| Total                           | 144     | 464    | 608   |

Die Zahlen des Schuljahres 2006/07 zeigen Konstanz in den Anmeldungen in Deutschfreiburg (+ 12) und eine leichte Abnahme im französischsprachigen Kantonsteil ( - 53). Insgesamt haben in diesem Jahr 608 Schüler/innen die Psychomotorikdienste in Anspruch genommen; das sind 1,77% in Bezug auf die Gesamtschülerzahl, 451 französischsprachige und 157 deutschsprachige Kinder. 76,45% der Anmeldungen entfielen auf Knaben.

86% der Anmeldungen und der Behandlungen betrafen Kinder vom Kindergarten bis zur 3. Klasse.

74,1% der Anmeldungen erfolgten durch Lehrpersonen, die übrigen durch Psychologen (9,7%), Logopädinnen (5,4%), Eltern (6,5%) und andere Fachpersonen (4,3%). Die Anmeldungen laufen nach dem vom Dienst aufgestellten Verfahren ab: Antrag der Eltern, Weiterleitung der Anmeldung an die Schulinspektorin bzw. den Schulinspektor, Gespräch mit der antragstellenden Person oder Stelle zur Vertiefung des Antrags.

Die Analyse der Situationen nach den Gesprächen, den klinischen Beobachtungen oder Psychomotoriktests führt zu einer Beratung (49,5%), einer Behandlung (36,5%) oder hat keine spezielle Folge (14%). Bei den Behandlungen steht die Einzeltherapie im Vordergrund, gelegentlich werden die Kinder auch in Gruppen betreut. Die Therapiedauer ist recht unterschiedlich. In 90% aller Fälle beträgt sie 6 Monate bis 2 Jahre.

Im kantonalen Mittel entfällt eine Stelle auf 3052 Schulkinder. 23 Psychomotoriktherapeutinnen und -therapeuten teilen sich insgesamt 11,21 (- 1,15) Vollzeitstellen.

Die Ausbildung der Psychomotoriktherapeutinnen und -therapeuten wird nach den Beschlüssen der Interkantonalen Konferenz der Westschweiz und des Tessins (CIIP) und der Hochschule für Soziale Arbeit (HETS-IES) von der Fachhochschule Westschweiz (HES-S2) angeboten. Sie wurde erstmals im Herbst 2007 gestartet, dauert drei Jahre und wird mit dem Titel Bachelor in Psychomotoriktherapie abgeschlossen.

**2.9 Schüleraustausch**

**2.9.1 Allgemeines**

Das Jahr 2007 war durch die Teilnahme am «START - Forum der Berufe» im Monat Januar in Freiburg gekennzeichnet. Die Bilanz ist sehr positiv ausgefallen. Eine erneute Teilnahme für 2009 ist bereits beschlossen worden.

Die Koordination hat wiederum ihre Informationskampagne durch Konferenzen und Vorstellungen der Austauschprogramme während des ganzen Jahres durchgezogen. Die erzielten Resultate sind durchaus positiv. Die Austauschpädagogik wurde einerseits den Primarlehrerinnen und Primarlehrern der Stufen 5 und 6 über die Weiterbildungskurse im Januar angeboten, andererseits haben die Studentinnen und Studenten des 2. Ausbildungsjahres der PH-FR diese Informationen während der Praktikumswoche im September erhalten.

Im Allgemeinen haben wir dieses Jahr feststellen können, dass eine markante Erhöhung der Anzahl der Teilnehmenden an unseren vorgeschlagenen Austauschprogrammen erzielt worden ist.

Die Homepage [www.bucoli.ch](http://www.bucoli.ch) wurde während dem Jahr 2007 ungefähr von 7000 Interessenten besucht.

### 2.9.2 Zehntes partnersprachliches Schuljahr (ZPS)

Die Teilnehmerzahl beträgt 170 (143) Schüler/innen. Das Verhältnis Deutschsprachige 58 (49) gegenüber Französischsprachigen 112 (96) erfordert bei der Zuteilung immer noch grosses organisatorisches Geschick. 42 (26) Schüler/innen haben einen gegenseitigen Austausch absolvieren können.

### 2.9.3 Klassenaustausch (KA)

Die der Koordination gemeldeten Klassenaustausche sind im Schuljahr 2006/07 praktisch unverändert geblieben. Insgesamt hat die Koordination für den ganzen Kanton, alle Schulstufen zusammengerechnet, 16 Klassen und 11 individuelle Austausche auf S2 - Stufe registriert (17 Klassen und 7 Individuelle im SJ 2005/06). Die französischsprachigen Klassen waren in der Mehrheit, insgesamt 5 für Deutschfreiburg, 11 für den französischen Teil.

Es ist zu bemerken, dass die Zahl der Klassenaustausche sicherlich höher ist, da ja gewisse Austausche direkt von Schule zu Schule ohne Anmeldung bei der Koordination realisiert werden.

Ab Frühling 2008 wird ein neues Klassenaustausch-Programm (EA 8-9) ins Leben gerufen, und zwar zusammen von der NW EDK und der CIIP+TI. Bernard Dillon wird der Projektleiter EA 8-9 für die CIIP+TI sein.

## 2. Tätigkeit

### 2.1 Schülerzahlen

Der Bestand der Schülerinnen und Schüler der öffentlichen kantonalen Schulen auf der Sekundarstufe II sieht im Herbst 2007 folgendermassen aus:

|      | Knaben      |             | Mädchen     |             | Total (Schüler, Klassen, Mittel) |     |      |         |     |       |
|------|-------------|-------------|-------------|-------------|----------------------------------|-----|------|---------|-----|-------|
|      | 2006/07     | 2007/08     | 2006/07     | 2007/08     | 2006/07                          |     |      | 2007/08 |     |       |
| Fr.  | 1161=37,60% | 1268=38,90% | 1926=62,40% | 1991=61,10% | 3087                             | 144 | 21,4 | 3259    | 148 | 22,02 |
| Dt.  | 464=36,42%  | 508=38,57%  | 810=63,58%  | 809=61,43%  | 1274                             | 58  | 21,9 | 1317    | 59  | 22,32 |
| Tot. | 1625=37,26% | 1776=38,82% | 2736=62,73% | 2800=61,18% | 4361                             | 202 | 21,6 | 4576    | 207 | 22,10 |

Dazu kommen die Freiburger Schüler/innen, die das GYB besuchen, nämlich: 396 (297)

|     | Knaben       |              | Mädchen      |              | Total (Schüler, Klassen, Mittel) |         |
|-----|--------------|--------------|--------------|--------------|----------------------------------|---------|
|     | 2006/07      | 2007/08      | 2006/07      | 2007/08      | 2006/07                          | 2007/08 |
| Fr. | 106 = 37,60% | 128 = 32,30% | 191 = 64,30% | 268 = 67,70% | 297                              | 396     |

### 2.9.4 Ferieneinzelaustausche (FEA)

Es wurde wiederum eine massive Zunahme mit 102 (77) französischsprachigen platzierten Schülerinnen und Schülern und mit 26 (17) deutschsprachigen platzierten Schülerinnen und Schülern festgestellt. Insgesamt sind es 102 (89) Angemeldete aus dem französischen Teil, wovon 6 fürs Tessin, und 26 (34) Angemeldete aus dem deutschsprachigen Raum, wovon 3 (1) fürs Tessin. Insgesamt haben 128 deutschsprachige und französischsprachige Freiburgerinnen und Freiburger bei diesem Programm mitgemacht, was einen neuen Rekord darstellt.

## V. SEKUNDARSTUFE II

### 1. Aufgaben

Das Amt für Unterricht der Sekundarstufe II (S2) ist zuständig für die administrative und pädagogische Leitung der gymnasialen Maturitäts-Ausbildungsgänge, der vollzeitlichen Handelsschulen und der Fachmittelschulen. Genauer gesagt überwacht es:

- die Organisation und die Pädagogik des Unterrichts;
- die allgemeine und finanzielle Verwaltung;
- die Anstellung und die Weiterbildung der Lehrpersonen;
- den Bau und den Unterhalt der Gebäude;
- die kantonale und interkantonale Koordination.

Folgende Schulen bieten diese Ausbildungen an: die Kollegien St. Michael, Hl. Kreuz und Gambach in Freiburg, das Kollegium des Südens in Bulle, die Fachmittelschule (ehemals KDMS) in Freiburg. Zudem verwaltet das Amt für Unterricht der Sekundarstufe II gemeinsam mit der Direktion der Gymnasien des Kantons Waadt das Interkantonale Gymnasium Broye (GYB) in Payerne.

Dienstchef: Nicolas Renevey.

Die Voraussagen des kantonalen Amtes für Statistik (Zunahme der Schülerzahlen auf der Sekundarstufe II) haben sich bewahrheitet. Die Eröffnung des GYB im Jahr 2005 hat das Wachstum der Schülerzahl der Kollegien der Stadt Freiburg zwar vorübergehend abgeschwächt, aber nicht aufgehalten. Ab dem darauffolgenden Herbst wuchs die Schülerzahl wieder stärker, namentlich wegen des deutlichen Anstiegs der Zahl der Deutschsprachigen. Der ab 2008 erwartete Rückgang dürfte durch die Auswirkungen der Bevölkerungsmigration in Richtung unseres Kantons bei weitem kompensiert werden. Die stärkste Zunahme verzeichnet das Kollegium des Südens in Bulle.

## 2.2 Unterricht

### 2.2.1 Gymnasiale Maturität

Dieser Bildungsgang wird in den vier kantonalen Kollegien und im GYB angeboten.

Der Bundesrat und die Schweizerische Konferenz der Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) haben am 14. Juni 2007 eine Teilrevision des Maturitätsanerkennungsreglements (MAR 95) genehmigt, deren Hauptziel die Aufwertung der Naturwissenschaften und der Maturaarbeit ist. Sie wird den kantonalen Kollegien ausserdem die Einführung der Philosophie als neues Maturitätsfach erlauben. Diese Neuerungen werden nach dem Schuljahresbeginn im Herbst 2008 schrittweise umgesetzt.

Einige zufällig bestimmte Abschlussklassen der kantonalen Kollegien beteiligten sich an den Tests zur Evaluation der neuen Maturität, EVAMAR II, mit denen die erworbenen Fähigkeiten und das erreichte Maturitätsniveau beurteilt werden sollen, und zwar im Hinblick auf eine geeignete Vorbereitung auf ein Universitätsstudium. Erste Testresultate werden im Laufe des Jahres 2008 veröffentlicht.

### 2.2.2 Vollzeitliche Handelsschule

Diese Ausbildung wird in den Kollegien Gambach und des Südens sowie im GYB angeboten und mit dem Handelsdiplom und/oder der Kaufmännischen Berufsmatura (KBM) abgeschlossen.

Die Schweizerische Berufsmaturitätskommission hat im November 2007 die schulspezifischen Lehrpläne für die Kaufmännische Berufsmatura der Kollegien Gambach und des Südens genehmigt.

Ausserdem führt das Kollegium Gambach im Rahmen der Reformen des BBT zur Stärkung der beruflichen Praxis in den vollzeitlichen Handelsschulen ein Pilotprojekt durch.

### 2.2.3 Fachmittelschule

Dieser Bildungsgang wird in der Fachmittelschule Freiburg (FMS), im Kollegium des Südens und im GYB angeboten. Nach dem Reglement vom 1. August 2004 der EDK über die Fachmittelschulen hat die EKSD um die

Anerkennung der von diesen Schulen verliehenen Abschlusszeugnisse ersucht, und zwar für die Bereiche:

- Gesundheit, für eine professionelle Vorbereitung auf die verschiedenen gesundheitspflegerischen Ausbildungsgänge der HES-S2 oder für den Zugang zu technischen Berufen oder Lehrgängen (56% der Schüler/innen wählen diese Option);
- Sozialpädagogik, mit einer gezielten Vorbereitung für die Aufnahme in eine Fachhochschule für Soziale Arbeit oder in die PH-FR nach bestandener Vorbereitungsjahr (44% der Schüler/innen wählen diesen Weg).

### 2.2.4 Zweisprachigkeitsangebot

Das vielfältige Immersionsangebot wird weiterhin gut genutzt. Insgesamt 451 (411) Schüler/innen absolvieren ein zweisprachiges Programm. Sie verteilen sich auf 17 (16) zweisprachige Klassen, nutzen aber auch das übrige Angebot einer kompletten oder partiellen Immersion. 2007 wurden 97 (76) eidgenössisch anerkannte Maturitätszeugnisse mit Vermerk «zweisprachig» abgegeben.

## 2.3 Konferenzen und Kommissionen

### 2.3.1 Rektorenkonferenz der kantonalen Kollegien

Diese Konferenz vereinigt die Rektorinnen und Rektoren der Kollegien sowie die Direktoren der FMS und des GYB unter dem Präsidium des Dienstchefs der Sekundarstufe II. Neben den laufenden Geschäften der administrativen und pädagogischen Leitung der Schulen hat sie sich mit folgenden Themen beschäftigt: Organisation der Hörverständnisprüfungen; technische Ausstattung der Klassenzimmer für den Gebrauch der IKT im Unterricht; Vernehmlassungsverfahren zur Teilrevision der Maturität.

Ausserdem hat die Konferenz im Januar 2007 das Projekt «START - Forum der Berufe» der Schulen der Sekundarstufe II begleitet.

### 2.3.2 Schulkommissionen

Im November 2007 wurden sämtliche Schulkommissionen für die nächste Verwaltungsperiode neu bestellt. Diese Schulkommissionen behandeln die laufenden Geschäfte, insbesondere die Voranschläge, die Aufnahmekapazitäten und die Ausstattung der Schulzimmer.

### 2.3.3 Informatik

Die Kantonale Kommission für Informatik an den Schulen der Sekundarstufe II (KKI) hat ihre Arbeiten mit zwei Unterkommissionen weitergeführt. Diejenige, die sich mit der Technik befasst, erstellt das Inventar des Materials, bereitet Budgetvorschläge vor und koordiniert die Verfahren der Netzverwaltung und den Erwerb sowie den Unterhalt der Ausrüstungen. Die pädagogische Unterkommission hat ihre Abklärungen über die Weiterentwicklung des Informatikunterrichts an den Schulen der Sekundarstufe II fortgesetzt. Die Kantonale Kom-

mission für Informatik im Unterrichtswesen (KK-IU), der auch der Amtsvorsteher angehört, übermittelt der Finanzdirektion die analysierten Budgetvorschläge.

Die Fachstelle fri-tic hat die Ausbildung der Lehrpersonen der Sekundarstufe II für den pädagogischen Einsatz der Informations- und Kommunikationstechniken fortgesetzt. Sie stellt auch die Ausbildung der Ansprechpersonen in diesem Bereich sicher.

Die Sekundarstufe II interessiert sich für das Projekt-HarmAdminEcoles (projet d'harmonisation des systèmes d'informations pour la gestion, l'environnement administratif des écoles), zu dem im Juli 2007 eine Vorstudie veröffentlicht wurde.

### 2.3.4 Prüfungen

Die kantonale Prüfungskommission, die für die Maturitätszeugnisse, die Handelsdiplome und KBM zuständig ist, hat die für einen reibungslosen Ablauf der Prüfungssession 2007 erforderlichen Voraussetzungen geschaffen. Sie prüfte die Berichte der Präsidenten der Prüfungskommissionen und versuchte Probleme möglichst einheitlich zu lösen. Der Präsident der Prüfungskommission der Abschlussprüfungen der FMS hat bei diesen Arbeiten mitgewirkt.

### 2.3.5 Schüleraustausch

Die Zusammenarbeit zwischen den Ämtern für obligatorischen Unterricht, dem Amt für Unterricht der Sekundarstufe II und der Koordinationsstelle für Sprachaustausch fördert die gegenseitige Information und die allfällige Anpassung der Bedingungen für die Schülerschaft und die Eltern im Sinn eines bestmöglichen Aufenthalts.

## 2.4 Schuldienste

### 2.4.1 Psychologischer Beratungsdienst

Der Psychologische Beratungsdienst (CPS2) setzte seine Tätigkeit im Rahmen der gegebenen Strukturen und Modalitäten fort. Das Beratungsteam besteht aus drei Personen mit einem Beschäftigungsgrad von insgesamt 50%. Einzelne Fälle wurden wegen der langen Behandlungsdauer an private Psychotherapeuten weitergeleitet.

### 2.4.2 Mediationsdienst

Die Mediationsdienste der Schulen werden rege beansprucht. Die Kommunikation unter den verschiedenen Diensten und die gegenseitige Unterstützung funktionieren und sind effizient. Der Zusammenhalt wird durch zwei jährliche Treffen gestärkt, die vom zuständigen Amt organisiert werden. Ein Ausbildungszyklus, der in Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsberatung zur Sicherstellung des Nachwuchses geschaffen worden war, wurde im Herbst 2007 abgeschlossen.

## 2.5 Vereine

### 2.5.1 Verein der freiburgischen Mittelschullehrerinnen und -lehrer (VFM)

2007 hat die EKSD den VFM getroffen, um folgende Themen zu besprechen: Weiterbildung der Lehrpersonen; Klassenbestände; Vernehmlassungsverfahren zur Teilrevision der Maturität.

### 2.5.2 Elternvereinigungen

Die EKSD ist mit den französischsprachigen Elternvereinen der Kollegien und dem deutschsprachigen Elternverein der Kollegien der Stadt Freiburg zusammengetroffen.

## 2.6 Weiterbildung der Lehrpersonen

Für Kurse und Seminare, die vorwiegend von der Schweizerischen Weiterbildungszentrale in Luzern (WBZ), vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT), von der Universität Freiburg und intern von jeder Schule organisiert werden, gab es zahlreiche Anmeldungen. Der Bereich Weiterbildung der Pädagogischen Hochschule (PH) hat mehrere Abholkurse organisiert. Die Koordinationsgruppe hat die Kursorganisationsgrundlagen für die Lehrerschaft der Sekundarstufe II ausgearbeitet und die Teilnahmebedingungen festgelegt.

## 2.7 Gebäude und Bauarbeiten

Im November 2007 hat der Grosse Rat über ein Dekret über einen Verpflichtungskredit für die Umgestaltung und Erweiterung des Kollegiums Gambach abgestimmt. Dieses Dekret, das einen Verpflichtungskredit von 58 155 000 Franken vorsieht, untersteht dem obligatorischen Finanzreferendum. Die Volksabstimmung findet voraussichtlich im Frühjahr 2008 statt.

## 2.8 Interkantonale Zusammenarbeit

Im Rahmen der allgemeinen Schulkoordination nimmt der Vorsteher des Amtes für Unterricht der Sekundarstufe II regelmässig an den interkantonalen Zusammenkünften der entsprechenden Ämter einerseits der Westschweizer Kantone und des Tessins (CIIP) und andererseits der Kantone der Nordwestschweiz (NW-EDK) teil. Diese Zusammenarbeit betrifft insbesondere die Qualitätskontrolle der Schulen, die Evaluation der Gymnasialausbildung, die Sprachenpolitik sowie die Reform der Handels- und Fachmittelschulen.

Die kantonalen Kollegien beteiligen sich am Projekt der NW-EDK (Nordwestschweiz), das eine vergleichende Studie (Benchmarking) über die Schulen der Sekundarstufe II zum Ziel hat (Stichwort: Bildungsstandards).

### 3. Kollegium St. Michael

#### 3.1 Die Schule in Kürze

|                |  |
|----------------|--|
| Bildungsgänge: | gymnasiale Maturität (alle Schwerpunktfächer), zweisprachige Schule.     |
| Schüler/innen: | total 1286 (734 französischsprachige, 552 deutschsprachige), 58 Klassen. |
| Lehrkörper:    | 152 Lehrpersonen (105,77 volle Pensen).                                  |
| Rektor:        | Jacques de Coulon.   |
| Adresse:       | St. Peter-Kanisius-Strasse 10, Freiburg.                                 |

#### 3.2 Schüler/innen

##### 3.2.1 Schülerzahlen

|                          | Schüler/innen |         | Klassen |         |
|--------------------------|---------------|---------|---------|---------|
|                          | 2006/07       | 2007/08 | 2006/07 | 2007/08 |
| Gymnasium, fr. Abteilung | 722           | 734     | 33      | 34      |
| Gymnasium, dt. Abteilung | 508           | 552     | 23      | 24      |
| Total                    | 1230          | 1286    | 56      | 58      |

Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Schülerzahl um 56 (38) Einheiten zu, was zur Eröffnung zweier zusätzlicher Klasse führte: je eine in beiden sprachlichen Abteilungen. Die zweisprachigen Klassen wurden der deutschen Abteilung zugeteilt.

#### Verpflegung

Seit 2002 nimmt die Zahl der Schüler/innen am Kollegium stetig zu. Das führt dazu, dass in der Schule immer mehr Mittagessen eingenommen werden. Die Cafeteria wird zu klein; eine Lösung ist in Vorbereitung.

| Wohnort                 | 2006/07            | 2007/08            |
|-------------------------|--------------------|--------------------|
| Im Kanton Freiburg      | 1222 Schüler/innen | 1279 Schüler/innen |
| In einem anderen Kanton | 8 Schüler/innen    | 7 Schüler/innen    |

##### 3.2.2 Aufnahmen

Ins Gymnasium wurden aufgenommen

|  | 2006/07           | 2007/08           |
|--|-------------------|-------------------|
| 1. Jahr  | 355 Schüler/innen | 357 Schüler/innen |
| (französische Abteilung: 210; deutsche Abteilung: 147) |                   |                   |
| 2. Jahr  | 28 Schüler/innen  | 32 Schüler/innen  |

##### 3.2.3 Ausgestellte Diplome

Im Juni 2007 wurden zum sechsten Mal Maturitätsausweise nach dem Reglement des MAR 95 ausgehändigt. Von den insgesamt 255 Kandidatinnen und Kandidaten stellte die französische Abteilung 148, die deutsche 107. Es waren 2 Rückzüge und 5 Misserfolge zu verzeichnen, 3 bei den Französischsprachigen, 2 bei den Deutschsprachigen. Somit wurden 250 Abschlusszeugnisse ausgestellt. Die Diplome verteilen sich wie folgt:

| Schwerpunktfach         | Fr. Abteilung | Dt. Abteilung | Zweisprachige | Total |
|-------------------------|---------------|---------------|---------------|-------|
| Griechisch              | 0             | 1             | 0             | 1     |
| Latein                  | 10            | 0             | 9             | 19    |
| Italienisch             | 12            | 1             | 1             | 14    |
| Englisch                | 0             | 1             | 0             | 1     |
| Spanisch                | 23            | 17            | 24            | 64    |
| Physik und Angew. Math. | 12            | 16            | 0             | 28    |
| Biologie + Chemie       | 25            | 10            | 7             | 42    |
| Wirtschaft und Recht    | 36            | 10            | 8             | 54    |
| Bildnerisches Gestalten | 14            | 1             | 7             | 22    |
| Musik                   | 0             | 5             | 0             | 5     |
| Total                   | 132           | 62            | 56            | 250   |

Bemerkungen:

- Von den insgesamt 250 eidgenössischen Maturitätsausweisen konnten 61% an Kandidatinnen übergeben werden. Der Vormarsch der jungen Frauen ist nicht mehr nur eine Tendenz, sondern hat sich inzwischen bestätigt.
- Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen den Kollegien der Stadt Freiburg wurden 13 Schüler/innen von Gambach und Hl. Kreuz in ihrem Ergänzungsfach am Kollegium St. Michael geprüft, 7 Schüler/innen von St. Michael an den anderen beiden Kollegien.

### 3.3 Allgemeiner Schulbetrieb

#### 3.3.1 Zusammenarbeit mit den Eltern und andere Kontakte

##### Französischsprachige Abteilung

Elternabende für die 1. Klasse: Im Verlauf der Monate Februar und März 2007, nach der Zustellung der Zeugnisse für das 1. Semester. 80% der Eltern waren anwesend.

Für das zweite, dritte und vierte Jahr wurden auf Wunsch der Eltern oder der Schüler/innen Einzeltreffen durchgeführt.

Die Eltern können sich mit dem Halbsemester-, dem Semester- und dem Jahreszeugnis regelmässig über die Schulleistungen der Schüler/innen informieren.

Anfang September 2007: Informationssitzungen für die Eltern der Schüler/innen des 1. Jahrs; Vorstellung der Ausbildung (Ziele, Programme, Methoden) durch die Vorsteher.

Der Rektor und die Vorsteher haben sich mit dem Vorstand des Elternvereins getroffen.

##### Deutschsprachige Abteilung

Elternabende für die 1. Klasse: im Februar. Die Eltern der Schüler/innen waren zahlreich anwesend. Ende Juni wurden die Eltern der zukünftigen Gymnasiastinnen und Gymnasiasten zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Ausserdem fanden individuelle Treffen der Vorsteher mit den Eltern von Schülerinnen und Schülern zur Besprechung konkreter Probleme statt.

Der Rektor und die Vorsteher haben an der Generalversammlung des Elternvereins teilgenommen. Ausserdem haben sie die beiden Delegierten des Elternvereins zur Besprechung anstehender Probleme getroffen.

Der Rektor hat an den Sitzungen der Schulkommission teilgenommen.

#### 3.3.2 Lehrkörper

Im September 2007 zählte das Kollegium St. Michael 152 (150) Lehrpersonen, davon sind 53 Frauen und 99 Männer, für 2528 wöchentliche Unterrichtsstunden. Wegen der Eröffnung zweier Klassen im Herbst 2007 muss mit einer Zunahme um 2,98 Pensen gerechnet werden.

5 Lehrpersonen gingen in den Ruhestand und 5 weitere verliessen das Kollegium am Ende des Schuljahres.

9 Lehrpersonen sind neu angestellt worden, davon 4 für weniger als 12 und 5 für mehr als 12 Wochenstunden.

#### 3.3.3 Kulturelle, erzieherische und sportliche Anlässe

Die kulturellen Anlässe werden von den Vorstehern in Zusammenarbeit mit den beiden Kulturkommissionen, je eine pro Abteilung, geplant und organisiert.

Die wichtigsten kulturellen Veranstaltungen in der französischen Abteilung:

- *Le pauvre matelot* von D. Milhaud und *The Medium* von G. Menotti, tragische Opern in der Aula der Universität Freiburg.
- Teilnahme am Internationalen Filmfestival Freiburg
- *Brèves de comptoir*, Theatergruppe St. Michael und Hl. Kreuz
- Besuch der Ausstellung *Stan's Café* während des *Bollwerk-Festivals*.
- *Peter Falk* von J. Steinauer im Rahmen des 850-Jahr-Jubiläums der Stadt.
- *Verschiedene Theater und Filme*.

Die wichtigsten kulturellen Veranstaltungen in der deutschen Abteilung:

- Teilnahme am Internationalen Filmfestival Freiburg
- Vorstellung der deutschsprachigen Theatergruppe St. Michael, Heilig Kreuz und Gambach

Im März spielte das Blasorchester von Doullens (Frankreich) ein Musikstück über die Schlacht an der Somme, das Pierre-Etienne Sagnol, Dirigent der Blasmusik des Kollegiums, komponiert hatte. Die beiden Ensembles traten am Freitag, 2. März, in der Kirche (für die Schüler/innen) und in der Aula Magna der Universität (für das breite Publikum) auf.

Während den Fasnachtsferien führte der Chor des Kollegiums (29 Sängern und Sänger) im Schloss Vaulruz sein traditionelles Musikkager durch und wirkte mit grossem Eifer bei der Weihnachts-Mitternachtsmesse mit. Unter der Leitung seines neuen Dirigenten, Philippe Savoy, war er auch an mehreren öffentlichen Konzerten zu hören, z.B. am alljährlichen Konzert zum Schuljahresabschluss am 28. Mai 2007 in der Kirche des Kollegiums St. Michael.

#### 3.3.4 Dies Collegiarius

Wie schon letztes Jahr hat das Kollegium St. Michael am Freitag, 21. Dezember, einen Thementag organisiert, den *Dies Collegiarius*. Nach der traditionellen Weihnachtsmesse sahen alle Schüler/innen einen Film über Ökologie und diskutierten anschliessend klassenweise und unter Leitung ihrer Klassenlehrperson über das Thema Umwelt, indem sie die folgende Frage zu beantworten versuchten: Was kann ich konkret, hier im Kollegium und in meinem täglichen Leben, tun, um Energie

zu sparen und mehr Rücksicht auf meine Umwelt zu nehmen?

### 3.3.5 Besondere Ereignisse

Am Freitag und Samstag, 20. und 21. April, fanden die «Tage der offenen Tür» an der Freiburger Schule statt. Das Kollegium St. Michael organisierte eine Vielzahl von Spezialkursen und Besichtigungen, bei denen ein zahlreiches Publikum begrüsst werden konnte.

Eine Schülergruppe des Ergänzungsfachs «Sciences Politiques» stellte am späten Nachmittag des 21. September 2007 eine überparteiliche Debatte für die Jugendlichen auf die Beine. Dieser Austausch kurz vor den eidgenössischen Wahlen stiess auf grosses Interesse.

Am Samstag, den 1. Dezember 2007, fand zum 102. Mal die Feier des Sankt Nikolaus statt.

### 3.3.6 Schüleraustausch

Einzelaustausche: 2007/08 haben 10 Schüler/innen der französischsprachigen und 12 der deutschsprachigen Abteilung ein Jahr im Ausland (USA, Deutschland) oder in der Deutschschweiz verbracht. Das Kollegium hat 12 ausländische Schüler/innen in der französischsprachigen und 5 in der deutschsprachigen Abteilung aufgenommen.

Im Winter 2007 haben 12 Schüler/innen des 2. Jahrs zwei Wochen in einem Zürcher Gymnasium (Stadelhofen) verbracht; im Gegenzug gingen Zürcher Schüler/innen im Kollegium St. Michael zur Schule.

### 3.3.7 Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit

Die Schüler/innen des Ergänzungsfachs «Histoire-Sciences politiques» haben am 19. und 20. April 2007 im Grossratssaal an den SUNESCO-Tagen teilgenommen. In der Woche vor den Osterferien (26. bis 30. März 2007) haben die meisten Schüler/innen der 3. Klassen Studientage durchgeführt. Die 1., 2. und 3. Klassen der deutschsprachigen Abteilung nahmen an einer Studienwoche teil und hatten dabei Gelegenheit, ein spezielles Thema ausführlicher und fächerübergreifend zu behandeln.

Das Kollegium zählt zu Schuljahresbeginn sechs zweisprachige Klassen, je zwei im 2., 3. und 4. Jahr. Der Besuch der zweisprachigen Klassen führt zur zweisprachigen Maturität nach MAR-Anforderungen.

### 3.4 Gebäude, Reparaturen und Unterhalt

Während des Jahres 2007 wurden folgende Arbeiten durchgeführt:

- Gymnasium und alte Gebäude: Auswechseln der Heizungseinrichtung (Gymnasium, Gebäude 5 und Sportzentrum), Einrichtung eines Vortragssaals mit 50 Plätzen (für den Unterricht in grösseren Gruppen, Prüfungen usw.), kupferner Schutz der Vordächer (Giebel), Restaurierung der Ornament-Skulptur der

Waffen des Staats Freiburg (Ost-Flügel, West-Fassade, Parkplatz-Ausfahrt).

- Blaues (neues) Gebäude: Beamer-Ausrüstung der Klassenzimmer
- Sportzentrum: Vollständige Instandsetzung des Bodens und der Wände der Hallen 1 und 3
- Kirche: Restaurierung der Kanzel von Giuseppe Antonio Albuzzi und Restaurierung des St. Barbara-Altars
- Aussen: Verbindung Gymnasiumsgebäude – Sportzentrum

## 4. Kollegium Hl. Kreuz

### 4.1 Die Schule in Kürze

Bildungsgänge: gymnasiale Maturität (alle Wahlmöglichkeiten), zweisprachige Schule.

Schüler/innen: total 982 (644 französischsprachige, 338 deutschsprachige), 43 Klassen.

Lehrkörper: 128 Lehrpersonen (78,71 ) volle Pensen.

Rektorin: Christiane Castella Schwarzen.

Adresse: Antoine de St-Exupéry-Strasse 4, Freiburg.

### 4.2 Schüler/innen

#### 4.2.1 Schülerzahlen

|               | Schüler/innen |         | Klassen |         |
|---------------|---------------|---------|---------|---------|
|               | 2006/07       | 2007/08 | 2006/07 | 2007/08 |
| Fr. Abteilung | 612           | 644     | 27      | 28      |
| Dt. Abteilung | 344           | 338     | 15      | 15      |
| Total         | 956           | 982     | 42      | 43      |

#### Verpflegung

Ungefähr 480 Schüler/innen essen mittags in der Cafeteria des Kollegiums (kleine Verpflegung), in der Mensa von Regina Mundi oder in der Ingenieurschule.

| Wohnort                 | 2006/07           | 2007/08           |
|-------------------------|-------------------|-------------------|
| Im Kanton Freiburg      | 947 Schüler/innen | 970 Schüler/innen |
| In einem anderen Kanton | 9 Schüler/innen   | 12 Schüler/innen  |

#### 4.2.2 Aufnahmen

|               | 2006/07           | 2007/08           |
|---------------|-------------------|-------------------|
| Ins Gymnasium | 243 Schüler/innen | 289 Schüler/innen |

### 4.2.3 Ausgestellte Diplome

Im Juni 2007 wurden zum sechsten Mal Maturitätsausweise nach dem Reglement des MAR 95 ausgehändigt. Insgesamt haben 207 (188) Kandidatinnen und Kandidaten am Examen teilgenommen; davon haben 200 (183) bestanden. Verteilung:

| Schwerpunktfach         | Fr. Abteilung | Dt. Abteilung | Zweisprachige | Total |
|-------------------------|---------------|---------------|---------------|-------|
| Griechisch              | 13            | 0             | 3             | 16    |
| Italienisch             | 6             | 10            | 2             | 18    |
| Englisch                | 9             | 2             | 0             | 11    |
| Spanisch                | 20            | 9             | 8             | 37    |
| Physik und Angew. Math. | 0             | 10            | 0             | 10    |
| Biologie + Chemie       | 12            | 6             | 6             | 24    |
| Wirtschaft und Recht    | 25            | 24            | 4             | 53    |
| Bildnerisches Gestalten | 15            | 10            | 2             | 27    |
| Musik                   | 3             | 0             | 1             | 4     |
| Total                   | 103           | 71            | 26            | 200   |

## 4.3 Allgemeiner Schulbetrieb

### 4.3.1 Zusammenarbeit mit den Eltern und andere Kontakte

In der französischen Abteilung: 19 Elternabende für 13 Klassen: Beteiligung der Eltern: 55%; ein Informationsabend für die Eltern der neuen Schüler/innen.

In der deutschen Abteilung: 7 Elternabende für 7 Klassen: Beteiligung der Eltern: 60%; ein Informationsabend für die Eltern der neuen Schüler/innen.

Elternvereine: die Leitung hat an zwei Sitzungen der Schulkommission teilgenommen.

### 4.3.2 Lehrkörper

Im September 2007 zählt das Kollegium Hl. Kreuz 128 (120) Lehrpersonen, davon sind 69 (65) Frauen und 59 (55) Männer. Im Voranschlag 2007 waren 78,51 (76,05) volle Pensen vorgesehen.

13 Lehrpersonen sind neu angestellt worden, davon 4 für weniger als 12 und 9 für mehr als 12 Wochenstunden.

### 4.3.3 Kulturelle, erzieherische und sportliche Anlässe

Veranstaltungen: 4 Theateraufführungen, 4 Filme, 3 Konzerte, eine Oper, das traditionelle Sportfest, Vorträge (Abstimmungen), 2 Ausstellungsbesuche, Besuch des «Vallon des Morneys» (im Rahmen des Ergänzungsfachs Geographie), 2 Ausstellungsbesuche im Rahmen des Schwerpunktfachs Bildnerisches Gestalten.

Themen der Projektwoche waren: Freiburg i. Üe. /CH – Freiburg i. B./ D, Musicals, Sportprojekt, Kurzfilme Parodie, Thailand, Stressbewältigung, Erholung und

ihr Einfluss auf die Konzentration, Gewalt bei Jugendlichen, Der Saane entlang, Sehbehinderte, Das Lachen, Integrationsprobleme, Der Mensch und das Spiel.

### 4.3.4 Besondere Ereignisse

- Verfassen des jährlichen Sempervivum (yearbook);
- Besinnungstage auf dem Simplan;
- WINS-Woche (women in science and technology) für die Schülerinnen der 3. Klassen.
- SUNESCO: Simulation der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum Thema der Nahrungsmittel-Unabhängigkeit
- Studienwoche in Rom für Schüler/innen der Alten Sprachen, organisiert vom kantonalen Forum der Alten Sprachen.
- Wirtschaftswoche, organisiert von der Freiburger Handelskammer.
- Solidarité de Noël: Unterstützung eines Spital-Neubaus in Burkina Faso; Geldsammlung durch zurückgelegte Kilometer auf dem Velo (Spinning). Die Velos wurden eigens zu diesem Zweck in der Schule installiert (Resultat: 11 005 km; 28 420 Franken)

### 4.3.5 Schüleraustausch

36 Schüler/innen des Kollegiums Hl. Kreuz verbrachten einen Sprachaufenthalt in der deutschsprachigen Schweiz, in den USA, in Deutschland oder in Österreich. 12 Schüler/innen aus Deutschland, den USA, Australien, Neuseeland, Mexiko, Lettland, Ghana, Brasilien, Ungarn oder Kanada im Hl. Kreuz.

#### 4.3.6 Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit

##### Zweisprachigkeit:

5 französischsprachige Schüler/innen in der deutschsprachigen Abteilung,  
3 zweisprachige Klassen (je eine in den Stufen 2, 3 und 4)

Den Maturitätsausweis mit dem Vermerk «zweisprachige Matura» haben 26 Schüler/innen erhalten, 7 deutschsprachige, 19 französischsprachige.

#### 4.4 Gebäude, Reparaturen und Unterhalt

- Anpassung der Biologie- und Chemiezimmer an die Sicherheitsnormen (Gas und Abdichtungen)
- Abdichtungsarbeiten an den Balkongeländern des Hauptgebäudes (Ost- und West-Flügel)
- Renovierung eines Teils der Verwaltungsbüros
- Erneuerung des Fussballfeldes
- Reparatur der Harzböden im 3. Stock

- Ersetzung der Bodenbeläge in den Klassenzimmern (Fortsetzung)
- Ersetzung von Schülerstühlen (Fortsetzung)

## 5. Kollegium Gambach

### 5.1 Die Schule in Kürze

Bildungsgänge: gymnasiale Maturität (Schwerpunktfächer Moderne Sprachen, Biologie und Chemie, Wirtschaft und Recht), vollzeitliche Handelsschule; zweisprachige Schule.

Schüler/innen: total 671 (402 französischsprachige, 269 deutschsprachige), 33 Klassen.

Lehrkörper: 97 Lehrpersonen (60,26 volle Pensen).

Rektor: Jean-Pierre Bugnon.

Adresse: Weck-Reynold-Allee 9, Freiburg.

## 5.2 Schüler/innen

### 5.2.1 Schülerzahlen

|   |        | Schüler/innen |         | Klassen |         |
|---|--------|---------------|---------|---------|---------|
|   |        | 2006/07       | 2007/08 | 2006/07 | 2007/08 |
| Fr. Abteilung (Gymn.)   |        | 268           | 292     | 14      | 14      |
| Dt. Abteilung (Gymn.)   |        | 207           | 210     | 9       | 9       |
| Handelsschule fr.   | Diplom | 81            | 74      | 4       | 4       |
|   | KBM    | 33            | 26      | 2       | 2       |
| Handelsschule dt.   | Diplom | 40            | 48      | 2       | 2       |
|   | KBM    | 16            | 11      | 1       | 1       |
| Kant. Ausbildung Fachangestellte/r für Verwaltung (FAV) dt. und fr. |        | 13            | 10      | 1       | 1       |
| Total   |        | 658           | 671     | 33      | 33      |

| Wohnort                         | 2006/07           | 2007/08           |
|---------------------------------|-------------------|-------------------|
| Im Kanton Freiburg              | 645 Schüler/innen | 659 Schüler/innen |
| In einem anderen Kanton         | 8 Schüler/innen   | 5 Schüler/innen   |
| Im Ausland wohnhaft (Austausch) | 5 Schüler/innen   | 7 Schüler/innen   |

### 5.2.2 Aufnahmen

|                              | 2006/07           | 2007/08           |
|------------------------------|-------------------|-------------------|
| Ins Gymnasium                | 165 Schüler/innen | 147 Schüler/innen |
| In die Handelsschule und KBM | 59 Schüler/innen  | 58 Schüler/innen  |
| In die kant. FAV-Ausbildung  | 13 Schüler/innen  | 10 Schüler/innen  |
| Total neu aufgenommen        | 237 Schüler/innen | 215 Schüler/innen |

### 5.2.3 Ausgestellte Diplome

#### Gymnasiale Maturität

Im Juni 2007 wurden zum sechsten Mal Maturitätsausweise nach dem Reglement des MAR 95 ausgehändigt. Insgesamt haben 102 (88) Kandidatinnen und Kandidaten am Examen teilgenommen; davon haben 97 (84) bestanden. Verteilung:

| Schwerpunktfach      | Fr. Abteilung | Dt. Abteilung | Zweisprachige | Total |
|----------------------|---------------|---------------|---------------|-------|
| Italienisch          | 2             | 6             | 2             | 10    |
| Englisch             | 9             | 3             | 1             | 13    |
| Spanisch             | 9             | 10            | 4             | 23    |
| Biologie + Chemie    | 19            | 0             | 2             | 21    |
| Wirtschaft und Recht | 11            | 24            | 0             | 35    |
| Total                | 59            | 43            | 0             | 102   |

#### Handelsdiplom

Von den 52 (59) Kandidatinnen und Kandidaten haben 50 (53) das Handelsdiplom erhalten. Verteilung:

- fr. Abteilung 32 (40)
- dt. Abteilung 17 (13)

#### Kaufmännische Berufsmaturität

Von den 27 (22) Kandidatinnen und Kandidaten haben 21 (22) die Berufsmaturität bestanden.

#### Kantonale Ausbildung Fachangestellte/r für Verwaltung FAV:

Von den 10 (13) Kandidatinnen und Kandidaten haben 9 (13) das Diplom erhalten.

### 5.3 Allgemeiner Schulbetrieb

#### 5.3.1 Zusammenarbeit mit den Eltern und andere Kontakte

In den Monaten Februar und März 2007 wurden 18 deutsche und französische Elternabende für die Eltern der Schüler/innen der 1., 2. und 3. Klassen organisiert. Zwei Informationsabende für die neuen Schüler/innen jeder Abteilung haben im Juni 2007 stattgefunden.

Während des Schuljahrs gab es auch zahlreiche persönliche Kontakte zwischen den Eltern und der Direktion (Rektor/Vorsteherin/Vorsteher).

Der Rektor hat an den Sitzungen der Schulkommission teilgenommen, ebenso an 3 Informationssitzungen, die für die Eltern der OS-Schüler/innen organisiert wurden.

#### 5.3.2 Lehrkörper

Im September 2007 zählt das Kollegium Gambach 97 (96) Lehrpersonen, 44 (44) Frauen und 53 (52) Männer. Im Voranschlag 2007 waren 60,26 (63,18) volle Pensen vorgesehen (Wegfall der Klassen von Sacré-Cœur).

Am Ende des Schuljahrs 2006/07 ging ein Lehrer in Pension, 3 weitere Lehrpersonen verliessen die Schule aus unterschiedlichen Gründen. 7 Lehrpersonen sind neu angestellt worden, davon 5 für weniger als 12 und 2 für mehr als 12 Wochenstunden.

#### 5.3.3 Kulturelle, erzieherische und sportliche Anlässe

Unter anderem haben ganze Klassen oder Teile von Klassen folgende Anlässe besucht:

- Filme: *Thank you for smoking* von Jason Reitman, internationales Filmfestival, Freiburg; *Proibido Proibir*, brasilianische Produktion, im Rahmen der Thementage für interessierte Klassen (Vorbereitung auf die Filme, Vorführung, Begegnungen, Gespräche mit Regisseuren).
- Theateraufführungen und Konzerte: *Macbeth* von William Shakespeare by the Cambridge University, *Victor ou les enfants au pouvoir* im Théâtre des Osses, Freifachtheater der 3 Kollegien *Viel Lärm um Nichts* von Shakespeare, *Les corps étrangers*, Choreographie von Kader Attou, *Le Pied d'Estale*, humoristische Erzählung von Jacques Béal, aufgeführt von Schülerinnen und Schülern des Freifachs Atelier Théâtre Vertige, unter der Leitung von Yves Loutan, *mystère bouffe*, gespielt von der Compagnie des arTpenteurs, *Peter Falk*, zeitgenössisches Theaterstück von Jean Steinauer, inszeniert von Yann Pugin usw.
- Besuche und Ausflüge: Sportlager in der Gegend von Arolla, Ausflug nach Champ-Pittet, Studientage in der Ingenieurschule, im Kantonslabor, im Institut für Pflanzenbiologie, im Chemie-Institut, im Atomkraftwerk Mühleberg, im Flugzentrum Payerne, an der Ausstellung *La Maison d'ailleurs*; Beteiligung am SUNESCO.
- Die Thementage: Arbeitsmethoden, interdisziplinäre Tagungen, KBM-Bildungstage, Berufspraxis, und je nach Projekt der Klassen verschiedene Themen wie

Schokolade, Respekt, Leben auf der Strasse, Schweizer und Ausländer.

- Informationssitzungen/Vorträge/Berufsinformationssitzungen, Job-Info, «People with AIDS»: Zeugnisaussagen, Vortrag über nachhaltige Entwicklung, Bildungstag in Broc über das Arbeitsrecht und zum Thema «Die Unternehmung und ihr Personal», Informationen über Austauschmöglichkeiten mit dem Ausland, «T'assures, t'es sûr?» (Unfallverhütung im Strassenverkehr) usw.
- Die Schule organisierte drei aufeinander folgende polysportive und Ski-Sporttage; die Schüler/innen nahmen auch an den Wettkämpfen teil, die von den Sportlehrerinnen und Lehrern organisiert wurden.

### 5.3.4 Besondere Ereignisse

Neues Kollegium Gambach: Architekturwettbewerb, Baueingabe.

«Tage der offenen Tür» an der Freiburger Schule in Verbindung mit dem Quartierfest.

### 5.3.5 Schüleraustausch

10-tägiger Schüleraustausch mit dem Kollegium Harker von San José, Kalifornien.

### 5.3.6 Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit Berufspraxis an der Handelsmittelschule

Im Anschluss an die Pilotversuche in verschiedenen Kantonen, darunter Freiburg, müsste das BBT unverzüglich die Vorschriften dafür präzisieren, wie die Berufspraxis in den vollzeitlichen Handelsschulen zu verstärken ist. Bei dieser Gelegenheit wird es die neuen Strukturen dieses Schultyps festlegen; auch neue Lehrpläne müssen verfasst werden. Die erneuerte Ausbildung dürfte im Herbst 2009 beginnen.

### Unterrichtsqualität

Die Bildungsstandards, ihre Festlegung und ihre allfällige Einführung in den Maturitätsschulen sind ein Gesprächsthema geworden für die Gesellschaft insgesamt, besonders aber für die Lehrervereine. Die Schulen der Sekundarstufe II sind daran interessiert, jetzt schon einige Versuche zu starten, um die Unterrichtsqualität zu festigen. Deshalb wurde der gesamte Lehrkörper des Kollegiums Gambach auf diese Problematik aufmerksam gemacht, und die Fachgruppen wurden aufgefordert, die Überlegungen weiterzuführen mit dem Ziel, die neuen Ideen in die Tat umzusetzen.

### UNESCO

Das Kollegium Gambach hat am Projekt «Anerkennung für Aktivmitglieder des Netzwerks der mit der UNESCO verbundenen Schulen» teilgenommen. Seine Bewerbung wurde dabei so beurteilt, dass es sich in den vergangenen vier Jahren auf vorbildliche Art für die

Anliegen der UNESCO eingesetzt habe. So verlieh die Schweizerische UNESCO-Kommission am 10. Dezember 2007 der Schule die Auszeichnung *Aktivmitglied des Netzwerks der mit der UNESCO verbundenen Schweizer Schulen*.

### Publikationen

Im August 2007 meldete das Kollegium Gambach zwei wichtige literarische Ereignisse: zuerst das Erscheinen des Erstlingswerks von *Jean-François Haas*, des Romans «Dans la gueule de la baleine guerre», bei den Editions du Seuil, und nur zwei Tage später die Herausgabe des zweiten Romans von *Angel Corredera*, «Derniers rites», bei den Editions de l'Aire.

### 5.4 Gebäude, Reparaturen und Unterhalt

#### 5.4.1 Gebäude

Das Kollegium benützt vier Gebäudekomplexe: das Hauptgebäude (A), Eigentum der Ursulinenschwestern; 3 Schulzimmer in einem Pavillon im Garten (Eigentum des Staates); 17,5 Schulzimmer in den FOS-Gebäuden (B); das Kollegium benützt ein Drittel der Sportinfrastrukturen der FMS.

Wie schon in den vergangenen Jahren stellt sich zunehmend ein Platzproblem (Raummangel, ungeeignete Ausstattung usw.). Mit dem Neubau und den neuen Einrichtungen werden diese Probleme gelöst.

#### 5.4.2 Bauarbeiten 2007

Gebäude A: Umzäunung des Sportplatzes im Freien: Installation weiterer Beamer (Biologie/Chemie/Physik); Multimedia-Ausrüstung des Saals 24 und Anbringen von Verdunkelungsvorhängen; Unterhalts- und Änderungsarbeiten an sämtlichen Wandtafeln der Schule.

Gebäude B (FOS): Multimedia-Ausrüstung der Zimmer 71 und 83. Sämtliche «Velux» im obersten Stock wurden vom Eigentümer ausgewechselt.

#### 5.4.3 Neues Kollegium

Hauptereignisse des Jahres 2007: öffentliche Baueingabe im März (keine Einsprachen), Baubewilligung am 4. Oktober, Analyse des Vorhabens in der parlamentarischen Kommission am 29. Oktober und 5. November, Genehmigung des Projekts durch den Grossen Rat in der Dezembersession. Die Volksabstimmung folgt im Frühjahr 2008.

### 6. Kollegium des Südens

#### 6.1 Die Schule in Kürze

|                |   |
|----------------|---|
| Bildungsgänge: | gymnasiale Maturität (alle Schwerpunktfächer), vollzeitliche Handelsschule, Fachmittelschule. |
| Schüler/innen: | total 970 (633 im Gymnasium, 123 in der Handelsschule, 214 in der FMS), 43 Klassen.           |

Lehrkörper: 111 Lehrpersonen (69,36 volle Pensen).  
 Rektor: François Piccand.  
 Adresse: rue de la Léchère 40, Bulle.

## 6.2 Schüler/innen

### 6.2.1 Schülerzahlen

|                      | Schüler/innen |         | Klassen |         |
|----------------------|---------------|---------|---------|---------|
|                      | 2006/07       | 2007/08 | 2006/07 | 2007/08 |
| Gymnasium            | 563           | 633     | 26      | 28      |
| Handelsschule Diplom | 73            | 88      | 6       | 6       |
| KBM                  | 32            | 35      | 0       | 0       |
| FMS                  | 169           | 214     | 7       | 9       |
| Total                | 837           | 970     | 39      | 43      |

Wegen der Zunahme der Schülerbestände wurden vier zusätzliche Klassen eröffnet. Die Aufnahmekapazität der Gebäude (750 Schüler/innen) wird deutlich überschritten. Der Stundenplan der Klassen musste erweitert werden.

Verpflegung: Die Anzahl der täglich in der Schule eingegebenen Mittagessen bleibt stabil bei 250.

| Wohnort                 | 2006/07           | 2007/08           |
|-------------------------|-------------------|-------------------|
| Im Kanton Freiburg      | 837 Schüler/innen | 968 Schüler/innen |
| In einem anderen Kanton | 0 Schüler/innen   | 2 Schüler/innen   |

### 6.2.2 Aufnahmen

|                         | 2006/07           | 2007/08           |
|-------------------------|-------------------|-------------------|
| Ins Gymnasium           | 195 Schüler/innen | 221 Schüler/innen |
| In die Handelsschule    | 36 Schüler/innen  | 34 Schüler/innen  |
| In die Fachmittelschule | 55 Schüler/innen  | 95 Schüler/innen  |
| Total neu aufgenommen   | 286 Schüler/innen | 350 Schüler/innen |

### 6.2.3 Ausgestellte Diplome

#### Gymnasiale Maturität

Im Juli 2007 wurden zum sechsten Mal Maturitätsausweise nach dem Reglement des MAR 95 ausgehändigt. Insgesamt haben 89 (142) Kandidatinnen und Kandidaten am Examen teilgenommen; davon haben 83 (139) bestanden. Verteilung:

| Schwerpunktfächer         | französischspr. | zweisprachig | Total |
|---------------------------|-----------------|--------------|-------|
| Griechisch                | 1               | 1            | 2     |
| Latein (Fortgeschrittene) | 3               | 1            | 4     |
| Italienisch               | 3               | 1            | 4     |

|                               |    |    |    |
|-------------------------------|----|----|----|
| Spanisch                      | 24 | 2  | 26 |
| Physik und Angewandte Mathem. | 2  | 0  | 2  |
| Biologie + Chemie             | 9  | 10 | 19 |
| Wirtschaft und Recht          | 23 | 0  | 23 |
| Bildnerisches Gestalten       | 3  | 0  | 3  |
| Total                         | 68 | 15 | 83 |

#### Handelsdiplom

Von 28 (29) Kandidatinnen und Kandidaten haben 25 (26) das Diplom erhalten.

#### Kaufmännische Berufsmaturität

Von 13 (9) Kandidatinnen und Kandidaten haben 11 (9) die Berufsmaturität bestanden.

#### Fachmittelschule

Von 38 (28) Kandidatinnen und Kandidaten haben 38 (28) das Diplom erhalten.

## 6.3 Allgemeiner Schulbetrieb

### 6.3.1 Zusammenarbeit mit den Eltern und andere Kontakte

- Dezember 2006: Elternabend für die Eltern der Schüler/innen der 1. Klassen.
- Februar 2007: Elternabend für die Eltern der Schüler/innen der 2. und 3. Klassen.
- Zahlreiches Erscheinen der Eltern (Treffen mit der Direktion und den Lehrpersonen).
- Zahlreiche persönliche Kontakte (Direktion, Lehrkörper) mit Eltern der Schüler/innen bei Problemen jeglicher Art oder bei Neuorientierung.
- Informationsabend für die Eltern künftiger Schüler/innen Ende November 2007: Präsentation der verschiedenen Ausbildungsmöglichkeiten (Handelschule-Fachmittelschule-Gymnasium).

### 6.3.2 Lehrkörper

Im September 2007 zählte das Kollegium des Südens 111 (108) Lehrpersonen, 36 (40) Frauen und 75 (68) Männer. Im Voranschlag 2007 waren 69,36 (71,66) volle Pensen vorgesehen.

Ein Lehrer ist in den Ruhestand getreten.

15 Lehrer/innen wurden neu angestellt, davon 6 für weniger als 12 und 9 für mehr als 12 Wochenlektionen.

### 6.3.3 Kulturelle, erzieherische und sportliche Anlässe

Die meisten kulturellen Aktivitäten werden von der Kulturkommission (OS Greyerz in Zusammenarbeit mit dem Kollegium des Südens) angeboten. Hinzu kommen die vom Lehrkörper organisierten Veranstaltungen (Vorträge, Besuche, Thementage usw.). Hier die wichtigsten Aktivitäten und Veranstaltungen:

- Konzerte: Irische Musik; *Quatuor Sine Nomine*, Streichquartett; Oper *Le Pauvre Matelot*, von Darius Milhaud, und *The Medium*, von Gian-Carlo Menotti.
- Theater: *L'Exil de Montherlant*, aufgeführt von der Compagnie des Longues Fourchettes, der Truppe des Kollegiums des Südens; *Eloge de la faiblesse*, von Alexandre Jollien; *Les Sorcières de Salem* von Arthur Miller, Klasse 3ECG2; *TM Théâtre*, von der Schülergruppe Maturaarbeit geschriebenes und gespieltes Stück; *Theater auf Deutsch*, Schüler/innen der Klasse 2-02; *Shakespeare for Sale*, englisches Stück, *Take-off Theater*, mit Vorbereitungsateliers.
- Filme: *Ciné-club* des Kollegiums des Südens, 6 Vorführungen pro Schuljahr; *An Inconvenient Truth*, von Davis Guggenheim mit Al Gore, gefolgt von einem Gespräch mit Professor Martin Beniston, weltweit anerkannter Forscher und Direktor der Forschungsgruppe für Klimaveränderung und ihre Auswirkungen, Universität Genf.
- Vorträge: Vortrag von Botschafter Luzius Wasescha; Vortrag von Prof. Richard Ernst, Nobelpreisträger; *Rencontres de l'Aventure*; *L'Autre Regard(e): Queneau – Lévinas – Malraux – l'Inde*, Henri Godard, Professor, Paris-IV Sorbonne, Satyan Jha, docteur ès lettres, Paris-IV Sorbonne und Michaël de Saint-Cheron, Kulturminister, Paris; Vortrag über Versicherungen; Vortrag von Ananda Devi, Preisträgerin *Prix des Cinq Continents de la Francophonie 2006*.
- Verschiedene Ausstellungen, darunter *L'Enéide de Virgile*, von Jean-Michel Bouchardy.
- Verschiedenes: *Festival francophone de philosophie*, Tag der Nahrungsmittel-Unabhängigkeit, Medien-Ateliers, Wins-Stages, Job-Infos, *Concours de version latine*, *Rencontres théâtrales* in Bulle, Freifach Chinesisch.
- Thementage: Besuch des Konzentrationslagers Struthof (Elsass) für die Schüler/innen der Abschlussklassen; Besuch des Schweizer Parlaments für die Schüler/innen der 3. Klassen; Wallfahrt nach Santiago de Compostela; Suchtprävention «Alkohol am Steuer»;
- Sportliche Anlässe: 2 Sommer- und ein Winter-Sporttag:

### 6.3.4 Schüleraustausch

Die Austausche sind zahlreich und verschiedenartig. 18 Schüler/innen kamen in den Genuss eines Auslandsaufenthalts: 2 für 6 Monate, 16 für einen Kurzaufenthalt.

Das Kollegium des Südens hat im einseitigen Austausch 14 Schüler/innen aufgenommen.

Die kulturelle Partnerschaft mit dem «Lycée Mahamane Alassane HAIDARA» Tumbuktu (Mali) wurde fortgesetzt. Es finden regelmässige Austauschprojekte mit dem «Collège Edouard-Montpetit von Longueuil (Québec) statt. Ebenso wird in Tilff (Belgien) ein jährliches Treffen mit dem Dreikönigsgymnasium (Köln) und dem Miniemeninstitut (Löwen) organisiert.

### 6.3.5 Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit

Zu Schulbeginn 2007 besuchten 147 (119) Schüler/innen das zweisprachige Programm. Die in deutscher Sprache unterrichteten Fächer sind: Einführung in Wirtschaft und Recht (1. Jahr), Physik (2. und 3.), Geschichte (2., 3. und 4.) und Mathematik (3. und 4.). Schüler/innen, die dieses Programm absolvieren, erhalten am Schluss die zweisprachige Maturität nach MAR- Anforderungen.

## 7. Fachmittelschule / FMS

### 7.1 Die Schule in Kürze

|                |  |
|----------------|--|
| Bildungsgänge: | Fachmittelschule (Bereiche Gesundheit und Sozialpädagogik).                |
| Schüler/innen: | total 667 (509 französischsprachige und 158 deutschsprachige), 30 Klassen. |
| Lehrkörper:    | 83 Lehrpersonen (54,55 volle Pensen).                                      |
| Direktor:      | Jean-François Comment.   |
| Adresse:       | Moléson-Allee 17, Freiburg.  |

### 7.2 Schüler/innen

#### 7.2.1 Schülerzahlen

|               |         | Schüler/innen |         | Klassen |         |
|---------------|---------|---------------|---------|---------|---------|
|               |         | 2006/07       | 2007/08 | 2006/07 | 2007/08 |
| Fr. Abteilung | 1. Jahr | 187           | 201     | 8       | 9       |
|               | 2. Jahr | 160           | 151     | 7       | 7       |
|               | 3. Jahr | 179           | 157     | 7       | 6       |
| Dt. Abteilung | 1. Jahr | 52            | 56      | 3       | 3       |
|               | 2. Jahr | 66            | 40      | 3       | 2       |
|               | 3. Jahr | 39            | 62      | 2       | 3       |
| Total         |         | 683           | 667     | 30      | 30      |

Von den 667 (683) Schülerinnen und Schülern sind 178 (150) Knaben.

Verpflegung: Rund 400 Schüler/innen bleiben am Mittag in der Schule: 300 essen im Schulrestaurant und 100 verpflegen sich selbst.

| Wohnort                 | 2006/07           | 2007/08           |
|-------------------------|-------------------|-------------------|
| Im Kanton Freiburg      | 676 Schüler/innen | 660 Schüler/innen |
| In einem anderen Kanton | 7 Schüler/innen   | 7 Schüler/innen   |

### 7.2.2 Aufnahmen

In der französischsprachigen Abteilung wurden 216 (208) neue Schüler/innen aufgenommen. In der deutschsprachigen Abteilung zählt man 58 (61) neue Schüler/innen. Insgesamt wurden 274 (269) neue Schüler/innen aufgenommen.

35 (43) Erwachsene, die zusammen eine Klasse bildeten, besuchten den Ergänzungskurs, der auf die Aufnahme in die Fachhochschule für Gesundheit und Soziale Arbeit der HES-SO vorbereitet.

### 7.2.3 Ausgestellte Diplome

In der französischen Abteilung: 170 (136) Schüler/innen haben nach 3 Ausbildungsjahren ihr Fachmittelschuldiplom erhalten, davon 147 (91) Mädchen.

Deutschsprachige Abteilung: 39 (52) Schüler/innen haben nach 3 Ausbildungsjahren ihr Fachmittelschuldiplom erhalten, davon 38 (47) Mädchen.

Erwachsenenbildungskurse: 23 (43) Erwachsene haben ein Zertifikat für die Aufnahme in die HES-SO erworben, davon waren 13 (26) Frauen.

## 7.3 Allgemeiner Schulbetrieb

### 7.3.1 Zusammenarbeit mit den Eltern und andere Kontakte

Folgende Begegnungen haben stattgefunden:

- zwölf Elternabende mit den Lehrpersonen, Schülerinnen und Schülern;
- zwei Informationsabende für die neuen Schüler/innen und ihre Eltern;
- zwei Informationsabende für die Schüler/innen des 3. OS-Jahres und ihre Eltern;
- eine Informationsveranstaltung über die Erwachsenenbildungskurse.

Die Schulkommission hat drei Sitzungen abgehalten.

### 7.3.2 Lehrkörper

Im September 2007 zählte die FMS 83 (84) Lehrpersonen, davon 42 (44) Frauen. Im Voranschlag 2007 waren 54,55 (52,67) volle Pensen vorgesehen.

7 Lehrpersonen haben die Schule am Ende des Schuljahres verlassen, 3 wurden pensioniert.

2 Lehrpersonen befinden sich für ein Jahr in unbezahltem Urlaub, eine Lehrperson für zwei Jahre.

9 Lehrpersonen sind neu angestellt worden, davon 5 für weniger als 12 und 4 für mehr als 12 Wochenstunden.

### 7.3.3 Kulturelle, erzieherische und sportliche Anlässe

Unter anderen wurden folgende Veranstaltungen organisiert, besucht oder angeboten:

- Filme: *Indigènes* von R. Bouchareb; *Thank you for smoking* von J. Reitmann; Teilnahme am Internationalen Filmfestival, Freiburg.
- Theater, Tanz, Musik, namentlich *La Gonfle* von R. Martin du Gard, aufgeführt vom Théâtre des Osses; *Victor ou les enfants du Pouvoir* von R. Vitrac, Théâtre des Osses; Oper *Le pauvre Matelot* von D. Milhaud, und *The Medium* von G. Menotti; *Vor Sonnenuntergang* von G. Hauptmann; *Ah! Hollywood...* von C. Hampton, Theater-, Chor- und Tanzgruppe der FMS; Konzert (Vivaldi und Bach), Chor der Schule und Chor der Universität; *Amours, délices et orgues*, Kirche des Kollegiums St. Michael; *Peter Falk* von J. Steinauer, Theatertruppe des 850-Jahr-Jubiläums der Stadt Freiburg; *Petits crimes conjugaux* von E.-E. Schmitt, Theatergruppe der Schule.
- Besuche: Schulreisen mit Besuch von 12 Museen und Gegenden der Schweiz; Ökologische Exkursionen; Ausstellungen im Museum für Kunst und Geschichte sowie im Naturhistorischen Museum, darunter *Das Auge*; Seculab-Labor in der GIBS; Museum der Photographie, Vevey; Salon du livre, Genf.
- Seelsorge: zusätzlich zu den Aktivitäten, die mit dem liturgischen Jahr verbunden sind: Besuch von 15 Heimen und Institutionen während der Adventszeit, intergymnasiale Besinnungstage im Ranft und auf dem Simplon, Verkauf von Orangen und Mimosa.
- Vorträge: *La petite Chartreuse* von P. Péju und *lecture* von P. Lenz, Schriftsteller.
- Sport: Orientierungslauf im Moncor-Wald; Match zwischen Lehrern und Schülern; Teilnahme an den Collégiades; Winterlager in Montana für die Schüler/innen des 2. Jahres; zwei Tage Polysport, mit Ski und Snowboard in Anzère und verschiedene Sportarten in Freiburg (Fitness, Karate, Aikido, Spinning, Badminton, Capoeira); Leichtathletik und Fussmarsch am Ende des Schuljahres.
- Erziehung: Erfinden von Informatik-Spielen für Kinder und Vorführung von Unterhaltungsfilmern durch Schülergruppen; Teilnahme am «START - Forum der Berufe» im Forum Freiburg; 2. *Festival francophone de philosophie*.

### 7.3.4 Besondere Ereignisse

In der Studienwoche «Gesundheit, Information und Berufsorientierung» wurden 60 Veranstaltungen (Vorträge und Informationen) mit Workshops zu anschliessenden Schulen und Ausbildungen in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Erziehung durchgeführt.

Teilnahme an den «Tagen der offenen Tür» an der Freiburger Schule in Zusammenarbeit mit den Schulen und dem Quartierverein des Gambach-Guintzet-Quartiers.

### 7.3.5 Schüleraustausch

An der Aktion Tandem, die Schülerpaare aus beiden sprachlichen Abteilungen gruppiert, haben 20 Schüler/innen teilgenommen.

Mehrere zweite Klassen beider Sprachabteilungen besuchten gemeinsam einen zweisprachigen Unterricht.

Gewisse Klassen standen in einem Briefwechsel (Deutsch-Französisch) mit der FMS-Langenthal, resp. in einem E-Mail-Austausch mit einem College von Devon (USA).

28 Schüler/innen haben einen einjährigen Sprachaufenthalt absolviert, teils in andern Regionen der Schweiz, teils in anderen europäischen Ländern, aber auch in Australien und Amerika.

### 7.3.6 Programme, Ausbildung

Das Verfahren im Hinblick auf eine Qualitätsmanagement-Zertifizierung der Schule wird im Juni 2008 abgeschlossen.

## 8.2 Schüler/innen

### 8.2.1 Schülerzahlen

|                               | FR-Schüler/innen-VD |         | FR-Schüler/innen-VD |         | Klassen |         |
|-------------------------------|---------------------|---------|---------------------|---------|---------|---------|
|                               | 2006/07             | 2007/08 | 2006/07             | 2007/08 | 2006/07 | 2007/08 |
| 1. Jahr Maturität             | 104                 | 11      | 91                  | 14      | 5       | 5       |
| 2. Jahr Maturität             | 88                  | 94      | 89                  | 95      | 7       | 8       |
| 3. Jahr Maturität             | 5                   | 61      | 77                  | 69      | 3       | 7       |
| 4. Jahr Maturität             | 0                   | 0       | 4                   | 60      | 0       | 3       |
| 1. Jahr FMS (*)               | 49                  | 42      | 56                  | 39      | 4       | 5       |
| 2. Jahr FMS (*)               | 38                  | 39      | 39                  | 41      | 3       | 3       |
| 3. Jahr FMS (*)               | 13                  | 2       | 32                  | 41      | 1       | 3       |
| Kaufmännische Berufsmaturität | 0                   | 0       | 8                   | 1       | 0       | 1       |
| Total (+ 1 ausserkantonale)   | 297                 | 249     | 396                 | 360     | 23      | 35      |

(\*) FMS = Fachmittelschule (Bereiche Gesundheit und Sozialpädagogik) und Handelsschule.

Der Vollbestand wird erst im August 2008 erreicht sein, mit etwa 810 bis 830 Schülerinnen und Schülern.

Das Restaurant findet weiterhin grossen Anklang: etwa 400 Mahlzeiten im Tagesdurchschnitt, was 55% der Schüler/innen entspricht. Nicht mitgezählt sind dabei Mahlzeiten, die in den zur Verfügung stehenden Mikrowellengeräten geheizt werden. Ein zusätzlicher Raum wurde in Betrieb genommen, um die Aufnahmekapazität zu erhöhen und diesem sehr erfreulichen Resultat anzupassen.

### 8.2.2 Abschlusszeugnisse

Am Ende des Schuljahrs 2006/07 erhielten die ersten 13 Schüler/innen des GYB das Handelsdiplom, zwei haben

Die Überarbeitung der Reglemente der FMS und des Fachmittelschulausweises sowie die Revision der Lehrpläne wurden abgeschlossen, und das Anerkennungsgesuch wurde von der EKSD an die EDK übermittelt.

## 8. Interkantonales Gymnasium der Region Broye

### 8.1 Die Schule in Kürze

Die Eigenheit des Interkantonalen Gymnasiums der Region Broye besteht darin, dass es sowohl Schüler/innen aus der Freiburger Broye als auch aus der Waadtländer Broye aufnimmt.

Bildungsgänge: gymnasiale Maturität (alle Schwerpunktfächer), vollzeitliche Handelsschule, Fachmittelschule.

Schüler/innen: total 757 (396 FR, 360 VD, ein ausserkantonaler), 35 Klassen.

Lehrkörper: 84 Lehrpersonen (63 volle Pensen).

Direktor: Thierry Maire.

Adresse: rue du Gymnase 1, Payerne.

nicht bestanden. Diese Gruppe hatte ihre Ausbildung vor drei Jahren noch in der Handelsschule Sacré-Cœur in Estavayer-le-Lac begonnen.

## 8.3 Allgemeiner Schulbetrieb

### 8.3.1 Interkantonale Organe

Der Aufsichtsrat des GYB ist für die Oberaufsicht der Schule und ihren guten Betrieb verantwortlich. Im Jahre 2007 wird er von Anne-Catherine Lyon, Staatsrätin des Kantons Waadt, präsiert. Unter ihrer Leitung wurden 3 Sitzungen abgehalten. Der Aufsichtsrat hat sowohl die Rechnung 2006 als auch den Voranschlag 2008 des Direktors genehmigt.

Die interparlamentarische Aufsichtskommission des GYB besteht aus 7 Waadtländer und 7 Freiburger Grossräten. Im Jahre 2007 wird sie von der Waadtlän-

der Grossrätin Roxanne Meuwly Meyer präsidiert. Die interparlamentarische Kommission konnte namentlich die Rechnung 2006 und den Voranschlag 2008 zur Kenntnis nehmen; ausserdem übte sie die Aufsicht über die Institution aus, indem sie über die entscheidenden Elemente ihres Betriebs informiert war. Die Wahlen in den beiden Kantonen haben zu einer Erneuerung der Mitglieder dieser Kommission geführt.

Die beratende Kommission setzt sich zusammen aus Vertretern der lokalen Behörden, Eltern von Schülerinnen und Schülern, Schülerinnen und Schülern selbst sowie Lehrpersonen. Ihre 15 Mitglieder wurden vom Aufsichtsrat des GYB bestimmt. Die Kommission versammelte sich zwei Mal unter dem Präsidium von Jean-Edouard Buchter.

### 8.3.2 Verwaltung und Lehrkörper

Die Zahl der Lehrpersonen-Stellen stieg im gleichen Masse wie die Schülerzahl. Zum Schuljahresbeginn im August 2007 zählt das GYB 40 Lehrerinnen und 44 Lehrer (insgesamt knapp weniger als 63 volle Pensen). Zudem wurde eine Sekretärin angestellt (90%) sowie ein Bibliotheksangestellter (65%); diese beiden ergänzen das Administrationsteam, wie im Organigramm vorgesehen. Der finanzielle Aufwand für die Verwaltung in Bezug auf den Gesamtaufwand nimmt indessen stetig ab. Es ist noch zu bemerken, dass auch die Schuldienste diesem Trend folgen, selbst wenn die Beschäftigungsgrade wegen der steigenden Schülerzahlen leicht angehoben wurden.

### 8.3.3 Besondere Ereignisse, Anlässe

Eine Kulturkommission, bestehend aus Lehrpersonen des GYB, organisiert im Wäschereiraum öffentliche Ausstellungen und Vorträge. Im Programm findet man:

- Vorträge: Gérard Coulon (Chef-Konservator «du patrimoine de Touraine») zum Thema *l'enfant en Gaule*, Denis Ramseyer (stellv. Direktor des Laténium) über seine Ausgrabungen in der Mongolei.
- Veranstaltungen: Vorführung von Filmen *en sable animé* von Nag & Gisèle Ansorge im Beisein des Regisseurs Nag Ansorge; Teilnahme an den «Tagen der offenen Tür» an der Freiburger Schule mit Theater- und Chor-Aktivitäten sowie öffentlichen Kursen und Vorträgen, die gut besucht waren.
- Ausstellungen: «Le voyage en Suisse», Fotoausstellung von Denis Rohrer; «L'histoire, c'est moi. 555 témoins de la dernière guerre mondiale», in Zusammenarbeit mit dem Verein Archimob und der Volkshochschule der Broye.

### 8.3.4 Sprachaufenthalte und Zweisprachigkeit

Das Austauschangebot *Tandem* über einen Zeitraum von 2 bis 7 Wochen erlaubte etwa 10 Schülerinnen und Schülern einen Aufenthalt in Deutschland oder in der Deutschschweiz. Vier Schüler/innen des GYB verbrin-

gen einen einjährigen Austausch in einer vergleichbaren Schule der Deutschschweiz.

Zum Schuljahresbeginn 2007 zählt das GYB 96 Schüler/innen in der zweisprachigen Abteilung (Maturitäts-, Handels- und Fachmittelschule zusammen genommen). Auf Deutsch werden unterrichtet: Wirtschaft und Recht (erstes und drittes Maturajahr), Biologie (erstes Maturajahr), Mathematik und Geschichte (alle 3 Schultypen und alle Jahrgangsstufen, ausser erstes Maturajahr).

## 8.4 Gebäude, Reparaturen und Unterhalt

### 8.4.1 Gebäude

Die Zeit der Nachbesserungs- und Garantiearbeiten ging im Laufe dieses Jahres zu Ende. Das Gebäude ist damit in eine Phase normaler Benützung eingetreten.

Die Optimierung der technischen Infrastruktur trägt ihre Früchte. Tatsächlich war der gesamte Energieverbrauch für das ganze Schuljahr 2006/07 tiefer als der von der Minergie-Norm festgelegte Wert, auch wenn man die Auswirkungen des milden Winters mitberücksichtigt.

## VI. AMT FÜR UNIVERSITÄTSFRAGEN

### 1. Aufgaben

Das Amt für Universitätsfragen (AfU) ist das Bindeglied zwischen den Hochschulen des Kantons und den politischen Behörden. Es übt im Namen der Direktion die Oberaufsicht über die Hochschulen aus, unterstützt die Schulen in der administrativen Leitung und ist Ansprechpartner für die kantonalen Behörden sowie aber für den Bund, die anderen Kantone und weitere Institutionen im Bereich der Hochschulen. Zudem fungiert das Amt als kantonale Stelle für die «Haute école spécialisée santé-social de Suisse romande» (HES-S2). Es unterstützt die EKS-Direktorin bei der Bearbeitung der politischen Dossiers, die den Bereich der Hochschulen betreffen.

Amtsvorsteherin: Barbara Vauthey Widmer.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1. Ordentliche Tätigkeit

##### 2.1.1 Universitätspolitik

Die Schweizerische Universitätskonferenz (SUK), bei der die EKS-Direktorin Mitglied ist, hat 2007 vier Sitzungen abgehalten und dabei folgende Geschäfte behandelt:

- Zulassung zum Medizinstudium für das Herbstsemester 2007;
- Änderung der Regeln bezüglich den Beiträgen der Kantone an gemeinsame Organe im Hinblick auf das Inkrafttreten der NFA;
- Wahl von fünf Mitgliedern in den Akkreditierungsrat für die universitären Medizinalberufe;
- Teilrevision der Richtlinien für die Akkreditierung;

- Programme und Inhalt der Qualitäts-Audits 2007/08 der universitären Hochschulen;
- Finanzierungsentscheide für Partnerschafts- und Innovationsprojekte 2008-2011;
- Vergabe des Mandats zur Schlussevaluation der Partnerschaftsprojekte 2004-2007;
- Wahl des Vorstands der SUK auf den 1. Januar 2008 und Wahl der neuen Generalsekretärin.

Die Jahreskonferenz der SUK, an der die Vertreter aller für die Hochschulen zuständigen Bundes- und interkantonalen Organe teilnehmen, fand auf Einladung des ETH-Rates am 28. und 29. Juni in Rüschlikon (ZH) statt. Sie hat sich mit folgenden drei Themen befasst:

- finanzielle Grundsätze und Auswirkungen des neuen Hochschulgesetzes des Bundes;
- Übertritt Bachelor/Master von einem Hochschultyp zum andern;
- gemeinsame ECTS-Datenbank für alle Hochschultypen.

Die Vorsteherin des Amtes für Universitätsfragen ist Mitglied der Konferenz der Dienstchefs der SUK (vier Sitzungen im Jahr 2007). Sie vertritt die Konferenz im Stiftungsrat für die Vorbereitungskurse auf das Hochschulstudium in der Schweiz und beteiligt sich im Namen der SUK an den Arbeiten im Zusammenhang mit dem Entwurf für ein Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen.

Die EKS-Direktorin nimmt am politischen Steuerungsausschuss des Projekts «Hochschullandschaft 2008» teil und ist Mitglied der betreffenden Projektgruppe, die von Staatssekretär Charles Kleiber präsiert wird.

In Anwendung der Interkantonalen Universitätsvereinbarung vom 20. Februar 1997 hat der Kanton Freiburg 2007 56 179 789 Franken für ausserkantonale, an der Universität Freiburg immatrikulierte Studierende erhalten und 15 504 220 Franken für freiburgische Studierende an anderen Universitäten bezahlt. Unter dem Strich nahm der Kanton damit 40 675 569 Franken (42 229 795 Franken 2006) ein.

### 2.1.2 Lehrerinnen- und Lehrerbildung

Für die Pädagogischen Hochschule (PH) wurde dieses Jahr erneut eine Aufnahmebeschränkung erlassen, und zwar durch zwei vom Staatsrat genehmigte Verordnungen: die erste beschränkte die Zahl der Aufnahmen und die zweite betraf die Organisation des komplett überarbeiteten Aufnahmeverfahrens.

Die PH hat in ihrem Finanzplan ihre Strategie ausgearbeitet, insbesondere was die Informatik betrifft. Ein Mitglied des Direktionsrats der PH hat mit der stellvertretenden Amtsvorsteherin in der Steuerungsgruppe von HarmAdminEcoles mitgearbeitet, einem Projekt für ein integriertes Informationssystem für die im Bildungswesen tätigen Einrichtungen.

Die pädagogische Bildungskonferenz hat in diesem Jahr nur eine Sitzung abgehalten. Sie hat sich mit den Leitlini-

en der EDK zum Projekt «Sprachprofile der Lehrpersonen: Sprachkompetenzniveau in der Grundausbildung der Lehrkräfte der obligatorischen Schule» befasst und sich zum Vernehmlassungsentwurf positiv geäussert.

Der Leitungsausschuss der allgemeinen Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen der Pädagogischen Hochschule und der Universität hat an drei Sitzungen und einem halbtägigen Reflexionstreffen folgende Geschäfte behandelt: Gemeinsame Informationsarbeit über die Lehrerinnen- und Lehrerbildung im Kanton und vor allem Abklärung der Möglichkeiten für eine Annäherung von PH und Universität im Allgemeinen und der Zusammenarbeit in den Bereichen gemeinsame Werbung der beiden Institutionen und Öffentlichkeitsarbeit, Fort- und Weiterbildung, Fachdidaktik, Forschung und Lehrpläne im Besonderen. Dazu hat der Leitungsausschuss fünf Arbeitsgruppen gebildet, deren Ergebnisse im Jahr 2008 vorliegen sollten. Auf Antrag der interfakultären Kommission der Universität hat sich der Ausschuss zudem mit der Vorbereitung der universitären Aufnahmeprüfungen für den Diplomstudiengang Sekundarlehrerdiplom I für über 30-jährige Personen und mit einer allfälligen Annäherung zum Vorbereitungskurs der PH befasst.

Die stellvertretende Amtsvorsteherin ist Mitglied der PH-Kommission (siehe Kapitel VIII) und der interfakultären Lehrerbildungskommission der Universität. 2007 hat sich diese Kommission in erster Linie mit der neuen Organisation des Studiums für den Unterricht auf der Sekundarstufe I und II, mit der Eingliederung des Fachs «Sport» in die Studienprogramme und mit verschiedenen Reglementen befasst. Sie hat sich zudem mit der Problemen der Zulassung zum Lehrdiplom für den Unterricht auf der Sekundarstufe II (LDS II) beschäftigt, und zwar über eine Arbeitsgruppe, in der die stellvertretende Amtsvorsteherin mitgewirkt hat. Diese hat eine Verordnung über Zulassungsbeschränkungen für die Lehrerinnen- und Lehrerausbildung der Sekundarstufe II erarbeitet, die vom Staatsrat angenommen worden ist.

Die stellvertretende Amtsvorsteherin ist ebenfalls Mitglied der Konferenz der Ämter für Unterricht der EKS-Direktion, die sich mit ämterübergreifenden Themen zum Unterrichtswesen befasst und diese koordiniert.

Die stellvertretende Amtsvorsteherin hat die Direktion in der von der EKD geführten Projektgruppe «Masterplan des hautes écoles pédagogiques» vertreten. Diese Gruppe wird ihre Arbeit auch im Jahr 2008 weiterführen und im Laufe des Jahres den Masterplan-Bericht fertig stellen.

### 2.1.3 Fachhochschule: Bildungsgänge Gesundheit-Soziales und Musik

Die EKS-Direktorin vertritt den Kanton Freiburg im Strategiausschuss der Fachhochschule Westschweiz (HES-SO) für die Bereiche Gesundheit, Soziales und Musik. Der Kanton hat zwei Ausbildungsstätten im

Bereich Gesundheit-Soziales, die zum HES-SO-Netz gehören: die Hochschule für Gesundheit Freiburg (HEdS-FR) und die Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit Freiburg (FHF-SA). Die kritische Masse an Studierenden sowie das kulturelle Umfeld erlauben es der FH-Abteilung des Konservatoriums nicht, vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) als unabhängige Hochschule für Musik anerkannt zu werden. Derzeit sind aber Gespräche im Gang, damit sie eine dezentrale Unterrichtsstätte des Lausanner Konservatoriums wird (vgl. Abschnitt über das Konservatorium beim Amt für Kultur).

Der strategische Ausschuss der HES-SO hat vier Sitzungen (zwei davon mit einem geschlossenen Teil, welcher der Genehmigung zum Führen der HES-SO bzw. einem neuen Führungsmodell gewidmet war) und eine ausserordentliche Sitzung zum selben Thema gehalten (siehe unten unter Ziffer 2.2). Daneben wurden weitere wichtige Geschäfte behandelt: Neuorganisation des Bereichs Musik und Theater mit dezentralen Lerneinheiten, verschiedene Finanzierungsdossiers, Erarbeitung eines Entwurfs für ein gemeinsames Personalstatut, Anerkennung der Nachdiplomabildungen, Entwicklung von Masterstudiengängen in der HES-SO, Entschädigung der Studierenden, Vorbereitungsjahr (Zusatzmodule) im Gesundheitsbereich. Die Vorbereitung dieser Sitzungen erfolgte gemeinsam mit der Volkswirtschaftsdirektion, die für die beiden anderen Freiburger Hochschulen, die der HES-SO angehören, zuständig ist.

Die freiburgischen Bildungsstätten für die Bereiche Gesundheit, Soziales und Musik werden durch den Generaldirektor der Freiburger Hochschule für Technik und Wirtschaft (FHF-TW) in den Leitungsausschüssen der HES-SO vertreten.

Die Arbeiten im Zusammenhang mit dem geplanten Gesetz für die Westschweizer Hochschule Freiburg wurden bis auf weiteres sistiert, da man die Entscheidung über die Führung der HES-SO abwarten will. Die Zusammenarbeit zwischen den Direktionen (EKSD und VWD) und den Freiburger Fachhochschulen sowie zwischen dem Generaldirektor der Freiburger Hochschule für Technik und Wirtschaft und der stellvertretenden Amtsvorsteherin des AfU bleibt jedoch wichtig. Verschiedene gemeinsame Projekte wurden lanciert, unter anderem das von der stellvertretenden Amtsvorsteherin geleitete Projekt zur Harmonisierung des Verfahrens für die Einreihung der Funktionen und des Status des Personals HES-SO FR.

Im Hinblick auf den Raumbedarf der Freiburger Fachhochschule für soziale Arbeit und der Hochschule für Gesundheit erstellte eine Arbeitsgruppe eine Machbarkeitsstudie. Auf Beschluss des Staatsrates wird die Lösung «eine Lösung, welche die beiden heutigen Schulen an einem Standort vereint» gewählt und weiterverfolgt. Derzeit werden zwei Standorte auf ihre Eignung ge-

prüft. Die stellvertretende Amtsvorsteherin koordiniert diese Studie.

Die Mitarbeiterinnen des Amtes für Universitätsfragen sorgen für die laufende Aktualisierung der interkantonalen Vereinbarungen über den Besuch von ausserkantonalen Schulen in den Bereichen Gesundheit und Soziales sowie auf Universitätsebene. Sie behandeln die entsprechenden Gesuche und regeln die Finanzierungsfragen. Viele Gesuche betreffen die Ausbildungen im Gesundheitswesen. Dieser Bereich befindet sich derzeit voll im Umbruch.

## **2.2. Besondere Ereignisse**

### **2.2.1 Universitätspolitik**

Die EKS-Direktorin und ihre Amtskollegin des Kantons Bern haben den Schlussbericht der Studie, die sie zur Zusammenarbeit der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten Freiburg und Bern in Auftrag gegeben haben, im Januar 2007 erhalten. Der Bericht wurde dem Staatsrat vorgelegt und beide Kantone haben sich darüber beraten. Auf dieser Grundlage erarbeiteten die beiden Universitäten ein Projekt für die Jahre 2008-2011, das von der SUK gutgeheissen wurde und das in den Genuss von Bundesbeiträgen für Innovations- und Kooperationsprojekte kommen wird.

Im November 2007 beschloss der Staatsrat die Gründung der Stiftung für Forschung und Entwicklung der Mehrsprachigkeit, die das von der Universität und der PH gemeinsam getragene Forschungsinstitut für Mehrsprachigkeit und mehrsprachige Erziehung unterstützen und die Mehrsprachigkeit in der Schweiz fördern soll. Die Gründungsakte der Stiftung wurde am 10. Dezember unterzeichnet.

Am 28. November 2007 gaben die EKSD und die Universität an einer gemeinsamen Medienkonferenz eine aussergewöhnliche Schenkung zugunsten der Universität bekannt. Dr. Adolphe Merkle entschloss sich, eine mit 100 Millionen Franken dotierte Stiftung zugunsten der Universität Freiburg zu gründen. Diese Schenkung soll die Schaffung eines neuen Forschungsinstituts für Nanomaterialien in der Naturwissenschaftlichen Fakultät, die Einrichtung eines neuen Lehrstuhls für Innovationsmanagement und Technologietransfer an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, die Unterstützung des oben erwähnten Forschungsinstituts für Mehrsprachigkeit und mehrsprachige Erziehung sowie die Verleihung eines Preises der Universität Freiburg ermöglichen.

### **2.2.2 Lehrerinnen- und Lehrerbildung**

Im Anschluss an die aus der Direktion der Pädagogischen Hochschule auf Ende des Jahres 2006 erfolgten Rücktritte (siehe Kapitel VIII) hat die EKS-Direktion drei Stellen ausgeschrieben und im Frühjahr 2007 neu besetzt.

Die stellvertretende Amtsvorsteherin hat zwei Arbeitsgruppen geleitet:

- Die Aufgabe der ersten Arbeitsgruppe bestand darin, die Führungsstrukturen der PH zu überdenken; sie erarbeitete einen Entwurf für eine Teilrevision des PH-Gesetzes, der dem Grossen Rat im Jahr 2008 vorgelegt wird.
- Die zweite Arbeitsgruppe sollte die verschiedenen Modalität für eine Eingliederung der Fachstelle fritic in die PH. Im Dezember 2007 wurde der EKS-Direktorin ein Bericht vorgelegt.

Die stellvertretende Amtsvorsteherin wirkte daneben auch in einer Arbeitsgruppe mit, die mit der Ausarbeitung einer Verordnung über den Status der Ausbilderinnen und Ausbilder an der PH betraut ist. Diese Verordnung befindet sich derzeit in der Vernehmlassung.

Die französischsprachige Abteilung für die Lehrerinnen- und Lehrerausbildung an der Universität Freiburg wurde reorganisiert: Sie verfügt nun über neue Strukturen, neue Statuten, einen neuen Direktor (Roland Pillonel) und trägt einen neuen Namen: CERF, «Centre d'enseignement et de recherche francophone pour la formation des enseignants du secondaire I et II». Die Amtsvorsteherin und die stellvertretende Amtsvorsteherin haben die Einrichtung dieser neuen Strukturen koordiniert.

### 2.2.3 Fachhochschule: Bildungsgänge Gesundheit-Soziales und Musik

Im Jahr 2007 bot die Hochschule für Gesundheit/Krankenpflegeschule noch zwei Bildungsgänge an, die nicht auf FH-Stufe angeordnet sind: Der Bildungsgang Technische/r Operationsassistent/in (TOA), der im April 2007 ablief, und Pflegeassistent/in, der im Frühjahr 2008 abgeschlossen wurde. Seither trägt die Schule nur noch die Bezeichnung «Hochschule für Gesundheit». Im Jahr 2008 wird die Schule lediglich noch Bildungs-

gänge auf FH-Stufe anbieten und die stellvertretende Amtsvorsteherin des AfU wird sich nur noch mit den Dossiers der Sekundarstufe II befassen, bei denen eine Zusammenarbeit mit der FH-Stufe erforderlich ist (z.B. Fachmatur Gesundheit).

## VII. UNIVERSITÄT

### 1. Aufgaben

Im Gesetz vom 19. November 1997 wird der Auftrag der Universität wie folgt definiert:

- a) wissenschaftliche Erkenntnisse mit Objektivität und Toleranz vermitteln und fördern;
- b) bei den Studierenden, Forschenden und Lehrenden das Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem Menschen, der Gesellschaft und der Umwelt stärken und
- c) zur kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft beitragen.

Um diesen Auftrag zu erfüllen, vermittelt die Universität eine Ausbildung von hoher Qualität, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen aufbaut und mit einem Bachelor, Master oder Doktorat abgeschlossen wird; sie betreibt Forschung und sorgt für die Verbreitung ihrer Resultate, fördert den wissenschaftlichen Nachwuchs und bietet universitäre Weiterbildung an.

Die Universität wird vom Rektorat geleitet, das von einem Rektor und vier Vizerektoren gebildet wird, die für eine Dauer von vier Jahren gewählt werden. Am 15. März trat das neue Rektoratsteam mit Guido Vergauwen (Rektor), Astrid Epiney, Jean-Luc Gurtner, Fritz Müller und Jacques Pasquier die Nachfolge des Teams um Urs Altermatt an.

Die Tätigkeit der Universität wird jährlich im Bericht über das akademische Jahr sowie in Kurzform im Jahresbericht ausgeführt. Diese Berichte umfassen insbesondere die Informationen über die Forschungs-, Dienstleistungs- und Weiterbildungstätigkeit.

## 2. Tätigkeit

### 2.1. Ordentliche Tätigkeit

#### 2.1.1 Bestände

|                                | Winter <sup>1</sup><br>2005–2006 |         | Winter<br>2006–2007 |         | Winter<br>2007–2008 |         |
|--------------------------------|----------------------------------|---------|---------------------|---------|---------------------|---------|
|                                | Anzahl                           | %       | Anzahl              | %       | Anzahl              | %       |
| Total                          | 9895                             | 100,0 % | 9828                | 100,0 % | 9546                | 100,0 % |
| a) Studierende nach Herkunft   |                                  |         |                     |         |                     |         |
| Freiburg                       | 2050                             | 20,7 %  | 2098                | 21,4 %  | 2088                | 21,9 %  |
| Andere Kantone                 | 6266                             | 63,3 %  | 6127                | 62,3 %  | 5901                | 61,8 %  |
| Ausland                        | 1579                             | 16,0 %  | 1603                | 16,3 %  | 1557                | 16,3 %  |
| b) Studierende nach Fakultäten |                                  |         |                     |         |                     |         |
| Theologie                      | 367                              | 3,7 %   | 383                 | 3,9 %   | 355                 | 3,7 %   |
| Recht                          | 1820                             | 18,4 %  | 1787                | 18,2 %  | 1690                | 17,7 %  |
| Wirtschafts- und Sozialwiss.   | 2285                             | 23,1 %  | 2282                | 23,2 %  | 2145                | 22,5 %  |

|  |      |        |      |        |      |        |
|--|------|--------|------|--------|------|--------|
| Philosoph. Fak.                              | 4201 | 42,5 % | 4044 | 41,2 % | 3949 | 41,4 % |
| Math.-Naturwiss. Fak. a) Naturwissenschaften | 942  | 9,5 %  | 1035 | 10,5 % | 1090 | 11,4 % |
| b) Medizin                                   | 280  | 2,8 %  | 297  | 3,0 %  | 317  | 3,3 %  |

<sup>1</sup> Die Angaben 2005/06 weichen leicht von jenen des Rechenschaftsberichts 2005 ab, da letztes Jahr die Studierenden des Executive Masters ausnahmsweise mitgezählt wurden. Letztere müssen gesondert aufgeführt werden (s. Punkt f).

Aus der Analyse der Entwicklung der Studierendenzahlen ergeben sich folgende Feststellungen:

- Die Gesamtzahl der Studierenden nimmt um 2,87% ab, vor allem als Folge des Studienabschlusses der ausgesprochen zahlreichen Studienanfänger/innen der Jahre 2002 und 2003 (Jahre der «doppelten Matura»).
- Betrachtet man die Zahlen, aufgeteilt nach der Herkunft der Studierenden, so ergeben sich folgende Abnahmen: Freiburger oder Wohnsitz im Kanton: 10 (0,5%), andere Kantone: 226 (3,7%), Ausland: 46 (2,9%).
- Die Aufschlüsselung der Studierendenzahlen nach Fakultäten zeigt folgendes Bild:  
Zunahme um 5,6% in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät; Rückgang in allen anderen Fakultäten: Theologische Fakultät: 2,8%, Rechtswissenschaftliche Fakultät: 2,6%, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät: 4,9% und Philosophische Fakultät: 2,2%.
- Die Zahl der Studienanfänger/innen nimmt ebenfalls ab (um 7,5% auf 1631). Nach Herkunftsbereichen: Freiburg: -30 (-7,5%), andere Kantone: -36 (-3,3%), Ausland: -67 (23,3%).

Die Zahl der Studienanfänger/innen bleibt hoch in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät (391/-1). In allen anderen Fakultäten geht sie zurück: Theologische Fakultät: -30, Rechtswissenschaftliche Fakultät: -42, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät: -27 und Philosophische Fakultät: -33.

- Die Zahl der Studentinnen macht 57,2% der Gesamtzahl der Studierenden aus, von den Studienanfängerinnen und -anfängern sind 61,4% Frauen.  
Im Studienjahr 2006/07 haben in den folgenden Fakultäten und Sektionen mehr Frauen als Männer ein Studium begonnen: Philosophische Fakultät: 69,4%, Medizin: 55,2%, Recht: 56,1%.
- Von den sehr zahlreichen Personen, die Weiterbildungskurse besuchen, werden nur jene als «Weiterbildungsstudierende» bezeichnet, die für ein Programm zu mindestens 60 Kreditpunkten eingeschrieben sind. Ihre Zahl ist von 111 (2006/07) auf 131 (2007/08) angestiegen.

### 2.1.2 Zentrale Organe

Der Senat der Universität hat 6 ordentliche Sitzungen und eine «Séance de réflexion» abgehalten. Ausserdem hat er die Mehrjahresplanung der Universität für die Jahre 2008–2011, die Weisungen des Senats über die Unterrichtssprachen und das Reglement der Kommission des Schweizerischen Nationalfonds für die Universität Freiburg genehmigt; er hat Kenntnis genommen vom Tätigkeitsprogramm 2007–2011 des Rektorats sowie von den Evaluationen der Departemente Philosophie und Informatik. Die «Séance de réflexion» vom 11. Mai war dem Qualitätssicherungssystem und den dazugehörigen Weisungen der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK) gewidmet.

Der Hochschulrat, ein beratendes Organ des Staatsrats, versammelte sich drei Mal. Er teilte dem Staatsrat seine Meinung mit zur Mehrjahresplanung der Universität für die Jahre 2008–2011 und zur Vernehmlassung des Bundesgesetzentwurfs über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG). Er hat den Schlussbericht über die Machbarkeitsstudie zu einem Ethikkursangebot für alle Studierenden der Universität angenommen und ans Rektorat weitergeleitet und seine finanzielle Beteiligung an diesem Projekt genehmigt.

### 2.1.3 Lehrkörper

In den folgenden Bereichen wurden ordentliche Professuren besetzt:

- Philosophische Fakultät: Heilpädagogik, Englische Literatur, Erziehungswissenschaften, Religionswissenschaft sowie Slawische Sprache und Literatur;
- Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät: Internationales Management;
- Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät: Biochemie, Anatomie.

In folgenden Bereichen wurden assoziierte Professuren besetzt:

- Theologische Fakultät: Pastoraltheologie;
- Rechtswissenschaftliche Fakultät: Personen- und Familienrecht;
- Philosophische Fakultät: Französische Linguistik;
- Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät: Kulturgeographie.

Zwei der acht ordentlichen Professuren wurden mit Frauen besetzt; bei den assoziierten Professuren zählt man zwei Frauen und zwei Männer.

Eine Titularprofessur wurde an zwei Lehrbeauftragte der Philosophischen Fakultät und an einen Lehrbeauf-

tragten der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät verliehen.

Das Durchschnittsalter der Professorinnen und Professoren beträgt 51,66 Jahre (im Dezember 2007), 48,6 bei den assoziierten und 53,39 bei den ordentlichen Professorinnen und Professoren.

#### 2.1.4 Studienorganisation

Auf Empfehlung der Schweizerischen Universitätskonferenz hat der Kanton Freiburg mit der Staatsratsverordnung vom 19. März 2007 beschlossen, den Eignungstest für das Human- und Zahnmedizinstudium beizubehalten. Die Zahl der Plätze für das erste Studienjahr wurde in der Humanmedizin auf 103 und in der Zahnmedizin auf 17 beschränkt. Gemäss Vereinbarung, die 2002 von den Universitäten, den Erziehungsdirektionen der Kantone und den Medizinischen Fakultäten von Freiburg, Bern, Basel, Lausanne und Zürich unterzeichnet wurde, werden die Studierenden, welche die zwei Studienjahre Medizin in Freiburg abgeschlossen haben, auf die Medizinischen Fakultäten der vier anderen Standorte verteilt. Die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport hat 2007 elf Reglemente und zwei Reglementsänderungen sowie vier Departementsstatuten und vier Fakultätsstatutenänderungen genehmigt.

Im Herbst 2007 wurde das Studienangebot durch neue Masterprogramme erweitert, wie etwa Mehrsprachigkeit (Forschung und Didaktik), European Business, dessen Einführung finanziell unterstützt wurde von den Firmen Liebherr und Richemont International, Public Economics and Public Finance in Zusammenarbeit mit den Universitäten Rennes (Frankreich) und Tampere (Finnland), Accounting and Finance in Zusammenarbeit mit der Universität Bern. Es wurde ausserdem ein neues Bachelor-Programm in Sport- und Bewegungswissenschaften auf die Beine gestellt.

#### 2.2 Besondere Ereignisse

Am 30. Januar hat der Staatsrat die Botschaft und den Dekretsentwurf über einen Verpflichtungskredit für die Sanierung von Miséricorde-Universitätsgebäuden (Bibliotheken und Mensa) verabschiedet und an den Grossen Rat überwiesen. Über das Dekret wurde am 14. März abgestimmt. Die Arbeiten auf den beiden Baustellen haben bereits begonnen.

Mehreren Forschern der Universität wurden bedeutende wissenschaftliche Preise verliehen: Théodor-Ott-Preis, Rhodia-Preis, Deutscher PR-Preis, Oertli-Preis, Fritz-Kutter-Preis und Chorafas-Preis.

Im Bereich der Forschungsfinanzierung wurden heuer zahlreiche Projekte angenommen, sei es vom Schweizerischen Nationalfonds (50 Projekte für einen Gesamtbeitrag von 12,3 Millionen Franken) oder von Stiftungen wie Velux, die für 5 Projekte der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät 1,78 Millionen Franken bewilligt hat, oder die Mellan Foundation (USA), die das

Projekt Codices Electronici Sangallenses (Digitale Stiftsbibliothek St. Gallen) mit einer Million Dollar unterstützt. Zwei Forscher der Naturwissenschaften kamen in den Genuss einer Unterstützung durch europäische Stellen: ein EURYI Award (es handelt sich um einen von 20 Preisträgern in Europa) und ein ERC Starting Grant (von 9000 eingereichten Projekten wurden 300 angenommen). Mit dem Forschungszentrum Nestlé wurde eine dreijährige Forschungspartnerschaft zur Untersuchung der Struktur- und Materialeigenschaften von Nährstoffen abgeschlossen. Die bereits in Kapitel VI erwähnte Gründung der Adolf-Merkle-Stiftung wird die Schaffung neuer Lehr- und Forschungsstrukturen sowie deren langfristige Finanzierung ermöglichen.

Das Departement für Erziehungswissenschaften hat in diesem Jahr den 100. Geburtstag des Pädagogik-Instituts gefeiert, das interdisziplinäre Institut für Ethik und Menschenrechte seinen 20. Geburtstag. Letzteres Institut ist einer der Begründer der Freiburger Erklärung der kulturellen Rechte, die am 7. und 8. Mai in Freiburg und Genf vorgestellt wurde.

Während des ganzen Jahres organisiert die Universität zahlreiche internationale Vorträge, bei denen sich Forscher aus allen Ländern treffen, aber auch Veranstaltungen für das einheimische Publikum und für die Jugendlichen («goûters scientifiques», Fribot, Cybercamp, «cafés scientifiques» oder les «midis du social»).

## VIII. PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULE (PH)

### 1. Aufgaben

Die PH hat folgende fünf Grundaufgaben: Die Ausbildung zukünftiger Lehrpersonen auf Stufe Kindergarten und Primarschule, die Organisation und Koordination der Weiterbildung des Lehrpersonals, Forschung und Entwicklung im Bereich Erziehung und Bildung, den Lehrpersonen und den Studierenden die für ihre Arbeit und ihre Ausbildung notwendigen Unterlagen und technischen Hilfsmittel zur Verfügung stellen sowie die Förderung und die Entwicklung der Zweisprachigkeit. Die Hochschule wird von Frau Pascale Marro geleitet.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

##### 2.1.1. Sektor «Grundausbildung»

Bei Schulbeginn 2007 zählte die PH 446 Studierende, die den Vorbereitungskurs (43), die Grundausbildung (320), die Ausbildungsgänge LDS 1 (66), Hauswirtschaft (7) oder Passerelle (13) besuchten.

Vorbereitungskurs: Der fünfte Vorbereitungskurs schloss am 5. Juli 2007. 35 Zertifikate konnten an diesem Tag übergeben werden (25 in der französischsprachigen und 10 in der deutschsprachigen Abteilung). Diese Zertifikate berechtigen zum Zutritt zum Aufnahmeverfahren in die Grundausbildung. 9 Studierende haben die

Schlussexamen nicht bestanden. Zu Schulbeginn 2007 waren:

- 27 Studierende in der französischsprachigen Abteilung und
- 16 in der deutschsprachigen Abteilung eingeschrieben.

Grundausbildung: Die Diplomfeier hat am 10. Juli 2007 im Saal Bicubic in Romont stattgefunden. Von den 89 Diplomen auf Stufe Kindergarten und Primarschule (68 französisch- und 21 deutschsprachige) enthielten 4 den Vermerk «zweisprachig». 27 weitere Diplome (14 französisch-, 13 deutsch- und 3 zweisprachige) konnten am 13. Dezember 2007 Personen übergeben werden, die ihre Ausbildung während der Herbstsession abgeschlossen hatten. Zum dritten Mal in Folge hat der Staatsrat per Verordnung eine Zulassungsbeschränkung für das Schuljahr 2007/08 erlassen.

Studierendenzahlen 2007/08:

- französischsprachige Abteilung: 226
- deutschsprachige Abteilung: 94

Ausbildungsgang LDS 1: Eine genügende Zahl Anmeldungen hat wiederum die Eröffnung des ersten Jahres der Ausbildungsgänge «Hauswirtschaft» und «Technisches Gestalten» erlaubt, die im Rahmen der mit der Universität Freiburg abgeschlossenen Konvention durchgeführt werden. Die 2007 aufgenommenen Studierenden absolvieren ihre Fach- und Fachdidaktikausbildung im

Hinblick auf die Erlangung eines Lehrdiploms auf Sekundarschulstufe 1. Insgesamt besuchen 66 Studierende diesen Studiengang (41 in «Hauswirtschaft» und 25 in «Technischem Gestalten»). 7 Studierende besuchen die Zusatzausbildung in diesen Bereichen.

Ausbildungsgang «Passerelle»: 13 Personen haben in diesem Studienjahr den Ausbildungsgang «Passerelle» begonnen (3 Französisch- und 10 Deutschsprachige). Die Studierenden wurden in einer einzigen zweisprachigen Klasse zusammengefasst. 28 Personen, welche die Ausbildung «Passerelle» von 2005-07 besucht hatten, haben ihr Zertifikat erhalten (8 Französisch- und 20 Deutschsprachige).

### 2.1.2. Sektor «Pädagogische Beratung, Forschung und Entwicklung»

Der Sektor «Pädagogische Beratung, Forschung und Entwicklung» hat ihr Ziel, Forschung und Unterricht zu stärken, weiter verfolgt. Mit diesem Ziel wurde ein erstes Kolloquium in Forschung und Entwicklung an der PH organisiert. Diese zwei Tage haben es ermöglicht, die laufenden Arbeiten im Bereich der Entwicklung und der Forschung zu präsentieren, zur Diskussion zu stellen und Anregungen aufzunehmen. Letztlich ging es dabei auch um den Aufbau einer unabdingbaren, gemeinsamen Forschungskultur innerhalb der Institution.

### Centres de documentation pédagogique / Didaktisches Zentrum (CFDP/DZ):

Dokumentation, Ausleihe, Angebot:

|                             | CFDP            | DZ              |   |
|-----------------------------|-----------------|-----------------|---|
| Stand des Katalogs          | 28 200 / 52 000 | 26 000 / 40 000 | Bände / Exemplare                                 |
| Katalogisierung             | 2 000 / 4 000   | 1 600 / 2 100   | Bände / Exemplare                                 |
| Ausleihen                   | 96 400          | 70 000          | (inkl. Lesereihen / ohne Erneuerung der Ausleihe) |
| Eingeschriebene Leser/innen | 4 300           | 4 050           |   |
| Aktive Leser/innen          | 2 000           | 882             |   |
| Neue Leser/innen            | 340             | 144             |   |

Der Lieferservice der Dokumente des CFDP wurde auf die Broye ausgeweitet mit einem wöchentlichen Lieferservice ans Sekretariat der OS der Broye in Domdidier und an die öffentliche Bibliothek in Estavayer-le-Lac. Das DZ hat einen neuen Online Public Access Catalog (Online-Bibliothek-Katalog) eingerichtet, was eine effizientere Suche erlaubt. Zudem stellt das DZ Schulklassen im Bereich Jugendliteratur einen Online-Service zur Verfügung (antolin.ch). Zahlreiche weitere, nicht bezifferbare Dienste wurden für die Benutzer/innen geleistet: Pädagogische, technische und didaktische Hilfen, Einführung in die Dokumentsuche, Begleitung von audiovisuellen Projekten etc.

Veranstaltungen: Nebst der Organisation von Besuchen für die Studierenden der PH und der Universität und für Gruppen von Lehrpersonen in der Mediathek und im Multimedia-Atelier, haben die Dokumentationszentren folgende Veranstaltungen organisiert: Leseateliers (gemeinsam mit dem Forschungsdienst der PH), Hörspiel-Wettbewerbe, MITIC-Kurse über Trickfilme und Radio, Ausstellungen etc.

#### Neue Lehrmittel:

- Erstellung eines zweisprachigen DVDs mit drei Filmen zu jeweils einem Thema zur Basisstufe im Rahmen des Pilotprojekts der EDK.

- Erstellung eines Experimentierkoffers über Feuchtgebiete (in Zusammenarbeit mit dem Büro für Natur- und Landschaftsschutz).
- Übersetzung einer Dokumentationsreihe zur Ausstellung des 850-Jahr-Jubiläums von Freiburg.

#### **Interkantonale Zusammenarbeit:**

- Der Verantwortliche des DZ hat die Koordinationsfunktion übernommen, die den Zugang der PH zu den Datenbanken und wissenschaftlichen Zeitschriften des Konsortiums der Hochschulbibliotheken sicherstellt.
- Die Verantwortlichen des CFDP/DZ haben die Vize-Präsidentschaft der «Groupes romand et tessinois des centres de documentation pédagogique» (GROCEDOP) und des MIPHD (Medien- und Informationszentren der Pädagogischen Hochschulen der deutschen Schweiz) übernommen. Sie haben eine spezialisierte Arbeitsgruppe CO-HEP der Bibliotheken der PHs gegründet.
- Die Dokumentationszentren sind ebenfalls aktiv in der Arbeitsgruppe Medienerziehung der NWEDK und unterhalten rege Kontakte mit Vereinigungen, welche im Bereich der ICT tätig sind.

#### **Deutsch- und französischsprachige Weiterbildungsstelle:**

Das Programm der Kurse 2007 wurde der gesamten Lehrerschaft Freiburgs anhand zweier Plakate (D) und (F) und übers Internet vermittelt.

Das Programm hat Themen der Weiterbildung von 2006 weitergeführt: die Differenzierung bzw. die Pädagogik der Vielfalt.

Die Nachfrage nach Kursen «à la carte» (F) sind weiterhin sehr gefragt, haben sich doch mehr als 1500 Lehrpersonen eingeschrieben. Für die deutschsprachigen Lehrpersonen wurden 4 Kurse «à la carte» (D) organisiert. Ebenso wurden die Schulteams in der «Schulinternen Weiterbildung» unterstützt.

Gemäss den Terminen der Weiterbildung teilen sich die Einschreibungen des Jahres 2007 folgendermassen auf:

- 1043 Einschreibungen (F) berücksichtigt für 115 Sommer-Kurse (F)
- 689 (F) und 850 (D) berücksichtigte Einschreibungen für 53 (F) und 98 (D) Jahreskurse
- 1538 (F) und 48 (D) Einschreibungen für 124 (F) und 4 (D) Kurse «à la carte»
- Sprachkurse 2007: 8 (F) und 12 (D) Einschreibungen
- Intensive Weiterbildung– Horizon 2007 – Sprachen: 3 (F) und 16 (D) Einschreibungen
- Intensive Weiterbildung – Horizon 2007 – «Time Out»: 16 (D) Einschreibungen
- Weitere individuelle Weiterbildungen: 14 (F) und 57 (D) Einschreibungen

- Ausbildung «Schulleiter/innen» 11 Personen (D) haben ihr Zertifikat 2007 erhalten

Die Praxisausbildner/innen Berufseinführung haben 60 (F) und 35 (D) Lehrer/innen, welche neu eingestiegen sind, im Verlaufe des 2006/07 begleitet.

#### **Forschungsstellen (D) und (F):**

Die Forschungsstellen haben den Lehrpersonen in der Form von Foren, Kolloquien und Konferenzen die Möglichkeit geboten sich weiter zu bilden. Die Themen, welche zur Diskussion gestellt wurden, ermöglichten es den Dienststellen, ihre Schwerpunkte vorzustellen und ihre Projekte eingehender zu reflektieren.

Seit dem Studienjahr 2005/06 haben sich einzelne Lehrpersonen in Forschungsprojekten engagiert, welche der Entwicklung der Dienststelle dienen. Eine Begleitung der Lehrpersonen wurde gewährleistet, insbesondere in Fragen der Forschungsmethoden.

Die frankophone Forschungsstelle nimmt auch verschiedene externe Mandate wahr. Im Gefolge des Zuschlags einer Subvention in der Höhe von 85 000 Franken (durch den Fonds DoResearch) wurde das Projekt über die Wirksamkeit der ICT bei den Schulkindern des Kantons Freiburg im Februar 2007 gestartet. Es wird im Moment weitergeführt und sollte im Juni 2008 beendet werden. Verschiedene nationale und internationale Kongresse sind geplant sowie Publikationen. Die Forschungsstelle in ihrer Rolle als co-requérant hat unter anderem auch eine finanzielle Unterstützung für ein interkantonales Projekt, welches von der HEP-BEJUNE geleitet wird, erhalten (0,30 VZÄ für ein Jahr), um die Berufseinführung der jungen Lehrpersonen zu evaluieren.

Die deutschsprachige Forschungsstelle hat ihr Hausaufgabenprojekt Ende September 2007 beendet. Für dieses Projekt wurden Subventionen in der Höhe von 90 000 Franken durch den Fonds DORE gesprochen. Artikel wurden in einschlägigen wissenschaftlichen Publikationen veröffentlicht. Ein weiterer Kredit von 125 000 Franken wurde vom Nationalfond für das Leseprojekt LiFuS (Lesen in Familie und Schule) bewilligt. Eine Lehrperson hat sich in diesem Projekt engagiert, dies auch um Synergien zu schaffen für die Grundausbildung und die Weiterbildung. Ein dritter Forschungsschwerpunkt betrifft das Mentorat. Die Forschungsstelle ist in diesem Zusammenhang, bei dem es um «Lernen im Praktikum» geht, Mitglied einer internationalen Forschergruppe. Die Mitarbeitenden des Projektes haben erste Ergebnisse des Forschungsprojektes in internationalen Kongressen präsentiert. Zusätzlich wurden sie auch von nationalen Institutionen eingeladen.

Die Leiter der beiden Forschungsstellen tragen auf verschiedenen Ebenen bei, die Ergebnisse ihrer Forschungen zu verbreiten. Der Verantwortliche der französischen Forschungsstelle hat an verschiedenen Konferenzen in der Schweiz und im Ausland teilgenommen und hat in verschiedenen wissenschaftlichen Zeitschriften publiziert. Er hat Einsitz in wissenschaftlichen Räten,

Koordinationsgruppen oder Kommissionen auf nationaler und internationaler Ebene. Erwähnenswert ist auch noch, dass einige Forschungsprojekte, welche von Lehrpersonen initiiert wurden, ihren Niederschlag in wissenschaftlichen Publikationen gefunden haben oder sonst wie einer Öffentlichkeit publik gemacht worden sind.

### 2.1.3. Fachstelle fri-tic

Mehr als 1000 Lehrpersonen beider Sprachgruppen und aller Stufen haben im Verlaufe des Schuljahres 2006/07 Kurse bei fri-tic besucht. Zum heutigen Zeitpunkt haben 60% der Lehrpersonen diese Ausbildung besucht oder sind in Ausbildung. Auf der Website [www.fri-tic.ch](http://www.fri-tic.ch) sind über 1500 pädagogische Szenarien gespeichert, welche die Lehrpersonen entwickelt haben, um die Integration der ICT in ihren Klassen exemplarisch an einem Beispiel zu dokumentieren. Die Vermittlung der Grundkompetenzen in den ICT an die Lehrpersonen bleibt die Hauptaufgabe des Zentrums. Erstmals wurde auch ein Kurs für die Lehrpersonen der PH auf die Beine gestellt.

Die Fachstelle fri-tic unterstützt Projekte, welche den Einsatz der ICT im Unterricht fördern, insbesondere in Fächern wie Gestalten, Musik, Sprachen usw.

Die Plattform educanet scheint sich durchzusetzen. Zuerst waren es vor allem die Kommunikationsmöglichkeiten, welche wahrgenommen wurden. Mittlerweile werden auch virtuelle Klassen aufgemacht, Wikis und Internetseiten für die Schüler/innen kreierte. Ein Indiz für das stetige Anwachsen von Benutzern des Online-Dienstes, ist die steigende Zahl von 88000 Besuchern pro Monat.

Die Statistik über die Online-Nutzungen sagen nichts aus über den Inhalt der Nutzungen. Um dazu mehr zu erfahren, hat die Forschungsstelle zusammen mit fri-tic eine Befragung bei etwa 40 Klassen durchgeführt. Die Schüler/innen füllen einen Fragebogen über ihre ICT-Aktivitäten aus.

217 Schulen sind zum heutigen Zeitpunkt mit dem Kantonalen Pädagogischen Netz verbunden. Dies dank dem Partnervertrag mit Swisscom. Weitere Schulen sind durch andere Anbieter mit dem Internet verbunden. Schätzungsweise kann man sagen, dass 92% der Primarschulen und 80% der Geräte mit dem Internet verbunden sind. Im Jahr 2000 hatten erst 45% der Primarschulen und 14% der Geräte eine Internetverbindung. Seit 1998 sich hat die Anzahl der Geräte vervierfacht und erreicht heute die Zahl von 8000 Geräten (alle Stufen eingerechnet).

## 2.2 Besondere Ereignisse

Drei Arbeitsgruppen haben sich um Fragen der Entwicklung der PH angenommen und haben im Verlaufe des Jahres an folgenden Schwerpunkten gearbeitet: die Revision des Gesetzes über die PH (LHEP); der Status

der Lehrpersonen und die Integration von fri-tic in die PH. Die Zielsetzung der Arbeitsgruppen besteht darin, der PH Strukturen und Mittel zur Verfügung zu stellen, welche das Funktionieren derselben optimieren. Das Ergebnis der Arbeitsgruppen wurde in verschiedenen Phasen der PH-Kommission, welche von Frau Christiane Bulliard präsiert wird und welche dreimal zusammenkam, präsentiert und zur Diskussion gestellt.

Auf der Ebene der Leitung der PH wurde neu Pascale Marro als Abteilungsleiterin der frankophonen Grundausbildung angestellt und gleichzeitig zur Rektorin ernannt, Elisabeth Mauron-Hemmer wurde zur Abteilungsleiterin des Sektors Pädagogische Beratung, Forschung und Entwicklung und Josef Catillaz zum Abteilungsleiter der deutschsprachigen Grundausbildung ernannt. Das Ziel einer starken Rektoratsleitung wird wohl nur durch ein Auseinanderdividieren der Doppelfunktion Rektorin-Abteilungsleiterin erreicht werden. Die Entwicklung hat im Jahr 2007 insofern einen Schritt in diese Richtung gebracht, als eine Verantwortliche für die Administration angestellt werden konnte.

Ein neues Ausbildungsmodul konnte für die Studierenden des ersten Ausbildungsjahres installiert werden: die «Entrée en formation» (EEF). Während zweier Wochen, welche dem Semester vorangestellt werden, können sich die Studierenden schwerpunktmässig mit Fragen und Themen auseinandersetzen wie: Was heisst «lernen» für mich und für ein Kind, welche Rolle(n) nimmt eine Lehrperson ein und was bedeutet Zwei- und Mehrsprachigkeit. Das Ziel der EEF liegt darin, die Studierenden auf ihre Rolle als Studierende vorzubereiten und ihnen bewusst zu machen, dass es sich um eine Ausbildung auf tertiärer Stufe handelt.

Auf kantonaler und schweizerischer Ebene wurde die PH zu verschiedenen Stellungnahmen aufgefordert, welche Fragen der Schulentwicklung oder Fragen der Ausbildung von Lehrpersonen zum Inhalt hatten.

Die PH hat Ende Jahr 2007 mit einer umfassenden Auseinandersetzung begonnen, ein Informatikprogramm zu definieren, welches die weitläufigen und verschiedenartigen Bedürfnisse in der Verwaltung der PH abdecken kann. Diese Analysearbeit soll längerfristig der PH dazu verhelfen, eine moderne Verwaltungsinformatik (outil de gestion) aussuchen und installieren zu können, welche die zahlreichen Herausforderungen mit denen die PH beständig konfrontiert ist, anzunehmen.

In diesem Jahr hat die PH einen Mediationsdienst aufgebaut. Die Mediation ist ein Schritt in Richtung Qualität in den menschlichen Beziehungen und der Gesundheit. Insbesondere soll die Mediation die Beziehungen zwischen Direktion, Lehrpersonen und Studierenden verbessern.

Im Bereich der Forschung und Entwicklung setzt die PH ihre Anstrengungen der Zusammenarbeit mit der Universität Freiburg fort. Erfolgreich waren die Bemühungen vor allem dank der Gründung eines interinstitutionellen Institutes mit Forschungsschwerpunkt

in Mehrsprachigkeit, welches auch von der Stiftung Forschung und Entwicklung für Mehrsprachigkeit und der Stiftung Merkle unterstützt wird. In diesem Zusammenhang wurden auch zwei Forschungsprofessuren an der PH geschaffen. Zusätzlich hat die Universität in Kooperation mit der PH einen CAS «Praxisausbildner» auf die Beine gestellt, welcher im April 2008 beginnen wird.

## **IX. HOCHSCHULE FÜR GESUNDHEIT – KRANKENPFLEGESCHULE**

### **1. Aufgaben**

Die Hochschule für Gesundheit, geleitet von Jacqueline Gury Racine, hat den Auftrag, eine hochstehende berufsbefähigende Ausbildung in zwei Sprachen anzubieten, den Bachelor of Science HES-SO in Pflege. Der Unterricht dient dazu, Fragestellungen aus der Praxis in der Theorie zu behandeln und innovatives Wissen zu schaffen, das den Bedürfnissen moderner Pflege entspricht. In diesem Sinne dient die angewandte Forschung und Entwicklung – aF&E – dem Unterricht und leistet auch einen Beitrag zur Weiterbildung und zu den Leistungsaufträgen, wie sie von der Fachhochschule Westschweiz HES-SO festgelegt werden.

### **2. Tätigkeit**

#### **2.1 Ordentliche Tätigkeit**

##### **2.1.1 Direktionsrat**

Der Direktionsrat, präsiert von der EKS-Direktorin, hat drei Sitzungen abgehalten. Dabei hat er insbesondere:

- die Rechnung, die Bilanz und den Geschäftsbericht 2006 geprüft und an den Staatsrat überwiesen;
- den Voranschlag 2008 geprüft;
- neues Personal angestellt und von Rücktritten Kenntnis genommen;
- vom Rücktritt dreier Mitglieder des Direktionsrates Kenntnis genommen;
- vom neuen Organigramm und den entsprechenden Dokumenten Kenntnis genommen;
- von den laufenden Geschäften Kenntnis genommen: Gesetz über die Fachhochschule Freiburg (FHFG, resp. LHEF), neu LHES-SO Fribourg; Bolognaprozess und Umsetzung des Bachelor of Science HES-SO; Schaffung der ODA Gesundheit-Soziales und Tätigkeit der Integrationsarbeitsgruppe, der Arbeitgeber, kantonale Ämter und Auszubildner angehören;
- Informationen erhalten über den deutschsprachigen und den französischsprachigen Master in Pflege sowie über die Zweisprachigkeit;
- Informationen erhalten über die Situation der Ausbildung der Pflegeassistentinnen und –assistenten im neuen Ausbildungskontext und die Schaffung der zusätzlichen FaGe-Ausbildung für die Pflegeassistentinnen und –assistenten SRK.

Neben den statuarischen Aufgaben hat er sich über alle Projekte auf Landes- und Westschweizer Ebene bezüglich der neuen Studiengänge FH und FaBe auf dem Laufenden gehalten.

#### **2.1.2 Ausbildungsgänge**

Am 31. Dezember 2007 zählte man in der Grundausbildung FH und in der Ausbildung Pflegeassistent/in 307 Personen. An den Diplomverleihungen haben in diesem Jahr 48 französischsprachige und deutschsprachige Personen ein FH-Diplom Gesundheit und 44 einen Fähigkeitsausweis Pflegeassistent/in erhalten.

#### **2.1.3 Grundausbildung**

55 französischsprachige und 15 deutschsprachige Studierende wurden zum Vorbereitungsjahr zugelassen. 10 Studierende haben die neu geschaffene Option Zweisprachigkeit gewählt. Es besteht der Wunsch, dass sich vermehrt Studierende für diese Option entscheiden mögen. Das zentrale Thema war die Harmonisierung der Lehrpläne auf Westschweizer Ebene. Die Modalitäten der Bachelorarbeit wurden vereinheitlicht und in einem einzigen Modul vereinigt, das für sämtliche Studiengänge im Bereich Pflege der Westschweiz gilt. Der empirische Teil der Arbeit wurde zugunsten einer Forschungsarbeit in Fachliteratur gestrichen.

#### **2.1.4 Weiterbildung und Nachdiplomstudium**

Die Weiterbildungstätigkeit der HEDs Freiburg im Jahr 2007 war geprägt von Nachdiplomkursen HES und punktuellen Weiterbildungstagen für Fachpersonen im Bereich Gesundheit und Soziale Arbeit.

Das Hauptgewicht bei den Nachdiplomkursen HES lag in den Bereichen Alterspflege sowie geistige Gesundheit und Psychiatrie; diese beiden Bereiche sind unverzichtbar für die Entwicklung der Kompetenzen von Fachpersonen im kantonalen Gesundheitswesen.

Namentlich ging es dabei um:

- die Entwicklung zweier Nachdiplomprogramme (diploma of advanced studies): DAS Gesundheit der alternden Bevölkerung und DAS Geistige Gesundheit: Interventionen und Politik, in Zusammenarbeit mit Standorten der HES-SO (Bereiche Gesundheit und Soziale Arbeit);
- die Fortführung des Nachdiplomkurses FH Psychogeriatric; dieser Kurs entspricht einem vielfältigen Bedürfnis der Fachpersonen im Bereich der Psychogeriatric in den Kantonen FR, VD und NE;
- das Weiterbildungsangebot für diplomierte Pflegeassistentinnen, die vorwiegend in den freiburgischen Gesundheitsinstitutionen arbeiten;
- die Weiterführung des Nachdiplomstudiums für Praxisauszubildner in den mit der HES-SO unter Vertrag stehenden Praxisausbildungsorten; CAS-Nachdiplomstudium HES, französisch und deutsch, in

- Zusammenarbeit mit den Standorten HES Arc und HEVs2;
- die Entwicklung des Weiterbildungsangebots (punktuelle Weiterbildung) für deutschsprachige Personen im Pflegebereich (Pflegefachfrau/Pflegefachmann, Fachfrau/Fachmann Hauswirtschaft, Pflegeassistent/in, Pflegehelfer/in), nach einer Umfrage bei den deutschsprachigen Gesundheitsinstitutionen);
- Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf die Entwicklung des Weiterbildungsangebots (CAS, MAS) in Zusammenarbeit mit den übrigen Fachhochschulen.

### 2.1.5 Dienstleistungen

2007 wurde mit der Dienstleistungstätigkeit erfolgreich auf Anfragen von Institutionen im Bereich der Gesundheit, der allgemeinen Erziehung und der Bildung eingegangen, dies insbesondere mit den folgenden Tätigkeiten:

- Entwicklung der Pflegepraxis der in den verschiedenen Gesundheitsinstitutionen tätigen Fachpersonen: AP-Heime, Spitex, Spitäler im Kanton Freiburg und im Berner Jura. Ein Schwerpunkt lag auf der Pflegepraxis in den Bereichen Alterspflege sowie Geistige Gesundheit und Psychiatrie;
- Entwicklung von Schulprojekten, die sich auf die Schulgesundheit in den obligatorischen Schulen des Kantons Freiburg konzentrierten;
- Grundausbildung und Weiterbildung der Elternassistentinnen und –assistenten der Tagesbetreuungsvereine im Kanton Freiburg;
- Durchführen von Audits bei den Ämtern, die sich für die Gesundheit der Kleinkinder und Familien einsetzen;
- Seminare und Konferenzen in verschiedenen Ausbildungszentren des Gesundheitsbereichs auf tertiärer und universitärer Ebene in der Schweiz und im Ausland;
- Weiterführung der Aufträge für die HES-SO in den Bereichen Gesundheit und Soziale Arbeit, insbesondere: Behandlung aller Geschäfte betreffend Anerkennung der bereits erbrachten Bildungsleistungen im Zusammenhang mit der Ausbildung der Praxisausbildner FH; Westschweizer Verantwortung für den Studiengang Pflege; Koordination der Arbeiten zur Einführung des Bachelor of Science in Pflege; Teilnahme am Netzwerk Beschäftigung-Ausbildung mit der Realisierung eines Forschungsauftrags des BBT; Teilnahme an verschiedenen Arbeitsgruppen, insbesondere der HES-SO und der Schweizerischen FH-Konferenz;
- Begutachtungs- und Beratungsaufträge bei der Aufsichtskommission für Gesundheitsberufe und Patientenrechte des Kantons Freiburg;
- Weiterbildungskurse in Gesundheitsinstitutionen der Kantone BL und AG;

- Weiterbildungskurse (Nachdiplomstudien) in anderen Weiterbildungsinstitutionen des Bereichs Pflege;
- Weiterbildungstage in psychiatrischer Pflege auf Stufe Bachelorausbildung in anderen Institutionen der HES-SO;
- Begleitung und Evaluation der Abschlussarbeiten auf Stufe Nachdiplomstudium bei anderen Weiterbildungsinstitutionen im Bereich Pflege.

### 2.1.6 Angewandte Forschung und Entwicklung (aF&E)

Die Tätigkeit der Abteilung Forschung und Entwicklung wurde 2007 fortgesetzt und schlug sich in verschiedenen wissenschaftlichen Kongressen nieder, bei denen die Ergebnisse der Forschung präsentiert werden konnten. Als Anerkennung ihrer Arbeit im Bereich der Pflegewissenschaften hatte die HEdS-FR die Ehre, zum 40-Jahr-Jubiläum der Fakultät für Pflegewissenschaften der Universität Laval in Quebec (Kanada) den Eröffnungsvortrag zu halten. Die Beziehungen mit dieser Fakultät erlauben unseren Lehrpersonen, das Defizit in ihren Pflegewissenschafts-Kenntnissen teilweise auszugleichen. Das Geschichtsforschungslabor der HEdS-FR hat mit einer vom SNF unterstützten Forschungsarbeit dazu beigetragen, dass ein Teil des reichhaltigen Erbes im Kanton Freiburg erhalten bleibt. Die Hilfe zum Leben, wie sie in den verschwundenen Spitälern des Kantons (Freiburg, Bulle, Romont) in den vergangenen Jahrhunderten praktiziert wurde, wird so bekannt gemacht. Im Rahmen der Geschichtsforschung wurde die Gründungsakte der freiburgischen Krankenpflegerinnenschule, die Georges Python vor 100 Jahren (6. Dezember 1907) gegründet hatte, neu zur Geltung gebracht.

Die HEdS-FR behauptet weiterhin ihren Platz an internationalen Konferenzen und Kongressen, namentlich beim Vortrag im Centre de formation et expertise en recherche en administration des services infirmiers (FER-ASI) am 9. Oktober 2007 in Montreal und am Salon international de Paris am 16. Oktober 2007, aber auch bei der aF&E-Tätigkeit mit der Haute école Robert Schuman von Libramont in Belgien. Weitere Präsentationen fanden statt am Kongress des International Council of Nurses (ICN) in Yokohama, Japan und am EFMD-Kongress (European Foundation for Management Development) on Public Sector Management Development in Madrid. Im Bereich aF&E ist zudem die Beteiligung der Forschungseinheit der HEdS-FR an einem ersten Projekt «CALL HES-SO» zu erwähnen, das gemeinsam mit mehreren Ingenieurschulen und universitären Spitalzentren im Rahmen der nationalen e-health-Strategie realisiert wird.

Ein Mitglied der Forschungseinheit hat die Auszeichnung «assoziierter Titularprofessor» einer kanadischen Universität erhalten, ein anderes Mitglied ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität der italienischsprachigen Schweiz, und eine Mitarbeiterin ist assoziiert

te Professorin an der Fakultät für Pflegewissenschaften der «John Hopkins University» in Baltimore (USA).

### **2.1.7 Praxisausbildungsorte**

Im Laufe des Jahres 2007 haben die Studierenden rund 780 Praktika in den verschiedenen Pflegeinstitutionen des Kantons und anderer Kantone absolviert. Wegen Restrukturierungen, einer grösseren Nachfrage nach Praktika durch andere Berufsstände und knapper Personalbestände wird es immer schwieriger, die nötigen Praktikumsplätze zu bekommen. Die Ausbildungsplätze für deutschsprachige Studierende sind oft speziell schwer zu finden.

## **2.2 Besondere Ereignisse**

### **2.2.1 Personal**

Das Projekt Kompetenzmanagement für alle Mitarbeitenden der Fachhochschule für Gesundheit Freiburg wurde abgeschlossen und von der Direktion genehmigt.

Die acht Dossiers der Lehrpersonen der Abteilung Pflegeassistenten wurden an das Amt für Berufsbildung weitergeleitet, das diese Dossiers seit Beginn des Schuljahrs 2007/08 verwaltet. Diese Personen teilen ihre Tätigkeit auf zwischen der Ausbildung der Pflegeassistentinnen und -assistenten in der Krankenpflegeschule Freiburg und der Ausbildung der Fachangestellten Gesundheit in der Berufsschule Gesundheit-Soziales (ESSG) in Posieux.

### **2.2.2 Zusammenarbeit HES-SO Freiburg und Qualität**

Die Zusammenarbeit zwischen den Schulen der HES-SO Freiburg setzt sich fruchtbar fort, insbesondere in den Bereichen Finanzen, Informatik und Qualität.

Am 14. Dezember 2007 erhielt die Schule als erster Standort der HES-SO Gesundheit das ISO-Zertifikat 9001: 2000.

### **2.2.3 Pflegeassistenten-Ausbildung**

Dieses einjährige Programm ist eine berufsbegleitende Ausbildung. Derzeit sind 32 Personen in der Ausbildung. Die Mehrheit von ihnen ist bereits in Alterssiedlungen, Aufnahmestrukturen für Behinderte, Gesundheits- und Spitexzentren sowie Spitälern tätig. Ab April 2008 wird die Ausbildung zur Pflegeassistentin/zum Pflegeassistenten nach Beschluss des Staatsrats nicht mehr angeboten.

### **2.2.4 Veranstaltungen an der HEdS-FR und Kommunikation**

Zusätzlich zur Teilnahme an den Informationssitzungen verschiedener Orientierungsschulen des Kantons hat die Schule selbst mehrere ähnliche Veranstaltungen für Schüler/innen der Fachmittelschule Freiburg (FMS) durchgeführt.

Die Information der Öffentlichkeit, der Kandidatinnen und Kandidaten, der Partner der Schule und intern erfolgte durch die Internetsite der HEdS-FR sowie durch Informationsveranstaltungen, die an der HEdS-FR und an verschiedenen anderen Orten durchgeführt wurden, um die Ausbildungsgänge vorzustellen.

Vom 17. bis 21. Januar beteiligte sich die Schule aktiv am Forum der Berufe (START) im Forum Freiburg. Im Rahmen der Präsentation aller Freiburger Fachhochschulen war sie dabei mit einem Stand vertreten.

Die bereits bestehende Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung wurde fortgeführt.

Verschiedene Treffen mit den Arbeitgebern und Praxisausbildnern fanden statt, um die Zusammenarbeit zwischen den Praxisausbildungsorten und der Schule zu verstärken.

Vom 24. bis 26. Januar wurde in der Schule die traditionelle Ausstellung mit dem Titel «Der Ausbildungsmarkt» in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Arbeitgebern organisiert, um die Studierenden der Schule mit dem Arbeitsmarkt vertraut zu machen.

Vom 26. bis 30. März wurde eine wissenschaftliche Veranstaltung mit mehreren Beiträgen aus den Pflegewissenschaften organisiert; so trafen sich auf dem Pérolles-Campus Direktoren mehrerer belgischer Fachhochschulen, Forscher und Professoren der Universität Laval in Quebec, Vertreter/innen von Schweizer Universitätsspitalern sowie die Generaldirektion der HES-SO Freiburg mit Blick auf die Synergie des menschlichen und Forschungspotentials der freiburgischen Fachhochschulen. Diese Veranstaltung, deren Ausmass und internationale Tragweite sowohl vom Präsidium der HES-SO als auch von den Medien betont wurden, vereinigte mehr als 200 Teilnehmende.

### **2.2.5 Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz**

Am 1. Mai 2007 trat die Verordnung über die Sicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz in der Kantonsverwaltung in Kraft. Die HEdS-FR setzte schon vor der Veröffentlichung dieser Verordnung Verbesserungen in diesem Bereich um. Zu diesem Zweck wurde eine Ansprechperson Gesundheit und Sicherheit (AGS) bestimmt. Neben verschiedenen Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Gebäudesicherheit hat diese Person den Auftrag, ein Konzept «Personengesundheit und -sicherheit» auszuarbeiten, das in der HEdS-FR und in den anderen HES von Freiburg zur Anwendung kommen soll. Die Verwirklichung dieses Konzepts begann Ende 2007 und wird 2008 fortgeführt.

## X. FACHHOCHSCHULE FREIBURG FÜR SOZIALE ARBEIT (FHF-SA)

### 1. Aufgaben

Die durch die Bundesgesetzgebung definierten und für die kantonale Ebene übernommenen Aufgaben der FHF-SA lauten: Berufliche Grundbildung auf Hochschulstufe, die mit dem Bachelor- und dem Masterdiplom abgeschlossen wird, anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung, Dienstleistungen, Weiterbildung und Nachdiplomausbildung sowie internationale Zusammenarbeit.

Direktor der Schule ist Dimitri Sudan.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

##### 2.1.1 Grundbildung

Im Herbst 2007 begannen alle Studierenden ihre Lehrveranstaltungen in der Woche 38. Diese Vereinheitlichung des Studienbeginns an Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen wurde auf gesamtschweizerischer Ebene vereinbart, um sich der europäischen Praxis anzunähern.

Mit 80 bis 85 Neueintritten pro Jahr wurde die maximale Aufnahmekapazität der Schule im Jahr 2007 erreicht. Im akademischen Jahr 2006/07 erteilten die Dozentinnen und Dozenten und Lehrbeauftragten der FHF-SA 5264 direkte Unterrichtslektionen, eine Zahl, die im Steigen begriffen ist.

Am 15. Oktober 2007 zählt die Fachhochschule, sämtliche Bildungsgänge zusammengenommen, insgesamt 412 Studierende (gegenüber 383 am 15. November 2006): 301 Frauen (73%) und 111 Männer (27%); darunter 240 Studierende im Vollzeitstudium (58,3%), 165 im berufsbegleitenden Studium (40%) und 7 im Teilzeitstudium (1,7%). Die letztgenannte Studienform wird immer beliebter, auch wenn die Dauer der Ausbildung in Teilzeit länger ist (5-6 Jahre).

Die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger steigt seit 2002 ebenfalls stetig an; so wurden im akademischen Jahr 2006/07 149 neue Studierende aufgenommen gegenüber 119 im 2005/06. Zudem stellt man fest, dass die Studienanfängerinnen und -anfänger zunehmend jünger sind.

Um die Ressourcen optimal einzusetzen und die verschiedenen Abläufe zu verbessern, hat die FHF-SA gemeinsam mit anderen Freiburger Fachhochschulen beschlossen, ein Qualitätsmanagement einzuführen, um im Jahr 2008 die ISO-Zertifizierung 9001/2008 zu erlangen. Dieses Konzept entspricht den Anforderungen des Bundes hinsichtlich der Qualität und der Akkreditierung.

##### 2.1.2 Weitere Aufgaben der Fachhochschule

Die Tätigkeiten zur Erfüllung der weiteren Aufgaben wurden in Übereinstimmung mit den Werten und den

Leitlinien der FHF-SA weitergeführt. Dabei ging es insbesondere um bestimmte Schwerpunktthemen wie die Probleme und Herausforderungen, die sich im Zusammenhang mit den sozialen Grenzen, mit Behinderungen und behinderten Personen, mit der sozialen Eingliederung und mit der Gewalt stellen.

Der Entscheid, das Weiterbildungsangebot zu erweitern und dieses in erster Linie auf die Kompetenzschwerpunkte der FHF-SA auszurichten, hat Früchte getragen. Dadurch, dass die Fachhochschule ihr Ausbildungsprogramm auf die vier angekündigten Kompetenzschwerpunkte konzentrierte, gleichzeitig aber auch die Möglichkeit offenhielt, Bildungsangebote zu verwandten Themen anzubieten, konnte die Zahl der tatsächlich durchgeführten Lehrveranstaltungen allmählich erhöht werden und auch die Zahl der Teilnehmenden verzeichnete eine deutliche Zunahme.

Zusätzlich zur Entwicklung und Durchführung von Forschungsarbeiten sowie zur Verwertung und Bekanntmachung dieser Arbeiten wurden für die Dozentschaft interne Bildungsangebote organisiert, um den Nachwuchs zu unterstützen und die bereits vorhandenen Forschungskennnisse zu vertiefen. Für das im Aufbau befindlichen Team von Forschenden mit vielfältigen, sich ergänzenden Talenten und Fähigkeiten wurden weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angestellt. Dadurch konnten die traditionellen Kompetenzschwerpunkte verstärkt und gleichzeitig die abgedeckten Forschungsfelder und Themenbereiche sowie die verwendeten Ansätze und Methoden erweitert werden, um so noch gezielter auf die Bedürfnisse der beteiligten Praxispartner eingehen zu können.

Der «Service à la Cité», der dazu dient, die an die FHF-SA gerichteten Anfragen und Aufträge ausführlich zu beantworten und auszuführen, stellt eine ständige Herausforderung dar. Die angepassten, massgeschneiderten Antworten verlangen nach einer Flexibilität auf allen Ebenen (zeitlich, konzeptuell, verfahrenstechnisch, finanziell sowie hinsichtlich der Zusammenarbeit). Die zahlreichen Anfragen, von einfachen Anfragen bis zu komplexen, langwierigen Projekten, fordern die Beauftragten und veranlassen sie, ihre Kompetenzen (wissenschaftliche, administrative, organisatorische und buchhalterische) zu verbinden.

##### 2.1.3 Direktionsrat

Der Direktionsrat hat im Laufe des Jahres fünf Sitzungen abgehalten und dabei folgende Geschäfte behandelt:

- Genehmigung der Rechnung 2006;
- Prüfung des Voranschlags 2008 zuhanden des Staatsrates;
- Prüfung eines internen Verfahrens für die Anerkennung erworbenen Lernleistungen der Dozierenden und günstige Stellungnahme zuhanden der EKSD;
- Prüfung des Reglements über die Personalversammlung der FHF-SA;

- Einsichtnahme in die laufenden Dossiers: Bericht des BBT; Studie über die Einführung eines gemeinsamen Masters für soziale Arbeit in der Westschweiz; Protokoll der Vereinbarung über die gegenseitige Anerkennung der Studiengänge und -abschlüsse und über das Rahmenreglement für die Mobilität von Studierenden und Diplomierten unter den Fachhochschulen; Sistierung des geplanten Gesetzes über die künftige HES-SO Freiburg

Neben den statutarischen Aufgaben hat er sich über die schweizerischen und Westschweizer Projekte in Zusammenhang mit den FH-Studiengänge auf dem Laufenden gehalten.

#### **2.1.4 Logistisches Problem mit den Räumlichkeiten**

Der Mangel an Räumlichkeiten und der Umstand, dass die Räume auf verschiedene Gebäude verteilt sind, erschweren eine optimale Verwaltung der Fachhochschule und des Personals. Daher sollte ein Umzug auf die Pérolles-Ebene in Betracht gezogen werden. Mit dem Aufbau eines «Campus» könnten zudem die Synergien mit anderen Freiburger Fachhochschulen, die dort bereits angesiedelt sind, besser genutzt werden. Derzeit sind mehrere Arbeiten in Gang, um diese Vision zu verwirklichen, deren Ergebnisse voraussichtlich im Jahr 2008 in einer Detailstudie vorgelegt werden.

### **2.2. Besondere Ereignisse**

#### **2.2.1 Modernisierung der Infrastruktur der Bibliothek**

Im Zeitraum 2005-2007 wurden sämtliche Titel der Bibliothek (über 6000 Titel) in das RERO (Réseau des bibliothèques de Suisse occidentale) integriert. Diese enorme Arbeit konnte nur dank einer engen Zusammenarbeit mit der Kantons- und Universitätsbibliothek Freiburg (KUB) bewältigt werden. Die Bibliothek verzeichnet eine stark steigende Besucherzahl. So besuchen immer mehr Studierenden der Universität und anderer Fachhochschulen des Kantons, vor allem der Hochschule für Gesundheit, sowie Privatpersonen die Bibliothek der FHF-SA.

#### **2.2.2 Zusammenarbeit HES-SO Freiburg und Qualität**

Die Zusammenarbeit unter den Fachhochschulen der HES-SO Freiburg wird mit grossem Erfolg weitergeführt, vor allem im EDV-Bereich sowie in finanziellen Belangen und bei der Qualitätssicherung. Fachhochschule wird voraussichtlich im Herbst 2008 die ISO-Zertifizierung 9001:2000 erlangen.

#### **2.2.3 Veranstaltungen der FHF-SA und Öffentlichkeitsarbeit**

Die Information der Öffentlichkeit, der Bewerberinnen und Bewerber, der Partner der Fachhochschule sowie

die interne Kommunikation wurden 2007 weiter verstärkt. Dies durch folgende Kommunikationsmittel:

- Tätigkeitsbericht 2005-2007, siehe [www.hef-ts.ch](http://www.hef-ts.ch);
- Internetseite der FHF-SA;
- ein neues Intranet, Plattform für die elektronische Verwaltung von Dokumenten, Informationen, Projekten, Sitzungen;
- an der FHF-SA sowie verschiedenen anderen Orten organisierte Informationsveranstaltungen zur Präsentation der Bildungsgänge, aktive Beteiligung (Infostand) am START! - Forum der Berufe, gemeinsam mit den Freiburger Hochschulen.
- Themen-Ausstellungen zur Sozialen Arbeit in den Räumlichkeiten der FHF-SA.

## **XI. AMT FÜR BERUFSBERATUNG UND ERWACHSENENBILDUNG**

### **1. Aufgaben**

Das Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung will Jugendlichen und Erwachsenen bei der Wahl eines Berufs oder eines Studiums oder bei der Planung einer beruflichen Laufbahn helfen. Es informiert sie über bestehende Möglichkeiten, berät sie in ihrer Wahl und unterstützt sie bei ihrer Ausbildung oder Eingliederung. Es pflegt bei der ersten Berufswahl eine unterstützende und kontinuierliche Vorgehensweise.

Dienstchef: Marc Chassot.

### **2. Berufsberatung**

#### **2.1 Tätigkeit**

##### **2.1.1 Vorbereitung auf die Berufswahl**

Die Vorbereitung auf die Berufswahl erfolgt vorwiegend im Unterricht, durch Berufsberater/innen oder dafür ausgebildetes Lehrpersonal. In den Orientierungsschulen fanden insgesamt 1987 Informationssitzungen statt.

Im französischsprachigen Kantonsteil wird der Berufswahlvorbereitungsordner «Une vie, des directions» an alle Schüler/innen des zweiten OS-Jahres abgegeben. Er dient den Berufsberaterinnen und -beratern als pädagogisches Werkzeug für die Arbeit im Unterricht.

##### **2.1.2 Schul- und Berufsinformation**

Die Information über die Berufe und Bildungsgänge wurde mit folgenden Hilfsmitteln organisiert:

- Schriftliche Information (Leihmappen, Berufsinformationsblätter);
- Mündliche Information (Vorträge über Berufe und Schulen);
- Audio-visuelles Material (Videokassetten, CD-Rom, DVD);
- Kantonale und nationale Berufsberatungssites (Lehrstellenliste und Anmeldefristen);

- Betriebsbesichtigungen (in Zusammenarbeit mit den Berufskreisen);
- Berufsvorbereitungspraktika.

16 147 Dossiers oder Dokumente wurden ausgeliehen. Anhand der Ergebnisse der Umfrage, die jeden Herbst bei den Unternehmen und Verwaltungen durchgeführt wird, veröffentlicht das Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung eine Lehrstellenliste. 2007 umfasste diese Liste 1273 (1392) Stellen. Diese Zahl entspricht jedoch nicht genau der Realität, weil nicht alle Lehrstellen von den Betrieben öffentlich ausgeschrieben werden.

Um eine optimale Aktualisierung der Lehrstellenliste im Internet zu gewährleisten, hat das Amt im Frühjahr und Sommer 2007 bei den Ausbildnern in den Betrieben zwei schriftliche Umfragen durchgeführt und einen Telefondienst eingerichtet.

Für die Schüler der Orientierungsschule und ihre Eltern kam die Broschüre «Après le Cycle d'orientation: quelles voies de formation?» in einer neuen Auflage heraus. Erstmals erschien auch eine entsprechende deutschsprachige Ausgabe.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Dienstleistungszentrum Berufsbildung/Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung hat sich der Dokumentationsdienst an der Schaffung oder Aktualisierung mehrerer Informationsblätter-Sammlungen beteiligt: für den Kanton Freiburg wurden 98 UNI-INFO-Blätter, 45 ECOL'INFO-Blätter über die freiburgischen Schulen und 47 INFOP-Blätter über Berufe neu erstellt oder angepasst. 919 Weiterbildungsangebote wurden in die Datenbank [www.bop.ch](http://www.bop.ch) aufgenommen.

Statistik der Ratsuchenden:

|                           | 2007 |      |       | 2006  |
|---------------------------|------|------|-------|-------|
|                           | M.   | F.   | Total |       |
| Anzahl beratene Personen  | 2461 | 3329 | 5790  | 5448  |
| Anzahl Beratungsgespräche | 4810 | 6209 | 11019 | 10451 |
| Alter der Ratsuchenden    |      |      |       |       |
| – bis 19-jährig           | 1945 | 2606 | 4451  | 4237  |
| – mindestens 20-jährig    | 516  | 723  | 1239  | 1211  |

### 2.1.6 Erwachsenenberatung

79 registrierte Arbeitsuchende kamen zu einem Beratungsgespräch, namentlich im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung und dem Amt für den Arbeitsmarkt.

### 2.1.3 Berufsinformationszentren

Die Berufsinformationszentren bieten Informationsmaterial über Berufe und Ausbildungsgänge an. Im ganzen Kanton zählte man 27 581 Besucher/innen, von denen sich 11 054 in einem persönlichen Gespräch informierten.

### 2.1.4 Internetsite der kantonalen Berufsberatung

Das Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung verfügt über eine Internetsite, die insbesondere ein Verzeichnis der Berufsinformationszentren und der angebotenen Dienstleistungen umfasst. Diese Site informiert über die Anmeldefristen für die verschiedenen Bildungsgänge und ermöglicht den Zugang zur nationalen Site, die Auskunft gibt über alle verfügbaren Lehrstellen.

### 2.1.5 Einzelberatung

Die folgenden Zahlen umfassen die gesamte Beratertätigkeit, also die Beratung von Jugendlichen und Erwachsenen. Anhand der Zahlen dieses Jahres kann festgestellt werden:

- Die Zahl der behandelten Fälle hat um 6,2% zugenommen. Die Zahl der Gespräche stieg gegenüber dem Vorjahr um 568, was einer Zunahme von 5,4% entspricht.
- Die Anzahl Beratungen, während denen Tests durchgeführt wurden, beläuft sich auf 1590 oder 14,4%.
- Die 1239 erwachsenen Ratsuchenden (mindestens 20-jährig) machen 21,4% der gesamten Beratungen aus.

### 2.1.7 Schul- und Berufswahl der Jugendlichen

Im Jahr 2007 haben 3581 (3347) Schüler/innen die Orientierungsschule beendet; sie haben sich für die folgenden Schul- und Berufsrichtungen entschieden:

Gewählte Richtung in %:

|   | 2007 |      |       | 2006 |
|---|------|------|-------|------|
|   | M.   | F.   | Total |      |
| – Lehre, Grundausbildung                | 55,7 | 30,8 | 43,1  | 44,9 |
| – Schulen der Sekundarstufe II          | 27,7 | 46,4 | 37,2  | 36,9 |
| – Andere Schulen                        | 1,9  | 2,4  | 2,2   | 2,5  |
| – Erwerbsarbeit                         | 0,4  | 0,2  | 0,3   | 0,3  |
| – Sprachliches 10. Schuljahr            | 4,3  | 4,6  | 4,4   | 3,6  |
| – Übergangs- und unbekannte Lösungen    | 4,0  | 11,0 | 7,5   | 7,1  |
| – Vorbereitungs- oder Integrationskurse | 6,0  | 4,6  | 5,3   | 4,7  |

Der Anteil der Jugendlichen, die eine Lehre gewählt haben, beträgt 43,1% (44,9%); das sind 1545 (1501) Personen. Dieser Anteil hat um 1,8% abgenommen. (Abnahme um 1,8% bei den Knaben, Zunahme um 0,1% bei den Mädchen). Die Erhöhung des durchschnittlichen Alters bei Lehrbeginn auf über 18 Jahre ist eine der Erklärungen für diese Entwicklung.

Das Lehrstellenangebot konnte der Zunahme der Anzahl Schüler/innen, welche die OS abschlossen, nicht folgen. Die Anzahl freier Lehrstellen reicht in einigen Sektoren wie dem Bau- oder Gastgewerbe aus. In den Berufen, die mit den neuen Technologien verbunden sind, besteht im Vergleich zur Bewerberzahl ein zu kleines Angebot an freien Lehrstellen. Die Mädchen haben allgemein mehr Mühe, eine Lehrstelle zu finden.

## 2.2 Besondere Ereignisse

### 2.2.1 start! – Forum der Berufe

Die erste Ausgabe dieses Forums fand vom 17. bis 21. Januar 2007 auf einer Fläche von 10 000 m<sup>2</sup> statt, und zwar ausserhalb jeglicher kommerziellen Veranstaltung.

Alle OS-Schüler/innen der 8. Klasse, d.h. rund 4 000 Jugendliche, haben das Forum während der Unterrichtszeit besucht, und 12 000 Besucher/innen kamen am Abend oder am Wochenende. Es wurden 120 Berufe vorgestellt. Nach dem Vorbild eines U-Bahn-Konzepts stellte jede Bahnstation einen Berufssektor dar. Die Veranstaltung war vollkommen zweisprachig organisiert.

### 2.2.2 Hilfe für Jugendliche in Schwierigkeiten

Die freiburgische Berufsberatung widmet sich besonders den am meisten benachteiligten Jugendlichen. Massnahmen aktiver Unterstützung in Form intensiver Begleitung wurden ergriffen, damit jeder junge Mensch nach der obligatorischen Schule eine Lösung finden kann. Bis Anfangs September wurden Jugendliche betreut, die keine Lehrstelle gefunden hatten. Eine Spezialaktion mit der Bezeichnung «Last Minute» ermöglichte mit Unterstützung des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie, während des ganzen Sommers eine Anlaufstelle anzubieten. Im gleichen Rahmen erhielten mehrere Jugendliche dank einer Zusammenarbeit mit

dem Lokalradio Gelegenheit, sich in einer Sendung vorzustellen und für eine Lehrstelle zu empfehlen.

Der Staatsrat hat eine kantonale Kommission für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung eingesetzt. Die erste Sitzung dieser Kommission fand bereits statt. Vorerst sollen eine Bestandesaufnahme und eine Analyse der Problemursachen vorgenommen werden.

## 3. Erwachsenenbildung

### 3.1 Tätigkeit

#### 3.1.1 Kommission für Erwachsenenbildung

Die Kommission für Erwachsenenbildung hat fünf Sitzungen abgehalten; sie hat die Subventionsgesuche geprüft und der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport Empfehlungen abgegeben.

Weiter hat die Kommission:

- an der Vernehmlassung des Berufsbildungsgesetzes teilgenommen;
- von einer Studie zur Einführung eines Ausbildungs-Schecks im Kanton Freiburg Kenntnis genommen.

Ein Betrag von 26 756 Franken wurde für erneuerbare oder ausserordentliche Beiträge verwendet.

#### 3.1.2 Volkshochschule

2006/07 haben 3371 (3371) Personen Kurse der Volkshochschule besucht, insgesamt zählte man 47 013 (48 004) «Teilnehmerstunden» (=Total der Stunden, über alle Teilnehmer summiert). 601 (584) Kurse wurden angeboten und 395 (377) durchgeführt.

Ein Leistungsvertrag zwischen dem Staat Freiburg und der Volkshochschule des Kantons Freiburg legt einerseits die Leistungen fest, die von der Volkshochschule erwartet werden, und andererseits die finanziellen Mittel, die der Staat zur Verfügung stellt. Er definiert zudem die Ziele, die über quantitative und qualitative Indikatoren erreicht werden müssen. Ein Beitrag von 51 000 Franken wird als Beteiligung an den Betriebskosten gewährt sowie ein Beitrag von 2.10 Franken pro

«Teilnehmerstunde». Insgesamt beläuft sich der Beitrag auf 149 727.30 Franken.

### Eigenmittel

|                                     |         |           |
|-------------------------------------|---------|-----------|
| Kursgebühren, Beiträge, Schenkungen | 82,10 % | (82,43 %) |
| Beiträge                            |         |           |
| Kanton                              | 16,81 % | (16,44 %) |
| Gemeinden                           | 1,09 %  | (1,13 %)  |
| Beiträge insgesamt                  | 17,90 % | (17,57 %) |

#### 3.1.3 Verein Lesen und Schreiben

Im Rahmen eines Leistungsvertrags wurde dem Verein Lesen und Schreiben ein Beitrag von 15 000 Franken für seine Tätigkeit in der Bekämpfung des Analphabetismus gewährt.

#### 3.1.4 Diplom für Erwachsenenbildner/in DIFA

Dieses Programm für Erwachsenenbildner/innen wurde unter der Ägide der Regierungen der Kantone Bern, Jura, Neuenburg und Freiburg aufgestellt.

Den Ausbildungszyklus 2006–2008 absolvieren fünf im Kanton Freiburg wohnhafte Personen.

Die finanzielle Beteiligung des Kantons Freiburg betrug 30 870 Franken.

#### 3.1.5 Vereinbarung mit dem Abendgymnasium Lausanne

Dank einer Vereinbarung mit dem Abendgymnasium Lausanne gelten für Freiburger die gleichen Zulassungsbedingungen wie für Waadtländer.

Die finanzielle Beteiligung des Kantons Freiburg betrug 24 000 Franken.

### 3.2 Besondere Ereignisse

#### 3.2.1 Förderpreis für Erwachsenenbildung

Die Kommission für Erwachsenenbildung hat dem Staatsrat vorgeschlagen, den Förderpreis für Erwachsenenbildung dem Verein «Réseau Bénévolat Netzwerk» als Anerkennung für seinen Beitrag zur Förderung von Vereinstätigkeit und Freiwilligenarbeit zu verleihen.

## XII. AUSBILDUNGSBEITRÄGE

### 1. Aufgaben

Das Ziel der Ausbildungsbeiträge ist, die Chancengleichheit im Bereich der Ausbildung durch Gewährung von Stipendien oder Ausbildungsdarlehen zu fördern. Der Auftrag des Amtes für Ausbildungsbeiträge besteht darin, die Gesetzgebung für den Bereich der Ausbildungsbeiträge umzusetzen. Weiter informiert das Amt

das Zielpublikum sowie die Ausbildungsstätten über die Möglichkeit der Ausbildungsbeiträge und die Bedingungen der Gewährung. Das Amt ist das ausführende Organ der Kommission für Ausbildungsbeiträge und besorgt deren Sekretariat.

Amtsvorsteher: Beat Schneuwly.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Kommission für Ausbildungsbeiträge

Die Kommission trat zu drei Plenarsitzungen und 13 Unterkommissionssitzungen zusammen. Dabei wurden die Stipendien- und Darlehensgesuche sowie 30 Einsprachen behandelt. An das Verwaltungsgericht wurden zwei Beschwerden gerichtet.

Sieben Sitzungen einer Arbeitsgruppe «Gesetzgebung» dienten der Vorbereitung der bevorstehenden Revision des Gesetzes vom 28. November 1990 über die Stipendien und Ausbildungsdarlehen.

Die Plenarsitzungen dienten hauptsächlich der Festlegung von Schwerpunkten zuhanden der Arbeitsgruppe «Gesetzgebung» und zur Überarbeitung der internen Richtlinien der Kommission, unter Berücksichtigung der im Schuljahr 2006/07 gemachten Erfahrungen.

#### 2.2 Stipendien

##### 2.2.1 Kantonale Stipendien

Ein Vergleich mit dem Ausbildungsjahr 2005/06 zeigt, dass sich die Anzahl Gesuche nur unwesentlich verändert hat.

| Ausbildungsjahr | Gesuche | Bezüger/innen | Abgelehnte Gesuche |                |
|-----------------|---------|---------------|--------------------|----------------|
|                 |         |               | Total              | Ablehnungssatz |
| 2005/06         | 3 142   | 1 743         | 1 399              | 44,52%         |
| 2006/07         | 3 132   | 1 786         | 1 346              | 42,97%         |

Der Beitragssatz an die Deckung des berechneten Fehlbetrags ist mit 75% unverändert geblieben.

Die nachfolgend aufgeführten Beträge entsprechen den im Kalenderjahr 2007 ausbezahlten Beträgen. Sie verteilen sich wie folgt auf die vom Bundesamt für Statistik (BFS) vorgegebenen neun Ausbildungskategorien:

| Ausbildungskategorien                        | Anzahl | Beträge in Fr. |
|--|--------|----------------|
| <i>Sekundarstufe II</i>                      |        |                |
| Gymnasiale Maturitätsschulen                 | 577    | 1 830 735      |
| Andere Mittelschulen                         | 339    | 1 031 445      |
| Vollzeitberufsschulen                        | 247    | 816 639        |
| Berufslehren und Anlehren                    | 694    | 1 635 379      |
| Nach Berufslehre erworbene Berufsmaturitäten | 36     | 108 070        |

| <i>Tertiärstufe</i>                                     |       |           |
|---|-------|-----------|
| Höhere (nicht universitäre) Berufsbildung               | 64    | 336 230   |
| Fachhochschulen   | 271   | 1 098 549 |
| Universitäten und Eidgenössische Technische Hochschulen | 385   | 1 765 401 |
| Weiterbildung   | 13    | 70 627    |
| Total   | 2 626 | 8 693 075 |

### 2.2.2 Stipendien der Gemeinden und privaten Institutionen

Im Ausbildungsjahr 2006/07 konnten die Stipendien des Kantons 75% der von den Bezügerinnen und Bezüger berechneten Bedürfnisse decken. Der nicht gedeckte Teil wird ganz oder teilweise von den Gemeinden übernommen, die aus freien Stücken Stipendien gewähren. Die Gemeinden legen ihre Stipendien gestützt auf die Berechnung des Kantons und den von diesem gewährten Beitrag fest.

Die Gemeinden haben folgende Beiträge geleistet:

| <i>Jahr</i> | <i>Anzahl Gemeinden</i> | <i>Gemeindestipendien in Fr.</i> |
|-------------|-------------------------|----------------------------------|
| 2006        | 114                     | 1 027 084                        |
| 2007        | 112                     | 1 033 859                        |

Die privaten Institutionen, die einen Bundesbeitrag erhalten, haben 79 550 (85 398) Franken an Personen in Ausbildung ausbezahlt.

### 2.3 Ausbildungsdarlehen

Die Kommission hat im Kalenderjahr 67 (51) Gesuche geprüft, 65 (50) Gesuchen wurde stattgegeben. Der veranschlagte Betrag von 450 000 (450 000) Franken wurde voll ausgeschöpft.

### 2.4 Bundessubventionen

Unter dem Vorbehalt der Kreditmöglichkeiten hat der Bund den Beitragssatz für die Stipendien an den Kanton Freiburg bei 48% festgesetzt. Die Jahresendrechnung 2006, die Ende Juni 2007 vorlag, hat aber gezeigt, dass der reduzierte Kredit des Bundes, der im Rahmen des Entlastungsprogramms festgelegt wurde, bei weitem nicht ausreicht, die Aufwendungen der Kantone gemäss festgelegtem Beitragsatz zu decken. Die Beträge der Kantone werden in der Folge linear gekürzt, so dass der Beitragsatz für den Kanton Freiburg ungefähr 40% beträgt.

Der Bund vergütet die Zinsen (4%) der ab dem 1. Januar 2000 gewährten Darlehen zum gleichen Beitragsatz wie die Stipendien.

## XIII. AMT FÜR SPORT

### 1. Aufgaben

Die drei wichtigsten Aufgabenbereiche des Amtes für Sport sind: Sporterziehung und Schulsport, Jugend+Sport (J+S) und Loterie Romande-Sport (LORO-Sport).

Im Schulbereich organisiert das Amt Weiterbildungskurse für Sport und Sporterziehung unterrichtende Lehrkräfte, koordiniert die Aktivitäten des freiwilligen Schulsports und berät Spitzensportler in Schulfragen, organisiert für sie Stützunterricht und macht Anträge betreffend Schulgeldübernahmen in ausserkantonalen Schulen.

Im Bereich Jugend+Sport organisiert das Amt Aus- und Weiterbildungskurse für Leiterinnen und Leiter und stellt die administrative Abwicklung der von den Sportvereinen, Sport- und Jugendverbänden und Schulen organisierten Kurse sicher.

LORO-Sport betreffend, überwacht das Amt die reglementarische Verteilung der Gewinne; es tut dies in enger Zusammenarbeit mit den für die Verteilung zuständigen Organen (Kantonale Kommission für Sport und Sporterziehung und Freiburger Verband für Sport, FVS).

Amtsvorsteher: Elmar Schneuwly

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Ordentliche Tätigkeiten

##### 2.1.1 Kantonale Kommission für Sport und Sporterziehung

2007 hat die Kommission sechs Sitzungen abgehalten. Sie hat:

- der Verteilung der ordentlichen und ausserordentlichen Beiträge zugestimmt und dem Staatsrat die Verteilung des von der Loterie Romande zugesprochenen Gewinnanteils 2006 vorgeschlagen (LORO-Sport, 2 504 546 Franken);
- 16 Beschwerden und zwei Wiedererwägungsgesuche LORO-Sport-Subventionen betreffend behandelt und 17 ausserordentliche Beiträge von total 151 200 Franken gesprochen;
- in Partnerschaft mit dem FVS an der Ausstellung Hobbymania vom 27. bis 28. April 2007 in Bulle teilgenommen;
- am 11. Oktober 2007 an der Universität Pérolles II einen öffentlichen Vortrag organisiert zum Thema Übergewicht und Fettleibigkeit. Referentin: D. Farpour-Lambert;
- Kenntnis genommen vom Bericht über die Machbarkeit der Übergabe der LORO-Sport-Administration an den FVS und dessen Abgabe durch den Präsidenten Félicien Morel vom 9. August 2007 an die Direktorin EKS;
- dem Staatsrat Vorschläge zur Verleihung des Sportpreises des Kantons zukommen lassen;

- entschieden, zwei Förderpreise zu vergeben, den einen an die 19-jährige Audrey Gattoni von Bulle (Basketball), den andern an den 17-jährigen Fabrice Demierre von Domdidier (Radsport / Trial);
- ihre Finanzaktion zu Gunsten von Freiburger Sportlern, die sich auf Olympische Spiele vorbereiten, verabschiedet;
- die Basis gelegt für eine konkrete Aktion 2008 im Kampf gegen das Übergewicht bei Jugendlichen;
- anlässlich ihrer Sitzung vom 10. Oktober 2007 den Ruderclub Freiburg in Pensier besucht;
- mit einer Delegation an der Gala der Westschweizer Sporthilfe in Lausanne teilgenommen;
- die laufenden Angelegenheiten, für die die Kommission zuständig ist, behandelt.

### 2.1.2 Sporterziehung (Schule)

Sport und Sporterziehung werden auf allen Stufen der obligatorischen Schule und an den Schulen der Sekundarstufe II unterrichtet. Die folgenden Hauptaktivitäten prägten das Jahr 2007:

#### Lehrerfortbildung

Obligatorische Fortbildung:

Die obligatorische Erneuerung des Lebensrettungsbrevets alle zwei Jahre erforderte die Organisation einer grossen Zahl von Fortbildungskursen; diese wurden 2007 von mehr als 300 Lehrerinnen und Lehrern aller Stufen besucht.

Im Rahmen des nationalen Projekts QIMS.ch (Qualität im Sport- und Bewegungsunterricht) haben die für die Sporterziehung in den Orientierungsschulen verantwortlichen Lehrpersonen an einer zweitägigen Fortbildungsveranstaltung teilgenommen.

Fakultative Fortbildung:

Folgende Formen der Fortbildung sind angeboten worden: Wochenkurse, Kurse auf Vorschlag des Amtes und solche auf Vorschlag der Lehrpersonen. Das grosse Interesse, das die Lehrerschaft dem Sportunterricht entgegenbringt, wird unter anderem dadurch belegt, dass kaum Kurse abgesagt werden mussten.

#### Sicherheit im Sportunterricht an den Schulen

Eine Arbeitsgruppe hat neue Weisungen erarbeitet, die auf den Schulbeginn 2008/09 in Kraft treten dürften.

#### Freiwilliger Schulsport

Die neuen Weisungen über den freiwilligen Schulsport und die damit verbundenen klaren administrativen Abläufe haben die Schulen aller Stufen ermuntert, eine reiche und vielfältige Palette von Sportaktivitäten anzubieten.

#### Schülerturniere

Die Kinder der Primarschulen konnten sich 2007 in folgenden Sportarten messen: Orientierungsläufen, Basketball und Fussball.

Die Klassen der Orientierungsschulen haben an folgenden Turnieren teilgenommen: Basketball, Handball, Eishockey, Unihockey und Fussball. Die Gewinner dieser Turniere hatten das Privileg, den Kanton Freiburg am Schweizerischen Schulsporttag in Zug zu vertreten.

Auf Gymnasialstufe haben an den von den Lehrkräften des Kollegiums St. Michael in der ersten Juli-Woche an verschiedenen Orten organisierten «Collégiades» 500 Studentinnen und Studenten teilgenommen.

#### Förderung der jungen Talente

Die Aktivitäten im Bereich der Förderung junger Freiburger Talente lassen sich so zusammenfassen: Beratung, Anpassungen der Stundenpläne, finanzielle Hilfe (LORO-Sport und/oder kantonaler Sportfonds), Koordination mit den Schulbehörden und den Sportverbänden.

Neue Projekte sind zu den in den letzten drei Schuljahren aufgebauten dazu gestossen. Mehr als hundert junge Sportler haben 2007 von Stundenplananpassungen und anderen Massnahmen profitiert; sie konnten so Schule und Sport unter einen Hut bringen.

### 2.1.3 Jugend+Sport

Die neue administrative Abwicklung der Kurse hat sich im Jahre 2007 konsolidiert; zudem war es das Jahr der Vorbereitung – unter der Leitung des Bundesamtes für Sport (BASPO) – eines «online»-Systems, das ab Frühling 2008 operationell sein sollte; die Realisierung einer Internetseite mit integrierter Leiterbörse war ein weiterer Fixpunkt des Jahres 2007. Die detaillierten Statistiken betreffend Jugend- und Kaderausbildung wird das Amt für Statistik publizieren.

#### Tätigkeit und Fortbildung der Experten

114 (129) Experten haben bei der Aus- und Weiterbildung der J+S-Leiterinnen und -Leiter mitgewirkt. 24 (33) Freiburger Experten haben an dem von J+S Wallis organisierten Regionalen Zentralkurs Ski und Snowboard in Zermatt teilgenommen.

#### Aus- und Weiterbildung der Leiterinnen und Leiter

294 (252) Leiterinnen und Leiter wurden in 9 (12) kantonalen Leiterkursen ausgebildet. 758 (632) Leiterinnen und Leiter haben an 16 (15) kantonalen Fortbildungskursen teilgenommen. Zwei Kurse mussten mangels Anmeldungen abgesagt werden (Eishockey und Schwimmen/Wasserspringen).

### Sportlager des kantonalen Amtes

Das Kletter- und Bergsteigerlager in Finhaut wurde mit 15 (6) Jugendlichen durchgeführt. An den zwei Schwimmsport/Polysport-Lagern in Tenero haben insgesamt 142 (147) Jugendliche teilgenommen; 6 (5) haben an einer von J+S Genf organisierten polysportiven Woche im Rahmen des traditionellen Westschweizer Lagers in Genf mitgemacht. Das Kanu-Lager in La Roche hat 20 (0) Teilnehmende vereinigt.

### J+S-Kurse und Lager (10-20-Jährige) der Vereine und Schule

An diesen Kursen und Lagern haben 29 748 (28 653) Jugendliche in folgenden Sportarten teilgenommen: Karate, Segeln, Badminton, Basketball, Bergsteigen, Eishockey, Eislaufen, Fechten, Turnen, Polysport, Fussball, Kunstturnen, Geräteturnen, Gymnastik und Tanz, Judo, Ju-Jjitsu, Kanu, Unihockey, Inline Hockey, Leichtathletik, Schwingen, Orientierungslaufen, Radsport, Ringen, Rudern, Schwimmen, Ski, Snowboard, Skilanglauf, Skitouren, Rollhockey, Wasserspringen, Tchoukball, Rettungsschwimmen, Sportklettern, Tennis, Tischtennis, Volleyball, Reiten, Rock'n'Roll, Rugby, Lagersport und Trekking, polysportive Kurse.

Für diese Aktivitäten sind die J+S-Leiterinnen und -Leiter, die J+S-Coaches und ihre Vereine und Gruppierungen vom Bund mit 2 044 545 (1 916 650) Franken entschädigt worden.

#### 2.1.4 Loterie Romande-Sport (LORO-Sport)

Der Kantonsanteil am Gewinn von Loterie Romande-Sport betrug 2 431 623 Franken (2 215 121), derjenige des Sport-Toto 72 923 Franken (31 458).

Dieser Kantonsanteil wurde wie folgt verteilt:

|  | Fr.       |
|--|-----------|
| Ordentliche Unterstützung des Sportbetriebs                              | 933 740   |
| Bauten und Materialeinkäufe  | 333 587   |
| Unterstützung von Spitzensportlern und Talenten                          | 350 000   |
| Veranstaltungen, Kurse und Lager, Sport für alle, andere Trainingsformen | 300 000   |
| Kommissionen   | 10 000    |
| Verschiedene administrative Ausgaben                                     | 60 000    |
| Werbung  | 15 000    |
| Aktion LORO-Sport  | 30 000    |
| Freiwilliger Schulsport (50% von 150 000)                                | 75 000    |
| Zuweisung an den Reservefonds  | 397 219   |
| Total  | 2 504 546 |

71 (69) Verbände, Vereine und Institutionen haben eine Unterstützung für ihren ordentlichen Sportbetrieb erhalten, dies auf der Basis der Mitgliedererhebung 2005, die 2007 zum letzten Mal gültig war. Eine neue Erhebung wird 2008 organisiert; diese wird dann von 2008 bis 2010 Gültigkeit haben.

### 2.2 Besondere Ereignisse

J+S-Experten, Mitglieder des FVS und einige Grossräte haben sich am 27. März 2007 in der Aula der Pädagogischen Hochschule in Freiburg zur 11. Landsgemeinde des Amtes für Sport versammelt. Die wichtigsten Themen waren: «Cool & Clean» und «ecosport».

Am 26. Mai und am 3. November 2007 haben sich um die 40 J+S-Leiterinnen und Leiter in der Orientierungsschule (OS) Murten zu interdisziplinären Spezialkursen versammelt. In Zusammenarbeit mit der Gemeinde und der OS Murten sowie der Suchtpräventionsstelle Freiburg wurden die Teilnehmenden für folgendes Anliegen sensibilisiert: übertriebener Alkoholenuss und Aufbau einer «andern Festkultur» in den Sportvereinen.

## XIV. AMT FÜR KULTUR

### 1. Kulturförderung

#### 1a. Aufgaben

Das Amt behandelt innerhalb des Staates alle Fragen, die in den Bereich der Kulturförderung fallen, und setzt diese um.

Amtsvorsteher: Gérald Berger.

#### 1b. Tätigkeit

##### 1.1 Kommissionen

##### 1.1.1 Kommission für die Verwaltung des kantonalen Kulturfonds

Die Kommission hat sich zu einer Sitzung getroffen. Sie hat die Fonds überprüft, aus denen sich der kantonale Kulturfonds zusammensetzt, und Vorschläge für die Verwendung der Fondsmittel erteilt.

##### 1.1.2 Kommission für kulturelle Angelegenheiten

Die Kommission hat acht Sitzungen abgehalten. Sie hat zu 200 (179) beim Amt eingegangenen Beitragsgesuchen Stellung genommen. Weiter hat sie die Vorschläge des Amtes zur Regierungsprogramm 2007–2011 geprüft und angenommen. Zudem wurde sie im Rahmen der Totalrevision des Ausführungsreglements zum Gesetze über die kulturellen Angelegenheiten angehört. Und schliesslich hat sie Überlegungen zu den Unterstützungsmaßnahmen für freiburgische Theatergruppen angestellt.

##### 1.2 Kulturförderbeiträge

Zur Förderung aller kulturellen Ausdrucksformen (Theater, Literatur, Musik, Film, bildende Kunst, Tanz,

Kulturanimation) sowie für kulturelle Kooperationsprojekte standen dem Amt für Kultur insgesamt 3 500 000 Franken zur Verfügung.

### 1.2.1 Statistik

80% der gewährten Beiträge waren für die Förderung des Kulturschaffens bestimmt und die restlichen 20% gingen an kulturelle Veranstaltungen folgender Ausdrucksformen:

|                              |       |
|------------------------------|-------|
| – Theater:                   | 44,5% |
| – Musik:                     | 13,2% |
| – Tanz:                      | 11,0% |
| – Bildende Kunst:            | 9,4%  |
| – Literatur / Publikationen: | 5,2%  |
| – Film / Video:              | 2,5%  |
| – Verschiedenes:             | 14,2% |

Die Internetseite des Amtes ([www.fribourg-culture.ch](http://www.fribourg-culture.ch)) verzeichnete über 63 000 Besuche.

### 1.2.2 Schaffenspartnerschaften

Folgenden Schaffensgruppen, mit denen ein mehrjähriger Partnerschaftsvertrag eingegangen wurde, haben insgesamt 1 400 000 Franken erhalten: Théâtre des Osses (Givisiez), Compagnie de danse Da Motus (Freiburg), Compagnie Fabienne Berger (Promasens), Ensemble Orlando (Freiburg).

Das Verwaltungsgericht hat die Beschwerde des Vereins «Le Guignol à roulettes» gegen den rechtskräftigen Entscheid des Staatsrats vom 24. Januar 2006 abgelehnt; in diesem Entscheid wurde der Verzicht auf die Erneuerung des Partnerschaftsvertrags für die Jahre 2006, 2007 und 2008 bekräftigt.

### 1.2.3 Erneuerbare Schaffensbeiträge

Vier Institutionen kamen in den Genuss eines erneuerbaren Schaffensbeitrags mit einem Gesamtbetrag von 505 000 Franken: Freiburger Oper, Centre d'art contemporain Fri-Art, Belluard Bollwerk International und Espace Nuithonie (Konzept RésiDanse in Freiburg). Dank dem an den Espace Nuithonie überwiesenen Betrag konnten in dessen Räumen die Produktionen zweier Freiburger Tanztruppen aufgeführt werden: die Compagnie Fabienne Berger (Promasens) und die Compagnie Drift (Freiburg/Zürich).

### 1.2.4 Schaffensbeiträge

Die Direktion hat den folgenden Kulturschaffenden und kulturellen Institutionen einmalige Schaffensbeiträge von insgesamt 881 000 Franken gewährt:

Ensemble vocal Anonyme 80, Collegium Vocale Seeland, Ani and the flowers, Chorale von Châtel-St-Denis, Corps de musique der Stadt Bulle, Chor des Konservatoriums Freiburg, Groupe Enigmatik, Denis Beuret, Harfenduo Geneviève Chevallier und Christine Fleischmann, Fanfare des Kollegiums St. Michael, Rolf Gubler & Band,

Eggippa Fifauter, Gustav, Union Instrumentale de Fribourg, Kammerchor der Universität Freiburg, Laure Betris, Association des Concerts de la Semaine Sainte, Groupe choral Intyamou, Groupe Serge, Choeur-mixte La Concorde von Riaz, Choeur-mixte La Cécilienne von La Tour-de-Trême, Ensemble vocal féminin Elles en C, Groupe Spectacle, Les Griffons verts, Ensemble vocal La Cantilène, Groupe Poing final, Association A Coeur Joie Suisse, Steve Buchanan, La Chanson du Moulin, Bonny B. Band, Chala Cubana, Benoît Perriard, Adrien Vauthy, Association En Fan de la Planète, Frédéric Chapuis, Gaël Kyriakidis (Musik, Gesang, Rock, Jazz); Archéologie Suisse, Bibel & Orient Museum, Jean Carlo Bertoli, Editions de l'Aire, Editions La Sarine, Schopf Verlag Konstanz, Benteli Verlag, Association des Amis de la reliure d'art, Angel Corredera, Editions du Casetin, Ursula Fölmi, Association des Amis de Fri-Art, Editions de l'Hèbe, Biro Editeur Paris, Deutschfreiburger Heimatkundeverein, Editions Gruériennes, Editions Slatkine, Stiftung für eine historisch-kritische Gottfried Keller-Ausgabe, Verein O.S.K.A.R. (Literatur / Publikationen);

Nouveau Théâtre, Schauspiel «Peter Falk», Association Néfeli, Open-Tréteaux, Kunos Circus Theater, Compagnie L'Efrangeté, Cirque Toamême, Talman Ensemble, Théâtre de l'Ecrou, Compagnie Les Barbares, Deutschfreiburger Theatergruppe DFTG, Le Guignol à Roulettes, L'Aire du Théâtre, Théâtre On m'ladit, Association Cirque-en-ciel, Compagnie Les Ananasses Vertes, Compagnie Ad'Oc, Les Tréteaux de Chalamala (Theater);

Janic Eberhard, Productions JMH (Kino/Video); Nadine Andrey, Schweizerisches Institut zur Erhaltung der Fotografie, Sandro Godel, Flaviano Salzani, Jean-François Devaud, André Sugnaux, Antonio Bruni, Christiane Lovay, Pierre-Alain Morel, Jacques Gutknecht, Jacques Cesa, Monique Chardonness, Georges Corpataux, Odile Gauthier (Bildende Kunst, Fotografie); Compagnie Tonia Schilling, Compagnie Un Univers d'Etoile (Tanz).

### 1.2.5 Ausserordentliche Beiträge und Beiträge zur Förderung der Dezentralisierung

Mit ausserordentlichen Beiträgen oder Defizitgarantien in Höhe von insgesamt 378 000 Franken hat die Direktion u.a. folgende Veranstaltungen und Organisationen unterstützt:

Fêtes musicales de Bulle, Fête romande des tambours, fifres et clairons (Freiburg), Association des Amis de la Schubertiade (Lausanne/Freiburg), Association Contre-Coeur (Murten), Corps de musique der Stadt Bulle, Société des Amis du Musée Gruérien (Bulle), Art Forum Glâne (Rue), Jeune Chambre Economique von Châtel-St-Denis und Umgebung, Isabelle Krieg, Schmittner Openair, Internationales Filmfestival Freiburg, Orgelakademie Freiburg, Association «Rencontres de l'Aventure» (Bulle), Société de musique L'Harmonie (Arconciel), Kirchenkonzerte Murten,

Irish Party (Nuvilly), Eclatsconcerts Freiburg, Rencontres théâtrales in Bulle, Théâtre L'Arbanel (Treyvaux), Fête du livre et du papier (Greyerz), Association Guitare et Luth (Freiburg/Greyerz), Vitromusée Romont, Association ADMA (Freiburg), Association L'Anecdote (Estavayer-le-Lac), Fondation Bex & Arts, Association Guitare Passion (Freiburg), Stone Hill Festival (Alterswil), Musica Virtuosa (Freiburg), Festival Les Montagnuits (Montagny), Association Matran sculpte, Le Poisson Rouge (Freiburg), Cantorama (Jaun), Société des concerts der Stadt Bulle, Pro Vistiliaco, Storyteller Museum (Freiburg), Association Archimob (Lausanne), Swiss Clarinet Society (Freiburg), Ludimania'K (Estavayer-le-Lac), Fondation Edith Moret – Schloss Mézières, Société de développement de Broc, Association des concerts de Corpataux-Magnedens, Association des Amis de l'orgue des Kollegiums St. Michel, Gutenberg Museum (Freiburg), Association Eline & Compagnie (Freiburg).

### 1.2.6 Ordentliche Beiträge

Die Direktion hat 37 auf kantonaler Ebene tätige Kulturvereine und kulturelle Gruppierungen sowie interkantonale Institutionen mit insgesamt 189 000 Franken unterstützt.

### 1.2.7 Beiträge der Loterie Romande

In Absprache mit der Direktion hat die kantonale Kommission der Loterie Romande folgende Veranstaltungen und Kulturstätten mit einem Gesamtbetrag von 2 310 000 Franken unterstützt: Bad Bonn (Düdingen), Belluard Bollwerk International (Freiburg), Centre culturel Ebullition (Bulle), Estivale Openair (Estavayer-le-Lac), Internationales Jazzfestival Freiburg, Internationales Filmfestival Freiburg, Festival de Musiques sacrées (Freiburg), Fri-Art (Freiburg), Fri-Son (Freiburg), La Spirale (Freiburg), Le Bilboquet (Freiburg), Les Concerts de l'Avent (Villars-sur-Glâne), Les Francomanias de Bulle, Murten Classics, Freiburger Oper, Internationales Folklore-Treffen in Freiburg, Konzertgesellschaft Freiburg.

Ferner hat die Kommission im Einvernehmen mit der Direktion die Saisonprogramme folgender Einrichtungen mit insgesamt 550 000 Franken unterstützt: Espace Nuithonie (Villars-sur-Glâne), CO2 (La Tour-de-Trême), Podium (Düdingen), Univers@lle (Châtel-St-Denis), La Tuffière (Corpataux-Magnedens).

### 1.2.8 Stipendium zur Förderung literarischen Schaffens

Im Anschluss an die Ausschreibung des Stipendiums wurden 17 Bewerbungen (13 französischsprachige, 4 deutschsprachige) eingereicht. Auf Vorschlag eines von ihm beauftragten Gutachtergremiums vergab das Amt für Kultur zwei Stipendien von je 15 000 Franken, das eine an David Colin aus Villars-sur-Glâne für einen Roman mit dem Titel «Panorama», das andere an Marianne Freidig aus Plasselb für ein Theaterstück.

### 1.2.9 Fotografische Ermittlung: Thema Freiburg

Die im Jahr 2005 preisgekrönte Arbeit «L'âge critique» von Nicolas Savary wurde in der Kunsthalle Fri-Art (Freiburg) gezeigt; zur Ausstellung ist auch ein Katalog erschienen.

Die Ausschreibung für die 6. Ausgabe der Fotografischen Ermittlung: Thema Freiburg erfolgte im März. 21 Projekte aus der ganzen Schweiz gingen bis zum Ablauf der Frist ein. Die vom Amt für Kultur eingesetzte Jury entschied sich für das Projekt von Yves André aus St-Aubin (NE) mit dem Titel «Paysages occupés». Der Fotograf will die Veränderungen der freiburgischen Landschaft in den letzten 30 Jahren illustrieren.

### 1.2.10 Fonds Pierre und Renée Glasson

Der 1995 gegründete Fonds Pierre und Renée Glasson hat sich zum Ziel gesetzt, das Nachdiplomstudium junger Musikerinnen und Musikern freiburgischer Herkunft an einem Konservatorium in der Schweiz oder im Ausland mitzufinanzieren. Nach der Anhörung der Kandidatinnen und Kandidaten hat die Expertenjury Edmée-Angeline Sansonnens, Harfenistin aus Marly, ein Stipendium von 15 000 Franken gewährt, damit sie ihre Studien an der Hochschule für Musik in Hamburg weiterführen kann.

### 1.2.11 Kulturelle Infrastrukturen

Gemäss den früheren Entscheidungen des Staatsrates wurden folgende Subventionsbeträge gewährt: Ancienne Gare, Freiburg: 150 000 Franken (Restbetrag); Schloss Greyerz (Conciergerie): 200 000 Franken (2. Tranche); Théâtre des Osses (Umbauarbeiten): 110 000 Franken; La Tour Vagabonde (elisabethanisches Wandertheater): 190 000 Franken.

### 1.2.12 Zusammenarbeit

Das Amt hat an den Aktivitäten der CORODIS (Commission romande de diffusion des spectacles) teilgenommen. Es hat die Tätigkeit der Fondation romande pour la musique actuelle, des interkantonalen Fonds «Regio-Films» und der Association romande des techniciens du spectacle (ARTOS) unterstützt. Zudem hat es sich an den Arbeiten der schweizerischen sowie der westschweizerischen Kulturkonferenz beteiligt.

Im Rahmen des von der Stiftung Pro Helvetia und den Kantonen Freiburg, Wallis und Jura gemeinsam lancierten Projekts «Kaléidoschoral» hat das Amt ein Konzert mitorganisiert, das am 3. März in La Tour-de-Trême stattfand, und sich an einem Symposium beteiligt, das am 21. und 22. April in Saignelégier durchgeführt wurde. Ziel dieser Initiative ist es, die gegenwärtigen Stärken und Strömungen im Chorgesang der französischen Schweiz aufzuzeigen und Synergien zwischen Traditionen und Neuerungen herzustellen.

Der Amtsvorsteher vertritt den Kanton Freiburg im Stiftungsrat der Hochschule für Theater der Westschweiz, deren Vizepräsident er ist.

Die visuelle Künstlerin Nadine Andrey aus Heitenried wurde für einen sechsmonatigen Aufenthalt in der in Berlin gemieteten Atelier-Wohnung Schönhauser ausgewählt.

### 1.2.13 Kultur und Schule

Das Amt hat die Durchführung des Programms «Kultur und Schule», bestehend aus 40 Theateraufführungen, Filmen und Konzerten für Schulen des Kantons und produziert von Freiburger Kulturschaffenden, finanziell unterstützt.

Ausserdem hat das Amt 10 Museen und Ausstellungsorten des Kantons finanzielle Unterstützung für die Durchführung von Workshops und Schulveranstaltungen gewährt. Dank dieser Hilfe konnten etwa dreissig Workshops angeboten werden.

Insgesamt wurde für «Kultur und Schule» ein Beitrag von 112 111 Franken gewährt.

### 1c. Besondere Ereignisse

Das Amt hat einen Entwurf für die Totalrevision des Ausführungsreglements vom 14. August 1992 zum Gesetz über die kulturellen Angelegenheiten vorbereitet. Denn die in den letzten 15 Jahren erfolgte Umsetzung der Kulturförderungspolitik machte die Anpassung an bestimmte Verfahren und Instrumente oder neue Instrumente der Kulturpolitik erforderlich. Das neue Reglement über die kulturellen Angelegenheiten wurde vom Staatsrat am 10. Dezember angenommen und tritt am 1. Januar 2008 in Kraft.

## 2. Kulturelle Institutionen

### 2a. Aufgaben

Das Amt übt die Aufsicht über die kulturellen Institutionen des Staates aus, legt ihr allgemeines Tätigkeitsprogramm fest und sorgt für die Koordination ihrer Tätigkeiten.

### 2b. Tätigkeit

#### 2.1 Beaufsichtigung und Koordination der kulturellen Institutionen

Der Amtsvorsteher hat mit den Verantwortlichen der kulturellen Institutionen rund dreissig Koordinations-sitzungen sowie zwei Plenarsitzungen abgehalten. Er hat die Erstellung des Finanzplans, des Voranschlags und der Rechnung aller Institutionen beaufsichtigt und an den Kommissionssitzungen (Arbeitsgruppen und Gesamtkommission) der jeweiligen Institutionen teilgenommen.

Der Amtsvorsteher leitet die mit dem Ausbauprojekt der Kantons- und Universitätsbibliothek betraute Arbeitsgruppe. Daneben wirkt er im gemeinsamen Vorsitz der Steuerungsgruppe Waadt-Freiburg mit, welche die Frage einer allfälligen Eingliederung der Berufsklassen des Konservatoriums Freiburg in das Konservatorium

Lausanne abklären soll. Er präsidiert den Lenkungsausschuss für die Planung einer Jean Crotti gewidmeten Ausstellung, die zusammen mit dem Museum für Kunst und Geschichte in Freiburg und dem Pariser Musée d'art moderne organisiert werden soll. Ferner ist er Präsident der mit dem Umbau des Zoologiesaals des Naturhistorischen Museums betrauten Arbeitsgruppe.

Im Auftrag des Staatsrats hat das Amt einen Entwurf für eine Verordnung über die Beteiligung des Staates an der Finanzierung von Dritten gegründeter kultureller Institutionen erarbeitet. Diese Verordnung ist am 1. Januar 2007 in Kraft getreten.

Das Amt beteiligte sich an den Feierlichkeiten zur 850-Jahr-Feier der Stadt Freiburg. Der Amtsvorsteher vertrat den Kanton im Organisationskomitee. Der Kanton beteiligte sich auch an den Feierlichkeiten, einerseits mit einem Gesamtbeitrag von 200 000 Franken für das kulturelle Programm der Feier und andererseits durch die von seinen kulturellen Institutionen finanzierten und realisierten Veranstaltungen (Ausstellungen, Vorträge) und Publikationen.

## 3. Staatsarchiv

### 3a. Auftrag

Hauptaufgabe des Staatsarchivs (StAF) ist es, die rechtlich und administrativ wichtigen Unterlagen des Staates, der kantonalen Anstalten und Dienststellen zu bewerten, zu übernehmen, zu erschliessen und zugänglich zu machen. Das Staatsarchiv betreut die Dienststellen im Bereich Vorarchiv und berät Gemeinden und Pfarreien bei der Organisation und Führung ihrer Archive. Es unterstützt das Publikum, Studenten und Forscher bei ihren Recherchen und vermittelt ihnen die nötigen Hinweise zum Archivgut.

Staatsarchivar: Hubert Foerster

### 3b. Tätigkeiten

#### 3.1 Ablieferungen

Das Staatsarchiv verzeichnete Eingänge von insgesamt 359,85 (542,30) Laufmetern (Lm), davon wurden 327,90 (521,20) Lm von der kantonalen Verwaltung abgeliefert.

#### 3.1.1 Ablieferungen der öffentlichen Hand

von der Staatskanzlei:

- Namensliste der Staats- und Grossräte, der Kommissionsmitglieder und des Kantonsgerichts: 4 Bände, 1902–2006; Akten der 500-Jahrfeier der Murtenschlacht, 1976, und des Eintritts Freiburgs in die Eidgenossenschaft, 1981, Pressemitteilungen der Staatsratssitzungen, 1970–2001, Berichte der kantonalen Anstalten, 1990–2004, Protokolle der Kommissionen, 2006 (6,60 Lm);

von der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport:

- vom Amt für Ressourcen: Bauakten, 1969–2002 (10,70 Lm);

- vom Museum für Kunst und Geschichte: Kopien der Quellen zu Franz-Peter König samt Inventar, 267 Briefe und Dokumente der Familie Vicarino-Schaller, 1817–1883, und 12 verschiedene Dokumente, 1745–1826, 0,70 Lm);

von der Sicherheits- und Justizdirektion:

- von der Kantonspolizei: Tagesberichte der Polizeiposten, 2001 (1,70 Lm);
- von der Einsatz- und Alarmzentrale (EAZ) der Kantonspolizei: Informationsjournal, 2006 (0,40 Lm);

von der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft:

- vom Amt für Landwirtschaft: Sektor Nutztierzucht: Akten, 1903–2006 (5,70 Lm);
- vom Oberamt des Greyerzbezirks: Baubewilligungen und Akten, 1974–1985 (4 Lm);
- vom Oberamt des Vivisbachbezirks: 4 Briefkopiebücher, 1840–1906 (0,20 Lm);
- vom Amt für Gemeinden: Gemeinderechnungen, 1995–1996 (4 Lm);
- vom Amt für Wild, Wald und Fischerei: Wirtschaftspläne der Gemeindewaldungen, 1854–1967 (3,30 Lm)

von der Direktion für Gesundheit und Soziales:

- vom Jugendamt: Personendossiers, 1972–1992 (4 Lm);

von der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion:

- vom Bau- und Raumplanungsamt: Baudossiers, 1988–1989 (88 Lm);

von den Gerichtsbehörden

- vom Verwaltungsgericht: Akten der drei Kammern sowie vom Sozialversicherungsgerichtshof, 1996 (10,60 Lm);
- vom Bezirksgericht Greyerz: Strafakten, 1937–1969 (48,30 Lm);
- vom Bezirksgericht Vivisbach: Strafakten, 1824–1972, (31 Lm);
- von der Jugendstrafkammer: Akten, 1992–1996 (22 Lm);
- vom Friedensgerichtskreis Prez, Farvagny, Belfaux: Akten und Register, 1848–2006 (37 Lm);
- vom Friedensgericht Rechthalten: Akten und Register, 1712–1971 (8 Lm);
- vom Friedensgericht Tafers: Akten, 1924–1990, Vormundschaftsakten, 1966–2006 (37 Lm);
- vom Friedensgericht Albeuve: Akten und Register, 1877–2003 (2 Lm);
- vom Notar Hermann Bürgy: 192 Notariatsminuten, 1966–1990, und 2 Registerbände, 1966–1988, (14,30 Lm);
- vom ehemaligen Notar Jean-Marie Cottier: 73 Notariatsminuten und 8 Ordner Bürgscheine und Erbbestätigungen, 1965–2007 (5,10 Lm).

### 3.1.2 Ablieferungen (Schenkungen, Depots) von Institutionen und Privatpersonen

Das Archiv hat 31,95 (7,30 Lm) Schenkungen und Depots erhalten, darunter: vom Deutschfreiburger Verband Katholischer Landfrauen, 1936–2006 (0,40 Lm); vom Institut Gouglera (3,50 m); vom Kindergärtnerinnenverein Deutschfreiburg (KVDF), 1973–2000 (0,35 Lm); von der reformierten Pfarrei Meyriez: 25 Dokumente, 19.-20. Jh. (0,10 Lm); von der Pfarrei Nuvilly: Obituar der Kapelle St-Théodule von Aumont, 1457, und 2 Anerkennungen, 1583–1585 und 1618 (0,10 Lm); vom Sängerverband des Kantons Freiburg: unklassierter Bestand, 1929–2004 (5,10 Lm); vom Wasserbauunternehmen Bibera, Jeuss und Kerzers, 1921–1997 (0,70 Lm); von Anton Jungo: Notizheft eines Politikers (Volkspartei Sense), 1918–1921; von Gabriel Kolly: 7 Fotos und 2 Dokumente zur Familie August Fasel, Postunternehmer in Freiburg, Beginn 20. Jh.; von Maria und Victor Marty: Familienforschung Stulz und verwandte Familien, 77 Ordner, 17.-20. Jh. (5,80 Lm); von Sabine de Mural: Archiv der Familie de Reynold von Cressier, 2026 Dokumente und Register, 1301 - Beginn 20. Jh. (7,30 Lm); von Jean-Pierre Dorand: Association fribourgeoise des instructeurs de protection civile (AFIPC): Korrespondenz, Rapporte, Diapositive, 1972–1983 (0,40 Lm); von der Familie von Roger Pochon, Chefredaktor der La Liberté von 1951–1970: Kopien seiner Zeitungsartikel (unvollständig), 1926–1969 (3 Lm); von Aldo Poffet: 144 Dokumente zur Familie Perriard von Blessens, 1671–1929 (0,20 Lm); von Guy von der Weid: 45 Dokumente die Familie von der Weid betreffend, 1688–1901; von Marianne Terrapon Schweizer: Dokumente aus dem Nachlass Romain Schweizer (1916–2005), seine Tätigkeiten im Verein Schweizer Ski-schulen, in der Loterie Romande, bei den Pfadfindern und in der Armee betreffend, (3 Lm); von Marie-Thérèse Torche: Akten zu Paul Torche, Präsident der «Fribourgeoise générale d'assurances», 1963–1975, und 3 Ordner Zeitungsausschnitte (1,10 Lm); von Marlène Zurch: historische Nachforschungen zu den Familien Kaeser von Bösing, 15.-20. Jh., Philipona von Tentlingen, 18.-20. Jh., und Boschung von Wünnewil, 17.-20. Jh. (0,40 Lm).

### 3.2 Restaurierungsarbeiten, Schutzmassnahmen, Mikroverfilmung

Verschiedene Fachleute haben eine Urkunde von Humilimont (Z 70) aus dem Jahre 1375 sowie die Ratsmanuale RM 242 (1691), 252 (1701) und 277 (1726) restauriert. Der Buchbinder des Staates hat 60 Zivilstandsregister gebunden.

Die Mikrofilmzentrale hat 94 (87) Geburts-, Ehe- und Sterberegister, von 17 (20) Pfarreien, 22 Manuale des Kapitels St. Nikolaus, 1578–1960, Kornlisten von 1785, 6 Brandkatasterregister, 1812–1823, und 34 Staatratsprotokolle (1863–1896) mikroverfilmt.

### 3.3 Klassierungs- und Inventarisierungsarbeiten

Folgende Inventare wurden abgeschlossen (chronologische Reihenfolge):

- Inventar zu Dokumenten, welche die Familien von Blessens betreffen, 1671–1929, 13 S.;
- Inventar zu 200 Dokumenten der eidgenössischen Tagsatzung, 1803–1848, 50 S.;
- Inventar des Oberamtes des Greyerzerbezirks, 1803–1963, 39 S.;
- Inventar der Druckschriften der früheren Freiburger Elektrizitätswerke, 1902–1982, 11 S.;
- Inventar des Archivs des Sängerverbands des Kantons Freiburg, 1929–2004, 18 S.

Laufende Erschliessungsarbeiten (chronologische Reihenfolge):

- Kontrolle von 2026 Dokumenten des Bestands Reynold von Cressier, 1301–20. Jh.;
- Vorbereitungsarbeiten für ein Inventar der Notariatsregister, 1356–1798;
- Repertorium zu 396 Urkunden der Familie de Montenach, 1354–1825;
- Kurzinventar und Repertorium des Bestands des Kapitels St. Nikolaus (vom Kapitel finanziert), 1512–1926;
- Inventar zu 120 Dokumenten der Familie Reynold von Romont, 1519–1798, und zu 118 Dokumenten der Familie de Wuilleret von Romont, 1549–1956;
- Analyse von 17 Urkunden der Pfarrei Bösinggen, 1572–18. Jh.;
- Repertorium des Bestands zur Helvetik, 1798–1803;
- Repertorium des Bestands des Oberamts des Saanebezirks, 1803–1973;
- Repertorium des Bestands Vicarino-Schaller und anverwandten Familien, 1817–1883;
- Ordnen der Korrespondenz des Militärdepartements, 1850–1950;
- Ordnen der Zivilstandsregister und Vorbereitung zum Binden, 1876–2004;
- Inventar der Akten des Gerichts des Saanebezirks vor 1889;
- Ordnen der Steuerregister, 2. Hälfte 19. Jh.;
- Bewertung und Umschachteln der Akten der «Commission des baux de la Sarine»;
- Inventar von 1874 Personendossiers von Bellechasse, 20. Jh.;
- Nachführen – gemäss Eingang der Dokumente – folgender Inventare: Staatsverträge, Pfarreiregister und topographischer Katalog.

### 3.4 Anschaffungen

Die Handbibliothek des Staatsarchivs wurde um 92 (95) Titel und 118 Dokumente der Familie de Wuilleret, 16.-20. Jh., erweitert.

### 3.5 Kundendienst

Vom 1. Dezember 2006 bis zum 30. November 2007 wurden 10 351 (9555) Dokumente und 3293 (3101) Mikrofilme von 706 (714) Besuchern in 3493 (3345) Tagessitzungen bearbeitet. Es beschäftigten sich:

- 381 (404) Personen, davon 301 (333) mit genealogischen Nachforschungen und 88 (71) mit verschiedenen Themen;
- 325 (310) Wissenschaftler, davon 43 (50) mit dem Mittelalter, 101 (81) mit dem Ancien Régime und 181 (179) mit dem 19. und 20. Jh.

Das Staatsarchiv hat 547 (517) Dossiers an verschiedene Dienststellen weitergeleitet.

Es wurden 20 (24) Führungen für 366 (405) Personen, darunter Schüler, Studenten, Lehrer, Beamte und Mitglieder privater Vereinigungen durchgeführt.

Die Archivare beteiligen sich am Historischen Lexikon der Schweiz. Der Archivar ist Mitglied der Archivdirektorenkonferenz. Als solches gehört er der Aufsichtskommission der Koordinationsstelle für die dauerhafte Archivierung elektronischer Unterlagen (KOST) an. Ferner ist er Komiteemitglied der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte. Die Adjunktin ist Mitglied des Bildungsausschusses des Vereins der Schweizer Archivarinnen und Archivare. Sie nimmt an den Lehrmeisterintreffen Bern-Basel für I+D-Assistenten teil.

### 3.6 Vorarchiv

Die Archivare haben 34 (25) Dienststellen der kantonalen Verwaltung besucht und beraten: die Staatskanzlei, das Kantonale Psychiatrische Spital in Marsens, die Friedensgerichte von Albeuve, Belfaux, Bulle, Charmey, Cugy, Kerzers, Dompierre, Estavayer-le-Lac, Freiburg, Greyerz, La Roche, Le Mouret, Misery, Murten, Rechthalten, Schmitten, Semsales, Surpierre, Tafers, Vaulruz und Vuippens, das Betreibungsamt des Seebezirks, die Oberämter des Greyerz- und Vivisbachbezirks, das Amt für Landwirtschaft, das Amt für Ressourcen, das Jugendamt, das Meliorationsamt, das Amt für Wild, Wald und Fischerei, das Verwaltungsgericht, die Bezirksgerichte See und Vivisbach.

Die Archivare haben zudem weitere Institutionen beraten: das Belluard Bollwerk International, den Cercle de la voile in Estavayer-le-Lac, das Kollegium Hl. Kreuz, das Ursulinerinnenkloster, beide in Freiburg, das Institut Gouglera in Rechthalten, das Kollegiatstift St. Nikolaus, den Freiburger Anwaltsverband, das Wasserbauunternehmen Bibera, Jeuss und Kerzers, das Haus der Gesundheit in Plasselb, Herrn Marty von Biberist, Frau Olgiate von Courtételle, Herrn Progin von Schmitten, die Eidgenössische Militärbibliothek und das Stadtarchiv Bern.

Die Archivare haben die Gemeindarchive von Freiburg, Grolley, Le Mouret, Murten, Sâles (Greyerz), Überstorf, Vuissens und Wallenried sowie die Pfarreiarchive von

Attalens und St. Nikolaus in Freiburg sowie den Dienst für Pfarreikoordination der Stadt Freiburg besucht.

Das Staatsarchiv ist Mitglied der Kommission des Kulturgüterschutzes zur Inventarisierung der Gemeinde- und Pfarreiarchive. 2007 wurden 60 (43) Gemeinde- und 44 (43) Pfarreiarchive besichtigt.

### 3.7 Informatik

Die Version 4. 2. der Datenbank scopeArchiv wurde installiert.

Forscher aus aller Welt haben die Homepage von November 2006 bis Ende Oktober 2007 87 147 (82 906) mal besucht. Auf die Datenbank wurde im selben Zeitraum 224 743 (19 012) mal zugegriffen.

Dank Hilfspersonal konnten weitere Inventare und Ablieferungsverzeichnisse in die Datenbank scopeArchiv übernommen werden.

Die Archivare nahmen an den Sitzungen der User Group sowie der Arbeitsgruppe Bild von scopeArchiv teil. Die Adjunktin zeichnet verantwortlich für das Organisationsprojekt GEVER der Staatskanzlei, die als erste Dienststelle eine elektronische Geschäftsverwaltung einführen wird. Sie hat als Vertreterin des Archivs an den Sitzungen des Steuerungsausschusses zur Erarbeitung eines strategischen Leitbilds für den Bereich GEVER teilgenommen.

### 3.8 Publikationen, Vorträge, Ausstellungen, Varia

Die Archivare haben folgende Artikel publiziert:

- Die erste Verfassung der Stadt und Republik Freiburg: Die Handfeste von 1249, in: Fribourg 1700, no. 236, S. 16-17;
- La forêt de Bouleyres, in: Cahiers du Musée gruyérien, 2007, S. 91-100;
- Der «Kartoffelkrieg» 1856 in Freiburg. Die ersten sozialen Unruhen der Neuzeit, in: FN 04.08.07;
- La mutinerie des Suisses de Naples, 1859, in: Annales fribourgeoises 69, 2007, S. 51-70;
- Présence de Hauterive; Gens de cuir, gens de drap, und 4 weitere Artikel, in: Fribourg au Moyen Age: Le règne du mouton, Pro Freiburg Nr. 155, 2007, S. 17-18, 33-43;
- Staatsarchiv Freiburg, in: A. Gössi (Hrsg.), Archivbauten in der Schweiz und in Liechtenstein, 1899–2009, Baden 2007, S. 122-127;
- Der Vennerbrief oder «Lettre des Bannerets» (1404) in: Fribourg 1700, Nr. 234, S. 16-17;
- Wie alt ist die Freiburger Offiziersgesellschaft? Quellen im Staatsarchiv nennen 1827 als Gründungsdatum, in FN 23.06.07;
- Zahnärzte im 18. Jahrhundert, in: Freiburger Volkskalender 2007, S. 82-87.

Die Archivare haben folgende Vorträge gehalten: «Ad annum 34 ab Helvetia Sacra condita», anlässlich der letzten Versammlung der Helvetia Sacra in Basel; «Die

Schmiedzunft und ihre alte Fahne» im Museum für Kunst und Geschichte; «Le mouton dans la ville» für die «Association des enseignants en histoire de la ville de Fribourg». Die Adjunktin hat die Arbeit im Archiv und den Beruf des Archivars anlässlich des Informationsnachmittags für angehende I+D- Assistenten in Bern vorgestellt.

Mitarbeiterinnen des Staatsarchivs haben 3 Ausstellungen zu Archivbeständen organisiert, darunter eine Ausstellung zur 850-Jahrfeier der Stadt Freiburg.

### 3.9 Weiterbildung

Die Adjunktin hat an der Weiterbildungsveranstaltung des Vereins Schweizerischer Archivare und Archivarinnen (VSA) über «Archive und Öffentlichkeitsprinzip» teilgenommen.

### 3.10 Archivkommission

Die Archivkommission hat zweimal getagt und sich vor allem mit dem Budget und dem Jahresbericht beschäftigt.

## 4. Kantons- und Universitätsbibliothek

### 4a. Auftrag

Hauptaufgaben der Kantons- und Universitätsbibliothek (KUB) sind der Erwerb, die Aufbewahrung und die Vermittlung von Büchern, Zeitschriften und anderen Informationsträgern, welche für den Hochschulunterricht, die wissenschaftliche Forschung sowie für die Allgemeinbildung erforderlich sind. Sie stellt die Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen über die obligatorische Abgabe von für die Öffentlichkeit bestimmten Druckerzeugnissen und Aufnahmen sicher. Sie ist eine Studien- und Bildungsbibliothek für die gesamte Bevölkerung.

Die KUB koordiniert das universitäre Bibliothekssystem, sorgt für die bibliothekarische Ausbildung und arbeitet mit rund zehn assoziierten Spezialbibliotheken zusammen.

Direktor: Martin Good.

### 4b. Tätigkeiten

#### 4.1 Direktion und Stabsfunktionen

Die Machbarkeitsstudie für das Erweiterungsprojekt konnte nach den positiven Ergebnissen der geologischen Untersuchung und dem Einverständnis des Dominikanerordens, was die Nutzung des Untergrunds seines Gartens betrifft, abgeschlossen werden. Das Projekt wurde in den Finanzplan 2008–2011 aufgenommen. Die Steuergruppe verfasste einen Bericht zuhanden des Staatsrats und schlug die Jurymitglieder für den Architekturwettbewerb vor, der im ersten Quartal 2008 ausgeschrieben werden soll.

Wichtigste Projekte:

- Integration des digitalisierten Zettelkatalogs in den RERO-Katalog;
- Archivierung und Verbreitung der akademischen Schriften in digitaler Form, insbesondere der Abschlussarbeiten und der Zeitschriftenartikel («Postprints»);
- Zusammenarbeit mit der Nationalbibliothek für die Archivierung von Websites zur Freiburger Geschichte und Gegenwart;
- Umgestaltung und Reorganisation des Empfangs;
- Einführung eines Systems für Mitarbeitergespräche für das gesamte Personal, das folgende Aspekte umfasst: Feedback des direkten Vorgesetzten, insbesondere hinsichtlich der Leistungen; Zufriedenheit mit dem Arbeitsplatz; Festlegung persönlicher Ziele; Nachführung der Pflichtenhefte.

Der Conseil des directeurs des grandes bibliothèques romandes (CDROM) traf insbesondere in folgenden Bereichen Entscheide:

- Erarbeitung von Empfehlungen – in Zusammenarbeit mit dem Verband der Zeitungs- und Zeitschriftenverleger Schweizer Presse und der Schweizerischen Nationalbibliothek – zur Digitalisierung, Konservierung, Erschliessung und Vermittlung der historischen und zeitgenössischen Westschweizer Presse;
- Mitarbeit am Projekt E-lib.ch (siehe unten);
- Anreicherung der Katalogdaten (z. B. Abbildung der Buchumschläge);
- Terminplan für den Übergang zu einer vereinfachten Verbundarchitektur (Virtua Consortium).

Der Conseil exécutif RERO, in welchem der Direktor der KUB den CDROM vertritt, erarbeitete insbesondere einen strategischen Plan 2008–2012, der vom Conseil politique der CUSO verabschiedet wurde.

Die Konferenz der Universitätsbibliotheken der Schweiz («KUB») war insbesondere mit folgenden Themen beschäftigt:

- Aufbau eines nationalen Wissenschaftsportals E-lib.ch, welches als zentraler Einstiegspunkt für die gesamte Schweiz den Nachweis, die Validation und den Zugang zu wissenschaftlichen Informationen ermöglichen soll. Die Schweizerische Universitätskonferenz SUK/CUS wird für die Beitragsperiode 2008–2011 das Gesamtprojekt unter dem Projekttitel «E-lib.ch: Elektronische Bibliothek Schweiz» fördern; die Projektleitung ist an der Bibliothek der ETH Zürich angesiedelt und steht unter der Aufsicht der «KUB». Die 31 eingereichten Teilprojekte wurden von einer Auswahlkommission evaluiert; der Direktor der KUB vertritt in diesem Gremium den CDROM.
- Audit, Organisation und juristische Grundlage des Konsortiums.

#### 4.1.1 Gebäude, Einrichtungen

Die Klimaanlage musste ersetzt werden. Mit Blick auf das Erweiterungsprojekt beschränkten sich die Arbeiten im Übrigen auf den Gebäudeunterhalt.

#### 4.1.2 Berufsausbildung

Eine Person hat die Lehre als Assistent in Information und Dokumentation abgeschlossen, die von vier weiteren Personen fortgesetzt wird. Zwei neue Lehrlinge wurden in Partnerschaft mit der Bibliothèque de la Ville in Freiburg beziehungsweise der Bibliothèque publique et scolaire in Bulle angestellt. Im Rahmen einer Fachhochschulausbildung als Spezialist für Information und Dokumentation waren drei Personen für das Jahrespraktikum angestellt. Die erste Lehrtochter in Mediamatik setzt ihre Ausbildung fort.

An der von der Universität zum dritten Mal durchgeführten Ausbildung «Certificat de formation continue en gestion de documentation et de bibliothèque» haben 18 Personen teilgenommen.

Für das KUB-Personal wurden drei Weiterbildungsveranstaltungen durchgeführt.

#### 4.1.3 Koordination mit der Universität

Die Koordinationsgruppe behandelte Geschäfte wie die Kommunikation mit dem Lehrkörper der Universität, Personal- und Finanzfragen, die Planung der Rekatalogisierung, die Nachführung der Pflichtenhefte der Bibliothekare an der Universität, die Leistungsnormen für die Katalogisierung, die Benutzerschulung, die berufliche Ausbildung, den Finanzplan 2008–2011, das Erweiterungsprojekt der KUB-Zentrale sowie die Archivierung der universitären Veröffentlichungen («Postprints», Abschlussarbeiten) auf dem Dokumentenserver RERO DOC.

#### 4.1.4 Koordination mit den assoziierten Bibliotheken

Der Koordinator sowie der Störbibliothekar behandelten hauptsächlich folgende Geschäfte: neuer Verteilungsschlüssel der RERO- und der lokalen Kosten; Umsetzung der neuen Verbundarchitektur (Virtua Consortium); Zugang zu den elektronischen Ressourcen der KUB; Informatisierung der Verwaltung der Reihenpublikationen; Standardisierung der Ausleihpraktiken und Batchprodukte; Informatisierung der Ausleihe des Konservatoriums; Sacherschliessung in der Hochschule für Gesundheit (HSfG); Integration der Bibliothek der Restauratoren des Museums für Kunst und Geschichte (MAHF); Vorbereitung der Informatisierung des Kantonsgerichts (KGF); Abklärungen für das Centre de documentation pédagogique (CFDP) und das Didaktische Zentrum (DZ).

#### 4.1.5 Koordination mit der Vereinigung der Freiburger Bibliotheken (VFB)

Auf Ersuchen der VFB schuf die EKSD eine Arbeitsgruppe für die Schul- und gemischten Bibliotheken. Für das Personal der freiburgischen Bibliotheken wurden mehrere Weiterbildungskurse durchgeführt, die teilweise von der EKSD subventioniert waren. Die Loterie Romande gewährte eine Unterstützung von 127 914 Franken, die vollständig an die öffentlichen und Schulbibliotheken verteilt wurde.

#### 4.1.6 Veröffentlichungen

Um ihre Bestände, Angebote und Tätigkeiten allgemein bekannt zu machen, oder im Rahmen von Kooperationen veröffentlichte die KUB folgende Schriften:

- «Freyburg auch Fryburg», Stadtansichten aus dem Zeitalter der Aufklärung, aus dem *Allgemeines Helvetisches, Eydgenössisches oder Schweizerisches Lexicon*, von Johann Jacob Leu, erläutert von Volker Reinhardt – «Fribourg en Suisse, ou Freybourg», Vues de la ville au temps des Lumières, extrait de l'*Encyclopédie d'Yverdon* (1773), Originaltext von Vinzenz Bernhard von Tschärner, präsentiert von Alain Bosson. Publikation anlässlich der 850-Jahr-Feier der Gründung der Stadt Freiburg;
- André Ducret, Komponist, Chorleiter und Pädagoge;
- Le Fribourg des Mülhauser – Das Freiburg der Mülhauser, 1930-1975;
- Digitalisierter Katalog der Partituren von Abbé Joseph Bovet;
- Nicolas Savary [L'âge critique], Fotografische Ermittlung: Thema Freiburg 2006;
- Chronique fribourgeoise 2006;
- Ein Dutzend Themenblätter zur Ergänzung des KUB-Prospekts;
- Elektronischer Newsletter für den Lehrkörper der Universität;
- Prospekt Kulturprogramm 07 und Kulturprogramm 07-08;
- Cinéplus-Programm Frühjahr 07 und 07-08;
- Neues Set künstlerisch gestalteter Lesezeichen;
- BCU Info, Nr. 56-57.

## 4.2 Kulturelle Veranstaltungen

### 4.2.1 Ausstellungen

- Schweiz – Mon œil de Driss Manchoube, im Rahmen des Internationalen Filmfestivals Freiburg;
- Salomons Tempel, veranstaltet vom Bibel+Orient Museum der Universität Freiburg;
- Die italienischen Fotografen des Neorealismus;
- [Par défaut ...], Retroperspektive Ausstellung mit 47 Grafiken von Jean-Pierre Humbert;
- Das Freiburg der Mülhauser.

### 4.2.2 Veranstaltungen, Vorträge

Abendveranstaltungen in der Rotunde: Nouvelles du passé par Armand Maillard; Journée mondiale du livre: Que lire? Les choix du chroniqueur Alain Favarger; Welttag des Buches: Was man wirklich lesen muss! Charles Linsmayer gibt Auskunft; Fribourg en Suisse ou Freybourg, présentation de la plaquette avec des lectures d'extraits; Vom Senseland über Rom nach Neuseeland, das ungewöhnliche Leben des Abenteurers Jakob Lauper (1815–1891) aus Giffers, mit Autor Damian Zingg; Jérusalem, ville sainte par le Prof. Max Küchler dans le cadre de l'exposition Le Temple de Salomon; Als die Nachtvögel kreisten, ein Geschichtskrimi aus dem Senseland, mit Autor Christian Schmutz; Sagesse de la montagne: une expérience intérieure avec le philosophe François Gachoud; Son lit de pierres, projection-lecture des images de René Bersier et des textes de Monique Rey.

Mittagsveranstaltungen in der Rotunde: Führungen durch die Ausstellungen: Leben im Kloster Hauterive von Paul Joss; Schweiz – Mon œil par Driss Manchoube; Schweiz – Mon œil mit Dagmar Kopse; Le Temple de Salomon par Aude Vuilloud; Salomons Tempel mit Prof. Othmar Keel; Les photographes italiens du néoréalisme par Claudio Fedrigo; [Par défaut...] par l'artiste Jean-Pierre Humbert; [Par défaut...] mit dem Künstler Jean-Pierre Humbert; Le Fribourg des Mülhauser par Emmanuel Schmutz.

### 4.2.3 Cinéplus – der Filmklub

Cinéplus feierte 2007 sein 30-jähriges Bestehen. 1078 Personen besuchten die Vorführungen der 23 verschiedenen Filme. 3122 Schüler/innen schauten sich die im Rahmen der Schulvorführungen gezeigten Filme an.

### 4.2.4 Zusammenarbeit

Mitarbeit an der Website MEMO für den Kanton; 850-Jahr-Feier der Stadt Freiburg; Ausleihe von 2 mittelalterlichen Handschriften für die Ausstellung Elisabeth von Thüringen, eine europäische Heilige, auf der Wartburg in Eisenach (D); In heikler Mission, Geschichten zur Schweizer Diplomatie, Ausstellung im Landesmuseum Zürich; Freiburg im Bild, Ausstellung im Museum für Kunst und Geschichte Freiburg; Notizblock, Netz und Lupe, Freiburger Naturforscher ins Licht gerückt, Ausstellung im Naturhistorischen Museum Freiburg; 1907–2007: il y a 100 ans ... l'Institut de pédagogie, Ausstellung in Regina Mundi, Freiburg; Vernunft und Fantasie (Kinderbücher aus drei Jahrhunderten), 23. Schweizer Theaterfestival für junges Publikum, Freiburg; Gott weiblich, Von der orientalischen Göttin zum Marienbild, Ausstellung im Museum für Kunst und Geschichte Freiburg; L'âge critique de Nicolas Savary, Ausstellung und Publikation im Rahmen der Fotografischen Ermittlung: Thema Freiburg; Filme aus dem Sensebezirk, Sensler Museum, Tafers; La mise en scène photographique, Benedikt Rast im Bicubic, Romont; Jahresversammlung von Memoria.

### 4.3 Abteilung Sondersammlungen: Handschriften, Inkunabeln und Archive

#### 4.3.1 Besondere Erwerbungen

Charles de Castella, 1er cayée. Hs. (Autograph), o. J.; Charles de Castella, 20 Blätter mit Zeichnungen und Plänen; literarische und politische Archivalien von Georges Ducotterd (1902–1979), Altstaatsrat.

#### 4.3.2 Erschliessung

Klassierung der Neuzugänge: L 1423/1-5, L 2094-2102, LD 60/1-3; Klassierung der Inkunabeln Z 301-306; Papiere Eugène Dévaud, Ägyptologe, LC 4/1-9 (2. Teil); Papiere Max Perrier, reformierter Pastor, LD 61 (1. Teil); Zoran Dragutinovitch, Inventar des Nachlasses Pierre-Henri Simon: Digitalisierung; Fonds André Ducret, Komponist und Chorleiter: Abschluss des Inventars, Veröffentlichung des Katalogs und Einrichtung eines Online-Katalogs (1. Teil); Nachlass Pierre Kaelin: Fortsetzung der Erschliessung.

#### 4.3.3 Restaurierungen

Cap. Rés. 119: Werner Rolewinck, Fasciculus temporum, Strassburg: Prüss, non ante 1490; Cap. Rés. 609: Missale Lausannense. Ms. 15. Jh.; ein Dutzend Karten und Pläne.

#### 4.3.4 Mikroverfilmung

EBAZ-III-8 bis 13: Luigi Boccherini, Duos I-VI, 18. Jh.; Ms. Société économique, D 1391: Justinger, Chronistica, Gurnel. Anfang 16. Jh.

### 4.4 Abteilung Sondersammlungen: Druckschriften

#### 4.4.1 Erwerbungen

|  | 2007  | 2006  |
|--|-------|-------|
| Monografien (total)  | 2 652 | 1 266 |
| Pflichtabgabe  | 494   | 228   |
| Abschlussarbeiten UNI + HES  | 818   | 532   |
| Ankäufe  | 432   | 296   |
| Schenkungen  | 908   | 210   |
| 341 (372) Plakate und 9 (18) geografische Karten wurden gesammelt. |       |       |
| <i>Freiburger Zeitschriften als Pflichtabgabe</i>                  | 2007  | 2006  |
| Eingegangene Faszikel  | 891   | 1 112 |
| Neue Zeitschriftentitel  | 25    | 10    |

Besondere Erwerbungen: 467 Lizentiatsarbeiten der 1970er Jahre, Schenkung der Theologischen Fakultät.

#### 4.4.2 Freiburger Bibliografie (FB)

| Jährliche Erschliessung                    | 2007 | 2006  |
|--|------|-------|
| Aufnahmen mit FB-Indexierung               | 958  | 2 228 |
| Druckschriften                             | 539  | 2 144 |
| Audiovisuelle Dokumente                    | 210  | 84    |
| Analytische Aufnahmen                      | 209  | 211   |
| Leitaufnahmen                              | 203  | 375   |
| Gesamttotal der Aufnahmen: 28 587 (27 623) |      |       |

#### 4.4.3 Erschliessung und Benutzung

Die Konsultation alter Bücher und seltener Drucke umfasste 487 (374) Benutzungen mit insgesamt 1720 (692) Bänden. 1051 (1107) Titel beziehungsweise 2863 (2462) Bände wurden katalogisiert und indiziert, davon 633 (591) der Bibliothek de Castella de Delley.

#### 4.4.4 Konservierung und Buchbinderei

|                                | 2007 | 2006  |
|--------------------------------|------|-------|
| Einbände                       | 168  | 358   |
| Vergoldungen                   | 190  | 75    |
| Broschüren                     | 301  | 215   |
| Beschnitte                     | 432  | 1 318 |
| Reparaturen beschädigter Bände | 211  | 205   |
| Spezialbehälter                | 125  | 51    |
| Passe-Partouts                 | 257  | 31    |

Die Buchbinder sind auch für die Reprografie und Verwaltung der Mikrofilme zuständig: 433 (489) Bestellungen mit insgesamt 5482 (5695) Fotokopien sowie 30 (71) Bestellungen von Kopien vollständiger Ausgaben von Freiburger Zeitungen wurden bearbeitet.

### 4.5 Abteilung Sondersammlungen: audiovisuelle Dokumente

#### 4.5.1 Erwerbungen

| <i>Audiovisuelle Dokumente als Pflichtabgabe</i> | 2007 | 2006 |
|--|------|------|
| Tondokumente                                     | 210  | 63   |
| Videodokumente                                   | 40   | 31   |
| CD-ROMs  | 10   | 0    |
| Total  | 260  | 94   |
| <i>Audiovisuelle Kulturgüter</i>                 | 2007 | 2006 |
| Tondokumente                                     | 33   | 26   |
| Videodokumente                                   | 38   | 30   |
| Total  | 71   | 56   |

Die Postkartensammlung nahm um 520 Stücke zu. Die Archivierung des Nachlasses Jean Mülhauser (1902–1966) sowie seiner Kinder Hans und Trudy setzte sich mit der Digitalisierung von 853 Fotografien oder Glasplatten und der Herstellung von 85 Abzügen für die Ausstellung Das Freiburg der Mülhauser fort. Neuzugänge: Nachlass F. Oberson; mehrere hundert alte Dias des SAC Sektion Moléson; Bestand der Agentur CIRIC; Abzüge der fotografischen Ermittlung L'âge critique von Nicolas Savary.

Die Filmsammlung wurde durch die neuesten Werke von Bernard Bovet, mehrere Filme der Landwehr und 2 alte Filme des Nachlasses Dessonnaz vermehrt. Diese Dokumente wurden auf elektronische Träger kopiert.

#### 4.5.2 Erschliessung und Benutzung

Aus konservatorischen Gründen wurden 1330 (1051) Dokumente kopiert. Die Ton- und die Videoregie wurden während 2322 (1570) Stunden genutzt.

372 (810) Bilddokumente wurden von kantonalen Dienststellen, Medien, Verlagen, Gemeinden, Unternehmen, Kulturstiftungen und Privatpersonen genutzt.

#### 4.5.3 Ciné-Index

Die Datenbank Ciné-Index, die Artikel aus Filmzeitschriften nachweist, nahm um 5160 (3594) Einträge zu.

#### 4.6 Informatikabteilung

Wichtigste Projekte:

- Inbetriebnahme und Hosting des Freiburger Servers in den Räumen von RERO;
- Inbetriebnahme der Version 48.1.1 der Software Virtua;
- Neue RERO-Architektur ab 2009 (Virtua Consortium): Wahl des Organisationsmodells für die Freiburger Bibliotheken;
- Website: Erarbeitung eines Tools für die Verwaltung der fachspezifischen Benutzerführer;
- Einführung eines Linkservers (SFX): Integration der Liste der elektronischen Zeitschriften;
- Katalog der Freiburger Dissertationen: Integration der Masterarbeiten;
- Elektronische Archivierung: Einrichtung eines provisorischen Systems, in Erwartung der GED-Lösung des Kantons;
- Aufschaltung der digitalisierten Jahrgänge 1865–1930 der Zeitungen La Gruyère, La Liberté und Freiburger Nachrichten;
- Katalog der Werke von Abbé Bovet: Einführung des Online-Zugangs;
- Automatischer Druck der Signaturschilder: Inbetriebnahme der Software Book Label Manager;
- Inbetriebnahme eines Buchscanners;
- Elektronische Agenda: Ersetzung der internen Lösung durch Outlook.

#### 4.7 Erwerbungsabteilung

##### 4.7.1 Statistik

| <i>Erworbene Dokumente</i>                    | 2007   | 2006   |
|---|--------|--------|
| Ankäufe aus dem Budget der Zentrale           | 9 520  | 10 491 |
| Ankäufe aus dem Budget der Universität        | 14 509 | 13 746 |
| Ankäufe aus Sonderkrediten                    | 1 449  | 1 923  |
| Schenkungen                                   | 4 333  | 4 205  |
| Pflichtabgaben (inkl. audiovisuelle Träger)   | 1 469  | 908    |
| Tausch  | 588    | 724    |
| Deposita                                      | 1 400  | 890    |
| Zeitschriften: neue Abonnemente               | 83     | 125    |
| Zeitschriften: Sonderhefte                    | 424    | 333    |
| Total   | 33 775 | 33 345 |
| <i>Erworbene Zeitschriften</i>                | 2007   | 2006   |
| Anzahl Titel in Papierform                    | 5 073  | 5 054  |
| Elektronische Zeitschriften                   |        |        |
| – über das Konsortium abonnierte Titel        | 5 272  | 5 074  |
| – ausserhalb des Konsortiums abonnierte Titel | 795    | 400    |
| – nachgewiesene unentgeltliche Titel          | 16 442 | 13 196 |
| Datenbanken (CD-ROMs und online)              | 384    | 375    |

Die Verwaltung der Zeitschriften auf Papier umfasste 24 487 (23 010) Faszikel.

##### 4.7.2 Konsortium

Die KUB führte ihre Mitarbeit beim Konsortium der Schweizer Hochschulbibliotheken zusammen mit den übrigen Schweizer Universitäten, den ETH, den Fachhochschulen und der Nationalbibliothek weiter. Das Konsortium schliesst Lizenzen für Datenbanken und elektronische Zeitschriften ab, mit dem Ziel, eine koordinierte Informationsversorgung der Hochschulen zu günstigen finanziellen Bedingungen zu gewährleisten. Ursprünglich vom Bund subventioniert, wird es seit 2006 ausschliesslich von seinen Mitgliedern getragen.

##### 4.7.3 Buchbinderei und Ausrüstung (inkl. Arbeiten für die Universität)

|  | 2007   | 2006   |
|--|--------|--------|
| Von externen Unternehmen gebundene Bände | 6 728  | 6 727  |
| Etikettierte Bände                       | 61 618 | 40 905 |
| Mit Magnetstreifen versehene Bände       | 24 401 | 19 831 |

## 4.8 Katalogisierungsabteilung

### 4.8.1 Formalkatalogisierung

| Bände                    | 2007   | 2006   |
|--------------------------|--------|--------|
| Neuaufnahmen             | 35 917 | 34 073 |
| Rekatalogisierung        | 45 568 | 43 400 |
| Verschiedenes            | 2 505  | 1 860  |
| Total KUB                | 83 990 | 79 333 |
| Assoziierte Bibliotheken | 6 869  | 10 929 |
| Total                    | 90 859 | 90 262 |

### 4.8.2 Sachkatalogisierung

| Bände                                   | 2007   | 2006   |
|---|--------|--------|
| Von der KUB bearbeitet                  | 18 203 | 17 337 |
| Von einer anderen Bibliothek bearbeitet | 19 397 | 22 005 |
| Nicht erschliessbar                     | 42 476 | 43 263 |
| Leitaufnahmen                           | 4 704  | 5 337  |
| Total                                   | 84 780 | 87 942 |

Die Universitätsbibliothekare leisteten 37% (40%) der Formalkatalogisierung und 40% (42%) der Sachkatalogisierung. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Westschweizer Bibliotheksverbund (RERO) wurden 46% (49%) der Formalkatalogisierung bzw. 23% (25%) der Sachkatalogisierung bereits von den anderen Partnern geleistet, wenn man die nicht indexierbaren Titel sowie die Leitaufnahmen ausser Betracht lässt.

Der lokale Katalog der KUB umfasst am Jahresschluss 1 170 797 (1 109 788) Aufnahmen, in welchen 1 565 074 (1 473 766) Bänden nachgewiesen werden.

### 4.8.3 Rekatalogisierung

Die Erfassung der Bestände in Kirchengeschichte (SHE) und Apologetik (SA) ist abgeschlossen. Im Rahmen der Rekatalogisierung bearbeitete Bände:

- Zentrale: 21 111 (20 536);
- Universität: 24 457 (22 864).

Von 1985 bis 2007 wurden 580 959 Bände rekatalogisiert, davon 45 568 (43 400) im Berichtsjahr.

## 4.9 Benutzungsabteilung

### 4.9.1 Statistik

| Dokumente:   | 2007    | 2006    |
|--|---------|---------|
| Heimausleihe inkl. Mediathek                       | 293 669 | 283 037 |
| (davon Mediathek allein)                           | 74 201  | 69 688) |
| Ausleihe in den Lesesaal                           | 13 160  | 17 279  |
| Ausleihe durch die Bibliotheken an der Universität | 86 831  | 85 952  |

|   |         |         |
|---|---------|---------|
| Ausleihe von auswärtigen Bibliotheken               | 7 594   | 7 804   |
| Ausleihe an auswärtige Bibliotheken                 | 8 484   | 8 255   |
| Versand bestellter Fotokopien                       | 776     | 907     |
| Eingang bestellter Fotokopien                       | 644     | 595     |
| Total   | 411 158 | 403 829 |
| Registrierte Zugänge von Benutzern zu den Magazinen | 3 600   | 3 600   |
| Versand bestellter Kopien von Freiburger Zeitungen  | 432     | 482     |

In diesen Zahlen nicht enthalten sind Werke, die direkt in den Magazinen, in den Lesesälen der KUB-Zentrale sowie in den Freihandbereichen der Bibliotheken an der Universität eingesehen wurden.

### 4.9.2 Magazine

Nach einer fünfjährigen Pause, die dem Umzug nach Beauregard und der Neuordnung der Bestände zu verdanken war, ist in einigen Bereichen erneut ein Raum-mangel festzustellen.

### 4.9.3 Nutzung der elektronischen Angebote

Was die über das Konsortium abonnierten Zeitschriften betrifft, wurden 150 000 (125 000) Artikel eingesehen. Mehr als 320 000 (350 000) Recherchen wurden in den 384 (375) Datenbanken vorgenommen. 568 444 (584 000) Besuche der KUB-Website wurden verzeichnet.

### 4.9.4 Benutzerschulung

Die KUB-Zentrale veranstaltete 24 Führungen, an denen insgesamt 642 (492) Personen teilnahmen, und bietet ihren Benutzern ein Schulungsprogramm zur Einführung in die Bibliotheksbenutzung und in das Bibliografieren an. Das in das Universitätsstudium integrierte Programm wurde von mehr als 700 Studierenden genutzt.

### 4.10 Zweigstelle Beauregard

|   | 2007   | 2006   |
|---|--------|--------|
| Ausgeliehene Dokumente                                    |        |        |
| – über die KUB-Zentrale                                   | 15 267 | 17 672 |
| – direkt an der KUB-Beauregard                            | 512    | 533    |
| Rekatalogisierung   |        |        |
| – durch das Personal der KUB-Zentrale                     | 4 696  | 5 218  |
| – durch den Störbibliothekar                              | 614    | 1 781  |
| – durch das Personal der Universität                      | 9 970  | 7 812  |
| Total   | 15 280 | 14 811 |
| Bestellungen über den digitalisierten alten Zettelkatalog | 997    | 1 465  |

Die Ausleihe über die KUB-Zentrale hat sich auf ein Tagesmittel von 62 (72) Bestellungen eingependelt. Folgende Signaturen wurden rekatalogisiert: EN, ENA, EO, EP, IBOT, IDS, IMATH, SMISS, SCAR. In Hinsicht auf die eventuelle Retrokonversion des Zettelkatalogs wurde mit der Rekatalogisierung der bisher nur summarisch erfassten Titel begonnen. Die unklassierten DOKPE-Bestände (Varia Naturwissenschaften) wurden gesichtet sowie integriert oder ausgesondert.

Die Bearbeitung der Bibliothek der Stiftung Archivum Helveto-Polonicum (AHP) wurde fortgesetzt; insgesamt sind 15 000 Titel im elektronischen Katalog verzeichnet.

#### 4.11 Dezentrale Bibliotheken an der Universität

Der Grosse Rat gewährte der Universität die Kredite für die Umbau- und Sanierungsarbeiten in den Gebäuden von Miséricorde. Die früheren BSES-Räume können inskünftig von der BHT und der BFD genutzt werden. Die mit der Prüfung der Situation der geisteswissenschaftlichen Bibliotheken beauftragte Arbeitsgruppe hat ihren Bericht der Koordinationsgruppe übergeben. Er umfasst eine Bestandaufnahme (Infrastruktur, Logistik, Ressourcen) sowie Vorschläge und Empfehlungen.

#### 4.12 Kommission

Die Kommission hielt im Berichtsjahr zwei Sitzungen ab. Sie genehmigte die Rechnung 2006 und nahm zum Finanzplan 2008–2013 sowie zum Budget 2008 zustimmend Stellung. Wichtigste Traktanden: neuer Verteilschlüssel für die Finanzierung von RERO, neue Verbundarchitektur, Innenumbauten und Erweiterungsperspektiven.

Zustimmend nahm sie den neuen Prospekt sowie die zahlreichen kulturellen Veranstaltungen der KUB zur Kenntnis. Zum Abschluss der Verwaltungsperiode stellte die Kommission bilanzierende Überlegungen zu ihrer eigenen Tätigkeit an.

### 5. Konservatorium

#### 5a. Auftrag

Das Konservatorium hat als Hauptaufgabe, Gesangs- und Instrumentalunterricht auf allen Stufen sowie Tanz- und Schauspielunterricht zu erteilen. Dieser Unterricht wird in verschiedenen, dezentralisierten Unterrichtsorten der Bezirke angeboten.

Direktor: Giancarlo Gerosa

#### 5b. Aktivitäten

##### 5.1 Schülerinnen und Schüler

Statistische Angaben vom Juni 2007 (Juni 2006).

##### 5.1.1 Einteilung nach Fach (Musikschule)

Einzelkurse: 4582 (4591) Schülerinnen und Schüler  
Klavier 1303 (1375); Gitarre 423 (434); Trompete 415 (420); Geige 346 (349); Querflöte 331 (320); Blockflöte 283

(285); Gesang 234 (258); Klarinette 170 (177); Saxophon 133 (128); Klavier Jazz 130 (123); Cello 90 (89); Schlagzeug Jazz 88 (91); Gitarre Jazz 85 (96); Euphonium und Tuba 84 (82); Schlagzeug klassisch 68 (51); Es-Horn 44 (37); Akkordeon 41 (39); Posaune 40 (42); Harfe 37 (39); Keyboard, Synthesizer und musikalische Informatik 35 (33); Oboe 31 (32); Horn 24 (27); Orgel 18 (16); Fagott 17 (20); Bratsche 11 (10); Saxophon Jazz 8 (9); Cembalo 5 (5); Blasmusikdirektion 3; Kontrabass Jazz 2 (3); Kontrabass klassisch 1 (1) .

Kollektivkurse: 349 (353) Schülerinnen und Schüler

Musikalische Früherziehung: Jaques Dalcroze 63 (76), Willems-Methode 58 (56), Orff-Methode 28 (29); Musiklehre – Gehörbildung (Vorbereitungszertifikat I und II) 99 (96); Ballet 54 (45); Schauspielunterricht 36 (31); Chorleitung 8 (11); Jazzensemble 3 (9); Orchestration 3.

##### 5.1.2 Einteilung nach Fach (Musikhochschule)

Einzelkurse: 76 (77) Studierende

Klavier 17 (16); Gesang 8 (11); Geige 11 (9); Trompete 7 (7); Gitarre 4 (5); Lehrdiplom für Instrumental- oder Vokalunterricht an Schulen der Sekundarstufen I und II (LDS) 10 (8); Blasmusikdirektion 7 (6); Chorleitung 2 (2); Horn 3 (3); Klarinette 3 (3); Harfe 2 (3); Orgel 2 (1); Akkordeon 0 (3).

Kollektivkurse: 252 (309) Studierende

Fugen- und Sonatenanalyse 23 (29); Arrangement 4 (1); Chorleitung 9 (7); Satzlehre 33 (42); Harmonie am Klavier 5 (2); Musikgeschichte 33 (34); Pädagogik 14 (20); Gehörbildung 18 (31); Neuzeitliche Musik 39 (31); lyrisches Atelier 5 (6); Musikdidaktik 4 (5); Harmonisation 7 (28); Improvisation 3 (21); Mentorat 4 (6); Kammermusik 42 (37); Orchestration 7 (6); Pädagogik Orff-Methode 2 (3).

##### 5.1.3 Einteilung nach Stufen

Musikschule (Schüler): Unterstufe 2590 (2598); Mittelstufe 1168 (1178); Sekundarstufe 582 (498); Amateur- und Zertifikatsstufe 263 (240).

Musikhochschule (Studierende): Lehrdiplom 56 (52); Virtuositäts- und Konzertdiplom 20 (15).

##### 5.1.4 Einteilung nach Alter und Geschlecht (MS und MHS)

2390 (2152) Lektionen wurden von noch nicht 18jährigen Schülerinnen besucht

1481 (1383) Lektionen wurden von noch nicht 18jährigen Schülern besucht

674 (869) Lektionen wurden von über 18jährigen Schülerinnen besucht

492 (595) Lektionen wurden von über 18jährigen Schülern besucht

### 5.1.5 Zertifikate und Diplome

#### Musikschule

- 6 (9) Studienzertifikate: Fagott, Gesang, Ballet, Blockflöte, Klavier, Posaune.
- 30 (18) Amateurzertifikate: Bratsche, Fagott, Gesang, Klarinette, Ballet, Chorleitung, Es-Horn, Blockflöte, Querflöte, Gitarre, Klavier, Klavier Jazz, Saxophon, Trompete, Tuba, Geige.

#### Musikhochschule

- 3 (2) Virtuositätsdiplom: Gesang, Orgel
- 3 (2) Konzertdiplom: Geige, Gitarre
- 13 (12) Lehrdiplom: Gesang, Instrumental- oder Vokalunterricht an Schulen der Sekundarstufen I und II (LDS), Gitarre, Harfe, Klavier, Geige, Trompete.

### 5.2 Examen (MS und MHS)

Zwischen Januar und Juni wurden folgende Examenssessionen durchgeführt: Übertrittsprüfungen (Eintritt in Mittelstufe, Oberstufe und Zertifikatsklasse), Zwischenprüfungen (Zertifikatsklassen und Berufsklassen), Ausscheidungs- und Finalprüfungen zur Erlangung des Amateurzertifikates, Studienzertifikates, Lehrdiploms, Chorleitungs- Virtuositäts- und Konzertdiploms. Diese Prüfungen wurden von 73 (78) Experten bewertet: 51 (56) externe Experten, 10 (10) Lehrpersonen, 7 (7) Abteilungsleiter, 5 (5) künstlerischer Berater. Der Direktor hat die Jury aller Examenssessionen präsiert betreffend Eintritt in die Zertifikatsklasse, Zwischenprüfungen der Zertifikatsklassen (Amateur- oder Studienzertifikate) und Finalprüfungen zur Erlangung des Amateur- und Studienzertifikates. Das Jurypräsidium für die Aufnahmeprüfungen, verbunden mit den Finalzertifikatsprüfungen und allen weiteren Prüfungen der Sektion Musikhochschule wurde von der Verantwortlichen der Berufsklassen absolviert. Die externen Experten wurden aus der Liste der Fachhochschule Westschweiz, Bereich Musik, gewählt und die Prüfungen wurden nach den neuen Prüfungsrichtlinien durchgeführt.

Die Statistik im 1. Semester: Übertrittsprüfungen (Eintritt in die Mittel- und Oberstufe: 207 (196), Eintrittsprüfungen in die Zertifikatsklasse 18 (22), Aufnahmeprüfung in die Zertifikatsklasse 6, Aufnahmeprüfung in die Vorbereitungsklasse für Ballet 3. Statistik 2. Semester: Übertrittsprüfungen (Eintritt in die Mittel- und Oberstufe: 632 (662), Eintrittsprüfungen in die Zertifikatsklasse 69 (64), zusätzliche Prüfungen 13, Zwischenprüfungen Zertifikatsklasse 38, Aufnahmeprüfungen Zertifikatsklasse 3, Zwischenprüfungen und Aufnahme in Vorbereitungsklasse für Ballet 7, Aufnahmeprüfungen: Konzert- oder Solistendiplom 7, Aufnahmeprüfungen in den Studiengang Bachelor oder HEM (20), Zwischenprüfungen der Berufsklassen 62 (52), Ausscheidungs- und Finalprüfungen (Hauptfach und obligatorische Unterrichtsfächer) zur Erlangung des Amateurzertifikates, Studienzertifi-

kates, Lehrdiploms und Virtuositäts- oder Konzertdiploms 55 (65).

Während dem Schuljahr, haben 73 (78) Experten 1127 (1398) Examen bewertet.

### 5.3 Schuljahr 2006/07, Einweihung des neuen Gebäudes in Bulle

Im Verlaufe des Schuljahres 2006/07 verliess die Musikschule Greyerz das ehemalige Gebäude an der rue du Marché 16, in welchem seit 1977 der Unterricht stattfand, und installierte sich neu in der rue du Marché 28. Das neu renovierte Gebäude, Eigentum der Stadt Bulle, bietet den Lehrpersonen und Schülern 23 Unterrichtszimmer, zwei Säle, ein Auditorium mit 110 Plätzen, ein Büro für das Sekretariat und den Empfang und eine Cafeteria. Die 45 Lehrpersonen und 800 Schüler verfügen also über eine moderne und geräumige Infrastruktur. Die offiziellen Einweihungsfestivitäten fanden am 26. Mai 2007 statt in Anwesenheit der Gemeinde- und Kantonalbehörden. Gleichentags wurde ein Tag der offenen Tür organisiert, was den Gästen einen guten Einblick gestattete.

### 5.4 Musikhochschule

Die letzten Studierenden des alten pädagogischen Studiengangs haben dieses Jahr das Lehrdiplom oder das Virtuositätsdiplom abgeschlossen. Somit bleiben zwei Ausbildungssysteme in Kraft, das der Studiengänge der MHS und das mit den ECTS-Punkten gemäss Bologna für das Bachelordiplom. Der pädagogische Unterricht wurde ergänzt durch die Präsenz der Lehrpersonen für die Begleitung der Studierenden in der Forschung und auch für andere Bereiche, wie Konzepte für die Improvisation und die dazu gehörenden Praktikumsurse. Zusätzlich wurden mehrere Kurse eingeführt für die Kammermusik, wie das Atelier Lied und Melodie, der Begleitkurs für Pianisten und Sänger oder der Kurs für Blechbläser. Die gute Zusammenarbeit mit den anderen westschweizerischen Musikhochschulen haben viele Projekte ermöglicht für Orchesterkonzerte wie Der Messias von Händel, das Konzert für Orchester und Frauenstimmen von Debussy und Ein Sommernachtstraum von Mendelssohn.

Die zweite Ausgabe des Preisträgerkonzertes fand am 12. Oktober im Podium in Düdingen statt und war das brillante Licht auf vier Interpreten im Fach Gesang und Geige.

Um einem Lehrerwunsch gerecht zu werden, wurde eine pädagogische Beratung ins Leben gerufen, in welcher die Arbeiten aller Studierenden der verschiedenen Studiengänge detailliert besprochen werden.

Die beratende Konferenz der Studiengangverantwortlichen und das Forum der Berufschüler funktioniert nun bereits mit dreijähriger Erfahrung.

Die Vereinigung Norbert Moret, wurde am 15. Dezember 2007 ins Leben gerufen zur Unterstützung der

Berufsschüler. Der Erlös aus Konzerten und Schenkungen von Musikerentschädigungen dient zum Unterhalt und Beitrag dieser Vereinigung. Bereits durfte ein Student im Schuljahr 2007/08 in Genuss dieses Fonds kommen.

Leistungen an Drittpersonen durften auch in Form von Konzerten im Theater Bicubic, Romont, Saal CO2 in Tour-de-Trême und Univers@lle in Châtel-Saint-Denis.

#### **5.4.1 Arbeiten in der Fachhochschule Westschweiz HES-SO**

Die Zusammenarbeit der fünf Partnerstandorte im Bereich Musik wurde neu ausgerichtet nach einem Brief des BBT (Bundesamt für Berufsbildung und Technologie) vom 26. April, das den Wunsch zum Ausdruck brachte, dass ein Zusammenschluss der fünf Standorte zu den bereits anerkannten Konservatorien Genf und Lausanne angestrebt wird. Die anschliessenden Diskussionen auf politischer Ebene zwischen den Kantonen Waadt und Freiburg werden nun von Diskussionsgruppen weitergeführt, um die verschiedenen Bedingungen einer bilateralen Vereinbarung auszuarbeiten, zur Integration der Berufsklassen des Konservatoriums Freiburg ins Konservatorium Lausanne. Eine Anhörung durch einen externen Experten, anerkannt von beiden Parteien, betreffend die Qualität des pädagogischen Unterrichts hat im Dezember 2007 begonnen und wird per 1. März 2008 mit Anschluss der pädagogischen Vorschläge beendet sein. Der Zweck dieser Anhörung ist, zu erreichen, dass der Standort Freiburg weiterhin die pädagogischen Offerten anbieten kann mit dem Abschluss eines akkreditierten Diploms. Das Konservatorium Freiburg wird in den Nutzen des bereits anerkannten Konservatoriums Lausanne kommen, dies unter der Bedingung der erwünschten Qualität. Viele organisatorische Fragen sind noch in Bearbeitung, dies in einem optimalen Klima der Zusammenarbeit (Verwaltung, Aufnahmenprüfungen und Einschreibungen der Studierenden). Zudem ist man bestrebt die Zusammenarbeit der anderen Freiburger Hochschulen aufrecht zu erhalten, vor allem im Bereich der Forschung und der Weiterbildung.

#### **5.4.2 Bewilligung zur Eröffnung der Master im Bereich Musik HES-SO**

Nachdem die gemeinsamen Vorbereitungsarbeiten zum Bachelor im Bereich Musik abgeschlossen sind, beginnt gesamtschweizerisch eine zweite Phase für die Akkreditation der Master. Vier verschiedene Mastermodelle sind von der Konferenz der Schweizerischen Musikhochschulen bewilligt worden. Die Arbeitsgruppen der Westschweiz konnten am 25. Mai das Konzept der Masterstudiengänge bei der Fachhochschule Westschweiz unterbreiten. Dieses Konzept und der zusätzlich deponierte Anhang im Oktober durften einen positiven Empfang verzeichnen. Schliesslich gab das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement die Bewilligung zur Eröffnung der Masterstudiengänge in der Fach-

hochschule Westschweiz. Vier Studiengänge im Bereich Musik: Master Musikpädagogik, Master Interpretation, Master spezialisierte musikalische Interpretation und Master für Komposition und Musiktheorie, welche allesamt der festgelegten Anforderungen des Gesetzes für die Fachhochschulen und der Vereinbarung für einen Masterstudiengang entsprechen.

#### **5.5 Lehrpersonal und neue Studiengänge**

Während des Schuljahres 2006/07 wurden von 208 (200) Lehrpersonen im Durchschnitt wöchentlich 3120 (3040) Unterrichtsstunden absolviert (107 Vollzeitstellen – VZÄ – für die Musikschule und 10 VZÄ für die Berufsschule).

#### **5.6 Kulturelle Aktivitäten**

Der Jahresablauf am Konservatorium ist für Eltern und Musikliebhaber durch mehrere hundert Vortragsübungen (300 während dem Schuljahr 2006/07; 180 Vortragsübungen in Granges-Paccot und 120 in den Aussenstellen), durch öffentliche Diplomprüfungen für Lehr- und Konzertdiplome sowie weitere Konzerte gekennzeichnet.

Besonders erwähnt seien hier folgende Veranstaltungen: Musikschule:

- am 1. Februar, Ballettvorführung
- am 17. Februar, Konzert des Orchesterensembles des Konservatoriums
- am 24. und 25. März, Ausscheidungswettbewerb des 32. schweizerischen Jugendmusikwettbewerbs
- am 28. April, Konzert-Konferenz von Giuseppe Pistone, Gitarre
- vom 11. bis 13. Mai, 3 Vorstellungen einer Oper vom Schülerorchester in Fribourg, im Rahmen des 40. Geburtstages der Gründung des Ensembles
- am 13., 20., 27. und 29. Juni, Lehrerkonzerte in Bulle im Zusammenhang der Einweihungsfestivitäten der neuen Lokalitäten in Bulle
- am 30. August, Vorstellung der Orgel der Stiftung «Chordis et Organo» durch Maurizio Croci, Lehrer
- am 22. September, jährlicher Kongress der schweizerischen Klarinettenlehrervereinigung
- am 27. und 28. Oktober, jährlicher Kongress der schweizerischen Gesangslehrervereinigung
- am 18. November, Konzert des Orchesterensembles des Konservatoriums
- am 20. Dezember, Lehrerkonzert

Musikhochschule:

- vom 17. bis 21. Januar, Teilnahme am Forum der Berufe «Start»
- am 19. Januar, Konzert der Berufsschüler in Zusammenarbeit mit den Konservatorien Lausanne und Neuenburg
- am 7. Februar, Konzert der Camerata des Konservatoriums

- am 1. April, Konzert der Berufsschüler in Zusammenarbeit mit dem Kammerorchester Genf
- vom 26. August bis 2. September, Zusammenarbeit mit der Vereinigung «Guitare et luth» in Greyerz
- am 12. Oktober, Konzert der Preisträger in Zusammenarbeit des Instrumentalensembles der Lehrer und der Camerata des Konservatoriums
- vom 13. bis 27. Oktober, Teilnahme der Studenten mit dem zeitgenössischen Ensemble von Boswil.

### 5.7 Pädagogische Abteilung

Das Schuljahr war bereichert mit pädagogischen Treffen und Weiterbildungsprogrammen; diese Aktivitäten haben den Musikschülern, den Berufsschülern und der Lehrerschaft Gelegenheit gegeben, ihre Ausbildung in folgenden Aktivitäten zu verbessern:

Musikschule

- am 13. und 14. Januar, Praktikumskurs mit Danièle Laeschève, Ballet
- am 3. Februar, Meisterkurs mit Thierry Chauvet, Schlagzeug Jazz
- am 10. Februar, Meisterkurs mit Branimir Slokar, Posaune
- am 10. März, Meisterkurs mit Christophe Coin, Cello
- am 26. Mai, Meisterkurs mit Philippe Geiss, Saxophon
- im März, April und Mai, Praktikumskurse mit Nadeja Loujine, Ballet
- am 27. August, Weiterbildungskurs mit Erika Schwitter, Ballet
- am 28. August, Weiterbildungskurs mit Eveline Noth, Blockflöte
- am 28. und 30. August und 10. und 11. Dezember, Weiterbildungskurs mit Guy-Philippe Ayer, Multi-medias
- am 29. August, Weiterbildungskurs mit Geo-Pierre Moren, Blechblasinstrumente
- am 30. August, Weiterbildungskurs mit Bill Holden, mit dem Thema «De l'objet sonore au geste musical»
- am 9. und 10. November, Weiterbildungskurs für die Gesangsklassen mit Julie Beauvais, Regisseur und Schauspielerin
- am 10. November Weiterbildungskurs mit Roland Dyens, Gitarre

Musikhochschule:

- am 21. und 22. April, Weiterbildungskurs mit Michel Bouvard, Orgel
- am 3. und 7. Mai, Meisterkurs mit Jean-Pierre Walz, Geige
- am 10., 11. und 12. Mai, Meisterkurs und Rezital mit Philippe Huttenlocher, Gesang
- am 2. und 4. Juni und 13. und 14. September, Meisterkurse mit Francis Vidil, Improvisation

## 6. Museum für Kunst und Geschichte

### 6a. Aufgabe

Hauptaufgabe des Museums für Kunst und Geschichte ist es, der Öffentlichkeit, Schülern, Studenten und Forschern die Möglichkeit zu bieten, das künstlerische und geschichtliche Kulturgut des Kantons sowie die verschiedenen früheren und zeitgenössischen Gestaltungsformen im Bereich der visuellen Künste kennenzulernen. Zudem sollen die Bestandesaufnahme und Restaurierung der Kunstsammlungen des Staates gewährleistet sein.

Direktorin: Yvonne Lehnherr

### 6b. Aktivitäten

#### 6.1 Ausstellungen

- Koenig – Für Glauben, Ruhm und Krieg (bis 28.01);
- Auf den Spuren der Freiburger Fayencenmanufakturen (1753–1844) (25.05 bis 19.08);
- Freiburg im Bild (15.06 bis 14.10);
- Virginia Muro (28.09 bis 24.02.08)
- Gott weiblich (07.12 bis 09.04.08)

Insgesamt wurden die oben erwähnten Ausstellungen und die Dauerausstellung von 12 790 (12 068) Personen besucht, darunter 165 (134) Schulklassen mit insgesamt 2717 (2227) Schülern. Dies ergibt einen Tagesdurchschnitt von 43 (43) Besuchern.

Die Direktorin hielt 37 (12) Führungen (einschliesslich Espace) ab, die Vizedirektorin 22 (46), die wissenschaftliche Mitarbeiterin 2 (1), die Adjunktin der Direktion 17 (12) und externe Führer 18 (19). Insgesamt gab es somit 90 (90) Führungen. Nebst den Freiburger Schulklassen haben zahlreiche Vereine und Gruppen der Nachbarkantone das Museum und seine Ausstellungen besucht.

#### 6.1.1 Entdeckungen von 6 bis 7

Monatliche Vorstellung eines Werks der Museumsammlung gegen Abend. Dem Publikum wurden zehn Vorträge mit anschliessender Diskussion von Fachleuten geboten.

#### 6.1.2 Sonntags ins Museum

Jeden ersten Sonntag des Monats zwischen 11 und 12 Uhr sind Jugendliche und Erwachsene eingeladen, mit einer Führerin oder einem Führer einen besonderen Gesichtspunkt unserer Dauerausstellung zu entdecken. Während dieses Besuches wird den begleitenden Kindern (4-10 Jahre) eine entsprechende Betätigung angeboten. Diese Veranstaltung fand zehn Mal statt.

#### 6.1.3 Ma Me Mi Mo Mu

Anders gesagt: «Mangeons mercredi midi un morceau au musée» (mittwochs zum Picknick ins Museum). Während der Mittagspause präsentiert das Museum ein Werk der Sammlung (Dauer: 10 Minuten). Die Besucher hatten anschliessend die Möglichkeit, einen Imbiss im

Garten oder in der Eingangshalle des Museums einzunehmen. Es wurden insgesamt 40 Werke jeweils mittwochs um 12.15 Uhr vorgestellt.

## 6.2 Wissenschaftliche Tätigkeit und Publikationen

Das Museum für Kunst und Geschichte beteiligt sich massgeblich am Forschungsprojekt des Schweizerischen Nationalfonds über die Freiburger Skulptur der Jahre 1500 («Zwischen Gotik und Renaissance – Die Freiburger Plastik aus der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts»); in diesem Jahr arbeiteten mehrere Mitarbeitende an diesem Projekt. Durch mehrere Artikel in wissenschaftlichen Publikationen und durch Vorträge ausserhalb des Museums für Kunst und Geschichte (in der Schweiz und im Ausland) trugen die Mitarbeitenden zum Bekanntheitsgrad der Institution bei.

Des weiteren beteiligt sich das Museum für Kunst und Geschichte an der trinationalen Arbeitsgruppe «Sculpture médiévale dans les Alpes» (mittelalterliche Skulptur im Alpenraum) (Italien / Frankreich / Schweiz)

Folgende Publikationen wurden unter der Direktion oder mit Beteiligung seiner Mitarbeitenden vom Museum für Kunst und Geschichte herausgegeben:

- Freiburger Fayencen, MAHF
- Virginia Muro, Gärten, MAHF, Sammlung Freiburger Künstler 22
- Freiburg im Bild (Beitrag MAHF: Ikonographie)

Es erschienen sechs neue «Museumsblätter» (kurze Werkmonografien); sie ergänzen die 61 seit 1997 veröffentlichten Blätter.

## 6.3 Informatik

Die Website des Museums für Kunst und Geschichte wurde 121 328 (113 848) Mal abgerufen.

## 6.4 Schenkungen und Deposita

### 6.4.1 Schenkungen

Skulptur: Fondation pour l'art moderne et contemporain (FAMC): Eva Aeppli, Die menschlichen Schwächen 1993/94, Bronze. Verein der Freunde des Museums: François Burland, Le Guerrier de poche, 2007, Bronze.

Druck- und Grafikwerke: Geschenk des Künstlers: François Burland, Au cœur des ténèbres, 2007, Neocolor auf Papier. Herr Henri Ellgass: J. Gagnaux, Porträt von Louis Grangier, letztes Viertel 18. Jahrhundert, Kohle und weisse Kreide auf Karton; Alexis Nicolas Perignon und François Denis Née, Vue de la ville impériale de Lindau, 2. Hälfte 18. Jahrhundert, Kupferstich; Album mit 28 frommen Bildern, 18.-19. Jahrhundert, verschiedene Techniken. Frau Gabrielle Riesemey: Oscar Cattani, Agnus Dei, 1952, Monotypie; Ernest Riesemey, Porträt der Mutter des Künstlers, gegen 1923, Pastel auf Papier. Geschenk des Künstlers: Pavel Schmidt, Eau potable, 2007, Malerei und Collage. Herr Hermann Schöpfer: Unbekannt, Das wahre Bildnis Christi, 17. Jahrhundert, Kupferstich auf Leinwand; Bouasse und Lebel Drucker

in Paris, Souvenir de première communion de Marie-Louise Bulliard, Anfang 20. Jahrhundert, Radierung; Unbekannt, Notre-Dame de l'Épine à Berlens, Anfang 20. Jahrhundert, bedruckte Zeichnung; 9 religiöse Themen, Anfang 20. Jahrhundert, Farblithographie.

Kunsth Handwerk: Frau Marie-Claire Berkemeier: Louis Pfyffer, Freiburger Uhr Louis Pfyffer unter Glasglocke, 19. Jahrhundert. Herr Alfons Brügger: Wichtige Gruppe von Objekten der Volksfrömmigkeit, 19.-20. Jahrhundert, verschiedene Materialien. Herr Henri Ellgass: Kreuzreliquiar mit Siegel, 19. Jahrhundert, Bergkristall; Kreuzreliquiar, 19. Jahrhundert, Silber; Dose mit Monogramm IHS, 20. Jahrhundert, Silber; Medaille mit Bildnis Pius IX, 1869, Metall. Herr Pierre Kottelaz: Mappe mit Notariatsakten mit den Wappen von Biel, Murten und Laupen, 1586, bemaltes Leder, Seide. Herr Schneider: Adolphe Braun, Grandfeybrücke, 3. Viertel 19. Jahrhundert, stereoskopische Ansicht; Idem, Ansicht der Galternbrücke, 3. Viertel 19. Jahrhundert, stereoskopische Ansicht.

### 6.4.2 Deposita

Durch die Staatsverwaltung übergeben

Druck- und Grafikwerke: Christoph Rheiner, Panorama der Stadt Freiburg und ihrer Umgebung, 1840, Kreide, Aquarell und Lithographie. Jacques Cesa, Venir d'ailleurs et donner la vie en Suisse, 1995, Holzschnitt; Augustin Bader, Das Rathaus, 2. Viertel 19. Jahrhundert, Lithographie; Idem, Das Jacquemarttor, 2. Viertel 19. Jahrhundert, Lithographie; Idem, Das Murtentor, 2. Viertel 19. Jahrhundert, Lithographie; C. F. Girard und Jean-Jacques Outhwaite, Ansicht von Freiburg, 3. Viertel 19. Jahrhundert, Radierung.

Kunsth Handwerk: Staatsarchiv Freiburg: Drapeau L'Avenir Châtel-St-Denis 1901–1941, 1941, Seide.

## 6.5 Ankäufe

Malerei:

Virginia Muro, Pista di Tango, 2006, Öl auf Leinwand; Idem, Bailarina, 2007, Öl auf Leinwand.

Druck- und Grafikwerke: Nicolas Marie Joseph Chapuy / Isidore Laurent Duroy, Eine Taufe. Kirchplatz in Enney, 1. Hälfte 19. Jahrhundert, Lithographie; Emmanuel Curty, Die Brücke von Sainte-Apolline, Ende 18., Anfang 19. Jahrhundert, Kreide und Aquarell auf Papier; Idem, Ansicht der Stadt Freiburg und ihrer Umgebung von der Spitalwiese aus, um 1800, Tusche auf Papier; Idem, Ansicht des Wasserfalls von Jaun im Kanton Freiburg, Ende 18., Anfang 19. Jahrhundert, Tusche auf Papier; Eva Gallizzi, Paris: Seine Brücken, Türme, Pfeiler und Seilen, 2006, Holzschnitt, Jahresgrafik Xylon; Unbekannt, Les Tornalettes à Fribourg, 1876, Kreide auf Papier; Martial Leiter, Der Leuchtturm, 2006, Kaltadelradierung; Joseph de Landerset, Ansicht der Insel Schwanau, 1807, Gouache auf Papier; Idem, Ansicht der Galternschlucht, 1810, Gouache auf Papier; Yoki, Die

Flucht nach Ägypten, 1960-er Jahre, Modell eines Glasfensters, Gouache auf Papier; Virginia Muro, Studie, 2007, Kohle und Öl auf Papier; Idem, Zeichnung, 2007, Kohle und Öl auf Papier; Klosterarbeit, Heiliger Augustin, Ende 18. Jahrhundert, Spitzenbild; Idem, Heiliger Karl Borromäus, Ende 18. Jahrhundert, Spitzenbild.

Kunsth Handwerk: Aubusson, Wandteppich Empire, um 1810, gefärbte Wolle, Baumwolle; François-Charles Gendre, Teller, letztes Viertel 18. Jahrhundert, Fayence; Idem, Schwammkugel mit den Wappen von Diesbach-Steinbrugg, letztes Viertel 18. Jahrhundert; Idem, Seifenkugel mit den Wappen von Diesbach-Steinbrugg, letztes Viertel 18. Jahrhundert; Unbekannt, Büffet mit den Wappen Fégy-Alt, 1678, Nussbaum; Unbekannt, Kabinetts-Sekretär Renaissance mit den Wappen Griset de Forel und Praroman, Nussbaum und Tanne.

## 6.6 Pädagogische Abteilung

Vier Ateliers im Rahmen der Ausstellung: Koenig – Für Glauben, Ruhm und Krieg: Schreiben wie früher! (mit Gänsefeder und Tinte auf Pergament): Kindergarten bis 2. Primarklasse. Eine Gänsefeder, um mit Tinte deine Initialen auf Pergament zu schreiben!: Atelier für die Klassen der 3.-6. Primarstufe. Ein Abenteurer zu Pferd (Zeichnung und Malerei mit dem Künstler Franz Bruehlhart): Atelier für Kindergarten bis 6. Primarstufe. Drei Ateliers im Rahmen der Ausstellung Freiburg im Bild: Eine bunte Stadt (Papierschnitzel und Farbfilzstifte): Kindergarten bis 3. Primarstufe. Eine Stadt, in der sich gut leben lässt (Papierschnitzel): 4.-6. Primarstufe. Drei Ateliers im Rahmen der Ausstellung Virginia Muro: Die menschliche Figur erscheinen oder verschwinden lassen (Gouache): 3.-6. Primarstufe. Eine neue Mitarbeiterin arbeitet seit dem 2. August am Konzept und an der Organisation der Ateliers. Sie initiiert ein pädagogisches Konzept, das die unteren und oberen Sekundarstufen sowie Ateliers für Erwachsene einbezieht. Die Werbung erfolgt durch einen dreimonatlich erscheinenden Faltprospekt, der in den Klassen verteilt wird.

## 6.7 Konservierungs- und Restaurierungsabteilung

Die Konservierungs- und Restaurierungsabteilung hat die Kontrolle der klimatischen Bedingungen der verschiedenen Depoträume sowie der Ausstellungssäle der Dauer- und Sonderausstellungen gewährleistet. Sie hat ihre Aktivitäten als Berater für interne wie externe Anfragen weitergeführt, technologische Expertisen durchgeführt und technische Ratschläge erteilt. Sie hat 25% ihrer Tätigkeit dem Forschungsprojekt (FN-1047) des Nationalfonds zur Freiburger Plastik des 16. Jahrhunderts gewidmet und hat sich bekanntlich an der Erarbeitung des Inventarprojekts beteiligt. Ausserdem hat sie das Reproduktionsprojekt des Ostergrabes der Mageren Au weiterverfolgt sowie die Rückführung und Konservierung der mittelalterlichen Wandmalereien überwacht, die sich im Schloss Misery befinden.

Die Abteilung hat die Veranstaltung «Sonntags ins Museum» vom 20. Mai, die der Konservierungs- und Restaurierung innerhalb des Museums für Kunst und Geschichte gewidmet war sowie die «Kulturgütertage» vom 8. und 9. September durchgeführt. Sie hat eine Studentin der Hochschule für Restaurierung in Bern, Frau Sandra Mottaz, für ein Praktikum von sechs Wochen zwischen dem 15. Januar und 27. Februar betreut. Die Abteilung hat Zustandsprotokolle verfasst sowie Eingangs- und Ausgangskontrollen beim Aufbau und Abbau der Sonderausstellungen durchgeführt und in diesem Rahmen Unterhaltsarbeiten sowie konservatorische und restauratorische Massnahmen zu verschiedenen Werken der Sammlung erstellt.

## 6.8 Interne Organisation

Der Direktionsrat hat zehn Sitzungen und die Personalkonferenz zwei Sitzungen durchgeführt.

## 6.9 Kommission

Die Kommission und der Ausschuss sind zweimal zusammengetreten. Sie haben die Jahresrechnung geprüft, den Budgetvorschlag für 2008 angenommen und die Ankaufsvorschläge gutgeheissen. Sie wurden zu den damit verbundenen Projekten befragt. Die Kommission wurde ebenfalls eingeladen, sich an der Analyse der Gründe des Besucherrückganges zu beteiligen und an Vorschlägen zur Umkehrung dieser Tendenz mitzuarbeiten. Dies wurde der Direktion mitgeteilt, die ihre Zustimmung zur entsprechenden Durchführung gab.

## 7. Naturhistorisches Museum

### 7a. Dienstauftrag

Hauptaufgabe des Naturhistorischen Museums ist es, dem Publikum die Natur und insbesondere das Freiburger Naturerbe näher zu bringen. Das Museum organisiert verschiedene Aktivitäten mit dem Ziel, naturwissenschaftliche Erkenntnisse Besuchern und Schulklassen allgemein verständlich zu vermitteln. Es gibt Schülern, Studenten und Interessenten die Möglichkeit sich zu informieren und nachzuforschen. In seine Zuständigkeit fällt die Erhaltung und Bereicherung seiner Sammlungen. Das Museum dient auch als regionale Anlaufstelle für Tier- und Naturschutz, indem es naturbezogene Fragen beantwortet.

Direktor: André Fasel

### 7b. Aktivitäten

#### 7.1 Allgemeines

2007 besuchten 42 864 (42 792) Personen das Museum, davon 7073 (7962) Schülerinnen und Schüler aus 442 (484) Klassen. Die Internetseite des Museums wurde 915 233 (1 016 649) mal besucht.

Der Direktor des Museums ist Mitglied der Konsultativkommission für Natur- und Heimatschutz. Er war Beisitzer im Vorstand von Freiburg Tourismus und in

der Kommission für Kultur und Geschichte zum 850. Jahrestag der Gründung der Stadt Freiburg. Das Museum war übrigens auch Partner an der 850-Jahr-Feier der Stadt Freiburg und am 200. Jahrestag des berühmten Naturwissenschaftlers J.-L.R. Agassiz.

Der Vizedirektor vertrat das Museum in zwei Kommissionen (Möserkommission Düdingen sowie Rechthalten – St. Ursen).

Das Museum betreibt eine offiziell anerkannte Pflegestation für Wildtiere. Im Laufe des Jahres wurden 178 (152) verletzte oder kranke Tiere aufgenommen; 57 (72) wurden gepflegt und wieder in Freiheit entlassen, 112 (73) starben oder mussten eingeschläfert werden. Am 31. Dezember befanden sich noch 9 (7) Tiere in Pflege.

## 7.2 Dienstleistungen für Schulen

Der Leihdienst des Museums stellte 85 (91) Personen 176 (219) Objekte zur Verfügung.

Eine Lehrperson erstellte pädagogische Unterlagen zur Sonderausstellung «Croco & Co».

Zwei neue Ateliers für Klassen wurden unter der Bezeichnung «Kultur und Schule» mit Unterstützung des Amtes für Kultur erstellt.

## 7.3 Verschiedene Aktivitäten

Über 30 Führungen und 11 Konferenzen fanden statt, insbesondere in Zusammenhang mit den Sonderausstellungen. Das Atelier «Basteln am Mittwochnachmittag» wurde mit Erfolg gestartet.

Drei Aktivitäten wurden für Kinder im Rahmen des Ferienpasses angeboten: Eine Nacht im Museum, eine Animation im Rahmen der Ausstellung «Croco & Co» und eine Einführung in die Welt der Edelsteine.

## 7.4 Verschiedene Zusammenarbeiten

Das Projekt der Satellitentelemetrie beim Weissstorch Max und bei den Rotmilanen, Uhus, Schneeeulen und bei den Falkraubmöwen wurde weitergeführt. Die neuesten Resultate zum Zug dieser Vögel wurden laufend via Internet veröffentlicht und einmal pro Woche per E-mail an 3006 (2474) eingeschriebene Personen versandt.

Die Ausstellung «MusOeufs FrEiburg» wurde in Zusammenarbeit mit dem Botanischen Garten durchgeführt. Für das Konzept der Sonderausstellung «Himalaja Nepals» konnte das Museum von den Fachkenntnissen von Frédéric Schnyder (Greyerz), Jagadisch Chudal und Ajit Acharya (Katmandu) profitieren. Die Zusammenarbeit zwischen dem Museum und der Fachstelle Fritic im Rahmen des Projektes «Mein Lieblingstier» ergab eine Sonderausstellung.

Im Museum kann Zivildienst geleistet werden. So beschäftigte es drei Personen während insgesamt acht-einhalb Monaten. In Zusammenarbeit mit dem Centre d'intégration socioprofessionnelle (CIS) konnten zwei Personen ein Praktikum absolvieren und in Zusam-

menarbeit mit der regionalen Arbeitsvermittlungsstelle (RAV) wurden zwei Praktikanten beschäftigt. Das Schweizerische Arbeiterhilfswerk (SAH) vermittelte eine Person im Rahmen einer Wiedereingliederung ins Berufsleben.

Das Inventar der Museumsbibliothek wurde in Zusammenarbeit mit der Kantons- und Universitätsbibliothek weitergeführt.

## 7.5 Gebäude

Mehrere Sitzungen mit dem Hochbauamt fanden im Rahmen der Planungs- und Unterhaltsarbeiten der Dauerausstellungen statt. Der Boden des grossen Ausstellungssaals wurde vollumfänglich renoviert. Das Museum hat einen Teil seiner Sammlung zuerst in ein Zwischenlager an der rue des Augustins gezügelt und danach in ein neues Lager im ehemaligen Zeughaus an der route des Arsenaux gebracht.

## 7.6 Sonderausstellungen

- «Wunderkammer Museum – Fotogramme von Floris Neusüss und Renate Heyne» (21. Oktober 2006 – 25. Februar 2007)
- «Raben und Krähen – Unglücksvögel?» (2. Dezember 2006 – 15. April 2007)
- «MusOeufs FrEiburg» (17. März – 15. April 2007)
- «Croco & Co» (12. Mai 2007 – 20. Januar 2008)
- «Notizblock, Netz und Lupe. Freiburger Naturforscher ins Licht gerückt!» (16. Juni 2007 – 7. Oktober 2007)
- «Menschen, Kristalle, Kunsthandwerk im Himalaja Nepals» (10. November 2007 – 2. März 2008)

## 7.7 Dauerausstellungen

Das Diorama wurde technisch verbessert: Die neue Beleuchtung und das neue akustische System wurden benutzerfreundlicher eingerichtet.

Eine neue Vitrine wurde im Saal «Aus Schuppen werden Federn» erstellt. Sie zeigt ein Skelett eines 150 Millionen Jahre alten Pterosauriers. Das Fossil ist sehr gut erhalten und hat einen beachtlichen didaktischen Wert. Der Pterosaurier wurde mit der Unterstützung der Vereinigung der Freunde des Museums angeschafft.

Ebenfalls dank dieser Unterstützung konnte ein Orang-Utan aus Borneo präpariert werden und ist nun im Ausstellungssaal der Zoologie ausgestellt. Er starb eines natürlichen Todes im Zoo Seeteufel (BE).

## 7.8 Ausleihe von Sonderausstellungen

Das Naturhistorische Museum liess folgenden Museen Ausstellungen aus: dem Naturhistorischen Museum von La-Chaux-de-Fonds (Eulen & Käuze), der Orientierungsschule Greyerz (Erdbeben), der Vereinigung der Gemüseproduzenten der Kantone Bern und Freiburg sowie der Gemeinde- und Schulbibliothek von Collombey-Muraz (Raben & Krähen)

## 7.9 Sammlungen

Die Inventarisierung der verschiedenen wissenschaftlichen Sammlungen des Museums wurde weitergeführt. Die paläontologischen Sammlungen verzeichneten 7 (10) Neueingänge. Dabei handelt es sich um 6 Fossilien aus dem Hunsrückschiefer in Deutschland und dem Schädel eines Höhlenbären vom Bärenloch (FR). Der Schädel ist im Geologiesaal mit den anderen Funden aus dem Bärenloch ausgestellt.

Die mineralogischen Sammlungen wurden durch 54 (41) Stücke bereichert, die vor allem aus dem schweizerischen Alpenraum und aus dem nepalesischen Himalaja stammen. Speziell zu erwähnen sind die Neueingänge aus der Schweiz: ein grosser Zirkonkristall aus dem Tessin, 3 Pyritblöcke aus dem Kanton Freiburg und ein grosser Barytkristall aus dem Graubünden. Die Mineralien aus Nepal sind in der Sonderausstellung «Himalaja Nepals» zu sehen. Danach werden sie in die Dauerausstellung Mineralogie mit einer neuen Vitrine integriert. Als Schenkungen ist der Neueingang von zwei grossen, polierten Pseudotachylit – Platten (aus Vredfort Südafrika) zu erwähnen. Sie entstanden beim Einschlag eines Asteroiden (Sternschnuppe) und sind für Wissenschaft, Didaktik und Ebenmass nennenswert.

Die Sammlung der einheimischen Fauna wurde um 125 (87) Tiere erweitert. Ein Baumrarder, ein Wildschwein, eine 17jährige Dohle, ein Weissstorch, ein Kuckuck, eine Klappergrasmücke und eine Fluss-Seeschwalbe wurden dem Museum dieses Jahr übergeben.

145 Pilze wurden gefriergetrocknet, fast 270 Stücke vertreten 118 verschiedene Arten. Die Bestimmung erfolgte weitgehend durch den Pilzverein Freiburgs.

Zwecks Vorbereitung einer Publikation und einer Sonderausstellung wurde das Inventar der Pflanzen der Freiburger Voralpen weitergeführt. Auf zahlreichen Exkursionen wurden potentielle Standorte seltener oder bedrohter Arten aufgesucht. Die Funde wurden fotografiert und der Grad der Bedrohung wurde beurteilt. Bis Ende 2007 waren 95% (90%) der prioritären Arten bearbeitet und mit 4000 (3000) Digitalbildern und 4000 (3500) Diapositiven dokumentiert. Dieses Material wird inventarisiert und ins Bildarchiv des Museums aufgenommen.

Das Inventar der Herbarien des Kantons Freiburg wurde weitergeführt («Herbiers réunis»). Gegenwärtig können mehrere wissenschaftliche Herbarien mit mehr als 17 500 (17 000) Pflanzenbelegen via Internet konsultiert werden. 5700 Herbariumseiten wurden zudem digitalisiert.

## 7.10 Kommission

Die Kommission tagte zweimal. Sie hat die Rechnung 2006 genehmigt, den Budgetvorschlag 2008 geprüft und die parlamentarische Intervention angesichts der räumlichen Erweiterung des Naturhistorischen Museums zur Kenntnis genommen.

## 7.11 Schenkungen

366 (215) Personen haben dem Naturhistorischen Museum 380 (264) Tiere oder Objekte überreicht.

## 8. Schloss Greyerz

### 8a. Auftrag

Die Stiftung des Schlosses Greyerz, präsiert von der Direktorin EKS, hat den hauptsächlichen Auftrag, im Namen des Staates die Restaurierung, die Erhaltung, die Einrichtung, die Sicherheit und die in Wertsetzung der Gebäude, des Grundbesitzes und der Möbel des Schlosses Greyerz zu gewährleisten.

Präsidentin des Stiftungsrates: Isabelle Chassot, Direktorin EKS.

Konservator: Raoul Blanchard

### 8b. Aktivitäten

#### 8.1 Ausstellungen

- Weihnachten im Schloss: Krippen aus der Sammlung von Miriam und Louis Polla (18. November 2006 bis 14. Januar 2007)
- Noël Aeby: Fotografien aus dem Greyerzerland (27. Januar bis 17. Juni)
- Hanneke Beaumont: Skulpturen (30. Juni bis 21. Oktober)
- Weihnachten im Schloss: Krippen aus dem ethnografischen Museum in Krakau (17. November 2007 bis 13. Januar 2008)

Das Schloss hat folgende Aktivitäten durchgeführt:

- «Das Johannisfest im Schloss» (Mittelalterfest mit den Truppen Communitas Turrium und Quatre Lunes, 16. und 17. Juni)
- Atelier für alte Musik. Bau einer Renaissancegitarre mit Philippe Mottet-Rio. Vier Konzerte in der Pfarrkirche von Greyerz, ein Tanzkurs und ein Maskenball in der Hostellerie St-Georges in Greyerz (26. August bis 2. September)

360 (319) geführte Besichtigungen des Schlosses und des Städtchens Greyerz wurden durch das Sekretariat des Schlosses organisiert. Insgesamt wurden das Schloss und seine Sonderausstellungen von 183 687 (172 167) Personen besucht, was einen Tagesdurchschnitt von 503 (472) Besuchern ergibt.

#### 8.2 Sammlung

Der Faltprospekt mit der Beschreibung des Schlosses und seiner Sammlung wurde überarbeitet und in zwei neue Sprachen übersetzt (Griechisch, Arabisch). Er ist nun in 15 Sprachen erhältlich. Eine Multimedia-Schau über Geschichte und Sammlung des Schlosses ist im Entstehen.

#### 8.3 Gebäude

Die im Herbst 2005 begonnenen Umbauarbeiten des ehemaligen Abwärtsgebäudes wurden fortgesetzt. Die

Aussenbeleuchtung des Schlosses wurde vollständig revidiert. Im Saal der fantastischen Kunst und im Gefangenenturm wurden Türen und Fenster erneuert. Auf den Galerien, im Barocksaal und im Saal der fantastischen Kunst wurden die Holzböden ausgebessert. Die Sitzbank im Innenhof wurde restauriert.

#### 8.4 Informatik

Die Website des Schlosses wurde regelmässig aktualisiert und von 133 908 (99 178) Personen abgerufen.

#### 8.5 Schenkungen, Ankäufe

Schenkung der Erben von Frau Ruth Baud-Holzer: Auguste Baud-Bovy, Bildnis Henri Rochefort, 1878, Öl auf Leinwand.

#### 8.6 Pädagogische Abteilung

Während des Jahres wurden 320 (263) «Schlossgeschichten» und «Schatzsuchen» für Schulen und Private aus der ganzen Schweiz durchgeführt. 18 (22) Geschichtslektionen und 5 (1) «Mittelaltertage» wurden für Schüler der 5. und 6. Primarklassen des Kantons Freiburg durchgeführt.

#### 8.7 Stiftungsrat

Der Stiftungsrat des Schlosses versammelte sich vier Mal. Das Büro des Stiftungsrates trat sechs Mal zusammen.

### 9. Vitrocentre Romont. Schweizerisches Forschungszentrum für Glasmalerei und Glaskunst

#### 9a. Aufgaben

Das Vitrocentre forscht und unterstützt historische, technische und konservierungstechnische Forschungen auf dem Gebiet der Glasmalerei, der Hinterglasmalerei und der Glaskunst. Es baut Dokumentationen und eine Studiensammlung auf und betreut insbesondere den Fonds Ruth und Frieder Ryser. Das Zentrum fördert die Ausbildung auf diesem Fachgebiet und pflegt eine Zusammenarbeit mit dem Vitromusée Romont, Schweizerisches Museum für Glasmalerei und Glaskunst.

Präsidentin des Stiftungsrates: Isabelle Chassot, Direktorin EKS.

Leiter: Stefan Trümpler

#### 9b. Tätigkeiten

Die Arbeiten im Rahmen des Corpus Vitrearum der Schweiz wurden mit den Forschungen für die Bände über die Glasmalereien in den Kantonen Freiburg und Schaffhausen fortgesetzt. Das Manuskript des Bandes über die mittelalterlichen Glasmalereien der ehemaligen Klosterkirche Königsfelden und die Beiträge zu einem Werk über die Glasgemälde im Kanton Genf konnten abgeschlossen werden. Die Studien des Vitrocentre über

mittelalterliche Glasgemälde im Rahmen des nationalen Forschungsschwerpunktes «Mediality» des Schweizerischen Nationalfonds wurden weiter vertieft. Das Zentrum leistet Beiträge zu einem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Forschungsprojekt über die Anfänge der Hinterglasmalerei im späten Mittelalter in Flandern. Mit dem Vitromusée als Mitherausgeber hat das Zentrum den Ausstellungskatalog über die Glasfenster Marc Chagalls erarbeitet. Die Mitarbeitenden des Zentrums haben ihre Ausbildungstätigkeit auf der Universitäts- und Fachhochschulebene fortgeführt und laufende Beratungs- und Informationsaufgaben wahrgenommen.

Das Vitrocentre hat zur Erhaltung vieler Glasgemälde und Ensembles dieser Kunstdenkmäler in der Schweiz beigetragen, unter anderem in der Kathedrale von Freiburg, im Münster und im Parlamentsgebäude in Bern sowie im Kreuzgang von Muri (AG). Es ist an einem europäischen Forschungsprojekt (6th Framework Programme) über Materialien zur Konservierung und Restaurierung von Glasmalereien beteiligt.

Die Dokumentationen und Studiensammlungen des Vitrocentre wurden insbesondere durch den Werk- und Archivnachlass des in England tätigen Schweizer Glasmalers Alfred Werck und durch die wertvolle Spezialbibliothek eines Privatsammlers zur Geschichte der Glaskunst bereichert.

### 10. Espace Tinguely – Niki de Saint Phalle

#### 10a. Aufgabe

Hauptaufgabe der Stiftung Jean Tinguely – Niki de Saint Phalle ist es, einen Dauerraum zu schaffen und zu unterhalten, der zu einem bedeutenden Teil dem Werk von Jean Tinguely und Niki de Saint Phalle gewidmet ist sowie günstige Bedingungen für den Zugang der Öffentlichkeit zu schaffen.

Präsidentin des Stiftungsrates: Isabelle Chassot, Direktorin EKS

Konservatorin: Yvonne Lehnerr, Direktorin des Museums für Kunst und Geschichte Freiburg

#### 10b. Aktivitäten

##### 10.1. Ausstellungen und Veranstaltungen

Der Espace hat folgende Sonderausstellungen organisiert: Ausstellung «Niki de Saint Phalle: Œuvre graphique», (bis 4.02.) und «Pavel Schmidt: sein/seine» (19.04. bis 2.09.). Ebenfalls fanden drei Konzerte in Zusammenarbeit mit dem Konservatorium statt. Der Espace zählte 13 582 Besucher (14 437); er wurde 78 (42) mal für verschiedenste Anlässe gemietet. Insgesamt wurden 63 (51) Führungen und 9 (12) pädagogische Veranstaltungen durchgeführt.

##### 10.2. Stiftungsrat

Der Stiftungsrat hat eine Sitzung abgehalten. Bei dieser Gelegenheit hat er die Abrechnungen und das Budget

genehmigt sowie das Programm für die Veranstaltungen und Ausstellungen bestimmt.

## 11. Römisches Museum Vallon

### 11a. Auftrag

Der Hauptauftrag der Stiftung «Pro Vallon», die von der Direktorin EKS präsiert wird, besteht darin, die archäologische Fundstelle von Vallon zu erhalten und der Öffentlichkeit angemessen zu präsentieren. Dies geschieht in erster Linie durch eine Präsentation der beiden am Originalplatz belassenen Mosaiken, sowie durch Sonderausstellungen, (pädagogische) Veranstaltungen und Veröffentlichungen.

Präsidentin des Stiftungsrates: Isabelle Chassot, Direktorin EKS.

Konservator: Claus Wolf, Kantonsarchäologe.

### 11b. Aktivitäten

#### 11.1 Ausstellungen und Veranstaltungen

Das Museum wurde von 7244 (7403) Personen besucht. Insgesamt wurden 51 (57) Führungen und 41 (49) pädagogische Veranstaltungen durchgeführt. Auch hat das Museum ein Römisches Fest organisiert, an dem etwa 400 Personen teilnahmen. Es hat sich zudem an mehreren Kulturveranstaltungen beteiligt (Ludimaniak in Estavayer-le-Lac, Römische Feste in Augusta Raurica und Vindonissa, Archeofestival in Freiburg und «Le dimanche en famille» in La Tour-de-Peilz).

#### 11.2 Stiftungsrat

Der Stiftungsrat hat zwei Sitzungen abgehalten. Er hat sein Büro reorganisiert und sich insbesondere darum bemüht, eine Lösung für die häufig auftretende Gefahr einer Überschwemmung der Mosaiken zu finden.

## XV. AMT FÜR ARCHÄOLOGIE

### 1. Aufgaben

Die Aufgabe des Amtes für Archäologie des Kantons Freiburg besteht darin, archäologische Kulturgüter (Fundstellen und Objekte) gemäss lokaler, regionaler und nationaler Bedeutung zu identifizieren, zu inventarisieren und zu dokumentieren. Das Amt begleitet die administrativen Vorgänge, die die in archäologischen Zonen befindlichen Bodendenkmäler betreffen und stellt die Mittel zur Verfügung, um Ausgrabungen durchzuführen und im günstigsten Fall die Bodendenkmäler zu erhalten. Nach Beendigung der beschreibenden, graphischen und visuellen Dokumentation der Bodendenkmäler (Fundstellen und Objekte) wird diese Wissenschaftlern, öffentlichen Institutionen und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Um schliesslich die Öffentlichkeit (Wissenschaft, Politik, Schule) und die Bürger über den Reichtum und die Vielfalt des archäologischen Erbes des Kantons zu informieren und sie dafür zu sensibilisieren, organisiert das Amt Tage der

offenen Tür auf Ausgrabungen und in den Werkstätten sowie Vorträge und Ausstellungen. Daneben wird der Ausbildung ein besonderer Platz eingeräumt (Veranstaltungen an Universität/Fachhochschule, Tutorate, Lehrgrabungen).

Amtschef (Kantonsarchäologe): Claus Wolf.

## 2. Aktivitäten

### 2.1 Ausgrabungen und Bauuntersuchungen

Rettungsgrabungen wurden in folgenden Fundstellen des Kantons unternommen: Arconciel/La Souche (Fortsetzung der Lehrgrabung an einem mittelsteinzeitlichen Felsüberhang); Bösing/Dorfplatz (Ausgrabung römischer und mittelalterlicher Strukturen); Bossonens/St-Claude (Fortführung der Lehrgrabung in der mittelalterlichen Burganlage); Bulle/Rue de la Poterne (Töpferöfen); Bulle/Route de la Palaz (römische Strukturen); Gruyères/St-Théodule Kirche (Ausgrabung in der Sakristei); Léchelles/Essinges (neuzeitliche Wasserleitung aus Holz); Lossy/Passafou (Ausgrabung eines eisenzeitlichen Grabhügels); Marsens/Le Perrevuet (wahrscheinlicher Grabhügel); Morens/Le Curtillet (römische Strukturen); Muntelier/Steinberg (Unterwassergrabung); Prez-vers-Noréaz/Champ de la Croix (Grubenverfüllungen); Vallon/Sur Dompierre (Fortsetzung der Ausgrabungen im Bereich der Gärten der römischen Anlage). Die Ausgrabung von mehreren im Block geborgenen Brandbestattungen von Arconciel/Pré de l'Arche (römisch) und Bösing/Fendingenstrasse (bronzezeitlich) erfolgte in der Werkstatt des Amtes.

In zahlreichen mittelalterlichen Gebäuden sind vor Restaurierungsarbeiten oder Umbauten Analysen und Sondierungen durchgeführt worden: Bulle/Eglise St-Pierre; Cerniat/La Valsainte; Châtel-St-Denis/Chemin de l'Eglise 2; Cugy/Le Château; Cressier/Chapelle St-Urbain; Estavayer-le-Lac/Rue de la Rochette 13/Place St-Claude 13/Impasse de la Motte Châtel 8; Freiburg/St.-Niklausen-Münster/Neustadtgasse 60/Kleinrahmengasse 3/Pilettesgasse/Obere Matte 51; Gruyères/Château/Rue du Bourg/Route de l'Eglise 4; Middel/Eglise St-Martin; Murten/Hauptgasse 19/Pfisterplatz/Rathausgasse 15/Speichergasse; Posieux/Abtei Altenryf; Romont/Collégiale; Praroman/Eglise paroissiale; Rue/Maison de Prez Maillardoz; Vuadens/Eglise St-Sylvestre; Vuisternens-dt-Romont/Eglise de la Vierge Marie.

### 2.2 Prospektion, Sondierungen und Bauüberwachungen

Mit Prospektionen (Abschreiten von Feldern und Fluren nach Funden auf der Oberfläche) und Sondierungen (Serien von maschinell angelegten Suchgräben) konnte der Charakter einiger wichtiger Fundplätze besser erfasst werden, bevor Rettungsgrabungen vorgenommen wurden.

Mittels Prospektion sind archäologische Perimeter bestimmt worden, die im Rahmen der Ortsplanung zu

berücksichtigen sind. Dabei wurden neue Fundstätten erfasst.

Im Rahmen des Programms zur Erforschung der ältesten menschlichen Besiedlung im Kanton wurden in mehreren potentiellen Fundplätzen Sondierungen durchgeführt: Jaun/Euschelstal, Illens/Sous les Châteaux und Charmey/La Tsintre.

Zahlreiche Sondierungen führte das Amt für Archäologie im Vorfeld umfangreicher Baumassnahmen präventiv durch. Zu erwähnen sind insbesondere: Avry-sur-Matran/Route de l'Industrie; Bussy/Champ au Dou; Cheyres/La Condémine; Echarlens/Sur Villa; Estavayer-le-Lac/En Fussy; Givisiez/Corberayes; Jaun/Euschels; Lully/Moulin au Rey; Meyriez/Vieux-Manoir; Middel/A Torny-Pittet; Neyruz/La Croix; La Tour-de-Trême/Rue des Cordiers; Villarepos/En Combes.

Die Tauchequipe des Amtes ist aufgrund der Fundmeldung eines Einbaums und mehrerer Pfähle in Forel/La Grève tätig geworden (neue Fundstellen).

Schliesslich hat das Amt für Archäologie 213 (150) Baumassnahmen überwacht, bei denen der begründete Verdacht bestand, dass sie archäologische Strukturen und Funde gefährden könnten (Aushubarbeiten für Gebäude und diverse Versorgungsleitungen, aber auch Restaurierungen von mittelalterlichen Bauten). Ganz besonders wurden durch das Amt folgende Projekte begleitet: Bulle/Centre-ville (Grand-Rue, Rue de la Gare, Rue du Marché); Freiburg/Tivoli (teilweiser Wiederaufbau der Befestigungsmauer); Gletterens/Les Grèves (Anlage des neuen Hafens); Muntelier/Hauptstrasse (neues Leitungssystem); Posieux-Freiburg (Verlegung der Rohre für die Fernwärmeheizung); Romont-Vaulruz (Verlegung von Gasrohren).

### 2.3 Zusammenarbeit mit dem Amt für Kulturgüter

Für zahlreiche Umbau- und Restaurierungsprojekte sind die Mittelalter-Archäologen des Amtes beigezogen worden. Besonders zu erwähnen ist die Burgruine von Bossonens; ferner zahlreiche Häuser in den mittelalterlichen Kleinstädten und der Altstadt von Freiburg. Zusätzlich betraf dies die historischen Gebäude des Kantons, die sich im Staatsbesitz befinden, z.B. das Schloss von Greyerz oder das St.-Niklausen-Münster in Freiburg. Die beiden Ämter arbeiteten auch bei Anlässen wie den «Europäischen Tagen des Denkmals» eng zusammen.

### 2.4 Zusammenarbeit mit dem Bau- und Raumplanungsamt (BRPA)

Im Rahmen des Bewilligungsverfahrens für Neubauten sind 614 (623 im Jahre 2006) Gutachten erstellt worden, worunter 56 (58) Bauvoranfragen fallen. 56 (66) Gutachten sind zu vorgezogenen Baubewilligungen abgegeben worden, davon allein 50 (49) im Greyerzbezirk. 37 (41) Dossiers Ortsplanung und 28 (37) Dossiers Detailplanung sind begutachtet worden.

14% (21%) der Antragsteller haben sich an die vom Amt in der Baubewilligung verlangte Mitteilung beim Baubeginn gehalten und den jeweiligen Baubeginn bekannt gegeben.

Die archäologischen Perimeter sind auf dem speziellen geographischen Server SDE zugänglich (SIG ArcView). Im Jahr 2007 konnten die Daten von 34 (23) Gemeinden in dieses System übertragen werden. Im Rahmen der Revision der Ortsplanung konnten die archäologischen Perimeter von 34 (32) Gemeinden aktualisiert werden.

## 2.5 Auswertung und Publikationen

### 2.5.1 Monographien

T. J. Anderson – D. Castella, *Une ferme gauloise à Courgevoux (FA 21)*, Freiburg 2007.

### 2.5.2 Artikel

C. Agustoni – C. Wolf, «Rapport d'activités 2006 du Musée Romain de Vallon», *CAF 9*, 2007, 214-216.

J.-P. Anderegg, «Speicher und Kornhaus im spätmittelalterlich-frühneuzeitlichen Freiburg», *FHA 9*, 2007, 204-211.

E. Boës – Ch. Jeunesse – R.-M. Arbogast – Ph. Lefranc – M. Mauvilly – F. Schneikert – I. Sidéra, «Vendenheim <Le haut du Coteau> (Bas-Rhin): remarques sur l'organisation interne d'une nécropole du Néolithique ancien danubien», in: M. Besse (dir.), *Sociétés néolithiques – Des faits archéologiques aux fonctionnements socio-économiques*, Actes du 27<sup>e</sup> colloque interrégional sur le Néolithique (Neuchâtel, 1 et 2 octobre 2005) (*CAR 108*), Lausanne 2007, 279-283.

F. Bonnet Borel, «Un ensemble de verres trouvé à Bourguillon», *CAF 9*, 2007, 192-203.

G. Bourgarel, «La Grand-Rue 10: précieux témoin de l'histoire d'une ville», *CAF 9*, 2007, 36-117.

G. Bourgarel, «Archéologie entre fortifications modernes et grands travaux urbains», *CAF 9*, 2007, 212-213.

G. Bourgarel (avec une contribution d'A.-F. Auberson), «Gruyères: du mythe à la réalité», in: *La vallée de la Sarine au fil du temps*, *AS 30.2*, 2007, 61-70.

G. Bourgarel, «Fouilles archéologiques»; «La production – Les formes»; «Répertoire des formes», in: M. Maggetti (dir.), *La faïence de Fribourg (1753–1844)*, Dijon 2007, 68-81, 126-157, 200-231.

G. Bourgarel, «Recherches archéologiques dans le préau du cloître et de l'aile occidentale du couvent», in: F. Guex (éd.), *Le cloître de l'abbaye d'Hauterive (Patrimoine fribourgeois 17)*, Fribourg 2007, 30-35.

C. Buchiller – R. Blumer – M. Mauvilly, «Les vestiges funéraires protohistoriques au fil de la Sarine: des témoignages de contacts culturels d'une zone privilégiée?», in: *La vallée de la Sarine au fil du temps*, *AS 30.2*, 2007, 21-29.

J. Bujard, «Le couvent des Cordeliers de Fribourg: 750 ans d'architecture franciscaine», *CAF 9*, 2007, 118-153.

G. Graenert, «Die merowingierzeitlichen Bestattungen von Freiburg/Pérolles», *FHA 9*, 2007, 24-35.

G. Graenert (mit einem Beitrag von A. Schönenberger), «Die Saane im Frühmittelalter: Eine Kulturlandschaft gewinnt Kontur», in: *Im Fluss der Zeiten – das Saanetal*, AS 30.2, 2007, 50-60.

D. Heinzelmann, «Rezension zu Lindy Grant, *Architecture and Society in Normandy 1120-1270*», *Kunstchronik* 2007, 286-290.

Ph. Jatton (avec la collaboration de G. Bourgarel), «Abbaye d'Hauterive: en quête de son cloître roman du 12<sup>e</sup> siècle», in: *La vallée de la Sarine au fil du temps*, AS 30.2, 2007, 71-77.

Ph. Jatton, «Une approche archéologique du cloître», in: F. Guex (éd.), *Le cloître de l'abbaye d'Hauterive (Patrimoine fribourgeois 17)*, Fribourg 2007, 21-29.

G. Kaenel – F. Carrard, «La Baume du Four (Boudry, canton de Neuchâtel): un «temple helvète»?», in: Ph. Barral – A. Daubigney – C. Dunning – G. Kaenel – M.-J. Roulière-Lambert (éds), *L'âge du Fer dans l'arc jurassien et ses marges. Dépôts, lieux sacrés et territorialité à l'âge du Fer*, Actes du XXIX<sup>e</sup> Colloque international de l'AFEAF (Bienne, 2005) (*Annales Littéraires de l'Université de Franche-Comté* 826; *Environnement, sociétés et archéologie* 11), Besançon 2007, 499-535.

M. Mauvilly, «Fribourg préhistorique ou la ville avant l'Histoire», *CAF* 9, 2007, 4-13.

M. Mauvilly, «A la découverte de «cités» disparues le long de la Sarine», in: *La vallée de la Sarine au fil du temps*, AS 30.2, 2007, 13-20.

M. Mauvilly – J.-L. Boisaubert, «Communautés villageoises néolithiques: rives des lacs et arrière-pays, une réelle osmose? L'exemple du canton de Fribourg (Suisse)», in: M. Besse (dir.), *Sociétés néolithiques – Des faits archéologiques aux fonctionnements socio-économiques*, Actes du 27<sup>e</sup> colloque interrégional sur le Néolithique (Neuchâtel, 1 et 2 octobre 2005) (*CAR* 108), Lausanne 2007, 407-415.

M. Mauvilly – S. Menoud, «Jaun und die Freiburger Voralpen – nicht nur Rohstoffe für Jäger und Sammler», *Freiburger Volkskalender* 2008, Fribourg 2007, 94-99.

M. Mauvilly – M. Ruffieux, «Bussy «Pré de Fond» et Sévaz «Tudinges» (canton de Fribourg, Suisse) entre VII<sup>e</sup> et V<sup>e</sup> siècles avant J.-C.: deux nouveaux types de sites sur le Plateau», in: Ph. Barral – A. Daubigney – C. Dunning – G. Kaenel – M.-J. Roulière-Lambert (éds), *L'âge du Fer dans l'arc jurassien et ses marges. Dépôts, lieux sacrés et territorialité à l'âge du Fer*, Actes du XXIX<sup>e</sup> Colloque international de l'AFEAF (Bienne, 2005) (*Annales Littéraires de l'Université de Franche-Comté* 826; *Environnement, sociétés et archéologie* 11), Besançon 2007, 279-296.

M. Mauvilly – R. Blumer – L. Braillard (avec une contribution de Ch. Jeunesse), «La vie au bord de la Sarine au temps des derniers chasseurs-cueilleurs-pêcheurs préhistoriques (9700–5000 av. J.-C.)», in: *La vallée de la Sarine au fil du temps*, AS 30.2, 2007, 2-12.

M. Mauvilly – V. Serneels – M. Ruffieux – E. Garcia Cristobal, «Le travail du fer dans une forge du milieu du V<sup>e</sup> siècle a.C. à Sévaz/Tudinges (canton de Fribourg, Su-

isse)», in: P.-Y. Milcent (dir.), *L'économie du fer protohistorique: de la production à la consommation du métal*, Actes du XXVIII<sup>e</sup> Colloque de l'AFEAF (Toulouse, 2004) (*Aquitania Supplément* 14/2), Bordeaux 2007, 271-278.

P.-A. Vauthey, «Fribourg avant Fribourg: les Gallo-Romains dans la ville», *CAF* 9, 2007, 14-23.

P.-A. Vauthey (avec la collaboration de C. Agustoni – A.-F. Auberson – D. Bugnon – S. Garnerie-Peyrollaz – J. Monnier – E. Rossier), «Archéologie d'une vallée: la Sarine à contre-courant», in: *La vallée de la Sarine au fil du temps*, AS 30.2, 2007, 30-49.

C. Wolf, «Die archäologische Bodenmalpflege in der Schweiz – Ein Modellfall für Europa?», *local land & soil news* 20/21 I/07, 2007 28-30.

### 2.5.3 Fundregister

«Archäologischer Fundbericht 2006», *FHA* 9, 2007, im 218-235.

AAS 90, 2007, passim.

## 2.6 Büro der Graphiker und Zeichner

### 2.6.1 Präsentationen

- Erstellung eines Posters für das Schulgebäude von Bösingén.
- Freiburg/Reichengase 10 und Franziskanerkirche: Vorbereitung von Abbildungen für die Stellwände der Ausstellung «Frybourg 850 Jahre und mehr. Archäologie einer Stadt».
- Erstellung einer Ansicht von Freiburg zur Bronzezeit.
- Erstellung von Stellwänden für zwei Ausstellungen im römischen Museum von Vallon («Quoi de Neuf?» und «La Rome des Césars»).

### 2.6.2 Zusammenarbeit für diverse Publikationen, Vorträge und Artikel

- «La faïence fribourgeoise» (G. Bourgarel).
- «Freiburger Hefte für Archäologie 9» (diverse Autoren).
- «Das Saanetal im Fluss der Zeiten», Sondernummer der Zeitschrift Archäologie Schweiz (diverse Autoren).
- Verschiedene Abbildungen für die Erstellung von Publikationen (Broschüren von Gemeinden, Vereinigungen oder privaten Herausgebern), wissenschaftlichen Auswertungen und Stellwänden oder anderen museographischen Dokumenten, sowohl für die Schweiz, als auch für Projekte im Ausland.

### 2.6.3 Layout

- Monographie «Une ferme gauloise à Courgevoux».

## 2.7 Konservierungs- und Restaurierungslabor (LCR)

Das LCR hat 1858 Artefakte erhalten und vorläufig behandelt. Im Rahmen der präventiven Konservierung wurden folgende Handlungen durchgeführt: regelmäßige Kontrolle der klimatischen Parameter (vor allem Feuchtigkeit) in den verschiedenen Depots und bei Bedarf Anpassung an die jeweiligen Bedürfnisse der darin aufbewahrten Gegenstände. Die Sicherung der verschiedenen Dokumentationstypen (Dias, digitale Bilder, Pläne, technische Berichte) wurde ebenfalls fortgesetzt. Zusätzlich mussten nach dem Umzug des Sektors «Autobahngrabungen» von Estavayer-le-Lac nach Freiburg alle archäologischen Objekte dieses Sektors in die kantonale Fundsammlung integriert werden. Auch im Jahre 2007 erfolgte die Weiterführung der Zusammenarbeit mit dem CIMED auf dem Gebiet der Radiographie.

### 2.7.1 Praktische Arbeiten

- Wandmalereien: Beginn der Arbeiten am Fundensemble der Franziskanerkirche in Freiburg, einem der bedeutendsten Beispiele spätmittelalterlicher Kirchenbemalung im Kanton. Vorläufige Reinigung der Wandmalereien aus der römischen Villa von Murten/Combette im Hinblick auf die bevorstehende wissenschaftliche Auswertung. Parallel dazu erfolgten die Inventarisierungsarbeiten für die endgültige Lagerung der Fundensembles von Vallon/Sur Dompierre und Bösinggen/Cyrusmatte nach abgeschlossener wissenschaftlicher Bearbeitung.
- Keramik, Ziegel, Fayence: Zusammensetzungen von Objekten verschiedener Grabungen aus allen Zeitepochen: Arconciel/Pré de l'Arche, Bösinggen/Fendringenstrasse, Bulle/Poterne, Bulle/Route de la Pâla, Cugy/Château, Estavayer-le-Gibloux/Au Village, Estavayer-le-Lac/En Fussy, Marsens/En Barras, Morens/Le Curtillet, Muntelier/Steinberg, La Tour-de-Trême/Les Cordiers, Vallon/Sur Dompierre, Villeneuve/Le Pommay. Ein besonderes Augenmerk wurde auf die Fayencen der verschiedenen Freiburger Manufakturen gelegt, die im Rahmen einer Ausstellung im MAHF und im SLM Zürich («Auf den Spuren der Freiburger Fayencemanufakturen 1753–1844») öffentlich gezeigt wurden. Parallel zu den Ausgrabungen der Blockbergungen der Brandbestattungen von Bösinggen/Fendringenstrasse wurden besondere konservatorische Massnahmen zur Erhaltung der keramischen Gefässe ergriffen.
- Metall: Eine vorbeugende Konservierung (z.B. Entsalzung und Freilegung durch Sandstrahlen von Eisenobjekten) wurde an Objekten folgender Grabungen vorgenommen: Arconciel /Es Nés, Bösinggen/Dorf, Bossonnens/Château, Bulle/Terraillet, Estavayer-le-Gibloux/Au Village, Estavayer-le-Lac/Motte Châtel, Fribourg/Grand Werkhof, Lossy/Passafou, Marsens/En Barras, Muntelier/Steinberg, Riaz/Etrey, Romont/Place de la Poste, La Tour-de-

Trême/La Lévra et La Ronclina, Vallon/Sur Dompierre, Villeneuve/Le Pommay. Besonders erwähnt seien zwei Gürtelgarnituren von Gurmels/Dürenberg, die ab Januar 2008 im Palazzo Grassi in Venedig im Rahmen einer Ausstellung gezeigt werden. Die Dossiers aller Entsalzungen zwischen 1994 und 2006 wurden endgültig inventarisiert. Die Reinigungs- und Konservierungsarbeiten an der numismatischen Sammlung wurden fortgesetzt, besonders für die Fundensembles von Vallon/Sur Dompierre, Murten/Rathausgasse 27, Murten/Merlachfeld et Prez-vers-Noréaz/Maison Rouge. Die Restaurierung einer eisernen Schwertklinge aus dem eisenzeitlichen Grabhügel von Matran/Le Perru brachte Textil- und Pelzreste zu Tage, die um die Waffe gewickelt waren.

- Zum Zweck der musealen Präsentation wurde auf Anfrage der Gemeinde Ried bei Kerzers eine bronzzeitliche Holzscheibe freigelegt, präpariert und konsolidiert sowie auf einer Schautafel montiert.
- Reinigung und Zusammensetzung von Glasscherben aus Ausgrabungen von Fundstellen der römischen Zeit bis ins 18. Jahrhundert (Marsens/En Barras, Murten/Combette, Arconciel/Pré de l'Arche, Bösinggen/Dorf, Bossonnens/Château, Broc/Notre Dame des Marches, Murten/Rathausgasse 15, Posieux/Altenryf, Villaz-St-Pierre/La Villaire, etc.).
- Verschiedene Konservierungs- und Restaurierungsmassnahmen von Objekten aus Holz, Geweih und anderen organischen Materialien aus den Ausgrabungen von Arconciel/Es Nés II, Muntelier/Dorfmatte II, Font und Villars-sur-Glâne/Les Daillettes.
- Abschluss der Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Institut für Speläologie und Karstologie in La Chaux-de-Fonds. konservatorisch behandelt wurden die Knochen eines weiteren Höhlenbärenskelettes aus dem Bärenloch (Charmey), das für die Dauer Ausstellung des Naturkundemuseums Freiburg vorgesehen ist.
- Infolge der drei diesjährigen Überschwemmungen im Musée Romain de Vallon, insbesondere derjenigen im August, wurde ein Restauratorenteam zur Reinigung der Mosaiken abgestellt.

### 2.7.2 Verschiedenes

- Anfertigung von Objektkopien, insbesondere zu musealen Zwecken: keltische Münzen (Veranstaltung Vullyceltic) und Bronzestatuette aus Font (Ausstellungsvitrine in der Gemeindeverwaltung Font auf Anfrage der Gemeindevertreter). Die Kopie eines Hirschgrandels von Arconciel/La Souche aus dem Mesolithikum für Präsentationen im Rahmen pädagogischer Aktivitäten.
- Schadensdokumentation der Mosaik von Vallon als Teil des Massnahmenpakets zum Schutz der Mosaiken vor weiteren Wasserschäden.

- Montagearbeiten für Objektpräsentationen im Rahmen der Sonderausstellung «Fryburg, mehr als 850 Jahre», des «Espace Hanni Schwab» (Vullyceltic) und Tage des europäischen Denkmals (Musée Romain de Vallon); derartige Arbeiten wurden auch für Dritte ausgeführt (Bibel- und Orientmuseum, Museum Murten).

## 2.8 Inventar und Sammlungen

Weitere Datensätze wurden in die archäologische Datenbank FRINARC integriert.

Die Zusammenarbeit mit schweizerischen und ausländischen Forschern führte dazu, eine Reihe von Objekten definitiv zu inventarisieren, bevor sie für eine wissenschaftliche Analyse zur Verfügung gestellt wurden.

Das Amt für Archäologie erarbeitete zusammen mit der Kantonsarchäologie Aargau die Grundlagen für ein neues archäologisches Inventarprogramm (ARIS II).

### 2.8.1 Ausleihe von Objekten

Archäologische Objekte aus den kantonalen Sammlungen wurden an verschiedene Institutionen ausgeliehen: der Gemeinde Misery-Courtion anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Gemeindefusion mit Cormérod und Cournillens; dem Naturzentrum «Les Cerlatez» in Saignelégier; dem Musée Romain de Nyon und dem Museum Schwab in Biel. Andere Objekte wurden für einen längeren Zeitraum an die Gemeinde von Font und das Museum Murten ausgeliehen.

Zwölf frühmittelalterliche Schmuck- und Trachtelemente werden im Rahmen der Ausstellung «Roma e i Barbari. La nascita di un nuovo mondo» im Palazzo Grassi in Venedig gezeigt.

## 2.9 Archivierung

Sichtung, Klassifizierung und Herstellung von Duplikaten der photographischen Dokumentation (Dias und Papierabzüge) der im Rahmen der zweiten Juragewässerkorrektur ergrabenen Fundstellen des Kantons Neuenburg.

Der Bericht der «Groupe de travail pour l'archivage de documents informatiques à valeur patrimoniale», bei dessen Erstellung das Amt aktiv mitarbeitete, wurde abgeschlossen. Es ist unumgänglich, dass auf kantonaler Ebene Massnahmen zur Konservierung dieser einzigartigen und gefährdeten Dokumente getroffen werden. Zu viele kulturelle kantonale Institutionen sind von diesem Problem betroffen und besitzen weder entsprechende Richtlinien noch die nötigen Mittel, um ihren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen.

### 2.10 Fotolabor

- zahlreiche Aufnahmen für Publikationen, Ausstellungen und Vorträge.
- Zusammenarbeit mit dem Musée Romain de Vallon.

- Zusammenarbeit mit dem Graphikerteam bei verschiedenen Projekten.

## 3. Besondere Tätigkeiten

### 3.1 Führungen, Animationen, Tage der offenen Tür

- Führungen in den Ausstellungen «Fryburg, mehr als 850 Jahre» (AAFR) und «Freiburger Fayencen» (MAHF).
- Führungen des Gebäudes und der verschiedenen Aktivitäten des Amtes für Archäologie in Freiburg für Gruppen und Schulklassen.
- Führungen in den Altstädten von Freiburg und Romont zu verschiedenen Anlässen.
- Führungen im Musée Romain de Vallon.
- Führungen der keltische Befestigungsanlage auf dem Wistenlacher Berg.
- Animation des «Espace Hanni Schwab» im Rahmen der Veranstaltung «Vullyceltic».
- Kindergerechte spielerische Grabungsaktivitäten im Rahmen der «Ludimaniak» in Estavayer-le-Lac.
- Ferienpass der Stadt Freiburg.
- Tag der offenen Tür auf der Grabung im mittelsteinzeitlichen Felsdach von Arconciel/La Souche.

### 3.2 Kurse, Pressekonferenzen und Beiträge an verschiedenen Kolloquien

- Weitere Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Freiburg: Einführungskurs in die Archäologie.
- Kurs zur regionalen Archäologie an der Universität Freiburg durch den Kantonsarchäologen.
- Zeichenkurs für Studierende des Universitäten Bern, Neuchâtel, Freiburg und Strassburg durch den Sektorchef Vorgeschichte.
- Blockkurs in Archäometrie in Zusammenarbeit mit dem Institut für Mineralogie der Universität Freiburg durch den Sektorchef Vorgeschichte.
- Zusammenarbeit zur Fortbildung der deutschsprachigen Geschichtslehrer des Kantons.
- Berufsinformation für zukünftige Studierende.
- Pressekonferenzen, Interviews und Vorträge an verschiedenen Kolloquien durch den Kantonsarchäologen, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Dienstes.

### 3.3 Veranstaltungen, Ausstellungen und Verschiedenes

- Realisierung der Ausstellung «Fryburg, mehr als 850 Jahre» in Zusammenarbeit mit der Vereinigung der Freunde der Archäologie und Jaquenoudesign in Penthalaz anlässlich der 850-Jahr Feier der Gründung der Zähringerstadt (3489 Besucher).
- Beitrag zu Konzept und Aufbau des archäologischen Teils der Ausstellung «Freiburger Fayencen» im MAHF und im Landesmuseum Zürich.

- Zusammenarbeit mit dem Musée Romain de Vallon für die Sonderausstellungen «Dernier emballage/ Letzte Verpackung» und «La Rome des Césars». Entwicklung des Konzepts und Realisierung der Sonderausstellung «Quoi de Neuf?», die die jüngsten Ergebnisse der Ausgrabungen in der römischen Gartenanlage von Vallon zum Thema hatte.
- Mitarbeit während des «Archeofestivals» in Freiburg, einer Veranstaltung anlässlich des 100-jährigen Bestehens der Gesellschaft «Archäologie Schweiz/ Archéologie Suisse/ Archeologia Svizzera».
- Konzept und Realisierung des «Espace Hanni Schwab» im Auftrag der Gesellschaft «Pro Vistiliaco» anlässlich der Feierlichkeiten zum 30-jährigen Bestehen der Gesellschaft im Rahmen der Veranstaltung «Vullyceltic».
- Konzept und Einrichtung einer Vitrine im Musée gruérien im Hinblick auf eine gemeinsame archäologische Ausstellung zwischen dem Amt für Archäologie, dem Musée gruérien und dem Musée du Pays et Val de Charmey im Jahre 2009.
- Zusammenarbeit mit der Gemeinde Böisingen, um die Ausgrabungsergebnisse der letzten Jahre der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.
- Veranstaltung von «Apéritifs archéologiques» in Zusammenarbeit mit der «Association des Amis de l'Archéologie» (ein Grossteil der Vorträge wurden von Mitarbeitenden des Amts für Archäologie gehalten).

## XVI. AMT FÜR KULTURGÜTER

### 1. Auftrag

Das Amt für Kulturgüter hat den Auftrag, Kulturgüter zu schützen und zu erhalten. Es lässt den zuständigen Behörden und den Eigentümern zweckmässige Informationen, Beratung und Beihilfen zukommen. Es fördert die Kenntnis und die Wertschätzung der Kulturgüter mit Publikationen, mit Öffentlichkeitsarbeit und mit dem Aufbau einer Dokumentation.

Amtsvorsteher: Claude Castella

### 2. Tätigkeiten

#### 2.1 Laufende Tätigkeiten

Die Verzeichnisse bezeichnen Objekte, die es wert sind, als Kulturgüter betrachtet zu werden, und vermitteln den Eigentümern und den mit ihrem Schutz betrauten Behörden die nötigen Informationen über den kulturgeschichtlichen Wert dieser Objekte.

Das Verzeichnis der unbeweglichen Kulturgüter bildet eine der Grundlagen, die von den Gemeinden zu berücksichtigen sind, um bei Revisionen der Ortsplanung Schutzmassnahmen zu ergreifen. Bei jeder Revision des Zonenplanes ist das Verzeichnis der betroffenen Gemeinden auf den neuesten Stand zu bringen. Das Verzeichnis wurde überarbeitet in 9 Gemeinden mit gesamthaft 20 Ortschaften: Attalens, Haut-Vully, La Verrerie, Le Mou-

ret, Noréaz, Pont-en-Ogoz, Ried bei Kerzers, St. Antoni und St. Silvester. Von annähernd 7 200 aufgesuchten Gebäuden wurden 913 ins Verzeichnis aufgenommen und bewertet. Von 7 Gebäuden wurde eine erweiterte Dokumentation erstellt.

Das Verzeichnis der beweglichen Kulturgüter (oder der kirchlichen Kunst) wird vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz mit einer Subvention von 27% unterstützt. Erstellt wurden das Verzeichnis der Kapelle Notre-Dame de Compassion und des ehemaligen Kapuzinerklosters in Bulle sowie jenes der Pfarrei Tafers. Partielle Verzeichnisse wurden in Neirivue und im Kloster der Heimsuchung (Visitation) in Freiburg verfasst.

#### 2.2 Unterschutzstellung von Kulturgütern

Auf der Grundlage der Verzeichnisse schlägt das Amt den zuständigen Behörden Schutzmassnahmen für die Kulturgüter vor. Das Amt hat ferner den Auftrag, die Liste der geschützten Kulturgüter (Inventar) zu erstellen und nachzuführen.

Das Amt unterstützt die Gemeinden bei der Unterschutzstellung der Kulturgüter im Rahmen der Ortsplanungsrevisionen. Das Amt begutachtete im Stadium der Vorprüfung oder anlässlich der Schlussprüfung 67 Vorstudien, Teil- oder Gesamtrevisionen der Ortsplanung zuhanden der Kulturgüterkommission oder ihres Büros.

670 Objekte im Eigentum von Pfarreien wurden unter Schutz gestellt.

Nach der Genehmigung der Ortsplanung, nach bewilligten Umbauten oder Abbrüchen, nach Gemeindefusionen sowie nach der Einführung neuer Hausnummern werden jedes Jahr beträchtliche Mittel für die Nachführung des Inventars der geschützten Bauten aufgewendet.

#### 2.3 Baubewilligungsgesuche

Das Amt stellt die Erhaltung der Kulturgüter sicher, indem es den für die Bewilligungen zuständigen Behörden zweckmässige Unterlagen für angemessene Entscheidungen bereitstellt und den Eigentümern fachliche Begleitung und finanzielle Unterstützung zukommen lässt.

Abgesehen von den Gesuchen in Verbindung mit Änderungen der Ortsplanung behandelte das Amt gesamthaft 1139 Gesuche in unterschiedlichen Stadien des Bewilligungsverfahrens (Anfrage ausserhalb eines Verfahrens, Voranfrage, Baugesuch, Stellungnahmen im Anschluss an das Gutachten oder die Baubewilligung). Die Anfragen verteilen sich wie folgt: geschützte oder im Verzeichnis eingetragene Gebäude 45%, nicht im Verzeichnis erfasste Bauten oder Neubauten innerhalb geschützter oder schützenswerter Ortsbilder 50%, Detailbebauungspläne und Verkehrsplanungen 5%.

#### 2.4 Subventionen

Der Staat beteiligt sich durch Finanzhilfen an Erhaltungs- und Restaurierungskosten geschützter Kultur-

güter im Eigentum von Privatpersonen. Ebenso kann er sich an den Kosten beteiligen, wenn es sich um juristische Personen handelt. Zwischen 1997 und 2001 wurde der im Voranschlag bereitgestellte Betrag von 2 000 000 Franken auf 1 500 000 Franken gekürzt. Auf diesem Stand ist er bis 2004 geblieben. Im Jahre 2005 ist er auf 1 800 000 Franken und 2006 auf 1 900 000 erhöht worden. Zwei Rückstellungen von je 1 000 000 Franken wurden in den Rechnungen 2005 und 2006 verbucht, einerseits für die gewährte, bedeutende Beihilfe an die Konsolidierung des Baugrunds der Kartause Valsainte und andererseits, um das Gleichgewicht zwischen eingegangenen Verpflichtungen und Zahlungen wieder herzustellen.

Die ausbezahlten Subventionen betragen 2 392 886 Franken. Zu 83% waren sie für Privatpersonen bestimmt und zu 17% für juristische Personen des öffentlichen Rechts (Gemeinden und Pfarreien). 600 000 Franken wurden als Anzahlung an die gewährte Subvention für die Kartause Valsainte überwiesen. 55 666 Franken wurden für Aktionen zugunsten der Kenntnis und der Wertschätzung der Kulturgüter ausbezahlt.

Die von der Kulturgüterkommission bearbeiteten Beitragsgesuche erreichen einen Gesamtbetrag von 1 469 000 Franken. Die von privaten Eigentümern beantragten Subventionen entsprechen 86% des Gesamtbetrags, die von juristischen Personen des öffentlichen Rechts (Gemeinden, Pfarreien) beantragten Beiträge 14%.

Es sind Bundessubventionen von 1 837 237 Franken ausbezahlt worden. Neu zugesagt wurden Bundessubventionen für einen Gesamtbetrag von 1 172 201 Franken.

Im Rahmen der Vorbereitung und der Begleitung von Konservierungsmassnahmen und Restaurierungen hat das Amt Expertisen, Analysen und Sondierungen im Betrag von rund 40 500 Franken übernommen.

## 2.5 Dokumentation der Kulturgüter

Das Amt hat die Aufgabe, eine Dokumentation zu den Freiburger Kulturgütern aufzubauen und nachzuführen und diese der Forschung und der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung zu halten.

Die Sektion «Verzeichnis» hat die Datenbank mit Informationen über Künstler, Handwerker und Bauherrschaften nachgeführt. Diese Informationen über im Kanton tätig gewordene Persönlichkeiten fallen bei der Arbeit an der Dokumentation der ortsfesten Kulturgüter an.

Die Dokumentation über die Kulturgüter wurde vervollständigt. 198 Publikationen wurden für die Handbibliothek erworben, die nun 10 794 Einheiten zählt. Im Berichtsjahr wurden alte Photographien sortiert und katalogisiert. Gegen 6 400 Abzüge wurden identifiziert und bereichern fortan die Photothek.

## 2.6 Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit

Die 17. Ausgabe der Zeitschrift «Freiburger Kulturgüter» ist der Restaurierung des Kreuzgangs der Abtei Altenryf

(Hauterive) gewidmet und ist im November erschienen.

Die Veröffentlichung der 6. Serie der Blätter zur Architektur in der Stadt Freiburg musste wegen Arbeitsüberlastung und mangelnder personeller Ressourcen aufgeschoben werden.

Das Amt war an Anlässen und Aktionen beteiligt, mit denen die Öffentlichkeit auf den Reichtum des kulturellen Erbes im Kanton aufmerksam gemacht wurde. Es hat namentlich die Europäischen Tage des Denkmals im Kanton organisiert. In Zusammenarbeit mit der Société d'histoire du canton de Fribourg wurde zum zweiten Mal der «Printemps du patrimoine» organisiert, ein Anlass, der laufende Restaurierungsarbeiten entdecken lässt. Verschiedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes wurden für kommentierte Besichtigungen und Vorträge angefragt, namentlich von Gemeinden, Pfarreien, Klöstern, Ämtern des Kantons und des Bundes, Lehranstalten, Medien sowie Vereinigungen mit heimatkundlicher oder denkmalpflegerischer Zielsetzung. Mehr als 4 700 Personen haben an den Anlässen teilgenommen.

## 2.7 Kulturgüterschutz bei bewaffneten Konflikten und im Krisenfall

Verschiedene Sicherheitsdokumentationen wurden vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz mit einem Bundesbeitrag von 27% unterstützt: Verzeichnis der beweglichen Kulturgüter, Mikroverfilmung und Digitalisierung von Freiburger Zeitungen und alten Photographien, Dokumentation der Sammlungen des Greyerzer Museums in Bulle, Inventar des Pfarreiarchivs Romont. Es wurde ein kantonaler Kurs für Kulturgüterschutz organisiert. Die beweglichen Kulturgüter von 41 Pfarreien und 56 Gemeinden wurden summarisch erfasst.

## 2.8 Kunstdenkmäler der Schweiz

Das Amt beteiligt sich an der Veröffentlichung der Freiburger Bände der Reihe «Die Kunstdenkmäler der Schweiz», die von der Gesellschaft für schweizerische Kunstgeschichte GSK herausgegeben werden. Es ist vorgesehen, bis Ende 2008 die Grundlagen für die Redaktion des Bandes VI abzuschliessen, der die Kulturgüter der Stadt Estavayer-le-Lac und ihrer ehemaligen Herrschaft darstellen wird.

Die Archivstudien wurden weiter geführt. Besonderes Gewicht wurde auf die Besichtigung und Beurteilung privater und öffentlicher Bauten gelegt. Die zusammengetragenen Beobachtungen werden nach Themen und Bauten geordnet und gemäss den wissenschaftlichen und redaktionellen Grundsätzen der «Schweizerischen Kunstdenkmäler» entsprechend ihrer Bedeutung zur Veröffentlichung vorbereitet. Die Kampagne von Planaufnahmen und Photographien für die zukünftige Publikation wurde weitergeführt. Die eigentliche Redaktion hat eingesetzt. Ein erster Text hat die Zustimmung der Redaktionskommission

---

der Gesellschaft für schweizerische Kunstgeschichte gefunden.

### **2.9 Kommissionen**

Die Kulturgüterkommission ist zu 11 Sitzungen zusammengekommen; das Büro der Kulturgüterkommission zu 45 Sitzungen, und die Unterkommission für bewegliche Kulturgüter traf sich für 2 Sitzungen.

### **3. Besondere Ereignisse**

Auf Ersuchen des Bundesamts für Bevölkerungsschutz hat das Amt ein neues Inventar der Kulturgüter von nationaler Bedeutung erstellt.

Für die Neu-Ausgabe des Kunstführers durch die Schweiz für den Kanton Freiburg hat die Gesellschaft für schweizerische Kunstgeschichte die Mitarbeit des Amts gesucht. Diese Zusammenarbeit wird sich über das Jahr 2008 erstrecken.

Das Amt hat die Koordination der Europäischen Tage des Denkmals unter den Westschweizer Kantonen wahrgenommen.

Das Amt war an der aus Anlass der 850-Jahr-Feier der Stadt Freiburg erschienenen Publikation beteiligt.

Das Amt hat eine Broschüre über die Gemeinde Le Mouret verfasst, die «Pro Fribourg» auf Veranlassung der Gemeinde herausgegeben hat.

Das Amt hat eine Studie über die Bahnhöfe in Chalet-Gestalt realisiert, die in den «Cahiers du Musée Gruérien» erschienen ist.

Auf Ersuchen der jeweiligen Pfarreien hat das Amt sich an der Gestaltung von Informationstafeln in den Kirchen Châtel-St-Denis und Bulle beteiligt.

Das Amt hat während des ersten Halbjahrs seine Leistungen analysiert (Analyse des staatlichen Leistungen ASL).

Im Anschluss an die Versuchsphase, an der es sich beteiligt hatte, wurde dem Amt vom Staatsrat die leistungsorientierte Führung jeweils für ein Jahr im Sinne von Art. 59 SVOG und Kapitel 5a FHG bewilligt.

**PERSONALBESTAND**

| <i>BEHÖRDEN – DIREKTIONEN Kostenstellen</i>               | <i>Rechnung 2007 VZÄ</i> | <i>Rechnung 2006 VZÄ</i> | <i>Differenz VZÄ</i> |
|---|--------------------------|--------------------------|----------------------|
| <b>ERZIEHUNG, KULTUR UND SPORT</b>                        | <b>4157.44</b>           | <b>4127.66</b>           | <b>29.78</b>         |
| ZENTRALVERWALTUNG   | 211.17                   | 210.64                   | 0.53                 |
| 3200 / IPCS Generalsekretariat                            | 20.01                    | 20.33                    | -0.32                |
| 3202 / ENOB Obligatorische Schule                         | 37.30                    | 34.40                    | 2.90                 |
| 3225 / OSPR Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung | 24.59                    | 24.02                    | 0.57                 |
| 3229 / ESSU Amt für Unterricht der Sekundarstufe 2        | 2.47                     | 2.47                     |                      |
| 3265 / CULT Amt für Kultur                                | 3.00                     | 3.00                     |                      |
| 3270 / ARCH Staatsarchiv                                  | 5.00                     | 5.19                     | -0.19                |
| 3271 / BCUN Kantons- und Universitätsbibliothek           | 46.68                    | 48.32                    | -1.64                |
| 3273 / MAHF Museum für Kunst und Geschichte               | 15.29                    | 15.68                    | -0.39                |
| 3274 / MHNA Naturhistorisches Museum                      | 9.97                     | 9.92                     | 0.05                 |
| 3280 / SACF Amt für Archäologie                           | 28.10                    | 28.83                    | -0.73                |
| 3281 / BIEN Amt für Kulturgüter                           | 13.51                    | 13.35                    | 0.16                 |
| 3291 / JSPO Jugend und Sport                              | 2.90                     | 2.90                     |                      |
| 3292 / SPOR Amt für Sport                                 | 2.35                     | 2.23                     | 0.12                 |
| <b>UNTERRICHTSWESEN</b>                                   | <b>3'946.27</b>          | <b>3'917.02</b>          | <b>29.25</b>         |
| 3203 / EPRE Vorschulunterricht                            | 229.52                   | 225.43                   | 4.09                 |
| 3205 / EPRI Primarschulunterricht                         | 1'266.97                 | 1'263.69                 | 3.28                 |
| 3210 / CORI Orientierungsschule – Entlastungen            | 9.67                     | 5.85                     | 3.82                 |
| 3210 / CORI Orientierungsschule                           | 852.30                   | 836.88                   | 15.42                |
| 3229 / ESSU Amt für Unterricht der Sekundarstufe 2        | 1.87                     | 1.75                     | 0.12                 |
| 3230 / ECDD Diplommittelschule                            | 58.46                    | 56.19                    | 2.27                 |
| 3235 / CGAM Kollegium Gambach                             | 63.66                    | 63.25                    | 0.41                 |
| 3240 / CSCR Kollegium Hl. Kreuz                           | 85.03                    | 81.86                    | 3.17                 |

---

|  |        |        |        |
|--|--------|--------|--------|
| 3245 / CSMI Kollegium St. Michael                      | 112.15 | 109.71 | 2.44   |
| 3249 / CSUD Kollegium des Südens                       | 79.43  | 76.40  | 3.03   |
| 3256 / HEPF Pädagogische Hochschule                    | 92.64  | 92.93  | -0.29  |
| 3257 / EPSO Schule für Krankenpflege                   | 5.03   | 22.47  | -17.44 |
| 3258 / HESS Fachhochschule für Gesundheit              | 53.65  | 54.15  | -0.50  |
| 3259 / HETS Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit | 36.61  | 33.37  | 3.24   |
| 3260 / UNIV Universität                                | 869.15 | 864.48 | 4.67   |
| 3272 / CONS Konservatorium                             | 130.13 | 128.61 | 1.52   |

Kanton Freiburg

# SICHERHEITS- UND JUSTIZDIREKTION

## **Direktion**

|  |          |
|--|----------|
| <b>I. Direktion und Generalsekretariat</b> ..... | <b>1</b> |
| 1. Auftrag.....                                  | 1        |
| 2. Tätigkeiten.....                              | 1        |
| 3. Interkantonale Konferenzen.....               | 1        |
| 4. Streitigkeiten und Beschwerden.....           | 2        |
| 5. Gesetzgebung.....                             | 2        |

## **Ämter und Anstalten**

|                                      |          |
|--------------------------------------|----------|
| <b>I. Kantonspolizei (Pol)</b> ..... | <b>4</b> |
| Auftrag.....                         | 4        |
| 1. Gendarmerie.....                  | 4        |
| 2. Kriminalpolizei.....              | 9        |
| 3. Stabsdienste.....                 | 11       |
| 4. Personalbereich.....              | 12       |
| 5. Pressedienst.....                 | 12       |
| 6. Waffen und Sprengstoffe.....      | 13       |

|  |           |
|--|-----------|
| <b>II. Amt für Militär und Bevölkerungsschutz (MBSA)</b> ..... | <b>14</b> |
| 1. Auftrag.....  | 14        |
| 2. Dienstbetrieb.....  | 14        |
| 3. Verwaltung der Militärgebäude.....                          | 18        |
| 4. Bevölkerungsschutz.....                                     | 19        |
| 5. Zivilschutz.....  | 19        |

|   |           |
|---|-----------|
| <b>III. Amt für Bevölkerung und Migration (BMA)</b> ..... | <b>22</b> |
| 1. Aufgaben.....  | 22        |
| 2. Fremdenpolizei.....                                    | 22        |
| 3. Bereich Asyl.....                                      | 23        |
| 4. Sektion Ausländische Arbeitskräfte.....                | 23        |
| 5. Schweizerpässe und Identitätskarten.....               | 24        |

|   |           |
|---|-----------|
| <b>IV. Amt für Gewerbepolizei (GePoA)</b> ..... | <b>24</b> |
| 1. Aufgabe.....                                 | 24        |
| 2. Tätigkeiten.....                             | 24        |

|  |           |
|--|-----------|
| <b>V. Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse (ASMVG)</b> ..... | <b>26</b> |
| 1. Auftrag.....  | 26        |
| 2. Strafvollzug.....   | 26        |
| 3. Gefängnisse.....  | 28        |

|  |           |
|--|-----------|
| <b>VI. Amt für Bewährungshilfe (BHA)</b> ..... | <b>30</b> |
| 1. Aufgabe.....                                | 30        |
| 2. Tätigkeiten.....                            | 31        |

|                                       |           |
|---------------------------------------|-----------|
| <b>VII. Amt für Justiz (AJ)</b> ..... | <b>33</b> |
| 1. Auftrag.....                       | 33        |
| 2. Tätigkeiten.....                   | 33        |

|  |           |
|--|-----------|
| <b>VIII. Amt für die Aufsicht über die Stiftungen und die berufliche Vorsorge (ASVA)</b> ..... | <b>36</b> |
|--|-----------|

|                     |    |
|---------------------|----|
| 1. Auftrag.....     | 36 |
| 2. Tätigkeiten..... | 36 |

|  |           |
|--|-----------|
| <b>IX. Amt für Gesetzgebung (GeGA)</b> ..... | <b>36</b> |
|--|-----------|

|                     |    |
|---------------------|----|
| 1. Aufgaben.....    | 36 |
| 2. Tätigkeiten..... | 36 |

|   |           |
|---|-----------|
| <b>X. Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASS)</b> ..... | <b>38</b> |
|---|-----------|

|                     |    |
|---------------------|----|
| 1. Auftrag.....     | 38 |
| 2. Tätigkeiten..... | 39 |

|  |           |
|--|-----------|
| <b>XI. Kantonale Gebäudeversicherung (KGV)</b> ..... | <b>39</b> |
|--|-----------|

|                     |    |
|---------------------|----|
| 1. Auftrag.....     | 39 |
| 2. Tätigkeiten..... | 39 |

|                                      |           |
|--------------------------------------|-----------|
| <b>XII. Staatsanwaltschaft</b> ..... | <b>39</b> |
|--------------------------------------|-----------|

|                     |    |
|---------------------|----|
| 1. Aufgaben.....    | 39 |
| 2. Tätigkeiten..... | 39 |

|   |           |
|---|-----------|
| <b>XIII. Anstalten von Bellechasse (AB)</b> ..... | <b>41</b> |
|---|-----------|

|                     |    |
|---------------------|----|
| 1. Auftrag.....     | 41 |
| 2. Tätigkeiten..... | 41 |

|  |           |
|--|-----------|
| <b>XIV. Kantonale Aufsichtsbehörde für Datenschutz</b> ..... | <b>41</b> |
|--|-----------|

|                            |    |
|----------------------------|----|
| 1. Aufgabe.....            | 41 |
| 2. Besonderer Bericht..... | 41 |

|                              |           |
|------------------------------|-----------|
| <b>Personalbestand</b> ..... | <b>42</b> |
|------------------------------|-----------|

## DIREKTION

## I. DIREKTION UND GENERALSEKRETARIAT

Staatsrat, Direktor: Erwin Jutzet  
Generalsekretär: Beat Renz

### 1. Auftrag

Zu den Hauptaufgaben der Sicherheits- und Justizdirektion gehören die Wahrung der öffentlichen Ordnung und der Sicherheit der Bevölkerung, die Kontrolle und die Integration der Migranten, die Gewerbepolizei und die Stiftungsaufsicht, die Justizverwaltung, der Strafvollzug und die Wiedereingliederung der verurteilten Personen sowie die Militärverwaltung. Das Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt sowie die Kantonale Gebäudeversicherung sind der Direktion angegliedert.

### 2. Tätigkeiten

Die Tätigkeiten der Direktion waren im Jahr 2007 durch folgende Schwerpunkte geprägt.

#### Integration der Migrantinnen und Migranten

Als Priorität wurde die Erarbeitung eines kantonalen Leitbildes mit einem Aktionsplan für die Jahre 2008 bis 2011 definiert. (vgl. Bericht des Staatsrates, Herausforderung Nr. 3, Punkt Nr. 3 des Regierungsprogramms). Des Weiteren hat die kantonale Kommission einen Bericht und Empfehlungen über die Genitalverstümmelungen von Mädchen und Frauen verabschiedet sowie ein Dokument über arrangierte Ehen und Zwangsehen erstellt. Der Integrationsdelegierte hat seinerseits das Schwergewicht auf Sprachkurse für Migrantinnen und Migranten sowie auf die Information und Beratung zuhanden der Gemeinden und Vereine gelegt. Schliesslich wurden Massnahmen ergriffen, um die sexuelle Ausbeutung von Personen ohne Aufenthaltsberechtigung zu bekämpfen (Herausforderung Nr. 2, Punkt 3).

#### Neuorganisation der Justiz

Im Bereich der Justiz wurden die in der Kantonsverfassung vorgesehenen Reformen vorgenommen. Die Direktion hat einen Gesetzesentwurf über die Richterwahlen und die Aufsicht über die Richter sowie einen weiteren Entwurf über die Zusammenlegung des Kantonsgerichts und des Verwaltungsgerichts zu einem vereinten Kantonsgericht vorgelegt. Sie hat zudem die Rahmenbedingungen geschaffen, damit der Justizrat seine Arbeit aufnehmen konnte. Ebenso wurde die im Jahre 2006 beschlossene Reorganisation mit neu sieben Friedensgerichten durchgeführt.

#### Zunahme der Aufgaben im Bereich des Strafrechts

Die Revision des Strafgesetzbuches, die am 1. Januar 2007 in Kraft getreten ist, hatte eine starke Zunahme der administrativen Aufgaben zur Folge, insbesondere im

Bereich des Straf- und Massnahmenvollzugs und der Bewährungshilfe. Zur Bewältigung dieser Arbeitslast wurde als erstes das vorgängig reorganisierte Amt für Gefängnisse in das Amt für Straf- und Massnahmenvollzug integriert, was einige Synergieeffekte ermöglichte. Des Weiteren wurde sowohl in diesem Amt als auch im Amt für Bewährungshilfe Aushilfspersonal angestellt. Trotz dieser Massnahmen ist aber weiterhin eine starke Überbelastung zu verzeichnen, die nach weiteren Lösungen ruft.

#### Leitung von Projekten

Die Direktion hat die Erarbeitung der in Ziffer 5 nachstehend aufgeführten Gesetze und Verordnungen geleitet. Sie hat ferner eine Reihe anderer Projekte geleitet, darunter insbesondere:

- die Erweiterung der bürgernahen Polizei auf das ganze Kantonsgebiet (vgl. Bericht des Staatsrates, Herausforderung Nr. 6, Punkt 2).
- die Harmonisierung der Personenregister und Schaffung einer kantonalen Datenbank (vgl. Bericht des Staatsrates, Herausforderung Nr. 7, Punkt 1).
- die Neuorganisation der Feuerbekämpfung: Projekt «Feuerwehr 2010 – Frifire» (vgl. Bericht des Staatsrates, Herausforderung Nr. 6, Punkt 4).

### 3. Interkantonale Konferenzen

#### 3.1 Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)

Die KKJPD hat unter Leitung von Regierungsrat Markus Notter (ZH) drei Plenarsitzungen abgehalten, und zwar am 29. März in Bern, am 15. und 16. November 2007 in St. Gallen und am 7. Dezember 2007 wiederum in Bern. Sie hat insbesondere folgende Fragen behandelt:

- Umsetzung der Abkommen von Schengen und Dublin.
- Organisation des Sicherheitsdienstes bei der Fussball-Europameisterschaft (Euro 2008).
- Verabschiedung eines Konkordates über Massnahmen gegen Gewalt bei Sportveranstaltungen; Schaffung eines schweizerischen Observatoriums für Hooliganismus.
- Verabschiedung einer Empfehlung über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge nach ökologischen Kriterien.
- Verabschiedung eines Berichts und eines Aktionsplans für die Verhütung von Gewalt bei Jugendlichen.
- Durchführung eines Vernehmlassungsverfahrens zum Konkordatsentwurf über die privaten Sicherheitsunternehmen; Verabschiedung von Empfehlungen zur Frage der Delegation von Sicherheitsaufgaben an private Unternehmen.
- Schaffung einer ständigen Kommission für Fragen der polizeilichen Ausbildung.

- Stellungnahmen zu Vorhaben des Bundes, namentlich in den Bereichen Asyl, Organisation der Strafrechtsbehörden, polizeiliche Kriminalstatistik und Bewältigung des Strassenverkehrs.

### 3.2 Konferenz der kantonalen Militär- und Zivilschutzdirektorinnen und -direktoren (MZDK)

Die MZDK hat ihre Jahresversammlung am 4. Mai 2007 in Martigny unter dem Vorsitz von Regierungsrat Ernst Hasler (AG) abgehalten.

Sie hat unter anderem das nationale Konzept für die Sicherheitszusammenarbeit, den Entwurf für eine Revision des Gesetzes über die Armee und die Militärverwaltung sowie die Frage der Aufbewahrung der persönlichen Waffe zu Hause behandelt.

## 4. Streitigkeiten und Beschwerden

### 4.1 Erstinstanzliche Entscheide

Die Direktion trifft die Verfügungen, für die sie von Gesetzes wegen zuständig ist (Personalfragen, Rechtshilfe und unentgeltliche Rechtspflege, Beschwerden gemäss Art. 38 PolG, Erlass von Gebühren, Massnahmen im Bereich der Sicherheitsunternehmen, Widerruf von bedingten Entlassungen). Im Jahre 2007 präsentierte sich die Situation wie folgt:

|   |    |
|---|----|
| Behandelte Fälle (eröffnete Verfahren)  | 21 |
| Gefällte Entscheide   | 12 |
| Hängige Verfahren am 31. Dezember 2007  | 9  |
| Gegen eine Verfügung der Direktion aus dem Jahre 2007 wurde eine Beschwerde beim Verwaltungsgericht eingereicht; das Verfahren ist noch hängig. |    |

### 4.2 Instruktionen von Beschwerden

Die Direktion behandelt gestützt auf Artikel 116 Abs. 1 VRG Beschwerden gegen Verfügungen ihrer Verwaltungseinheiten, sofern das Gesetz nicht den direkten Beschwerdeweg an das Verwaltungsgericht vorsieht. Diese Beschwerdeverfahren betreffen folgende Ämter: Kantonspolizei, Amt für Militär und Bevölkerungsschutz, Amt für Gewerbepolizei, Amt für Straf- und Massnahmenvollzug, Anstalten von Bellechasse. Im Jahre 2007 präsentierte sich die Situation wie folgt:

|  |    |
|--|----|
| Eingereichte Beschwerden   | 28 |
| davon  |    |
| gutgeheissen   | 1  |
| abgewiesen   | 9  |
| gegenstandslos nach Aufhebung des Entscheids oder Rückzug der Beschwerde | 8  |
| unzulässig (Nichteintretensentscheid)                                    | 1  |
| am 31. Dezember 2007 hängig  | 9  |

Ein von der Direktion gefällter Beschwerdeentscheid wurde mit Beschwerde an das Verwaltungsgericht weitergezogen; das Verfahren ist noch hängig.

## 4.3 Haftungsfragen

### 4.3.1 Staatshaftungsgesetz

Die Direktion instruiert Streitigkeiten im Bereich der Staatshaftung (Gesetz vom 16. September 1986 über die Haftung der Gemeinwesen und ihrer Amtsträger sowie Haftungsfälle, die auf Bundesrecht beruhen). Die Stellungnahmen werden vom Staatsrat oder, in bestimmten Fällen (verjährte Forderungen, Forderungen über Beträge von weniger als 3000 Franken), von der Direktion verfasst. Die Situation präsentiert sich für das Jahr 2007 wie folgt:

|  |   |
|--|---|
| Eingereichte Forderungen   | 1 |
| Erledigte Fälle  | 0 |
| am 31. Dezember 2007 hängige Fälle   | 2 |
| Der Staatsrat hat im Jahre 2007 gegen zwei Mitarbeiter eine Regressforderung beim Verwaltungsgericht eingeklagt. Dieses Verfahren ist noch hängig. |   |

### 4.3.2 Andere Haftungsgründe

Die Direktion instruiert auch Forderungen, die auf bundesrechtlichen Bestimmungen beruhen. Am 31. Dezember 2007 waren zwei Haftungsklagen gegen Mitglieder der Vormundschaftsbehörden hängig. Des Weiteren wurden 2006 zwei Haftungsklagen gegen Betriebsämter eingereicht, wovon ein Fall am 31. Dezember 2007 noch hängig war.

## 5. Gesetzgebung

### 5.1 Gesetze und Dekrete

Gesetz vom 10. Mai 2007 zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch für den Kanton Freiburg (dringliche Massnahmen bei Gewalt, Drohungen oder Nachstellungen)

Gesetz vom 11. Mai 2007 über die Wahl der Richterinnen und Richter und die Aufsicht über sie (RWAG)

Ausführungsgesetz vom 13. November 2007 zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AGAuG)

Gesetz vom 14. November 2007 über die Organisation des Kantonsgerichts (KGOG)

Gesetz vom 11. Dezember 2007 zur Änderung des Gesetzes über die Versicherung der Gebäude gegen Brand und andere Schäden (Amtszeit der Mitglieder der Bezirksschätzungskommissionen)

Gesetz vom 13. Dezember 2007 über den Bevölkerungsschutz (BevSG)

### 5.2 Verordnungen und Tarife

Verordnung vom 3. Juli 2007 über die Reorganisation des Amtes für Straf- und Massnahmenvollzug und des Amtes für Gefängnisse

Verordnung vom 30. Oktober 2007 zur Änderung der Verordnung über die Festlegung von Anzahl und Ausdehnung der Kaminfegerkreise (Aufhebung des Kaminfegerkreises 6)

---

Verordnung vom 6. November 2007 zur Änderung des Beschlusses über die Strassenverkehrsgebühren

Verordnung vom 20. November 2007 zur Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an die Restrukturierung der Friedensgerichte und zur Änderung der Gerichtskosten in Zivilsachen

Verordnung vom 27. November 2007 zur Änderung des Beschlusses über die Gebühren der Kantonspolizei

Verordnung vom 10. Dezember 2007 über die Gebühren im Bereich der Fremdenpolizei

Verordnung vom 10. Dezember 2007 zur Änderung des Ausführungsbeschlusses zum Gesetz über die Besteuerung der Motorfahrzeuge und Anhänger

Verordnung vom 10. Dezember 2007 über die Zuteilung der ausländischen Arbeitskräfte

Verordnung vom 10. Dezember 2007 über die Gebühren für die Erteilung von Arbeitsbewilligungen an Ausländer

Verordnung vom 10. Dezember 2007 zur Änderung des Ausführungsreglements zum Gesetz über die öffentlichen Gaststätten und den Tanz

Verordnung vom 18. Dezember 2007 über die Bekämpfung des Menschenhandels

## ÄMTER UND ANSTALTEN

### I. KANTONSPOLIZEI (POL)

Kommandant: Pierre Nidegger

#### Auftrag

Die Kantonspolizei hat als allgemeinen Auftrag, für die öffentliche Sicherheit, die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Einhaltung der Gesetze zu sorgen. Sie besteht aus der Gendarmerie, der Kriminalpolizei, den Stabsdiensten und dem Personalbereich.

#### 1. Gendarmerie

##### 1.1 Auftrag

Die Gendarmerie ist in drei Regionen eingeteilt. Jede Region hat ein Zentrum – das den Bereitschaftsdienst sichert – und dezentralisierte Polizeiposten. Die Verkehrs- und Schifffahrtspolizei gehört ebenfalls zur Gendarmerie.

Die Gendarmerie erfüllt die Aufgaben der allgemeinen Polizei, der Verkehrspolizei und der Schifffahrtspolizei. Sie übt die Gerichtspolizei in jenen Fällen aus, die nicht den Einsatz der Kriminalpolizei erfordern. Sie erfüllt die verwaltungspolizeilichen Aufgaben, die von der Spezialgesetzgebung der Kantonspolizei zugewiesen werden.

#### 1.2 Laufende Geschäfte

##### 1.2.1 Behandelte Geschäfte

|   | 2006   | 2007   |
|---|--------|--------|
| Erstellte Polizeirapporte                   | 13 699 | 12 097 |
| Aufgenommene Strafklagen                    | 9 293  | 8 451  |
| Behandelte Aufträge                         | 28 549 | 28 057 |
| Transporte von Gefangenen und Beschuldigten | 4 070  | 4 245  |
| - davon kantonal                            | 3 413  | 3 680  |
| - davon ausserkantonal                      | 657    | 565    |

##### 1.2.2 Verhaftungen

|      | CH  | Ausl. | Total |
|------|-----|-------|-------|
| 2006 | 74  | 170   | 244   |
| 2007 | 107 | 182   | 289   |

##### 1.2.3 Strassenverkehr und Schifffahrt

Zum Thema Kampf gegen Alkohol am Steuer hat die Gendarmerie im Jahre 2007 vermehrt Kontrollen durchgeführt. Sie sicherte auch eine verstärkte Präsenz unter dem Leitspruch «mehr Präsenz, weniger Opfer».

Im Jahre 2007 wurden folgende Kontrollen durchgeführt, die entweder systematisch (Kontrolle aller Fahrzeugführer) oder vereinzelt (bei Verdacht auf Trunkenheit) stattfanden:

|       | Anzahl Kontrollen |        | Fahrzeuglenker in angetrunkenem Zustand |       |
|-------|-------------------|--------|---|-------|
|       | 2006              | 2007   | 2006                                    | 2007  |
| Total | 21 220            | 23 067 | 5,7 %                                   | 4,4 % |

Zusätzlich zu diesen Zahlen sind noch folgende hervorzuheben:

| Bezirke      | Anzahl Unfälle |              | Anzahl Verletzte |            | Anzahl Tote |           |
|--------------|----------------|--------------|------------------|------------|-------------|-----------|
|              | 2006           | 2007         | 2006             | 2007       | 2006        | 2007      |
| Saane        | 688            | 773          | 332              | 365        | 1           | 9         |
| Sense        | 212            | 249          | 149              | 138        | 1           | 3         |
| Greyerz      | 239            | 308          | 163              | 144        | 5           | 3         |
| See          | 144            | 75           | 81               | 54         | 1           | 2         |
| Glane        | 71             | 72           | 49               | 32         | 1           | 0         |
| Broye        | 100            | 129          | 67               | 72         | 2           | 2         |
| Vivisbach    | 80             | 184          | 51               | 120        | 0           | 0         |
| <b>Total</b> | <b>1 534</b>   | <b>1 790</b> | <b>892</b>       | <b>925</b> | <b>11</b>   | <b>19</b> |

Die Anzahl Unfälle, 1 790 (1 534 im Jahre 2006), nahm um mehr als 16,6% zu. Diese Erhöhung ist zum Teil auf die neuen Vorschriften der Gerichtsbehörden für die Unfallaufnahme bei Verkehrsunfällen mit Materialschaden zurückzuführen. Hingegen ist die Zahl der Unfälle mit verletzten Personen relativ stabil geblieben (+ 3,6%). Im Vergleich zum Jahr 2006 haben die tödlichen Unfälle um 54,55% (+ 6) zugenommen und die Zahl der Toten um 72,7% (+ 8).

|  | 2006          | 2007          |
|--|---------------|---------------|
| Führerausweisentzüge   | 1 147         | 1 046         |
| An der Weiterfahrt gehinderte Fahrzeugführer                 | 45            | --            |
| Geschwindigkeitskontrollen                                   | 2 780         | 3 211         |
| Führerflucht nach Unfall                                     | 491           | 650           |
| Ermittelte Lenker nach Führerflucht                          | 79            | 174           |
| Betrag der einkassierten Ordnungsbussen                      | Fr. 4 235 873 | Fr. 4 935 503 |
| Kontrollierte Transportunternehmen                           | 25            | 54            |
| Begleitung von Ausnahmetransporten                           | 140           | 109           |
| Schiffahrtsunfallmeldungen                                   | 0             | 0             |
| Hilfe an in Schwierigkeiten geratene Schwimmer/Schiffsführer | 10            | 12            |
| Einsätze der Tauchergruppe                                   | 7             | 10            |

### 1.2.4 Verkehrserziehung

Der Sektor der Verkehrserziehung erledigte im Verlaufe des Jahres 2007 folgende Aufgaben:

|   | 2006  | 2007  |
|---|-------|-------|
| Verkehrsunterrichtsstunden in Schulen und Institutionen           | 1 257 | 1 170 |
| Ausbildungsstunden von Schülerpatrouilleuren                      | 1 453 | 1 365 |
| Ausbildungsstunden von Erwachsenenpatrouilleuren                  | 481   | 347   |
| Prüfungen für die Erlangung des Führerausweises (Anzahl Personen) | 1 697 | 1 480 |
| Erziehungskurse für verzeigte Minderjährige (SVG-Widerhandlungen) | 13    | 6     |

### 1.2.5 Polizeihunde

|   | 2006 | 2007 |
|---|------|------|
| Anzahl Hunde  | 16   | 16   |
| Anzahl Einsätze   | 500  | 504  |
| - davon Verhaftungen und/oder Auffinden                         | 36   | 24   |
| - davon Beschlagnahmungen durch Drogenspezialisten              | 109  | 75   |
| - davon Personensuche   | 52   | 48   |
| - davon Sicherheitsdurchsuchungen durch Sprengstoffspezialisten | 2    | 4    |

Bei diesen Einsätzen wurden verschiedene Betäubungsmittel beschlagnahmt, die durch die Hunde gefunden wurden.

### 1.2.6 Fahrende

Der Einsatz der Kantonspolizei wurde für das Jahr 2007 40-mal (53-mal im Jahre 2006) wegen Anwesenheit Kanton von Fahrenden verlangt. Diese Personen haben sich insgesamt 162 Tage im Kanton Freiburg aufgehalten (168 Tage im Jahre 2006). Da ein geeignetes Gelände fehlt, das von den Fahrenden benutzt werden könnte, muss jedes Mal mit den Betroffenen, den Gemeindebehörden, dem Oberamt und gegebenenfalls dem Besitzer des Geländes verhandelt werden, um den Aufenthaltsort und die Aufenthaltsdauer der Fahrenden zu bestimmen. Diese Verhandlungen werden in der Regel von einem Polizeioffizier geführt.

### 1.2.7 Personenschutz

Die Interventionsgruppe der Kantonspolizei (GRIF) befasste sich 35-mal (23-mal im Jahre 2006) mit Personenschutz. Dabei wurden für Vertreter der Bundesbehörden und für ausländische Persönlichkeiten, die sich in der Schweiz zu Besuch aufhielten, 22 Sicherheitsdienste geleistet (3 Sicherheitsdienste im Jahre 2006).

### 1.2.8 Ausschaffungen

Im Jahre 2007 hat die Kantonspolizei 3-mal (8-mal im Jahre 2006) aus der Schweiz ausgewiesene Ausländer in ihr Herkunftsland zurück begleitet. Zu erwähnen ist auch, dass 2 Beamtinnen und Beamte eine spezifische Ausbildung für Ausweisungen beim Schweizerischen Polizei-Institut (SPI) besucht haben (8 Beamtinnen und Beamte im Jahre 2006).

### 1.2.9 Ordnungsdienst

Zusätzlich zu ihrer gewöhnlichen Tätigkeit sind die Gendarmen (bis 40-jährig) im Ordnungsdienst eingegliedert. Diese Altersgrenze kann je nach Bestand variieren. Sie wird im Allgemeinen bei Kaderleuten nicht angewendet. Im Jahre 2007 wurde zum ersten Mal ein Wiederholungskurs organisiert, zusammen mit der Gendarmerie von Neuenburg und Jura; er fand vom 17. bis am 21. September auf dem Waffenplatz in Bure statt.

Während dem Jahr wurde der Ordnungsdienst 6-mal für kantonale Sportanlässe aufgeboden (5 Eishockeyspiele und 1 internationales Fussballspiel). Dazu wurden 413 Beamte engagiert, welche 2 753 Arbeitsstunden leisteten.

Unter der Leitung des GMO (Westschweizer Gruppe für den Ordnungsdienst), wurden 46 Mitarbeiter vom 22. bis 28. Januar im Sicherheitsdispositiv beim World Economic Forum in Davos eingesetzt. Sie leisteten insgesamt 207 Arbeitstage und 2490 Arbeitsstunden.

Ebenfalls im Rahmen des GMO wurde während 2 Wochen ein Praktikum bei der französischen Gendarmerie in St-Astier absolviert. An diesem Kurs nahmen 17 Kader und Beamte des Ordnungsdienstes teil.

## 1.3 Besondere Ereignisse

### 1.3.1 Präventionskampagnen

#### 1.3.1.1 Sicherheit und öffentliche Ordnung

In jeder der drei Regionen der Gendarmerie wurden permanente und punktuelle Aktionen durchgeführt. Diese Aktionen, die den geographischen, touristischen und kulturellen Besonderheiten jeder Region angepasst werden, dienen in erster Linie der Prävention, können aber auch zur Aufdeckung und Verfolgung von Widerhandlungen und Straftaten führen. Diese langfristig angelegten Aktionen erfolgen durch verstärkte Präsenz der uniformierten Polizisten an heiklen Orten wie öffentlichen Parkanlagen, Fussgängerzonen, Bahnhöfen, Stränden, Orten mit starkem Menschenandrang und öffentlichen Lokalen. Ausser der Signalwirkung dieser Aktionen auf die Bevölkerung erlauben sie Widerhandlungen zuvorkommen, die öffentliche Ordnung zu sichern und gleichzeitig auch gegen Handel jeglicher Art vorzugehen, vor allem gegen Drogenhandel.

## KANTONALE AKTIONEN

|               |   |
|---------------|---|
| "TABARRO"     | Am Wochenende und abends (vor allem am Freitag- und Samstagabend), sichtbare Präsenz an stark besuchten Orten (Stadtzentrum), in öffentlichen Lokalen mit starkem Andrang sowie an Standorten wichtiger Anlässe festlichen Charakters. Im 2007 wurden 105 Einsätze, welche durchschnittlich 4,5 Stunden dauerten, durchgeführt. 521 Beamte kamen dabei zum Einsatz. |
| "SERA"        | Im Winter, sobald es finster wird, Vorbeugung und Bekämpfung von Einbrüchen in Wohnquartieren.  |
| "AURORE"      | Am Wochenende, frühmorgens, auf den Autobahnen: Kontrolle der Automobilisten mit Verdacht auf Fahren nach Betäubungsmittel- und / oder Alkoholkonsum (Rückkehr nach Fest).  |
| "PREVIO-SACO" | Vorbeugende Kontrollen infolge von Einbrüchen in parkierte Fahrzeuge: Verteilung von Prospekten mit dem Rat keine wertvollen persönlichen Gegenstände im Fahrzeug zu lassen.  |

## REGIONALE AKTIONEN

## Region Zentrum :

|              |   |
|--------------|---|
| "CELSIUS"    | Im Winter regelmässige Präsenz im Zentrum der Stadt Freiburg und koordinierte Repressionsaktionen mit folgendem Ziel: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Vorbeugung gegen Betäubungsmittelhandel in öffentlichen Lokalen, auf der Strasse, in den öffentlichen Parks und an Stellen, die für Versammlungen günstig sind;</li> <li>- Kontrolle der ausgesprochenen Zonenverbote gegenüber Dealern;</li> <li>- Verhinderung der Ausbreitung von Betteln;</li> <li>- Vorbeugung gegen Unhöflichkeiten und Widerhandlungen, vor allem Taschendiebstähle;</li> <li>- darüber wachen, dass kein Obdachloser oder Bettler die Nacht bei grosser Kälte draussen verbringen muss.</li> </ul> |
| "HIRONDELLE" | Gleiche Aktion wie « CELSIUS » aber im Sommer.  |
| "ANGEL"      | Während den Festtagen am Jahresende: Sichtbare Präsenz und Vorbeugung gegen Taschendiebstahl und Entreisssdiebstahl in den Kaufhäusern und auf den Strassen im Zentrum der Stadt Freiburg.  |

## Region Nord :

|            |   |
|------------|---|
| "BERMUDA"  | Während dem Sommer: Vorbeugen und Repression von Unhöflichkeiten, Vandalismus, Schlägereien und Handel jeglicher Art in den touristischen Gebieten, an Stränden, in Campingplätzen und an Treffpunkten. |
| "PREAU"    | Während den Schulferien: Überwachung und Kontrolle der von Minderjährigen besuchten Orte.   |
| "STAND BY" | Während den Festtagen am Jahresende: Sichtbare Präsenz in der Nähe heikler Orte wie Poststellen, Geldautomaten, Banken und Einkaufsstrassen.  |

## Region Süd :

|               |  |
|---------------|--|
| "NICKELS"     | In den Bezirkshauptorten: Vorbeugende und unterdrückende Aktion an Stellen, die von Jugendlichen besucht werden, um gegen Unhöflichkeiten, Vandalismus, Schlägereien und Handel jeglicher Art anzukämpfen. |
| "EFFORT1.7"   | Daueraktion um dem Handel und dem Konsum von Betäubungsmitteln vorzubeugen und diesen zu verhindern.   |
| "MAPPE ROUGE" | Punktuelle und gezielte Aktion an Orten wo Unhöflichkeiten und Störungen der öffentlichen Ordnung regelmässig vorkommen.   |

**1.3.1.2 Strassenverkehr**

|               |                         |  |
|---------------|-------------------------|--|
| 01.01 - 31.12 | Gurten als Lebensretter | Daueraktion: Kontrolle wegen Nichttragen der Sicherheitsgurte (gesamtes kantonales Netz). 5104 ausgestellte Ordnungsbussen- / Bedenkfristformulare.  |
| 01.01 - 31.12 | TECO                    | Daueraktion: Kontrolle wegen Gebrauch von Mobiltelefonen am Steuer. 1859 verzeigte Automobilisten.   |
| 01.01 - 31.12 | Aktion Zweirad          | Daueraktion: Gezielte Geschwindigkeitskontrollen auf Strassen, die regelmässig von den Motorradfahrern benützt werden (mit Auffangposten).   |
| 01.04 - 31.12 | Sensibilisierung Radar  | Die Radarkontrollen wurden auf 7 Streckenabschnitten, auf denen zahlreiche Unfälle stattgefunden haben, verstärkt. Die Fahrzeuglenker wurden durch die Presse und durch Infotafeln am Strassenrand darauf aufmerksam gemacht. Der Warnhinweis lautete « Achtung Radar – Ihre Polizei ».  |
| 20.08 - 07.09 | Schulanfang             | Geschwindigkeitskontrollen und Überwachung der Fussgängerstreifen in der Nähe der Schulen oder der von den Schülern benutzten Wege. Zusätzliche Kontrollen wegen Nichttragen der Sicherheitsgurte. 435 Einsätze mit 741 Beamten.   |
| 18.07         | Aktion « Danke »        | Die Aktion hatte zum Ziel den Fahrzeuglenkern Danke zu sagen für ihr korrektes Benehmen im Strassenverkehr. Eine Tafel Schokolade mit einem besonderen Logo wurde verteilt. Lenker mit ordnungswidrigem Verhalten wurden angezeigt. 786 Automobilisten wurden kontrolliert, 743 Tafeln Schokolade wurden verteilt und 43 Fahrzeuglenker wurden gerügt wegen Vergehen gegen das Strassenverkehrsgesetz.   |
| 08.11         | Tag des Lichtes         | Die BFU (Beratungsstelle für Unfallverhütung) in Zusammenarbeit mit den Kantons- und Gemeindepolizeien der Schweiz, dem Fonds für Verkehrssicherheit und der Arbeitsgruppe « Sicherheit durch Sichtbarkeit » hat eine Sicherheitskampagne durchgeführt, um die Wichtigkeit der Sichtbarkeit im Strassenverkehr in Erinnerung zu rufen. Diese Kampagne fand am 8. November 2007 in der ganzen Schweiz statt. Broschüren wurden an 1251 Automobilisten und 611 Fussgänger verteilt. 99 Mängelkarten wurden ausgeliefert, vor allem wegen defekter Beleuchtung. |
| 26.11 - 08.12 | Beleuchtung             | Kontrolle der Fahrzeugbeleuchtung und des Einsatzes von Nebellichtern. 227 Einsätze mit 545 Beamten. 76 Fahrzeuglenker wurden angezeigt und 507 Mängelkarten ausgestellt.  |

## 2. Kriminalpolizei

### 2.1 Auftrag

Die Kriminalpolizei amtet als Gerichtspolizei in allen Fällen, die wegen ihrer Bedeutung, Komplexität oder besonderen Natur ihren Einsatz erfordern. Sie besorgt den Erkennungsdienst. Ihre allgemeinen Aufträge sind die Feststellungen vor Ort, die Indizien- und Spurensicherung, die Nutzung der Spuren, das Verhör der betroffenen Personen, die Wahrnehmung der Aufgaben im Rahmen der Opferhilfe, die Ermittlung der Sachverhalte, die Identifizierung und Festnahme der mutmasslichen Täter und deren Anzeige beim Richter.

### 2.2 Laufende Geschäfte

#### 2.2.1 Behandelte Geschäfte

|   | 2006  | 2007  |
|---|-------|-------|
| Erstellte Polizeirapporte                   | 5 833 | 5 810 |
| Aufgenommene Strafklagen                    | 149   | 160   |
| Behandelte Aufträge                         | 6 641 | 6 656 |
| Identifikationen durch den Erkennungsdienst | 285   | 216   |
| - davon Fingerabdrücke                      | 88    | 81    |
| - davon DNA-Profile                         | 132   | 90    |
| - davon Schuhsohlenprofile                  | 65    | 45    |
| Verbindungen zwischen DNA-Profilen          | 135   | 229   |
| - interne                                   | 26    | 14    |
| - mit anderen Kantonen                      | 109   | 215   |
| DNA-Probenahme bei Personen                 | 869   | 815   |
| Löschung der DNA-Profile                    | 27    | 14    |

#### 2.2.2 Verhaftungen

|      | CH | Ausl. | Total |
|------|----|-------|-------|
| 2006 | 35 | 115   | 150   |
| 2007 | 32 | 112   | 144   |

### 2.2.3 Betäubungsmittel

|  | 2006    | 2007   |
|--|---------|--------|
| Verzeigte Personen                           | 1 265   | 1 023  |
| - davon Frauen                               | 126     | 104    |
| - davon Minderjährige                        | 143     | 106    |
| - davon reine Händler                        | 62      | 42     |
| - davon Händler-Konsumenten                  | 171     | 148    |
| Beschlagnahmte Betäubungsmittel              |         |        |
| - Haschisch (in Gramm)                       | 55 795  | 1 437  |
| - Marihuana (in Gramm)                       | 278 250 | 27 806 |
| - Heroin (in Gramm)                          | 550     | 399    |
| - Kokain (in Gramm)                          | 873     | 973    |
| - Pillen : Thai, LSD, Ecstasy, Amphetamin    | 835     | 1243   |
| Todesfälle infolge Überdosis                 | 5       | 3      |
| Einbruchdiebstähle in Apotheken und Spitäler | 18      | 34     |

Zu den Hanfkulturen ist Folgendes zu bemerken:

|                              | 2006   | 2007  |
|------------------------------|--|---|
| Felder                       | 10 (mit einer Gesamtfläche von 40 000 m <sup>2</sup> ) | 9 (mit einer Gesamtfläche von 68 000 m <sup>2</sup> ) |
| - davon im Saanebezirk       | 1  | 1   |
| - davon im Sensebezirk       | 7  | 5   |
| - davon im Glanebezirk       | 0  | 0   |
| - davon im Greyerzbezirk     | 0  | 0   |
| - davon im Seebezirk         | 2  | 3   |
| - davon im Broyebezirk       | 0  | 0   |
| - davon im Vivisbachbezirk   | 0  | 0   |
| Beschlagnahmte Hanfmenge     | 900 kg (sofortige Vernichtung)                         | 13 000 m <sup>2</sup> Vernichtung vor Ort             |
| Laufende Strafuntersuchungen | 2  | 3   |

### 2.3 Besondere Ereignisse

Im Verlaufe des Jahres 2007 hat die Kriminalpolizei vor allem Nachforschungen im Zusammenhang mit folgenden bedeutenden Ereignissen durchgeführt:

|  |                              |  |
|--|------------------------------|--|
| Fahrlässige Tötung                                 | Schwarzsee                   | Am 7. August starb in einem Chalet ein junger deutscher Tourist an einem Schädeltrauma; infolge einer Auseinandersetzung fiel er nach hinten auf den Kopf.   |
| Mordversuche                                       | Freiburg<br>La Tour-de-Trême | Am 12. Juni wurde in einer Wohnung auf eine Person geschossen ohne diese zu verletzen.<br>Am 29. Oktober wurde eine Person auf dem Parkplatz des Rathauses durch einen Messerstich in den Rücken schwer verletzt.  |
| Brände   | Sensebezirk                  | Mehrere Brandstiftungen in der Region Schwarzsee.<br>Identifizierung der Täter von mehreren Bränden im Sensebezirk und im Kanton Bern.   |
| Betäubungsmittel                                   | Kanton                       | Zerschlagung von mehreren Netzen lokaler Händler, die vor allem Kokain verkauften. Diese Netze haben sich ausserkantonale bei afrikanischen Lieferanten eingedeckt.  |
| Strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität | Kanton                       | Der Fall Schmitt hat die Öffentlichkeit sehr beschäftigt. Infolge einer Anzeige wurde durch die Jugendstrafkammer eine Untersuchung eröffnet. Die durchgeführten Ermittlungen führten zur Anzeige von 7 volljährigen und 5 minderjährigen Tätern, wegen Vergewaltigung, sexuellen Handlungen mit Abhängigen und Kindern, strafbaren Handlungen gegen die sexuelle Integrität, Tötlichkeiten, Drohungen, Förderung der Prostitution, eventuell Pornographie, einfacher Körperverletzung und Hehlerei.<br>Zahlreiche Untersuchungen infolge von Anzeigen durch Opfer von sexuellen Handlungen gegenüber minderjährigen und urteils- und widerstandsunfähigen Personen. |
| Sittlichkeit                                       |                              | Regelmässige Kontrollen in den Massagesalons und Cabarets des Kantons durch die Gruppe Night-Fever.<br>Am 18. April: Operation FONTANETTE II bei der Grand-Fontaine: 22 Personen kontrolliert, 3 Verhaftungen. Die Gebäude 22 und 24 wurden auf Befehl der zuständigen Stellen geschlossen.  |
| Vorbeugung   | Kanton                       | Präventionskampagne « t-ki » - « wer bisch »:<br>Im März 2007, infolge der neuesten kantonalen Ereignisse, beschloss der Stab der Kantonspolizei eine Präventionskampagne zu starten. Dabei wurde auf die Gefahren beim Gebrauch der modernen Kommunikationsmittel aufmerksam gemacht. Parallel dazu war die Polizei während der Freiburger-Messe 2007 mit einem Infostand dabei.<br>Um diese Kampagne zu realisieren, hat die Kantonspolizei mit der EKSD und der GRIMABU zusammengearbeitet. Sie realisierten in Zusammenarbeit mit Experten ein Videoclip, eine Internetseite und den Stand an der Freiburger-Messe.  |
| Organisation von Demonstrationen                   | Kanton                       | Am 26. Juni fand die 3. Gesamtschweizerische Tagung der polizeilichen Jugendsachbearbeiter in Freiburg statt. Bundesrat Christoph BLOCHER war als Redner dabei.  |

### 3. Stabsdienste

#### 3.1 Auftrag

Die Stabsdienste bestehen aus Diensten, die die Kantonspolizei auf logistischer, administrativer und technischer Ebene unterstützen. Sie sind in folgende Sektoren unterteilt:

- die Einsatz- und Alarmzentrale (operativer Einsatz)
- die Informatik und die Telekommunikation (Systemverwaltung, Datenbank)
- das Info-Center (Verwaltung des zentralen Informationssystems und Aufbewahrung der Daten)
- die Buchhaltung
- die Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung
- die Gebäudeverwaltung
- die Garage.

#### 3.2 Laufende Geschäfte

##### 3.2.1 Behandelte Geschäfte

|                                       | 2006    | 2007    |
|---------------------------------------|---------|---------|
| Erstellte Polizeirapporte             | 1 726   | 1 870   |
| Aufgenommene Strafklagen              | 682     | 1 230   |
| Behandelte Aufträge                   | 525     | 601     |
| Eingegangene Anrufe                   | 165 565 | 180 660 |
| - davon Anrufe über die Notfallnummer | 91 235  | 92 122  |
| Behandelte Alarmer                    | 994     | 934     |
| - davon wegen Feuer                   | 264     | 219     |
| - davon wegen Einbruch / Überfall     | 730     | 715     |

##### 3.2.2 Informatik und Telekommunikation

Während dem Jahr 2007 wurden vor allem folgende Arbeiten erledigt:

- Studie im Rahmen des nationalen Projektes Polycor;
- Einführung des Moduls «Zephyr Easy» für die Reporterstellung;
- Anpassungen der Informatikanwendung «Gestion du personnel»;
- Dienstleistungen bei Umzügen.

##### 3.2.3 Fahrzeuge

Der Fahrzeugpark der Kantonspolizei setzt sich wie folgt zusammen:

|            | 2006 | 2007 |
|------------|------|------|
| Autos      | 167  | 170  |
| Motorräder | 11   | 10   |
| Schiffe    | 5    | 5    |

##### 3.2.4 Gebäudeverwaltung

Der Sektor der Gebäudeverwaltung hat im Jahre 2007 insbesondere folgende Dienstleistungen erbracht:

- Gebäude der Kantonspolizei am Liebfrauenplatz 2 in Freiburg: Vorbereitung des Dossiers für die Modernisierung der Sicherheits- und der Betriebssysteme; Unterhalt der Räumlichkeiten und Installierung von Duschen
- Zusätzliche Studie im Rahmen des Projektes für den Bau eines Gebäudes für das Kommando und für verschiedene Sektoren der Kantonspolizei
- Einrichtung des Konzeptes für die Übermittlung von Videobildern
- Planung und Vorbereitung des Umzugs des Info-Centers und der Buchhaltung
- Logistische Organisation eines interkantonalen Kurses für den Ordnungsdienst.

##### 3.2.5 Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung

Für das Jahr 2007 können folgende Tätigkeiten erwähnt werden:

- Ausrüstung von 65% der Beamten mit der neuen Dienstwaffe GLOCK 19
- Mitwirkung bei der Gruppe UNIMATOS für die Weiterentwicklung der neuen Ausgangsuniform
- Neuinstallation und Organisation des Lagers für Kleinmaterial
- Erneuerung der persönlichen und kollektiven Schutzwesten
- Mitwirkung in der Arbeitsgruppe zur Entwicklung der Treibpatrone für MzW
- Evaluation eines PAZ-Anzuges für das ganze Korps.

##### 3.2.6 Buchhaltung

Für das Jahr 2007 erstellte die Buchhaltung gestützt auf den Beschluss vom 22. Dezember 1987 über die Gebühren der Kantonspolizei 18 025 Rechnungen (im Jahr 2006: 18 122). Ein Totalbetrag von CHF 3 509 558,60 (im Jahr 2006: CHF 3 646 971,20) wurde in Rechnung gestellt.

### 3.3 Besondere Ereignisse

#### 3.3.1 Informatik und Telekommunikation

- Erneuerung der Zertifikate für die elektronische Unterschrift in der Outlook-Messengerie
- Einführung des Mobilisationssystems GAFRI für die Katastrophenorganisation
- Entwicklung des Moduls «Ripol – Zephyr Consultation»
- Studie und Einführung eines neuen Alarmempfangssystems (Passerelle DC-90).

### 3.3.2 Gebäudeverwaltung

- Bau des Polizeipostens der Stadt Freiburg an der Rue des Pilettes
- Inbetriebnahme des neuen Kontrollsystems für den Zugang aller Hauptgebäude der Kantonspolizei
- Erstellung eines Konzeptes für die Kugelsicherung der drei regionalen Einsatzzentren und des Posten in Bulle.

### 3.3.3 Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung

- Neueinrichtung des Kellers für das Präzisionsschiessen
- Anschaffung von 18 neuen MzW 04 für den Ordnungsdienst
- Einführung der neuen verformbaren Polizeieinsatzmunition 9mm Action 4.

## 4. Personalbereich

### 4.1 Auftrag

Der Personalbereich umfasst die Sektoren der Personalverwaltung, der Ausbildung und der psychologischen Unterstützung. Er stellt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kantonspolizei sowie die Aspiranten der Polizeischule an. Er sichert die administrative Verwaltung des Personals und deren Daten. Er ist für die Grund- und Weiterbildung sowie für die individuelle berufliche Entwicklung der Kader und Mitarbeiter verantwortlich. Er bietet den um Hilfe suchenden Mitarbeiter Unterstützung und der Hierarchie Beratung an.

### 4.2 Laufende Geschäfte

#### 4.2.1 Ausbildung und Weiterbildung

Am 5. Januar 2007 begannen 23 Personen die Polizei-Aspirantenschule (PAS), davon 16 Aspiranten für die Gendarmerie (7 Frauen) und 7 Aspiranten für die Kriminalpolizei (3 Frauen). Während der Ausbildung haben eine Aspirantin der Gendarmerie und zwei Aspirantinnen der Kriminalpolizei die Schule verlassen. Am Schluss ihrer einjährigen Ausbildung haben die 20 Aspiranten die Examen mit Erfolg bestanden und den eidgenössischen Fachausweis als Polizist/Polizistin erhalten. Diese eidgenössischen Examen wurden zum dritten Mal von der Kantonspolizei Freiburg durchgeführt.

Das Ausbildungszentrum hat an verschiedenen Informationstagen den Schülern von Orientierungsschulen oder Gymnasien den Polizeiberuf vorgestellt. Bei der Ausstellung «Start-Forum der Berufe» war die Polizei mit einem Stand – vor allem für die Schüler der 2. Klasse der Orientierungsschulen des Kantons – dabei; sie erhielt für den Stand den ersten Preis der Ausstellung.

Verschiedene Weiterbildungskurse wurden während dem Jahr 2007 dem Kader und den Beamtinnen und Beamten der Kantonspolizei erteilt. Jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter der Kantonspolizei besuchte im Durchschnitt an 6 Tagen Weiterbildungskurse.

Ausserdem hat das Ausbildungszentrum der Kantonspolizei verschiedene Kurse für externe Partner organisiert, insbesondere für die Aufseher des Zentralgefängnisses, für die Beamtinnen und Beamten der Gemeindepolizeien und der Feuerwehr.

## 4.3 Besondere Ereignisse

### 4.3.1 Mitarbeiter-Zufriedenheitsumfrage

Im ersten Quartal 2007 wurde in Zusammenarbeit mit dem arbeitspsychologischen Institut der Universität Neuenburg eine Mitarbeiter-Zufriedenheitserhebung durchgeführt. Das ganze Personal der Kantonspolizei konnte daran teilnehmen, indem es einen anonymen Fragebogen beantwortete, der die Arbeitszufriedenheit nach 10 verschiedenen Gesichtspunkten erfasste. 76% des Personals haben geantwortet. Die Ergebnisse sind gut: 79% geben an, mit ihrer Stelle insgesamt «eher zufrieden» bis «sehr zufrieden» zu sein. Punktuell wurde aber auch Unzufriedenheit festgestellt. Zurzeit wird untersucht, wie diese Gegebenheiten verbessert werden können.

### 4.3.2 Einheit «zwischenmenschliche Beziehungen»

Zusätzlich zu der normalen Tätigkeit war die Einheit regelmässig im Einsatz in so genannten «mikro-sozialen» Situationen, insbesondere als Hilfe bei Untersuchungen, zur Unterstützung der Familien und bei Meldungen dramatischer Todesfälle. Zahlreiche emotional besonders starke Ereignisse erforderten einen Einsatz, wie zum Beispiel die Repatriierung von Schülern infolge des tragischen Todes einer Studentin in Galway am 9. Oktober 2007.

Im Rahmen der Organisation für den Katastrophenfall hat die Einheit «Zwischenmenschliche Beziehungen» bei der kantonalen Führungübung mitgewirkt.

## 5. Pressedienst

### 5.1 Auftrag

Der Presse- und Präventionsdienst sichert die Information an die Bevölkerung durch die Medien, fördert das Image der Kantonspolizei und ist verantwortlich für den Inhalt der Internetseite der Kantonspolizei. Er informiert und berät das Publikum über die Möglichkeiten der Prävention gegen Kriminalität.

### 5.2 Laufende Geschäfte

Der Pressedienst hat vor allem über folgende medienwirksame Ereignisse berichtet:

- 09.01 Evakuierung des Gruyère Centre
- 21.01 Leitung der Information betreffend den Hockeymatch Gottéron-Bern
- 31.01 Bombenalarm beim Bahnhof Freiburg
- 05.03 Fall Schmitten
- 08.03 Verhaftung des Täters, der auf das EZG – Zentrum geschossen hatte

- Mars Vandalismus in den Kirchen des Kantons  
 15.04 Unfall mit Seifenkisten in Semsales  
 04.06 Unfall auf Baustelle der A12  
 21.06 Starke Unwetter im Kanton  
 09.07 Diebstähle und Vandalismus in Berghütten im Greyerz  
 24.07 Starke Unwetter im Kanton  
 07.08 Starke Unwetter im Kanton  
 09.08 Tod eines jungen deutschen Touristen in Schwarzsee  
 21.08 Gendarm wurde mit 229 km/h geblitzt  
 25.08 Fussgänger verstorben in Delley  
 16.09 Brand an der Rue de Gruyères in Bulle  
 26.09 Brandfälle im Sensebezirk  
 02.11 Junger Mann mit Messer angegriffen in La Tour-de-Trême  
 17.12 Tod eines Jugendlichen während dem Sportunterricht in Freiburg  
 28.12 Tod infolge Entweichung von Kohlenmonoxid in Freiburg

Während dem Jahr 2007 organisierte der Pressedienst ebenfalls Presskonferenzen, Präventionskampagnen und gab den Medien die Möglichkeit, an verschiedenen besonderen Anlässen teilzunehmen, vor allem in folgenden Fällen:

- 15.01 Start Forum der Berufe: Bestimme deinen Weg mit der Polizei  
 18.01 Jahrestreffen der Journalisten  
 02.03 Pressekonferenz «Statistik 2006»  
 10.03 Einladung an die Medien: Informationssitzung zur Polizeiaspirantenschule (PAS) 2008  
 13.03 Pressemitteilung: Trickdiebstahl  
 30.03 Präventions-Medienmitteilungen: Betrug falscher Neffe  
 04.04 Einführung der RSS News auf der Internetseite  
 12.04 Freiburger Polizist Schweizermeister der Hundeführer  
 19.04 Präventions-Medienmitteilungen: verstärkte Radarkontrollen  
 02.06 Einladung zum Elterntag der PAS  
 27.06 Einladung zur grünen Woche der PAS  
 21.06 Starke Unwetter  
 26.06 Information Besuch von Christophe Blocher (Jugendbrigadentagung)  
 28.06 Präventions-Medienmitteilungen: Diebstähle in Fahrzeugen  
 20.07 Einladung zur Murtenseeüberquerung  
 23.07 Präventions-Medienmitteilungen: Entreissdiebstähle  
 25.09 Pressekonferenz «wer bisch»  
 07.12 Präventions-Medienmitteilungen: Achtung Taschendiebe  
 14.12 Einladung zur Vereidigung der PAS 2007

Ausserdem hat der Pressedienst etwa 50 Konferenzen, Besichtigungen und Informationen für Senioren, Opfer von Einbrüchen, private Unternehmen, Schulen und Feuerwehr organisiert. Er hat auch cirka 30 Studenten beim Erarbeiten von Vorträgen und Seminaren betreffend verschiedene Aspekte des Polizeiberufes oder der Kriminalität im Kanton Freiburg unterstützt.

### 5.3 Besondere Ereignisse

Der Presse- und Präventionsdienst hat sich besonders für die Gestaltung und die Entwicklung der Kampagne «wer bisch» eingesetzt. Ausserdem hat er seinen Willen mit dem Bürger in Kontakt zu bleiben weiterverfolgt, insbesondere mit der Entwicklung der Bestandteile «Dienstleistung» der Internetseite [www.policefr.ch](http://www.policefr.ch) [www.polizeifr.ch](http://www.polizeifr.ch). Am 31. Dezember 2007 zählte unsere Website 278 Besucher pro Tag gegen 90 Ende August 2006. Der Dienst nahm ebenfalls an der Freiburger-Messe und an der Ausstellung in Plaffeien teil.

Im Rahmen der Prävention wurde eine neue Leistung erbracht: die Opfer von Einbrüchen erhielten per Post eine Broschüre mit Ratschlägen. 180 Freiburger erhielten diese Sendung.

## 6. Waffen und Sprengstoffe

### 6.1 Auftrag

Die Kantonspolizei ist die zuständige Behörde für die Anwendung des Bundesgesetzes über Waffen, Waffenzubehör und Munition, aber auch für die Anwendung der Gesetzgebung über die Sprengstoffe. Das Büro für Waffen und Sprengstoffe stellt die Waffenerwerbsbewilligungen und Waffentragscheine, die Bewilligungen zum Verkauf von Feuerwerksartikeln, die Zuverlässigkeitsbescheinigungen für Sprengausweisanwärter, die Waffenbesitzbestätigungen bei Waffenaus- und einfuhr für Jäger und Sportschützen, welche im Ausland an Jagd- oder Schiesssportanlässen teilnehmen, sowie die Waffenhändlerpatente aus. Der Dienst organisiert die Examen zum Waffentragschein der Sicherheitsbeamten, den kontrollierten Verkauf von Waffen, die Vernichtung von beschlagnahmten Waffen, Munitionen, Sprengstoffen und Feuerwerksartikeln. Das Büro für Waffen und Sprengstoffe verwaltet auch das Lokal der beschlagnahmten Waffen und kontrolliert die Verkaufsstellen von Feuerwerksartikeln, die Waffengeschäfte sowie die Schränke, die zur Lagerung von Sprengstoffen dienen. Es wirkt bei den Voruntersuchungen im Rahmen von Administrativverfahren mit.

## 6.2 Laufende Geschäfte

Die Tätigkeit im Jahre 2007:

|  | 2006 | 2007 |
|--|------|------|
| Waffenerwerbsbewilligungen                                     | 222  | 312  |
| Ausnahmebewilligungen zum Kauf von Waffen                      | 47   | 31   |
| Sonderbewilligungen für die Jagd oder das Schiessen im Ausland | 21   | 20   |
| Bescheinigungen für die Verwendung von Sprengmitteln           | 6    | 2    |
| Bewilligungen zum Verkauf von Feuerwerksartikeln               | 110  | 96   |
| Erwerbsscheine für Sprengstoffe                                | 16   | 19   |
| Waffentragscheine  | 55   | 45   |
| Abgewiesene Gesuche (Kauf und Tragen von Waffen)               | 0    | 5    |
| Beschlagnahme von Waffen                                       | -    | 240  |
| Erste Stellungnahme bei Administrativverfahren                 | -    | 36   |
| Rückgabe von Ordonnanzwaffen an Zeughaus                       | -    | 12   |
| Rückgabe von Waffen an die Besitzer                            | -    | 41   |
| Vernichtung von Waffen   | -    | 148  |

## 6.3 Besondere Ereignisse

### 6.3.1 Besuch und Kontrolle bei Waffensammlern

Vom 1. Dezember 2006 bis am 30. November 2007 wurden bei 17 Sammlern von «verbotenen Waffen» Besuche und Kontrollen durch das Büro Waffen und Sprengstoffe durchgeführt. Diese Besuche und Kontrollen hatten zum Ziel, die Sammler von «verbotenen Waffen» persönlich kennen zu lernen und festzustellen, ob die gesetzlichen Bedingungen eingehalten wurden und ob die im Besitz der Polizei befindlichen Angaben stimmen. 14 der 17 Sammler hielten die Waffen gesetzesmässig gelagert und bei 3 Sammlern mussten Beanstandungen gemacht werden (Hinterlader nicht getrennt von der Waffe). Es wurde auch festgestellt, dass das kantonale Register der «verbotenen Waffen» mit den Waffen, die die Sammler besitzen, übereinstimmt.

## II. AMT FÜR MILITÄR UND BEVÖLKERUNGSSCHUTZ (MBSA)

Chef: Daniel Papaux

### 1. Auftrag

Das Amt für Militär und Bevölkerungsschutz hat folgenden Auftrag: Verwaltung der Militärangelegenheiten und der dem Kanton gehörenden Militärgebäude, Koordination des Bevölkerungsschutzes und Verwaltung des Zivilschutzes.

### 2. Dienstbetrieb

#### 2.1 Laufende Geschäfte Offiziersbeförderung

Der Bundesrat bzw. das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), haben im freiburgischen Offizierskorps oder unter den im Kanton wohnhaften Personen folgende 77 Beförderungen vorgenommen: vier Oberste, vierzehn Oberstleutnants, dreizehn Majore, vierzehn Hauptleute, siebzehn Oberleutnants und fünfzehn Leutnants.

#### Ausbildungsdienst

Im Jahr 2007 wurden von 1 295 eingereichten Gesuchen 1 121 Dienstverschiebungen angenommen (86%) und 174 abgelehnt (14%).

Die Gründe der angenommenen Dienstverschiebungsgesuche sind folgende:

|                          |       |
|--------------------------|-------|
| Lehre                    | 3,7%  |
| Studium                  | 38,5% |
| Beruf                    | 32,1% |
| Berufliche Weiterbildung | 6,3%  |
| Auslandaufenthalt        | 5,1%  |
| Zivildienst              | 0,1%  |
| Ärztliche Gründe         | 11,2% |
| Andere Gründe            | 3,0%  |

#### Schiesswesen ausser Dienst

Mutationen im Bereich der kantonalen Schiesskommission

| Schiesssubkommissionen | Rücktritte 31.12.2007                           | Ernennung 01.01.2008                           |
|------------------------|---|--|
| 1 FR Saane-Glane       | Oblt Jean-Baptiste Remy                         | Hptfw Gilles Bardet<br>Frau Marie-Eve Panchaud |
| 2 FR Sense             | Oblt Roland Zahnd                               |  |
| 3 FR Greyerz-Vivisbach | Wm Pierre-Alain Thürler                         | Oblt Grégoire Santschi                         |
| 4 FR See               | Oblt Adrian Benninger<br>Oblt Bernard Pantillon | Gfr Walter Meer                                |

## Teilnahme an den eidgenössischen Übungen

|      | Gewehrschiessen 300 m          |                              | Pistolenschiessen        |                              |
|------|--------------------------------|------------------------------|--------------------------|------------------------------|
|      | Oblig. Schiesspflicht Schützen | Eidg. Feldschiessen Schützen | Bundes-Programm Schützen | Eidg. Feldschiessen Schützen |
| 2007 | 9 103                          | 5 975                        | 831                      | 1 674                        |
| 2006 | 9 453                          | 6 052                        | 838                      | 1 669                        |
| 2005 | 10 287                         | 6 319                        | 855                      | 1 613                        |

## Total Jungschützen

|      |     |
|------|-----|
| 2007 | 775 |
| 2006 | 758 |
| 2005 | 874 |

## Dispensationen von der obligatorischen Schiesspflicht

|      |     |
|------|-----|
| 2007 | 149 |
| 2006 | 147 |

**Disziplinar- und Strafwesen**

1 347 (1 028 im Jahre 2006) Untersuchungen wurden wegen Versäumnis der Schiesspflicht eingeleitet. Sie führten zu 692 (682) Strafverfügungen.

3 (11) Beschwerden gegen diese Verfügungen wurden durch die Sicherheits- und Justizdirektion behandelt. Alle wurden abgewiesen.

3 Stellungspflichtige wurden für das Versäumnis des Orientierungstages disziplinarisch bestraft.

30 Stellungspflichtige wurden für ein erstes Versäumnis, 9 für ein zweites Versäumnis, 5 für ein drittes Versäumnis und einer für ein viertes Versäumnis an der Rekrutierung disziplinarisch bestraft.

**Rekrutierung**

## Orientierungstage

27 Orientierungstage wurden durch die Kreiskommandantin für die Stellungspflichtigen des Jahrganges 1989 auf dem Waffenplatz Freiburg durchgeführt.

Die Planung der Rekrutenschulen für die 1013 Stellungspflichtigen französischer Muttersprache des Jahrganges 1989 hat folgendes Resultat ergeben:

Stellungspflichtige des Jahrganges 1989 (1013)

| Jahr | Frühjahr | Sommer | Herbst |
|------|----------|--------|--------|
| 2008 | 3,4 %    | 4,4 %  | 10,6 % |
| 2009 | 6,7 %    | 11,6 % | 36,8 % |
| 2010 | 8,3 %    | 3,6 %  | 11,8 % |
| 2011 | 0,0 %    | 0,6 %  | 2,2 %  |

Für die 413 deutschsprachigen Stellungspflichtigen sieht die Planung wie folgt aus:

Stellungspflichtige des Jahrganges 1989 (413)

| Jahr | Frühjahr | Sommer | Herbst |
|------|----------|--------|--------|
| 2008 | 3,6 %    | 4,6 %  | 5,6 %  |
| 2009 | 8,5 %    | 13,6 % | 40,8 % |
| 2010 | 7,5 %    | 4,4 %  | 9,7 %  |
| 2011 | 0,0 %    | 0,0 %  | 1,7 %  |

## Organisation der Rekrutierung

Im Jahr 2007 wurden anlässlich der Rekrutierung in den Rekrutierungszentren von Lausanne und Sumiswald BE folgende Entscheide gefällt:

|                                     | <u>Lausanne</u>       | <u>Sumiswald</u>     |
|-------------------------------------|-----------------------|----------------------|
| Anzahl                              | 991                   | 334                  |
| Diensttaugliche                     | 605 (61,1 %)          | 222 (66,5 %)         |
|                                     | davon 102 Durchdiener | davon 33 Durchdiener |
| SD-taugliche                        | 191 (19,3 %)          | 66 (19,8 %)          |
| SD-untaugliche                      | 117 (11,8 %)          | 27 (8,0 %)           |
| SD-untaugliche in abs               | 35 (3,5 %)            | 8 (2,4 %)            |
| Zurückgestellt zur Nachrekrutierung | 33 (3,3 %)            | 6 (1,8 %)            |
| Zurückgestellte auf 1 Jahr          | 9 (0,9 %)             | 3 (0,9 %)            |
| Zurückgestellte auf 2 Jahre         | 1 (0,1 %)             | 2 (0,6 %)            |

**Waffenloser Militärdienst**

5 Gesuche um waffenlosen Militärdienst wurden eingereicht. Davon wurden 3 Gesuche angenommen und 2 abgelehnt.

**Entlassungen aus der Wehrpflicht**

827 Armeeingehörige der Jahrgänge 1973 (Rest) 1974, 1975, 1976 und 1977, welche die obligatorische Dienstpflicht erfüllt haben, wurden auf den 31.12.2007 aus der Wehrpflicht entlassen. Die Entlassungsinspektionen wurden gruppenweise (vier pro Tag) während 2 Tagen auf dem Waffenplatz Freiburg durchgeführt.

In Anwendung der Artikel 11 und 12 der Verordnung vom 5. Dezember 2003 über die persönliche Ausrüstung der Armeeingehörigen (VPAA), mussten die Armeeingehörigen, welche die persönliche Waffe (Sturmgewehr 90, 57 oder Pistole) behalten wollten, eine Selbstdeklaration vorlegen. Von den 758 bewaffneten Armeeingehörigen, haben 277 (37%) den Antrag gestellt, die Waffe als Eigentum zu behalten. Anlässlich der Abgabe der Waffe wurde eine durch das VBS auferlegte Entschädigung erhoben: 30 Franken für die Pistole, 60 Franken für das Sturmgewehr 57 und 100 Franken für das Sturmgewehr 90.

Die Stabsoffiziere des Jahrganges 1957, die Hauptleute des Jahrganges 1965 und die Subalternoffiziere des Jahrganges 1971, im Gesamten 47 Offiziere, wurden an-

lässlich einer offiziellen Feier, die vom Sicherheits- und Justizdirektor präsiert wurde, aus der Wehrpflicht entlassen.

**Wehrpflichtersatz**

Die Anzahl der Ersatzpflichtigen welche nicht in einer Formation der Armee eingeteilt sind und nicht der Zivildienstpflicht unterstehen beträgt per 31.12.2007 6 282 Personen. Das bedeutet eine Zunahme von 8,8% gegenüber dem Vorjahr. Die Zunahme ist in der Kategorie «untauglich» am bedeutendsten.

Gestützt auf die PISA-Meldungen wurde in 2 619 Fällen von Dienstverschiebungen die Erhebung der Ersatzabgabe geprüft.

Ende November waren bei 4% der Ersatzpflichtigen (8 177) die Steuerdaten 2006 zur Berechnung der Ersatzabgabe noch nicht bekannt. Für diese wurde per 30. November eine provisorische Veranlagungsverfügung eröffnet. Allen im Jahr 2006 Ersatzpflichtigen wurde somit während dem Veranlagungsjahr 2007 eine Veranlagungsverfügung zugestellt (Art. 25 Abs. 2 WPEG). Gegen einen Einspracheentscheid (2006: vier) wurde beim Verwaltungsgericht Beschwerde eingereicht.

Die Arbeitsgruppe der Informatikanwender hat sich sieben Mal getroffen. Die Jahreskonferenz der zehn Anwender-Kantone fand am 26. November in Bern statt. Die Einführung der neuen AHV-Nummer ist der Hauptgrund für die Häufigkeit dieser Sitzungen.

– Bezug Wehrpflichtersatz

|  | <b>2007</b>  | <b>2006</b>  |
|--|--------------|--------------|
| Ersatzabgaben von Ersatzpflichtigen (Schweiz)  | 4 917 103.52 | 4 021 490.27 |
| Ersatzabgaben von Ersatzpflichtigen im Ausland | 171.85       | 440.45       |
| In Rechnung gestellte Verzugszinsen            | 33 915.35    | 28 244.80    |
| Verrechnete Rückzahlungszinsen                 | 925.25       | 969.80       |
| Bruttoertrag                                   | 4 917 275.35 | 4 021 930.70 |
| Rückerstattungen (Dienstnachholungen)          | 104 931.10   | 67 207.00    |
| Reinertrag                                     | 4 812 344.25 | 3 954 723.70 |
| Anteil des Bundes (80%)                        | 3 849 875.40 | 3 163 778.95 |
| Anteil des Kantons (20%)                       | 962 468.85   | 790 944.75   |

## – Statistiken

|   | <b>2007</b>  | <b>2006</b>  |
|---|--------------|--------------|
| Provisorische Veranlagungsverfügungen<br>(Sämtliche Jahre)      | 441          | 544          |
| Definitive Veranlagungsverfügungen (Sämtliche Jahre)            | 6 997        | 6 656        |
| Durchschnittliche Ersatzabgabe                                  | 681.45       | 697.20       |
| <i>Ersatzpflichtige ohne Veranlagung (Ersatzjahr 2006)</i>      |              |              |
| Ersatzbefreiung Art. 4 WPEG                                     | 479          | 454          |
| Im RIPOL ausgeschrieben   | 4            | 11           |
| <i>Arten der Ersatzpflicht (Ersatzjahr 2006)</i>                |              |              |
| Wegen Militärdienstversäumnis Ersatzpflichtige                  | 1 846        | 2 141        |
| Militärisch nicht eingeteilte Ersatzpflichtige                  | 6 282        | 5 772        |
| Wegen Versäumnis des Zivildienstes Ersatzpflichtige             | 62           | 43           |
| Ersatzpflichtige mit Kapitalleistungen aus Vorsorge             | 41           | 0            |
| Rückstände  | 2 422 003.68 | 2 627 895.70 |
| Annullierte Ersatzabgaben                                       | 18 105.40    | 7 740.58     |
| Erlassene Ersatzabgaben   | 31 202.30    | 40 844.85    |
| Verjährte Ersatzabgaben   | 0.00         | 0.00         |
| Betrag der Verlustscheine                                       | 159 138.30   | 203 266.95   |
| Rückerstattungsentscheide (Dienstnachholungen)                  | 272          | 248          |
| Rückzahlungsentscheide (Revisionen, Überschüsse)                | 164          | 214          |
| Auslandurlaube - Prüfung der Ersatzpflicht                      | 91           | 73           |
| Ratenzahlungsentscheide (sämtliche Jahre)                       | 774          | 682          |
| Nicht eingehaltene, annullierte Ratenzahlungsentscheide         | 193          | 127          |
| Erlassentscheide  | 79           | 93           |
| Einsprachen   | 124          | 124          |
| Mahnungen   | 1695         | 1718         |
| Verwarnungen  | 780          | 761          |
| Betreibungsbegehren (sämtliche Jahre)                           | 482          | 867          |
| Anzeigen wegen Verfügung über mit Beschlagnahmte Vermögenswerte | 4            | 10           |
| Gesuche um Aufhebung des Rechtsvorschlages                      | 13           | 19           |
| Fortsetzungsbegehren  | 437          | 358          |
| Verwertungsbegehren   | 2            | 8            |
| Eingaben beim Konkursamt  | 8            | 18           |
| Vorschuss von Betriebskosten                                    | 45 740.70    | 74 883.90    |

## 2.2 Besonderes

Als Folge der Abschaffung der Militärsektionen ist die Arbeit der Sektionschefs im MBSA zentralisiert worden. Dies ist eine gute Lösung. Zwei Mitarbeiterinnen (1,6 Vollzeitäquivalente) erfüllen nun die Aufgaben, die zuvor den Sektionschefs anvertraut waren, was wesentliche finanzielle Einsparungen ermöglicht hat.

Der Eidgenössische Schiessoffizier des Kantons Freiburg hat in Zusammenarbeit mit der Militärverwaltung die jährliche Eidgenössische Schiesskonferenz organisiert. Diese fand während drei Tagen in Murten statt.

Freiburger Delegationen haben die Gelegenheit erhalten, die beiden Truppenkörper zu besuchen, die administrativ von unserem Kanton verwaltet werden. Dies sind das Gebirgsinfanteriebataillon 7 und das Führungsunterstützungsbataillon 21. Die Delegationen haben sich von der Qualität der Ausbildung dieser beiden wichtigen Formationen überzeugen können.

Im Rahmen einer Arbeitssitzung hat eine Delegation des Staatsrates den zuständigen höheren Staboffizieren ihre Besorgnis namentlich über die Zukunft der Militärbetriebe des Kantons und den Ausbau des Flugplatzes Payerne mitgeteilt.

Der Sicherheits- und Justizdirektor hat im November 2007 die Instruktionsoffiziere, die ihren Heimat- oder Wohnort im Kanton Freiburg haben, zu einem Rapport eingeladen. Bei dieser Gelegenheit konnte Brigadier Andrey zu seiner Ernennung zum Kommandanten Heer und zur gleichzeitigen Beförderung zum Korpskommandanten per 1. Januar 2008 gratuliert werden.

## 3. Verwaltung der Militärgebäude

### 3.1 Laufende Geschäfte

#### Ehemaliges Zeughaus Freiburg

Die Verwaltung des Zivilschutzes ist von Granges-Paccot ins ehemalige Zeughaus umgezogen. Zu diesem Zweck wurden verschiedene Renovierungen und Neueinrichtungen vorgenommen:

- Anpassung der Gebäudebeschriftungen und Wegweiser MBSA innen/ aussen
- Bodensanierung in zwei Büroräumen
- Neue Bodenbeschichtung in den Korridoren
- Renovation der Büroräume (Anstrich, Böden, Beleuchtung, Mauerwerk, Büroschalter usw.)
- Schaffung neuer Archivräume mit BIGLA-Gestellen
- Einführung eines neuen Parkplatzkonzeptes auf dem Areal des ehemaligen Zeughauses
- Im Hinblick auf den Einzug der Lehrwerkstätte: Anpassung des Schiessplanes des Gebäudes (Schlüssel/Zylinder).

#### Kaserne La Poya

Folgende Arbeiten wurden durchgeführt:

- Sanierung des Platzes «Sektor Nord»
- Sanierung der Duschen im Offizierspavillon

- Umtausch Kühlaggregat in der Offiziersmesse.

Zwischen Bund und Kanton wurde eine Konvention verfasst, welche Sanierungsarbeiten in der Höhe von Fr. 790 000.– vorsieht. Das Projekt wird vollständig durch den Bund finanziert. Die Arbeiten haben im Mai 2007 begonnen und werden nächstens abgeschlossen. Folgende Arbeiten wurden durchgeführt:

- Einbau von 4 Einheiten (Duschen und Lavabos) in den Unteroffizierszimmern des Gebäude 3
- Warmwasser an den Gemeinschaftslavabos der Gebäude 3 und 4
- Einbau von 2 Gemeinschaftsduschen im Gebäude 3 mit Belüftung/Ventilationssystem
- Schaffung von zwei Räumen für die Lagerung organischer Abfälle und PET-Flaschen in der ID-Anlage
- Einbau einer Gefrierkammer im Unterstand der Anlage für den inneren Dienst (ID)
- Installation von 2 Schuhputzbecken in der ID-Anlage.

#### Lager Schwarzsee

Folgende Arbeiten wurden durchgeführt:

- Anpassung des Schiessplanes/Austausch der Zylinder bei allen 2-Bettzimmern
  - Sanierung des Flachdaches auf den Küchen (1. Etappe)
  - Renovation der Küchenventilation und Austausch der Kochkessel (1. Etappe).
- |                |        |        |
|----------------|--------|--------|
| Belegungstage: | 2006   | 2007   |
|                | 56 227 | 45 670 |

Von den 45 670 Tagen wurden 31 409 zivile Tage durch die belgischen Ferienlager (Intersoc), 10 823 durch Schulen, Sportvereine, verschiedene kulturelle Zusammenkünfte und private Treffen belegt. Die militärischen Belegungen beliefen sich auf 3 438 Tage.

Der Rückgang ist ausschliesslich auf die fast gänzliche Absage der Armee und die Annullierung einer Woche an Ostern durch Intersoc zurückzuführen.

### 3.2 Besonderes

Als Folge der Schliessung des Zeughauses Freiburg wurden die Räumlichkeiten des Zeughauses zwischen dem MBSA und der Lehrwerkstätten aufgeteilt. Diese Schliessung erlaubte es, alle Tätigkeitsbereiche des MBSA in einem einzigen Gebäude zu vereinen.

Eine neue Konvention zur Bewirtschaftung des Waffenplatzes Freiburg ist zwischen der armasuisse und dem MBSA vorbereitet worden. Diese Konvention, die zusammen mit einem Leistungsvertrag am 1. Januar 2008 in Kraft treten wird, ist für unseren Kanton vorteilhafter als die Bisherige.

Die militärische Belegung des Lagers Schwarzsee war im Jahr 2007 ungenügend. Die Belegungsplanungen wurden nicht eingehalten. Im Januar 2008 soll dieses Thema bei einem Treffen mit den Vertretern der Armee besprochen werden.

## 4. Bevölkerungsschutz

### 4.1 Laufende Geschäfte

Das Mobilisationssystem GAFRI (Gestion des alarmes Fribourg) wurde im Führungsunterstützungssystem der Einsatz- und Alarmzentrale der Kantonspolizei integriert. Während den Unwettern von August hat es seine Effizienz bewiesen.

Einige Freiburgischen Gemeinden befinden sich in der Zone 2 des Kernkraftwerks Mühleberg. Eine Arbeitsgruppe wurde geschaffen, um die Dokumentation zuhanden der Bevölkerung dieser Gemeinden sowie den Behelf für die Gemeindebehörden und die Unternehmen zu aktualisieren.

Gemeinsam mit dem Kanton Waadt hat der Kanton Freiburg ein Sanitätsunterstützungsfahrzeug angeschafft, welches das zum Aufbau und Betrieb einer Sanitätshilfsstelle notwendige Material transportieren wird. Dieses Fahrzeug wird beim Spital Payerne stationiert sein und den Sanitätsorganen beider Kantone zur Verfügung stehen.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Bundesinstanzen hat das Amt an Sitzungen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS), der MeteoSchweiz, der nationalen Alarmzentrale (NAZ) und der Territorialregion 1 teilgenommen. Insbesondere hat es von Juni bis November 2007 an der Evaluation der Visualisierungsplattform von meteorologischen Vorhersagemodellen (MAP D-PHASE) teilgenommen. Die Resultate dieser Evaluation werden zur Einführung und zur Benutzung dieses Systems bei Unwetter dienen.

In Zusammenarbeit mit der Sektion für Gewässer des Tiefbauamtes wurde ein Alarmierungssystem im Falle von steigendem Wasser des Murtesees eingerichtet.

Eine laufende Beobachtung der Temperaturen wurde mit dem AfU organisiert. Sie hat dem Kantonsarztamt erlaubt, Hitzwelle-Warnungen zu versenden.

Als Resultat einer gemeinsamen Arbeit mit dem Amt für Gesundheit und dem Kantonsarztamt wurde von der Oberamtmännerkonferenz eine Weisung erlassen, die die Bedingungen für die Organisation des Sanitätsdienstes bei Grossveranstaltungen festlegt.

Im Juni 2007 hat der Chef Bevölkerungsschutz als Moderator an einem internationalen Seminar teilgenommen, das von der Internationalen Zivilschutzorganisation (ICDO) mit dem Thema der Bewältigung von Naturkatastrophen organisiert wurde.

### ORKAF-Vorbereitungen

Die Kommission für die Organisation im Katastrophenfall (ORKAF) hat im 2007 zwei Mal getagt, um hauptsächlich die Fortführung der Vorbereitungsarbeiten auf Grossereignisse zu behandeln. Die Koordinationsgruppe GROCAF, die von ihr abhängt und die sich um operationelle Fragen kümmert, hat vier Mal getagt.

Ausserdem wurden Vorbereitungen im Bereich des ABC-Schutzes sowie des Betriebs eines Kommandopostens realisiert.

### ORKAF-Übungen

Im Gefolge der Stabsübung im Jahr 2006 fand am 24. April 2007 eine praktische Übung statt, um den Einsatzplan im Falle einer Tierseuche zu testen. Das ganze im Falle einer Vogelgrippe-Tierseuche vorgesehene Dispositiv wurde auf einem Vogelbetrieb in Ueberstorf eingerichtet und durchgespielt.

Ausserdem hat am 23. Oktober 2007 eine Stabsübung zum Thema einer Grippepandemie stattgefunden, die zum Ziel hatte, die Zusammenarbeit der zivilen und militärischen Instanzen zu beüben.

Am 18. Oktober 2007 hat das Amt ferner an einer von der Nationalen Alarmzentrale organisierten Übung teilgenommen, die als Thema die Konsequenzen eines starken Erdbebens in der Schweiz hatte. An dieser Übung konnte das Projekt eines neuen elektronischen Informationsaustauschsystems getestet werden.

### 4.2 Besonderes

Die kantonale Katastrophen-Organisation wurde zwei Mal aufgeboden, einmal während der Trockenperiode von April, und einmal während dem Unwetter vom 8. und 9. August 2007. Die für diese Ereignisse eingesetzte Führungsorganisation hat ihre Effizienz bewiesen und hat den Erwartungen der Behörden und der Bevölkerung entsprochen.

Die Planung der im Falle einer Pandemie zu treffenden Massnahmen wurde fortgesetzt. Sie betraf besonders die Führungsorganisation, die pre-pandemische Impfung sowie die Organisation der medizinischen Hilfsstellen.

Das Gesetz über den Bevölkerungsschutz wurde im Dezember 2007 vom Grossen Rat angenommen. Es soll am 1. Januar 2008 in Kraft treten.

## 5. Zivilschutz

### 5.1 Laufende Geschäfte

#### Verwaltung

Verwaltung und Informatik

Das Aufgebot zu den verschiedenen Diensten, die Verwaltung der geleisteten Diensttage und deren Mitteilung an den Sektor Wehrpflichtersatz wurden über das Informatiksystem OM abgewickelt und verliefen reibungslos.

#### Dispensationsgesuche

Trotz der kurzen Dienstperioden (zwei bis fünf Tage für die Wiederholungskurse, zwei Wochen für die Grundausbildungsschulen) sind weiterhin zahlreiche Dienstverschiebungsgesuche eingegangen. Der Verwaltungsaufwand ist entsprechend hoch.

#### Interkommunale Vereinbarungen

Die interkommunalen Vereinbarungen über die Zusammenarbeit im Bereich des Zivilschutzes wurden grösstenteils den neuen gesetzlichen Bestimmungen angepasst und von den betroffenen Gemeinden unterzeichnet. Nur eine Gemeindegruppierung und ein Gemeindeverband haben die Vereinbarung, respektiv die Statuten noch zu genehmigen.

|  |          |
|--|----------|
| Disziplinarwesen   |          |
| Dienstversäumer Zivilschutzkurse:  | 91 (118) |
| Einstellung des Verfahrens nach vorgängiger Strafuntersuchung:                                       | 31 (26)  |
| Verwarnungen (leichte Fälle):  | 7 (8)    |
| Überweisungen wegen Widerhandlung gegen das Bundesgesetz   | 53 (83)  |
| Strafmass/Entscheide   |          |
| - Busse und/oder Haftstrafe  | 37 (57)  |
| - Einstellung des Verfahrens   | 0 (0)    |
| - Überweisung an den Polizeirichter  | 0 (0)    |
| - Hängige Verfahren  | 13 (14)  |
| - Hängige vorgängige Strafuntersuchung   | 3 (1)    |
| Gegen die von den Untersuchungsrichtern erlassenen Strafbefehle wurden zwei Einsprachen eingereicht. |          |

**Ausbildung**

Die verschiedenen Ausbildungsdienste haben gemäss Dienstplan 2007 stattgefunden. Nebst der Grund-, Kader- und Spezialistenausbildung wurden vor allem Weiterbildungskurse organisiert, um die fachlichen Kenntnisse der Zivilschutzpflichtigen aufzufrischen.

Als Partnerorganisation des Bevölkerungsschutzes wurde der Zivilschutz in verschiedenen ORKAF-Übungen eingesetzt. Es geht dabei um die Förderung der Zusammenarbeit mit der Polizei und der Feuerwehr.

Ausbildungszentrum Sugiez, Grundausbildungsschulen (GAS)

Dreizehn GAS (2006: zwölf) wurden für die drei Grundfunktionen (Stabsmitarbeiter, Pionier und Betreuer) durchgeführt. Der ständig zunehmenden Anzahl von Zivilschutzpflichtigen Rechnung tragend, sind für 2008 vierzehn GAS geplant worden.

| Ausgebildete Grundfunktionen | Teilnehmer | TOTAL |
|------------------------------|------------|-------|
| Betreuer                     | 69         |       |
| Pionier                      | 123        |       |
| Stabsmitarbeiter             | 26         | 218   |
|                              | 2006 :     | 208   |

Interkantonale Kurse für Kaderleute und Spezialisten und eidgenössische Kurse

In Anwendung der interkantonalen Vereinbarung zwischen den Westschweizer Kantonen sowie dem Kanton Bern wurden Kader- und Spezialistenkurse in den Ausbildungszentren Sugiez, Grône (VS), Spiez (BE), Schlieren bei Köniz (BE), Couvet (NE) und Genf durchgeführt. Die Ausbildungsprogramme für andere als die nachstehend genannten Kurse sich noch in der Ausarbeitung.

|  |    |
|--|----|
| Schule/Kurse Teilnehmer aus dem Kanton Freiburg  |    |
| Sugiez, Zugführer Unterstützung  | 6  |
| Sugiez, Gruppenchef Unterstützung  | 26 |
| Sugiez, Anlagewart   | 14 |
| Sugiez und Spiez (BE), Materialwart  | 12 |
| Grône (VS) und Spiez (BE), Gruppenchef Betreuung   | 20 |
| Grône (VS) und Spiez (BE), Zugführer Betreuung   | 6  |
| Spiez (BE), Zugführer Unterstützung  | 7  |
| Spiez (BE), Gollion (VD) und Couvet (NE), Chef logistisches Element                        | 4  |
| Genève und Schlieren bei Köniz (BE), Kurs für Spezialisten des Kulturgüterschutzes (KGS)   | 12 |
| Couvet (NE) und Spiez (BE), Rechnungsführer  | 8  |
| Schwarzenburg, Kurse für Kaderleute und Spezialisten (Bund)                                | 22 |
| Schwarzenburg, Kurse für Instruktooren (Bund)  | 5  |
| Die Besetzung des Ausbildungszentrums von Sugiez belief sich auf 4 639 Tage (2006: 4 937). |    |

**Organisation**

Die Regionalkommissionen wurden entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen einberufen. Sie haben zum Dienstleistungsplan 2008 und zu den Gesuchen für Einsätze des Zivilschutzes zu Gunsten der Gemeinschaft oder der Organisatoren von Grossanlässen Stellung genommen. Um den lokalen Zivilschutzkorps die Möglichkeit zu geben, in den Wiederholungskurse Ausbildung zu betreiben, mussten bestimmte Anträge für Einsätze zu Gunsten der Gemeinschaft, insbesondere Bau und Abbau von Festzelten, abgewiesen werden.

Der Zivilschutz verfügt über acht 14-plätzig Transportfahrzeuge und über einen Geländewagen. 2 zusätzliche geländetaugliche, von der Armee übernommene Fahrzeuge des Typs Puch wurden in die Fahrzeugflotte integriert. Sechs (2 pro Jahr) weitere Fahrzeuge dieses Typs werden in den Jahren 2008 bis 2010 von der Armee dem Zivilschutz des Kantons Freiburg abgegeben. Diese Puch-Fahrzeuge dienen sowohl der Ausbildung als auch den Einsätzen.

## – Rekrutierung 2007

|                                       | Stabsmitarbeiter | Betreuer | Pionier | Total |
|---------------------------------------|------------------|----------|---------|-------|
| Rekrutierungszentrum<br>Lausanne (f)  | 8                | 92       | 145     | 245   |
| Rekrutierungszentrum<br>Sumiswald (d) | 18               | 30       | 48      | 96    |
| Total                                 | 26               | 122      | 193     | 341   |
|                                       |                  |          | 2006 :  | 364   |

Während des Jahres 2007 wurden 384 (2006: 488) Wiederholungskurse durchgeführt. Dabei wurden 5318 Manntage geleistet (2006: 7821). Schwergewichtig dienten sie dem Unterhalt der Schutzbauten, den Einsätzen zu Gunsten der Gemeinschaft und Unterstützungsleistungen im Rahmen von ORKAF-Einsätzen.

Trotz der kurzen Dienstperioden, wurden zahlreiche Dienstverschiebungsgesuche eingereicht. Diese Gesuche werden analog zum Verfahren im MBSA für Gesuche von Militärdienstpflichtigen behandelt. Bezogen auf die 3 908 (2006: 4 438) erstellten Aufgebote wurden 728 (2006: 726) Dispense gewährt und 65 abgelehnt. 84 Personen legten Ihren Dienst auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses nicht ab, 100 sind unentschuldigt nicht eingekückt.

**Bauten und Material**

Die Zivilschutzorganisationen Basse-Broye (Domdier), Belfaux, Belmont (Les Montets), Châtel-St-Denis, Düdingen, Gurmels, L'Hirondelle (Estavayer-le-Lac), Kerzers, La Molière (Cugy), Romont und Villars-sur-Glâne wurden inspiziert. Die Unterstützungszüge der Einsatzkompanien Nord, Mitte und Süd (12) wurden ebenfalls einer Inspektion unterzogen.

Diese Kontrollen haben ergeben, dass das Material dieser Organisationen fachgerecht gewartet und eingelagert ist und somit einsatzbereit ist.

Die Schutzanlagen der Organisationen Bassin-Sionge, Intyamon und Wünnewil-Flamatt wurden kontrolliert.

Diese Anlagen entsprechen den gesetzlichen Bestimmungen. Die festgestellten Mängel beeinträchtigen die Einsatzbereitschaft dieser Anlagen nicht.

Anlässlich des jährlichen Probealarms der Sirenen im Februar zeigten 7 fest installierte und 7 mobile Sirenen Mängel auf. Diese wurden umgehend behoben.

## – Private Schutzräume:

Angemeldete Schutzräume im Jahre 2007: 121 mit insgesamt 6525 Schutzplätzen, wovon 61 Sammelschutzräume mit 3 439 Schutzplätzen.

Realisierte Schutzräume im Jahre 2007: 69 mit insgesamt 3 566 Schutzplätzen, wovon 48 Sammelschutzräume mit 2 796 Schutzplätzen.

Laufende Dossiers: 290

Eingekaufte Schutzplätze für den Bau von privaten Sammelschutzräumen: 2 283

Ersatzbeiträge für den Bau von öffentlichen Schutzräumen: 1 639

## – Öffentliche Schutzräume:

– Im Jahr 2007 bewilligte Gesuche: 0

– Im Jahr 2007 realisierte Schutzräume: 8 mit insgesamt 1 839 Schutzplätzen

– Im Jahr 2007 abgeschlossene und bezahlte Bauten: Corpataux-Magnedens, Corserey, Ecublens, Le Glèbe, Granges, Les Montets, Sâles, Vuisternens-devant-Romont

– Im Bau:

Cottens, Givisiez, Schmitten, La Sonnaz, Ursy

– Vorprojekte und Projekte in Planung oder im Genehmigungsverfahren:

Marly, Montagny, Montet (Glâne), Wallenried

– Ausbezahlte Subventionen:

Bund 784 020 Franken (2006: 685 467 Franken)

Kanton 22 390 Franken (2006: 35 216 Franken)

– Bauten der Schutzorganisationen und des Sanitätsdienstes:

– Im Jahre 2007 bezahlte Bauten:

Corpataux-Magnedens: Ortsleitung

Corserey: Ortsleitung

Ecublens: Ortsleitung

Les Montets: Bereitstellungsanlage III

Vuisternens-devant-Romont: Kommandoposten III und Bereitstellungsanlage III

– Im Jahre 2007 abgenommene und anerkannte Bauten:

Granges: Kommandoposten III

– Anlagen im Bau

Avry: Kommandoposten III, Bereitstellungsanlage III

– Projektierte Anlagen:

Alterswil: Bereitstellungsanlage III

Jaun: Bereitstellungsanlage III

Marly: Bereitstellungsanlage III

Le Mouret: Bereitstellungsanlage III

– Ausbezahlte Subventionen:

Bund 778 597 Franken (2006: 668 062 Franken)

Kanton 9 150 Franken (2006: 4 199 Franken)

**5.2 Besonderes**

Der Umzug der Verwaltung des Zivilschutzes von Granges-Paccot nach Freiburg erfolgte im Februar 2007. Die neuen Räumlichkeiten im kantonalen Zeughaus entsprechen vollumfänglich den Bedürfnissen des Zivilschutzes. Insbesondere sind Lagerräume im Zeughaus 2 für das Zivilschutzmaterial und im Zeughaus 1 für die persönliche Ausrüstung hervorzuheben.

Die Unterstützung von Fusionen von Gemeindegruppierungen im Bereich des Zivilschutzes hat die Zusammenlegung der lokalen Zivilschutzkorps von Bulle und La Tour-de-Trême sowie von Villars-sur-Glâne und Givisiez ermöglicht. Ende 2007 waren noch 37 lokale Zivilschutzkorps zu verzeichnen.

### III. AMT FÜR BEVÖLKERUNG UND MIGRATION (BMA)

Vorsteher: Patrick Pochon

#### 1. Aufgaben

Das Amt setzt die Vorschriften der Gesetzgebung über die Ausländerinnen und Ausländer und im Asylwesen um. In Zusammenarbeit mit den Gemeinden stellt es Schweizerpässe und Identitätskarten aus. Das Amt nimmt auch Aufgaben der Oberaufsicht über die Einwohnerkontrolle wahr.

#### 2. Fremdenpolizei

##### 2.1 Ordentliche Tätigkeit 2006    2007

##### 2.1.1 Erteilte Bewilligungen

|  |        |        |
|--|--------|--------|
| Niederlassungsbewilligungen  | 2 117  | 2 511  |
| Aufenthaltsbewilligungen   | 2 502  | 5 024  |
| Kurzaufenthaltsbewilligungen > = 12 Monate   | 3 450  | 1 074  |
| Verlängerung von Aufenthaltsbewilligungen oder der Kontrollfrist von Niederlassungsbewilligungen | 10 811 | 13 977 |

##### 2.1.2 Bestand der am 31. Dezember 2007 im Kanton anwesenden Ausländer (ohne Asylbewerber und vorläufig aufgenommene Personen)

|                              |        |        |
|------------------------------|--------|--------|
| Niederlassungsbewilligungen  | 27 581 | 29 023 |
| Aufenthaltsbewilligungen     | 11 473 | 13 492 |
| Kurzaufenthaltsbewilligungen | 1 868  | 1 172  |
| Total                        | 40 922 | 43 687 |

##### 2.1.3 Administrativmassnahmen

|   | 2006 | 2007 |
|---|------|------|
| Abgelehnte Einreise- und Aufenthaltswilligungen                                   | 78   | 66   |
| Ausschaffungsverfügungen  | 302  | 257  |
| Verweigerung oder Widerruf von Aufenthaltswilligungen                             | 84   | 113  |
| Androhung der Ausweisung  | 33   | 16   |
| Ausweisungsverfügungen  | 8    | 6    |
| Ausschaffungshaft (ausgesprochene Verfügungen)                                    | 149  | 225  |
| Ausschaffungshaft (vollzogene Verfügungen)  | 92   | 138  |
| Ausschaffungen nach Haft unter der Zuständigkeit einer anderen Behörde            | 32   | 34   |
| Überprüfungen durch das Verwaltungsgericht  | 44   | 57   |
| Verzicht auf das mündliche Verfahren durch das Verwaltungsgericht                 | ---  | 34   |
| Gebietszuweisungen (Ein- oder Ausgrenzungen)                                      | 11   | 13   |
| Abgewiesene Gesuche um Härtefallbewilligungen                                     | 31   | 39   |
| Beim Verwaltungsgericht eingereichte Beschwerden gegen Administrativmassnahmen    | 126  | 90   |
| Gutgeheissene Beschwerden   | 1    | 2    |
| Teilweise gutgeheissene Beschwerden   | 2    | --   |
| Gutgeheissene Beschwerden mit Rückweisung   | 2    | --   |
| Eingestellte Verfahren  | 23   | 11   |
| Vom Bundesamt für Migration (BFM) auf Antrag des Kantons verfügte Einreisesperren | 312  | 297  |

### 2.1.4 Sonstige Leistungen

|   | 2006 | 2007 |
|---|------|------|
| Genehmigung für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit im Kanton Freiburg an Ausländer, die in einem anderen Kanton wohnen | 293  | 228  |
| Rückreisevisa   | 162  | 167  |

### 2.2 Besondere Ereignisse

Seit dem 1. Juni 2007 gilt für die Angehörigen der 15 alten EU-Mitgliedstaaten (+ Malta und Zypern) erstmals die vollständige Personenfreizügigkeit. Das Besondere daran ist vor allem die Aufhebung der Beschränkung der Zahl neuer Aufenthaltsbewilligungen. Der Wegfall dieser Kontingente führte zusammen mit

einer sehr günstigen Konjunktur zu einer Rekordzunahme der ausländischen Wohnbevölkerung im Kanton (+ 6,7% gegenüber 3,5% im Jahr 2006 und 3,6% im Jahr 2005). Zugenommen haben auch die ausländerrechtlichen Zwangsmassnahmen zur Wegweisung insbesondere von Ausländern, die sich illegal im Kanton aufhielten (+ 50% gegenüber 2006).

## 3. Bereich Asyl

### 3.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 3.1.1 Statistiken betreffend den Kanton

|  | 2006 | 2007 |
|--|------|------|
| Personen, die in eine Empfangsstelle geschickt wurden                            | 26   | 12   |
| Asylbewerber, die dem Kanton Freiburg zugewiesen wurden                          | 347  | 255  |
| Vom Amt durchgeführte Befragungen (Asyl und Fremdenpolizei)                      | 296  | 361  |
| Aufenthaltsbewilligungen aufgrund eines schwer wiegenden persönlichen Härtefalls | 81   | 116  |
| Vorläufig aufgenommene Personen  | 116  | 95   |
| Positive Entscheide des BFM  | 57   | 56   |
| Negative Entscheide des BFM  | 183  | 207  |
| Beim BFM hängige Asylgesuche   | 210  | 226  |
| Beim Kanton hängige Befragungen (Asyl)   | 13   | 0    |
| Total der am 31. Dezember im Kanton weilenden Asylbewerber                       | 711  | 674  |
| Total der am 31. Dezember im Kanton Freiburg vorläufig aufgenommenen Ausländer   | 725  | 646  |

#### 3.1.2 Übersicht über die provisorischen Arbeitsbewilligungen für Asylbewerber und vorläufig aufgenommene Personen

|                              | 2006 | 2007 |
|------------------------------|------|------|
| Agenturen für Temporärarbeit | 232  | 271  |
| Industrie                    | 28   | 23   |
| Gastgewerbe                  | 17   | 31   |
| Handel                       | 1    | 8    |
| Baugewerbe                   | 18   | 17   |
| Spitäler                     | 8    | 8    |
| Reinigungsinstitute          | 14   | 13   |
| Übrige                       | 63   | 34   |
| Total                        | 381  | 405  |

### 3.2 Besondere Ereignisse

Seit dem 1. Januar 2007 gilt die neue asylrechtliche Härtefallregelung für Asylsuchende, die sich seit Jahren in der Schweiz aufhalten. Dadurch ist die Zahl der vorläufig aufgenommenen Personen im Kanton Freiburg, denen eine Aufenthaltsbewilligung aufgrund des Vorliegens eines Härtefalls erteilt wurde, um 43% gestiegen. Die Zahl der neu angekommenen Asylsuchenden, die dem Kanton Freiburg zugeteilt wurden, ist hingegen deutlich zurückgegangen (-26% gegenüber 2006).

## 4. Sektion Ausländische Arbeitskräfte

### 4.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 4.1.1 Anmeldung von EU/EFTA-Staatsangehörigen

|   | 2006  | 2007  |
|---|-------|-------|
| für eine Tätigkeit von max. 3 Monaten bei einem Schweizer Arbeitgeber | 1 245 | 1 301 |
| für entsandte Arbeitnehmer  | 659   | 1 059 |
| für grenzüberschreitende, selbstständige Leistungserbringer           | 215   | 136   |

**4.1.2 Vorgängige Bewilligungen für Angehörige der EG-8-Staaten**

|  | 2006 | 2007 |
|--|------|------|
| Jahresaufenthaltsbewilligungen                   | 8    | 48   |
| Kurzaufenthaltsbewilligungen                     | 233  | 310  |
| Bewilligungen für eine Höchstdauer von 4 Monaten | 188  | 162  |

**4.1.3 Vorgängige Bewilligungen für Angehörige von Drittstaaten**

|  | 2006 | 2007 |
|--|------|------|
| Jahresaufenthaltsbewilligungen                   | 34   | 59   |
| Kurzaufenthaltsbewilligungen                     | 111  | 56   |
| Bewilligungen für eine Höchstdauer von 4 Monaten | 51   | 57   |
| Bewilligungen für Künstler                       | 593  | 540  |

**4.1.4 Sonstige Entscheide**

|                      | 2006  | 2007  |
|----------------------|-------|-------|
| Stellungnahmen       | 3 760 | 3 755 |
| Einspracheentscheide | 8     | 27    |

**4.1.5 Administrativmassnahmen**

Hat ein Arbeitgeber wiederholt oder schwer gegen Vorschriften des Ausländerrechts verstossen, so kann die kantonale Behörde gestützt auf Artikel 55 BVO dessen Gesuche um ausländische Arbeitskräfte ganz oder teilweise abweisen oder ihm diese Sanktion androhen.

|                 | 2006 | 2007 |
|-----------------|------|------|
| Verweise        | 178  | 179  |
| Androhungen     | 130  | 102  |
| Suspendierungen | 19   | 27   |

**4.2 Besondere Ereignisse**

Mit einer anhaltend starken Konjunktur war die Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt im Jahr 2007 sehr gross. So reichte das kantonale Kontingent für Jahresaufenthaltsbewilligungen nicht aus, um die Nachfrage der freiburgischen Arbeitgeber zu decken. Die Bundesbehörde musste deshalb dem Kanton Freiburg ein zusätzliches Kontingent erteilen. Im Berichtsjahr ist auch die Zahl der Arbeitnehmer stark gestiegen, die von europäischen Firmen zur Erbringung von Dienstleistungen in unseren Kanton entsandt wurden (+ 61%).

**5. Schweizerpässe und Identitätskarten****5.1 Ordentliche Tätigkeit****5.1.1 Ausgestellte Ausweise**

|                  | 2006   | 2007   |
|------------------|--------|--------|
| Normale Pässe    | 21 076 | 11 647 |
| Identitätskarten | 28 418 | 23 318 |

|                     |     |     |
|---------------------|-----|-----|
| Provisorische Pässe | 984 | 824 |
| Biometrische Pässe  | 59  | 878 |

**5.2 Besondere Ereignisse**

Im Berichtsjahr wurden in unserem Kanton deutlich weniger Pässe ausgestellt (-39% gegenüber 2006), vor allem weil aufgrund der eingeschränkten Einsatzmöglichkeit nicht mehr so viele Schweizerpässe 2003 auszustellen waren. Der biometrische Pass, der erst Ende 2009 flächendeckend eingeführt wird, ist hingegen auf wachsendes Interesse gestossen, obschon sich die Bestellungen noch in einem bescheidenen Rahmen halten (59 biometrische Pässe in 4 Monaten im Jahr 2006 gegenüber 878 über das ganze Jahr 2007).

**IV. AMT FÜR GEWERBEPOLIZEI (GEOA)**

Chef: Alain Maeder

**1. Aufgabe**

Das Amt erteilt die Bewilligungen und kontrolliert die geschäftlichen Tätigkeiten, die nicht über eine volle Handelsfreiheit verfügen. Es ist vor allem im Bereich der öffentlichen Gaststätten, des Verkaufs von Alkohol, der Spielapparate, der Lotterien, des Kinos, der Handelspatente, der Kollekten und der Sicherheitsunternehmen tätig. Es überwacht ausserdem die Angabe der Preise, die Metrologie und die Öffnungszeiten der Geschäfte.

**2. Tätigkeiten****2.1 Öffentliche Gaststätten**

Im Jahr 2007 wurden ausgestellt:

|   |     |
|---|-----|
| Neue Patente B für Betriebe mit Alkohol                                       | 23  |
| Neues Patent D für ein Dancing oder Kabarett                                  | 1   |
| Neues Patent E für eine Hotelbar  | 1   |
| Neue Patente G für Betriebe, die einem Lebensmittelgeschäft angegliedert sind | 19  |
| Neue Sonderpatente H  | 14  |
| Neue Patente I für hotelähnliche Betriebe                                     | 5   |
| Neue Patente T für Traiteur   | 39  |
| Patente für die Übernahme eines laufenden Betriebes                           | 248 |

Zudem wurden 478 Patente erneuert, 18 Namensänderungen bewilligt und 7 erweitert.

Ausserdem wurden 11 Patente entzogen und 1 Patentgesuch abgelehnt.

Am 31. Dezember 2007 betrug die Zahl der öffentlichen Gaststätten:

|                       |     |
|-----------------------|-----|
| Hotelbetriebe         | 169 |
| Betriebe mit Alkohol  | 558 |
| Betriebe ohne Alkohol | 15  |
| Dancings, Kabarett    | 34  |

|  |       |
|--|-------|
| Hotelbars  | 16    |
| Nachtrestaurants   | 2     |
| Betriebe, die einem Lebensmittelgeschäft angegliedert sind | 110   |
| Büvetten, Cafeterias, Ausländerkolonien                    | 478   |
| Hotelähnliche Betriebe                                     | 91    |
| Traiteurs  | 39    |
|  | 1 512 |

Der Arbeitgeberverband für Restauration und Hotellerie (Gastro-Freiburg) hat unter Aufsicht des Amtes zwei Ausbildungskurse für Betriebsführer von öffentlichen Gaststätten organisiert. Insgesamt haben 113 Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Kurs in französischer Sprache besucht und es wurden 64 Fähigkeitsausweise ausgestellt.

Im Weiteren haben 30 Inhaber eines von einem anderen Kanton ausgestellten Fähigkeitsausweis oder eines Diploms einer anerkannten Hotelfachschule die entsprechende Zusatzprüfung abgelegt.

Der Verband hat ausserdem drei Ausbildungskurse für Inhaber eines Patents G oder T organisiert. Von den insgesamt 89 Teilnehmerinnen und Teilnehmern haben 78 den Kurs in französischer und 11 den Kurs in deutscher Sprache besucht.

## 2.2 Handel mit alkoholhaltigen Getränken

Am 31. Dezember 2007 bestanden 450 Patente für den Handel mit alkoholhaltigen Getränken.

## 2.3 Lotterien und Kollekten

Im Jahr 2007 wurden 152 Bewilligungen für die Durchführung einer Lotterie erteilt, gegenüber deren 155 im Jahr 2006. In diesen Zahlen sind die Loterie Romande, das Sport-Toto und das Schweizer Zahlenlotto nicht inbegriffen.

Weiter wurden 78 Kollekten für wohltätige Zwecke bewilligt, wovon 72 im Kalender der Stiftung ZEWÖ (Fachstelle für gemeinnützige Spenden sammelnde Organisationen) aufgeführt waren.

## 2.4 Kinokontrollen

Die Betriebsführer von Kinos haben 222 Filme angemeldet und für alle eine Aufführungsbewilligung erhalten. Die Aufsichtskommission für Filmwesen und Theater hielt keine Sitzung ab.

## 2.5 Sicherheitsunternehmen

Im Jahr 2007 wurden ausgestellt:

109 Bewilligungen für die Anstellung von Sicherheitspersonal, 159 Ausübungsbewilligungen.

Das Amt hat zudem die Anstellung einer Person bewilligt, die mit der Aufrechterhaltung der Ordnung in einer öffentlichen Gaststätte beauftragt ist.

Ferner hat das Amt 4 Gesuche um Bewilligungen für die Anstellung von Sicherheitspersonal abgewiesen.

Ausserdem wurde an zwei Sicherheitsunternehmen mit Sitz im Kanton Freiburg eine Betriebsbewilligung erteilt.

Zurzeit haben 9 Sicherheitsunternehmen eine Betriebsbewilligung für den Kanton Freiburg.

## 2.6 Spielapparate und Spielsalons

Im Jahr 2007 hat das Amt 822 Betriebsbewilligungen für Geldspielautomaten erteilt. Ausserdem wurde der Betrieb von 357 Unterhaltungsapparaten bewilligt.

Im Kanton Freiburg werden zurzeit 10 Spielsalons betrieben.

## 2.7 Handelspatente

Im Jahr 2007 wurden 43 Ausweise für Reisende und 3 Ausweise für Schausteller und Zirkusbetreiber ausgestellt.

## 2.8 Konsumkredit

Im Jahr 2007 wurde 1 Bewilligung für die Ausübung der Tätigkeit als Kreditvermittler erteilt.

## 2.9 Masse und Gewichte

Entsprechend den eidgenössischen Gesetzesbestimmungen wurden geprüft:

|  |     |
|--|-----|
| Waagen für offene Verkaufsstellen                                    | 641 |
| Waagen für nicht offene Verkaufsstellen                              | 804 |
| Fahrzeugwaagen   | 27  |
| Geleisewaagen  | 1   |
| Spezialwaagen  | 18  |
| Selbsttätige, diskontinuierlich totalisierende Waagen (Schüttwaagen) | 18  |
| Preisauszeichnungswaagen für Zufallspackungen                        | 243 |
| Gewichtstücke  | 244 |
| Volumenmessanlagen für Mineralöle                                    | 366 |
| Volumenmessanlagen für Mineralöle in Zapfsäulen                      | 619 |
| Hochdruck-Erdgassäulen   | 1   |
| Volumenmessanlagen für Lebensmittel (Milch, Wein)                    | 36  |
| Abgasprüfgeräte  | 428 |

Ausserdem wurden die Kontrollen von industriellen Fertigpackungen in 201 Betrieben und die Kontrollen von Zufallspackungen in 132 Betrieben durchgeführt.

Schliesslich wurden 171 Verkaufsstellen im Rahmen der Marktüberwachung kontrolliert.

## V. AMT FÜR STRAF- UND MASSNAHMENVOLLZUG UND GEFÄNGNISSE (ASMVG)

Leiter: Thomas Freytag

### 1. Auftrag

Das Amt ist beauftragt, die durch die Gerichte, Polizeirichter und Untersuchungsrichter ausgesprochenen Strafen und Massnahmen zu vollziehen.

Es weist die zu einer Freiheitsstrafe oder zu einer stationären Massnahme verurteilten Personen in die zuständigen Anstalten ein. Es vollzieht die anderen strafrechtlichen Sanktionen (oder lässt diese vollziehen), wie ungewandelte Geldstrafen, umgewandelte Bussen und die gemeinnützige Arbeit. Es führt im Weiteren die Gefängnisse (das Zentralgefängnis, die Gefängnisse Bulle und Romont).

### 2. Strafvollzug

Die Tätigkeiten des Amts stützen sich überwiegend auf die nachstehenden rechtlichen Bestimmungen:

- Verordnung vom 12. Dezember 2006 über den Vollzug der strafrechtlichen Sanktionen
- Verordnung vom 12. Dezember 2006 über die Vollstreckung der gemeinnützigen Arbeit (GAV)
- Verordnung vom 12. Dezember 2006 betreffend den tageweisen Strafvollzug
- Empfehlungen 1 bis 7 vom 27. Oktober 2006 der Westschweizer Konferenz der in Straf- und Massnahmenvollzugsfragen zuständigen kantonalen Behörden.

Das ASMVG plant den Vollzug der unbedingten Freiheitsstrafen, bestimmt die Vollzugsanstalt, den Beginn und die Stufen des Vollzuges. Im Verlaufe des Vollzuges bestimmt das Amt über die Ausgangserlaubnis (Urlaub, Ausgang), über den Übertritt in eine andere Anstalt und über den Unterbruch des Vollzuges. Es fällt auch die gesetzlich vorgesehenen Entscheide in Bezug auf die Halbgefängenschaft und den tageweisen Vollzug. Es befindet schliesslich über die bedingte Entlassung oder die Aufhebung der therapeutischen Massnahmen und ordnet die damit verbundenen Massnahmen an (Bewährungshilfe, Auflagen bezüglich der Lebensführung usw.).

Das ASMVG erlässt im Weiteren Entscheide über die gemeinnützige Arbeit (GA) und überweist die Fälle zwecks Durchführung der GA an das Amt für Bewährungshilfe. Es kassiert auch die durch die zuständigen Justizbehörden ausgesprochenen Bussen und Geldstrafen ein. In dieser Angelegenheit interveniert das Amt nur bei Nichtbezahlung der ausgesprochenen Bussen und Geldstrafen, nämlich in den Fällen, wo anstelle der Busse bzw. der Geldstrafe eine Ersatzfreiheitsstrafe ausgesprochen wurde. Im Weiteren stellt das Amt die

kantonale Koordination für die Eintragungen in das Strafregister sicher.

### 2.1 Vollzug der kurzen Freiheitsstrafen in den kantonalen Gefängnissen

330 Personen haben Freiheitsstrafen im Zentralgefängnis oder in den Bezirksgefängnissen verbüsst.

- a) 65 Personen haben die Bewilligung erhalten, ihre Freiheitsstrafe im Regime der Halbgefängenschaft zu vollziehen; dieses Regime bietet dem Insassen die Möglichkeit, weiterhin seinen beruflichen Aktivitäten nachzugehen und sich nur nachts und am Sonntag im Gefängnis einzufinden.
- b) 1 Person hat beantragt, seine Freiheitsstrafe im Regime des tageweisen Vollzugs an den Wochenenden zu vollziehen.

264 Personen haben die Voraussetzungen zum erleichterten Vollzug nicht erfüllt und haben ihre kurze Freiheitsstrafe im geschlossenen Vollzug im Zentralgefängnis, in Bulle und teilweise in den Anstalten von Bellechasse verbüsst.

### 2.2 Strafvollzug in anderen Kantonen

123 Verurteilungen, ausgesprochen durch Freiburger Justizbehörden (umgewandelte Bussen ausgenommen), wurden in einem anderen Kanton vollzogen, weil die betroffenen Personen ihren Wohnsitz oder Aufenthaltsort im entsprechenden Kanton hatten.

### 2.3 Gemeinnützige Arbeit

Seit dem Inkrafttreten des neuen Strafgesetzbuches am 1. Januar 2007 sind das Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse sowie das Amt für Bewährungshilfe beauftragt, die von den Justizbehörden ausgesprochenen Urteile zur gemeinnützigen Arbeit zu vollziehen. Das Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse trifft die Entscheide in Anwendung der Artikel 11 und 12 der eidgenössischen Verordnung vom 19. September 2006 zum Schweizerischen Strafgesetzbuch und Schweizerischen Militärstrafgesetzbuch sowie die Administrativmassnahmen in Anwendung des Artikels 13 der Verordnung vom 12. Dezember 2006 über die Vollstreckung der gemeinnützigen Arbeit.

Im Jahr 2007 wurden 331 Dossiers an das Amt für Bewährungshilfe überwiesen. In 11 Fällen, bedingt durch ungenügendes Verhalten, unbegründetes Fernbleiben oder dadurch, dass die Person schlussendlich doch den gewöhnlichen Strafvollzug gewählt hat, wurde eine Aufhebung der gemeinnützigen Arbeit angeordnet.

### 2.4 Vollzug von langen Strafen und Massnahmen

- a) 283 Personen haben eine lange Freiheitsstrafe in einer Anstalt des Konkordats oder ausserhalb des Konkordats verbüsst.

Des Weiteren:

- 7 Personen waren zwecks stationärer Behandlung einer psychischen Störung gemäss Artikel 59 StGB (oder gemäss Artikel 59 und 60 StGB) eingewiesen.
- 9 Personen waren zwecks stationärer Suchtbehandlung gemäss Artikel 60 StGB eingewiesen.
- 3 Personen waren zwecks einer Massnahme für junge Erwachsene gemäss Artikel 61 StGB eingewiesen.

- 4 Personen waren in Anwendung von Artikel 63 StGB in einer ambulanten Behandlung während des Strafvollzugs.
- 20 Personen waren in Anwendung von Artikel 63 StGB in einer ambulanten Behandlung in Freiheit.
- 8 Personen waren im Vollzug einer Verwahrungsmassnahme in Anwendung von Art. 64 StGB.

Diese Personen wurden in folgende Institutionen / Anstalten eingewiesen:

|  | Anzahl <i>Hafttage</i> | Anzahl <i>Insassen</i> |
|--|------------------------|------------------------|
| - Anstalten von Bellechasse                  | 17 138                 | 122                    |
| - Etablissements de la plaine de l'Orbe      | 3 357                  | 19                     |
| - Colonie pénitentiaire de Crêtelongue/VS    | 771                    | 7                      |
| - Etablissement de Bellevue à Gorgier/NE     | 2 340                  | 23                     |
| - Prison de La Tuilière à Lonay/VD           | 750                    | 8                      |
| - Anstalten von Witzwil/BE                   | 739                    | 7                      |
| - Anstalten von Realta, Cazis/GR             | 332                    | 1                      |
| - Strafanstalt Bostadel, Menzingen/ZG        | 428                    | 2                      |
| - Strafanstalt Hindelbank/BE                 | 998                    | 5                      |
| - Pénitencier La Stampa, Lugano/ TI          | 420                    | 3                      |
| - Strafanstalt Thorberg/BE                   | 516                    | 2                      |
| - Strafanstalt Pöschwies /ZH                 | 97                     | 4                      |
| - Massnahmenzentrum St. Johannsen/BE         | 990                    | 3                      |
| - Maison d'éducation au travail Pramont/VS   | 697                    | 3                      |
| - Fondation Bartimée, Grandson/VD            | 587                    | 4                      |
| - Strafanstalt Lenzburg /AG                  | 1 297                  | 5                      |
| - Centre de sociothérapie La Pâquerette/GE   | 122                    | 1                      |
| - Le Tremplin, Fribourg                      | 77                     | 2                      |
| - Foyer St Louis, Fribourg                   | 981                    | 3                      |
| - Klosterfiechten Basel                      | 230                    | 2                      |
| - Suchttherapiebärn, Bern                    | 271                    | 1                      |
| - Terra Vecchia, Niedermuhlern /BE           | 18                     | 1                      |
| - Suchttherapie Wimmis                       | 257                    | 1                      |
| - Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel | 320                    | 1                      |
| - Le Torry, Fribourg                         | 39                     | 1                      |
| - Le Radeau, Orsonnens                       | 116                    | 1                      |
| - Übrige ausserkantonale Platzierungen       | 1 081                  | 82                     |
| <b>Total</b>                                 | <b>34 969</b>          | <b>314</b>             |

b) 48 Personen konnten ins Regime Arbeitsexternat eingewiesen werden. Sie wurden in folgende Institutionen / Anstalten eingewiesen:

|                               |              |           |
|-------------------------------|--------------|-----------|
| - Zentralgefängnis            | 1 015        | 9         |
| - Gefängnis von Bulle         | 612          | 5         |
| - Maison Montfleury/GE        | 723          | 10        |
| - Maison Le Vallon/GE         | 1 553        | 19        |
| - Suchttherapie Wimmis        | 91           | 1         |
| - Klosterfiechten Basel       | 206          | 1         |
| - Le Tulipier Morges          | 236          | 2         |
| - Foyer Le Relais, Morges /VD | 93           | 1         |
| <b>Total</b>                  | <b>4 529</b> | <b>48</b> |

Mit Ausnahme von 4 Insassen (3 wegen Nicht-Rückkehr aus Urlaub) haben alle anderen Personen die Auflagen des Arbeitsexternats erfüllt.

c) Bedingte Entlassung

Seit dem 1. Januar 2007, mit dem Inkrafttreten der Verordnung vom 12. Dezember 2006 über den Vollzug der strafrechtlichen Sanktionen, ist das Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse alleine kompetent, eine bedingte Entlassung auszusprechen.

In diesem Zusammenhang hat sich die Konsultativkommission für die bedingte Entlassung und Abklärung der Gemeingefährlichkeit zu 5 Sitzungen zusammengefunden und über 56 Fälle befunden. Diese Kommission erlässt einen Antrag über die Frage der bedingten Entlassung zuhanden des ASMVG über Insassen, die zu mehr als zwei Jahren Freiheitsstrafe oder zu einer stationären Massnahme verurteilt worden sind.

Folgende Entscheide wurden erlassen:

|   |    |
|---|----|
| – Bewilligung der bedingten Entlassung nach Vollzug der Mindeststrafdauer | 64 |
| – Bewilligung der bedingten Entlassung zu einem späteren Zeitpunkt        | 12 |
| – Verweigerung der bedingten Entlassung (6 betreffend Massnahmen)         | 11 |
| Total   | 87 |

Bedingte Entlassung bei Freiheitsstrafen bis zwei Jahren Dauer:

|   |    |
|---|----|
| – Bewilligung der bedingten Entlassung nach Vollzug der Mindeststrafdauer | 30 |
| – Verweigerung der bedingten Entlassung                                   | 2  |
| Total   | 32 |

3 Personen haben gegen Entscheide des Amtes für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse an die Sicherheit- und Justizdirektion rekuriert.

**2.5 Umgewandelte Bussen**

Die unbezahlten Bussen werden in Freiheitsstrafen umgewandelt (gemäss altem StGB: 30 Franken = 1 Tag Haft; gemäss neuem StGB: 100 Franken = 1 Tag Freiheitsstrafe).

Folgende Bussenumwandlungsentscheide wurden dem Amt zugestellt:

|  |                       |
|--|-----------------------|
| – von den kantonalen Justizbehörden vom Amt einkassierter Betrag | 3351<br>Fr. 463 333.- |
| – von den Oberämtern vom Amt einkassierter Betrag                | 1981<br>Fr. 38 838.-  |
| – von anderen Kantonen (Delegation) vom Amt einkassierter Betrag | 181<br>Fr. 11 128.-   |

**2.6 Verschiedene**

|  |     |
|--|-----|
| – Versand des Fragebogens über die Wahl des Regimes der Verbüssung der Kurzstrafen | 266 |
| – Unterbruch des Strafvollzugs   | 3   |

– RIPOL Ausschreibungen 123

**2.7 Begnadigungsgesuche**

Der Grosse Rat behandelte im Jahre 2007 3 Begnadigungsgesuche. Alle 3 Gesuche wurden abgelehnt.

**2.8 Strafregister**

Im Jahr 2007 hat das Amt 4385 Urteile registriert und 3389 Auszüge ausgehändigt. Im Weiteren wurden bis am 30. Juni 2007 128 Löschungen beantragt: 104 Gesuche wurden bewilligt und 24 abgelehnt.

**3. Gefängnisse**

Seit dem 1. Juli 2007 hat das Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse (SASPP) die Aufgaben des ehemaligen Amtes für Gefängnisse übernommen. Unter diesem Titel führt es die Gefängnisse Freiburg (Zentralgefängnis), Bulle und Romont. Die Gefängnisse verfügen über 99 Plätze, davon 76 im Zentralgefängnis, 16 in Bulle und 7 in Romont. Die Gefängnisse dienen vorwiegend der Einweisung von Personen in Untersuchungshaft und dem Vollzug von Kurzstrafen bis 3 Monate (geschlossener Vollzug und Halbgefängenschaft). Das Zentralgefängnis beherbergt auch Personen in Administrativhaft gemäss dem Eidgenössischen Ausländerrecht. In einem separaten Sektor werden auch Minderjährige in Untersuchungshaft aufgenommen.

Mit dem Inkrafttreten des neuen Strafgesetzbuches sind verschiedene Änderungen eingetreten: Die Halbfreiheit nennt sich neu Arbeitsexternat. Um vom Regime des tageweisen Vollzuges zu profitieren, darf die Strafdauer vier Wochen (vorher fünfzehn Tage) nicht überschreiten. Die Möglichkeit die Freiheitsstrafe in Form der Halbgefängenschaft zu verbüssen, wurde auf die Dauer von maximal einem Jahr erweitert.

In den Gefängnissen werden folgende Personen aufgenommen (beide Geschlechter, Voll- und Minderjährige):

- Beschuldigte in Untersuchungshaft für die Dauer der Untersuchung;
- Beschuldigte nach Abschluss der Untersuchung bis zum Gerichtsurteil;
- Verurteilte bis zu ihrem Transfer in eine Strafanstalt;
- Insassen, die von einer Strafanstalt in eine andere überführt werden;
- Insassen, die umgewandelte Bussen verbüssen;
- Verurteilte, die Strafen bis vier Wochen im tageweisen Vollzug verbüssen;
- Verurteilte, die Strafen bis maximal zwölf Monaten im Regime der Halbgefängenschaft verbüssen;
- Verurteilte, die Strafen von mehreren Monaten im Regime des Arbeitsexternates (am Ende einer langen Strafe) verbüssen;
- Verurteilte, die Strafen bis maximal sechs Monaten im ordentlichen Vollzug verbüssen;

- Personen die auf Grund der Jugendstrafgerichtsbarkeit zurückbehalten werden;
- Insassen die auf Grund der Bundesgesetzgebung über die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht platziert sind.

### 3.1 Eintritte im Jahr 2007

|                             | Schweizer | Ausländer |
|-----------------------------|-----------|-----------|
| - Männer – Zentralgefängnis | 164       | 478       |
| - Männer – Gefängnis Bulle  | 42        | 51        |
| - Männer – Gefängnis Romont | 0         | 0         |
| - Frauen – Zentralgefängnis | 10        | 25        |
| Total                       | 216       | 554       |

### 3.2 Hafttage

|                                   | Schweizer   |            | Ausländer     |            | Total         |
|-----------------------------------|-------------|------------|---------------|------------|---------------|
|                                   | Männer      | Frauen     | Männer        | Frauen     |               |
| Untersuchungshaft                 |             |            |               |            |               |
| - Zentralgefängnis                | 1 959       | 163        | 7 985         | 352        | 10 459        |
| - Gefängnis von Bulle             | 287         | 0          | 2 167         | 0          | 2 454         |
| Inhaftierung von Minderjährigen   |             |            |               |            |               |
| - Zentralgefängnis                | 122         | 0          | 193           | 0          | 315           |
| - Gefängnis von Bulle             | 0           | 0          | 0             | 0          | 0             |
| Ordentlicher Strafvollzug         |             |            |               |            |               |
| - Zentralgefängnis                | 933         | 215        | 2449          | 150        | 3 747         |
| - Gefängnis von Bulle             | 66          | 0          | 29            | 0          | 95            |
| - Gefängnis von Romont            |             |            |               |            |               |
| Tageweiser Strafvollzug           | 2           | 0          | 7             | 0          | 9             |
| Halbgefangenschaft                |             |            |               |            |               |
| - Zentralgefängnis                | 1 114       | 5          | 806           | 56         | 1 981         |
| - Gefängnis von Bulle             | 787         | 0          | 407           | 0          | 1 194         |
| Arbeitsexternat                   |             |            |               |            |               |
| - Zentralgefängnis                | 555         | 0          | 350           | 0          | 905           |
| - Gefängnis von Bulle             | 471         | 0          | 142           | 0          | 613           |
| Zwangsmassnahmen (Ausländerrecht) | 0           | 0          | 1 845         | 10         | 1 855         |
| Militärhaft - Bulle               | 20          | 0          | 0             | 0          | 20            |
| <b>Total</b>                      | <b>6316</b> | <b>383</b> | <b>16 380</b> | <b>568</b> | <b>23 647</b> |

### 3.3 Verpflegung

Der Menüplan erstreckt sich jeweils über mehrere Wochen. Im Zentralgefängnis werden die Mahlzeiten durch einen professionellen Koch-Aufseher, unterstützt durch zwei Insassen, zubereitet; im Gefängnis Bulle werden die Mittagmahlzeiten durch eine externe Institution angeliefert. Im Jahre 2007 sind bezüglich der Qualität und der Quantität der Mahlzeiten keine Beschwerden eingegangen.

### 3.4 Räumlichkeiten

Das Gebäude des Zentralgefängnisses umfasst 8 verschiedene Sektoren, nämlich:

|  |           |
|--|-----------|
| – Untersuchungshaft Männer                     | 37 Plätze |
| – Minderjährige                                | 3 Plätze  |
| – Strafvollzug Männer                          | 11 Plätze |
| – Frauen                                       | 5 Plätze  |
| – Arbeitsexternat                              | 4 Plätze  |
| – Tageweiser Vollzug und<br>Halbgefängenschaft | 7 Plätze  |
| – Vollzug von Zwangsmassnahmen                 | 9 Plätze  |
| Total verfügbare Plätze:                       | 76 Plätze |

Das Gefängnis Bulle ist in zwei Sektoren eingeteilt, nämlich:

|                            |           |
|----------------------------|-----------|
| – Untersuchungshaft Männer | 8 Plätze  |
| – Strafvollzug Männer      | 8 Plätze  |
| Total verfügbare Plätze:   | 16 Plätze |

Das Gefängnis Romont ist in zwei Sektoren eingeteilt, nämlich:

|                            |          |
|----------------------------|----------|
| – Untersuchungshaft Männer | 5 Plätze |
| – Strafvollzug Männer      | 2 Plätze |
| Total verfügbare Plätze:   | 7 Plätze |

### 3.5 Beschäftigung der Insassen

Personen, die sich in Untersuchungshaft befinden, sind nicht zur Arbeit verpflichtet. Die Bestimmungen des Strafgesetzbuches sehen hingegen vor, dass Verurteilte oder sich in Haft befindende Personen zur Arbeit angehalten werden können.

Im Zentralgefängnis konnte durch eine interne Restrukturierung die Beschäftigung der Insassen markant angehoben werden. Es werden Beschäftigungen in den Bereichen Küche, Unterhalt, Reinigung und Werkstattarbeiten angeboten.

### 3.6 Insassenbetreuung

Der Oberaufseher oder seine Stellvertreter haben die neu eingetretenen Insassinnen und Insassen, insbesondere die Untersuchungshäftlinge, die Insassen im Strafvollzug und diejenigen, die aufgrund von Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht inhaftiert worden sind, innerhalb von 48 Stunden anzuhören. Der Dienstchef steht den Insassen jeden Donnerstagnachmittag für eine beantragte Sprechstunde zur Verfügung. Die medizinische Betreuung im Zentralgefängnis wird von

zwei Ärzten und einer Krankenschwester sichergestellt. Während des Jahres 2007 haben die Ärzte im Zentralgefängnis 442 Insassen empfangen. In den Bezirksgefängnissen wird jeweils der Notfallarzt angerufen (im Jahr 2007: 66 Konsultationen). Mehrere Insassen mussten für Abklärungen und/oder ambulante Eingriffe ins Spital überführt werden. Es ist bedauernd, dass gegenwärtig keine kantonale medizinische Institution in der Lage ist, Insassen aufzunehmen und eine minimale Sicherheit zu gewährleisten. Diese Situation zwingt die Untersuchungsrichter dazu, die Untersuchungshäftlinge in die Zellentrate der Spitäler Genf oder Bern einzuweisen.

Seit Anfang 2007 wurde die Frequenz der Konsultationen des Psychosozialen Dienstes im Zentralgefängnis von einem auf zwei Nachmittage pro Woche erhöht. Des Weiteren werden die Gefängnisärzte bei der Behandlung von Alkohol- und /oder Rauschgiftsüchtigen von entsprechenden Spezialisten unterstützt. Die Anwesenheit von Rauschgiftsüchtigen in einer Anstalt wie dem Zentralgefängnis bereitet heikle Probleme, die im Rahmen einer allgemeinen Neuüberprüfung der Situation mit den medizinischen Fachorganen gelöst werden müssen.

Die moralische und geistliche Betreuung der Insassen wird von zwei Seelsorgern sichergestellt. Zudem wird den Insassen, bei Bedarf, eine beschränkte materielle Hilfe zugeordnet.

Die Mitarbeiter des Amtes für Bewährungshilfe stellen den Sozialdienst in den Gefängnissen des Kantons sicher. Sie sind während drei Nachmittagen pro Woche im Zentralgefängnis, wo sie die neu eingetretenen Insassen in ihren speziell eingerichteten Räumlichkeiten empfangen. In den Bezirksgefängnissen intervenieren die Mitarbeiter des Amtes für Bewährungshilfe zweimal pro Monat oder auf Anfrage. Diese Kontakte mildern den Schock, den die Inhaftierung auslösen kann und begünstigen die Rückkehr der Insassen ins Zivilleben. Sie ermöglichen zudem die Beziehungen der Insassen mit ihren Familien und den Arbeitgebern.

Einige freiwillige Besucher haben sich in die Gefängnisse des Kantons begeben, um die Insassen, die keine Familie mehr haben oder keinen Kontakt mit dieser pflegen, zu unterstützen.

Jeden Samstag können die Insassen im ordentlichen Strafvollzug von ihren Angehörigen besucht werden. Insassen die sich in Untersuchungshaft befinden, dürfen mit Bewilligung des zuständigen Untersuchungsrichters ebenfalls Besuch empfangen.

## VI. AMT FÜR BEWÄHRUNGSHILFE (BHA)

Dienstchef: Philippe Pillonel

### 1. Aufgabe

Das Amt für Bewährungshilfe übernimmt die Begleitung von Straffälligen, welche von der Freiburger Justiz

verurteilt wurden. Im Auftrag der Untersuchungsrichter werden auch provisorisch aus der Untersuchungshaft Entlassene begleitet und kontrolliert. Das Amt sorgt ferner für den Vollzug der in Form von gemeinnütziger Arbeit ausgesprochenen Strafen, die Planung und die Umsetzung aller unter dieser Kategorie fallenden Strafen.

## 2. Tätigkeiten

Das Jahr 2007 war geprägt von der Inkraftsetzung des neuen Strafgesetzbuches StGB, welche direkte Auswirkungen auf die Sektoren Verwaltung, Sozialarbeit und Gemeinnützige Arbeit nach sich zog. Dies zeigte sich in Form von zusätzlichem Arbeitsaufwand und Anpassungen an die neuen Praktiken des StGB. Parallel dazu hat das Amt für Bewährungshilfe die Informatisierung der gesamten Arbeitsabläufe für alle Sektoren weiterentwickelt, die im Jahr zuvor begonnen wurde. Zudem wurden neue interne Richtlinien und Vorgehensweisen schriftlich festgelegt.

### 2.1 Laufende Tätigkeiten

#### 2.1.1 Sektor Verwaltung

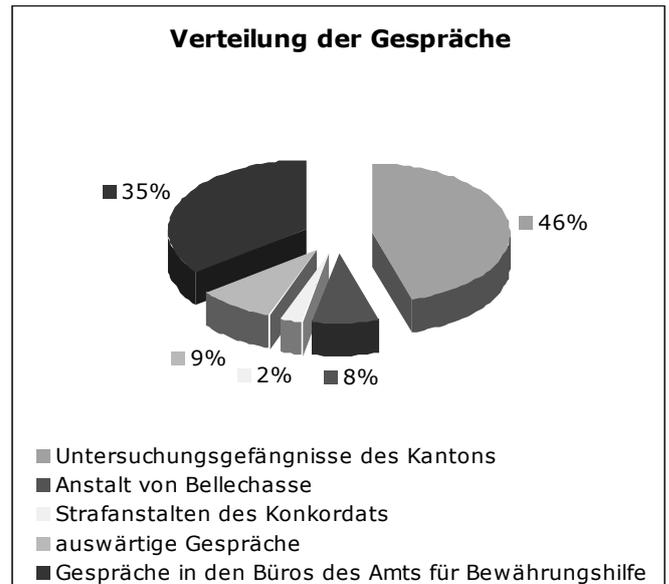
Nachdem im Jahre 2006 die Dossiers des Sektors der Sozialarbeit ins Informatiksystem GINA NT2 eingegeben wurden, waren 2007 die Dossiers des Sektors der Gemeinnützigen Arbeit an der Reihe. Das heisst, dass 500 Dossiers im System vernetzt werden mussten. Diese Änderung der Aktenführung verursachte eine markante zusätzliche Arbeitsbelastung im administrativen Bereich, da viele Anpassungen ans neue System getätigt werden mussten.

Das Amt für Bewährungshilfe hat 2007 insgesamt 46 833.30 Franken als finanzielle Hilfe an Straftentlassene ausbezahlt. Die Unterstützung erfolgte in Form von Geldbeträgen, Lebensmittel, Kleidern sowie Transportgutscheinen. Die Beteiligungen an Therapien, Aus- und Weiterbildungen (Berufsbildung, Computerkurse, Fahrstunden, Gabelstaplerkurse usw.) betragen 12 056 Franken.

#### 2.1.2 Sektor Sozialarbeit

2007 führte der Sektor der Sozialarbeit insgesamt 1404 Gespräche in den Untersuchungsgefängnissen sowie in den kantonalen und ausserkantonalen Strafanstalten durch. Zudem fanden 1125 Gespräche in unseren Büros oder auswärts (Hausbesuche, Arbeitsstelle, Ämter, Heime usw.) statt. Zusammen wurden also 2529 Besprechungen geführt. Die Anzahl Mandate beläuft sich auf 221 Dossiers, was eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr von ungefähr 15% bedeutet. Etwa 10% der Dossiers wurden uns vom Untersuchungsrichteramt in Anwendung von Art. 113 StPO übertragen. Das Verhältnis zwischen Männern (89%) und Frauen (11%) veränderte sich gegenüber dem Vorjahr kaum. Ungefähr 25% der betreuten Klienten und Klientinnen sind jugendliche Erwachsene, d.h. zwischen 18 und 25 Jahren. Im August

hat eine Journalistin einer Lokalzeitung eine Bewährungshelferin ins Untersuchungsgefängnis Bulle begleitet. Der Artikel über diesen Besuch erschien unter dem Titel «Les ailes brisées de la liberté». Ein schnörkelloser Artikel, der ohne Zweifel den Lesern und Leserinnen die Arbeit der Bewährungshilfe näher brachte.



#### 2.1.3 Sektor Gemeinnützige Arbeit

Die Gemeinnützige Arbeit (GA) bezeichnet eine Strafform, welche die Freiheitsstrafe ersetzt. Die GA wuchs aus dem Grundgedanken, Geld- und kurze Freiheitsstrafen durch einen Dienst an der Allgemeinheit zu ersetzen. Dadurch soll eine Wiedergutmachung an die Gesellschaft erfolgen. Die GA wird als eine soziale Sanktion betrachtet, welche viel zur Reintegration und Resozialisierung beiträgt. Durch Ausführen einer Gemeinnützigen Arbeit leisten die Straffälligen einen nützlichen Beitrag für die Gesellschaft. Diese Strafform entspricht vollumfänglich den Zielen des Amtes für Bewährungshilfe. In den Art. 37ff StGB wird diese seit dem 1. Januar 2007 eigenständige Strafform geregelt. Das Gericht kann mit Zustimmung des Täters Gemeinnützige Arbeit von höchstens 720 Stunden anordnen. 4 Stunden GA entsprechen einem Hafttag. Die Verurteilten müssen in der Regel wöchentlich mindestens 10 Stunden GA leisten. Die Gemeinnützige Arbeit ist zu Gunsten einer privaten sozialen Institution, der öffentlichen Verwaltung oder einer privaten Person, die eine Hilfe benötigt, zu leisten. Diese Arbeit wird nicht entschädigt. Der Sektor Gemeinnützige Arbeit besteht in dieser Zusammensetzung seit 2006. Per 31. Dezember 2007 konnte das Amt für Bewährungshilfe auf ein Netz von 115 Begünstigten zählen, welche Arbeitsplätze für Straffällige anbieten. 75 von ihnen haben im letzten Jahr Betroffene aufgenommen. Dieses Netz besteht hauptsächlich aus sozialmedizinischen Institutionen, Alters- und Pflegeheimen, Behindertenorganisationen, forstwirtschaftlichen Betrieben, Gemeinden, usw. Ein Drittel der Begünstigten

befinden sich im Saanebezirk. 2001 gab es 139 Dossiers, dies entsprach 3 817 Hafttagen. Seither stieg die Anzahl stetig an. Mit Inkrafttreten des neuen StGB wurden anfangs Jahr Straffällige relativ wenig zu einer Gemeinnützigen Arbeit verurteilt. Aber kurz danach nahmen die Verurteilungen zu einer GA wieder zu. 2007 wurden 126 Urteile nach Art. 39 StGB ausgesprochen. Dabei ist zu bemerken, dass die durchschnittliche Dauer der GA 95 Stunden pro Urteil beträgt.

Am 1 Januar 2007 waren 121 Dossiers offen, welche 195 Verurteilungen entsprachen. Das bedeutet, dass einige Personen mehrmals zu einer Gemeinnützigen Arbeit verurteilt wurden, eine sogar acht Mal. Im Laufe des Jahres nahmen die Fälle stetig zu. Der Höchststand 2007 betrug 472 Dossiers mit 715 Urteilen (s. nachfolgende Tafel). Am 31. Dezember 2007 führte das Amt für Bewährungshilfe 376 Dossiers, was 55 076 Stunden Gemeinnütziger Arbeit entsprach. In 58 Fällen waren Verhandlungen mit Begünstigten im Gange. Im Laufe des Jahres 2007 haben 96 Personen ihre Gemeinnützige Strafe verbüsst. In 19 Fällen mussten Einsätze infolge unentschuldigter Absenzen oder Undiszipliniertheit abgebrochen werden. 5 Dossiers mussten an das Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse zurückgegeben werden, weil die Betroffenen ihre Strafe in einer anderen Form verbüssen wollten oder weil sie nicht zu den vereinbarten Gesprächen erschienen sind. 33 Personen unterbrachen ihren Einsatz wegen physischen oder psychischen Problemen. Von den insgesamt 376 Dossiers waren 171 in Bearbeitung und 181 wurden noch nicht behandelt. Von den zu Gemeinnütziger Arbeit verurteilten Personen sind 20% Frauen. Bei Verurteilungen zu bedingten und unbedingten Haftstrafen sind es 10%.

|          | Situation am 31.12.2006 | Behandelte Dossiers im 2007 |       |                       | Situation am 31.12.2007 | Anzahl GA-Stunden |
|----------|-------------------------|-----------------------------|-------|-----------------------|-------------------------|-------------------|
|          |                         | Neue Dossiers               | Total | Abschlossene Dossiers |                         |                   |
| Dossiers | 121                     | 351                         | 472   | 96                    | 376                     |                   |
| Urteile  | 195                     | 520                         | 715   | 133                   | 579                     | 55076             |
| Strafen  | 176                     | 368                         | 544   | 114                   | 429                     |                   |
| Bussen   | 19                      | 26                          | 45    | 14                    | 29                      |                   |
| nStGb GA | 0                       | 126                         | 126   | 5                     | 121                     |                   |

Die wesentlichen Schwierigkeiten, mit denen das Amt für Bewährungshilfe konfrontiert ist, sind auf den Mangel an Ressourcen zurückzuführen, über die das Amt für den Vollzug von Verurteilungen zu Gemeinnütziger Arbeit, insbesondere für den Vollzug von Strafen von mehr als 180 Stunden Gemeinnütziger Arbeit sowie für die Organisation von Arbeitsprogrammen für Personen mit besonderen Problemen (z.B. IV-BezügerInnen, Süchtige usw.) verfügt. Nur die vertrauensvolle und transparente Beziehung zwischen allen Beteiligten führt zur erfolgreichen Beendigung einer langen Gemeinnützigen Arbeit. Während des Jahres haben die MitarbeiterInnen das Netz von GA-Begünstigten erweitert. Eine weitere Aufgabe bestand darin, das Informatikprogramm weiterzuentwickeln, damit es in der täglichen Arbeit auch

sinnvoll angewendet werden kann. Im Sommer 2007 erschien auch ein Artikel in einer Freiburger Zeitung unter dem Titel «Le travail d'intérêt général, une peine pas si commode». Die Journalistin hat mit Betroffenen, Untersuchungsrichtern, Begünstigten und einer Bewährungshelferin gesprochen. Mit diesem Artikel trug sie wesentlich zum besseren Verständnis der Gemeinnützigen Arbeit bei.

## 2.2 Besondere Vorkommnisse

### 2.2.1 Todesfall

Das Amt für Bewährungshilfe wurde im Herbst 2007 durch den tragischen Tod von Manuela Riedo, kaufmännisch Auszubildende im 3. Lehrjahr, tief getroffen. Während eines von der kaufmännischen Berufsschule Freiburg organisierten Sprachaufenthaltes in Galway (Irland) wurde sie am 8. Oktober 2007 auf brutalste Art und Weise überfallen und ermordet. Durch dieses tragische Ereignis wurden wir intensiv mit der Frage beschäftigt, welchen Sinn unsere Arbeit mit Straffälligen hat. Zweifel tauchten auf, aber wir bleiben überzeugt, dass unsere Aufgabe wichtig ist, damit solche Dramen sich nicht mehr oder zumindest so wenig wie möglich ereignen.

### 2.2.2 Electronic Monitoring (EM)

Der Bundesrat entschied im Dezember 2006, die Versuchsphase des EM um ein weiteres Jahr zu verlängern. Nach dieser Entscheidung hat das Bundesamt für Justiz im Frühling 2007 eine Umfrage bei den Kantonen durchgeführt, um ihre Haltung gegenüber dem EM zu erfahren. Der Kanton Freiburg bekräftigte bei dieser Gelegenheit nochmals den Willen, das EM in klar definierten Fällen einführen zu wollen. Obwohl schon früher drei Evaluationsberichte ein positives Ergebnis zeigten, entschied der Bundesrat, auf der Basis der letzten Umfrage, am 12. September 2007 auf die Einführung des EM zu verzichten. Die Bewilligung für die am Versuch des EM beteiligten Kantone wurde bis zum 31. Dezember 2009 verlängert.

### 2.2.3 Urin- und Blutkontrollen

Die Anzahl der Mandate, bei denen die Gerichte und juristischen Instanzen Blut- und Urinkontrollen verlangen, ist konstant gestiegen. Um dieser zunehmenden Aufgabe zu begegnen, ist das Amt für Bewährungshilfe mit einem privaten Labor eine Zusammenarbeit eingegangen. Mit dem Ziel, eine effiziente und kontinuierliche Kontrolle zu garantieren, hat eine Arbeitsgruppe des Sektors Sozialarbeit zusammen mit dem beauftragten Labor einen Leitfaden erstellt. Am 25. Januar 2007 wurde eine Vereinbarung zwischen den beiden Partnern unterzeichnet, welche am 1. Februar des gleichen Jahres in Kraft trat. Die Kontrollen werden unangemeldet und aleatorisch durchgeführt. Bis heute wurden 26 Personen dieser Kontrolle unterzogen, welche von den

Untersuchungsrichtern, Bezirksgerichten sowie vom Amt für Straf- und Massnahmenvollzug angeordnet wurde. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit haben das Labor und das Amt für Bewährungshilfe einen Anlass durchgeführt mit dem Titel «Feststellung der Suchtmittel: welche Proben für welche Informationen»? Dieser Vortrag wurde gut besucht, unter anderem auch von Mitarbeitern der Strafanstalt von Bellechasse sowie von drei Untersuchungsrichtern.

#### **2.2.4 Arbeitsexternat – Arbeits- und Wohnexternat**

Mit Einführung des neuen StGB können Personen im Strafvollzug, sofern sie die geforderten Bedingungen erfüllen, von der Hälfte bis zu 2/3 der Strafe in den Genuss des Arbeits- und später des Arbeits- und Wohnexternats kommen. Gemäss dem Prinzip, dass das Amt für Bewährungshilfe die Begleitung von Straffälligen ausserhalb der Strafanstalt garantiert, hat der Sektor Sozialarbeit diese neue Aufgabe übernommen. 15 Personen, welche sich in dieser Phase des Strafvollzugs befanden, wurden von uns begleitet. In der Anfangsphase zeigten sich einige Schwierigkeiten und Unklarheiten. Auf Initiative des Amtes für Bewährungshilfe wurde mit der Strafanstalt Bellechasse und dem Amt für Straf- und Massnahmenvollzug eine Zusammenarbeit gesucht, um die «Kinderkrankheiten» zu beheben. Dies führte zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Leitfadens und zu einer klaren Aufgabenverteilung zwischen den drei Parteien.

#### **2.2.5 Zusammenarbeitsvertrag im Rahmen einer verordneten Behandlungspflicht**

Unter «Häuslicher Gewalt» wird für gewöhnlich eine «Situation, in der eine Person physische, psychische, sexuelle oder wirtschaftliche Gewalt gegenüber einer mit ihr in familiärer, eheähnlicher oder partnerschaftlicher Verbindung lebenden Person ausübt» verstanden. In der Schweiz wurde das Ausmass dieses Problems lange unterschätzt. Die Notwendigkeit, auch die in den vier Wänden auftretende Gewalt aufzudecken und zu bekämpfen, ist erst in letzter Zeit erkannt worden. Mit der Änderung des ZGB wird die häusliche Gewalt ein Offizialdelikt und dementsprechend mussten Therapiemöglichkeiten für Täter- und Täterinnen angeboten werden. Mit Inkrafttreten des Art. 28b ZGB am 1. Juli 2007 können die Zivilgerichte gegen Personen, welche häusliche Gewalt ausüben, die Wegweisung aus der gemeinsamen Wohnung verfügen, um das Opfer zu schützen. In vielen Kantonen sind spezialisierte Fachstellen für Gewalttäter eröffnet worden. Seit 2005 steht auch im Kanton Freiburg ein solches Kompetenzzentrum den Betroffenen zur Verfügung. Die Angebote finden einen regen Zulauf und dementsprechend sind die Ergebnisse positiv. In den meisten Fällen wird das Amt für Bewährungshilfe beauftragt, die Behandlung von Gewalttätern zu kontrollieren. Aus diesem Grund wurde auch ein Zusammenarbeitsvertrag zwischen der be-

troffenen Person, dem Kompetenzzentrum sowie dem Amt für Bewährungshilfe ausgearbeitet.

#### **2.2.6 PraktikantInnen**

In der Ausbildung von Studierenden tragen die Staatsstellen eine Verantwortung und müssen auch eine führende Rolle spielen. Darum bietet das Amt für Bewährungshilfe Praktikumsplätze für Studierende der Fachhochschule für Sozialarbeit und andere Interessierte, die praktische Erfahrungen im Berufsalltag erwerben wollen. Unser Amt hat mit dem Konkordat der Fachhochschulen der Westschweiz eine Vereinbarung unterzeichnet. Somit sind wir eine anerkannte Ausbildungsinstitution. Drei ausgebildete MitarbeiterInnen des Amtes für Bewährungshilfe besitzen einen Fähigkeitsausweis um PraktikantInnen auszubilden. Wir haben auch einen Leitfaden erarbeitet, der den organisatorischen und pädagogischen Rahmen der Begleitung von Studierenden klar umschreibt. In der ersten Phase müssen sich die Studierenden mit den gängigen juristischen Begriffen vertraut machen sowie die verschiedenen Strafformen und Mandate kennenlernen. Sie werden inhaftierten Straffälligen begegnen, mit ihren Problemen und auch den Schwierigkeiten, die mit der Inhaftierung in Zusammenhang stehen, konfrontiert. In Ausbildung stehende Personen zu betreuen verlangt ein grosses Engagement. Wir begleiten junge Menschen, die ein ihnen unbekanntes Milieu entdecken. Dabei haben sie häufig mit speziellen Problemen und vielfach auch schwierigen Menschen zu tun.

## **VII. AMT FÜR JUSTIZ (AJ)**

Cheffin: Maryline Boson Sulmoni

### **1. Auftrag**

Das Amt für Justiz unterhält die Verwaltungsbeziehungen zu den Gerichtsbehörden und dem Konkursamt sowie den Betreibungsämtern. Es wirkt bei der Verwaltung dieser Organe mit, namentlich in Bezug auf das Personal, das Budget, die Rechnung und die Logistik.

Darüber hinaus sorgt das Amt für die Anwendung der Gesetzgebung über den Anwaltsberuf, das Notariat, die unentgeltliche Rechtspflege und die Rechtshilfe. Es erfüllt die Aufgaben, die der Verwaltung in den Bereichen der Gerichtsorganisation und des Gerichtsverfahrens, des Privat- und Strafrechts sowie der Zwangsvollstreckung obliegen.

### **2. Tätigkeiten**

#### **2.1 Wahlkollegium**

Das Wahlkollegium kam viermal zusammen, am 30. Januar, 1. Mai, 5. Juni und 26. Juni 2007.

Es nahm die Wahl oder Wiederwahl der Magistraten vor, die ihre Stelle im Jahr 2007 antraten. Die Magistraten, deren Stellenantritt im Januar 2008 erfolgt, wurden

gemäss Art. 152 Abs. 3 Bst. c der neuen Verfassung auf Empfehlung des Justizrats vom Grossen Rat gewählt.

### 2.1.1 Bezirksgerichte

Greyerz:

Jean-Paul Glasson, Vizepräsident  
Arsène Gremaud, Richter  
René Grandjean, Ersatzrichter

Broye:

Marc Sugnaux, Präsident ad hoc (50%)

### 2.1.2 Untersuchungsrichteramt

Philippe Barboni, Untersuchungsrichter  
Christiana Dieu-Bach, Untersuchungsrichterin OHG  
(deutschsprachig)

### 2.1.3 Haftrichter

Liliane Hauser, Haftrichterin (deutschsprachig)

### 2.1.4 Gewerbekammern

Sense:

Josef Boschung, Beisitzer (Arbeitgebervertreter)  
Pascal Rappo, Ersatzbeisitzer (Arbeitgebervertreter)

Greyerz:

Claudia Dey Gremaud, Stellvertreterin des Präsidenten

### 2.1.5 Friedensgerichte

Vuippens:

Fernand Jaquet, Friedensrichter

## 2.2 Bezirksgerichte

Bezirksgericht Broye

Der Personalbestand dieses Gerichts musste im Verlauf des Jahres aufgrund der krankheitsbedingten Ausfälle mehrerer Mitarbeiterinnen verstärkt werden. Zudem führte die Arbeitsüberlastung dieses Gerichts dazu, dass der Staatsrat einen Zusatzkredit für die Anstellung eines Präsidenten ad hoc für die Dauer von 6 Monaten sowie einer Gerichtsschreiberin sprechen musste.

## 2.3 Friedensgerichte

Im Verlauf des Jahres 2007 nahm das Amt die Einrichtung der neu organisierten Friedensgerichte vor (Suche nach neuen Räumlichkeiten, Kauf von Mobiliar und Material, Anstellung von Personal).

Es besorgte die Übergabe der Dossiers der 29 ehemaligen an die 7 neuen Friedensgerichte. Ebenso nahm es zusammen mit dem Justizrat die Ausschreibung der Stellen der Friedensrichter, Beisitzer und Ersatzrichter vor.

## 2.4 Advokatur

Die Prüfungskommission für die Anwaltskandidaten hat folgenden Personen einen Befähigungsausweis ausgestellt: Sandra Berdoz-Schumacher, Virginie Fragnière, Fabienne Jaros, Christine Magnin, Joëlle Vuadens, Karin Zahnd Cadoux, Saskia August, Caroline Gauch, Caroline Schorderet, Florence Schwab, Aurélie Juillerat, Chrystel Tornare, Valérie Humbert, Damien Bossy, Pierre-Yves Cotting, Paul De Blasi, Roman Fries, Christian Meier, Benoît Pasquier, Carl-Alex Ridoré, Jean-Philippe Troya, Jérôme Magnin, Richard Perret, Alexandre Both, Gueric Riedi et Raphaël Eggs.

Die Anwaltskommission hat ihrerseits folgende Geschäfte behandelt:

|   |     |
|---|-----|
| Eintragungen in das kantonale Register der Anwältinnen und Anwälte  | 8   |
| Streichung von Einträgen im Anwaltsregister   | 4   |
| Beschwerden und Anzeigen  | 6   |
| Befreiung vom Berufsgeheimnis   | –   |
| Praktikumsbewilligungen   | 32  |
| Herabsetzung der Praktikumsdauer  | 3   |
| Streichung von Einträgen im kantonalen Register der Anwaltspraktikanten   | 2   |
| Es waren am 31. Dezember 2007 tätig:  |     |
| Im kantonalen Register der Anwälte und Anwältinnen eingetragene Anwälte   | 145 |
| In der Liste der zur Ausübung zugelassenen Anwältinnen und Anwälte aus Mitgliedstaaten der EU und der EFTA eingetragene Anwälte | 2   |
| Anwaltspraktikanten   | 100 |

## 2.5 Notariat

Am 31. Dezember 2007 gab es 42 praktizierende Notare, wovon 3 das 70. Altersjahr überschritten haben und für die Berechnung der im Gesetz über das Notariat vorgesehen Höchstzahl nicht mitzählen. Somit ist die vom Gesetz festgesetzte Höchstzahl von 42 Notaren nicht erreicht.

## 2.6 Unentgeltliche Rechtspflege in Zivilsachen

Vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 hat das Amt für Justiz 1193 Mitteilungen über unentgeltliche Rechtspflege erhalten, die sich wie folgt verteilen:

|                          | Unentgeltliche<br>Rechtspflege mit<br>Rückerstattung | Unentgeltliche<br>Rechtspflege<br>ohne Rückerstattung | Rückzug   | Abweisung  | Total        |
|--------------------------|--|---|-----------|------------|--------------|
| Kantonsgericht           | -  | 16  | 2         | 13         | 31           |
| Verwaltungsgericht       | -  | 89  | -         | 17         | 106          |
| Bezirksgericht Saane     | 21   | 269   | 5         | 96         | 391          |
| Bezirksgericht Sense     | 7  | 50  | 4         | 31         | 92           |
| Bezirksgericht Greyerz   | 6  | 130   | 2         | 22         | 160          |
| Bezirksgericht See       | 3  | 57  | -         | 22         | 82           |
| Bezirksgericht Glane     | 2  | 40  | 1         | 11         | 54           |
| Bezirksgericht Broye     | 9  | 49  | 2         | 15         | 75           |
| Bezirksgericht Vivisbach | 6  | 39  | -         | 5          | 50           |
| Friedensgerichte         | -  | 150   | 1         | 1          | 152          |
| <b>Insgesamt</b>         | <b>54</b>  | <b>889</b>  | <b>17</b> | <b>233</b> | <b>1 193</b> |

783 Kostenlisten von Anwälten und Friedengerichtsschreibereien im Gesamtbetrag von 1 731 621 Franken (im Jahre 2006: 1 641 034 Franken für 790 Kostenlisten), wurden 2007 für folgende Streitfälle zur Bezahlung angewiesen:

|                                       | Fr.              |
|---------------------------------------|------------------|
| Ehescheidungsprozesse                 | 1 049 283        |
| Ehetrennungsprozesse                  | 431 509          |
| Vaterschafts- und Anfechtungsprozesse | 13 878           |
| Vormundschaftssachen                  | 88 793           |
| Obligationenrechtsprozesse            | 44 836           |
| Verwaltungsbeschwerden                | 53 396           |
| Verschiedenes                         | 49 926           |
| <b>Total</b>                          | <b>1 731 621</b> |

Gemäss Art. 3 des Gesetzes über die unentgeltliche Rechtspflege kann das Amt für Justiz innert einer Frist von 10 Jahren die teilweise oder vollständige Rückerstattung der unentgeltlichen Rechtspflege verfügen, wenn sich die Finanzlage der betroffenen Person gebessert hat.

Im Jahre 2007 wurden dadurch Einnahmen in der Höhe von 178 818 Franken erzielt.

## 2.7 Internationale Rechtshilfe

Das Amt für Justiz besorgt die für die internationale Rechtshilfe erforderlichen Übermittlungen. Im Jahre 2007 wurden 7 Rechtshilfebegehren von ausländischen Gerichtsbehörden und 4 Gesuche von Justizbehörden des Kantons behandelt.

## 2.8 Büro für Mediation in Jugendstrafsachen Statistiken (2006) 2007

### 2.8.1 Anzahl Fälle, die von den Richtern delegiert wurden (Mediationsprozess):

|  |       |     |
|--|-------|-----|
| Anzahl Minderjährige: Täter und Opfer                | (79)  | 99  |
| In 55 Fällen war nur ein einziger Jugendlicher Täter | (153) | 161 |
| In 24 Fällen waren 2 Jugendliche Täter               |       |     |
| In 20 Fällen waren 3 oder mehr Jugendliche Täter     |       |     |

### 2.8.2 Aufteilung nach Geschlecht

|         |       |     |
|---------|-------|-----|
| Jungen  | (114) | 130 |
| Mädchen | (39)  | 31  |

### 2.8.3 Aufteilung nach Sprache

|             |       |     |
|-------------|-------|-----|
| Französisch | (115) | 125 |
| Deutsch     | (38)  | 36  |

### 2.8.4 Herkunft

|                |      |    |
|----------------|------|----|
| Stadt Freiburg | (18) | 15 |
| Saane-Land     | (30) | 31 |
| Greyerz        | (16) | 23 |
| Broye          | (36) | 17 |
| Glane          | (8)  | 22 |
| Vivisbach      | (2)  | 9  |
| Sense          | (8)  | 20 |
| See            | (34) | 20 |
| Andere Kantone | (1)  | 4  |

**2.8.5 Ausgang der Verfahren**

|  |      |    |
|--|------|----|
| Abschluss einer Mediationsvereinbarung | (54) | 73 |
| Erfolgreiche Mediationsverfahren       | (13) | 29 |
| Am 31. Dezember 2007 hängige Verfahren | (40) | 31 |

**VIII. AMT FÜR DIE AUFSICHT ÜBER DIE STIFTUNGEN UND DIE BERUFLICHE VORSORGE (ASVA)**

Amtsvorsteherin: Sylvie Pétremand-Besancenet

**1. Auftrag**

Das Amt überwacht die «klassischen» Stiftungen (Art. 84 ZGB) und die Vorsorgeeinrichtungen (Art. 61 ff BVG). Es hat dafür zu sorgen, dass das Vermögen der Stiftungen und der Vorsorgeeinrichtungen seinem Zweck gemäss verwendet wird. Es stellt sicher, dass die Stiftungen und Vorsorgeeinrichtungen die gesetzlichen Vorschriften einhalten.

**2. Tätigkeiten****A. Klassische Stiftungen**

Unter die klassischen Stiftungen fallen all diejenigen Stiftungen, die nicht die berufliche Vorsorge zum Zweck haben oder keine Familien- bzw. kirchliche Stiftungen sind.

Die Haupttätigkeiten der Aufsicht bestehen in der Unterstellung der Stiftungen, in der Kontrolle der Jahresrechnung und der Geschäftsberichte, in der Änderung der Statuten, in der Kontrolle der Reglemente und in der Aufhebung bzw. der Streichung der Stiftungen.

Während dem Jahre 2007 wurden zehn Stiftungen gelöscht und zwölf neue Stiftungen der Aufsicht unterstellt.

Am 31. Dezember 2007 unterstanden dem Amt 273 klassische Stiftungen.

An diesem Datum belief sich die gesamte Bilanzsumme der aktiven klassischen Stiftungen auf rund 750 Millionen Franken.

**B. Vorsorgeeinrichtungen**

Die Vorsorgeeinrichtungen schützen ihre Mitglieder gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Invalidität und Tod. Falls sie die berufliche Vorsorge im Sinne des BVG zum Zweck haben, müssen sie im Register für berufliche Vorsorge, das durch das Amt geführt wird, eingetragen sein. Die nicht eingetragenen Vorsorgeeinrichtungen bzw. Vorsorgestiftungen (Zusatzkassen, Arbeitgeberstiftungen, Unterstützungsfonds) werden ebenfalls vom Amt überwacht.

Zur Überwachungstätigkeit zählen insbesondere die Prüfung der Übereinstimmung der reglementarischen Bestimmungen mit den gesetzlichen Vorschriften, das Einholen der jährlichen Berichterstattung, namentlich

über die Geschäftstätigkeit, die Einsicht in die Berichte der Kontrollstelle und des Experten für berufliche Vorsorge und das Treffen von Massnahmen zur Behebung von festgestellten Mängeln. Das Amt beurteilt Streitigkeiten über das Recht der Versicherten auf Information.

Die Überwachung der oft komplexen Gesamtliquidationen der Vorsorgeeinrichtungen und der Vorsorgestiftungen hat das Amt weiterhin sehr in Anspruch genommen. In mehreren Fällen musste es aufsichtsrechtliche Massnahmen ergreifen, um die Interessen der Versicherten zu schützen. Mehr als vierzig Dossiers konnten in diesem Gebiet gelöst und archiviert werden.

Parallel dazu gab das Inkrafttreten der Fachempfehlungen zur Rechnungslegung Swiss GAAP FER 26 ab Jahresabschluss 2005 zu Schwierigkeiten Anlass. Mehrheitlich wurden bei den Jahresabschlüssen der Vorsorgeeinrichtungen und der Vorsorgestiftungen für das Jahr 2005 (dem Amt ab Juli 2006 eingereicht) und für das Jahr 2006 (ab Juli 2007 eingereicht) diese Empfehlungen noch nicht eingehalten. Das Amt hat für alle ihm unterstehenden Vorsorgeeinrichtungen und Vorsorgestiftungen ein Kreisschreiben verfasst und am 7. Februar 2007 eine Informationssitzung organisiert, um die Kontrollstellen auf diese neue Gesetzesanforderung aufmerksam zu machen.

Am 31. Dezember 2007, überwachte das Amt total 160 Vorsorgeeinrichtungen. Die gesamte Bilanzsumme der aktiven Vorsorgeeinrichtungen belief sich auf rund fünf Milliarden Franken.

**IX. AMT FÜR GESETZGEBUNG (GEGA)**

Vorsteher: Denis Loertscher

**1. Aufgaben**

Die Aufgaben des GeGA bestehen darin, auf die Einheitlichkeit und die Qualität der Gesetzgebung zu achten, den Zugang der Öffentlichkeit und der Verwaltung zur Gesetzgebung auf dem neuesten Stand zu fördern, die Texte der allgemeinen Gesetzgebung zu erarbeiten und die Funktion eines Rechtsdienstes des Grossen Rates und des Staatsrates wahrzunehmen. Ausserdem verwaltet das GeGA die Systematische Gesetzessammlung des Kantons Freiburg (SGF) und betreibt es die Datenbank der freiburgischen Gesetzgebung (BDLF).

**2. Tätigkeiten****2.1 Ordentliche Tätigkeit****2.1.1 Unterstützung bei der Ausarbeitung der Spezialgesetzgebung**

Das GeGA unterstützte die Direktionen und Dienststellen auf verschiedene Arten bei der Ausarbeitung der Spezialgesetzgebung.

Es prüfte rund vierzig Erlassentwürfe und teilte das Ergebnis seiner Prüfung der zuständigen Direktion mit. Zu erwähnen sind insbesondere die Gesetzesvorentwürfe über die Stipendien und Studiendarlehen, über die Einführung eines zweiten Kindergartenjahres, über den Bevölkerungsschutz, über die Anwendung des Ausländergesetzes des Bundes, über die Anwendung der Schengen/Dublin-Abkommen, über den interkommunalen Finanzausgleich, über die Berufsbildung, über die Wirtschaftsförderung, über die leistungsorientierte Führung und über die Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an die NFA.

Das GeGA war in mehreren Ausschüssen und Arbeitsgruppen vertreten, insbesondere in denen zur Umsetzung der neuen Kantonsverfassung, der NFA und der Programmvereinbarungen.

Es gab den Direktionen und Dienststellen regelmässig Auskünfte zu gesetzestechnischen Aspekten ihrer Entwürfe. Es hat ferner mit der Nachführung seiner Gesetzestechnischen Richtlinien begonnen, um diese insbesondere an mehrere neuere Erlasse anzupassen.

### 2.1.2 Verbreitung der Gesetzgebung

Das GeGA besorgte die Nachführungen Nrn. 37 und 38 der SGF (mit 218 bzw. 97 berührten Texten), die den Stand der Gesetzgebung am 1. Januar und am 1. Juli 2007 wiedergaben. Es gab ausserdem das Register 2007 der SGF heraus. Ferner führte es wöchentlich eine aktualisierte Ergänzung zu den halbjährlichen SGF-Inhaltsverzeichnissen nach.

Es führte die BDLF in beiden Amtssprachen elfmal nach. Ende Jahr war die BDLF auf dem Stand vom 1. Dezember 2007; zudem waren die früheren Fassungen bis zurück zum 1. Juli 1996 abrufbar. Die französische Version der BDLF ist dreimal auf einer DVD der Genfer Staatskanzlei erschienen, die insbesondere das Bundesrecht auf Französisch und die Gesetzgebungen der französischsprachigen Kantone und des Tessins enthält.

Das GeGA betreibt eine Internet-Site und eine Intranet-Site, die zahlreiche Informationen über die freiburgische Gesetzgebung und Gesetzestechnik bieten. Die Internet-Site, auf der die BDLF abrufbar ist, ist 240 000-mal bzw. über 900-mal pro Arbeitstag besucht worden, und jeden Monat sind durchschnittlich 16 500 Erlasstexte heruntergeladen worden.

### 2.1.3 Ausarbeitung von Entwürfen der allgemeinen Gesetzgebung

Neben dem Entwurf eines Informationsgesetzes (vgl. unten, Ziff. 2.2.2), hat das GeGA mit der Vorbereitung der Gesetzgebung zur Anpassung an das Bundesgerichtsgesetz (öffentliches Recht) begonnen.

### 2.1.4 Rechtsdienst und Verschiedenes

Das GeGA verfasste mehrere Studien und Gutachten zuhanden des Sekretariats des Grossen Rates, des Staatsrates und der Kantonsverwaltung.

Es erteilte regelmässig Auskünfte über die freiburgische Gesetzgebung.

Es besorgte die deutsche Übersetzung der Entwürfe, die es ausgearbeitet hat.

Das GeGA ist im Redaktionsausschuss der Freiburger Zeitschrift für Rechtsprechung vertreten. Es leistet fachliche Unterstützung bei der Herausgabe der einzelnen Hefte der Zeitschrift und erstellt deren Jahresverzeichnis. Ausserdem stellt es auf seiner Website verschiedene Dokumente im Zusammenhang mit der Zeitschrift, insbesondere regelmässig nachgeführte Mehrjahresregister, zur Verfügung.

Im Rahmen der Weiterbildung des Staatspersonals leitete der Amtsvorsteher ein Seminar zur allgemeinen Einführung ins Recht, und der stellvertretende Amtsvorsteher erteilte den neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Staates einen Kurs über den Begriff des Staates und die drei Staatsgewalten.

An einer universitären Tagung in Neuenburg zum Thema «Guider les parlements et les gouvernements pour mieux légiférer?», hielt der Vorsteher des GeGA einen Vortrag über die freiburgischen Gesetzestechnischen Richtlinien.

Das GeGA führt zahlreiche Aufgaben im Zusammenhang mit dem Einsatz der Informatik innerhalb des Amtes selbst durch, so die Installierung von Programmen, die Weiterbildung des Personals sowie die Entwicklung von Makrobefehlen und Dokumentvorlagen für die Textverarbeitung.

Mehrere Angehörige des GeGA nahmen an Fachtagungen oder Weiterbildungskursen teil.

## 2.2 Besondere Ereignisse

### 2.2.1 Allgemeine Umsetzung der neuen Verfassung

Das GeGA ist massgeblich an der Umsetzung der neuen Verfassung beteiligt. Der Amtsvorsteher und ein dafür eingesetzter Mitarbeiter sind Mitglieder des Leitungsausschusses. Sie nehmen die Projektleitung und das Sekretariat des Ausschusses wahr. In dieser Eigenschaft bereiten sie die Dossiers vor und begleiten die Arbeiten, sind sie Bindeglieder zwischen dem Leitungsausschuss und den Direktionen, betreiben sie eine Internetsite und eine Intranetsite und kontrollieren sie die Verwaltung des Haushalts.

Im Frühjahr ist die Planung der Arbeiten angepasst worden. Diese Anpassung bot zudem die Gelegenheit, den Realisierungsstand der Projekte zu ermitteln.

Die meisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des GeGA arbeiten an Projekten, die das Amt selbstständig oder zusammen mit der zuständigen Direktion durchführt (vgl. unten, Ziff. 2.2.2). Das GeGA prüft ferner die Erlasstexte, die im Rahmen der Umsetzung der Ver-

fassung erarbeitet werden, und gibt – insbesondere im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens – seine Bemerkungen dazu ab.

Das GeGA liefert regelmässig Ergebnisse gezielter Nachforschungen über die Arbeiten des Verfassungsrats, was Aufschluss über dessen Willen gibt und so dazu beiträgt, den Sinn dieser oder jener Verfassungsnorm zu ermitteln. Ferner hat es für die Verfasserinnen und Verfasser von Entwürfen einen Leitfadens mit Kriterien erstellt, wann und wie die Verfassung in den Ingressen von Erlassen aufgeführt werden soll.

### 2.2.2 Projekte zur Umsetzung der Verfassung

Das GeGA übernahm beim Gesetzentwurf über die Information und den Zugang zu Dokumenten weiterhin die Projektleitung. Es begleitete die umfassende Prüfung der von der entsprechenden Kommission ausgearbeiteten Texte, die der Staatsrat vor der Ermächtigung zum Vernehmlassungsverfahren vornahm. Es passte den Vorentwurf und den erläuternden Bericht an die dabei beschlossenen Änderungen an. Der Vorentwurf ist Ende November in die Vernehmlassung gegangen.

Es verfasste einen Vorstudienbericht zur Ausführung der Verfassungsbestimmungen über die Sprachen. Aufgrund der Prüfung dieses Berichts wurde entschieden, das Schwergewicht auf die Massnahmen zur Förderung der Beziehungen zwischen den Sprachgemeinschaften und der Zweisprachigkeit zu legen. Zu diesem Zweck muss ein Zusatzbericht erstellt werden.

Das GeGA wirkte in der Arbeitsgruppe mit, die den Gesetzesvorentwurf über die Wahl der Richterinnen und Richter und die Aufsicht über sie ausgearbeitet hat. Es übernahm zudem die terminologische Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an das Gesetz über die Organisation des Kantonsgerichts.

Es verfasste Ausführungsbestimmungen über das Referendum und das Verfahren zur Totalrevision der Verfassung.

Schliesslich erstellte es eine Studie im Bereich der Aufsicht über die Delegationsnehmer öffentlicher Aufgaben und hat einen ersten Vorentwurf zur Ausführung der entsprechenden Verfassungsbestimmung erarbeitet.

### 2.2.3 Ausarbeitung von Entwürfen im Auftrag

Das GeGA setzte die Arbeiten zur Teilrevision des Gesetzes über den Datenschutz fort (Anforderungen der Schengen/Dublin-Abkommen). Es verfasste den Vorentwurf und den erläuternden Bericht, die in die Vernehmlassung gegeben wurden, und überarbeitete sie aufgrund der Vernehmlassungsergebnisse.

Es wirkte aktiv in der Arbeitsgruppe zur Einrichtung eines Kooperationsmechanismus gegen Menschenhandel im Kanton mit. Es verfasste den Bericht der Arbeitsgruppe, aufgrund dessen der Staatsrat am 18. November eine Verordnung erlassen hat.

In Zusammenarbeit mit den betroffenen Organen erarbeitete es einen Richtlinienentwurf zur Festsetzung der Dauer, während der Polizeidaten aufbewahrt werden müssen.

Es verfasste einen Vorentwurf zur Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte, der insbesondere verschiedenen Motionen Folge leistet.

Es setzte die Ausarbeitung eines Naturschutzgesetzes in Zusammenarbeit mit dem Büro für Naturschutz fort.

### 2.2.4 Analyse der staatlichen Leistungen (ASL)

Im Rahmen des allgemeinen Projekts zur Analyse der staatlichen Leistungen (ASL) erstellte das GeGA im Herbst den Katalog seiner Leistungen sowie einen Katalog von Vorschlägen zur Verminderung seiner Leistungen, der es ermöglichen würde, das vom Staatsrat aufgestellte Ziel von 10% für die ASL zu erreichen.

Trotz der Schwierigkeiten, in gedrängten Terminkalendern Zeitfenster für zahlreiche Sitzungen zu finden, hat das GeGA unter ziemlich guten Bedingungen stattgefunden, insbesondere weil das GeGA im Rahmen des Reglements von 2005 über die Ausarbeitung der Erlasse bereits eingehende Überlegungen zu seinen Aufgaben und Leistungen angestellt hatte.

### 2.2.5 Neue Website

Das GeGA hat im November seine neue Website, die auf dem «Content Management System» des Staates Freiburg beruht, in Betrieb genommen. Diese Änderung bot die Gelegenheit, eine neue Darstellung einzuführen, die einen noch besseren Zugang zur freiburgischen Gesetzgebung schafft, z. B. indem sie den Wechsel von einer Amtssprache zur anderen erleichtert oder mehr Hyperlinks zu den aufgeführten amtlichen Veröffentlichungen bietet.

### 2.2.6 Planung der Rechtsetzungsvorhaben 2007–2011

Das GeGA hat die Instrumente geschaffen, die es ihm ermöglichen werden, zusammen mit der Konferenz der Generalsekretäre die Planung der rund 70 Rechtsetzungsvorhaben, die das Regierungsprogramm der Legislaturperiode 2007–2011 aufführt, zu erstellen und periodisch den Realisierungsstand dieser Vorhaben zu ermitteln.

## X. AMT FÜR STRASSENVERKEHR UND SCHIFFFAHRT (ASS)

Direktor: Roland Klaus

### 1. Auftrag

Das ASS ist verantwortlich für die Zulassung von Personen und Fahrzeugen zum Strassenverkehr. Es wer-

den zur Zeit ungefähr 200'000 Fahrer und ebenso viele Fahrzeuge gezählt. Auch die Schifffahrt (Zulassung der Schiffsführer und der Schiffe) gehört zu seinem Tätigkeitsgebiet. Zudem erhebt das ASS die Fahrzeug- und Schiffsteuer im Auftrag des Kantons Freiburg. Das ASS ahndet Widerhandlungen gegen das Strassenverkehrsgesetz; die Massnahmen werden durch die Kommission für Administrativmassnahmen ausgesprochen.

Früher war das «Automobil-Büro» eine Dienststelle der Kantonsverwaltung Freiburg. Seit 1997 tritt das ASS als selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt auf. Es erwirtschaftet einen Jahresumsatz von 17 Millionen Franken und zählt 81 Mitarbeitende. Der Hauptsitz ist in Freiburg; je eine Zweigstelle befindet sich in Bulle und Domdidier.

## 2. Tätigkeiten

Die Tätigkeit des ASS bildet Gegenstand eines besonderen Berichtes. Dieser Bericht kann beim ASS, Postfach 192, 1707 Freiburg, bezogen oder unter [www.ocn.ch](http://www.ocn.ch) heruntergeladen werden.

## XI. KANTONALE GEBÄUDEVERSICHERUNG (KGV)

Direktor: Pierre Ecoffey

### 1. Auftrag

Die KGV ist beauftragt, alle auf dem Gebiet des Kantons Freiburg stehenden Gebäude zu versichern und die geeigneten Massnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Brand- und Elementarschäden zu treffen.

Basierend auf dem Prinzip der Versicherung auf Gegenseitigkeit versichert die KGV über 108 000 Gebäude mit einem gesamten Versicherungswert von rund 65 Milliarden Franken.

Der Auftrag der Prävention und Bekämpfung erfordert eine jährliche Investition von über 12 Millionen Franken, was fast einem Drittel der bezogenen Prämien entspricht.

### 2. Tätigkeiten

Die Tätigkeiten der KGV bilden Gegenstand eines besonderen Berichtes. Dieser Bericht kann bei der KGV, Maison-de-Montenach 1, Postfach 486, 1701 Freiburg, bezogen oder unter [www.ecab.ch](http://www.ecab.ch) heruntergeladen werden.

## XII. STAATSANWALTSCHAFT

Generalstaatsanwältin: Anne Colliard

### 1. Aufgaben

Die Staatsanwaltschaft vertritt das öffentliche Interesse und handelt im Dienste der Gerechtigkeit. Sie setzt sich für die Strafverfolgung ein und vertritt die Anklage vor Gericht.

Im Bereich des Zivilrechts setzt sich die Staatsanwaltschaft für die Einhaltung des öffentlichen Interesses ein.

Im Verwaltungsrecht dient die Staatsanwaltschaft dem Staatsrat als instruierende Behörde in Beschwerdeverfahren, die bei ihm anhängig gemacht werden.

### 2. Tätigkeiten

#### 2.1. Laufende Tätigkeiten

##### 2.1.1 Straffälle

Die Anklage wurde vor den erstinstanzlichen Gerichten in 249 Fällen vertreten; das stellt im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme von 31 Fällen dar.

Die Teilnahme an untersuchungsrichterlichen Einvernahmen ist im Vergleich zum Jahr 2006 nahezu unverändert geblieben. Wegen zu kurzfristig angesetzten Terminen oder Terminkollisionen musste in einigen Fällen auf eine Teilnahme verzichtet werden.

Stark zugenommen hat die Anzahl kontradiktorischer Strafuntersuchungen. 2007 waren es 215, d.h. 43 mehr als im Vorjahr.

Die VertreterInnen der Staatsanwaltschaft sind 21-mal vor dem Strafappellationshof aufgetreten. Von den 9 erhobenen Berufungen wurden 2 gutgeheissen und eine abgewiesen. Die Urteile in den übrigen Berufungsfällen stehen noch aus.

Von den 6 bei der Strafkammer angehobenen Beschwerden wurden 3 gutgeheissen und 1 abgewiesen; 2 sind noch hängig. Hinsichtlich der Stellungnahmen zu den Beschwerden ist eine Zunahme um 22 Einheiten zu verzeichnen.

In 59 von der Verteidigung eingereichten Berufungen hat sich die Staatsanwaltschaft eingehend vernehmen lassen. Im Vorjahr waren es noch 36 Fälle gewesen.

Die Staatsanwaltschaft musste in 385 Fällen über ihre Teilnahme am Hauptverfahren entscheiden. 2006 hatte die Frage der Teilnahme in 390 Fällen geprüft werden müssen.

Leicht abgenommen hat die Anzahl der von der Staatsanwaltschaft kontrollierten Entscheide (erstinstanzliche Urteile, Verfügungen der UntersuchungsrichterInnen und der Oberamtänner, Urteile der Jugendstrafkammer), die sich auf dem Niveau von 2005 eingependelt haben: 2007 waren es 33 099 und 2006 35 358.

##### 2.1.2 Zivilrechtliche Angelegenheiten

Das kantonale Zivilstandsamt hat der Staatsanwaltschaft Fälle gemeldet, in denen die Eheschliessung zwischen einem/einer Schweizer Bürger/in und einem/einer ausländischen Staatsangehörigen nicht den gesetzlichen Anforderungen unseres Landes entsprach.

Bei der Überprüfung dieser Angelegenheiten vertritt die Staatsanwaltschaft das öffentliche Interesse und richtet ihr Augenmerk auf missbräuchlich abgeschlossene Eheschliessungen.

Erstmals seit mehreren Jahren musste die Staatsanwaltschaft keine zivilrechtliche Klage einreichen.

Die 2006 eingereichte Eheungültigkeitsklage im Fall einer urteilsunfähigen Person wurde gutgeheissen und die Eheschliessung aufgehoben.

### 2.1.3 Verwaltungsrechtliche Angelegenheiten

Es wurden 8 Verwaltungsbeschwerden erhoben und 5 instruiert. Die angefochtenen Entscheide betreffen alle das Personalrecht.

### 2.2. Besondere Ereignisse

Am 1. Januar 2007 ist der neue Allgemeine Teil des StGB in Kraft getreten. Die ersten Erfahrungen haben gezeigt, dass die Angeklagten, welche zu einer Freiheitsstrafe bis zu 24 Monaten verurteilt wurden, in den Genuss des bedingten Strafvollzugs gelangt sind, während unter der Herrschaft des alten Rechts die Strafe hätte vollzogen werden müssen, sofern diese über 18 Monate lag. Der teilbedingte Strafvollzug wurde ebenfalls häufig ausgesprochen. Was die Strafen zwischen 6 und 12 Monaten anbelangt, sprechen die Gerichte eher eine Freiheits- als eine Geldstrafe aus, sei es mit oder ohne gleichzeitiger Gewährung des bedingten Strafvollzugs.

In Anwendung der neuen Bestimmungen wurde ein Fahrzeuglenker, welcher sich aufgrund seiner Fahr-unfähigkeit (Trunkenheit) eine fahrlässige Tötung zu Schulden hatte kommen lassen, zu einer bedingten

Geldstrafe von 80 Tagessätzen à Fr. 30.–/Tag (Probezeit 2 Jahre) sowie zur Bezahlung einer Busse von Fr. 800.– verurteilt. Eine solche milde Strafe beim Verlust eines Menschenlebens ist schwer verständlich. In solchen Fällen sollte es das Gesetz erlauben, eine Freiheitsstrafe auszusprechen, wie dies unter der Herrschaft des alten Rechts möglich war.

Aufgrund der Schlussbestimmungen der Änderung vom 13. Dezember 2002 mussten 10 Fälle altrechtlicher Verwahrung gerichtlich überprüft werden, um zu bestimmen, ob diese Massnahme weiterzuführen ist.

Besorgniserregend ist die Zunahme der gewaltsamen Raubüberfälle. Mit dieser Art von Dossiers hat sich die Staatsanwaltschaft zunehmend zu befassen.

Hinsichtlich willkürlich verübter Angriffe setzt sich die Staatsanwaltschaft weiterhin gegen eine zu milde Sanktionierung ein: bedingte Freiheitsstrafen von 10 Tagessätzen zu Fr. 10.–/Tag. Dagegen wurde mehrfach Einsprache erhoben, mit dem Ziel, unbedingte Freiheitsstrafen zwischen 120 und 180 Tagessätzen zu erreichen. Die entsprechenden Urteile sind noch ausstehend.

Die Angelegenheit Cannabioland wurde ein weiteres Mal auf Anfang 2008 vertagt. Das erstinstanzliche Urteil wird Ende Januar 2008 gefällt.

Die Berufung eines Mannes, der wegen einer anfangs der neunziger Jahre verübten versuchten Anstiftung zu Mord verurteilt worden war, wurde im November 2007 abgewiesen. Aufgrund des Zeitablaufs und der eingeschränkten Schuldfähigkeit fiel die Strafe tief aus.

2007 waren erneut zahlreiche Fälle von Gewalt und Drohungen gegen Beamte zu verzeichnen.

Die Staatsanwaltschaft trat 7-mal vor der Jugendstrafkammer auf.

| Allgemeine Statistik                       | 2006   | 2007   |
|--|--------|--------|
| Erscheinen vor erstinstanzlichen Gerichten | 218    | 249    |
| Teilnahme an Strafuntersuchungen           | 200    | 199    |
| davon obligatorische                       | 179    |        |
| davon dringende                            | 20     |        |
| Erscheinen vor dem Appellationshof         | 26     | 21     |
| Visum von Urteilen, Strafbefehlen          | 35 358 | 33 099 |
| Einsprachen                                | 13     | 7      |
| Gesuche um vollständige Begründung         | 13     | 9      |
| Berufungen an den Appellationshof          | 10     | 9      |
| gutgeheissen                               | 1      | 2      |
| abgewiesen                                 | 2      | 2      |

|  |     |     |
|--|-----|-----|
| Beschwerden an die Strafkammer                       | 13  | 6   |
| gutgeheissen   | 2   | 3   |
| abgewiesen   | 2   | 1   |
| Begründete Stellungnahme an die Strafkammer          | 78  | 108 |
| Gesuche um Bemerkungen durch die Strafkammer         | 186 | 208 |
| Begründete Stellungnahme zu Berufungen               | 36  | 59  |
| Beschwerden an das Bundesgericht                     | 1   | 4   |
| Stellungnahmen zur Beschwerden an das Bundesgericht  | 16  | 36  |
| Aktenprüfung zwecks Teilnahme der Staatsanwaltschaft | 390 | 385 |
| Strafanzeigen an die Untersuchungsrichter            | 1   | -   |
| Eingereichte Verwaltungsbeschwerden                  | 11  | 8   |
| Behandelte Verwaltungsbeschwerden                    | 12  | 5   |
| Offene Untersuchungen                                | 172 | 215 |
| Hängige Untersuchungen                               | 110 | 123 |
| Erstinstanzliche Akten                               | 134 | 168 |
| Hängige Beschwerden                                  | 31  | 36  |

### XIII. ANSTALTEN VON BELLECHASSE (AB)

Direktor: Philippe Tharin

#### 1. Auftrag

Die Anstalten von Bellechasse (AB) sind beauftragt, Freiheitsstrafen und Massnahmen in Anwendung des Strafgesetzbuches zu vollziehen. Im Rahmen des Konkordats über den Straf- und Massnahmenvollzug an Erwachsenen empfangen die AB Insassen für den Vollzug von Urteilen, in offenem oder halb offenem Regime, die von den Justizbehörden der Westschweiz und des Tessins ausgesprochen wurden. Sie beherbergen im Heim Tannenhof auch Personen im fürsorglichen Freiheitsentzug. Insgesamt verfügen die AB über eine Kapazität von 159 Plätzen.

#### 2. Tätigkeiten

Die Tätigkeiten der AB sind Gegenstand eines eigenen Berichts, der bei den Anstalten von Bellechasse, Postfach, 1786 Sugiez bestellt werden kann.

### XIV. KANTONALE AUFSICHTSBEHÖRDE FÜR DATENSCHUTZ

Präsident der Kommission: Johannes Froelicher

Datenschutzbeauftragte: Dominique Nouveau Stoffel

#### 1. Aufgabe

Das freiburgische Gesetz über den Datenschutz (DSchG) bezweckt den Schutz der Grundrechte von Personen, über die öffentliche Organe Daten bearbeiten. Die kantonale Aufsichtsbehörde überwacht die Anwendung dieses Gesetzes, berät die öffentlichen Organe und informiert die betroffenen Personen über ihre Rechte.

#### 2. Besonderer Bericht

Die Tätigkeit der Kantonalen Aufsichtsbehörde für Datenschutz ist Gegenstand eines besonderen Berichts. Dieser Bericht kann bezogen werden bei der Kantonalen Aufsichtsbehörde für Datenschutz, Reichengasse 26, Postfach, 1701 Freiburg, Tel.: 026 322 50 08, E-Mail: secretariatprd@fr.ch.

**PERSONALBESTAND**

| <i>BEHÖRDEN – DIREKTIONEN Kostenstellen</i>                                      | <i>Rechnung 2007 VZÄ</i> | <i>Rechnung 2006 VZÄ</i> | <i>Differenz VZÄ</i> |
|--|--------------------------|--------------------------|----------------------|
| <b>SICHERHEIT UND JUSTIZ</b>   | <b>760.78</b>            | <b>747.47</b>            | <b>13.31</b>         |
| ZENTRALVERWALTUNG  | 662.84                   | 651.30                   | 11.54                |
| 3300 / JPMS Generalsekretariat   | 6.48                     | 6.50                     | -0.02                |
| 3301 / SPRD «Kantonale Aufsichtsbehörde für Datenschutz»                         | 1.07                     | 1.11                     | -0.04                |
| 3302 / SFPP Amt für die Aufsicht über die Stiftungen und die berufliche Vorsorge | 2.63                     | 2.40                     | 0.23                 |
| 3303 / OLEG Amt für Gesetzgebung   | 5.99                     | 5.84                     | 0.15                 |
| 3305 / JUST Amt für Justiz   | 5.30                     | 4.72                     | 0.58                 |
| 3315 / MIPU Staatsanwaltschaft   | 8.47                     | 8.78                     | -0.31                |
| 3330 / POCO Amt für Gewerbepolizei   | 3.34                     | 3.50                     | -0.16                |
| 3335 / PETR Amt für Bevölkerung und Migration                                    | 34.81                    | 34.69                    | 0.12                 |
| 3345 / POLI Kantonspolizei   | 533.21                   | 525.39                   | 7.82                 |
| 3355 / SPEN Amt für Straf- und Massnahmenvollzug                                 | 3.27                     | 3.06                     | 0.21                 |
| 3360 / PRIC Amt für Gefängnisse  | 22.32                    | 21.39                    | 0.93                 |
| 3370 / PATR Amt für Bewährungshilfe  | 5.50                     | 4.83                     | 0.67                 |
| 3375 / MILI Amt für Militär und Bevölkerungsschutz                               | 13.30                    | 12.82                    | 0.48                 |
| 3385 / PROT Zivilschutz  | 17.15                    | 16.27                    | 0.88                 |
| BESONDERE SEKTOREN, SONSTIGE ANSTALTEN   | 97.94                    | 96.17                    | 1.77                 |
| 3365 / EBEL Anstalten von Bellechasse  | 95.94                    | 94.17                    | 1.77                 |
| 3382 / LACN Lager in Schwarzsee  | 2.00                     | 2.00                     |                      |

DIREKTION DER INSTITUTIONEN  
UND DER LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

|   |           |
|---|-----------|
| <b>I. Direktion und Generalsekretariat</b> .....  | <b>1</b>  |
| 1. Aufgaben.....  | 1         |
| 2. Tätigkeit.....   | 1         |
| <b>II. Der ILFD zugewiesene Einheiten</b> .....   | <b>5</b>  |
| Oberämter .....   | 5         |
| Büro und kantonale Kommission für die Gleich-<br>stellung von Frau und Mann und für Familienfragen... | 15        |
| Behörde für Grundstückverkehr (BGV) .....   | 16        |
| Verwaltung der Staatsreben (VSR).....   | 17        |
| <b>III. Ämter</b> .....   | <b>17</b> |
| Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen.....  | 17        |
| Amt für Gemeinden.....  | 19        |
| Amt für Landwirtschaft .....  | 21        |
| Veterinäramt .....  | 29        |
| Amt für Wald, Wild und Fischerei.....   | 34        |
| <b>IV. Anstalten</b> .....  | <b>41</b> |
| Landwirtschaftliches Institut des Kantons Freiburg ...  | 41        |
| Nutztierversicherungsanstalt, SANIMA .....  | 43        |
| <b>Personalbestand</b> .....  | <b>44</b> |

## DIREKTION

## I. DIREKTION UND GENERALSEKRETARIAT

Die Zahlen des Rechenschaftsberichts 2006 stehen in ().

### 1. Aufgaben

Direktionsvorsteher: Pascal Corminbœuf

Generalsekretär: Claude Yerly

Im Rahmen ihrer in Artikel 45 des Gesetzes vom 16. Oktober 2001 über die Organisation des Staatsrates und der Verwaltung (SVOG) definierten allgemeinen Funktionen ist die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft (ILFD) in den Bereichen Institutionen (Verfassung, Beziehungen zwischen Kirchen und Staat, Sprachen, Oberämter, Gemeinden, Zivilstandswesen, Einbürgerungen, Gleichstellung von Frau und Mann), Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen sowie Wald, Wild und Fischerei tätig.

Sie hat so die Tätigkeit der folgenden sechs ihr unterstellten Verwaltungseinheiten geleitet, begleitet und kontrolliert:

- des Amtes für Zivilstandswesen und Einbürgerungen (ZEA)
- des Amtes für Gemeinden (Gema)
- des Amtes für Landwirtschaft (LwA)
- des Veterinäramtes (VetA)
- des Amtes für Wald, Wild und Fischerei (WaldA)

wie auch der folgenden ihr administrativ zugewiesenen Einheiten, nämlich

- des Landwirtschaftlichen Instituts des Kantons Freiburg in Grangeneuve (LIG)
- der Oberämter
- des Büros und der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen (GFB)
- der Behörde für Grundstückverkehr (BGV)
- der Verwaltung der Staatsreben (VSR)
- der Nutztiersicherungsanstalt «SANIMA»

### 2. Tätigkeit

#### Entscheidungs- und Unterstützungsaufgaben

Im Rahmen der Gesetzgebung, mit deren Umsetzung sie beauftragt ist, hat die ILFD die Entscheide in ihrem Zuständigkeitsbereich gefällt, insbesondere in den Bereichen Zivilstandswesen, Aufsicht über die Gemeinden, Förderung der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Produkte, Tätigkeiten zur Erhaltung der Waldfläche, zur Förderung von Holz und Holzbau sowie Aufsicht über Fauna und Flora.

Das Generalsekretariat hat seinerseits gemäss Artikel 50 des Gesetzes über die Organisation des Staatsrates in seiner Funktion als Stabsstelle Unterstützungsaufgaben bei der Leitung und der Geschäftsführung der Direktion wahrgenommen, vor allem indem es an der

Entscheidungsfindung und der Umsetzung verschiedener Projekte mitwirkte. Es untersuchte und prüfte für den Direktionsvorsteher zahlreiche Geschäfte, die dem Staatsrat unterbreitet wurden, vor allem Geschäfte aus Zuständigkeitsbereichen anderer Direktionen.

#### Politische Rechte

Auf Antrag der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft erliess der Staatsrat die folgenden ihm durch die Gesetzgebung übertragenen Beschlüsse in den Bereichen, die von den ihm unterstellten Dienststellen und Einheiten vorbereitet wurden.

#### Kantonale Wahlen.

- Beschluss vom 15. Mai 2007 über die Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur Nationalratswahl vom Sonntag, 21. Oktober 2007.
- Beschluss vom 15. Mai 2007 über die Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur Ständeratswahl vom Sonntag, 21. Oktober 2007.

#### Eidgenössische Abstimmungen.

- Beschluss vom 19. Dezember 2006 über die Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur eidgenössischen Volksabstimmung vom Sonntag, den 11. März 2007, über die Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse»
- Beschluss vom 17. April 2007 über die Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur eidgenössischen Volksabstimmung vom Sonntag, den 17. Juni 2007, über die Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (5. IV-Revision)
- Beschluss vom 4. Dezember 2007 über die Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur eidgenössischen Volksabstimmung vom Sonntag, den 24. Februar 2008, über folgende Vorlagen:
  - Volksinitiative «Gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten»;
  - Unternehmenssteuerreformgesetz II

#### Streitsachen

Die Direktion beurteilt Beschwerden gegen Entscheide der ihr unterstellten Dienststellen, d.h. vor allem Entscheide des Amtes für Zivilstandswesen und Einbürgerungen, des Amtes für Landwirtschaft, des Veterinäramtes und des Amtes für Wald, Wild und Fischerei. Sie beurteilt auch andere Beschwerden, für die sie gemäss Gesetz zuständig ist.

Beschwerdeentscheide: 19

Einspracheentscheide: 2

Haftpflichtfälle: 3

Aufsichtsbeschwerden: 3

Sieben Beschwerdeentscheide sowie drei Haftpflichtklagen sind bei höheren Instanzen hängig.

### Besondere Tätigkeiten und Bilanz

**Umsetzung der Kantonsverfassung.** Der Leitungsausschuss unter dem Präsidium des Vorstehers der ILFD hat wie in den Vorjahren die Entwicklung der Anpassung der Gesetzgebung verfolgt. Trotz kleinerer Verspätungen verlaufen die Arbeiten zur Umsetzung der Kantonsverfassung plangemäss. Sie waren von der Annahme einiger wichtiger Projekte durch den Grossen Rat gekennzeichnet, namentlich: des Gesetzes über die Wahl der Richterinnen und Richter und die Aufsicht über sie (in dem die Wählbarkeitsbedingungen für alle Richterinnen und Richter und der Staatsanwaltschaft sowie die Art und Weise der Aufsicht über sie festgelegt werden), des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das freiburgische Bürgerrecht (mit dem unter anderem ein kantonales Rechtsmittel für negative Einbürgerungsentscheide und die Aufhebung der Einbürgerungsgebühr eingeführt werden), des Gesetzes über die Organisation des Kantonsgerichts (in dem es vor allem um die Zusammenlegung des Kantonsgerichts und des Verwaltungsgerichts geht) sowie des Gesetzes über den Bevölkerungsschutz (in dem nicht nur die Aufgaben von Staat und Gemeinden im Zusammenhang mit Katastrophen, sondern auch die Rechte der Opfer und eine angemessene Unterstützung im Katastrophenfall festgelegt werden). Der Staatsrat hat 2007 ausserdem bewilligt, dass zwei weitere wichtige Projekte in die Vernehmlassung gegeben werden, nämlich der Gesetzesvorentwurf über den neuen interkommunalen Finanzausgleich und der Vorentwurf des Gesetzes über die Information und den Zugang zu Dokumenten.

**Umfassende Familienpolitik.** Unter der Leitung des Ad-hoc-Lenkungsausschusses, der 2007 zweimal zusammengetreten ist, wurde die Entwicklung einer umfassenden Familienpolitik weiterverfolgt. Mehrere Themen sind Gegenstand von Projekten, die mit der Umsetzung der neuen Verfassung koordiniert sind. In diesem Zusammenhang wurde von der GSD ein Vorentwurf eines Gesetzes über die Mutterschaftsversicherung ausgearbeitet, der im ersten Halbjahr 2008 in die Vernehmlassung gegeben werden soll. Ein weiteres wichtiges Projekt, die Einführung eines zweiten Kindergartenjahres, ist Gegenstand eines Schlussberichts, der von einer speziellen Arbeitsgruppe verfasst wurde und von der EKSD in die Vernehmlassung gegeben worden ist. Das Projekt zur schulergänzenden Kinderbetreuung wurde ebenfalls besprochen, muss jedoch im Rahmen einer speziellen Arbeitsgruppe noch präzisiert werden. Für das Thema Kinderbetreuung im Vorschulalter wurde bereits eine Kommission gebildet. Es sei hier daran erinnert, dass die Verantwortlichen des Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen in ihrer Funktion als Projektleiterinnen eine wichtige Rolle bei der Koordination spielen.

**Territoriale Strukturen und Wahlkreise.** Die 2006 gebildete Projektorganisation, die den Auftrag hat, im Rahmen der Umsetzung der Kantonsverfassung insbesondere die territorialen Strukturen und Wahlkreise zu überprüfen, hat ihren Bericht zur ersten Phase der Arbeiten eingereicht.

Basierend auf diesem Bericht und jenem des Lenkungsausschusses, der sich aus den Vorstehern der ILFD, der VWD und der RUBD zusammensetzt, hat der Staatsrat die Projektorganisation mit der Weiterführung ihrer Arbeiten beauftragt und folgende Aufträge erteilt:

- Weiterführung der Prüfung einer Neueinteilung der Bezirke;
- Schwergewicht auf der Option, die die Bildung von drei Bezirken vorsieht;
- Überprüfung der Gesetzgebung über die Oberamt-männer.

Ein Bericht über diese zweite Phase der Arbeiten sollte im Herbst 2008 vorgelegt werden.

**Zivilstandswesen und Einbürgerungen.** Dank der Neuorganisation des Amtes konnten insbesondere die Informatisierung und die Erfassung der Zivilstandsdaten beschleunigt werden. So konnte rund die Hälfte der Bevölkerung erfasst werden. Was die Abteilung Einbürgerungen betrifft, wurde der Gesetzesentwurf zur Änderung des Gesetzes vom 16. November 1996 über das freiburgische Bürgerrecht, der insbesondere die Aufhebung der Einbürgerungsgebühr vorsieht und die Zuständigkeit zur Erteilung des Bürgerrechts dem Gemeinderat überträgt, vom Grossen Rat am 9. Mai 2007 angenommen.

Da gegen diesen Gesetzesentwurf ein Referendum zustande gekommen ist, wird er den Stimmberechtigten zur Abstimmung unterbreitet.

**Gemeinden.** Basierend auf den Arbeiten der eigens eingesetzten Arbeitsgruppe wurde ein Vorentwurf des Gesetzes über den interkommunalen Finanzausgleich ausgearbeitet und bis Ende März 2008 in die Vernehmlassung gegeben.

**Agglomeration.** Die ILFD hat insbesondere mit der Unterstützung des Amtes für Gemeinden an der Ausarbeitung der Statuten für die konstituierende Versammlung der Agglomeration Freiburg (über die Statuten wird im ersten Halbjahr 2008 abgestimmt) und am Richtplan der Agglomeration, der den zuständigen Bundesbehörden zur Prüfung unterbreitet wurde, mitgearbeitet.

**Landwirtschaft.** Die neue Struktur wurde gefestigt, und ihre Funktionsweise erweist sich als sehr positiv. Die Gesetzesdispositive über die Landwirtschaft und das Landwirtschaftliche Institut des Kantons Freiburg in Grangeneuve wurden mit je einem Reglement ergänzt.

**Veterinärwesen und Lebensmittelsicherheit.** Der Entwurf des Gesetzes über die Lebensmittelsicherheit ist vom Grossen Rat im Juni 2006 angenommen worden. Aufgrund dieses Gesetzes muss die Kontrolle der Fleischhygiene kantonalisiert und das Kantonale Laboratorium mit dem Veterinäramt zusammengelegt werden. Die Arbeiten im Rahmen der Neuorganisation führten zu einem Transfer des für die Fleischhygiene zuständigen Personals, das bis anhin von den Gemeinden angestellt war, zum Staat Freiburg und seiner Unterstellung unter die Gesetzgebung über das Staatspersonal.

Es wurde beschlossen, dass die Zusammenlegung der beiden kantonalen Dienststellen am 1. Juli 2008 erfolgen soll, nachdem ein klares Organigramm dieser neuen Einheit erstellt worden ist.

Am 1. Januar 2008 ging das Kantonale Laboratorium von der Direktion für Gesundheit und Soziales an die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft über.

**Wald und Wild.** Die Arbeiten zur Bildung von Revierkörperschaften und zur Anpassung der Gesetzgebung über den Wald in Zusammenhang mit der Einführung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen wurden weitergeführt. Ein Vorentwurf zur Änderung des Gesetzes über den Wald wurde dem Staatsrat unterbreitet.

**Analyse der staatlichen Leistungen (ASL).** Im Rahmen des Projekts zur Analyse der Leistungen des Staates Freiburg (ASL) hat das Generalsekretariat der ILFD die Gesamtheit seiner Leistungen analysiert. Diese Prüfung erlaubte zwar, die Art und die Zweckmässigkeit seiner verschiedenen Leistungen quantitativ zu erfassen, die Ziele bezüglich Einsparungen konnten jedoch nicht erreicht werden.

**Deponie La Pila.** Zusammen mit dem Amt für Wald, Wild und Fischerei war die Direktion stark in die Sanierung dieser Deponie und die Beseitigung der cPCB-Verschmutzung der Saane miteinbezogen, vor allem in Hinblick auf die fischereiliche Bewirtschaftung und die Verhängung eines Fischereiverbots im betroffenen Abschnitt der Saane.

### 3. Aussenbeziehungen

**Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandswesen.** Die Konferenz trat im Laufe des Jahres einmal zusammen, nämlich an ihrer Jahresversammlung am 26. und 27. April 2007 in Elm (Glarus).

Es wurden vor allem die folgenden Themen behandelt:

- die Ausbildung der Zivilstandsbeamtinnen und -beamten;
- die Verwaltung der zentralen Datenbank «Infostar», insbesondere die Annahme eines Budgets von über

einer Million Franken für die Entwicklung einer neuen Phase.

**Konferenz Kantonaler Landwirtschaftsdirektoren.** Die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft (ILFD) war durch ihren Vorsteher nicht nur an den nationalen Konferenzen, sondern auch im Vorstand dieser Konferenz vertreten.

Es wurden die wichtigsten Themen behandelt:

- die Handelsbeziehungen mit der Europäischen Union (EU);
- die Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO);
- die Bekämpfung neuer Tierseuchen, die im Laufe der letzten Jahre aufgetreten sind, der Bovinen Virus Diarrhoe (BVD) und der Blauzungkrankheit;
- die Revision der Tierschutzverordnung;
- die Agrarpolitik AP 2011, d.h. das agrarpolitische Programm für die kommenden vier Jahre;
- die Anpassung der Ausbildung der Geflügelzüchterinnen und -züchter im Rahmen der interkantonalen Vereinbarung mit Aviforum;
- die Direktzahlungskürzungen;
- die elektronische Verwaltung von Agrardaten;
- die Massnahmen zur Bekämpfung des Feuerbrands;
- das Management der Schweizerischen Hochschule für Landwirtschaft (SHL).

**Schweizerische Vereinigung für die Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums (AGRIDEA).** Die Vereinigung, deren Präsidium der Vorsteher der ILFD innehat, koordiniert die beiden Zentralen für landwirtschaftliche Beratung in der Schweiz in Lindau und Lausanne. Von den Tätigkeiten dieser Vereinigung seien insbesondere erwähnt:

- die Ausarbeitung einer Leistungsvereinbarung mit dem Bundesamt für Landwirtschaft (BLW);
- die Ausbildung von Beraterinnen und Beratern in den Bereichen Landwirtschaft und bäuerliche Hauswirtschaft;
- die Entwicklung einer Strategie für die Jahre 2008 bis 2011 in Anbetracht der der AGRIDEA übertragenen Aufgaben.

**Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft (SHL).** Die Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft, deren Präsidium der Vorsteher der ILFD innehat, hat sich insbesondere mit den folgenden Fragen befasst:

- den Studiengängen, insbesondere dem Masterdiplom im Bereich Lebensmittelwissenschaften und -technologie
- dem Ausbau der Räumlichkeiten;
- der Zukunft des Konkordats über die Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft.

**Zuckerfabriken Aarberg+Frauenfeld AG.** Die Frage der Zukunft der Zuckerwirtschaft in der Schweiz und die Frage der Änderung bei den Aktionären aufgrund des Entscheids des Kantons Bern, seine Aktien abzustossen, waren die wichtigsten Entscheidungspunkte der Zuckerfabriken Aarberg+Frauenfeld AG, in deren Verwaltungsrat der Vorsteher der ILFD Mitglied und Vertreter des Kantons Freiburg ist. Selbstverständlich sind die Fragen zum Geschäftsgang des Unternehmens das Hauptanliegen des Verwaltungsrats.

**Konferenz der kantonalen Forstdirektoren.** Die folgenden Schwerpunkte standen auf der Tagesordnung der drei Konferenzen des Vorstands, dem der Vorsteher der ILFD angehört, und der Jahresversammlung:

- die Programmvereinbarungen im Rahmen der Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA);
- die Änderung des Waldgesetzes in Zusammenhang mit der eidgenössischen Volksinitiative «Rettet den Schweizer Wald»;
- die Massnahmen zur Prävention von Naturgefahren;
- die Ressourcenökonomie im Forstbereich aufgrund eines neuen Landesforstinventars.

#### 4. Gesetzgebung

Die Gesetze, Dekrete und Verordnungen in den Bereichen, die in die Zuständigkeit der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft fallen, sind in der Reihenfolge ihrer Veröffentlichung in der Amtlichen Sammlung des Kantons Freiburg (ASF) geordnet:

##### Gesetze und Dekrete

- Dekret vom 14. März 2007 über die Einbürgerungen
- Gesetz vom 9. Mai 2007 zur Änderung des Gesetzes über das freiburgische Bürgerrecht
- Dekret vom 15. Juni 2007 über die Einbürgerungen
- Dekret vom 11. September 2007 über die Einbürgerungen
- Gesetz vom 11. September 2007 zur Änderung des Gesetzes über die Jagd sowie den Schutz wild lebender Säugetiere und Vögel und ihrer Lebensräume und zur Genehmigung einer Vereinbarung über die Jagd
- Berichtigung des Büros des Grossen Rates vom 13. Dezember 2007 des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch für den Kanton Freiburg
- Dekret vom 14. Dezember 2007 über die Verleihung des Ehrenbürgerrechts des Kantons Freiburg an Herrn Niklaus Adolphe Merkle und Frau Marie Therese Simone Merkle

- Dekret vom 14. Dezember 2007 über die Einbürgerungen

##### Verordnungen

- Verordnung der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft vom 5. April 2007 über die Vorbeugung und die Entschädigung von Wildschweinschäden
- Verordnung der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft vom 23. April 2007 über die Bekämpfung des Feuerbrands
- Verordnung der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft vom 23. April 2007 über die Bekämpfung der Ackerkratzdistel
- Verordnung vom 1. Mai 2007 über die Prämien und Gebühren für die Entsorgung tierischer Abfälle
- Verordnung vom 1. Mai 2007 über die Prämien der SANIMA und die Höchstbeträge des Schätzwerts der versicherten Tiergattungen für die jährliche Versicherungsperiode
- Verordnung der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft vom 16. Mai 2007 zur Änderung der Verordnung über die Teilprüfungen der Fähigkeitsprüfung für die Jagd und die Bedingungen für den Prüfungserfolg
- Verordnung vom 26. Juni 2007 über die Hundehaltung (HHV)
- Verordnung vom 3. Juli 2007 zur Änderung des Reglements über die Ausübung der Jagd
- Verordnung vom 3. Juli 2007 zur Änderung der Verordnung über die Ausübung der Jagd in den Jahren 2006, 2007 und 2008
- Verordnung vom 28. August 2007 über das Verbot der Ausübung der Fischerei in der Saane zwischen den Staumauern von Rossens und Schiffenen und in der unteren Aegera als dringliche Massnahme
- Ausführungsverordnung des Kantonstierarztes vom 17. Oktober 2007 zur Verordnung des Bundesrats über vorsorgliche Massnahmen zur Verhinderung der Einschleppung der Geflügelpest
- Verordnung des Kantonstierarztes vom 17. Oktober 2007 über die Einbindung des Kantons Freiburg in die Überwachungszone für die Blauzungenkrankheit und die vorbeugenden Massnahmen
- Verordnung vom 10. Dezember 2007 über die Unterstellung des Kantonalen Laboratoriums unter die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft

##### Reglemente

- Landwirtschaftsreglement (LandwR) vom 27. März 2007
- Reglement vom 10. Juli 2007 über das Landwirtschaftliche Institut des Kantons Freiburg (LIGR)
- Reglement vom 4. Dezember 2007 über die Ausübung der Patentfischerei im Jahr 2008

## II. DER ILFD ZUGEWIESENE EINHEITEN

### Oberämter

#### 1. Aufgaben

Die Oberämter, die Magistratsperson, die ihnen vorsteht, der Oberamtmann, der Stellvertreter des Oberamtmanns sowie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

nehmen zahlreiche Aufgaben wahr, die ihnen durch das Gesetz über die Oberamtmänner und zahlreiche weitere Gesetze in den verschiedensten Bereichen übertragen werden. Es handelt sich um Aufgaben sowohl aus dem Bereich der administrativen Gewalt als auch der richterlichen Gewalt, die eine Zusammenarbeit mit allen Direktionen und mehreren Dienststellen des Staates erforderlich machen.

#### 2. Tätigkeit

Gerichtliche und administrative Tätigkeit (Statistik)

|  | <i>Saane</i>    | <i>Sense</i>   | <i>Greyerz</i> | <i>See</i>     | <i>Glane</i>   | <i>Broye</i>   | <i>Vivisbach</i> |
|--|-----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|------------------|
| <b>Strafklagen und Strafanzeigen</b>                     | 10594<br>(8035) | 1027<br>(871)  | 1646<br>(1554) | 1972<br>(1119) | 380<br>(452)   | 716<br>(1124)  | 536<br>(627)     |
| <b>Versöhnungsversuche:</b>                              | 549<br>(405)    | 54<br>(39)     | 141<br>(145)   | 58<br>(80)     | 55<br>(77)     | 57<br>(63)     | 37<br>(43)       |
| – davon erfolgreich                                      | 352<br>(278)    | 30<br>(25)     | 102<br>(110)   | 28<br>(29)     | 32<br>(47)     | 25<br>(35)     | 14<br>(26)       |
| – davon gescheitert                                      | 197<br>(127)    | 20<br>(12)     | 39<br>(35)     | 30<br>(51)     | 11<br>(16)     | 32<br>(28)     | 8<br>(17)        |
| <b>Strafbefehle:</b>                                     | 9925<br>(7630)  | 959<br>(805)   | 1505<br>(1409) | 1901<br>(1039) | 319<br>(375)   | 642<br>(1061)  | 499<br>(584)     |
| – davon definitiv  | 9800<br>(7478)  | 945<br>(780)   | 1455<br>(1368) | 1866<br>(1000) | 314<br>(359)   | 618<br>(1029)  | 473<br>(569)     |
| – davon mit Einsprache angefochten                       | 125<br>(152)    | 14<br>(25)     | 50<br>(41)     | 35<br>(39)     | 8<br>(2)       | 24<br>(32)     | 18<br>(15)       |
| <b>Verwaltungsbeschwerden</b><br>(2007 erfasst)          | 54<br>(65)      | 34<br>(13)     | 28<br>(53)     | 13<br>(12)     | 17<br>(16)     | 55<br>(22)     | 4<br>(11)        |
| <b>Baubewilligungen</b><br>(Heizungsanlagen inbegriffen) | 840<br>(946)    | 521<br>(510)   | 613<br>(692)   | 488<br>(540)   | 269<br>(306)   | 529<br>(573)   | 282<br>(275)     |
| <b>Jagdpatente</b>                                       | 361<br>(320)    | 297<br>(328)   | 555<br>(564)   | 135<br>(131)   | 154<br>(161)   | 116<br>(121)   | 160<br>(159)     |
| <b>Fischereipatente</b>                                  | 1441<br>(1528)  | 1125<br>(1139) | 1865<br>(1846) | 2109<br>(2136) | 272<br>(247)   | 461<br>(446)   | 244<br>(222)     |
| <b>Einsargungen</b>                                      | 26<br>(26)      | 2<br>(1)       | 4<br>(8)       | 3<br>(1)       | 0<br>(0)       | 0<br>(1)       | 1<br>(0)         |
| <b>Verschiedene Bewilligungen</b>                        | 2367<br>(2799)  | 1556<br>(1395) | 2797<br>(2656) | 1997<br>(1870) | 1187<br>(1315) | 1844<br>(1741) | 594<br>(624)     |
| <b>Freiheitsentzug</b><br>(Vorfürhungen)                 | 27<br>(20)      | 2              | 12<br>(15)     | –<br>(–)       | 0<br>(4)       | 7<br>(4)       | 1<br>(0)         |

#### Oberamtmännerkonferenz

Die Oberamtmännerkonferenz, das informelle Koordinationsorgan und die Austauschplattform der Oberamtmänner, hat 2007 monatlich getagt. Hinzu kommen die Beteiligung an der Konferenz der Regionen und am von der Volkswirtschaftsdirektion (VWD) im Rahmen der Umsetzung der Neuen Regionalpolitik organisierten Kreativitätsforum sowie die Teilnahme an zahlreichen Kommissionssitzungen, Arbeitssitzungen und verschiedenen Veranstaltungen.

Die Konferenz bot verschiedenen Staatsräten und Amtsvorstehern die Möglichkeit, neue Projekte vorzustellen

oder über besondere Punkte, die alle Oberämter betreffen, zu diskutieren.

Die Oberamtmännerkonferenz hat ausserdem zu Vernehmlassungen, die ihr unterbreitet wurden, Stellung genommen. Sie ermöglichte die Koordination von Verfahren oder von Antworten auf Fragen, für die ein einheitlicher Ansatz für das ganze Kantonsgebiet erforderlich war (z.B. Wahlpropaganda).

## Oberamt des Saanebezirks

Oberamtmann: Nicolas Deiss

### Bereiche der EKSD

**Association du Cycle d'orientation de la Sarine-Campagne et du Haut-Lac français.** Die Delegiertenversammlung hat beschlossen, durch ein externes Audit überprüfen zu lassen, ob die gegenwärtigen Strukturen sowohl auf der Ebene der Verbandsleitung als auch auf der Ebene der OS-Schulen noch dem Bedarf entsprechen.

**OS Saane-West.** Die Arbeiten konnten wie geplant im Laufe des Sommers abgeschlossen werden, und die Klassen vom 1. bis zum 3. Jahr OS konnten die Räumlichkeiten zu Beginn des Schuljahres 2007/08 beziehen. Die Schülerinnen und Schüler und die Lehrerschaft wie auch die Anwohnerinnen und Anwohner schätzen die Qualität der Infrastruktur und des Materials.

**Coriolis (Kulturförderung).** Das Espace Nuithonie in Villars-sur-Glâne erfreut sich nach wie vor grosser Beliebtheit. Aufgrund einer neuen Vereinbarung zwischen dem Gemeindeverband Coriolis Infrastrukturen und den Casinos Barrière überweisen letztere nun jährlich an Coriolis Infrastrukturen einen Betrag, der 12,5% des Reinertrags des Spielbetriebs entspricht anstatt 8%. Dank diesen neuen Vereinbarungsbestimmungen kann Casino Barrière nun von Steuervergünstigungen profitieren. Für das Jahr 2007 konnte Coriolis Infrastrukturen so ein Betrag von 1,8 Millionen überwiesen werden.

### Bereiche der SJD

**Gaststätten.** Im Rahmen seines Auftrags zur Überwachung der öffentlichen Gaststätten hat das Oberamt im Einverständnis mit dem Amt für Gewerbepolizei bei den Betreibern von Gaststätten eine Aktion gestartet, um sie an die gesetzlichen Vorschriften im Zusammenhang mit dem Übernahmeverfahren von Gaststätten zu erinnern. Immer mehr Betreiberinnen und Betreiber erlauben sich, ihre Tätigkeit ohne jegliche Bewilligung aufzunehmen, bzw. ohne irgendwelche Schritte in Hinblick auf die Ausstellung eines Patents unternommen zu haben.

### Bereiche der ILFD

**Abstimmungen.** Ein Teil des Personals des Oberamts wurde durch die eidgenössischen Abstimmungen sehr in Anspruch genommen.

**Agglomeration.** Ende Jahr hat die konstituierende Versammlung der Agglomeration die Statuten der zukünftigen Agglomeration verabschiedet. Die Statuten konnten somit dem Staatsrat zur Genehmigung unterbreitet werden. Nach einer Konsultativabstimmung bei seiner Bevölkerung hat der Gemeinderat von Tafers bei der konstituierenden Versammlung den Austritt der Ge-

meinde aus dem provisorischen Perimeter der Agglomeration beantragt. Die konstituierende Versammlung wird Anfang 2008 darüber abstimmen.

**Gemeindezusammenschluss.** Auf Antrag der Ammännerkonferenz der Region Gbloux wurde für die Gemeinderäte von Corpataux-Magnedens, Farvagny, Le Glèbe, Hauterive, Rossens und Vuisternens-en-Ogoz eine erste Informationssitzung auf Anfang 2008 anberaumt. Sollte die Operation von Erfolg gekrönt sein, werden wir der Entstehung einer Gemeinde von mehr als 8 000 Einwohnern beiwohnen.

### Bereiche der VWD

**Verkehrsverbund der Agglomeration Freiburg (CUTAF).** Die Tätigkeiten im Rahmen dieses Gemeindeverbandes gehen nach wie vor rasch voran, vor allem was die finanzielle Beteiligung an Projekten in verschiedenen Gemeinden des Verbunds betrifft. Letzterer wurde stark in die Arbeiten der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion im Hinblick auf die Einreichung des Agglomerationsprogramms bei den Bundesbehörden miteinbezogen.

**Neue Regionalpolitik (NRP).** Der Oberamtmann hat mit seinen Kollegen an mehreren Sitzungen der Konferenz der Regionen teilgenommen, um das Inkrafttreten der Neuen Regionalpolitik vorzubereiten.

### Bereiche der GSD

**Bezirkskommission für Pflegeheime CODEMS.** Die Bezirkskommission für Pflegeheime hat ihre Hilfe bei den Finanzierungskosten für das Pflegeheim Sainte-Jeanne-Antide einerseits und das Home des Bonnesfontaines und das Home de Givisiez andererseits zugesichert.

**Association des Communes pour les Services Médico-Sociaux (ACSMS).** Die Arbeiten zur Vergrösserung des Pflegeheims des Saanebezirks verlaufen plangemäss. Die neuen Räumlichkeiten können im Herbst 2008 in Betrieb genommen werden.

### Bereiche der FIND

Keine Bemerkungen

### Bereiche der RUBD

**Agglomeration Freiburg.** Basierend auf einer Vereinbarung zwischen dem freiburgischen Staatsrat und der konstituierenden Versammlung der Agglomeration Freiburg wurden die Arbeiten im Zusammenhang mit dem Richtplan der Agglomeration Freiburg weitergeführt. Der Richtplan ist ein Agglomerationsprogramm im Sinne der Bundesgesetzgebung über die Beiträge an den Agglomerationsverkehr. Im Dezember konnte das Agglomerationsprogramm fristgerecht bei den Bundesbehörden eingereicht werden.

**Fahrende.** Aufgrund eines Staatsratsbeschlusses hat der Oberamtmann mit den Gemeindebehörden von Corpataux-Magnedens im Hinblick auf die Einrichtung eines Standplatzes für Fahrende Kontakt aufgenommen. Der Gemeinderat erklärte sich bereit, darauf einzutreten, unter der Bedingung, dass der Gemeinde eine einmalige Entschädigung von zwei Millionen Franken überwiesen werde. Da der Staatsrat der Ansicht war, dass eine allfällige Entschädigung von den Gemeinden getragen werden müsse, wandte sich der Oberamtmann in diesem Sinne an den Freiburgischen Gemeindeverband. Dieser war jedoch der Meinung, dass diese Entschädigung vom Staat übernommen werden müsse. Daraufhin hat der Staatsrat beschlossen, nicht auf eine Übernahme einer entsprechenden Entschädigung einzutreten und hat den Oberamtmann damit beauftragt, im Hinblick auf die Schaffung eines Standplatzes in Corpataux-Magnedens erneut den Gemeinderat anzugehen.

#### **Oberamt des Sensebezirks**

Oberamtmann: Nicolas Bürgisser

#### **Bereiche der EKSD**

Keine Bemerkungen

#### **Bereiche der SJD**

**Alkohol bei Jugendlichen.** Der zunehmende Alkoholkonsum von Jugendlichen, ja Kindern im obligatorischen Schulalter, ist ein Problem, welches die Gemeinden und das Oberamt stark beschäftigt. Mit etlichen unangemeldeten Kontrollen in Bars, Restaurants und bei grossen Festanlässen wurde die Repression verstärkt.

#### **Bereiche der ILFD**

**Jagd.** Wegen der unglücklichen Vorfälle während der letztjährigen Jagdsaison hat das Oberamt Sense entschieden, in Zusammenarbeit mit der ILFD, dem Amt für Wald, Wild und Fischerei und den beiden Jagdvereinen Hubertus und Diana vor der Eröffnung der Jagdsaison ein Treffen zu organisieren. Während des Treffens wurde daran erinnert, dass die Jagd nur dann problemlos verlaufen kann, wenn sich jede und jeder seiner Verantwortung bewusst ist. Dieses Vorgehen war erfolgreich, denn es wurden keine aussergewöhnlichen Vorfälle gemeldet.

Was den Luchs betrifft, so hat das Oberamt Sense die Jägerinnen und Jäger aufgefordert, es unverzüglich dem Wildhüter oder dem Oberamt zu melden, wenn sie einen Luchs sehen, damit die Spuren erfasst werden können. Im vergangenen Jahr ging keine Meldung ein.

#### **Bereiche der VWD**

**Neue Regionalpolitik des Bundes (NPR).** Mehrere Projekte sind bereit und können bei den zuständigen Instanzen eingereicht werden. Besondere Beachtung verdient das Pionierprojekt der Windenergie auf dem

Schwyberg. Ebenfalls geprüft wird der Bau von Kleinwasserkraftwerken. Im ehemaligen Institut Guglera entsteht ein Kompetenzzentrum für medizinische und soziale Unterstützungs- und Begleitprojekte.

**Verkehr.** Der Beschluss über die Einführung des Halbstundentaktes auf der Bahnlinie Bern – Freiburg konnte im vergangenen Jahr gefasst werden. Ab Flamatt in Richtung Bern werden gar viertelstündliche Regionalzüge verkehren. Die Einführung erfolgt per Ende 2008.

#### **Bereiche der GSD**

**Stiftung «deStarts».** Die Angebote der Stiftung der «neuen» Guglera wurden hervorgehoben und sollten vom Staat Freiburg besser genutzt werden.

**Spitex.** Die Arbeiten für die Zusammenlegung der drei Sensler Spitex-Vereine sind am Laufen und sollten eine Zusammenlegung per Ende 2008 ermöglichen.

**Gesundheitsnetz.** Der Gemeindeverband «Pflegeheim des Sensebezirks» arbeitet weiterhin an der Umsetzung des Berichts «Gesundheitsnetz», der letztes Jahr von den Gemeinden verabschiedet worden ist.

Die «Region Sense» hat zur Spitalplanung des Kantons Stellung genommen.

#### **Bereiche der FIND**

Das Projekt des interkommunalen Finanzausgleichs stellt mehrere Gemeinden vor Probleme. Eine Arbeitsgruppe der «Region Sense» arbeitet an einer gemeinsamen Stellungnahme.

#### **Bereiche der RUBD**

**Agglomeration Freiburg.** Die Gemeinden Düdingen und Tafers sind im provisorischen Perimeter der Agglomeration Freiburg. An mehreren Sitzungen wurden die Vor- und Nachteile einer Mitgliedschaft in der Agglomeration Freiburg erörtert. Die beiden Gemeinden organisierten öffentliche Informationsveranstaltungen für die Bürgerinnen und Bürger.

Es herrscht Unsicherheit betreffend den Status der drei Gemeinden Schmiten, Bösinggen und Wünnewil-Flamatt im Projekt der Agglomeration Bern. Insbesondere stellt sich die Frage, welche Vorteile eine Zugehörigkeit zur Agglomeration Bern hätte.

**«Region Sense».** Die «Region Sense» beginnt mit der Totalrevision ihrer Regionalplanung. Die aktuell gültige Regionalplanung stammt aus dem Jahre 1991. Die angestrebte Revision der Regionalplanung und des Entwicklungskonzeptes fokussiert sich auf das Jahr 2010.

**Verkehr.** Die Arbeiten an der Verkehrsstudie «unterer Sensebezirk» sind in vollem Gange. Die Kommunikati-

onsprobleme im Zusammenhang mit dem Neubau der Kantonsstrasse Plasselb – Oberschrot konnten geregelt werden.

Das Schlusskonzept «Befahren der Alp- und Forststrassen» konnte beim Tiefbauamt Anfang Jahr zur Stellungnahme deponiert werden.

**Bauwesen.** Der Sensebezirk erlebte im vergangenen Jahr einen Bauboom. Etliche Bauprojekte wurden initiiert oder sind bereits in der Realisierung.

### **Oberamt des Greyerzbezirks**

Oberamtmann: Maurice Ropraz

### **Bereiche der EKSD**

**Orientierungsschulverband Greyerz.** Der Schulvorstand hat weitere Abklärungen getroffen, um genauer festlegen zu können, wie die Räumlichkeiten in Anbetracht des Anstiegs des Schülerbestands erweitert werden müssen.

**Kollegium des Südens.** Das Kollegium bereitet sich aktiv darauf vor, zusammen mit den zuständigen Dienststellen des Staates ein Projekt für die Erweiterung des Standortes Bulle auszuarbeiten, das der Entwicklung des Schülerbestandes Rechnung tragen soll.

**Stiftung Schloss Greyerz.** Die Renovation des Abwärtsgebäudes und die Schaffung einer Multimediaschau sind praktisch abgeschlossen. Die Eröffnung für das Publikum wird im Laufe des Jahres 2008 stattfinden.

**Stiftung Pro Gruyères.** Die Pflasterungsarbeiten des Grafenstädtchens sind weit fortgeschritten und verleihen dem mittelalterlichen Marktflecken einen erstklassigen historischen Anstrich.

**Sonderschulklassen des Greyerzbezirks.** Die Stiftung, die die Sonderschulklassen und die Schuldienste verwaltet, hat ihren Auftrag zugunsten von Kindern mit einer Behinderung oder einem Entwicklungsrückstand wahrgenommen und ausgeweitet.

**Regionales Sportzentrum.** Eine Arbeitsgruppe der Association Régionale la Gruyère führt gegenwärtig in Zusammenarbeit mit den betroffenen Partnern und einem professionellen Mandatsträger eine Erhebung über das Sport- und Freizeitangebot im Bezirk durch, um festzustellen, ob die Schaffung eines regionalen Sportzentrums sinnvoll wäre.

### **Bereiche der SJD**

**Gaststätten.** Das Oberamt hat seinen Auftrag zur Überwachung der öffentlichen Gaststätten in Zusammenarbeit mit dem Amt für Gewerbepolizei und der

Kantonspolizei wahrgenommen. Besondere Aufmerksamkeit galt der Organisation von bedeutenden Veranstaltungen wie der Fête des jeunesses. In der Region werden zahlreiche Präventionsaktionen durchgeführt, insbesondere durch die Stiftung «Passage» und den Verband «Association Stop violence en Gruyère».

### **Bereiche der ILFD**

**Agglomeration.** Der Oberamtmann hat sich bereit erklärt, den Vorsitz der Delegiertenversammlung des Verbunds Mobul, der beim Bund ein Agglomerationsprogramm für die Gemeinden Bulle, Morlon, Riaz, Vuadens und Le Pâquier eingereicht hat, zu übernehmen. Obwohl nur beschränkt Zeit zur Verfügung stand, wurde von den betreffenden Instanzen beachtliche Arbeit geleistet.

**Abstimmungen und Wahlen.** Das Personal des Oberamts war mit den kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen, insbesondere mit den verschiedenen kantonalen und eidgenössischen Wahlen im Herbst, beschäftigt.

**Gemeindezusammenschluss.** Im Jauntal wurde von den Gemeindeexekutiven ein neues Fusionsprojekt initiiert.

**Verband CommuNet.** Eine Arbeitsgruppe der Association Régionale la Gruyère hat mit Partnern anderer Bezirke weitere Abklärungen im Hinblick auf die baldige Schaffung des Verbands CommuNet getroffen, der den Mitgliedgemeinden Leistungen im Bereich Informatik liefern soll.

### **Bereiche der VWD**

**Association touristique La Gruyère (ATG).** Es wurde ein neuer Direktor ernannt.

**Bergbahnen.** Der Regionalrat für die Bergbahnen hat sich weiterhin für eine gemeinsame Promotion der Greyerzer Anlagen eingesetzt.

**Association Régionale la Gruyère.** Die Schritte innerhalb des Verbandes zur Rekapitalisierung des regionalen Investitionsfonds waren von Erfolg gekrönt.

**Neue Regionalpolitik (NRP).** Der Oberamtmann hat mit seinen Kollegen an mehreren Sitzungen der Konferenz der Regionen teilgenommen, um das Inkrafttreten der Neuen Regionalpolitik vorzubereiten.

### **Bereiche der GSD**

**Gemeindeverband Gesundheitsnetz Greyerz.** Die neue Einheit setzt alles daran, den Erwartungen der Benutzer professionell gerecht zu werden und so die Ansprüche des Personals und der Körperschaften, die die Finan-

zierung garantieren, zu befriedigen. Der Oberamtmann steht der Delegiertenversammlung vor.

**COSAF und CODEMS.** Dank seinem Vorsitz in der Bezirkskommission für Spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe (COSAF) und in der Bezirkskommission für Pflegeheime (CODEMS) begünstigt der Oberamtmann eine positive Zusammenarbeit zwischen den Partnern im Bereich Gesundheit.

### **Bereiche der FIND**

**Informatik in den Gemeinden.** Das Oberamt verfolgt aufmerksam die Abklärungen auf kantonaler Ebene im Bereich Informatik, die zu einer Harmonisierung der Websites der Oberämter führen sollten.

### **Bereiche der RUBD**

**Kantonale Naturgefahrenkommission (KND).** Der Oberamtmann hat das Präsidium dieser Kommission übernommen und so die Nachfolge des ehemaligen Oberamtmanns Marius Zosso angetreten. Gegenwärtig sind Arbeiten zur Kartierung der Gefahren im Flachland im Gange.

**Ortsverkehr.** Die Bauarbeiten an der H189 und im Stadtzentrum von Bulle haben im Bezirkshauptort gewisse Schwierigkeiten verursacht, insbesondere in Richtung der Autobahn A12 beim Anschluss Riaz. Die Situation normalisiert sich jedoch allmählich.

**Strasse Romont – Vaulruz.** Der Leitungsausschuss für den Bau der Strasse Romont – Vaulruz hat seine Abklärungen praktisch abgeschlossen. Der Staatsrat wird dem Grossen Rat im Laufe des Jahres 2008 ein endgültiges Projekt vorlegen können.

**Fahrende.** Das Fehlen fixer Standorte führt weiterhin zu Schwierigkeiten bei der Aufnahme von Gemeinschaften und Privatpersonen.

**Schiessstand.** Die Association Régionale la Gruyère hat eine Arbeitsgruppe gebildet, die den Auftrag hat, festzustellen, ob im Bezirk gegebenenfalls Bedarf nach einem regionalen Schiessstand besteht.

Nebst den Aufgaben in den erwähnten Bereichen widmete der Oberamtmann dem Agglomerationsprogramm der Zentrumsgemeinden des Greyerzbezirks besondere Aufmerksamkeit (Verbund Mobul). Die von den betreffenden Gemeinden geplanten Arbeiten sollten von den Beiträgen des Infrastrukturfonds des Bundes profitieren können und eine einheitlichere Politik in den Bereichen Verkehr, Umwelt und städtebauliche Entwicklung ermöglichen.

### **Oberamt des Seebezirks**

Oberamtmann: Daniel Lehmann

### **Bereiche der EKSD**

**Schulen.** Der Oberamtmann präsidiert die Delegiertenversammlung der Orientierungsschule Region Murten und ist für die Vorstände und Schulleitungen der Orientierungsschulen des Bezirks beratend tätig. Er nimmt an der Delegiertenversammlung und an Vorstandssitzungen der Orientierungsschule Sarine-Campagne und Haut-Lac teil.

**Berufsberatung.** Die vom Oberamtmann präsidierte Kommission des Seebezirks für Berufs- und Laufbahnberatung überwacht den Betrieb der Berufsberatung an den Orientierungsschulen von Murten, Kerzers und Gurmels sowie das Berufsinformationszentrum (BIZ) des Seebezirks in Murten.

**Kultur.** Das Oberamt unterstützt verschiedene kulturelle Aktivitäten im Bezirk sowie Organisationen zur Erhaltung oder Wiederbelebung von Kulturgütern. Einen Schwerpunkt bildet das Festival Murten Classics mit seinen Konzerten im Schlosshof, das im Jahre 2007 erneut einen Besucherrekord erlebte.

**Projekt Santé Jeunesse.** Im Rahmen des Projektes «Santé Jeunesse» konnte in Courtepin ein Jugend-Musiklokal eingerichtet werden.

### **Bereiche der SJD**

**Strafsachen.** Die Zahl der ausgestellten Strafbefehle hat zugenommen, was im Wesentlichen auf die entsprechend gestiegene Anzahl der Verzeigungen wegen Geschwindigkeitsübertretungen zurückzuführen ist.

**Gaststätten und Veranstaltungen.** Die Probleme in Zusammenhang mit Lärmemissionen von Gaststätten und Veranstaltungen häufen sich und beschäftigen das Oberamt zunehmend. Das Oberamt hat das Amt für Gewerbepolizei insbesondere bei den Arbeiten zur Nachführung der Patente der Gaststätten mit Terrassenbetrieb unterstützt.

**Schiesswesen.** Der nach Vermittlung durch das Oberamt zustande gekommene gemeinsame Schiessstand von Courgevaux und Murten konnte realisiert und eingeweiht werden. Die vom Oberamtmann präsidierte kantonale Kommission ist zusammen mit dem Amt für Umwelt für die Bodensanierung der Scheibenstände zuständig.

**Feuerwehr.** Der Oberamtmann und der Vizeoberamtmann haben an mehreren Regionalübungen teilgenommen. Mehr als in früheren Jahren waren im Jahre 2007 auch wieder grössere Brandfälle zu verzeichnen.

### **Bereiche der ILFD**

**Territorialstrukturen.** Der Oberamtmann macht in der Projektkommission für die Überprüfung der Territorialstrukturen mit.

**Wahlen.** Das Oberamt war intensiv mit der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Nationalrats- und Ständeratswahlen beschäftigt. Zur Vorbereitung der Wahlen hat es für die Verantwortlichen der Wahlbüros der Gemeinden einen Informationsabend durchgeführt.

**Verband der Gemeinden des Seebezirks.** Im Rahmen des Verbandes der Gemeinden des Seebezirks wurden zu zahlreichen bedeutenden Vorlagen Stellungnahmen verfasst. Der Verband befasste sich insbesondere mit der Revision des regionalen Richtplanes und mit der Spitalplanung.

**Interkommunaler Finanzausgleich.** Der Oberamtmann wirkte mit in der Steuerungs-Kommission zur Erarbeitung eines Projektes für den interkommunalen Finanzausgleich.

**Bodenverbesserungskörperschaften.** Unter dem Vorsitz des Oberamtmanns hat die letzte Organisationsversammlung der Bodenverbesserungskörperschaft Misery-Courtion die Statuten angenommen.

**Trinkwasserverbund Bibera (TWB).** Nach der Ablehnung des Beitritts zum Trinkwasserverbund Bibera durch die Gemeindeversammlung von Cressier wurden Alternativlösungen für eine Realisierung des Netzes ohne diese Gemeinde evaluiert. Die Arbeiten für die Gründung des Verbundes stehen vor dem Abschluss.

### **Bereiche der VWD**

**Neue Regionalpolitik.** Im Rahmen der Konferenz der Regionen hat sich der Oberamtmann intensiv an den Arbeiten zur Umsetzung der neuen Regionalpolitik des Bundes auf kantonaler Ebene beteiligt. Im Regionalverband See wurden Vorabklärungen für mögliche Projekte, insbesondere in den Bereichen Tourismus (Aufbau der Marke «Dreiseenland») und Bio-Energie (Verwertung von Rüstabfällen), getroffen.

**Tourismus.** Der Regionalverband See beteiligt sich aktiv am koordinierten Tourismusmarketing des Kantons Freiburg und führt erfolgreich eigene Marketingaktionen durch.

**Arbeitsmarkt.** Der Oberamtmann präsidiert die tripartite Kommission des Regionalen Arbeitsvermittlungszentrums (RAV) des Seebezirks und des Sensebezirks. Zusammen mit seinem Kollegen aus dem Sensebezirk

ist er zudem Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung «deStarts» zur Förderung arbeitsloser Jugendlicher.

### **Bereiche der GSD**

**Spitalplanung.** Die Gemeinden haben den kantonalen Spitalplanungsentwurf mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, war der Bedarf für das Leistungsangebot im Rahmen des Spitalkonzepts Nordosten doch eindrücklich bestätigt worden. Trotzdem haben die Gemeinden des Seebezirks der Spitalplanung zugestimmt, damit endlich die erforderlichen Restrukturierungen realisiert werden können. Eine Akutabteilung Innere Medizin mit einem Notfalldienst ist im Seebezirk ihrer Meinung nach unabdingbar.

**Gesundheitsnetz See.** Die vom Oberamtmann geführte Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Gründung eines Gesundheitsnetzes See hat ihre Vorarbeiten weitgehend abgeschlossen. Das Gesundheitsnetz wird sich in einem ersten Schritt auf die Zusammenlegung der Trägerstrukturen der von Gemeindeverbänden geführten Heime des Seebezirks und auf die Bildung der Bezirksstruktur für die Spitex-Dienste beschränken. Die Statuten werden im Frühling 2008 genehmigt werden.

**Spitalexterne Krankenpflege.** Das Oberamt führt das Präsidium der Bezirkskommission für die spitalexterne Krankenpflege, die insbesondere die Entscheide betreffend die Gewährung einer Pauschalentschädigung zu fällen hat und für die Koordination der Spitex-Dienste zuständig ist. Im Hinblick auf die Annahme eines Reglements über die Pauschalentschädigungen hat das Oberamt ein Modell für die entsprechende Anpassung der Bezirksreglemente ausgearbeitet.

### **Bereiche der FIND**

**Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA).** Im Rahmen des Verbandes der Gemeinden des Seebezirks sind die Auswirkungen dieser Neugestaltung für die Gemeinden analysiert worden.

### **Bereiche der RUBD**

**Regionaler Richtplan.** Die Arbeiten zur Revision des regionalen Richtplanes sind weitergeführt worden, und es wurde ein Auftrag an ein Planungsbüro erteilt. Vorab sind die interkommunalen Zentren und die regionalen Tourismuspole definiert worden.

**Strassen.** Im Zusammenhang mit den Arbeiten zur Revision des regionalen Richtplanes ist auch die Strassenplanung (Verbindung der interkommunalen Zentren) erarbeitet und dem Bau- und Raumplanungsamt eingereicht worden.

**Bauwesen.** Zwar hat die Anzahl erteilter Baubewilligungen im Jahre 2007 gegenüber den Vorjahren leicht abgenommen. Jedoch war eine relativ grosse Anzahl komplexer Dossiers zu verzeichnen. Mehr und mehr treten auch Fälle von widerrechtlichen Bauten auf, bei denen sich die Bauherrschaft über Anordnungen und Auflagen von Baubewilligungen hinwegsetzt.

### **Oberamt des Glanebezirks**

Oberamtmann: Jean-Claude Cornu

### **Bereiche der EKSD**

**Gemeindeverband für die Orientierungsschule des Glanebezirks.** Mit der Ernennung und dem Amtsantritt eines neuen Direktors und der Bezeichnung eines neuen Verwalters hat die OS Glane das Gleichgewicht gefunden, das für eine Schule dieser Bedeutung angemessen ist. Die OS Glane ist die grösste OS des Kantons mit rund 1000 Schülerinnen und Schülern und über hundert Unterrichtenden an einem Standort. Abgesehen von den alltäglichen Problemen lässt sich ein Anstieg von Fällen von Vandalismus (Graffiti, Beschädigungen) feststellen. Diese unerfreuliche Tendenz muss bekämpft werden, was jedoch kein einfaches Unterfangen ist.

**Bicubic Romont: Sport und Kultur.** Diese grossartige Infrastruktur ist für den schulischen Bedarf bis an ihre Grenzen ausgelastet. Dies hat die Abgeordneten veranlasst, einen Kredit zur Ergänzung der Anlagen mit Sportplätzen im Freien zu genehmigen. Was den kulturellen Betrieb betrifft, muss man sich trotz hochstehendem Niveau noch dafür einsetzen, vor vollen Rängen zu spielen und nicht nur ein Publikum aus dem Glanebezirk, sondern aus dem ganzen Kanton und von weiter her anzuziehen.

**Sonderschulunterricht.** Sorgen über die zukünftige Finanzierung des Sonderschulunterrichts sind nach wie vor festzustellen.

**Museum für Glasmalerei Romont.** Dank der Chagall-Ausstellung konnte das Museum eine ausserordentlich gute Saison verbuchen. Die zahlreichen Besucherinnen und Besucher waren begeistert von den Umbauten, die dank dem grossen finanziellen Engagement und der Unterstützung der kantonalen Behörden durchgeführt werden konnten.

**Château de Mézières.** Dank den Beiträgen von Bund und Kanton und insbesondere dank der einmaligen Unterstützung durch die Loterie Romande und durch grosszügige Spenderinnen und Spender konnte das Château de Mézières nach seiner Renovation seine Tore als Schweizer Tapetenmuseum mit einer einmaligen Sammlung an Tapeten in einem sehenswerten Bau eröffnen.

### **Bereiche der SJD**

**Gaststätten.** Abgesehen von einer illegal eröffneten Buvette gibt es im Bereich Gaststätten und öffentliche Ordnung nichts zu vermelden.

**Feuerwehr.** Bei der Organisation der Feuerwehr sind wichtige Änderungen im Gange, vor allem im Hinblick auf das kantonale Projekt Frifire. 7 Gemeinden im Süden des Bezirks haben ihre Corps bereits zu einer Einheit zusammengelegt. Weitere Konzentrationsprozesse sind im Gange.

### **Bereiche der ILFD**

**CommuNet.** Das vom Oberamt und von der Region Glane-Vivisbach initiierte und getragene Projekt CommuNet, das eine Vernetzung und gemeinsame Nutzung von Informatikabläufen von Gemeinden, Gemeindeverbänden und Staat vorsieht, ist soweit fortgeschritten, dass sich ihm zahlreiche Gemeinden aus anderen Bezirken, insbesondere dem Broye-, dem Greyerz- und dem Vivisbachbezirk, anschliessen.

### **Bereiche der VWD**

**Tourismus – Regionalsekretariat.** Zur Verbesserung der Effizienz und der Synergien sowie zur gleichzeitigen Senkung der Betriebskosten der Infrastrukturen wurden der Verkehrsverein Romont und Region und das Regionalsekretariat Glane-Vivisbach in eine einzige Struktur zusammengeführt und in den neu renovierten Räumlichkeiten im Erdgeschoss des Rathauses von Romont untergebracht. Die nötigen Investitionen konnten dank eines bedeutenden IHG-Darlehens genehmigt werden.

**Neue Regionalpolitik.** Der Oberamtmann hat wie bisher zusammen mit dem Regionalsekretariat Glane-Vivisbach die Konferenz der Regionen geleitet. In der Konferenz der Regionen sind alle freiburgischen Regionen (IHG und nicht IHG) informell vereinigt. Im Rahmen zahlreicher Sitzungen, vor allem mit dem Leitungsausschuss des Staatsrats, haben die Regionen ihre Vorschläge und Bedenken für die Zukunft geltend gemacht und sich an Projekten zur Umsetzung der neuen Gesetzgebung auf kantonaler Ebene beteiligt.

**Glane 2025.** Im Anschluss an den Bericht des «Institut des hautes études en administration publique» (IDHE-AP) in Lausanne hat der Oberamtmann auf Verlangen der Volkswirtschaftsdirektion (VWD) ein Projekt zur regionalen Entwicklung ausgearbeitet («La Glâne en 2025: la vie au vert»), das auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtet ist, d.h. auf eine gemässigte Entwicklung, die auf Qualität und Umwelt setzt. Der Bericht empfiehlt die Ausarbeitung einer Territorialen Agenda 21 mit zusätzlichen lokalen Agendas.

Auf **wirtschaftlicher Ebene** ist die Ansiedelung einiger neuer Unternehmen im Glanebezirk und der Ausbau bestehender Unternehmen zu erwähnen, wodurch die erlittenen und bevorstehenden schwerwiegenden Verluste (Tetra Pak, AMP) etwas wettgemacht werden. Die Sorgen betreffend den Standort von Schoeller Arca System in Romont bleiben jedoch bestehen.

**Heliport Villaz-St-Pierre.** In diesem Dossier sind keine wesentlichen Fortschritte zu verzeichnen, namentlich wegen der zusätzlichen Anforderungen des Bundesamts für Zivilluftfahrt (BAZL), die das Verfahren schwierig machen. Das Interesse ist jedoch nach wie vor intakt, und die ändernden Gewohnheiten im Transportbereich sprechen für dieses Projekt, von dem nicht nur die Region, sondern der ganze Kanton profitieren werden.

#### **Bereiche der GSD**

**Réseau Santé de la Glâne (RSG) (Mehrzweckverband für das Spital und die sozialmedizinischen Dienste des Bezirks).** Die umfangreichen Vorbereitungsarbeiten für den Umbau des Spitals Billens in ein Rehabilitationszentrum liefen das ganze Jahr auf Hochtouren. Die Hochkonjunktur sowie der Stahl- und der Ölpreis haben eine durchschnittliche Kostenüberschreitung von rund 10% im Vergleich zum Kostenvoranschlag zur Folge. Die Frage, wer diese Mehrkosten übernehmen wird, ist nicht geregelt. Ausserdem entsprachen die neuen Vorschläge der GSD im Bereich Spitalplanung nicht den laufenden Arbeiten. Der Glanebezirk hat darauf aufmerksam gemacht, und die Planungskommission scheint es berücksichtigt zu haben.

Die Leistungen im Bereich der spitalexternen Krankenpflege und Familienhilfe steigen konstant an. Es bestehen nach wie vor Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Finanzierung der Aufenthalte in Pflegeheimen (Pension, Finanzierungskosten).

Das RSG ist gleichzeitig darum bemüht, seine Verwaltung und die Qualität seiner Leistungen zu verbessern (Einleitung von Qualitätsmassnahmen, Einführung elektronischer Pflegedossiers, Überlegungen zur Sterbehilfe).

**Santé Jeunesse.** Dieses Projekt – von den 4 Pfeilern der Freiburger Wirtschaft initiiert und vom Kanton, insbesondere von der EKSD und der GSD, unterstützt – hat zum Bau eines Quartierfussballplatzes inmitten zahlreicher Wohnblocks im Arruffens-Quartier geführt.

#### **Bereiche der FIND**

**Projekt CommuNet – Informatik in den Gemeinden.** vgl. auch weiter oben «Bereiche der ILFD». Das Originelle an diesem ehrgeizigen Projekt ist, dass es ein Backbone (Hauptdatenleitung) mit direkter Verbindung zum Staat schafft. Die Zusammenarbeit mit dem ITA und

dessen Engagement für dieses Projekt haben in dieser Phase eine entscheidende Rolle gespielt.

#### **Bereiche der RUBD**

**Strasse Romont – Vaulruz.** Der Leitungsausschuss für den Bau der Strasse Romont - Vaulruz hat seine Abklärungen praktisch abgeschlossen. Der Staatsrat wird dem Grossen Rat im Laufe des Jahres 2008 nun ein endgültiges Projekt vorlegen und anschliessend dem Volk einen entsprechenden Kredit zur Abstimmung unterbreiten können.

**Fahrende.** Das Fehlen fixer Standorte führt nach wie vor zu Schwierigkeiten bei der Aufnahme von Gemeinschaften und Privatpersonen. Die Armee, deren Standplätze in Drognens und La Montagne de Lussy oft in Anspruch genommen wurden, ist nicht mehr bereit, diese Standorte zur Verfügung zu stellen.

Nebst den Aufgaben in den erwähnten Bereichen hat der Oberamtmann viel Zeit der Oberamtmännerkonferenz gewidmet sowie der Konferenz der Regionen und der OS Glâne, die sich mitten in einer Umstrukturierung befindet.

#### **Oberamt des Broyebezirks**

Oberamtmann: Christophe Chardonens

Die Tätigkeit des Oberamtes im Jahr 2007 war intensiv und vielfältig, sei dies im Kontakt mit der Bevölkerung und den Gemeinden des Bezirks oder den kantonalen Behörden und den benachbarten Waadtländer Bezirken.

#### **Bereiche der EKSD**

**Gemeindeverband für die Orientierungsschule des Broyebezirks und der Gemeinde Villarepos.** Die Projekte für den Aus- und Umbau der OS Estavayer-le-Lac und Domdidier, die eine Investition von rund 27 Millionen Franken erforderlich machen, sind von der Delegiertenversammlung gutgeheissen worden.

**Interkantonales Gymnasium der Region Broye.** Das Gymnasium ist weiterhin im Wachstum begriffen und dürfte für das Schuljahr 2008/09 den Vollbetrieb erreichen. Die ersten Daten zu den Kosten pro Schüler zeigen, dass die Ergebnisse durchaus mit dem Durchschnitt anderer Lehranstalten vergleichbar sind.

**Stiftung Pro Vallon.** Der Stiftungsrat trifft weitere Abklärungen für die Gewährleistung des finanziellen Gleichgewichts des Musée romain de Vallon.

**Aufsichtskommission für die Schuldienste des Schulkreises Broye.** Auch wenn sich die Situation etwas verbessert hat, verfolgt die Kommission weiterhin

aufmerksam, ob der Bedarf der Bevölkerung im Bezirk an logopädischen, psychologischen und psychomotorischen Diensten gedeckt wird.

**Schulmigration.** 2007 konnte der Bericht über die Möglichkeiten einer verstärkten interkantonalen Zusammenarbeit im Bereich des obligatorischen Unterrichts noch präzisiert werden. Der Bericht sollte demnächst an die für den obligatorischen Unterricht zuständige Direktion bzw. das zuständige Departement der Kantone Freiburg und Waadt überwiesen werden.

### **Bereiche der SJD**

**Gaststätten.** Das Oberamt hat seinen Auftrag zur Überwachung der öffentlichen Gaststätten und Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit dem Amt für Gewerbe- polizei und der Kantonspolizei wahrgenommen.

**Feuerwehr.** Im vergangenen Jahr hat sich das Oberamt weiter mit der Organisation der Feuerwehr im Bezirk auseinandergesetzt.

**Bevölkerungsschutz.** Der Oberamtmann war an verschiedenen Arbeitsgruppen für die Vorbereitung des Gesetzes über den Bevölkerungsschutz beteiligt.

### **Bereiche der ILFD**

**Wahlen und Abstimmungen.** Das Personal des Oberamts war stark mit den Aufgaben im Zusammenhang mit den kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen beschäftigt, insbesondere mit den kantonalen und eidgenössischen Wahlen im Herbst.

**Gemeindezusammenschlüsse.** Man setzte sich vertieft mit der Förderung neuer und ehrgeiziger Fusionsprojekte im Broyebezirk auseinander.

**Verband der Gemeinden des Broyebezirks (Asco-broye).** Der Oberamtmann nahm an verschiedenen Vorstandssitzungen und Generalversammlungen teil und wirkte bei der Führung verschiedener Dossiers mit.

### **Bereiche der VWD**

**Communauté régionale de la Broye (COREB).** Auch wenn das Image der COREB ziemlich angeschlagen ist, ist es äusserst erfreulich festzustellen, dass die Gemeinden die ihnen neu gebotene Möglichkeit, zu den Traktanden der Generalversammlung Stellung zu nehmen, weitgehend genutzt haben. Die COREB muss ihre Weiterentwicklung jedoch fortführen, um den Erwartungen ihrer Partner gerecht zu werden.

**Aeropole.** Es ist zwar noch nicht alles geregelt, aber das Dossier Aeropole hat endlich einen bedeutenden Schritt in Richtung Konkretisierung gemacht. Dank der Unter-

stützung des Staatsrats und der Kantone Freiburg und Waadt hat der Bundesrat die Objektblätter für den Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) und den Sachplan Militär (SPM) für den Flugplatz Payerne genehmigt. Die Pläne zur Öffnung des Flugplatzes Payerne für die zivile Nutzung und zur Umsetzung des Stationierungskonzepts der Armee sind somit auf gutem Wege.

**Neue Regionalpolitik (NRP).** Der Oberamtmann hat sich mit Interesse an den Arbeiten der Konferenz der Regionen zur Vorbereitung der Neuen Regionalpolitik beteiligt.

### **Bereiche der GSD**

**Gemeindeverband für den Betrieb des Bezirksspitals Broye.** Da das Spital Freiburg den (freiburgischen) Betrieb des interkantonalen Spitals der Broyeregion übernommen hat, hat der Verband seine Hauptaufgabe verloren. Er wurde daher am 5. Dezember 2007 aufgelöst.

**Association des communes pour l'organisation médico-sociale du district de la Broye.** Die Statuten des Verbands der sozialmedizinischen Dienste im Bezirk wurden revidiert und führten zur Entstehung des Gemeindeverbands für die sozialmedizinische Organisation des Broyebezirks. Die sozialmedizinische Organisation, mit Ausnahme des Spitex-Bereiches, wird von nun an von einem einzigen Gemeindeverband geleitet.

**Interkantonales Spital der Broyeregion (HIB).** Die freiburgischen Mitglieder des Verwaltungsrats des interkantonalen Spitals der Broyeregion werden von nun an vom Staatsrat ernannt. Er hat Pierre Aeby und Bernard Vermeulen für das Freiburger Spital und Christophe Chardonnens und Olivier Sansonnens für die freiburgische Broye bezeichnet. Mit der Inbetriebnahme des neuen Gebäudes, in dem ein MRI und ein Scanner und demnächst auch die Dialyse untergebracht sind, war das Jahr 2007 besonders ereignisreich.

**COSAF und CODEMS.** Der Bezirk hat sich weiterhin mit der Anpassung seiner Strukturen der Betreuung für betagte Personen auseinandergesetzt, sei dies innerhalb der eigens dafür gebildeten Arbeitsgruppe, der Bezirkskommission für Pflegeheime (CODEMS) oder der Bezirkskommission für Spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe (COSAF).

### **Bereiche der FIND**

**CommuNet.** Der Bezirk hat sich weiterhin, zusammen mit Partnern aus anderen Bezirken, mit der Förderung der Entwicklung von Informatikdienstleistungen für die Gemeinden befasst.

### **Bereiche der RUBD**

**Verwaltungskommission der Grande Cariçaie.** Der Oberamtmann hat sich mit der Problematik der Ferienhäuser am Südufer des Neuenburgersees auseinandergesetzt.

**Interkantonale Kommission für den Unterhalt der Kleinen Glane und des Fossé Neuf.** Die Kommission ist weiterhin mit der Förderung des Unterhalts und der Verstärkung der Ufer beschäftigt.

**Interkantonaler Richtplan.** Die Region der (freiburgischen und waadtländischen) Broye hat unter der Federführung der COREB erste Arbeiten zur Ausarbeitung eines regionalen Richtplans lanciert, in der Überzeugung, dass dieser für eine kohärente und harmonische Entwicklung der ganzen Region unabdingbar ist.

**Fahrende.** Das Fehlen fixer Standorte führt nach wie vor zu Schwierigkeiten bei der Aufnahme von Gemeinschaften und Privatpersonen.

**Militärflugplatz Payerne.** Mit der Unterstützung der Dienststellen der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion konnten Lösungen gefunden werden, um die Entwicklung der an den Militärflugplatz grenzenden Gemeinden zu gewährleisten; den Gemeinden konnten somit interessante Perspektiven geboten werden.

Im Jahr 2007 beschäftigte man sich auch besonders mit der Entwicklung der interkommunalen Zusammenarbeit und von Fusionsprojekten. 2008 sollten daher wichtige Projekte lanciert werden können, vor allem was die Reorganisation der Feuerwehr im Bezirk und die Gemeindezusammenschlüsse betrifft. 2007 konnte ausserdem das Beschwerdeverfahren gegen den Entscheid, die Avenue de la Gare in Freiburg in eine Einbahnstrasse umzuwandeln, abgeschlossen werden. Gegen diesen Entscheid waren 140 Beschwerden eingegangen, was den Arbeitsablauf des Oberamts völlig durcheinander gebracht hatte.

Ferner hat der Oberamtmann 2007 viel Zeit in Fragen im Zusammenhang mit dem Militärflugplatz Payerne investiert. Der Besuch des Vorstehers des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport sowie die Ankündigung des Armeechefs, die Prognosen betreffend Flugbewegungen mit Kampfflugzeugen in Payerne zu überdenken und diese von 13 900 auf 11 000 zu reduzieren, sind zweifellos prägende Momente des vergangenen Jahres.

### **Oberamt des Vivisbachbezirks**

Oberamtmann: Michel Chevalley

### **Bereiche der EKSD**

**Orientierungsschule.** Der Oberamtmann stand dem Gemeindeverband für die Orientierungsschule vor. Für den Bau der Dreifachturnhalle kann nun, da für die Arbeiten der Zuschlag erteilt ist und Beschwerden vermieden werden konnten, grünes Licht gegeben werden.

**Verbände.** Er stand auch dem Verband «Tous unis contre la violence» vor, der sich im Wesentlichen darauf konzentrierte, kleine interaktive Theaterstücke von Jugendlichen und für Jugendliche zu realisieren, die dazu beitragen sollen, die Probleme von Gewalt und Vandalismus zu entschärfen.

### **Bereiche der SJD**

**Alkohol bei Jugendlichen.** Im Zusammenhang mit den öffentlichen Gaststätten im eigentlichen Sinn gibt es zwar nur wenig Probleme, hingegen ist das Verhalten gewisser Jugendlicher, die sturzbetrunken sind oder unter dem Einfluss anderer Substanzen stehen, besorgniserregend.

**Polizei.** Besonders willkommen war die Ankunft des Chefs des Polizeipostens in Châtel-St-Denis.

**Feuerwehr.** Bei Tätigkeiten der Feuerwehr, insbesondere bei Inspektionen, wird der Oberamtmann regelmässig beigezogen. Seine Tätigkeit in diesem Rahmen nahm um ein Vielfaches zu, da er im Leitungsausschuss von «Frifire-Feuerwehr 2010» mitwirkte.

### **Bereiche der ILFD**

Der Gemeindeverband des Vivisbachbezirks hat sich ein Exekutivorgan gegeben, die Ammännerkonferenz, die zirka einmal pro Monat mit dem Oberamtmann zusammentritt und gemeinsame Themen behandelt. Als Beispiel sei insbesondere die touristische Entwicklung des Bezirks erwähnt.

### **Bereiche der VWD**

In Anbetracht der Aufhebung des IHG hat sich der Oberamtmann, der im Übrigen auch Präsident der Region Glane-Vivisbach (RGV) ist, über die Konferenz der Regionen dafür eingesetzt, dass darüber nachgedacht wird, wie der Rückzug des Bundes wettgemacht werden könnte.

Die RGV, die ins Rathaus von Romont umgezogen ist, hat eine beachtliche Arbeit geleistet, damit das Projekt Communet, von dem vor allem die Gemeinden profitieren, endlich konkretisiert werden konnte.

### **Bereiche der GSD**

**Gesundheitsnetz.** Der Oberamtmann hatte das Präsidium des Gesundheitsnetzes Vivisbach inne, dessen Tätigkeit stetig zunimmt, da sich die Anfragen um Un-

terstützung proportional zum Anstieg der Lebenserwartung verhalten. In diesem Zusammenhang und im Einvernehmen mit der Bezirkskommission für Pflegeheime, der auch der Oberamtmann vorsteht, befasst sich eine Arbeitsgruppe mit dem Bau einer generationenübergreifenden Übergangsstruktur für die Aufnahme älterer Personen.

Im Bereich Gesundheit und insbesondere im prähospitalen Bereich fungiert der Oberamtmann als Bindeglied zwischen dem Ambulanzdienst des Freiburger Südens und seinen Kollegen, zwischen dem alten und dem neuen Inhaber des Zeughauses von Vaulruz, in dem die Sanitätsfahrzeuge stationiert sind.

### **Bereiche der FIND**

Keine Bemerkungen

### **Bereiche der RUBD**

Die Zahlen bestätigen einen starken Anstieg bei den ausgestellten Baubewilligungen, was nicht weiter überrascht. Ausserdem werden die Dossiers tendenziell komplizierter. Sie führen auf jeden Fall dazu, dass viele Fragen an das Oberamt gerichtet werden.

Die Umbauarbeiten am Schloss gehen zügig voran. Es sollte schon bald möglich sein, weitere Dienststellen des Staates beherbergen zu können.

## **Büro und kantonale Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen**

### **1. Aufgaben**

Koleiterinnen: Geneviève Beaud Spang und Regula Kuhn Hammer

Im Rahmen der Gleichstellung von Frau und Mann, der Anwendung dieses Grundsatzes sowie der Familienpolitik ist das Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen (GFB) zuständig für Beratung, Auskunft, Information, Förderung, Vollzug, Koordination und Kontrolle. Es setzt sich ausserdem für die Beseitigung jeglicher rechtlicher und tatsächlicher geschlechtlicher Diskriminierung ein.

### **2. Tätigkeit**

**Ordentliche Tätigkeit.** Es seien insbesondere die folgenden Aktivitäten erwähnt:

- Beratung und rechtliche Auskünfte für Personen, die sich im Rahmen des Bundesgesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann (GIG) geschädigt fühlen;
- Beratung, Betreuung und Auskünfte für Privatpersonen zur Diskriminierung im Berufsleben (vor allem innerhalb der Kantonsverwaltung); Beratung und Information von Privatpersonen und Berufsleuten zu Fragen im Zusammenhang mit der Gleichstellung und der Familie;

- Stellungnahmen zu verwaltungsinternen Vernehmlassungen oder Vernehmlassungen zu Gesetzesentwürfen sowohl auf kantonaler als auch auf Bundesebene (18 Vernehmlassungen oder Stellungnahmen im Jahr 2007);
- Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten (SKG) und der Lateinischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten, namentlich bei der Schaffung einer Westschweizer Website, und Zusammenarbeit mit den Westschweizer Beauftragten für das öffentliche Beschaffungswesen;
- Zusammenarbeit mit verschiedenen Organisationen, wie der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen und Pro Familia Freiburg; Beteiligung an einer Arbeitsgruppe der SKG für die Revision des Scheidungsrechts;
- Führung des Sekretariats der kantonalen Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen (Teilnahme an drei Plenarsitzungen während des Jahres und Ausarbeitung eines Projekts für die Anerkennung der Freiwilligenarbeit);
- Führung des Sekretariats der Schlichtungskommission für die Gleichstellung der Geschlechter im Erwerbsleben (diese Kommission ist 2007 nicht zusammengetreten);
- Kopräsidium der kantonalen Kommission gegen Gewalt in Paarbeziehungen; Organisation von Sitzungen, Leitung von Projekten und Führung des Sekretariats (besagte Kommission hat 2007 vier Plenarsitzungen abgehalten);
- Organisation und Vorsitz des Projektausschusses für eine umfassende Familienpolitik, der 2007 fünfmal zusammengetreten ist, um folgende Themen zu behandeln: schulergänzende Kinderbetreuung, Massnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie innerhalb der Kantonsverwaltung und Einführung von Blockzeiten in Schulen;
- Mitwirkung beim Lenkungsausschuss für eine umfassende Familienpolitik und bei der Kommission und den Arbeitsgruppen im Bereich Kleinkinder;
- Einladungen und Organisation der Sitzungen des Klubs für Familienfragen des Grossen Rats und Führung des Sekretariats des Klubs (3 Plenarsitzungen und 1 Vorstandssitzung).

**Besondere Tätigkeit.** Gemäss den im Regierungsprogramm für die Legislaturperiode 2007 – 2011 formulierten Prioritäten (Herausforderung 3, «Das Zusammenleben verbessern») hat sich das GFB in den folgenden Bereichen für eine umfassende Familienpolitik, für die Information der Familien und die Prävention von Gewalt in Paarbeziehungen eingesetzt.

**Gleichstellung.** Ausarbeitung des dritten Schweizer Berichts über die Umsetzung des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) für den Kanton Freiburg; Ausgabe eines Sonderheftes zum 10-jährigen Bestehen des GIG (Beilage zum Tätigkeitsbericht 2006); Reaktivierung der Gruppe der Vertrauenspersonen bei sexueller Belästigung innerhalb der freiburgischen Staatsverwaltung aufgrund neuer Direktiven und Vorbereitung einer Informationskampagne für das gesamte Staatspersonal; Mitwirkung bei der französischen Adaption eines in der Deutschschweiz konzipierten Films über die Lohnungleichheit.

**Ausbildung von Mädchen.** Mitwirkung an der Ausstellung START - Forum der Berufe im Januar 2007 in Zusammenarbeit mit der FIA (Fachgruppe Ingenieurinnen und Architektinnen und FemTec); Umsetzung des Projekts WINS, das Mädchen auf OS-Stufe in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg (HES-SO) und mit der finanziellen Unterstützung des BBT Praktika in technischen Berufen anbietet; Organisation des 7. nationalen Tochtertages auf kantonaler Ebene und eines Pilotprojekts in Partnerschaft mit der SVIN, das Mädchen aus bestimmten Klassen Einblick in den Ingenieurberuf bieten soll (an der Hochschule für Technik und Architektur oder an der Universität); Mitwirkung bei der nationalen Begleitgruppe des Tochtertages; dem Westschweizer Büro, das diese Veranstaltung koordiniert, wurde die Infrastruktur des GFB zur Verfügung gestellt; Promotion des pädagogischen Hilfsmittels «l'Ecole de l'égalité» und seiner deutschen Version «Nora boxt, Goran tanzt» auf kantonaler Ebene.

**Familienpolitik.** Weiterführung der Arbeiten für eine umfassende Familienpolitik: Ausarbeitung von Zusammenfassungen und Vorentwürfen zur umfassenden Familienpolitik für das Regierungsprogramm und den Finanzplan für die Legislaturperiode 2007–2011; Arbeiten im Rahmen des Projektausschusses, namentlich Vorschläge zur schulergänzenden Kinderbetreuung; Mitwirkung an der Verbesserung des Gesetzes über die Einrichtungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter, die von der Kommission für Kleinkinder vorgeschlagen wurde; Aktualisierung des Familienordners im Hinblick auf seine Veröffentlichung im Netz.

**Gewalt in Paarbeziehungen.** Herausgabe, Promotion und Verbreitung des Handbuchs «Gewalt in Paarbeziehungen erkennen – die Opfer unterstützen, vernetzen, informieren und schützen» in Fachkreisen; Promotion und Vorstellung des Films «Chronique d'une violence ordinaire»; Organisation von Vorträgen/Kursen für die von der Problematik betroffenen Hochschulen oder Fachkreise; Mitwirkung an der ersten Sitzung für eine schweizweite Koordination von Interventionsprojekten; Verfassung einer Bilanz der Arbeit der Kommission gegen Gewalt in Paarbeziehungen von 2004 bis 2007; Vor-

bereitung einer Präventionskampagne bei Jugendlichen in Zusammenarbeit mit den OS im deutschsprachigen Teil des Kantons.

## **Behörde für Grundstückverkehr (BGV)**

### **1. Aufgaben**

Präsident: Henri Nuoffer

Die Behörde für Grundstückverkehr (BGV) ist in ihrer Eigenschaft als erstinstanzliche Verwaltungsbehörde mit der Anwendung des Bundesgesetzes vom 4. Oktober 1991 über das bürgerliche Bodenrecht (BGBB) beauftragt. Zudem ist sie gemäss dem Ausführungsgesetz vom 24. Februar 1987 zum Bundesgesetz über die landwirtschaftliche Pacht (AGLPG) für Gesuche betreffend die Pachtdauer, die Festlegung des höchstzulässigen Pachtzinses, die Bewilligung einer parzellenweisen Verpachtung des landwirtschaftlichen Gewerbes sowie Einsprachen gegen landwirtschaftliche Pachtzinse zuständig.

### **2. Tätigkeit**

Die der BGV unterbreiteten Dossiers wurden in 15 (16) Plenarsitzungen (243 (273) Entscheide) und jeweils einer Sitzung pro Woche mit reduziertem Mitgliederbestand (506 (715) Präsidialentscheide) behandelt.

**Bürgerliches Bodenrecht (BGBB).** Die BGV hat im Jahr 523 (540) Gesuche erfasst, davon betrafen:

- 317 (326) die Bewilligung von Realteilungen (Art. 58 Abs. 1 BGBB), Zerstückelungen (Art. 58 Abs. 2 BGBB) und den Erwerb von landwirtschaftlichen Gewerben oder Grundstücken (Art. 60 BGBB);
- 147 (152) die Unterstellung von Grundstücken in der Landwirtschaftszone unter das bürgerliche Bodenrecht;
- 53 (60) die Festsetzung des höchstzulässigen Preises (Art. 66 BGBB);
- 6 (2) eine Bewilligung zur Überschreitung der Belastungsgrenze (Art. 76 Abs. 2 BGBB).

**Landwirtschaftliche Pacht (LPG).** Die BGV hat 47 (79) Dossiers erfasst, davon betrafen:

- 19 (24) die Dauer des Pachtvertrags;
- 4 (6) die Festsetzung des höchstzulässigen Pachtzinses;
- 1 (3) die parzellenweise Verpachtung von landwirtschaftlichen Gewerben;
- 19 (25) Genehmigungen des Pachtzinses von landwirtschaftlichen Gewerben;
- 4 (6) Einsprachen des Amtes für Landwirtschaft gegen den Pachtzins. In 4 Fällen hat sie den Pachtzins gesenkt.

In 6 (4) Fällen wurde beim Verwaltungsgericht Beschwerde eingelegt.

**Verwaltung der Staatsreben (VSR)****1. Aufgaben**

Verwalter: Pascal Krayenbuhl

Die Verwaltung der freiburgischen Staatsreben (VSR) ist für die Verwaltung der Rebgrüter des Staates in technischer und administrativer Hinsicht zuständig.

**2. Tätigkeit**

Die VSR verwaltet die Rebgrüter des Staates und übernimmt den Absatz und den Verkauf der weinbaulichen Erzeugnisse. Sie sorgt für die Erhaltung des Weinbauerbes des Kantons Freiburg und kontrolliert die Arbeiten an den Reben und in den Weinkellern. Aufgabe der VSR ist vor allem die Verwaltung des Lagerbestandes und der Verkäufe sowie die Buchhaltung und die Betreuung der Debitoren.

Die Weinlese in den beiden Gebieten ergab folgende Mengen:

**Lavaux.** Geerntete Menge:

- Faverges weiss 95 820 l junger Wein (57 800)
- Ogoz (nur weisse Trauben) 13 920 l junger Wein (6 020)
- Faverges rot 26 410 l junger Wein (22 090)

Verkauf der letzten Ernte:

- Faverges weiss 2006 50 840 l Wein (12 020)
- Ogoz 2006 5 920 l Wein (2 450)
- Faverges rot 2004 20 680 l Wein (8 960)
- Faverges rot 2005 300 l Wein (7 780)

Bestand am 31.12.2007:

- Faverges weiss 2006 9 950 Flaschen (3 900)
- Ogoz 2006 150 Flaschen (0)
- Faverges rot 2004 1 090 Flaschen (29 600)
- Faverges rot 2005 113 Flaschen (500)
- Faverges rot 2006 22 080 l.

Der gesamte Rotwein des Rebgrüts Faverges 2006 wird im Frühling 2008 in Flaschen abgefüllt und im Laufe des Jahres 2008 verkauft.

Der gesamte Rotwein des Rebgrüts Faverges 2007 wird im Frühling 2009 in Flaschen abgefüllt und im Laufe des Jahres 2009 verkauft.

**Vully.** Geerntete Menge:

- Etat de Fribourg weiss 10 600 l junger Wein (12 200)
- Château de Mur weiss 8 950 l junger Wein (9 150)
- Etat de Fribourg rot 3 250 l junger Wein (4 100)
- Château de Mur rot 7 200 l junger Wein (8 200)

Verkauf der letzten Ernte:

- Etat de Fribourg weiss 2006 9 680 l Wein (11 930)
- Château de Mur weiss 2006 8 360 l Wein (12 000)
- Etat de Fribourg rot 2006 2 180 l Wein (2 100)

- Château de Mur rot 2006 5 570 l Wein (4 590)
- Bestand am 31.12.2007:
- Etat de Fribourg weiss 2006 3 600 Flaschen (2 100)
  - Château de Mur weiss 2006 1 130 Flaschen (410)
  - Etat de Fribourg rot 2006 2 740 Flaschen (2 560)
  - Château de Mur rot 2006 3 750 Flaschen (4 230)

**III. ÄMTER****Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen****1. Aufgaben**

Amtsvorsteher: Jean-Pierre Coussa

Als Vollzugsorgan der Bestimmungen im Bereich Zivilstandswesen muss das Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen alle Zivilstandsereignisse, die sich im Kanton Freiburg ereignen oder im Ausland wohnhafte Freiburgerinnen und Freiburger betreffen, erfassen. Die Erfassung der Zivilstandsereignisse erfolgt ab jetzt über das Betriebssystem „Infostar“, die gesamtschweizerische Zivilstandsdatenbank, die vom Bund für die Kantone betrieben wird.

Im Bereich Einbürgerungen besteht die Hauptaufgabe des Amtes in der Vorbereitung der Dossiers zuhanden der Bundes-, Kantons- und Gemeindebehörden, die für Entscheide über Einbürgerungsgesuche zuständig sind. In diesem Rahmen ist das Amt in alle ordentlichen und erleichterten Einbürgerungsverfahren einbezogen, die den Kanton Freiburg betreffen. In diesem Zusammenhang ist die Zusammenarbeit des Amtes mit den Bundes- und den Gemeindebehörden wichtig. Auch zahlreiche weitere Einheiten arbeiten mit dem Amt zusammen, vor allem um die Situation der Personen, die ein Gesuch um Aufnahme in das freiburgische und das schweizerische Bürgerrecht gestellt haben, festzustellen (Kantonspolizei, Untersuchungsrichter, Jugendstrafkammer, Betreibungsämter, Amt für Bevölkerung und Migration, Sozialdienste usw.).

Im Verlauf des Jahres 2007 hat sich das Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen mit folgenden Geschäften befasst:

**2. Tätigkeit**

**Zivilstandsurkunden mit Auslandsbezug.** Es wurden folgende Geschäfte vorgenommen:

- Einschreibungen von Zivilstandsurkunden aus dem Ausland (Art. 23 der eidgenössischen Zivilstandsverordnung vom 28. April 2004, ZStV) 1 083 (1 169)
- verweigerter Einschreibungen 7 (6)
- Mitteilungen von Zivilstandsfällen, die sich im Kanton ereigneten und Ausländer betreffen, an das Ausland (Art. 54 ZStV) 142 (188)
- Mitteilungen von Zivilstandsmeldungen, die sich im Kanton ereigneten und Ausländer betreffen, an die Fremdenpolizei (Art. 28 des Ausführungsreglements über den Zivilstandsdienst) 1 351 (1 755)

- Überweisung von Zivilstandsdokumenten von im Ausland wohnhaften Schweizerinnen und Schweizern an das Eidgenössische Amt für das Zivilstandswesen 124 (85)

**Eheschliessungen.** Es wurden folgende Tätigkeiten ausgeführt:

- Ehefähigkeitszeugnisse, ausgestellt an Kantonsbürger im Ausland (Art. 75 ZStV) 22 (27)
- Prüfung der Akten für Eheschliessungsverfahren bei ausländischen Verlobten (Art. 16 ZStV) 488 (477)
- Bewilligung der Eheschliessung von ausländischen Staatsangehörigen (Art. 73a ZStV) 2 (0)
- zurückgezogene Eheschliessungsverfahren 28 (23)

**Eingetragene Partnerschaften.** Das Gesetz zur Einführung der eingetragenen Partnerschaft in die kantonale Gesetzgebung ist seit dem 01.01.2007 in Kraft. Es ergibt sich aus dem Bundesgesetz vom 18. Juni 2004 über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare.

- Prüfung der Akten für die eingetragene Partnerschaft 20

**Anerkennungen.** Folgende Aktivitäten sind betroffen:

- Prüfung der Dokumente bei Anerkennung von Kindern (Art. 11 und 16 ZStV) 56 (72)
- Annullierung der Anerkennung 1 (0)

**Zivilstandsänderungen.**

- Berichtigungen, Streichungen und Ergänzungen in den Einzel- und den Familienregistern (Art. 43 ZGB und 29 ZStV) 76 (82)
- Berichtigungen durch das Gericht (Art. 42 ZGB und 30 ZStV) 3 (1)
- Verweigerte Berichtigungen 2 (2)
- verschiedene Weisungen betreffend den Zivilstandsdienst 263 (250)
- Bearbeitung und Vorbereitung von Adoptionsakten (Art. 264 ff. ZGB)
  - a) bewilligt durch die ILFD 20 (39)
  - b) zurückgezogene Gesuche 1 (3)
- Familien- und Vornamensänderungen (Art. 30 ZGB):
  - a) bewilligt durch das ZEA 128 (147)
  - b) zurückgezogene Gesuche 16 (14)
  - c) verweigert 2 (0)
- Erklärungen der Unterstellung des Namens unter das Heimatrecht (Art. 37 Abs. 2 IPRG) 239 (241)
- den Namen betreffende Erklärungen 12 (8)

**Bürgerrecht.** In Anwendung des Bundesgesetzes vom 29. September 1952 über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts BüG und das Gesetz vom

15. November 1996 über das freiburgische Bürgerrecht BRG wurden folgende Tätigkeiten ausgeführt:

- Prüfung der Zivilstandsdaten für die Wiederaufnahme in das Schweizer- und Kantonsbürgerrecht
  - a) nach Art. 21, 23 und 58 BüG 18 (8)
  - b) nach Art. 21 BRG 2 (7)
- Prüfung der Zivilstandsdaten bei Einbürgerungs- und Wiedereinbürgerungsgesuchen 468 (599)
- ordentliche Einbürgerungen (Art. 13 BüG) 636 (620)
- Einbürgerungen von Freiburgern in anderen Kantonen 12 (19)
- erleichterte Einbürgerungen (Art. 27, 28 und 29 BüG) 520 (256)
- erleichterte Einbürgerungen (Art. 31a, und 31b BüG) 10
- erleichterte Einbürgerungen (Art. 58a, 58b und 58c BüG) 135 (106)
- Einbürgerungen von Freiburgern in anderen freiburgischen Gemeinden (Art. 36 BRG) 4 (7)
- Erklärungen über die Beibehaltung des freiburgischen Bürgerrechts bei Einbürgerung in einem andern Kanton (Art. 27 BRG) 12 (19)
- Ehrenbürgerrecht (Art. 42 und 43 BRG) 1 (2)
- Verlust des freiburgischen Bürgerrechts (Art. 27 BRG) 15 (25)
- Verlust des Schweizer Bürgerrechts (Art. 9 und 10 BüG) 2 (3)
- Entlassung aus dem freiburgischen Bürgerrecht (Art. 28 und 29 BRG) 5 (10)
- Entlassung aus dem Bürgerrecht freiburgischer Gemeinden (Art. 39 BRG) 1 (3)
- Nichtigerklärungen der Einbürgerung (Art. 41 BüG) 5 (3)
- Anzeigen nach erleichterten Einbürgerungen 3 (9)

Verschiedenes

- Bewilligungen zum Einholen von Zivilstandsangaben zu genealogischen Zwecken (Art. 59 ZStV) 26 (27)
- Suche nach einem Familienmitglied 11 (11)

**Dezentralisierte Zivilstandsämter.** 2007 haben die dezentralisierten Zivilstandsämter folgende Ereignisse erfasst:

- Geburten 2 195 (2 352)
- Anerkennungen 466 (457)
- Eheschliessungen 1 234 (1 392)
- Todesfälle 1 712 (1 879)
- Eingetragene Partnerschaften 42

**Einbürgerungen.** 2007 registrierte das ZEA insgesamt 1 132 (1 367) neue Dossiers.

**Ordentliche Einbürgerungen.** Der Grosse Rat entschied über 386 (326) Gesuche um ordentliche Einbürgerung, die sich folgendermassen verteilen:

#### Ausländische Staatsangehörige

|    |                              |    |                                |
|----|------------------------------|----|--------------------------------|
| 3  | Afghanistan                  | 3  | Kanada                         |
| 2  | Algerien                     | 4  | Kapverden                      |
| 9  | Angola                       | 3  | Kroatien                       |
| 2  | Armenien                     | 1  | Liechtenstein                  |
| 1  | Bolivien                     | 33 | Mazedonien                     |
| 17 | Bosnien-Herzegovina          | 1  | Madagaskar                     |
| 1  | Brasilien                    | 1  | Mauritius                      |
| 1  | Chile                        | 1  | Niederlande                    |
| 3  | China                        | 1  | Philippinen                    |
| 8  | Demokratische Republik Kongo | 33 | Portugal                       |
| 6  | Deutschland                  | 2  | Rumänien                       |
| 1  | Elfenbeinküste               | 3  | Russland                       |
| 2  | Eritrea                      | 1  | Ruanda                         |
| 10 | Frankreich                   | 21 | Serbien                        |
| 1  | Griechenland                 | 4  | Somalia                        |
| 1  | Grossbritannien              | 22 | Spanien                        |
| 1  | Iran                         | 12 | Sri Lanka                      |
| 2  | Irak                         | 3  | Tunesien                       |
| 24 | Italien                      | 22 | Türkei                         |
| 1  | Kambodscha                   | 2  | Ukraine                        |
| 2  | Kamerun                      | 2  | Vereinigte Staaten von Amerika |
|    |                              | 9  | Vietnam                        |

#### Schweizer Staatsangehörige aus dem Kanton

|   |        |   |         |
|---|--------|---|---------|
| 1 | Aargau | 1 | Bern    |
| 1 | Luzern | 1 | Thurgau |

386 (326) dieser 206 (164) Gesuche wurden von Ausländerinnen oder Ausländern der zweiten Generation gestellt.

Mit den Familienangehörigen, die in die Einbürgerungen einbezogen wurden, erwarben somit 636 (620) Personen das freiburgische Bürgerrecht, d.h. 386 (326) Ausländer/innen mit 75 (84) ausländischen Ehegatten und 175 (210) ausländischen Kindern.

**Kantonsbürgerrecht.** Neben der Erteilung des freiburgischen Bürgerrechts an 4 (1) Schweizer Staatsangehörige durch den Grossen Rat hat der Staatsrat 2 (9) Schweizer Staatsangehörige wieder in das freiburgische

Bürgerrecht aufgenommen und 3 (9) Personen aus dem freiburgischen Bürgerrecht entlassen.

**Erleichterte Einbürgerungen.** Gestützt auf die Stellungnahme der ILFD und in Anwendung der Bürgerrechtsgesetzes (BüG) hat das Bundesamt für Migration 638 (562) Gesuche um erleichterte Einbürgerungen behandelt. Die erleichterten Einbürgerungsverfahren verteilen sich auf:

567 (562) Gesuche um erleichterte Einbürgerungen ausländischer Ehegatten einer Schweizerin oder ausländischer Ehegattinnen eines Schweizers (Art. 27 und 28 BüG);

107 (48) Gesuche um erleichterte Einbürgerung von vor 1985 geborenen ausländischen Kindern von mit einem ausländischen Staatsangehörigen verheirateten Schweizerinnen durch Abstammung (Art. 58a BüG);

**Wiedereinbürgerungen.** 18 (7) ehemalige Schweizer und Freiburger Staatsangehörige wurden nach dem Entscheid des Bundesamts für Migration wieder in das Schweizer und Freiburger Bürgerrecht aufgenommen.

**Nichtigerklärungen.** 5 (2) erleichterte Einbürgerungen wurden nach der Anzeige durch den Kanton vom Bundesamt für Migration für nichtig erklärt.

#### Amt für Gemeinden

##### 1. Aufgaben

Amtsvorsteher: Gérald Mutrux

Die Tätigkeit des Amts für Gemeinden (das Amt) liegt hauptsächlich in den Bereichen der Finanz- und Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden und Gemeindeverbände, dies in Zusammenarbeit mit den Oberämtern. In diesem Rahmen berät das Amt die öffentlichen Gemeinwesen und erteilt Empfehlungen und Weisungen.

##### 2. Tätigkeit

Gesetzgebungsarbeiten. Das Amt hat mehrere Gesetzgebungsarbeiten durchgeführt, namentlich:

- eine Teilrevision des Gesetzes über die Agglomerationen (die vom Grossen Rat am 15. Juni 2007 erlassen wurde und am 1. Januar 2008 in Kraft trat);
- einen Vorentwurf des Gesetzes über den interkommunalen Finanzausgleich, der vom 10. Dezember 2007 bis am 31. März 2008 in der Vernehmlassung war;
- ausserdem wurde das Amt auf informeller Basis in die Ausarbeitung mehrerer Gesetzesentwürfe anderer Einheiten einbezogen, was oft mit grossem zeitlichem und personellem Aufwand verbunden war.

**Prüfung der Rechnungen/Voranschläge und Verschuldungskontrolle.** Das Amt kontrolliert für alle Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlich-rechtlichen Gemeindeanstalten die formelle Richtigkeit der Voran-

schläge und Rechnungen und ihr finanzielles Gleichgewicht. Es stellt für alle Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlich-rechtlichen Gemeindeanstalten die gesetzlich festgelegte Verschuldungsgrenze fest. Diese Grenze basiert auf der Summe der Finanzierungsermächtigungen, wobei die im Gemeindegesetz vorgeschriebenen Schuldentilgungsverpflichtungen berücksichtigt werden. Die Kontrolle der rechtlichen Verschuldungsgrenze wurde anhand der auf den 31. Dezember 2006 erstellten Bilanzen auf den neuesten Stand gebracht.

**Berechnung der Finanzkraft.** Das Amt berechnet für alle Gemeinderechnungen den durchschnittlichen Reingewinn, die Investitionskapazität und die Finanzindikatoren. Es wurde häufig von den Gemeinden angefragt, um sie zu den Ergebnissen von Finanzanalysen, Indikatoren, der gesetzlichen Verschuldungskontrolle, von Budgetanalysen und der Rechnungsprüfung zu beraten.

**Finanzierungsbewilligungen.** Das Amt hat 154 Finanzierungsbewilligungen für durch Darlehen finanzierte Ausgaben, die eine Erhöhung der Kreditlimite bewirken, Bürgschaften und Nutzungsänderungen von Spezialfonds erteilt.

**Kontrolle der Gemeindesteuerfüsse.** Das Amt hat die Mitteilungen zu Änderungen der Gemeindesteuerfüsse registriert und sie an die davon betroffenen Stellen weitergeleitet. Gegebenenfalls hat es auch Entwürfe für Staatsratsbeschlüsse zur Genehmigung von Steuerfüssen über 100% der einfachen Kantonssteuer vorbereitet.

**Statistiken.** Alle statistischen Tabellen werden im Statistischen Jahrbuch des Kantons Freiburg publiziert. Weitere Statistiken werden nach Bedarf und auf Anfrage der Dienststellen der kantonalen Verwaltung und des Bundes erstellt.

**Prüfung von Gemeindeverbandsstatuten.** Das Amt kontrollierte bei 9 Statutendossiers von Gemeindeverbänden, ob diese dem kantonalen und eidgenössischen Recht entsprechen. Es bereitete in diesem Zusammenhang die Genehmigungsanträge zuhanden der zuständigen Behörden vor.

**Prüfung von Gemeindereglementen.** Das Amt hat 222 Stellungnahmen zu Gemeindereglementen zuhanden der zuständigen Direktionen abgegeben. Es hat eine Vorprüfung sowie eine Schlussprüfung der besagten Reglemente vorgenommen. Für Reglemente, für die die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft zuständig ist, hat es zudem die Genehmigungsentscheide vorbereitet.

**Ausarbeitung von Revisionsformularen.** Das Amt hat die folgenden Formulare erstellt und zur Verfügung ge-

stellt: Periodische Kontrolle der Bilanzwerte und Formular für die Rechnungsprüfung durch externe Stellen.

**Rechtsauskünfte.** Es wurde sowohl von den Gemeinden als auch von den Oberämtern und Dienststellen der Kantonsverwaltung wiederholt um Stellungnahmen zur Auslegung gewisser gesetzlicher Bestimmungen der Gesetzgebung über die Gemeinden gebeten.

**Ausbildungskurse.** Das Amt beteiligte sich an der Umsetzung und Entwicklung der interkantonalen Ausbildung für Gemeindeschreiber. Es hat die Kursunterlagen für einen Teil eines Ausbildungsmoduls aktualisiert, und eine Mitarbeiterin des Amtes unterrichtete auch in der zweiten Ausgabe des Kurses, die im Berichtsjahr in Neuenburg stattfand. 2007 wurde ausserdem weiterhin am Ausbildungskonzept für das deutschsprachige Personal gearbeitet.

**Informations- und Ausbildungsveranstaltungen.** Das Amt wurde mehrmals gebeten, an Informationsveranstaltungen für die Gemeinden zu verschiedenen Themen teilzunehmen (Gemeindezusammenschlüsse, Finanzausgleich, Rechnungsrevision).

**Kommissionen und Arbeitsgruppen.** Das Amt hat in folgenden Kommissionen und Arbeitsgruppen mitgewirkt:

- Vorstand und Sekretariat der Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden über die Gemeindefinanzen;
- Begleitgruppe der Abteilung «Kommunalpolitik» des Institut de Hautes Etudes en administration publique;
- Koordinationskommission für die periodische Überprüfung der Subventionen;
- Kommission für Schulbauten;
- Konstituierende Versammlung der Agglomeration Freiburg;
- Lenkungsausschuss «Reform der Freiburger Gesundheitsstrukturen»;
- Lenkungsausschuss des Projekts «Analyse der Staatlichen Leistungen»;
- Lenkungsausschuss «Kinderbetreuung im Vorschulalter»;
- Lenkungsausschuss NFA (Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen);
- Arbeitsgruppe «Territoriale Strukturen»;
- Arbeitsgruppe «Website der Oberämter».

**Beziehungen zwischen den Kirchen und dem Staat.** 2007 ist die kantonale Kommission für Fragen der Anstaltsseelsorge zweimal zusammengetreten. Sie war weiterhin im Wesentlichen damit beschäftigt, Leistungs-

vereinbarungen für jede staatliche Anstalt, für die sich die Frage der Seelsorge stellt, auszuarbeiten. Am 31. Dezember 2007 war ein Grossteil der Leistungsvereinbarungen unterzeichnet. Nur die evangelisch-reformierte Anstaltsseelsorge im Freiburger Spital und im Psychiatrischen Spital Marsens ist aufgrund einer Meinungsverschiedenheit zwischen den Parteien noch nicht geregelt. Es sind jedoch Diskussionen im Gange, um die Situation zu deblockieren und zu einem gegenseitigen Einverständnis zu gelangen. Ausserdem wird gegenwärtig eine Leistungsvereinbarung mit dem HIB ausgearbeitet. Man steht jedoch noch am Beginn der Arbeiten.

Es wurde auch ein Entwurf einer Rahmenvereinbarung über die Seelsorge durch die israelitische Kultusgemeinde in den staatlichen Anstalten ausgearbeitet. Dieser wird im Laufe des Jahres 2008 in die Vernehmlassung gegeben.

Die Arbeitsgruppe INFRI (vormals FVIBG) hatte 2005 die Diskussion aufgenommen, konnte sie aber weder im Jahr 2006 noch im Jahr 2007 fortsetzen. An ihrer letzten Vorstandssitzung im Jahr 2007 hatte sie sich neu konstituiert, um ihre Arbeit im Hinblick auf eine einheitliche Regelung für die römisch-katholische und die evangelisch-reformierte Anstaltsseelsorge in den Institutionen der freiburgischen Vereinigung der spezialisierten Institutionen (INFRI) erneut aufzunehmen.

**Besondere Ereignisse.** Das Amt hat in Zusammenarbeit mit dem Departement für Volkswirtschaftslehre der Universität Freiburg die Arbeiten zur Neugestaltung des interkommunalen Finanzausgleichs fortgesetzt. Es wurde ein Gesetzesentwurf und ein erläuternder Bericht dazu ausgearbeitet und von Dezember 2007 bis März 2008 in die Vernehmlassung gegeben.

Das Amt war im Bereich der interkantonalen Beziehungen tätig. Es beteiligte sich am Projekt «tripartite Agglomerationskonferenz», das von der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) gemeinsam mit dem Bund und den Schweizer Städte- und Gemeindeverbänden lanciert wurde. Das Amt beteiligte sich an der Arbeitsgruppe «TA Städte».

Auch das Dossier «Agglomeration» (als neu zu schaffende Institution) wurde vom Amt 2007 weiterhin verfolgt. Es beteiligt sich ausserdem an der Technischen Arbeitsgruppe der Agglomeration, die die Entwicklung eines Agglomerationsprogramms im Sinne des Bundesamts für Raumentwicklung betreut.

## **Amt für Landwirtschaft**

### **1. Aufgaben**

Amtsvorsteher: Jean-Paul Meyer

Das Amt für Landwirtschaft unterstützt die freiburgische Landwirtschaft durch Finanzhilfen und Beratung in den Bereichen:

- Strukturverbesserungen, landwirtschaftliche Gebäude inbegriffen,

- soziale Begleitmassnahmen,
- Förderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und der Zucht,
- Massnahmen zum Schutz von Boden, Wasser und zur Luftreinhaltung.

Es verwaltet die Direktzahlungen und die Sömmerungsbeiträge. Es kontrolliert und anerkennt die Landwirtschaftsbetriebe. Es sorgt für den Schutz landwirtschaftlicher Böden im Rahmen von Bau und Raumplanung und arbeitet beim Vollzug des landwirtschaftlichen Pachtrechts mit.

## **2. Tätigkeit**

### **Förderung der Landwirtschaft**

**Örtliche Landwirtschaftsverantwortliche.** Gemäss dem Landwirtschaftsgesetz vom 3. Oktober 2006 (LandwG) werden örtliche Landwirtschaftsverantwortliche eingesetzt, die den Auftrag haben, auf lokaler Ebene bei der Ausführung der Verwaltungsaufgaben in den verschiedenen Bereichen der Landwirtschaft mitzuarbeiten.

Am 31. Dezember 2007 waren im ganzen Kanton 159 Personen zu örtlichen Landwirtschaftsverantwortlichen ernannt.

**Landwirtschaftliche Pacht.** Das Amt für Landwirtschaft ist gemäss Ausführungsgesetz vom 24. Februar 1987 zum Bundesgesetz über die landwirtschaftliche Pacht zur Einsprache gegen eine Zupacht oder den Pachtzins für landwirtschaftliche Grundstücke befugt. In dieser Eigenschaft hat es 2007 48 landwirtschaftliche Pachtverträge behandelt, davon 31 Pachtverträge für Grundstücke von Gemeinden. Gegen 9 Pachtverträge oder 19% der behandelten Verträge erhob es Einsprache.

**Beitragswesen.** Die folgenden Beiträge wurden gewährt  
Bundesbeiträge:

| <i>Beitragsart</i>   | <i>Anzahl Betriebe</i> |         | <i>Beiträge in<br/>tausend Franken</i> |           |
|--|------------------------|---------|--|-----------|
|  |                        |         |  |           |
| Flächenbeiträge  | 3 050                  | (3 101) | 93 950                                 | (96 215)  |
| Beiträge für die Haltung Raufutter verzehrender Nutztiere  | 2 743                  | (1 834) | 27 170                                 | (15 712)  |
| Beiträge für die Haltung Raufutter verzehrender Nutztiere unter erschwerten Produktionsbedingungen | 1 733                  | (1 760) | 12 083                                 | (12 220)  |
| Allgemeine Hangbeiträge  | 1 435                  | (1 463) | 2 780                                  | (2 776)   |
| Hangbeiträge für Rebflächen  | 17                     | (17)    | 20                                     | (20)      |
| Total der allgemeinen Direktzahlungen  |                        |         |  |           |
|  | 2007                   |         | 136 003                                |           |
|  | 2006                   |         | 126 943                                |           |
|  | 2005                   |         | 127 854                                |           |
|  | 2004                   |         | 127 886                                |           |
| Beiträge für den ökologischen Ausgleich  | 2 969                  | (3 015) | 7 483                                  | (7 371)   |
| Beiträge für die extensive Produktion von Getreide und Raps  | 1 169                  | (1 217) | 2 332                                  | (2 404)   |
| Beiträge für den biologischen Landbau  | 113                    | (109)   | 832                                    | (804)     |
| Beiträge für besonders tierfreundliche Stallhaltungssysteme  | 1 391                  | (1 354) | 4 543                                  | (4 261)   |
| Beiträge für den regelmässigen Auslauf von Nutztieren im Freien                                    | 2 430                  | (2 428) | 13 406                                 | (13 097)  |
| Sömmerungsbeiträge   | 624                    | (631)   | 7 263                                  | (7 010)   |
| Beitrag Gewässerschutz   | 60                     | (59)    | 304                                    | (781)     |
| Beiträge für die ökologische Qualität, biologische Qualität  | 247                    | (244)   | 143                                    | (143)     |
| Beiträge für die ökologische Qualität, Vernetzung  | 515                    | (484)   | 476                                    | (422)     |
| Beiträge für die ökologische Qualität, biologische Qualität/Vernetzung                             | 134                    | (122)   | 153                                    | (149)     |
| Total der Ökobeiträge  |                        |         |  |           |
|  | 2007                   |         | 36 935                                 |           |
|  | 2006                   |         | 36 442                                 |           |
|  | 2005                   |         | 35 833                                 |           |
|  | 2004                   |         | 35 173                                 |           |
| Ackerbaubeiträge   |                        |         |  |           |
|  | 2007                   | 760     | 3 143                                  |           |
|  | 2006                   | 600     | 2 927                                  |           |
|  | 2005                   |         | 2 819                                  |           |
|  | 2004                   |         | 2 569                                  |           |
| Total Bundesbeiträge   |                        |         | 176 081                                | (166 312) |
| Kantonsbeiträge:   |                        |         |  |           |
| Sömmerungsbeiträge   | 49                     | (40)    | 190                                    | (191)     |
| Beiträge Gewässerschutz  | 60                     | (58)    | 82                                     | (120)     |
| Beiträge für die ökologische Qualität, biologische Qualität  | 247                    | (244)   | 16                                     | (16)      |
| Beiträge für die ökologische Qualität, Vernetzung  | 515                    | (484)   | 53                                     | (16)      |
| Beiträge für die ökologische Qualität, biologische Qualität/Vernetzung                             | 134                    | (122)   | 17                                     | (47)      |

|   |      |      |     |       |
|---|------|------|-----|-------|
| Beiträge für die Ackerbaumethoden zum Schutz landwirtschaftlicher Böden | 54   | (38) | 184 | (108) |
| Total Kantonsbeiträge   | 2007 |      | 542 |       |
|   | 2006 |      | 498 |       |
|   | 2005 |      | 535 |       |
|   | 2004 |      | 421 |       |

**Bemerkungen:**

Die Flächenbeiträge sind 2007 gegenüber 2006 gekürzt worden (1 150 anstatt 1 200 Franken pro ha). Hingegen wurden für Milchkühe Beiträge für die Haltung Raufutter verzehrender Nutztiere ausgerichtet, was den starken Anstieg der Anzahl Betriebe, die von dieser Massnahme profitieren, und des Gesamtbetrags erklärt.

Das Projekt zur Aktualisierung der Bodenbedeckung bzw. der landwirtschaftlichen Nutzfläche geht in die Endphase. 2007 wurden die Gemeinden Chénens, Marly, Barberêche, Pierrafortscha, Rossens, Sâles, Bas-Intyamon, Farvagny und Noréaz kontrolliert. Die letzten Aufträge für die Gemeinden, deren Vermessung auf das Jahr 1850 zurückgeht (alte kantonale Vermessung), sind an Vermessungsbüros vergeben worden. Für die übrigen Gemeinden erfolgt die Aktualisierung im Rahmen der laufenden neuen Vermessungen.

Gemäss Artikel 15 der Verordnung über Sömmerungsbeiträge hat das Amt 40 Sömmerungsbetriebe innerhalb von 11 Tagen kontrolliert. Die Quote von 70 bis 90 Betrieben ist 2007 ausnahmsweise nicht erreicht worden, da das Amt während der Sömmerungsperiode umgezogen ist.

Die kantonalen Sömmerungsbeiträge basierten erstmals auf dem Landwirtschaftsgesetz vom 3. Oktober 2006 bzw. seinem Reglement vom 27. März 2007, in dem die Bedingungen für die Gewährung der Beiträge festgelegt sind. Die kantonale Hilfe wird nicht mehr aufgrund der Anzahl Kühe gewährt, sondern entsprechend dem offiziell angegebenen Volumen der Milchproduktion. Die Beiträge von 190 000 Franken entsprechen 2 629 761 kg Milch zu 7,225 Rappen.

**Rindviehzucht.** 2007 wurde für die Rindviehzucht eine Finanzhilfe von 1 820 000 Franken bewilligt. 600 000 Franken wurden für den Absatz von Schlachtvieh über die SANIMA, die ihren eigenen Tätigkeitsbericht verfasst, gewährt. 834 000 Franken wurden für die Mitfinanzierung der vom Bund vorgesehenen Massnahmen aufgewendet und 386 000 Franken für die Finanzierung von speziellen kantonalen Massnahmen zur Förderung der freiburgischen Rindviehzucht.

Es wurden zum letzten Mal Prämien in der Höhe von 2,50 Franken pro im Herdebuch eingetragenen Tier an die Zuchtgenossenschaften ausgerichtet. Mehrere Zuchtgenossenschaften haben sich zu regionalen Zuchtverbänden zusammengeschlossen. Die 2007 neu gegründeten Verbände betreffen die Basse-Veveyse, den Broye- und den Seebezirk. Die Rotfleckviehzuchtgenossenschaft

Schmitten-III konnte ihr 50-jähriges Bestehen feiern. Es war das einzige Jubiläum im Jahr 2007.

Die Bezirksklubs und -vereine erhalten vom Kanton eine bedeutende Unterstützung für die Ausbildung der Züchter und die Organisation von Veranstaltungen wie die regionalen Ausstellungen.

Die drei Grossanlässe im Kanton Freiburg erhielten ebenfalls Finanzhilfe vom Kanton, nämlich:

- Expo Bulle. An der nationalen Milchviehausstellung der Rassen Holstein und Red Holstein wurden am 24. und 25. März 2007 rund 345 Milchkühe ausgestellt.
- Zuchtstiermarkt. Am kantonalen Zuchtstiermarkt vom 25. September 2007 wurden 398 Stiere prämiert. 171 Stiere wurden bei dieser Gelegenheit verkauft, davon 133 für die Zucht und 38 als Schlachtstiere.
- JUNIOR-EXPO Bulle. An dieser von den Freiburger Jungzüchtern organisierten nationalen Ausstellung wurden vom 6. bis 8. Dezember 2007 rund 650 Rinder und Kühe der Rassen Holstein und Red Holstein vorgeführt.

Im Einvernehmen mit den kantonalen Zuchtverbänden wurde eine neue Massnahme zur Förderung von Hochleistungskühen, d.h. Kühen, die eine Produktion von mehr als 85 000 kg Milch erreicht haben, eingeführt. Die Unterstützung für die Analysen der Milchqualität wurde beibehalten, um die Qualität der freiburgischen Produkte zu fördern.

**Pferdezucht.** Bundes- und Kantonsbeiträge zugunsten der Pferdezucht

In Anwendung der Bundesverordnung vom 7. Dezember 1998 über die Tierzucht und des kantonalen Landwirtschaftsgesetzes vom 3. Mai 2006 wurden folgende Beiträge an die Pferdezucht ausgerichtet:

|   | 2007<br>in tausend<br>Fr. | 2006<br>in tausend<br>Fr. |
|---|---------------------------|---------------------------|
| An die Unterstützung des Bundes gebundene kantonale Unterstützung |                           |                           |
| - Beiträge an anerkannte Zuchtgenossenschaften                    | 81                        | (79)                      |
| - Beiträge für die Erhaltung der Freibergerrasse                  | 39                        | (44)                      |
| Andere spezifisch kantonale Unterstützung                         |                           |                           |
| - Zuchtprämien  | 32                        | (30)                      |

|   |     |       |
|---|-----|-------|
| – Andere Beiträge (Organisationen, Prüfungen) | 7   | (7)   |
| Total   | 159 | (160) |

Der Kantonsbeitrag 2007, der den Beitrag des Bundes ergänzt, setzt sich aus den Zuchtprämien (Genossenschaften, Hengsthalter, Pferde, die den Feldtest bestanden haben), einem Beitrag für den Feldtest in Grangeneuve (2 500 Franken), einem Beitrag für den kantonalen Verband (1 800 Franken) und einem Beitrag für die Pferdeverkaufsliste (2 000 Franken) zusammen.

**Schweine-, Schaf- und Ziegenzucht.** In Anwendung der Bundesverordnung vom 7. Dezember 1998 über die Tierzucht und des kantonalen Landwirtschaftsgesetzes vom 3. Mai 2006 wurden folgende Beiträge an die Kleinviehzucht ausgerichtet:

|  | 2007<br>in tausend<br>Fr | 2006<br>in tausend<br>Fr |
|--|--------------------------|--------------------------|
| An die Unterstützung des Bundes gebundene kantonale Unterstützung (Beiträge an anerkannte Zuchtgenossenschaften) | 177                      | (167)                    |
| Andere spezifisch kantonale Unterstützung Zuchtprämien und andere Beiträge                                       | 48                       | (50)                     |
| Total  | 225                      | (217)                    |
| davon Unterstützung der Schaf-/Ziegenzucht   | 125                      | (122)                    |
| davon Unterstützung der Schweinezucht  | 100                      | (95)                     |

**Weinbau.** Im Rahmen der Bundesverordnung vom 7. Dezember 1998 über den Rebbau und die Einfuhr von Wein wurden 13 (15) Gesuche um Umstellung von Rebflächen (Rodung der Rebsorten Chasselas und Müller-Thurgau und Ersatz durch andere Rebsorten) für eine Fläche von 16 603 m<sup>2</sup> eingereicht.

Für die Weinlese 2007 wurden die Qualitätsnormen (Mindestzuckergehalt) und die Produktionsbeschränkung mit Entscheid der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft vom 2. Juli 2007 wie folgt festgesetzt:

|                          | Produktions-<br>beschränkung | Mindestzucker-<br>gehalt (Öchslegrad) |
|--------------------------|------------------------------|---------------------------------------|
| Vully                    |                              |                                       |
| Chasselas:               | 1,200 kg/m <sup>2</sup>      | 60°                                   |
| Andere weisse Rebsorten: | 1,000 kg/m <sup>2</sup>      | 60°                                   |
| Pinot noir:              | 1,000 kg/m <sup>2</sup>      | 68°                                   |
| Andere rote Rebsorten:   | 1,100 kg/m <sup>2</sup>      | 65°                                   |

|                    |                         |     |
|--------------------|-------------------------|-----|
| Cheyres            |                         |     |
| weisse Rebsorten:  | 1,250 kg/m <sup>2</sup> | 60° |
| rote Rebsorten(*): | 1,100 kg/m <sup>2</sup> | 65° |

(\* Der Mindestzuckergehalt (Öchslegrad) wurde für Pinot Noir bei 68°Oe festgelegt.

Die Produktionsbeschränkungen für die freiburgischen Weinberge sind strenger als die Beschränkungen des Bundes. Nur die Trauben, die diese Kriterien erfüllen, erlauben die Herstellung von Weinen mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung (AOC) und mit Ursprungsbezeichnung (AO).

Die Erträge der Weinlese 2007 fielen leicht tiefer aus als im Vorjahr. Der Gesamtertrag aller Rebflächen beträgt für alle Rebsorten zusammen 924 235 kg. Vor allem der Behang der Chasselastrauben wurde reguliert. Die Pinot-Noir-Trauben hingegen litten aufgrund des erneuten Kälteeinbruchs während der Blütezeit an starker Verrieselung. Was die Qualität betrifft, ist der in Öchslegrad gemessene Zuckergehalt hoch und der Gesundheitszustand der Weinlese gut, was auf einen sehr guten Jahrgang hindeutet.

Die gesamte Weinlese 2007 der Weinberge Vully und Cheyres erfüllt die Anforderungen für die kontrollierte Ursprungsbezeichnung.

Ergebnisse der Weinlese:

| Vully               | in kg   | mittlerer Grad |
|---------------------|---------|----------------|
| Chasselas           | 508'030 | 72,50          |
| Pinot noir          | 156'623 | 90,57          |
| Gamay               | 9'943   | 85,67          |
| Spezialitäten weiss | 84'805  | 89,03          |
| Spezialitäten rot   | 66'039  | 85,76          |
| <b>Cheyres</b>      |         |                |
| Chasselas           | 39'757  | 72,98          |
| Pinot noir          | 47'402  | 90,24          |
| Spezialitäten weiss | 4'130   | 89,10          |
| Spezialitäten rot   | 7'506   | 87,66          |

**Viehhandelspatente.** Gestützt auf die interkantonale Übereinkunft vom 13. September 1943 über den Viehhandel wurden 58 Viehhandelspatente und 12 Vermittlerpatente abgegeben. 38 Patente wurden an Hundehändler oder -züchter abgegeben (Art. 6 des Beschlusses vom 21. Dezember 1982 betreffend die Hundesteuer).

1 Kandidat hat am Einführungskurs für neue Händler teilgenommen.

Die Konsultativkommission für Taxation, bestehend aus einem Vertreter pro Bezirk und zwei Vertretern der Nutztiersversicherungsanstalt (SANIMA), hielt eine eintägige Sitzung ab. Sie setzte die Umsatzgebühren für die

Viehhändler, gestützt auf die Verordnung vom 1. Mai 2007 über die Prämien der SANIMA für die jährliche Versicherungsperiode, fest.

**Absatzförderung und wirtschaftliche Entwicklung.** Der Kanton trägt zur Entwicklung der Konkurrenzfähigkeit der freiburgischen Landwirtschaft bei durch:

- Finanzhilfen für die Absatzförderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse;
- Unterstützungsbeiträge;
- Veranstaltungen;
- Studien und vorbereitende Arbeiten.

In diesem Rahmen entrichtete der Kanton 583 830 Franken für 21 Projekte, davon 250 000 Franken an die Association des produits du terroir, die die wichtigste Koordinationsstelle für die Absatzförderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist.

### Raumplanung

**Ortsplanungen, Baubewilligungen.** Gemäss Artikel 11 des Ausführungsreglements vom 18. Dezember 1984 zum Raumplanungs- und Baugesetz vom 9. Mai 1983 wurden im Jahr 2007 zu folgenden Gesuchen Stellungnahmen abgegeben:

- 100 (103) Baubewilligungsgesuche für Neubauten oder Umbauten von Wohnteilen in der Landwirtschaftszone und 86 Gesuche in der Bauzone. Ausserdem 34 (20) direkte von Landwirten oder Gemeinden gestellte Gesuche betreffend die Berechnung der Raumeinheiten.
- 224 (264) Baubewilligungsgesuche für Neubauten oder Umbauten von Ökonomiegebäuden, Schuppen, Schweineställen, Hühnerställen, Alplütten, Biogasanlagen und Bauten im Zusammenhang mit nichtlandwirtschaftlichen Nebenbetrieben.
- 89 (92) Dossiers über Ortsplanungen wurden geprüft. Es handelte sich entweder um Vorprüfungen, um Schlussprüfungen oder um Vorstudien im Hinblick auf die nächste Revision der Ortsplanung.

### Umwelt- und Naturschutz

**Boden.** Gemäss der Verordnung vom 20. August 2002 über den Bodenschutz hat das Amt für Landwirtschaft 86 (60) Baugesuche für die Landwirtschaftszone mit qualitativem oder quantitativem Einfluss auf den Boden begutachtet. Es handelte sich um die folgenden geplanten Arbeiten:

|                                     |    |
|-------------------------------------|----|
| – Wasserleitungen                   | 29 |
| – Kiesgruben                        | 4  |
| – Auffüllungen                      | 8  |
| – Gasleitungen                      | 17 |
| – Strassen, Wege                    | 6  |
| – elektrische Leitungen und Anlagen | 9  |
| – Verschiedenes                     | 13 |

Total 86

**Pfluglose Saat.** In Anwendung des Landwirtschaftsgesetz vom 3. Oktober 2006 hat das Amt für Landwirtschaft Beiträge an 57 (42) Landwirte für insgesamt 183 745 (108 108) Franken ausgerichtet. Diese Beiträge sind mit dem Abschluss eines 5-jährigen Vertrages zwischen dem Landwirt und dem Amt verknüpft. Die unter Vertrag stehenden Flächen betragen 458 Hektaren. Gegenüber 2006 entspricht dies einem Anstieg von 187 Hektaren.

**Erosion.** Die Arbeitsgruppe Erosion, die Ende 2006 um 4 Vertreter aus der Landwirtschaft erweitert wurde, ist 2007 zweimal zusammengetreten. Das kantonale Konzept wurde überprüft, und die Erhebung der Erosion durch die örtlichen Landwirtschaftsverantwortlichen wurde am 1. September 2007 erneut aufgenommen.

**Gewässerschutz.** In Anwendung des Beschlusses vom 28. November 2000 über die Verringerung der Nitratbelastung aus der landwirtschaftlichen Bodenbewirtschaftung hat das Amt für Landwirtschaft 54 Landwirten, die Böden der Projekte in Avry, Middel, Courgevaux, Fétigny, Domdidier und Lurtigen bewirtschaften, Flächenabgeltungen ausgerichtet. 2007 wurden somit keine neuen Projekte durch den Kanton finanziert. Der Anteil des Kantons an den Abgeltungen, die zu gleichen Teilen zwischen dem Kanton und den Fassungsbesitzern aufgeteilt wurden, beläuft sich auf 80 849 (80 217) Franken.

**Naturschutz.** In Anwendung der eidgenössischen Öko-Qualitätsverordnung (ÖQV) haben 247 (244) Betriebe für die biologische Qualität einen Betrag von insgesamt 158 149 (152 761) Franken erhalten. 515 (484) Betrieben wurde ein Bonus von 524 902 (480 588) Franken für die Vernetzung von kombinierten ökologischen Ausgleichsflächen ausgerichtet. 134 (122) Betriebe beteiligten sich an beiden Massnahmen für einen Gesamtbetrag von 169 456 (158 512) Franken. 2007 wurden zwei neue ÖQV-Vernetzungsprojekte anerkannt. Es handelt sich um die Projekte von Villarepos und Villeneuve, die im Rahmen von Güterzusammenlegungen ausgearbeitet wurden. Die Öko-Qualitätsverordnung wird zu 90% vom Bund und zu 10% vom Kanton finanziert.

### Subventionierung landwirtschaftlicher Strukturen

**Vom Kanton subventionierte Arbeiten.** Die folgende Aufstellung umfasst die im Jahre 2007 zugesicherten Beiträge und deren Verteilung auf die verschiedenen Meliorationsarten, ausgenommen die eingegangenen Verpflichtungen unter der Rubrik des Fonds für Bodenverbesserungen.

|   | Anrechenbarer<br>Kostenvoranschlag Fr. | Kantonale<br>Beiträge Fr. |
|---|--|---------------------------|
| Güterzusammenlegungen   | 5 924 563                              | 1 809 153                 |
| Alpwege und Hofzufahrten  | 5 722 294                              | 1 697 728                 |
| Wasserversorgungen  | 3 133 657                              | 513 398                   |
| Andere Bodenverbesserungen (Entwässerungen, Stromversorgung, Bewässerungen, Ausdolung von Bächen, Instandstellung von Grundstücken) | 376 000                                | 109 850                   |
| Landw. Bauten und Sennereien  | 28 804 500                             | 3 057 600                 |
| Hofdüngeranlagen  | –                                      | –                         |
| <b>Total 2007</b>   | <b>43 961 014</b>                      | <b>7 187 729</b>          |
| Total 2006  | 72 295 917                             | 8 004 337                 |
| Total 2005  | 47 608 605                             | 7 800 003                 |
| Total 2004  | 45 967 581                             | 8 104 903                 |

Die Gesamtsumme der kantonalen Unterstützung 2007 liegt unter dem Durchschnitt der letzten Jahre und entspricht einem gewissen Rückgang der Gesuche. Der Kantonsbeitrag für landwirtschaftliche Bauten in der Talzone, entsprechend der Motion Godel/Page, beläuft sich auf 500 600 Franken für 12 Projekte.

Die Gesamtsumme der im Jahr 2007 zugesicherten Beiträge unter der Rubrik des Fonds für Bodenverbesserungen beläuft sich auf 784 278 Franken bei einem Kostenvoranschlag von 2 683 328 Franken, was 43 Projekten oder Etappen entspricht.

**Vom Bund subventionierte Arbeiten.** Die folgende Tabelle ist eine Zusammenstellung der im Jahr 2007 zugesicherten Beiträge:

|  | Fr.              |
|--|------------------|
| Güterzusammenlegungen  | 2 350 389        |
| Alpwege und Hofzufahrten                                       | 1 863 111        |
| Wasserversorgungen   | 1 620 178        |
| Andere Bodenverbesserungen                                     | 293 040          |
| Landw. Bauten und Sennereien                                   | 2 773 900        |
| Hofdüngeranlagen   | –                |
| <b>Total der dem Kanton 2007 zugesicherten Bundesbeiträge:</b> | <b>8 900 618</b> |
| 2006   | 7 397 650        |
| 2005   | 7 916 659        |
| 2004   | 7 673 341        |

Der starke Anstieg bei den Wasserversorgungen rührt von einem grossen, 2007 vom Bund subventionierten, Projekt her. Der kantonale Beitrag für dieses Projekt wurde 2006 gewährt.

#### Im Jahr 2007 ausbezahlte Beiträge (ohne Beiträge des Fonds für Bodenverbesserungen).

|                              | Beiträge Kanton  | Beiträge Bund    |
|------------------------------|------------------|------------------|
| Güterzusammenlegungen        | 1 030 958        | 1 872 586        |
| Alpwege und Hofzufahrten     | 1 869 729        | 2 118 364        |
| Wasserversorgungen           | 510 288          | 1 454 748        |
| Andere Bodenverbesserungen   | 302 189          | 500 927          |
| Landw. Bauten und Sennereien | 3 229 900        | 2 983 200        |
| Hofdüngeranlagen             | 112 680          | –                |
| <b>Total 2007</b>            | <b>7 055 744</b> | <b>8 929 825</b> |
| Total 2006                   | 7 174 605        | 6 520 217        |
| Total 2005                   | 7 698 327        | 7 980 061        |
| Total 2004                   | 7 898 295        | 7 398 149        |

Am 31. Dezember 2007 befand sich bei der Abteilung Strukturverbesserungen des Bundesamtes für Landwirtschaft eine Abrechnung zur Genehmigung und Bezahlung.

Am 31.12.2006: 5 Abrechnungen  
 Am 31.12.2005: 4 Abrechnungen  
 Am 31.12.2004: 0 Abrechnungen

Die ausbezahlten Kantons- und Bundesbeiträge nach Rubrik stehen nicht immer im Verhältnis zu den entsprechenden Ansätzen dieser Rubriken, da einige Auszahlungen je nach den zur Verfügung stehenden Krediten auf das nächste Jahr übertragen werden können.

#### Im Jahr 2007 durch den Fonds für Bodenverbesserungen ausbezahlte Beiträge.

|            | Fr.     |
|------------|---------|
| Total 2007 | 536 482 |
| Total 2006 | 449 537 |
| Total 2005 | 510 855 |
| Total 2004 | 600 917 |

**Stand der Verpflichtungen nach Meliorationsart.** Der Saldo der zugesicherten, aber noch nicht ausbezahlten Kantonsbeiträge setzte sich am 31. Dezember 2007 wie folgt zusammen:

|   | Fr.              |
|---|------------------|
| Güterzusammenlegungen                                 | 3 565 249        |
| Alpwege und Hofzufahrten                              | 1 147 211        |
| Entwässerungen  | 14 000           |
| Wasserversorgungen                                    | 608 495          |
| Andere Bodenverbesserungen                            | 181 650          |
| Landw. Bauten und Sennereien                          | 2 426 700        |
| Hofdüngeranlagen                                      | 491 090          |
| <b>Total der Verpflichtungen am 31. Dezember 2007</b> | <b>8 434 395</b> |
| Idem am 31. Dezember 2006                             | 9 081 650        |
| Idem am 31. Dezember 2005                             | 8 803 793        |
| Idem am 31. Dezember 2004                             | 6 483 689        |

Die eingegangenen Verpflichtungen des Fonds für Bodenverbesserungen belaufen sich am 31. Dezember 2007 auf 750 493 Franken.

#### Allgemeine Bemerkungen zu einigen Meliorationsarten.

**Güterzusammenlegungen.** Im Zusammenhang mit der Zufahrtsstrasse zur Autobahn A12 in Düdingen wurde 2007 eine neue Flurgenossenschaft gegründet.

Die Arbeiten der in den letzten Jahren neu gegründeten Flurgenossenschaften nehmen ihren normalen Verlauf, wobei die Kostenvoranschläge eingehalten werden.

**Alpwege und Hofzufahrten.** Die Beiträge, die für den Bau oder die Wiederinstandstellung von Alpwegen und Hofzufahrten in der Berg- oder Hügelzone zur Verfügung gestellt wurden, sind 2007 gegenüber den Vorjahren stabil geblieben.

Dank der Änderung des Beschlusses über die Kantonsbeiträge an die Bodenverbesserungen können nun Bewirtschaftungswege im ganzen Kanton unabhängig von einer Flurbereinigung subventioniert werden.

**Wasserversorgungen.** Unter dieser Rubrik werden zahlreiche Beitragsgesuche gestellt, vor allem seit der Bund 1999 Beiträge für Anlagen in der Hügelzone einführt, während zuvor Subventionen nur für die Bergzone gewährt wurden.

**Andere Bodenverbesserungen.** 2007 wurden ein Bewässerungsprojekt und zwei Projekte zur Wiederherstellung von Entwässerungen subventioniert. Die Erhaltung bestehender Projekte und die Unterstützung von Landwirtinnen und Landwirten, die verpflichtet sind,

qualitativ gute Lebensmittel zu produzieren, sind für die Aufrechterhaltung einer dynamischen Landwirtschaft unabdingbar.

**Landw. Bauten und Sennereien.** Aufgrund der am 1. Januar 1999 in Kraft getretenen neuen Bundesbestimmungen können einzelne bauliche Elemente subventioniert werden (z.B. Ställe, Schuppen). Seither konnten daher gemeinsam mit dem Bund und dem Fonds für Bodenverbesserungen mehr Fälle behandelt werden. Seit dem Inkrafttreten der Motion Godel/Page am 1.1.2002 sind im Jahr 2007 12 landwirtschaftliche Hochbauten in der Talzone subventioniert worden. 2006 waren es 27, 2005 18 und 2004 9 Projekte.

#### Investitionskredite

##### Darlehen zugunsten von natürlichen Personen im Jahr 2007

| Zweck                                  | Beträge Fr.       |
|--|-------------------|
| Starthilfen                            | 3 825 000         |
| Betriebskäufe durch Pächter            | 520 000           |
| Bau von Wohnhäusern                    | 1 530 000         |
| Umbau von Wohnhäusern                  | 1 760 000         |
| Bau eines Hühnerstalls                 | 29 000            |
| Bau von Gewächshäusern                 | 910 000           |
| Bau von Ökonomiegebäuden               | 5 382 000         |
| Umbau von Ökonomiegebäuden             | 3 551 000         |
| Bau von Einstellräumen/Speichern       | 158 000           |
| Bau einer Güllegrube                   | 80 000            |
| Bau von Wohnungen und Ökonomiegebäuden | 975 000           |
| Diversifizierung                       | 460 000           |
|  | <b>19 180 000</b> |

Durchschnittliche Dauer für die Tilgung der Darlehen: 14,2 Jahre

Durchschnittlicher Betrag pro Darlehen: 162 542 Franken.

|            |            |
|------------|------------|
| Total 2007 | 19 180 000 |
| Total 2006 | 26 858 000 |
| Total 2005 | 21 892 000 |
| Total 2004 | 22 316 000 |

### Darlehen zugunsten von juristischen Personen im Jahr 2007

| Zweck   | Beträge   |
|---|-----------|
| Gemeinsamer Kauf landwirtschaftlicher Maschinen | 244 000   |
| Für die Milchwirtschaft bestimmte Gebäude       | 264 000   |
| Wasserversorgungen                              | 130 000   |
| Bewässerungsanlagen                             | 126 000   |
| Wege und Strassen                               | 533 000   |
| Umbau von Alpgebäuden                           | 56 000    |
| Vereinfachte Güterzusammenlegungen              | 628 000   |
|   | 1 981 000 |

Durchschnittliche Dauer für die Tilgung der Darlehen: 6,5 Jahre

Durchschnittlicher Betrag pro Darlehen: 94 333 Franken.

|            |           |
|------------|-----------|
| Total 2007 | 1 981 000 |
| Total 2006 | 2 382 000 |
| Total 2005 | 5 294 000 |
| Total 2004 | 3 870 000 |

### Betriebshilfen Darlehen 2007

| Zweck  | Beträge |
|--|---------|
| Umschuldung bestehender Schulden   | 470 000 |
| Hilfen zur Überbrückung einer ausserordentlichen finanziellen Bedrängnis | 150 000 |
|  | 620 000 |

Durchschnittliche Dauer für die Tilgung der Darlehen: 9,17 Jahre

Durchschnittlicher Betrag pro Darlehen: 103 333 Franken.

|            |           |
|------------|-----------|
| Total 2007 | 620 000   |
| Total 2006 | 1 040 000 |
| Total 2005 | 1 020 000 |
| Total 2004 | 1 700 000 |

### Kantonaler Landwirtschaftsfonds Darlehen zugunsten von natürlichen Personen im Jahr 2007

| Zweck  | Beträge   |
|--|-----------|
| Verschiedene Bau- und Renovierungsarbeiten (Wohn- und Ökonomiegebäude, landw. Anlagen) | 2 152 000 |
| Kauf von Böden und Gebäuden  | 1 789 000 |
|  | 3 941 000 |

|            |           |
|------------|-----------|
| Total 2007 | 3 941 000 |
| Total 2006 | 5 810 000 |
| Total 2005 | 2 710 000 |
| Total 2004 | 2 996 000 |

### Tätigkeiten der Kommissionen

**Landwirtschaftskommission.** Die Landwirtschaftskommission wurde durch das Landwirtschaftsgesetz vom 3. Oktober 2006 eingesetzt. Ihre Organisation ist im Reglement vom 27. März 2007 zu besagtem Gesetz festgelegt. Am 10. Dezember 2007 hat der Staatsrat die Kommissionsmitglieder ernannt, die im Berichtsjahr noch nicht getagt haben.

**Kommission für Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft.** Die Kommission ist 2007 10-mal zu Plenarsitzungen zusammengetreten. Die Prüfung besonderer Probleme wurde einer Subkommission übertragen, die eine Sitzung abhielt.

### Rekurskommission für Bodenverbesserungen.

|   |   |
|---|---|
| Zu behandelnde Angelegenheiten am 31. Dezember 2006 | – |
| Eingereichte Rekurse im Jahr 2007                   | 6 |
| Gefällte Entscheide im Jahr 2007                    | 6 |
| Aufgehobene Angelegenheiten am 31. Dezember 2007    | – |
| Zu behandelnde Angelegenheiten am 31. Dezember 2007 | – |

**Kommission für Grundstückerwerb.** Die Kommission für Grundstückerwerb trat 2007 insgesamt 19-mal zusammen, 8-mal im Plenum und 11-mal in kleinerer Zusammensetzung.

Sie befasste sich mit verschiedenen Dossiers, davon betrafen:

- 2 das Autobahnamt
- 5 das Tiefbauamt
- 10 andere Stellen der Freiburger Staatsverwaltung
- 6 die Gemeinden oder Pfarreien
- 1 den Bund

**Pflanzenschutzkommission.** Die Kommission hat eine Sitzung abgehalten. Sie wurde vom Pflanzenschutzdienst der kantonalen Station für Tierproduktion und Pflanzenbau in Grangeneuve über den Stand der Pflanzengesundheit im Berichtsjahr informiert.

**Aufsichtsrat der Autonomen Landwirtschaftlichen Amortisationskasse.** Der Aufsichtsrat der Autonomen Landwirtschaftlichen Amortisationskasse hat am 28. März 2007 eine Sitzung abgehalten. Nebst der

Ratifizierung der Entscheide der Kommission für Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft und der Geschäftsführung der Kantonalen Zentralstelle für Agrarkredite hat er die Rechnung und den Geschäftsbericht der Kantonalen Zentralstelle für Agrarkredite für das Rechnungsjahr 2006 genehmigt. An dieser Sitzung haben die Mitglieder des Aufsichtsrats einstimmig die Auflösung der Autonomen Landwirtschaftlichen Amortisationskasse beschlossen.

### Schweizerischer Hilfsfonds für nicht versicherbare Elementarschäden

Der Fonds hat verschiedenen Geschädigten im Kanton insgesamt 90 306 Franken ausbezahlt (2006: 137 466 Franken, 2005: 26 664 Franken und 2004: 14 778 Franken). Davon wurden 32 100 Franken für die Wiederinstandstellung von Werken der Bodenverbesserungskörperschaften ausgerichtet. Eine gewisse Zahl von Schadenfällen wird zurzeit von den Verantwortlichen des schweizerischen Hilfsfonds in Bern überprüft. Der Betrag schwankt von Jahr zu Jahr gemäss der Zahl und dem Ausmass der Schäden.

### Fonds für Bodenverbesserungen

#### Geldverkehr.

| Einnahmen:   | Fr.          |
|--|--------------|
| – Zahlungen an den Fonds unter der Rubrik 3435/380.002 | 400 000.—    |
| – jährliche Zinsen von 2,125%                          | 64 436.90    |
| – Zahlungen der Grundbuchämter                         | 3 875 527.05 |
| Total der Einnahmen                                    | 4 339 963.95 |

#### Ausgaben:

|   |              |
|---|--------------|
| – Zahlungen an die Budget-Rubrik 3435/402.001 | 3 875 527.05 |
| – Zahlungen an die Budget-Rubrik 3435/480.002 | 530 000.—    |
| – Vermögensrückgang                           | - 65 563.10  |
| Total der Ausgaben                            | 4 339 963.95 |

### Besondere Ereignisse

Das Jahr 2007 war für das Amt für Landwirtschaft durch die Zusammenlegung des Meliorationsamts, des ehemaligen Amtes für Landwirtschaft sowie der Kantonalen Zentralstelle für Agrarkredite – dem Vollzugsorgan der Autonomen Landwirtschaftlichen Amortisationskasse – gekennzeichnet. Die formelle Zusammenlegung erfolgte am 1. März, gleichzeitig mit dem Inkrafttreten des Landwirtschaftsgesetzes vom 3. Oktober 2006. Die räumliche Zusammenlegung der drei Einheiten erfolgte Anfang Juli 2007 mit dem Umzug an die Route Jo Siffert 36 in Givisiez, wo das gesamte neue Amt nun untergebracht ist. Aufgrund der Zusammenlegung der drei Einheiten mussten ein neues Organigramm mit fünf Hauptabteilungen ausgearbeitet und die Aufgaben mehrerer Mit-

arbeiterinnen und Mitarbeiter neu definiert werden. Es mussten jedoch keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der früheren Einheiten entlassen werden.

Das neue Amt räumte vor allem den laufenden Arbeiten der früheren Einheiten Priorität ein, bemühte sich jedoch gleichzeitig darum, schnellstmöglich die neue Struktur umzusetzen.

### Veterinäramt

#### 1. Aufgaben

Kantonstierarzt: Fabien Loup

Das Amt hat zur Hauptaufgabe:

- das Wohlbefinden und die Gesundheit der Tiere um der Tiere willen und zum Nutzen des Menschen nachhaltig sicherzustellen;
- zu gewährleisten, dass die Bestimmungen, die sich aus der Gesetzgebung in den Gebieten Tiergesundheit, Tierschutz, Hygiene von Lebensmitteln tierischer Herkunft und Tierarzneimittelleinsatz korrekt und gerecht angewendet werden, mit dem Ziel, dass die im Kanton gehaltenen oder lebenden Tiere und die Produkte tierischer Herkunft ungehinderten Zugang zu den schweizerischen und internationalen Märkten haben.

#### 2. Tätigkeit

##### Tiergesundheit – Bekämpfung der Tierseuchen

**Hochansteckende Seuchen.** Es wurden keine Fälle oder Verdachtsfälle gemeldet.

Was die Vogelgrippe betrifft, so blieb das Freilandhaltungsverbot für Hühner, Truten, Pfauen, Perlhühner, Rebhühner, Fasane, Wachteln, Enten, Gänse, Strausse, Emus und Nandus in den sogenannten Risikozonen, d. h. an den Ufern des Neuenburgersees, des Murten-sees und des Broeykanals, bis Ende März 2007 in Kraft. Im Herbst 2007 wurde kein Freilandhaltungsverbot für diese Geflügelarten verhängt, jedoch nur unter der Bedingung, dass das Geflügel an einem geschützten Ort gefüttert und getränkt wird, dass die Wasserbecken vor wildlebenden Wasservögeln abgeschirmt sind und dass die Hühner und Truten getrennt von den Schwimm- und Laufvögeln gehalten werden. In den Risikozonen wurden zudem die tierärztliche Überwachung verstärkt und Geflügelmärkte und -ausstellungen verboten. Diese Massnahmen gelten noch bis im April 2008.

Ausserdem wurde das Wasserwild (Reiherenten, Tafelenten, Stockenten) während der ordentlichen Jagdperiode aktiv von den Wildhütern-Fischereiaufsehern überwacht. Bis heute fielen alle Untersuchungen im Rahmen des Überwachungsprogramms negativ aus.

Die Blauzungkrankheit (Bluetongue) – eine Krankheit, die Wiederkäuer befällt – wurde erstmals in der Schweiz am 28. Oktober 2007 im Kanton Basel-Stadt diagnostiziert. Vier weitere Fälle wurden in den Kantonen Solothurn und Basel-Land gemeldet. Eine Schutzzone

von 20 km wurde errichtet und es wurden Massnahmen getroffen zur Einschränkung im Tierverkehr sowie Schutzmassnahmen gegen Mücken, die die Krankheit übertragen. Die restliche Schweiz wurde als Überwachungszone deklariert. Innerhalb dieser Überwachungszone gibt es keine Einschränkungen im Tierverkehr, doch alle Klautiere, die exportiert werden sollen, müssen vorgängig auf die Blauzungenkrankheit getestet werden. Seit dem Beginn der kalten Witterung sind die Überträgermücken in der Schweiz nicht mehr aktiv, und die Überwachungszone wurde am 10. Dezember 2007 aufgehoben. Transporte von Wiederkäuern sind somit wieder in der ganzen Schweiz ohne Einschränkungen möglich. Im Kanton Freiburg erwiesen sich 6 Verdachtsfälle von Blauzungenkrankheit bei Schafen und Rindern als negativ.

**Auszurottende Tierseuchen.** Es wurden zwei Fälle von Boviner Spongiformer Enzephalopathie (BSE) und von Transmissibler Spongiformer Enzephalopathie (TSE) bei Schafen und Ziegen untersucht, doch sie haben sich beide als negativ erwiesen.

Die Überwachung der Bovinen Infektiösen Rhinotracheitis und Infektiösen Pustulösen Vulvovaginitis (IBR/IPV), der Enzootischen Leukose der Rinder (EBL) und der Brucellose der Schafe und Ziegen erfolgte wie in der ganzen Schweiz mittels Befragungen von Betrieben, die das Bundesamt für Veterinärwesen zufällig auswählte. Die Proben für die Überwachung der Aujeszkyischen Krankheit wurden dieses Jahr direkt im Schlachthof der Micarna in Courtepin entnommen.

Im Kanton wurden 181 (175) Betriebe kontrolliert, darunter 99 (96) auf IBR/IPV und EBL, 55 (56) auf Brucellose der Schafe, 27 (23) auf Brucellose der Ziegen. Alle Untersuchungen fielen negativ aus.

Ausserdem wurde die Serumbank der Schafe beliefert. Dazu wurden Betriebe im Rahmen des Programms der Brucellose der Schafe ausgewählt.

Im Bereich Caprine Arthritis-Encephalitis (CAE) wurden die Ziegen von 152 (149) Betrieben kontrolliert. Alle Untersuchungen ergaben negative Resultate.

**Zu bekämpfende Seuchen.** Die Bekämpfungsmassnahmen und deren Resultate sehen wie folgt aus:

- 2 (2) Hunde erwiesen sich als leptospirose-positiv.
- 17 (16) Betriebe waren von Coxiellose betroffen.
- 2 (1) Fälle von Salmonellose bei Eidechsen (*S. arizonae*).
- 4 Fälle von Salmonellose bei Schildkröten (*S. enterica*).
- 1 Fall von Salmonellose bei einem Schwein (*S. typhimurium*).

Auf den Alpen einiger Gemeinden des Greyerzer-, des Sense- und des Vivisbachbezirks war die Impfung gegen den Rauschbrand obligatorisch. 718 (1049) Rinder von 58 (69) Betrieben wurden geimpft. Auf einer Alp im Sensegebiet wurde bei zwei nicht geimpften Rindern

eines Tierhalters aus dem Kanton Bern Rauschbrand diagnostiziert.

3014 (2758) Schafe wurden für die Sömmerung vorsorglich gegen Schafräude geimpft.

Im Rahmen der Bekämpfung der Lungenentzündung der Schweine wurde kein (1) Betrieb positiv auf Enzootische Pneumonie getestet. Über drei (1) Betriebe, die positiv auf Actinobacillose der Schweine getestet wurden, wurde eine Sperre verhängt; ihre Schweineställe wurden saniert.

Aufgrund der Änderung der eidgenössischen Tierseuchenverordnung wurde die bisherige Überwachung der Salmonella-Enteritidis-Infektion bei Zucht- und Legehennen angepasst. Bisher wurden alle Betriebe mit über 50 Legehennen im Rahmen des Programms zur Feststellung von Salmonella Enteritidis untersucht, neu werden nur noch die Betriebe mit über 250 Zuchtieren oder mit über 1 000 Legehennen untersucht. Die Stichprobenerhebung wurde hingegen ausgeweitet. Es wurde ein Überwachungsprogramm eingeführt, das 32 Geflügelhaltungen des Kantons umfasst.

In Müntschemier (Kanton Bern) wurden mehrere Fälle von Myxomatose (eine Krankheit, die Kaninchen und Hasen befällt) diagnostiziert. Über die Kaninchenbestände in den Gemeinden Fräschels, Kerzers, Ried, Galmiz und Bas-Vully sowie in der Enklave der Gemeinde Murten, die zwischen den Gemeinden Ried, Galmiz und Bas-Vully liegt, musste deshalb eine Sperre verhängt werden. Glücklicherweise wurde im Kanton Freiburg kein Fall der Krankheit diagnostiziert.

In 2 (8) Bienenhäusern wurde bösartige Faulbrut festgestellt, und es mussten 2 (46) Bienenvölker vernichtet werden.

In 12 (10) Bienenhäusern wurde Sauerbrut der Bienen festgestellt, und es mussten 42 (33) Bienenvölker vernichtet werden.

**Zu überwachende Seuchen.** Folgende Fälle wurden festgestellt:

- 6 (6) Fälle von Paratuberkulose bei den Rindern.
- 1 (0) Fall von Listeriose.
- 2 (1) Fälle von bösartigem Katarrhalfieber.
- Kein (1) Fall von Maedi-Visna.
- 2 (0) Fälle von Pseudotuberkulose der Ziegen.
- 1 (0) Fall von Trichinellose bei einem Luchs.
- Kein (1) Fall von Viraler hämorrhagischer Krankheit der Kaninchen.
- 3 (1) Fälle von Neosporose der Rinder.
- 25 (21) Fälle von Cryptosporidiose.

Was die Bovine Virus-Diarrhoe (BVD) betrifft, so ist das Programm zur Bekämpfung der Krankheit und zur Information der Tierhalterinnen und Tierhalter in Vorbereitung. 2007 wurden 143 Fälle von Rindern mit positivem Antigen-Nachweis von der Nutztiersicherungsanstalt SANIMA entschädigt. Aufgrund der

Änderung der eidgenössischen Tierseuchenverordnung vom 12. September 2007 gilt BVD ab 1. Januar 2008 als eine auszurottende Seuche.

Die Ausrottung der BVD auf nationaler Ebene wurde um ein Jahr auf Herbst 2008 verschoben.

#### **Bewilligungen für die Verwertung von Küchenabfällen.**

Die eidgenössische Gesetzgebung über die tierischen Nebenprodukte sieht eine Sanierung und Anpassung der Einrichtungen vor. Anfang 2007 verfügten noch 5 Tierhalterinnen und Tierhalter im Kanton über eine Bewilligung. Die Verwertung stand 2007 jedoch kurz vor einem definitiven Verbot, da die Europäische Union die Verfütterung von Speiseabfällen an Tiere bereits 2002 verboten hatte und da die Übergangsfrist Ende 2006 auslief. Die Schweiz hatte sich im Rahmen der bilateralen Abkommen mit der EU im Bereich Tierseuchen dazu verpflichtet, als Gegenleistung für Handelserleichterungen gleich strenge Massnahmen zur Bekämpfung und zum Gesundheitsschutz anzuwenden. Die Verfütterung von Küchenabfällen an Schweine, die sogenannte Schweinesuppe, soll weiterhin möglich sein, doch unter deutlich strengeren Auflagen als bisher.

#### **Bewilligung zur Besamung auf dem eigenen Betrieb.**

36 (25) Rindvieh- und Schweinehalter haben einen Kurs besucht und eine Bewilligung erhalten.

**Wanderschafherden.** Der Kanton zählt 5 (4) Wanderherden, für die das Veterinäramt eine Bewilligung erteilt hat.

**Kontrolle des Tierverkehrs, der Betriebsregister und der TVD.** Im Zusammenhang mit fehlerhaften Tiergeschichten, mit beim Transport oder bei der Schlachtung fehlenden Ohrmarken und mit anderen Situationen musste oft eingeschritten und mussten Ratschläge erteilt werden.

**Importe.** Im Bereich Importe aus EU-Staaten wurden folgende Mengen registriert (die Tiere unterstehen einer amtlichen Überwachung, welche die Kontrolle und Aufhebung der Massnahmen beinhaltet):

- Rinder: 30 Rinder aus Frankreich und 21 aus Deutschland. 19 waren an einer Ausstellung in Paris und wurden bei der Rückkehr unter Quarantäne gestellt.
- Rinder: Sömmerung in Frankreich: 600.
- Schafe: 9 aus Frankreich.
- Pferde: 50 aus verschiedenen EU-Staaten.
- Schlachtvieh aus der Freizone: 1 836.
- Geflügel, Elterntiere vom Masttyp: 66 490.
- Forellen: 9 125 kg und 1 500 Stück. 420 000 Eier.
- Saiblinge: 4 650 Stück
- Exotische Tiere: 26 Tiere auf 12 Importe verteilt.

Ohne Sondermassnahmen:

- Eintagsküken: 969 944 Stück. 22 (72) Betriebe wurden auf ihre räumliche Eignung für den Import von Eintagsküken geprüft.
- Perlhühner: 6 463

Andere, ohne Sondermassnahmen:

- Hunde: 62 Beagles, 1 Labrador Retriever und 1 Spitz.
- Samen von Stieren: 8 Stiere.
- Pferdesperma: 6 Pferde.
- Embryonen: 13 Rinder.
- Bienen: 30 Königinnen und 48 Bienenvölker.

**Exporte.** 416 (359) Zertifikate für den Export von Milchprodukten wurden ausgestellt.

Das Veterinäramt hat mit dem System der Europäischen Union zur elektronischen Meldung des Tierverkehrs «Traces» 33 (37) Exportzeugnisse für die Sömmerung von Rindern in Frankreich, 80 (49) Zeugnisse für den befristeten oder definitiven Export von Pferden, 22 (16) Exportzeugnisse für andere Tiere (Anakondas, Nachtaffen usw.) und 2 (11) Zeugnisse für Rinderembryonen ausgestellt.

Ausserdem hat das Veterinäramt alle erforderlichen Massnahmen getroffen für den Export von im Kanton erzeugtem Samen von Schafen nach Tunesien.

#### **Fleischhygienekontrolle**

**Schlachtbetriebe.** Im Zusammenhang mit den Anpassungen an die europäischen Bestimmungen wurden 27 Betriebe (Schlachthöfe und Verarbeitungsbetriebe) kontrolliert. 11 Betriebe erhielten eine Exportzulassung, und für alle Betriebe wurde ein Zeitplan für die Anpassungen festgelegt.

**Ordentliche Schlachtungen.** 495 565 (476 234) Tiere wurden geschlachtet. Das Fleisch von 494 754 (475 251) Tieren wurde für geniessbar erklärt, und das Fleisch von 811 (983) Tieren wurde nicht zum Verzehr freigegeben.

**Schlachtungen von kranken oder verunfallten Tieren.** 722 (846) Tiere wurden geschlachtet. Das Fleisch von 531 (639) Tieren wurde für geniessbar erklärt, und das Fleisch von 191 (207) Tieren wurde nicht zum Verzehr freigegeben.

**Schlachtungen von Tieren aus dem Ausland.** 1 836 (1 810) Tiere wurden geschlachtet. Das Fleisch von 1 836 (1 810) Tieren wurde für geniessbar erklärt, und das Fleisch von 0 (0) Tieren wurde nicht zum Verzehr freigegeben.

**Hemmstoffe.** In 98 (60) Fällen wurden in den Schlachthöfen Hemmstoffe in den Nieren von Tieren festgestellt, was zu 42 (19) Verwarnungen führte.

**Sarkosporidiose / Zystizerkose.** 4 (3) Fälle von Sarkosporidiose, die aus dem Kanton stammen, wurden nachgewiesen. 4 Schlachttierkörper wurden daher für ungeniessbar erklärt.

176 (211) Fälle von Zystizerkose wurden bei aus dem Kanton stammenden Tieren in den Schlachthöfen nachgewiesen, 1 (1) Schlachttierkörper wurde für ungeniessbar erklärt und 175 (210) konnten nach Tiefkühlung zum Verzehr freigegeben werden.

### Milchinspektorat

**Qualitätssicherung und Akkreditierung.** In Anbetracht der Verlegung des Milchinspektorats vom Milchwirtschaftlichen Inspektions- und Beratungsdienst (MIBD) zum Veterinäramt wurde der Erneuerung der Akkreditierung nach ISO 17020 besonders viel Gewicht beigemessen. Die Überwachung der Qualitätssicherung Milch sowie die sog. Blauen Kontrollen sind akkreditiert. Die Inspektionsstelle gehört erneut dem Inspektionstyp A an. Mit der Verlegung des Inspektorats vom MIBD zum Veterinäramt wurde die Vereinheitlichung und die Informatisierung des akkreditierten Systems möglich. Die Verwaltung der Dossiers konnte somit besser strukturiert werden. Die Überwachung der Thermometer wird neu durch das Freiburgische Agro-Lebensmittellabor, veterinärmedizinische Einheit, sichergestellt. 2008 soll ein Wiederholungs-Audit durchgeführt werden.

Seit Mai 2007 wurden einigen Tierhalterinnen und Tierhaltern Dokumente – betreffend die Qualitätssicherung Milch wie auch die Blauen Kontrollen – zugestellt, damit die Betriebsleiterinnen und -leiter dem Milchinspektorat die Korrektur fehlerhafter Informationen bestätigen können. Es kann somit eine bessere Betreuung der Dossiers sichergestellt werden.

**Überwachung der Qualitätssicherung (QS) Milch.** 2007 wurden 15-20% (50%) der Milchproduzentinnen und -produzenten kontrolliert. Ein Fünftel der Betriebe war einwandfrei. Es wurden 10 einfache Verwarnungen und 6 Verwarnungen mit erneuter Inspektion ausgesprochen. Es mussten nur 5 Milchlieferungen verhängt werden (4 wegen der Zellzahl, 1 wegen der Impulse. 2 der 5 Betriebe haben die Milchproduktion definitiv eingestellt). 15 Fälle von Hemmstoffen wurden gemeldet. Die Forderungen des Bundes gegenüber den Kantonen werden durch eine Zunahme der administrativen Aufgaben strikter.

**Amtstierärztliche Kontrollen («Blaue Kontrollen»).** Es wurden 107 Blaue Kontrollen bei Milchproduzentinnen und -produzenten durchgeführt (5% der Milchproduzentinnen und produzenten) und 50 Blaue Kontrollen

auf Betrieben ohne Milchproduktion. Es wurde festgestellt, dass die Akzeptanz der Blauen Kontrollen von Jahr zu Jahr zunimmt, und zwar auch bei denjenigen Betrieben, auf denen bisher noch keine Kontrolle durchgeführt wurde. Dennoch werden die Quoten, die von der Eidgenossenschaft zur Erfüllung der EU-Vorschriften verlangt werden, nicht erreicht. Lösungen werden zurzeit geprüft. Die Organisation des Tierverkehrs wird insgesamt immer besser.

**Datenverwaltung.** 2007 wurden die Einberufungen und die Erfassung der Resultate und Statistiken nach wie vor über das System LISA abgewickelt. Die Mitarbeitenden des Milchinspektorats wurden ins System KODAVET eingeführt. Zurzeit wird geprüft, ob die Daten in Zukunft mit diesem System erfasst werden sollen. Es sollte dabei jedoch eine Rationalisierung der Arbeit erreicht werden, und es sollten keine Doppelspurigkeiten entstehen.

**AOC-Kontrollen.** Die AOC-Kontrollen wurden in gleichen Abständen durchgeführt wie die Kontrollen der Qualitätssicherung (QS) Milch. Die Kontrollen wurden jedoch nicht, zumindest vorläufig noch nicht, in den Akkreditierungsbereich integriert, da die gesetzlichen Grundlagen dies zulassen. Insgesamt wurden für Gruyère 269, für Vacherin fribourgeois 210 und für Emmentaler-Schweiz 15 Kontrollen durchgeführt. Die meisten festgestellten Mängel hingen mit der Grassilage und der Regulierung der Melkroboter zusammen.

Das Milchinspektorat verfügt über die nötigen Informationen und die entsprechenden Kompetenzen, um diese Art von Kontrolle auch in Zukunft durchführen zu können. Die Anforderungen an die AOC-Kontrollen sind jedoch sehr hoch, weshalb diese noch nicht in grossem Ausmass durchgeführt werden können. Es bleibt deshalb zu hoffen, dass der Bedarf an qualifiziertem Personal in Zukunft berücksichtigt wird.

**Überprüfung der automatisierten Probenahmesysteme (AP) für die Entnahme von QK-Proben.** Die Zusammenarbeit mit der Suisselab AG für die Überwachung der AP ist sehr positiv. Einzig die finanziellen Bedingungen des Vertrags müssen noch diskutiert werden. Zudem wird eine Vereinheitlichung der Kontrollen auf gesamtschweizerischem Niveau unterstützt.

### Tierschutz

Beim Veterinäramt gingen 237 (211) Klagen wegen schlecht gehaltener Nutz-, Haus- und Wildtiere ein, was im Vergleich zu 2005 einer Erhöhung um 57% (151 Klagen) entspricht. Im Rahmen des Tierschutzes wurden vom Veterinäramt 173 (135) Augenscheine vorgenommen (die Inspektionen für die Gefährlichkeit von Hunden sind in dieser Zahl nicht inbegriffen). Nebst den Inspektionen wurden amtlichen Tierärzten 7 (4) Aufträge für verschiedene Interventionen erteilt.

**Nutztiere.** 1 112 (1 275) Betriebe wurden im vergangenen Jahr von der FIPO, dem in Grangeneuve gelegenen Kontrollorgan, in Bezug auf den Tierschutz kontrolliert. 88,1% (90,4%) der Betriebe erfüllten die Kriterien des eidgenössischen Tierschutzgesetzes (TSchG). Zum dritten Mal in Folge wurden Landwirtinnen und Landwirte kontrolliert, die Pferde halten. 40 (39) wiesen in dieser Tierkategorie Verstösse auf, was 24,5% (26,2%) entspricht. Abgesehen von den Verstössen bei den Pferden wurden bei 11,9% (9,6%), das heisst bei 132 (122) der kontrollierten Betriebe, Verstösse festgestellt. Die qualitativen Verstösse haben dieses Jahr zugenommen.

Beim Amt gingen 147 Klagen (62% der Klagen insgesamt) wegen schlechter Haltung von Nutzieren ein. Die Klagen wurden von Privatpersonen (35,4%), von Fleischkontrolleuren (18,8%), vom TSV (11,1%), von den Tierärzten (7,6%), von der Polizei (4,2%), den Veterinärämtern anderer Kantone (2,8%) eingereicht, und die übrigen (29 Klagen) von den Kontrollstellen, den Dienststellen des Staates, den Oberämtern, den Gemeinden und anderen privaten Gesellschaften und Verbänden, abgesehen vom TSV.

Die Klagen betrafen vor allem Rinder: 76 (48), Schafe: 24 (35), Schweine: 24 (21), Pferde: 13 (18), Ziegen: 6 (4), Geflügel: 5 (0) und Kaninchen: 3 (10).

11 (21) Beschwerden wurden an den Untersuchungsrichter überwiesen (10 für Rinder und 1 für Schweine).

Folgende Bescheinigungen über die Teilnahme von Landwirten an einem Kurs und die praktische Ausbildung am Tier wurden dem Amt zugestellt: Enthornung von Rindern: 198 (404), Kastration von Kälbern: 14 (15) und Kastration von Lämmern: 4 (3).

Das Bau- und Raumplanungsamt hat dem Veterinäramt 174 (174) Baudossiers unterbreitet, zu denen das Veterinäramt Stellung genommen hat.

**Haustiere (Hunde und Katzen).** 78 Klagen (33% der Klagen insgesamt) sind beim Amt wegen schlechter Haltung von Haustieren eingegangen. Die Klagen wurden von Privatpersonen (56%, wovon 15% anonym), vom TSV Freiburg (19%), von der Polizei (12%), von den Veterinärämtern anderer Kantone (1%), den Gemeinden (3%) und den Tierärzten (1%) eingereicht, und die übrigen (6 Klagen) von den Kontrollstellen, den Dienststellen des Staates, den Oberämtern und anderen Gesellschaften und Verbänden, abgesehen vom TSV.

Die Klagen betrafen vor allem Hunde (64 Klagen allein wegen der Hundehaltung und nicht wegen der Gefährlichkeit der Hunde) und Katzen (17). Das Amt hat in allen Fällen mit den Tierhalterinnen und -haltern Kontakt aufgenommen, um die Berechtigung der Klage zu überprüfen. Nur drei Klagen waren unbegründet.

3 (4) Beschwerden bezüglich Hunden wurden an den Untersuchungsrichter überwiesen, ebenso eine Beschwerde betreffend eine illegale Einfuhr von Hunden an das Bundesamt für Veterinärwesen. In zwei Fällen musste ein Tierhalteverbot verhängt werden.

2007 wurden 30 Hunde und 184 Katzen als verloren gemeldet; 30 Hunde, 129 Katzen und 3 weitere Tiere wurden aufgefunden und in die offizielle Datenbank eingetragen.

**Wildtiere.** 21 (24) neue Gesuche für Wildtierhaltung wurden an das Veterinäramt gerichtet. Die meisten Gesuche betrafen Frettchen (11) und Hirsche (3). Die übrigen neuen Bewilligungsgesuche betrafen Papageienvögel, Leguane, Mufflons, Giftschlangen und Wallabys. Nebst den neuen Gesuchen wurden 24 (16) Gesuche um Erneuerung der Haltebewilligung eingereicht, davon betrafen die meisten Hirsche (10), Giftschlangen (3), Frettchen (3) und Papageienvögel (3). Die übrigen Erneuerungsgesuche betrafen Leguane, Chamäleons, Erdmännchen und verschiedene Vögel.

12 Klagen (5% der Klagen insgesamt) sind beim Amt wegen schlechter Haltung von Wildtieren eingegangen.

**Tierversuche.** Die Aufsichtskommission für Tierversuche ist 2007 fünfmal zusammengetreten. Sie hat folgende Aufgaben wahrgenommen:

- 82 (56) Bewilligungsgesuche für Tierversuche wurden geprüft.
- 73 (52) Bewilligungen wurden erteilt.
- 3 (2) positive Stellungnahmen wurden für interkantonale Gesuche abgegeben.
- 4 (5) Unternehmen, in denen Tierversuche durchgeführt werden, wurden besichtigt.

### Hundeangelegenheiten

Zur Erinnerung: Der Sektor für Hundeangelegenheiten existiert seit dem 1. Juli 2006. Die Zahlen in Klammern beziehen sich auf die Fälle, die sich zwischen dem 1. Juli 2006 und dem 31. Dezember 2006 (6 Monate) ereignet haben.

**Gefährliche Hunde.** 2007 hat der Sektor seine Tätigkeit im Zusammenhang mit gefährlichen Hunden weitergeführt (Hundebisse an Menschen und Tieren, aggressives Verhalten). Seit dem 1. Juli 2007 hat sich der Sektor jedoch hauptsächlich der Umsetzung des neuen Gesetzes über die Hundehaltung und der dazugehörigen Ausführungsverordnung gewidmet. Das Amt musste in mehr als 1 270 Telefongesprächen und 56 Gesprächen bzw. Anhörungen der beunruhigten Bevölkerung Auskunft geben und die verschiedenen Behörden wie z.B. die Gemeinden, die Polizei, die Oberämter, Schulen usw. beraten. Zudem wurden acht Konferenzen über das Hundeverhalten und das Verhalten bei Hundeangriffen organisiert.

Folgende Fälle wurden in diesem Zusammenhang behandelt:

- 95 (58) Hundebisse an Menschen.
- 35 (18) Hundebisse an Tieren.

- 20 (22) Fälle von überdurchschnittlich aggressivem Verhalten.
- 38 Augenscheine betreffend die Hundehaltung im Zusammenhang mit Anzeigen wegen Hundebissen und aggressivem Verhalten.
- 46 Grobeinschätzungen des Verhaltens von Hunden, die gebissen haben oder aggressiv waren.
- 200 Haltungsbewilligungen bei 549 gemeldeten Hunden.
- 5 (4) Kontrollen von Zuchtbetrieben in Bezug auf die Haltung und die Sozialisierung von zirka 64 (55) Hunden.

Ausserdem wurde 80 Hundeausbildnerinnen und -ausbildnern eine provisorische Anerkennung ausgestellt, und es wurden 100 Haltungsbewilligungen für bewilligungspflichtige Hunde erteilt. 85 Dossiers für eine Haltungsbewilligung für mehr als zwei ausgewachsene Hunde werden im Sektor zurzeit behandelt.

**Kennzeichnung.** Dank der Kampagne zur Kennzeichnung der Hunde tragen bedeutend mehr Hunde den Mikrochip und sind bedeutend mehr Hunde in der Datenbank ANIS eingetragen: 14 506 Hunde am 31. Dezember 2006 und 19 465 Hunde am 31. Dezember 2007, was einer Zunahme um 4 959 Hunde entspricht.

### Besondere Ereignisse

**Übung «Ginger» zur Bekämpfung einer Vogelgrippenseuche.** Am 24. April 2007 fand unter der Verantwortung und Führung der Organisation für den Katastrophenfall Freiburg (ORKAF) in Ueberstorf eine Übung statt. Die Übung ermöglichte es den kantonalen Verantwortlichen, zu sehen, wie die verschiedenen Dienststellen arbeiten, die im Ernstfall für die Bekämpfung der Vogelgrippenseuche zum Einsatz kämen. Die Übungsverantwortlichen konnten so den Ablauf der Operationen von A bis Z überprüfen: von der Absperrung der Zone über die Tötung der betroffenen Tiere bis hin zur Desinfizierung des Standorts.

**Neue Räumlichkeiten.** Aufgrund der Entwicklung des Veterinäramts und der engen Platzverhältnisse, die sich das Amt mit SANIMA teilen musste, zog das Amt in die Räumlichkeiten ein Stockwerk tiefer ein, in Büros, die dem Personal und der Tätigkeit des Amtes angepasst sind. SANIMA hat seine Büros weiterhin im 3. Stock.

### Amt für Wald, Wild und Fischerei

#### 1. Aufgaben

Amtsvorsteher: Walter Schwab

Der Auftrag des Amtes für Wald, Wild und Fischerei (WaldA) steht in engem Zusammenhang mit den verschiedenen Gesetzen über unsere natürliche Umwelt: Umsetzung, Beratung, Information, Überwachung und Anwendung im Rahmen der relevanten Gesetzen, ins-

besondere des Gesetzes über den Wald und den Schutz vor Naturereignissen, des Gesetzes über die Jagd sowie den Schutz wild lebender Säugetiere und Vögel und ihrer Lebensräume und des Gesetzes über die Fischerei.

## 2. Tätigkeit

### 2.1. Wald

**Rodungen.** Die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft erteilte 7 Rodungsbewilligungen.

Die Rodungen dienten folgenden Zwecken:

|                   |                       |
|-------------------|-----------------------|
| – Wasserfassungen | 845 m <sup>2</sup>    |
| – Industriezone   | 4 800 m <sup>2</sup>  |
| – Gewerbezone     | 3 000 m <sup>2</sup>  |
| – Strassen        | 5 432 m <sup>2</sup>  |
| – Verbauungen     | 680 m <sup>2</sup>    |
| – Steinbrüche     | 23 600 m <sup>2</sup> |
| Total             | 38 357 m <sup>2</sup> |

**Nachteilige Waldnutzung.** Das Amt erteilte 8 Bewilligungen für nachteilige Nutzung für Bauten und Anlagen im Wald.

**Waldfeststellungen.** Die Direktion erliess auf Antrag des Amtes für Wald, Wild und Fischerei 9 Waldfeststellungsverfügungen.

**Waldnahe Bauten.** Das Amt für Wald, Wild und Fischerei gab 236 Stellungnahmen zu Gesuchen um Baubewilligungen für waldnahe Bauten ab und nahm zu Ortsplanungen und Quartierplänen im waldnahen Bereich Stellung.

**Befahren des Waldes.** 2007 hat das Amt 56 Beschwerden wegen Verstössen gegen die Strassensignalisation eingereicht (Beschränkung des Verkehrs im Wald).

**Kartierung der Naturgefahren.** Das vom ITA geleitete Projekt «kartografischer Internetschalter» enthält verschiedene Informationen zum Thema Naturgefahren. Der Schalter ist seit Februar 2007 verfügbar ([www.geo.fr.ch](http://www.geo.fr.ch)).

Die Ausweitung des Kartierungsprogramms auf die Region Mittelland wurde vom Amt umgesetzt. Dabei ging es in einer ersten Phase darum, eine Gefahrenhinweiskarte für instabiles Gelände und Steinschlag auszuarbeiten. Die Ergebnisse wurden Ende 2007 vorgelegt und von der NGK gutgeheissen. Verglichen mit den Voralpen ist eine bedeutend kleinere Fläche von solchen Phänomenen betroffen. Von den 1 050 km<sup>2</sup>, die für dieses Mandat analysiert wurden, gelten ungefähr 10% als instabiles Gelände und ungefähr 1% als steinschlaggefährdet.

Diese Karten werden unter anderem für die Bearbeitung von Baubewilligungsgesuchen verwendet (2007: 387 Gesuche) und für die Ausarbeitung von Stellungnahmen im Rahmen der Änderungen der OP und DBP (2007: 72 Dossiers). Letztere werden grösstenteils von der NGK, bzw. ihrem Sekretär angefertigt.

**Ereigniskataster StorMe.** Das Jahr war von verschiedenen aussergewöhnlichen meteorologischen Ereignissen gekennzeichnet. Am Donnerstagmorgen, den 21. Juni 2007, überquerte eine spektakuläre einer Sonnenfinsternis ähnliche Gewitterfront die ganze Schweiz von Westen her. Anfang Juli verursachte eine äusserst regnerische Periode verschiedene Schäden. Vom 7. bis 9. August kam es aufgrund erneuter, ununterbrochener Regenfälle zu den grössten Schäden des Jahres im Kanton Freiburg. Die ungewöhnlichsten Situationen herrschten in Marly (Le Roule, ein eingedolter Bach trat vor seinem Zufluss in die Ärgera über die Ufer), in Wünnewil-Flamatt (die Taverna trat an zahlreichen Stellen über die Ufer) und im Galterental (zahlreiche Rutschungen). Die SBB-Strecke Freiburg – Bern war aufgrund eines destabilisierten Bahndamms während Wochen unterbrochen. Verglichen mit den Unwettern im August waren die Schäden grösser, fielen jedoch konzentrierter aus.

Am 4. Dezember 2007 kam es durch eine von einem Tourenskifahrer ausgelöste Lawine im Motélon-Tal zum ersten Lawinenopfer der Saison 2007/08 in der Schweiz. Es handelt sich um das zweite Lawinenopfer im Kanton seit 10 Jahren.

Die Zahl der aufgrund verschiedener Kriterien erfassten Ereignisse ist erneut ziemlich hoch. Die folgende Tabelle gibt keine Auskunft über das Ausmass der Schäden. Anzahl der in StorMe erfassten Ereignisse mit Schadenfolge.

| Jahr  | Total | Rutschungen | Wasser | Sturzprozesse | Lawinen |
|-------|-------|-------------|--------|---------------|---------|
| 1998  | 5     | 0           | 0      | 4             | 1       |
| 1999  | 19    | 7           | 4      | 2             | 6       |
| 2000  | 10    | 2           | 5      | 3             | 0       |
| 2001  | 17    | 15          | 0      | 2             | 0       |
| 2002  | 7     | 6           | 1      | 0             | 0       |
| 2003  | 5     | 1           | 2      | 2             | 0       |
| 2004  | 10    | 3           | 2      | 5             | 0       |
| 2005  | 75    | 51          | 21     | 3             | 0       |
| 2006  | 21    | 16          | 0      | 4             | 1       |
| 2007  | 43    | 31          | 6      | 5             | 1       |
| Total | 212   | 132         | 41     | 30            | 9       |

**Projekte für Schutzmassnahmen.** Die Umsetzung verschiedener Projekte wurde fortgesetzt, namentlich die Sanierung der Rutschung Hohberg, Massnahmen im Einzugsgebiet der Mortivue in Semsales, AMIZOM Cou-simbert, befristete Lawinenverbauungen Dürrischwand in Jaun. Das umfassende Projekt für Sanierungsmassnahmen auf dem ganzen Kantonsgebiet infolge der Unwetter vom August 2005 wurde abgeschlossen. Der Gemeinde Moléson-Village wurde ein Aufforstungsprojekt im Einzugsgebiet oberhalb der Gemeinde vorgeschlagen, mit dem die in den Gefahrenkarten deutlich sichtbare Lawinengefahr langfristig gebannt werden soll. Verschiedene Stellen werden weiterhin überwacht, namentlich das Gebiet des Felssturzes von Varvalanna, das in eine Phase ständiger Bewegung getreten ist, bis jetzt jedoch ohne dass grosse Felsmassen losgelöst worden wären.

Es wurde nur ein neues Projekt genehmigt, um das Problem eines alten Wohnhauses in der Nähe einer Felswand (Villars-sur-Glâne) zu lösen. Der Ort stellte sich infolge eines Sturzprozesses im Jahr 2006 als kritisch heraus. Nachdem verschiedene Möglichkeiten und die Sanierungskosten geprüft worden waren, entschied man sich dafür, das Haus abzureissen und zu ersetzen. Diese Variante, die darin besteht, das gefährdete Objekt zu ersetzen anstatt die Gefahr zu beseitigen zu versuchen, ist eine Premiere im Kanton.

Die Stärke des Amtes liegt in der Umsetzung von Schutzmassnahmen, häufig im Zusammenhang mit Wald. Oft werden wichtige, wenn auch wenig mediatisierte Arbeiten zur Behebung von zahlreichen Problemen von lokaler Bedeutung durchgeführt.

Gewisse finanzielle Aspekte anderer Projekte im Bereich Schutzbauten sind im Kapitel «Technische Projekte» aufgeführt.

**Waldreservate.** 2007 wurde ein neues Waldreservat geschaffen, das Reservat Tannholz-Remlitswilholz in St. Ursen.

**Standortkartierung.** Im Jahr 2007 wurden in 6 Forstkreisen 6 Lose mit einer Fläche von insgesamt 2 459 ha Wald kartiert. Ende 2007 waren 30 394 ha Wald kartiert. Dies entspricht 76% des Waldareals des Kantons (Gesamtfläche 40 000 ha).

**Holzförderung.** Das Amt hat sich an der Studie zum Projekt AvantiBois beteiligt, mit dem ein Laubholzsägewerk mit grosser Kapazität in der Region Broye – Seebezirk geschaffen werden sollte.

In Zusammenarbeit mit Lignum Freiburg und dem Amt für Verkehr und Energie wurden Aktionen durchgeführt, um die Bauleiter für die Verwendung von Holz zu sensibilisieren. Seit dem starken Preisanstieg von Erdölprodukten sind auch immer öfter Auskünfte im Bereich Heizung und erneuerbare Energie gefragt.

**Revierkörperschaften – Betriebseinheiten.** Ende 2006 sieht die Situation der Revierkörperschaften und Betriebseinheiten wie folgt aus:

- 17 Revierkörperschaften und 9 Betriebseinheiten wurden gegründet, in denen 78% der öffentlichen Wälder des Kantons zusammengefasst sind.
- Für die übrigen Waldbestände des Kantons wurden verschiedene Projekte für Körperschaften oder Betriebseinheiten ausgearbeitet.

Es wurde ein System entwickelt, um die wirtschaftliche Entwicklung der Revierkörperschaften verfolgen zu können. Die Ergebnisse der Jahre 2004, 2005 und 2006 wurden 22. November 2007 in Zusammenarbeit mit dem Freiburger Verband für Waldwirtschaft präsentiert.

**Erholungsfunktion des Waldes.** Der Wald ist ein von der Bevölkerung sehr geschätzter Erholungsraum. Gewisse Wälder werden von der Öffentlichkeit so häufig genutzt, dass die Erholungsfunktion des Waldes eines der wichtigsten Bewirtschaftungsziele wird. Bestimmte Zusatzkosten für Leistungen im Interesse der Allgemeinheit, die von den Eigentümern für die Erholungsfunktion des Waldes erbracht werden, werden durch den Kanton pauschal entschädigt. In der geltenden Gesetzgebung ist der Anwendungsbereich auf öffentliche Wälder beschränkt, die in Betriebseinheiten organisiert sind. Entsprechend der Bedeutung der Wohlfahrtsfunktion des Waldes unterscheidet der Kanton 4 Waldkategorien. Die Zielsetzung und die Leistungen, zu denen sich die Waldeigentümer verpflichten, sind festgelegt (z.B. keine für die Besucher gefährlichen Bäume).

2007 belief sich die kantonale Unterstützung auf 878 000 Franken. Das entspricht rund 3.30 Franken pro Einwohner des Kantons (Wohnbevölkerung am 31.12.2006 = 262 904 Einwohner).

**Waldschäden.** Wegen des Buchdruckers musste ein Schadenholzvolumen von 24 000 m<sup>3</sup> (47 000 m<sup>3</sup> im Jahr 2006) geerntet werden. Für die Bergwälder wurden Bundes- und kantonale Beiträge bewilligt, während für die Wälder im Flachland nur kantonale Beiträge ausbezahlt wurden.

- Betrag der abgerechneten Arbeiten: 2 741 000 Fr.
- Kantonsbeitrag: 464 000 Fr.
- Bundesbeitrag: 935 000 Fr.

Alle Zahlen sind gerundet.

**Waldbau A.** Das im Jahr 2007 für die Jungwaldpflege aufgewendete Arbeitsvolumen kann als normal eingestuft werden. Es handelt sich um das letzte Jahr, in dem das kantonale Projekt vom Bund unterstützt wurde. Die abgerechneten Arbeiten umfassten im Jahr 2007 eine Fläche von 551 ha.

- Betrag der abgerechneten Arbeiten: 1 374 000 Fr.
- Kantonsbeitrag: 229 000 Fr.

- Bundesbeitrag: 687 000 Fr.
- Alle Zahlen sind gerundet.

**Waldbau B/C.** Die Arbeiten in den Schutzwäldern wurden fortgesetzt. Der Buchdruckerbefall ist gegenüber 2005 und 2006 weiter zurückgegangen. Die in verschiedenen Projekten geplanten Arbeiten konnten somit fortgesetzt werden.

Ende 2007 sind 22 verschiedene Waldbauprojekte B/C am Laufen. Die Wälder auf diesen Perimetern entsprechen einer Fläche von rund 7 500 ha. Das entspricht mehr als der Hälfte der Schutzwälder im Kanton. 2 Projekte wurden mit einer Schlussabrechnung abgeschlossen. Im vergangenen Jahr wurde kein Projekt im Hinblick auf einen Beitrag genehmigt.

Aufgrund der Einführung von Programmvereinbarungen im Zusammenhang mit der NFA musste die Zeitspanne zwischen der Ausführung der Arbeiten und den entsprechenden Abrechnungen minimiert werden. Vor allem aus diesem Grund wurden 2007 mehr Arbeiten abgerechnet als in den Vorjahren.

Waldbauprojekte (Bundesrubriken 411.2 und 421.3)

- Betrag der abgerechneten Arbeiten: 5 557 000 Fr.
- Kantonsbeitrag: 494 000 Fr.
- Bundesbeitrag: 3 612 000 Fr.

**Wiederherstellung der Wälder.** Die Wiederherstellung der durch den Sturm Lothar und den Borkenkäferbefall zerstörten Wälder wurde 2007, dem letzten Jahr des mit Bundesbeiträgen unterstützten kantonalen Projekts, fortgesetzt.

- Betrag der abgerechneten Arbeiten: 1 867 000 Fr.
- Kantonsbeitrag: 350 000 Fr.
- Bundesbeitrag: 934 000 Fr.

Alle Zahlen sind gerundet.

Die Fläche der Arbeiten, die im Wiederherstellungsprojekt zwischen 2002 und 2007 abgerechnet wurden, beläuft sich auf 4 527 ha.

**Technische Projekte.** Die Einführung der NFA ab 2008 ist mit grossen Veränderungen bei der Verwaltung der subventionierten Projekte verbunden. Es wurden daher möglichst viele der laufenden Projekte abgeschlossen.

Im Bereich Infrastrukturen (Erschliessung, forstliche Werkhöfe, Organisations- und Umstrukturierungsmassnahmen) sind 11 vom Bund und 4 nur vom Kanton subventionierte Projekte mit einer Schlussabrechnung abgeschlossen worden.

Bei den Schutzmassnahmen gegen Naturgefahren wurden 6 vom Bund subventionierte Projekte abgeschlossen. Das wichtigste betraf die Sanierung der Rutschung Hohberg im Sensebezirk, das seit 1999 im Gange war.

2008 ist nur noch ein vom Bund subventioniertes Projekt offen. Folglich gibt es Ende 2007 in diesen Bereichen praktisch keine finanziellen Verpflichtungen.

Infrastrukturen (Bundesrubriken 421.1 und 421.2)

- Betrag der abgerechneten Arbeiten: 2 449 000 Fr.
- Kantonsbeitrag: 490 000 Fr.
- Bundesbeitrag: 1 102 000 Fr.

Schutzbauten, Aufforstung (Bundesrubriken 431.1 und 431.2)

- Betrag der abgerechneten Arbeiten: 1 790 000 Fr.
- Kantonsbeitrag: 237 000 Fr.
- Bundesbeitrag: 1 252 000 Fr.

**Investitionskredite.** Insgesamt werden gegenwärtig 62 Verträge bearbeitet. 6 Investitionskredite für einen Gesamtbetrag von 1 020 000 Franken wurden gewährt (2 Bildungen von Revierkörperschaften, 2 forstliche Erschliessungen, 1 Infrastruktur, 1 Waldbauprojekt im Schutzwald). 10 Kreditverträge konnten aufgelöst werden. Im Laufe des Jahres wurden 65 Rückzahlungen in einem Gesamtbetrag von 2 195 774 Franken getätigt. 6 Zahlungen auf Vertragsbasis über einen Gesamtbetrag von 1 068 900 Franken wurden ausgerichtet.

Diese finanziellen Mittel werden dem Kanton vom Bund zur Verfügung gestellt. 2007 wurden keine Fondseinlagen des Bundes beantragt, da die notwendigen Transaktionen mit den laufenden Kreditrückzahlungen sichergestellt werden können. Verglichen mit dem Vorjahr bleibt die Verschuldung dieses Programms unverändert; sie beläuft sich Ende 2007 auf 5 889 000 Franken.

**Forstliche Planung.** Im Berichtsjahr wurden die folgenden Planungsgrundlagen revidiert:

Kreis 1:

- Die Betriebspläne für die öffentlichen Wälder der Reviere 1.1 (Bas-Gibloux) und 1.4 (Saane-West) wurden erstellt.

Kreis 3:

- Der Betriebsplan für die öffentlichen Wälder des Reviers 3.1 (Gibloux-Sud) wurde ausgearbeitet. Für die Reviere 3.2, 3.4 und 3.5 wird die Kartierung der Waldbestände angepasst.

Kreis 4:

- Die neue Kartierung der Waldbestände für die Reviere 4.2 und 4.6 wurde fertiggestellt.

Kreis 5:

- Der Betriebsplan für die öffentlichen Wälder des Reviers 5.1 (Galm) wurde ausgearbeitet. Für die Reviere 5.4, 5.5 und 5.6 wurde die Kartierung der Waldbestände angepasst; die neuen Betriebspläne sind in Arbeit.

Kreis 6:

- Die Waldbestände des Reviers 6.2 wurden neu kartiert und die neuen Betriebspläne sind in Arbeit.

**Holznutzung.** In den letzten 3 Jahren entwickelte sich die Holznutzung in den öffentlichen und privaten Wäldern wie folgt:

| Jahr | öffentliche Wälder                                 | private Wälder |                | Total |                |
|------|--|----------------|----------------|-------|----------------|
|      | m <sup>3</sup>                                     | %              | m <sup>3</sup> | %     | m <sup>3</sup> |
| 2004 | 223 000  | 66             | 114 000        | 34    | 337 000        |
| 2005 | 214 000  | 67             | 107 000        | 33    | 321 000        |
| 2006 | 214 000  | 68             | 99 000         | 32    | 313 000        |
| 2007 | Die Zahlen stehen erst im Juni 2008 zur Verfügung. |                |                |       |                |

In den Privatwäldern macht das Brennholz mehr als 25% der Holznutzung aus, während es in den öffentlichen Wäldern zwischen 10 und 15% schwankt.

**Weiterbildung.** Zahlreiche Motorsäge- und Holzerkurse wurden als Grundausbildung oder Weiterbildung angeboten.

Im März 2007 fanden 3 Kurse in minimaler Waldpflege statt.

Kurse zur «Führung einer Klasse im Wald» und «Arbeiten mit dem Freischneidegerät» wurden im Juni 2007 durchgeführt.

Grundkurse und Kurse zum Thema «Nachhaltigkeit im Schutzwald» (NaiS), für die Vorkenntnisse nötig waren, fanden im August 2007 statt.

Im Mai 2007 wurden für das Forstpersonal Nothelfer-Wiederholungskurse angeboten.

Für alle Westschweizer Kantone wurden von Ende Oktober bis Anfang November im Sensebezirk Kurse zum Thema «Erntemethoden in Hanglage» organisiert.

**Lehrabschlussprüfungen.** 17 Kandidaten, davon 10 französisch- und 6 deutschsprachige, legten die Lehrabschlussprüfung ab und ein Kandidat die Prüfung für die praktische Ausbildung.

16 Kandidaten standen vor dem Lehrabschluss.

11 Kandidaten bestanden die Prüfung, 5 fielen durch.

1 Kandidat bestand die Prüfung für die praktische Ausbildung.

Seit der Einführung der Lehre im Jahre 1963 haben im Kanton Freiburg 567 Forstwerte ihren Fähigkeitsausweis erlangt.

**Zwischenprüfungen.** 16 Lernende im ersten Lehrjahr (14 französisch- und 2 deutschsprachige) haben die Zwischenprüfungen in den berufskundlichen und all-

gemeinbildenden Fächern absolviert. 3 von ihnen haben die Prüfung nicht bestanden. 13 Lernende haben sich für das zweite Lehrjahr qualifiziert. 1 Lernender hat das erste Jahr wiederholt und 2 weitere machen eine Anlehre.

12 Lernende im 2. Lehrjahr (10 französisch- und 2 deutschsprachige) haben die praktischen Prüfungen im Wald der Burgergemeinde Freiburg abgelegt. Alle haben die Prüfungen bestanden. Im zweiten Lehrjahr finden keine Prüfungen in den allgemeinbildenden und berufskundlichen Fächern statt.

**Rekrutierung neuer Lernender.** Anfang Herbst 2007 haben 19 neue Lernende ihre Lehre begonnen. Davon sind 15 französischer und 4 deutscher Muttersprache. Die Ausbildung dieser Lernenden richtet sich nun nach der neuen «Verordnung über die berufliche Grundbildung».

Anzahl Lehrlinge pro Lehrjahr am 1. Oktober 2007.

|          |    |   |
|----------|----|---|
| 1. Jahr: | 19 | (15 F und 4 D)                                |
| 2. Jahr: | 16 | (12 F + 1 Anlehre F und 2 D +<br>1 Anlehre D) |
| 3. Jahr: | 13 | (11 F und 2 D)                                |
| Total:   | 48 | (39 F und 9 D)                                |

**Überbetriebliche Kurse für die Lernenden.** Die Lernenden haben Kurse in den Bereichen Holzen und Rücken, Waldbau und Erste Hilfe sowie Maurer- und Holzbearbeitungskurse besucht.

**Kurse in Grangeneuve.** Die französischsprachigen und die deutschsprachigen Schüler der Landwirtschaftsschule haben Kurse in Holzen und Waldbau absolviert.

**Fachausweise und Diplome.** Ein Forstwart absolviert die modulare Ausbildung zum Vorarbeiter und ein Student die Vollzeitausbildung zum Förster HF; ein weiterer hat seine Ausbildung im September 2007 abgeschlossen.

**Praktikanten.** 2 Schüler der Försterschule und ein Forstingenieurstudent der ETHZ haben in einem Forstkreis ein Praktikum absolviert. 1 Student hat ein Vorstudienpraktikum in einem Forstbetrieb für seine Ausbildung zum Forstingenieur an der SHL in Zollikofen gemacht. 1 Biologe hat seinen Zivildienst und 2 Praktikanten haben ein postgraduales Praktikum in der Zentrale des Amts für Wald, Wild und Fischerei absolviert.

### Besondere Ereignisse

**Anpassungen an die NFA.** Die Anpassungen an die Änderungen, die ab 2008 aufgrund der NFA eingeführt werden, wurden 2007 intensiv vorbereitet.

Die neue Struktur der Produkte des Amts für Wald, Wild und Fischerei wurde beschlossen und die Buchhaltung wurde angepasst.

Der Finanzbedarf 2008–2011 des Kantons für die vier Produkte im Forstbereich, die vom Bund im Rahmen von Programmvereinbarungen subventioniert werden, wurde mit dem Bundesamt für Umwelt verhandelt.

Der Entwurf für die Anpassung des Gesetzes über den Wald und den Schutz vor Naturereignissen wurde vorbereitet. Er wird vom Grossen Rat Anfang 2008 behandelt.

Die detaillierten Vollzugsbestimmungen wurden in Form von Weisungsentwürfen vorbereitet.

**ForestMap.** Die Entwicklung dieser Anwendung für die Kartierung der Waldbestände und die Aufzeichnung von waldbaulichen Eingriffen (namentlich im Zusammenhang mit den zukünftigen Programmvereinbarungen mit dem Bund) wurde aufgenommen und sollte 2008 abgeschlossen werden. Dieses Programm ermöglicht das Einsehen und die Veröffentlichung von Daten, die sich auf einem zentralen Server befinden, sowie das Ausdrucken kartographischer Informationen durch die verschiedenen Nutzer im Kanton (Übertragung via Internet oder Intranet für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die über einen Lichtwellenleiter mit dem Netz des Staates verbunden sind).

**Alte Deponie La Pila.** Der Staat Freiburg ist durch das Amt für Wald, Wild und Fischerei Eigentümer der Parzelle in der Gemeinde Hauterive, auf der sich die alte Deponie La Pila befindet. Nach der Schliessung der Deponie und der Aufforstung des Standortes wurde die Parzelle mit Staatsratsbeschluss vom 29. September 1981 dem Amt zugewiesen. Als gegenwärtiger Besitzer ist das WadIA daher an den Untersuchungs- und Sanierungsarbeiten des belasteten Standorts beteiligt.

## 2.2. Jagd, Wild und Fischerei

**Aus- und Weiterbildung.** 5 Wildhüter-Fischereiaufseher haben den eidgenössischen Fachausweis für Wildhüter erlangt.

Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) hat einen Fortbildungskurs für Wildhüter organisiert. Er war den Kleinraubtieren gewidmet und fand in Sissach (BL) statt; 9 Wildhüter-Fischereiaufseher aus dem Kanton Freiburg haben daran teilgenommen.

Die Schweizerische Vereinigung der Fischereiaufseher (SVFA) hat einen Fortbildungskurs für Fischereiaufseher zum Thema Renaturierung von Wasserläufen organisiert, der in Genf stattfand; 4 Wildhüter-Fischereiaufseher aus dem Kanton Freiburg haben daran teilgenommen.

Alle 15 Wildhüter-Fischereiaufseher haben eine dreitägige Ausbildung in Elektrofischerei gemacht.

**Anzeigen.** 2007 haben die ständigen Wildhüter-Fischereiaufseher und die Hilfsaufseher die folgenden Anzeigen erstattet:

|                              |             |
|------------------------------|-------------|
| Jagd und Schutz der Fauna:   | 27 Anzeigen |
| Fischerei:                   | 32 Anzeigen |
| Gewässerschutz:              | 55 Anzeigen |
| Naturschutz und Pilzsammeln: | 5 Anzeigen  |

Ausserdem wurden 23 schriftliche Verwarnungen an Personen erteilt, die die Vorschriften über die Jagd oder die Hunde nicht einhielten.

**Jagsaison 2007/08.** Im Gebirge (Patent A) war der Abschuss einer Gämse, von Murmeltieren und von Haarraubwild vom 17. bis 29. September gestattet. Zum neunten aufeinander folgenden Mal war die Jagd auf das Reh im Gebirge auch in diesem Jahr verboten, da der Rehbestand nach wie vor sehr klein ist. Die Inhaber eines Patents B konnten vom 17. September bis 31. Oktober im Flachland jagen. Vom 17. September bis am 13. Oktober durften die Inhaber eines Patents B ein bis drei Rehe erlegen. Mindestens eines der drei Rehe musste in einem Wildsektor erlegt werden, für den ein Abschussplan bestand. In diesen Wildsektoren war die Jagd auf das Reh bis zum 20. Oktober gestattet. Die Wildschweinjagd im Flachland begann vor den übrigen Jagden, nämlich am 1. September. Auch war die Wildschweinjagd in gewissen Wildsektoren im Berggebiet im November und Dezember gestattet. Der Abschuss von Hasen war verboten (diese Massnahme wurde 1990 eingeführt).

Die Inhaber eines Zusatzpatentes für die Jagd auf den Hirsch konnten vom 17. September bis 6. Oktober im Gebirge oder im Flachland einen Hirsch erlegen. Am 17., 19., 20., 24., 26. und 27. November fand eine Nachjagd auf den Hirsch statt. Vom 2. bis 7. Oktober fand eine Spezialjagd auf die Gämse statt, um Gämsen in den beiden eidgenössischen Jagdbannbezirken und den kantonalen Jagdbannbezirken zu erlegen. Es wurde keine Regulierungsjagd auf den Steinwildbestand durchgeführt.

Das Patent C für die Jagd auf Federwild mit Vorstehhund im Flachland berechnete zur Jagd auf den Fasan bis zum 31. Oktober. Es berechnete ausserdem zum Abschuss von Tauben, Enten und Raben bis am 29. November und von Waldschneepfen bis Mitte Dezember.

An der Herbstjagd 2006 beteiligten sich 701 Jäger. Es wurden 1 256 Rehe (davon 361 Junge), 336 Gämsen (davon 70 Junge) und 15 Hirsche (davon 2 Junge) erlegt.

#### Statistik der 2007 ausgestellten Jagdpatente

|     |  |
|-----|--|
| 361 | Patente A (Jagd im Gebirge)                                  |
| 651 | Patente B (allgemeine Jagd im Flachland)                     |
| 82  | Patente C (Jagd auf Federwild mit Vorstehhund im Herbst)     |
| 93  | Patente für die Hirschjagd                                   |
| 485 | Patente D (Jagd auf Haarraubwild und Wildschweine im Winter) |
| 30  | Patente E (Jagd auf Wasserwild im Winter)                    |
| 2   | Patente E Kormoran (Jagd nur auf den Kormoran)               |

|   |  |
|---|--|
| 1 | Patent F (Jagd auf Wasserwild im Neuenburgersee)   |
| 2 | Patente G (Jagd auf Wasserwild im Murtensee)   |
| 6 | Patente H (Jagd auf Wasserwild auf dem Greyerzer-, dem Montsalvens- und dem Schiffenensee) |

#### Statistik der ausgestellten Jagdpatente und des im Herbst 2006 und im Winter 2006/07 erlegten Wildes

|     |  |
|-----|--|
| 374 | Patente A (Jagd im Gebirge)  |
| 676 | Patente B (allgemeine Jagd im Flachland)   |
| 75  | Patente C (Jagd auf Federwild mit Vorstehhund im Herbst)                                   |
| 78  | Patente für die Hirschjagd   |
| 512 | Patente D (Jagd auf Haarraubwild und Wildschweine im Winter)                               |
| 31  | Patente E (Jagd auf Wasserwild im Winter)  |
| 0   | Patente E Kormoran (Jagd nur auf den Kormoran)   |
| 0   | Patente F (Jagd auf Wasserwild im Neuenburgersee)  |
| 2   | Patente G (Jagd auf Wasserwild im Murtensee)   |
| 9   | Patente H (Jagd auf Wasserwild auf dem Greyerzer-, dem Montsalvens- und dem Schiffenensee) |

Anzahl Jäger 722.

Auf dem ganzen Kantonsgebiet haben die Jäger während der Saison 2006/07 folgendes Wild erlegt:

|                |       |                        |     |
|----------------|-------|------------------------|-----|
| Gämsen         | 360   | Dachse                 | 15  |
| Rehe           | 1 309 | Steinmarder            | 22  |
| Steinwild      | 4     | Baumwilder             | 2   |
| Hirsche        | 19    | Verwilderte Hauskatzen | 18  |
| Feldhasen      | 0     | Fasane                 | 0   |
| Alpenschnepfen | 0     | Waldschneepfen         | 80  |
| Wildschweine   | 20    | Tauben                 | 26  |
| Murmeltiere    | 22    | Raben                  | 187 |
| Füchse         | 1 573 | Wasserwild             | 378 |

**Verendete Tiere.** Zwischen April 2006 und März 2007 wurden tot aufgefunden:

|      |  |
|------|--|
| 191  | Gämsen (59% infolge Schwäche oder Krankheit) |
| 753  | Rehe (56% durch den Autoverkehr)             |
| 23   | Steinwild (57% infolge Sturzes oder Lawinen) |
| 1    | Hirsch                                       |
| 34   | Feldhasen (90% durch den Autoverkehr)        |
| 3    | Wildschweine (durch den Autoverkehr)         |
| 1103 | Füchse (67% durch den Autoverkehr)           |
| 286  | Dachse (80% durch den Autoverkehr)           |

#### Statistik der für die Wasserläufe und kantonalen Seen ausgestellten Fischereipatente. Im Jahr 2007 wurden folgende Patente ausgestellt:

|      |                                       |
|------|---------------------------------------|
| –    | Flüsse und kantonale Seen (Patent A): |
| 1474 | Jahrespate                            |
| 222  | Halbjahrespate                        |

|  |   |
|--|---|
| 86 Wochenpatente   | – Patente für den Broyekanal und die untere Bibera (Patent F):        |
| 1 204 Tagespatente   | 152 Jahrespatente   |
| – Nur Flüsse (Patent B):   | 40 Halbjahrespatente  |
| 214 Jahrespatente  | 795 Tagespatente  |
| 51 Halbjahrespatente   | – 21 Kollektivfischereipatente in verschiedenen Wasserläufen und Seen |
| – Nur kantonale Seen (Patent C):   |   |
| 526 Jahrespatente  |   |
| 230 Halbjahrespatente  |   |
| – Zusätzliche Patente für die Fischerei vom Schiff aus auf den kantonalen Seen (Patent D und E): |   |
| 899 Jahrespatente  |   |
| 213 Halbjahrespatente  |   |
| 264 Tagespatente   |   |

**Pachtfischerei.** 2004 begann eine neue Pachtfischereiperiode. Sie dauert bis Ende 2009.

Von 77 Fischereilosens sind 73 verpachtet.

**Fischerei im Neuenburgersee.** Im Jahr 2007 wurden vom Kanton Freiburg folgende Patente ausgestellt:

6 Berufspatente (Patent A), 2 Spezialberufspatente (Patent B), 103 Sportfischereipatente mit Schleppangel (Patent C), 111 Sportfischereipatente (Patent D) und 50 Zusatzpatente für Gastfischer.

Ergebnisse der Berufsfischerei für den ganzen See (in Tonnen):

|                     | 2007* | 2006 | 2005 | 2004  | 2003  | 2002  | 2001  | 2000  |
|---------------------|-------|------|------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Felchen, Balchenx   | x     | 81,9 | 96,0 | 61,3  | 79,0  | 82,1  | 81,1  | 76,7  |
| Felchen, Bondellenx | x     | 86,9 | 87,9 | 121,7 | 118,6 | 123,4 | 152,0 | 161,7 |
| Forellen            | x     | 3,9  | 2,8  | 2,6   | 3,4   | 3,4   | 3,1   | 2,8   |
| Seesaiblinge        | x     | 0,7  | 0,7  | 2,6   | 1,8   | 1,3   | 1,0   | 1,2   |
| Egli                | x     | 30,2 | 21,7 | 52,7  | 64,5  | 38,1  | 43,5  | 50,5  |
| Hechte              | x     | 5,3  | 8,2  | 6,9   | 9,3   | 6,1   | 7,8   | 7,8   |
| Rotaugen            | x     | 34,4 | 26,8 | 29,0  | 30,1  | 29,4  | 19,2  | 17,8  |
| Brachsmen           | x     | 1,4  | 1,1  | 0,9   | 1,2   | 1,7   | 0,3   | 0,4   |
| Andere              | x     | 3,9  | 3,9  | 7,1   | 7,2   | 3,4   | 1,0   | 1,6   |

\*Für 2007 liegen die Zahlen noch nicht vor.

Fischerei im Murtensee. Im Jahr 2007 wurden vom Kanton Freiburg folgende Patente ausgestellt:

1 Berufspatent (Patent A), kein Spezialberufspatent (Patent B), 278 Sportfischereipatente mit Schleppangel

(Patent C), 412 Sportfischereipatente (Patent D) und 134 Zusatzpatente für Gastfischer.

Ergebnisse der Berufsfischerei (in Tonnen); die 4 waadtländischen Berufsfischer sind inbegriffen:

|                 | 2007 | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 | 2001 | 2000 |
|-----------------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| Felchen, Balche | 0,3  | 0,7  | 0,8  | 0,6  | 0,6  | 0,5  | 0,3  | 0,4  |
| Forellen        | 0,1  | 0,2  | 0,2  | 0,2  | 0,2  | 0,1  | 0,2  | 0,4  |
| Hechte          | 1,2  | 0,9  | 0,7  | 1,1  | 0,8  | 0,9  | 1,4  | 1,3  |
| Egli            | 8,3  | 4,2  | 4,5  | 5,2  | 5,4  | 8,1  | 9,3  | 10,3 |
| Brachsmen       | 2,8  | 1,9  | 1,2  | 1,0  | 1,2  | 0,2  | 1,4  | 1,5  |
| Rotaugen        | 5,6  | 5,0  | 3,5  | 3,5  | 1,9  | 4,6  | 3,0  | 6,3  |
| Welse           | 0,4  | 0,4  | 0,2  | 3,3  | 0,5  | 0,4  | 0,3  | 0,3  |
| Zander          | 4,2  | 4,3  | 4,9  | 7,7  | 7,8  |      |      |      |
| Andere          | 0,4  | 0,5  | 0,2  | 0,3  | 0,2  | 3,1  | 1,7  | 1,9  |

## Besondere Ereignisse

Fischereiverbot. In Fischen, die der Saane zwischen der Staumauer von Rossens und der Bernbrücke in Freiburg entnommen worden sind, wurden über den Grenzwerten liegende dioxinähnliche Polychlorierte Biphenyle (cPCB) festgestellt. Da bei regelmässigem Konsum vergifteter Fische über längere Zeit ein potentiell Gesundheitsrisiko für den Menschen besteht, hat der Staatsrat am 28. August 2007 als dringliche Massnahme die Fischerei in der Saane im Abschnitt zwischen den Staumauern von Rossens und Schiffenen sowie in der unteren Ärgera verboten.

## IV. ANSTALTEN

### Landwirtschaftliches Institut des Kantons Freiburg

#### 1. Aufgaben

Direktor: Francis Egger

Das Landwirtschaftliche Institut des Kantons Freiburg in Grangeneuve (LIG) ist seinem Bildungs- und Dienstleistungsauftrag gemäss den gesetzlichen Bestimmungen von Bund und Kanton nachgekommen. In seinen Berufsschulen und Fachschulen gewährleistete das LIG die Ausbildung in den Bereichen Landwirtschaft, Agrokaufmannswesen, Forstwirtschaft, Gartenbau, Milchwirtschaft, Lebensmitteltechnologie und Hauswirtschaft. Bei den Dienstleistungsaufträgen handelt es sich mehrheitlich um öffentliche Aufträge in den Bereichen Weiterbildung, Beratung und Kontrolle und die Bereitstellung von Ressourcen.

#### 2. Tätigkeit

##### Berufsbildung

Die drei Berufsbildungszentren des LIG, die vom Aufsichtsrat und den Konsultativkommissionen unterstützt werden, arbeiteten ordnungsgemäss im Dienste der 984 (838) Schülerinnen und Schüler.

Berücksichtigt man die Auflösung der gemeinsamen Grundausbildung mit der Berufsschule Gesundheit-Soziales, die von rund 50 Lernenden absolviert wurde, ist die Schülerzahl des LIG nach wie vor im Steigen begriffen.

##### Ausbildung Naturberufe

|  | Anzahl Schüler / Kandidaten |
|--|-----------------------------|
| – Landwirtlehre  | 164 (141)                   |
| – Fachschule Landwirtschaft (Wintersemester)                       | 139 (145)                   |
| – Forstwartlehre   | 46 (45)                     |
| – Gärtnerlehre   | 133 (-)                     |
| – Vorbereitungskurs für den eidg. landwirtschaftlichen Fachausweis | 56 (49)                     |
| – Vorbereitungskurs für die landwirtschaftliche Meisterprüfung     | 54 (98)                     |
| – Kurs für Agrokaufleute   | 7 (8)                       |

Der Transfer der Berufsbildung für Gärtnerinnen und Gärtner von der Gewerblichen und Industriellen Berufsschule in das LIG erfolgte wie vorgesehen auf den Beginn des Schuljahres 2007/2008. Der Name des Bildungszentrums wurde entsprechend angepasst, und aus dem Land- und Forstwirtschaftlichen Bildungszentrum wurde das Bildungszentrum für Naturberufe. Es wurden grosse Anstrengungen unternommen, um den neuen Lernenden und ihren Unterrichtenden qualitativ hochstehende Bedingungen zu bieten. Es bestehen Synergien zwischen dem Garten- und Gemüsebaubetrieb sowie bei den Infrastrukturen des Standorts.

Die Neugestaltung der landwirtschaftlichen Berufsbildung geniesst grösste Aufmerksamkeit aller Auszubildenden, sowohl der Lehrmeister als auch des Lehrkörpers. In die Ausarbeitung des neuen Bildungsplans wurde viel Arbeit investiert. Die Neugestaltung tritt im Herbst 2009 in Kraft. Sie ist mit zahlreichen Änderungen verbunden, die sowohl bezüglich Form (3-jähriges Ausbildungsmodell) als auch Inhalt (Zielsetzungen der Ausbildung) umgesetzt werden müssen.

Um den Anforderungen des Arbeitsmarkts gerecht zu werden, entwickelt sich die Ausbildung für Agrokaufleute vom Fachausweis-Niveau hin zu einer Höheren Fachschule (HFS). Ab dem Schuljahr 2008/09 geht sie mit einer Ausbildung für Agrotechniker einher. Die Rahmenlehrpläne wurden auf Bundesebene in die Vernehmlassung gegeben mit der Unterstützung der Organisation der Arbeitswelt für Agrarberufe AgriAliForm und der Fenaco-Gruppe.

##### Milchwirtschaftliche und lebensmitteltechnologische Ausbildungen

|  | Anzahl Schüler / Kandidaten |
|--|-----------------------------|
| – Einführungskurs I + II   | 76 (55)                     |
| – Lehre Milchtechnologin/Milchtechnologe                         | 113 (110)                   |
| – Lehre Lebensmitteltechnologin/Lebensmitteltechnologe           | 37 (35)                     |
| – Vorbereitungskurs zur eidg. Berufsprüfung der Milchtechnologen | 6 (10)                      |
| – Vorbereitungskurs zur Höheren Fachprüfung für Milchtechnologen | 9 (-)                       |
| – Höhere Fachschule für Lebensmitteltechnologie                  | 13 (16)                     |

Die Anzahl der Lernenden am Milchwirtschaftlichen und Lebensmitteltechnologischen Bildungszentrum ist 2006/07 im Vergleich zum Vorjahr angestiegen, vor allem dank dem Vorbereitungskurs zur Höheren Fachprüfung für Milchtechnologen.

Das BBT hat die Verordnung über die zweijährige berufliche Grundbildung Lebensmittelpraktikerin/Lebensmittelpraktiker mit eidgenössischem Berufsattest anerkannt. Der erste Kurs findet bereits 2008 statt.

Am Ende des Schuljahres hat Michel Rolle, Direktor des BZML, das Landwirtschaftliche Institut des Kantons

Freiburg verlassen, um in Pension zu gehen. Monika Lüscher Bertocco wurde zur neuen Chefin des BZML ernannt.

### Hauswirtschaftliche Ausbildung

|  | Anzahl Schüler/Kandidaten |
|--|---------------------------|
| – Gemeinsame Grundausbildung: Hauspfleger/in, Fachfrau/Fachmann Hauswirtschaft | 18 (16)                   |
| – Hauswirtschafterin – modulare Ausbildung                                     | 33 (37)                   |
| – Vorbereitungskurs für die eidg. Fachausweis- und Diplomprüfungen             | 7 (6)                     |
| – Lehre Fachfrau/Fachmann Hauswirtschaft                                       | 37 (34)                   |
| – Grundbildung Hauswirtschaftspraktiker/in                                     | 17 (10)                   |
| – Lehre für Hauspfleger/in   | 19 (23)                   |

Im Sommer 2007 wurde das Hauswirtschaftliche Bildungszentrum (HBZ) das dritte Jahr in Folge umgebaut. Es entstanden zwei neue Klassenzimmer und ein Zimmer für die Unterrichtenden. Mit den zusätzlichen Klassen der Berufsschule Gesundheit-Soziales, einem zweiten Jahrgang von Hauswirtschaftspraktikerinnen und der Teilung der allgemeinbildenden Kurse im 2. Jahr der Hauswirtschaftspraktikerinnen und der Milchtechnologen am HBZ ist das Gebäude voll ausgelastet. 12 erste Lehrverträge zwischen dem Verein Freiburger Lehrbetriebsverbund Fachfrau/Fachmann Hauswirtschaft und Hauswirtschaftspraktikerin/Hauswirtschaftspraktiker und den Lernenden wurden unterzeichnet.

### Milchwirtschaft

Das Freiburgerische Agro-Lebensmittellabor (FALL) hat an Bedeutung gewonnen, da es die Berner Molkereien zu seinen neuen Kunden zählen kann. Gegenwärtig vertrauen rund 300 Käsereien ihre Analysen dem FALL an, was fast der Hälfte der Schweizer Käsereien entspricht. Das Labor hat in Zusammenarbeit mit Swisslab in Zollikofen einen Dienst für das Einsammeln der Milchproben in der ganzen Westschweiz entwickelt.

«CASEi». Das erste Jahr des neuen interkantonalen milchwirtschaftlichen Beratungsdienstes (CASEi) mit Sitz in Grangeneuve verlief gut. Rund 95% der Käser, die zu seinen Kunden zählen, haben ihren Vertrag mit diesem neuen Dienst erneuert.

**Beratung und Dienstleistungen.** Der landwirtschaftlichen Beratung sind 2 114 Personen und der bäuerlich-hauswirtschaftlichen Beratung 781 Personen angeschlossen.

Die Buchhaltungsabteilung hat 1 118 Buchhaltungen abgeschlossen. 62% davon wurden von den Landwirten auf dem Computer geführt.

2007 waren die Stationen unter anderem in folgenden Bereichen tätig:

- Information der Gemeinden zur obligatorischen Bekämpfung der Ackerkratzdistel, der Ambrosia und des Feuerbrands
- Leitung und Anwendung der Massnahmen zur Bekämpfung des Feuerbrands, der sich vor allem im oberen Sensebezirk und in Jaun ausgebreitet hat (650 vernichtete Bäume)
- Koordination mehrerer Projekte zur ökologischen Vernetzung
- Mitwirkung bei der Studie des Dossiers «Landwirtschaft und Umwelt»
- Organisation von Alpinspektionen und Verfassung eines entsprechenden Berichts
- Durchführung von Anbauversuchen in Zusammenarbeit mit den landwirtschaftlichen Forschungsanstalten des Bundes (ACW, ART, ALP) und Swissgranum
- Bereitstellung von Ressourcen für die kantonalen Zuchtverbände und die Organisation der Milchvieh-, Zuchtstier- und Kleinviehmärkte in Bulle
- Mitwirkung an der Information und Ausbildung der betreffenden Landwirte über die Anforderungen von SwissGap
- Betreuung der Dossiers von Landwirten in Schwierigkeiten in Zusammenarbeit mit den Sozialdiensten
- Mitwirkung an den Projekten «Parc naturel régional Gruyère / Pays d'En-haut» und Agrotourismus Sensesland
- Stand an der Energissima in Bulle über «Erneuerbare Energien in der Landwirtschaft» in Zusammenarbeit mit der Interessenvertretung
- Verfassen eines Berichts über die wirtschaftlichen Auswirkungen für landwirtschaftliche Betriebe, die an einer Güterzusammenlegung beteiligt sind, unter der Leitung des Freiburgerischen Bauernverbandes
- Informationsveranstaltungen zu den Auswirkungen der AP 2011

### Besondere Ereignisse

- Ausarbeitung eines Reglements zum Gesetz über das Landwirtschaftliche Institut des Kantons Freiburg
- Mitwirkung an der Ausstellung über biologische Landwirtschaft «Agrobiorama» in Lausanne
- 20-jähriges Jubiläum des Freiburgerischen Bodenbeobachtungsnetzes «FRIBO»
- Herstellung einer Zusammenarbeit mit der Groupe E, der Association pour la promotion des énergies renouvelables und der Genossenschaft Ökostrom für die Entwicklung erneuerbarer Energien landwirtschaftlichen Ursprungs
- Pressekonferenz zur Einführung des Konzepts Gesundheit-Sicherheit am LIG

---

## **Nutztierversicherungsanstalt, SANIMA**

### **1. Aufgaben**

Verwalter: Hubert Jungo

Die Nutztiersicherungsanstalt SANIMA ist der ILFD administrativ zugewiesen und für die obligatorische Versicherung gegen den Verlust von Nutztieren und die Versicherung von Nutztieren auf lokaler Ebene zuständig.

### **2. Tätigkeit**

Gemäss dem Gesetz vom 13. Februar 2003 über die Nutztiersicherung (NTVG) sind die Tätigkeit und die Jahresrechnung Gegenstand eines separaten Berichts der Verwaltungskommission der SANIMA. Es wird auf den besagten Bericht verwiesen.

**PERSONALBESTAND**

| <i>BEHÖRDEN – DIREKTIONEN Kostenstellen</i>                     | <i>Rechnung 2007 VZÄ</i> | <i>Rechnung 2006 VZÄ</i> | <i>Differenz VZÄ</i> |
|---|--------------------------|--------------------------|----------------------|
| <b>INSTITUTIONEN, LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT</b>                 | <b>333.61</b>            | <b>336.36</b>            | <b>-2.75</b>         |
| ZENTRALVERWALTUNG   | 164.55                   | 162.69                   | 1.86                 |
| 3400 / ICAS Generalsekretariat                                  | 7.53                     | 7.61                     | -0.08                |
| 3405 / ETCI Amf für Zivilstandswesen und Einbürgerungen         | 23.19                    | 23.16                    | 0.03                 |
| 3410 / PREF Oberämter   | 38.04                    | 40.23                    | -2.19                |
| 3415 / DECO Amt für Gemeinden                                   | 8.03                     | 7.55                     | 0.48                 |
| 3425 / AGRI Amt für Landwirtschaft                              | 10.76                    | 9.68                     | 1.08                 |
| 3430 / OVET Veterinäramt  | 10.92                    | 7.30                     | 3.62                 |
| 3435 / AFON Meliorationsamt                                     | 11.96                    | 11.87                    | 0.09                 |
| 3445 / SFOR Amt für Wald  | 36.45                    | 36.53                    | -0.08                |
| 3455 / CHPE Sektion für Wild und Fischerei                      | 16.92                    | 18.00                    | -1.08                |
| 3460 / VILA Weinberge Lavaux                                    | 0.75                     | 0.76                     | -0.01                |
| <b>BESONDERE SEKTOREN, SONSTIGE ANSTALTEN</b>                   | <b>169.06</b>            | <b>173.67</b>            | <b>-4.61</b>         |
| 3440 / IAGR Landwirtschaftliches Institut des Kantons Freiburg  | 136.85                   | 135.15                   | 1.70                 |
| 3441 / SICL Amf für Milchwirtschaftliche Kontrolle und Beratung | 3.21                     | 6.32                     | -3.11                |
| 3445 / SFOR Amt für Wald  | 27.75                    | 30.95                    | -3.20                |
| 3461 / VIVU Weinberge Wistenlach                                | 1.25                     | 1.25                     |                      |

# VOLKSWIRTSCHAFTSDIREKTION

## **Direktion**

|  |          |
|--|----------|
| <b>I. Direktion und Generalsekretariat</b> ..... | <b>1</b> |
| 1. Aufgaben.....                                 | 1        |
| 2. Tätigkeit.....                                | 1        |
| 3. Interkantonale Zusammenarbeit .....           | 2        |
| 4. Streitigkeiten.....                           | 3        |
| 5. Gesetzgebung .....                            | 3        |

## **Dienststellen**

|  |          |
|--|----------|
| <b>I. Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg</b> ..... | <b>4</b> |
| 1. Aufgaben.....                                     | 4        |
| 2. Tätigkeit.....                                    | 4        |

|   |          |
|---|----------|
| <b>II. Amt für den Arbeitsmarkt</b> ..... | <b>6</b> |
| 1. Aufgaben.....                          | 6        |
| 2. Ordentliche Tätigkeit.....             | 6        |

|   |           |
|---|-----------|
| <b>III. Öffentliche Arbeitslosenkasse</b> ..... | <b>10</b> |
| 1. Aufgaben.....                                | 10        |
| 2. Tätigkeit.....                               | 10        |

|                                     |           |
|-------------------------------------|-----------|
| <b>IV. Handelsregisteramt</b> ..... | <b>11</b> |
| 1. Aufgaben.....                    | 11        |
| 2. Tätigkeit.....                   | 11        |

|   |           |
|---|-----------|
| <b>V. Amt für Verkehr und Energie</b> ..... | <b>11</b> |
| 1. Aufgaben.....                            | 11        |
| 2. Tätigkeit.....                           | 12        |

|                                    |           |
|------------------------------------|-----------|
| <b>VI. Amt für Statistik</b> ..... | <b>13</b> |
| 1. Aufgaben.....                   | 13        |
| 2. Tätigkeit.....                  | 13        |

|                               |           |
|-------------------------------|-----------|
| <b>VII. Wohnungsamt</b> ..... | <b>15</b> |
| 1. Aufgaben.....              | 15        |
| 2. Tätigkeit.....             | 15        |

|  |           |
|--|-----------|
| <b>VIII. Amt für Berufsbildung</b> ..... | <b>17</b> |
| 1. Aufgaben.....                         | 17        |
| 2. Tätigkeit.....                        | 17        |

|  |           |
|--|-----------|
| <b>IX. Fachhochschule Freiburg für Technik und<br/>Wirtschaft (FHF-TW)</b> ..... | <b>18</b> |
| 1. Aufgaben.....   | 18        |
| 2. Tätigkeit.....  | 18        |

|                              |           |
|------------------------------|-----------|
| <b>Personalbestand</b> ..... | <b>24</b> |
|------------------------------|-----------|

## DIREKTION

## I. DIREKTION UND GENERALSEKRETARIAT

### 1. Aufgaben

Die Volkswirtschaftsdirektion (VWD) ist für die Förderung der Wirtschaft des Kantons einschliesslich des Tourismus zuständig. Sie beschäftigt sich ferner mit dem Verkehr, der Energie, dem Wohnen und der Statistik. Sie gewährleistet über das Handelsregister die Transparenz und die Sicherheit des Geschäftsverkehrs. Sie beschäftigt sich zudem mit allen Fragen der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit, sowie der Berufsbildung, der höheren Bildung und der Nachdiplombildung in Technik und Wirtschaft. Die Direktion wird von Beat Vonlanthen, Staatsrat, geleitet.

Das Generalsekretariat steht unter der Verantwortung von Michel Passaplan, Generalsekretär. Er unterstützt die Leitung und Verwaltung der Direktion und führt die ihm übertragenen Aufgaben hauptsächlich auf planerischer, logistischer und repräsentativer Ebene aus. Er übt Stabsaufgaben aus und unterstützt die Verwaltungseinheiten der Direktion.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

Zu Beginn des Jahres 2007 wurden das Regierungsprogramm und der Finanzplan für die Legislaturperiode 2007–2011 aufgestellt. Das Berichtsjahr war danach hauptsächlich den ersten Arbeiten an der Umsetzung der Herausforderungen Nr. 1, 4 und 5 des Regierungsprogramms gewidmet. Besonderes Gewicht wurde dabei auf die Vorbereitungen für den Vollzug der neuen Regionalpolitik des Bundes im Kanton gelegt. Zwei wichtige Gesetzesentwürfe wurden abgeschlossen: Das Gesetz über die Berufsbildung und die Änderung des Gesetzes über die Wirtschaftsförderung wurden vom Grossen Rat Ende Jahr verabschiedet.

#### 2.2 Besondere Tätigkeit

##### 2.2.1 Kommission für den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland

Die Kommission fällte 2007 insgesamt 50 Entscheide:

- 39 Bewilligungen;
- 5 Entscheide über die Nichtunterstellung unter die Bewilligungspflicht;
- 5 Aufhebungen von Auflagen;
- 1 Zusatzerwerbung.

Die 39 Bewilligungen betrafen:

- 5 Verkäufe von Sozialwohnungen
- 34 Ferienwohnungen:
- Sektor Jauntal und Berra: 14
- Sektor Vivisbach: 4
- Sektor Greyerz: 14
- Sektor Bulle: 2

#### 2.2.2 Tourismus

Gemäss den jüngsten Daten des Bundesamts für Statistik (BfS) verzeichnete die Schweizer Hotellerie, die den wichtigsten Zweig der Branche darstellt, 2007 eine Zunahme der Übernachtungen um etwa 4,4%. Diese Bilanz ist umso erfreulicher, als die Zahlen von 2006 bereits auf eine deutliche Intensivierung der Tätigkeit hinwiesen.

Ausgehend von den verfügbaren Informationen hat das BfS für die Hotellerie ein Jahresergebnis von 36,3 Millionen Übernachtungen errechnet, was einer Zunahme um knapp 1,5 Millionen Übernachtungen entspricht. Dieses Resultat erreicht schon fast die Rekordergebnisse früherer Zeiten.

In Bezug auf das Gesamtergebnis haben die Übernachtungen von Schweizer Gästen um 240 000 Einheiten (+1,6%) zugenommen. Die Übernachtungen von ausländischen Gästen, die 57% der Gesamtnachfrage ausmachen, nahm um etwa 6,5% zu und zwar hauptsächlich dank den europäischen Gästen aus den klassischen Herkunftsländern: Deutschland (+ 325 000 Übernachtungen, bzw. 5,6%), Frankreich (+ 98 000, bzw. 7,7%), Italien (76 000, bzw. 7,2%) und die Niederlande (+ 76 000, bzw. 8,8%). Die Gästezahl aus Übersee dagegen blieb aufgrund der ungünstigen Wechselkurse bestenfalls auf dem Stand vom Vorjahr.

Wie die übrige Schweiz verzeichnet auch die Freiburger Hotellerie weiterhin deutlich bessere Resultate gegenüber den Vorjahren, in denen sie zwar auch schon sehr gut abgeschnitten hat. Knapp 26 000 Übernachtungen mehr (d.h. eine Zunahme um 7,3%) wurden registriert, die sowohl Schweizer Gästen (+ 6,5%) als auch ausländischen Gästen (+ 8,4%), insbesondere aus Grossbritannien (+ 14,8%), Spanien (+ 13,1%), Frankreich (15,3%) und aus den Niederlanden (+13,7%) zu verdanken sind.

In der Parahotellerie, die für das Freiburgerland von Bedeutung ist, sich aber hauptsächlich auf Zweitwohnungen abstützt und folglich weniger kommerziell und weniger konjunkturabhängig ist, weisen die ersten Ergebnisse von 2007 auf eine Stabilisierung der Resultate der vergangenen Jahre hin.

In Bezug auf die Übernachtungen fällt folglich die Bilanz des Freiburger Tourismus für 2007 sehr positiv aus. Demgegenüber sind die Resultate beim Tagestourismus durchzogener, denn auf einen schneearmen Winter 2006/07 folgte ein vom Wetter wenig verwöhnter Sommer.

Unter den Ereignissen, die das Freiburger Tourismusjahr 2007 besonders – und positiv – prägten, sind ausserdem zu erwähnen:

- Beginn oder Vollendung mehrerer grösserer Bau-, Umbau- und Renovationsvorhaben touristischer Art an verschiedenen Orten im Freiburgerland: Charmey, Freiburg, Gletterens, La Roche/La Berra, Les Paccots, Mézières, Romont, Sugiez;
- die Durchführung zahlreicher Werbekampagnen in der Schweiz, in Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Russland und den Vereinigten Staaten

durch den FTV in Zusammenarbeit mit den regionalen Tourismusorganisationen und den kantonalen Entwicklungsschwerpunkten, aber auch im Rahmen wichtiger Partnerschaften mit Schweiz Tourismus, Genf Tourismus, dem Amt für Tourismus des Kantons Waadt und Wallis Tourismus;

- in Zusammenarbeit mit Schweiz Tourismus und den wichtigsten Freiburger Tourismusregionen und -orten: Empfang von über 80 Tourismusmedien und Partnern durch den FTV u.a. aus Südafrika, Deutschland, Österreich, Brasilien, Kanada, China, Korea, Spanien, den USA, Frankreich, Grossbritannien, Griechenland, Indien, Italien, Japan, Polen, der Tschechischen Republik, Russland und der Schweiz;
- Beginn der Aktivitäten des Fonds für koordiniertes Tourismusmarketing, der durch das Gesetz vom 13. Oktober 2005 über den Tourismus eingerichtet wurde, um die Werbeprojekte der Tourismusregionen des Kantons zu unterstützen (Estavayer-le-Lac und Region, Freiburg und Region, Châtel-St-Denis/Vivisbach, Greyerz, See, Romont/Glane sowie Schwarzsee-Senseland);
- Durchführung verschiedener Tourismusveranstaltungen von nationaler und internationaler Bedeutung, unter anderem der nationale Kongress von Hotellerieuisse, die beiden «Slow Up» vom Murtensee und vom Greyerzersee, die Etappenziele der Tour de Romandie in Charmey und der Tour de Suisse in Schwarzsee oder etwa die verschiedenen Veranstaltungen zum 850-Jahr-Jubiläum der Stadt Freiburg;
- die Herausgabe mehrerer Drucksachen und Materialien des FTV für die Freiburger Tourismuswerbung, insbesondere die Broschüren «Freiburgerland – Emotionen» (Basisdokument mit Informationen zum touristischen Ganzjahresangebot im Kanton), «Meeting», «Highlights», den «Hotelführer», die Broschüre «Top-Angebote», die neue «Panoramakarte» mit verschiedenen Routenvorschlägen aus dem SchweizMobil-Netz, das «Wanderprogramm» und die zehn neuen Plakate «FRIBOURG REGION»;
- komplette Umgestaltung der Website «www.fribourgregion.ch» und der Websites der wichtigsten Tourismusorte des Kantons parallel zum Betrieb des kantonalen Telematiksystems für Informationen und Direktreservationen durch den FTV zugunsten des Freiburger Tourismusangebots;
- Betrieb der beiden kantonalen Tourismusinformationsstellen an den Raststätten Greyerz und Lully;
- Herausgabe – mittlerweile über das Internet – des Mitteilungsorgans des FTV «Tourismus-Info»;
- die Dienstleistungen der vom FTV betriebenen Zentralkasse für die Aufenthaltstaxe zu Gunsten von zwölf (der insgesamt achtzehn) lokalen Tourismusorganisationen im Jahr 2007;
- touristische Nutzung der Freizeitwegnetze des Freiburgerlands und die Beschilderung mehrerer Routen

für den sanften Verkehr im Rahmen des nationalen Projekts SchweizMobil;

- Auszeichnung sieben weiterer Freiburger touristischer Leistungsanbieter mit dem Qualitätslabel für den Schweizer Tourismus.

Mit dem ordentlichen Staatsbeitrag zugunsten des FTV von 1,5 Millionen Franken, zu dem etwa 1,3 Millionen Franken kantonale Aufenthaltstaxen zur Finanzierung der Dienstleistungen für Gäste kamen, wurden im Wesentlichen die touristischen Attraktionen bekannt gemacht und die Qualität von Information und Empfang verbessert.

Der kantonale Tourismusförderungsfonds, der am 31. Dezember 2007 einen Saldo von 1 587 000 Franken aufwies, führte seine Aktivitäten fort, mit denen er die Verbesserung der touristischen Infrastruktur fördert und unterstützt. In diesem Zusammenhang bestätigte der Verwaltungsausschuss früher eingegangene mehrjährige Verpflichtungen in der Höhe von etwa 1 040 000 Franken und gewährte folgenden Unternehmen ordentliche Finanzhilfen (teilweise Übernahme der Zinskosten):

- Hôtel-Restaurant de la Gare, Sugiez: Renovation der Ausstattung;
- Hafen von Gletterens: neue Ausstattung;
- Société des remontées mécaniques La Berra: Ausbau der künstlichen Beschneiungsanlage.

### 3. Interkantonale Zusammenarbeit

Der Volkswirtschaftsdirektor ist Mitglied von vier interkantonalen Konferenzen.

#### Konferenz kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren (VDK)

Die VDK traf sich 2007 zu zwei Sitzungen und am 25. Oktober zur Generalversammlung. Sie befasste sich insbesondere mit:

- der Landeswerbung (Location:Switzerland);
- der Zusammenarbeit von Schweiz Tourismus mit den Kantonen;
- der Schweizerischen Post;
- der Schweizer Wachstumspolitik.

#### Konferenz kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren der Westschweiz (VDK-Westschweiz)

Die VDK-Westschweiz traf sich 2007 dreimal und behandelte insbesondere folgende Themen:

- Errichtung der Westschweizer Bürgerschaftsgenossenschaft;
- neue Regionalpolitik des Bundes;
- Festlegung eines gemeinsamen Standpunkts der Westschweizer Kantone, um die Beibehaltung der Steuererleichterungen nach Bonny-Beschluss zu verteidigen;
- Werbung für die Schweiz und die Westschweiz (Label GateWest).

### **Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV)**

Die KöV traf sich am 8. Juni 2007 zu einer Vollversammlung und hielt am 18. und 19. Oktober 2007 ihre Generalversammlung ab. Sie prüfte namentlich die Vorlage der Bahnreform 2 und die Vorlage der Zukünftigen Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB).

### **Konferenz kantonalen Energiedirektoren**

Diese Konferenz traf sich 2007 zu zwei Sitzungen und behandelte insbesondere:

- die Energieszenarien 2035;
  - den Entwurf der Stromversorgungsverordnung;
  - den Entwurf zur Änderung der Energieverordnung.
- Sie verabschiedete ausserdem eine Resolution mit dem Ziel einer Anhebung der Globalbeiträge des Bundes.

Im Übrigen wurde der Volkswirtschaftsdirektor im Jahr 2007 zum Vorstandsmitglied dieser Konferenz gewählt.

## **4. Streitigkeiten**

Die Direktion behandelt gestützt auf den Artikel 116 Abs. 1 VRG Beschwerden gegen Entscheide ihrer Dienststellen, sofern das Gesetz keine direkte Beschwerde an das Verwaltungsgericht vorsieht. Der Stand der Beschwerden aus dem Jahr 2007 sieht wie folgt aus:

|  |    |
|--|----|
| Eingereichte Beschwerden:                  | 26 |
| davon                                      |    |
| Gutgeheissen:                              | 0  |
| Abgewiesen:                                | 8  |
| Gegenstandslos oder zurückgezogen:         | 4  |
| Unzulässig:                                | 1  |
| Am 1. Januar 2008 bei der VWD noch hängig: | 13 |

Die Beschwerden betreffen die folgenden Dienststellen: Wohnungsamt, Amt für den Arbeitsmarkt, Hochschule für Wirtschaft, Amt für Verkehr und Energie, Amt für Berufsbildung. Ein Ablehnungsentscheid wurde an das Verwaltungsgericht weitergezogen; diese Beschwerde ist gegenstandslos geworden.

## **5. Gesetzgebung**

### **5.1. Gesetze und Dekrete**

Dekret vom 13. März 2007 über einen Verpflichtungskredit nach dem Gesetz über die Wirtschaftsförderung für die Jahre 2007-2011;

Gesetz vom 14. Juni 2007 über den Beitritt des Kantons Freiburg zur interkantonalen Vereinbarung über die Beiträge an die Ausbildungskosten in der beruflichen Grundbildung;

Dekret vom 16. November 2007 über einen Verpflichtungskredit für die Unternehmen des öffentlichen Verkehrs;

Gesetz vom 13. Dezember 2007 über die Berufsbildung;

Gesetz vom 14. Dezember 2007 zur Änderung des Gesetzes über die Wirtschaftsförderung.

### **5.2. Verordnungen und Reglemente**

Verordnung vom 27. Februar 2007 zur Änderung des Beschlusses über die Festsetzung eines Normalarbeitsvertrages für die Mitarbeiter im Hausdienst;

Verordnung vom 18. September 2007 über den Bestand der zivilrechtlichen Bevölkerung und der Wohnbevölkerung der Gemeinden im Kanton Freiburg am 31. Dezember 2006;

Verordnung vom 23. Oktober 2007 zur Änderung des Energiereglements;

Ausführungsverordnung vom 18. Dezember 2007 zur Bundesgesetzgebung gegen die Schwarzarbeit (AVGSA).

## DIENSTSTELLEN

## I. WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG KANTON FREIBURG

### 1. Aufgaben

Die Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg ist beauftragt, das Freiburger Wirtschaftsnetz auszubauen und die Schaffung von Arbeitsplätzen mit hoher Wertschöpfung zu begünstigen, indem sie die Ansiedlung neuer Unternehmen und die Erweiterung der Aktivität bestehender Unternehmen fördert. Sie bemüht sich ferner um die harmonische Entwicklung der Regionen in den sieben Bezirken des Kantons. Die Wirtschaftsförderung wird von Thierry Mauron, Dienstchef, geleitet.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Aktivitäten im Ausland

Die Wirtschaftsförderung unterstützte 2007 die Ansiedlung von rund zehn neuen ausländischen Unternehmen im Kanton Freiburg, die grösstenteils aus den Ländern stammen, auf die die Wirtschaftsförderung ihre Akquisitionstätigkeit konzentriert hat (USA und Frankreich). Diese Unternehmen kündeten langfristig die Schaffung von über 300 Stellen an. Die meisten von ihnen werden im Dienstleistungssektor tätig sein. Ein halbes Dutzend ausländischer Unternehmen, die sich in den vergangenen Jahren im Kanton niedergelassen haben, investierten ausserdem rund zehn Millionen Franken in den Ausbau ihrer Tätigkeit auf dem Kantonsgebiet.

Die Wirtschaftsförderung macht sich jedoch Sorgen um die abnehmende Attraktivität des Angebots für die Auslandwerbung. Das eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement hat 2007 nämlich entschieden, im Kanton und in weiten Teilen des Landes die Möglichkeit zur Vergabe von Steuererleichterungen während drei Jahren zu reduzieren und ab 2011 ganz abzuschaffen. Von dieser Reduktion der Bundessteuern konnten bisher Unternehmen profitieren, die grössere Investitionen tätigten und zahlreiche Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung schufen. Insbesondere gegenüber der Europäischen Union, die ihr Angebot für internationale Unternehmen auf dem Gebiet der Besteuerung stetig verbessert, ist es wichtig, dass die Schweiz ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit aufrechterhalten kann. Deshalb müssen sich der Kanton Freiburg und die anderen betroffenen Schweizer Regionen unbedingt mobilisieren, damit die Verordnung geändert wird, die die Gebiete drastisch einschränkt, in denen Steuererleichterungen gewährt werden können.

#### 2.1.1 Direkte Kontaktaufnahme

Die Akquisitionstätigkeit im Ausland konzentrierte sich auf den nordamerikanischen und den französischen Markt.

Die Besuchsserien vor Ort ermöglichten über fünfzig Kontaktaufnahmen mit neuen Unternehmen, darunter etwa zwanzig internationalen Unternehmen. Im Rah-

men dieser Besuche organisierte die Wirtschaftsförderung auch Treffen mit zahlreichen Unternehmensberatern, Verbandsmitgliedern und anderen Partnern. Die Wirtschaftsförderung nahm an mehreren Fachtagungen auf verschiedenen Gebieten teil.

Dank dieser Aktivitäten konnten rund zwanzig ausländische, meist französische und amerikanische, Unternehmen zu einem Besuch im Kanton angeregt werden, um die Ansiedlungsbedingungen und die Möglichkeiten einer Entwicklung ihrer Tätigkeiten genauer zu prüfen. Die dafür aufgestellten Besuchsprogramme boten den potentiellen Investoren die Gelegenheit, bereits im Kanton niedergelassene Unternehmen und Partner zu treffen.

#### 2.1.2 Gemeinsame Aktivitäten mit anderen Partnern

Die enge Zusammenarbeit mit der Genfer Wirtschaftsförderung ermöglichte zahlreiche Kontakte mit internationalen Unternehmen, die sich für die jeweiligen oder kombinierten Stärken der Kantone Genf und Freiburg interessierten. Diese Zusammenarbeit wurde 2007 mit einem grösseren Erfolg gekrönt: Ein internationales Unternehmen hat sich für eine Niederlassung entschieden und wird in Genf ein wichtiges Managementzentrum und in Freiburg ein globales Verwaltungszentrum schaffen. Die gemeinsame Strategie, nämlich die Komplementarität der beiden Produkte und Kontaktnetze auszuspielen, haben das Unternehmen überzeugt, seine Aktivitäten in der Schweiz auszubauen, die es im Ausland konsolidiert hätte, wenn jeder Kanton nur mit seinen eigenen Stärken geworben hätte.

Die Wirtschaftsförderung hat ihre Teilnahme an den Seminaren von Location:Switzerland reduziert, um sich auf gezieltere Präsentationen auf dem Gebiet der Technologien zu konzentrieren, wo das akademische Umfeld Freiburgs einen wichtigen Trumpf darstellt.

Im Laufe des Sommers gelang die Ansiedlung eines Unternehmens aus dem Silicon Valley, das auf dem Gebiet des Schutzes numerischer Daten aktiv ist. Diese Ansiedlung ist zu einem grossen Teil den Kompetenzen der Freiburger Hochschulen auf diesem Gebiet und der Verfügbarkeit von lokal ausgebildeten Fachpersonen zu verdanken.

### 2.2 Aktivitäten im Kanton

#### 2.2.1 Wirtschaftsförderung im Kanton

Von den im Jahr 2007 betreuten Unternehmen kam knapp ein Drittel in den Genuss der internen Wirtschaftsförderung (Unterstützung von Freiburger Unternehmen für ihre Erweiterungsprojekte, Niederlassung von Schweizer Unternehmen im Kanton). Rund zwanzig Unternehmen wurden ausserdem bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten oder nach Bauland unterstützt. Die Kontaktstelle für Unternehmen hat rund dreissig Firmen (oder Personen, die ein Unternehmen gründen

möchten) beraten und auf die geeigneten Partner aufmerksam gemacht. Die Fusion von Fri Up, Genilem und dem Technologie-Relais Freiburg (RTF), die seit dem 1. Januar 2007 unter dem Namen Fri Up vereint sind, erleichtert die Arbeit der Kontaktstelle für Unternehmen und trägt dazu bei, dass den Kunden bedürfnisgerechtere Leistungen angeboten werden können.

Start-ups und KMU haben oft Schwierigkeiten, Bankkredite zu erhalten. Eine Bürgschaft erleichtert ihnen deshalb den Zugang zu Fremdkapital. Dieses Instrument kann etwa bei Unternehmensgründungen oder -übernahmen oder für die Finanzierung der Ausrüstung, der Lagerbestände oder eines Kontokorrents genutzt werden. Die Bundesgesetzgebung über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen zugunsten der kleinen und mittleren Unternehmen ist 2007 in Kraft getreten. Das Bürgschaftswesen wurde dadurch gestrafft, professionalisiert und für KMU attraktiver gestaltet. Vor diesem Hintergrund wurde die Bürgschaftsgenossenschaft West-Schweiz – KMU (CRC-PME), mit ihren Zweigstellen in den Kantonen Freiburg, Genf, Neuenburg, Wallis und Waadt gegründet. 6 Freiburger Unternehmen sind bereits in den Genuss einer Unterstützung durch die CRC-PME gekommen.

2007 hat die Wirtschaftsförderung zum neunten Mal den Innovationspreis des Kantons Freiburg organisiert. 25 Projekte wurden eingereicht. Ausgezeichnet mit dem Innovationspreis 2007 wurde die Collano Xiro AG in Schmitzen, die einen neuen Mehrschicht-Klebefilm entwickelt hat, der in Seiten-Airbags von Personenwagen eingesetzt wird. Allein 2007 kamen rund 1,2 Millionen Fahrzeuge mit Seiten-Airbags auf den Markt, die mit der Folie von Collano Xiro gefertigt wurden. InterBioCard SA in Bulle hat ihrerseits für ihre biologisch abbaubare Chipkarte den Spezialpreis der Jury erhalten.

### 2.2.2 Regionalpolitik

Die Arbeiten an der Einführung der NRP wurden im 2007 fortgesetzt. Mit dem Lenkungsausschuss fanden 5 Treffen statt und mit der Konferenz der Regionen, die sich aus Vertretern der IHG-Regionen und des Unterlands zusammensetzt, wurden 6 Treffen organisiert. Ein Kreativitätsforum, an dem die Regionen, die Wirtschaftskreise und die Hochschulen teilnahmen, wurde im Juni organisiert. Sein Ziel war es, die NRP vorzustellen und die Schaffung von Projekten anzuregen.

Das kantonale Umsetzungsprogramm (KUP) für die Jahre 2008–2011 wurde dem Bund im Juli vorgelegt. Es umfasst eine kantonale, eine interkantonale und eine grenzüberschreitende Strategie und führt die für deren Umsetzung benötigten finanziellen Mittel auf. Das KUP, auf dessen Grundlage die Programmvereinbarung zwischen dem Bund und dem Kanton aufgestellt wird, musste auf Verlangen des Bundes an verschiedenen Stellen geändert und ergänzt werden.

Das Gesetz vom 3. Oktober 1996 über die Wirtschaftsförderung (WFG) wurde im Dezember 2007 geändert,

um es mit Bestimmungen über die NRP, die Bürgschaften für Unternehmen und die aktive Bodenpolitik zu ergänzen.

Bezüglich der Freiburger Seilbahnen konnte die 2005 in Auftrag gegebene Studie «Partenariats Agglomérations – Préalpes – Alpes pour la promotion de la relève des skieurs» (Partnerschaften zwischen Agglomerations-, Voralpen- und Alpengebieten zur Förderung des Skifahrernachwuchses) im Sommer 2007 abgeschlossen werden. Der Schlussbericht zuhanden des Bundes wurde im 2. Halbjahr genehmigt.

## 2.3 Regionale Wirtschaftsförderung

### 2.3.1 Vollzug des Bundesgesetzes vom 21. März 1997 über die Investitionshilfe für Berggebiete (IHG)

#### Darlehen des Bundes

Die Darlehen des Bundes, die aufgrund der vom Kanton bis Ende 2007 gefällten Entscheide gewährt wurden, beliefen sich auf 81 371 000 Franken; dies entspricht 263 Entscheiden. Diese Kredite verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Bereiche:

| Bereich                              | Anzahl Projekte | Gesamtinvestitionen bis Ende 2007 Fr. | Bundesarlehen Fr. |
|--------------------------------------|-----------------|---------------------------------------|-------------------|
| Projekte aus verschiedenen Bereichen | 35              | 110 112 510                           | 24 791 000        |
| Kultur                               | 14              | 23 624 034                            | 4 021 000         |
| Bildung                              | 26              | 63 353 466                            | 7 630 000         |
| Gesundheit                           | 7               | 27 178 594                            | 4 568 000         |
| Energie, Wasser, Abwasser            | 64              | 83 748 348                            | 14 192 000        |
| Freizeit und Sport                   | 20              | 53 992 672                            | 9 349 000         |
| Öffentliche Verwaltung               | 50              | 54 056 145                            | 10 981 000        |
| Verkehr                              | 44              | 28 321 174                            | 5 499 000         |
| Schutz gegen Elementarschäden        | 3               | 2 715 000                             | 340 000           |
| <b>Total</b>                         | <b>263</b>      | <b>447 101 943</b>                    | <b>81 371 000</b> |

#### Darlehen des Kantons

Der Kanton gewährte in Anwendung von Artikel 11 des Ausführungsgesetzes vom 27. November 1998 zum IHG folgende Darlehen:

|                                  | <i>Darlehen des Kantons Fr.</i> |
|----------------------------------|---------------------------------|
| Bis Ende 2006 gewährte Darlehen: | 52 734 400                      |
| Im Jahr 2007 gewährte Darlehen:  | 2 611 000                       |
| <b>Total</b>                     | <b>55 345 400</b>               |

Bis Ende 2007 beliefen sich die Rückzahlungen auf 26 106 711 Franken. Das kantonale Ausführungsgesetz vom 27. November 1998 zum IHG sieht eine Darlehensobergrenze von 50 Millionen Franken vor.

### 2.3.2 Vollzug des Gesetzes vom 3. Oktober 1996 über die Wirtschaftsförderung

Im Jahr 2007 ausbezahlte Zinskostenbeiträge an Gemeinden und öffentliche Körperschaften

Im Jahr 2007 beliefen sich die Zinskostenbeiträge für zwei Projekte auf 52 732 Franken.

Im Jahr 2007 entschiedene Geschäfte (Unterstützung von Unternehmen)

Im Laufe des Berichtsjahres prüfte und bewilligte die kantonale Kommission für Wirtschaftsförderungsmassnahmen 6 Gesuche. Der Staatsrat bewilligte ausserdem 5 Gesuche, die ihm unterbreitet wurden.

| <i>Bürgschaften gemäss Bonny-Beschluss</i> | <i>Anzahl</i> | <i>Betrag Fr.</i> |
|--|---------------|-------------------|
| Stand am 31. 12. 2007                      | 9             | 13 349 830        |

Vom Kanton ausbezahlte Zinskostenbeiträge an Unternehmen

|   | <i>Betrag Fr.</i> |
|---|-------------------|
| Bis Ende 2006 ausbezahlte Zinskostenbeiträge: | 15 269 820        |
| Bis Ende 2007 ausbezahlte Zinskostenbeiträge: | 2 120 000         |
| <b>Total</b>                                  | <b>17 389 820</b> |

## II. AMT FÜR DEN ARBEITSMARKT

### 1. Aufgaben

Das Amt für den Arbeitsmarkt ist die kantonale Behörde, die sich mit der Beschäftigung und dem Arbeitsmarkt befasst. Es ist beauftragt, zu einem möglichst harmonischen Markt beizutragen. Das Amt ist an zwei Fronten aktiv: die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und – im Rahmen seiner Kompetenzen – die Beobachtung des Arbeitsmarkts, insbesondere im Bereich des Arbeitnehmerschutzes und der Anwendung des Freizügigkeitsabkommens. Das Amt wird von Marc Genilloud, Dienstchef, geleitet.

## 2. Ordentliche Tätigkeit

### 2.1 Abteilung Arbeitslosigkeit

#### 2.1.1 Arbeitslosenversicherung

Die Arbeitslosenquote des Kantons blieb unter dem Landesdurchschnitt. Sie ist bis Ende Jahr insgesamt um 0,6 Prozentpunkte auf 2,7% gesunken. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote lag 2007 bei 2,7% (2006 bei 3% und 2005 bei 3,1%). Folgende Tabelle gibt Aufschluss über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Kanton verglichen mit dem Schweizer Durchschnitt.

|           | <i>Kanton Freiburg</i> |             |          | <i>Schweiz</i> |          |
|-----------|------------------------|-------------|----------|----------------|----------|
|           | <i>2006</i>            | <i>2007</i> | <i>%</i> | <i>2007</i>    | <i>%</i> |
| Januar    | 4498                   | 4152        | 3,3      | 131 057        | 3,3      |
| Februar   | 4296                   | 3982        | 3,1      | 126 395        | 3,2      |
| März      | 4030                   | 3689        | 2,9      | 117 915        | 3,0      |
| April     | 3843                   | 3408        | 2,7      | 112 829        | 2,9      |
| Mai       | 3624                   | 3127        | 2,5      | 106 200        | 2,7      |
| Juni      | 3542                   | 2993        | 2,4      | 99 781         | 2,5      |
| Juli      | 3565                   | 3079        | 2,4      | 99 779         | 2,5      |
| August    | 3781                   | 3221        | 2,5      | 100 757        | 2,6      |
| September | 3716                   | 3067        | 2,4      | 99 681         | 2,5      |
| Oktober   | 3656                   | 3128        | 2,5      | 102 039        | 2,6      |
| November  | 3716                   | 3207        | 2,5      | 104 820        | 2,7      |
| Dezember  | 3867                   | 3463        | 2,7      | 109 012        | 2,8      |

2007 schöpften 769 Personen ihren Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung aus (882 im Jahr 2006). Bei den RAV waren im Jahresdurchschnitt 290 offene Stellen gemeldet.

#### 2.1.2 Die regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV)

Der Kanton zählt drei RAV: das RAV Zentrum für den Saanebezirk, das RAV Süd mit seinen drei Anlaufstellen in den Bezirken Glane, Greyerz und Vivisbach und das RAV Nord mit seinen drei Anlaufstellen in den Bezirken Broye, See und Sense.

Im Monatsdurchschnitt führten die Personalberaterinnen und -berater 5732 Beratungs- und Kontrollgespräche und boten den Stellensuchenden 906 Stellen an. Ebenfalls im Monatsdurchschnitt arbeiteten 1279 Stellensuchende in einem Zwischenverdienst.

#### 2.1.3 Arbeitsmarktliche Massnahmen (AMM)

Der AMM-Sektor stellt den RAV Instrumente zur Verfügung, damit sie die Stellensuchenden gezielt im Hinblick auf die Stellensuche und die Verbesserung der Vermittlungsfähigkeit beraten können. Er ist ferner für die Verwaltung des Angebots an kantonalen Massnahmen, den Qualifizierungsprogrammen (QP), zuständig.

2007 nahmen 3632 Personen an beruflichen Weiterbildungskursen teil (Bewerbungstechnik: 1229 Personen; Sprachen: 1110 Personen; Informatik: 599 Personen; andere Kurse: 694 Personen). Insgesamt 1917 Personen nahmen an Programmen zur vorübergehenden Beschäftigung teil (PvB), die durchschnittlich 2,01 Monate dauerten (2,19 Monate im Jahr 2006). Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer verteilten sich wie folgt auf die verschiedenen Kategorien von PvB: 330 Personen nahmen an einem PvB bei einer nicht gewinnorientierten Institution, 65 an einem PvB bei einer Gemeinde, 89 bei einem ausserkantonalen Anbieter, 175 bei einer Dienststelle des Staats und 1258 bei einem subventionierten Anbieter teil. Der AMM-Sektor schuf 45 neue Stellen in PvB bei nicht gewinnorientierten Institutionen.

Im Schuljahr 2006/07 wurden 340 Jugendliche durch die Plattform Jugendliche betreut. Die Mehrzahl von ihnen nahm im Anschluss daran an einem der fünf auf dem Kantonsgebiet aktiven Motivationssemester (MoSe) teil (Déclit, Intervalle, Centre de préformation in Grolley, deStarts in Düringen und das interkantonale MoSe des Broyebezirks). Im Rahmen einer Testphase organisierte das Amt in Zusammenarbeit mit den MoSe die Betreuung der Jugendlichen durch den Sommer hindurch. Die Erfahrung war positiv, so dass die Betreuung voraussichtlich ab Sommer 2008 definitiv eingeführt werden wird.

Die ausgesteuerten Arbeitslosen, die die gesetzlichen Bedingungen erfüllten, nahmen an Qualifizierungsprogrammen (QP) teil und erhielten dadurch eine neue Chance, wieder eine Stelle zu finden. 2007 kamen 153 Personen (205 Verträge) in den Genuss eines befristeten Arbeitsvertrags bei einer nicht gewinnorientierten Institution und 58 Personen (74 Verträge) nahmen an einem QP bei einem Privatunternehmen teil.

#### **2.1.4 Arbeitssicherheit**

2007 wurden in PvB, die bestimmte Risiken aufweisen, Kontrollen durchgeführt, um für die Beachtung der Hygiene- und Sicherheitsvorschriften in den verschiedenen Werkstätten und Baustellen der Programmanbieter zu sorgen.

#### **2.1.5 FRee Trading**

Die im kaufmännischen Bereich tätige Übungsfirma FRee Trading, die früher Book Trading hiess, ist im Herbst an die Avenue de Beauregard, in Freiburg umgezogen. Sie hat im Dezember ihr 10-jähriges Bestehen gefeiert. Sie konnte ihre eduQua-Zertifizierung erneuern und bestand das Audit der Schweizerischen Übungsfirmenzentrale. Im Jahr 2007 nutzten 92 Frauen und 24 Männer ihr Bildungsangebot.

#### **2.1.6 Frima 1606**

Das Qualifizierungsprogramm Frima 1606 ist ein Weiterbildungsprojekt für Stellensuchende, bei dem ein his-

torisches Modell der Stadt Freiburg anhand der Gravur von Martin Martini aus dem Jahre 1606 sowie technische Zeichnungen in 2D und 3D erstellt werden.

41 Praktikantinnen und Praktikanten besuchten diese Massnahme im Jahr 2007 während einer durchschnittlichen Dauer von 13 Wochen. 51,7% der Teilnehmenden fanden eine neue Stelle während der Massnahme oder im Anschluss daran; 3,4% wechselten ihre Tätigkeit (Berufswechsel, Wiederaufnahme eines Studiums usw.); 44,8% verliessen die Massnahme ohne Berufslösung.

Frima erlangte 2007 die eduQua-Zertifizierung und nahm an den Veranstaltungen zum 850. Jubiläum der Stadt Freiburg teil. Insbesondere arbeitete es an der Publikation «Fribourg-Freiburg une ville au XIX<sup>e</sup> et au XX<sup>e</sup> siècle – Eine Stadt im 19. und 20. Jahrhundert» mit und präsentierte seine Aktivitäten am Stand der Stadt an der Messe Freiburg. Ausserdem beteiligte sich Frima am Projekt des Vereins Werkhof-Frima und arbeitete für die Beleuchtung und die virtuellen Animationen beim Einkaufszentrum Manor mit dem Archäologischen Dienst zusammen.

#### **2.1.7 Vermittlung im Bereich der Arbeitslosenversicherung**

80 Einsätze wurden vom 1. Januar bis am 15. September 2007 registriert (den Rest des Jahres war der Ombudsmann abwesend). Sie betrafen besonders Probleme zwischen den Versicherten und den Arbeitslosenkassen und den RAV. Fast alle Versicherten waren mit der Dienstleistung des Ombudsmanns zufrieden.

### **2.2 Abteilung Arbeitsmarkt**

#### **2.2.1 Arbeitsinspektorat**

Das Arbeitsinspektorat arbeitete in verschiedenen kantonalen und eidgenössischen Kommissionen und Arbeitsgruppen mit.

Zur Kontrolle des Arbeitnehmerschutzes besuchten 2007 die Arbeitsinspektoren teilweise in Zusammenarbeit mit dem SECO (dem Eidgenössischen Arbeitsinspektorat) und der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt (SUVA) 274 Betriebe (358 im Jahr 2006). Die Abnahme der Betriebsbesuche steht im Zusammenhang mit dem vorübergehenden Rückgang des Personalbestands beim Arbeitsinspektorat (Rücktritt des Chefs in den Ruhestand, Ausbildung einer neuen Inspektorin und eines neuen Inspektors).

Was die Gesundheit am Arbeitsplatz betrifft, hat das Interkantonale Labor für Gesundheit am Arbeitsplatz 21 Materialproben auf Asbestvorkommen geprüft. In 10 Proben wurde Asbest nachgewiesen. Die betroffenen Eigentümer wurden über die zu treffenden Massnahmen beraten und das Arbeitsinspektorat hat die Fälle registriert, um die Kontrolle sicherzustellen. Das Arbeitsinspektorat beteiligte sich ausserdem an einer interkantonalen Untersuchungskampagne über die Arbeitsbedingungen in Hallenbädern und kontrollierte

insbesondere den Chloramingehalt in der Luft, die von den Mitarbeitenden und den Besucherinnen und Besuchern der Bäder eingeatmet wird. Ausserdem führte sie in Unternehmen des Kantons acht Untersuchungen über Lösungsmitteldämpfe, giftige Gase, schädliche Stäube sowie Dämpfe und Aerosole von Schneidöl durch.

Das Arbeitsinspektorat erteilt kurzfristige Bewilligungen (unter sechs Monaten) für Abweichungen von der wöchentlichen Normalarbeitszeit, während das SECO über Bewilligungen für Abweichungen während mehr als sechs Monaten entscheidet. Am meisten betroffen sind das Baugewerbe und der Vertriebssektor.

|                       | Bewilligungen erteilt durch das SPE |      | Bewilligungen erteilt durch das SECO |      |
|-----------------------|-------------------------------------|------|--------------------------------------|------|
|                       | 2006                                | 2007 | 2006                                 | 2007 |
| Nachtarbeit           | 43                                  | 70   | 71                                   | 115  |
| Sonntagsarbeit        | 96                                  | 98   | 55                                   | 77   |
| Durchgehender Betrieb | 2                                   | 3    | 10                                   | 7    |
| Dreischichtige Arbeit | –                                   | 2    | –                                    | –    |
| Total                 | 141                                 | 173  | 136                                  | 199  |

Alle Vergrößerungs- und Umbauarbeiten, die von Industriebetrieben im Kanton durchgeführt werden, müssen vom Arbeitsinspektorat genehmigt werden, das auch die Betriebsbewilligung erteilt. Bei den nichtindustriellen Betrieben nimmt das Inspektorat eine Planbegutachtung im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens vor.

|   | 2006 | 2007 |
|---|------|------|
| Vergrößerungen (Umbau) von Industriebetrieben | 22   | 20   |
| Betriebsbewilligungen                         | 19   | 8    |
| Nichtindustrielle Betriebe                    | 583  | 585  |
| Total   | 624  | 613  |

Aus Sicherheitsgründen mussten bisher Unternehmen und Privatpersonen beim Arbeitsinspektorat eine Betriebsbewilligung beantragen, wenn sie Behälter verwenden, die unter Druck stehen (in der Regel für Heiz- oder Druckluftanlagen). Im Juli wurde diese Pflicht durch neue Gesetzesbestimmungen abgeschafft, seither genügt eine Meldung bei der SUVA.

|                             | 2006 | 2007 |
|-----------------------------|------|------|
| Druckluft- oder Gasbehälter | 77   | 34   |
| Dampfkessel                 | 1    | –    |
| Total                       | 78   | 34   |

## 2.2.2 Beobachtung des Arbeitsmarkts

Der Kanton Freiburg nahm an verschiedenen Erhebungen des Westschweizer und Tessiner Organs zur Beobachtung des Arbeitsmarkts (ORTE) teil:

- Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Wirtschaftszweig in der Westschweiz, Vergleich zwischen dem ersten und dem zweiten Halbjahr 2006 (März 2007);
- Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Wirtschaftszweig im Kanton Freiburg, Vergleich zwischen dem ersten und dem zweiten Halbjahr 2006 (März 2007);
- Entwicklung der Temporärarbeit in der Westschweiz (September 2007);
- Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Wirtschaftszweig in der Westschweiz, Vergleich zwischen dem ersten Halbjahr 2006 und dem ersten Halbjahr 2007 (November 2007);
- Bericht über die berufsüblichen Löhne im Gastgewerbe gestützt auf eine Umfrage von Gastro Freiburg (August 2007).

## 2.2.3 Wirtschaftliche Landesversorgung

Die kantonale Zentralstelle für wirtschaftliche Landesversorgung nahm an den Arbeiten am Heizölrationierungsplan und am Treibstoffrationierungsplan teil. Sie nahm ferner an zwei Sitzungen des Bundesamts für wirtschaftliche Landesversorgung zu diesen Themen teil.

Der Gesetzesentwurf zur Ausführung des Bundesgesetzes über die wirtschaftliche Landesversorgung, der Ende 2006 in die Vernehmlassung ging, wurde verschiedentlich angepasst und wird 2008 dem Grossen Rat vorgelegt werden.

## 2.2.4 Abkommen über den freien Personenverkehr (FZA)

Das Amt sorgt aktiv für die Umsetzung der flankierenden Massnahmen des FZA. Die Arbeitsmarktspektion kontrolliert auf Freiburger Kantonsgebiet die Arbeitnehmenden, die von ausländischen Unternehmen in die Schweiz entsandt werden, die selbständigen Dienstleistungserbringer sowie die Staatsangehörigen aus der Europäischen Union, die bei Schweizer Arbeitgebern eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Insgesamt 180 Kontrollen wurden durchgeführt, von denen 534 Arbeitnehmende betroffen waren.

Das Amt für den Arbeitsmarkt ist die kantonale Behörde im Sinne des Entsendegesetzes des Bundes. 2007 gingen bei ihm 25 Anzeigen ein, 22 davon im September und Oktober, die zurzeit untersucht werden. 3 Sanktionen wurden ausgesprochen.

Das vom Amt geführte Sekretariat der Aufsichtskommission über den Arbeitsmarkt bearbeitete 2392 Meldungen von Arbeitnehmenden, darunter 593 für entsandte Arbeitnehmende, 1688 für Arbeitsaufnahmen in der Schweiz und 111 für selbständige Dienstleistungserbringer.

## 2.3. Rechtsdienst

### 2.3.1 Entscheide und Rechtsgutachten

In seiner Funktion als kantonale Behörde erstellte der Rechtsdienst im Berichtsjahr 4417 Entscheide und Rechtsgutachten im Bereich der Arbeitslosenversicherung und des Arbeitsrechts:

- Einstellungen in der Anspruchsberechtigung: 3571
- Vermittlungsfähigkeit und andere Entscheide: 294
- Erlass der Rückerstattungspflicht: 31
- Rechtsgutachten zu Arbeitslosenversicherung und Arbeitsrecht: 521

Der Rechtsdienst registrierte 2007 ferner 348 Einsprachen gegen Entscheide des Amts. Er fällte 347 Einspracheentscheide. 70,05% der Einsprachen wurden abgewiesen oder es wurde nicht auf sie eingetreten, 17,85% wurden gutgeheissen, 10,95% wurden teilweise gutgeheissen und 1,15% als erledigt abgeschrieben.

Beim Verwaltungsgericht wurden 23 Beschwerden gegen die Entscheide des Amts eingereicht. Der Rechtsdienst reichte in 30 Fällen Bemerkungen zur Begründung ein. Das Verwaltungsgericht fällte 21 Entscheide. 66,7% der Beschwerden wies es ab oder trat nicht auf sie ein, 23,8% hiess es gut und 9,5% hiess es teilweise gut.

### 2.3.2 Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen

|           | Betroffene Arbeitnehmer/innen |      |         | Ausfallstunden |      |         |
|-----------|-------------------------------|------|---------|----------------|------|---------|
|           | 2006                          | 2007 | Schweiz | 2006           | 2007 | Schweiz |
| Januar    | 10                            | 42   | 1149    | 1368           | 3720 | 83 575  |
| Februar   | 14                            | 68   | 1568    | 888            | 4955 | 101 733 |
| März      | 21                            | 38   | 1556    | 3158           | 1438 | 112 891 |
| April     | 14                            | 0    | 629     | 1764           | 0    | 35 359  |
| Mai       | 11                            | 1    | 1476    | 570            | 144  | 36 362  |
| Juni      | 2                             | 1    | 466     | 254            | 170  | 33 435  |
| Juli      | 0                             | 2    | 222     | 0              | 371  | 18 677  |
| August    | 2                             | 4    | 363     | 53             | 408  | 27 386  |
| September | 2                             | 24   | 343     | 112            | 2063 | 22 042  |
| Oktober   | 2                             | 17   | 275     | 86             | 2785 | 24 528  |
| November  | 2                             | 11   | 245     | 62             | 826  | 20 770  |
| Dezember  | 0                             | 10   | 219     | 0              | 631  | 14 732  |

### 2.3.3 Private Arbeitsvermittlung und Personalverleih

Der Rechtsdienst erteilte 2007 14 neue Bewilligungen: 8 für die private Arbeitsvermittlung und 6 für den Personalverleih. 7 Bewilligungen wurden ferner infolge eines Wechsels der verantwortlichen Person, einer Adressänderung oder eines neuen Firmennamens erteilt.

1 Bewilligung zur Ausübung der privaten Arbeitsvermittlung und des Personalverleihs wurde entzogen.

Der Rechtsdienst hat 6 Untersuchungen durchgeführt, um die rechtswidrige Ausübung der privaten Arbeitsvermittlung und des Personalverleihs zu bekämpfen und um dagegen vorzubeugen.

3 Betriebskontrollen wurden durchgeführt und 7 Kontrollberichte verfasst. Die aufgedeckten Verstösse zum Nachteil der Arbeitnehmenden betrafen hauptsächlich das Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG), irreführende Lohnabrechnungen, gesamtarbeitsvertraglichen Mindestlöhne sowie die Form und den Inhalt der Verträge. Die betroffenen Betriebe wurden unter Androhung des Bewilligungsentzugs verwarnet.

Beim Rechtsdienst gingen ferner 3 Anzeigen über unzulässige Aktivitäten von Freiburger Arbeitsvermittlungs- und Personalverleihbetriebe durch die Behörden anderer Westschweizer Kantone ein. 2 Fälle konnten geregelt werden, der dritte Fall wird 2008 untersucht werden. Eine weitere Anzeige ist von der Tripartiten Aufsichtskommission zur Bekämpfung der Schwarzarbeit eingegangen.

2006 vermittelten die privaten Arbeitsvermittler des Kantons Freiburg 475 Schweizerinnen und Schweizer sowie 306 Ausländerinnen und Ausländer. Die Freiburger Personalverleihbetriebe schlossen mit 2826 Schweizerinnen und Schweizern sowie 3365 Ausländerinnen und Ausländern Verträge über insgesamt 2 930 945 Arbeitsstunden ab.

## 2.4 Stabsdienste

### 2.4.1 Kommunikation

Die Website des Amts ist eine Informationsquelle, die von Stellensuchenden, Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden rege genutzt wird. Monatlich werden über 21 000 Zugriffe registriert. Im Dezember konnte die neue Website des Amts in Betrieb genommen werden.

Das Amt beantwortete über 500 Fragen von Websitebesuchern.

### 2.4.2 Informatik

Das Amt setzte die Erneuerung der Informatikausrüstung fort. Es bereitete sich ausserdem auf die für 2008 geplante Einführung des elektronischen Dokumentenmanagementsystems sowie auf das neue Datenverwaltungssystem des Bundes im Bereich der Arbeitslosenversicherung (AVAM) vor.

### 2.4.3 Buchhaltung

Die Stabsdienste verwalten die gesamte Buchhaltung der vom Bund finanzierten Stellen sowie die Buchhaltung des kantonalen Beschäftigungsfonds. Die Hauptaufgaben liegen in der Auszahlung der Löhne von Stellensuchenden, die an einem Qualifizierungsprogramm

(QP) im Sinne des BAHG teilnehmen, und in der Erstellung von Arbeitgeberbescheinigungen, Lohnausweisen und AHV-, SUVA- oder Quellensteuerabrechnungen.

Die Betriebskosten des Amtes beliefen sich auf 14 Millionen Franken. Aus dem kantonalen Beschäftigungsfonds wurden 2 328 530 Franken zur Finanzierung von Massnahmen für Arbeitslose aufgewendet, die ihren Anspruch auf Leistungen des Bundes ausgeschöpft haben. Die QP bei Unternehmen kosteten 740 940 Franken, die QP bei Institutionen 1 035 0032 Franken und die QP bei Kanton und Gemeinden 552 557 Franken. Am 31. Dezember 2007 verfügte der Fonds über Mittel in der Höhe von 7 711 728 Franken.

### III. ÖFFENTLICHE ARBEITSLOSENKASSE

#### 1. Aufgaben

Die Öffentliche Arbeitslosenkasse ist eine Einheit, die der Volkswirtschaftsdirektion administrativ zugewiesen ist. Sie wird von Dominique Schmutz, Verwalter der Kasse, geleitet. Sie steht allen im Kanton wohnhaften Versicherten offen für den Bezug von Leistungen gemäss der Bundesgesetzgebung über die Arbeitslosenversicherung. Zudem kann sie allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern von im Kanton ansässigen Unternehmen ungeachtet ihres Wohnsitzes Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen ausrichten. Sie ist als einzige Arbeitslosenkasse des Kantons berechtigt, Insolvenzenschädigungen auszuzahlen.

#### 2. Tätigkeit

2007 entspannte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt, was einen neuen Rückgang der Arbeitslosigkeit bewirkte (- 0.36% im Jahresdurchschnitt für den Kanton Freiburg). Die Öffentliche Arbeitslosenkasse verzeichnete allerdings eine Abnahme der Leistungsempfängerinnen und -empfänger (ausbezahlte Versicherte) um 5%. Die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt haben sich verändert: Die Zahl der Anmeldungen und Wiederanmeldungen bei der Arbeitslosenversicherung ist höher als die Zahl der Versicherten. Die Perioden der Arbeitslosigkeit sind kürzer, aber häufiger geworden, so dass sich die Versicherten vermehrt im Laufe der Rahmenfrist für den Leistungsbezug (zweijährige Frist, während der eine bestimmte Anzahl Taggelder ausbezahlt werden kann) wieder angemeldet haben.

Gestützt auf eine Leistungsvereinbarung zwischen dem Bund und dem Kanton werden der öffentlichen Arbeitslosenkasse Leistungsziele gesetzt, von denen die Rückerstattung der Verwaltungskosten abhängt. Mit Kosten von 5.80 Franken pro Leistungseinheit im Jahr 2007 befindet sich die Kasse im neutralen Bereich. Die Maluszone (ab dem sich der Kanton an den Verwaltungskosten beteiligen muss) beginnt ab 7.50 Franken. Folglich werden die gesamten Verwaltungskosten der Kasse vom Bund finanziert.

Die Kasse stellte 3230 Verfügungen aus. Sie legte dem Amt für den Arbeitsmarkt 112 Fälle zum Entscheid vor. Es folgen einige statistische Angaben über die Tätigkeit der Kasse:

| Arten von Leistungen und deren Anzahl       | 2006    | 2007    | Variation % |
|---|---------|---------|-------------|
| Anträge auf Arbeitslosenentschädigung (ALE) |         |         |             |
| Anzahl Versicherte                          | 4 417   | 4 182   | - 5,32%     |
| Anzahl Anmeldungen und Wiederanmeldungen    | 3 890   | 4 577   | 17,66%      |
| Anzahl ausbezahlter Taggelder               | 385 479 | 344 642 | - 10,59%    |
| Anträge auf Schlechtwetterentschädigung     |         |         |             |
| Anzahl angemeldeter Unternehmen             | 95      | 22      | - 76,84%    |
| Anträge auf Kurzarbeitsentschädigung        |         |         |             |
| Anzahl angemeldeter Unternehmen             | 15      | 8       | - 46,67%    |
| Anträge auf Insolvenzenschädigung           |         |         |             |
| Anzahl Versicherte                          | 199     | 187     | - 6,03%     |

| Ausbezahlte Taggelder  | 2006 Fr.      | 2007 Fr.      |          |
|--|---------------|---------------|----------|
| Ganzarbeitslosigkeit (ALE)   | 50 385 382.55 | 46 126 379.75 | - 8,45%  |
| Familienzulagen  | 1 427 432.85  | 1 289 500.80  | - 9,66%  |
| Arbeitsmarktliche Massnahmen (AMM)   | 3 812 400.45  | 3 397 327.40  | - 10,89% |
| Projektkosten (Anbieter)   | 15 248 331.55 | 15 129 990.00 | - 0,78%  |
| Schlechtwetter und Kurzarbeit  | 1 977 395.30  | 359 823.80    | - 81,80% |
| Insolvenz  | 1 011 790.20  | 982 079.45    | - 2,94%  |
| Entschädigungen im Rahmen des Leistungsexports (Vorschüsse gemäss bilateralen Verträgen) | 18 771.90     | 16 429.70     | - 12,48% |
| Total  | 73 881 504.80 | 67 301 530.90 | - 8,91%  |

## IV. HANDELSREGISTERAMT

### 1. Aufgaben

Das Handelsregisteramt ist eine gestützt auf Bundesrecht errichtete Verwaltungseinheit. Es spielt eine wichtige Rolle im Bereich der Handelsbeziehungen, denn es liefert der Öffentlichkeit lückenlose und sichere Angaben zu Unternehmen, über die es Register führt und rechtlich relevante Daten veröffentlicht, um die Rechtssicherheit zu gewährleisten.

Das Handelsregisteramt wird von Pierre-Alain Jenny, Registerführer, geleitet.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

Im Jahr 2007 bearbeitete das Handelsregisteramt 5972 Dossiers für insgesamt 5580 Einträge und verzeichnete damit eine Zunahme um 107 Tagebucheinträge gegenüber dem Vorjahr. Es registrierte 1210 neue Unternehmen/Gesellschaften und löschte 884 Unternehmen/Gesellschaften.

Die Website des Handelsregisteramts verzeichnete 401 479 Zugriffe aus der ganzen Welt.

Im Laufe des Jahres prüfte das Handelsregisteramt seine Leistungen im Rahmen des Projekts «Analyse der staatlichen Leistungen (ASL)».

Es setzte seine Zusammenarbeit mit dem Bezirksgericht Saane im Rahmen der Ausbildung von Lehrfrauen und -männern fort. Diese erhalten im Rahmen eines sechsmonatigen Praktikums einen Einblick in die Arbeit des Handelsregisters.

Es organisierte ausserdem ein einmonatiges Ausbildungspraktikum für einen Notariatspraktikanten im Kanton.

#### 2.2. Stand der im Handelsregister eingetragenen Gesellschaften

Am 31. Dezember 2007 umfasste das Handelsregister des Kantons Freiburg folgende aktive Eintragungen:

|   |        |
|---|--------|
| Vereine                                 | 156    |
| Genossenschaften                        | 663    |
| Unternehmen des öffentlichen Rechts     | 23     |
| Einzelfirmen (EF)                       | 5157   |
| Stiftungen                              | 539    |
| Aktiengesellschaften                    | 6567   |
| Gesellschaften mit beschränkter Haftung | 3084   |
| Kommanditgesellschaften (KG)            | 28     |
| Kommanditaktiengesellschaften           | 1      |
| Schweizer Zweigniederlassungen          | 161    |
| Ausländische Zweigniederlassungen       | 348    |
| Unternehmen ohne Eintragungspflicht     | 8      |
| Kollektivgesellschaften (KollG)         | 452    |
| Total                                   | 17 187 |

Auf Französisch sind 13 494 Gesellschaften und auf Deutsch 3693 Gesellschaften registriert.

Vergleich der neu eingetragenen Gesellschaften zwischen 2006 und 2007:

|      | Verein | Gen. | EF  | Stiftung | AG  | GmbH | Zweign. | KollG & KG |
|------|--------|------|-----|----------|-----|------|---------|------------|
| 2006 | 7      | 5    | 359 | 14       | 298 | 372  | 46      | 54         |
| 2007 | 8      | 5    | 374 | 17       | 291 | 415  | 57      | 43         |

## V. AMT FÜR VERKEHR UND ENERGIE

### 1. Aufgaben

Das Amt für Verkehr und Energie ist für alle Aspekte im Bereich des öffentlichen Verkehrs zuständig und sorgt insbesondere für die Koordination der verschiedenen Verkehrsmittel. Es ist ausserdem für die Förderung erneuerbarer Energien und kantonseigener Energiequellen sowie für die Förderung einer rationellen Energienutzung zuständig. Das Amt wird von Martin Tinguely, Dienstchef, geleitet.

## 2. Tätigkeit

### 2.1 Tätigkeit im Bereich des Verkehrs

#### 2.1.1 Verkehrsplanung

Die beratende Kommission für Verkehrsfragen hielt eine Sitzung ab, an der sie sich hauptsächlich mit den Resultaten der öffentlichen Vernehmlassung zum Fahrplanentwurf 2008 und den geplanten Fahrplanänderungen für 2009 befasste.

Auf regionaler Ebene setzte das Amt für Verkehr und Energie seine Planung an den künftigen Regionalfahrplänen der öffentlichen Verkehrsmittel fort.

Es verfolgte ferner die Arbeiten des Verkehrsverbands der Agglomeration Freiburg (CUTAF) und des regionalen Verkehrsverbands der Agglomeration Bulle (MOBUL).

#### 2.1.2 Fahrpläne

Im Rahmen der Vernehmlassung zum Fahrplanentwurf 2008 berief das Amt die Fahrplangruppe zur Behandlung der Gesuche ein. Die einen Gesuche zielten auf vorrangige Änderungen für den Fahrplan 2008, die anderen auf mittelfristige Änderungen, die im Rahmen der Planung des Fahrplans 2009 behandelt werden.

Gestützt auf die Offerten der Transportunternehmen verteilte das Amt nach Absprache mit dem Bundesamt für Verkehr die für den öffentlichen Verkehr bereitgestellten Mittel für die Fahrplanperioden 2007 und 2008.

#### 2.1.3 Bahn 2000, 2. Etappe

Das Amt beteiligte sich an den Planungsarbeiten am Bahnprojekt «ZEB», das heisst der 2. Etappe von Bahn 2000.

#### 2.1.4 Technische Verbesserungen bei den Unternehmen des öffentlichen Verkehrs

Gemäss dem eisenbahnrechtlichen Plangenehmigungsverfahren bat das Bundesamt für Verkehr das kantonale Amt um Stellungnahme zu folgenden Vorhaben:

- Bau eines zusätzlichen Velounterstands am Bahnhof Murten;
- Anbringen eines Hilfstritts auf dem Bahnsteig im Bahnhof Domdidier;
- Sanierung des Viadukts und Erneuerung der Gleise 1 und 2 am Bahnhof Düdingen;
- Ersatz der Billetautomaten an den Bahnhöfen Estavayer-le-Lac und Grolley;
- Neubau des LNM-Landungsstegs im Hafen von Murten;
- Änderung der Gleisgeometrie in Montbovon;
- Bau der Infrastrukturen für das Bahnfunksystem auf dem Abschnitt Lausanne – Freiburg;
- Gleiserneuerung auf der Strecke Siviriez – Romont.

#### 2.1.5 Konzessionen und Bewilligungen zur Personenbeförderung

Das Bundesamt für Verkehr holte die Stellungnahme des Amts zu 2 Gesuchen um Erneuerung einer Eisenbahnkonzession, zu 4 Gesuchen um Erneuerung einer Automobilkonzession und zu 9 Gesuchen um Bewilligung für grenzüberschreitende Fahrten ein.

Gestützt auf das Reglement vom 3. November 1999 über die kantonalen Bewilligungen für die Personenbeförderung erteilte das Amt 15 Bewilligungen für die Personenbeförderung.

#### 2.1.6 Seilbahnen und Skilifte

Das Amt erneuerte 1 Bewilligung zum Betrieb eines Skilifts und 4 Bewilligungen zum Betrieb von Kleinskiliften. Es leitete 25 Inspektionsrapporte des Kontrollorgans des Interkantonalen Konkordats über Seilbahnen und Skilifte weiter.

#### 2.1.7 Luftfahrthindernisse

Das Amt übermittelte dem Bundesamt für Zivilluftfahrt 13 Meldungen über Anlagen, die die Luftfahrt behindern, und 6 Meldungen über die Entfernung eines Luftfahrthindernisses.

#### 2.1.8 Luftfahrt

Das Amt nahm Stellung zum Gesuch um Genehmigung des Reglements über den Betrieb des Flugplatzes Payerne.

## 2.2 Aktivitäten der Energiefachstelle

### 2.2.1 Allgemeines

Die kantonale Energiewirtschaftskommission hielt zwei Sitzungen ab. Die Studie über das Entwicklungspotential von Biodiesel im Kanton, die Kampagne für thermische Solaranlagen in Landwirtschaftsbetrieben, die Entwicklungen bei den Gesuchen um Förderbeiträge in Anbetracht der verfügbaren finanziellen Mittel sowie der Stand der Förderprogramme wurden an diesen Sitzungen vorgestellt und besprochen.

Gemäss den energiepolitischen Grundsätzen des Kantons setzte das Amt seine Informationstätigkeit in den Gemeinden im Rahmen der Aktionen «EnergieSchweiz in Gemeinden» und «Energho» fort.

Es organisierte mehrere Kurse für Bauspezialisten. Einer davon betraf die Revision der SIA-Norm 380/1 «Thermische Energie im Hochbau».

Zusammen mit anderen Dienststellen des Staats betreute es einen Informationsstand an der Energissima-Messe, die vom 14. bis 17. Juni 2007 in Bulle stattfand.

Das Amt entwickelte ein neues Informationskonzept für die französischsprachigen Primarschulklassen des Kantons.

Das Amt beteiligte sich u.a. an Pilot- und Demonstrationsprojekten in den Bereichen Biogas, Sonnenenergie, Holz und Windenergie.

Es nahm ferner an verschiedenen interkantonalen Arbeits- und Begleitgruppen teil, die vom Bundesamt für Energie und von der Konferenz der kantonalen Energiefachstellen aufgestellt wurden.

### 2.2.2 Kühl- und/oder Befeuchtungsanlagen

Das Amt erteilte in Anwendung des Energiegesetzes vom 9. Juni 2000 5 Bewilligungen.

### 2.2.3 Holzheizungen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 115 Projekte zu, was einem Betrag von 822 552 Franken für eine Leistung von 6 497 kW entspricht.

### 2.2.4 Thermische Solaranlagen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 380 Projekte zu, was einem Betrag von 955 254 Franken für eine Fläche von 3 291 m<sup>2</sup> entspricht.

### 2.2.5 Photovoltaische Solaranlagen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 55 Projekte zu, was einem Betrag von 910 590 Franken für eine Fläche von 3 535 m<sup>2</sup> entspricht.

### 2.2.6 Gebäude, die den Minergie-Standard erfüllen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 46 Projekte zu, was einem Betrag von 492 720 Franken für eine Energiebezugsfläche von 40 779 m<sup>2</sup> entspricht.

### 2.2.7 Erdgas

Das Amt bewilligte den Bau und den Betrieb folgender Erweiterungen des Netzes der Frigaz AG:

- Sektoren Moulin-Neuf, APEC, Gemeinde Haute-rive;
- Sektoren Sportgelände St-Léonard, Rue de Rome, Stadt Freiburg;
- Sektoren Dort-Verte, Cormanon-Est, Cremo, Gemeinde Villars-sur-Glâne;
- Sektoren Chastels, Mariahilf, Lamprat, Thürler, Gemeinden Düdingen und Tifers;
- Sektoren Route du Pâquier, Kreisel Intyamou, Gemeinde Bulle;
- Sektoren Route de Fribourg, Route de Massonnens, En Raboud, Montjoux, Le Poyet, la Sionge, Plans communs, Gemeinden Romont, Mézières, Sâles, Vuisternens-devant-Romont und Vaulruz;

– Gemeinden Galmiz, Murten und Ried bei Kerzers;  
Es bewilligte ferner den Bau und die Erweiterung des Netzes der Compagnie industrielle et commerciale du gaz SA in den Gemeinden Châtel-St-Denis, Remaufens, Bossonnens und Attalens.

Es bewilligte den Bau und die Erweiterung des Netzes der Cosvegaz SA in der Gemeinde Châtonnaye.

## VI. AMT FÜR STATISTIK

### 1. Aufgaben

Das Amt für Statistik, das seit 2005 von Pierre Caille geleitet wird, ist das Zentralorgan für die kantonale Statistik. Seine Aufgabe besteht darin, den kantonalen Dienststellen und Körperschaften, den Gemeinden und der Öffentlichkeit statistische Dienstleistungen zu erbringen. Es koordiniert die kantonale Statistik und schafft homogene Grundlagen, die die Vergleichbarkeit der Daten auf regionaler, kantonaler, nationaler und internationaler Ebene garantieren. Es liefert die nötigen Fachkenntnisse zur Erstellung und Analyse von Statistiken. Es führt selber Erhebungen und Analysen durch, soweit es die ihm zur Verfügung stehenden Mittel erlauben, oder berät Verwaltungsstellen und wissenschaftliche Kreise bei ihrer Arbeit.

In seinen Publikationen und gegenüber der Öffentlichkeit tritt das Amt unter den Namen „Statistik Freiburg“ bzw. STAT-FR auf.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Eidgenössische Volkszählung

Das Amt für Statistik nahm an der Lancierung des «HarmPers»-Projekts teil, das zum Ziel hat, die Daten aus den Einwohnerregistern der Gemeinden auf kantonaler Ebene zusammenzuführen. Dieses System soll der Kantonsverwaltung und allen anderen berechtigten Instanzen die benötigten Informationen in praktischer und harmonisierter Form zugänglich machen. Auf dem Gebiet der Statistik wird es eine Extraktion der Angaben ermöglichen, die der Bund für die eidgenössische Volkszählung 2010 verlangt. 2007 legte der Projektausschuss seinen Bericht über die Vorstudie zum Projekt vor. Gestützt auf diesen Bericht werden 2008 die Projektstrukturen eingerichtet werden. Das Amt wird in einem Teilprojekt beauftragt, die Gemeinden bei der Aktualisierung ihrer Einwohnerregister zu unterstützen und die Vergabe der neuen Sozialversicherungsnummern und der Gebäude- und Wohnungsnummern zu koordinieren.

#### 2.2 Eidgenössische Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes (ESPOP)

Das Amt für Statistik hat den Auftrag, die Angaben zu erfassen und zu kontrollieren, die ihr die Gemeinden für die jährliche Erhebung der Zu- und Wegzüge liefern. Erhoben wird dabei nur die Bevölkerung schwei-

zerischer Nationalität, denn das zentrale Ausländerregister und die Zivilstandesämter liefern die restlichen Angaben, die für die Statistik der Bevölkerungsfortschreibung benötigt werden. Anhand dieser Informationen errechnet das BFS die ständige Wohnbevölkerung der Gemeinden, die dem Amt für Statistik des Kantons Freiburg als Grundlage zur Berechnung des Bestands der «zivilrechtlichen» Bevölkerung und der Wohnbevölkerung der Gemeinden dient. Mit Verordnung vom 18. September 2007 hat der Staatsrat die Bevölkerungsbestände vom 31. Dezember 2006 verabschiedet.

### 2.3 Schulstatistik

Die detaillierten Resultate der Schulstatistik 2006/07 veröffentlichte das Amt im Statistischen Jahrbuch 2008 und auf seiner Website. Wie in den vergangenen Jahren wurden die notwendigen Daten auch dem BFS übermittelt.

Die Zählung für das Schuljahr 2007/2008 wurde am 30. Oktober 2007 in sämtlichen Schulen des Kantons mit Ausnahme der Fachhochschulen und der Universität durchgeführt.

Das Amt ist am Projekt für ein harmonisiertes Schulverwaltungssystem beteiligt, dessen Lenkungsausschuss seinen Schlussbericht zur Vorstudie vorgelegt hat. Mit der für 2011 geplanten Einführung dieses Systems sollten fast alle Informationen zur Verfügung stehen, die die Bundesstatistik im Bereich des Bildungswesens benötigt, womit auf die herkömmliche Schulerhebung mit direkter Befragung der Schüler verzichtet werden kann.

### 2.4 Baustatistik und Statistik der Immobilien-transaktionen (Handänderungsstatistik)

Die Ergebnisse der kantonalen Baustatistik (Baubewilligungen, begonnene und beendete Bauten) und jene der Handänderungsstatistik wurden regelmässig im *Freiburger Konjunkturspiegel* und auf der Website *Statistik Freiburg* veröffentlicht.

Im Auftrag des BFS nimmt das Amt für Statistik die Quartalerhebung der Wohnungsproduktion vor. Diese Umfrage erfolgt per Stichprobe in den Gemeinden.

Ebenfalls für das BFS führte das Amt für Statistik die jährliche Bauerhebung durch.

Seit März 2005 ist das freiburgische Gebäude- und Wohnungsregister, das vom Kanton selbständig verwaltet wird, offiziell als Bestandteil des eidgenössischen Registers anerkannt. Der Kanton erhält somit eine Entschädigung für jede Aktualisierung des kantonalen Registers, die der Bund in sein Register übernimmt. Dank der selbständigen Verwaltung des Gebäude- und Wohnungsregisters kann der Kanton die Zusammenarbeit mit den Gemeinden besser koordinieren. Er kann sich auch leichter auf den Übergang zu einer registergestützten Volkszählung vorbereiten,

die im Gesetzesentwurf über die eidgenössische Volkszählung 2010 vorgesehen ist.

### 2.5 Konjunkturtest

Seit 1988 wird im Kanton Freiburg der Konjunkturtest in der Industrie durchgeführt. Dieser erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der Konjunkturforschungsstelle der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (KOF) und der Freiburgischen Industrie-, Dienstleistungs- und Handelskammer.

Die wichtigsten Resultate werden vierteljährlich im *Freiburger Konjunkturspiegel* in Form von Kommentaren, Grafiken und Tabellen präsentiert.

### 2.6 Beschäftigungsstatistik

In Zusammenarbeit mit dem Amt für Personal und Organisation und dem Amt für Informatik und Telekommunikation sammelt das Amt für Statistik die Angaben zur Kantonsverwaltung, die es jedes Quartal überprüft und dem BFS übermittelt. Der Kanton hat seinen Mitfinanzierungsvertrag an der vierteljährlichen eidgenössischen Beschäftigungsstatistik auf Ende 2007 gekündigt, da vom Kanton ein höherer Beitrag gefordert wurde und die per Stichproben erhaltenen Resultate zu ungenau waren.

### 2.7 Lohnstrukturerhebung

Alle zwei Jahre findet auf Landesebene eine Erhebung per Stichprobe statt, die Resultate für die sieben Grossregionen der Schweiz liefert. Seit 2002 bezahlt der Kanton Freiburg für eine Erweiterung der Stichprobe, um Zahlen auf kantonaler Ebene zu erhalten. Ende 2007 erhielt das Amt für Statistik die Ergebnisse der Umfrage 2006 und konnte diese noch in die Ausgabe 2008 des Jahrbuchs aufnehmen.

### 2.8 Veröffentlichungen

Die vier Ausgaben des *Freiburger Konjunkturspiegels* erschienen im Februar, Mai, August und November. Ende 2007 zählte diese Publikation 508 Abonnenten.

Die halbjährliche Veröffentlichung *Perspektiven – Freiburger Wirtschaft* wird mit Unterstützung der Freiburger Kantonalbank realisiert und erschien im Mai und November 2007. Im Jahr 2008 wird diese Veröffentlichung, die in Zusammenarbeit mit dem Institut BAK Basel Economics realisiert wird, von Grund auf revidiert. Sie wird das BIP und die Wertschöpfung auf Bezirksebene liefern und nur noch einmal pro Jahr im Herbst erscheinen.

Ende Dezember 2007 erschien die Ausgabe 2008 des statistischen Jahrbuchs des Kantons Freiburg in der Aufmachung, die 2006 eingeführt wurde. Das neue Herstellungsverfahren erlaubt es, eine grössere Zahl farbiger Karten und Grafiken ins Werk aufzunehmen. Dank dem neuen Verfahren können auch noch Daten integriert werden, die in den letzten Wochen vor der Veröffentlichung eintreffen, namentlich jene der Lohn-

strukturhebung 2006 und jene des Mikrozensus zum Verkehrsverhalten 2005.

Die Taschenstatistik Der Kanton Freiburg in Zahlen erschien im Dezember 2007 und wurde zusammen mit dem Jahrbuch versandt. Diese von der Freiburger Kantonalbank und der Kantonalen Gebäudeversicherung herausgegebene Broschüre wird vom Amt für Statistik realisiert.

## 2.9 Website

Die Website *Statistik Freiburg* ([www.stat-fr.ch](http://www.stat-fr.ch) oder [www.fr.ch/stat/](http://www.fr.ch/stat/)), die seit dem 2. Juni 2003 in Betrieb ist, wurde auch im Jahr 2007 weiterentwickelt. Alle Druckerzeugnisse des Amtes werden hier auch kostenlos im PDF-Format zur Verfügung gestellt. Ein Kartografie-Modul wurde 2007 entwickelt und sollte 2008 aufgeschaltet werden.

## 2.10 Weitere Aktivitäten

Das Amt nimmt an mehreren Arbeitsgruppen teil, namentlich an der interdepartementalen Arbeitsgruppe für die neue Regionalpolitik, im Ausschuss zum Projekt «Territoriale Gliederung», an der Projektleitung und in der Arbeitsgruppe zur Harmonisierung der Personenregister, an der Projektleitung für das Schulverwaltungssystem und an der tripartiten Aufsichtskommission über den Arbeitsmarkt. Im Rahmen dieser Projekte ist das Amt für die Beschaffung und Analyse von statistischem Zahlenmaterial zuständig.

Angesichts des beim Bund seit einigen Jahren festgestellten Trends, sich aus der Erhebung regionaler Daten zurückzuziehen, beruht die Zukunft der regionalen Statistik (d. h. auf Kantons- und Gemeindeebene) immer mehr auf der interkantonalen und interkommunalen Zusammenarbeit. Die statistischen Kreise der Schweiz setzen deshalb grosse Erwartungen in den Kanton Freiburg wegen seiner zentralen Lage und der Zweisprachigkeit. So waltet der Dienstchef des Amtes für Statistik seit Anfang 2006 als Sekretär der Konferenz der regionalen statistischen Ämter der Schweiz (KORSTAT). Darüber hinaus war er Mitglied des Organisationsausschusses des KORSTAT-Workshops von 2007 in Neuenburg und trug zur Vorbereitung der Schweizer Statistiktage 2007 in Luzern bei. Das Amt war auch im Rahmen der Conférence des offices statistiques romands et tessinois (CORT) und des Organs zur Förderung der Zusammenarbeit und der Koordination zwischen der Bundesstatistik und der regionalen Statistik (REGIOSTAT) tätig, bei letzterer vertrat es die Kantone. In Vertretung der Kantone hat das Amt auch an verschiedenen Arbeitsgruppen der Bundesstatistik teilgenommen.

Für die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport entwickelte das Amt für Statistik ein neues System zur Auswertung und Verwaltung des Übergangsexamens von der Primarstufe in die Sekundarstufe I, «procédure de préorientation» (PPO) genannt. Es berechnete die Bewertungsskalen und Resultate und druckte die indi-

viduellen Resultate für jeden Schüler sowie die zusammenfassenden Listen der Ergebnisse aus.

Das Amt für Statistik antwortet auch fortwährend auf zahlreiche Anfragen nach Zahlenmaterial.

## VII. WOHNUNGSAMT

### 1. Aufgaben

Das Wohnungsamt ist für die Verwaltung der Finanzhilfen für subventionierte Wohnungen zuständig. Es befasst sich ausserdem mit allen anderen Aspekten der Wohnungspolitik und mit der Verwaltung der Schlichtungskommissionen. Das Amt wird von Martin Tinguely, Dienstchef, geleitet.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Wohnungsmarkt

Am 1. Juni 2007 zählte der Kanton Freiburg 1305 Leerwohnungen, das sind 96 mehr als im Vorjahr. Damit stieg die Leerwohnungsziffer geringfügig von 1,06% im 2006 auf 1,12% des ungefähren kantonalen Gesamtwohnungsbestandes an. Der Bau neuer Wohnungen erlaubte es, die zunehmende Nachfrage aufgrund des starken Bevölkerungswachstums im Kanton Freiburg zu decken.

Je nach Bezirk fällt die Leerwohnungsziffer sehr unterschiedlich aus, sie liegt überall ausser im Saanebezirk und im Greyerzbezirk unter 1%.

|           |       |
|-----------|-------|
| Saane     | 1,83% |
| Glane     | 0,65% |
| Greyerz   | 1,01% |
| Broye     | 0,54% |
| Vivisbach | 0,39% |
| Sense     | 0,87% |
| See       | 0,56% |

Aufteilung der Leerwohnungen nach Kategorie:

|                   |     |
|-------------------|-----|
| 1- und 2-Zimmer   | 21% |
| 3-Zimmer          | 26% |
| 4-Zimmer          | 35% |
| 5-Zimmer und mehr | 18% |

Zudem sind 81% aller leer stehenden Wohnungen zu vermieten und 19% zu verkaufen.

Auf dem Freiburger Wohnungsmarkt ist das Angebot an Leerwohnungen von Ort zu Ort verschieden.

#### 2.2 Wohnbauförderung

Das neue Wohnraumförderungsgesetz vom 21. März 2003 (WFG) ist am 1. Oktober 2003 in Kraft getreten. Der Bund kann gestützt auf das WFG zinslose oder zinsgünstige Darlehen gewähren, um das Angebot an preisgünstigen Mietwohnungen und den Zugang zu Wohneigentum zu fördern. Da aber das Bundesparlament dem Entlastungsprogramm 2003 zugestimmt hat, kommen die Artikel 12 und 24 WFG, die die gesetzliche

Grundlage für diese direkten Darlehen darstellen, nicht vor 2009 zur Anwendung.

Das Entlastungsprogramm 2003 hat keinen Einfluss auf die anderen Massnahmen des WFG: indirekte Hilfe für Bauherren, die nicht über ausreichend Eigenkapital verfügen (Bürgschaften, Rückbürgschaften, Unterstützung für Träger und Dachorganisationen des gemeinnützigen Wohnbaus sowie Fortsetzung der Forschungstätigkeit). Die Träger des gemeinnützigen Wohnbaus, die preisgünstigen Wohnraum bauen oder erneuern, können bei Dachorganisationen (Schweizerischer Verband für Wohnungswesen, SVW, dessen Sekretariat sich in Lausanne befindet) zinsgünstige Darlehen beantragen. Bei Eigentumswohnungen gewähren die Hypothekar-Bürgschaftsgenossenschaften eine Bürgschaft, für die der Bund (Coopérative Romande de Cautionnement Immobilier, CRCI, mit Sitz in Lausanne) eine Rückbürgschaft eingehen kann.

### 2.3 Mietzinsverbilligung durch die öffentliche Hand

In Ausführung des Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetzes vom 4. Oktober 1974 (WEG) und des Gesetzes vom 26. September 1985 über die Sozialwohnbauförderung erfüllt das Amt besonders zwei Aufgaben:

- Mieterwechsel (etwa 1000 pro Jahr) und Auszahlung der Beiträge des Kantons und der Gemeinden an die Anspruchsberechtigten. Die kantonalen Beiträge zur Senkung der Mietzinse beliefen sich auf 4 746 981 Franken, während die Gemeindebeiträge 2 108 160 Franken betragen;
- Kontrolle der persönlichen und finanziellen Lage der Bezügerinnen und Bezüger von Bundesleistungen (etwa 8000 Wohnungen). Aufgrund dieser Kontrollen wurde eine Zahl von Beiträgen gekürzt oder gestrichen.

### 2.4 Kontrolle der gewährten Beiträge

Bei Gebäuden, die aufgrund des Bundesratsbeschlusses vom 30. Juni 1942 betreffend Massnahmen zur Milderung der Wohnungsnot und zur Förderung des Wohnungsbaus, des Bundesbeschlusses vom 8. Oktober 1947 über Massnahmen zur Förderung der Wohnbautätigkeit und der verschiedenen Gesetze zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten erstellt wurden, sind die Eigentümer verpflichtet, die staatlichen Beiträge zurückzahlen, falls sie beim Verkauf ihrer Liegenschaft einen Gewinn erzielen. 2007 gaben 7 Liegenschaftsverkäufe Anlass zur Rückerstattung von Subventionen. Der Gesamtbetrag dieser Rückerstattungen belief sich auf 91 374 Franken. Die Anteile von Bund und Gemeinden wurden zurückbezahlt. Ausserdem wurden verschiedene Verkäufe bewilligt, bei denen keine Subventionsrückzahlung notwendig war, da die Eigentümer ihre Liegenschaft zu den Gestehungskosten verkauften.

### 2.5 Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten

Das Bundesgesetz vom 20. März 1970 über die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten ermöglicht es dem Amt, Eigentümern, die ihre Wohnung renovieren wollen, nichtrückzahlbare Darlehen zu gewähren. Eine Finanzhilfe wird gewährt, wenn die renovierungsbedürftige Wohnung in einem Berggebiet gemäss eidgenössischem landwirtschaftlichem Produktionskataster liegt, von einer Familie in bescheidenen Verhältnissen bewohnt wird und es sich um wertvermehrende Arbeiten handelt.

Im Rahmen des neuen Finanzausgleichs zwischen dem Bund und den Kantonen wird diese Aufgabe ab 2008 vollständig den Kantonen übertragen. Der Staatsrat hat beschlossen, keinen Erlass in der Sache aufzustellen und folglich die gesamten Subventionen auf dem Gebiet aufzuheben.

Eine letzte Finanzhilfe wurde 2007 im Greyerzbezirk zugesprochen. Die Abrechnung für dieses Gebäude und für eine Beitragszusicherung, die 2006 erging, werden 2008 genehmigt werden; die noch ausstehenden Beiträge belaufen sich auf 80 000 Franken.

### 2.6 Massnahmen gegen Missbräuche im Mietwesen

Die drei Schlichtungsstellen behandelten im Berichtsjahr 989 Anfechtungen. Diese Einsprachen, die hauptsächlich den Mietzins, die Nebenkosten und den Kündigungsschutz betrafen, wurden wie folgt geregelt:

|   |     |        |
|---|-----|--------|
| Einigung  | 620 | (71%)  |
| Keine Einigung  | 108 | (12%)  |
| Entscheide über Kündigungsschutz und Mietzinshinterlegung | 77  | (9%)   |
| Nichteintreten, Rückzug                                   | 51  | (6%)   |
| An das Schiedsgericht weitergeleitete Fälle               | 16  | (2%)   |
|   | 872 | (100%) |
| Ende 2007 noch hängige Fälle                              | 117 |        |
| Total Gesuche 2007  | 989 |        |

### 2.7 Baulandreserven

Im 2007 wurden keine Gesuche um Staatsgarantien für Baulandreserven gemäss Dekret vom 11. Mai 1977 betreffend Baulandreserven gestellt.

### 2.8 Verkauf von Grundstücken an Ausländer

Gemäss Artikel 25 des Gesetzes vom 26. September 1985 über die Sozialwohnbauförderung werden die Mietzinse der Liegenschaften, die Personen im Ausland gehören, durch das Wohnungsamt festgelegt. 2007 wurde dem Amt kein Gesuch um Erwerb einer Liegenschaft in diesem Bereich gestellt. Es nahm dagegen positiv Stellung zum Verkauf von 9 Liegenschaften.

## 2.9 Kantonale Wohnungskommission

Die kantonale Wohnungskommission wurde mit Beschluss des Staatsrats vom 20. April 1993 gebildet. Ihre Aufgaben beinhalten vor allem die Analyse von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt, die Überwachung der Mietzinse und die Förderung von Initiativen, mit denen Wohnraum zu günstigen Mietzinsen oder Kaufpreisen angeboten werden kann. Die Kommission hielt im Berichtsjahr keine Sitzung ab.

## 2.10 Weitere Aktivitäten

Das Amt organisierte am 15. und 16. November 2007 in Freiburg die Jahresversammlung der kantonalen Wohnungsämter der Westschweiz und des Tessins mit dem Bundesamt für Wohnungswesen.

Es prüfte seine Leistungen im Rahmen des Projekts «Analyse der staatlichen Leistungen (ASL)».

# VIII. AMT FÜR BERUFSBILDUNG

## 1. Aufgaben

Das Amt für Berufsbildung, das von Fritz Winkelmann, Dienstchef, geleitet wird, ist mit der Ausführung der Gesetzgebung des Bundes und des Kantons über die Berufsbildung und der interkantonalen Vereinbarungen auf dem Gebiet beauftragt. Es sorgt für die Umsetzung der Massnahmen zur Förderung der Berufsbildung, mit denen insbesondere die Partner in der Berufsbildung angespornt werden, Ausbildungsplätze zu schaffen. Es informiert, berät und begleitet alle Partner auf dem Gebiet der Berufsbildung und alle in Ausbildung stehenden Personen.

## 2. Tätigkeit

### 2.1 Allgemeines

Das Amt für Berufsbildung hat die Arbeiten am kantonalen Gesetz über die Berufsbildung fortgesetzt, das vom Grossen Rat am 13. Dezember 2007 verabschiedet wurde.

2007 sind 24 Verordnungen über die berufliche Grundbildung (neue Bezeichnung der Ausbildungsreglemente) in Kraft getreten.

Im Januar 2007 fand im Forum Freiburg das erste Forum der Berufe, «Start» genannt, statt. Das Amt für Berufsbildung beteiligte sich an der Organisation zusammen mit dem Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung, der Freiburgischen Handelskammer und dem Freiburgischen Arbeitgeberverband.

Das Amt ermöglichte in enger Zusammenarbeit mit seinen öffentlichen und privaten Partnern die Schaffung von rund 400 zusätzlichen Lehrstellen. Ein Verein für Fachpersonen Hauswirtschaft und ein Verein (Ref-flex) für die Berufe in Automation, Elektronik, Informatik und Polymechnik sowie für kaufmännische Angestellte wurden gegründet und so zwei Lehrbetriebsnetze geschaffen.

Der Bestand der Auszubildenden hat zugenommen (+ 403 bzw. 5,6% gegenüber dem Vorjahr) und beträgt im Berichtsjahr 7 566 Personen, was einer Zunahme um knapp 40% innerhalb von zehn Jahren entspricht. 1 243 Personen besuchen den Berufsschulunterricht ausserhalb des Kantons.

Die Problematik der Jugendlichen, die mit Schwierigkeiten konfrontiert sind, ist eine der Herausforderungen, die in den Regierungsrichtlinien 2007–2011 erwähnt werden. Das Gesamtkonzept «Case Management» des Kantons Freiburg wurde vom Bund genehmigt und wird während vier Jahren in den Genuss von Bundesbeiträgen gelangen. Das Konzept sieht ein Verfahren vor, über das geeignete Massnahmen für Jugendliche getroffen werden können, deren Zugang zur Arbeitswelt gefährdet ist. Eine kantonale Kommission für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung wurde geschaffen und ist mit der Umsetzung des Konzepts beauftragt.

Mit der Schule für Multimedia und Kunst in Freiburg (EMAF) schloss der Staat am 30. November 2007 eine neue Vereinbarung ab, die noch mit einem Nachtrag über die Finanzierung der Vorbereitungsklasse dieser Schule ergänzt werden wird.

Die im Jahr 2006 durch die Vereinigung des Kantonalen Berufsbildungszentrums beantragte Baubewilligung für die Erweiterung des Standorts Hinter den Ringmauern in Freiburg wurde am 20. Dezember 2007 vom Oberamtmanndes Saanebezirks erteilt.

Was das Gebäude der Lehrwerkstätten Freiburgs betrifft, so wies das Verwaltungsgericht im Mai 2007 die beiden im 2006 erhobenen Einsprachen gegen die Baubewilligung ab. Zwei neue Einsprachen wurden beim Bundesgericht eingereicht, dessen Entscheid voraussichtlich Anfang 2008 fallen wird. Am 11. September 2007 hat der Präsident des ersten Verwaltungsgerichtshofs jedoch den Antrag der Beschwerdeführer um aufschiebende Wirkung nur teilweise gutgeheissen und dem Kanton Freiburg erlaubt, bestimmte Arbeiten vorzunehmen. Nach dem Abbruch des Troller-Gebäudes konnte Ende Herbst 2007 insbesondere mit den Erdarbeiten begonnen werden.

### 2.2 Berufsbildungskommission

Die Kantonale Kommission für Berufsbildung hat zwei Sitzungen mit folgenden Schwerpunkten abgehalten: Ernennung und Rücktritte von Mitgliedern der Lehraufsichtskommissionen, Entwurf des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Berufsbildung, Lohnempfehlungen und Einführung einer neuen zweijährigen Lehre.

**2.3 Berufliche Grundbildung / Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung**

|  | Verträge    |             | Fähigkeitszeugnisse / Ausweise |      |             |
|--|-------------|-------------|--------------------------------|------|-------------|
|  | 2006        | 2007        | 2006                           | 2007 |             |
| Berufsmaturität BMS 2                            | 142         | 170         |                                |      |             |
| Lehre (einschl. lehrbegleitende Berufsmaturität) | 6617        | 6931        | 1543                           | 327  | 1579        |
| Art. 32 BBV (ehemaliger Art. 41 BBG)             | 60          | 110         | 38                             |      | 34          |
| Praktische Ausbildung                            | 17          | 12          | 10                             |      | 10          |
| Anlehre  | 59          | 50          | 105                            |      | 60          |
| Vorlehre   | 33          | 38          |                                |      |             |
| Vorkurs  | 163         | 185         |                                |      |             |
| Integrationskurs                                 | 72          | 70          |                                |      |             |
| <b>Total</b>                                     | <b>7163</b> | <b>7566</b> | <b>2023</b>                    |      | <b>1978</b> |

**2.4 Beruflicher Unterricht**

Der berufliche Unterricht der Auszubildenden im Kanton wird von den fünf Berufsfachschulen sichergestellt, die dem Amt unterstellt sind, aber auch durch andere schulische Institutionen im Kanton. Die folgende Tabelle gibt Aufschluss über die Anzahl Klassen und die Schülerbestände dieser Berufsfachschulen, die auch rund 220 Auszubildende mit einem Lehrvertrag in einem anderen Kanton ausbilden:

| Berufsfachschule         | Klassen    | Personen in Ausbildung |             | Total       |
|--------------------------|------------|------------------------|-------------|-------------|
|                          |            | Französisch            | Deutsch     |             |
| GIBS Freiburg            | 274        | 2320                   | 804         | 3124        |
| KBS Freiburg             | 63         | 654                    | 347         | 1001        |
| Lehrwerkstätten Freiburg | 23         | 313                    | 57          | 370         |
| GKBS Bulle               | 66         | 993                    |             | 993         |
| ESSG Posieux             | 16         | 240                    | 15          | 255         |
| <b>Total</b>             | <b>442</b> | <b>4520</b>            | <b>1223</b> | <b>5743</b> |

**2.5 Überbetriebliche Kurse und Fachkurse**

Im Schuljahr 2006 / 2007 besuchten 7019 Lehrerinnen und -männer die überbetrieblichen Kurse im Kanton.

**2.6 Berufsorientierte Weiterbildung**

Das Weiterbildungs- und Informatikzentrum (WIZ) registrierte 1578 Kursanmeldungen, davon 686 für Informatikkurse, 241 für Marketingkurse, 200 für Kurse

im Bereich Industrie und Gewerbe, 242 für Kurse in Personalverwaltung, 140 für Sprachkurse, 33 für Kurse im Verkauf und 36 für Pädagogikkurse.

**2.7 Gewerbebibliothek – Zentrum pädagogischer Bezugsquellen für Schulen**

Die Gewerbebibliothek Freiburg erwarb 1102 neue Titel und lieh 9158 Werke aus. Gemäss ihrer Statistik besuchten 165 Berufsschulklassen und 16 173 Einzelpersonen die Bibliothek. Am 31. Dezember 2007 waren 7704 Leserinnen und Leser registriert.

Die Bibliothek mit dem Zentrum für pädagogische Bezugsquellen der Gewerblichen und Kaufmännischen Berufsschule in Bulle erwarb 452 neue Titel und lieh 3002 Werke aus. Die Bibliothek wurde von 6492 Personen besucht und 1237 Leserinnen und Leser waren am 31. Dezember 2007 registriert.

**IX. FACHHOCHSCHULE FREIBURG FÜR TECHNIK UND WIRTSCHAFT (FHF-TW)**

**1. Aufgaben**

Die FHF-TW, unter der Leitung von Jean-Etienne Berset, Generaldirektor, und die ihr angegliederten Schulen, nämlich die Hochschule für Technik und Architektur Freiburg (HTA-FR) und die Hochschule für Wirtschaft Freiburg (HSW-FR), führen die ihnen durch die Bundesgesetzgebung übertragenen Aufgaben als Fachhochschulen aus. Diese umfassen den Unterricht, die berufliche Weiterbildung, die Forschung und Entwicklung, die Dienstleistungen für Dritte und die Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene.

**2. Tätigkeit**

**2.1. Tätigkeit der FHF-TW**

Seit Januar 2006 ist die Generaldirektion der FHF-TW neben der HTA-FR und der HSW-FR auch für die beiden anderen Schulen der HES-SO Freiburg zuständig, nämlich die Hochschule für Gesundheit Freiburg (HfG-FR) und die Hochschule Freiburg für Soziale Arbeit (HFSA), die der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport angegliedert sind.

Die Generaldirektion hat hauptsächlich die Aufgabe, diese Schulen auf kantonaler Ebene miteinander zu verbinden und sie im Führungsausschuss der HES-SO zu vertreten. Sie sorgt insbesondere dafür, dass die Schulen Massnahmen im Sinne der seit 2003 definierten strategischen Leitlinien treffen (Qualität, Zweisprachigkeit, Studierende, Kommunikation, Synergien, Kultur).

Im Dezember 2007 erlangte die HfG-FR die Zertifizierung ISO 9001: 2000. Sie ist damit die dritte der vier Schulen der HES-SO Freiburg und die erste Hochschule für Gesundheit der HES-SO, die nach dieser Norm zertifiziert ist.

Die HTA-FR und die HfG-FR führen die Ausdehnung ihres zweisprachigen Bildungsangebots weiter.

Die beiden Schulen der FHF-TW verfügen nun über eine Absolventenvereinigung.

Eine gemeinsame Corporate Identity wurde gewählt und wird von den Schulen schrittweise eingeführt. Ein Internetportal ist zurzeit in Erarbeitung.

Ende 2007 übernahm ein Verein (Association de la crèche Pérollino) das Krippen-Projekt der HES-SO Freiburg. Es gelang dem Verein, das Projekt umzusetzen und geeignete Räumlichkeiten für zwölf Krippenplätze, eine erfahrene Direktorin und eine kantonsexterne Finanzierung für die nötigen Investitionen und den Betrieb der Krippe im 2008 zu finden.

2007 veröffentlichte die FHF-TW ihren dritten Jahresbericht über die Forschung und Entwicklung, der die gesamten Tätigkeiten der Kompetenzgruppen präsentiert: Projekte, Aufträge, Veröffentlichungen usw. Dieser Tätigkeitsbericht wird von den Partnern aus der Industrie finanziert.

## 2.2 Tätigkeit der HTA-FR

### 2.2.1 Ausbildung

Der Bestand der Studierenden der HTA-FR nahm 2007 erneut zu. 628 Studierende traten das Studienjahr 2007/08 an (585 im 2006), was einer Zunahme um 7,5% entspricht.

Während der Ausbildungsgang zum Ingenieur FH seine vorletzten Diplome erteilt, verläuft die Bachelor-Ausbildung, die auf das Schuljahr 2006/07 eingeführt wurde, wunschgemäss.

Auf dem Gebiet der Technik (Maschinentechnik, Elektrotechnik, Informationstechnologien und Telekommunikation) sowie auf dem Gebiet der Chemie und der Life Sciences werden die Arbeiten an der Einführung eines koordinierten Angebots von Masterstudien zwischen den sieben FHS der Schweiz demnächst abgeschlossen. Seit das eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement am 20. Dezember 2007 die Betriebsbewilligung erteilt hat, sollte in einer der beiden MRU (Master Research Units) der HTA-FR der erste Masterstudiengang ab Herbst 2008 angeboten werden können.

Die ersten Studierenden des Joint Master in Architecture, den die HTA-FR zusammen mit der HTA Burgdorf und der Ingenieurschule Genf organisiert, erhielten den Titel Master of Arts in Architecture anlässlich der Diplomfeier vom 21. September 2007 in Museum Paul Klee in Bern.

### 2.2.2 Berufliche Weiterbildung

Die Abteilung für Bau und Umwelt hat ihr Weiterbildungsangebot auf das Schuljahr 2006-2007 ausgebaut und bietet verschiedene spezifische Bildungsmöglichkeiten an:

- Ein «Certificate of Advanced Studies» im Bereich des erdbebensicheren Bauens. 2007 wurden 22 Diplome

an Bauingenieure ausgestellt und im September haben 15 neue Studierende ihre Ausbildung angetreten. Dieses Bildungsangebot wurde in Zusammenarbeit mit dem Studiengang für Tiefbau der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Lausanne (EPFL) aufgestellt.

- Ein «Master of Advanced Studies» (MAS) im Bereich Immobilienbegutachtung. 2007 haben 14 Studierende das technische Modul dieses Ausbildungsgangs erfolgreich abgeschlossen, während 9 Studierende ihre Abschlussarbeit 2008 fertig stellen werden. Der nächste Kurs, der von Architekten, Ökonomen, Juristen und Bauingenieuren besucht wird, beginnt im Frühling. Dieses Ausbildungsangebot wurde in Zusammenarbeit mit der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg und der Abteilung für Architektur der EPFL aufgestellt.
- Ein MAS in Energie und nachhaltige Entwicklung im Hochbau, der ein Bildungsangebot des Bereichs Bauingenieurwesen der HES-SO ist. Das Basismodul wird in Freiburg erteilt. 2008 werden 16 Studierende ihre Diplomarbeit verteidigen, um den Mastertitel zu erlangen.

### 2.2.3 Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen für Dritte

Im Jahr 2007 erzielte dieser Bereich einen Umsatz von 7,5 Millionen Franken und hat damit im Vergleich zum Vorjahr um 8% zugelegt. 72% des Umsatzes wurden durch Forschungsprojekte und 28% durch Dienstleistungen für Dritte erwirtschaftet. Die Finanzierung wird zu 57% durch Fremdkapital, zu 35% durch die FH-Westschweiz und zu 8% durch andere Mittel (KTI, Stiftungen usw.) sichergestellt. 186 Projekte wurden realisiert, 153 davon im Bereich der Forschung und Entwicklung und 33 im Bereich der Dienstleistungen für Dritte. 4 Projekte wurden mit ausländischen und 66 mit Freiburger Partnern durchgeführt. 2 Patente wurden angemeldet. Insgesamt 107 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Studierende arbeiteten voll- oder teilzeitlich an diesen Projekten, was 42 Vollzeitstelleneinheiten entspricht. 53 Dozierende begleiteten oder leiteten diese Projekte im Umfang von 12,4 Vollzeitstelleneinheiten. Die Dozierenden widmeten 13,5% ihrer Aktivität der Forschung (50% in den Universitäten).

Die HTA-FR, die Universität Freiburg und verschiedene Industriebetriebe haben bei der Wirtschaftsförderung des Kantons im Rahmen der neuen Regionalpolitik (NRP) ein mehrjähriges Projekt eingereicht, das die Innovation, die Wettbewerbsfähigkeit und die Förderung des Wissenstransfers in den Schlüsselbranchen des Kantons stärkt. Dieses Projekt besteht in der Errichtung eines Wissenschafts- und Technologieparks im Kanton Freiburg, der eine Reihe von thematischen Cluster und eine Struktur für den Technologietransfer unter sich vereinen soll.

Die Dozierenden der Schule hielten rund 20 Vorträge an nationalen oder internationalen Konferenzen. 59 Artikel wurden in Fachzeitschriften veröffentlicht oder an Seminaren präsentiert.

Im Laufe des Jahres wurden rund 30 Konferenzen über verschiedene Themen an der HTA-FR organisiert.

#### **2.2.4 Nationale und internationale Zusammenarbeit**

19 Studierende der HTA-FR haben ihre Diplomarbeit an ausländischen Universitäten mit Erfolg abgeschlossen: China (4), Frankreich (1), USA (4), Kanada (6), Mexiko (2), Grossbritannien (2). Dies entspricht 13,20% aller Diplomandinnen und Diplomanden. 7 von ihnen erhielten für die Qualität ihrer Diplomarbeit einen Preis, der von den Firmen und Vereinen des Kantons Freiburg ausgestellt wird.

Im Jahr 2007 wurden erstmals Diplomarbeiten in China und in Grossbritannien abgeschlossen. Die Erfahrung war für die sechs betroffenen Personen sehr bereichernd. Erstmals wurde auch eine Diplomarbeit am sehr renommierten Massachusetts Institute of Technology (MIT) vorbereitet, mit dem auch wissenschaftliche Projekte im Gespräch sind.

Bei den Doktor- und Masterarbeiten begann ein wissenschaftlicher Mitarbeiter der HTA-FR seine Doktorarbeit in Informatik an der Universität von Calgary in Kanada und ein weiterer Mitarbeiter begann seine Masterarbeit bei der Ecole nationale des Ponts et Chaussées in Paris.

32 ausländische Studierende absolvierten im Rahmen ihrer Bachelor- bzw. Masterarbeit oder ihrer Doktorarbeit einen Austauschaufenthalt in Freiburg. Diejenigen, die aus Europa kamen (Norwegen, Grossbritannien, Deutschland, Italien und Frankreich), nahmen an einem der europäischen Austauschprogramme – Erasmus, Marie Curie oder COST – teil. Die übrigen kamen aus Mexiko, Vietnam, China, dem Libanon, Brasilien und Algerien.

Die internationalen Kontakte werden dank der ständigen Akquisitionstätigkeit der Dozierenden regelmässig ausgebaut. 29 von ihnen reisten ins Ausland, um eine Diplomarbeit vorzubereiten oder die Grundlagen für eine künftige Zusammenarbeit zu legen, während 14 ausländische Dozierende von der HTA-FR empfangen wurden. Mehrere Verträge über eine Zusammenarbeit wurden abgeschlossen.

#### **2.2.5. Andere Ereignisse**

Vom 17. bis 21. Januar 2007 nahm die HTA-FR am ersten Forum der Berufe («Start» genannt) teil, das im Forum Freiburg organisiert wurde.

Während den Fasnachtsferien und den Herbstferien organisierte der Studiengang Elektrotechnik Praktika für interessierte Schülerinnen und Schüler der Orientierungsschulen, um ihnen einen Einblick in den Beruf der Elektronikerin oder des Elektronikers und der Elektrikerin oder des Elektrikers zu verschaffen. Rund 40 Jugendliche konnten so den Alltag dieser Berufe kennen lernen.

Am 8. Juni nahmen knapp 4000 meist jugendliche Personen an der zweiten Ausgabe von «Campus Fever» teil, einer Feier, die hauptsächlich von Studierenden der HTA-FR organisiert wurde.

Die Tage der offenen Tür und die Ausstellung der Diplomarbeiten fanden am 16. und 17. November statt. Sie erlaubten es den Absolventinnen und Absolventen, ihre Diplomarbeiten vorzustellen, und gaben der Freiburger Bevölkerung die Gelegenheit, den Reichtum und die Vielfalt der Aktivitäten der HTA-FR zu entdecken.

### **2.3 Tätigkeit der HSW-FR**

#### **2.3.1 Ausbildung**

Die Ausbildung zur Betriebsökonomin oder zum Betriebsökonom fand im Studienjahr 2006/07 mit 12 Parallelklassen statt, die insgesamt 285 Studierende zählten. Knapp 40% der Studierenden sind Frauen, die Aufteilung zwischen Deutsch- und Französischsprachigen ist ausgewogen. Zusammen mit etwa 100 Studierenden in Nachdiplomstudien zählt die Schule insgesamt knapp 400 Studierende.

#### **2.3.2 Berufliche Weiterbildung**

Die Nachdiplomstudien der HSW-FR werden von etwa 100 Studierenden besucht. Seit knapp zehn Jahren kennen die Nachdiplomkurse in Betriebswirtschaft für Führungskräfte (auf Deutsch und Französisch) wie auch die Nachdiplomkurse in Ökologie einen ungebrochenen Erfolg. Trotz verstärkter Konkurrenz begann das 9. dreisprachige Nachdiplomstudium in Integrated Management, Executive MBA (Master of Business Administration) im März 2007 mit rund 15 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

#### **2.3.3 Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen für Dritte**

Rund 20 Forschungsprojekte und Dienstleistungen für Dritte wurden 2007 für etwa 1,3 Milliarden Franken durchgeführt. Sie beinhalteten die Führung mit Leistungsauftrag und die Analyse der staatlichen Leistungen (ASL) für den Kanton Freiburg und sowie Aufträge von KMU. Besondere Aufmerksamkeit wurde ausserdem den Projekten im Rahmen des Masters in Entrepreneurship geschenkt.

### 2.3.4 Nationale und internationale Zusammenarbeit

Während zwei Wochen im August besuchten 26 Studierende der Universität TEC Monterrey von Mexico City die Kurse zusammen mit der Freiburger Klasse des Executive Master of Business Administration (EMBA). Die gewählten Themen waren Leadership und Kommunikation in einem multikulturellen Umfeld sowie Innovation. Eine besondere Veranstaltung wurde dem Thema «Geschäfte machen in Europa» gewidmet. Angesichts des Erfolgs dieses ersten Besuchs ist vorgesehen, das Projekt im September 2008 zu wiederholen.

Für die Nachdiplomkurse in Betriebswirtschaft wurde hauptsächlich mit der Universität von Trier (D) und der Ecole de management von Grenoble (F) zusammengearbeitet und für die Nachdiplomkurse und -studien in Projektmanagement mit der Universität von Québec in Trois-Rivières (Kanada).

## 2.4. Statistik

### 2.4.1 Personalstatistik

|  | HTA-FR <sup>1</sup> |       | HSW-FR |       | FHF-TW |       |
|--|---------------------|-------|--------|-------|--------|-------|
|  | 06/07               | 07/08 | 06/07  | 07/08 | 06/07  | 07/08 |
| Lehrpersonal   |                     |       |        |       |        |       |
| Vollzeit   | 57                  | 53    | 4      | 7     | 61     | 60    |
| Teilzeit   | 60                  | 80    | 26     | 27    | 86     | 107   |
| Total  | 117                 | 133   | 30     | 34    | 147    | 167   |
| Wissenschaftliche<br>und technische<br>Mitarbeiterinnen<br>und Mitarbeiter |                     |       |        |       |        |       |
| Vollzeit   | 65                  | 71    | 6      | 6     | 71     | 77    |
| Teilzeit   | 22                  | 21    | 4      | 2     | 26     | 23    |
| Total  | 87                  | 92    | 10     | 8     | 97     | 100   |
| Verwaltung und<br>Direktion  |                     |       |        |       |        |       |
| Vollzeit   | 10                  | 7     | 3      | 3     | 13     | 10    |
| Teilzeit   | 9                   | 13    | 6      | 5     | 15     | 18    |
| Total  | 19                  | 20    | 9      | 8     | 28     | 28    |
| Lehrfrauen und<br>Lehrmänner   | 22                  | 24    | –      | –     | 22     | 24    |
| Gesamttotal  |                     |       |        |       |        |       |
| Vollzeit   | 154                 | 155   | 13     | 16    | 167    | 171   |
| Teilzeit   | 91                  | 114   | 36     | 34    | 127    | 148   |
| Total  | 245                 | 269   | 49     | 50    | 294    | 319   |

<sup>1</sup> einschl. Bautechnische Schule (BTS)

**2.4.2 Statistik der Studierenden**

Studienjahr 2006/07 (2007/08 für die BTS)

|   | <i>1. Jahr</i> | <i>2. Jahr</i> | <i>3. Jahr</i> | <i>4. Jahr</i> | <i>Master</i> | <i>Total</i> | <i>Diplome 2007</i> |
|---|----------------|----------------|----------------|----------------|---------------|--------------|---------------------|
| <b>HTA-FR</b>                                   |                |                |                |                |               |              |                     |
| Architektur                                     | 47             | 34             | 29             |                | 14            | 124          | 22                  |
| Chemie  | 34             | 19             | 9              |                |               | 62           | 7                   |
| Bauingenieurwesen                               | 14             | 14             | 13             |                |               | 41           | 10                  |
| Informatik                                      | 31             | 20             | 21             |                |               | 72           | 18                  |
| Telekommunikation                               | 27             | 17             | 16             |                |               | 60           | 14                  |
| Elektrobau                                      | 51             | 49             | –              |                |               | 140          | –                   |
| – Elektronik                                    | –              | –              | 17             |                |               | –            | 14                  |
| – Elektrotechnik                                | –              | –              | 23             |                |               | –            | 19                  |
| Maschinenbau                                    | 39             | 26             | 22             |                |               | 87           | 20                  |
| Total HTA-FR                                    | 243            | 179            | 150            |                | 14            | 586          | 124                 |
| <b>HSW-FR</b>                                   |                |                |                |                |               |              |                     |
| Betriebswirtschaft (Vollzeitstudium)            | 22             | 45             | 55             | –              |               | 122          | 55                  |
| Betriebswirtschaft (berufsbegleitendes Studium) | 51             | 32             | 40             | 40             |               | 163          | 40                  |
| Total HSW-FR                                    | 73             | 77             | 95             | 40             |               | 285          | 95                  |
| <b>BTS</b>                                      |                |                |                |                |               |              |                     |
| Bauführung                                      | 14             | 19             | 14             |                |               | 47           | 14                  |
| <b>Total FHF-TW</b>                             | <b>330</b>     | <b>275</b>     | <b>259</b>     | <b>40</b>      | <b>14</b>     | <b>918</b>   | <b>233</b>          |
| <b>Davon auf FH-Stufe</b>                       | <b>316</b>     | <b>256</b>     | <b>245</b>     | <b>40</b>      | <b>14</b>     | <b>871</b>   | <b>219</b>          |

### 2.4.3 Statistik der Studierenden nach Herkunft (Kanton, Ausland)

|                | HTA-FR | HSW-FR | BTS |
|----------------|--------|--------|-----|
| Freiburg       | 297    | 224    | 14  |
| Bern           | 28     | 35     | 4   |
| Genf           | 14     | –      | –   |
| Jura           | 14     | 2      | 4   |
| Neuenburg      | 21     | –      | 1   |
| Tessin         | 65     | 2      | –   |
| Waadt          | 74     | 4      | 14  |
| Wallis         | 27     | 2      | 9   |
| Andere Kantone | 12     | 15     | 1   |
| Ausland        | 34     | –      | –   |

### 2.5 Bautechnische Schule (BTS)

Die BTS ist eine höhere Fachschule (HFS) auf nichtuniversitärer Tertiärstufe.

Die HFS spielen eine wichtige Rolle bei der Ausbildung von Spezialisten, die aus der Praxis kommen. Neben dem Angebot an Berufsprüfungen und höheren Fachprüfungen bieten die HFS die Möglichkeit, sich die nötigen Kompetenzen anzueignen, um technische und administrative Verantwortung zu übernehmen.

Die HFS vergeben zurzeit etwa 4 000 Diplome pro Jahr. Die Integration der Bereiche Gesundheit, Soziales und Kunst wird voraussichtlich die Zahl der ausgestellten Diplome in den kommenden Jahren verdoppeln.

Die Statistik der Studierenden der BTS befindet sich in den oben stehenden Tabellen unter 2.4.2 und 2.4.3.

### 2.6. Stand der Stipendienfonds

| Fonds/Stiftung                            | Stand am in Fr. |            |
|---|-----------------|------------|
|   | 31.12.2006      | 31.12.2007 |
| Stiftung Habricht del Soto                | 36 361.80       | 37 134.50  |
| Fonds James Daler                         | 72 375.85       | 72 480.10  |
| Fonds Frédéric Broillet, Kunstmaler       | 53 573.80       | 54 712.25  |
| Fonds Ampelio Regazzoni, Bildhauer        | 19 714.50       | 20 133.45  |
| Fonds Placide Perroset                    | 8 324.55        | 8 501.45   |
| Fonds J.-B. Zbinden                       | 4 411.25        | 4 505.00   |
| Stiftung Krankenkasse der Ingenieurschule | 88 101.56       | 89 973.71  |

**PERSONALBESTAND**

| <i>BEHÖRDEN – DIREKTIONEN Kostenstellen</i>                    | <i>Rechnung 2007 VZÄ</i> | <i>Rechnung 2006 VZÄ</i> | <i>Differenz VZÄ</i> |
|--|--------------------------|--------------------------|----------------------|
| <b>VOLKSWIRTSCHAFT</b>   | <b>537.50</b>            | <b>511.71</b>            | <b>25.79</b>         |
| ZENTRALVERWALTUNG  | 66.45                    | 66.16                    | 0.29                 |
| 3500 / ETES Generalsekretariat                                 | 5.55                     | 5.50                     | 0.05                 |
| 3505 / PECO Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg               | 7.45                     | 7.50                     | -0.05                |
| 3510 / OPEM Amt für den Arbeitsmarkt                           | 10.07                    | 9.66                     | 0.41                 |
| 3525 / RCOM Handelsregisteramt                                 | 6.00                     | 6.00                     | 4.45                 |
| 3535 / LOGE Wohnungsamt  | 2.96                     | 2.63                     | 0.33                 |
| 3540 / FPRO Amt für Berufsbildung                              | 20.77                    | -20.77                   | -1.09                |
| 3542.1 / SFPR Amt für Berufsbildung                            | 21.25                    |                          | 21.25                |
| 3550 / BAME Gewerbebibliothek                                  | 1.00                     | -1.00                    | -0.04                |
| 3560 / STAT Amt für Statistik                                  | 8.17                     | 8.10                     | 0.07                 |
| 3570 / TRCE Amt für Verkehr und Energie                        | 5.00                     | 5.00                     |                      |
| UNTERRICHTSWESEN   | 471.05                   | 445.55                   | 25.50                |
| 3542.2 / EPAI Gewerbliche und industrielle Berufsschule        | 144.10                   |                          | 144.10               |
| 3542.3 / EPCO Kaufmännische Berufsschule                       | 43.87                    |                          | 43.87                |
| 3542.4 / EPAC Gewerbliche und kaufmännische Berufsschule       | 36.08                    |                          | 36.08                |
| 3542.5 / EPSS Berufsschule Gesundheit - Soziales               |                          |                          | 20.73                |
| 3542.6 / EMEF Lehrwerkstätten Freiburg                         | 52.97                    |                          | 52.97                |
| 3545 / EPRO Berufsschulen                                      |                          | 223.15                   | -223.15              |
| 3546 / EMET Lehrwerkstätten                                    |                          | 52.84                    | -52.84               |
| 3557 / ETEC Technische Schulen                                 | 5.68                     | 5.82                     | -0.14                |
| 3558 / HESF Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft | 167.62                   | 163.74                   | 3.88                 |

Kanton Freiburg

# DIREKTION FÜR GESUNDHEIT UND SOZIALES

## **Direktion**

|  |          |
|--|----------|
| <b>I. Direktion und Generalsekretariat</b> ..... | <b>1</b> |
| 1. Aufgaben .....                                | 1        |
| 2. Tätigkeit .....                               | 1        |

## **Gesundheit**

|   |           |
|---|-----------|
| <b>I. Amt für Gesundheit (GesA)</b> .....                                   | <b>6</b>  |
| <b>II. Kantonsarztamt (KAA)</b> .....                                       | <b>16</b> |
| <b>III. Schulzahnpflegedienst (SZPD)</b> .....                              | <b>18</b> |
| <b>IV. Psychosozialer Dienst (PSD)</b> .....                                | <b>20</b> |
| <b>V. Kinder- und Jugendpsychiatrischer<br/>Dienst (KJPD)</b> .....         | <b>28</b> |
| <b>VI. Dienst für Familienplanung und<br/>Sexualinformation (FSD)</b> ..... | <b>31</b> |
| <b>VII. Kantonales Laboratorium (KL)</b> .....                              | <b>33</b> |

## **Sozialfürsorge**

|   |           |
|---|-----------|
| <b>I. Sozialvorsorgeamt (SVA)</b> .....     | <b>39</b> |
| <b>II. Kantonales Sozialamt (KSA)</b> ..... | <b>46</b> |
| <b>III. Jugendamt (JugA)</b> .....          | <b>56</b> |

|                              |           |
|------------------------------|-----------|
| <b>Personalbestand</b> ..... | <b>60</b> |
|------------------------------|-----------|

## DIREKTION

## I. DIREKTION UND GENERALSEKRETARIAT

### 1. Aufgaben

Die Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) gewährleistet der Freiburger Bevölkerung eine gute Versorgung im Gesundheits- und Sozialbereich. Ihre Ämter und Dienste stellen namentlich die Leistungen im Zusammenhang etwa mit dem Jugendschutz, der Sozialhilfe, der Subventionierung von Institutionen oder der ambulanten psychiatrischen Betreuung sicher. Auch sind der GSD drei öffentlich-rechtliche Anstalten administrativ zugewiesen: die Kantonale Sozialversicherungsanstalt, das Freiburger Spitalnetz und das Kantonale Psychiatrische Spital Marsens.

#### Leitung

Direktorin für Gesundheit und Soziales ist Anne-Claude Demierre. Generalsekretär ist Hans Jürg Herren.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1. Vorwürfe gegen das Kantonsspital

Zu Beginn des Jahres sah sich die Bevölkerung Presseartikeln gegenüber, die behaupteten, das Leben von Patientinnen und Patienten des Kantonsspitals (heute: freiburger spital – Standort Fribourg-Freiburg) werde aufgrund mangelhafter Organisation aufs Spiel gesetzt. Der Verwaltungsrat des Freiburger Spitalnetzes (FSN) betraute am 2. Februar 2007 Mario Annoni mit der Durchführung eines Audits im Kantonsspital Freiburg, nachdem die Zeitschrift *Der Beobachter* in zwei Artikeln vom 22. Dezember 2006 und 3. Januar 2007 Vorwürfe veröffentlicht hatte. Das Mandat bezweckte die rasche und vollumfängliche Untersuchung der vom *Beobachter* formulierten Vorwürfe und die Abfassung eines Berichts an den Verwaltungsrat des FSN, damit dieser die öffentliche Meinung über das Ergebnis unterrichten könne. Für weitere Auskünfte über dieses Mandat verweisen wir auf die Beantwortung der Anfragen Bapst (QA 3003.07) und Waeber (QA 3004.07) vom 17. April 2007.

Mario Annoni unterbreitete den Bericht am 3. Juli 2007 dem Staatsrat, am 4. Juli dem Verwaltungsrat des FSN und am gleichen Tag den Medien. Er hörte mehr als zwanzig Personen an und prüfte zahlreiche Unterlagen. Der Bericht kommt klar zum Ergebnis, dass die Behauptungen, wonach das Leben von Patientinnen und Patienten im Kantonsspital gefährdet worden sei, falsch sind. Aus dem Bericht geht auch hervor, dass die Patientinnen und Patienten in professioneller Weise versorgt worden sind.

#### 2.2. freiburger spital (HFR) – Freiburger Spitalnetz (FSN)

Um die Vereinigung der 6 Spitalstandorte in einer Anstalt, gemäss dem Gesetz vom 25. Juni 2006 über das

Freiburger Spitalnetz, besonders sichtbar zu machen, wählte der Verwaltungsrat des FSN einen neuen Namen: freiburger spital. 2007 war das erste Tätigkeitsjahr für das freiburger spital. Der Verwaltungsrat trat zu 20 Sitzungen zusammen und behandelte alle strategischen und organisatorischen Fragen im Zusammenhang mit der Umsetzung der neuen Spitalstruktur. Die administrative Organisation wurde schrittweise aufgebaut, indem standortübergreifende Departemente geschaffen und die Departementsverantwortlichen bezeichnet wurden. Mit der Bildung eines Ärztekollegiums und von medizinischen Departementen schreitet auch die medizinische Organisation voran. Eine Verordnung des Staatsrats regelte die Übergangssituation des Personals der anderen Standorte als desjenigen von Freiburg. Die Überführung dieses Personals in das Informatikprogramm, in dem das Staatspersonal erfasst ist, erfolgte 2007, und sie ist ab 1. Januar 2008 effektiv. Das Audit infolge der Anschuldigungen einer Deutschschweizer Zeitschrift in Bezug auf die Patientenversorgung am Standort Freiburg ermöglichte es, die Behauptungen der Zeitschrift zu entkräften und aufzuzeigen, dass die Sicherheit der Patientinnen und Patienten gewährleistet ist. Besondere Aufmerksamkeit galt dem Spitalplanungsentwurf und den Stellungnahmen des freiburger spitals. Die stationäre Spitaltätigkeit war umfangreich, stieg doch die Zahl der behandelten Patientinnen und Patienten (22 088) im Vergleich zu 2006 um 8%. Die ambulante Tätigkeit hat gegenüber 2006 stark zugenommen (12%). Die invasive Kardiologie ist zu Beginn des Jahres 2007 als neue Leistung eingeführt worden und trug zu diesem Tätigkeitszuwachs bei. Infolge des Tätigkeitsanstiegs erhöhten sich sowohl der Aufwand als auch der Ertrag, in einem Verhältnis jedoch, das es erlaubte, den Aufwand zu Lasten des Staates zu reduzieren; dieser beläuft sich auf 137 Millionen Franken (Voranschlag: 144 Millionen).

#### 2.3. Zuteilung des Asylmandats

Die neuen gesetzlichen Anforderungen des Bundes ab 2008 verlangen eine Anpassung des kantonalen Konzepts für die Betreuung Asylsuchender. Drei Anbieter (Freiburgisches Rotes Kreuz, Caritas Schweiz in Freiburg und die Organisation für Regie- und Spezialaufträge AG, im Folgenden: ORS Service AG) antworteten auf die Ausschreibung, die der Kanton im letzten Mai startete. Der Staatsrat entschied sich aufgrund des Berichts eines Expertenkollegiums, die ORS Service AG mit der Aufnahme, Betreuung und Beherbergung der Asylsuchenden, der vorläufig aufgenommenen Personen und der abgewiesenen Asylsuchenden zu betrauen. Die ORS Service AG wird auch mit der Organisation und der Umsetzung der Rückkehrberatung betraut.

Der Staatsrat entschied sich für ein Gesamtmandat an eine einzige Institution statt für die Vergabe von einzelnen Losen, wie dies nach dem Ausschreibungspflichtenheft möglich gewesen wäre. Diese Wahl beruhte auf

mehreren Gründen. Zum einen hat diese Lösung den Vorzug, Synergien etwa in den Bereichen Personal, Aufnahmestrukturen, soziale und berufliche Eingliederung und im Bereich der Verwaltungsinfrastrukturen zu schaffen. Zum anderen werden durch sie die Wirksamkeit und Effizienz der ganzen Geschäftsführung und Buchführung nach Kostenstellen im kantonalen System, das in Anwendung der Bundesgesetze über Ausländer und Asylwesen eingesetzt worden ist, verstärkt. Ausserdem erleichtert der Kontakt mit einer einzigen Ansprechpartnerin die Steuerung des kantonalen Systems durch das Kantonale Sozialamt.

Gemäss der eingehenden Untersuchung durch das Expertenteam entspricht das von der Zürcher ORS Service AG unterbreitete Angebot den zahlreichen Anforderungen im Pflichtenheft am besten. Das Pflichtenheft verlangt namentlich, dass der Anbieter über eine professionelle Organisation verfügt, die vorhandenen Strukturen und Infrastrukturen in Wahrung eines optimalen Kosten-Nutzen-Verhältnisses verwendet, qualifiziertes und polyvalentes Personal mit sozialem und wirtschaftlichem Profil beschäftigt, sich im Konzept des Staates für die soziale und berufliche Eingliederung engagiert, über die nötigen Kompetenzen und Qualifikationen in Management, Monitoring und Controlling verfügt, Polyvalenz und Flexibilität an den Tag legt und in der Lage ist, sich neuen Anforderungen des Staates rasch anzupassen.

#### 2.4. Sozialplan für das Personal des Roten Kreuzes

Der Staatsrat beantwortete den Auftrag, der am 12. September 2007 von Grossrat Carl-Alex Ridoré eingereicht wurde. Dieser verlangte die Beteiligung des Staates an der Finanzierung eines Sozialplans für das Personal des Freiburgischen Roten Kreuzes (FRK), das von der Zuteilung des Asylmandats an die ORS Service AG betroffen ist.

Ausnahmsweise erklärte sich der Staatsrat bereit, die Mitfinanzierung eines vom FRK aufgestellten Sozialplans zu unterstützen. Er präziserte aber in seiner Antwort, dies betreffe nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich bei der ORS Service AG beworben oder eine Beschäftigung bei einem anderen Arbeitgeber gefunden haben (und die nicht zu den gleichen Bedingungen übernommen werden können, die sie heute beim FRK haben).

Der Staatsrat zeigt sich gegenüber dem Antrag des FRK aufgeschlossen, gewisse Bestimmungen der Gesetzgebung über das Staatspersonal sinngemäss auf das FRK-Personal anzuwenden, insbesondere was die Entschädigungen bei der Abschaffung von Stellen betrifft. Weitere Aspekte des vom FRK vorgeschlagenen Sozialplans müssen noch im Einzelnen geprüft werden, insbesondere derjenige einer allfälligen frühzeitigen Pensionierung.

Der Staatsrat erinnert daran, dass seit seinem Entscheid vom letzten Juli schon mehrere Massnahmen für die

leichtere Unterbringung des FRK-Personals ergriffen worden sind. Namentlich erhielten die betroffenen Personen den Vorrang in der Bewerbung bei der ORS Service AG und bei den verschiedenen Direktionen der Staatsverwaltung. Hinzu kamen die vom Amt für den Arbeitsmarkt angebotenen Unterstützungsmassnahmen (individuelle Beratung, Hilfe bei der Stellensuche, Kompetenzenbilanz usw.). Es fanden regelmässig Gespräche statt, unter Einbezug des Staatsrats, der betroffenen Direktionen und ihrer Dienststellen, des Personals und der Direktion des FRK und der Gewerkschaft.

Ein Dekretsentwurf für die Mitfinanzierung eines Sozialplans wird dem Grossen Rat im Jahr 2008 unterbreitet.

#### 2.5. Spitalplanung

Infolge der Beschwerde, die *santésuisse* im Januar 2005 gegen die Liste der Spitäler des Kantons Freiburg eingereicht hatte, und des Entscheids des Bundesrats vom 15. Februar 2006 musste der Staatsrat seine Spitalplanung revidieren, mit einer Frist bis August 2007 für die Veröffentlichung einer neuen Spitalliste.

Die Direktion für Gesundheit und Soziales gab im Juli 2007 einen neuen Spitalplanungsbericht sowie einen Entwurf für die neue Spitalliste in die Vernehmlassung. Diese Dokumente gründen auf einer detaillierten Analyse des Pflegebedarfs der Freiburger Bevölkerung in einem Zeithorizont bis zum Jahr 2020. Mit dieser Analyse befassten sich das Amt für Gesundheit und das Kantonsarztamt, unter Mitwirkung des Service cantonal de recherche et d'informations statistiques des Kantons Waadt.

Diese Studie entspricht den Anforderungen des Bundesrats, der in seinem Entscheid namentlich die fünf für die Aufstellung einer Spitalplanung nötigen Etappen festsetzte:

- Festlegung der Planungsziele und -kriterien,
- Bestimmung des Bettenbedarfs in Berücksichtigung der demografischen Entwicklung, der Spitalaufenthaltsdauer und der Flüsse ausserkantonalen Patienten,
- Beschreibung und Beurteilung des bei den betroffenen Spitälern verfügbaren Angebots,
- Zuteilung und Gewährleistung der Spitalkapazitäten durch das Erteilen von Leistungsaufträgen,
- Aufstellung der Spitalliste.

Der Spitalplanungsentwurf sowie die Vernehmlassungsergebnisse wurden dem Gesundheitsrat und der Kommission für Gesundheitsplanung unterbreitet. Letztere trat zu neun Sitzungen zusammen, um zu dem Entwurf der Direktion für Gesundheit und Soziales Stellung zu nehmen und zuhanden des Staatsrats ihre Vorschläge zu den künftigen Leistungen auszuarbeiten, die von den 11 Spitalstandorten des Kantons Freiburg (einschliesslich Standort Payerne des interkantonalen Spitals der Broye) erbracht werden. Die Arbeiten der Kommission endeten am 20. Dezember 2007, und der Staatsrat wird 2008 die

neue Spitalplanung und die neue Liste der Spitäler verabschieden.

## 2.6. Fischereiverbot in der Saane

Zwischen Ende April und Juli 2007 wurden im Rahmen von Untersuchungen zwecks Bestimmung des Einflusses von Deponien auf die Umwelt Proben verschiedener Fischarten – hauptsächlich Forellen – zwischen der Staumauer von Rossens und der Bernbrücke elektrisch gefischt. Insgesamt sind dieser Zone 24 Proben und ausserhalb davon 2 «Referenzproben» entnommen worden. Das kantonale Laboratorium Bern wurde damit betraut, die Proben auf gewisse Substanzen hin zu untersuchen (namentlich Dioxine, Furane und cPCB).

Die Untersuchungsergebnisse ergaben cPCB-Gehalte zwischen 2 und 96 Pikogramm Toxizitätsäquivalente je Gramm Frischfleisch. Die Schweiz hat bislang keine Grenzwerte für diese Substanzen festgesetzt. Jedoch beträgt der seit 2006 in Europa geltende Höchstwert für die Summe von Dioxinen, Furanen und cPCB 8 Pikogramm (10-12g) je Gramm Frischfleisch.

17 Proben wiesen einen Wert auf, der diesem Höchstwert gleichkam oder darüber lag. Die Ergebnisse zeigen somit eine erhebliche Kontamination der Fische durch cPCB auf. Die Gehalte an Dioxinen und Furanen hingegen liegen klar unter den festgelegten Normen.

Die Untersuchungsergebnisse der vom Pont de la Souche (Hauterive) flussaufwärts gefischten Proben liegen unter dem in Europa zulässigen Höchstwert. Dennoch erstreckt sich das Fischereiverbot bis zum Fuss der Staumauer Rossens, in Anbetracht der wahrscheinlichen Wanderung von Fischen, namentlich Forellen, von den kontaminierten Zonen flussaufwärts. Forellen pflanzen sich im Winter fort, und die ersten Wanderungen zu den Laichplätzen in der «Kleinen Saane» können ab September einsetzen.

PCB sind industriell hergestellte Verbindungen, die ab den Dreissigerjahren wegen ihrer isolierenden Eigenschaften (elektrische Transformatoren) und chemischen und physikalischen Stabilität (Schneidöle, Tinte, Anstriche) verwendet wurden. In der Schweiz sind sie seit 1986 verboten.

Wegen ihrer grossen chemischen und physikalischen Stabilität und ihrer geringen biologischen Abbaubarkeit bleiben die PCB bemerkenswert unverändert in bestimmten «Reservoirs» wie Meeres- oder Fluss-Sedimenten. Sie reichern sich die ganze Lebensmittelkette hindurch im Fettgewebe an. Die Ernährung stellt somit den hauptsächlichsten Kontaminationsweg dar.

Ein potenzielles Gesundheitsrisiko für den Menschen bestünde im Fall des lebenslangen Verzehrs von Fischen mit cPCB-Gehalten über den Normen. Präventiv hat der Staatsrat deshalb ein totales Fischereiverbot an den betroffenen Stellen beschlossen. Als Vorsichtsmassnahme ist das Verbot auch auf den Schiffensee ausgedehnt worden. Derzeit laufen weitere, noch detailliertere Untersuchungen. Die Ergebnisse werden demnächst erwar-

tet. Übrigens wird in der vom Fischereiverbot betroffenen Zone keine Berufsfischerei ausgeübt. Auch besteht kein Gesundheitsrisiko, wenn man mit dem Wasser in Berührung kommt oder gelegentlich welches schluckt.

## 2.7. Netz für die Pflege im Bereich psychische Gesundheit

Der Staatsrat entschied über die Zusammensetzung des Verwaltungsrates des künftigen Freiburger Netzes für die Pflege im Bereich psychische Gesundheit (FPN). Mit dieser Neuorganisation sollen die ambulanten und stationären Behandlungen zusammengeführt werden und die Patientin oder der Patient ins Zentrum der Bestrebungen rücken.

In dem aus neun Mitgliedern bestehenden neuen Verwaltungsrat des FPN befinden sich Persönlichkeiten unterschiedlicher Horizonte. Gestützt auf das Gesetz vom 5. Oktober 2006 über die Organisation der Pflege im Bereich psychische Gesundheit wählte der Staatsrat die Mitglieder nach ihren ausgewiesenen Kompetenzen im Management oder ihrer Kenntnis des Bereichs der psychischen Gesundheit. In seiner Wahl achtete der Staatsrat auch ganz besonders darauf, eine möglichst breite Vertretung der verschiedenen Kreise sicherzustellen, die mit Fragen der psychischen Gesundheit zu tun haben. Die Vertreterinnen und Vertreter der Direktion und des Personals des FPN, die beratende Stimme haben, werden dem Verwaltungsrat demnächst beitreten.

Wichtige Aufgaben warten auf die Mitglieder des Verwaltungsrats. Die Umsetzung der Neuorganisation der Pflege im Bereich psychische Gesundheit wird gewiss eine zentrale Herausforderung sein. Die Reform zielt namentlich auf eine Zusammenführung der stationären und ambulanten Versorgung hin. Nach dieser neuen Philosophie soll die Patientin oder der Patient ins Zentrum der Bestrebungen rücken, indem die ambulante und bürgernahe Versorgung vorrangig entwickelt wird. Das Ziel besteht darin, den Patientinnen und Patienten eine umfassende und fortlaufende Begleitung zu gewährleisten, die sich für das jeweilige Krankheitsbild bestmöglich eignet. Mit der Vernetzung aller von der psychischen Gesundheit betroffenen Akteure sollen die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten besser erfasst und soll eine mehrdisziplinäre Betreuung erreicht werden.

Zu den übrigen Aufgaben des Verwaltungsrats zählt die Wahl seiner Präsidentin oder seines Präsidenten – diese Wahl muss der Freiburger Regierung vorgeschlagen und von dieser gültig erklärt werden. Auch die Wahl der Generaldirektorin oder des Generaldirektors und der drei medizinischen Direktorinnen oder Direktoren, deren Stellen demnächst ausgeschrieben werden, ist vorrangig. Diese Wahl bedarf der Genehmigung des Staatsrats.

Die Organisation des FPN, das die Kompetenzen des Kantonalen Psychiatrischen Spitals (KPS), des Psychosozialen Dienstes (PSD) und des Kinder- und Jugend-

psychiatrischen Dienstes (KJPD) in sich vereinigt, wird drei unterschiedliche Behandlungsketten beinhalten: die erste für Kinder und Jugendliche (Kleinkindalter, Kindheit und Jugendalter), die zweite für Erwachsene (psychotische Störungen, Angst- und affektive Störungen, Suchtstörungen und allgemeine Psychiatrie) und schliesslich die dritte für ältere Menschen (Neuropsychiatrie und Alterspsychiatrie).

## 2.8. Lebensmittelsicherheit

Das am 13. Juni 2007 vom Grosse Rat verabschiedete Gesetz über die Lebensmittelsicherheit bezweckt hauptsächlich die Festlegung der Verfahren und Regeln für die Organisation der Lebensmittelkontrolle, um die Sicherheit der Lebensmittel von der Primärproduktion bis zur Vermarktung sicherzustellen. Da die Gesetzgebung über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände materiell unter das Bundesrecht fällt, ist es an den Kantonen, ihren Vollzug sicherzustellen und insbesondere ein wirksames Kontrollsystem einzusetzen.

Das kantonale Gesetz hat zwei Hauptzwecke:

- die Kantonalisierung der Kontrolle der Fleischhygiene: die Personen, die diese Kontrollen in den Schlachthanlagen des Kantons wahrnehmen, unterstehen nicht mehr den betreffenden Gemeinden, sondern dem Kanton;
- die Errichtung eines einzigen Verwaltungsgebildes, das mit sämtlichen staatlichen Kontrolltätigkeiten im Lebensmittelbereich betraut wird.

Die Schaffung dieses Verwaltungsgebildes erfolgt im Laufe des Jahres 2008. Der Staatsrat hat aber schon den Grundsatzentscheid getroffen, dass es der Direktion der Institutionen, der Land- und Forstwirtschaft (ILFD) zugewiesen wird. Zum letzten Mal also findet sich der Jahresbericht des Kantonalen Laboratoriums im Tätigkeitsbericht der GSD.

## 3. Interkantonale Zusammenarbeit

### 3.1. Schweizerische Konferenz der Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK)

Die GDK intervenierte das ganze Jahr hindurch beim Bundesparlament, um die die Spitalfinanzierung betreffende Revision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung zu beeinflussen. Trotz dieser intensiven Bemühungen wird die vom Parlament beschlossene Revision massive Mehrkosten für die Kantone bringen.

Der GDK-Vorstand reaktivierte die Arbeiten für das Konkordat über die Koordination der Konzentration der hoch spezialisierten Medizin (HSMKO). Im zweiten Halbjahr 2007 gelangte ein Entwurf in die Vernehmlassung. Es ist vorgesehen, dass eine ausserordentliche Generalversammlung dieses Konkordats im Frühjahr 2008 verabschiedet.

Die Tarifpartner des Gesundheitsbereichs und die Kantone haben Simon Hölzer zum Leiter des Expertenbüros (Case-Mix-Office) SwissDRG ernannt. Das Büro ist ver-

antwortlich für Errichtung und Unterhalt der künftigen einheitlichen Tarifstruktur für stationäre Leistungen. Die vorgesehene Einführung von SwissDRG ermöglicht die Vergütung der Leistungen mit Fallpauschalen. Gemäss der Revision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung sollen die Spitalleistungen mit Fallpauschalen vergütet werden, die auf einheitlichen Strukturen in der ganzen Schweiz beruhen. Das Parlament debattiert seit langem über die Revision der Krankenversicherung. Die Leistungsfinanzierung mit Fallpauschalen ist in beiden Kammern unbestritten. Gleichzeitig werden die Mitgliederorganisationen von SwissDRG tätig und errichten ein Expertenbüro, das mit der Einführung und dem Unterhalt der Tarifstruktur betraut wird.

### 3.2. Schweizerische Konferenz der Sozialdirektorinnen und -direktoren (SODK)

Das Hauptthema der SODK-Generalversammlung im Herbst 2007 war die soziale und berufliche Eingliederung.

Zunächst diejenige junger Menschen: Die soziale und berufliche Selbständigkeit gefährdeter Jugendlicher kann nur durch das gemeinsame Handeln auf allen betroffenen Ebenen erreicht werden, an der Schnittstelle zwischen Ausbildungspolitik, Arbeitspolitik und Sozialpolitik. Aus diesem Grund verabschiedeten die Sozialdirektorinnen und -direktoren an ihrer Generalversammlung eine Stellungnahme zugunsten einer engen Zusammenarbeit unter den kantonalen Direktorinnen und Direktoren für Erziehung, Volkswirtschaft und Soziales sowie mit den Städten / Gemeinden und den Wirtschaftskreisen.

Sodann betraf das Eingliederungsthema die in der Schweiz wohnende ausländische Bevölkerung. Nach dem neuen Ausländergesetz müssen die drei Bereiche der spezifischen Integrationsförderung – Ausländer, Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen – in den Kantonen zwecks maximaler Wirksamkeit koordiniert werden. Im Einvernehmen mit den Vertreterinnen und Vertretern der Konferenz der Kantonsregierungen, der Schweizerischen Konferenz der Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren, dem Bundesamt für Migration und den Koordinatorinnen und Koordinatoren im Asyl- und Flüchtlingsbereich präsentierte eine von der SODK geleitete Arbeitsgruppe ein Pflichtenheft und verschiedene mögliche Organisationsmodelle für die vom Bund verlangten kantonalen Dienste, die mit den Integrationsfragen betraut werden. Die Generalversammlung verabschiedete die Empfehlungen der Arbeitsgruppe zuhanden der Kantone. Indem er drei verschiedene Modelle vorschlägt, lässt der Bericht einen Handlungsspielraum.

An der Generalversammlung vom 13. und 14. September 2007 in Lausanne wurde Staatsrätin Anne-Claude Demierre zum Vorstandsmitglied der SODK gewählt.

#### 4. Streitfälle

In ihrer Eigenschaft als Beschwerdebehörde befasst sich die GSD im Jahr 2007 mit 13 Beschwerden (2006: 13, 2005: 13, 2004: 37, 2003: 26).

#### 5. Gesetzgebung

Folgende Gesetze, Dekrete, Verordnungen und Reglemente wurden im Jahr 2007 im Zuständigkeitsbereich der Direktion für Gesundheit und Soziales erlassen (in chronologischer Reihenfolge je Erlassstufe):

Gesetz vom 13. Juni 2007 über die Lebensmittelsicherheit

Gesetz vom 10. Oktober 2007 zur Änderung des Gesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung.

Dekret vom 12. September 2007 über die Gültigkeit der Verfassungsinitiative «Passivrauchen und Gesundheit»

Reglement vom 9. Januar 2007 über die Verwendung des Fonds aus der Auflösung der Schülerunfallversicherung

Verordnung vom 9. Januar 2007 zur Änderung der Verordnung über die Liste der Spitäler des Kantons Freiburg

Verordnung vom 9. Januar 2007 über die Versicherten mit Anspruch auf Verbilligung der Krankenkassenprämien

Verordnung vom 6. Februar 2007 über die Übergangsregelung für das Personal des Freiburger Spitalnetzes

Verordnung vom 6. Februar 2007 zur Genehmigung der interkantonalen Vereinbarung zwischen den Kantonen Freiburg, Genf, Jura, Neuenburg, Tessin, Wallis und Waadt über ausserkantonale Spitalaufenthalte und des Tarifanhangs 2007

Verordnung vom 13. Februar 2007 zur Änderung des Beschlusses über die Liste der Pflegeheime des Kantons Freiburg

Verordnung vom 27. Februar 2007 zur Aufhebung der Ausführungsgesetzgebung über die Schülerunfallversicherung

Verordnung vom 3. April 2007 zur Genehmigung der Tagespauschalen 2007 für Material, Arzneimittel und pharmazeutische Betreuung sowie des Reglements für den gemeinsamen Pool (Anhänge zur Vereinbarung zwischen santésuisse und dem Verein Freiburgerischer Alterseinrichtungen)

Verordnung vom 7. Mai 2007 zur Genehmigung der Anhänge I, II und III (Spitalpauschalen 2007) sowie der Nachträge I zu den Vereinbarungen zwischen santésuisse und den öffentlichen Spitälern des Kantons Freiburg über die Spitalbehandlung in der allgemeinen Abteilung

Verordnung vom 7. Mai 2007 zur Genehmigung der Anhänge I (Spitalpauschalen 2007) zu den Vereinbarungen zwischen santésuisse, dem Dalerspital und der Clinique

Générale Garcia – Sainte-Anne SA über die Spitalbehandlung in der allgemeinen Abteilung

Verordnung vom 30. Mai 2007 zur Genehmigung der kantonalen Vereinbarung zwischen santésuisse und der Ärztesgesellschaft des Kantons Freiburg über den Beitritt zum Rahmenvertrag TARMED

Verordnung vom 3. Juli 2007 über die Liste der Pflegeheime des Kantons Freiburg

Verordnung vom 3. Juli 2007 zur Genehmigung des Anhangs I (Tagespauschalen 2007) zur Vereinbarung über die Pflege in den Pflegeheimen zu Lasten der Krankenversicherung

Verordnung vom 3. Juli 2007 zur Genehmigung der Nachträge zur Änderung der Vereinbarung vom 19. Februar 2004 und zur Genehmigung der Vereinbarung vom 16. April 2007 betreffend die Übernahme des Brustkrebs-Screenings und ihres Anhangs I

Verordnung vom 28. August 2007 über das Verbot der Ausübung der Fischerei in der Saane zwischen den Staumauern von Rossens und Schiffenen und in der unteren Aergera als dringliche Massnahme

Verordnung vom 28. August 2007 zur Genehmigung der Anhänge I und A zur Vereinbarung zwischen dem Spitex Verband Freiburg und santésuisse über die zu Hause erteilte Pflege zu Lasten der Krankenversicherung

Verordnung vom 8. Oktober 2007 über die Bekanntgabe von Personendaten an das Freiburger Krebsregister

Verordnung vom 15. Oktober 2007 zur Änderung der Verordnung über die Bewertung und Einreihung subventionierter Funktionen

Verordnung vom 10. Dezember 2007 zur Änderung des Ausführungsreglements zum Gesetz über die Familienzulagen

Verordnung vom 10. Dezember 2007 über den Beitragsansatz der Kantonalen Ausgleichskasse für Familienzulagen für das Jahr 2008

Verordnung vom 10. Dezember 2007 zur Genehmigung des Taxpunktwerts TARMED 2007 der Freiburger öffentlichen Spitäler sowie des Psychosozialen und des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes

Verordnung vom 18. Dezember 2007 zur Änderung des Beschlusses über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten und weitere gesundheitspolizeiliche Massnahmen

Verordnung vom 18. Dezember 2007 zur Änderung der Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung

---

 GESUNDHEIT
 

---

## I. AMT FÜR GESUNDHEIT (GesA)

### 1 Aufgaben des Amtes

Der Auftrag des Amtes für Gesundheit (GesA) besteht in der Ausführung der Planungs-, Verwaltungs- und Kontrollaufgaben im Gesundheitsbereich. Das Ziel ist es, die Gesundheitsförderung, den Gesundheitsschutz, die Wahrung und die Wiederherstellung der Gesundheit Einzelner und der Bevölkerung allgemein zu gewährleisten, zu Kosten, die für die Einzelnen und die Gemeinschaft tragbar sind.

#### Leitung

Geleitet wird das Amt für Gesundheit vom Amtsvorsteher Patrice Zurich.

### 2 Tätigkeit

Zum einen befasst sich das GesA hauptsächlich mit der Planung und der Verwaltung im Gesundheitsbereich, um die Zugänglichkeit der Gesundheitsversorgung und eine gute Versorgung für die Bevölkerung sicherzustellen. Zum anderen befasst es sich mit der Umsetzung der Politik für Gesundheitsförderung und Prävention. In diesem Rahmen betrifft die Tätigkeit des GesA im Wesentlichen die Planung, die Subventionierung beziehungsweise Finanzierung, die Kontrolle und die Gesundheitspolizei.

Die Haupttätigkeiten des GesA sind:

- Betreuung des Dossiers Spitalplanung;
- Erstellung der kantonalen Statistiken im Gesundheitsbereich;
- Subventionierung beziehungsweise Finanzierung der öffentlichen Spitäler, der Dienste für Hilfe und Pflege zu Hause sowie der Institutionen und Projekte für Gesundheitsförderung und Prävention;
- Verwaltung der Finanzierung ausserkantonaler Spitalaufenthalte;
- Verwaltung der Berufsausübungsbewilligungen für Gesundheitsfachpersonen, einschliesslich Stellungnahmen zu Gesuchen um Aufenthaltsbewilligungen für ausländische Gesundheitsfachpersonen;
- Verwaltung der Bewilligungen zur Berufsausübung zu Lasten der obligatorischen Krankenversicherung;
- Verwaltung der Bewilligungen zum Betrieb von Institutionen des Gesundheitswesens;
- Verwaltung der Freistellungen vom Beitritt zur obligatorischen Krankenversicherung;
- Kontrolle der Heilmittel und ihres Inverkehrbringens, Beaufsichtigung der Apotheken und Drogerien des Kantons und Betäubungsmittelkontrolle;
- Verwaltung des Spezialfonds für verunfallte Kinder (frühere Schülerunfallversicherung; s. unter Punkt 11).

Über diese regelmässigen Tätigkeiten hinaus befassten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des GesA mit der Einsetzung des Freiburger Spitalnetzes gemäss dem Gesetz vom 27. Juni 2006 über das Freiburger Spitalnetz.

Das GesA befasste sich auch mit den ersten Arbeiten zur Einsetzung des Netzes für die Pflege im Bereich psychische Gesundheit gemäss dem Gesetz vom 5. Oktober 2006 über die Organisation der Pflege im Bereich psychische Gesundheit, das am 1. Januar 2008 in Kraft tritt. Es bereitete das Reglement vor, das einen neuen Tarif für die Hilfe zu Hause festsetzt. Dieses Reglement wurde Ende 2007 in die Vernehmlassung gegeben und wird dem Staatsrat Anfang 2008 zur Genehmigung unterbreitet (s. auch unter Punkt 7).

Es bereitete die Revision des Gesundheitsgesetzes vom 16. November 1999 vor. Diese namentlich durch die Entwicklung der einschlägigen Bundesgesetzgebung bedingte Revision wird im Laufe des Jahres 2008 in die Vernehmlassung gelangen.

Das GesA prüfte weiterhin die Gesuche um die Betriebsbewilligung, deren die Institutionen des Gesundheitswesens bedürfen.

Es leitete die Friedhofreglemente von zwölf Gemeinden sowie ein Gemeindereglement über die Nutzung einer Aufbahrungshalle und fünf Gemeindereglemente über die Beteiligung der Gemeinde an den Kosten schulzahnärztlicher Behandlungen zur Genehmigung an die Direktion für Gesundheit und Soziales weiter. Ausserdem genehmigte der Staatsrat auf Antrag der Direktion für Gesundheit und Soziales eine Gemeindevereinbarung über die Organisation des Schulzahnpflegedienstes.

Das GesA bearbeitete Fragen zur Anwendung des mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) abgeschlossenen Freizügigkeitsabkommens und der Vereinbarung über die europäische Freihandelszone (EFTA) auf dem Gebiet der Krankenversicherung, die 26 Länder umfassen. Für die Information der Öffentlichkeit verfügt das GesA über eine Internet-Seite (Adresse: <http://www.fr.ch/ssp>). Diese verzeichnete im Jahr 2007 89 208 Besuche.

### 3. Berufe des Gesundheitswesens

#### a) Berufsausübungsbewilligungen

Gemäss den Bestimmungen der Gesundheitsgesetzgebung bereitete das GesA zuhanden der Direktion für Gesundheit und Soziales die folgenden Bewilligungen vor:

- 1 Bewilligung für die Ausübung des Berufs als Assistenz-Chiropraktor/in
- 16 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Zahnarzt/Zahnärztin
- 1 Bewilligung für die Ausübung des Berufs als unselbständige/r Zahnärztin/Zahnarzt
- 6 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Assistenz-Zahnärztin/-Zahnarzt

- 2 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Ernährungberater/in
- 1 Bewilligung für die Ausübung des Berufs als Drogist/in
- 3 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Ergotherapeut/in
- 1 Bewilligung für die Ausübung des Berufs als Zahnhygieniker/in
- 44 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Pflegefachfrau/-mann
- 1 Bewilligung für die Ausübung des Berufs als unselbständige/r Pflegefachfrau/-mann
- 4 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Logopäde/Logopädin
- 33 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Ärztin/Arzt
- 41 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Oberärztin/Oberarzt
- 2 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als stellvertretende/r Oberärztin/Oberarzt
- 122 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Assistenzarzt/-ärztin
- 12 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als unselbständige/r Ärztin/Arzt
- 4 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Tierarzt/Tierärztin
- 2 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als unselbständige/r Tierärztin/Tierarzt
- 4 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Augenoptiker/in
- 5 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als diplomierte/r Augenoptikerin/Augenoptiker
- 8 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Osteopath/in
- 13 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Apotheker/in
- 2 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als unselbständige/r Apothekerin/Apotheker
- 14 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Apotheker-Assistent/in
- 13 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Physiotherapeut/in
- 3 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Podologin/Podologe
- 4 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Psychologin-Psychotherapeutin/Psychologe-Psychotherapeut
- 7 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Hebamme/Entbindungshelfer
- 2 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Zahntechniker/in
- 117 Stellungnahmen zu Gesuchen um Arbeitsbewilligung für ausländisches Personal in einem Beruf des Gesundheitswesens.

#### b) Aufsicht über die Berufe des Gesundheitswesens

Im siebten Jahr ihrer Tätigkeit gelangten 16 Klagen, Anzeigen oder andere Gesuche an die Kommission für die Aufsicht über die Berufe des Gesundheitswesens und die Wahrung der Patientenrechte.

2007 erledigte die Kommission insgesamt 20 Fälle:

- 2 durch Mediation,
- 7 durch Begutachtung zuhanden der Direktion für Gesundheit und Soziales,
- 1 durch Entscheid zur Aufhebung von Zwangsmassnahmen,
- 2 durch Rückzug der Klage,
- 8 durch andere Entscheide (namentlich Klassierung oder Gutachten).

Die Kommission trat zu elf ordentlichen Sitzungen zusammen. Ihre Mitglieder beteiligten sich zudem ausserhalb der Sitzungen an den Aufgaben, die mit der Instruktion der Dossiers anfielen (namentlich Anhörungen und Inspektionen).

Das Sekretariat der Kommission wird durch das Amt für Gesundheit sichergestellt. Für das juristische Sekretariat verfügt die Kommission über die Unterstützung eines französischsprachigen und eines deutschsprachigen Juristen.

#### c) Ausbildung

Ende 2003 ging der ganze Sektor Ausbildung in den Berufen des Gesundheitswesens an die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport über. Dennoch hat das GesA Stellung zu nehmen, wo es um Ausbildungskonzepte und die Anerkennung von Diplomen geht.

## 4. Spitäler

### a) Allgemeine Tätigkeit

Das Jahr 2007 wurde durch das am 1. Januar erfolgte Inkrafttreten des Gesetzes vom 27. Juni 2006 über das Freiburger Spitalnetz geprägt (FSNG). So trug das GesA zur Einsetzung dieser neuen Struktur bei und wirkte in verschiedenen Arbeitsgruppen und Sitzungen mit, die der Lösung verschiedener Probleme im Zusammenhang mit der Errichtung des freiburger Spitals galten. Namentlich beteiligte es sich an den Arbeiten der Delegationen des Verwaltungsrats des Netzes; diese betrafen namentlich die Infrastrukturen, das Personal und die Finanzen. Es bedurfte enger Kontakte zwischen dem freiburger Spital, dem GesA und der Finanzverwaltung, um die verschiedenen Etappen in der Aufstellung des Finanzplans und des Voranschlags 2008 zu koordinieren und die Rechnungslegung dieser neuen Anstalt, die mehrere Spitalstandorte umfasst, zu regeln.

Das FSNG gilt auch für das interkantonale Spital der Broye. Dieses behält aber Organisations- und Entscheidungsstrukturen, die vom freiburger Spital unabhängig sind. Das GesA und der Kanton Waadt befassten sich gemeinsam damit, eine neue Rechtsstellung für dieses Spital zu bestimmen. Das GesA untersuchte auch die Budgetanträge des interkantonalen Spitals der Broye

für 2008 und leitete Gespräche mit dem Kanton Waadt ein, um ein harmonisiertes Finanzierungssystem für das interkantonale Spital der Broye zu bestimmen.

Das GesA untersuchte die Geschäftsrechnung 2006 der früheren Bezirksspitäler. Das Rechnungsjahr 2006 ist das letzte, für das die Finanzierung nach dem Spitalgesetz vom 23. Februar 1984 gegolten hat (gemeinsame Finanzierung durch Staat und Gemeinden). Besondere Aufmerksamkeit galt auch der Bereinigung der Bilanzen der früheren Bezirksspitäler.

Ausserdem beantwortete das GesA verschiedene Fragen im Zusammenhang mit dem Spitalwesen und wirkte in mehreren interkantonalen beziehungsweise eidgenössischen Kommissionen mit.

Um den Bemerkungen des Bundesrats infolge einer Beschwerde von *santésuisse* über die Liste der Freiburger Spitäler gerecht zu werden, befasste sich das GesA intensiv mit der Ausarbeitung eines neuen Spitalplanungsberichts; dieser ging zu Sommerbeginn in die Vernehmlassung, und jetzt wird die Endfassung ausgearbeitet.

#### b) *Subventionierung*

Das GesA untersuchte die Jahresrechnungen 2006 der früheren Bezirksspitäler, die nach dem Spitalgesetz vom 23. Februar 1984 finanziert wurden. Die Beträge, die für die Berichtigung der Rechnung 2006 zu Lasten des Staates vom Staat bezahlt (+) oder von den Spitälern rückerstattet wurden (-), verteilen sich wie folgt auf die Bezirksspitäler:

|          |               |
|----------|---------------|
| Tafers:  | - Fr. 178'165 |
| HSF:     | - Fr. 244'170 |
| Meyriez: | + Fr. 166'771 |
| HIB:     | - Fr. 784'060 |

Für das Rechnungsjahr 2007 – das erste, das ausschliesslich vom Staat finanziert wird – erteilte der Staatsrat dem freiburger spital einen Budgetrahmen von 144 721 442 Franken; dieser entspricht dem Betriebskostenüberschuss der Betriebsrechnung. In diesem Betrag sind weder die Abschreibung der übernommenen Spitalvermögen noch die Entschädigungen enthalten, die für die Übernahme der Spitalvermögen durch das Freiburger Spitalnetz bezahlt werden. Schliesslich schloss das freiburger spital seine Rechnung mit einem Betriebskostenüberschuss von 137 254 129 Franken ab. Die Frage der Verwendung des Bonus gegenüber dem vom Staatsrat erteilten Budgetrahmen wird im Laufe des Jahres 2008 geprüft und entschieden.

Das interkantonale Spital der Broye erhielt im Jahr 2007 einen Budgetrahmen von 10 206 705 Franken für seine Tätigkeit für Freiburger Patientinnen und Patienten. Der Bonus- oder Malusbetrag gegenüber diesem Rahmen wird nach Abschluss der Rechnung 2007 bekannt, und die Frage seiner Behandlung wird im Laufe des Jahres 2008 geprüft und entschieden.

Der Betrieb des Kantonalen Psychiatrischen Spitals Marsens schloss mit einem Kostenüberschuss von 20 535 369

Franken ab; dies sind 2 457 221 Franken weniger als der budgetierte Kostenüberschuss.

Im Voranschlag 2007 des GesA war eine Summe von 2 310 000 Franken für die Subventionierung der Arbeiten zwecks Renovation, Vergrösserung und Umbau des Behandlungs- und Rehabilitationszentrums Billens und der für den neuen Auftrag des Spitals Meyriez nötigen Umbauarbeiten vorgesehen. Das Dossier zum Umbau von Meyriez war vorübergehend blockiert, dies wegen des bundesrätlichen Entscheids, die kantonale Spitalplanung müsse neu überdacht werden. Nur eine Summe von 1 912 938.20 Franken ist für die Arbeiten am Standort Billens bezahlt worden. Der Restbetrag ist auf das Rechnungsjahr 2008 übertragen worden.

#### c) *Statistik*

Das GesA ist mit der Erstellung der Bundesstatistik und der kantonalen Statistik in Verbindung mit den Spitälern betraut.

Es beteiligte sich auch an der Erhebung der Bundesstatistik der Spitäler, deren Ergebnisse vom Bundesamt für Statistik (BFS) veröffentlicht werden. Die gesammelten Daten betreffen die Verwaltungsdaten über die Spitäler für das Jahr 2006. Die Daten für die medizinische Bundesstatistik werden vom Kantonsarztamt gesammelt.

Allgemeine Betriebsstatistik 2007  
der Spitäler des Kantons für somatische und psychiatrische Krankenpflege

| SPITÄLER   | Bewilligte Betten im Jahresdurchschnitt | Anzahl Austritte * | Anzahl Aufenthalte ** | Anzahl Krankentage | mittlerer Belegungsgrad | Mittlere Aufenthaltsdauer | Durchschnittliche Anzahl Patienten |
|--|---|--------------------|-----------------------|--------------------|-------------------------|---------------------------|------------------------------------|
| <b>Kantonsspitäler</b>                                       |   |                    |                       |                    |                         |                           |                                    |
| freiburger spital / Standort Fribourg - Freiburg             | 351                                     | 11'079             | 13'120                | 101'701            | 79%                     | 9.2                       | 279                                |
| Psychiatrisches Spital Marsens                               | 190                                     | 1'639              | 1'639                 | 68'156             | 98%                     | 41.6                      | 187                                |
| <b>Bezirksspitäler</b>                                       |   |                    |                       |                    |                         |                           |                                    |
| freiburger spital, Standort Tafers                           | 67                                      | 2'799              | 2'817                 | 21'026             | 86%                     | 7.5                       | 58                                 |
| freiburger spital, Standort Riaz                             | 94                                      | 5'123              | 5'171                 | 28'507             | 83%                     | 5.6                       | 78                                 |
| freiburger spital, Standort Billens                          | 25                                      | 474                | 475                   | 8'448              | 93%                     | 17.8                      | 23                                 |
| freiburger spital, Standort Châtel-St-Denis                  | 45                                      | 621                | 633                   | 12'766             | 78%                     | 20.6                      | 35                                 |
| freiburger spital, Standort Meyriez                          | 50                                      | 2'000              | 2'005                 | 16'330             | 89%                     | 8.2                       | 45                                 |
| Interkant. Spital der Broye, Standort Estavayer-le-Lac (1)   | 46                                      | 669                | 701                   | 16'924             | 101%                    | 25.3                      | 46                                 |
| Interkant. Spital der Broye, Standort Payerne (1)            | 105                                     | 4'613              | 5'034                 | 31'604             | 82%                     | 6.9                       | 87                                 |
| <b>Privatkliniken Freiburg (2)</b>                           | 117                                     | 7'154              | (2) 7'156             | 34'708             | (2) 81%                 | 4.9                       | 95                                 |
| <b>Total für somatische und psychiatrische Krankenpflege</b> | 1'090                                   | 36'171             | 38'751                | 340'170            | 86%                     | 9.4                       | 932                                |

(1) Die Angaben beziehen sich auf das ganze Interkant. Spital der Broye (inkl. Waadtländer Patienten)

(2) 2 Umzüge im Jahr 2007 und Schliessung eines Standorts

\* (ohne Verlegungen zwischen Standorten für Spitäler mit mehreren Standorten)

\*\* (inkl. Verlegungen zwischen Standorten für Spitäler mit mehreren Standorten)

## 5. Ausserkantonale Spitalaufenthalte

Nach Artikel 41 Abs. 2 und 3 des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG) und den kantonalen Ausführungsbestimmungen beteiligt sich der Wohnkanton der Patientin oder des Patienten an den Kosten medizinisch begründeter ausserkantona-ler Spitalaufenthalte. Es handelt sich um Notfälle, die ausserhalb des Kantons eingetreten sind, oder um Fälle, in denen die nötige Behandlung nicht in einem Spital innerhalb des Kantons Freiburg erteilt werden kann, dies gemäss der vom Kantonsarztamt erstellten Negativliste der Leistungen. Das GesA seinerseits verwaltet die finanzielle Beteiligung und die Zahlung der Rechnungen für Spitalaufenthalte, deren medizinische Begründung formell vom Kantonsarztamt anerkannt worden ist und für die letzteres im Namen der Direktion für Gesundheit und Soziales eine Kostengutsprache erteilt hat. Das GesA verhandelt auch die Tarifvereinbarungen mit den Westschweizer Kantonen, dem Kanton Tessin sowie mit dem Insepspital Bern.

Im Übrigen erstellt und aktualisiert das GesA das vom Staatsrat festgesetzte Verzeichnis der ausserhalb des Kantons Freiburg befindlichen Spitäler, die zur Deckung des Bedarfs der Bevölkerung nötig sind, soweit das interne Spitalangebot diesem nicht entspricht.

Was die Aufenthalte im Jahr 2007 angeht, so wurden rund 4 121 Gesuche um finanzielle Beteiligung geprüft. Rund 58,5% dieser Gesuche wurden angenommen, der Rest hingegen abgewiesen, da die Voraussetzungen nach KVG nicht erfüllt waren. Die Entscheide des Kantonsarztamtes werden den Zielspitälern, den behandelnden Ärztinnen und Ärzten, den Krankenversicherern und im Ablehnungsfall auch den Patientinnen und Patienten mitgeteilt. 2007 wurden fünfzehn Beschwerden beim Verwaltungsgericht eingereicht. Im Rahmen dieses Verfahrens wurde schliesslich vier Gesuchen von der GSD aufgrund weiterer medizinischer Informationen stattgegeben, ein Ablehnungsentscheid wurde vom Verwaltungsgericht bestätigt, und zwei Beschwerden wurden zurückgezogen. Acht Fälle sind noch hängig.

|                  | Finanzierung gewährt durch |                         |                    | Finanzierung abgelehnt durch |               | Zurückge-<br>zogene Be-<br>schwerden | Laufende<br>Fälle | Total |
|------------------|----------------------------|-------------------------|--------------------|------------------------------|---------------|--------------------------------------|-------------------|-------|
|                  | GSD                        | Verwaltungs-<br>gericht | Bundesge-<br>richt | Verwaltungs-<br>gericht      | Bundesgericht |                                      |                   |       |
| Beschwerden 2005 | 11                         | -                       | -                  | 12                           | 1             | 3                                    | -                 | 27    |
| Beschwerden 2006 | 2                          | -                       | -                  | 5                            | -             | 1                                    | 2                 | 9     |
| Beschwerden 2007 | 4                          | -                       | -                  | 1                            | -             | 2                                    | 8                 | 15    |

2007 wies die Rechnung des Staates Freiburg für die Finanzierung ausserkantonaler Spitalaufenthalte eine Summe von 23 319 386 Franken aus. Rund 19,4 Millionen

Franken betreffen Aufenthalte des laufenden Jahres, nahezu 3,9 Millionen Franken dienten der Bezahlung von Rechnungen für Aufenthalte vor dem Jahr 2007.

|               | Aufenthalte vor 2006 | Aufenthalte<br>2006 | Aufenthalte<br>2007 | Total      |
|---------------|----------------------|---------------------|---------------------|------------|
| Rechnung 2006 | 5 590 788            | 18 639 560          | -                   | 24 230 348 |
| Rechnung 2007 | 17 570               | 3 886 508           | 19 415 308          | 23 319 386 |

Es sei daran erinnert, dass Patientinnen und Patienten mit einer Zusatzversicherung aus rein persönlichen Gründen (ohne nachgewiesenen medizinischen Grund) frei die Dienste eines ausserhalb des Kantons befindlichen Spitals beanspruchen können, ohne dass sich der Staat finanziell beteiligt. Da die Verrechnung

der Aufenthalte 2007 Ende 2007 nicht abgeschlossen ist, beziehen sich die letzten verfügbaren Daten für einen abgeschlossenen Zeitraum auf das Jahr 2006. Die Verteilung der Aufenthalte nach Spitalkategorie zeigt, dass die Leistungen der Universitätsspitaler gegenüber den übrigen Spitaltypen klar überwiegen.

| Spitalkategorien                             | Aufenthalte 2006 | Tage 2006     | Betrag 2006       |
|--|------------------|---------------|-------------------|
| - CHUV (VD)                                  | 769              | 6 118         | 7 114 619         |
| - Inselspital (BE)                           | 1 085            | 7 584         | 9 282 518         |
| - Hôpitaux universitaires de Genève (GE)     | 85               | 780           | 966 561           |
| - Universitätsspital Zürich (ZH)             | 27               | 348           | 567 484           |
| - Andere Universitätsspitäler                | 20               | 284           | 877 040           |
| <b>Universitätsspitäler</b>                  | <b>1 986</b>     | <b>15 114</b> | <b>18 808 222</b> |
| - Hôpital de l'Enfance (VD)                  | 55               | 644           | 631 393           |
| - Hôpital ophtalmique Jules Gonin (VD)       | 67               | 204           | 254 798           |
| - Hôpital orthopédique (VD)                  | 10               | 91            | 66 855            |
| - Andere spezialisierte Spitäler             | 13               | 372           | 356 714           |
| <b>Spezialisierte Spitäler</b>               | <b>145</b>       | <b>1 311</b>  | <b>1 309 760</b>  |
| <b>Spitäler für allgemeine Krankenpflege</b> | <b>265</b>       | <b>1 071</b>  | <b>1 014 342</b>  |
| - Berner Klinik (VS)                         | 67               | 1 291         | 383 963           |
| - Berner Reha Zentrum (BE)                   | 30               | 575           | 153 747           |
| - Bethesda Klinik (BE)                       | 25               | 603           | 181 824           |
| - Institution de Lavigny (VD)                | 6                | 120           | 44 610            |
| - Centre de réada. cardiovasculaire (JU)     | 0                | 0             | 0                 |
| - Paraplegikerzentrum (LU)                   | 0                | 0             | 0                 |
| - Andere Rehabilitationsstätten              | 1                | 20            | 6 420             |

|   |       |        |            |
|---|-------|--------|------------|
| <i>Rehabilitationsspitäler</i>                    | 129   | 2 609  | 770 564    |
| – <i>Universitäre psychiatrische Dienste (BE)</i> | 43    | 1 407  | 503 728    |
| – <i>Andere psychiatrische Spitäler</i>           | 23    | 303    | 119 452    |
| <i>Psychiatrische Spitäler</i>                    | 66    | 1 710  | 623 180    |
| <i>Insgesamt</i>                                  | 2 591 | 21 815 | 22 526 068 |

## 6. Spitalplanung

Das GesA hat die Spitalplanung ausgearbeitet (s. Bericht der GSD, Punkt 2.5).

## 7. Hilfe und Pflege zu Hause

Das GesA ist mit der Subventionierung der Dienste für Hilfe und Pflege zu Hause beauftragt. In Wahrnehmung dieser Aufgabe schickt es den Diensten Weisungen für die Erstellung der Voranschläge und Jahresrechnungen und prüft im Einzelnen die namentlichen Lohndaten des von ihm subventionierten Personals. Für die Direktion für Gesundheit und Soziales prüft das GesA die Gesuche um Änderung der Personaldotation von Diensten sowie die Gesuche um Betriebsbewilligung. Es beantwortet verschiedene Fragen im Zusammenhang mit der Hilfe und Pflege zu Hause und beteiligt sich im Rahmen seiner Verfügbarkeit an interkantonalen und eidgenössischen Arbeitsgruppen.

Seit dem Inkrafttreten des revidierten Gesetzes über die Hilfe und Pflege zu Hause am 1. Januar 2006 bieten zwölf Dienste die Leistungen der Hilfe und Pflege zu Hause an, und ein Dienst erteilt im Auftrag des Saane-, des Greyerz- und des Broyebezirks Leistungen der Ergotherapie zu Hause; die übrigen Bezirke ziehen private Ergotherapeuten oder die vom Spital des Freiburger Südens eingesetzte Organisation heran. Die ganze Freiburger Bevölkerung wird durch diese Dienste insgesamt, die einen Kantonsbeitrag beziehen, abgedeckt. Die Beiträge werden aufgrund der Kosten für Pflegepersonal, Familienhilfen und Haushilfen gewährt, nach Abzug der von den Diensten bezogenen Bundesbeiträge und des Ertrags aus der Verrechnung der Leistungen aus der obligatorischen Krankenpflegeversicherung. Der Beitragsansatz beträgt 35% für die Hilfe und die Pflege zu Hause. Nach dem Gesetz kann der Dachverband der SpitexDienste, der Spitex-Verband Freiburg (AFAS/SVF), einen Auftrag von der Direktion für Gesundheit und Soziales erhalten. Für das Jahr 2007 wurde somit für die Aufstellung und Weiterführung der Jahresstatistik über die Hilfe und Pflege zu Hause sowie für die Vorarbeiten zur Einführung von RAI-Home Care Hilfe und Pflege zu Hause ein Vertrag mit dem SVF abgeschlossen.

Ein Betrag von 107 000 Franken wurde auf das Jahr 2008 übertragen, um die Zahlung der Anfechtungen sicherstellen zu können, die sich auf die Beitragsabrechnung 2006 beziehen.

Die Beiträge an die Dienste für Hilfe und Pflege zu Hause erreichten 3 183 280.30 Franken (2006: 2 796 180.60 Fr.). Sie verteilen sich wie folgt:

| <i>Kantonsbeiträge 2007</i>                   | <i>Hilfe und Pflege zu Hause</i> |
|---|----------------------------------|
| <i>Kreditübertrag</i>                         | 107 000.00                       |
| <i>Saane</i>                                  | 892 127.45                       |
| <i>Sense</i>                                  | 393 783.70                       |
| <i>Greyerz</i>                                | 567 301.50                       |
| <i>See</i>                                    | 201 212.55                       |
| <i>Glane</i>                                  | 400 094.70                       |
| <i>Broye</i>                                  | 290 937.45                       |
| <i>Vivisbach</i>                              | 316 154.50                       |
| <i>Ergotherapie (Saane – Greyerz – Broye)</i> | 14 668.45                        |
| <i>Insgesamt</i>                              | 3 183 280.30                     |

| <i>Weitere Kantonsbeiträge 2007</i>                 | <i>Hilfe und Pflege zu Hause</i> |
|---|----------------------------------|
| <i>Beitrag SVF (davon Kreditübertrag 4 000 Fr.)</i> | 20 000.00                        |
| <i>Projekt RAI-Home Care (Kreditübertrag)</i>       | 52 400.00                        |
| <i>Diabetes-Vereinigung</i>                         | 45 000.00                        |
| <i>Lungenliga (Tuberkulosekontrollen)</i>           | 25 022.45                        |
| <i>Insgesamt</i>                                    | 142 422.45                       |

## 8. Gesundheitsförderung und Prävention

In Zusammenarbeit mit dem Kantonsarztamt (vgl. Kap. II Kantonsarztamt, Ziff. 3) stellt das Amt für Gesundheit hauptsächlich durch die Beauftragte für Suchtprävention und Gesundheitserziehung die Zweckmässigkeit der Präventionsaktionen, die Nachkontrolle und die Koordination zwischen den verschiedenen Gesundheitsförderungs- und Präventionsprojekten sicher.

2007 befasste sich das GesA mit der Ausarbeitung eines Aktionsplans für Gesundheitsförderung und Prävention 2007-2011, ein Prozess, in den die kantonale Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention, das Kantonsarztamt, die Direktionen des Freiburger Staatsrats sowie die kantonalen Partner für Gesundheitsförderung und Prävention einbezogen sind. Dieser Aktionsplan mit den Zielen, Massnahmen, Indikatoren und zur Umsetzung nötigen Mitteln wird Ende 2008 zur Verfügung stehen.

Der kantonale Plan für Gesundheitsförderung und Prävention war zwischen Februar und April 2007 Gegen-

stand einer direktionübergreifenden Vernehmlassung und wurde im Mai 2007 formell vom Staatsrat gutgeheissen.

Das GesA betreute auch die Dossiers der Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention, die im Laufe des Jahres sechsmal zusammentrat. Die Tätigkeit der kantonalen Kommission im Jahr 2007 galt im Wesentlichen der Erarbeitung von Visionen und strategischen Zielen für den Aktionsplan, die aus den im Jahr 2006 vorgeschlagenen Prioritäten der Gesundheitsförderung und Prävention im Kanton hervorgehen. Der kantonalen Kommission traten zwei neue Mitglieder bei, die die Finanzdirektion und die Sicherheits- und Justizdirektion vertreten. Somit sind jetzt alle Direktionen des Staatsrats in der Kommission vertreten.

Im Voranschlag des GesA befinden sich zum einen die Subventionen für die Leistungen von Institutionen für Gesundheitsförderung und Prävention, zum anderen die Subventionen für spezifische Projekte. Im Jahr 2007 galt ein Gesamtbetrag von 1 253 630 Franken den Leistungen von Institutionen, und eine Summe von 1 388 082.85 Franken wurde an verschiedene spezifische Projekte ausgerichtet. Diese Beträge umfassen auch den Anteil am Alkoholzehntel, den der Kanton von der Eidgenössischen Alkoholverwaltung erhält.

Was die Leistungen von Institutionen angeht, so deckt der Subventionsbetrag die laufenden Tätigkeiten der betreffenden Institutionen, insbesondere: die Bedarfsanalyse, die Umsetzung und Nachkontrolle der ihrem Auftrag entsprechenden Leistungen, die Erarbeitung allgemeiner Konzepte und spezifischer Projekte, die Zusammenarbeit mit weiteren Partnern für die Konzipierung, die Durchführung und/oder Evaluation spezifischer Projekte sowie die Informationsarbeit. REPER (aus der Fusion von Release und der Freiburger Liga für die Prävention von Alkohol- und Drogenmissbrauch (LIFAT/FLAD) hervorgegangen) und der Verein für Gesundheitsförderung und Suchtprävention sind die einzigen Institutionen, die in diesem Sinne subventioniert werden.

Das GesA hat Modelle für Leistungsaufträge ausgearbeitet, die mit den meisten Institutionen für Gesundheitsförderung und Prävention abzuschliessen sind (Rahmenaufträge und Jahresaufträge). Mit diesen Mandaten können die Beziehung zwischen dem Staat und den Institutionen und die Rolle der Institutionen in der Deckung des Bedarfs der Freiburger Bevölkerung klarer definiert werden. Sie ermöglichen es auch, die Tätigkeiten dieser Institutionen an die Prioritäten zu binden, die der kantonale Plan für Gesundheitsförderung und Prävention vorschlägt.

Spezifische Projekte sind gezielte Gesundheitsförderungs- und Präventionsaktionen, die einem besonderen Thema gelten. Sie sind befristet und müssen systematisch nach der Übereinstimmung zwischen Zielsetzung und eingesetzten Mitteln (Vorgehen, Methoden) evaluiert werden.

Die verschiedenen im Jahr 2007 unterstützten spezifischen Gesundheitsförderungs- und Präventionsprojekte betrafen vielfältige Themen wie zum Beispiel: Gesundheitsförderung bei Personen ab 50 Jahren (das Amt wählte die Zentrierung auf die Gesundheit am Arbeitsplatz, mit den Angestellten der Freiburger Kantonsverwaltung im weiten Sinne als Zielgruppe), gesunde Ernährung und ein Gesundheitsförderungsprojekt durch Familienbegleitung.

Weitere Projekte rund um verschiedene Themen wurden vom GesA begleitet, zum Beispiel das Thema Hitzewelle, ein Projekt für die Beurteilung einer alterspsychiatrischen Struktur oder Eurofoot 2008. Intensiv begleitet wurde insbesondere ein Projekt, das in der Organisation eines ersten Vernetzungstages zum Thema der Prävention von Kindsmisshandlung bestand.

Im Bereich Schule und Gesundheit betätigte sich das GesA in verschiedenen Projekten:

- Mitwirkung im Projekt «Santéjeunesse», in Zusammenarbeit mit den 4 Pfeilern der Freiburger Wirtschaft;
- Begleitung der Umsetzung des Versuchsprojekts Gesundheit in der Schule (projet expérimental de santé scolaire, PESS), in Zusammenarbeit mit dem Kantonsarztamt und den betroffenen Dienststellen der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) und mit Unterstützung des Zentrums der Universität Freiburg für Rehabilitations- und Gesundheitspsychologie. Dieses Projekt sollte in ein Konzept für Gesundheit in der Schule münden; beteiligt ist auch das Amt für Berufsbildung;
- Mitwirkung in einem Projekt für die Erstellung einer Gesundheitsbilanz in den Berufsschulen des Kantons. Auch dieses Projekt läuft mit Unterstützung des Zentrums der Universität Freiburg für Rehabilitations- und Gesundheitspsychologie.

Im Bereich Tabakmissbrauch und insbesondere des Schutzes der Bevölkerung vor dem Passivrauchen steuerte das GesA eine Arbeitsgruppe für die Koordination der verschiedenen parlamentarischen Vorstösse auf diesem Gebiet. Es beteiligte sich auch an der Erarbeitung eines kantonalen Programms für die Tabakprävention.

Anlässlich gesamtschweizerischer Vernehmlassungen wirkte das GesA bei der Stellungnahme zur Strategie Migration und Gesundheit mit (Phase II: 2008–2013).

Das GesA wohnte der Jahresversammlung der Vereinigung der kantonalen Beauftragten für Gesundheitsförderung (VGBF) bei, die den Entwurf der neuen Bundesgesetzgebung über Gesundheitsförderung und Prävention zum Thema hatte.

Auf interkantonaler Ebene, im Rahmen des interkantonalen Systems für die Prävention und Gesundheitsförderung (DiPPS), war das GesA auch in der Westschweizer Koordination tätig, namentlich für das interkantonale Programm der Gesundheitsförderung bei Personen ab 50 Jahren, das Programm Fourchette Verte für Gesundheitsförderung durch eine ausgewogene Ernährung,

die Auswertung der Daten aus der Schweizerischen Gesundheitsbefragung 2007 und die Gleichschaltung der Prioritäten für Gesundheitsförderung und Prävention in den Kantonen der Westschweiz und Tessin.

Das GesA war aktiv im Rahmen der Konferenz der Kantonalen Beauftragten für Suchtfragen (KKBS), die im Lauf des Jahres 2007 viermal zusammentrat. Die Versammlung im Sommer bestand in einem Seminar zum Thema «Sucht und Alter».

Das GesA nahm an den folgenden Konferenzen teil: 9. gesamtschweizerische Konferenz über Gesundheitsförderung, in Zug; 1. Tag des Erfahrungsaustausches über frühzeitige Erfassung und Intervention, in Freiburg; gesamtschweizerisches Kolloquium der schweizerischen Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme (SFA), in Freiburg; von der Universität Freiburg organisierter Tag zum Thema «Prävention bei Familien: Neueste Forschungsergebnisse und erfolgreiche Praxisbeispiele für Erziehung und Elternschaft»; Konferenz 2007 von Public Health Schweiz zu den Themen «Psychische Gesundheit und öffentliche Gesundheit» / «Arbeit und Suizid»; 5. Treffen der kantonalen Aktionspläne gegen Alkohol und Kongress der Schweizerischen Gesellschaft für Ernährung (SGE) zum Thema «Ernährung in den ersten Lebensjahren».

## 9. Tätigkeit des Kantonsapothekers

Nach einem Rückgang um rund 10%, der in den Jahren von 1998 bis 2002 verzeichnet wurde, ist die Zahl der Apotheken im Kanton erneut gestiegen. So kontrollierte der Kantonsapotheker im Jahr 2007 die Eröffnung von 5 öffentlichen Apotheken: drei in der Stadt Freiburg, eine in Matran und eine in La Tour-de-Trême. Somit sind 29 öffentliche Apotheken im Grossraum der Stadt Freiburg und 71 im Kanton insgesamt zu zählen, ebenso viele wie im Jahr 1997.

Ausser 14 Drogerien, 12 ärztlichen Privatapotheken und 4 Spitalapotheken hat der Kantonsapotheker auch rund vierzig Betriebe regelmässig zu kontrollieren und zu inspizieren, die sich mit der Herstellung und dem Vertrieb von Heilmitteln befassen, sowie die Institutionen, in denen Arzneimittel an Patientinnen und Patienten abgegeben werden, namentlich Betäubungsmittel zum medizinischen Gebrauch.

Seit 2007 sind das Westschweizer Inspektorat für Heilmittel (ISOPT) und die der Verantwortung des Kantonsapothekers unterstellten Inspektionsdienste der Kantone FR, GE, JU, NE, VD und VS von der Schweizerischen Akkreditierungsstelle (SAS 126) zertifiziert. Somit ist das ISOPT, das aus seinen sechs Mitgliedern hervorgegangen ist, für die Inspektionen im Bereich der Arzneimittelherstellung verantwortlich, wohingegen die Kantonsapotheker für den Vertriebsbereich zuständig sind. Ihre Inspektionsrapporte gelten auch auf internationaler Ebene im Rahmen der gegenseitigen Anerkennung von Bewilligungen, Arzneimittel auf den Markt und in den Handel zu bringen und von Import-Export-Bewilligungen.

Insgesamt muss der Kantonsapotheker rund 190 Standorte in regelmässigen Zeitabständen kontrollieren oder inspizieren.

## 10. Krankenversicherung

Im Zusammenhang mit der Befreiung von der Versicherungspflicht bearbeitete das GesA 508 Gesuche im Jahr 2007. Auf Verlangen der Gemeinden gab es auch 28 Stellungnahmen in Sachen Beitrittskontrolle ab.

Rund 81% der Freistellungsgesuche betreffen Personen in Aus- oder Weiterbildung sowie in Lehre und Forschung tätige Personen an Ausbildungsstätten. Nahezu 18% der Gesuche wurden von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eingereicht, und weniger als 1% betreffen Rentnerinnen und Rentner.

|                    | Angenommen | Abgelehnt | Hängig | Insgesamt |
|--------------------|------------|-----------|--------|-----------|
| Ausbildung         | 301        | 81        | 30     | 412       |
| Arbeitnehmer/innen | 10         | 65        | 16     | 91        |
| Rentner/innen      | 1          | 2         | 2      | 5         |
| Total              | 312        | 148       | 48     | 508       |

In der ersten Personenkategorie beträgt der Prozentsatz für die Annahme des Befreiungsgesuchs 73%. Bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erreicht er fast 11%, eine Befreiung bewilligt wurde für Rentnerinnen und Rentner.

Die Abweichungen zwischen diesen Prozentsätzen erklären sich durch eine unterschiedliche gesetzliche Reglementierung. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen in der Regel eine Krankenversicherung am Arbeitsort abschliessen, wohingegen Personen, die Ausbildungsstätten angeschlossen sind, in der Regel aufgrund der Vorlage einer europäischen Versicherungskarte oder der Bescheinigung über eine Krankenversicherungsdeckung, die der Deckung durch einen KVG-Versicherer gleichwertig ist, eine Befreiung verlangen können.

Im Jahr 2007 kamen 81 079 Personen in den Genuss einer Prämienverbilligung für Versicherte in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen. Der Gesamtbetrag der Prämienverbilligungen belief sich auf 122 343 636 Franken. Für nähere Einzelheiten ist der dem Grossen Rat unterbreitete Bericht der Kantonalen Sozialversicherungsanstalt (KSVA) heranzuziehen.

## 11. Schülerunfallversicherung

### a) Übernahme der Schülerunfallversicherung

Das Gesetz zur Errichtung einer Schülerunfallversicherung ist auf den 1. September 2006 aufgehoben worden. Das Amt für Gesundheit wurde mit der Abwicklung der hängigen Fälle betraut, was Unfälle anbelangt, die vor dem 1. September 2006 eintraten. In Härtefällen, die nach diesem Zeitpunkt eingetreten sind oder eintreten, gewährt es einen finanziellen Beitrag.

Nach mehr als 30-jähriger Tätigkeit sind die beiden Mitarbeiter, die die Schülerunfallversicherung verwalteten, Anfang 2007 in den frühzeitigen Ruhestand getreten. Um sie zu ersetzen, hat das Amt für Gesundheit eine höhere Sachbearbeiterin zu 50% eingestellt, die sich nicht nur mit der Verwaltung der Dossiers der Schülerunfallversicherung befasst, sondern auch mit einer Anpassung der bestehenden Struktur (Logistik, Informatik, Verwaltung der Schadensfälle, Buchhaltung, Formulare usw.).

Eine gezielte Information ging an die Krankenversicherer, die kantonale IV-Stelle, die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport und an Pro Infirmis; sie betraf das neue am 9. Januar 2007 vom Staatsrat erlassene Reglement über die Verwendung des Fonds aus der Auflösung der Schülerunfallversicherung. Im Übrigen gingen mehrere spezifische Informationsschreiben an die Zahnärztinnen und Zahnärzte des Kantons in Bezug auf Zahnbehandlungen, die allenfalls Gegenstand einer Vergütung nach Aufhebung der Schülerunfallversicherung sind.

#### b) Leistungen

Die Leistungen des Fonds aus der Auflösung der Schülerunfallversicherung betreffen:

- Behandlungskosten für Unfälle, die vor Aufhebung der Versicherung eingetreten sind,
- finanzielle Beiträge zugunsten von Familien verunfallter Kinder.

#### c) Verteilung der im Jahr 2007 ausgerichteten Leistungen, nach Unfalljahr und Kostenarten:

| Unfall      | Fälle | Zahnartzkosten | Arztkosten | Transportkosten | Kosten für Apparate | Total     | % total |
|-------------|-------|----------------|------------|-----------------|---------------------|-----------|---------|
| 1981 – 1985 | 2     | 1 209.50       |            |                 |                     | 1 209.50  | 1,3%    |
| 1986 – 1990 | 5     | 9'052.95       |            |                 |                     | 9 052.95  | 9,9%    |
| 1991 – 1995 | 17    | 30 158.20      |            |                 |                     | 30 158.20 | 33,0%   |
| 1996 – 2000 | 24    | 10 977.45      | 880.95     |                 |                     | 11 858.40 | 13,0%   |
| 2001        | 6     | 1'576.05       | 826.25     |                 |                     | 2 402.30  | 2,6%    |
| 2002        | 6     | 168.60         | 2 195.60   |                 | 50.30               | 2 414.50  | 2,6%    |
| 2003        | 10    | 1 829.10       | 1 341.45   |                 | 78.00               | 3 248.55  | 3,6%    |
| 2004        | 11    | 1 028.70       | 921.05     | 60.00           | 18.00               | 2 027.75  | 2,2%    |
| 2005        | 27    | 394.25         | 9 367.40   | 256.85          | 857.00              | 10 875.50 | 11,9%   |
| 2006        | 68    | 3 339.35       | 13 420.55  | 727.25          | 712.00              | 18 199.15 | 19,9%   |
| Insgesamt   | 176   | 59 734.15      | 28 953.25  | 1 044.10        | 1 715.30            | 91 446.80 | 100,0%  |
|             |       | 65,3%          | 31,7%      | 1,1%            | 1,9%                |           |         |

Auch nach Aufhebung der Schülerunfallversicherung ist die Kostenübernahme für die weitere Behandlung nach den vorher geltenden Regeln gewährleistet, das heisst die komplementäre und subsidiäre Finanzierung aller Behandlungskosten bis fünf Jahre nach dem Ende der obligatorischen Mitgliedschaft. Konkret bedeutet dies: Für Kinder, die der Schülerunfallversicherung bei deren Abschaffung am 1. September 2006 schon nicht mehr angeschlossen waren, werden die Kosten bis fünf Jahre nach Ende der effektiven Mitgliedschaft übernommen. Für Kinder, die zum Zeitpunkt der Abschaffung der Schülerunfallversicherung, das heisst am 31. August 2006, noch versichert waren, werden die Kosten ebenfalls noch übernommen, aber nur bis zu fünf Jahren nach Beendigung des Besuchs einer Schule, wo sie vorher versicherungspflichtig gewesen wären (zum Beispiel Kindergarten, Primarschule, Sekundarstufe I und II, Schule für technische und landwirtschaftliche Berufe, mit Ausnahme der Universität und der Berufslehre).

## Verteilung der Leistungen nach Altersklasse:

| Altersklasse         | Fälle | % Fälle |
|----------------------|-------|---------|
| 0 – 5 Jahre          | 0     |         |
| 6 – 10 Jahre         | 5     | 2,9%    |
| 11 – 15 Jahre        | 50    | 28,4%   |
| 16 – 20 Jahre        | 84    | 47,7%   |
| 21 – 25 Jahre        | 31    | 17,6%   |
| 26 Jahre und darüber | 6     | 3,4%    |
| Insgesamt            | 176   |         |

Was die Möglichkeit eines finanziellen Beitrags aus dem Fonds anbelangt – dazu bestimmt, die Lebensbedingungen eines nach dem 1. September 2006 verunfallten, von Invalidität oder langfristiger Hilflosigkeit betroffenen Kindes zu verbessern –, so ist im Jahr 2007 keine Leistung ausgerichtet worden. Ein einziges Gesuch wurde verzeichnet; es entsprach aber nicht den Kriterien für die Gewährung.

## d) Rückversicherung

Die die vor dem 1. September 2006 eingetretenen Unfälle betreffenden Entschädigungen bei Tod oder Invalidität sind bei der Nationale Suisse Assurances rückversichert. Derzeit sind neun Fälle hängig und müssen noch daraufhin beurteilt werden, ob eine Invalidität vorliegt. Die Beurteilung ist erst möglich, wenn sich der Gesundheitszustand stabilisiert hat und die Entwicklung der Situation definitiv bekannt ist. Insgesamt ist für die Regelung dieser Fälle eine Summe von etwa 750 000 bis 800 000 Franken von der Nationale Suisse Assurances vorgesehen.

## e) Buchführung

Der Fonds aus der Auflösung der Schülerunfallversicherung wird selbständig verwaltet und verfügt über eine eigene Buchhaltung. Die Transaktionen berühren daher die Betriebsrechnung und das Rechnungsergebnis des Staates nicht.

Obwohl dieses Jahr keine Versicherungsprämien eingezogen worden sind, schliesst das Rechnungsjahr 2007 mit einem positiven Betriebsergebnis, dies namentlich deswegen, weil die Nationale Suisse Assurances eine Akontozahlung auf die Gewinnbeteiligung an der Rückversicherung ausgerichtet hat.

Die Betriebsrechnung 2007 und die Bilanz am 31. Dezember 2007 präsentieren sich wie folgt:

| Betriebsrechnung                 | 2007       | 2006         |
|----------------------------------|------------|--------------|
| <b>Ertrag</b>                    |            |              |
| Kapitalzinsen                    | 649.20     | 116 980.70   |
| Prämien und Subventionen         | --.--      | 1 366 708.15 |
| Gewinnbeteiligung - La Nationale | 335 000.00 | 458 111.20   |

|                                     |                   |                     |
|-------------------------------------|-------------------|---------------------|
| verschiedene Einnahmen              | 505.90            | --.--               |
| Ausgabenüberschuss                  | --.--             | --.--               |
| <b>Total</b>                        | <b>336 155.10</b> | <b>1 941 800.05</b> |
| <b>Aufwand</b>                      |                   |                     |
| Differenzen auf Prämien             | 390.00            | 23 809.70           |
| Restrukturationskosten              | 68 828.35         | --.--               |
| Verwaltungskosten                   | 116 504.30        | 353 537.59          |
| Rückversicherungsprämien            | 34 204.25         | 888 109.75          |
| Behandlungskosten                   | 91 446.80         | 316 517.80          |
| Finanzielle Beiträge in Härtefällen | --.--             | --.--               |
| Ertragsüberschuss                   | 24 781.40         | 359 825.21          |
| <b>Total</b>                        | <b>336 155.10</b> | <b>1 941 800.05</b> |

| Bilanz                                      | 2007                | 2006                |
|---|---------------------|---------------------|
| <b>Aktiven</b>                              |                     |                     |
| Konto Postfinance                           | 609 268.45          | 610 879.40          |
| Staatschatzamt                              | 5 923 102.05        | 5 806 433.60        |
| Debitoren Prämien und Subventionen          | 25 885.45           | 39 730.85           |
| Transitorische Aktiven                      | 227.20              | 116 777.75          |
| Mobilien                                    | 1.00                | 1.00                |
| <b>Total</b>                                | <b>6 558 484.15</b> | <b>6 573 822.60</b> |
| <b>Passiven</b>                             |                     |                     |
| Gläubiger Prämien                           | 990.00              | 2 230.00            |
| Transitorische Passiven                     | --.--               | 38 879.85           |
| Kapital für Laufendes                       | 1 022 887.55        | 1 022 887.55        |
| Rückstellungen für garantierte Behandlungen | 3 400 000.00        | 3 400 000.00        |
| Rückstellung für Härtefälle                 | 1 209 825.20        | 450 000.00          |
| Rückstellung für Restrukturation            | 500 000.00          | 500 000.00          |
| Sicherheitsreserve                          | 400 000.00          | 800 000.00          |
| Gewinn / Verlust                            | 24 781.40           | 359 825.20          |
| <b>Total</b>                                | <b>6 558 484.15</b> | <b>6 573 822.60</b> |

Am 31. Dezember 2007 verfügte der Fonds aus der Auflösung der Schülerunfallversicherung über eine Summe von 6 558 484.15 Franken.

## II. KANTONSARZTAMT (KAA)

### 1. Aufgaben des Amtes

Das Kantonsarztamt (KAA) ist für medizinische Fragen der öffentlichen Gesundheit zuständig. Es berät die Direktion für Gesundheit und Soziales in Belangen der Gesundheitsversorgung, der Gesundheitsförderung, der Prävention und des Gesundheitsschutzes. Es nimmt die Aufgaben wahr, die ihm aufgrund der Bundes- und der kantonalen Gesetzgebung zukommen.

Das KAA ist das Referenzzentrum für alle Fragen im Zusammenhang mit der öffentlichen Gesundheit und trägt zur Erhaltung und Verbesserung des Gesundheitszustandes der Freiburger Bevölkerung bei. Zu diesem Zweck arbeitet es eng mit den übrigen eidgenössischen, kantonalen und kommunalen öffentlichen Diensten zusammen und koordiniert seine Tätigkeit, um dem Staatsrat und der Direktion für Gesundheit und Soziales die nötigen Informationen und Ratschläge erteilen zu können.

Im Rahmen seiner Zuständigkeiten stellt das KAA die Information der Bevölkerung, der Medien, der Berufsleute, der öffentlichen oder privaten Institutionen und Anstalten und den Dialog mit ihnen sicher. Es achtet auf den heutigen und künftigen Bedarf im Bereich der öffentlichen Gesundheit.

#### Leitung

Geleitet wird das Kantonsarztamt vom Kantonsarzt Dr. Chung-Yol Lee.

### 2. Allgemeine Tätigkeit

2007 verwirklichte das KAA zwei wichtige Projekte in Bezug auf eine Verbesserung seiner Dienstleistungen. Zu Beginn des Jahres ermöglichte eine Analyse der Leistungen des Amtes eine kritische und gründliche Überprüfung der Tätigkeiten und Ressourcen, so dass anschliessend konkrete Massnahmen für eine effizientere Verwendung der verfügbaren Ressourcen vorgeschlagen werden konnten. Sodann wurde die Website des KAA nach dem gemeinsamen Modell des Staates vollständig überholt. Auf diese Weise konnten deren Inhalt systematisch aktualisiert und ihre Zweckmässigkeit für die breite Öffentlichkeit und die Partner des KAA überprüft werden. Schliesslich wurde am Qualitätsmanagement gearbeitet, um die Transparenz und Effizienz der Leistungen des Amtes zu verbessern.

Die Vorbereitungen auf eine allfällige Pandemie liefen in der gleichen Intensität weiter, wenn auch unter geringerem Medienecho als im letzten Jahr. Die Bedrohung durch eine Pandemie ist aber nicht geringer geworden. Dies haben die Vogelgrippe-Fälle in Ägypten und anderswo gezeigt. Das KAA wirkte an einer im Oktober 2007 vom Bevölkerungsschutz organisierten Pandemie-Übung mit.

Im Kontext des neuen Gesetzes über den Bevölkerungsschutz und für eine bessere Bewältigung von Krisen-

situationen im Gesundheitsbereich ist ein allgemeines Sanitätskonzept erarbeitet worden. Dieses wird als Grundlage für die Tätigkeiten der Prävention, der Vorbereitung und des Einsatzes in gesundheitlichen Krisensituationen dienen.

Das KAA nahm vielfach Stellung zu eidgenössischen und kantonalen Projekten im Gesundheitsbereich und bereitete mehrere Entwürfe zur Beantwortung der Fragen von Seiten des Grossen Rates, der Gesundheitsfachleute, der Medien und der Öffentlichkeit vor.

In 13 Fällen sprach es sich nach eingehender Prüfung der Dossiers für die Erteilung einer Betriebsbewilligung an Pflegeheime, Dienste für Hilfe und Pflege zu Hause und weitere Institutionen des Gesundheitswesens aus. Ausserdem sprach es sich in mehreren Fällen dafür aus, einem Gesuch um Aufhebung des Berufsgeheimnisses stattzugeben.

### 3. Spezifische Tätigkeiten

#### a) Bekämpfung übertragbarer Krankheiten

Die Bedrohung durch eine von der Vogelgrippe ausgehende Grippe-Pandemie beschäftigte das KAA erneut während des ganzen Jahres erheblich. Mehrere Arbeits-Untergruppen befassten sich mit verschiedenen Aspekten in Verbindung mit der Möglichkeit einer Pandemie, um Detailkonzepte zu entwickeln; diese betreffen namentlich die Organisation einer Impfung der ganzen Bevölkerung mit einem präpandemischen Impfstoff, die Organisation von medizinischen Pandemie-Stützpunkten (CMAP), die Verteilung und Abgabe antiviraler Medikamente (für Prophylaxe und Behandlung), das Funktionieren und die Koordination des Freiburger Spitalnetzes (einschliesslich HIB) in der Pandemiephase 6, die Versorgung der Kranken in Pflegeheimen und anderen Institutionen und die ambulante Versorgung. Die Arbeiten dieser Untergruppen dürften in einen Einsatzplan münden, der für Mitte 2008 vorgesehen ist. Auf eidgenössischer und interkantonaler Ebene erforderten eine bessere Koordination und Zusammenarbeit die Teilnahme an zahlreichen Sitzungen und Konferenzen. Der Kantonsarzt präsidierte die Arbeitsgruppe «Kontaktmanagement» im Pandemiefall, der Vertreterinnen und Vertreter von Bund und Kantonen angehörten und die sich mit der Prävention oder einer Verlangsamung der Pandemie-Ausbreitung in der Schweiz während der Frühphase befasste. Ein Schlussbericht mit Anhängen und Empfehlungen wurde zuhanden des Bundesamtes für Gesundheit und der Kantonsärzte abgefasst, im Hinblick auf die Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen.

Unter den übertragbaren Krankheiten, die gemäss dem Epidemien-gesetz gemeldet wurden und epidemiologische Abklärungen erforderten, seien insbesondere erwähnt: 31 Fälle von Salmonellose, 2 Fälle von Shigellose, 1 Fall von Meningokokken-Meningitis B und ein bestätigter Fall von Meningokokken C. Die Tendenz für diese beiden Erkrankungskategorien ist gegenüber dem Vorjahr stabil.

Das KAA beauftragte die Freiburger Lungenliga mit 7 Umgebungskontrollen in insgesamt 15 gemeldeten Tuberkulosefällen. Auch hier ist die Situation gegenüber dem Vorjahr stabil.

Die Zahl von Hepatitis-Fällen ist jährlich um 22 Fälle für den Typus C und um 27 Fälle für den Typus B gestiegen. Somit beläuft sich die Gesamtzahl der jährlichen Meldungen von Hepatitis C auf 58, davon 4 chronisch, und von Hepatitis B auf 60, davon 4 chronisch. Es gab 1 Fall von kumulierter Hepatitis B+C und 8 Fälle von Hepatitis A (davon waren 6 nicht geimpft, und bei den beiden anderen ist der Impfstatus nicht bekannt).

Mit 6 Meldungen (davon 5 nicht geimpfte Personen und 1 ohne bekannten Impfstatus) ist die Zahl von Masernfällen im Vergleich zur Gesamtschweiz - wo die Schwelle von 1 000 Fällen dieses Jahres überschritten wurde, somit 50% mehr als im Vorjahr – niedrig geblieben.

2 neue Aidsfälle wurden gemeldet und 6 HIV-Tests erwiesen sich als positiv. Dies bedeutet einen deutlichen Rückgang: 10 positive HIV-Tests weniger als im letzten Jahr.

Unter den übrigen gemeldeten Krankheiten seien erwähnt: 3 Fälle von Zecken-Enzephalitis, 1 Fall von Creutzfeld-Jacob-Krankheit, 11 Fälle von Gonorrhö, 9 Fälle von Syphilis, 4 Fälle von Legionellose, 2 Fälle von Haemophilus influenzae, 6 Fälle von Malaria und 46 Fälle von Pneumokokken.

576 Impfungen, davon 296 gegen Gelbfieber, sind Reisenden verabreicht worden, von denen 180 eine spezialärztliche Konsultation beanspruchten.

61 Impfdosen gegen Hepatitis B oder kombiniert gegen Hepatitis B und A wurden Polizeiaspiranten und Mitarbeitenden des Tremplin, der Firma Cremo und der Gefängnisdienste verabreicht. Im Rahmen der Vorkehrungen gegen die Vogelgrippe und auf Verlangen des kantonalen Veterinäramtes wurden 12 wegen ihrer Berufstätigkeit gefährdete Personen gegen Grippe geimpft. 13 Hundehalter und 82 Mitarbeitende der RUBD wurden gegen Zecken-Enzephalitis geimpft.

#### b) Schulärztliche Betreuung

Die Schulärztinnen und Schulärzte führten die Vorsorgekontrollen kantonsweit in den Kindergarten- und 5. Primarschulklassen sowie in einigen Orientierungsschulklassen durch. Sie verabreichten ausserdem 2334 Impfungen gegen Masern, Mumps und Röteln, 1484 gegen Diphtherie und Tetanus, 1852 kombinierte Impfungen gegen Diphtherie-Tetanus-Keuchhusten-Kinderlähmung und 403 gegen Diphtherie-Tetanus-Kinderlähmung. Wie in den letzten Jahren stiess die Impfung der Jugendlichen in den Orientierungsschulen gegen Hepatitis B auf gutes Echo, liessen sich doch rund 3180 Jugendliche impfen.

#### c) Drogenabhängigkeit

443 Personen stehen in einer bewilligten Substitutionsbehandlung: 343 Männer und 100 Frauen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren. Unter diesen Patientinnen und

Patienten werden 86 mit Buprenorphin behandelt, 357 mit Methadon oral. 189 Fälle werden von der Fachstelle für Abhängigkeit (FSA) in Freiburg betreut, 18 vom Psychosozialen Dienst in Bulle und die übrigen von den 72 Ärztinnen und Ärzten, die zu ihrer Behandlung ermächtigt sind.

Ende des Jahres konnte ein Projektleiter angestellt werden, der aus dem Fonds für die Bekämpfung der Drogensucht finanziert wird. Er übernimmt das Projekt für die Koordination der Betreuung abhängiger Personen ab 1. Januar 2008. Mehrere weitere Themen im Bereich der Drogenabhängigkeit sind vom Kantonsarzt zusammen mit der FSA bearbeitet worden, wie zum Beispiel die Behandlung von Hepatitis C bei Drogenabhängigen, die hoch dosierte Substitutionsbehandlung, das Netz von praktizierenden Ärztinnen/Ärzten und Apothekerinnen/Apothekern, die Drogenabhängige behandeln, Einleitung oder Fortführung von Substitutionsbehandlungen bei Drogenabhängigen im Strafvollzug, abends oder am Wochenende.

#### d) Institutionen des Gesundheitswesens – betagte Personen

Nach der Überprüfung, ob die Dotation mit Pflegepersonal den Anforderungen entspricht, sprach sich das KAA für die Anerkennung von 34 weiteren Pflegebetten in 10 gemischten Heimen aus. Ende 2007 lief noch das Verfahren für die Zuteilung von 10 Pflegebetten an ein elftes Heim, ein Altersheim.

11 Standard-Besuche wurden in Pflegeheimen durchgeführt, manchmal kombiniert mit einer eingehenden Untersuchung im Hinblick auf die Erteilung einer Betriebsbewilligung.

16 Dossiers verschiedener Institutionen des Gesundheitswesens wurden für die Erteilung einer Betriebsbewilligung geprüft. 13 positive Stellungnahmen erfolgten von Seiten des KAA. 10 Institutionen erhielten ihre Betriebsbewilligung im Jahr 2007.

2007 wurde von der Expertenkommission für Pflegeheime eine Beschwerde gegen einen Entscheid über den Pflegebedarfsgrad einer Pflegeheimbewohnerin bearbeitet.

33 Anträge auf die von der Regel abweichende Aufnahme von Personen, die das AHV-Alter noch nicht erreicht haben, ins Pflegeheim sind vom Kantonsarzt bearbeitet worden.

Das KAA erarbeitete zusammen mit seinen Partnern den Auftrag für die Beurteilung einer alterspsychiatrischen Abteilung in einem Pflegeheim und beteiligte sich an der Diskussion über die Normen und Qualitätskriterien, die für die Bewilligung zur Führung einer Tagesstätte erfüllt werden müssen.

Für die Altersheime erarbeitete das KAA ein vereinfachtes Verfahren zur Qualitätssicherung. Es wird dessen Anwendung überprüfen, wenn es diese Heime im Jahr 2009 aufsucht.

Auf Wunsch der Ausgleichskasse erfolgten drei Beurteilungen des Pflege- und Betreuungsbedarfs für die Erteilung von Ergänzungsleistungen an behinderte Personen, die zu Hause leben und mittel- bis hochgradig hilflos sind.

#### e) Gesundheitsförderung und Prävention

Der Kantonsarzt und sein Stellvertreter, dieser als Mitglied der Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention, wirkten mit bei der Ausarbeitung des Aktionsplans im Anschluss an die Veröffentlichung des kantonalen Plans für Gesundheitsförderung und Prävention. Damit sollen die Massnahmen konkretisiert werden, die in den vom kantonalen Plan bestimmten vorrangigen Bereichen zu ergreifen sind.

Im Auftrag des Staates setzte die Freiburger Krebsliga im vierten Jahr das Programm für das systematische Brustkrebs-Screening mit Mammographie fort. Die Ergebnisse der zweiten Welle werden erst im Laufe des ersten Quartals 2008 bekannt. Nach ersten Schätzungen dürfte die Beteiligungsrate in dieser zweiten Welle noch befriedigender sein als in der ersten. Für das Jahr 2007 belief sich die Zahl der Frauen, die sich einer Mammographie hätten unterziehen können, auf 11 908. Durchgeführt wurden 8'086 Screening-Mammographien; dies entspricht einer Beteiligungsrate von 67,9%. Auf interkantonaler Ebene fanden Diskussionen und Arbeiten für die Einsetzung einer Westschweizer Struktur statt. Mit der Schaffung eines zentralen Organs, das über ausreichende Mittel verfügt, zielt diese Struktur auf eine bessere Durchführung der gemeinsamen Aufgaben hin, zu denen namentlich die Auswertung der Ergebnisse gehört.

Das Freiburger Krebsregister, mit dem die Freiburger Krebsliga beauftragt wurde, startete seine Tätigkeit am 1. Januar 2006. Heute verfügt das KAA über die endgültigen Ergebnisse des Jahres 2006. Zwei Krebsarten stehen weitaus an der Spitze: Brustkrebs bei den Frauen und Prostatakrebs bei den Männern. Danach folgen die Erkrankungen an Lungenkrebs. Unter Mitwirkung der Gemeinden konnten die Adressen der im Register erfassten Personen überprüft werden. Dabei wird so verfahren, dass die Anonymität der betroffenen Personen gewahrt bleibt. Im Übrigen regelt eine Verordnung des Staatsrats vom 8. Oktober 2007 die Mitteilung von Personendaten zum Zweck einer Überprüfung und Informationsergänzung zur Identität der ins Register eingetragenen Personen. Dies ist erforderlich, um die Zuverlässigkeit der registrierten Daten zu gewährleisten und den nationalen und internationalen Kriterien im Krebsforschungsbereich zu entsprechen. Auf diese Weise konnte das Register die Datensammlungsstufe 3 der Vereinigung schweizerischer Krebsregister erreichen.

Unter Mitwirkung des Dienstes für Familienplanung und Sexualinformation und des Jugendamts wurde ein Informationsdossier für ungewollt schwangere Frauen erarbeitet. Dieses Dossier informiert über die medizinischen und rechtlichen Aspekte des straflosen Schwangerschaftsabbruchs und über die einer Schwangerschaft vorbeugenden Verhütungsmittel. Das in 10 Sprachen übersetzte Dossier wurde an die gynäkologischen Dienste der Spitäler und Kliniken sowie an alle Ärztinnen und Ärzte für Allgemeinmedizin und Gynäkologie verschickt. Es befindet sich auch in allen diesen Sprachen auf der Website des KAA.

Unter Mitwirkung des Freiburger Krippenverbands und des Jugendamts wurde ein Leitfaden für die Hygiene und die Prävention von Infektionskrankheiten in Einrichtungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter erarbeitet. Seine Verbreitung in Form einer gedruckten Broschüre sowie über die Website des KAA ist für 2008 vorgesehen.

f) Ausserkantonale Spitalaufenthalte  
Insgesamt prüfte das Kantonsarztamt 4121 Kostengutsprachegeheuche für ausserkantonale Spitalaufenthalte; davon wurden 2410 (58,5%) angenommen und 1711 (41,5%) abgelehnt.

#### f) Ausserkantonale Spitalaufenthalte

Insgesamt prüfte das Kantonsarztamt 4121 Kostengutsprachegeheuche für ausserkantonale Spitalaufenthalte; davon wurden 2410 (58,5%) angenommen und 1711 (41,5%) abgelehnt.

### III. SCHULZAHNPFLEGEDIENST (SZPD)

#### 1. Aufgaben des Dienstes

Der Schulzahn Pflegedienst wendet sich in erster Linie an die Kinder im schulpflichtigen Alter. Seine Aufgaben bestehen in der Förderung der Mund- und Zahnhygiene, der Bekämpfung von Karies und Parodontitis und der Korrektur von Missbildungen des Gebisses.

#### Leitung

Geleitet wird der Schulzahn Pflegedienst vom Dienstchef Jean-Claude Meylan.

#### 2. Tätigkeit

Für die Wahrnehmung seiner Aufgaben unterteilt sich der Dienst in drei Sektionen:

##### a) Prophylaxe

Die Schulzahn pflegerinnen unterweisen die Kinder des Kantons im Primarschulalter praktisch und theoretisch in Zahnhygiene. Vom Kindergarten bis zur 6. Primarklasse wird jede Klasse grundsätzlich einmal jährlich besucht. Wegen des laufenden Anstiegs der Anzahl Klassen und Schüler brauchen die beiden Schulzahn pflegerinnen derzeit immer noch rund 18 Monate für das Aufsuchen sämtlicher Kinder des Kantons. Damit die Schülerinnen und Schüler das Gelernte in die Praxis umsetzen können, gibt der Dienst in präventiver Absicht und unentgeltlich an jedes Kind eine Zahnbürste und didaktisches Material ab. Die Schulzahn pflegerinnen besuchten 815 Klassen und unterwiesen 14 527 Kinder.

Dank der Prophylaxetätigkeit und auch der regelmässigen Kontrolle durch den Schulzahnarzt tritt die Karies bei den Kindern im Schulalter immer seltener auf. Hingegen ist Jahr für Jahr eine sehr beunruhigende Zunahme der Karies bei Kleinkindern festzustellen. Künftig

wäre es sehr wünschenswert, dass die Eltern von Kindern im Vorschulalter für die Bedeutung einer guten Zahnhygiene sensibilisiert werden.

#### b) Zahnkontrolle und -behandlung

Der Dienst stellt den Kindern im schulpflichtigen Alter eine Infrastruktur für die Kontrolle und wenn nötig die Behandlung ihres Gebisses bereit. Er verfügt nach wie vor über vier mobile Zahnkliniken, von denen zwei ausschliesslich für Kontrolluntersuchungen benützt werden, und über acht ortsfeste Kliniken.

Die verschiedenen Kliniken des Dienstes sind während der Schulzeit in Betrieb, das heisst sie schliessen während der Ferien. Die mobilen Kliniken suchen alle Gemeinden des Kantons auf, die keinen Schulzahnarzt haben.

Die Organisation des Dienstes wird angepasst, damit das vorrangige Ziel, alle Kinder innert jeweils 12 bis 18 Monaten zu kontrollieren und zu behandeln, auf dem ganzen Kantonsgebiet erreicht werden kann.

Es sei daran erinnert, dass sich der Dienst immer noch in einer Restrukturierungsphase befindet, der sich in den kommenden Jahren fortsetzen wird. Der Zweck besteht darin, die Pflegeleistungen zu verbessern und eine vermehrte Rentabilität des Betriebs zu gewährleisten. Das Konzept sieht vor, dass der Dienst mittelfristig die Gemeinden des Kantons nicht mehr durch mobile Kliniken versorgt. Den Gemeinden, die über keinen eigenen Schulzahnpflegedienst verfügen und nicht mit Privatzahnärztinnen oder -ärzten zusammenarbeiten möchten, wird künftig vorgeschlagen, ihre Kinder in ortsfesten Praxen, die sich in mehreren Ortschaften des Kantons befinden, kontrollieren und behandeln zu lassen. In der Neuorganisation des Schulzahnpflegedienstes sind schon mehrere Etappen zurückgelegt worden:

- 1999 Zusammenfassung der Gemeinden des Plateaus von Marly zur Bedienung durch die Klinik von Marly;
- 2000 Reduktion der Fahrten der mobilen Klinik Nr. 2, die den Glanebezirk bediente;
- 2001 Abschaffung der mobilen Klinik Nr. 1, die namentlich den Sense- und den Seebezirk bediente; die Kinder dieser Bezirke wurden durch die ortsfesten Kliniken von Düdingen, Marly und Freiburg übernommen sowie von einer mobilen Klinik, die abwechselnd in Tifers, Wünnewil und Schmiten stationiert ist;
- 2002 Zusammenfassung der Kinder von La Tour-de-Trême auf die Klinik von Bulle und der Kinder von Granges-Paccot auf die Klinik von Villars-sur-Glâne;
- 2003 Abschaffung der mobilen Kliniken Nr. 2 und 4, die den Glane- bzw. den Greyerzbezirk bedienen und Ersetzung durch ortsfeste Zahnkliniken. Die Zahnkontrollen werden in diesen beiden Bezirken nach wie vor mit Hilfe eines hierfür ausge-

rüsteten Wohnmobils sichergestellt. Einrichtung einer Praxis im Kollegium des Südens in Bulle für die Kieferorthopädie;

- 2005 Ausbau der Kieferorthopädie, Anstellung eines neuen Arztes;
- 2006 Eröffnung einer neuen ständigen Zahnklinik in der Stadt Freiburg.

Die verschiedenen Restrukturierungen haben Jahr für Jahr einen erfreulichen Anstieg der Patientenzahl gebracht und die Rentabilität des Dienstes spürbar verbessert. Mit Befriedigung ist ein signifikanter Rückgang der Karies festzustellen.

2006 hatten die Kliniken von Marly und Villars-sur-Glâne die Kinder nach OHG-Kriterien kontrolliert und behandelt. Um ein Maximum an Informationen zu sammeln, wurde bis Sommer 2007 damit weitergefahren. Die auf diese Weise gelieferten Daten ermöglichten eine Vergleichsstudie über die Entwicklung der Karies in einer Region der Schweiz mit verschiedenen Regionen des Erdballs. Sie ermöglichten auch den Nachweis, dass das in unserem Kanton eingeführte Pflege- und Behandlungssystem sehr leistungsstark ist. Die Studie ist abgeschlossen und wird Anfang 2008 offiziell veröffentlicht. Die Zahl der Fahrten der mobilen Kliniken ist stabil geblieben. Von 111 im Jahr 2000 ging sie auf 69 im Jahr 2001, auf 64 im Jahr 2002, auf 36 im Jahr 2003 und auf 34 im Jahr 2004 zurück. Danach stieg sie wieder leicht an: im Jahr 2005 auf 45, im Jahr 2006 auf 49, im Jahr 2007 auf 51.

2007 kontrollierte der Schulzahnpflegedienst 9404 Kinder, und 7943 von ihnen erhielten eine geeignete Behandlung.

#### c) Kieferorthopädische Behandlungen

Die in der Pérolles-Strasse 23 in Freiburg und im Kollegium des Südens in Bulle befindlichen kieferorthopädischen Kliniken sind auf die Behandlung dentofazialer Missbildungen spezialisiert.

Anders als in früheren Jahren erfuhr der Betrieb der kieferorthopädischen Kliniken dieses Jahr nur sehr wenige Störungen. Das Personal blieb sehr stabil, nur ein Wechsel zwischen zwei Kieferorthopäden ist zu vermelden. Dies kam der finanziellen Situation der Kliniken zugute, und die Ergebnisse liegen sogar über den Vorhersagen. 2007 stieg die Zahl von Patientinnen und Patienten, die eine kieferorthopädische Behandlung wünschen, leicht an. Der Dienst hat keine Warteliste mehr, und jeder neuen Behandlungsnachfrage kann innert vernünftiger Frist entsprochen werden. Der Umsatz der kieferorthopädischen Kliniken beläuft sich auf 1 882 669 Franken. 1870 Kinder wurden im Laufe von 9137 Sitzungen behandelt.

| Kliniken                           | 1<br>Total der Kinder, die die Möglichkeit hatten, die Schulzahnklinik zu bean-spruchen | 2<br>In der Schulzahnklinik kontrollierte Kinder | 3<br>In der Schulzahnklinik behandelte Kinder | 4<br>In der Schulzahnklinik kontrollierte und privat behandelte Kinder | 5<br>Privat kontrollierte und behandelte Kinder (mit Bestätigung) | Total der Rechnungen | In der Schulzahnklinik behandelte u. kontrollierte Kinder |
|------------------------------------|---|--|---|--|---|----------------------|---|
| Buissonnets                        | 1'853   | 1'097  | 875   | 210  | 756   | 236'335.40           | 59.20%  |
| Freiburg                           | 2'346   | 1'526  | 1'365   | 157  | 820   | 325'930.35           | 65.05%  |
| Romont / Glâne                     | 2'183   | 1'199  | 1'005   | 76   | 984   | 195'941.40           | 54.92%  |
| Nr. 3 Saane                        | 3'360   | 810  | 769   | 33   | 2'550   | 128'811.65           | 24.11%  |
| Nr. 4 Vudalle Bulle / Greyerz      | 726   | 406  | 359   | 36   | 320   | 115'355.75           | 55.92%  |
| Nr. 5 Broye                        | 2'278   | 1'054  | 922   | 129  | 1'224   | 154'773.30           | 46.27%  |
| Nr. 8 Marly, Do./Fr.               | 2'015   | 649  | 649   | -  | 1'366   | 82'252.15            | 32.21%  |
| Nr. 9 Villars-s-Glâne, Mo./Di.     | 1'010   | 683  | 476   | 207  | 327   | 107'864.70           | 67.62%  |
| Nr. 10 Collège Sud Bulle / Greyerz | 3'243   | 1'233  | 1'035   | 174  | 2'010   | 193'978.40           | 38.02%  |
| Nr. 11 Düdingen, Mi./Do./Fr.       | 2'891   | 747  | 488   | 258  | 2'144   | 87'922.05            | 25.84%  |
| <b>Total</b>                       | <b>21'905</b>   | <b>9'404</b>                                     | <b>7'943</b>                                  | <b>1'280</b>   | <b>12'501</b>   | <b>1'629'165.15</b>  | <b>42.93%</b>   |

## IV. PSYCHOSOZIALER DIENST (PSD)

### 1. Aufgaben des Dienstes

Der Psychosoziale Dienst (PSD) ist der öffentliche Dienst des Kantons für ambulante Psychiatrie. Er befasst sich mit der erwachsenen Bevölkerung ab dem Alter von 18 Jahren. Er behandelt das ganze Spektrum psychiatrischer Störungen, mit einem besonderen Akzent jedoch auf Notsituationen, auf Fällen, die sozialer Interventionen bedürfen, und auf Fällen von Drogenabhängigkeit. Er stellt auch die psychiatrischen Konsultationen in den Spitälern und bestimmten öffentlichen Einrichtungen (Heime, Strafvollzugsanstalten, Polizeiposten) sicher, wo er auch die Aufgabe hat, das Personal in psychiatrischen Belangen zu unterstützen und zu sensibilisieren.

#### Leitung

Geleitet wird der Psychosoziale Dienst vom Chefarzt-Direktor Dr. Philippe Juvet.

Der PSD entfaltet seine Tätigkeit an mehreren Standorten: Psychosozialer Dienst in der Stadt Freiburg, dem die Fachstelle für Abhängigkeit (FSA) angeschlossen ist, und die Zweigstellen von Estavayer-le-Lac, Meyriez und Tavers; Psychosozialer Dienst in Bulle; freiburger hospital (HFR) - Standorte Fribourg-Freiburg und Riaz.

### 2. Ordentliche Tätigkeit

Diese Rubrik unterteilt sich in Haupt- und Nebentätigkeiten. Die Statistiktabellen geben das Leistungsvolumen und dessen Entwicklung seit dem Vorjahr wieder.

#### a) Haupttätigkeiten

Die Konsultationen und ambulanten Behandlungen werden hauptsächlich von der Ärzteschaft wahrgenommen, die 44% des gesamten Personals ausmacht. Ihren Beitrag leisten dabei auch das Pflegepersonal in Form von Pflegeverrichtungen und Gesprächen, die Psychologinnen und Psychologen in Form von Psychotherapien und psychologischen Beurteilungen mit der Durchführung von Tests, die Sozialarbeiterinnen und Sozialar-

beiter in Form der Unterstützung von Patientinnen und Patienten durch Beratung und bei Schwierigkeiten etwa im beruflichen, finanziellen und Wohnungsbereich. Die Betreuungen sind grundsätzlich multidisziplinär, wobei die Akteure der verschiedenen Berufe eng zusammenarbeiten. Wenn aber die Situation es zulässt, wird die Begleitung aus Gründen der Wirtschaftlichkeit von einer einzigen Mitarbeiterin oder einem einzigen Mitarbeiter sichergestellt.

Der Dienst gibt Leistungen den Vorrang, die die Privatpsychiatrie nicht erbringen kann. In Anbetracht der langen Wartefristen in den Privatpraxen ist dem Dienst daher in erster Linie am raschen Zugang zur Behandlung gelegen. Die Notfälle machen aus diesem Grund 27,6% der 2590 Neuzugänge im Lauf des Jahres aus. Für psychiatrische Fälle, die an die Allgemeinspitäler und ihre Notfallabteilungen gelangen, wird ein Bereitschaftsdienst täglich rund um die Uhr sichergestellt. Damit der Dienst für neue Fälle verfügbar bleibt, wird die Weiterbehandlung wenn möglich an externe Akteure delegiert (Psychiater, Hausarzt, Psychologen), mit denen eine enge Zusammenarbeit gepflegt wird.

Für Krisenfälle bietet der Dienst eine intensive mehrdisziplinäre Betreuung an, die bis hin zu täglichen Kontakten mit der Patientin oder dem Patienten reicht.

Für psychosoziale Fälle – d.h. Personen mit schweren, häufig psychotischen Störungen, die sich in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht auswirken – besteht ein spezifischer Therapieansatz. Diese Patientinnen und Patienten sind sich ihrer Störungen wenig bewusst, kümmern sich wenig um ihre Behandlung und versäumen daher oft ihre Termine. Um diesem Problem der Unregelmässigkeit beizukommen, wird ihnen eine Ansprechperson aus dem Pflegepersonal zugeteilt, zu der eine besondere Beziehung aufgebaut wird und die über die Kontinuität der Behandlung zu wachen hat.

Die Therapiegruppen sind ein sehr wirksames Instrument für die Behandlung bestimmter Pathologien. Sie erfüllen zudem das Kriterium der Wirtschaftlichkeit. Geleitet werden sie (unter ärztlicher Supervision) von

Psychologinnen oder Psychologen, Pflegefachpersonen, Sozialarbeiterinnen und -arbeitern.

Die Fachstelle für Abhängigkeit (FSA) befasst sich mit allen Suchtproblemen; dabei handelt es sich sowohl um unerlaubte Substanzen (Opiate, Kokain, Cannabis usw.) als auch legal erhältliche (Alkohol, Medikamente). Für die Abhängigkeit von Opiaten stehen Substitutionsprogramme zur Verfügung, namentlich mit Methadon. Auch für die Spielsucht (Missbrauch von Glücksspielen) und die Abhängigkeit vom Internetgebrauch bestehen spezifische Therapieprogramme.

Die Liaison-Psychiatrie bietet psychiatrische Konsultationen in den meisten öffentlichen Spitälern des Kantons an (HFR - Standorte Fribourg-Freiburg, Riaz, Châtel-St-Denis, Meyriez-Murten, Tafers; Interkantonales Spital der Broye – Standort Estavayer-le-Lac). Ihre Rolle besteht auch darin, die Pflgeteams dieser Institutionen zu unterstützen, wenn sie mit psychiatrischen Problemen konfrontiert sind, sie in diesem Bereich auszubilden und zu sensibilisieren.

#### b) Nebentätigkeiten

Die Anfertigung von Gutachten stellt eine nicht unbedeutende Aufgabe dar. Dabei geht es um IV-Gutachten, um Gutachten für Straf- und Zivilgerichtsbehörden. Die Zahl der Mandate für IV-Gutachten ist rückläufig, namentlich wegen einer Reorganisation der IV (Schaffung regionaler ärztlicher Dienste). Die Gutachten im strafrechtlichen Bereich betreffen immer öfter die Gefährlichkeit der zu Verurteilenden, häufig im Fall von Untersuchungshaft. Die Gutachten im zivilrechtlichen Bereich werden mehrheitlich von den Friedensgerichten verlangt und betreffen vormundschaftliche Massnahmen.

Die Ausbildung erfordert viel Zeit und Energie. Es handelt sich hauptsächlich um die Weiterbildung von Assistenzärzten für die Spezialisierung in Psychiatrie und Psychotherapie; diese muss den hohen Anforderungen der Schweizerischen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie entsprechen. Der Dienst nimmt auch ständig Praktikantinnen und Praktikanten auf (aus den Bereichen Psychologie, Krankenpflege, Rettungssanität). Regelmässig werden interne Ausbildungen organisiert, und der Dienst trägt auch zur Fortbildung der im Kanton praktizierenden Fachärztinnen und Fachärzte für Psychiatrie bei. Hierfür fanden im Laufe des Jahres sechs Vorträge in Form von Lunchmeetings statt.

#### c) Besondere Ereignisse

Mit dem Ziel einer bürgernahen Versorgung ist im April 2007 eine neue Zweigstelle des Dienstes im Spital Tafers eröffnet worden. Diese wird von einem Oberarzt zu 30%

bedient, was drei Halbtagen wöchentlich entspricht. Es handelt sich sowohl um eine ambulante Tätigkeit für die Bevölkerung der Region als auch um eine Liaison-Tätigkeit (Konsultation bei hospitalisierten Patientinnen und Patienten). Nach dieser Eröffnung sind es nur noch zwei Bezirke im Kanton, die keine Zweigstelle des PSD haben (Glane und Vivisbach).

Eine neue Therapiegruppe ist in Freiburg eingesetzt worden, sie nennt sich «Michael's game». Bestimmt ist sie ist für die Verbesserung der kognitiven Funktionen psychotischer Patientinnen und Patienten.

Auf administrativer Ebene sind die Variationen des Taxpunktwerts TARMED nach wie vor ein Unsicherheitsfaktor, der die Geschäftsführung kompliziert. Nach einem Wert von 0.75 Franken im Jahr 2006 galt im Jahr 2007 ein Taxpunktwert von 0.85 Franken.

Die Unzuverlässigkeit von Patientinnen und Patienten in der Einhaltung ihrer Sprechstundentermine veranlasste zur Einführung der Verrechnung von Terminen, die versäumt werden, wenn 24 Stunden im Voraus keine Abmeldung erfolgt. Diese Neuerung wirkte sich vor allem dahin gehend aus, dass die Patientinnen und Patienten es vermehrt melden, wenn sie am Kommen verhindert sind.

Die seit dem 1. Januar 2007 obligatorische Meldung der Psychotherapien mit einem Bericht an den Vertrauensarzt der Krankenversicherungen hat die administrative Arbeit vergrössert.

Im Übrigen vermehrten sich die Treffen und Gespräche mit dem Kantonalen Psychiatrischen Spital im Hinblick auf die Errichtung des Freiburger Netzes für die Pflege im Bereich psychische Gesundheit (FPN) per 1. Januar 2008. Die vorrangige Aufgabe der Entwicklung des ambulanten psychiatrischen Angebots wird künftig im Rahmen dieses Netzes verwirklicht.

### 3. Statistik

Die Statistiktabelle bilden die Tätigkeit des PSD genauer ab. Mit Ausnahme der die neuen Fälle und die ärztlichen Leistungen betreffenden Tabellen beinhalten sie nicht die Liaison-Tätigkeit am HFR, denn bestimmte statistische Daten werden für die Patientinnen und Patienten dieser Standorte nicht registriert.

Gesamthaft zeigen die Ergebnisse eine Stabilisierung der Anzahl neuer Fälle, eine Zunahme der ärztlichen und sozialen Leistungen und einen leichten Rückgang der psychologischen und Krankenpflegeleistungen.

Legende: Fri.: Freiburg; Est.: Estavayer; Mey.: Meyriez; HFR: HFR Standort Fribourg-Freiburg; Riaz: HFR Standort Riaz

#### Neue Fälle

|              | <i>Fri.</i> | <i>Est.</i> | <i>Mey.</i> | <i>Tafers</i> | <i>FSA</i> | <i>Bulle</i> | <i>HFR</i> | <i>Riaz</i> | <i>Total</i> |
|--------------|-------------|-------------|-------------|---------------|------------|--------------|------------|-------------|--------------|
| 2007         | 966         | 79          | 69          | 40            | 185        | 353          | 704        | 194         | 2 590        |
| im Jahr 2006 | 1 060       | 60          | 73          | -             | 177        | 344          | 745        | 146         | 2 605        |

Eine neue Rubrik, Tifers, ist infolge der Eröffnung einer neuen Zweigstelle des PSD im Spital Tifers eingefügt worden.

Mit 2590 Patientinnen und Patienten liegt die Zahl neuer Fälle sehr dicht bei der Zahl des Vorjahrs (2605). Zu verzeichnen ist ein leichter Rückgang in Freiburg (vielleicht wegen der Niederlassung von 4 neuen Psychiatern in

der Stadt), und ein Anstieg von 32% in Estavayer-le-Lac und von 32,8% im HFR – Standort Riaz.

Berücksichtigt man die Behandlungen, die von einem Jahr zum anderen fortgesetzt werden, so beläuft sich die Zahl von Patientenfällen, die im Jahr 2007 Konsultationen beanspruchten, auf 3980 (2006: 3287).

### Ärztliche Leistungen

|                                   | <i>Fri.</i> | <i>Est.</i> | <i>Mey.</i> | <i>Tifers</i> | <i>FSA</i> | <i>Bulle</i> | <i>HFR</i> | <i>Riaz</i> | <i>Total</i> |
|-----------------------------------|-------------|-------------|-------------|---------------|------------|--------------|------------|-------------|--------------|
| Einzelkonsultationen              | 5 632       | 407         | 614         | 62            | 786        | 2 964        | 939        | 237         | 11 641       |
| Not- oder Krisenkonsultationen    | 563         | 6           | 8           | -             | 31         | 94           | -          | -           | 702          |
| Paar- oder Familienkonsultationen | 52          | -           | -           | -             | -          | 29           | -          | -           | 81           |
| Gruppentherapie                   | -           | -           | -           | -             | -          | -            | -          | -           | -            |
| Externe Konsultationen            | 44          | -           | 15          | -             | 2          | 83           | -          | -           | 144          |
| Andere Leistungen                 | 953         | 54          | 208         | 7             | 408        | 772          | -          | -           | 2 402        |
| insgesamt                         | 7 244       | 467         | 845         | 69            | 1 227      | 3 942        | 939        | 237         | 14 970       |
| im Jahr 2006                      | 6 743       | 441         | 748         | -             | 1 414      | 4 103        | 970        | 186         | 14 605       |

Die Gesamtzahl der Leistungen ist stabil geblieben (14 970 gegenüber 14 605 im Jahr 2006), mit einer Zunahme in Freiburg (+ 7,4%) und am HFR – Standort Riaz

(+ 27%) und einem Rückgang in Bulle und in der Fachstelle für Abhängigkeit (FSA). Die Einzelkonsultationen sind gesamthaft im Steigen begriffen (+ 6,2%).

Die Zahl der Gutachten ist leicht rückläufig (-11%). Der Rückgang betrifft im Wesentlichen die IV-Gutachten; diese werden infolge einer Reorganisation der IV-Stelle (Schaffung eines regionalen ärztlichen Dienstes) weniger verlangt.

### Gutachten

|                        | <i>Freiburg</i> | <i>Bulle</i> | <i>Total</i> |
|------------------------|-----------------|--------------|--------------|
| IV-Gutachten           | 15              | 2            | 17           |
| Gerichtliche Gutachten | 27              | -            | 27           |
| Andere Gutachten       | 6               | 2            | 8            |
| insgesamt              | 48              | 4            | 52           |
| im Jahr 2006           | 54              | 2            | 56           |

### Leistungen der Krankenpflege

|                            | <i>Freiburg</i> | <i>Estavayer</i> | <i>Meyriez</i> | <i>Tifers</i> | <i>FSA</i> | <i>Bulle</i> | <i>Total</i> |
|----------------------------|-----------------|------------------|----------------|---------------|------------|--------------|--------------|
| Methadon, Buprenorphin     | 2               | -                | -              | -             | 1 258      | 143          | 1 403        |
| Antabus                    | 329             | -                | -              | -             | 218        | 414          | 961          |
| Andere Medikamente         | 1 359           | 1                | 2              | -             | 292        | 1 988        | 3 642        |
| Injektionen, Blutentnahmen | 726             | 2                | -              | -             | 86         | 596          | 1 410        |
| Infusionen                 | 19              | -                | -              | -             | -          | 2            | 21           |
| Urinkontrollen             | 108             | -                | -              | -             | 27         | 109          | 244          |
| Körperzentrierte Therapien | 66              | -                | -              | -             | -          | 97           | 163          |
| Gespräche                  | 1 243           | 2                | 2              | -             | 908        | 485          | 2 640        |
| Gruppentherapie            | 377             | -                | -              | -             | -          | 221          | 598          |
| Andere Leistungen          | 96              | -                | -              | -             | 231        | 201          | 528          |

|              |       |   |   |   |        |       |        |
|--------------|-------|---|---|---|--------|-------|--------|
| insgesamt    | 4 325 | 5 | 4 | - | 3 020  | 4 256 | 11 610 |
| im Jahr 2006 | 5 758 | 3 | 5 | - | 11 875 | 5 412 | 23 053 |

Der erhebliche Rückgang der Krankenpflegeleistungen (von 23 053 auf 11 610), wie er aus den Zahlen hervorzugehen scheint, ist irreführend. Er lässt sich im Wesentlichen auf einen neuen Verrechnungsmodus für die Abgabe von Substitutionsprodukten (Methadon, Buprenorphin) zurückführen: die Abrechnung nach Einzelabgabe ist durch eine wöchentliche Pauschalab-

rechnung ersetzt worden. Wegen dieses neuen Verfahrens ist die diese Leistung betreffende Zahl in der FSA von 10 236 auf 1258 gesunken, in Bulle von 1824 auf 143.

Ausgedrückt in verrechneter Zeit ist die Abnahme der Krankenpflegeleistungen viel weniger ausgeprägt (-14%).

### Psychologische Leistungen

|                        | Freiburg | Estavayer | Meyriez | Tafers | FSA   | Bulle | Total |
|------------------------|----------|-----------|---------|--------|-------|-------|-------|
| Einzeltherapie         | 718      | 17        | -       | -      | 822   | 372   | 1 929 |
| Paar-/Familientherapie | 2        | -         | -       | -      | -     | -     | 2     |
| Gruppentherapie        | -        | -         | -       | -      | 182   | 156   | 338   |
| Durchführung von Tests | 2        | -         | -       | -      | -     | -     | 2     |
| Auswertung von Tests   | 4        | -         | -       | -      | -     | -     | 4     |
| Andere Leistungen      | 108      | 2         | -       | -      | 348   | 45    | 503   |
| insgesamt              | 834      | 19        | -       | -      | 1 352 | 573   | 2 778 |
| im Jahr 2006           | 1 141    | 2         | -       | -      | 1 313 | 521   | 2 977 |

Festzustellen ist ein gesamthafter Rückgang psychologischer Leistungen um 6,6%. Dieser Rückgang zeigt sich

nur in Freiburg und lässt sich mit der längeren Absenz einer Psychologin aus Gesundheitsgründen erklären.

### Soziale Leistungen

|                        | Freiburg | Estavayer | Meyriez | Tafers | FSA | Bulle | Total |
|------------------------|----------|-----------|---------|--------|-----|-------|-------|
| Soziale Konsultationen | 988      | -         | 20      | -      | 110 | 232   | 1 350 |
| Gruppenkonsultationen  | 5        | -         | 1       | -      | -   | -     | 6     |
| Gruppentherapie        | 117      | -         | 14      | -      | 6   | 75    | 212   |
| insgesamt              | 1 110    | -         | 35      | -      | 116 | 307   | 1 568 |
| im Jahr 2006           | 767      | 2         | 31      | -      | 10  | 275   | 1 085 |

Gegenüber 2006 ist die Gesamtzahl der Leistungen um 45% gestiegen. Der Anstieg betrifft hauptsächlich die sozialen Konsultationen (+64%) und zeigt sich an allen Standorten.

### Verteilung der Diagnosen der neuen Fälle nach ICD-10

|     |  |        |
|-----|--|--------|
| F 0 | Organische psychische Störungen        | 2,3 %  |
| F 1 | Störungen durch psychotrope Substanzen | 17,7 % |
|     | davon F 10: Alkohol                    | 9,0 %  |
|     | davon F 11: Opiate                     | 2,6 %  |
| F 2 | Nichtorganische Psychosen              | 8,5 %  |
|     | davon F 20: Schizophrenien             | 4,2 %  |
| F 3 | Affektive Störungen                    | 21,3 % |
|     | davon F 32: depressive Episoden        | 9,5 %  |

|         |  |                  |
|---------|--|------------------|
| F 4     | Neurotische und reaktive Störungen<br>davon F 43: reaktive Störungen | 31,8 %<br>23,6 % |
| F 5     | Essstörungen, sexuelle Störungen und<br>Verhaltensauffälligkeiten    | 1,0 %            |
| F 6     | Persönlichkeitsstörungen   | 7,4 %            |
| F 7     | Intelligenzminderung   | 0,7 %            |
| F 8-9   | Störungen mit Beginn in der Kindheit                                 | 0,7 %            |
| Anderes | Andere und ohne Diagnose   | 8,6 %            |

Diese Tabelle zeigt die Diagnosen, die der Behandlung oder Untersuchung der neuen Fälle des PSD insgesamt zugrunde lagen, mit Ausnahme der Konsultationen im HFR – Standorte Fribourg-Freiburg und Riaz. Die Ver-

teilung der Diagnosen ist ziemlich gleich wie im Jahr 2006. Festzustellen ist aber eine Zunahme der Störungen in Verbindung mit der Verwendung psychoaktiver Substanzen (von 15,6 auf 17,7%) und ein Rückgang der reaktiven Störungen (von 25,8 auf 23,6%).

### Hospitalisationen

2007 veranlasste der Dienst 456 Spitaleinweisungen (2006: 461), mehrheitlich in das Kantonale Psychiatrische Spital (422). 180 Spitaleintritte erfolgten unfreiwillig (fürsorgerische Freiheitsentziehung), gegenüber 192 im Jahr 2006.

Wohnort der Patienten nach Bezirk

|                  |       |
|------------------|-------|
| Saane:           | 48,6% |
| Greyerz:         | 15,8% |
| Sense:           | 6,3%  |
| Broye:           | 9,8%  |
| Glane:           | 5,0%  |
| See:             | 6,2%  |
| Vivisbach:       | 3,4%  |
| Ausserkantonale: | 4,8%  |

Die Patientinnen und Patienten aus den deutschsprachigen Bezirken (See, Sense) sind wie im Jahr 2006 deutlich untervertreten (2007: 12,5%, 2006: 12,3%). Das Gleiche gilt für die Bezirke, in denen der PSD keine Zweigstelle unterhält (Glane, Vivisbach). Nach wie vor überwiegt der Anteil des Saanebezirks (48,6%, gegenüber 50,8% im Jahr 2006).

### Sprache

Gesamthaft machen die Deutschsprachigen nur 12% der Klientel aus (10% in Freiburg; 78% in Meyriez). Ihr Anteil ist gegenüber dem Vorjahr (13,8%) leicht rückgängig.

### Nationalität

Der Ausländeranteil insgesamt beträgt 27,9% (2006: 29,2%), davon 29,8% in Freiburg und 26,9% in Bulle. 57 Nationalitäten sind vertreten, mit allen damit verbundenen Sprachproblemen.

### Aufnahmeart

27,6% der neuen Fälle wurden notfallmässig und 6,4% nahezu notfallmässig (innert 48 Stunden) empfangen. Diese Zahlen belegen die Rolle des PSD in Krisensituationen. Die Zahl der notfallmässigen Aufnahmen ist gegenüber dem Vorjahr (25,8%) leicht gestiegen.

### Herkunft der Nachfragen

34,4% der Patientinnen und Patienten wandten sich aus eigener Initiative an den PSD, 17,1% wurden von ihrem behandelnden Arzt geschickt, 4% von ihrer Familie oder weiteren Angehörigen, 6,1% vom Kantonalen Psychiatrischen Spital und 5,3% vom HFR – Standort Fribourg-

Freiburg. Ein geringer Prozentsatz ist auf Verlangen der Polizei (2,6%) oder der Richter (2,6%) untersucht worden.

### Soziale Situation

Mit 7,1% sind Arbeitslose unter den Patientinnen und Patienten stärker vertreten als in der Freiburger Bevölkerung insgesamt; dies gilt auch für die Bezügerinnen und Bezüger von IV-Leistungen (11,6%) und die Asylsuchenden (1,9%). Zum vierten Mal ist die letztere Gruppe gegenüber dem Vorjahr rückläufig (2006: 3,1%).

### Alter und Geschlecht

Das Durchschnittsalter der Patientinnen und Patienten ist niedrig: 7% sind unter 20, 12,5% zwischen 20 und 25, 13,9% zwischen 25 und 30 und 12,6% zwischen 30 und 35 Jahre alt. Somit zählen 46% weniger als 35 Jahre. Die Patientinnen und Patienten von mehr als 65 Jahren sind wenig zahlreich: 6,4%.

Die Männer sind gegenüber den Frauen leicht übervertreten (52,6%).

## 4. Einzelinformationen über die Standorte

### a) PSD Freiburg

Die Anzahl neuer Fälle ist stabil geblieben, die ärztlichen Leistungen hingegen haben um 7,4% zugenommen. Um der dringlichen Nachfrage von Seiten des Zentralgefängnisses nachzukommen, ist die dortige Konsultationszeit verdoppelt worden (4 Stunden wöchentlich). Auf organisatorischer Ebene häufen sich die Fahrten der im Bereitschaftsdienst stehenden Ärzte nach auswärts (für Besuche in den Polizeiposten, im HFR – Standort Fribourg-Freiburg, im Kantonalen Psychiatrischen Spital) tagsüber immer mehr und wirken sich störend auf die Arbeit an Ort und Stelle aus.

### Psychologen

Neben ihren üblichen Aufgaben (Einzel- und Gruppenpsychotherapien, Tests, interne Ausbildung und Betreuung von Praktikanten) stellten die Psychologen ein Arbeitspapier fertig, das für Therapien nach dem kognitivverhaltenstherapeutischen und dem lösungsorientierten systemischen Ansatz bestimmt ist. Das Bekanntmachen dieses Dokuments war Gegenstand einer internen Ausbildung.

### Therapiegruppen

Die Gruppentherapien sind ein spezifisches und bewährtes Angebot des PSD. Sie ermöglichen es, dem wachsenden Hilfe- und Behandlungsbedarf auf wirtschaftliche Weise zu entsprechen.

Die unterschiedlichen Gruppen gelten jeweils spezifischen psychologischen Problemen, die häufig bei den Patientinnen und Patienten anzutreffen sind, und zwar unabhängig von den Diagnose-Kategorien. Sie beruhen auf gut strukturierten Modulen kognitivverhaltensthe-

rapeutischen Ansatzes. Geleitet werden sie von Psychologinnen und Psychologen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern und von Pflegefachpersonen unter ärztlicher Supervision.

Das Gruppenangebot erweiterte sich im Jahr 2007 um eine neue Gruppe mit dem Namen «Michael's game»; diese richtet sich an Personen mit psychotischen Störungen. Ziel ist die Korrektur kognitiver Verzerrungen im Denken der Teilnehmenden. Diese lernen, ihre eigenen Annahmen zu hinterfragen und gegebene Situationen unterschiedlich zu interpretieren.

Als deutschsprachiges Gruppenangebot hat sich die Gruppe «Selbstbestimmte Kommunikation und Sozialkompetenz», ein analoges Modul zur Gruppe «Affirmation de soi», erfolgreich etabliert.

Das sozialtherapeutische Gruppenangebot «Zeitstrukturierung im Alltag» für nicht berufstätige Personen, die häufig zurückgezogen in ihrer Wohnung leben und vom sozialen Ausschluss bedroht sind, entspricht einem wachsenden Bedürfnis; es kann auf 2 Module verlängert werden.

Die Gruppe «Umgang mit Emotionen» für Borderline-Patientinnen und -Patienten entspricht einem grossen therapeutischen Bedarf für diese schwierigen Fälle.

Die Gruppen «Selbstbehauptung» und «Entspannung» sind sehr gefragt. Sie bieten Lösungen für Schwierigkeiten, die quer durch ein breites Spektrum von Diagnosen anzutreffen sind.

Die im Jahr 2005 geschaffene Gruppe «Ernährung» richtet sich an arzneimittelbedingt übergewichtige Patientinnen und Patienten. Das Modul wird 2008 erneut durchgeführt.

Die Gruppen «Alkoholmissbrauch» gehören zu den Angeboten der FSA für verschiedene Formen der Abhängigkeit. Diese Gruppen mit dem Titel «Eine Sucht loswerden» sind stark besucht worden. Sie nehmen Personen in der Motivationsphase auf («Morgen höre ich auf!») sowie Personen, die zu einem kontrollierten Konsum zurückgefunden haben oder aber in einer Periode der Abstinenz stehen und nach Strategien für die Prävention eines Rückfalls suchen («Aktion: wie bleibe ich abstinent?»).

Statistik der Gruppentätigkeit 2007

| Gruppe                             | Anzahl Sitzungen      | Mittlere Anzahl Teilnehmende je Sitzung |
|------------------------------------|-----------------------|---|
| Umgang mit Emotionen               | 32 (2 x 16 Sitzungen) | 1. Modul: 6,0<br>2. Modul: 4,5          |
| Selbstbehauptung                   | 15                    | 8,2                                     |
| Selbstbestimmte Kommunikation (d.) | 15                    | 4,2                                     |
| Entspannung                        | 22                    | 4,7                                     |
| Ernährung                          | 0                     | 0                                       |

|   |    |     |
|---|----|-----|
| Zeitstrukturierung im Alltag            | 16 | 3,6 |
| Michael's game                          | 12 | 2,5 |
| Abhängigkeit: Motivation & Aktion (FSA) | 15 | 6,1 |

### Sozialer Sektor

Die Sozialarbeiterinnen intensivierten ihre Bemühungen, um die Autonomie und soziale Integration der Patientinnen und Patienten zu fördern, dies in enger Zusammenarbeit mit ihrem jeweiligen Netz, das aus der Familie, Institutionen, Freunden und Vereinen besteht. Die Leistungen nahmen um 44% zu. Insgesamt 198 Dossiers sind bearbeitet worden; die Zahl der Kontakte variierte von eins (punktuelle Evaluationsnachfrage) bis zu zwölf (Nachfragen nach mittel- oder längerfristiger sozialer Begleitung).

### b) Fachstelle für Abhängigkeit (FSA)

Die Fachstelle für Abhängigkeit arbeitet als Kompetenzzentrum im Kanton für alles, was mit Sucht zu tun hat: Abhängigkeit von illegalen Drogen, von Alkohol, Medikamentenmissbrauch oder auch Spielsucht und Abhängigkeit vom Internetgebrauch.

Eine detaillierte Prüfung der Jahresstatistik zeigt, dass Ende Dezember 2007 263 Patientinnen und Patienten in Behandlung standen. Von diesen standen 94 in einer Substitutionsbehandlung mit Methadon, und 21 Personen erhielten Buprenorphin, eine Opiatsubstanz, die dem Methadon sehr nahe steht. Eine nicht unbeträchtliche Gruppe von Patientinnen und Patienten (55) erhält die Substitutionsbehandlung nicht in der FSA, sondern in den Apotheken, hauptsächlich in der Stadt Freiburg, bei gleichzeitiger psychotherapeutischer Begleitung durch das FSA-Team. Einige der Patientinnen und Patienten werden schon seit mehr als 10 Jahren hier betreut. Es handelt sich um Personen in Substitutionsbehandlung. Für andere, namentlich solche mit einem Alkoholproblem oder für krankhaft spielsüchtige Personen ist die Betreuung natürlich kürzer; manchmal reicht eine einzige Sitzung zwecks Orientierung und Information. Die Probleme im Zusammenhang mit dem Konsum illegaler Drogen hingegen bedingen längere und komplexere Behandlungen, kommen doch häufig weitere Suchtformen, somatische, psychologische und soziale Probleme hinzu. Die in der FSA behandelten Patientinnen und Patienten kommen mehrheitlich aus dem Saanebezirk (67%). 2007 waren die neu in der FSA behandelten Fälle (185 Patientinnen und Patienten) in der Mehrheit männlichen Geschlechts (80%). Diese Verteilung nach Geschlecht deckt sich mit derjenigen in anderen Zentren dieser Art.

Was die Leistungen anbelangt, so wurden 819 ärztliche Konsultationen von den beiden Ärzten des Teams sichergestellt. Dieses Ergebnis liegt leicht unter dem Vorjahr. Hingegen haben bestimmte Krankenpflegeleis-

tungen zugenommen, mit namentlich 908 Gesprächen gegenüber 641 im letzten Jahr. Wegen einer Änderung in der Verrechnung der Methadonabgabe an die Patienten (wöchentliche Pauschalverrechnung statt nach Einzelabgabe) sind die Zahlen von 2006 und 2007 nicht vergleichbar. Das Team zählt zwei Psychologen, die die therapeutischen Leistungen im Vergleich zu 2006 leicht steigern konnten. Seit 2007 schliesslich bietet eine Sozialarbeiterin in Teilzeitbeschäftigung soziale Leistungen in der FSA an, in Ergänzung zu denjenigen des Tremplin für rund einen Drittel der drogenabhängigen Patientinnen und Patienten. Sie befasst sich mit Personen, die von erlaubten Drogen abhängig sind (Alkohol, Medikamente, Spielsucht).

Die gruppenbezogenen Leistungen waren zahlreicher und häufiger als im letzten Jahr. Die Rückverfolgbarkeit der an die Patientinnen und Patienten abgegebenen Medikamente konnte dank einer intensiveren Zusammenarbeit mit der Apotheke des HFR – Standort Fribourg-Freiburg, die die FSA beliefert, verbessert werden. Mit der Umwandlung einer Assistenzarzt-Stelle in die Stelle eines Oberarztes konnte die ärztliche Kompetenz des therapeutischen Teams verstärkt werden.

Für die Erkennung und Behandlung der Hepatitis C, einer chronischen und potenziell tödlichen Krankheit, von der zahlreiche drogenabhängige Personen befallen werden, ist ein wichtiges Projekt eingeleitet worden. Eine Arbeitsgruppe hat Partnerschaften mit den verschiedenen Spezialisten aufgebaut, die für die Durchführung dieses Projekts nötig sind.

### **c) Konsultation am HFR – Standort Fribourg-Freiburg**

Die Tätigkeit der Liaison- und Konsiliarpsychiatrie am HFR – Standort Fribourg-Freiburg (früher Kantonsspital) blieb 2007 stabil mit 704 Neukonsultationen und 235 Folgekonsultationen für 133 Patientinnen und Patienten während des Spitalaufenthalts. Die Verteilung nach Altersklasse umfasst 191 Patienten im Alter ab 65 Jahren und 7 Patienten im Alter von unter 18 Jahren.

Die Verteilung der Diagnosen ist mit derjenigen der Vorjahre vergleichbar: 73 Diagnosen lauteten auf organische Störungen, 90 auf suchtbedingte Störungen, 50 auf schizophrene Störungen, 167 auf affektive Störungen und 248 auf Angst-, Anpassungs- und somatoforme Störungen. Zu bemerken ist der Anstieg auf 11 Diagnosen, die auf Essstörungen lauteten; für dieses Problem wird im HFR künftig eine spezialisierte Behandlung entwickelt. Die übrigen Diagnosen verteilen sich auf Persönlichkeitsstörungen (im Wesentlichen vom Typ *Borderline*) und andere.

Die am Standort Freiburg vom Dienst registrierten Suizidversuche beliefen sich im Jahr 2007 auf 125, leicht weniger als im Jahr 2006. Die Zahl der Einsätze in der Notfallabteilung belief sich auf 203, davon 139 während des Präsenzdienstes des Psychosozialen Dienstes und 106 in der Nacht und an Wochenenden. 80 Einweisungen ins

psychiatrische Spital waren nötig, davon 44 unfreiwillige und 36 freiwillige Eintritte. 5 Einweisungen erfolgten in psychiatrische Spitäler ausserhalb des Kantons. Zu vermerken sind auch drei fürsorgerische Freiheitsentziehungen für Patienten, die am Standort Freiburg hospitalisiert bleiben mussten und aus psychiatrischen Gründen urteilsunfähig waren.

Hier die Verteilung der Einsätze auf die Pflegeeinheiten des HFR – Standort Fribourg-Freiburg: 211 Interventionen in der Notfallabteilung, 353 in den Pflegestationen der Inneren Medizin, 12 in der Neuropsychiatrie, 82 in den Pflegestationen der Chirurgie und Orthopädie, 27 in der Intensivpflegeabteilung, 17 in den spezialisierten Pflegestationen (im Wesentlichen HNO und Schlafmedizin) und 2 in den Pflegestationen der Gynäkologie und Geburtshilfe.

Die Tätigkeit der Liaison- und Konsiliarpsychiatrie wurde durch einen vom PSD delegierten Leitenden Arzt zusammen mit zwei Oberärzten in Teilzeit wahrgenommen.

### **d) Zweigstelle Estavayer-le-Lac**

Die in den Gebäuden des Spitals befindliche Zweigstelle Estavayer-le-Lac wurde bis 1. September 2007 von einem ständigen Arzt, Facharzt für Erwachsenenpsychiatrie, und ab 1. Oktober 2007 von einer Oberärztin des PSD Freiburg versehen. Die Konsultationen erfolgten während des ganzen Jahres an wöchentlich zwei Tagen, ausser im September, als kein Arzt zur Verfügung stand.

Was die Leistungen anbelangt, so galt der Vorrang nach wie vor der Liaison-Psychiatrie im interkantonalen Spital der Broye, Standort Estavayer-le-Lac, sowie in den Institutionen der Region (La Rosière, Les Mouettes). Die Nachfrage des Pflegeheims Les Mouettes ist infolge des vermehrten Konsultationsangebots des alterspsychiatrischen Dienstes des Kantonalen Psychiatrischen Spitals zurückgegangen. Dennoch legt die Pflegeleiterin des Pflegeheims Wert darauf, ergänzend zur Tätigkeit des alterspsychiatrischen Dienstes einen halben Konsultationstag bei der Zweigstelle zu behalten.

2007 belief sich die Zahl der Konsultationen auf 467 (2006: 441); darin enthalten sind 79 neue Fälle, von denen 50, mit 25 Konsilien, in den letzten 3 Monaten untersucht wurden. Die Eröffnung einer Station für palliative Pflege im interkantonalen Spital der Broye, Standort Estavayer-le-Lac, trug zu einer vermehrten Nachfrage nach Konsilien bei.

Die ambulante Betreuung von Patientinnen und Patienten ist nach wie vor schwierig, vor allem in Krisensituationen, denn mit wöchentlich 2 Tagen Präsenz am Standort und der vermehrten Nachfrage des HIB nach Konsilien kann eine enge Begleitung nicht gewährleistet werden. Demzufolge muss ein Teil der Patientinnen und Patienten an privat praktizierende Psychiater überwiesen werden, die in Freiburg niedergelassen sind. Dies stellt die Patientinnen und Patienten häufig vor ein

Organisationsproblem, so dass sie die psychiatrische Behandlung rasch aufgeben und zu den Allgemeinärztinnen und -ärzten der Region zurückkehren, von denen sie wiederum erneut an die Zweigstelle überwiesen werden.

Die Unzulänglichkeit des Angebots hat dazu geführt, dass die Ärzteschaft der Region und des HIB eine Ausweitung der psychiatrischen Präsenz in der Zweigstelle verlangt.

#### e) Zweigstelle Meyriez

Die Zweigstelle am HFR – Standort Meyriez-Murten, die im Frühjahr 2008 seit fünf Jahren besteht, behielt im Jahr 2007 ihr Angebot und ihre Leistungen auf dem vorjährigen Niveau bei. Die beiden Schwerpunkte der Tätigkeit bestehen nach wie vor in der ambulanten Versorgung der Bevölkerung der Region und der Konsiliar- und Liaison-Psychiatrie am HFR – Standort Meyriez. Insgesamt erfolgten 600 Konsultationen in Form von Abklärungen, Beratung oder Behandlungen (593 im Jahr 2006). 36 davon betrafen Konsilien (2006: 36) und 36 Neuaufnahmen (2006: 73). Der Rückgang bei den Neuaufnahmen erklärt sich durch die Sättigung der Konsultationstätigkeit, so dass nur ein Teil der neuen Nachfragen berücksichtigt werden kann.

Erfreulich ist, dass das physio- und das ergotherapeutische Personal des Spitals seine Tätigkeit im Jahr 2007 ausgeweitet hat und namentlich spezifische Behandlungen für Patientinnen und Patienten mit psychischen Problemen anbietet. Dies führte zu einer intensiveren Zusammenarbeit und einer umfassenderen und bedürfnisgerechten Betreuung der psychisch Kranken in der Region.

#### f) Zweigstelle Tafers

Diese Zweigstelle ist 2007 neu errichtet worden.

Die liaisonpsychiatrischen und die ambulanten psychiatrischen Konsultationen am HFR – Standort Tafers haben im April angefangen. Wahrgenommen werden sie von einem Oberarzt, der zunächst an zwei Halbtagen wöchentlich anwesend war. Ab Oktober 2007 wurde diese Präsenzzeit auf wöchentlich drei Halbtage erweitert.

In den ersten neun Tätigkeitsmonaten erfolgten 28 ambulante Konsultationen und 36 psychiatrische Konsilien, darunter 33 neue Fälle. Von diesen 33 hospitalisierten und untersuchten Patientinnen und Patienten waren 13 (39%) mindestens 65 Jahre alt, und 3 (9%) sind ins psychiatrische Spital verlegt worden. Ein einziger Suizidversuch ist zu melden.

#### g) Konsultation am HFR – Standorte Billens, Riaz und Châtel-St-Denis

Die Liaison-Psychiatrie an den HFR-Standorten Billens (derzeit in Renovation), Châtel-St-Denis und Riaz funktionierte nach den gleichen Modalitäten wie im Jahr 2006.

Die Konsultationen wurden von einer Oberärztin des PSD wahrgenommen; sie ist an vier Halbtagen wöchentlich am HFR – Standort Riaz präsent. Die notfallmässigen Interventionen, die von den Bereitschaftsärzten des PSD geleistet werden, sind in der Statistik 2007 inbegriffen.

Die Liaison-Psychiatrie befasst sich mit den Konsultationen und psychiatrischen Betreuungen an den Standorten Riaz und Châtel-St-Denis, da die Dienste des Standorts Billens derzeit auf diese beiden Spitäler aufgeteilt sind. Die Psychiaterin stellt die Supervision der Pflgeteams in Fällen, die einer interdisziplinären Versorgung bedürfen, sicher. Auch betreut sie die Psychologie-Praktikantinnen und -Praktikanten des PSD während ihres Praktikums im Süden des Kantons und wirkt in der Weiterbildung der Assistenzärztinnen und -ärzte des HFR mit.

Die Gesamtzahl der Liaison-Konsultationen im Jahr 2007 beläuft sich auf 237 (27% mehr als 2006); darin enthalten sind 194 neue Fälle (33% mehr als im Jahr 2006) und 43 Folgekonsultationen. Diese Zahl umfasst auch die Supervisionsitzungen für die Pflgeteams. 64 Konsilien waren durch Suizidversuche begründet, was einem grossen Anstieg entspricht (52% mehr als im Vorjahr). Es wurden 37 Verlegungen ins psychiatrische Spital verlangt, davon 8 Freiheitsentziehungen auf Gutachten der beratenden Psychiaterin.

#### h) Psychosozialer Dienst Bulle

Im PSD Bulle ist die Zahl neuer Fälle leicht gestiegen (+ 3%; 353). Die ärztlichen Leistungen blieben stabil, mit einem leichten Rückgang der Anzahl Konsultationen (- 4%). Hingegen wurde den Behandlungen ein wenig mehr Zeit als im Jahr 2006 gewidmet (+ 2%).

Die psychologischen Leistungen nahmen um 10% zu (573).

Die Leistungen der Krankenpflege nahmen vor allem bei den Injektionen und Blutentnahmen zu (+ 28%), den Gesprächen mit Patientinnen und Patienten (+ 20%), der Arzneimittellabgabe (+ 11,5%) sowie in der Mitwirkung bei der Leitung von Therapiegruppen.

Der starke Rückgang der Leistungen in Bezug auf die Methadonabgabe ist das künstliche Ergebnis einer neuen Methode für die Abrechnung über die Methadonabgaben (Pauschalverrechnung).

Die sozialen Leistungen sind um 12% gestiegen. Neue, die Leitung von Therapiegruppen betreffende Leistungen konnten erfasst werden, für die noch kein Vergleich mit dem Vorjahr möglich ist.

Erstkonsultationen werden häufig innert 24 Stunden verlangt und erteilt (37% der Fälle gegenüber 30% im Jahr 2006). Die neuen Patientinnen und Patienten kommen hauptsächlich aus dem Greyerzbezirk (60%); es folgen der Glane- und der Vivisbachbezirk (13,3% bzw. 12,4%). Der Anteil von Patientinnen und Patienten aus dem Saanebezirk ist deutlich gestiegen (8,5% der neuen Patientinnen und Patienten im Jahr 2007).

Die Patientinnen und Patienten kommen mehrheitlich aus eigener Initiative oder auf Anstoss durch ihre Familie (41,3%). Ein weiterer grosser Teil wird von den behandelnden Ärztinnen und Ärzten für somatische Medizin geschickt (22,4%). 42% der Konsultationen werden von Ärztinnen oder Ärzten verlangt, die ambulant oder im Spital praktizieren. Das Kantonale Psychiatrische Spital schickt 9% der neuen Fälle. Rückläufig ist die Nachfrage von Seiten der Justiz, der Polizei und der Gefängnisdienste (4,5%), des Friedensgerichts und der Vormundschaftsämter (2,8%) und vor allem des Roten Kreuzes, das nur 4 Fälle von Asylsuchenden geschickt hat. Die Sozialdienste, die Werkstätten und verschiedene soziale Einrichtungen machen 5,4% der Nachfrage aus.

27% der Patientinnen und Patienten sind ausländischer Abstammung und kommen aus 27 Ländern (in absteigender Reihenfolge): Portugal (40%) der ausländischen Population, Frankreich (23,5%), Italien (7,4%), Türkei (6,3%), Kosovo (4,2%).

Im Ausbildungsbereich lief die Supervision der interdisziplinären Arbeit weiter, mit regelmässigen internen Supervisionen, zu denen vierteljährliche, von einem PSD-externen Psychiater geleitete Supervisionsitzungen kommen.

## 5. Weitere Tätigkeiten

### a) Konsultationsstandort Stadt Freiburg

Der Chefarzt-Direktor hielt mehrere Referate für Berufskollegen und verschiedene Vereine. Er beteiligte sich aktiv an den Sitzungen im Zusammenhang mit dem neuen Gesetz über die Pflege im Bereich psychische Gesundheit. Er lehrte nach wie vor Psychopharmakologie am Departement für Psychologie und am Heilpädagogischen Institut der Universität Freiburg. Er tagte als Stellvertreter in der beratenden Kommission für die bedingte Entlassung aus dem Strafvollzug.

Der für die FSA Verantwortliche nahm an drei nationalen Kongressen teil, die der Forschung und Behandlung im Suchtbereich galten. Er trug zur Verbreitung der Erkenntnisse in diesem Bereich bei, indem er am Psychologischen Departement der Universität Freiburg einen Kurs über die Behandlung von Drogenabhängigkeit erteilte. Einen Kurs über die Behandlung der Alkoholsucht erteilte er im Rahmen der Fortbildung für die Psychiater des Standorts Cery, der zum Universitätsdepartement für Erwachsenenpsychiatrie des Kantons Waadt gehört. Als Sachverständiger schliesslich wurde er von der UNO für Ausbildungen im Zusammenhang mit Motivationsgesprächen auf Mauritius und in Kenia beauftragt.

Innerhalb seiner liaisonpsychiatrischen Tätigkeit nahm der Leitende Arzt an den interdisziplinären Kolloquien in der Notfallabteilung des HFR – Standort Fribourg-Freiburg zum Thema Gewaltprävention und an regelmässigen interdisziplinären Kolloquien in Schlafmedizin teil. Er organisierte in Zusammenarbeit mit dem liaisonpsychiatrischen Dienst des CHUV Ausbildungs-

kolloquien im Hinblick auf die Einführung von Empfehlungen für die klinische Praxis im Fall von akuten Verwirrungszuständen und Störungen des Essverhaltens. Als Mitglied des Vorstands des Ärztekollegiums des HFR-Standorts Fribourg-Freiburg sorgte er für die Verbindung mit den psychiatrischen Einrichtungen des Kantons im Rahmen der Umsetzung des FSN. Er ist auch im Vorstand des Vereins Suizidprävention im Kanton Freiburg tätig. Er ist Mitglied des Stiftungsrats des Foyer St-Louis in Freiburg, wo er zudem als beratender Psychiater und Supervisor tätig ist. Seit November 2007 präsidiert er die Vereinigung freiburgischer Fachärztinnen und Fachärzte für Psychiatrie. Er ist Vorstandsmitglied der Freiburger Gesellschaft für Familientherapie und systemische Intervention und erhielt den Titel der Schweizerischen Gesellschaft für Familientherapie und systemische Intervention als Familientherapeut.

### b) Konsultationsstandort Bulle

Der für den PSD Bulle verantwortliche Chefarzt-Vizedirektor war aktives Vorstandsmitglied der freiburgischen Gesellschaft für psychische Hygiene und der Westschweizer Sektion der Schweizerischen Gesellschaft für Sozialpsychiatrie. In Zusammenarbeit mit der AFAAP wirkte er in einer Arbeitsgruppe mit, die sich mit Patientenverfügungen befasst. In Grangeneuve wirkt er an der Plattform für die Hilfe an landwirtschaftliche Betriebe in Schwierigkeiten mit (AED), indem er in psychologischen und psychiatrischen Aspekten solcher Situationen berät.

## V. KINDER- UND JUGENDPSYCHIATRISCHER DIENST (KJPD)

### 1. Aufgaben des Dienstes

Der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst (KJPD) befasst sich mit der ambulanten psychiatrischen und psychotherapeutischen Betreuung von Kindern und Jugendlichen des Kantons Freiburg unter 18 Jahren. Der KJPD bietet ambulante Konsultationen in seiner zentralen Poliklinik in Freiburg an sowie in seinen regionalen Zweigstellen im freiburger Spital – Standort Meyriez, im interkantonalen Spital der Broye (HIB – Standort Estavayer-le-Lac) und in Bulle für den Süden des Kantons. Die Zusammenarbeit mit der Kinderklinik des freiburger Spitals – Standort Freiburg beruht auf der Anwesenheit von Konsiliar- und Liaison-Psychiatern.

### Leitung

Geleitet wird der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst vom Chefarzt Dr. Patrick Haemmerle.

### 2. Haupttätigkeiten

#### a) Konsultationen in der zentralen Poliklinik

Die Nachfrage nach Konsultationen blieb im medizinisch-psychiatrischen, psychologischen und sozialen Bereich hoch, obwohl in den letzten Jahren mehrere kin-

der- und jugendpsychiatrische Praxen eröffnet worden sind.

Ende 2007 standen noch 67 Fälle auf der Warteliste (91 im Jahr 2006 und 118 im Jahr 2005). Diese Zahl ist zwar immer noch hoch, jedoch stellen wir eine fallende Tendenz fest.

#### b) Regionale Konsultationen

Obwohl der Dienst seine regionalen Konsultationen während des Jahres nicht konsolidieren konnte, wurde die Nachfrage nicht geringer. Um die Kinder und ihre Familien nicht zu lange warten zu lassen, wurden sie zum Teil an die zentrale Poliklinik verwiesen. Unter dem Aspekt der Erreichbarkeit muss das regionalisierte Angebot so bald wie möglich verstärkt werden.

#### c) Kinder- und jugendpsychiatrische Konsultationen und Mitarbeit der Konsiliar- und Liaison-Psychiater in der Kinderklinik des freiburger spitals – Standort Freiburg

Der Dienst konnte die «K&L»-Mitarbeit, das heisst die Konsilien, die Liaison-Psychiatrie und die Kriseninterventionen weiterführen. Diese immer mehr gefragten Interventionen stellen eine wertvolle und wichtige Form der Zusammenarbeit mit der Ärzteschaft der Fachbereiche für somatische Medizin dar. Die wöchentlichen Kolloquien mit dem Ärzteteam fanden weiterhin statt, und der Dienst steht für Adhoc-Ausbildungen der Ärzteschaft und des Pflorgeteams der Kinderklinik zur Verfügung.

#### d) Zusammenarbeit mit weiteren Diensten und Institutionen

Getreu seinem sozialpsychiatrischen und systemischen Ansatz arbeitete das mehrdisziplinäre Team des KJPD weiterhin mit zahlreichen Institutionen, Akteuren und im Jugendbereich tätigen Berufspersonen zusammen: den Spitälern des Kantons, der Kinderklinik des freiburger spitals – Standort Freiburg, dem Jugendamt, den so genannten Hilfsdiensten im Schulbereich mit ihren Schulpsychologinnen und -psychologen, Psychomotorikerinnen und Logopädinnen, dem ambulanten Dienst für Erziehungsfragen, den Vormundschaftsämtern, dem Dienst für Familienplanung und Sexualinformation, dem Office familial und seinem Mütter- und Väterberatungsdienst, der therapeutischen Tagesstätte, den Jugendstrafrichtern, den Friedensgerichten, den Sonderheimen für Kinder und Jugendliche. Diese Formen der Zusammenarbeit konkretisierten sich namentlich in Interventionen pädagogischer, erzieherischer, therapeutischer, medizinischer, pflegerischer Art.

2007 verstärkte sich die Zusammenarbeit mit dem Kantonalen Psychiatrischen Spital im Zusammenhang mit den jugendpsychiatrischen Stationen. Die interdisziplinäre und interinstitutionelle Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit abgeschlossen und ein Konzept für die Jugendpsychiatrie von heute und im künftigen Sektor Kinder- und Jugendpsychiatrie des Freiburger Netzes für die Pflege im Bereich psychische Gesundheit (FPN) unterbreitet. Die Einzelheiten dieser Zusammenarbeit sind dem Jahresbericht des Kantonalen Psychiatrischen Spitals für das Jahr 2007 zu entnehmen.

#### e) Statistik der Ärztlichen Leistungen:

|                   | <i>Freiburg</i> | <i>Bulle</i> | <i>HFR Standort Freiburg</i> | <i>Estavayer</i> | <i>Meyriez</i> | <i>Insgesamt</i> |
|-------------------|-----------------|--------------|------------------------------|------------------|----------------|------------------|
| Konsultationen    | 2224            | 46           | 82                           | 97               | 40             | 2489             |
| Andere Leistungen | 1063            | 18           | 9                            | 86               | 21             | 1197             |
| Insgesamt         | 3287            | 64           | 91                           | 183              | 61             | 3686             |

#### Psychologische Leistungen:

|                   | <i>Freiburg</i> | <i>Bulle</i> | <i>HFR Standort Freiburg</i> | <i>Estavayer</i> | <i>Meyriez</i> | <i>Insgesamt</i> |
|-------------------|-----------------|--------------|------------------------------|------------------|----------------|------------------|
| Konsultationen    | 1698            | 10           |                              |                  | 59             | 1767             |
| Andere Leistungen | 1019            | 7            |                              |                  | 11             | 1037             |
| Insgesamt         | 2717            | 17           |                              |                  | 70             | 2804             |

#### Soziale Leistungen:

|                | <i>Freiburg</i> | <i>Bulle</i> | <i>HFR Standort Freiburg</i> | <i>Estavayer</i> | <i>Meyriez</i> | <i>Insgesamt</i> |
|----------------|-----------------|--------------|------------------------------|------------------|----------------|------------------|
| Konsultationen | 456             |              |                              |                  | 1              | 457              |
| Anderes        | 99              |              |                              |                  |                | 99               |
| Insgesamt      | 555             |              |                              |                  | 1              | 556              |

**3. Weitere Tätigkeiten**

Um die Bevölkerung besser über psychische Störungen zu informieren, wirkte der Dienst an öffentlichen Vorträgen und an Ausbildungen für verschiedene Berufsgruppen mit.

Die vom Chefarzt bei den öffentlichen Vorträgen behandelten Themen betrafen hauptsächlich die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien.

Die vom Chefarzt im Laufe des Jahres gehaltenen Vorträge gelten den folgenden Themen:

- Die psychiatrischen Einrichtungen des Kantons Freiburg
- Der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst und seine Arbeitsweise
- Vernachlässigung, Misshandlung und sexuelle Ausbeutung von Kindern
- Das psychoorganische Syndrom – neue Erkenntnisse
- Die Prävention des Suizids junger Menschen in unterschiedlichem Kontext (ambulant, im Spital oder im Pastoralbereich)
- Psychische Gesundheit und öffentliche Gesundheit
- Strukturen der psychiatrischen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche in der Schweiz
- Die Kinder- und Jugendpsychiatrie als Sozialpsychiatrie

Ausserdem gingen die ärztlichen und psychologischen Kaderpersonen weiterhin ihren Verpflichtungen an der Hochschule für Gesundheit, der Hochschule für Sozialarbeit und weiteren spezialisierten Institutionen nach.

Der Dienst setzte sich in der Arbeitsgruppe für die Prävention der Misshandlung und sexuellen Ausbeutung von Kindern ein (GRIMABU). Die stellvertretende Chefarztin wirkte aktiv im Child abuse and neglect prevention team (CAN-Team) mit, und die verantwortliche Psychologin setzte sich vor allem in der Ausbildung der Lehrerschaft ein.

Der Chefarzt ist Präsident des Vereins für die Suizidprävention im Kanton Freiburg (PréSuiFri). Der Verein hat «guidelines» für verschiedene Berufsgruppen veröffentlicht. Er setzt sich derzeit in der Verbreitung dieser Dokumente ein. Der Dienst stellte diese anlässlich verschiedener Ausbildungsanlässe im Rahmen der Suizidprävention vor. Die Zusammenarbeit zwischen dem Dienst und PréSuiFri läuft weiter, insbesondere rund um die Thematik älterer Menschen und der Beihilfe zum Suizid.

In Bezug auf die Prävention des Suizids Jugendlicher wurde der Chefarzt von Radio Suisse Romande zu einem direkt übertragenen Gespräch mit dem Direktor des Bundesamtes für Gesundheit, Prof. Thomas Zeltner, eingeladen.

Als Mitglied der Eidgenössischen Kommission für Familienfragen (EKFF) beteiligte sich der Chefarzt an mehreren Sitzungen und Arbeitstagen dieser Kom-

mission. Am «Familienforum» in Bern, einer jährlich stattfindenden öffentlichen Wissenschaftstagung, hatte er Gelegenheit, eine Vortragssession zum Thema «Familie im Wandel» zu moderieren. Am schweizerischen Kongress «Mental Health in Public Health» moderierte er auch den Workshop über die Forschungsergebnisse im Bereich der Suizidprävention.

Der KJPD wirkt mit an der Weiterbildung künftiger Ärztinnen und Ärzte für Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie von Psychologinnen und Psychologen, die Kinder- und Jugend-Psychotherapeuten werden möchten. Er organisiert interne Ausbildungen für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und schickt diese ausserdem in spezifische Ausbildungen, die dem psychodynamischen, dem familiensystemischen und dem kognitiv verhaltenstherapeutischen Ansatz gelten. Um die Qualität seiner Leistungen zu gewährleisten, organisiert der Dienst Therapie- und Teamsupervisionen. Die internen Ausbildungen stehen auch Personen offen, die dem Dienst nicht angehören.

Zusammen mit den schulpyschologischen Diensten und dem Jugendamt hat der KJPD zwei Arbeitshalbtage organisiert, die von einem externen Spezialisten des psychosozialen Bereichs moderiert wurden. Solche gemeinsamen Ausbildungsanlässe fördern die Interaktionen zwischen den genannten Diensten.

**4. Veröffentlichungen**

Haemmerle Patrick (2007): Editorial: Kindheit und Entwicklung. Schweizerische Zeitschrift für Psychiatrie und Neurologie, 1-2007.

**5. Statistik**

|  |               |     |
|--|---------------|-----|
| Anzahl   |               |     |
| - neue Fälle:  |               | 555 |
| - alte Fälle:  |               | 350 |
| Besondere Leistungen und Interventionen                    |               |     |
| - Notfälle (Interventionen innert 24 Stunden nach Meldung) |               | 66  |
| - Gutachten (Zivilrecht, Strafrecht, Militär, IV, OHG)     |               | 10  |
| - Konsilien  |               | 50  |
| - Rückzüge   |               | 113 |
| - Warteliste am 31.12.07                                   |               | 67  |
| Die folgenden Daten betreffen nur neue Fälle:              |               |     |
| <i>Alter</i>   | 0-5 Jahre     | 89  |
|  | 6-12 Jahre    | 206 |
|  | 13-16 Jahre   | 230 |
|  | 17-18 Jahre   | 30  |
|  | über 18 Jahre | 0   |
| Insgesamt  |               | 555 |
| <i>Geschlecht</i>  | weiblich      | 248 |
|  | männlich      | 307 |
| Insgesamt  |               | 555 |

|                               |                 |            |
|-------------------------------|-----------------|------------|
| <i>Sprache</i>                | französisch     | 480        |
|                               | deutsch         | 71         |
|                               | andere          | 4          |
| <b>Insgesamt</b>              |                 | <b>555</b> |
| <i>Gemeldet durch</i>         | Mutter          | 361        |
|                               | Vater           | 39         |
|                               | Patient/in      | 5          |
|                               | Drittperson     | 150        |
| <b>Insgesamt</b>              |                 | <b>555</b> |
| <i>Verteilung nach Bezirk</i> | Saane           | 296        |
|                               | Sense           | 31         |
|                               | Greyerz         | 72         |
|                               | See             | 46         |
|                               | Glane           | 29         |
|                               | Broye           | 58         |
|                               | Vivisbach       | 12         |
|                               | ausserkantonale | 11         |
| <b>Insgesamt</b>              |                 | <b>555</b> |

*Diagnosen (Mehrfachdiagnosen möglich):  
(nach ICD 10, internationale Klassifikation multifaktorieller Krankheiten)*

|   |      |
|---|------|
| – Verhaltens- und emotionale Störungen (F9)   | 96   |
| – Depressive Störungen, Angstzustände (F3 + F92.0)  | 113  |
| – Anpassungs- und neurotische Störungen (F4)  | 285  |
| – Entwicklungsstörungen (F8)  | 138  |
| – davon 20 invasive Störungen (Autismus)  |      |
| – Somatische, psychosomatische oder mit physiologischen Problemen verbundene Störungen (F5 + Faktor IV) | 150  |
| – davon   |      |
| 18 Störungen des Essverhaltens (Anorexie und Bulimie) (F50)   |      |
| 15 Störungen der Sphinkterfunktionen (Enuresis und Enkopresis) (F98.0 + F98.1)                          |      |
| 11 Suizidversuche (X60-84)  |      |
| – Psychosoziale Störungen oder abnorme psychosoziale Zustände   | 1071 |

*(Erläuterung: Die hohe Zahl in der letzten Rubrik zeigt, dass durchschnittlich bei jedem Kind 1 bis 2 psychosoziale Faktoren gefunden wurden, die als pathogen zu betrachten sind.)*

## VI. DIENST FÜR FAMILIENPLANUNG UND SEXUALINFORMATION (FSD)

### 1. Aufgaben des Dienstes

Der Dienst für Familienplanung und Sexualinformation hat zur Aufgabe, die Gesundheit und das Wohlbefinden im Geschlechts- und Gefühlsleben und im Zusammenhang mit der Fortpflanzung zu fördern. Es bietet jeder Person Information und Erziehung, Unterstützung und Begleitung, Orientierung in Fragen der sexuellen und

reproduktiven Gesundheit. Der Dienst umfasst zwei Sektoren, die Sexualinformation und die Familienplanung; diese entfalten ihre komplementäre Tätigkeit im ganzen Kanton. Der Dienst befindet sich in Freiburg und verfügt über zwei Informations- und Beratungszweigstellen, von denen sich eine in den Räumen des Réseau santé Gruyère in Bulle, die andere im freiburger Spital – Standort Meyriez-Murten befindet.

### Leitung

Geleitet wird der Dienst für Familienplanung und Sexualinformation von der Dienstchefin Marie Perriard.

### 2. Tätigkeiten

Der Dienst nimmt die Aufgaben wahr, die in Verbindung mit der Sexualerziehung, der Verhütung ungewollter Schwangerschaften, der Prävention sexuell übertragbarer Krankheiten und von HIV/AIDS, der Prävention sexueller Ausbeutung und von Misshandlungen stehen. Die ärztlichen Sprechstunden werden an wöchentlich zwei Tagen (12 Stunden) von einem Assistenzarzt der gynäkologischen Abteilung des freiburger Spitals – Standort Freiburg wahrgenommen.

#### a) Familienplanung und Schwangerschaftsberatung

Der Dienst bietet Personen auf ihren Wunsch hin Gespräche und für die sexuelle Gesundheit relevante Leistungen (Schwangerschaftstest, Empfängnisverhütung, Notfall-Empfängnisverhütung, HIV-Test) sowie gynäkologische Sprechstunden an. 2007 führte der Dienst 2123 Gespräche, die sich wie folgt aufteilen: 58% der Nachfragen betrafen die Empfängnisverhütung, 17% Schwangerschaftsfragen, 24% sexuell übertragbare Krankheiten und HIV/AIDS, 1% andere Fragen der sexuellen Gesundheit. Von den Personen, die den FSD aufsuchen, sind 55% unter zwanzig Jahre und von diesen wiederum 15% unter sechzehn Jahre alt. Der Anteil Jugendlicher unter sechzehn Jahren hat gegenüber den Zahlen der Jahre 2005 und 2006 um 2% zugenommen.

In Anwendung des Bundesgesetzes vom 9. Oktober 1981 über die Schwangerschaftsberatungsstellen bietet der Dienst auf Wunsch Gespräche an, die der Information, der Klärung und Unterstützung gelten. Die betroffenen Personen werden auch über die öffentliche und private Hilfe informiert, auf die sie zählen können, wenn sie sich entschliessen, eine Schwangerschaft auszutragen. In Situationen, die einer besonderen Begleitung bedürfen, arbeitet der Dienst mit der Vertrauenshebamme des freiburger Spitals – Standort Freiburg zusammen. 2007 führte der Dienst 352 Gespräche, von denen 73 ein Gespräch um Schwangerschaftsabbruch betrafen.

#### HIV/AIDS-Prävention

Mit dem Projekt «Freiwillige HIV-Beratung und -Testung 2007» (VCT) will das Bundesamt für Gesundheit

(BAG) die freiwillige HIV-Beratung und -Testung in der Schweiz fördern. Zu diesem Zweck schlägt es den betroffenen Zentren die Verwendung eines Schnelltests vor. Der Dienst erarbeitete ein Protokoll und bietet diese Leistung seit Mitte November 2007 in Freiburg und in der Zweigstelle Bulle an. 2007 wurden 275 Tests durchgeführt, davon 40 Schnelltests.

Im Rahmen der Veranstaltungen zum Welt-Aidstag vom 1. Dezember war die Aids-Koordinationsgruppe, die aus den Freiburger Akteuren der HIV / Aids-Prävention besteht, am Weihnachtsmarkt in Freiburg vertreten. Der FSD gehört zu dieser Koordinationsgruppe und wirkte am Projekt mit. Ebenfalls im Rahmen dieses 1. Dezember traten Beraterinnen in den Sprachkursklassen des «frauen raum» (Espacefemmes) auf, um eine Präventionsbotschaft zu vermitteln.

### Weitere Tätigkeiten

Als Kompetenzzentrum für sexuelle und reproduktive Gesundheit erteilte der Dienst Kurse im Rahmen der Berufsausbildung oder Fortbildung von Pflegefachpersonen, Fachangestellten Gesundheit und Studierenden einer Greyerzer Hotelfachschule. Auf Wunsch des Organisationskomitees des «Giron de la Sarine» beteiligte sich eine Beraterin an der Veranstaltung, um bei den Jugendlichen Präventionsarbeit zu leisten. Die Verantwortliche trat an der Universität Lausanne in der Grundausbildung für «guidance en éducation sexuelle, vie affective et planning familial (GESVAP)» auf.

### Zusammenarbeit

Der Dienst arbeitet mit mehreren Partnern des medizinischen, sozialen und erzieherischen Bereichs zusammen, namentlich mit den Freiburger Spitälern, den Gynäkologinnen und Gynäkologen, den Apotheken, dem Psychosozialen Dienst (PSD), dem Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst (KJPD), dem Jugendamt (JugA), dem «frauen raum», der Stiftung für Frau und Kind Aux Etangs und der Stiftung Passerelle in Bulle. Er hatte regelmässige Kontakte mit Empreinte (Fragen in Verbindung mit HIV / AIDS), mit dem Roten Kreuz (für Asylsuchende), mit FriSanté (für bedürftige Personen) und mit Grisélidis (für Prostituierte).

Der Dienst entwickelt eine regelmässige Zusammenarbeit mit den Erzieherinnen und Erziehern der Heime und Einrichtungen für Jugendliche wie Seedorf, Time Out, La Traversée, Transit, les Peupliers. Auf diese Weise können die verschiedenen in eine Situation implizierten Berufspersonen eine Präventionsstrategie ausarbeiten und die Nachhaltigkeit in der Erziehungsarbeit sicherstellen.

Der Dienst wirkt in verschiedenen Gruppierungen von Gesundheits- und Präventionsfachleuten mit, wie zum Beispiel: Groupement de promotion, de prévention et d'éducation à la santé du canton de Fribourg (GES), Groupement de coordination du Réseau Santé Gruyère, Groupement fribourgeois Coordination Sida und Verein Sozialtätige Deutschfreiburg (VSD).

### Ausbildung

Die Beraterinnen nahmen an der Fortbildung teil, die von der schweizerischen Vereinigung der Beraterinnen für Familienplanung organisiert wird. Eine Beraterin absolvierte die Ausbildung zur «professionnelle accompagnante», um die angehenden Beraterinnen in ihrem Praktikum begleiten zu können. Die Beraterinnen beteiligten sich auch an Foren oder Ausbildungstagen zum Thema der sexuellen und reproduktiven Gesundheit.

### b) Sexualinformation

Für den Dienst war das wichtige Ereignis des Jahres 2007 das Fest zum zwanzigjährigen Bestehen der Association romande et tessinoise des formateurs et formatrices en éducation sexuelle (ARTANES). ARTANES wählte Freiburg für dieses Jubiläum, wurde die Vereinigung doch 1987 in dieser Stadt gegründet. Der Dienst für Familienplanung und Sexualinformation, der seinerseits 21 Jahre Sexualerziehung im Kanton hinter sich hat, schloss sich der ARTANES an, um dieses Event zu organisieren. Der Tag unterteilte sich in drei Abschnitte, einen Ausbildungsteil, moderiert von Hélène Manseau, Professorin am Departement für Sexologie der Universität von Montreal, einen offiziellen Teil mit einer Ansprache von Staatsrätin Anne-Claude Demierre und einen festlichen Teil. Die Veranstaltung, an der zahlreiche Westschweizer Berufspersonen aus dem Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit teilnahmen, zeigte die Vitalität der Sexualerziehung in der Westschweiz auf und fand ein gutes Echo bei den Medien. In Verlängerung dieses Events organisierte der Dienst eine Ausstellung mit dem Titel «A cœur ouvert» in seinen Räumen.

Die Zahl der Einsatzstunden in den Schulklassen ist stabil. Aus den Zahlen des Jahres 2007 geht eine gestiegene Anzahl Primarschulklassen hervor (+ 59). Dies erklärt sich mit der Tatsache, dass einige Gemeinden einen weiteren Einsatz im 2. und 6. Primarschuljahr verlangt haben. Aus den Zahlen geht auch eine geringere Anzahl von Einsätzen in den Orientierungsschulklassen hervor. Dies steht damit in Verbindung, dass ein Wechsel in der Einsatzstufe erfolgte (2. statt 3. Jahr) und dass die Schulen im Jahr 2006 Kurse in der 2. und in der 3. Klasse programmiert hatten, um zu vermeiden, dass Schülerinnen und Schüler benachteiligt werden.

Infolge eines Experiments in einer Orientierungsschule, das einen gewissen Erfolg zeitigte, nimmt die Arbeit mit den Eltern von Jugendlichen eine andere Ausrichtung. Statt eines systematischen Informationsabends für die Eltern der betroffenen Schülerinnen und Schüler lädt der Dienst die Eltern zur Teilnahme an einem Vortrag mit anschliessender Debatte über einen Aspekt des Sexual- und Gefühlslebens Heranwachsender ein. Dies ist eine Formel, die den Eltern von Kindern dieser Altersklasse sehr zuzusagen scheint.

Die Betreuung von Situationen von sexueller Ausbeutung und Misshandlung lag in den Händen der Verantwortlichen, dies in Verbindung mit der berufsübergrei-

fenden Arbeitsgruppe für die Prävention der sexuellen Ausbeutung und Misshandlung von Kindern (GRIMABU). Die Verantwortliche wirkte auch an einer Präventionsaktion im Internet mit, «T'KI», organisiert von der Polizei im Rahmen der Freiburger Messe, und moderierte einen Präventionstag am Gymnasium der Broye zum Thema «Von der Gewalt zum Vertrauen». Die Sexualpädagoginnen beteiligten sich an der vom Dienst organisierten Fortbildung. Einige von ihnen haben sich auch schon an anderen Ausbildungsanlässen beteiligt, namentlich an zwei Tagen zum Thema Pädophilie, die vom Untersuchungsrichteramt Porrentruy organisiert wurden.

### 3. Statistik

a) Konsultationen der Beraterinnen für Familienplanung

|                           |       |
|---------------------------|-------|
| Einzel- und Paargespräche | 2'059 |
| Gruppengespräche          | 64    |
| Insgesamt                 | 2'123 |

(französisch 89%)

(deutsch 10%)

(englisch 1%)

Telefongespräche 4'995

Insgesamt 7'118

Ärztliche Konsultationen 1'216

Injektionen Depo-Provera 55

Insgesamt 1'271

*Nationalität*

Schweiz 67%

Ausland 33%

*Wohnort*

Stadt Freiburg 35%

Saanebezirk 31%

Sense- und Seebezirk 10%

Greyerz- und Vivisbachbezirk 11%

Glane- und Broyebezirk 7%

Andere Kantone 3%

Unbekannt 3%

*Begleitete oder unbegleitete Personen*

Unbegleitet 67%

Mit Elternteil, Freund, anderer Person 23%

Mit Partner 10%

b) Einsätze der Sexualpädagoginnen

*Einsatzart*

Einsätze in Schulklassen 2'717 Stunden

Elternabende 99 Abende

Telefongespräche 473

*Einsatzort*

Freiburg 15%

Andere Gemeinden 85%

*Schulstufe der Teilnehmenden*

Jugendliche und Lehrlinge 15%

Kindergarten- und Primarschulklassen 80%

Sonderschulklassen 5%

*Anzahl besuchter Klassen*

Kindergärten, 1. u. 2. Primarschulklassen (Prävention sexueller Ausbeutung) 293

französisch 229

deutsch 64

Primarschulklassen (Sexualinformation) 359

französisch 266

deutsch 93

Orientierungsschulklassen (Sexualinformation) 86

französisch 85

deutsch 1

Berufsschulklassen (HIV/ AIDS-Prävention) 25

französisch 21

deutsch 4

Andere Institutionen 32

französisch 28

deutsch 4

## VII. KANTONALES LABORATORIUM (KL)

### 1. Aufgaben des Amtes

#### Kontrolle der Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände

Das Kantonale Laboratorium ist das kantonale Organ für die Kontrolle, ob die Betriebe des Lebensmittelsektors das Lebensmittelrecht anwenden. Sein Zweck besteht darin,

- Verbraucherinnen und Verbraucher vor Lebensmitteln und Gegenständen zu schützen, die die Gesundheit gefährden können;
- den Umgang mit Lebensmitteln unter guten Hygienebedingungen sicherzustellen;
- Verbraucherinnen und Verbraucher vor Irreführung im Lebensmittelbereich zu schützen.

Gebrauchsgegenstände können in Kategorien wie Verpackungsmaterial, Körperpflegeprodukte (Kosmetika), Kleider und Textilien und Gegenstände für Kinder (z. B. Spielzeug, Farbstifte usw.) eingeteilt werden.

Das Lebensmittelrecht verpflichtet die im Lebensmittelsektor Tätigen, die Konformität ihrer Erzeugnisse selbst sicherzustellen (Selbstkontrolle). Der Staat interveniert lediglich nach dem Grundsatz der Subsidiarität. Die Kontrollen (Probeentnahmen, Analysen, Inspektionen) erfolgen stichprobenartig und aufgrund einer Risikoanalyse (Art der Erzeugnisse, frühere Vorkommnisse in den Geschäften/Betrieben, Art der Tätigkeit). Im Rahmen seiner Tätigkeit beteiligt sich das Kantonale Laboratorium aktiv an den auf nationaler oder regionaler Ebene organisierten Aktionen, ob sie nun den Analyse- oder den Inspektionsektor betreffen. Dadurch ist es möglich, die Lebensmittelsicherheit des Kantons mit derjenigen in den übrigen Kantonen zu vergleichen.

## Weitere Aufgaben

Zu den Aufgaben der Kontrolle der Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände kommen die Überwachung der Badewasserqualität (Schwimm- und Strandbäder), die Überwachung des Verkehrs mit chemischen Produkten, die Kontrolle über die Anwendung der Verordnung über die Deklaration landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die Kontrolle der Selbsteinkellerer und der Tätigkeiten in Verbindung mit Radon (radioaktives Gas).

## Leitung

Geleitet wird das Kantonale Laboratorium seit 1. Januar 2007 vom Kantonschemiker Dr. Jean-Marie Pasquier.

## 2. Tätigkeit im Jahr 2007 – das Wesentliche in Kürze

Weil das Kantonale Laboratorium in der Regel gezielt interveniert, können die Ergebnisse der durchgeführten Kontrollen nicht als repräsentativ für die Situation allgemein betrachtet werden. Die folgenden Informationen geben einen Überblick über die durchgeführten Analysen und Inspektionen und über einige Probleme, die im Lauf des Jahres angetroffen wurden.

### 2.1 Untersuchte Proben – Kampagnen

| Bezeichnung                               | Anzahl untersuchter Proben | Anzahl beanstandeter Proben |
|---|----------------------------|-----------------------------|
| Trinkwasser / Mineralwasser               | 1'734                      | 113                         |
| Quell-, Brunnen-, Seewasser               | 1'047                      | -                           |
| Wasser von Schwimmbädern                  | 71                         | 17 *                        |
| Brauchwasser / Abwasser                   | 106                        | -                           |
| Andere Lebensmittel                       | 1'054                      | 108                         |
| Kosmetika und andere Gebrauchsgegenstände | 243                        | 197                         |
| Verschiedene Gegenstände                  | 44                         | -                           |
| Insgesamt                                 | 4'299                      | 418                         |

\* gegenüber der kantonalen Gesetzgebung

### Trinkwasser

*Einige Fälle von Verschmutzung des Wassers öffentlicher Netze durch Fäkalbakterien*

Bei Analysen im Rahmen der Selbstkontrolle der Verteiler wurden in mehreren öffentlichen Wassernetzen Fäkalbakterien entdeckt. Je nach Fall ordnete das Kantonale Laboratorium verschiedene Massnahmen an: vorgeschriebenes Abkochen des Wassers vor jedem Gebrauch im Ernährungszusammenhang (3 Fälle), Schock-Chlorierung (7 Fälle), Ausserbetriebnahme kontaminierter Quellen (4 Fälle). Ausserdem meldeten in 4

Fällen die Verteiler dem Kantonalen Laboratorium eine Verschmutzung ihres Trinkwassernetzes. Sie hatten schon alle Massnahmen ergriffen, um den Gesundheitsschutz der Verbraucherinnen und Verbraucher sicherzustellen.

*Jahresverträge für Analyse – Rationalisierung der Arbeit*

Seit Jahren schlägt das Kantonale Laboratorium aufgrund des kantonalen Trinkwassergesetzes den Trinkwasserverteilern Jahresverträge für die Analyse vor; in diesen werden die Mindestanzahl Analysen, die Stellen für die Probeentnahme und das Analyseprogramm festgelegt. Am Jahresende erhält jeder Verteiler eine Bilanz. 2007 sind mehrere organisatorische Massnahmen ergriffen worden, um diese Aufgaben zu rationalisieren.

*Uranium im Wasser eines Brunnens in Bas-Vully*

Im Rahmen einer Uranium-Messkampagne hatte eine Deutschschweizer Zeitschrift ihre Leserschaft zur Einsendung von Wasserproben eingeladen. Eine Konsumentin schickte eine Wasserprobe aus einem Brunnen, der sich auf dem Gebiet der Gemeinde Bas-Vully befindet. Die Analyse dieses Wassers ergab einen Uraniumgehalt von 22 Mikrogramm/l. Das Ergebnis löste ein starkes Echo aus, namentlich bei den Medien. Nach den Informationen der Gemeinde gelangt das Wasser, das diesen Brunnen speist, aber nicht in das öffentliche Wassernetz. Um eine genaue Vorstellung vom Uraniumgehalt des von der Gemeinde verteilten Wassers zu erhalten, entnahm das Kantonale Laboratorium über das gesamte Netz hinweg 15 Proben. Mit den Uraniumanalysen wurde das Labor der Sektion «Chemische Risiken» des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) in Bern betraut, mit den Untersuchungen auf die Radionuklide Radium und Uranium das Labor des Centre d'hydrogéologie der Universität Neuenburg (CHYN).

Diese Analysen ergaben, dass der Uraniumgehalt aller Wasserproben aus dem Netz der Gemeinde Bas-Vully deutlich unter 30 Mikrogramm/l lag. In den europäischen Ländern gibt es keinen gesetzlichen Grenzwert für Uranium im Trinkwasser. Einige Länder (Kanada, Australien) berücksichtigen eine Höchstkonzentration von 20 Mikrogramm/l oder von 30 Mikrogramm/l (Vereinigte Staaten). Die WHO-Sachverständigen gehen davon aus, dass ein Grenzwert von 30 Mikrogramm/l genügen dürfte, um den Schutz vor der Giftigkeit von Uranium für die Nieren sicherzustellen. Die Aktivität der Radionuklide Radium und Uranium lag ihrerseits klar unter den Grenzwerten nach der Verordnung über Fremd- und Inhaltsstoffe in Lebensmitteln.

Die Herkunft des Uraniums im Wasser in der Vully-Region ist bekannt. Sie wurde Ende der Neunzigerjahre beschrieben. Es handelt sich um eine natürliche Uraniumanreicherung an der undurchlässigen Schnittstelle zwischen der Meeres- und der Süsswassermolasse des Mont-Vully. Diese Schnittstelle hat die Form einer Mulde, in der sich das Regenwasser sammelt und aus der sich die Quellen speisen.

Das Laboratorium «Chemische Risiken» des BAG hat dem Laboratorium des Kantons Freiburg wie anderen Kantonen zuvor die Zusammenarbeit an einem Projekt zur Charakterisierung der Trinkwasser-Ressourcen in der Schweiz vorgeschlagen. Im Rahmen dieses Projekts werden rund zwanzig in Spuren vorkommende Elemente gemessen. Diese vom BAG unentgeltlich vorgenommenen Analysen sollen 2007 und 2008 stattfinden.

### Milch und Milchprodukte

*Nationale Kampagne – Sicherheitskriterien für Milchprodukte eingehalten*

Ende 2006 erfuhr die Hygieneverordnung (HyV) zwecks Anpassung an das europäische Reglement (CE) 2073/2005 erhebliche Änderungen. Es wird nun zwischen Sicherheitskriterien (z. B. *Listeria monocytogenes*) und Hygienekriterien (z. B. *Escherichia coli*) der Verfahren unterschieden. Die Hygienekriterien werden nicht auf Erzeugnisse angewandt, die auf den Markt gelangen. Im Rahmen des nationalen Jahresprogramms für die Untersuchung von Milch und Milchprodukten sind hauptsächlich die Sicherheitskriterien geprüft worden. Das Kantonale Laboratorium entnahm und untersuchte 103 Käseproben. Keine dieser Proben gab Anlass zu Beanstandungen unter dem Aspekt der Sicherheitskriterien. In einem Fall ordnete das Kantonale Laboratorium Massnahmen wegen eines nicht konformen Hygienekriteriums der Verfahren an. In Bezug auf die Sicherheitskriterien ist die Bilanz dieser Kampagne mit den Ergebnissen der Vorjahre vergleichbar. Für die übrigen Kriterien hingegen ist wegen der Änderungen im Lebensmittelrecht kein Vergleich mit den bisherigen Kampagnen möglich.

### Fleisch – Fleischprodukte

*Keine Bleirückstände im Wildfleisch*

13 Wildfleisch-Proben wurden auf Bleirückstände hin untersucht. Keine der Proben musste aus diesem Grund beanstandet werden. In den nächsten Jahren erstreckt sich die Kontrolle auf Kleinwild-Pfeffer.

*Fische – manchmal falsche Bezeichnung!*

2005 veröffentlichte das BAG eine Liste der Bezeichnungen, die für die zum Verzehr bestimmten Fischarten verwendet werden müssen. Seitherige Kontrollen haben gezeigt, dass die Bezeichnung der Fischarten häufig Anlass zu Beanstandungen gibt. 2006 hatte das Kantonale Laboratorium eine Beanstandungsrate von 24% festgestellt, was unannehmbar ist. Neue Kontrollen im Jahr 2007 ergaben, dass von 20 entnommenen Proben 4 falsch bezeichnet waren. In zwei Fällen handelte es sich um Gaststätten, deren Speisekarte der Vorschrift nicht entsprach. Aufgrund dieser Feststellungen schickte das Kantonale Laboratorium dem Wirtverein des Kantons

Freiburg eine Information. Erneute Kontrollen finden im Jahr 2008 statt.

*Fisch aus Freiburger Fischzuchten – keine Beanstandung wegen Tierarzneimittel-Rückständen*

4 Fischproben aus Freiburger Fischzuchten wurden auf ihren Gehalt an Tierarzneimittel-Rückständen untersucht (Malachitgrün, Oxolinsäure, Tetracycline, Chloramphenicol und Enro/Cipro-Floxacin). Auch der Nitrit-Gehalt wurde kontrolliert. Keine Probe musste beanstandet werden – ein zufrieden stellendes Ergebnis.

*Fische aus der Saane, dem Schiffensee und der Glane – Kontamination mit dioxinähnlichen PCB*

Nachdem bei Umweltuntersuchungen in der Umgebung der früheren Deponie la Pila (Hauterive) PCB festgestellt worden waren, wandten sich das Amt für Umwelt (AfU) und der Sektor Fischerei des Amtes für Wald, Wild und Fischerei an das Kantonale Laboratorium, um eine Kontrolle der Fische zu veranlassen. Es wurde ein Analyseprogramm festgesetzt (Schwermetalle + Dioxine, Furane, dioxinähnliche PCB = cPCB) und für die Ausführung dieser Analysen Kontakt mit dem Kantonalen Laboratorium Bern aufgenommen. Verglichen mit den Werten, die zu Beginn des Jahrhunderts vom BAG registriert worden waren (Durchschnittswert der cPCB = 1.3 WHO<sub>(98)</sub>-TEQ pg/g\*), waren die cPCB-Werte der ersten Fische, die unmittelbar flussabwärts von der Deponie la Pila entnommen worden waren, abnorm hoch (15.1 – 96.4 WHO<sub>(98)</sub>-TEQ pg/g). Weitere Fische wurden zwischen der Staumauer Rossens und der Staumauer Schiffenen sowie verschiedenen Zuflüssen entnommen. Die Analysen ergaben, dass die cPCB-Werte zahlreicher Fische über dem in Europa geltenden Höchstgehalt – 8 pg/g (für die Summe an Dioxinen, Furanen und cPCB, ausgedrückt in Toxizitätsäquivalenten am Frischgewicht) - lagen. Diese Feststellungen veranlassten zu verschiedenen Massnahmen (Fischereiverbot, Einsetzung einer Organisation für die Bewältigung der Probleme in Verbindung mit der früheren Deponie la Pila, Planung von Probenahmen). Die Situation verursachte verschiedenen Dienststellen des Staates und vor allem dem Kantonalen Laboratorium eine erhebliche Mehrarbeit.

\* pg/g = Pikogramm je Gramm

### Speziallebensmittel

*Speziallebensmittel – vorschriftsmässige Zusammensetzung – manchmal anfechtbare Etikettierung*

Speziallebensmittel sind Erzeugnisse für eine besondere Ernährung. 18 als laktosefrei deklarierte, 26 natriumarme, 7 als cholesterolfrei deklarierte und 6 als glutenfrei deklarierte Erzeugnisse wurden untersucht. Keine Probe musste aufgrund der kontrollierten Zusammensetzungparameter beanstandet werden. Hingegen wurden 2 Proben wegen einer nicht vorschriftsmässigen Etikettierung beanstandet.

### **Obst und Gemüse, frisch oder Konserven**

#### *Obst- und Gemüsekonserven – Kadmium in Ananas!*

In Europa waren mehrere Warnrufe wegen Kadmium in Ananas-Konserven laut geworden, und in der Schweiz wurden Ananaslose aus dem Verkauf gezogen. In der Folge startete das Kantonale Laboratorium eine Kontrollserie, die sich auf Metallrückstände in verschiedenen Konserven bezog (Kadmium, Kupfer, Quecksilber, Blei und Zinn). 41 Proben von Obst und Gemüsekonserven wurden entnommen, davon 9 Proben von Ananas-Konserven. Zwei Proben wiesen einen Kadmiumgehalt auf, der zweimal höher als der Grenzwert war. Diese beiden Produkte wurden aus dem Verkauf genommen. Es handelte sich um Ananas-Konserven aus Südafrika. In Bezug auf die übrigen Metalle waren alle Ergebnisse konform. Die Ananas-Konserven werden stichprobenartig erneut im Jahr 2008 kontrolliert.

#### *Spanische Paprikaschoten – Rückstände eines illegal angewendeten Insektizids*

Rückstände eines in Spanien illegal angewendeten Insektizids lösten Anfang Januar 2007 eine europaweite Warnung aus. Das Genfer Amt für Konsumentenschutz stellte sich den übrigen Kantonen für die Suche nach dieser Substanz zur Verfügung. Von 14 vom Kanton Freiburg eingeschickten Proben überschritten 4 den Toleranzwert; dies entspricht einer Beanstandungsrate von 28%. Die für den Import dieser Paprikaschoten Verantwortlichen wurden verpflichtet, ihre Selbstkontrolle diesem Problem anzupassen.

#### *Samensprossen – Salmonellen in einer Probe!*

2006 waren zwei Proben von Samensprossen (Zwiebel- und Linsensprossen) aus mikrobiologischen Gründen beanstandet worden (Salmonellen und *Bacillus cereus* über dem Grenzwert). 2007 führte das Kantonale Laboratorium erneute Kontrollen durch (Alfalfa, Zwiebeln, Rettich, Mungobohnen, Bockshornklee usw.). Von den 16 entnommenen Proben wurde eine Zwiebelsprossen-Probe wegen Salmonellen beanstandet. Das Erzeugnis wurde nicht zurückgerufen, denn das Verfallsdatum für den Verzehr war zu dem Zeitpunkt, als das Ergebnis bekannt wurde, schon abgelaufen. Der Fall wurde dem Kantonschemiker des Kantons, wo sich der verantwortliche Betrieb befindet, gemeldet. Diese Erzeugnisse werden in den nächsten Jahren weiterhin regelmässig überwacht.

### **Zucker und Süswaren**

#### *Süswaren oder Marzipan – zuviel Farbstoffe!*

In 40 Süswarenproben wurde der Gehalt an wasserlöslichen künstlichen Farbstoffen gemessen. 3 dieser Proben wiesen Farbstoffgehalte über der zulässigen Höchstmenge auf (= Toleranzwert). Erneute Kontrollen werden in den kommenden Jahren sporadisch erfolgen.

### **Hanfhaltige Lebensmittel**

#### *THC-Wert konform*

Verschiedene hanfhaltige Lebensmittel befinden sich auf dem Markt. In den letzten Jahren (siehe namentlich Tätigkeitsbericht 2005) erlitten Konsumentinnen und Konsumenten infolge des Verzehrs solcher Lebensmittel gesundheitliche Störungen. Das Kantonale Laboratorium entnahm 4 Proben von Hanferzeugnissen für eine Messung des THC-Gehalts (Delta-9-Tetrahydrocannabinol). In drei Proben wurde diese Substanz nicht festgestellt, und in der vierten, einer Teeprobe, lag der Gehalt unter dem Grenzwert. Hanfprodukte werden weiterhin sporadisch kontrolliert.

### **Lebensmittel mit Zimt**

#### *Cumarin-Gehalt innerhalb der Normen*

Nachdem 2006 in Deutschland sehr hohe Cumarin-Werte in zimthaltigen Erzeugnissen festgestellt worden waren, hatte das BAG im gleichen Jahr Grenzwerte für diese Substanz festgelegt. Das Kantonale Laboratorium nahm 2007 eine Kontrolle des Marktes vor. Von den 25 untersuchten Proben enthielten 15 Cumarin, aber alle Werte lagen unter den Grenzwerten. Das zufriedenstellende Resultat zeigt, dass die Hersteller Massnahmen ergriffen haben, um diesem Problem wirksam zu begegnen.

### **In Gaststätten zubereitete Gerichte**

#### *Zu verbessernde Praktiken!*

Im Lauf des Jahres entnahmen die Lebensmittelinspektoren in den Gaststätten Proben verschiedener Produkte, um sie auf ihre mikrobiologische Qualität hin zu untersuchen. Diese Kontrollen bezweckten eine Überprüfung, ob die guten Praktiken im Hygienebereich eingehalten werden. Von 376 entnommenen Proben wurden 58 beanstandet, somit 15,4%. Ein solches Ergebnis zeigt, dass in diesem Bereich noch Fortschritte vonnöten sind, und die Kontrollen laufen im Jahr 2008 weiter.

### **Gebrauchsgegenstände**

#### *Immer noch zuviel Nickel in Metallteilen von Kleidungsstücken*

Mit dem BAG und den Zollämtern beteiligte sich das Kantonale Laboratorium an einer Kontrollkampagne; diese galt dem Nickelvorkommen in Metallteilen von Kleidungsstücken. Vor der Weitergabe der Ware an Importeure oder Verteiler nahmen die Zollbeamten einen Schnelltest vor, um Nickel an diesen Gegenständen feststellen zu können. Fielen die Ergebnisse positiv aus, so schickten sie die fraglichen Proben zur Bestätigung des Resultats an das Kantonale Laboratorium Freiburg.

In 31 Fällen bestätigte sich das Vorkommen von Nickel und in 8 Proben nicht. Für alle positiven Proben sind Massnahmen ergriffen worden. Diese Kampagne zeigt, dass die Situation bezüglich des Nickelgehalts der Metallteile von Kleidungsstücken immer noch nicht zufriedenstellend ist. Die Kontrollen laufen im Jahr 2008 weiter.

### **Inspektionen**

Alljährlich werden auch im Inspektionsbereich zusätzlich zu den regelmässigen Inspektionen besondere Aktionen geplant.

### **Trinkwasser**

#### *Inspektionen*

Das Kantonale Laboratorium nahm 41 vollständige Inspektionen von öffentlichen Trinkwassernetzen vor. Zu diesen Inspektionen kommen 10 Teilinspektionen, in deren Verlauf überprüft worden ist, ob die in den Vorjahren angeordneten Massnahmen ausgeführt worden sind. In 39% der inspizierten Netze wurde die Lebensmittelsicherheit als gewährleistet beurteilt, in 56% als vermindert und in 5% als gefährdet. Die Beanstandungen betreffen hauptsächlich unvollständige Unterlagen über die Selbstkontrolle und Infrastrukturen, die in technischer Hinsicht häufig nicht mehr den anerkannten Vorschriften entsprechen. Die Inspektionen der Trinkwassernetze stellen eine der Prioritäten des Kantonalen Laboratoriums dar.

#### *Aktualisierung der Dossiers der Trinkwasserverteiler des Kantons Freiburg – Erstellung einer Datenbank*

Für die Aktualisierung der Daten über die verschiedenen Trinkwassernetze des Kantons schickte das Kantonale Laboratorium allen Trinkwasserverteilern des Kantons einen Fragebogen. Ausserdem wurde intern für die Verwaltung sämtlicher Informationen (Quellen, Fassungen, Ausstoss, Analyse-Ergebnisse usw.) eine Datenbank aufgebaut. Dieses Instrument erleichtert das Aufsuchen von Informationen über die verschiedenen Trinkwassernetze.

### **Einrichtungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter**

Eine spezifische Inspektionskampagne des Kantonalen Laboratoriums galt den Einrichtungen für die Betreuung von Kindern im Vorschulalter mit regelmässigem Mahlzeitenangebot. In 10 der 19 inspizierten Einrichtungen (52,9%) beanstandete das Inspektorat einen oder mehrere Punkte. Die häufigsten Beanstandungen betrafen die Selbstkontrolle sowie nicht oder unvollständig ausgestattete Stellen für die Hygiene der Hände. Die Kontrolle dieser Einrichtungen erfolgt künftig im Rahmen der «normalen» Inspektionen.

### **Hände-Hygiene**

Die Hygiene der Hände ist in der Lebensmittelherstellung von grösster Bedeutung. 2007 galt diesem Punkt eine spezifische Kontrollkampagne. Auf alle durchgeführten Kontrollen insgesamt entfielen 14,3% Beanstandungen wegen des Fehlens von Papier, 8,3% wegen des Fehlens von Seife und 21,4% wegen einer schlechten Hygienepraxis. Infolge dieser Feststellungen wird die Hände-Hygiene in den Betrieben des Lebensmittelsektors weiterhin Gegenstand spezifischer Kontrollen im Jahr 2008 sein.

### **Tiefkühlkette – Temperatur der Tiefkühlgondeln**

Die ununterbrochene Tiefkühlkette ist ein wesentliches Element für die Qualität von Lebensmitteln. Eine spezifische Kampagne betraf die Temperatur der Tiefkühlgondeln und die Selbstkontrolle in Verbindung mit der ununterbrochenen Tiefkühlkette. In 14,3% der kontrollierten Geschäfte gaben diese Punkte Anlass zur Beanstandung. Die Kampagne wird 2008 fortgesetzt.

### **Firmen für Spielzeugimport**

Im Sommer 2007 standen Spielsachen aus China im Brennpunkt des Medieninteresses. In seiner Direktive Nr. 13 verlangte das BAG von den Kontrollorganen der Schweizer Kantone gezielte Inspektionen bei den Herstellern und Importeuren von Spielzeug und insbesondere die Überprüfung der Konformitätszertifikate auf ihre Gültigkeit hin. 2 Firmen im Kanton Freiburg sind inspiziert worden. Allgemein entsprachen sie den Anforderungen.

### **Statistik einiger bei diesen Inspektionen kontrollierter Punkte**

- Fritieröl: 342 Fritieröle wurden kontrolliert: 7 (2,0%) entsprachen den Anforderungen nicht.
- Hinweis auf das gesetzliche Alter für die Abgabe von Alkohol: 597 Aushänge mit dem Hinweis auf das gesetzliche Alter für die Abgabe alkoholischer Getränke wurden kontrolliert. 85 (14,2%) entsprachen den Anforderungen nicht.
- Irreführende Verwendung der Bezeichnung «Schinken»: 89 Fälle wurden kontrolliert, davon gaben 15 (16,9%) zur Beanstandung Anlass.
- Deklaration der Herkunft von Obst und Gemüse: 41 Herkunftsbezeichnungen wurden kontrolliert, davon mussten 5 (12,2%) beanstandet werden.
- Deklaration der Herkunft von Fleisch: 359 Herkunftsbezeichnungen wurden kontrolliert, davon mussten 66 (18,4%) beanstandet werden.

**Untersuchung im Rahmen eines Gastroenteritis-Ausbruchs**

Im November 2007 wurde das Kantonale Laboratorium von einem Arzt informiert, es seien Fälle von Gastroenteritis (26 Fälle) in einer Gemeinschaft aufgetreten. Eine erste Analyse der vom Arzt mitgeteilten Details führte zur Annahme, es handle sich um eine Ansteckung mit Noroviren. Diese gelten heute als häufigste Ursache für virale Brechdurchfall-Erkrankungen beim Menschen. Die Infektion wird im Allgemeinen von Person zu Person übertragen. In seltenen Fällen ist auch eine Ansteckung auf dem Weg über Lebensmittel möglich. Probenahmen von Lebensmitteln und vom Stuhl der Erkrankten wurden an das kantonale Laboratorium Basel-Land geschickt, das in der Lage ist, nach diesen Viren zu suchen. In keiner der Lebensmittelproben wurden Noroviren entdeckt, hingegen in den Stuhlproben von fünf der sechs Patienten. Solche Ausbrüche ereignen sich häufig in Gemeinschaften. Gewöhnlich ist die Infektion selbstlimitiert und dauert 12-72 Stunden. 2005 veröffentlichte das BAG ein sehr nützliches Dokument zum Thema Noroviren. Es befindet sich auf der Website des BAG.

**Lebensmittelsicherheit in den Betrieben des Kantons**

Nach dem Konzept, das die Kantonschemiker im Jahr 2000 erstellten, wird jeder inspizierte Betrieb einer der vier folgenden Sicherheitsstufen zugeordnet:

- Stufe 1: Sicherheit gewährleistet: keine Mängel;
- Stufe 2: verminderte Sicherheit: Mängel ohne direkte Auswirkung auf die Lebensmittelqualität;
- Stufe 3: gefährdete Sicherheit: erhebliche Mängel und Fehler;
- Stufe 4: Sicherheit nicht gewährleistet: schwere Mängel.

2007 dienten 889 Inspektionen von Betrieben des Lebensmittelsektors und 41 Inspektionen von öffentlichen Wassernetzen der Erstellung der folgenden Bilanz:

|                         | Sicherheitsstufe |     |    |   |
|-------------------------|------------------|-----|----|---|
|                         | 1                | 2   | 3  | 4 |
| Lebensmittelbetriebe    | 556              | 271 | 56 | 6 |
| Öffentliche Wassernetze | 16               | 23  | 2  | 0 |

Zu diesen Inspektionen kommen 174 Teilinspektionen (Betriebe + Trinkwassernetze), in deren Verlauf das Kantonale Laboratorium überprüft, ob die angeordneten Massnahmen eingehalten worden sind. Diese Inspektionen geben zu keiner Beurteilung der Sicherheit Anlass.

**2.3. Kontrolle des Wassers von öffentlichen Schwimm- und Strandbädern**

Aufgrund der Verordnung über die Hygiene in öffentlichen Schwimm- und Strandbädern inspiziert das Kantonale Laboratorium die Schwimmbäder in der Regel 2- bis 4-mal jährlich und entnimmt Wasserproben. Der am häufigsten beanstandete Parameter betrifft Harnstoff (in 16% der Fälle).

Das Wasser der 9 öffentlichen Strandbäder des Kantons wird zu Saisonbeginn einer mikrobiologischen Kontrolle unterzogen. 2007 wurde das Wasser von 8 Strandbädern in die Qualitätsklasse A, das Wasser eines Strandbads in die Qualitätsklasse B eingereiht. Die Ergebnisse bedeuten, dass keine gesundheitliche Gefährdung durch das Badewasser zu befürchten ist.

**3. Verzeigungen**

12 Fälle sind aus verschiedenen Gründen gerichtlich verzeigt worden:

- 6 Gaststätten;
- 1 Supermarkt;
- 1 Metzgerei;
- 2 Bäckereien;
- 2 Importfirmen (Lebensmittel/Gebrauchsgegenstände).

---

## SOZIALFÜRSORGE

---

### I. SOZIALVORSORGEAMT (SVA)

#### 1. Aufgaben des Amtes

Das Sozialvorsorgeamt (SVA) ist mit der Umsetzung der kantonalen Politik zugunsten behinderter oder gefährdeter Personen betraut. Zusammen mit dem Amt für Gesundheit und dem Kantonsarztamt nimmt es auch die Aufgaben des Staates im Pflegeheimbereich wahr.

##### a) Sektor Sondereinrichtungen für behinderte oder gefährdete Personen

Der Sektor Sondereinrichtungen für behinderte oder gefährdete Personen befasst sich hauptsächlich mit der Subventionierung der Sonderschulen sowie der Heime und Werkstätten für Personen mit einer geistigen, körperlichen, psychischen oder sensorischen Behinderung. Diese Tätigkeit erstreckt sich auch auf Einrichtungen für die Aufnahme von Personen mit Suchtproblemen sowie auf die Erziehungsheime für Minderjährige und die professionellen Pflegefamilien. Der Sektor plant ausserdem den Bedarf an Plätzen in diesen Einrichtungen und kontrolliert deren Tätigkeit. Als Verbindungsstelle schliesslich im Sinne der interkantonalen Vereinbarung über soziale Einrichtungen (IVSE) befasst er sich mit der Finanzierung von Unterbringungen ausserhalb des Kantons.

##### b) Sektor Pflegeheime für Betagte

Der Sektor Pflegeheime befasst sich mit der Planung des Bettenbedarfs in den Pflegeheimen und mit der Finanzierung der Betreuungskosten für die Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner sowie mit der Kontrolle der Dotationen mit Pflege- und Betreuungspersonal. Ausserdem wurde er vom Staatsrat damit betraut, die Artikel der neuen Kantonsverfassung, die sich auf ältere Menschen beziehen, umzusetzen.

#### Leitung

Geleitet wird das Sozialvorsorgeamt seit März 2006 von der Amtsvorsteherin Maryse Aebischer.

#### 2. Tätigkeiten

##### 2.1. Ordentliche Tätigkeit

##### a) Sektor Sondereinrichtungen

Vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befassen sich im Sektor Sondereinrichtungen mit den Aufgaben, die zur Finanzierung der Sondereinrichtungen und der professionellen Pflegefamilien gehören. Im Rahmen des alljährlich vom Staatsrat festgesetzten Voranschlagsverfahrens kontrollieren und besprechen sie mit den Verantwortlichen der Einrichtungen die Betriebs- und Investitionsbudgets. In diesem Zusammenhang evaluieren sie zusammen mit der Sonderheiminspektorin die neuen Projekte und die Anträge auf neue Stellen. Die aufgrund der von der Direktion für Gesundheit und Soziales beschlossenen Voranschläge berechneten Subventionen werden den Einrichtungen in Form von drei Akontozahlungen ausgerichtet, die 80% des Vor-

schlags entsprechen. Die Schlussabrechnungen und die Berechnung des definitiven Beitrags erfolgen aufgrund der von den Revisionsstellen der Einrichtungen geprüften Jahresrechnung.

Die Planung der nötigen Plätze in den Heimen und Werkstätten für die Deckung des Bedarfs behinderter Personen stützt sich hauptsächlich auf die Erfassung behinderter Minderjähriger, die den Sonderschulunterricht besuchen, und der Erwachsenen mit einer Rente der Invalidenversicherung (IV), die in einem Heim leben und/oder in einer geschützten Werkstätte arbeiten. Die Erfassung erfolgt aufgrund der Daten, die von den Einrichtungen übermittelt werden. Sie wird von der Sonderheiminspektorin getätigt und spezifiziert die Art und Schwere der Behinderung, die Muttersprache und den Wohnsitz der Personen. Aufgrund der erfassten Daten vergleicht die Inspektorin die in den Einrichtungen für Erwachsene verfügbaren Plätze mit den Plätzen, die nach dem festgestellten Bedarf nötig sind. Nach Absprache mit den Einrichtungen wird der beratenden Kommission für die Unterstützung und Begleitung behinderter und gefährdeter Personen eine Planung unterbreitet. Diese nimmt zuhanden der Direktion für Gesundheit und Soziales Stellung zur Anzahl neuer Plätze und zu den neuen Projekten.

Die Verwaltung der in den Einrichtungen verfügbaren Plätze verlangt von der Sonderheiminspektorin eine Netzarbeit, damit die Personen den am besten geeigneten Einrichtungen zugewiesen werden können. Diese Aufgabe beinhaltet häufig die Suche nach innovativen Lösungen in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Akteuren der implizierten Kreise.

Die Aufgaben der Verbindungsstelle werden von zwei Personen des Sektors wahrgenommen. Sie bestimmen sich nach der IVSE; diese hat namentlich zum Zweck, die Finanzierung der Leistungen für Personen, die des Aufenthalts in einer Institution ausserhalb ihres Wohnkantons bedürfen, zu gewährleisten. Für Unterbringungen ausserhalb des Kantons muss eine Kostenübernahmegarantie beantragt werden. Die Anträge werden an die Verbindungsstelle geschickt, und bevor diese in die Finanzierung des Aufenthalts einwilligt, kontrolliert sie, ob die einschlägigen gesetzlichen Anforderungen erfüllt sind, den Tagespreis sowie den Eigenbeitrag der Person. Die Verbindungsstelle verwaltet die Dossiers der ausserkantonale untergebrachten Personen und behandelt auch die Streitfälle, die zwischen Kantonen, Institutionen und unterbringenden Diensten auftreten können.

##### b) Sektor Pflegeheime

Drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befassen sich mit den Aufgaben in Verbindung mit der Finanzierung der Betreuungskosten in den Pflegeheimen sowie mit der Subventionierung der Tagesstätten für Betagte.

Für die 46 Pflegeheime des Kantons berechnet der Sektor den Betreuungspreis; dabei berücksichtigt er namentlich die Dotationen mit Pflege- und Betreuungsperso-

nal, die für jedes Heim je nach dem Pflegebedarfsgrad der beherbergten Personen verlangt werden, sowie die von den Krankenversicherern bezahlten Pauschalen. Ein System der Preisberichtigung aufgrund der Jahresrechnung gewährleistet die Finanzierung der effektiven Kosten. Erzielt das Heim einen Gewinn, so wird dieser von dem Aufwand abgezogen, der für die Berechnung des Preises für das folgende Jahr berücksichtigt wird. Im umgekehrten Fall wird dem Verlust durch die Erhöhung des berücksichtigten Aufwands Rechnung getragen.

Die Rechnungskontrolle besteht darin, dass die Dotation mit Pflege- und Betreuungspersonal im Verhältnis zu den verrechneten und (im Fall von Spitalaufenthalten) reservierten Tagen überprüft wird. Überprüft werden auch die Gehälter und Lohnnebenkosten anhand der Stellungnahmen des Amtes zu gemeldeten Anstellungen (jährlich 500 im Durchschnitt). Dieses Personal besteht aus mehr als 3 000 Personen; diese machen rund 1 700 Vollzeitstellen aus.

Die Beteiligung der öffentlichen Hand an den Betreuungskosten wird seit 2001 von der kantonalen Ausgleichskasse berechnet. Alljährlich fällt diese rund 4 000 Entscheide. Das SVA richtet den Pflegeheimen vierteljährliche Akontozahlungen aus, und aufgrund der Entscheide der kantonalen Ausgleichskasse erstellt es Abrechnungen, die die effektiven Tage jeder im Heim lebenden Person mit Beitragsanspruch berücksichtigen. Bei den Tagesstätten liegt die Beteiligung der öffentlichen Hand nach der kantonalen Gesetzgebung bei höchstens 30% des Jahresvoranschlags. Das SVA kontrolliert und bespricht die Voranschläge mit der jeweiligen Heimleitung, bevor der endgültige Voranschlag festgesetzt wird.

Alljährlich berechnet das SVA zuhanden der Bezirkskommissionen für Pflegeheime (CO-DEMS) den kantonalen Durchschnitt der Finanzierungskosten. Anhand dieses Durchschnitts können die Finanzierungskosten für den Aufenthalt von Personen in einem Pflegeheim ausserhalb ihres Wohnbezirks von diesen Kommissionen untereinander verrechnet werden.

## 2.2. Haupttätigkeiten während des Jahres

### a) Sektor Sondereinrichtungen

Die Arbeiten zur Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) beschäftigten das Amt im Jahr 2007 stark. Nach dem Bundesgesetz vom 6. Oktober 2006 über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen (IFEG) müssen die Kantone bis zum Jahr 2011 einen strategischen Plan aufstellen, der die Grundsätze, Instrumente und Verfahren namentlich für die Bedarfsanalyse und -planung sowie für die Finanzierung der Institutionen enthält. Während einer dreijährigen Übergangsperiode (2008 - 2010) sind die Kantone gehalten, die bisher von der IV erteilten Leistungen zu übernehmen.

Im Juni 2007 übermittelte das SVA dem Staatsrat einen Bericht über die Herausforderungen der NFA im Behindertenbereich, die gewählten Optionen für die Übergangsperiode und die Projektorganisation, die vorgesehen ist, um den Anforderungen des IFEG zu entsprechen. Der Bericht wurde mit der Vereinigung der freiburgischen Institutionen (INFRI) diskutiert und Anfang Dezember allen interessierten Kreisen vorgestellt.

Viel Zeit widmeten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des SVA der Einführung eines Modells für die Kostenrechnung in sämtlichen Institutionen, der Schulung der für die Kostenrechnung in den Institutionen verantwortlichen Personen, den Berichtigungen der verschiedenen übermittelten Testergebnisse sowie der Verbesserung des auf der Software Excel entwickelten Anfangsmodells. Wegen der begrenzten Möglichkeiten dieser Software arbeitet das SVA zusammen mit dem ITA an der Entwicklung eines Informatikinstrumentes, das in der Lage ist, sämtliche Finanzdaten der Einrichtungen zu verwalten, sie mit den Finanzdaten des Staates in Verbindung zu bringen und Statistiken aufzustellen. Dieses Kostenrechnungsmodell, das den Anforderungen der IVSE entspricht, ermöglicht es künftig, die Tageskosten der Einrichtungen nach Kostenstellen zu definieren und zu vergleichen. Die Einführung dieses Kostenrechnungsmodells ist ein langer Prozess, der den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Institutionen einen erheblichen Einsatz abverlangt.

Das SVA wirkte auch aktiv in verschiedenen Arbeitsgruppen auf Westschweizer und Schweizer Ebene mit. Die Kantone der lateinischen Schweiz arbeiten namentlich an der Einsetzung eines Koordinationsverfahrens für die Planung des kantonalen Angebots, eines Westschweizer Katalogs der ambulanten und stationären Leistungen, eines gemeinsamen Instruments für die Ermittlung des Betreuungsbedarfs in den Institutionen, eines Instruments für die Bedarfsplanung und eines Katalogs gemeinsamer Anforderungen für die Anerkennung von Einrichtungen.

Für die Planung des Bedarfs an Plätzen in den Einrichtungen erfolgte während des Jahres eine Datenerfassung (Stand der Daten am 30. November 2006).

### b) Sektor Pflegeheime

In Berücksichtigung des Personalbestands in diesem Sektor für die ordentliche Tätigkeit in Verbindung mit der Finanzierung der Betreuungskosten sicherte sich das SVA die Mitarbeit einer externen Person, um die Arbeiten für die Umsetzung der auf ältere Menschen bezogenen Artikel der neuen Freiburger Kantonsverfassung voranzutreiben. In einem ersten Schritt wurde ein Inventar der heutigen Leistungen erstellt, die den Betagten im Kanton angeboten werden. Auf diese Weise können die Stärken und die Mängel des Systems untersucht werden. Zu diesem Zweck fanden im Laufe des Jahres zahlreiche Diskussionen mit den Vertreterinnen und Vertretern der verschiedenen Kreise statt, die im Betagtenbereich tätig sind, und alle Gemeinden erhielten ei-

nen Fragebogen zu den Leistungen und Infrastrukturen, die auf ihrem Gebiet zur Verfügung stehen. Die Ergebnisse dieser Schritte gehen in den Bericht ein, den der Staatsrat 2008 dem Grossen Rat unterbreiten wird, um auf das Postulat WeberGobet/Thomet zu antworten.

### 2.3. Besondere Ereignisse

#### a) Sektor Sondereinrichtungen

Um eine optimale Betreuung von Personen mit einer psychischen Behinderung sicherzustellen, schlossen sich die Stiftungen Bellevue, Hannah und Perspectives zu einer neuen Stiftung zusammen: HorizonSud. Die per 1. Januar 2007 effektive Fusion der drei Institutionen zielt darauf ab, das Leistungsangebot besser zu koordinieren und auf die ganze südliche Region des Kantons auszudehnen. Ausserdem soll sie die Führung der Verwaltungs- und Finanzgeschäfte der drei Institutionen optimieren.

Angesichts der steigenden Unterbringungsnachfrage von Seiten der Spitäler hatte der Kanton beim Bundesamt für Sozialversicherung (BSV) ein Projekt für die Errichtung einer sieben Plätze umfassenden Abteilung für deutschsprachige physisch behinderte Personen eingereicht. Diese Abteilung ist im November 2007 im Foyer-Atelier Linde, in Tentlingen, eröffnet worden. Ausserdem ist am 1. Januar 2007 die Heimwohnung Holzgasse in Kerzers in die Freiburger Planung aufgenommen und der Stiftung des Seebezirks für erwachsene Behinderte (SSEB) angegliedert worden. Sie bietet 10 physisch behinderten Personen die Möglichkeit, in einer Struktur zu leben, die ihren Bedürfnissen gerecht wird.

Im November 2007 organisierte die Direktion für Gesundheit und Soziales einen Informationstag zum Thema professionelle Pflegefamilien. Diese Einrichtungen, von denen es vier im Kanton gibt, sind zwischen Familie und Institution angesiedelt und bieten 25 Plätze für die Aufnahme von Kindern aus schwierigen sozialen und familiären Verhältnissen. In der Regel werden diese Kinder von der Vormundschaft, den Friedensgerichten, den Jugendrichtern oder Zivilgerichten in diesen Familien untergebracht und bedürfen einer intensiven erzieherischen Betreuung. Mit der Beurteilung und Beaufsichtigung der professionellen Pflegefamilien befasst sich das Jugendamt, mit ihrer Anerkennung und Finanzierung hingegen das SVA.

#### b) Sektor Pflegeheime

Im Voranschlagsverfahren 2008 beschloss der Staatsrat die Anerkennung 40 neuer Pflegeheimbetten für Langzeitaufenthalte sowie 5 weiterer Pflegeheimbetten für Kurzaufenthalte. Diese Betten werden den folgenden Heimen zugeteilt:

*Betten für Langzeitaufenthalte:*

- Home médicalisé de la Sarine, Villars-sur-Glâne + 10 Betten
- Maison Sainte Jeanne-Antide, Givisiez + 2 Betten
- Foyer Saint-Germain, Gruyères + 3 Betten

- Foyer Saint-Joseph, Sâles + 8 Betten
- Foyer Saint-Joseph, Sorens + 5 Betten
- Foyer Sainte-Marguerite, Vuisternens-devant-Romont + 7 Betten
- Les Fauvettes, Montagny-la-Ville + 5 Betten

*Betten für Kurzaufenthalte:*

- Pflegeheim des Sensebezirks, Tafers + 2 Betten
- Pflegeheim Auried, Flamatt + 1 Bett
- Résidence Les Mouettes, Estavayer-le-Lac + 1 Bett
- Le Châtelet, Attalens + 1 Bett

Anfang Oktober wurde der Bericht der Arbeitsgruppe für die Untersuchung der Pensionspreise in den Pflegeheimen dem Staatsrat unterbreitet. Die Arbeitsgruppe war damit beauftragt, den Standard und die Kosten für jede Hotellerieleistung zu bestimmen, ein System für die regelmässige Indexierung der Leistungen je nach ihrer Art vorzuschlagen, Regeln für die Bezahlung des Hotelleriepersonals der Pflegeheime vorzuschlagen und Massnahmen der Rationalisierung zwischen den Heimen zu prüfen. Die Arbeitsgruppe hatte vorgeschlagen, die Methode und das Berechnungsinstrument SOHO, die im Kanton Waadt verwendet werden, in 11 Pflegeheimen des Kantons zu testen, allerdings angepasst an die Freiburger Verhältnisse. Der Staatsrat wird Anfang 2008 über den Fortgang der Arbeiten entscheiden.

Die beratende Kommission für Pflegeheime für Betagte trat im Jahr 2007 zu zwei Sitzungen zusammen. Sie besprach namentlich die Planung der Pflegeheimbetten für Langzeit- und Kurzaufenthalte und der Tagesstätten. Sie befasste sich ferner mit dem Fortgang der Arbeiten für das Konzept der Betreuung betagter Personen und den Änderungen des Reglements vom 4. Dezember 2001 über die Pflegeheime für Betagte.

Im Juni wurde die alterspsychiatrische Abteilung der Résidence des Chênes in Freiburg eröffnet. Dieses Pilotprojekt soll Betagten mit schweren alterspsychiatrischen Störungen einen Lebensrahmen und Leistungen ermöglichen, die ihren Bedürfnissen besser entsprechen. Es wird im Laufe des Jahres 2008 evaluiert. Ausserdem bezogen 14 Pflegeheime liaisonpsychiatrische Leistungen des Kantonalen Psychiatrischen Spitals Marsens.

2007 sind die vom Eidgenössischen Departement des Innern festgesetzten Rahmentarife der Krankenversicherer der Teuerung angepasst worden. Auf Verlangen des Vereins Freiburgerischer Alterseinrichtungen (VFA) willigten die Krankenversicherer somit ein, die in den Pflegeheimen für die Pflege bezahlten Pauschalen anzupassen (20.50 Fr. für die Pflegestufe A, 41 Fr. für die Pflegestufe B, 66.50 Fr. für die Pflegestufe C, hingegen unveränderte Pauschale für die Pflegestufe D).

### 2.4. Statistik

#### a) Sektor Sondereinrichtungen

Ende 2007 zählt der Kanton 871 Plätze in Heimen und Tagesstätten und 1039 Plätze in Werkstätten. Die Verteilung dieser Plätze nach Art der Behinderung ist den folgenden Tabellen zu entnehmen.

| <i>Heime mit oder ohne Beschäftigung<br/>Tagesstätten</i> |                  | 2006                              |                                    |                    | 2007               |
|---|------------------|-----------------------------------|------------------------------------|--------------------|--------------------|
| <i>Geistige Behinderung</i>                               | <i>Ort</i>       | <i>Heim mit<br/>Beschäftigung</i> | <i>Heim ohne<br/>Beschäftigung</i> | <i>Tagesstätte</i> | <i>Neue Plätze</i> |
| Sonnegg   | Zumholz          | 8                                 |                                    |                    |                    |
| Heim-Atelier «Linde»                                      | Tentlingen       | 47                                |                                    | 6                  |                    |
| Home-Atelier La Colombière                                | Misery           | 27                                |                                    | 6                  |                    |
| Foyer La Rosière  | Estavayer-le-Lac |                                   | 18                                 |                    | + 3                |
| Home Clos Fleuri  | Bulle            | 44                                | 30                                 |                    |                    |
| Home La Colline   | Ursy             | 30                                |                                    |                    |                    |
| Homato, Les Buissonnets                                   | Freiburg         | 32                                |                                    | 8                  |                    |
| Wohnheime Sensler Stiftung                                | Tafers           |                                   | 44                                 |                    | + 3                |
| Communauté de La Grotte et Béthanie                       | Freiburg         |                                   | 15                                 |                    |                    |
| Geschützte Wohnform SSEB                                  | Murten           |                                   | 13                                 |                    |                    |
| Geschützte Wohnform SSEB                                  | Murten           |                                   | 5                                  |                    | + 4                |
| La Farandole  | Freiburg         |                                   | 36                                 |                    |                    |
| Geschützte Wohnungen der Glane                            | Romont           |                                   | 13                                 |                    | + 3                |
| La Belle Etoile   | Châtel-St-Denis  |                                   | 17                                 |                    |                    |
| Total Plätze  |                  | 193                               | 186                                | 20                 | +13                |

| <i>Heime mit oder ohne Beschäftigung</i> |            | 2006                          |                                | 2007               |
|--|------------|-------------------------------|--------------------------------|--------------------|
| <i>Psychische Behinderung</i>            | <i>Ort</i> | <i>Heim mit Beschäftigung</i> | <i>Heim ohne Beschäftigung</i> | <i>Neue Plätze</i> |
| Stiftung HorizonSud                      |            | 77                            | 33                             |                    |
| Stiftung HorizonSud (Wohnung)            |            |                               | 11                             |                    |
| La Traversée 3                           | Seiry      | 12                            |                                |                    |
| Foyer St-Louis                           | Freiburg   |                               | 37                             |                    |
| Applico, Schmitten, Düdingen             | Schmitten  |                               | 12                             |                    |
| La Traversée 1                           | Freiburg   |                               | 13                             |                    |
| La Traversée 4                           | Freiburg   |                               | 11                             |                    |
| Total Plätze                             |            | 89                            | 73                             |                    |

| <i>Heime mit oder ohne Beschäftigung</i> |                   | 2006                          |                               | 2007               |
|--|-------------------|-------------------------------|-------------------------------|--------------------|
| <i>Physische Behinderung</i>             | <i>Ort</i>        | <i>Heim mit Beschäftigung</i> | <i>Heim mit Beschäftigung</i> | <i>Neue Plätze</i> |
| Foyer St-Camille                         | Marly             | 30                            | 12                            |                    |
| Foyer des Préalpes                       | Villars-sur-Glâne | 27                            |                               |                    |
| Linde, deutschsprachige Einheit          | Tentlingen        | 0                             |                               | + 7                |
| SSEB Holzgasse                           | Kerzers           |                               |                               | + 10               |
| Total Plätze                             |                   | 57                            | 12                            | + 17               |

| <i>Heime mit oder ohne Beschäftigung</i> |            | 2006                          |                                | 2007               |
|--|------------|-------------------------------|--------------------------------|--------------------|
| <i>Suchtprobleme</i>                     | <i>Ort</i> | <i>Heim mit Beschäftigung</i> | <i>Heim ohne Beschäftigung</i> | <i>Neue Plätze</i> |
| Le Torry                                 | Freiburg   | 20                            |                                |                    |
| Centre Le Radeau                         | Orsonnens  | 12                            |                                |                    |
| Foyer Horizon                            | Pensier    | 14                            |                                |                    |
| Geschützte Wohnung<br>«Le Belvédère» *   | Freiburg   |                               | 6                              |                    |
| Total Plätze                             |            | 46                            | 6                              |                    |

\* Diese Plätze sind zurzeit nicht belegt.

| <i>Geschützte Werkstätten</i>                              |                  | 2006          | 2007               |
|--|------------------|---------------|--------------------|
| <i>Geistige Behinderung</i>                                | <i>Ort</i>       | <i>Plätze</i> | <i>Neue Plätze</i> |
| Sensler Stiftung für Behinderte Behindertenwerkstatt (SSB) | Tafers           | 50            |                    |
| Sensler Stiftung für Behinderte (SSB)                      | Schmitten        | 80            |                    |
| Fondation broyarde   | Estavayer-le-Lac | 52            | + 8                |
| Ateliers protégés Clos-Fleuri                              | Bulle            | 110           |                    |
| Stiftung des Seebezirks für behinderte Erwachsene (SSEB)   | Muntelier        | 50            |                    |
| La Farandole   | Freiburg         | 88            |                    |
| Ateliers de la Glâne                                       | Romont           | 42            | + 3                |
| La Belle Etoile  | Châtel-St-Denis  | 40            |                    |
| Total Plätze   |                  | 512           | + 11               |

| <i>Geschützte Werkstätten</i>                         |                   | 2006          | 2007               |
|---|-------------------|---------------|--------------------|
| <i>Psychische Behinderung</i>                         | <i>Ort</i>        | <i>Plätze</i> | <i>Neue Plätze</i> |
| Stiftung HorizonSud                                   |                   | 137           |                    |
| Stiftung St-Louis                                     | Freiburg          | 35            |                    |
| Centre d'intégration socio-professionnelle CIS (AOPH) | Freiburg          | 85            |                    |
| Stiftung L'Estampille                                 | Freiburg          | 30            | + 10               |
| Applico   | Murten, Schmitten | 30            | + 6                |
| Total Plätze  |                   | 317           | + 16               |

| <i>Geschützte Werkstätten</i>  |                   | 2006          | 2007               |
|--------------------------------|-------------------|---------------|--------------------|
| <i>Körperliche Behinderung</i> | <i>Ort</i>        | <i>Plätze</i> | <i>Neue Plätze</i> |
| Ateliers de la Gérine          | Marly             | 110           |                    |
| Ateliers des Préalpes          | Villars-sur-Glâne | 53            |                    |
| Total Plätze                   |                   | 163           |                    |

| <i>Geschützte Werkstätten</i>      |            | 2006          | 2007               |
|------------------------------------|------------|---------------|--------------------|
| <i>Suchtprobleme</i>               | <i>Ort</i> | <i>Plätze</i> | <i>Neue Plätze</i> |
| Beschäftigungswerkstätten Tremplin | Freiburg   | 20            |                    |
| Total Plätze                       |            | 20            |                    |

| <i>Erziehungsheime</i>              |                   | 2007          |
|-------------------------------------|-------------------|---------------|
| <i>Probleme der Sozialerziehung</i> | <i>Ort</i>        | <i>Plätze</i> |
| Le Bosquet *                        | Givisiez          | 18            |
| Foyer St-Etienne                    | Freiburg          | 40            |
| Foyer St-Etienne, Time Out          | Villars-sur-Glâne | 10            |
| Foyer Bonnesfontaines               | Freiburg          | 23            |
| Nid Clairval                        | Givisiez          | 15            |
| Lehrlingsheim                       | Freiburg          | 15            |
| La Traversée junge Mädchen          | Corminbœuf        | 7             |
| Kinderheim Heimelig                 | Kerzers           | 12            |
| Centre éducatif et pédagogique *    | Estavayer-le-Lac  | 3             |
| Transit Notaufnahme                 | Villars-sur-Glâne | 10            |
| Aux Etangs **                       | Freiburg          | 6             |
| Total Plätze                        |                   | 159           |

\* Gemischte Institutionen

\*\* Die Institution Aux Etangs nimmt junge Frauen und ihr(e) Kind(er) für erzieherische Massnahmen auf. 6 Plätze sind für die Aufnahme dieser jungen Frauen anerkannt, wobei die Institution ausserdem 4 Kinder beherbergen kann.

#### b) Sektor Pflegeheime

Anfang 2007 zählte das Pflegeheimnetz 2268 Betten, davon 2233 Betten für Langzeit- und 35 Betten für Kurzaufenthalte. 2008 wird es 2273 Betten für Langzeit- und 40 Betten für Kurzaufenthalte zählen. Damit erhöht sich der Deckungsgrad an Pflegeheimbetten für Personen ab 65 Jahren auf ungefähr 6,44%. Dieser Prozentsatz ist nur ein Richtwert, da die Zahlen über die Bevölkerung 2008 aus der Bundesstatistik, die auf der Entwicklung der Population dieser Altersklasse der Gesamtbevölkerung des Kantons basiert, extrapoliert sind. Für Personen ab 80 Jahren beträgt dieser Anteil 23%.

#### Anzahl Betten für Langzeit- und Kurzaufenthalte nach Bezirk

|           | 2007  |   | 2008  |   |
|-----------|---|---|---|---|
|           | <i>Pflegeheimbetten für Langzeitaufenthalte</i> | <i>Pflegeheimbetten für Kurzaufenthalte</i> | <i>Pflegeheimbetten für Langzeitaufenthalte</i> | <i>Pflegeheimbetten für Kurzaufenthalte</i> |
| SAANE     | 733   | 8   | 745   | 8   |
| SENSE     | 326   | 7   | 326   | 10  |
| GREYERZ   | 440   | 3   | 456   | 3   |
| SEE       | 229   | 3   | 229   | 3   |
| GLANE     | 174   | 3   | 181   | 3   |
| BROYE     | 182   | 8   | 187   | 9   |
| VIVISBACH | 149   | 3   | 149   | 4   |
| KANTON    | 2'233   | 35  | 2'273   | 40  |

## Anzahl Plätze in Tagesstätten nach Bezirk

|           | <i>Heim</i>                             | <i>Anzahl Plätze</i> | <i>Anzahl Öffnungstage pro Woche</i> |
|-----------|---|----------------------|--------------------------------------|
| SAANE     | Foyer du Gibloux, Farvagny              | 5                    | 3                                    |
| SENSE     | Tagesheim St. Wolfgang, Düdingen        | 4                    | 3                                    |
|           | La Famille au Jardin, St. Ursen         | 10                   | 3                                    |
| SEE       | Tagesstätte Les Platanes, Jeuss         | 5                    | 3                                    |
| BROYE     | Foyer les Mouettes, Estavayer-le-Lac    | 8                    | 4                                    |
| VIVISBACH | Foyer Maison St-Joseph, Châtel-St-Denis | 8                    | 3                                    |

## Entwicklung der Bettenzahl für 100 Personen ab 80 Jahren

| <i>Jahr</i> | <i>Bevölkerung ab 80 Jahren, Zahlen BFS bis 31. Dezember 2006 *</i> | <i>Anzahl erforderlicher Betten gemäss Planung 2003 (Ansatz 25%)</i> | <i>Anzahl anerkannter Betten</i> |
|-------------|---|--|----------------------------------|
| 2000        | 8'344   | 2'086  | 1'784                            |
| 2001        | 8'526   | 2'132  | 1'836                            |
| 2002        | 8'694   | 2'174  | 1'933                            |
| 2003        | 8'849   | 2'212  | 1'993                            |
| 2004        | 9'047   | 2'262  | 2'063                            |
| 2005        | 9'220   | 2'305  | 2'133                            |
| 2006        | 9'474   | 2'369  | 2'183                            |
| 2007 *      | 9'677   | 2'419  | 2'233                            |
| 2008 *      | 9'884   | 2'471  | 2'273                            |

\* Die Population von Personen ab 80 Jahren hat in den letzten sechs Jahren um durchschnittlich 2,14% zugenommen. Dieser Prozentsatz ist für die Simulation der Entwicklung in den Jahren 2007 und 2008 verwendet worden.

## Entwicklung der Bettenzahl für 100 Personen ab 65 Jahren

| <i>Jahr</i> | <i>Bevölkerung ab 65 Jahren, Zahlen BFS bis 31. Dezember 2006 *</i> | <i>Anzahl erforderlicher Betten gemäss Planung 2003 (Ansatz 6,5%)</i> | <i>Anzahl anerkannter Betten</i> |
|-------------|---|---|----------------------------------|
| 2000        | 31'170  | 2'026   | 1'784                            |
| 2001        | 31'432  | 2'043   | 1'836                            |
| 2002        | 31'774  | 2'065   | 1'933                            |
| 2003        | 32'207  | 2'093   | 1'993                            |
| 2004        | 32'727  | 2'127   | 2'063                            |
| 2005        | 33'252  | 2'161   | 2'133                            |
| 2006        | 34'212  | 2'224   | 2'183                            |
| 2007 *      | 34'749  | 2'259   | 2'233                            |
| 2008 *      | 35'295  | 2'294   | 2'273                            |

\* Die Population von Personen ab 65 Jahren hat in den letzten sechs Jahren um durchschnittlich 1,57% zugenommen. Dieser Prozentsatz ist für die Simulation der Entwicklung in den Jahren 2007 und 2008 verwendet worden.

## II. KANTONALES SOZIALAMT (KSA)

### 1. Aufgaben des Amtes

Der Auftrag des Kantonalen Sozialamtes (KSA) besteht darin, sozialpolitische Massnahmen vorzuschlagen und das kantonale System der Sozialhilfe, der Hilfe an Asylsuchende und Flüchtlinge, der Hilfe an die Opfer von Straftaten sowie der Inkassohilfe und Bevorschussung im Bereich der Unterhaltsbeiträge laufend zu verbessern. Seine Rolle besteht ferner darin, in diesem System für Impulse und für sein gutes Funktionieren zu sorgen und sich um eine Harmonisierung der Praxis zu kümmern. Zu diesem Zweck lädt es die öffentlichen, privaten und freiwillig tätigen Akteure zur Zusammenarbeit ein.

### Leitung

Geleitet wird das Kantonale Sozialamt vom Amtsvorsteher François Mollard.

### 2. Hilfe an bedürftige Personen

Nach dem Sozialhilfegesetz (SHG) ist das KSA zuständig für die Entscheide über die materielle Hilfe an Personen, die sich im Kanton aufhalten oder vorübergehend hier sind, sowie an Personen ohne festen Wohnsitz (Art. 8 und 21). Es unterhält die interkantonalen Beziehungen nach dem Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger, was die in anderen Kantonen wohnhaften Freiburgerinnen und Freiburger sowie die seit weniger als zwei Jahren im Kanton wohnhaften Schweizer Bürgerinnen und Bürger angeht. Es verteilt die Lasten der materiellen Hilfe unter den Gemeinden, dem Kanton und den übrigen Kantonen der Eidgenossenschaft. Das KSA hat auch zur Aufgabe, sozialpolitische Massnahmen vorzuschlagen, das kantonale Sozialhilfesystem zu evaluieren und zu verbessern, über sein gutes Funktionieren zu wachen und für die Harmonisierung der Praxis zu sorgen, so dass eine Gleichbehandlung der begünstigten Personen gewährleistet ist. Ausserdem sorgt das KSA für die Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit unter den öffentlichen, privaten, ehrenamtlichen Akteuren und den Kirchen. Die vom Sozialhilfegesetz vorgeschriebenen Aufgaben der Koordination, Information und Prävention (Art. 21) nehmen daher einen bevorzugten Platz unter den Tätigkeiten des KSA ein.

Das KSA leistete seinen Beitrag zur Entwicklung verschiedener sozialpolitischer Massnahmen und beteiligte sich an mehreren Vernehmlassungen auf Kantons- und Bundesebene. Der Beginn der Arbeiten zur Umsetzung des einheitlichen massgebenden Einkommens (EME) für einkommensabhängige kantonale Leistungen, zu denen die Sozialhilfe zählt, war ein wichtiger Faktor in der diesjährigen Tätigkeit des KSA. Diese bis 2011 hinaus geplanten Arbeiten leisten dem Bericht Nr. 280 des Staatsrats an den Grosse Rat über die Einführung eines solchen Einkommens Folge. Das KSA ist mit der Umset-

zung des EME betraut, präsidiert den Projektausschuss, dem die acht betroffenen Dienststellen angehören, und hat im Steuerungsausschuss unter dem Vorsitz der GSD Einsitz. Die Ziele, die der Bericht des Staatsrats für 2007 gesetzt hatte und die darin bestanden, die Hauptinstrumente für das EME zu erarbeiten, sind alle erreicht worden. In diesem Zusammenhang unterhält das KSA auch eine Zusammenarbeit mit den Kantonen Neuenburg und Genf, die ein vergleichbares System aufstellen.

Im Bereich der Familienpolitik wirkte das KSA im Steuerungs- und im Projektausschuss mit, die vom Staatsrat eingesetzt worden sind, um die Umsetzung und Ausführung der unter diese Politik fallenden Leistungen zu koordinieren. Es führt auch die Sekretariate dieser beiden Ausschüsse. In diesem Zusammenhang trug es zur Ausarbeitung des Vorentwurfs zum Gesetz über die Mutterschaftsbeiträge im Bedarfsfall bei, in dem ein kantonaler Mutterschutz gemäss der neuen Verfassung eingeführt wird.

Die kantonale Politik der sozialen und beruflichen Eingliederung war 2007 Gegenstand einer umfassenden, vom KSA gesteuerten Evaluation. Zusammen mit dem Amt für den Arbeitsmarkt (AMA) erarbeitete das KSA das Pflichtenheft für diese qualitative und quantitative Evaluation und tätigte die Ausschreibung des Mandats. Den Zuschlag erteilten die Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) und die Volkswirtschaftsdirektion (VWD) dem Institut des Hautes Etudes en administration Publique von Lausanne (IDHEAP) und dem Observatoire universitaire de l'emploi (OUE), das der Universität Genf angegliedert ist. Das KSA präsidierte die Begleitgruppe für diese Evaluation, die vom 1. April bis 31. Dezember 2007 erfolgte. Es arbeitete eng mit den Beauftragten zusammen, um ihnen alle zweckdienlichen Informationen und Daten für diese Untersuchung zu liefern.

Im Bereich der sozialen und beruflichen Eingliederung wirkte das KSA weiterhin an den Arbeiten des Ausschusses für das nationale Projekt «IIZ-MAMAC» mit (Einführung einer inter-institutionellen Zusammenarbeit). Dieses Projekt definiert auf Bundesebene Massnahmen zwecks Koordination der Bemühungen der Sozialdienste mit denjenigen der Dienste im Bereich der Arbeitslosenversicherung (RAV) und der Invalidenversicherung (kantonale IV-Stellen), um die berufliche Wiedereingliederung zu fördern. Diese Massnahmen, die insbesondere auch einen medizinischen Aspekt beinhalten, fanden das Interesse des Staatsrats, der beschloss, dem nationalen Projekt im Jahr 2007 beizutreten. Im Übrigen war das KSA eng an der Aufstellung einer Westschweizer Ausbildung beteiligt, die den kantonalen Fachleuten für die Umsetzung der IIZ-MAMAC gilt.

Angesichts des Problems Jugendlicher mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung wurde das KSA in die neue Kommission einbezogen, die der Staatsrat mit der Koordination der kantonalen Politik in diesem Bereich betraut hat. Ferner setzte das KSA seine Arbeiten

im Rahmen der an die Verfassung gebundenen Projekte fort, insbesondere im Zusammenhang mit der umfassenden Familienpolitik und der Unterstützung gefährdeter und abhängiger Personen.

Eine wesentliche Tätigkeit des KSA für das gute Funktionieren des kantonalen Sozialhilfesystems besteht in der Koordination. In diesem Sinne trug es zur Entwicklung von Synergien unter den Akteuren dieses Systems und den öffentlichen oder privaten Partnern bei. Das KSA arbeitete nach wie vor in der Kommission für die Koordination der interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) mit, die der Staatsrat gemäss den Empfehlungen der Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (VDK) und der Sozialdirektorenkonferenz (SODK) eingesetzt hatte. Er trug insbesondere zur Anstellung des neuen kantonalen IIZ-Koordinators bei, der seine Funktion Anfang 2008 aufnimmt, und zur Planung der Umsetzung des Koordinationssystems IIZ gemäss dem Bericht, der 2006 vom Staatsrat angenommen wurde.

Das KSA bemühte sich nach wie vor um die Koordination unter den regionalen Sozialdiensten (RSD) und den Organisationen, die Eingliederungsmassnahmen bereitstellen. Es aktualisierte regelmässig den Katalog der sozialen Eingliederungsmassnahmen (MIS), der ständig auf der Website des KSA abrufbar ist. Dieser Katalog umfasst Ende 2007 nahezu 140 Tätigkeiten, die sich auf sechs verschiedene Kategorien aufteilen (Ausbildung, persönliche Entwicklung, Aufbau des persönlichen Wohlbefindens, gemeinschaftliche Tätigkeiten, Tätigkeiten sozialer Beteiligung und Tätigkeiten von gesellschaftlichem Nutzen). Das KSA wachte darüber, dass diese Tätigkeiten unverzüglich für die Durchführung sozialer Eingliederungsverträge verfügbar sind. Die Vielfalt dieser in französischer und deutscher Sprache und mit Hilfe von rund 50 Organisationen organisierten Massnahmen erlaubt es, den unterschiedlichen Eingliederungsbedürfnissen individuell zu entsprechen. Um die sozialen Eingliederungsmassnahmen noch zugänglicher zu machen, sorgte das KSA auch für Vereinfachungen im administrativen Verfahren, namentlich in Versicherungsbelangen.

Gleichzeitig wachte das KSA darüber, dass die RSD und die Sozialkommissionen ihre Sozialhilfeaufgaben erfüllen. Hierfür übermittelte es ihnen regelmässig Rechtsgutachten, Informationen über die einschlägige Rechtsprechung sowie Synthesen der Antworten auf Fragen von Seiten der RSD zur Anwendung der Sozialhilferichtsätze. Auf seiner Website stellte es den Akteuren des kantonalen Sozialhilfesystems einen Index der darin behandelten Themen zur Verfügung. Zusammen mit dem Amt für Gemeinden befasste sich das KSA im Laufe des Jahres weiterhin mit der Revision der Statuten der Gemeindeverbände und der interkommunalen Vereinbarungen – rechtliche Grundlagen, die für die Regionalisierung des kantonalen Sozialhilfesystems nötig sind. Gemäss dem Sozialhilfegesetz (Art. 34) stellte es die Aufteilung der Kosten materieller Hilfe unter allen

Gemeinden des Bezirks sicher. Im Anliegen der Effizienz und Arbeitsrationalisierung befasste es sich hierfür weiter mit der Automatisierung des Transfers der von den RSD gelieferten Daten sowie ihrer Buchungserfassung.

Um über ein leistungsstarkes Steuerungsinstrument zu verfügen und damit interkantonale Vergleiche im Sozialhilfebereich angestellt werden können, arbeitete das KSA weiterhin an der Koordination zwischen den RSD und dem Bundesamt für Statistik (BFS) bei der Sammlung der nötigen Daten für die schweizerische Sozialhilfestatistik (SOSTAT). Das BFS präsentierte 2007 erstmals die kantonalen Ergebnisse dieser Statistik für die Jahre 2005 und 2006. Das KSA übernimmt es, die Veröffentlichung dieser Statistik auch mit dem kantonalen Amt für Statistik zu koordinieren. 2007 koordinierte das KSA ausserdem mit dem BFS und allen kantonalen Dienststellen, die für einkommensabhängige Leistungen zuständig sind, die Einführung der SOSTATergänzenden Finanzstatistik über die Sozialhilfe. Schliesslich vertritt das KSA auf Vorschlag des Groupement romand des chefs de services des affaires sociales (GRAS) die Westschweizer Kantone in der nationalen Begleitgruppe für die Umsetzung von SOSTAT.

Das KSA unterhält enge Beziehungen mit mehreren spezialisierten Sozialdiensten (Art. 14 SHG), die im Rahmen von Vereinbarungen vom Staat subventioniert werden und auf ihrem spezifischen Gebiet die RSD unterstützen sollen. Es handelt sich um die Stiftung «Le Tremplin» (Hilfe an drogenabhängige Personen), La Tuile (Hilfe an Obdachlose und/oder Personen in Not), Pro Infirmis (Hilfe an geistig und/oder körperlich behinderte Personen), Pro Senectute (Hilfe an betagte Personen), die Freiburger Krebsliga (Hilfe an Krebskranke und ihre Angehörigen), die Stiftung «SOS werdende Mütter» (Unterstützung werdender Mütter in Schwierigkeiten), die Caritas (Schuldenberatungsdienst).

Das KSA wacht auch über eine gute Koordination zwischen den RSD und dem Vertrauenszahnarzt, der regelmässig zugezogen wird, um den Betrag für die von der Sozialhilfe übernommenen Zahnbehandlungen festzusetzen. Am 22. Dezember 2007 fand eine Zusammenkunft mit dem Vertrauenszahnarzt statt, um Bilanz über seine Tätigkeit zu ziehen. Zum anderen wird das KSA auch häufig von RSD angefragt, die sich gerne auf das Gutachten einer Vertrauensärztin oder eines Vertrauensarztes stützen würden. Das KSA trat am 9. November 2007 mit dem Kantonsarzt zusammen, um diese Frage mit ihm zu besprechen.

Das KSA hatte die Zusammenarbeit zwischen den RSD und dem Jugendamt zu prüfen, wo es um die Frage der subsidiären Übernahme der Kosten und Nebenkosten von Unterbringungen geht. Es gelang ihm, ein Verfahren aufzustellen, das die Aufgaben jeder der betroffenen Parteien regelt. Dieses Verfahren stützt sich auf die Ergebnisse einer breit angelegten Vernehmlassung zwischen 2005 und 2006 beim Jugendamt, beim Sozialvor-

sorgeamt und den Erziehungsheimen. Es muss noch unter Berücksichtigung der neuen Organisation der Friedensgerichte, die 2008 in Kraft tritt, evaluiert werden.

Am 8. November 2007 organisierte das KSA in Grange-neuve wie alljährlich den kantonalen SHG-Thementag. Rund 130 Personen nahmen an dieser Zusammenkunft teil. Sie galt dieses Jahr vor allem den Ergebnissen der Sozialhilfestatistik (Sostat) von Freiburg für die Jahre 2005 und 2006, dem Thema Sozialhilfewohnsitz im Rahmen der SHG-Anwendung und einer ersten Beurteilung der Sozialhilferichtsätze 2007.

Das KSA unterhält auch eine enge Verbindung mit den RSD, indem es regelmässig an den Sitzungen der französischsprachigen und der deutschsprachigen Gruppierung der RSD des Kantons teilnimmt. Über seine Website ([www.admin.fr.ch/sasoc](http://www.admin.fr.ch/sasoc)) stellt es eine regelmässige Information sicher, unter anderem mit Hilfe seines Forums «Fragen-Antworten» zum Thema der neuen Sozialhilferichtsätze, die 2007 in Kraft getreten sind. Die regelmässig aktualisierte Website des KSA verzeichnet im Monatsdurchschnitt rund 15 000 Besuche. Seit September 2007 und nach mehreren Arbeitsmonaten präsentiert sich die Website ganz neu gemäss dem neuen zentralisierten System des Staates.

Im Bereich der Prävention stellt das KSA insbesondere den Vorsitz der Kommission für die Verwendung des Entschuldungsfonds sicher. Dieser hat zum Zweck, der ernsthaften Verschlechterung in der sozialen Situation verschuldeter Personen vorzubeugen. In Zusammenarbeit mit Caritas Freiburg und den öffentlichen und privaten Sozialdiensten befasst sich das KSA mit der Handhabung und Verwaltung dieses neuen Instruments für die Sanierung heikler sozialer Situationen. Im Bereich der Bekämpfung der Spielsucht führte das KSA erste Gespräche über die Aufstellung einer kantonalen Struktur für die Prävention, die Information, die Koordination und die Ausbildung. Ermöglicht wurde diese Struktur durch den Entscheid der Conférence Romande de la Loterie et des Jeux in Zusammenarbeit mit der Conférence Romande des Affaires Sanitaires et Sociales (CRASS), jedem Westschweizer Kanton einen Teil des Steuerertrags auf Spiele zuzuteilen. Ausserdem ist der Amtsvorsteher Mitglied einer Expertengruppe, die damit betraut ist, über die Einsetzung sozialer Massnahmen im Rahmen des Casinos von Granges-Paccot zu wachen – Massnahmen, die das Bundesgesetz über Glücksspiele und Spielbanken vorschreibt. Im Übrigen wirkte es nach wie vor in der vom Staatsrat eingesetzten Arbeitsgruppe «Sicherheit der Behörden und des Staatspersonals» mit. In diesem Rahmen trägt es regelmässig zur Schulung der neuen Staatsangestellten bei, damit sie in der Lage sind, Risiken vorzubeugen und mit Situationen von Gewalt im öffentlichen Dienst umzugehen. Es nahm am Seminar des Amtes für Gesundheit zum kantonalen Plan für Gesundheitsförderung und Prävention am 22. Mai 2007 teil. Um sich zu informieren und der Entwicklung sozialer Phänomene zu folgen, nahm

es an verschiedenen Seminaren teil, die namentlich den folgenden Themen gewidmet waren: «working poors», Jugendliche in Schwierigkeiten, Familie, Arbeitslosigkeit und Eingliederung, interinstitutionelle Zusammenarbeit, neue Sozialmodelle, Ausbildung in den Sozialberufen, Kinder in Armut.

Aufgrund seiner Aufgaben nach SHG ist das KSA ausserdem in den folgenden Kommissionen vertreten: kantonale Kommission für den Stellenmarkt, Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen, kantonale Kommission der Loterie Romande, Kommission für die Überwachung des Arbeitsmarkts, Plattform «Landwirtschaftsbetriebe in Schwierigkeiten», kantonale Kommission zur Bekämpfung häuslicher Gewalt. Auf interkantonaler Ebene trug es zur weiteren Ausarbeitung des «Sozialführers Westschweiz» bei ([www.guidesocial.ch](http://www.guidesocial.ch)), in Zusammenarbeit mit der Vereinigung der freiburgischen Sozialinstitutionen und der Association romande et tessinoise des institutions sociales (ARTIAS), in deren Vorstand es vertreten ist. Es ist auch vertreten im Vorstand der Schweizerischen Konferenz für Sozialfragen (SKOS) und des Groupe-ment romand des chefs de services des affaires sociales (GRAS). Daneben beteiligte sich das KSA wie alljährlich an dem von der ARTIAS organisierten Seminar, das darauf hinzielt, die Anwendung der Sozialhilferichtsätze unter den Kantonen zu harmonisieren.

Im Forschungs- und Ausbildungsbereich antwortete das KSA auf verschiedene Umfragen von Universitäten und anderen Forschungszentren. Es antwortete namentlich im Rahmen einer Vergleichsstudie der SKOS über die Sozialhilferichtsätze in den Kantonen, in der auch die Auswirkungen der kantonalen Steuersysteme und der sozialen Transfers auf die verfügbaren Einkommen gemessen werden, einer Studie des Büros für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS) zwecks Erfassung der einkommensabhängigen Leistungen im Kanton sowie einer Studie der Universität Freiburg über Armut. Es lieferte auch die nötigen Daten für die Zusammenstellung des Freiburger Teils des dritten Berichts der Schweiz über die Umsetzung des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung gegenüber Frauen (CEDAW). Finanziell unterstützte es die Durchführung einer Studie der Hochschule Zürich über Teilzeitbeschäftigungen in der Privatwirtschaft, und es wirkt in der Begleitgruppe für diese Forschungsarbeit mit. Es gelangte an die Universität Lausanne für die Durchführung einer Studie über die Entwicklung von «Familienschaltern» im Kanton, um die ergänzenden Daten für die Vorbereitung des Staatsratsberichts zum Postulat Anne-Claude Demierre / Yves Menoud zu erhalten, das am 24. März 2004 eingereicht worden war.

Das KSA wurde vom Departement für Sozialarbeit und Sozialpolitik der Universität Freiburg zu den Debatten anlässlich der «Midis du social» eingeladen, die am 24. April 2007 zum Thema «Environnement et social: frères ennemis?» organisiert wurden. In Zusammenar-

beit mit diesem Departement engagierte sich das KSA in der Vorbereitung der 5. Konferenz für Sozialfragen. Es vereinigte eine Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der sieben Direktionen des Staatsrats, um das Thema und das Programm der nächsten Konferenz für Sozialfragen festzulegen; diese wird am 11. April 2008 stattfinden.

Das KSA übernahm auch die Organisation (Ausschreibung, Verwaltung der Bewerbungsdossiers, Sekretariat der Jury Sitzungen, Öffentlichkeitsarbeit) des Preises für Sozial- und Jugendarbeit, der 2007 erstmals vergeben wurde. Der Preis ist am 17. Dezember 2007 anlässlich des «Suppenfestivals», das alljährlich von La Tuile in der Stadt veranstaltet wird, der Freiburger Pfadfinder-vereinigung verliehen worden. Schliesslich befasste sich das KSA mit der Verwaltung und Weiterbearbeitung der Unterstützungsgesuche an den kantonalen Sozialhilfefonds. Dieser bezweckt Beitragsleistungen an private, grundsätzlich nicht vom Staat subventionierte, nicht gewinnorientierte Sozialeinrichtungen von anerkannt öffentlichem Interesse, die Projekte zugunsten von armutsgefährdeten Personen entwickeln oder führen.

Wie alljährlich erarbeitete das KSA eine Sammlung statistischer Daten über die materielle Hilfe. Die Sammlung gibt Auskunft über die Übernahme der Kosten materieller Hilfe, über die Anwendung der sozialen Eingliederungsmassnahmen, über die finanzielle Belastung der Gemeinden gemäss der Aufteilung nach Bezirk sowie Informationen aus den Tätigkeitsberichten der regionalen Sozialdienste SHG.

Der Aufwand für die im Jahr 2007 erteilte materielle Hilfe an Bedürftige, die im Kanton wohnen oder sich hier aufhalten, belief sich (vor der Aufteilung Kanton/Gemeinden und in Berücksichtigung persönlicher Rückerstattungen) auf 26 588 536.85 Franken (6,21% mehr als 2006) und verteilte sich auf 4 760 Dossiers (+ 1,26% im Vergleich zu 2006), die insgesamt 8 550 Personen betreffen (+ 0,12% im Vergleich zu 2006). Der Kanton übernahm zudem die materiellen Hilfeleistungen an Freiburgerinnen und Freiburger mit Wohnsitz in anderen Kantonen (2 472 196.52 Franken) und an Freiburgerinnen und Freiburger mit Wohnsitz im Ausland (108 564.50 Franken). Weitere Einzelheiten sind den Tabellen im Anschluss an diesen Bericht zu entnehmen.

### Kantonaler Entschuldungsfonds

Die Kommission für die Verwendung des Entschuldungsfonds besteht aus Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Tätigkeitsbereiche wie Bank, Versicherung, Sozialdienst, Steuerverwaltung, Amt für Personal und Organisation, Finanzverwaltung, Kantonales Sozialamt, Schuldenberatungsdienst und Vormundschaftsamt. Sie trat zu fünf Sitzungen zusammen und entschied über neun Entschuldungsanträge, die im Lauf des Jahres eingereicht wurden. Sie fällte sieben positive Entscheide über einen Gesamtbetrag von 115 356.90 Franken und zwei Ablehnungsentscheide.

|   |       |                |
|---|-------|----------------|
| Für Darlehen verfügbare Summe am 1. Januar 2007       | Fr.   | 1 305 272.95   |
| Vom Fonds verliehene Summe                            | ./.   | Fr. 179 167.65 |
| Dem Fonds rückerstattete Summe                        | + Fr. | 85 677.00      |
| Verschiedene Verwaltungskosten                        | ./.   | Fr. 3 805.65   |
| Zinsen für die Deckung des Fonds bis zum Höchstbetrag | + Fr. | 3 805.65       |
| Für Darlehen verfügbare Summe am 31.12.2007           | Fr.   | 1 211 782.30   |

### 3. Hilfe an die Opfer von Straftaten

Gemäss dem kantonalen Ausführungsgesetz vom 8. Oktober 1992 ist das KSA mit der Anwendung des Bundesgesetzes vom 4. Oktober 1991 über die Hilfe an Opfer von Straftaten (OHG) betraut. Dieses gewährleistet die Hilfe an jede Person, die durch eine Straftat in ihrer körperlichen, sexuellen oder psychischen Integrität direkt und erheblich Schaden genommen hat. Im Rahmen seiner Zuständigkeit sorgt das KSA zum einen für die Einleitung der Verfahren, die nötig sind, um den Opfern von Straftaten eine effiziente Hilfe zu gewährleisten. Zum anderen wacht es über den guten Betrieb der beiden Beratungsstellen des Kantons, die damit betraut sind, den Opfern eine sofortige und (mit Einwilligung des KSA) längerfristige Hilfe zu erteilen. Das KSA äussert sich zu Anfragen dieser Beratungsstellen und Dritter, die zugunsten der Opfer intervenieren, wie etwa Psychotherapeuten oder Rechtsanwälte. Es ist auch betraut mit der Information über das kantonale OHG-Dispositiv, mit der spezifischen Ausbildung der mit der OHG-Hilfe beauftragten Personen, der Ausrichtung der Kantonsbeiträge, der Aufteilung der Kosten für sofortige und längerfristige Hilfe zwischen dem Staat und den Gemeinden. Es ist ausserdem die zuständige Behörde für die Entscheide über die Erteilung einer Entschädigung und/oder Genugtuung sowie für die Nachkontrolle im Zusammenhang mit den Vereinbarungen zwischen dem Staat und privaten Einrichtungen, die OHG-Aufgaben wahrnehmen.

Die Revision des OHG ist abgeschlossen. Nach Veröffentlichung der Botschaft des Bundesrats und des Entwurfs für das neue OHG im Bundesblatt vom 9. November 2005 (s. BBl 2005 S. 7165ff.) verabschiedeten die Bundeskammern das revidierte OHG am 23. März 2007. Der Bundesrat könnte das neue Gesetz auf den 1. Oktober 2008 in Kraft setzen. Im Sommer 2007 gelangte ein Entwurf für die Bundesverordnung in die Vernehmlassung bei den Kantonen, und das KSA beteiligte sich an dieser Vernehmlassung. Die endgültige Fassung der Verordnung ist aber noch nicht bekannt. Unter den Neuerungen gemäss dem revidierten OHG sind zu erwähnen: die Verlängerung der Frist für die Einreichung eines Gesuchs um Entschädigung und/oder Genugtuung infolge einer Straftat von zwei auf fünf Jahre, wobei längere Fristen zugunsten unmündiger Kinder vorbehalten bleiben, Begrenzung der Genugtuungen auf 70 000 Franken für das direkte Opfer und

auf 35 000 Franken für die Angehörigen des Opfers, keine Entschädigung und Genugtuung, wenn die Straftat im Ausland begangen wurde. Die Bundesverordnung muss noch definitiv regeln, wie das Opfer verpflichtet werden kann, sich je nach seiner finanziellen Lage an den Kosten der ihm gewährten längerfristigen Hilfe zu beteiligen. Hierfür ist vorgesehen, dass man sich direkt auf die Einkommensgrenzen nach dem neuen Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen (ELG) bezieht, das am 1. Januar 2008 in Kraft getreten ist.

Während des Jahres 2007 befasste sich das KSA weiterhin systematisch mit dem Inkasso bei den Urhebern der jeweiligen Straftaten. Denn die Intervention des Staates zugunsten der Opfer soll nicht die Wiedergutmachung des Schadens durch den Täter selbst ersetzen, wenn dieser sie leisten kann. Dieser Standpunkt dürfte auch zur sozialen Wiedereingliederung der Straftäter beitragen. Dank der Unterstützung der Strafvollzugsanstalten und des Schutzaufsichtsamtes konnte der Staat im Jahr 2007 insgesamt 25 426 Franken wieder einbringen (nach Abzug der Inkassokosten), gegenüber 47 281 Franken im Jahr 2006 und 27 820 Franken im Jahr 2005. Zu diesen Inkassobemühungen tritt die Aktivierung der Sozial- und Privatversicherungen durch das KSA, da es selber nur subsidiär Leistungen erteilt (Art. 14 OHG).

Im Präventions- und Informationsbereich nahm das KSA an sechs Arbeitssitzungen teil. Darunter befand sich eine öffentliche Sitzung an der Ingenieurschule Freiburg unter der Schirmherrschaft des Amtes für Gesundheit und mit Unterstützung der Stiftung Charlotte Olivier, zwecks Errichtung einer kantonalen Referenzstruktur für die Bekämpfung von Kindesmisshandlung. Das KSA organisierte im Jahr 2007 auch drei Fortbildungsanlässe für das Personal der OHG-Beratungsstellen.

Im Rahmen der kantonalen OHG-Koordination, die achtzehn Mitglieder aus der Polizei, der Justiz, dem medizinischen, sozialen und schulischen Bereich zählt, präsierte das KSA eine Sitzung, um eine gute Koordination unter den verschiedenen Akteuren des Kantons, die sich OHG-relevanten Situationen gegenübergestellt sehen können, zu gewährleisten. Das KSA ist auch Mitglied der regionalen OHG-Konferenz, der die Westschweizer Kantone sowie die Kantone Bern und Tessin angehören. Auf nationaler Ebene nahm das KSA an einer Sitzung der Schweizerischen Konferenz der OHG-Verbindungsstellen teil, zusammen mit dem Bundesamt für Justiz und den Vertreterinnen und Vertretern der kantonalen Sozialdepartemente. Im Ausbildungsbereich nahm das KSA an fünf Arbeitssitzungen unter der Leitung des Bundesamtes für Justiz teil; diese galten der Beurteilung sämtlicher Ausbildungsprogramme in der Schweiz für das Personal in den OHG-Beratungsstellen und die Behörden, die sich mit der Entschädigung nach OHG befassen.

Das KSA nahm an drei Sitzungen der kantonalen Kommission für die Bekämpfung häuslicher Gewalt teil. Infolge der Einreichung einer Motion beteiligte sich das

KSA zusammen mit der Polizei, den Strafverfolgungsbehörden und dem Amt für Bevölkerung und Migration an sechs halbtägigen Arbeitstreffen für die Schaffung eines spezifischen Hilfsmechanismus zugunsten der Opfer von Menschenhandel. Im Rahmen der Untersuchung der Subventionen durch das Finanzdepartement nahm das KSA an acht Arbeitssitzungen im Laufe des Jahres teil.

Die den Opfern erteilten Leistungen fallen unter die sofortige oder längerfristige Hilfe und die Entschädigung oder Genugtuung. Die Bundesstatistik, die sich auf die von den Kantonen gelieferten Daten stützt, wird veröffentlicht auf der Website:

[www.bfs.admin.ch/bfs/portal/fr/index/themen/rechtspflege.html](http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/fr/index/themen/rechtspflege.html)

2007 bearbeitete das KSA 278 Dossiers, für die 498 Buchungseinträge verzeichnet wurden, alle Leistungen zusammengenommen. Während der Vorjahre bearbeitete das KSA 263 Dossiers im Jahr 2006, 365 Dossiers im Jahr 2005, 354 Dossiers im Jahr 2004, 256 Dossiers im Jahr 2003, 225 im Jahr 2002, 200 im Jahr 2001, 142 im Jahr 2000, 121 im Jahr 1999 und 105 im Jahr 1998. 2007 fällte das KSA 48 formelle Entscheide: 21 Entscheide über sofortige oder längerfristige Hilfe (einschliesslich Anwaltskosten) und 27 Entscheide über Entschädigungen und/oder Genugtuungen. Nach der vom KSA geführten Statistik liegen die den Opfern erteilten Leistungen im Allgemeinen unter den von ihnen oder ihren Anwälten gestellten Ansprüchen. Dennoch sind die gefällten Entscheide bis auf eine Ausnahme nicht mit Beschwerde angefochten worden. Derzeit ist nur ein Beschwerdeverfahren bei der Direktion für Gesundheit und Soziales hängig; sie betrifft die sofortige und längerfristige Hilfe. Der OHG-Aufwand belief sich im Jahr 2007 auf insgesamt 1 160 008.90 Franken (für Einzelheiten s. Tabelle im Anschluss an diesen Bericht), gegenüber 1 236 395.35 Franken im Jahr 2006, 1 385 811.65 Franken im Jahr 2005, 1 147 072.35 Franken im Jahr 2004, 1 271 665.60 Franken im Jahr 2003, 1 066 317.05 Franken im Jahr 2002, 927 186.65 Franken im Jahr 2001, 998 755.85 Franken im Jahr 2000, 1 160 400.05 Franken im Jahr 1999 und 960 533 Franken im Jahr 1998.

#### OHG TÄTIGKEIT UND AUFWAND IM RECHNUNGSJAHR 2007

|  |                             |
|--|-----------------------------|
| Beiträge des Staates an die Beratungsstellen                                       | Fr. 760 251.40              |
| Kosten für sofortige Hilfe   | <sup>1</sup> Fr. 142 535.50 |
| Kosten für längerfristige Hilfe  | <sup>1</sup> Fr. 33 499.10  |
| Anwaltskosten  | <sup>1</sup> Fr. 32 389.40  |
| <sup>1</sup> Zwischen Staat und Gemeinden aufzuteilender Gesamtbetrag (45% / 55%): | Fr. 208 424.00              |
| Entschädigung (materieller Schaden)  | <sup>2</sup> Fr. 55 534.40  |
| Genugtuung   | <sup>2</sup> Fr. 134 451.50 |
| OHG-Streiffälle für Genugtuung u. Entschädigung                                    | <sup>2</sup> Fr. 1 347.60   |

<sup>2</sup> Aufwand 100% zu Lasten des Staates: Fr. 191 333.50

Total Fr. 1 160 008.90

#### 4. Hilfe an Asylsuchende, Flüchtlinge und Personen mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid (NEE-Personen)

Das KSA ist mit der Anwendung des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998 (AsylG) betraut, namentlich mit der Aufnahme, Beherbergung, Betreuung und materiellen Unterstützung von Asylsuchenden, vorläufig aufgenommenen Personen und schutzwürdigen Personen ohne Aufenthaltsbewilligung, die dem Kanton vom Bundesamt für Migration (BFM) zugeteilt werden. Im Übrigen versieht das KSA aufgrund derselben Bundesgesetzgebung die Verantwortung für Personen mit Flüchtlingsstatus, die seit weniger als fünf Jahren im Kanton wohnhaft sind.

Seit am 1. April 2004 das Bundesgesetz vom 19. Dezember 2003 über das Entlastungsprogramm 2003 und die revidierten Asylverordnungen in Kraft getreten sind, gelten Personen mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid (NEE), die nicht mehr unter das Asylgesetz fallen, als Personen in ungesetzlicher Situation, die unter das Gesetz über Ausländerinnen und Ausländer und das Bundesgesetz über die Nothilfe fallen. Demzufolge ist es am Kanton, die Heimschaffung solcher Personen zu vollziehen und für die Nothilfe im Sinne von Artikel 12 der Bundesverfassung aufzukommen. Das KSA nimmt die Verantwortung, die Koordination und die finanzielle Kontrolle über die erteilte Nothilfe wahr.

Wie nach dem Asylgesetz und der kantonalen Asylverordnung vom 26. November 2002 zulässig, betraute der Staatrat bislang verschiedene Akteure mit der Aufnahme, Betreuung und Beherbergung der unter das Asylgesetz fallenden Personen. An erster Stelle das Freiburgische Rote Kreuz (FRK), das am 11. Januar 1993 das Mandat für Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen erhielt. An zweiter Stelle die Organisation für Regie- und Spezialaufträge (ORS AG), deren Sitz sich in Zürich befindet und mit Vereinbarung vom 25. April 2006 mit der Nothilfe an NEE-Personen betraut wurde (ab 1. Januar 2006). Schliesslich Caritas Schweiz in Freiburg, die aufgrund der Vereinbarung vom 5. Dezember 2000 die soziale und finanzielle Begleitung und Integration der anerkannten Flüchtlinge mit einer Aufenthaltsbewilligung sicherstellt (Flüchtlinge, die seit weniger als 5 Jahren hier sind, Ausweis B). Für die Beziehungen zum Bund bzw. zum BFM sind gemäss dem Willen des Bundesgesetzgebers die Kantonsbehörden, das heisst das Kantonale Sozialamt, zuständig.

Am 24. September 2006 nahmen das Schweizer Volk und sämtliche Kantone die Revision des Asylgesetzes (Änderungen vom 16. Dezember 2005) und das neue Gesetz vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (AUG) an. Der Kanton Freiburg nahm diese Gesetzesänderungen mit einer Mehrheit von 63% an. Ein Teil dieser Änderungen, der vor allem Verfahrensfragen betrifft, ist am 1. Januar 2007 in Kraft

getreten. Der grösste Teil (Sozialhilfe und Finanzierung) tritt aber am 1. Januar 2008 in Kraft.

Das KSA befasste sich damit, die Auswirkungen aus dem Inkrafttreten dieser Gesetze auf Kantonsebene zu untersuchen. Diese Auswirkungen sind zahlreich und erheblich, sowohl finanziell als auch in Bezug auf die nötige Reorganisation in der Betreuung der verschiedenen Personenkategorien: Asylsuchende im Verfahren, abgewiesene Asylsuchende und NEE-Personen, vorläufig aufgenommene Personen, die seit weniger oder mehr als 7 Jahren in der Schweiz sind, sowie Flüchtlinge, die seit weniger als 5 Jahren hier sind. Im Übrigen ändert die Einführung einer Gesamtpauschale in der Betreuung Asylsuchender den finanziellen Rahmen, die administrative Führung und die Beziehungen zum Bund völlig. In diesem Zusammenhang und um sich auf die Änderungen besser vorzubereiten, kündigte der Staatsrat am 31. Dezember 2006 seine Vereinbarung mit dem FRK für die Aufnahme Asylsuchender und vorläufig aufgenommener Personen auf den 31. Dezember 2007. Nach der Gesetzgebung über das Beschaffungswesen und in Anbetracht der auf dem Spiel stehenden Beträge (Schwellenwerte nach der interkantonalen Vereinbarung vom 25. November 1994 über das Beschaffungswesen: 383 000 Franken für Dienstleistungsaufträge) beschloss der Staatsrat in seiner Sitzung vom 13. Februar 2007 eine Ausschreibung. Mit diesem Vorgehen sollte auch eine Gleichbehandlung der interessierten Hauptorganismen, die im Kanton schon tätig sind, sowie eine Transparenz der Verfahren gewährleistet werden.

Das KSA erarbeitete das Pflichtenheft für das Mandat «Asyl 2008». Es handelt sich um das Mandat für die Betreuung und Beherbergung der dem Kanton Freiburg zugewiesenen Asylsuchenden, vorläufig aufgenommenen Personen und abgewiesenen Asylsuchenden sowie für die Organisation und Umsetzung der Rückkehrberatung. Das Mandat «Asyl 2008» wurde wie folgt in vier Lose unterteilt: 1) Asylsuchende im Verfahren, 2) vorläufig aufgenommene Personen (seit weniger bzw. seit mehr als 7 Jahren), 3) abgewiesene Asylsuchende, 4) Organisation und Umsetzung der Rückkehrberatung. Diese Lose konnten kombiniert und in diesem Fall in Form von Varianten unterbreitet werden.

Am 24. April 2006 genehmigte der Staatsrat das Pflichtenheft, die Kriterien (1. rationelle und effiziente Führung des Organisationssystems; 2. Qualität der Leistungen im Verhältnis zu den Anforderungen des Mandats; 3. Überzeugender finanzieller Vorschlag) und Unterkriterien für die Beurteilung der Offerten sowie das Ausschreibungsverfahren nach der Gesetzgebung über das Beschaffungswesen. Die Ausschreibung erschien am 4. Mai 2007 im Amtsblatt des Kantons Freiburg und auf der Website Simap.ch. Es erfolgte keine Beschwerde beim Verwaltungsgericht gegen den Ausschreibungsentscheid und das Pflichtenheft, obwohl dies nach dem Verfahren für das Beschaffungswesen möglich gewesen wäre. Das KSA organisierte am 15. Mai 2007 eine Besich-

tigung der Betreuungs- und Beherbergungsstätten sowie der vorhandenen Strukturen und Infrastrukturen. Am 1. Juni 2007 beantwortete es die schriftlichen Fragen der potenziellen Anbieter. Die Frist für die Einreichung der Angebote lief bis 12. Juni 2007. Innert dieser Frist reichten drei Anbieter ihre Offerten ein: das Freiburgerische Rote Kreuz, die ORS AG und Caritas Schweiz in Freiburg. Der Staatsrat ernannte ein Expertenkollegium für die Prüfung der Offerten, die Zusammenstellung eines Dossiers und die Übermittlung eines den Zuschlag betreffenden Antrags an den Staatsrat. Das Expertenkollegium trat am 26. Juni 2007 zusammen, um die eingegangenen Offerten zu beurteilen. Das KSA war durch seinen Vorsteher in diesem Kollegium vertreten. Das Sekretariat wurde vom KSA geführt, namentlich für die Protokollierung der Sitzung für die Beurteilung der Offerten. Das Expertenkollegium überstellte dem Staatsrat am 27. Juni 2007 seinen Bericht. In seiner Sitzung vom 3. Juli 2007 erteilte der Staatsrat den Zuschlag für das ganze Mandat «Asyl 2008» ab 1. Januar 2008 der ORS AG. Der Staatsrat wählte die Offerte desjenigen Anbieters, der nach den Zuschlagskriterien im Pflichtenheft das beste Ergebnis erzielt hatte. Der Zuschlagsentscheid wurde nicht mit Beschwerde beim Verwaltungsgericht angefochten, obwohl dies nach dem Verfahren für das Beschaffungswesen möglich gewesen wäre.

Die Gesamtzahl der in der Schweiz verzeichneten Asylansträge ist gegenüber 2006 leicht zurückgegangen und belief sich im Jahr 2007 auf 10 387 (2006: 10 537). Die Zahl der dem Kanton zugewiesenen Asylsuchenden belief sich auf 255 (2006: 314). Der Bestand an im Kanton wohnenden Asylsuchenden hat weiterhin regelmässig abgenommen. Am 31. Dezember 2007 belief er sich auf 1 320 Personen, gegenüber 1 436 am 31. Dezember 2006.

Die vom Freiburgerischen Roten Kreuz geführten Aufnahmestrukturen stabilisierten sich im Jahr 2007. Die Asylsuchenden wurden in vier Aufnahmefoyers untergebracht, zwei in der Stadt Freiburg, eines in Estavayer-le-Lac und eines in Broc, sowie in zwei Gemeinschaftshäusern in Bulle. Die Zahl der in kollektiven Beherbergungsstrukturen untergebrachten Personen betrug durchschnittlich rund 315. 832 Personen wohnten in 332 vom FRK verwalteten Wohnungen. 173 Personen wohnten selbständig ausserhalb der vom FRK verwalteten Strukturen.

Um den Vorschriften der Bundesgesetzgebung gerecht zu werden und gleichwohl zu versuchen, eine menschenwürdige Behandlung der NEE-Personen zu gewährleisten, setzte der Kanton für die betroffenen Personen eine von der ORS geführte «niederschwellige» Aufnahmestruktur ein. Die im Foyer de la Poya in Freiburg befindliche Struktur entspricht den Empfehlungen der Schweizerischen Konferenz der Sozialdirektorinnen und -direktoren (SODK) in Sachen Nothilfe. Ein Pavillon ist speziell Frauen und Familien vorbehalten. Die auf 20 Plätze angelegte «niederschwellige» Struktur erteilt

NEE-Personen eine Nothilfe in Form von Bargeld, die von der GSD auf 10 Franken/Tag festgesetzt wurde. Die Nothilfe wird auf Entscheid des KSA und nur Personen erteilt, die von der Kantonspolizei identifiziert worden sind; die Dauer beschränkt sich auf sieben Tage. Im Winter ist die «niederschwellige» Struktur täglich rund um die Uhr geöffnet. Im Laufe des Jahres 2007 nahm sie durchschnittlich zehn Personen im Monat auf. Zwei Familien mit nur einem Elternteil wurden in einer Wohnung beherbergt. Es handelt sich um Personen, für die der Nichteintretensentscheid vor dem 1. April 2004 gefällt worden ist. Eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der ORS, des Amtes für Bevölkerung und Migration (BMA), der Kantonspolizei und des KSA wurde gebildet, um die Ergebnisse des eingesetzten Dispositivs regelmässig zu beurteilen.

Das KSA wirkte in den vom BFM geleiteten Arbeitsgruppen für die Erarbeitung der Verordnungen zum revidierten Asylgesetz und zum neuen AUG sowie bei der Einsetzung eines *reporting* der Integrationsmassnahmen mit. Es beteiligte sich auch an einer Arbeitsgruppe der SODK für die Ausarbeitung von Empfehlungen im Zusammenhang mit dem Zuständigkeitswechsel, der für vorläufig aufgenommene Personen nach Ablauf von 7 Jahren gilt.

Das KSA war aktiv in der paritätischen Kommission für Asylfragen, der kantonalen Kommission für die Einschulung und Integration von Migrantenkindern sowie in der Kommission für die Integration von Migrantinnen und Migranten und für Rassismusbekämpfung. Es beteiligte sich an den Sitzungen der Westschweizer Koordinatorinnen und Koordinatoren und auf nationaler Ebene an den vom BFM organisierten Seminaren der Schweizer Koordinatorinnen und Koordinatoren. Unter den zahlreichen aktuellen Themen, die dabei debattiert wurden, sind namentlich zu nennen: die Einsetzung von Massnahmen gegen NEE-Personen und die Weiterverfolgung des monitoring, das Nothilfe-Konzept, die Auswirkungen des Inkrafttretens des revidierten Asylgesetzes und des Gesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer (namentlich die finanziellen Auswirkungen und die Berechnung der Gesamtpauschale), die Integrationsmassnahmen für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene. Der Amtsvorsteher versah den Vorsitz in der Eidgenössischen Kommission für Flüchtlingsfragen.

Im Rahmen der Asylmandat-Übergabe am 31. Dezember 2007 unterzeichnete die GSD zwei Vereinbarungen mit dem FRK, die eine zur Regelung der Modalitäten dieser Übergabe und die andere in Form eines Übergangsmandats für die verschiedenen Aufgaben der Rechnungsabschluss für die Tätigkeit 2007, Aufgaben, die 2008 zu erledigen sind. Das KSA muss die Begleitung dieser Aufgaben sicherstellen.

Die materielle Hilfe an Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen, die Kosten des Betreuungs- und Verwaltungspersonals sowie die Betriebskosten der

Beherbergungszentren beliefen sich im Jahr 2007 auf 15 324 000 Franken. Davon bleiben 69 000 Franken zu Lasten des Staates.

Die Nothilfe (materielle Hilfe und Gesundheitskosten) an Personen mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid, die Kosten des Betreuungs- und Verwaltungspersonals sowie die Betriebskosten der «niederschweligen» Betreuungsstruktur beliefen sich im Jahr 2007 auf 564 602 Franken, von denen 118 820 Franken (65 x 1 828) im Lauf des ersten Quartals 2008 vom Bund vergütet werden. Der Saldo geht aufgrund der eidgenössischen und kantonalen Sozialhilfegesetzgebung zu Lasten des Kantons.

In Fragen der Sozialhilfe an Personen mit Flüchtlingsstatus und an schutzwürdige Personen mit Aufenthaltsbewilligung traf das KSA mehrmals mit Caritas Freiburg zusammen, um Fragen zu regeln wie: Anwendung der Verfahren für die soziale Begleitung, Unterbreitung der vierteljährlichen Abrechnungen, Verrechnung an das BFM, Kontrolle der Anwendung der Sozialhilferichtsätze für Flüchtlinge.

Infolge der Änderung einer Direktive des BFM können Flüchtlinge jetzt an den temporären Beschäftigungsprogrammen der Arbeitslosenversicherung teilnehmen. Im Rahmen der Einführung dieser neuen Bestimmungen nahm das KSA an Arbeitssitzungen mit der Caritas, dem Amt für den Arbeitsmarkt und den RAV des Kantons teil. Ein Integrationsbüchlein, das jedem betroffenen Flüchtling abgegeben wird, erlaubt es den intervenierenden Diensten, den von Personen zurückgelegten Weg besser zu erfassen (absolvierte Sprachkurse und Massnahmen zur beruflichen Eingliederung) und somit eine wirkungsvollere berufliche Eingliederung zu erzielen. Der Kanton konnte sich auch an einem Projekt für berufliche Eingliederung beteiligen, das vom BFM für die Kantone Neuenburg, Freiburg, Jura, Waadt und den französischsprachigen Teil des Kantons Bern aufgestellt wurde. Es handelt sich um eine Logistikausbildung, die speziell für Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen konzipiert ist. Organisiert wurde sie von einer Firma in unserem Kanton.

Das Controlling der Ergebnisse auf dem Gebiet der Erteilung von Sozialhilfe an Flüchtlinge (seit September 2005 in den Kantonen eingeführt) wurde 2007 fortgesetzt. Das KSA hat die Rolle eines Kontaktorgans gegenüber dem BFM und ist beauftragt, die von Caritas im Rahmen ihres Mandats erfassten Daten zu übermitteln.

Die die Flüchtlinge betreffenden Ausgaben für die materielle Hilfe und die Betreuung beliefen sich im Jahr 2007 auf 1 140 418 Franken. Sie werden vollumfänglich vom Bund vergütet.

## **5. Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen**

Das KSA ist beauftragt, die geeignete Hilfe bei der Geltendmachung von Unterhaltsbeiträgen, die Kindern sowie Ehegatten oder Ex-Ehegatten geschuldet werden,

zu erteilen. Ausserdem hat es Vorschüsse für den Unterhalt des Kindes auszurichten, wenn der Vater oder die Mutter ihrer Unterhaltspflicht nicht nachkommen und die Situation der Anspruchsberechtigten es rechtfertigt. Zu diesen Unterhaltsvorschüssen kommen diejenigen zugunsten von Ehegatten oder Ex-Ehegatten (Art. 46, 79 und 81 EGZGB). In diesem Zusammenhang nimmt das KSA die folgenden Aufgaben wahr: Verwaltung und Bearbeitung der Dossiers, administrative, finanzielle und rechtliche Weiterverfolgung, Information, Beratung und Anhörung sowohl der Anspruchsberechtigten als auch der Schuldner. Die Rechte, Aufgaben und Pflichten der Begünstigten und der Schuldner wie auch des Amtes im Zusammenhang mit der Inkassohilfe und der Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen sind im Zivilgesetzbuch, in dessen Ausführungsgesetz, im Beschluss vom 14. Dezember 1993 und in den Anwendungsrichtlinien der GSD festgehalten.

Die täglichen Tätigkeiten des Amtes sind namentlich: Bestimmung des Anspruchs auf Inkassohilfe und/oder Vorschüsse, Begründung der Entscheide über Gewährung oder Verweigerung dieser Leistungen, Information der begünstigten Person und des Schuldners über die Bearbeitung des Dossiers, Empfang, Anhörung und Beratung dieser Personen, Bearbeitung der Probleme in Verbindung mit der Anwendung des Grundsatzes des Gläubigerwechsels, monatliche Verrechnung der Unterhaltsbeiträge an die Schuldner, Auszahlung der Vorschüsse an die Anspruchsberechtigten, Inkasso der vom Schuldner getätigten Unterhaltszahlungen und Verwaltung des Debitorenwesens bei laufenden und ausstehenden Unterhaltsbeiträgen, periodische Überprüfung der Leistungsansprüche, Aufgaben in Verbindung mit der Zwangsvollstreckung sowie in Zivil- und Strafverfahren, Vertretung des Amtes im Rahmen dieser Verfahren. So nahm das KSA im Jahr 2007 an 30 Sitzungen vor dem Zivilrichter (Präsident des Bezirksgerichts) und an 64 Sitzungen strafgerichtlicher Art teil (Polizeirichter, Strafgericht, Oberamt oder Untersuchungsrichteramt). In einem weiteren Rahmen nahm das KSA an zwei Sitzungen der Westschweizer Konferenz der Ämter für Bevorschussung und Eintreibung von Unterhaltsbeiträgen teil.

Im Lauf des Jahres 2007 befasste sich das KSA weiterhin mit der vollständigen Revision des Informatiksystems für die Bewirtschaftung des Dispositivs (administrative, finanzielle, Buchungs- und Kostenrechnungsbelange), unter Führung des Amtes für Informatik und Telekommunikation (ITA) und in Zusammenarbeit mit der Finanzverwaltung, Sektor neue Instrumente für das Finanzmanagement. Das KSA befasste sich weiterhin mit Überlegungen zu einer Gesamtrevision des einschlägigen Kantonsrechts. Allgemein arbeitet das KSA weiterhin an der Entwicklung einer einheitlichen und rationellen Praxis in Verbindung mit der Eintreibung von Unterhaltsbeiträgen und der Bevorschussung zugunsten von Anspruchsberechtigten.

Am 31. Dezember 2007 beliefen sich die vom Staat Freiburg ausgerichteten Unterhaltsvorschüsse auf 5 556 259 Franken (2006: 5 557 775 Franken, 2005: 5 423 873 Franken, 2004: 5 231 763 Franken). Von dieser Summe wurden 2 665 704 Franken (47,26%) wieder eingetrieben, davon 51 058 Franken durch die vom Staatsrat beauftragte spezialisierte Inkassostelle. Der nicht eingebrachte Teil wird hälftig zwischen dem Staat und den Gemeinden aufgeteilt. Im Rahmen der Inkassohilfe (Hilfe bei der Eintreibung von laufenden und ausstehenden Unterhaltsbeiträgen, die gemäss den zivilrechtlichen Urteilen geschuldet werden) wurden vom KSA ausserdem 2 494 206 Franken eingetrieben. Diese Summe wird an die Anspruchsberechtigten weiter überwiesen.

Auf die 241 eingereichten Gesuche (2006: 230, 2005: 239, 2004: 221, 2003: 217) entfielen 196 Dossiereröffnungsentscheide der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2006: 182, 2005: 202, 2004: 199, 2003: 193). Die Anzahl «aktiver» Dossiers belief sich am 31. Dezember 2007 auf 1 502, wohingegen sie sich Ende 2006 auf 1 498, Ende 2005 auf 1 479 und Ende 2004 auf 1 561 belief. Unter den Aufgaben in Verbindung mit der Zwangsvollstreckung sind zu nennen: 312 Betreibungen (96 im Jahr 2006, 109 im Jahr 2005, 119 im Jahr 2004), 26 Rechtsöffnungsentschei-

de, 94 Pfändungsprotokolle, 223 Verlustscheine (2006: 47, 2005: 185, 2004: 109), 26 Lohnpfändungen (2006: 47, 2005: 34, 2004: 11). Ausserdem wurden 138 Strafklagen eingereicht (2006: 86, 2005: 140, 2004: 36). Von den 103 Verordnungen und Urteilen der Strafbehörden (2006: 131, 2005: 128, 2004: 91) betreffen 45% eine Verurteilung (2006: 32%, 2005: 31%, 2004: 54%), 9% ein Nichteintreten (2006: 12%, 2005: 18%, 2004: 21%), 47% eine Einstellung des Verfahrens (2006: 58%, 2005: 52%, 2004: 25%) und 2% ein laufendes Verfahren. Was die Nachkontrolle der Dossiers betrifft, so wurden 649 die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen betreffende Dossiers revidiert und 137 die blosser Inkassohilfe betreffende Dossiers, was zu insgesamt 786 Entscheiden des Amtes führte, zusätzlich zu den Eröffnungsentscheiden). Unter diesen Statistikzahlen muss eine hervorgehoben werden: 47% der Verordnungen und Urteile von Seiten der Strafbehörden lauteten auf eine Einstellung des Verfahrens (weil keine Adresse des Schuldners zu ermitteln war), gegenüber nur 25% im Jahr 2004. Schliesslich sei noch unterstrichen, dass im Jahr 2007 das Rechtsmittel der Einsprache 27mal ergriffen wurde (2006: 24, 2005: 16). Zwei Beschwerden (2006: 3, 2005: 2, 2004: 12) wurden bei der Direktion eingereicht.

Materielle Hilfe netto 2007 (Zeit vom 1.10.2006 – 30.09.2007)

Persönliche Rückerstattungen sind berücksichtigt.

Art. 7 und 8 SHG: im Kanton wohnhafte, sich aufhaltende oder vorübergehend anwesende Personen

| AUFTEILUNG GEMEINDEN/STAAT ART: 32/33 SHG |                           |         |                               |         |                             |         |               |
|---|---------------------------|---------|-------------------------------|---------|-----------------------------|---------|---------------|
| Kategorie Personen                        | Zu Lasten des Staates Fr. | % Total | Zu Lasten anderer Kantone Fr. | % Total | Zu Lasten der Gemeinden Fr. | % Total | Total Fr.     |
| Schweizer                                 | 7'252'154.35              | 56,74   | 1'509'082.75                  | 92,19   | 6'926'709.15                | 56,91   | 15'687'946.25 |
| Ausländer                                 | 5'528'223.65              | 43,26   | 127'778.30                    | 7,81    | 5'244'588.65                | 43,09   | 10'900'590.60 |
| Total                                     | 12'780'378.--             | 100     | 1'636'861.05                  | 100     | 12'171'297.80               | 100     | 26'588'536.85 |

Materielle Hilfe 2007: im Kanton wohnhafte, sich aufhaltende oder vorübergehend anwesende Personen

| VERTEILUNG DER DOSSIERS NACH SOZIALHILFE-URsache      |                 |         |
|---|-----------------|---------|
| Sozialhilfeursache                                    | Anzahl Dossiers | % Total |
| Arbeitslosigkeit/Vorschüsse Arbeitslosenentschädigung | 638             | 13,40   |
| Einelternfamilie/getrenntes Paar                      | 528             | 11,09   |
| Krankheit/Unfall/Spitalaufenthalt                     | 343             | 7,21    |
| Hilfe an Kinder                                       | 71              | 1,49    |
| Schutzaufsicht  | 40              | 0,84    |
| AHV/IV/EL: Vorschüsse/ungenügende Leistungen          | 701             | 14,73   |
| Ungenügendes Einkommen                                | 1'455           | 30,57   |
| Unterbringung in Heim/Heim für Betagte                | 30              | 0,63    |

|  |       |       |
|--|-------|-------|
| Drogen/Alkohol   | 186   | 3,91  |
| Spital/Unfall/Krankheit/: vorübergehend anwesende Personen | 36    | 0,76  |
| Heimschaffung: vorübergehend anwesende Personen            | 134   | 2,82  |
| Arbeitslosigkeit: Aussteuerung                             | 598   | 12,55 |
| Total Dossiers   | 4'760 | 100   |

Materielle Hilfe netto 2007 (Zeit vom 1.10.2006 bis 30.09.2007)

Persönliche Rückerstattungen sind berücksichtigt / vor Aufteilung Staat/Gemeinden/andere Kantone  
Art. 7 und 8 SHG: im Kanton wohnhafte, sich aufhaltende oder vorübergehend anwesende Personen

| VERTEILUNG NACH REGIONALEM SOZIALDIENST UND NACH KATEGORIE |                         |                 |                         |                 |                         |                 |                                  |
|--|-------------------------|-----------------|-------------------------|-----------------|-------------------------|-----------------|----------------------------------|
| Regionaler Sozialdienst                                    | Freiburger              |                 | Schweizer               |                 | Ausländer               |                 | Total<br>Betrag der Hilfe in Fr. |
|  | Betrag der Hilfe in Fr. | Anzahl Dossiers | Betrag der Hilfe in Fr. | Anzahl Dossiers | Betrag der Hilfe in Fr. | Anzahl Dossiers |                                  |
| Stadt Freiburg   | 2'776'521.90            | 449             | 1'762'507.70            | 243             | 4'504'024.80            | 658             | 9'043'054.40                     |
| Villars-sur-Glâne  | 235'678.35              | 67              | 202'166.70              | 41              | 618'319.85              | 122             | 1'056'164.90                     |
| Sonnaz   | 363'239.90              | 75              | 200'303.95              | 44              | 593'683.30              | 70              | 1'157'227.15                     |
| Marly  | 379'058.50              | 53              | 221'273.80              | 32              | 631'114.20              | 72              | 1'231'446.50                     |
| Haute-Sarine   | 201'644.50              | 41              | 31'982.30               | 26              | 46'851.25               | 12              | 280'478.05                       |
| Gibloux  | 407'917.30              | 67              | 672'920.10              | 56              | 308'799.05              | 29              | 1'389'636.45                     |
| Sarine-Ouest   | 348'815.90              | 54              | 102'235.25              | 38              | 137'943.00              | 20              | 588'994.15                       |
| Sense-Mittelland   | 85'802.10               | 28              | 209'074.70              | 28              | 52'000.05               | 10              | 346'876.85                       |
| Schmitten  | 248'951.95              | 25              | 183'381.95              | 15              | 121'817.85              | 13              | 554'151.75                       |
| Bösingen   | -2'327.30               | 3               | 56'344.--               | 7               | 38'267.50               | 14              | 92'284.20                        |
| Düdingen   | 564'598.70              | 55              | 354'448.90              | 34              | 360'003.60              | 34              | 1'279'051.20                     |
| Sense-Oberland   | 429'446.15              | 59              | 240'394.80              | 33              | 147'169.85              | 13              | 817'010.80                       |
| Wünnewil-Überstorf   | 157'358.60              | 23              | 213'753.60              | 53              | 285'675.00              | 45              | 656'787.20                       |
| Gruyère  | 1'277'546.80            | 278             | 388'217.10              | 126             | 1'098'004.40            | 217             | 2'763'768.30                     |
| Murten   | 199'029.65              | 20              | 496'443.05              | 58              | 412'310.50              | 50              | 1'107'783.20                     |
| See  | 174'869.15              | 43              | 388'917.90              | 71              | 295'853.35              | 63              | 859'640.40                       |
| Kerzers  | 5'365.55                | 3               | 217'343.80              | 37              | 58'943.25               | 35              | 281'652.60                       |
| Glâne-Sud  | 24'180.65               | 20              | 23'206.05               | 24              | 33'365.10               | 4               | 80'751.80                        |
| Romont   | 218'346.30              | 34              | 26'187.70               | 16              | 237'242.95              | 53              | 481'776.95                       |
| Glâne  | 137'380.80              | 38              | 109'038.60              | 18              | 101'284.85              | 17              | 347'704.25                       |
| Broye  | 350'845.30              | 95              | 516'676.20              | 80              | 432'128.40              | 106             | 1'299'649.90                     |
| Basse-Veveyse  | 118'949.20              | 18              | 73'304.45               | 26              | 151'771.15              | 13              | 344'024.80                       |
| Haute-Veveyse  | -6'126.45               | 8               | 13'334.25               | 8               | -1'603.50               | 4               | 5'604.30                         |

|                 |              |       |              |       |               |       |               |
|-----------------|--------------|-------|--------------|-------|---------------|-------|---------------|
| Châtel-St-Denis | 125'188.85   | 22    | 153'486.45   | 38    | 71'945.40     | 35    | 350'620.70    |
| Kant. Sozialamt | 1'454.10     | 3     | 7'266.50     | 7     | 163'675.45    | 174   | 172'396.05    |
| Insgesamt       | 8'823'736.45 | 1'581 | 6'864'209.80 | 1'159 | 10'900'590.60 | 1'883 | 26'588'536.85 |

### III. JUGENDAMT (JUGA)

#### 1. Aufgaben des Amtes

Das JugA nimmt die Aufgaben wahr, die es aufgrund des Jugendgesetzes vom 12. Mai 2006 hat. Dabei handelt es sich um die folgenden Aufgaben:

- Umsetzung der nötigen sozialerzieherischen Massnahmen in Absprache mit den Eltern oder gesetzlichen Vertretern für Kinder, die in ihrer Entwicklung gefährdet sind, oder für junge Erwachsene;
- Vollzug der von Vormundschafts- oder Gerichtsbehörden angeordneten zivil- oder strafrechtlichen Kinderschutzmassnahmen, vorläufige Vertretung der im Kanton weilenden Kinder sowie die kantonale Koordination in Fällen von internationaler Kindesentführung;
- Beurteilung, Bewilligung und Beaufsichtigung von familienexternen Betreuungsstätten sowie die Verantwortung als kantonale Zentralbehörde im Adoptionsbereich;
- Beratung von Opfern im Sinne der Gesetzgebung über die Hilfe an Opfer von Straftaten;
- Umsetzung der Jugendpolitik, namentlich durch die Unterstützung des Auftrags der Jugendbeauftragten;
- Information der ganzen Bevölkerung über die Mittel der Hilfe an Kinder und Jugendliche, in Koordination mit den Jugendbeauftragten.

#### Leitung

Geleitet wird das Jugendamt vom Vorsteher Stéphane Quéru.

#### 2. Allgemeine Tätigkeit des JugA

Das Jahr 2007 war insbesondere durch das Inkrafttreten des Jugendgesetzes und die Anstellung der beiden Jugendbeauftragten Christel Berset und Estelle Krattinger sowie ihrer Sekretärin Isabelle Zürcher gekennzeichnet.

Die Pensionierung von Maurice Rueger, Sozialarbeiter, nach 37-jähriger Berufstätigkeit im JugA war ein zweiter wichtiger Einschnitt im Leben des Amtes. Maurice Rueger versah das Mandat als Vertrauensperson und gesetzlicher Vertreter für unbegleitete minderjährige Asylsuchende.

Die Arbeiten für ein Ausführungsreglement zum Jugendgesetz wurden im Laufe des Jahres aufgenommen. In diesem Reglement geht es hauptsächlich um die Umsetzung der Jugendpolitik.

Sehr aktiv war eine amtsinterne Arbeitsgruppe des JugA, die sich mit dem Aufbau einer Website des JugA befasste.

Zusammen mit der Direktion für Gesundheit und Soziales stellte das JugA im August 2007 seine Tätigkeit den Medien vor. Im Laufe des Herbstes schlossen sich weitere Mitteilungen zum Thema Pflegefamilien an.

Allgemein war eine erhebliche Arbeitsbelastung festzustellen, die auf die Schwierigkeit der zu bearbeitenden Fälle zurückzuführen ist.

Im Juli 2007 schliesslich wurde das Amt in den Prozess der Analyse der staatlichen Leistungen (ASL) einbezogen.

#### 3. Tätigkeit der Sektoren

Das JugA ist in fünf Tätigkeitssektoren organisiert, die die folgenden Aufgaben erfüllen:

- von den Jugendschutzbehörden verlangte soziale Abklärungen und Beurteilungen, Interventionen ohne amtlichen Auftrag, Bereitschaftsdienste, Not- und Kriseninterventionen, Ausführung behördlich angeordneter Schutzmassnahmen: Sektor Direkte Sozialarbeit (SASD);
- Abklärungen und Beurteilungen im Hinblick auf die Bewilligung von Betreuungsstätten in Familien oder Institutionen, Beaufsichtigung der Betreuungsstätten und deren Koordination: Sektor Familienexterne Kinderbetreuung (SMA);
- OHG-Beratung für Kinder, Männer und Opfer von Strassenverkehrsunfällen: OHG-Beratungsstelle;
- Verwaltung, Empfang, allgemeine Buchführung und spezifische Buchführung für Mündel: Verwaltungssektor;
- Jugendpolitik: Errichtung des Büros der Jugendbeauftragten Fribourg Jeunesse/Freiburg Jugend (FriJ).

##### 3.1 Sektor Direkte Sozialarbeit (SASD)

Nach der Statistik hat die Tätigkeit des SASD im Jahr 2007 nicht nachgelassen, wurden doch 2603 Kinder von den Sozialarbeiterinnen und -arbeitern des Sektors betreut (2588 im Jahr 2006). Die Zahl der Einsätze belief sich auf 2294 (2123 im Jahr 2006). Die Zahl der neuen Interventionen belief sich auf 967 (853 im Jahr 2006). Dies entspricht 110 neuen Kindern, die vom SASD betreut wurden.

Diese Interventionen gehen mehrheitlich auf Anordnungen der Friedensgerichte zurück. Diese erteilten 484 neue Mandate auf ein Jahrestotal von 1524 (2006: 378 auf 1402).

Auch die Jugendstrafkammer gelangte vermehrt an den SASD, mit 156 Fällen im Jahr 2007 (2006: 105).

Einfache Auskünfte von Seiten des Bereitschaftsdienstes und der Direktion gehen nicht in die Statistik ein. Sie können auf durchschnittlich 2 Telefongespräche pro Tag veranschlagt werden.

Die Übernahme neuer Fälle erfordert stets einen sehr intensiven Einsatz der Sozialarbeiterin oder des Sozialarbeiters, die oder der alle nötigen Informationen sammeln und Kontakte mit dem familiären und sozialen Netz des betreffenden Kindes knüpfen muss, um wirksam intervenieren zu können.

Für die rasche Ausführung bestimmter Mandate sind neue Regelungen getroffen worden. Diese halfen bei der Bewältigung der Schwierigkeiten in Verbindung mit der grossen Arbeitsbelastung. Eine beträchtliche Hilfe stellten auch die befristeten Stellen dar, dank deren Gewährung die zu Jahresbeginn heikle Situation gemeistert werden konnte.

### Unterbringung von Kindern

Die Organisation der Unterbringung von Kindern in Heimen oder Pflegefamilien erfordert einen erheblichen Einsatz, ob es sich nun um kurz- oder um langfristige Unterbringungen handelt. Die Sozialarbeiterin oder der Sozialarbeiter muss beurteilen, ob eine Unterbringung notwendig ist oder nicht. Fällt die Beurteilung positiv aus, so ist das Aufnahmegesuch an eine Institution zu richten, müssen das Kind und seine Probleme vorgestellt werden, sind der Behörde ein oder mehrere Berichte zu unterbreiten, Zwischenbilanzen aufzustellen, und schliesslich muss die Heimkehr organisiert werden. Die rasche Heimkehr des Kindes in seine Familie ist, wenn die Umstände sie erlauben, ein wichtiges Ziel im Kinderschutz. Daher wird mit dem Kind und seinem familiären Netz daran gearbeitet, diese Heimkehr zu fördern.

2007 verteilten sich die organisierten Unterbringungen wie folgt:

|  | Kantonale Institution | Ausserkantonale Institution | Professionelle Pflegefamilie | Nicht professionelle Pflegefamilie | Insgesamt |
|--|-----------------------|-----------------------------|------------------------------|------------------------------------|-----------|
| Total der Unterbringungen im Jahr 2007 | 290                   | 73                          | 11                           | 51                                 | 425       |
| im Jahr 2007 ausgetretene Kinder       | 127                   | 37                          | 1                            | 13                                 | 178       |
| am 31.12.2007 untergebrachte Kinder    | 163                   | 36                          | 10                           | 38                                 | 247       |

2007 sind 125 Kinder untergebracht worden, von denen 78 im gleichen Jahr wieder heimkehren konnten. Somit konnten 62,4% der im Jahr 2007 untergebrachten Kinder wieder zu ihren Eltern nach Hause zurückkehren.

### 3.2. Sektor Familienexterne Kinderbetreuung (SMA)

Die verschiedenen Typen von Betreuungsstätten gaben zu den folgenden Hauptinterventionen Anlass.

#### 3.2.1. Einrichtungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter

Ende 2007 zählte der Kanton Freiburg 199 Einrichtungen für Kinder im Vorschulalter und 9 Tageselternvereinigungen, die der Aufsicht des SMA unterstellt sind.

Der SMA wirkte mit in der Kommission für die Erarbeitung einer Gesetzgebung über die Betreuung von Kindern im Vorschulalter gemäss der Kantonsverfassung vom 16. Mai 2004.

Er wirkte mit in der Arbeitsgruppe, die die erste Fachtagung Kleinkinderbetreuung organisiert. Diese Tagung wird am 31. Mai 2008 stattfinden.

Der Sektor erarbeitete ein Konzept und ein Dokument zur pädagogischen Qualität der Einrichtungen für Kinder im Vorschulalter (vom Typ Kinderkrippe und Spielgruppe).

Schliesslich sind Vorschläge erarbeitet worden für die Revision der Normen und Empfehlungen zuhanden der Einrichtungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass künftig Personen das Berufsfeld betreten, die die EFZ-Ausbildung zur Fachperson Betreuung (FABE) absolvieren.

Der SMA erteilte zehn Informationssitzungen für Tageseltern nach dem vom Freiburger Verband der Tageselternvereinigungen koordinierten Programm.

#### 3.2.2. Pflegefamilien

Am 31. Dezember 2007 zählte der Kanton Freiburg 113 Pflegefamilien für insgesamt 154 Kinder.

Der erste Teil des Jahres 2007 wurde dazu verwendet, zusammen mit der Freiburger Hochschule für Soziale Arbeit das Konzept für die Ausbildung der Pflegefamilien zu erarbeiten. Die Ausbildung selbst startete im September 2007 für französischsprachige und im November 2007 für deutschsprachige Pflegefamilien (25 bzw. 8 Familien).

Das Konzept der Pflegefamilien wurde im Herbst bei mehreren Anlässen den Freiburger und Westschweizer Medien vorgestellt.

#### 3.2.3. Internationale und nationale Adoption

2007 waren 103 Adoptionsdossiers offen, die sich in unterschiedlichen Verfahrensstadien befanden. 17 Kinder, davon 16 aus dem Ausland, wurden ihrer Adoptivfamilie anvertraut.

Der SMA versah im Jahr 2007 den Vorsitz der Westschweizer Konferenz der kantonalen Zentralbehörden für Adoptionsbelange.

Auf dem Gebiet der nationalen Adoption, wo die Verfahren sehr genau vorgeschrieben sind, begann im November eine Informationskampagne in den Entbindungsabteilungen des interkantonalen Spitals der Broye.

### 3.3. OHG-Beratungsstelle

Die OHG-Beratungsstelle erteilt Opfern und ihren Angehörigen Hilfe nach dem Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten (OHG). Ein Sektor befasst sich spezifisch mit Kindern und Jugendlichen und ein zweiter mit Männern und Opfern von Strassenverkehrsunfällen.

Die Unterstützung durch die OHG-Beratungsstelle soll einer raschen Hilfe dienen, mit dem Zweck der Wiedereingliederung des Opfers in die Gesellschaft und einer Wiedergutmachung der negativen Auswirkungen der Straftat.

Die Reorganisation infolge der Fusion der OHG-Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche mit derjenigen für Männer und Opfer von Verkehrsunfällen ist von allen implizierten Personen gut bewältigt worden, und es ist der Beratungsstelle gelungen, mit der steigenden Nachfrage fertig zu werden. In Anbetracht der Unterschiedlichkeit beider Zielgruppen rechtfertigt sich die Aufteilung auf zwei Sektoren voll und ganz. Dennoch war eine grosse Arbeitsbelastung festzustellen. Aus diesem Grund ist die Stelle des Sozialarbeiters, der sich mit Männern und Opfern von Verkehrsunfällen befasst, im September 2007 von 60 auf 80% aufgestockt worden.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beratungsstelle bieten einen Bereitschaftsdienst während der Bürozeiten an, um eine rasche und effiziente Hilfe zu gewährleisten. Sie beantworten ausserdem eine immer grössere Zahl von Anfragen, die allgemeine Informationen im Zusammenhang mit der Opferproblematik betreffen (132 Anfragen). Sie intervenieren auch bei Ausbildungsanlässen für Berufspersonen und stellen die Arbeit der Beratungsstelle in verschiedenen Institutionen vor (27 Einsätze).

2007 ist eine Totalrevision des OHG vom Bundesparlament angenommen worden. Diese soll 2008 in Kraft treten und wird einige Anpassungen in der Arbeit der Beratungsstellen bedingen.

#### 3.3.1. Sektor Kinder und Jugendliche

Die Nachfrage blieb im Vergleich zum Vorjahr stabil. Zwei Drittel der neuen Fälle betreffen Straftaten gegen die sexuelle Unversehrtheit, 15% betreffen Körperverletzungen und 20% Straftaten gegen die persönliche Freiheit (Drohung, Nötigung).

Ein Viertel der Opfer war durch Straftaten betroffen, die von minderjährigen Personen begangen worden waren.

Die Beratungsstelle wird immer häufiger von Berufspersonen angegangen, die mit Kindern in Kontakt sind und über einen Fall von Missbrauch oder Misshandlung reden möchten, um eine geeignete Hilfe einzuleiten. Diese Form der Zusammenarbeit erscheint uns sehr wichtig, und sie zeigt auf, wie nützlich die vernetzte Informationsarbeit ist.

|                                   | 2006 | 2007 |
|-----------------------------------|------|------|
| Neue Gesuche während des Jahres   | 177  | 147  |
| Aus dem Vorjahr übernommene Fälle | 122  | 150  |
| Total der behandelten Fälle       | 299  | 297  |

#### 3.3.2. Sektor Männer und Opfer von Strassenverkehrsunfällen

Die Gespräche mit den Opfern und ihren Angehörigen machen den Hauptteil der täglichen Arbeit aus. Je nach der Schwere des erlittenen Schadens kann sich diese Begleitung über einen ziemlich langen Zeitraum erstrecken, zum Beispiel im Fall von Tötungsdelikten oder wiederholten Straftaten. Der Einsatz und die Koordination der Hilfsmassnahmen ist ebenfalls ein wichtiger Aspekt der Arbeit (psychologische und juristische Hilfe, Fragen im Zusammenhang mit Versicherungen usw.). Um eine effiziente Hilfe sicherzustellen, ist die enge Zusammenarbeit mit weiteren Fachleuten unabdingbar.

Die Zahl der betreuten Fälle im Jahr 2007 ist erneut gestiegen. Ein vorrangiges Ziel für das Jahr 2008 besteht darin, für diese Situation, die uns seit der Fusion der Beratungsstellen im Jahr 2005 Sorgen macht, zweckmässige Lösungen zu finden.

Zwei Drittel der Gesuche betreffen Opfer von Körperverletzungen, die Opfer von Verkehrsunfällen inbegriffen. 16 Personen waren von einem Tötungsdelikt oder einem versuchten Totschlag betroffen. 15% der Gesuche betrafen Straftaten gegen die persönliche Freiheit, 8% der Fälle waren Opfer von sexuellen Handlungen und 9% Opfer häuslicher Gewalt.

|                                   | 2006 | 2007 |
|-----------------------------------|------|------|
| Neue Gesuche während des Jahres   | 141  | 140  |
| Aus dem Vorjahr übernommene Fälle | 46   | 77   |
| Total der behandelten Fälle       | 187  | 217  |

#### 3.4. Jugendpolitik

Mit dem Inkrafttreten des Jugendgesetzes konnte die Umsetzung der Jugendpolitik mit der zwischen Mai und Oktober 2007 erfolgten Anstellung der Jugendbeauftragten und ihrer Sekretärin in Angriff genommen werden. Es folgte die Einsetzung des Büros der Beauftragten, das sich FriJ nennt (die Abkürzung steht für Fribourg Jeunesse / Freiburg Jugend).

Die erste Aufgabe der Beauftragten bestand darin, die Daten und die Definitionen der Jugendpolitik-Elemente

zu aktualisieren, damit sie in den Entwurf für das Ausführungsreglement zum Jugendgesetz eingehen können; dieses soll dem Staatsrat Anfang 2008 unterbreitet werden.

Die zweite Aufgabe bestand darin, über alles, was im Kanton hinsichtlich der Jugendpolitik existiert, eine Bestandesaufnahme zu machen. Es wurde ein Projekt für gesamtschweizerisches und freiburgisches Monitoring erarbeitet.

Die Beauftragten befassten sich mit der Festlegung von Kriterien, nach denen die Gesuche von Jugendorganisationen um finanzielle Unterstützung geprüft werden können.

### **3.5. Verwaltung des Amtes**

Die Sozialarbeitstätigkeit des Amtes wird von einem Verwaltungssektor unterstützt, der stark gefordert ist. Mit Hilfe von Personen in temporären Beschäftigungsprogrammen konnte insbesondere den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern des SASD eine vermehrte administrative Unterstützung angeboten werden.

Die Mündel-Buchhaltung nimmt ebenfalls an Umfang zu. Obwohl zahlreiche Dossiers betreuter Kinder und ihrer Familien in die Zuständigkeit der kommunalen Sozialhilfe fallen, ist das Amt immer häufiger gezwungen, Finanzen zu verwalten, ohne hierfür weitere Mittel zu erhalten.

**PERSONALBESTAND**

| <i>BEHÖRDEN – DIREKTIONEN Kostenstellen</i>          | <i>Rechnung 2007 VZÄ</i> | <i>Rechnung 2006 VZÄ</i> | <i>Differenz VZÄ</i> |
|--|--------------------------|--------------------------|----------------------|
| <b>GESUNDHEIT UND SOZIALES</b>                       | <b>2380.71</b>           | <b>1624.17</b>           | <b>756.54</b>        |
| ZENTRALVERWALTUNG                                    | 177.77                   | 174.37                   | 3.40                 |
| 3600 / SASS Generalsekretariat                       | 4.79                     | 4.98                     | -0.19                |
| 3605 / SANT Amt für Gesundheit                       | 17.96                    | 17.84                    | 0.12                 |
| 3606 / DENT Schulzahnpflegedienst                    | 26.01                    | 24.85                    | 1.16                 |
| 3625 / CPSY Psychosozialer Dienst                    | 33.76                    | 33.23                    | 0.53                 |
| 3626 / PPSY Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst | 12.56                    | 13.62                    | -1.06                |
| 3630 / PFIS Familienplanung und Sexualinformation    | 6.37                     | 6.61                     | -0.24                |
| 3635 / LABC Kantonales Laboratorium                  | 18.58                    | 18.75                    | -0.17                |
| 3645 / SOCI Sozialvorsorgeamt                        | 9.15                     | 6.92                     | 2.23                 |
| 3650 / AISO Kantonales Sozialamt                     | 11.09                    | 11.72                    | -0.63                |
| 3665 / OCMF Jugendamt                                | 37.50                    | 35.85                    | 1.65                 |
| SPITALWESEN  | 2187.93                  | 1433.08                  | 754.85               |
| 3615 / HOPC <b>Standort</b> Freiburg                 | 1154.51                  | 1142.14                  | 12.37                |
| Andere <b>Standorte</b> *                            | 739.19                   |                          | 739.19               |
| 3620 / MAHP Kantonales Psychiatrisches Spital        | 294.23                   | 290.94                   | 3.29                 |
| BESONDERE SEKTOREN, SONSTIGE ANSTALTEN               | 15.01                    | 16.72                    | -1.71                |
| 3624 / MABU Wäscherei Marsens                        | 15.01                    | 16.72                    | -1.71                |

(\*von den entsprechenden **Standorten** erstellte Statistiken; die konsolidierte Statistik wird für die Rechnung 2008 aufgestellt)

# FINANZDIREKTION

|  |           |
|--|-----------|
| <b>I. Direktion und Generalsekretariat .....</b>                           | <b>1</b>  |
| 1. Aufgaben .....  | 1         |
| 2. Tätigkeit .....   | 1         |
| 3. Interkantonale Zusammenarbeit .....                                     | 2         |
| 4. Rechtsdienst .....  | 3         |
| 5. Gesetzgebung .....  | 4         |
| <b>II. Finanzverwaltung .....</b>  | <b>4</b>  |
| 1. Aufgaben .....  | 4         |
| 2. Tätigkeit .....   | 4         |
| <b>III. Kantonale Steuerverwaltung .....</b>                               | <b>9</b>  |
| 1. Aufgaben .....  | 9         |
| 2. Tätigkeit .....   | 10        |
| <b>IV. Amt für Erbschafts- und Schenkungssteuern ..</b>                    | <b>13</b> |
| 1. Aufgaben .....  | 13        |
| 2. Tätigkeit .....   | 13        |
| <b>V. Amt für Personal und Organisation<br/>des Staates Freiburg .....</b> | <b>14</b> |
| 1. Aufgaben .....  | 14        |
| 2. Tätigkeit .....   | 14        |
| <b>VI. Amt für Informatik und Telekommunikation ...</b>                    | <b>19</b> |
| 1. Aufgaben .....  | 19        |
| 2. Tätigkeit .....   | 19        |
| <b>VII. Amtliche Vermessung .....</b>                                      | <b>26</b> |
| 1. Aufgaben .....  | 26        |
| 2. Tätigkeit .....   | 27        |
| <b>VIII. Grundbuch .....</b>   | <b>30</b> |
| 1. Aufgaben .....  | 30        |
| 2. Grundbuchämter .....  | 30        |
| 3. Die Grundbuchämter als Steuerbehörde .....                              | 32        |
| 4. Aufsichtsbehörde über das Grundbuch .....                               | 32        |
| <b>IX. Finanzinspektorat .....</b>   | <b>33</b> |
| 1. Aufgaben .....  | 33        |
| 2. Tätigkeit .....   | 33        |
| <b>Personalbestand .....</b>   | <b>34</b> |

## DIREKTION

## I. DIREKTION UND GENERALSEKRETARIAT

### 1. Aufgaben

Die Finanzdirektion (FIND) sorgt über ihre Dienststellen für einen effizienten Umgang mit den staatlichen Mitteln, namentlich den Finanz-, Personal-, Steuer- und Informatikressourcen. Zu ihren Aufgaben gehört auch die amtliche Vermessung, das heisst die Katasterpläne des Kantonsgebiets, und die tadellose Grundbuchführung. Das Finanzinspektorat und die Pensionskasse des Staatspersonals sind der FIND administrativ zugewiesen.

Finanzdirektor war im Jahr 2007 Staatsrat Claude Lässer, das Amt des Generalsekretärs hatte Jean-Paul Monney inne.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

Das Generalsekretariat der Finanzdirektion (GS-FIND) bereitet die Geschäfte vor, die dem Staatsrat von der Finanzdirektion unterbreitet werden, und betreut die Dossiers anderer Direktionen zuhanden des Staatsrates, namentlich solche, bei denen es um wichtige finanzielle, personelle oder EDV-Belange geht, für die Fachstellen zuständig sind, die zur Finanzdirektion gehören. Das GS-FIND besorgt auch die Vorbereitung der Geschäfte, die an den Grossen Rat überwiesen werden, und die Nachbetreuung der Erlasse und die Verwaltung mancher Dossiers, für die die Direktion zuständig ist, insbesondere in internen oder externen Vernehmlassungsverfahren. Es verwaltet auch das Versicherungsportfolio der Vermögenswerte des Staates und ist für die Beziehungen zur Gesellschaft und zur kantonalen Kommission der Loterie Romande zuständig.

Die Sekretariatsverwaltung umfasst das Bearbeiten der Korrespondenz, Telefon-, Schalter- und Empfangsdienst, Terminverwaltung und Reservationen, den logistischen Support (namentlich Materialbestellungen) sowie Ablage und Archivierung.

Das GS-FIND kümmert sich mit seinen beiden in Teilzeit beschäftigten Übersetzerinnen um die deutsche Übersetzung der französischen Texte, vor allem der amtlichen Texte zuhanden des Staatsrates, der Texte der Direktion (Korrespondenz, Entscheide), aber auch von Texten der Dienststellen. Die Übersetzerinnen erteilen ausserdem intern Auskünfte zu sprachlichen Fragen, kontrollieren auf Anfrage deutsche Texte, stellen fachspezifische Dokumentationen zusammen und wirken bei den Terminologiarbeiten in den Bereichen mit, die in die Zuständigkeit der FIND fallen.

Der Rechtsdienst befasst sich mit den Streitverfahren (s. Punkt 4 weiter unten), der Ausarbeitung oder Revision von Erlassen und der internen oder externen juristischen Beratung, vor allem in den Bereichen, in denen die Dienststellen der Direktion über keine Juristen ver-

fügen. Die juristische Tätigkeit konzentrierte sich 2007 – im Anschluss an das Vernehmlassungsverfahren – vor allem auf die Fertigstellung des neuen Gesetzes über die Erbschafts- und Schenkungssteuer (ESchG), das am 1. Januar 2008 in Kraft getreten ist.

#### 2.1.1 Staatsvoranschlag

Für die Finanzdirektion ist die Aufstellung des Staatsvoranschlags für das kommende Jahr eine der wichtigsten Aufgaben. Hier kurz zusammengefasst einige Überlegungen und Äusserungen, die bei der Präsentation des Voranschlags 2008 gemacht wurden:

Der im Kontext einer günstigen Wirtschaftskonjunktur und der Ungewissheiten in Zusammenhang mit der Umsetzung der NFA aufgestellte Staatsvoranschlag 2008 kann als gut befunden werden, da er in seinen verschiedenen Komponenten ausgeglichen ist. Dies bestätigen auch die folgenden Feststellungen:

Zum ersten hält der Voranschlagsentwurf 2008 die finanzrechtlichen Gesetzesbestimmungen ein. Die laufende Rechnung weist einen leichten Gewinn aus, und zudem liegt die Subventionsquote, das heisst der Anteil der kantonalen Subventionen gemessen am kantonalen Steueraufkommen, unter der erlaubten Obergrenze.

Zum zweiten konnte ein substanzielles Investitionsprogramm von rund 200 Millionen Franken aufgestellt werden, mit dem sich die Wirtschaftstätigkeit weiter vorantreiben lässt.

Der Voranschlag 2008 ist auch deshalb erfreulich, weil er finanzielle und personelle Mittel vorsieht, mit denen die bestehenden vorrangigen Aufgaben ausgebaut, aber auch neue Leistungen angeboten werden können. Im Übrigen werden die Folgen der NFA im Wesentlichen aufgewogen, und das Ganze ist für die Gemeinden des Kantons kostenneutral geworden.

Vor allem aber wurde die Steuersenkungspolitik weitergeführt und die Steuer 2008 der Personen und Unternehmen um rund dreissig Millionen Franken gesenkt. Und schliesslich wurden die Gehälter der Mitarbeitenden im öffentlichen Dienst um 2 % angehoben, was bei einer Inflationsrate von rund 1,8 % einer leichten Realloohnerhöhung entspricht.

#### 2.1.2 Führung mit Leistungsauftrag (FLA)

Wie dies seit 2001 der Fall ist, wurde das Projekt «Führung mit Leistungsauftrag» (FLA) auch im Jahr 2007 von der Freiburger Hochschule für Wirtschaft geleitet. Im Jahr 2008 wird dieses Mandat gemäss dem Gesetz vom 13. September 2007 zur Änderung gewisser Bestimmungen über die leistungsorientierte Führung zu Ende gehen, und für die entsprechenden Aufgaben wird neu eine in die Finanzverwaltung eingebundene Abteilung zuständig sein. Ab 2008 heisst die FLA dann neu «Leistungsorientierte Führung» (LoF). Die Arbeiten der FLA-Projektleitung waren 2007 hauptsächlich auf die zwei

Schwerpunkte Koordination der Routinearbeiten und Arbeiten zur Verbesserung der FLA ausgerichtet.

### Routinearbeiten

#### a) FLA-Jahresrechnung 2006

In Anwendung des Dekrets vom 8. Februar 2000 über die Führung mit Leistungsauftrag wiesen die Jahresrechnungen der Piloteinheiten Ergebnisse aus, die sich auf den Aufwand, den Ertrag sowie den Saldo der einzelnen Produktgruppen und Produkte beziehen, und lieferten auch Kennzahlen und Kommentare zu ihren Tätigkeiten. Die FLA-Projektleitung hat in Zusammenarbeit mit der Finanzverwaltung das Verfahren zur Rechnungsaufstellung 2006 koordiniert und die Piloteinheiten dabei unterstützt.

#### b) FLA-Controlling 2007

Die FLA-Piloteinheiten legten dem Staatsrat im Jahr 2007 zwei Controllingberichte vor, und zwar den Controllingbericht per 31. Dezember 2006 und den Bericht per 31. August 2007. Zu diesen beiden von den betroffenen Direktionen genehmigten Berichten nimmt die Arbeitsgruppe «Controlling» Stellung, bevor sie dem Staatsrat überwiesen werden. Die FLA-Projektleitung koordinierte die Erstellung der Controllingberichte und half den Piloteinheiten bei speziellen Aufgaben.

#### c) FLA-Budgets 2008

Die FLA-Piloteinheiten stellten die Voranschläge 2008 nach Produktgruppen und nach einzelnen Produkten im Rahmen des ordentlichen Voranschlagsverfahrens auf. Die FLA-Projektleitung koordinierte in Zusammenarbeit mit der Finanzverwaltung das Verfahren zur Rechnungsaufstellung und unterstützte die Piloteinheiten dabei.

### Arbeiten zur Verbesserung der FLA

Nach den vom Staatsrat im FLA-Bericht Nr. 136 vom 2. Juni 2004 getroffenen Entscheidungen hat die FLA-Projektleitung hauptsächlich in den beiden folgenden Bereichen Verbesserungen beschlossen:

#### a) Bessere Präsentation und Aufstellung der Jahresbudgets

Die Sonderpublikation zum Staatsvoranschlag (und analog dazu auch die zur Staatsrechnung) beinhaltet seit 2007 eine Zusammenfassung der Ergebnisse nach Produktgruppen. Nun ist ein neuer, ausführlicherer Budgetnachweis ausgearbeitet worden, der den Bedürfnissen der Finanzverwaltung und der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission besser entspricht. Im Voranschlagsverfahren wurden verschiedene Massnahmen getroffen, damit die FLA-Verwaltungseinheiten genügend Zeit für die Analyse und Anpassung ihrer Budgets nach Produktgruppen haben. Für die Extraktion von Daten aus SAP/R3 wurde ein spezielles EDV-Verfahren entwickelt, das die Erstellung der Nachweise erleichtert, das Fehlerrisiko verringert und die für die Erstellung der Nachweise erforderliche Zeit verkürzt.

#### b) Besser präsentierte und verfasste Controllingberichte

Seit 2007 werden in den Controllingberichten die Ergebnisse nach Kostenstufen ausgewiesen. So werden im Einzelnen die direkten Kosten, die indirekten Kosten, die Gesamtkosten, die Einnahmen, die erhaltenen Subventionen und der daraus resultierende Saldo aufgeführt und damit der Informationsbedarf der verschiedenen Adressaten besser berücksichtigt. Wie für die Nachweise wurde für die Extraktion von Daten aus SAP/R3 ein spezielles EDV-Verfahren entwickelt. Es erleichtert die Erstellung der Controllingberichte, verringert das Fehlerrisiko und verkürzt die für die Erstellung der Berichte erforderliche Zeit.

### Ressourcen

Im Jahr 2007 bestand das Projektteam aus dem Projektleiter (rund 0,5 VZÄ) und seinem Adjunkten (rund 0,6 VZÄ); andere Mitarbeiter der Hochschule für Wirtschaft wurden im Umfang von insgesamt rund 0,1 VZÄ für verschiedene Arbeiten beigezogen. Die für die Projektabwicklung anfallenden Kosten lagen im Jahr 2007 etwas über 200 000 Franken.

#### 2.1.3 Weitere Tätigkeitsbereiche

Der Betrag der beiden Gewinnfonds der Loterie Romande bei der Finanzverwaltung beläuft sich per Ende 2007 auf 1 014 263 Franken (13 705 Franken Ende 2006).

#### 2.2 Besondere Ereignisse

Das GS-FIND analysierte im Herbst 2007 im Rahmen des allgemeinen Leistungsanalyseprojekts des Staates (ASL-Projekt) seine Leistungen und erstellte einen Vorschlagskatalog.

### 3. Interkantonale Zusammenarbeit

#### 3.1 Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren

Die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren fand sich im Jahr 2007 zu vier Sitzungen ein, und zwar am 19. Januar, am 31. Mai und 1. Juni, am 5. Juli und am 28. September. Die Finanzdirektorenkonferenz ist der Zusammenschluss aller kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren. Zu ihren Plenarversammlungen sind in der Regel der Vorsteher des eidgenössischen Finanzdepartements, Vertreterinnen und Vertreter der eidgenössischen Finanzverwaltung und der eidgenössischen Steuerverwaltung sowie Vertreterinnen und Vertreter der Schweizerischen Steuerkonferenz, in der die Vorsteherinnen und Vorsteher der kantonalen Steuerverwaltungen zusammengeschlossen sind, eingeladen. Staatsrat Claude Lässer ist 2007 in den Vorstand der Finanzdirektorenkonferenz gewählt worden.

Im Berichtsjahr standen hauptsächlich folgende Traktanden auf dem Programm:

- Die Fortsetzung der Reform der Unternehmensbesteuerung (namentlich Teilbesteuerung der Dividen-

den für die qualifizierten Beteiligungen). Die Unternehmenssteuerreform wird auf Bundesebene seit mehreren Jahren geprüft, einerseits für die direkte Bundessteuer und andererseits für die direkten Kantons- und Gemeindesteuern durch das Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern, das für die Kantone einschlägige Grundsätze festlegt. Nach mehreren Gutachten und Vorentwürfen wird die Vorlage am 24. Februar 2008 zur Volksabstimmung gebracht.

- Die Reform der Familienbesteuerung, respektive die Individualbesteuerung der natürlichen Personen nach der Ablehnung des Steuerpakets durch das Schweizer Stimmvolk am 16. Mai 2004 werden weiter geprüft.
- Das umfangreiche Projekt «Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen» (NFA). Das Schweizer Stimmvolk hatte die Verfassungsänderungen dieser Vorlage in der Abstimmung vom 28. November 2004 gutgeheissen. Daraufhin wurde die eidgenössische Ausführungsgesetzgebung ausgearbeitet, und die Finanzdirektorenkonferenz befasste sich 2007 eingehend mit den Fragen in Zusammenhang mit dem Systemwechsel und der Verlässlichkeit der Schätzungen zahlreicher Daten dieses Systems. Es wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, um die Qualität der Daten zu kontrollieren, namentlich was die Bestimmung des Ressourcenpotenzials der Kantone betrifft. Die Kantone mussten die notwendigen Massnahmen für die Umsetzung dieser Reform treffen, die Anfang 2008 in Kraft getreten ist.
- Der interkantonale und internationale Steuerwettbewerb, insbesondere auch die Kontroverse mit der Europäischen Union, das heisst die Pauschalbesteuerung nach dem Aufwand und die Holdingbesteuerung; die Steuerauscheidung bei der Besteuerung der Bundesrätinnen und Bundesräte zwischen den Wohnsitzkantonen und dem Kanton Bern.
- Die Gewinnverteilung der Schweizerischen Nationalbank; die Indizes der Steuerbelastung nach Kantonen; die Verteilung des kantonalen Anteils an der direkten Bundessteuer; das kantonale Salzregal; ein Entwurf eines neuen Rechnungsmodells für die öffentlichen Haushalte.
- Die Finanzdirektorenkonferenz wurde angehört und debattierte mit Experten über den Einfluss der Steuerpolitik auf das Wirtschaftswachstum und über die Umsetzung der jüngsten Bundesverfassungsvorschriften im Bildungswesen.
- Die Antworten auf mehrere Vernehmlassungen des Bundes mit erheblichen finanziellen Auswirkungen auf die Kantone: Revision des Unfallversicherungsgesetzes; Mehrwertsteuerrevision; Spitalfinanzierung durch die Kantone.
- Die Prüfung der Berichte und der Jahresrechnung der Konferenz und ihrer Organe (Vorstand, Koordinations- und Beratungsstelle für Fragen der Steuerpolitik, Schweizerische Informatikkonferenz, Arbeitsgruppe Finanzausgleich).

### **3.2 Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren der Westschweizer Kantone und der Kantone Bern und Tessin**

Die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren der Westschweizer Kantone und der Kantone Bern und Tessin fand sich im Jahr 2007 zu drei Sitzungen ein, und zwar am 4. März in Freiburg sowie am 7. September und am 30. November. Diese Konferenz ist der Zusammenschluss der Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren der sechs Westschweizer Kantone und der Kantone Bern und Tessin. Zu ihren Sitzungen sind in der Regel Vertreterinnen und Vertreter der kantonalen Finanzverwaltungen sowie der eidgenössischen Steuerverwaltung eingeladen.

Im Berichtsjahr standen hauptsächlich folgende Traktanden auf dem Programm:

- Die Finanzierung der Fachhochschulen (FH Westschweiz und FH-GS), insbesondere Prüfung und Integration des Finanzierungsbedarfs im Rahmen der Verfahren zur Aufstellung der Voranschläge der einzelnen Kantone.
- Projekt «Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen» und hier insbesondere die Globalbilanz und die Übergangsprobleme.
- Die Finanzierungssysteme und Deckungsgrade der Pensionskassen des Personals der öffentlichen Körperschaften der Westschweizer Kantone.
- Die finanziellen Auswirkungen auf die Westschweizer Kantone insbesondere einiger Geschäfte des Bundes wie Steuerreformen, Ausschüttung des Nationalbankgewinns, interkantonale Lohnvergleiche, Evaluierung der Subventionen.
- Der Austausch von Informationen über die Jahresrechnungen und Voranschläge der vertretenen Kantone, insbesondere über die Steuereinnahmen.

### **4. Rechtsdienst**

Der Rechtsdienst befasst sich mit der Bearbeitung von Einsprachen, Steuerbefreiungs- und Steuererlassgesuchen sowie der Ausarbeitung von Stellungnahmen zu internen und externen Fragen bezüglich der Einregistrierungsgebühren (Erbschafts- und Schenkungssteuern) und der Handänderungssteuern. Die Zahl der Dossiers ist im Berichtsjahr gestiegen, aber der Rückstand, der im Jahr 2006 mit der Ausarbeitung des neuen Gesetzes über die Erbschafts- und Schenkungssteuer (ESchG) entstanden ist, konnte deutlich aufgeholt werden.

## 5. Gesetzgebung

Im Folgenden sind in chronologischer Reihenfolge die Gesetze und Dekrete sowie die Verordnungen und Beschlüsse aufgeführt, die im Jahr 2007 in den Bereichen erlassen wurden, die der Finanzdirektion unterstellt sind.

### 5.1 Gesetze und Dekrete

Dekret vom 13. März 2007 über die kompensierten Nachtragskredite zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2006;

Dekret vom 9. Mai 2007 zur Staatsrechnung des Kantons Freiburg für das Jahr 2006;

Gesetz vom 12. Juni 2007 zur Anpassung gewisser Bestimmungen der kantonalen Gesetzgebung an die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen;

Gesetz vom 13. September 2007 zur Änderung gewisser Bestimmungen über die leistungsorientierte Führung;

Gesetz vom 14. September 2007 über die Erbschafts- und Schenkungssteuer (ESchG);

Dekret vom 15. November 2007 über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2008;

Dekret vom 15. November 2007 zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2008.

### 5.2 Verordnungen und Beschlüsse

Beschluss vom 16. Januar 2007 über das Inkrafttreten des eidgenössischen Grundbuches von mehreren Gemeinden infolge der durch den Bau der Nationalstrasse A1 bedingten Güterzusammenlegung;

Verordnung vom 23. Januar 2007 zur Änderung der Verordnung über die Quellensteuer;

Beschluss vom 27. März 2007 über das Inkrafttreten des Übergangsregisters für den Perimeter der Güterzusammenlegung Lurtigen;

Beschluss vom 27. März 2007 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 1. Quartal 2007 (152. Gewinnverteilung);

Verordnung vom 17. April 2007 über die Wahrung des Lohnbesitzstands bei tieferer Einreihung einer Funktion;

Verordnung vom 24. April 2007 über die Sicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz in der Kantonsverwaltung;

Beschluss vom 15. Mai 2007 über das Inkrafttreten des eidgenössischen Grundbuches der Gemeinde Murten, Los VII;

Verordnung vom 22. Mai 2007 über die massgebenden Beträge gemäss der letzten Staatsrechnung;

Verordnung vom 11. Juni 2007 zur Änderung des Beschlusses über die Einreihung der Funktionen des Staatspersonals (Bewertung von 19 Funktionen durch EVALFRI);

Beschluss vom 19. Juni 2007 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 2. Quartal 2007 (153. Gewinnverteilung);

Verordnung vom 21. August 2007 zur Änderung des Reglements über die Organisation und die Arbeitsweise der Kommissionen des Staates;

Beschluss vom 18. September 2007 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 3. Quartal 2007 (154. Gewinnverteilung);

Verordnung vom 23. Oktober 2007 über die abziehbaren Prämien der Kranken- und Unfallversicherung für die Steuerperiode 2008;

Verordnung vom 6. November 2007 zur Änderung der Verordnung über die Lohngarantie des Staatspersonals bei Krankheit und Unfall;

Beschluss vom 12. November 2007 über das Inkrafttreten des eidgenössischen Grundbuches der Gemeinde Courgevaux, Lose I und II;

Verordnung vom 10. Dezember 2007 über die Quellensteuer;

Beschluss vom 10. Dezember 2007 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 4. Quartal 2007 (155. Gewinnverteilung);

Verordnung vom 18. Dezember 2007 über die Teuerungsanpassung und die Festsetzung der Gehaltsskalen des Staatspersonals für das Jahr 2008;

Verordnung vom 18. Dezember 2007 über die Anpassung der Entschädigungen für Sonderdienste an die Teuerung.

## II. FINANZVERWALTUNG

### 1. Aufgaben

Die Finanzverwaltung des Staates Freiburg (FinV) ist ein zentraler Dienst, der mit der Verwaltung der Kantonsfinanzen und der Erarbeitung aller für die kantonale Finanzpolitik erforderlichen Grundlagen beauftragt ist. Dieser Dienst wird von Staatsschatzverwalter Daniel Berset geleitet.

### 2. Tätigkeit

Die Finanzverwaltung führte im Jahr 2007 hauptsächlich folgende Arbeiten aus: Finanzplan für die Legislaturperiode 2007-2011, Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), Aufstellung des Staatsvoranschlags 2008, Prüfung der Projekte der Direktionen, Weiterführung der Einrichtung der Neuen Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement, Überprüfung der Subventionen, Führung der Staatsbuchhaltung, Finanzdienst und Tresorerieverwaltung. Die Finanzverwaltung war auch in den Bereichen Inkasso und Debitorenverwaltung, Budgetkontrolle und leistungsorientierte Führung aktiv.

#### 2.1 Finanzplan für die Legislaturperiode 2007-2011

Der Staatsrat hat parallel zur Ausarbeitung seines Regierungsprogramms den Legislaturfinanzplan aufgestellt.

Die ursprünglichen, auf den Annahmen der Dienststellen, Anstalten und Direktionen basierenden Voraussetzungen, liessen auf eine Verschlechterung der Finanzlage, insbesondere mit einem Defizit von 840 Millionen Franken in der Laufenden Rechnung, einem Fehlbetrag von mehr als 700 Millionen Franken in der Investitionsrechnung und einem Finanzierungsfehlbetrag von fast 1,1 Milliarden Franken im vierjährigen Planungszeitraum schliessen. Diese Schätzungen wurden dann allesamt nochmals aufgenommen und überarbeitet, bis man Ergebnisse erreichte, mit denen die Vorschrift des ausgeglichenen jährlichen Voranschlags der Laufenden Rechnung langfristig eingehalten werden kann. So hat der Staatsrat eine ganze Reihe von Massnahmen ergriffen und dabei aus den vielen Eingaben und Vorschlägen der Dienststellen, Anstalten und Direktionen eine Auswahl getroffen, auf verschiedene davon verzichtet und andere vertagt oder redimensioniert. Der vom Staatsrat schliesslich verabschiedete Finanzplan weist die folgenden Hauptergebnisse für den vierjährigen Planungszeitraum aus: kumuliertes Defizit von rund 185 Millionen Franken in der Laufenden Rechnung, Nettoinvestitionen von um die 480 Millionen Franken, Finanzierungsfehlbetrag in Höhe von 270 Millionen Franken. Nach diesem Szenario dürfte sich die Lage ab dem Rechnungsjahr 2010 deutlich verschlechtern. Um dies abzuwenden, sollen und müssen auch im Rahmen der Aufstellung der einzelnen Jahresvoranschläge entsprechend Korrekturen vorgenommen werden. Um jedoch die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu garantieren, hat der Staatsrat ein grundsätzlicheres Programm struktureller und organisatorischer Reformen mit sechs Schwerpunkten lanciert:

- genauere Bedürfnisabklärung;
- bessere Nutzung des Einnahmepotenzials des Kantons;
- Intensivierung der Reorganisierungs- und Zusammenarbeitmassnahmen;
- kontrollierte Entwicklung der Personalbestände und der Lohnsumme;
- Verbesserung der Arbeitsmethoden und -verfahren;
- Kostenkontrolle.

## 2.2 Umsetzung der NFA

Die Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) war für die Kantonsverwaltung und im Besonderen für die FinV mit viel Arbeit verbunden:

- Ausarbeitung der Botschaft Nr. 18 vom 7. Mai 2007 und des Gesetzes vom 12. Juni 2007 zur Anpassung gewisser Bestimmungen der kantonalen Gesetzgebung an die NFA;
- Analyse der finanziellen Auswirkungen der NFA auf die Gemeinden: Erarbeitung eines Ausgleichskonzepts, Verhandlungen und Diskussionen mit

dem Freiburger Gemeindeverband, Information der Gemeinden und Beantwortung ihrer Fragen;

- Mitwirkung bei der Umsetzung der Programmvereinbarungen: Sekretariat der kantonalen Arbeitsgruppe über die Programmvereinbarungen, Vorbereitung der nötigen Änderungen auf Ebene des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Staates (FHG) und des Gesetzes über die Organisation des Staates und der Verwaltung (SVOG), Informationsaustausch mit anderen Kantonen, Teilnahme an Verhandlungen zwischen den spezialisierten kantonalen Verwaltungseinheiten und dem Bundesamt für Umwelt;
- Fortschrittskontrolle der Umsetzungsarbeiten bei den Direktionen und Verwaltungseinheiten: Aufstellung der Zwischen-Bestandesaufnahmen zuhanden des Steuerungsausschusses, Prüfung der von den Direktionen und Verwaltungseinheiten vorbereiteten Entwürfe;
- Vorbereitung diverser Memos und Anträge an die Freiburger Abgeordneten in den Eidgenössischen Räten;
- Überprüfung und Vorbereitung der Stellungnahme des Staatsrates zu den vom Bund berechneten definitiven NFA-Zahlen für das Jahr 2008;
- Einbezug der NFA-Auswirkungen in den Staatsvoranschlag 2008 in Zusammenarbeit mit den betroffenen Direktionen und Verwaltungseinheiten;
- Sekretariat und Leitung des NFA-Steuerungsausschusses: Vorbereitung der Sitzungsunterlagen, Protokollführung und Korrespondenz, Vorbereitung verschiedener Referate;
- Pflege administrativer Kontakte in Finanzfragen mit der Konferenz der Kantonalen Finanzdirektoren (FDK) und dem Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD);
- Vorbereitung der Antwort des Staatsrats auf die von der FDK und dem EFD über die NFA-Ausführungsverordnung durchgeführte Vernehmlassung.

In seiner Sitzung vom 7. November 2007 hat der Bundesrat die gesamten bundesrechtlichen Grundlagen zur NFA formell verabschiedet (Verfassungsbestimmungen, Gesetze, Beschlüsse, Verordnungen) und das Inkrafttreten der NFA auf den 1. Januar 2008 bestätigt. Für die Bereiche Sonderschulen und Heime für erwachsene Behinderte gibt es eine dreijährige Übergangsregelung. Unter der Leitung der EKSD und der GDS laufen in Zusammenarbeit mit den betroffenen Kreisen und der Finanzverwaltung umfangreiche Arbeiten zur Erarbeitung kantonalen Strategien, die in diesen Bereichen ab dem 1. Januar 2011 umgesetzt werden sollen.

## 2.3 Voranschlagsentwurf 2008

Die Aufstellung des Voranschlagsentwurfs 2008 war eng an die Ausarbeitung des Legislaturfinanzplans gekoppelt. Die im Rahmen dieser mittelfristigen Planung

getroffenen Entscheidungen konnten auf die Budgetierung 2008 übertragen werden und haben diese somit vereinfacht und beschleunigt. Am 10. September 2007 verabschiedete der Staatsrat einen Voranschlagsentwurf 2008 mit den folgenden Hauptergebnissen: 0,5 Millionen Franken Gewinn in der Laufenden Rechnung, Nettoinvestitionen von 102,7 Millionen Franken, Finanzierungsfehlbetrag von 13,5 Millionen Franken, kantonale Netto-Subventionsquote von 40,23 % gemessen am kantonalen Steueraufkommen (neue Obergrenze bei 41 %). Alle finanzrechtlichen Vorschriften waren damit eingehalten. Ausserdem waren in diesem Voranschlag sämtliche finanziellen Auswirkungen der NFA, eine weitere Steuersenkung sowie eine Realloohnerhöhung für die Mitarbeitenden des öffentlichen Dienstes mitberücksichtigt. Am 15. November 2007 verabschiedete der Grosse Rat diesen Voranschlagsentwurf 2008 ohne die geringste Änderung.

#### **2.4 Analyse der Erlassentwürfe der Direktionen**

Im Jahr 2007 wurde die Finanzverwaltung von den Direktionen des Staatsrates namentlich zur finanziellen Prüfung von Gesetzes- oder Dekretsentwürfen stark in Anspruch genommen. Die FinV äusserte sich im Berichtsjahr zu 39 Vorlagen und hatte namentlich zu folgenden Themen detailliert Stellung zu nehmen: Gesetze über die Wirtschaftsförderung, über den Bevölkerungsschutz, über den interkommunalen Finanzausgleich, über die Berufsbildung, über die Stipendien und Studendarlehen, über den Wald und den Schutz vor Naturereignissen, über die Einführung des 2. Kindergartenjahrs, über den Kulturgüterschutz und über den Lärmschutz. Stellungnahmen wurden auch zu Dekreten abgegeben, insbesondere zu den Dekreten über die Niveauübergänge, die Unternehmen des öffentlichen Verkehrs sowie das Kollegium Gambach. Die Finanzverwaltung prüfte auch das Dossier der Unterbringungskosten in den Pflegeheimen und das Dossier der Spitalplanung.

#### **2.5 Neue Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement (NIGEFI)**

Im Berichtsjahr standen der Softwareunterhalt und Support für die SAP-Benutzer sowie verschiedene Projekte zur Implementierung des SAP-Softwarepakets in den Bereichen Fakturierung und Kostenrechnung im Vordergrund. Es wurden ausserdem Lösungen für die Verwaltung und das Follow-Up im Mahnwesen sowie für die Archivierung der Jahresrechnungen im PDF-Format entwickelt. Ferner wurden die Arbeiten zur Integration diverser Informatiklösungen weitergeführt, um insbesondere die Debitorenbuchhaltung des Amtes für Bevölkerung und Migration ins SAP-System zu integrieren.

##### **2.5.1 Fakturierung und Kostenrechnung**

Das Amt für Statistik, das Amt für Informatik und Telekommunikation sowie die Berufsfachschule Soziales-Gesundheit verfügen nun über das SAP-Fakturierungs-

modul. Nebst diesen Implementierungen wurde das Fakturierungstool des Dienstes für Familienplanung und Sexualinformation angepasst, um die Bezahlung mit Debitkarte zu ermöglichen (Maestro und Postcard). Im Bereich der Kostenrechnung wurden beim Amt für Berufsbildung und den Berufsfachschulen von Freiburg und Bulle verschiedene Funktionen implementiert, mit denen sich die vom BBT verlangten Statistiken erstellen lassen.

##### **2.5.2 Entwicklungen**

Die Lösung für die Verwaltung und das Follow-Up im Mahnwesen wurde im letzten April produktiv gesetzt. Damit kann der Finanzdienst alle Etappen eines ordentlichen Betreibungsverfahrens bearbeiten, inklusive insbesondere der Terminverwaltung und der Ausgabe der für die Betreibungsämter bestimmten Formulare. Diese Lösung soll im ersten Quartal 2008 noch durch die Produktivsetzung der Betreuung auf Pfandverwertung ergänzt werden.

Für die Archivierung der Jahresrechnungen des Staates im PDF-Format mussten die Editier-Programme angepasst werden, damit die Dateien in diesem Format generiert werden können, und es musste eine Textsuchfunktion entwickelt werden. Damit kann unter Einhaltung der Vorschriften über die Aufbewahrung der Geschäftsbücher auf eine Papiaerausgabe der Jahresrechnung verzichtet werden.

##### **2.5.3 Integrationsarbeiten**

Die Integration der Debitorenbuchhaltung des Amtes für Bevölkerung und Migration bedingte die Schaffung von Schnittstellen für die Übernahme der Debitorendaten und die Generierung der Buchungsbelege für die mit der Software des Bundes ausgestellten Rechnungen. Mit der Produktivsetzung dieser Lösung Anfang Februar 2008 wird das Amt für Bevölkerung und Migration auf die Software Abacus verzichten können, und es wird damit auch eine automatische Inkassokontrolle beim kantonalen Finanzdienst möglich sein.

#### **2.6 Periodische Überprüfung der Subventionen**

Der Staatsrat verabschiedete Anfang 2007 die Änderung des Konzepts zur periodischen Überprüfung der kantonalen Subventionen. Diese Anpassung erwies sich als notwendig, weil mit den Subventionsüberprüfungen 2006 alle Subventionsbereiche eine erste Überprüfung im Sinne des SubG durchlaufen hatten.

Die Gesamtplanung der Subventionsüberprüfungen für den Zeitraum 2007-2012 wurde aktualisiert und verabschiedet. So sollen in diesem Zeitraum alle Subventionsbereiche überprüft werden, entsprechend den Vorschriften des SubG, wonach eine solche Gesamtüberprüfung mindestens alle sechs Jahr zu erfolgen hat.

– Überprüfung der Subventionen 2007

Entsprechend der neuen Gesamtplanung erfolgten im Berichtsjahr sieben Überprüfungen nach dem neuen

Prüfungskonzept. Drei Prüfungen waren jedoch bis Ende 2007 noch nicht abgeschlossen und werden Anfang 2008 zu Ende geführt.

Die Ergebnisse dieser Arbeiten werden im Januar an die Koordinationskommission für die periodische Überprüfung der Subventionen (die Kommission) weitergeleitet, die dem Staatsrat anschliessend ihre Vorschläge zu dieser siebten Prüfungsserie unterbreitet.

- Nachkontrolle der im Rahmen von Subventionsüberprüfungen beschlossenen Massnahmen

Die Finanzverwaltung führt eine laufend aktualisierte Datei der im Rahmen der Subventionsüberprüfungen beschlossenen Massnahmen, die als Grundlage für die Nachkontrollen dient. Die Nachkontrollen erfolgen in regelmässigen Abständen in Zusammenarbeit mit den betroffenen Direktionen und sollen eine adäquate Umsetzung der beschlossenen Massnahmen gewährleisten.

- Regelmässige Kontrolle der SubG-Vorschriften

Das SubG sieht in Artikel 21 Abs. 2 vor, dass das Gesamtvolumen der Subventionen für Funktionsausgaben nicht mehr als einen bestimmten Anteil am gesamten kantonalen Steueraufkommen betragen darf. Während des ganzen Voranschlagsverfahrens wird mit Berechnungen kontrolliert, ob diese Vorschrift eingehalten wird. Diese gesetzliche Grenze für die Nettosubventionen für Funktionsausgaben im Verhältnis zum Steueraufkommen ist im Jahr 2007 mit Blick auf die NFA-Umsetzung per 1. Januar 2008 angepasst worden. Die NFA beeinflusst nämlich die Finanzierung mehrerer Subventionsbereiche ganz erheblich. Um dem Rechnung zu tragen, ist die Obergrenze für die Nettosubventionen ab 2008 von 22 % auf 41 % des Steueraufkommens erhöht worden. Diese Anpassung war aus rein rechnerischen Gründen notwendig, bedingt durch das Inkrafttreten der NFA und die vom Kanton zugunsten der Gemeinden beschlossenen Kompensationsmassnahmen für die Ergänzungsleistungen und die Krankenversicherung.

#### Bilanz

| Jahr | Aktiven          | Passiven         | Überschuss Passiven (-)<br>Überschuss Aktiven (+) |
|------|------------------|------------------|---|
| 1997 | 1 354 753 014.34 | 1 281 161 321.96 | + 73 591 692.38                                   |
| 1998 | 1 291 656 616.61 | 1 218 180 176.58 | + 73 476 440.03                                   |
| 1999 | 1 265 488 680.33 | 1 209 536 997.63 | + 55 951 682.70                                   |
| 2000 | 1 366 008 196.88 | 1 316 114 087.06 | + 49 894 109.82                                   |
| 2001 | 1 465 029 537.96 | 1 420 005 433.54 | + 45 024 104.42                                   |
| 2002 | 1 394 452 926.11 | 1 346 014 049.99 | + 48 438 876.12                                   |
| 2003 | 1 379 603 003.23 | 1 267 862 379.15 | + 111 740 624.08                                  |
| 2004 | 1 342 637 275.24 | 1 185 169 023.44 | + 157 468 251.88                                  |
| 2005 | 2 098 675 653.75 | 1 092 068 811.08 | + 1 006 606 842.67                                |
| 2006 | 2 201 131 411.37 | 1 110 122 346.42 | + 1 091 009 064.95                                |
| 2007 | 2 527 832 965.43 | 1 225 264 539.82 | + 1 302 568 425.61                                |

Da sich die staatlichen Subventionsausgaben erhöhten, ohne dass sich sonst etwas geändert hätte, musste die Subventionsquote in Artikel 21 des Subventionsgesetzes angepasst werden.

Ausserdem prüfte die Finanzverwaltung wie im SubG vorgesehen eingehend mehrere Textentwürfe zur Spezialgesetzgebung über die Subventionen. Mit den aufgrund der NFA in vielen Spezialgesetzgebungen notwendig gewordenen Anpassungen mussten im Jahr 2007 entsprechend viele Prüfungen durchgeführt werden. Dabei ging es besonders auch um die Übereinstimmung dieser Erlassentexte mit den Vorschriften und Grundsätzen des SubG.

#### 2.7 Staatsrechnung 2007

Die Staatsbuchhaltung erfasste sämtliche Vorgänge, die zur Erstellung der Staatsrechnung notwendig sind. Der grösste Arbeitsaufwand besteht in der Erfassung der Lieferantenrechnungen, die zu 2/3 von der Staatsbuchhaltung und zu 1/3 von den Dienststellen erledigt wird, bei denen aufgrund der Menge der zu bearbeitenden Rechnungen eine dezentrale Erfassung gerechtfertigt ist. Die Buchhaltung ist für die Kontokorrente Staat-Gemeinden zuständig und kümmert sich um die Nachführung dieser Konten. Die Finanzbeziehungen mit dem Bund werden über ein Kontokorrent geregelt, über das die meisten Finanzvorgänge laufen. Die Buchhaltung ist an den Arbeiten zur Einführung der Neuen Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement beteiligt, und sie unterstützt die Dienststellen bei der Reorganisation ihrer Buchhaltung. Sie ist ebenfalls sehr aktiv in der Führung des Finanzdienstes.

Die Staatsrechnung für das Jahr 2007 wird in einem Sonderdruck herausgegeben, der eine erläuternde Botschaft sowie die detaillierte Rechnung und Bilanz enthält. Im vorliegenden Tätigkeitsbericht sind daher nur die Hauptergebnisse der Bilanz von 1997–2007 und der Gesamtrechnung von 2001–2007 aufgeführt.

## Gesamtrechnung des Staates in Millionen Franken

| Jahr | Laufende Rechnung |         |         | Investitionsrechnung |           |         | Verwaltungsrechnung | Finanzierungsfehlbetrag/-überschuss |
|------|-------------------|---------|---------|----------------------|-----------|---------|---------------------|-------------------------------------|
|      | Aufwand           | Ertrag  | Saldo   | Ausgaben             | Einnahmen | Saldo   | Saldo               |                                     |
| 2001 | 2 048,8           | 2 043,9 | - 4,9   | 262,2                | 135,5     | - 126,7 | - 131,6             | - 42,1                              |
| 2002 | 2 122,9           | 2 126,3 | + 3,4   | 173,6                | 81,6      | - 92,0  | - 88,6              | - 4,2                               |
| 2003 | 2 258,8           | 2 322,1 | + 63,3  | 188,0                | 85,9      | - 102,1 | - 38,8              | + 51,2                              |
| 2004 | 2 409,8           | 2 455,5 | + 45,7  | 164,4                | 70,4      | - 94,0  | - 48,3              | + 47,6                              |
| 2005 | 2 497,8           | 3 346,9 | + 859,1 | 173,5                | 85,5      | - 88,0  | + 761,1             | + 908,9                             |
| 2006 | 2 501,7           | 2 586,1 | + 84,4  | 162,7                | 89,1      | - 73,6  | + 10,8              | + 107,8                             |
| 2007 | 2 624,9           | 2 698,5 | + 73,6  | 199,4                | 89,5      | - 109,9 | - 36,3              | + 55,6                              |

**2.8 Finanzamt und Tresorerieverwaltung**

Die wichtigsten in diesem Bereich ausgeführten Arbeiten können wie folgt zusammengefasst werden:

- Ausführung der Zahlungen für die gesamten Voranschlagsausgaben des Staates, mit Ausnahme der Ausgaben einiger Anstalten;
- Erfassung der Erhebung sämtlicher veranschlagter kantonaler Einnahmen;
- Verwaltung und Führung der Buchhaltung der allgemeinen Bankkonten des Staates und Nachkontrolle des Tresoreriebudgets.

Der Umfang der vom Finanzdienst der Finanzverwaltung erledigten Geschäfte hat sich zwischen 2006 und 2007 wie folgt verändert:

|   | 2006     | 2007     |
|---|----------|----------|
| Bankverkehr DTA<br>(in Millionen Franken) | 1 304.60 | 1 073.64 |
| Bank- und Postkonten:                     |          |          |
| - Inkasso<br>(in Millionen Franken)       | 7 148.06 | 6 392.36 |
| - Zahlungen<br>(in Millionen Franken)     | 7 121.03 | 6 397.17 |
| - erfasste Buchungen                      | 7 669    | 7 788    |

Das hohe Niveau des Inkassos und der Zahlungen im Jahr 2006 war hauptsächlich auf die Kapitalbewegungen in Zusammenhang mit der Ausschüttung des Erlöses aus dem Verkauf des Nationalbankgoldes und der Anlage dieser Gelder zurückzuführen. 2007 haben sich diese Werte wieder normalisiert.

Weitere Aktivitäten dieser Dienststelle sind:

- Verwaltung der flüssigen Mittel sowie der Fonds und Stiftungen:

Im Jahr 2007 betrug das Volumen der kurzfristigen Darlehen 1,85 Milliarden Franken (2006: 2,56 Mia. Franken).

Die Zahl der Darlehen liegt bei 41 gegenüber 39 im Jahr 2006.

Die Finanzverwaltung verwaltet und führt die Buchhaltung von 52 Fonds und Stiftungen:

- Verwaltung der öffentlichen Schuld des Staates:

Im Jahr 2007 sind die mittel- und langfristigen Schulden des Staates nicht zurückgegangen. Sie setzen sich aus 10 Darlehen in einem Gesamtbetrag von 615 Millionen Franken zusammen.

- Verwaltung der Darlehen:

Die Finanzverwaltung ist für die Rechnungsführung und die Verwaltung der Darlehen für die Investitionshilfe in Berggebieten (22,2 Millionen, 207 Darlehen) und die Landreserven (1,1 Millionen, 6 Darlehen) zuständig.

- Weitere Aufgaben:

Weitere Aufgaben sind die Verwaltung des Wertschriftenportefeuilles des Staates, die Rechnungsführung für die den öffentlichen Institutionen gewährten Darlehen und Vorschüsse, die Rechnungsführung und Auszahlung der vom Tourismusfonds gewährten Finanzhilfen sowie die Rückforderung der Verrechnungssteuer bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung.

**2.9 Kantonaler Finanzdienst**

Seit dem 1. Januar 2004 sind die Bezirksfinanzdienste und die Generaleinnahmerei des Staates in einer einzigen Dienststelle zusammengeschlossen, dem «Kantonalen Finanzdienst». Dieser gehört zur Finanzverwaltung und kümmert sich insbesondere um das Inkasso, die Debitorenverwaltung und das Mahnwesen aller Dienststellen des Staates, die über keine entsprechende Infrastruktur verfügen und die Debitoren nicht selber verwalten. Dank der Einrichtung dieses Dienstes und der Verwendung der SAP-Anwendungssoftware konnte das Inkasso- und Mahnverfahren erheblich verbessert und rationalisiert werden.

Im Jahr 2007 belief sich der Gesamtbetrag der bearbeiteten Rechnungen auf nahezu 123 Millionen Franken

(2006: 120 Millionen Franken), was annähernd 130 000 Rechnungen entspricht (2006: 120 000). Ende 2007 waren Betreibungsverfahren im Betrag von 731 000 Franken eingeleitet (2006: 737 399 Franken). Übrigens sind in einigen Sektoren des Staates, bei denen mit Debitkarte bezahlt werden kann, im zweiten Jahr seit Einführung dieser Zahlungsmöglichkeit bis zu 176 000 Franken auf diese Weise eingenommen worden (2006: 110 000 Franken).

### 2.10 Budgetkontrolle

Die Budgetkontrolle wird erst einmal von der Staatsbuchhaltung vorgenommen, die insbesondere darauf achtet, dass die zur Zahlung vorgelegten Rechnungen mit den in den Voranschlagsnachweisen detailliert ausgewiesenen Krediten übereinstimmen, bevor sie verbucht werden. Die Budgetkontrolle befasst sich auch mit den Kreditüberschreitungen. Die Abteilung Finanzplanung und Budgetkontrolle bearbeitet sämtliche Nachtragskreditbegehren. Sie nimmt zu diesen Begehren Stellung und unterbreitet sie anschliessend dem Staatsrat. Im Jahr 2007 hat der Staatsrat 32 Begehren (29 im Jahr 2006) in einem Gesamtbetrag von 10,9 Millionen Franken (18,4 Millionen im Jahr 2006) genehmigt, was 0,41 % (0,73 % im Jahr 2006) der für das Jahr 2007 budgetierten Gesamtausgaben entspricht. Dieses Nachtragskreditvolumen liegt unter dem Durchschnitt von 0,81 % für den Zeitraum 1990–2006. Dem Grossen Rat wird in der Februarsession 2008 dazu eine ausführliche Botschaft unterbreitet.

### 2.11 Leistungsorientierte Führung

Da das Dekret über die versuchsweise Einführung der Führung mit Leistungsauftrag in der Kantonsverwaltung (FLA) am 31. Dezember 2007 auslief, wurde die Finanzverwaltung beauftragt, mit Unterstützung der FLA-Projektleitung eine neue Rechtsgrundlage vorzubereiten, die in der «Botschaft Nr. 7 des Staatsrates vom 12. März 2007 zum Gesetzesentwurf zur Änderung gewisser Bestimmungen über die leistungsorientierte Führung» erläutert wurde. Die gesetzlichen Anpassungen betreffen das Gesetz über die Organisation des Staatsrates und der Verwaltung sowie das Gesetz über den Finanzhaushalt des Staates. Am 13. September 2007 hat der Grosse Rat den Gesetzesentwurf gutgeheissen. Für die Aufgaben und die Entwicklung der leistungsorientierten Führung in der Verwaltung ist künftig die Finanzdirektion, genauer eine der Finanzverwaltung untergeordnete Abteilung zuständig. Das Mandat zur Zusammenarbeit mit der Hochschule für Wirtschaft endet somit Ende am 1. April 2008, und die Projektstruktur wird dann aufgelöst.

### 2.12 Weitere Aktivitäten

- Stellungnahmen zu finanzwirksamen Geschäften, die dem Staatsrat unterbreitet werden (Botschaften, Gesetze, Dekrete, Beschlüsse, Verordnungen);

- Erstellen der Statistik der Arbeitsstellen für die Staatsrechnung 2006 und den Voranschlag 2008;
- Vorbereiten der Unterlagen für die Pressekonferenzen zu Staatsrechnung, Voranschlag und Finanzplan;
- Ausarbeitung eines Berichts über die finanziellen und personellen Auswirkungen der vom Grossen Rat im Jahr 2007 gefassten Beschlüsse;
- Mitwirkung in den Projektgruppen, die sich mit der Verbesserung des Instrumentariums der LoF (Leistungsorientierte Führung) befassen, sowie Mitarbeit beim Controlling;
- Erstellen des Faltprospekts zu den statistischen Finanzkennzahlen des Staates, Ausgabe 2007;
- Gestaltung und Unterhalt der Website der Finanzverwaltung;
- Leistungsanalyse bei der Finanzverwaltung;
- Analyse der Finanzlage des Sonderheims le Bosquet und der Schule für Multimedia und Kunst;
- Einschätzung der Konjunkturlage im Hinblick auf den Voranschlag 2008;
- Antworten auf eidgenössische, interkantonale und kantonale Vernehmlassungen;
- monatliche Fakturierung der Ausgaben für Posttaxen an die Dienststellen;
- Einführung der automatischen Fakturierung (per E-Mail) der privaten Telefongespräche;
- Teilnahme an verschiedenen Seminaren, Konferenzen und Kommissionen (namentlich interkommunaler Finanzausgleich, Gebietsreform, einheitliches massgebendes Einkommen, Schuldienste, Betreuung der Kinder im Vorschulalter).

## III. KANTONALE STEUERVERWALTUNG

### 1. Aufgaben

Dienstchef: Raphaël Chassot, Vorsteher

Die Kantonale Steuerverwaltung (KSTV) hat die Aufgabe, die verschiedenen im Gesetz vom 6. Juni 2000 über die direkten Kantonssteuern (DStG) und im Bundesgesetz vom 14. Dezember 1990 über die direkte Bundessteuer (DBG) vorgesehenen Steuern zu veranlagern und die Rückerstattungsanträge für die Verrechnungssteuer zu bearbeiten. Dazu führt sie in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und auf der Grundlage der Veröffentlichungen im Schweizerischen Handelsamtsblatt (SHAB) sowie der Informationen des Zentralen Ausländerregisters das Register der Steuerpflichtigen nach.

Die KSTV bezieht die Kantonssteuern, die direkte Bundessteuer und die Kirchensteuer der juristischen Personen und nimmt auf der Grundlage einer entsprechenden Vereinbarung auch die Steuern zahlreicher Gemeinden und Pfarreien ein.

Sie stellt den Gemeinden eine Kopie der Veranlagungsverfügungen zu und übermittelt den AHV-Behörden diejenigen Informationen, die für den Bezug der AHV-Beiträge bei den Selbstständigerwerbenden und den Nichterwerbstätigen erforderlich sind, sowie dem Wehrpflichtersatzbüro die für die Erhebung dieser Ersatzabgabe nötigen Informationen. Chef der KSTV ist Raphaël Chassot, Verwalter.

## **2. Tätigkeit**

### **2.1 Ordentliche Tätigkeit**

#### **2.1.1 Veranlagung der natürlichen Personen**

Zu Beginn des Jahres 2007 standen mehrere Mitarbeitende der KSTV den Steuerpflichtigen in allen Bezirken (8 Treffpunkte) für Fragen zur Steuererklärung für die Steuerperiode 2006 zur Verfügung. Dieses Angebot wurde von 131 Personen genutzt. Die geringe Nachfrage ist darauf zurückzuführen, dass es für die Steuerperiode 2006 keine grösseren Änderungen gab.

Den Steuerpflichtigen wurde zum vierten Mal eine Software zur Verfügung gestellt, damit sie ihre Steuererklärung zu Hause am PC ausfüllen können. Diese Software namens FRITAX muss von der Website der Steuerverwaltung heruntergeladen werden. Sie bietet zwei verschiedene Möglichkeiten für die Erfassung der Steuerdaten: Es steht eine mit einem Assistenten geführte Eingabe zur Verfügung, oder die Daten können direkt auf den Formularen am Bildschirm eingegeben werden. Die ausgedruckten Formulare und das dazugehörige Barcode-Blatt müssen anschliessend per Post der KSTV zugestellt werden. Die in den Barcodes enthaltenen Daten erlauben ein rascheres Erfassen der Steuerklärungen. Es konnten über 40 000 Steuerklärungen mit optischen Lesern erfasst werden, was 28 % der eingegangenen Steuerklärungen entspricht, während im Vorjahr 29 400 Steuerklärungen auf diese Weise erfasst wurden.

Bis Ende Dezember 2007 haben rund 95 % der Steuerpflichtigen ihre Veranlagungsanzeige und die Schlussabrechnung 2006 erhalten. Die noch nicht veranlagten Steuerdossiers betreffen hauptsächlich Selbstständigerwerbende, die ihre Steuerklärung häufig etwas später einreichen. Die KSTV behandelte parallel zu den Veranlagungen auch die eingegangenen Einsprachen und Beschwerden.

#### **2.1.2 Veranlagung der juristischen Personen**

Im Verfahren der einjährigen Gegenwartsbesteuerung wurde der erste Teil des Jahres 2007 darauf verwendet, die Veranlagungen des Steuerjahres 2005 abzuschliessen. Die Hauptarbeit bestand jedoch in der Prüfung der Steuerklärungen des Steuerjahres 2006. Mit der einjährigen Gegenwartsbesteuerung werden die Expertisen parallel zu den Veranlagungsarbeiten durchgeführt, und dasselbe gilt auch für die Bearbeitung der Einsprachen.

#### **2.1.3 Steuerbefreiung wegen gemeinnütziger oder öffentlicher Zwecke**

Die KSTV ist für die Steuerbefreiung der juristischen Personen zuständig, die ihren Sitz im Kanton haben und öffentliche, gemeinnützige oder Kultuszwecke verfolgen, und zwar für den Gewinn und das Kapital, die ausschliesslich und unwiderruflich diesen Zwecken gewidmet sind. Die Gesuche um Steuerbefreiung nehmen laufend zu; im Jahr 2007 wurde in rund 100 Fällen das Dossier geprüft oder ein Entscheid gefällt.

#### **2.1.4 Vorarbeiten und Sonstiges**

Ausser der Veranlagung und dem Bezug der verschiedenen Steuern, mit denen sich das Personal grösstenteils beschäftigt, erfüllt die KSTV auch andere Aufgaben, insbesondere im Rechtswesen, im Bereich der Statistik und bei der Aufstellung von Rechnung und Voranschlag. Den verschiedenen Instanzen im Kanton und beim Bund wurden zahlreiche Stellungnahmen, Bemerkungen, Berechnungen von finanziellen Auswirkungen und Antworten auf Vernehmlassungen abgegeben. Die KSTV hat ebenfalls die Antworten auf parlamentarische Vorstösse zum Steuerwesen vorbereitet, und es fiel auch im Vorfeld der Steuererklärung 2007 viel Arbeit an, vor allem mit der inhaltlichen Überarbeitung der zahlreichen Steuerformulare und der Wegleitung für das Ausfüllen der Steuerklärung, aber auch mit der Aufstellung der neuen Steuertarife für die Quellensteuer.

#### **2.1.5 Reglemente für die Spesenrückerstattung**

Für die Steuerperiode 2007 wird der neue Lohnausweis (NLA) eingeführt, und die Arbeitgeber können bei der Steuerbehörde ihres Kantons die Genehmigung ihres Reglements für die Spesenrückerstattung beantragen. Die vom Sitzkanton ausgestellte Genehmigung gilt sowohl für die Rückerstattung der effektiven Spesen als auch für pauschale Spesenentschädigungen, und das vom Sitzkanton genehmigte Reglement wird von allen Kantonen anerkannt. Im Jahr 2007 hat die KSTV rund 550 solche Reglemente geprüft.

#### **2.1.6 Personalschulung**

Im Laufe des Berichtsjahres haben mehrere Mitarbeitende an den Kursen teilgenommen, die im Rahmen des von der Schweizerischen Steuerkonferenz (SSK) für alle Steuerverwaltungen bereitgestellten Aus- und Weiterbildungskonzeptes organisiert werden. Eine Mitarbeiterin und ein Mitarbeiter besuchen gegenwärtig den Ausbildungskurs I (Basiskurs) und eine Mitarbeiterin und zwei Mitarbeiter den Ausbildungskurs II (Selbstständigerwerbende und juristische Personen). Mit bestandener schriftlicher Prüfung erwarben zwei Mitarbeiterinnen das Zertifikat SSK-Kurs I. Die Kader und anschliessend das gesamte Personal der KSTV wurden über das Unternehmensteuerreformgesetz II informiert.

## 2.1.7 Zusammenarbeit

### 2.1.7.1 Innerkantonal

Dadurch, dass die KSTV im Besitz von umfangreichem Zahlenmaterial ist, das für gewisse Untersuchungen sehr wertvoll ist, wird sie unter Wahrung des Datenschutzes von anderen Dienststellen des Staates, wie beispielsweise der Kantonalen Sozialversicherungsanstalt, dem Amt für Gemeinden oder dem Amt für Statistik um Statistiken angefragt. Im Bereich Verwaltung hat sie im Jahr 2007 für sich und auch für andere Dienststellen des Staates (Amt für Personal und Organisation, kantonale Ausgleichskasse, Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt) mit mehr als 1 337 000 (1 555 000) Postsendungen rund 2 630 000 (2 710 000) Unterlagen versandt. Diese Postsendungen wurden zur Hälfte für andere Dienststellen ausgeführt. Ferner beantwortete die KSTV zahlreiche Fragen von Gemeinde- und Kirchenbehörden im Zusammenhang mit der Aufstellung ihres Budgets.

### 2.1.7.2 Steuerwesen

Mit der Steuerharmonisierung hat die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen stark zugenommen. Man spricht von vertikaler Harmonisierung beim Vergleich des Gesetzes über die direkten Bundessteuern mit den kantonalen Steuergesetzgebungen und von horizontaler Harmonisierung beim Vergleich der kantonalen Steuergesetzgebungen untereinander.

Die Eidgenössische Steuerverwaltung und die kantonalen Steuerverwaltungen sind in der Schweizerischen Steuerkonferenz (SSK) zusammengeschlossen. Die Mitglieder des KSTV-Führungsstabs sowie gewisse Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in diesem Gremium stark engagiert. So ist der Kanton Freiburg in den Kommissionen «Selbstständigerwerbende und juristische Personen», «Einkommens- und Vermögenssteuern», «Verfahren, Bezug und Strafen» sowie in verschiedenen Arbeitsgruppen, namentlich in derjenigen zur beruflichen Vorsorge und der WVK (Software zur Übermittlung der Wertschriftenverzeichnisse) vertreten.

### 2.1.7.3 Meldung an die Strafbehörden

Mit dem revidierten Allgemeinen Teil des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB), der am 1. Januar 2007 in Kraft getreten ist, ist unter anderem eine Geldstrafe in Tagessätzen eingeführt worden, deren Höhe sich nach den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Täters bestimmt.

Da die Strafbehörden die finanziellen Verhältnisse der Angeschuldigten genau prüfen müssen, sieht Artikel 34 Abs. 3 StGB ausdrücklich vor, dass sie sich für die erforderlichen Auskünfte an die kantonalen und kommunalen Steuerbehörden wenden.

Die KSTV hat 2007 auf 919 diesbezügliche Anfragen geantwortet.

## 2.1.8 Bezug der Kantonssteuern

Die KSTV hat die Steuer 2007 in der Regel in 9 Raten fakturiert, die zwischen Mai 2007 und Januar 2008 jeweils am Monatsende bezahlt werden mussten, wobei der Betrag der einzelnen Akontozahlungen aber nicht weniger als 20 Franken betragen darf. Die Steuerpflichtigen konnten aber auch den gesamten Steuerbetrag bis zur Fälligkeit der ersten Rate bezahlen, und 30 000 Steuerpflichtige haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Gleichzeitig mit der Eröffnung der Veranlagungsanzeigen, die vorwiegend das Jahr 2006 betrafen, wurde eine Schlussabrechnung erstellt. Ein Saldo zu Gunsten der Steuerpflichtigen wird diesen auf ihr Post- oder Bankkonto überwiesen, und die KSTV verwaltet so etwas über 100 000 Konten.

Was das Inkassoverfahren betrifft, so hat die KSTV im Jahr 2007 rund 18 000 Anträge für Zahlungsvereinbarungen bearbeitet und 10 438 Beteiligungen eingeleitet, wovon 9734 im Kanton. Die Zahl der Beteiligungen ist gleich wie in den letzten Jahren. Sie hat auch 113 Strafklagen für veruntreute gepfändete Gegenstände eingereicht. Die im Rahmen der Übernahme von Verlustscheiden eingenommenen Beträge belaufen sich für die Kantonssteuer auf rund 800 000 Franken.

## 2.1.9 Bezug der Gemeinde- und Kirchensteuern durch die KSTV

Im Jahr 2007 nahmen 52 (51) Gemeinden diese Dienstleistung des Staates für den Bezug ihrer ordentlichen Steuern in Anspruch.

Mit der Informatikanwendung, die 1995 eingerichtet wurde, kann diese Dienstleistung auch den Pfarreien des Kantons angeboten werden, sofern die Steuern bei allen Pfarreimitgliedern einer bestimmten Gemeinde erhoben werden. Seit dem 1. Januar 2003 nimmt die KSTV die Steuern der natürlichen Personen für zahlreiche Pfarreien in 130 (129) Gemeinden des Kantons ein. Diese Steuern werden auf der Grundlage einer Vereinbarung bezogen.

Die von den juristischen Personen geschuldete Kirchensteuer wird gemäss dem Artikel 17a des Gesetzes vom 26. September 1990 über die Beziehungen zwischen den Kirchen und dem Staat seit dem Steuerjahr 2001 von der Kantonalen Steuerverwaltung bezogen.

## 2.1.10 Steuerstatistiken

Die Steuerstatistiken 2005 sind im November 2007 veröffentlicht worden. Sie liefern auf 40 Seiten mit Kommentaren, Tabellen und Grafiken die Daten über den Ertrag der Kantonssteuern auf dem Einkommen und dem Vermögen der natürlichen Personen und über den Ertrag der kantonalen Gewinn- und Kapitalsteuer der juristischen Personen. Diese Statistiken sowie diejenigen der Vorjahre sind auf der Website der KSTV unter der Adresse: [www.fr.ch/scc/](http://www.fr.ch/scc/) verfügbar.

### 2.1.11 Entwicklung der Zahl der Steuerpflichtigen

Die Höhe der Steuereinnahmen ist auch von der Zahl der Steuerpflichtigen abhängig, und es ist interessant zu sehen, wie diese zugenommen hat. Sie ist auch ein Indikator für die Mehrarbeit bei der KSTV, obwohl der Faktor «Komplexität der Dossiers» in einer solchen Statistik nicht zum Tragen kommt.

In den letzten Steuerperioden haben sich die Steuerdossiers zahlenmässig wie folgt entwickelt:

#### – Natürliche Personen

| Bezirke         | Anzahl Steuerpflichtige per 31. Dezember |         |         |         |         |
|-----------------|--|---------|---------|---------|---------|
|                 | 1985                                     | 1995    | 2000    | 2006    | 2007    |
| Freiburg-Stadt  | 18 809                                   | 19 458  | 19 016  | 18 865  | 18 973  |
| Saane Land      | 18 169                                   | 24 639  | 26 185  | 28 432  | 29 031  |
| Sensebezirk     | 17 673                                   | 21 216  | 22 172  | 22 824  | 23 148  |
| Greyerzbezirk   | 18 462                                   | 21 454  | 22 884  | 24 056  | 24 678  |
| Seebezirk       | 12 172                                   | 15 223  | 16 441  | 17 542  | 17 855  |
| Glanebezirk     | 8 165                                    | 9 711   | 9 878   | 10 293  | 10 401  |
| Broyebezirk     | 11 847                                   | 13 915  | 14 497  | 15 306  | 15 597  |
| Vivisbachbezirk | 5 898                                    | 7 492   | 7 869   | 8 268   | 8 415   |
|                 | 111 195                                  | 133 108 | 138 942 | 145 586 | 148 098 |

#### – Juristische Personen

| Bezirke         | Anzahl Steuerpflichtige per 31. Dezember |       |       |        |        |
|-----------------|--|-------|-------|--------|--------|
|                 | 1985                                     | 1995  | 2000  | 2006   | 2007   |
| Freiburg-Stadt  | 3 934                                    | 4 056 | 3 749 | 4 043  | 4 013  |
| Saane Land      | 657                                      | 1 366 | 1 572 | 2 130  | 2 113  |
| Sensebezirk     | 773                                      | 1 074 | 1 107 | 1 333  | 1 350  |
| Greyerzbezirk   | 611                                      | 964   | 1 042 | 1 331  | 1 347  |
| Seebezirk       | 477                                      | 782   | 913   | 1 187  | 1 179  |
| Glanebezirk     | 306                                      | 386   | 442   | 521    | 540    |
| Broyebezirk     | 427                                      | 582   | 666   | 868    | 869    |
| Vivisbachbezirk | 242                                      | 337   | 433   | 564    | 580    |
|                 | 7 427                                    | 9 547 | 9 924 | 11 977 | 11 991 |

### 2.1.12 Steuerhinterziehungsverfahren

#### 2.1.12.1 Kantonssteuern

In Anwendung der Artikel 220 ff. DStG sind 272 (339) Entscheide eröffnet worden, die sich wie folgt aufteilen:

|     |       |   |
|-----|-------|---|
| 218 | (273) | Fälle von Steuerhinterziehung und Steuerbussen      |
| 32  | (47)  | Fälle von versuchter Hinterziehung und Helferschaft |
| 22  | (19)  | Fälle von Nachsteuern                               |

Gegen diese Entscheide wurden bei der KSTV 18 (22) Einsprachen erhoben und keine (2) Beschwerden beim Steuergerichtshof des Verwaltungsgerichts eingereicht. Die Nachsteuern oder hinterzogenen Steuern und Steuerbussen ergeben folgende Beträge:

|         | 2007          | 2006          |
|---------|---------------|---------------|
| Steuern | 1 874 628 Fr. | 2 208 364 Fr. |
| Bussen  | 688 440 Fr.   | 879 810 Fr.   |
| Total   | 2 563 068 Fr. | 3 088 174 Fr. |

#### 2.1.12.2 Direkte Bundessteuer

Im Jahr 2007 wurden auch Nachsteuerverfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet und Bussenverfügungen im Gesamtbetrag von 1 330 654 Franken (1 233 946 Franken) erlassen.

#### 2.1.12.3 Steuervergehen

Wer zum Zweck einer Steuerhinterziehung gefälschte, verfälschte oder inhaltlich unwahre Urkunden zur Täuschung der Steuerbehörden gebraucht, wird zusätzlich zu den administrativen Massnahmen mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft (Art. 231 DStG – Art. 186 DBG).

Im Laufe des Jahres 2007 wurde beim Untersuchungsrichteramt des Kantons Freiburg 1 (3) Anzeige erstattet. Die Gerichte erliessen 2 (3) Urteile.

#### 2.1.13 Steuererlasse

Gestützt auf Artikel 212 DStG entscheidet die Finanzdirektion nach Anhören der Gemeindebehörde über Steuererlassgesuche. Zu diesem Zweck stellt die KSTV die notwendigen Ermittlungen an, unterbreitet eine Stellungnahme und bereitet die von der Finanzdirektion getroffenen Entscheide vor.

Die von 532 (606) Steuerpflichtigen eingereichten Erlassgesuche wurden im Laufe des Jahres geprüft. 177 (213) Steuerpflichtige erhielten einen abschlägigen Entscheid, während 170 (180) Steuerpflichtigen ein Steuererlass gewährt wurde. 133 (148) Gesuche wurden schlussendlich in anderer Form als Steuererlasse erledigt. Ende 2007 sind noch 52 (65) Dossiers hängig.

Der Betrag der erlassenen Kantonssteuern beläuft sich auf 161 126 Franken (157 583 Franken).

### 2.2 Besondere Ereignisse

#### 2.2.1 Ersetzung der Software zur Veranlagung der natürlichen Personen und zum Steuerbezug

Wie in der Planung des «Informatikleitschemas der KSTV» vom Jahr 2002 vorgesehen, liefen die von der Cross Systems SA geleiteten Arbeiten zur Ersetzung der Software für die Veranlagung der natürlichen Personen und den Steuerbezug während des ganzen Jahres 2007 weiter. Der intensive Einbezug des Personals der KSTV

wurde durch die umfassende und unabdingbare technische Unterstützung des ITA ergänzt, namentlich zur Sicherung der Qualität und Stabilität der Architektur der neuen Software und zur Anpassung und Integration der bisherigen Systeme. Das ehrgeizige Ziel, dieses Werkzeug ab dem 1. Januar 2007 in Betrieb nehmen zu können, war Ende 2006 revidiert und die Produktivsetzung auf den 1. Januar 2008 festgesetzt worden.

Die Produktivsetzung konnte effektiv auf den 1. Januar 2008 erfolgen. Die Entwicklungsarbeiten werden für diejenigen Funktionalitäten, die auf diesen Termin nicht unbedingt notwendig waren, im Laufe des Jahres 2008 fortgesetzt. So werden die Veranlagungen der natürlichen Personen für die Steuerperiode 2007 mit der neuen Anwendung erstellt, während für die Veranlagungen der vorhergehenden Steuerperioden weiterhin die alte Anwendung eingesetzt wird. Für den Steuerbezug werden mit der neuen Software die ordentlichen Steuern (Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen und Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen) ab der Steuerperiode 2007 und alle anderen Steuern ab 2008 verwaltet. Für die früheren Jahre bleibt vorläufig die alte Software in Betrieb.

Per 1. Januar 2008 musste die KSTV die Daten bezüglich Fakturierung und Bezug der Akontozahlungen 2007 sowie die Daten der Veranlagungen der Steuerpflichtigen, die im Jahr 2007 verstorben waren oder die Schweiz endgültig verlassen hatten, übernehmen.

Die Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit der neuen Anwendung arbeiten, hat Ende 2007 begonnen und wird Anfang 2008 weitergeführt.

### 2.2.2 Steuererklärung der juristischen Personen – Einreichung der Steuererklärung über Internet und Simulation der Veranlagung

Das von der KSTV initiierte Projekt «DI-PM Web» will den steuerpflichtigen juristischen Personen sowie ihren Treuhandbüros ein Werkzeug zur Online-Einreichung der Steuererklärung zur Verfügung stellen. Die Anwendung wurde so konzipiert, dass sie von den Anwendern über eine gesicherte Internetverbindung benutzt werden kann. Mit der von der Sopra Group realisierten neuen zweisprachigen Software kann nicht nur die Steuererklärung online eingereicht werden, es ist auch möglich, die Fristen abzufragen, die früheren Veranlagungen einzusehen, auf die Wegleitung und spezifische Online-Hilfe zuzugreifen sowie Dateien und Beilagen beizufügen und das Veranlagungsergebnis zu simulieren.

Diese Anwendung wurde im Frühling 2007 produktiv gesetzt, und in diesem ersten Jahr sind damit rund tausend Steuererklärungen ausgefüllt und eingereicht worden. Unternehmen, die einem Vertreter den Zugriff auf ihr Dossier gewähren wollen, müssen einen Vertrag ausfüllen, was etwas Zeit beansprucht. Es ist also damit zu rechnen, dass künftig noch mehr Steuererklärungen auf diesem Weg eingereicht werden.

Die Online-Steuererklärung der juristischen Personen, für die die erste gesicherte Internetverbindung beim Staat Freiburg zum Einsatz kommt, wurde mit der Zielsetzung ausgearbeitet, dass bessere Kommunikation zu mehr Effizienz führt, und fügt sich in einen umfassenderen Ansatz für einen verbesserten Austausch sowie in die Entwicklung des E-Government beim Staat Freiburg ein.

## IV. AMT FÜR ERBSCHAFTS- UND SCHENKUNGSSTEUERN

### 1. Aufgaben

Aufgabe des Amtes für Erbschafts- und Schenkungssteuern (ESSA) ist die Erhebung der Erbschafts- und Schenkungssteuern für den Staat Freiburg und die Gemeinden. Vorsteher des ESSA ist Kurt Aebischer.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

Im Jahr 2007 bearbeitete das Amt 1889 Steuerinventare bei Todesfall und Erklärungen für Nichtvorhandensein von Vermögen (1734 im Jahr 2006). Es stellte 361 Erbschafts- und Schenkungssteuerrechnungen aus (364 im Jahr 2006), welche einer Gesamtsteuereinnahme für den Kanton von 4 438 309 Franken entsprachen.

Die Erbschafts- und Schenkungssteuern teilen sich wie folgt auf:

- Erbschaftssteuern: 301 Rechnungen in einem Gesamtbetrag von 4 210 657 Franken
- Schenkungssteuern: 60 Rechnungen in einem Gesamtbetrag von 227 652 Franken

Der jährliche Erbschafts- und Schenkungssteuerertrag der letzten acht Jahre beläuft sich auf durchschnittlich 4 767 122 Franken. Die Erbschafts- und Schenkungssteuern haben sich seit dem Jahr 2000 wie folgt entwickelt:

|           |           |           |           |
|-----------|-----------|-----------|-----------|
| 2000      | 2001      | 2002      | 2003      |
| 4 090 467 | 4 011 707 | 4 553 051 | 5 165 721 |
| 2004      | 2005      | 2006      | 2007      |
| 8 939 871 | 4 192 536 | 2 745 312 | 4 438 309 |

Das Amt kontrolliert die von den Friedensrichtern aufgenommenen Erklärungen für Nichtvorhandensein von Vermögen und Steuerinventare sowie die damit zusammenhängenden Gebührenrechnungen. Es ist auch Bindeglied zur Kantonalen Steuerverwaltung, indem es jeweils dem betroffenen Sektor ein Exemplar des Steuerinventars übermittelt.

Es beantwortet zahlreiche Anfragen zur Erbschafts- und Schenkungssteuer von Treuhandbüros, Notariaten, Banken, Versicherungsgesellschaften und Privaten.

Das Amt bildet auch eine Lernende aus. Die Reform der kaufmännischen Grundausbildung erfordert einen viel grösseren Einsatz von Seiten der für ihre Ausbildung verantwortlichen Personen.

## 2.2 Besondere Ereignisse

### 2.2.1 Leistungsanalyse

Das Amt hat Kenntnis von den Entscheiden des Staatsrats über die im Rahmen der Analyse der Staatlichen Leistungen (ASL) gemachten Vorschläge genommen.

### 2.2.2 Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzgebung

Das Gesetz vom 4. Mai 1934 betreffend die Einregistrierungsgebühren (Erbschafts- und Schenkungssteuer) ist die Rechtsgrundlage für die Erhebung verhältnismässiger Gebühren auf den unentgeltlichen Zuwendungen unter Lebenden (Schenkungssteuer) oder von Todes wegen (Erbschaftssteuer).

2007 prüfte eine parlamentarische Kommission den Entwurf eines neuen Gesetzes über die Erbschafts- und Schenkungssteuer, und der Amtsvorsteher nahm an diesen Kommissionssitzungen teil. Das Amt hat in Zusammenarbeit mit dem Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA) Vorbereitungen zur Anpassung der Software getroffen, damit die Erbschafts- und der Schenkungssteuerveranlagungen den Anforderungen des neuen Gesetzes angepasst werden können.

Das neue Gesetz vom 14. September 2007 über die Erbschafts- und Schenkungssteuer (ESchG), mit dem das Gesetz von 1934 betreffend die Einregistrierungsgebühren aufgehoben wird, ist am 1. Januar 2008 in Kraft getreten.

## V. AMT FÜR PERSONAL UND ORGANISATION DES STAATES FREIBURG

### 1. Aufgaben

Das Amt für Personal und Organisation (POA) unterstützt den Staatsrat und/oder die Direktionen und Anstalten bei der Festlegung der Personalpolitik. Es schlägt Umsetzungsstrategien vor, kontrolliert den richtigen Vollzug der beschlossenen Massnahmen und formuliert Verbesserungsvorschläge, wo dies nötig ist. Als zentraler Dienst des Staatsrates und seiner Direktionen hat das POA namentlich die folgenden Aufgaben:

- Gegenüber dem Staatsrat, den Direktionen und Anstalten übt es in allen Bereichen, die das Personal betreffen, die Funktion eines Beratungs- und Kontrollorgans aus und verfasst Berichte und Stellungnahmen.
- Es sorgt für die einheitliche Anwendung der Gesetzgebung über das Personal des Staates und seiner Anstalten.

- Es entwickelt die zentral bewirtschafteten Führungsinstrumente.
- Es verwaltet die Gehälter des Staatspersonals sowie die Software für die Personalbewirtschaftung und die Gehaltszahlungen.
- Es erbringt Leistungen in der Organisationsentwicklung und hat dort auch eine Beratungsfunktion inne.
- Es ist Koordinationsorgan für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz.
- Es erstellt und verwaltet das allgemeine Weiterbildungsprogramm.
- Es führt das Sekretariat verschiedener Kommissionen, namentlich der Kommission für die Bewertung und Einreihung der Funktionen sowie für den Sozialfonds und ist als Arbeitgebervertreter im Vorstand der Pensionskasse des Staatspersonals vertreten.
- Es bereitet zuhanden des Staatsrat die Geschäfte vor, die die Sozialpartner betreffen.

Vorsteher des POA ist Markus Hayoz.

## 2. Tätigkeit

### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 2.1.1 Allgemeines

Bei der Erfüllung seiner Aufgaben erbringt das POA sehr viele Leistungen für die politischen Organe, die Exekutive, die verantwortlichen Vorgesetzten, das Personal und Dritte, die sich folgendermassen nach Leistungsarten gliedern lassen:

- Klassische Leistungen in Zusammenhang mit der allgemeinen Personalverwaltung: Personalrekrutierung, Verträge, Gehälter, Personal- und Stellenvoranschlag, Informatik;
- Leistungen in Zusammenhang mit seiner Funktion gegenüber dem Arbeitgeber Staat als Kontroll- und Beratungsorgan: Controlling und Berichtswesen zuhanden des Staatsrates, Entwürfe der Antworten auf parlamentarische Vorstösse, die den Tätigkeitsbereich des POA betreffen, Abgabe von Stellungnahmen, Beratung von Verwaltungseinheiten und Vorgesetzten, juristische Verfahrensbetreuung sowie Unterstützung in Informatik- und Organisationsfragen;
- Leistungen in Zusammenhang mit der Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Soziale und juristische Betreuung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich in Schwierigkeiten befinden (Arbeitsunfähigkeit, Konflikte am Arbeitsplatz, finanzielle Probleme), Unterstützung bei der Kontaktaufnahme mit den Sozialversicherungen, Förderung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz;
- Leistungen in Zusammenhang mit der Personal- und Organisationsentwicklung: Umsetzung von HR-Projekten, Funktionsbewertung, Personalweiterbildung,

Entwicklung und Begleitung von Organisationsprojekten.

Die Leistungen des POA können zwar nicht in eine Rangordnung gebracht werden, es gibt aber solche, die doch prioritär sind, so etwa die Arbeiten in Zusammenhang mit der Gehaltsabwicklung. Das POA muss unbedingt gewährleisten, dass die rund 15 000 Staatsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter jeden Monat ihr in Einhaltung der geltenden eidgenössischen und kantonalen Vorschriften richtig berechnetes Gehalt erhalten.

### 2.1.2 Administrative Tätigkeiten und Personalverwaltung

Die Personalsuche des Staates erfolgt über die Publikation der offenen Stellen im Amtsblatt, in den Printmedien und auf der Website des Staates. Im Jahre 2007 mussten nicht nur die Abläufe des Stellenausschreibungsverfahrens und der Publikation der Stellenanzeigen verbessert werden, die für die Personalverwaltung zuständige Abteilung des POA legte im Berichtsjahr daneben besonderes Gewicht auf die Kontrolle der Arbeitsstellen und die Bearbeitungsabläufe der Ausschreibungsanträge gemäss den Vorgaben des Rekrutierungsprozesses.

Die günstige Wirtschaftslage und die damit verbundene grössere Personalfuktuation führten zu einem deutlichen operativen Mehraufwand beim Personal, das für die Veröffentlichung der Stellenausschreibungen und die Ausstellung der Verträge zuständig ist. So wurden im Laufe des Jahres 2007 378 Arbeitsstellen ausgeschrieben, was einer Zunahme um 15 % gegenüber dem Vorjahr und um 30 % gegenüber dem Jahr 2005 entspricht. Im Berichtsjahr haben 460 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die der zentralen Verwaltung unterstellt sind (ohne Lehrpersonen und Personal der Anstalten mit eigener Rechtspersönlichkeit), gekündigt oder sich pensionieren lassen. Insgesamt 130 Personen aus allen Abteilungen konnten im Jahr 2007 von der «Förderung der freiwilligen Pensionierung» in Form einer AHV-Überbrückungsrente profitieren.

Bei der Ausstellung von Anstellungsverträgen durch das POA ist im Jahr 2007 eine Stabilisierung zu verzeichnen. Wie der folgenden Tabelle zu entnehmen ist, hat das POA im Jahr 2007 632 Verträge und Vertragsänderungen ausgestellt bzw. vorgenommen (571 im Jahr 2005 und 640 im Jahr 2006). Darin nicht inbegriffen sind die Verträge der Anstalten des Staates und die Verträge des Unterrichtswesens:

| Direktionen                                  | Anstellungsverträge |      | Vertragsänderungen |      |
|--|---------------------|------|--------------------|------|
|  | 2006                | 2007 | 2006               | 2007 |
| Staatskanzlei, Sekretariat des Grossen Rates | 5                   | 4    | 8                  | 5    |
| Erziehung, Kultur und Sport                  | 18                  | 17   | 5                  | 3    |
| Sicherheit und Justiz                        | 160                 | 145  | 59                 | 69   |

|   |            |            |            |            |
|---|------------|------------|------------|------------|
| Institutionen und Land- und Forstwirtschaft | 35         | 53         | 19         | 22         |
| Volkswirtschaft                             | 62         | 48         | 25         | 28         |
| Gesundheit und Soziales                     | 72         | 91         | 45         | 25         |
| Finanzen                                    | 63         | 59         | 28         | 24         |
| Raumplanung, Umwelt und Bauwesen            | 22         | 21         | 14         | 10         |
| <b>Total</b>                                | <b>437</b> | <b>450</b> | <b>203</b> | <b>182</b> |

### 2.1.3 Gehälter

Hauptaufgabe der Abteilung «Gehälter» des POA ist die Verwaltung der in ihre Zuständigkeit fallenden Gehälter (zentrale Verwaltung und Unterrichtswesen) von über 9000 Personen. Das heisst, ihr obliegt die Sicherstellung der Gehaltszahlungen gemäss Dienstverhältnis, den gesetzlichen Bestimmungen, den Gehaltsskalen und den für gewisse Personalkategorien geltenden ausserordentlichen Gehaltsskalen.

Die Verwaltung der kantonalen Familienzulagen sowie der Arbeitgeberzulagen ist eine aufwändige Tätigkeit. Im Jahr 2007 wurden für über 3650 Kinder die Anspruchsberechtigung überprüft und die Ausbildungs- und Studienbescheinigungen nachgeführt und kontrolliert. Dazu kommen die Prüfung der neuen Anspruchsberechtigungen nach der Geburt eines Kindes und die Überprüfung geänderter Familienverhältnisse (Konkubinat, Trennung, Scheidung, Wiederverheiratung, Patchwork-Familie) sowie die Prüfung des vorrangigen Anspruchs, wenn die beiden Elternteile nicht im selben Kanton arbeiten. Hier führen die Besonderheiten der Einzelfälle zu einer merklichen Zunahme der Anträge zur Revision der Anspruchsberechtigung.

Daneben erfüllt die Abteilung auch die üblichen Aufgaben, die zur Lohnverwaltung gehören: Bestätigungen für die Arbeitslosenversicherung, die Mutterschaftsentschädigung, den Erwerbsersatz, Auszahlung der Entschädigungen und Rückerstattung von Auslagen, Auszahlung der Sitzungsgelder für die Kommissionsmitglieder sowie diverse Bestätigungen (für Krippen, Versicherungen, Steuerbehörden usw.).

### 2.1.4 Informatik

Das POA ist mit seiner Abteilung «Informatikdienste» für alle technischen Belange der Personalverwaltung, der Gehaltszahlungen und die Module für die Personalbewirtschaftung zuständig. Es entwickelt die Personalbewirtschaftungssoftware in Zusammenarbeit mit den Benutzerinnen und Benutzern und den Informatikerinnen und Informatikern und bildet die Benutzerinnen und Benutzer der Software aus und berät sie. Es ist für die Stellenbewirtschaftung verantwortlich und erstellt Voranschlag, Rechnung und Kontrolle des Personalbestandes.

### 2.1.5 Gesetzgebungstätigkeiten

Das POA stellt die für die Personalentwicklung und das Personalmanagement erforderliche rechtliche Beratung und gewährleistet die juristische und soziale Betreuung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die krankheits- oder unfallbedingt abwesend oder die behindert sind. So hat es auch im Jahr 2007 seine allgemeine Beratungs- und Unterstützungsfunktion für die Direktionen, die Anstalten des Staates mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie gewisse subventionierte Institutionen wahrgenommen. Das POA hat sein Projekt zur Schaffung der Personalfachstellen bei den Direktionen und Anstalten entsprechend den Vorschriften von Artikel 13 StPG weitergeführt, und 2007 konnten neue Vereinbarungen zur Schaffung solcher Fachstellen unterzeichnet werden, so mit dem Landwirtschaftlichen Institut in Grangeneuve und mit der Volkswirtschaftsdirektion für die Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft.

### 2.1.6 Sozialversicherungen

In Bezug auf die Sozialversicherungen ist das POA teilweise für die soziale und juristische Betreuung der wegen Krankheit oder Unfall arbeitsunfähigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zentralen Verwaltung zuständig. Es informiert die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Verwaltungseinheiten über die anwendbaren Verfahren wie Beendigung des Dienstverhältnisses, allfällige Wiederanstellung und Senkung des Beschäftigungsgrads, und unterstützt sie bei der Kontaktaufnahme mit den Sozialversicherungen, insbesondere der Pensionskasse des Staatspersonals und den IV-Stellen. Die Abteilung musste im Berichtsjahr 45 IV-Rentengesuche behandeln, gegenüber 73 Gesuchen im Vorjahr. Das POA ist auch für die Anstellungsverfahren und die Betreuung invalider Personen zuständig und prüft und bearbeitet zahlreiche Anfragen, kontaktiert die Verwaltungseinheiten, die in Frage kommen, und wickelt das Anstellungsverfahren ab. Gegenwärtig sind 34 Personen gemäss dem Staatsratsbeschluss über die Anstellung invalider Personen angestellt.

Was die obligatorische Unfallversicherung betrifft, so ist das gesamte Personal des Staates und seiner Anstalten (das vollzeitlich, teilzeitlich und vorübergehend angestellte Personal) gemäss UVG versichert. Im Jahr 2007 betrug der versicherte Lohn 80 % von maximal 106 800 Franken (2008 werden es 80 % von maximal 126 000 Franken sein), bei einer UVG-Lohnsumme von über 900 Millionen Franken. Die Prämien für Nichtberufsunfallrisiken gehen ganz zu Lasten des Personals.

Die Prämienzahlungen gehen zu einem Fünftel an die SUVA und zu vier Fünftel an einen Pool von Privatversicherern, der durch die National Versicherung vertreten wird. Für die Nichtberufsunfallversicherung betrug der Prämienatz des Pools im Jahr 2007 8,96 ‰ für Männer und Frauen, derjenige der SUVA 15,8 ‰. Für die

Berufsunfallversicherung betrug der Prämienatz des Pools 2007 1,93 ‰ und derjenige der SUVA 6,90 ‰ bzw. 34,5 ‰ für die Bereiche mit erhöhtem Risiko (Forsten, Jagd und Fischerei).

Die Dienste des dem POA angegliederten UVG-Büros als Verbindungs-, Koordinations- und Informationsorgan für die bei der SUVA und der National Versicherten werden das ganze Jahr hindurch in Anspruch genommen. Im Berichtsjahr hat es über 1800 Unfälle von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufgenommen, kontrolliert und ergänzt, wobei 16 % davon auf die SUVA und 84 % auf die National Versicherung entfallen. Die Unfallmeldungen betrafen zu 15 % Berufs- und zu 85 % Nichtberufsunfälle. Ungefähr 50 % der Unfallmeldungen sind auf Stürze oder Sportverletzungen zurückzuführen, und etwa 32 % der Unfälle führten zu Arbeitsunfähigkeit.

|   | 2005   | 2006   | 2007   |
|---|--------|--------|--------|
| Anzahl Versicherungsfälle UVG                     | 2 098  | 2 018  | 1 850  |
| – Berufsunfälle                                   | 371    | 323    | 278    |
| – Rückvergütete Taggeldentschädigungen (Mio. Fr.) | 2.4    | 2.286  | 1.853  |
| Anzahl Taggelder (30 Tage pro Monat)              | 16 937 | 16 023 | 12 666 |

Rückvergütungen Dritter:

|   |               |
|---|---------------|
| – Invalidenversicherung                     | Fr. 64 620.35 |
| – Militärversicherung                       | Fr. 19 058.15 |
| – Haftpflichtversicherung haftbarer Dritter | Fr. --        |

Im Rahmen des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) hat das UVG-Büro im Jahr 2007 fast 180 Unfallversicherungsbestätigungen ausgestellt.

Das POA war auch das ganze Jahr über an den Arbeiten zur Revision der Gesetzgebung über die Pensionskasse des Staatspersonals beteiligt.

### 2.1.7 Sozialfonds

Das Amt für Personal und Organisation verwaltet die Dossiers und führt das Sekretariat des Sozialfonds für das Staatspersonal. Der Fonds bezweckt, Mitarbeitenden, die sich vorübergehend in finanziellen Schwierigkeiten befinden, materielle Hilfe für den Lebensunterhalt der Antrag stellenden Person und/oder ihrer Familie zu gewähren.

Im Jahr 2007 gingen beim Sekretariat des Sozialfonds 12 Gesuche ein. 5 Gesuchen wurde stattgegeben, 3 Gesuche wurden abgelehnt, und 4 Personen haben ihr Gesuch zurückgezogen. Es laufen Darlehen im Gesamtbetrag von 101 987 Franken (Stand am 31. Dezember 2007).

Die Gründe der Gesuchstellenden stehen meistens in Zusammenhang mit einer finanziellen Notlage, zum Beispiel aufgrund unvorhersehbarer Ausgaben, von Verschuldung oder des Auseinanderbrechens der Familie. Gesuche um Darlehen für Konsumkredite werden immer abgelehnt. Die Finanzverwaltung zahlt die Darlehen direkt den Gläubigern aus, und die Rückerstattung erfolgt über einen Lohnrückbehalt auf dem Monatsgehalt der betreffenden Person.

Bei komplexen Fällen, in denen die finanzielle Lage der verschuldeten Personen eingehender geprüft und diese Personen umfassender betreut werden müssen (Schuldenberatung), leitet der Sozialfonds den Fall zur Prüfung an die CARITAS Freiburg weiter. Auf der Grundlage der Empfehlungen der CARITAS Freiburg (Bericht über die finanzielle Lage der Gesuchstellerin/des Gesuchstellers) kann der Sozialfonds mit der Gewährung eines Darlehens eine punktuelle Finanzhilfe leisten.

### 2.1.8 Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (SGA)

Der Abteilung «Sicherheit und Gesundheitsschutz» obliegt die Umsetzung der organisatorischen Strukturen und der Verantwortlichkeiten hinsichtlich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz, entsprechend den Richtlinien der Branchenlösung «Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz in den kantonalen und eidgenössischen Verwaltungen».

Im Jahr 2007 hat der Staatsrat die Verordnung über die Sicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz in der Kantonsverwaltung (SGF 122.0.81) verabschiedet und so mit der Genehmigung der SGA-Politik klar seinen Willen zum Schutz der Gesundheit und des Lebens aller Staatsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter zum Ausdruck gebracht.

Für die Umsetzung des SGA-Systems in allen Verwaltungseinheiten des Staates wurde eine ständige Kommission ernannt. Diese Kommission hat im Jahr 2007 alle SGA-Unterlagen überarbeitet und die SGA-Ziele für 2008 festgelegt.

Nachdem der Staat Freiburg während sechs Jahren die interkantonale Branchenlösung «Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz in den kantonalen und eidgenössischen Verwaltungen» präsidiert und deren Sekretariat geführt hat, hat er diese Ämter nun an den Kanton Neuenburg abgetreten.

### 2.1.9 Bewertung der Funktionen

Die Abteilung «Funktionsbewertung» verwaltet und entwickelt das Funktionsbewertungssystem EVALFRI für alle Funktionen beim Staat. Sie ist für die praktische Umsetzung und Kontrolle der diesbezüglichen Entscheide des Staatsrates zuständig.

Im Jahr 2007 fand sich die Kommission für die Bewertung und Einreihung der Funktionen (KBF), die vom POA präsidiert wird, das auch das Sekretariat führt, zu

12 Kommissionssitzungen ein. Die KBF entwarf Funktionsbeschriebe für alle bisher bewerteten Funktionen und schickte sie bei den verschiedenen Direktionen, Dienststellen und Anstalten in die Vernehmlassung. Im Anschluss an diese Vernehmlassung setzte die KBF ihre Arbeit fort mit dem Ziel, diese Funktionsbeschriebe dem Staatsrat im Laufe des Jahres 2008 zu unterbreiten.

Parallel dazu hat die KBF mit der Bewertung einer neuen Gruppe von rund einem Dutzend Funktionen aus den Bereichen «Justiz – Polizei» und «Handwerk und Betrieb» begonnen. Der Bericht über diese Funktionsbewertungen soll dem Staatsrat im Laufe des Jahres 2008 überwiesen werden.

Im Rahmen des Projekts «Führen mit Zielen» hat die Abteilung auch das Bezugssystem für Kernkompetenzen weiterentwickelt, das als Grundlage zur Personalbeurteilung beim Staat dienen wird.

### 2.1.10 Ausbildung und Entwicklung

Die Abteilung «Ausbildung und Entwicklung» ist für die Fortbildungskonzepte und -entwicklung für das Staatspersonal zuständig. Ihre Aufgabe ist die Ausarbeitung eines Weiterbildungsprogramms, das es dem Verwaltungspersonal, den Kadermitgliedern und den Lernenden erlauben soll, ihre beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten auf einem aktuellen Stand zu halten und sie weiterzuentwickeln.

Das Weiterbildungsangebot für das Personal umfasst 9 Hauptthemen. Die folgende Aufstellung nach Kernbereichen und Anzahl Teilnehmer/innen gibt einen Überblick über den Besuch der angebotenen Kurse:

|  |              |
|--|--------------|
| Allgemeine Kenntnisse                                | 75 Personen  |
| Arbeitsmethoden                                      | 140 Personen |
| Gesundheit am Arbeitsplatz                           | 61 Personen  |
| Kommunikation und soziale Kompetenzen                | 123 Personen |
| Selbstkenntnis                                       | 93 Personen  |
| Massgeschneiderte Ausbildung/Coaching                | 164 Personen |
| Prävention von und Umgang mit Gewalt am Arbeitsplatz | 46 Personen  |
| Sprachkurse  | 160 Personen |
| Informatikkurse                                      | 350 Personen |

Für die Kadermitarbeiter ging im Jahr 2007 der 12-tägige Ausbildungszyklus FOCAFRI – formation des cadres de l'Etat de Fribourg – zu Ende, an dem 17 Personen teilnahmen. An einem 8-tägigen Ausbildungszyklus zur Vermittlung von Management-Grundkenntnissen (FORMAFRI) nahmen 15 Personen teil. Die Kaderfortbildung ist eines der vorrangigen Ziele des Ausbildungsprogramms. Die Kurse sollen zur Entwicklung persönlicher, zwischenmenschlicher und organisatorischer Kompetenzen zur Effizienzsteigerung der Kadermitarbeitenden in ihren Verwaltungs- und Führungs-

aufgaben beitragen. Im Berichtsjahr besuchten 230 Kadermitglieder Weiterbildungskurse.

Was die Betreuung und Ausbildung der Lernenden betrifft, so besuchten 25 Ausbildungsverantwortliche einen Kurs über die kaufmännische Grundbildung. Die Ausbildung in der Lehre ermöglicht es den Lernenden, sich rasch ins Berufsleben einzufügen und sich mit der Kantonsverwaltung vertraut zu machen. Rund 420 Lernende nahmen an den verschiedenen Kursen zu den folgenden Themen teil: Kundenempfang, effizient kommunizieren, Besuch des Grossen Rates, Motivation und Selbstmotivation, Protokollführung, Vorbereitung der Lehrabschlussprüfungen und Stellenbewerbung. Ausserdem wurden den Lernenden der Branche «öffentliche Verwaltung» dreizehn Ausbildungsmodule angeboten, an denen 150 Personen teilnahmen.

Im Jahr 2007 bewarben sich über 250 Jugendliche für eine Lehrstelle bei der Verwaltung und absolvierten eine Aufnahmeprüfung. Ihre Dossiers wurden nach der Auswertung an die Dienststellen und Anstalten weitergeleitet, die dann die definitive Auswahl trafen. Im kaufmännischen Bereich wurden für die Profile Basisbildung (B-Profil) und erweiterte Grundbildung (E-Profil) 60 Jugendliche angestellt.

Im Jahr 2007 nutzten insgesamt 2100 Personen das Weiterbildungsangebot des Staates Freiburg.

### 2.1.11 Organisation

Die Abteilung «Organisation» nimmt eine beratende und unterstützende Funktion bei der Ausarbeitung, Umsetzung und Anpassung der Organisations- und Führungsvorschriften wahr. Sie stellt moderne, laufend dem neuesten Stand angepasste Instrumente für eine rationelle, wirksame und transparente Organisation des Staates zur Verfügung. Ausgehend von einer zielorientierten Führung trägt sie dazu bei, die Zahl der Einheiten zu begrenzen und die Aufgaben und Verantwortlichkeiten rationeller aufzuteilen.

Beim POA, das die Direktionen und den Staatsrat bei der Aufstellung des Stellenvoranschlags unterstützt, gingen annähernd 250 Anträge für neue Stellen ein.

Das POA unterstützte und begleitete auch mehrere Verwaltungseinheiten bei ihren Anstrengungen bezüglich Organisation, Optimierung oder Reorganisation, der Auswahl eines Beraters oder der Betreuung von an Dritte übertragenen Arbeiten.

Am Projekt ASL (Analyse der staatlichen Leistungen), das 2005 lanciert worden war, haben auf sechs Etappen verteilt bereits rund 80 Einheiten teilgenommen und die Analyse durchlaufen. Dieses Projekt, mit dem sich die Abteilung «Organisation» hauptsächlich beschäftigen wird, dauert bis Ende 2008.

Wie im Rechenschaftsbericht 2006 angekündigt, stehen die Standardpflichtenhefte auf der Website des POA zur Verfügung.

## 2.2 Besondere Ereignisse

Im Frühling 2007 wurde der Dienstchef des POA zum Präsidenten der «Schweizerischen Konferenz der Personalleiter/innen öffentlicher Verwaltungen» gewählt. Diese Konferenz dient dem Informations- und Erfahrungsaustausch und der Entwicklung gemeinsamer Projekte im Bereich des Personalmanagements. Im November 2007 fand ihre Tagung erstmals seit ihrem Bestehen im Kanton Freiburg statt, und 35 Personen, zur Hauptsache Vertreter/innen anderer Kantonsverwaltungen, nahmen an diesem zweitägigen Anlass teil.

Das POA bereitete mehrere Antworten auf parlamentarische Vorstösse und Berichte zuhanden des Grossen Rates vor, namentlich den Bericht zum Postulat Thomet über die Gewährung einer 5. Ferienwoche, den Bericht zum Postulat Nicole Aeby-Egger über die Einreihung der Funktionen Pflegefachfrau/Pflegefachmann und Primarlehrer/in, den Bericht zum Postulat Tschopp/Raemy über die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung in der Kantonsverwaltung und die Antwort auf die Anfrage Zadory/Brönnimann über die Internetnutzung durch das Staatspersonal.

Das POA begleitete und unterstützte die Reorganisation verschiedener Verwaltungseinheiten und Anstalten. So wirkte es bei der Schaffung des neuen Amtes für Landwirtschaft, bei der Zusammenlegung des Veterinäramtes und des Kantonalen Laboratoriums und bei Letzterem namentlich im Rahmen der Kantonalisierung der Fleischhygienekontrolle mit und war auch an der Erstellung des Leistungskatalogs der künftigen Einheiten Freiburger Netzes für die Pflege im Bereich psychische Gesundheit (FNP) beteiligt.

Die mit der Schaffung des Freiburger Spitalnetzes (freiburger spital HFR) verbundene Eingliederung des Personals der ehemaligen Bezirksspitäler ins Staatspersonal war für das POA mit einem grossen Arbeitsaufwand verbunden. So mussten die aus dieser Übernahme hervorgehenden neuen Stellen in die Software für die Personalbewirtschaftung und die Gehälter (HR Access) überführt sowie die Gehälter der betroffenen Personen nach StPG kontrolliert und gegebenenfalls angepasst werden. Es ging dabei darum, die Gehaltszahlungen für dieses Personal ab dem 1. Januar 2008 zu gewährleisten. Ausserdem leistete das POA juristische Unterstützung bei der Ausarbeitung einer Verordnung über die für das Personal geltende Übergangsregelung sowie bei einigen rechtlichen Fragen in Zusammenhang mit dem Dienstverhältnis.

Am 1. Januar 2007 wurde die neue Personalbewirtschaftungssoftware HR Access produktiv gesetzt, und im Laufe des Jahres wurden die notwendigen Softwareanpassungen vorgenommen. Das POA hat ausserdem entsprechend den neuen gesetzlichen Vorschriften den neuen Lohnausweis erstellt. Zu den weiteren Aufgaben des POA gehörte die Zahlung der Sitzungsgelder an die Mitglieder des Grossen Rates, die in HR Access integ-

riert und für die auch Dossiers eröffnet werden müssen.

Das POA hat mehrere Verordnungsentwürfe ausgearbeitet. So hat der Staatsrat im Zuge der Harmonisierung der Entschädigungen für das Staatspersonal im Dezember 2007 eine Verordnung über die Teuerungsanpassung von Entschädigungen verabschiedet. Zwei im Berichtsjahr ausgearbeitete Verordnungsentwürfe, einer über die Arbeitszeitflexibilisierung und einer über die Weiterbildung des Personals, werden 2008 in die Vernehmlassung geschickt.

Die neue Organisation der National Versicherung, die den Pool der Privatversicherer UVG vertritt, erforderte Anpassungen bei der Unfallversicherung. Die Vertreter des POA und die Verantwortlichen der National Versicherung trafen sich zu mehreren Sitzungen, um ein optimales Funktionieren zu gewährleisten. Dieses Ziel war Ende 2007 erreicht. Das POA wirkte ausserdem zusammen mit den Versicherern an der Ausarbeitung eines neuen elektronischen Unfallmeldeverfahrens mit.

In der Abteilung «Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz» konnten Ende 2007 zwei neue Mitarbeiterinnen angestellt werden, die sich hauptsächlich mit der Ausarbeitung und Umsetzung des schon im Rechenschaftsbericht 2006 angekündigten Projektes «Care Management» beschäftigen werden. Bei diesem Projekt geht es um die Prävention sowie die individuelle Betreuung und Kontrolle der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die wegen Krankheit oder Unfall arbeitsunfähig sind.

Der Staatsrat hat mit der Verabschiedung der Verordnung vom 11. Juni 2007 und gestützt auf den Bericht der Kommission für die Bewertung und Einreihung der Funktionen und die Stellungnahme des POA, die ihm Ende 2006 überwiesen worden waren, die Einreihung von 19 Funktionen (vornehmlich im Erziehungswesen, im therapeutischen und Pflegebereich) geändert oder bestätigt. Die Einreihung dieser Funktionen ist am 1. Juli 2007 in Kraft getreten.

Die Abteilung «Ausbildung und Entwicklung» führte sowohl bei Mitgliedern des Kadern als auch bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die eine Weiterbildung besucht haben, eine Zufriedenheitsumfrage durch. Aus den Umfrageergebnissen geht hervor, dass das Staatspersonal der Weiterbildung einen grossen Stellenwert beimisst und im Allgemeinen mit dem Angebot und der Qualität der Kurse zufrieden ist.

## VI. AMT FÜR INFORMATIK UND TELEKOMMUNIKATION

### 1. Aufgaben

Das Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA) ist der spezialisierte Dienst des Staates im Bereich der Informatik. Seine Hauptaufgabe besteht in der rationellen Planung und Anwendung der Informatik, einschliesslich der Telekommunikationsbelange (Netz, Telefonie)

der Kantonsverwaltung und der staatlichen Anstalten. Dienstchef: Roland Marro.

## 2. Tätigkeit

### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 2.1.1 Allgemeines

Die Betriebsbereitschaft und -fähigkeit des Informatiksystems in einem sich ständig ändernden Kontext wurde gewährleistet. In diesem Zusammenhang nahm das ITA folgende Hauptaufgaben wahr:

- Governance des Informationssystems des Staates Freiburg (Architektur, Normen und Standards, Steuerung und Koordination, kantonales Informatikbudget und Informatik-Legislaturfinanzplan);
- Leistungserbringung entsprechend den definierten Standards (nach einem Leistungskatalog);
- Leitung von Informatikprojekten;
- Wartung der Anwendungen;
- Infrastrukturverwaltung und -betrieb.

Die Tätigkeiten zielten auf eine nachhaltige Optimierung der Informatikressourcen.

Die interkantonale Zusammenarbeit zwischen den Informatikeinheiten geht weiter und wird konkret vertieft.

#### 2.1.2 GIS-Kompetenzzentrum (Geografisches Informationssystem)

##### a) Rechtsgrundlagen und Organisation

Das GIS-Kompetenzzentrum nahm an der Anhörung zu den zehn Verordnungsentwürfen teil, die im Rahmen der Umsetzung des am 1. Juli 2008 in Kraft tretenden neuen Bundesgesetzes über Geoinformation (GeoIG) ausgearbeitet oder geändert worden sind.

Im Hinblick auf die Ausarbeitung einer einschlägigen Verordnung startete das GIS-Kompetenzzentrum eine interne Umfrage über die Praxis bei der Verbreitung und Tarifierung von Geodaten und holte Auskünfte über diverse erprobte pragmatische Lösungen in anderen Kantonen ein.

Ende 2006 und Anfang 2007 wurden Überlegungen angestellt, wie die Organisation und der Betrieb des GIS sowohl auf der Ebene seines operativen Zentrums im ITA als auch auf Ebene der Kantonsverwaltung angepasst werden können.

##### b) Koordination

Die Koordination trägt in erster Linie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Direktionen und der Dienststellen des Staates Freiburg bei. Intern erfolgt die GIS-Koordination:

- in Zusammenhang mit den Aufgaben der IT-Governance: Zentralisierung und Update der Infrastrukturen, Lizenznutzungspolitik, Prüfung, ob das Angebot bedürfnisgerecht ist, und entsprechende Anpassungen, Einhaltung der Weisungen des ITA, insbesondere hinsichtlich der Verwaltung der Hardware und

der Sicherheit (Datenaufbewahrung, Zugriffsrechte, Antivirus, Backups, Replikationen usw.);

- in Zusammenhang mit der Geodatenverwaltung: Weisungen für die Aufbewahrung und Aktualisierung der Daten, Verwaltung der Metadaten, Harmonisierung der Softwarelösungen;
- im Rahmen der Querschnittsprojekte wie Geodatenkatalog und Geoportal des Kantons Freiburg.

Auf nationaler Ebene erfolgt diese Koordination im Rahmen der Aktivitäten von Vereinigungen wie der Schweizerischen Organisation für Geo-Information (SOGI), geosuisse oder der Arbeitsgruppe «Geografische Informationssysteme» (GIS) der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK), im Rahmen von Programmen (e-geo.ch) und Projekten (z.B. geocat.ch) des Bundes sowie im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Bundesämtern.

Über die Konferenz der kantonalen Geodaten-Koordinationsstellen und GIS-Fachstellen (KKGEO) können die Kantone ihre Ansichten zur GIS-Politik am besten äussern. Neben der Teilnahme in diesem Organ setzt der Kanton Freiburg weiter auf den Austausch mit den Westschweizer Kantonen (coordination intercantonale romande en matière de SIT) und Deutschschweizer Kantonen (Interessensgemeinschaft ArcGIS, IGArc) und arbeitet mit anderen Partnern in verschiedenen Bereichen zusammen (z.B. integriertes Gewässermanagement, Verwaltung der Fuss- und Wanderwege).

Die Nutzung gleicher Technologien fördert den Austausch, beispielsweise im Rahmen der Arbeit der Westschweizer ArcGIS-User Group (GRUA) oder der Map-Server-CartoWeb-User Group.

Das GIS-Kompetenzzentrum arbeitet auch mit mehreren Hochschulen (insbesondere bei der prospektiven Forschung beispielsweise in den Bereichen der GIS und der Gewässerqualität) sowie mit Gemeinden, der KGV und verschiedenen Verbänden und privaten Gesellschaften zusammen (z.B. 2007 initiierte Zusammenarbeit mit dem Freiburger Tourismusverband [FTV]).

#### c) Projekte

Das wichtigste Vorhaben des Jahres 2007 war für das GIS-Kompetenzzentrum zweifellos die Einrichtung des Geoportals des Kantons Freiburg, das im Juli 2007 mit drei Themenkarten («Lokalisierung», «Naturgefahren» und «Natur und Landschaft») lanciert wurde. Dieses Geoportal wurde bereits mehrmals verbessert, so beispielsweise mit einem Link zum öffentlichen Grundbuch. Weitere thematische Karten («historische Karten» und «Umwelt») sind in Vorbereitung und werden Anfang 2008 aufgeschaltet.

Das GIS-Kompetenzzentrum ist an zahlreichen Projekten beteiligt, sowohl auf Ebene der Steuerung, der Leitung oder als Experte des Projektteams. Zu nennen sind folgende Projekte (Liste nicht abschliessend): MO2003 – Verwaltung der Daten der amtlichen Vermessung (VGA); ForestMap – Waldbestandeskartierung und Massnahmenplanung (WaldA); Prototyp für die Verwal-

tung der Erhebungen der Erosion landwirtschaftlicher Böden (LIG, LwA, AfU); statistische Kartografie im Internet (StatA); Anwendung des Sanitätsnotrufs 144 (HFR); Anwendung zur Verwaltung der vertikalen Verkehrszeichen (TBA); DATEC – Dossiers für Baubewilligungen im Bereich Raumplanung, Umwelt und Bauwesen (BRPA und andere betroffene Ämter); Verwaltung der Fuss- und Wanderwege (FTV); Analyse des Informationssystems des AfU; Schülertransporte (RA).

Es sei hier auch noch auf eigene Projekte des GIS-Kompetenzzentrums hingewiesen, und zwar Projekte in Zusammenhang mit der Verwaltung der Informatikinfrastrukturen (z.B. Einsatz der Datenübertragungsarchitektur Sync'Serv-FME, Prüfung der Migration auf ArcGIS Server 9.2), Projekte in Zusammenhang mit IT-Governance-Aufgaben und die im Kapitel über die Koordination erwähnten Querschnittsprojekte.

#### d) Geografische Daten

Das GIS-Kompetenzzentrum verwaltet zahlreiche Geodatenätze (mehr als 400 vektorielle und fast 150 Rasterdatensätze) auf einer immer komplexer werdenden Architektur.

Im Laufe des Jahres 2007 konnte das kantonale GIS um einige interessante Datenpakete angereichert werden: Dufourkarten, alte Landeskarten (1974–1976), Adressen direkt aus dem Gebäude- und Wohnungsregister des BFS, geothermische Sonden, Walddaten, Daten über den Natur- und Landschaftsschutz, Orthofotos in Farbe und Infrarot usw.

Das GIS-Kompetenzzentrum setzte sich ausserdem mit den Folgen des Verzichts auf den GEOSTAT-Dienst des BFS auseinander, der zentral für die Verbreitung von Daten mehrerer Bundesämter sorgte, und es wirkte beim Projekt zur Ersetzung der vom Bund für die Verwaltung von Geometadaten vorgeschlagenen Lösung geocat.ch mit.

Schliesslich leitete das GIS-Kompetenzzentrum auch Vorarbeiten für die Aufschaltung der Orthofoto 2005 des Kantons Freiburg auf Google Maps ein.

#### e) Information und Förderung

Die Website des kantonalen GIS (<http://www.sysif.ch>) mit Basisinformationen für die breite Öffentlichkeit wird gegenwärtig auf Fri-Info migriert, die neue technologische Plattform für die Verwaltung der Websites des Staates Freiburg.

Bevorzugtes Instrument für die interne Kommunikation mit den Staatsmitarbeitenden ist die Intranet-Site von SYSIF, die ständig aktualisiert wird. Die von den Dienststellen bezeichneten Vertreter und die Nutzer der GIS-Technologien werden ausserdem per E-Mail über das Neueste im Daten- und Softwarebereich usw. informiert.

In Zusammenarbeit mit privaten Freiburger und Waadtländer Partnern wurden Einführungs- und Weiterbildungskurse organisiert. An der ETHL wurde zusammen mit ihrem GIS-Labor eine Monitoring-Tagung organisiert.

### 2.1.3 Sektion «Computing Services & Network» CS (Betrieb der Infrastrukturen, des Netzwerks, der stationären PCs, von Internet/Intranet/ Extranet und operative Informatiksicherheit)

Diese Abteilung erbringt Leistungen in Betrieb und Support für die Benutzer der Kantonsverwaltung an ihrem Arbeitsplatz. So gewährleistet sie den Betrieb und Unterhalt der zentralen Informatikinfrastrukturen, des kantonalen Informatiknetzwerks, der Telefoninfrastrukturen und unterstützt die Benutzer im Umgang mit diesen Informatikwerkzeugen.

Die Leistungen in diesem Bereich haben 2007 stark zugenommen. Damit mit dieser Entwicklung Schritt gehalten werden kann und gleichzeitig die neuen Technologien integriert werden können, wurde die organisatorische Struktur der Abteilung angepasst. So wurde im Hinblick auf die Nutzung von Synergien im Know-how und bei den Personalressourcen ein neuer, auf den Betrieb und den Unterhalt der «Middleware» spezialisierter Sektor geschaffen.

#### a) Sektor «User Services»

Dieser Sektor umfasst die auf den Endbenutzer ausgerichteten Tätigkeiten mit Schwerpunkt auf den Leistungen in Zusammenhang mit den Arbeitsplatzsystemen sowie den Benutzersupport.

Im Bereich Arbeitsplatzsysteme ersetzte der Sektor «User Services» rund einen Fünftel des PC-Bestands, für den das ITA zuständig ist, das heisst fast 400 PCs. Diese «natürliche» Erneuerung, mit der der Abstand zwischen der alten und der neuen PC-Generation verringert werden soll, bereitet den PC-Bestand auf den künftigen Einsatz des von den Lieferanten angekündigten Betriebssystems vor und erleichtert gleichzeitig die Unterhaltsarbeiten. Für die Benutzer bringt diese Erneuerung einen immer zuverlässigeren, homogenen und leistungsfähigen Computerpark. Desgleichen konnten mit der Auswechslung von 75 Druckern die Modellvielfalt und die Pannenhäufigkeit verringert werden. Das Bemühen des ITA, den Bedürfnissen der Benutzer rasch zu entsprechen, sowie die zahlreichen «Pannenhilfen» vor Ort zeigen, wie wichtig dem ITA auch der Dienst am Kunden ist.

Die Integration der Informatik des Kantonsspitals führte zu einer erheblichen Zunahme der Pannemeldungen beim User Support. Jede Meldung wird in einem Erfassungswerkzeug für Problemmeldungen («Tickets») registriert. 2007 wurden 24 000 «Tickets» erstellt, die sich fast zu gleichen Teilen auf die Spitäler und den Rest der Kantonsverwaltung verteilen. Über 80 % der registrierten Problemmeldungen wurden gleichentags geregelt, hauptsächlich vom Mitarbeiterstab des User Support.

Die WebLogic-Plattformen, auf denen die Applikationen THEMIS (Betriebsamt), HRAccess (Personalamt) und PlatCom (Kommunikationsplattform des Staates) laufen, erfordern einen optimalen Service und permanente Wartungsarbeiten. Ebenso mussten im Hinblick auf die Produktivsetzung der neuen Anwendung für

die Veranlagung der natürlichen Personen die nötigen Infrastrukturen eingerichtet werden.

Die Datensicherung ist von grundlegender Bedeutung. Aufgrund des immer grösseren Datenvolumens musste der Sektor seine die Hard- und Softwarestruktur im Rahmen des bewilligten Budgets regelmässig ausbauen.

Die SAP-Systeme müssen auf höchstem Niveau gehalten werden. Neben der Produktivsetzung eines Archivierungssystems hat das Personal mit den für die Unicode-Konvertierung und die Einrichtung einer 64 bit-Umgebung erforderlichen Arbeiten begonnen.

#### b) Sektor «Telekommunikation»

Dieser Sektor beschäftigte sich neben gängigen Arbeiten für den Betrieb des Telekommunikationsnetzes mit verschiedenen Projekten.

Ein Hauptschwerpunkt war 2007 die Realisierung der Verbindungen zum Backup-Rechenzentrum und die Einrichtung eines gespiegelten Systems (redundante Sicherheitsinfrastruktur) für das kantonale Netzwerk. Dieses Projekt erforderte eine Vielzahl von Vorarbeiten, vom Konzept bis zur Einsetzung eines neuen Glasfaserabschnittes, sowie die Ersetzung und Neukonfigurierung von zentralen Netzwerkverbindungselementen (Router). Diese Arbeiten am eigentlichen Herzstück des Netzwerks mussten mit grösster Sorgfalt geplant und vorbereitet werden, um die Störungen für die Endbenutzer auf ein Minimum zu begrenzen.

Der Sektor «Telekommunikation» hat die Harmonisierung der «Wifi»-Infrastrukturen (kabelloses Netzwerk) im Hinblick auf ihre zentrale Verwaltung weiter vorangetrieben. Alle Bereiche, einschliesslich jenen des Erziehungswesens, für welche der Sektor zuständig ist wurden auf diese Lösung migriert.

Die Telefonanlagen des Landwirtschaftlichen Instituts in Grangeneuve mussten modernisiert werden und wurden deshalb im Laufe des Jahres 2007 in «VoIP»-Technologie (Telefonie über das Internetprotokoll) migriert. Auch andere Dienststellen wie der Archäologische Dienst oder das Betriebsamt des Saanebezirks konnten von diesem Upgrade profitieren. Um die Gesprächskosten weiter zu senken und die Verfügbarkeit der Telefonieleistung zu erhöhen, wurde ausserdem eine redundante Verbindung mit dem öffentlichen Netz eingerichtet. So laufen seit Mitte 2007 die vom öffentlichen Netz eingehenden oder ins öffentliche Netz getätigten Anrufe der Kantonsverwaltung über zwei Anbieter, nämlich Swisscom und Sunrise.

#### c) Sektor «Data Center»

Dieser Sektor ist für den Unterhalt und den Betrieb der Server und der für die Datenaufbewahrung eingesetzten Infrastrukturen verantwortlich. Der gegenwärtige Maschinenpark umfasst mehr als 400 Server.

Entwicklungsschwerpunkt war 2007 die «Virtualisierung» der Server, mit der die Zunahme der «physischen» Server trotz ständig steigender Nachfrage nach Serverkapazitäten im Rahmen gehalten werden kann.

Ende 2007 betrug der Anteil der virtuellen Server am Serverpark der Sektion 20 %. Die Einrichtung virtueller Server hat weitere Vorteile, wie namentlich geringere Betriebskosten, einfachere Schaffung neuer Server, mehr Flexibilität bei speziellen oder nicht eingeplanten Anträgen und grössere Unabhängigkeit von der Hardware.

Diese Technologie ist ein grosser Schritt in Richtung hohe Verfügbarkeit, und die diesbezüglichen Erfahrungen im Berichtsjahr sind ein wichtiger Faktor in der Strategie zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Informatikdienstleistungen im Katastrophenfall. So kann ein virtueller Server, der auf einem bestimmten Hardwaresystem ausgefallen ist, innert kürzester Zeit auf ein anderes Host-System kopiert und von dort gestartet werden.

Die Kapazitäten des Systems zur Aufbewahrung der Daten beim ITA wurden mit einem Upgrade verdoppelt. Gegenüber den ursprünglichen 20 TB (Terabytes = 1 Million Megabytes) beträgt die Speicherkapazität heute bis zu 50 TB. Dieses Upgrade war nötig, um die steigende Nachfrage nach Speicherkapazität der Dienststellen befriedigen zu können.

Grosse Anstrengungen wurden zur Integration der Server-Infrastruktur und der Datenaufbewahrung des Kantonsspitals in die Infrastruktur des ITA und die Harmonisierung der Verwaltung dieser Infrastrukturen unternommen.

Ganz generell verfügt der Staat Freiburg dank der laufenden technischen Aktualisierung über ein zuverlässiges und leistungsfähiges Informationssystem, das sowohl in technischer Hinsicht als auch punkto Sicherheit auf dem aktuellsten Stand ist.

Ende 2007 wurden die Vorbereitungen zur Installation einer neuen Generation von Antispam-Filtern abgeschlossen. Ab Anfang 2008 werden jeden Tag nicht weniger als 400 000 Spams blockiert und im Vergleich dazu nur 20 000 E-Mails in die Mailboxen der Benutzer geleitet (d.h. auf eine gute entfallen 20 schlechte E-Mails). Zum Vergleich: Im Januar 2007 blockierte der Sektor pro Tag 240 000 Spams. Um dieser Zunahme Herr zu werden und die Qualität der Filterung zu gewährleisten, wird bis Ende Februar 2008 eine neue Version installiert.

#### d) Sektor «Web Services»

Dieser Sektor installiert und verwaltet den Park der Haupt-Webserver (Intranet und Internet) des Staates Freiburg. Er wurde von den einzelnen Dienststellen sowie im Rahmen von dienststellenübergreifenden Projekten beim Staat stark in Anspruch genommen. Die diesbezüglichen Aufgaben konnten termingerecht und unter Wahrung der Dienstleistungsqualität erledigt werden.

Im Jahr 2007 war der Sektor «Web Services» hauptsächlich an der Bereitstellung der folgenden innovativen Lösungen beteiligt: Steuererklärungen der juristischen Personen via Internet, Geoportal sowie die von der

Staatskanzlei und den Pilotgemeinden bei eidgenössischen Abstimmungen verwendete Votel-Software.

Die Sicherheit und Integrität der Web-Inhalte, einschliesslich des Intranets des Kantonsspitals, wurden gewährleistet.

### 2.1.4 Sektion Solution Engineering SE (Entwicklung, Projektplanung, Integration)

#### a) Einleitung

Die Sektion Solution Engineering erbringt folgende Leistungen:

- Leistungen im Bereich der IT-Governance, namentlich Ausarbeitung der Informatikarchitektur des Staates, Verwaltung von Projektportfolios, Vorstudien und Leitschemata;
- Informatikprojekte in Zusammenhang mit der Anschaffung, Entwicklung und Implementierung von sektorspezifischen oder sektorübergreifenden branchenspezifischen Software-Lösungen sowie mit den generischen Informatikplattformen;
- Support und Wartung von Anwendungen;
- Datenbankverwaltung.

Die Mitarbeitenden leisteten im Jahr 2007 rund 44 500 Arbeitsstunden, wovon 24 300 Stunden für Informatikprojekte, 16 000 Stunden für den Support und die Softwarewartung, 3100 Stunden für die IT-Governance und 1100 Stunden für die Datenbankverwaltung.

Die Mitarbeitenden waren an 34 Projekten und 14 Vorstudien beteiligt und haben rund fünfzig Anwendungen sowie annähernd 500 Datenbanken gewartet und technisch unterstützt.

Die erbrachten Leistungen verteilen sich wie folgt auf die Kunden:

| Kunde                                     | Prozentsatz |
|---|-------------|
| Kantonale Steuerverwaltung                | 27%         |
| Betreibungsämter des Kantons Freiburg     | 22%         |
| freiburger spital                         | 10%         |
| Finanzverwaltung                          | 8%          |
| Amt für Personal und Organisation         | 4%          |
| Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt   | 3%          |
| Konservatorium                            | 2%          |
| Bau- und Raumplanungsamt                  | 2%          |
| Sicherheits- und Justizdirektion          | 2%          |
| Staatskanzlei                             | 2%          |
| Direktion für Erziehung, Kultur und Sport | 1%          |
| Andere Dienststellen des Staates          | 12%         |
| Andere Kantone                            | 6%          |

## b) Wichtigste Projekte im Jahr 2007

### **Kantonale Steuerverwaltung (KSTV)**

Im Rahmen der Umsetzung des Informatikleitschemas der KSTV ist das ITA für das allgemeine Programmmanagement zuständig und hilft bei der Projektumsetzung und bei der Qualitätssicherung mit.

Beim Reengineering der Anwendungen für die Veranlagung der natürlichen Personen und den Steuerbezug hat sich das ITA vor allem um die Architektur und die Einrichtung der neuen Austauschplattform und die Integration dieser neuen Anwendungen mit den bestehenden Applikationen wie denjenigen der Steuerregister oder der Unternehmenssoftware SAP gekümmert. Die ITA-Mitarbeiter nahmen auch an den technischen Tests der künftigen Applikationen teil. Da dieses Projekt Anfang 2007 funktionell und technisch noch nicht ausgereift war, wurde seine Produktivsetzung auf Anfang 2008 verschoben.

Ein zweites wichtiges Vorhaben war die neue elektronische Kommunikationsplattform, die im ersten Quartal 2007 produktiv gesetzt werden konnte. Die erste grosse Anwendung auf dieser Plattform, nämlich die Software für die Steuererklärung der juristischen Personen, wurde den Steuerpflichtigen im April 2007 zur Verfügung gestellt. Mit dieser neuen Plattform wird generell die elektronische Kommunikation verbessert und eine gesicherte Öffnung zu den Steuerpflichtigen und den Partnern der Kantonsverwaltung, namentlich den Gemeinden des Kantons, möglich.

### **Betreibungsämter**

THEMIS, die neue Anwendung für die Betreibungsämter, konnte planmässig im Laufe des Jahres 2007 fertig gestellt werden. Der Kanton Freiburg war auch als Pilotpartner am Projekt eSchKG beteiligt. Mit diesem Projekt unter der Leitung des Bundesamtes für Justiz soll ein neuer Datenstandard und damit die technisch-organisatorische Infrastruktur geschaffen werden, um Betreibungsdaten zwischen Gläubiger/innen und Betreibungsämtern nach einem einheitlichen Format auf elektronischem Weg austauschen zu können.

Dank der Pionierarbeit der Intrum Justitia AG (führendes Inkassounternehmen der Schweiz), des ITA und des Betreibungsamtes des Saanebezirks konnte die Qualität des Standards ständig verbessert werden, so dass er heute in einer ersten offiziellen Version vorliegt.

Der Beschluss zur Anschaffung von THEMIS im Kanton Waadt wurde 2007 in die Tat umgesetzt und die Installation der Software in Zusammenarbeit mit dem ITA in einem ausgezeichneten Arbeitsklima fortgeführt. Die Übernahme der Daten erwies sich dabei als komplexer als erwartet, so dass der Zeitplan dementsprechend angepasst werden musste und das erste Betreibungsamt des Kantons Waadt die Anwendung im ersten Halbjahr 2008 produktiv setzen wird. Auch die anderen West-

schweizer Kantone haben konkretes Interesse an dieser Software angemeldet, und das ITA konnte Offerten machen oder sogar Vorstudien für diese Kantone in Angriff nehmen.

### **Elektronische Dokumentenverwaltung**

Bei diesem Projekt geht es um die Einrichtung einer Informatikplattform für ein Geschäftsverwaltungssystem, das gemäss GEVER-Standard des Bundes in der Lage ist, die vollständige und systematische Ablage sämtlicher geschäftsrelevanter Dokumente der Kantonsverwaltung prozessorientiert sicherzustellen. Das entsprechende Werkzeug muss zahlreiche Aufgaben erfüllen, insbesondere Prozessführung von Vorgängen, Organisationsablauf der Aktenführung – d.h. unter anderem Weiterleitung zur ablaufrechtlichen Bearbeitung an die verschiedenen Arbeitsplätze oder die verschiedenen Einheiten, Überwachung der Bearbeitungsprioritäten, Fristenverwaltung, Datensynchronisation und Auslösen der Alarmfunktionen.

Nach der Ausschreibung und komplexen Verhandlungen aufgrund finanzieller und rechtlicher Sachzwänge konnte erst im zweiten Halbjahr 2007 mit der Einrichtung der schliesslich gewählten Lösung FileNet von IBM begonnen werden. Nebst der Migration der bisherigen Systeme vom Mainframe auf die neue Plattform wurden 2007 drei weitere Content-Management-Projekte gestartet: die Verwaltung der Geschäfte für die Staatskanzlei, die Verwaltung der Dossiers für Baubewilligungen in den Bereichen Raumplanung, Umwelt und Bauwesen sowie die Verwaltung der Bevorschussung und Einforderung von Alimenten.

### **Picture Archiving & Communication System (PACS)**

Seit dem Aufkommen der digitalen Radiologie nimmt die Zahl der Röntgenbilder stetig zu, und die Zunahme der Röntgenaufnahmen hat einen beeindruckenden Umfang angenommen. Die Abteilung Radiologie des Kantonsspitals Freiburg setzte 2006 eine Arbeitsgruppe ein mit dem Auftrag, die Einführung eines PACS-Systems (PACS = Picture Archiving & Communication System) zu prüfen und vorzubereiten. Mit diesem Anfang 2007 gestarteten Projekt müssen die Bedürfnisse aller zum neuen freiburger Spital gehörenden öffentlichen Spitäler abgedeckt werden. Als Lösung wird eine papierlose Radiologie ins Auge gefasst, was die Verfügbarkeit der Röntgenaufnahmen für alle Beteiligten erhöhen wird.

Mit einer öffentlichen Ausschreibung im selektiven Verfahren im Berichtsjahr konnte eine Vorauswahl der potenziellen Anbieter getroffen werden.

### **Harmonisierung der amtlichen Personenregister**

Am 23. November 2005 verabschiedete der Bundesrat einen Gesetzesentwurf über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister (RHG) und die entsprechende Botschaft. Mit die-

sem Gesetz, dem die Bundesversammlung am 23. Juni 2006 zustimmte, soll die Datenerhebung zu statistischen Zwecken durch die Harmonisierung der amtlichen Personenregister und den Datenaustausch zwischen den Registern vereinfacht werden. In den Geltungsbereich des RHG fallen verschiedene eidgenössische Personenregister sowie die kantonalen und kommunalen Einwohner- und Wählerregister.

Nach dem Willen des Bundesrates ist für die Volkszählung 2010 ausserdem eine vollumfänglich registergestützte Erhebung vorgesehen.

Nach Artikel 21 RHG erlassen die Kantone bis zum 1. September 2009 die notwendigen Ausführungsbestimmungen für den Vollzug. Im Kanton Freiburg muss das Gesetz über die Einwohnerkontrolle (EKG) geändert werden, da nach RHG Elemente zum minimalen Inhalt gehören, die im geltenden Gesetz nicht enthalten sind (namentlich Gebäude- und Wohnungsidentifikator).

Zur Vorbereitung des Projekts im Kanton Freiburg hat das ITA, unter der Leitung des Generalsekretariats der Sicherheits- und Justizdirektion und der Mitarbeit der fünf am stärksten betroffenen Ämter der Kantonsverwaltung sowie von Gemeindevertretern, zwischen November 2006 und September 2007 eine Vorstudie durchgeführt.

Dabei konnten die Bedürfnisse der einzelnen Beteiligten ermittelt und Prioritäten gesetzt werden, Vereinfachungen der Verwaltungsabläufe und mögliche Skalenerträge herausgearbeitet sowie das Umsetzungsprojekt umrissen werden. Das Umsetzungsprojekt wird sich über die Jahre 2008-2011 erstrecken und ist in drei Teilprojekte gegliedert, nämlich die Anpassung des kantonalen Gesetzes über die Einwohnerkontrolle unter der Leitung der Sicherheits- und Justizdirektion, die Harmonisierung der kommunalen Register unter der Verantwortung des Amtes für Statistik und die Einrichtung der kantonalen Informatikplattform, für die das ITA zuständig ist.

### **Harmonisierung der Informationssysteme für die Verwaltung des administrativen Umfelds der Schulen.**

Für folgende fünf Fälle wurde eine Vorstudie durchgeführt:

- Pädagogische Hochschule (PH): Die PH braucht unbedingt ein geeignetes Informationssystem für ihre Administration. In Anbetracht der Tatsache, dass bei den Kollegien ziemlich ähnliche Bedürfnisse bestehen, sind die Kosten einer ausschliesslich auf die PH zugeschnittenen Lösung unverhältnismässig, und die Investitionen müssen koordiniert werden.
  - Sekundarstufe II (nicht beruflicher Unterricht S2): Die verschiedenen Lösungen (Noten, Stundenpläne, Schülerverwaltung usw.), die beim Amt für Unterricht der Sekundarstufe 2 der EKDS in Betrieb sind, müssen abgelöst werden.
  - Schulerhebung: Das Amt für Statistik hat die Erneuerung der bestehenden Anwendung beantragt, was in Zusammenhang mit dem geplanten Verzicht auf den Host (Mainframe-System) durch das ITA steht. Eine Vorstudie führte zum Ergebnis, hier vorläufig nichts zu unternehmen und das Vorhaben ins vorgesehene Projekt für die Harmonisierung des Informationssystems der Schulen im administrativen Umfeld zu integrieren.
  - Fakturierung der Kollegien: Eine Untersuchung der Abteilung Nigefi der Finanzverwaltung hat aufgezeigt, dass die vorhandenen Systeme sehr unterschiedlich sind, dass Zweifel an ihrer Beständigkeit angebracht sind und wichtige grundlegende Informationen fehlen, womit die notwendigen Garantien zur weiterführenden Automatisierung hier gegenwärtig nicht gegeben sind.
  - Lehrpersonal – Verwaltung der Aushilfen: Das Amt für obligatorischen französischsprachigen Unterricht reichte im Juli 2005 beim ITA einen Antrag auf Entwicklung einer Datenbank «Aushilfen» ein.
- Ausserdem wurden zahlreiche Einzelentwicklungen durchgeführt oder geplant. Im Wissen um die Dringlichkeit der Entwicklung des Informationssystems der PH beauftragte die EKSD deshalb das ITA damit, die Frage der Schüler- und Lehrerverwaltung global zu prüfen.
- Das ITA führte diese Vorstudie, an der 3 Direktionen, 17 kantonale Dienststellen und Anstalten sowie Vertreter von 5 Gemeinden beteiligt waren, unter der Leitung des Generalsekretariats der EKDS zwischen Herbst 2006 und Juli 2007 durch.
- Nach der Feststellung, dass mit einer Harmonisierung des Informationssystems der Schulen im administrativen Umfeld Zeit und Geld gespart und die Qualität verbessert werden könnte, wurde ein entsprechendes Projekt ins Projektportfolio aufgenommen. Das Projekt wird sich über fünf Jahre erstrecken und aus Teilprojekten bestehen, die schrittweise umgesetzt werden. Mit dem Informationssystem für die Verwaltung des administrativen Umfelds der Schulen können:
- die Ämter/Bildungseinrichtungen die Einschreibungen verwalten;
  - die Bildungseinrichtungen die Ausbildungsleistungen organisieren;
  - die Ämter/Bildungseinrichtungen den Bildungsverlauf der Lernenden verfolgen;
  - die Direktionen die Ressourcen (Personal, Räumlichkeiten, Material, Finanzen) verwalten;
  - die Direktionen das Erziehungssystem steuern.
- Das Informationssystem betrifft:
- 3 Direktionen des Staatsrats, nämlich die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport, die Volkswirtschaftsdirektion und die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft;
  - 5200 unterschiedlich stark betroffene Benutzer, wovon 255 VZÄ in der Verwaltung;

- 50 000 Lernende und ihre Eltern, also insgesamt rund 120 000 Personen.

### 2.1.5 Informatikkommission des Staates

#### a) Aufgaben

Die Informatikkommission des Staates (die Informatikkommission) ist das beratende Organ des Staatsrates in Informatikbelangen. Ihre Aufgaben sind im Beschluss vom 22. Dezember 1987 über die Planung und die Anwendung der Informatik in der Kantonsverwaltung, im Unterrichtswesen und in den kantonalen Anstalten (SGF 122.96.1) festgehalten.

Die Informatikkommission nimmt Stellung:

- zur Informatikpolitik und Informatikplanung;
- zu den wichtigen Informatikprojekten;
- zu allen anderen wichtigen Fragen im Bereich der Informatik.

Die Finanzdirektion hat in Form von Weisungen den Begriff des wichtigen Informatikprojekts definiert.

#### b) Tätigkeiten

Die Informatikkommission des Staates tagte im Jahr 2007 unter dem Vorsitz des Finanzdirektors vier Mal. Gemäss ihren Befugnissen nahm die Kommission zu folgenden Tätigkeiten und Projekten Stellung oder wurde darüber informiert:

- Informatikbudget und Informatikfinanzplan 2008–2011;
- Strategie zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Informatikdienstleistungen des Staates im Katastrophenfall, Definition der unabdingbaren Grunddienste (z.B. redundanter Rechenzentrumsraum);
- Projekt «CommuNet» (Informatik von Gemeinden des Glane-, Greyerz-, Broye- und Vivisbachbezirks);
- Einführung der URL-Kontrolle (Identifizierung der Webseiten und Websites);
- Genehmigung der Erneuerung des Maschinenparks;
- Genehmigung der Richtlinie und des Handbuchs zum Informatikprojektmanagement beim Staat Freiburg;
- Information über die Projekte HarmPers (Harmonisierung der Personenregister) – DATEC (Dossiers für Baubewilligungen im Bereich Raumplanung, Umwelt und Bauwesen);
- Supportzeiten für die Benutzerinnen und Benutzer beim Staat Freiburg: Ab 2008 kein Support in der Nacht und an dienstfreien Tagen mehr sowie Umleitung der Anrufe auf einen automatischen Anrufbeantworter. Damit können die betreffenden Mitarbeiter andere Pikettaufgaben wahrnehmen. Von dieser Änderung nicht betroffen sind die Dienststellen und Anstalten, die für den Pikettdienst spezielle Vereinbarungen mit dem ITA haben (Polizei, HFR, Psychiatrisches Spital des Kantons, Kantons- und Universitätsbibliothek);

- Windows Vista: Die Installation und Inbetriebnahme des Betriebssystems Vista auf den stationären PCs der Kantonsverwaltung (Universität und zur Fachhochschule Westschweiz gehörende Freiburger Hochschulen ausgenommen) ist bis auf Weiteres untersagt; der Staatsrat hat die Dienststellen entsprechend informiert;
- Information über das Projekt «Virtualisierung», mit dem es weniger physische Server braucht;
- Vorstudie «Harmonisierung der amtlichen Personenregister»;
- Vorstudie «Harmonisierung des Informationssystems der Schulen im administrativen Umfeld»;
- Weiterentwicklung des kantonalen Telekommunikationsnetzwerks (Hauptachsen der diesbezüglichen Strategie des ITA sind die Dauerhaftigkeit der Telekommunikationsleistungen, die Kostenkontrolle und die Standardisierung);
- Interkantonale Zusammenarbeit für eine Software der Betriebsämter (Projekt CICLOP);
- Projekt Polycom.

### 2.1.6 Kantonale Kommission für Informatik im Unterrichtswesen (KK-IU)

#### a) Aufgaben

Die KK-IU ist das beratende Organ des Staatsrates für Fragen der Informatik im Unterrichtswesen. Ihre Aufgaben sind im Beschluss vom 22. Dezember 1987 über die Planung und die Anwendung der Informatik in der Kantonsverwaltung, im Unterrichtswesen und in den kantonalen Anstalten (SGF 122.96.1) festgehalten.

Sie hat folgende Befugnisse:

- Stellungnahme zum Gesamtkonzept über die Informations- und Kommunikationstechnologien im Unterrichtswesen, Beseitigen von Inkompatibilitäten und Nutzung aller möglichen Synergien bei seiner Umsetzung;
- Aufsicht über die Fachstelle FR-IKT, Stellungnahme zu deren Voranschlag und allgemein Betreuung des Projekts FR-IKT;
- Stellungnahme zu den Berichten der Schulen der Sekundarstufe 2, der Berufsschulen und Lehrwerkstätten, der Bildungszentren des Landwirtschaftlichen Instituts des Kantons Freiburg und der Pädagogischen Hochschule über Bedürfnisse und künftige Projekte;
- Prüfung der Voranschläge für die Informatik an den Schulen und Stellungnahme.

#### b) Tätigkeiten

Die KK-IU fand sich im Jahr 2006 zu drei Sitzungen ein und befasste sich dabei mit folgenden Aufgaben:

- Sie prüfte den Informatikbedarf bei den post-obligatorischen Schulen sowie die Informatikstrategien und Budgets mit Ausnahme des Budgets der Universität und der FH, die einen Sonderstatus innehaben.

- Sie gab ihre Stellungnahme ab zu den Arbeiten für eine künftige Organisation der Wartungsarbeiten der Informatik in den post-obligatorischen Schulen.
- Sie nahm Kenntnis von verschiedenen Standortbestimmungen des FR-IKT- Kompetenzzentrums, zu seiner Zukunft und seiner Verbindung zum ITA und zur PH.
- Sie nahm Stellung zur Vorstudie über eine allgemeine Software zur Schülerverwaltung.
- Sie prüfte den Hardwareleitfaden für die Schulen der Sekundarstufe II.
- Sie gab ihre Stellungnahme ab zur Entwicklung des Netzwerks edufr (Zurverfügungstellung einer Breitband-Internetverbindung).

## 2.2 Besondere Ereignisse

Das ITA erbrachte zusätzliche Anstrengungen bei der Integration der Informatik des freiburger spitals – Standorte Freiburg, Billens, Châtel-St-Denis und Riaz.

Beim Glasfasernetz musste das ITA Lösungen für die kommenden Unterhaltsarbeiten auf den Autobahnabschnitten der A1 und der A12 finden. Diese Projekte wurden 2007 gestartet und werden bis Ende 2009 laufen. Ausserdem wurden einige neue Glasfaserabschnitte in Betrieb genommen, um den Anschluss von neuen Gebäuden ans kantonale Netzwerk sicherzustellen.

In der Informatik zwingen die unaufhaltsamen technischen Entwicklungen dazu, die Organisationsstruktur in regelmässigen Abständen zu überdenken, damit der Einsatz der Personalressourcen und die neuen Anforderungen an Betrieb und Wartung der Systeme miteinander in Einklang gebracht werden können. Neue Technologien, die vor einigen Jahren erst zaghaft zum Vorschein gekommen sind, haben sich nun endgültig durchgesetzt, so dass die Personalressourcen und das Know-how beim ITA neu organisiert werden müssen, insbesondere für die «Middleware» (anwendungsneutrale Programme, die so zwischen Anwendungen vermitteln, dass die Komplexität dieser Applikationen und ihrer Infrastruktur verborgen wird. Middleware stellt eine Ebene in einem komplexen Softwaresystem dar, die als «Dienstleister» anderen ansonsten entkoppelten Softwarekomponenten den Datenaustausch ermöglicht. Meist erfolgt diese Kommunikation mit Hilfe eines Netzwerkes, das durch die Middleware für die sie benutzenden Softwarekomponenten transparent gemacht wird). Deshalb hat das ITA ab 2008 eine Änderung in seiner Organisation beschlossen, die darin besteht, dass alle Middleware-Fachleute in ein und demselben Sektor der Abteilung «Computing & Networking Services» vereint sind, und eine Organisationsstruktur für die Bearbeitung und Qualifikation der Gesuche der Dienststellen mit «Kundenberatern» eingerichtet.

Das vom Oberamt des Glanebezirks initiierte Projekt «CommuNet» ging von der Feststellung aus, dass die in den Gemeinden eingesetzte Informatik zu wenig

einheitlich ist. Die Bestandesaufnahme hat namentlich grosse Unterschiede bei der Hardware und sehr häufig fehlende Sicherheitsstrategien ergeben und aufgezeigt, dass damit zu rechnen ist, dass gewisse Softwarelieferanten die Wartung der Gemeindeanwendungen wahrscheinlich einstellen. Das ITA wurde damit beauftragt, eine unverbindliche Offerte für das Hosting und den Betrieb der Informatikinfrastrukturen der Gemeinden auszuarbeiten. Es ist geplant, dass das ITA für CommuNet ähnliche Leistungen erbringen wird wie für die Dienststellen der Kantonsverwaltung, ausgenommen die Wartung der Gemeindeapplikationen. Nach einer intensiven Informationskampagne und einem konkreten Vorschlag, in dieses Projekt einzusteigen, haben sich über 30 Gemeinden des Glane-, Greyerz-, Broye- und Vivisbachbezirks zu diesem Schritt entschlossen. Mit der Projektrealisierung wird 2008 gestartet.

## VII. AMTLICHE VERMESSUNG

### 1. Aufgaben

Die amtliche Vermessung dient zur Anlage und Führung des Grundbuchs. Die von ihr erstellten Geodaten dienen den Behörden, der Wirtschaft, der Wissenschaft und Privaten für den Aufbau und Betrieb von Landinformationssystemen. Der Staatsrat übt die kantonale Oberaufsicht über die amtliche Vermessung aus und verfügt zu diesem Zweck über das Amt für Vermessung und Geomatik (das Amt).

Das Amt leitet, kontrolliert und koordiniert die Vermessungsarbeiten, die Nachführung und die Abgabe der Information der amtlichen Vermessung. Es verwaltet die Datenbank und gewährleistet die Qualität der raumbezogenen Informationen des kantonalen Landinformationssystems. Dies sind die Daten des Grundbesitzes und seine Einschränkungen, der Bodenbedeckung, der Einzelobjekte, der Nomenklatur, der Adressen, der Höhen, der Fixpunkte, der Übersichtspläne und der Luftaufnahmen. Das Amt sorgt für die Koordination zwischen der amtlichen Vermessung und anderen Vermessungsprojekten und Landinformationssystemen. Es gewährleistet die Zuverlässigkeit, die Aktualisierung und die Vollständigkeit dieser Daten unter Berücksichtigung der vom Bund erlassenen Standards und in Übereinstimmung mit den Erwartungen des Gemeinwesens und der Allgemeinheit betreffend Fristen, Kosten und Koordination der Aktivitäten mit den anderen Wirtschaftszweigen.

Die Ausführung der Arbeiten erfolgt hauptsächlich durch den Privatsektor, die Ingenieur-Geometer und andere Vermessungsfachleute.

Das Amt hat ein Verwaltungs- und Qualitätssicherungssystem erarbeitet und ist ISO9001- und PM9001-zertifiziert.

Dienstchef ist Herr Gérald Faoro, Kantonsgeometer.

## 2. Tätigkeit

### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 2.1.1 Lage- und Höhenfixpunkte

##### Bezugsrahmen

In der Schweiz stützt sich die amtliche Vermessung auf ein Koordinatensystem mit den Koordinaten  $Y = 600\,000\text{ m}$  und  $X = 200\,000\text{ m}$  für Bern. Dieses wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts eingeführt und wird von den Wissenschaftlern LV03 (für Landesvermessung 1903) genannt. Der Einsatz der Satelliten für die globale Positionierung gab den Ausschlag für die Schaffung eines neuen Bezugssystems LV95 (für Landesvermessung 1995). Dieses hat den Vorteil, dass es in das europäische Geodäsienetz integriert ist, und so keine Probleme bezüglich Abweichungen mehr bestehen, wie dies bei den alten Systemen der Fall war, deren Bestimmungen nicht mit heutigen leistungsfähigen Geräten durchgeführt worden sind. Das LV95-Netz wurde von den Geodäten von swisstopo in Zusammenarbeit mit den Kantonen erstellt. Man erkennt den Bezugsrahmen durch den Namen und den Wert der Koordinaten: E (für East/Ost) =  $2\,600\,000\text{ m}$  und N (für Nord) =  $1\,200\,000\text{ m}$  für Bern. Im Kanton Freiburg muss man mit Abweichungen von  $10\text{ cm}$  bis  $35\text{ cm}$  rechnen. Obwohl die amtliche Vermessung vorläufig noch im alten System LV03 abgespeichert wird, so ist sie doch bereits in der Lage die Daten in irgendeinem System abzugeben und zu integrieren. 2007 hat das Amt erste praktische Erfahrungen in der Umsetzung zwischen LV03 und LV95 mit Hilfe der vom Bund entwickelten offiziellen Transformationstools (Dreiecksvermaschung) sammeln können. Es hat ebenfalls den Schlussbericht verfasst, die Abrechnung genehmigen lassen und schliesslich die Bundesbeiträge für die Umsetzungsarbeiten eingefordert.

##### Unterhalt und Wiederherstellung

Bedingt durch die Rationalisierung der Methoden und durch die quantitative Abnahme der Referenzfixpunkte hat das Amt eine minimale Leistung sichergestellt und nur auf Verlangen interveniert, wenn ihm ein bedrohter Bezugspunkt signalisiert wurde. Beim Höhenfixpunktnetz wurden keine besonderen Arbeiten ausgeführt.

#### 2.1.2 Übersichtspläne

Die in «Raster»-Form gespeicherten Übersichtspläne sind für die Dienststellen auf dem Netzwerk des Staates jederzeit verfügbar. Die Abgabe an Dritte erfolgt hauptsächlich mit CD-ROM.

Das Kantonsgebiet wird flächendeckend von 177 Plankarten (und Halbkarten) im Massstab 1:5000 abgedeckt. Für 18 Pläne oder 10 % (16 %) des vorwiegend im Berg- und Grenzgebiet gelegenen Gebiets geht die Nachführung auf das Jahr 1990 zurück; für 16 % des Gebiets (28 Pläne) wurde die Nachführung zwischen 1992 und 1995 grafisch durchgeführt; für den Rest des Gebiets, nämlich 74 % (68 %) und 131 (121) Pläne, er-

folgt die Nachführung numerisch entsprechend dem Verlauf des Vermessungsprogramms. 111 (100) dieser Pläne sind nach dem Jahr 2000 nachgeführt worden. 2007 wurden 11 Planblätter nachgeführt und zwar die Blätter 1164.43, 44, 1165.42, 1186.12, 1205.41, 1244.24, 1245.12, 13, 1245.23, 32 und 34.

#### 2.1.3 Parzellarvermessung

##### Organisation

Das alte Informatiksystem (von 1991) war veraltet, so dass das Amt ein neues wählen und einführen musste. Die Migration der Datenbank der amtlichen Vermessung (BDMO) fand Ende 2006 statt. Diese Operation war mit einem gleichzeitigen Wechsel der Software und bedeutenden Änderungen des Datenmodells verbunden, um dieses vollumfänglich den Anforderungen des Bundes anzupassen (s. unten unter Punkt 2.2.1). Da sich der Prozess der Beschaffung der Vermessungsdaten über mehrere Jahre erstreckt und die Verträge auf der Grundlage des alten Datenmodells abgeschlossen worden waren, musste eine Übergangszeit vorgesehen werden, während der die kurz vor Abschluss stehenden Operate noch nach dem alten Vertragsstandard geliefert werden konnten. Dies betraf 18 Operate, deren Verifikationen bis Ende September 2007 durchgeführt werden konnten. Seit das Amt über die Software für die Umwandlung des Datenmodells verfügt, hat es damit begonnen, die Operate ins neue Datenmodell umzuwandeln, um sie in die Datenbank integrieren zu können. Diese ausserordentlichen aber aufwändigen Arbeiten hatten Auswirkungen auf die Organisation. Die Umwandlung wurde bereits für 5 dieser Operate durchgeführt. Die restlichen 13 Operate, welche vorläufig in provisorischen Datenbanken verwaltet werden, sind 2008 weiter zu bearbeiten. In Zukunft werden alle laufenden Operate (es sind gegenwärtig 67) zur Verifikation im neuen Datenmodell geliefert, da die privaten Geometerbüros ebenfalls mit der neuen Software und nach den neuen Standards arbeiten.

Die Vermessung ist eine Verbundaufgabe zwischen dem Bund, der die strategische Leitung innehat, und den Kantonen, die die operative Verantwortung haben. Der Umsetzungsplan der neuen Parzellarvermessungen ist eng an die zwischen Bund und Kanton geschlossenen Programmvereinbarungen gebunden. Bei der Totalrevision des Gesetzes über die amtliche Vermessung im Jahr 2003 hat der Kanton Freiburg alle Massnahmen getroffen, um das Vermessungsprogramm gemäss der alten Finanzordnung zu vollenden. Dieses Ziel hätte sehr wahrscheinlich erreicht werden können, wenn der Bund im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA) als Übergangsmassnahme nicht ein Moratorium auf den Verträgen für das Jahr 2007 verfügt hätte. Demzufolge wurden 2007 auch keine neuen Verpflichtungen eingegangen.

## Operate in Bearbeitung

Die gegenwärtig in Bearbeitung stehenden Operate betreffen 58 033 ha, was 34,85 % (37,56 %) des Kantonsgebietes entspricht, während bereits 73 533 ha (69 261 ha) oder 44,16 % (41,50 %) des Kantons definitiv in der Datenbank verwaltet werden. Seit der Einführung der Programmvereinbarungen am 1. Januar 1998 wurden die Daten von 65 392 ha den Dienststellen und den Dauerbezügern auf dem Vermessungs-Server zur Verfügung gestellt.

## Im Jahr 2007 beendete Operate

Die Erneuerungen von Corbières Los 1a und von Farvagny Los 4 sowie die Numerisierungen von Bas-Intyamou (Sektoren Enney und Villars-sous-Mont), Grolley und Vallon, was einer Gesamtfläche von 2413 ha entspricht, wurden von der Eidgenössischen Vermessungsdirektion definitiv anerkannt und auf dem Server abgespeichert.

Die Parzellarvermessungen von Bas-Intyamou Los 3, Courgevau Lose 1 und 2, Ecublens Lose 3 und 4, Grandvillard Los 3, Tafers Los 2 (insgesamt 5145 ha) sowie die Numerisierungen von Châtel-Saint-Denis Los 5a, La Verrerie (Sektor Progens Los 1a), Morens, Noréaz, Remaufens, Rueyres-les-Prés, Sâles 1a, Saint-Martin, Ursy 1a und 2a, (insgesamt 9376 ha) sind beendet und müssen simultan zu ihrer Migration noch dem neuen Format angepasst werden.

Die Arbeiten zur Kontrolle der landwirtschaftlichen Nutzflächen mittels Vermessungen führten zu periodischen Nachführungen auf 1218 ha der Gemeinden Barberêche, Chénens, Marly, Pierrafortscha und Ursy und auf 5130 ha der Gemeinden Bas-Intyamou, Corbières, Farvagny, Grandvillard, Noréaz, Remaufens, Sâles, Saint-Martin, La Verrerie und Ursy im Rahmen der oben erwähnten Numerisierungen.

Nach Abzug der Kostenbeteiligungen des Bundes und des Kantons wurden die Restkosten der Neuvermessung von Corminbœuf verteilt und den Gemeinden und den betroffenen Eigentümern in Rechnung gestellt. Diejenigen der Operate Farvagny Los 3 und Kerzers Lose 5 und 6 sind verteilt und werden Anfang 2008 in Rechnung gestellt.

## Unterhalt und Nachführung

Im Kanton Freiburg wird die amtliche Vermessung von den privaten Geometerbüros auf folgende Art nachgeführt:

- Bei Gebieten, die noch immer nur über grafische Dokumente verfügen, werden die Mutationsvorschläge (Verbale) vom Amt technisch geprüft. Die Geometer führen dann einmal im Jahr die Grundbuchpläne nach.
- Bei Gemeinden und Teilen von Gemeinden mit numerischen Daten gilt die Originaldatenbank als amtlich beglaubigt. Anhand von Auszügen aus dieser

Datenbank erstellen die Geometer ihre Mutationsvorschläge der vermessenen Objekte. Diese werden vom Amt geprüft und dann im Rahmen eines Nachführungsprozesses, der es gestattet, die etappenweise Gültigerklärung (Koordination mit dem Grundbuch) zu verwalten, in die Datenbank integriert. Dieses System gemischter Mutationen optimiert die Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor und gestattet es dem Staat, im Besitz der raumbezogenen Daten zu sein, die er für seine Anwendungen und Projekte mit raumbezogenen Informationen benötigt. Der Datenaustausch erfolgt im Interlis-Format (offizielles Format für den Austausch von Vermessungsdaten in der Schweiz), das den Unternehmern die Freiheit der Methoden und der Wahl der Werkzeuge gewährt.

Die Schwierigkeiten bei der Wiederinbetriebnahme der Datenbank (s. unten unter 2.2.1) haben zu einer vorübergehenden Abnahme der eingereichten Dossiers geführt. 2007 haben die amtlichen Geometer dem Amt 2499 (2574) Mutationsverbale zugestellt. 1018 (1112) dieser Verbale sind Grenzänderungs- oder Teilungsverbale, 791 (1138) wurden nach der Kontrolle durch das Amt visiert. Betreffend die Katasteraufnahme der neuen oder abgeänderten Gebäude hat das Amt 2350 (2308) Mandate und 1060 (2241) Kontrollvisen erteilt.

Die Nachführung 2007 der Pläne der Grundbuchämter und der Gemeinden wurde aufgrund der im Jahre 2006 erstellten Mutationsverbale ausgeführt. Für die bereits in der Datenbank abgespeicherten Gebiete wurde die Verifikation direkt in der Datenbank durchgeführt. Wegen der unter Punkt 2.2.1 angesprochenen Schwierigkeiten wurden neue Pläne nur auf Verlangen ausgedruckt.

### 2.1.4 Geomatik

#### Koordination mit dem Grundbuch

Eine Gemeinsamkeit der Grundbuchämter und des Amtes für Vermessung und Geomatik ist, dass beide Informationen über die Grundstücke verwalten. Die Publikation dieser Daten im Internet wurde in der Online-Kartographie vereint. Mittelfristig geht es darum, die Datenbanken des Grundbuches und der amtlichen Vermessung zu verbinden, um die Verfahren bei der Hinterlegung von Dokumenten beim Grundbuch zu vereinfachen.

#### Geometrische Datenbank der amtlichen Vermessung

Aufgrund der Nachführungsarbeiten der amtlichen Geometer hat das Amt nach Prüfung der Daten deren Transfer in die Originaldatenbank der Vermessung veranlasst. Ende 2006 waren 3 197 978 Objekte auf dem Server abgespeichert. Der Wechsel auf eine objektorientierte Datenbank verlangte eine Änderung der Statistikindikatoren. Die Version 2007 dieser Statistiken beruht auf der Anzahl der Objekte, welche seit Inbetriebnahme in die Datenbank integriert wurden:

|           |  |
|-----------|--|
| 6 365 182 | bei der Migration kreierte Objekte (Bemerkung: das neue Modell und seine Zwänge verdoppeln in etwa die in der Datenbank abgespeicherten Objekte) |
| 268 719   | kreierte und gültig erklärte Objekte   |
| 106 975   | abgeänderte und gültig erklärte Objekte  |
| 141 034   | Objekte, deren Löschung gültig erklärt wurde   |
| 27 107    | kreierte, in Kontrolle und auf Gültigerklärung wartende Objekte  |
| 12 011    | abgeänderte, in Kontrolle und auf Gültigerklärung wartende Objekte   |
| 10 287    | gelöschte, in Kontrolle und auf Gültigerklärung wartende Objekte   |
| 2 629     | kreierte, kontrollierte und auf Gültigerklärung wartende Objekte   |
| 2 651     | abgeänderte, kontrollierte und auf Gültigerklärung wartende Objekte  |
| 1 249     | gelöschte, kontrollierte und auf Gültigerklärung wartende Objekte  |

Die folgende Tabelle entspricht der Anzahl behandelter Dossiers, geordnet nach den Ebenen des Objektkatalogs der Technischen Verordnung über die amtliche Vermessung und nach ihrem Status (behandelt, hängig, offen).

|                               | <i>behandelt</i> | <i>hängig</i> | <i>offen</i> |
|-------------------------------|------------------|---------------|--------------|
| Lagefixpunkte der Kategorie 1 | 604              | 0             | 5            |
| Lagefixpunkte der Kategorie 2 | 723              | 26            | 19           |
| Lagefixpunkte der Kategorie 3 | 1661             | 769           | 82           |
| Bodenbedeckung                | 2022             | 772           | 81           |
| Einzelobjekte                 | 1658             | 768           | 82           |
| Höhen                         | 23               | 0             | 0            |
| Nomenklatur                   | 1680             | 769           | 82           |
| Liegenschaften                | 1914             | 1072          | 101          |
| Nummerierungsbereiche         | 34               | 0             | 1            |
| Gemeindegrenzen               | 42               | 4             | 1            |
| Bezirksgrenzen                | 26               | 0             | 1            |
| Kantonsgrenzen                | 25               | 0             | 1            |
| Planeinteilung                | 149              | 26            | 14           |
| PLZ Ortschaften               | 38               | 3             | 1            |
| Gebäudeadressen               | 1658             | 769           | 82           |
| Planrahmen                    | 28               | 0             | 1            |
| Dienstbarkeiten               | 1822             | 874           | 88           |

## Abgabe

Der mit swisstopo geschlossenen Vereinbarung entsprechend hat das Amt die numerischen Höhen- und Flächenmodelle an zahlreiche Kunden abgegeben. Dies gilt auch für das Orthofoto und den Übersichtsplan. Das Amt hat provisorisch für alle Kunden die Auszüge der Daten der amtlichen Vermessung mit der neuen Anwendung erstellt. Dank einer von Autodesk und dem ITA entwickelten Anwendung können die Dauerbenutzer (an die dreissig) seit Dezember 2007 die Datenauszüge über einen Auszugsserver, der eine täglich ab der Originaldatenbank replizierte Geodatenbank benutzt, selbständig erstellen.

## Intranet und Internet

Das Amt nutzt sein Internetportal regelmässig als Informationsträger. Es hat die Migration der Anwendung «Amtliche Vermessung online» durchgeführt. Die Originaldatenbank wird einmal pro Woche auf den Internetserver repliziert. Die Kartografieanwendung für die Online-Anwendung der Daten (Autodesk MapGuide Version 6.5) ermöglicht den Interbenutzern den Zugriff auf sämtliche Daten der amtlichen Vermessung.

Die Arbeiten für die Migration der Datenbank mit dem Content Management System (CMS) haben begonnen.

## 2.2 Besondere Ereignisse

### 2.2.1 Wiederinbetriebnahme der Datenbank der amtlichen Vermessung

Die Anwendung, die den Aufbewahrungsort, die Nachführung und die Abgabe der Daten der amtlichen Vermessung beherbergen soll, ist auf Standards (ORACLE, Autocad Map, Topobase) aufgebaut. Die spezifischen Besonderheiten des Modells und der Nachführungsprozesse (schweizerischer und freiburgischer Gesetzesrahmen) führen jedoch dazu, dass die eingeführte Lösung einmalig ist. Die vom Kanton Waadt gewählte Lösung ist ähnlich, aber nicht identisch. Die Inbetriebnahme hat viel Zeit beansprucht und zu Störungen in der Organisation und Behandlung der Dossiers geführt, weil alle an die Geomatik gebundene Tätigkeiten von der Wiederinbetriebnahme der BDMO und ihrer Funktionen abhängig waren. Die Mitarbeiter des Amtes mussten in Zusammenarbeit mit dem Lieferanten und dem ITA in einer ersten Phase die Software einstellen und regulieren und die Fehler in den Daten korrigieren, die von Problemen beim Transfer und von nicht entdeckten Erfassungsfehlern in der alten Datenbank herrührten. Die privaten Geometer mussten die gleichen Änderungen der Modelle und der Software vornehmen. Auch hatten alle mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen, was Auswirkungen auf die laufenden sie Arbeiten hatte. Der Produktionsrhythmus war stark betroffen. Bevor die Pläne wiedergegeben werden können, sind Verbesserungsarbeiten notwendig (von fast 2400 Plänen sind bereits 600 korrigiert). Die ersten Mutationen konnten

ab März behandelt werden. Zuerst wurde die Priorität auf die für Immobilientransaktionen unerlässlichen Liegenschaftsmutationen gesetzt. Nachdem die Lage unter Kontrolle war, konnte auch die Nachführung der Gebäudeaufnahmen wieder aufgenommen werden. Die Nachführung der in der Migrationsperiode (fünf Monate, von November 2006 bis März 2007) visierten Dossiers musste ebenfalls aufgearbeitet werden. Zudem war das System für den Online-Datenauszug für die Geometer erst ab Mitte November 2007 technisch funktionstüchtig, so dass das Amt praktisch während des ganzen Jahres die Auszüge an die Geometer geliefert hat. Die betroffenen Mitarbeiter mussten mit neuer Software an mehreren Fronten handeln und fortlaufend die angetroffenen «Bugs» für den Lieferanten dokumentieren, damit dieser die nötigen Korrekturen vornehmen konnte.

Die Situation normalisiert sich jeden Monat ein bisschen mehr, und im Verlauf des Jahres 2008 sollte der Produktivitätsrhythmus der vorangegangenen Jahre annähernd wieder erreicht werden können. Bei den Katasteraufnahmen der Gebäude gilt es jetzt, die während des Unterbruchs dieser Aktivität von mehr als einem Jahr entstandenen Rückstände bei den Geometerbüros und dem Amt möglichst rasch aufzuholen.

### **2.2.2 Migration der Anwendung für die administrative Verwaltung der Katasteraufnahme der Gebäude**

Die Vergabe der Mandate für die Katasteraufnahme neuer oder abgeänderter Gebäude ist eine der Aufgaben des Amtes, das infolge der Schätzungen der KGV von den Änderungen informiert wird. Das Amt prüft die Zweckmässigkeit einer Aufnahme und beauftragt den vom Eigentümer bezeichneten Geometer mit den Arbeiten. Finanziert werden alle diese Arbeiten mit einer bei den Eigentümern dafür erhobenen Gebühr.

Die Informatikanwendung der Verwaltung der Aufnahmemandate datierte von 1988. Sie wurde vom Amt mit Hilfe einer Software (MAGIC) entwickelt, deren Unterhalt nicht mehr garantiert war. Das Amt hat eine neue Anwendung auf ACCESS entwickelt, die die verschiedenen Schritte der Operation (Erhalt der KGV-Listen, Sortieren, Zuteilung, Verwaltung der Mandate, Annahme der Arbeiten, Überweisung der Verbale an die Grundbuchämter, Bezahlen der Anzahlungen und Restbeträge an die Geometer, Fakturation der Gebühren an die Eigentümer und Verwaltung der Rechnungen) integriert. Langfristig sollte eine Verbindung zu den üblichen Werkzeugen der Finanzverwaltung (NIGEFI) möglich werden.

### **2.2.3 Vernehmlassungen und Anhörungen**

Das Amt hat an den verschiedenen Anhörungen betreffend die technischen Verordnungen, die mit dem Bundesgesetz vom 5. Oktober 2007 über Geoinformation (GeoIG) in Kraft gesetzt werden, aktiv teilgenommen. Das Amt ist besonders von den bedeutenden Änderun-

gen in den Verordnungen über die Amtliche Vermessung, der Geoinformationen, der geografischen Namen und der patentierten Geometer betroffen. Die kantonalen Bestimmungen werden rasch an diese Neuerungen angepasst werden müssen.

## **VIII. GRUNDBUCH**

### **1. Aufgaben**

Das Grundbuch garantiert mit dem Eintrag in spezielle Register, wie sie vom Bundesrecht vorgeschrieben sind, den Bestand und Umfang privater Rechte an Grundstücken in einem bestimmten Grundbuchkreis. So können alle, die daran interessiert sind, Auskunft über die Existenz dieser Rechte erhalten. Nebst der Hauptaufgabe, nämlich der Führung und Verwaltung der Dokumente und Informationen hinsichtlich der Rechte und Pflichten in Zusammenhang mit dem Immobiliarsachenrecht, erheben die Grundbuchämter als Steuerbehörde die Handänderungssteuer bei Grundstückübertragungen, die Grundpfandrechtssteuer und die Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes.

Die Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter sind: René Aeby (Sensebezirk), Anita Bulliard (Visisbachbezirk), Jean-Jacques Gumy (Broyebezirk), Josef Haag (Seebezirk), Denise Jan-Dénervaud (Glanebezirk), Bertrand Renevey (Saanebezirk) und Pierre Rime (Greyerzbezirk).

### **2. Grundbuchämter**

#### **2.1 Ordentliche Tätigkeit**

Bei der Führung des Grundbuchs lässt sich das Arbeitsvolumen anhand folgender Kriterien abschätzen: Anzahl der Eintragungsbegehren, ausgestellte Grundbuchauszüge und eingegangene Auskunftsbegehren.

Im Jahr 2007 wurden 28 395 Eintragungsbegehren gestellt, die rund 112 949 Grundstücke betrafen, gegenüber 31 079 Eintragungsbegehren im Jahr 2006, die 122 971 Grundstücke betrafen. Die Urkunden werden innert einer bis zehn Wochen nach Eingang beim Grundbuchamt ins Grundbuch eingetragen.

Die elektronische Ersterfassung der Daten geht weiter. Gegenwärtig sind 56,33 % der Grundstücke im Kanton vollständig informatisiert.

Die Grundbuchauszüge, insbesondere die maschinengeschriebene Übertragung der handschriftlichen Angaben im Kataster, machen einen Grossteil des Arbeitsvolumens aus. Im Jahr 2007 wurden 12 412 Grundbuchauszüge ausgestellt (gegenüber 14 942 Auszügen im Jahr 2006), die 25 446 Grundstücke betreffen.

Die Auskunftsbegehren betreffen vor allem die Dienstbarkeiten. Sie sind oft rechtlicher Natur, oder es geht um Fragen im Zusammenhang mit dem Vorhandensein oder dem Inhalt von Rechten.

### 2.1.1 Arbeiten zur Anlegung des eidgenössischen Grundbuchs

Die Einführung des eidgenössischen Grundbuchs, der normalerweise eine neue Parzellarvermessung oder eine Güterzusammenlegung vorausgeht, umfasst eine Phase, in der die Rechte gesichtet und bereinigt werden, was zu klareren Einträgen und damit einer Arbeitsrationalisierung insbesondere bei der Informatisierung der Daten und dem Erstellen der Auszüge führt.

Die meisten Grundbuchämter führten Arbeiten zur Anlegung des eidgenössischen Grundbuchs aus. Im Jahr 2007 wurde das eidgenössische Grundbuch in folgenden Gemeinden oder Teilen von Gemeinden in Kraft gesetzt: Murten (Los VII), Courgevau, Lurtigen, La Verrerie (Sektor Grattavache), Botterens, Les Montets (Sektor Frasses sowie teilweise Sévaz, Bussy, Lully im Anschluss an die Landumlegung Autobahn A1).

### 2.1.2 Informatik

Der Informatiker der Grundbuchämter hat seine Aufgabe, die in der Planung, Konzeption und Verwaltung des Grundbuch-Informationssystems besteht, weitergeführt. Es fanden auch mehrfach Treffen mit Vertretern von Kantonen statt, die die gleiche Grundbuch-Informatiklösung haben (Capitastra und Intercapi), um Erfahrungen auszutauschen, nach Synergien zur Qualitätssteigerung und Kostensenkung bei der Entwicklung und beim Unterhalt der Softwarepakete für die Grundbuchverwaltung zu suchen. Bei einem Ausgangsbudget von 147 000 Franken beliefen sich die Informatikausgaben (Anschaffungen, Unterhalt und Arbeiten Dritter) auf rund 128 432 Franken. Die Einnahmen (Gebühren für die Zustellung von Daten und die Internetabfrage) betragen 204 139 Franken. Gemäss der Eidgenössischen Steuerverwaltung sind die für die Zustellung und Internetabfrage von Daten erhobenen Gebühren mehrwertsteuerpflichtig.

Die Nachhaltigkeit der gespeicherten Daten und die Datensicherheit gehören weiterhin zu den Hauptanliegen. Das Informationssystem konnte über das Jahr 2007 eine Verfügbarkeitsrate von 99,7 % (eine Serverpanne) aufweisen. Im Rahmen der elektronischen Bewirtschaftung wurde der elektronische Datenversand weitergeführt. Nebst der täglichen elektronischen Datenzustellung an die Kantonale Steuerverwaltung und an das GIS-Kompetenzzentrum wurden 112 Datenlieferungen im Gesamtbetrag von 26 403 Franken (24 278 Franken im Jahr 2006) in Rechnung gestellt. Bei der Datenabfrage über Internet mit Intercapi war eine Zunahme um 6,2 % zu verzeichnen. Im Jahr 2007 erfolgten über alle 1056 Benutzer gerechnet – wovon 521 zahlende Kunden – im Tagesdurchschnitt rund 548 Abfragen (514 im Jahr 2006). Die 2007 fakturierten Abfragegebühren beliefen sich auf 177 736 Franken (175 869 Franken im Jahr 2006). Über «RFpublic», die Gratisabfrage der Daten des informatisierten eidgenössischen Grundbuchs, erfolgten im Tagesdurchschnitt 579 Abfragen gegenüber 468 im Vor-

jahr. Obwohl die Abfrage mit «RFpublic» zugenommen hat, wird Intercapi als Abfragetool weiterhin geschätzt und aufgrund der fortschreitenden Informatisierung bei den Grundbuchämtern auch benutzt.

### 2.1.3 Freiburger Vereinigung der Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter

Die Vereinigung hielt im Jahr 2007 fünf Arbeitssitzungen ab mit dem Hauptziel, die Praxis zu vereinheitlichen.

Präsident der Vereinigung ist der Grundbuchverwalter des Seebezirks. Die beiden anderen Vorstandsmitglieder sind die Grundbuchverwalterin des Vivisbachbezirks und der Grundbuchverwalter des Broyebezirks.

Die Vereinigung unterhält regelmässige Kontakte zur Notariatskammer und zur Vereinigung der Freiburger Geometer zur Besprechung gemeinsamer Probleme.

### 2.1.4 Austausch mit Instanzen anderer Kantone und des Bundes

Eine Delegation der Grundbuchverwalter/innen nimmt zweimal jährlich am «Colloque romand des inspecteurs des Registres fonciers de la Suisse romande et du Tessin» teil, an dem jeweils Fragen allgemeiner Art zur Grundbuchführung erörtert werden, sowie an der Tagung des Verbandes Schweizerischer Grundbuchverwalter, an der jeweils die statutarische Generalversammlung stattfindet, Informationen des für das Grund- und Bodenrecht zuständigen Bundesamtes weitergegeben und Vorträge gehalten werden.

### 2.1.5 Grundbuchgebühren

Das Grundbuch kennt zwei Arten von Gebühren, nämlich feste und verhältnismässige. Im Jahr 2007 beliefen sich die Gebühren auf 5 212 798 Franken (7 468 075 Franken im Jahr 2006). Einsprachen gegen ihre Erhebung fallen in den Zuständigkeitsbereich der Grundbuchverwalter/innen.

## 2.2 Besondere Ereignisse

Nebst den ordentlichen Tätigkeiten wurde auch das Projekt «Numerisierung der Grundbuchdokumente» namens «RFscan» gemäss ursprünglicher Planung weitergeführt. Es wurde eine ausführliche Analyse gemacht und beim Grundbuchamt des Saanebezirks ein Pilotstandort eingerichtet, auf der mit der Digitalisierung der Dokumente begonnen wurde. Die Ergebnisse sind positiv ausgefallen, so dass aufgrund dessen in allen Grundbuchämtern eine Scaneinrichtung installiert werden kann.

Die sieben Grundbuchämter durchliefen im Laufe des Jahres 2007 die Analyse der staatlichen Leistungen (ASL). Ausgehend von einem Leistungskatalog erstellten sie einen Vorschlagskatalog, dessen Umsetzung in den meisten Fällen Änderungen kantonaler Gesetze, namentlich des Gesetzes vom 28. Februar 1986 über das

Grundbuch und seines Ausführungsreglements nach sich ziehen würden.

### **3. Die Grundbuchämter als Steuerbehörde**

#### **3.1 Ordentliche Tätigkeit**

##### **3.1.1 Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes**

Diese Steuer wird gemäss Gesetz vom 28. September 1993 bei der Veräusserung von produktivem Boden erhoben, die eine Verminderung des Kulturlandes zur Folge hat. Die Erhebung dieser Steuer bereitet schon seit einigen Jahren die gleichen Schwierigkeiten, und zwar insbesondere auf Grund des Zeitpunktes der Steuererhebung (bei der Veräusserung), was lange nach der Nutzungsänderung des Grundstücks der Fall sein kann, sowie auf Grund des möglichen Abzugs der Detailerschliessungs- und Baukosten. Der Gesamtbetrag dieser Steuer belief sich im Jahr 2007 auf 3 875 527 Franken (4 570 758 Franken im Jahr 2006).

##### **3.1.2 Handänderungs- und Grundpfandrechtssteuern**

Diese Steuern werden in Anwendung des Gesetzes vom 1. Mai 1996 über die Handänderungs- und Grundpfandrechtssteuern erhoben. Der Gesamtbetrag für das Jahr 2007 belief sich bei den Handänderungssteuern auf 19 541 568 Franken (19 710 541 Franken im Jahr 2006) und bei den Grundpfandrechtssteuern auf 9 719 628 Franken (9 756 554 Franken im Jahr 2006).

##### **3.1.3 Schätzungskommission für die Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes und die Handänderungssteuer**

Die Schätzungskommission für die Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes und die Handänderungssteuer wurde im Jahr 2007 nur dreimal beigezogen. Daniel Bulliard (Präsident) und Aloys Page (Mitglied) sind auf Ende 2007 zurückgetreten. Da diese Kommission nur in sehr wenigen Fällen zur Verkehrswertschätzung beigezogen wird, wurden die beiden zurückgetretenen Mitglieder nicht ersetzt. Dem bisherigen Sekretär Pierre Wicht wurde das Präsidium übertragen.

### **4. Aufsichtsbehörde über das Grundbuch**

#### **4.1 Organisation**

Im Jahr 2007 wurde die Aufsichtsbehörde über das Grundbuch von Hubert Bugnon, Kantonsrichter, präsidiert. Eva Maria Belser, Professorin an der Universität Freiburg und Vizepräsidentin der Aufsichtsbehörde, und Catherine Overney, Gerichtsschreiberin beim Kantonsgericht, amtierten als Mitglieder. Alexandra Rumo-Jungo, Universitätsprofessorin, Jérôme Delabays, Präsident des Bezirkszivilgerichts Saane, und Pierre-Henri Gapany, Rechtsanwalt, amtierten als Ersatzmitglieder.

#### **4.2 Ordentliche Tätigkeit**

Die Aufsichtsbehörde hielt sechs Sitzungen ab, in denen sie die laufenden Geschäfte erledigte und juristische Fragen behandelte. Sie besuchte sämtliche Grundbuchämter und nahm stichprobenweise Kontrollen vor.

Neben den vorrangigen Arbeiten in Zusammenhang mit der Einführung des eidgenössischen Grundbuchs liefen auch die seit Februar 2000 in Angriff genommenen Informatisierungsarbeiten (elektronische Datenersterfassung) weiter. Die Informatisierung der Grundstücke des eidgenössischen Grundbuchs hat gegenüber dem Vorjahr um 7,57 % zugenommen, so dass jetzt 85,67 % aller Grundstücke des eidgenössischen Grundbuchs (56,33 % aller Grundstücke) informatisiert sind. Die Grundbuchämter des Saanebezirks und des Greyerzbezirks haben sämtliche Grundstücke des eidgenössischen Grundbuchs informatisiert (Greyerzbezirk 99,99 %). Mit Ausnahme des Grundbuchamts des Glanebezirks ist die Anzahl der Anmeldungen in allen Grundbuchämtern deutlich zurückgegangen, so etwa beim Grundbuchamt des Greyerzbezirks um 17 % und beim Grundbuchamt des Saanebezirks um 8,18 %. Dieser Rückgang beruht wahrscheinlich darauf, dass das Amt für Vermessung und Geomatik aufgrund von Problemen bei einer Datenmigration Verbale zurückbehalten hat. Das Grundbuchamt des Glanebezirks hatte seinerseits eine Zunahme der Anmeldungen um 14 % zu verzeichnen. Der Rückstand bei den Eintragungen beträgt zehn Wochen beim Grundbuchamt des Seebezirks, bei dem umfangreiche Arbeiten zur Erstellung des eidgenössischen Grundbuchs im Gang sind, neun Wochen in den Grundbuchämtern des Saane- und des Greyerzbezirks, sieben Wochen beim Grundbuchamt des Glanebezirks, fünf Wochen beim Grundbuchamt des Sensebezirks und 7 – 10 Tage bei den Grundbuchämtern des Vivisbach- und des Broyebezirks. Grosse Anstrengungen hat das Grundbuchamt des Vivisbachbezirks erbracht, das seinen Rückstand von 14 Wochen im Vorjahr auf 10 Tage im Berichtsjahr verringert hat. Die Grundbuchämter haben mit dem Einscannen der Referenzdokumente in Capitastra begonnen, und infolgedessen werden keine Mikrofilme mehr erstellt.

#### **4.3 Beschwerden**

Bei der Aufsichtsbehörde wurden fünf Beschwerden (3 im Jahr 2006) eingereicht. Sie fällte fünf Entscheide. Ein Verfahren wird ins Jahr 2008 übernommen.

## IX. FINANZINSPEKTORAT

### 1. Aufgaben

Das Finanzinspektorat (FI) amtiert als Kontrollorgan über die kantonalen Finanzen. Mit seiner Tätigkeit sollen die korrekte Rechtsanwendung, der wirtschaftliche und haushälterische Einsatz der finanziellen Mittel sowie die Richtigkeit und Rechtmässigkeit der Buchungen gewährleistet werden. Es ist ein selbstständiger, administrativ der Finanzdirektion zugewiesener Dienst, und übt als solcher seine Aufgaben unabhängig und selbstständig aus. Das Finanzinspektorat kann jederzeit und unangemeldet Kontrollen vornehmen, sei es auf eigene Initiative oder im Auftrag der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates oder des Staatsrates. Auf Ersuchen eines Mitglieds des Staatsrates kann es auch eine der Direktion dieses Mitglieds untergeordnete Verwaltungseinheit kontrollieren.

Seit dem 1. September 2007 ist Irène Moullet Vorsterherin des Finanzinspektorats. Sie ist die Nachfolgerin von Robert Heimo, der Ende März 2007 in den Ruhestand getreten ist. Die Interimsleitung hatte Christophe Ackermann, Finanzinspektor, inne.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

Die ordentliche Tätigkeit des Finanzinspektorats ist die rechtliche, technische und wirtschaftliche Kontrolle der Kassen und Buchhaltungen des Staates, der Anstalten und Betriebe mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie gewisser privater, vom Staat subventionierter Institutionen.

Ein Finanzinspektor vertritt den Staat im Verwaltungsrat der Bergbahnen La Berra SA.

Das Finanzinspektorat führte im Jahr 2007 63 ordentliche Revisionen durch. 20 Kontrollen gaben Anlass zu 38 Bemerkungen oder Feststellungen, und das Finanzinspektorat gab auch 27 Empfehlungen ab. Die Empfehlungen werden nach Wichtigkeit (gross, mittel, gering) klassiert und immer mit den betroffenen Dienststellen besprochen. Im Berichtsjahr gab es keine nennenswerten Differenzen zwischen dem Finanzinspektorat und den kontrollierten Dienststellen.

Die Revisionsarbeiten betrafen 29 Sektoren der eigentlichen Staatsverwaltung und 34 Organisationen, Institutionen oder verschiedene Fonds. 9 Kontrollen wurden in Zusammenarbeit mit anderen Revisionsorganen durchgeführt. Das genaue Verzeichnis der Kontrollarbeiten wurde dem Staatsrat und der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates zugestellt.

Die Revisionen teilen sich wie folgt auf:

|                                    |    |
|------------------------------------|----|
| Vollziehende Behörde – Verwaltung: | 29 |
| Fonds und Stiftungen:              | 19 |
| Diverse Aufträge:                  | 15 |

Die 63 Revisionsberichte verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Direktionen:

|   |    |
|---|----|
| Staatskanzlei                               | 1  |
| Erziehung, Kultur und Sport                 | 18 |
| Sicherheit und Justiz                       | 7  |
| Institutionen und Land- und Forstwirtschaft | 8  |
| Volkswirtschaft                             | 11 |
| Gesundheit und Soziales                     | 6  |
| Finanzen                                    | 7  |
| Raumplanung, Umwelt und Bauwesen            | 5  |

#### 2.2 Besondere Ereignisse

Am 12. Oktober 2007 beauftragte der Vorsteher der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion das Finanzinspektorat mit der Durchführung von zwei Kontrollaudits über die Organisation des Projekts der Umfahrungsstrasse von Bulle (H189). Der entsprechende Kontrollbericht wird im Laufe des Jahres 2008 vorgelegt.

Im Jahr 2007 kontrollierte das Finanzinspektorat nach 1998 und 2004 zum dritten Mal die gesamte Staatsbilanz per 31. Dezember 2006. Das Finanzinspektorat ist dabei zum Schluss gekommen, dass die diesbezüglichen Vorschriften des Finanzhaushaltsgesetzes sowie die für die öffentlichen Verwaltungen geltenden Buchhaltungsgrundsätze eingehalten sind. Der Bericht wird im Laufe des Jahres 2008 vorgelegt.

Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates hatte den Staatsrat am 4. Oktober 2006 mit der Ermittlung allfälliger geheimer Konten und schwarzer Kassen in der gesamten Kantonsverwaltung beauftragt, der seinerseits das Finanzinspektorat mit der Durchführung betraute. Es wurde mit der Finanzverwaltung und dem Staatsrat vereinbart, diese Ermittlung bei den Dienststellen des Staates bei der Kontrolle der Staatsbilanz 2006 zu starten. Das Finanzinspektorat stellte anhand eines allen Dienststellen zugestellten Fragebogens ein Inventar der Kassen, Postcheckkonten, Bankkonten, Wertschriften und sonstigen verfügbaren Aktiven auf, die in der Bilanz des Sektors oder des Staates Freiburg nicht erscheinen. Diese Aufstellung wurde geprüft, und es wurden gewisse Empfehlungen abgegeben. Sobald diese Empfehlungen umgesetzt sind, wird es bei den Dienststellen und Verwaltungseinheiten des Staates keine geheimen Konten oder schwarzen Kassen mehr geben, wobei zu sagen ist, dass die Ermittlungen nichts Rechtswidriges oder Gravierendes ans Licht gebracht haben.

Im Rahmen der Analyse der staatlichen Leistungen (ASL) hat der Staatsrat beschlossen, dass das Finanzinspektorat nur bei den rein staatlichen Stiftungen Revisionen durchführen soll. Das Finanzinspektorat hat diesen Entscheid den betroffenen Fonds, Stiftungen und Einrichtungen mitgeteilt.

**PERSONALBESTAND**

| <i>BEHÖRDEN – DIREKTIONEN Kostenstellen</i>          | <i>Rechnung 2007 VZÄ</i> | <i>Rechnung 2006 VZÄ</i> | <i>Differenz VZÄ</i> |
|--|--------------------------|--------------------------|----------------------|
| <b>FINANZEN</b>                                      | <b>350.47</b>            | <b>349.33</b>            | <b>1.14</b>          |
| ZENTRALVERWALTUNG                                    | 350.47                   | 349.33                   | 1.14                 |
| 3700 / FINS Generalsekretariat                       | 5.56                     | 5.76                     | -0.20                |
| 3705 / TRES Finanzverwaltung                         | 24.24                    | 24.51                    | -0.27                |
| 3710 / IFEF Finanzinspektorat                        | 5.88                     | 6.05                     | -0.17                |
| 3725 / CIEF Amt für Informatik und Telekommunikation | 66.41                    | 61.96                    | 4.45                 |
| 3730 / OPER Amt für Personal und Organisation        | 25.83                    | 27.43                    | -1.60                |
| 3740 / SCCF Kantonale Steuerverwaltung               | 174.76                   | 175.85                   | -1.09                |
| 3745 / ENRE Amt für Erbschafts- und Schenkungssteuer | 2.30                     | 2.30                     |                      |
| 3760 / SCAD Amt für Vermessung und Geomatik          | 13.96                    | 14.00                    | -0.04                |
| 3765 / RFON Grundbuchämter                           | 31.53                    | 31.47                    | 0.06                 |

---

Kanton Freiburg

---

# RAUMPLANUNGS-, UMWELT- UND BAUDIREKTION

---

|   |           |
|---|-----------|
| <b>I. DIREKTION UND GENERALSEKRETARIAT .....</b>                | <b>1</b>  |
| 1. Aufgaben.....  | 1         |
| 2. Tätigkeit.....   | 1         |
| 3. Interkantonale Zusammenarbeit .....                          | 2         |
| 4. Streitsachen .....   | 2         |
| 5. Gesetzgebung .....   | 3         |
| <br>  |           |
| <b>II. BAU- UND RAUMPLANUNGSAMT.....</b>                        | <b>3</b>  |
| 1. Aufgaben.....  | 3         |
| 2. Tätigkeit.....   | 3         |
| 3. Koordination, Verwaltung und Studien.....                    | 3         |
| 4. Kantonalplanung .....  | 4         |
| 5. Ortsplanung .....  | 4         |
| 6. Bauten .....   | 4         |
| 7. Beschwerden.....   | 5         |
| 8. Kommissionen.....  | 5         |
| <br>  |           |
| <b>III. AMT FÜR UMWELT .....</b>                                | <b>6</b>  |
| 1. Aufgaben.....  | 6         |
| 2. Tätigkeit .....  | 6         |
| 3. Gewässerschutz.....  | 9         |
| 4. Labor und Stoffe.....  | 12        |
| 5. Luftreinhaltung .....  | 12        |
| 6. Lärm- und nichtionisierende Strahlung .....                  | 14        |
| 7. UVP, Bodenschutz und Anlagensicherheit.....                  | 15        |
| 8. Abfall und Altlasten .....                                   | 16        |
| <br>  |           |
| <b>IV. TIEFBAUAMT .....</b>                                     | <b>18</b> |
| 1. Aufgaben.....  | 18        |
| 2. Tätigkeit.....   | 18        |
| 3. Sektion Verwaltung .....                                     | 19        |
| 4. Sektion Projektierung und Realisierung<br>von Strassen ..... | 20        |
| 5. Sektion Unterhalt der National- und<br>Kantonsstrassen.....  | 26        |
| 6. Sektor Unterhalt der Nationalstrassen.....                   | 29        |
| 7. Sektion Gewässer .....                                       | 29        |
| <br>  |           |
| <b>V. AUTOBAHNAMT.....</b>                                      | <b>35</b> |
| 1. Aufgaben.....  | 35        |
| 2. Tätigkeit.....   | 35        |
| 3. Staff .....  | 35        |
| 4. Ressourcen .....   | 35        |
| 5. Ausarbeitung – Bau, Unterhalt, Erneuerung<br>(UPlaNS).....   | 38        |
| <br>  |           |
| <b>VI. HOCHBAUAMT .....</b>                                     | <b>43</b> |
| 1. Aufgaben.....  | 43        |
| 2. Tätigkeit.....   | 43        |
| <br>  |           |
| <b>Personalbestand.....</b>                                     | <b>50</b> |

DIREKTION

**I. DIREKTION UND  
GENERALSEKRETARIAT**

**1. Aufgaben**

Über ihre Ämter sorgt die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion (RUBD) für eine verantwortungsvolle Raumentwicklung, einen angemessenen Umweltschutz, leistungsstarke, sichere und bedürfnisgerechte Verkehrsinfrastrukturen sowie für eine effiziente Bewirtschaftung der staatlichen Immobilien.

Vorsteher der RUBD ist Staatsrat Georges Godel.

**2. Tätigkeit**

**2.1 Generalsekretariat**

Als Direktionsstab unterstützt das Generalsekretariat die Leitung und Verwaltung der Direktion. Neben dem Generalsekretär als Verantwortlichen umfasst das Generalsekretariat einen wirtschaftswissenschaftlichen Berater, zwei juristische Berater/innen (Teilzeitstellen), einen Übersetzer, eine Direktionsassistentin und zwei Verwaltungssachbearbeiterinnen (Teilzeitstellen). Das Generalsekretariat pflegt einen partizipativen Führungsstil.

Dem Generalsekretariat ist auch das Büro für Natur- und Landschaftsschutz angegliedert.

Generalsekretär ist Bernard Pochon.

**2.2 Wichtige Strassenprojekte**

Die beiden folgenden Strassenprojekte, die wichtig für die Zukunft unseres Kantons sind, haben die Direktion in hohem Ausmass gefordert:

- Die Umfahrung von Bulle (H189). Der Bau dieser Umfahrungsstrasse ist im Gang und verläuft planmässig. Allerdings werden die Kosten höher ausfallen als vorgesehen. Gegenwärtig wird deshalb detailliert abgeklärt, weshalb es zu dieser Kreditüberschreitung kam. Danach wird der Staatsrat dem Grossen Rat ein Gesuch um einen Zusatzkredit unterbreiten müssen.
- Das Poyaprojekt (Bau der Poyabrücke und des Poyatunnels sowie Erweiterung der Murtenstrasse auf vier Spuren). Das Projekt durchlief das übliche Genehmigungsverfahren, das mit dem Entscheid der Direktion vom 27. November 2007 seinen Abschluss fand. Gleichzeitig befand die RUBD über 41 gegen das Projekt gerichtete Einsprachen.

**2.3 Analyse der staatlichen Leistungen (ASL)**

Das Generalsekretariat der RUBD unternahm als erstes Generalsekretariat die Analyse der staatlichen Leistungen (ASL). Dabei wurde es vom Amt für Personal und Organisation (POA) begleitet. Die ASL hat zum Ziel, die Leistungen auszumachen, auf die allenfalls verzichtet werden könnte, um so Ressourcen für neue Aufgaben freizumachen.

Die Arbeiten dauerten vom Februar bis Mai und erforderten zwei Sitzungen pro Woche. Es resultierten ein Leistungskatalog sowie ein Katalog mit Streichungsvorschlägen, die beide dem Staatsrat zur weiteren Behandlung übergeben wurden.

**2.4 Öffentliches Beschaffungswesen**

Das Kompetenzzentrum für das öffentliche Beschaffungswesen war in folgenden Bereichen tätig:

- Betrieb von SIMAP1: Aktualisierung der Website, Unterstützung für die Gemeinden und anderen Gemeinwesen. Nach vier Jahren Betrieb hat die Zahl der geschulten SIMAP-Benutzer stark zugenommen und liegt heute bei etwa 200 Personen. Auch die Zahl der Veröffentlichungen auf simap.ch ist 2007 stark angestiegen (+80 % im Vergleich zu 2006).
- Punktuelle Mitarbeit am Projekt SIMAP2. Dieses Projekt, das 2004 in Angriff genommen wurde und vom Bund geleitet und finanziert wurde, kam nicht voran. Der Zeitplan für die Inbetriebnahme musste immer wieder nach hinten verschoben werden, weil das deutsche Subunternehmen Ventasoft verschiedene Probleme nicht beheben konnte. Der Bund und die Generalunternehmerin Swisscom IT Services beschlossen deshalb, das Projekt SIMAP2 zu beenden. Dieser Entscheid wurde am 3. September 2007 in einer Medienmitteilung publik gemacht.
- Durchführung von mehreren Sitzungen für die Schaffung einer kantonalen Kommission für das öffentliche Beschaffungswesen, deren Zusammensetzung und Aufgaben noch definiert werden müssen. Angesichts der Aktualisierung des Westschweizer Leitfadens für die Vergabe öffentlicher Aufträge und der regen Benutzung dieses Leitfadens durch die Vergabestellen wird 2008 erneut geprüft werden, ob die Schaffung einer solchen Kommission tatsächlich notwendig ist.
- Die Arbeitsgruppe des Westschweizer Leitfadens hat verschiedene Änderungen gutgeheissen. Daneben wurde die Veröffentlichung neuer Anhänge genehmigt.

**2.5 Vertretung des Staats**

Die Direktion hat den Staat in den Verwaltungsräten der Transportunternehmungen vertreten, bei denen er Teilnehmer ist. Es sind dies die Freiburgischen Verkehrsbetriebe (tpf), die Montreux-Berner Oberland-Bahn (MOB) und die Schifffahrtsgesellschaft des Neuenburger- und Murtensees (LNM).

**2.6 Forschung nach Kohlenwasserstoffen**

Die Gesellschaft FREAG Erdöl AG besitzt eine Forschungsbewilligung für das nordöstliche Kantonsgebiet, die bis zum 15. Juni 2008 gültig ist. Für das restliche Kantonsgebiet wurden keine Forschungsbewilligungen erteilt.

## 2.7 Natur- und Landschaftsschutz

Das Büro für Natur- und Landschaftsschutz ist der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion angegliedert und hat als Hauptziel, die einheimische Fauna und Flora sowie deren natürlichen Lebensräume zu schützen. Zu seinen Aufgaben zählen der Schutz, die Verwaltung, der Unterhalt, die Revitalisierung und die Wiederherstellung von Biotopen durch die Förderung der Biodiversität im Kanton.

Die Zahl der Dossiers, die dem Büro für Natur- und Landschaftsschutz zur Prüfung vorgelegt werden, nimmt stetig zu und erreichte 2007 mit insgesamt 516 behandelten Dossiers einen neuen Höchststand:

- 204 Bauvorhaben innerhalb von Landschaftsschutzgebieten
- 134 Ortsplanungen, Detailbebauungspläne, Quartierpläne oder generelle Entwässerungspläne
- 62 Projekte von Gewässerverbauungen
- 32 Projekte für Strassen- oder Eisenbahninfrastrukturen
- 15 Gesuche für den Betrieb von Kiesgruben oder Deponien
- 12 Gesuche für die Benützung der öffentlichen Gewässer
- 10 Boden- und Waldverbesserungsprojekte
- 7 touristische Anlagen
- 5 Vernehmlassungsdossiers im Rahmen von Gesetzesänderungen und Geschäften der Rechtspflege
- 35 anderweitige Dossiers.

Für die Prüfung dieser Dossiers wurden zahlreiche Ortsbesichtigungen sowie Arbeits- und Koordinatonsitzungen mit den Gesuchstellern, den Projektverfassern und den betroffenen kantonalen Dienststellen abgehalten.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Büros für Natur- und Landschaftsschutz wirkten zudem in mehreren kantonalen und interkantonalen Arbeitsgruppen mit – vor allem im Rahmen der Umsetzung der einzelnen Bundesinventare, im Bereich ökologischer Ausgleich sowie bei der Ausarbeitung und der Umsetzung neuer Instrumente für die Finanzpolitik des Bundes.

Die Feldequipe der Personen, die im Rahmen von Beschäftigungsprogrammen angestellt wurden bzw. Zivildienst oder gemeinnützige Arbeit leisteten, sowie die eigens dazu beauftragten Försterteams und die zahlreichen freiwilligen Helfer erbrachten erneut mehrere tausend Arbeitsstunden für den Schutz, den Unterhalt und die Revitalisierung von Biotopen sowie für die Rettung von Amphibien während der Laichzeit im Frühling.

Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden wurde fortgeführt. Dies gilt namentlich für die Umsetzung der Nutzungsplanung für Auen und Moore.

Die Zahl der Landwirtinnen und Landwirte, die für die angemessene Nutzung von Magerwiesen und Streueflächen, für Nutzungseinschränkungen in den Pufferzonen am Rand der geschützten Lebensräume, für besonders

sinnvoll angelegte ökologische Ausgleichsflächen sowie für weitere Leistungen zu Gunsten des Natur- und Landschaftsschutzes entschädigt werden, nimmt stetig zu.

Anlässlich des 20-Jahr-Jubiläums der Rothenturm-Initiative wurde das Jahr 2007 zum «Biotopjahr» erklärt. Ein besonderes Gewicht wurde dabei auf die Sensibilisierung der Bevölkerung für den Schutz der natürlichen Lebensräume gelegt. So wurden zahlreiche Exkursionen in die Moore, Magerwiesen und Auengebiete organisiert. Ausserdem wurden mehrere Lehrpfade errichtet und die Hütte von Les Gurles, die früher der Armee gehörte, renoviert und zum didaktischen Zentrum umfunktioniert, um Schulklassen des Kantons empfangen zu können.

Ferner nahm das Büro für Natur- und Landschaftsschutz zusammen mit dem Generalsekretariat an der Analyse der staatlichen Leistungen (ASL) teil.

## 3. Interkantonale Zusammenarbeit

### 3.1 Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK)

Diese Konferenz ist ein Verbindungsorgan zwischen den Vorsteherinnen und Vorstehern (Regierungs- und Staatsräte) sämtlicher schweizerischer Kantone, die sich mit Aufgaben in den Bereichen Bau, Raumplanung und Umweltschutz befassen.

2007 trat sie zweimal zusammen. Hauptthemen waren die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), der Fonds für den Agglomerationsverkehr und das Nationalstrassennetz (Infrastrukturfonds), die Bekämpfung der Feinstaub- und Ozonbelastung, die Arbeitszonen, das öffentliche Beschaffungswesen sowie die Raumentwicklung.

### 3.2 Conférence des directeurs des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de la protection de l'environnement de la Suisse occidentale et latine (CDTAPSOL)

Die Konferenz kam einmal zusammen. Themen waren der Schadstoffausstoss (Feinstaub und Ozonspitzen) und die Raumplanung.

## 4. Streitsachen

Die RUBD hat über 43 Beschwerden im Zusammenhang mit Ortsplanungen, über 11 Beschwerden bei Gemeindestrassenplänen und über 47 Einsprachen gegen Kantonsstrassenpläne befunden.

Sie fällte 497 Entscheide für Bauten ausserhalb der Bauzone, 21 im Zusammenhang mit dem Umweltschutz, 4 im Zusammenhang mit Enteignungen und 1 im Bereich der öffentlichen Sachen.

## 5. Gesetzgebung

Dekret vom 30. Januar 2007 über einen Verpflichtungskredit für die Sanierung von Gebäuden der Universität Miséricorde (Bibliotheken und Mensa)

Dekret vom 12. März 2007 über einen Verpflichtungskredit für den Ausbau des kantonalen Strassennetzes im Zusammenhang mit städtebaulichen Arbeiten

Dekret vom 10. Juli 2007 über einen Verpflichtungskredit für Beiträge an die Aufhebung oder Sicherung von Bahnübergängen

Gesetz vom 3. April 2007 zur Änderung des Strassengesetzes (betrieblicher Unterhalt der Nationalstrassen)

Gesetz vom 10. Juli 2007 zur Änderung des Strassengesetzes (Bahnübergänge)

Vorentwurf vom 20. November 2007 des revidierten Raumplanungs- und Baugesetzes (RPBG);

Verordnung vom 8. Oktober 2007 über den Massnahmenplan Luftreinhaltung

Verordnung vom 27. November 2007 über die Naturverträge für die Ferienhäuser auf den Grundstücken des Staats am Ufer des Neuenburgersees

## II. BAU- UND RAUMPLANUNGSAMT

### 1. Aufgaben

Das Amt hat die Aufgabe, eine haushälterische und sinnvolle Bodennutzung mit qualitativ hochstehenden Bauten sicherzustellen. Hierzu geht das Amt wie folgt vor:

- Es legt im Namen der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion (RUBD), des Staatsrats und des Bundesrats die Raumplanung fest und achtet dabei auf eine rationelle Nutzung dank der Prüfung und Koordination der raumwirksamen Tätigkeiten sowie dank der Erstellung von Gutachten.
- Es kontrolliert die Einhaltung der Architektur- und städtebaulichen Vorgaben für die Oberämter, indem es die Baubewilligungsgesuche prüft und die betreffenden Gutachten koordiniert.

### 2. Tätigkeit

Unter der Leitung von Hubert Dafflon, der dem Amt seit dem 1. Februar 2007 vorsteht, befasste sich das Bau- und Raumplanungsamt (BRPA) mit der Koordination der kantonalen, regionalen und kommunalen Planung. Im Kapitel der aussergewöhnlichen Tätigkeiten ist im Jahr 2007 das Vorantreiben der Totalrevision des Raumplanungs- und Baugesetzes (BRPG) hervorzuheben.

Das BRPA hat verschiedene Ortsplanungen (OP) und Detailbebauungspläne (DBP) sowie deren Reglemente geprüft und zahlreiche Baugesuche bearbeitet. Ferner hat es die Reglemente über Verwaltungsgebühren und Ersatzabgaben sowie die Materialausbeutungsgesuche geprüft und sämtliche juristischen Probleme in diesem Zusammenhang und die Probleme in Bezug auf die Na-

turverfahren behandelt. Im Namen der RUBD hat das BRPA zudem die Beschwerden instruiert, die sich gegen Gemeindeentscheide zu OP und DBP richteten.

Es hat zu parlamentarischen Vorstössen in Sachen Raumplanung und Bauwesen Stellung genommen und in verschiedenen Kommissionen für die Raumplanung und das Bauwesen mitgewirkt. Weiter hat das BRPA verschiedene Gesetzesentwürfe und Sachpläne geprüft, die ihm vom Bund oder von den Nachbarkantonen zur Vernehmlassung unterbreitet wurden.

## 3. Koordination, Verwaltung und Studien

### 3.1 Allgemeines

Die Zusammenarbeit mit den Raumplanungsämtern der Kantone Waadt und Bern sowie mit dem Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) wurde weiterverfolgt. Zudem stand das Amt über die CORAT regelmässig in Kontakt mit den übrigen Westschweizer Raumplanungsämtern.

### 3.2 Tätigkeiten innerhalb von Verbänden und Kommissionen

Das BRPA hat sich an den Arbeiten der in seinem Tätigkeitsbereich aktiven kantonalen, interkantonalen und nationalen Instanzen, Konferenzen und Kommissionen beteiligt.

### 3.3 Koordination mit den anderen kantonalen Dienststellen

Das BRPA hat die Koordination mit den anderen kantonalen Dienststellen im Bereich der raumwirksamen Tätigkeiten weitergeführt.

### 3.4 Informatik

Die Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA) und dem Berater des BRPA für die Umsetzung des Informatikkonzepts des BRPA wurde fortgesetzt.

Die Informatisierung des Amtes betraf namentlich folgende Bereiche:

- Vorstudie für den Ersatz der Anwendung zur Verwaltung der Baugesuche.
- Eingabe der Zonennutzungspläne (ZNP) und der Gemeindebaureglemente (GBR). Inzwischen sind alle ZNP elektronisch erfasst worden. Diese Daten werden nun laufend (bei jeder Genehmigung durch die RUBD) nachgeführt.
- Machbarkeitsstudie für die Ausarbeitung einer Datenbank zur Verwaltung der administrativen Daten (Adressdateien, Verwaltung der Veröffentlichungen, Verfolgung der OP- und DBP-Dossiers).

Die Website des BRPA ([admin.fr.ch/brpa](http://admin.fr.ch/brpa)) wird regelmässig (Statistik der Baugesuche und der Genehmigungen durch die RUBD von Raumplanungsdokumenten) oder von Fall zu Fall (z.B. Revision des RPBG) nachgeführt. Und auf den Internetseiten zum kantonalen Richtplan

wird die Öffentlichkeit über den Stand der Arbeiten in diesem Bereich informiert.

## 4. Kantonalplanung

### 4.1 Richtplanung

Im Dezember 2007 hat der Staatsrat dem Grossen Rat vier Änderungen des kantonalen Richtplans unterbreitet (zwei aufgrund des neuen Massnahmenplans Luftreinhaltung, eine im Zusammenhang mit den bei Hafenprojekten erforderlichen Planungsdokumenten und eine zur Berücksichtigung des minimalen Raumbedarfs von Fließgewässern in der Raumplanung).

### 4.2 Regionalplanung

Das BRPA nahm Einsitz in die technische Begleitgruppe zur Ausarbeitung des Richtplans der Agglomeration Freiburg. Infolge eines Beschlusses des Staatsrats hat das Amt ab März 2007 zusammen mit der provisorischen Agglomeration die Projektleitung im Hinblick auf die öffentliche Vernehmlassung des Richtplans wahrgenommen. Im Anschluss an die öffentliche Vernehmlassung, die zwischen Juni und August 2007 stattfand, wurde der Richtplan gründlich überarbeitet, um den verschiedenen Stellungnahmen des Bundes und der anderen Vernehmlasser Rechnung zu tragen. Am 20. Dezember 2007 haben die künftige Agglomeration, die betroffenen Gemeinden sowie der Staatsrat den Richtplan der Agglomeration Freiburg dem Bund zur Beurteilung unterbreitet. Das Dokument wird noch in den kantonalen Richtplan integriert werden müssen, was für Anfang 2008 vorgesehen ist. Diese Änderungen werden im Februar 2008 in die öffentliche Vernehmlassung gegeben werden.

Das BRPA ist auch mit der Agglomeration von Bulle (Mobul) in Kontakt. Das Amt wird den regionalen Richtplan wie im RPBG vorgesehen während des Jahres 2008 begleiten.

Das Amt hat die Arbeiten für einen kantonsübergreifenden regionalen Richtplan für die Broye weitergeführt, die im Rahmen des Regionalplanungsverbands Broye (COREB) ausgeführt wurden.

### 4.3 Naturgefahren

Das BRPA hat in Zusammenarbeit mit der Naturgefahrenkommission (KNG) die Umsetzung der im kantonalen Richtplan festgelegten vorsorglichen Massnahmen in den Bereichen Raumplanung und Bauwesen weitergeführt. Dazu gehören insbesondere:

- die Berücksichtigung der Grundlagenstudien (namentlich der Gefahrenkarten) in der Gemeindeplanung (OP, DBP) und bei baupolizeilichen Arbeiten;
- die systematische Prüfung aller Dossiers für OP, DBP oder Baugesuche unter dem Gesichtspunkt der Naturgefahren;
- die Prüfung der von den Gesuchstellern eingereichten geologischen und geotechnischen Expertisen.

Das Amt hat wiederholt Gemeinden, Privatpersonen und kantonalen Dienststellen Auskünfte erteilt über den Grad der Gefährdung und die Art der Naturgefahren, die für ein einzelnes Projekt oder eine bestimmte Region bestehen. Die Beraterfunktion wird immer wichtiger und die Zahl der Interventionen in diesem Bereich ist in ständigem Steigen begriffen. Infolge der Unwetter vom August wurde das BRPA stark beansprucht – besonders im Galtertal.

Das Amt hat sich aktiv an der Koordination der Grundlagestudien für die Naturgefahren beteiligt. Es hat namentlich die administrative Leitung des kantonalen Kartografierungsprogramms (2000–2009) inne. Zusammen mit dem Amt für Wald, Wild und Fischerei hat das BRPA die Gefahrenhinweiskarten der Rutsch- und Steinschlaggebiete im Mittelland erstellt. Die Gefahrenkarten für den voralpinen Bereich des Kantons, die 2002 bis 2006 erstellt wurden, und die kantonale Übersichtskarte der Rutschgebiete wurden über das Geoportal des Kantons Freiburg, das seit Juli 2007 in Betrieb ist, öffentlich zugänglich gemacht. Neben diesen Karten können auch die entsprechenden erläuternden Berichte eingesehen werden.

Das BRPA war an folgenden Bundesprojekten beteiligt:

- Ausarbeitung der Richtlinien über die Bestimmung der Gefahr von Rutschungen;
- Ausarbeitung von zwei Verordnungsentwürfen über die Anwendung des Bundesgesetzes über Geoinformation (GeoIG).

Auch dieses Jahr wurden mehrere Rutschgebiete in regelmässigen Abständen überwacht.

### 4.4 Kiesgruben und Materialausbeutungen

2007 waren im Kanton Freiburg 69 Kiesgruben und 12 Steinbrüche in Betrieb.

## 5. Ortsplanung

Die RUBD genehmigte eine OP-Generalrevision. Es handelte sich um die OP der Gemeinde Schmitten. Zudem wurden der RUBD 65 Änderungen von OP und GBR sowie ein kommunaler Energieplan zur Genehmigung unterbreitet.

Das BRPA hat 9 Generalrevisionen und Revisionsergänzungen von OP sowie Änderungen an 48 OP und GBR vorgeprüft. Dazu kommen 16 Vorstudienberichte für OP-Revisionen.

Für die Erstellung eines Überblicks über den Erschliessungsstand erhielten die Gemeinden Beiträge von insgesamt 4720 Franken.

## 6. Bauten

### 6.1 Baubewilligungen

2007 wurden 2824 Bewilligungen erteilt: 1498 für Neubauten und 1326 für Umbauten, Vergrösserungen, Renovierungen sowie Abbrüche.

Auf Antrag des BRPA hat die RUBD 481 Sonderbewilligungen für Bauten oder Umbauten ausserhalb der Bauzone (Projekte in Verbindung mit der Landwirtschaft sowie andere Projekte) und für Deponien erteilt, die sich folgendermassen aufteilen lassen:

- 147 Neubauten;
- 140 Umbauten;
- 194 verschiedene Bauwerke wie Kanalisationen für Abwasser oder unverschmutztes Wasser, Trinkwasser- oder Löschwasserleitungen, Erdarbeiten, Antennen usw.

Im gleichen Zeitraum wurden 16 Sonderbewilligungen für nicht zonenkonforme Neubauten, Ausbauten, Umbauten oder Anlagen verweigert.

393 Dossiers wurden in Bezug auf bauliche Hindernisse geprüft.

Ferner behandelte das BRPA 83 Abweichungen von Gemeindebaureglementen und wies deren 4 zurück.

## 6.2 Detailbebauungspläne

Das BRPA hat der RUBD 25 DBP und Änderungen zur Genehmigung unterbreitet. Ausserdem waren 30 DBP Gegenstand einer Vorprüfung.

10 DBP wurden aufgehoben; 2 Reglemente über den Tarif der Verwaltungsgebühren und Ersatzabgaben im Raumplanungs- und Bauwesen wurden von der RUBD genehmigt.

## 6.3 Architekten- und Ingenieurregister

2007 wurden 84 neue Eintragungen in die verschiedenen Kategorien gemäss Artikel 187, 188 und 189 des RPBG vorgenommen.

## 7. Beschwerden

### 7.1 Entscheide der RUBD über Beschwerden gegen Gemeindeentscheide zu Einsprachen betreffend die Raumplanung

Am 31. Dezember 2007 waren 66 Beschwerden bei der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion hängig.

2007 wurden 44 Beschwerden gegen Gemeindeentscheide eingereicht. Keine dieser Beschwerden wurde zurückgezogen.

Die RUBD hat im Jahr 43 Entscheide zu Beschwerden getroffen. Dagegen wurden 17 Beschwerden beim Verwaltungsgericht eingereicht.

### 7.2 Beschwerden an das Verwaltungsgericht gegen Entscheide der RUBD über Bauten ausserhalb der Bauzone

Beim Verwaltungsgericht wurden 7 Beschwerden gegen die Erteilung oder Verweigerung von Sonderbewilligungen durch die RUBD eingereicht.

## 7.3 Entscheide des Verwaltungsgerichts

2007 hat das Verwaltungsgericht 11 Beschwerden gegen Entscheide der RUBD über die Raumplanung oder über Bauten ausserhalb der Bauzone behandelt: 6 dieser Beschwerden wurden abgewiesen und 4 gutgeheissen. Auf eine Beschwerde trat das Gericht nicht ein.

Darin nicht enthalten sind die Beschwerden, die nachträglich beigefügt wurden und im selben Entscheid wie die ursprüngliche Beschwerde behandelt wurden.

## 7.4 Beschwerden an das Verwaltungsgericht gegen Entscheide der RUBD zu Genehmigungen von OP

Von Seiten der Gemeinden wurde keine Beschwerde beim Verwaltungsgericht eingereicht.

## 8. Kommissionen

### 8.1 Beratende Raumplanungskommission

2007 hielt die Kommission 3 Sitzung ab. Dabei nahm sie hauptsächlich Stellung zum Statutenentwurf der Agglomeration Freiburg und zum Richtplan der Agglomeration Freiburg. Ausserdem wurde sie über die Arbeiten für die Totalrevision des RPBG auf dem Laufenden gehalten.

### 8.2 Kommission für Architektur und Siedlungsgestaltung

2007 hat die Kommission 4 Sitzungen abgehalten.

### 8.3 Naturgefahrenkommission

2007 hielt die Kommission 5 Plenarsitzungen ab. Folgende Themen wurden dabei behandelt:

- Umsetzung der Vorsorgeprinzipien, die im kantonalen Richtplan definiert sind.
- Koordination der Grundlagestudien im Bereich Naturgefahren: Gefahrenhinweiskarte zu den Rutschungen im Mittelland, Veröffentlichung der Gefahrenkarten.
- Begleitung von Massnahmenkonzepten (insbesondere für Semsales).
- Prüfung von Dossiers für die Änderung von OP und DBP sowie Prüfung von Baugesuchen.
- Prüfung des Vorentwurfs des Gesetzes über den Bevölkerungsschutz.

Die Kommission hat durch ihr Sekretariat gesamthaft 72 OP, DBP und GEP sowie 387 Baubewilligungsgesuche begutachtet; in 48 weiteren Fällen waren spezifische Einsätze vor Ort nötig. Diese Fälle gaben Anlass zu Anmerkungen (Standortbestimmungen, Ratschläge zu dringenden Massnahmen, Sanierungsmassnahmen usw.).

#### 8.4 Verwaltungskommission für das Südufer des Neuenburgersees

2007 hielt die Kommission 4 Plenarsitzungen ab.

### III. AMT FÜR UMWELT

#### 1. Aufgaben

Das Amt für Umwelt (AfU) hat die Aufgabe, zur Wahrung des Gleichgewichts zwischen Mensch und Umwelt beizutragen. Dabei stützt es sich auf das Bundesgesetz über den Umweltschutz und das Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer. Das AfU ist insbesondere für folgende Bereiche zuständig:

- Bewahrung der Qualität der unter- und oberirdischen Gewässer, Vermeidung von nachteiligen Einwirkungen auf die Gewässer und Instandsetzung nach solchen Einwirkungen.
- Abfallbewirtschaftung und Sanierung der belasteten Standorte;
- Luftreinhaltung (Kontrolle und Begrenzung der Emissionen, Überwachung der Immissionen sowie Sanierung);
- Lärmschutz und Schutz vor nichtionisierender Strahlung;
- Bodenschutz (allgemeine Koordination und Schutz des Bodens in Siedlungsgebieten);
- Umweltverträglichkeitsprüfungen und Vorbeugung von nachteiligen Einwirkungen bei Anlagen einer gewissen Bedeutung und Grösse; Planung und Koordination der Vorschriften;
- Schutz vor Störfällen, Senkung des Risikos bei der Nutzung gefährlicher Substanzen, biologische Sicherheit; Hilfe bei Verschmutzungen;
- Analyse der Gewässer (verschmutzt, oberirdisch und unterirdisch), des Bodens und des Klärschlammes.

Um seine Aufgaben zu erfüllen, hat sich das Amt vier Hauptziele gesetzt:

- nachteilige oder lästige Einwirkungen verhindern und reduzieren;
- zum verantwortungsvollen Gebrauch der natürlichen Ressourcen anregen;
- jede und jeden dazu ermuntern, die Umwelt im Alltag zu achten;
- dem Kanton als Kompetenzzentrum im Bereich der Umwelt zur Verfügung stehen.

Vorsteher des Amtes für Umwelt ist Marc Chardonens.

#### 2. Tätigkeit

##### 2.1 Aussenbeziehungen

Das AfU arbeitete in folgenden Kommissionen, Verbänden und Arbeitsgruppen aktiv mit:

##### 2.1.1 Auf nationaler Ebene

- Konferenz der Vorsteher der Umweltschutzämter der Schweiz (KVU);
- Verband Schweizerischer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute (VSA);
- Vereinigung kantonaler Gewässerschutzchemiker und -limnologen (Cerc'l'eau);
- Schweizerischer Verband der kantonalen Verantwortlichen für geologische und hydrologische Fragen;
- Schweizerische Gesellschaft für Hydrogeologie;
- Arbeitsgruppe für Tankanlagen (CITA);
- Schweizer Geologenverband (CHGEOL);
- Schweizerische Gesellschaft der Lufthygienefachleute (Cerc'l'Air), in deren Vorstand das AfU mitwirkt;
- Vereinigung der kantonalen Lärmschutzfachleute (Cercle Bruit);
- Kontaktgruppe des Bundesamts für Umwelt (BAFU) für den Vollzug der Störfallverordnung (StfV);
- interkantonale Gruppe für den Bereich der biologischen Sicherheit (ERFA BIO);
- interkantonale Gruppe für die Beförderung gefährlicher Güter (ERFA Strasse);
- interkantonale Gruppe «Erfahrungsaustausch Fachstellen Bodenschutz»;
- Evaluations- und Studiengruppen des BAFU für die Verbesserung der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und die Revision der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPV);
- Arbeitsgruppe Netzwerk Umweltbeobachtung Schweiz (NÜS), die vom BAFU und der KVU initiiert wurde;

##### 2.1.2 Auf interkantonaler Ebene

- Konferenz der Westschweizer Umwelt- und Gewässerschutzvorsteher (CREPE), namentlich Mitwirkung bei der Plattform «énergie-environnement»;
- interkantonale Kommission für die Abfallbehandlung (CIRTD), deren Vorsitz zurzeit das AfU innehat;
- Verwaltungsrat des Zentrums für Sammlung und Identifizierung von Sonderabfällen (CRIDEC) in Ec-lépens;
- Westschweizer Vereinigung für Gewässerschutz und Luftreinhaltung (ARPEA), in der sich das Amt an der Ausarbeitung von Ausbildungskursen beteiligt;
- Gruppe der Verantwortlichen der Westschweiz und des Kantons Bern für den Grundwasserschutz;
- interkantonale Gruppe Bern-Neuenburg-Freiburg für die Kontrolle der Seen des Mittellands (Neuenburger-, Bieler- und Murtensee);
- Westschweizer Arbeitsgruppe für die Überwachung von Anlagen zur Lagerung von wassergefährdenden Flüssigkeiten (SIL);

- interkantonale Planungs- und Einsatzgruppe für die Bekämpfung von Kohlenwasserstoffverschmutzungen im Neuenburger-, Bieler- und Murtensee sowie in den Kanälen (GIPESI);
- Westschweizer Arbeitsgruppe für die Automobilbranche (AGC);
- interkantonale Arbeitsgruppen, die mit der Umsetzung des neuen Bundesrechts im Bereich der Lagerung wassergefährdender Flüssigkeiten betraut ist;
- Westschweizer Gruppe der Betreiber von Kläranlagen (GRESE);
- Westschweizer technische Gruppe für die Kontrolle der Kläranlagen (GRTCS);
- interkantonale technische Kommission für den Gewässerschutz innerhalb des GELAN-Programms (GELAN-GS);
- Westschweizer Arbeitsgruppe von Makrozoobenthos-Spezialisten;
- Gruppe der Verantwortlichen der Westschweiz und des Tessins für die Umweltverträglichkeitsprüfungen (grEIE), deren Vorsitz zurzeit das AfU innehat;
- Westschweizer Gruppierung der Lufthygieneverantwortlichen (GREMMI);
- Westschweizer Gruppierung der kantonalen Heizungsinspektoren (GRICCH);
- Westschweizer Arbeitsgruppe der Verantwortlichen für die Luft/Emissionen in Industrie und Gewerbe;
- Westschweizer Koordinationsgruppe für den Boden (ROSOL);
- interkantonale technische Gruppe für die Integration des Moduls Bodenerosion in die Informatiklösung GELAN (PROSOL-GELAN), deren Vorsitz zurzeit das AfU innehat;
- interkantonale Gruppe der Westschweiz und des Tessins für die Umweltinformation (Info-Environnement);
- Deutschschweizer Sachbearbeitertagungen für Industrie und Gewerbe;
- Westschweizer Gruppe für Industriesanierung (GRAIN);
- Westschweizer/Tessiner Gruppe für die Sanierung belasteter Standorte (GLASP);
- interkantonale Konferenz der Verantwortlichen bei Umweltverschmutzungen;
- Westschweizer Gruppierung der Gewässer- und Umweltschutzlaboratorien der Kantone (Lab'Eaux);
- Methodikgruppe der internationalen Kommission zum Schutz des Genfersees (CIPEL);
- Interkantonale Gruppe über die Risiken von Chlortransporten auf wichtigen Transitstrassen;
- Kontaktgruppe für den Militärflugplatz Payerne.
- Kommission für Schiessstände, deren Sekretariat das Amt führt;
- beratende Raumplanungskommission (CCCAT);
- Konsultativkommission für die Fischerei;
- Kommission für Pflanzenschutz;
- Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention;
- Kommission für den ORKAF-Plan;
- Verwaltungsrat und Projektausschuss SAIDEF;
- Verwaltungsrat der Kompostieranlage Seeland AG;
- Kommission für die Abfallbewirtschaftung der kantonalen Bauwirtschaftskonferenz (KBWK);
- Verkehrsverbund der Agglomeration Freiburg (CUTAF);
- «Umweltklub» des Grossen Rates, dessen Sekretariat das AfU führt;
- Kommission für die Verwaltung des Fonds der Gruppe E zur Vermarktung des Labels «Nature Made Star».
- Gruppe für die ämterübergreifende Koordination in den Bereichen der Raumplanung und Gewässerrevitalisierung;
- technische Gruppe @gglo, die mit der Ausarbeitung des Agglomerationsprojekts Freiburg beauftragt ist;
- kantonale Koordinationsgruppe zum Schutz gegen Störfälle (GROPAM), deren Vorsitz und Sekretariat das Amt innehat;
- Koordinationsgruppe für den ORKAF-Plan;
- technische Gruppe für den Unterhalt und die Begleitung der Ausgleichsmassnahmen für die A1, deren Vorsitz das AfU innehat;
- Arbeitsgruppe der Verwaltung für die Begleitung des kantonalen Richtplans;
- Arbeitsgruppe für den Sachplan Arbeitszonen;
- Arbeitsgruppe Erosion FR;
- Arbeitsgruppe mit Vertretern mehrerer Dienste für die Anwendung der Gesetzgebung über den Bodenschutz, deren Vorsitz und Sekretariat das Amt innehat;
- kantonale Konferenz der Stützpunktkommandanten;
- Arbeitsgruppe für die Strassenlärmsanierung.

### 2.1.3 Auf kantonalen Ebene

- Kantonale Kommission für Umwelt-, Natur- und Landschaft, für die das AfU das Sekretariat führt;

### 2.2 Gesetzgebung

Der Vorentwurf zum kantonalen Gewässergesetz, mit dem eine ganzheitliche und nachhaltige Gewässerbewirtschaftung im Kanton sichergestellt und das kantonale Recht an die neue Gesetzgebung auf Bundesebene angepasst werden soll, wurde infolge der öffentlichen Vernehmlassung überarbeitet und dem Staatsrat im Juni 2007 unterbreitet. Zur gleichen Zeit verabschiedete der Grosse Rat das Gesetz über die Lebensmittelsicherheit. Bei dieser Gelegenheit hat der Grosse Rat das Kapitel über das Trinkwasser aus dem Gesetz über die Lebensmittelsicherheit entfernt, um es in das Gewässergesetz

integrieren zu lassen. Die Eingliederung des Trinkwassers in das Gewässergesetz ist derzeit im Gang – in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Laboratorium und der ILFD. Der neue Gesetzesentwurf wird dem Staatsrat im Lauf des Jahres 2008 vorgelegt werden.

Der Staatsrat hat am 8. Oktober 2007 den neuen Massnahmenplan Luftreinhaltung genehmigt.

Um die Subventionierung der Gewässerschutzbauten und -arbeiten abzuschliessen, wurde ein Dekret für einen zusätzlichen Verpflichtungskredit verabschiedet, das Anfang 2007 in Kraft trat. Die Beiträge belaufen sich auf insgesamt 5 900 000 Franken für die Jahre 2007 bis 2011.

### 2.3 Information

Die Information ist eine Aufgabe, die sich aus dem Bundesgesetz über den Umweltschutz (USG, Art. 6 und 42) und dem Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (GSchG, Art. 50) herleitet. So besagt Artikel 6 USG: «Die Behörden informieren die Öffentlichkeit sachgerecht über den Umweltschutz und den Stand der Umweltbelastung. Die Umweltschutzfachstellen (Art. 42) beraten Behörden und Private. Sie empfehlen Massnahmen zur Verminderung der Umweltbelastung.»

Die Kommunikation ist für den Umweltschutz von grösster Bedeutung, da die Bevölkerung auf diese Weise über die Situation aufgeklärt werden kann, was umweltgerechte Verhaltensweisen fördern sollte.

#### 2.3.1 Besondere Ereignisse und Tätigkeiten

Die wichtigsten Tätigkeiten 2007 im Bereich der Kommunikation lauteten:

- Plattform der Westschweizer Konferenz der Dienstchefs im Bereich Umwelt (energie-environnement.ch);
- Information zuhänden der Gemeinden sowie Organisation der Aktion «Frühjahrsputz» – einer Sensibilisierungskampagne zur Problematik der Abfallbewirtschaftung und der Ressourcenschonung, die die aktive Beteiligung der Bevölkerung vorsieht. 2007 haben die Gemeinden 34 solche Aktionen durchgeführt. Ausserdem fand am 11. Mai eine Presseorientierung in Anwesenheit von Staatsrat Georges Godel statt;
- Übersetzung auf Deutsch der von Info-Environnement produzierten Lehrmittel zu den Themen Wasser, Abfall, Luft, Lärm und Mobilität sowie Verteilung an die deutschsprachigen Primarschulen des Kantons einer DVD mit fünf Trickfilmen zu diesen Themen;
- Ausstellung zum Thema Abfall: «Abfall oder Rohstoff?» anlässlich der Tage der offenen Türe der Kehrichtverbrennungsanlage SAIDF mit dem Auftritt eines Magiers, der den Anwesenden mit Zaubertricks die Bedeutung des Recyclings näherbrachte;

- Ausarbeitung von acht Tafeln für die beiden neuen Lehrpfade vor den Toren der Stadt Freiburg mit dem Namen «Wasserwege»;
- Ausstellung anlässlich der Fachmesse Energissima in Bulle – in Zusammenarbeit mit dem Amt für Verkehr und Energie –, um die Öffentlichkeit über die ökologischen Aspekte der Energieproduktion und des Energiekonsums zu informieren;
- Aufschaltung am 21. März 2007 des neuen Internetauftritts des Amtes und Nachführung der Website durch die Veröffentlichung von Neuigkeiten zur Umwelt (16 Nachrichten im Jahr 2007);
- Medienmitteilungen (neuer Massnahmenplan Luftreinhaltung, Entscheide der Schweizer Armee sowie der Kantone Freiburg und Waadt zum Flugplatz Payerne, Temporärmassnahmen bei ausserordentlich hoher Luftbelastung durch Feinstaub usw.);
- Ausarbeitung, Abfassung und Verteilung im November eines Informationsbulletins für die breite Öffentlichkeit über den Gewässerschutz im Kanton Freiburg;
- Monatliches Informationsschreiben zuhänden der Gemeinden und Verbände zum Zustand ihrer Kläranlagen;
- Informationsschreiben zuhänden der Gemeinden im Zusammenhang mit der Revision der Bundesgesetzgebung über den Gewässerschutz im Bereich der Tankanlagen;
- Informationsveranstaltungen für die Gemeinden zu den neuen Bestimmungen über die Finanzierung der Sanierung der Zielhänge von Schiessanlagen;
- Vorbereitung der Vollzugshilfen zur Ableitung und Behandlung des Abwassers aus Gemeinschaftsküchen, Liegenschaften und Schwimmbädern.

Nachdem festgestellt worden war, dass die Freisetzung von dioxinähnlichen PCB zu einer Kontamination der Fische in der Saane geführt hat (siehe auch Punkt 8 Abfälle und Altlasten), schuf der Staatsrat im Oktober 2007 eine Projektorganisation für die notwendigen Untersuchungen sowie für die Überwachung und Sanierung des belasteten Standorts. In diesem Zusammenhang haben die Behörden eine grosse Informationsarbeit geleistet. Insbesondere wurde eine neue Website aufgeschaltet und es wurden verschiedene Medienmitteilungen zu diesem Thema publiziert.

#### 2.3.2 Website

Auf seiner Website ([admin.fr.ch/afu](http://admin.fr.ch/afu)) informiert das AfU kontinuierlich über die Luftqualität, die in den verschiedenen über das ganze Kantonsgebiet verteilten Messstationen gemessen wurde. Auf der Website findet man zudem allgemeine Informationen über sämtliche Tätigkeitsgebiete des AfU und auch Informationsbroschüren, Merkblätter und Formulare über die Abfallentsorgung sowie über den Gewässerschutz, die heruntergeladen werden können. Nicht zuletzt wartet

die Website mit nützlichen Internet-Adressen und dem Umweltbericht im pdf-Format auf. Die Website wurde des Weiteren durch einen gemeinsam mit dem Autobahnamt (ABA) ausgearbeiteten Internetauftritt über die ökologischen Ausgleichsmassnahmen für die A1 ergänzt. Eine weitere Website ([www.les3lacs.ch](http://www.les3lacs.ch)), die von den drei Kantonen Bern, Freiburg und Neuenburg gemeinsam verwaltet wird und direkt über die Site des AfU angeklickt werden kann, liefert monatlich aktualisierte Informationen über die Entwicklung der Wasserqualität in den drei Seen des Mittellands (Bieler-, Murten- und Neuenburgersee). Das Amt hat ausserdem an der Aktualisierung der Datenbank mitgearbeitet, in der alle Schweizer Unternehmen, die im Bereich der Abfallbearbeitung tätig sind, aufgeführt sind. Die Datenbank kann über die Startseite des AfU abgerufen werden.

### 2.3.3 Schulung

Auf Ersuchen des Freiburgischen Baumeisterverbands (FBV) hat das Amt 12 Kurse über die Sicherheit beim Lagern von Kohlenwasserstoffen und den Umgang mit ihnen, über den Gewässerschutz sowie über die Abfallbewirtschaftung durchgeführt. Diese Kurse richteten sich an Geräte-, Autokran- und Bauführer und fanden im kantonalen Berufsbildungszentrum statt.

Ausserdem führte das Amt 2 Kurse über die Abwasserbehandlung für Milch- und Lebensmitteltechnologien und für die Absolventinnen und Absolventen der Höheren Fachschule für Lebensmitteltechnologie im LIG durch.

Das Amt beteiligte sich ferner aktiv an der Ausbildung der Polizeiaspirantinnen und aspiranten des Jahrgangs 2007. In den Kursen werden den Ordnungshütern im Hinblick auf ihre künftigen Einsätze praktische Kenntnisse über den Umweltschutz vermittelt.

### 2.4 Vorsorgliche Analyse der Dossiers

Die Zahl der Dossiers, die das AfU im laufenden Jahr bearbeitet hat, ist im Vergleich zu 2006 praktisch gleich geblieben. Rein mengenmässig fallen die Baugesuche am stärksten ins Gewicht:

- 3288 Baugesuchsdossiers (2006 waren es deren 3422 gewesen); entsprechend war der Arbeitsaufwand auch dieses Jahr sehr hoch;
- 289 Gesuche unterschiedlicher Art der Gemeinden (beschränkte Auflagen);
- 150 Ortspläne (OP) und Detailbebauungspläne (DBP).

### 2.5 Verschiedenes

Das Amt hat gemeinsam mit dem LIG den Bericht «Landwirtschaft und Umwelt» erarbeitet und fertig gestellt. In diesem Bericht wird eine Bilanz der letzten zehn Jahre gezogen für die verschiedenen Umweltaspekte, die die Landwirtschaft betreffen (namentlich der Bodenschutz und die Erosion). Ausserdem ging es in diesem Bericht

darum, die Ziele und Prioritäten für die nächsten zehn Jahre unter dem Gesichtspunkt der nachhaltigen Entwicklung festzulegen.

## 3. Gewässerschutz

### 3.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 3.1.1 Sektor Siedlungsentwässerung

##### a) Subventionierung

2007 betragen die überwiesenen Kantonsbeiträge rund 1 000 000 Franken (für etwa vierzig GEP). Ausserdem erhielten gewisse Bauwerke für die Abwasserbeseitigung und -behandlung Kantonsbeiträge von knapp 350 000 Franken. Die Gesuche um Bundessubventionen beliefen sich 2007 auf zirka 400 000 Franken.

##### b) Gemeindeplanungen und Baudossiers

Neben den oben erwähnten Raumplanungs- und Baudossiers (siehe Punkt 4) hat das AfU 25 Gesuche für die Änderung von Reglementen über die Abwasserreinigung geprüft. Derzeit verfügt knapp ein Viertel der Gemeinden über Reglemente und Gebühren, die dem Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer entsprechen (insbesondere Art. 60a GSchG).

2007 hat das Amt rund zwanzig Gemeinde-, Verbände- und globale GEP zur Begutachtung erhalten. Rund 40 Dossiers müssen dem Amt noch zur Vorprüfung vorgelegt werden. Dies dürfte im Jahr 2008 geschehen.

##### c) ARA

Auch 2007 ist das Amt den Betreibern der 29 Abwasserreinigungsanlagen (ARA) im Kanton mit Rat und Tat zur Seite gestanden, damit die in der Gewässerschutzverordnung vom 28. Oktober 1998 (GSchV) definierten Wirkungsgrade und Normen für die abgeleiteten Mengen und Konzentrationen von Stoffen eingehalten werden. Das AfU organisierte namentlich eine Informationsveranstaltung für die ARA-Besitzer und Betreiber.

Im Rahmen der Überwachung der Kläranlagen gemäss GSchV hat das Amt die Qualität des Wassers (knapp 400 Proben) und des Klärschlammes (rund 100 Proben) untersucht und die Resultate den Betriebsverantwortlichen und den übergeordneten Instanzen übermittelt.

Das Amt begleitet zudem die Arbeiten zur Vergrösserung und Anpassung der ARA in Marly, die bis 2009 dauern dürften. Die Umbauarbeiten (Nitrifikation, Entstickung) werden vom Bund (2 000 000 Franken) und vom Kanton (1 500 000 Franken) subventioniert.

#### 3.1.2 Sektoren Industrielle Abwässer und Wassergefährdende Flüssigkeiten

##### a) Industrie und Gewerbe

Das AfU hat 243 Dossiers für den Bau, 11 Dossiers für die Sanierung und 23 Dossiers für die Genehmigung von Chemie- und Drucktanks geprüft und begutachtet. Es hat des Weiteren 12 neue Gewerbe- und Industrieunternehmen aus Sicht des Gewässerschutzes abgenommen und von Auge eine gewisse Anzahl Anlagen für die

Vorbehandlung der industriellen Abwässer überprüft. Es hat zudem die Sanierung von 4 Anlagen infolge einer Gewässerverschmutzung in die Wege geleitet.

Im Rahmen der Erstellung und Nachführung des Industrieabwasserkatasters hat das Amt in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und überkommunalen Abwasserverbänden 62 Unternehmen besucht und kontrolliert. Den Besitzern von nicht konformen Anlagen wurden entsprechende Sanierungsmassnahmen bedeutet.

Das Amt hat schliesslich für 8 neue Chemietanks unter Druck Prüfbescheinigungen, die vom bezeichneten Experten ausgestellt werden mussten, verlangt, um sicherzustellen, dass die Anlagen den zugelassenen Techniken entsprechen.

Im Zusammenhang mit der Überwachung der industriellen Abwässer hat das AfU die Analyseergebnisse überprüft und die Berichte über die für die ARA massgeblichen Schadstoffbelastung von 16 Unternehmen, die einen Einfluss auf die ARA haben, evaluiert.

b) Garagen, Autospenglereien und andere Betriebe der Autobranche

Das AfU hat 118 Baugesuche und 17 Umbaugesuche von Betrieben der Automobilbranche geprüft und begutachtet. Auf Grund des vom Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt verlangten Konformitätsberichts mussten 60 Betriebe ihre Anlagen gemäss Umweltschutzanforderungen sanieren. Die Sanierungsarbeiten erforderten insgesamt 85 Ortsbesichtigungen.

Derzeit wird eine Datenbank erstellt, mit der sämtliche Tätigkeiten in den Bereichen Industrie, Gewerbe und Autobranche erfasst und verfolgt werden können, die spezieller Massnahmen für den Gewässerschutz bedürfen.

c) Tankanlagen

Das AfU hat 119 Bewilligungsgesuche für 224 Tanks geprüft und begutachtet. Im Zusammenhang mit der Abnahme von 31 Installationen mussten 12 Besitzer schriftlich benachrichtigt werden, dass ihre Tankanlagen nachgebessert werden müssten.

Am 31. Dezember 2007 waren 48 585 Tankanlagen im Register eingetragen. Es wurden 2090 Tankanlagen revidiert und registriert. 305 Tanks wurden ausser Betrieb gesetzt, weil sie undicht waren, weil ein neues Heizsystem eingebaut wurde oder weil die Anlagen andere Mängel besaßen. Zudem konnten 240 Mahnungen bearbeitet und die Anlagen saniert werden. Derzeit sind 280 Mahnungen in Bearbeitung. Insgesamt waren 50 Ortsbesichtigungen nötig.

Es wurden 2000 Kontrollberichte über Leckerkennungsgeräte behandelt. Derzeit werden 202 Geräte bearbeitet.

2 Tankrevisionsunternehmen sind geprüft worden. Dazu waren 9 Ortsbesichtigungen nötig. 4 Treibstofflieferanten wurden kontrolliert und über die Bemerkungen des Amts informiert.

d) Unfälle und Verschmutzungen durch Kohlenwasserstoffe

Das Amt hat 182 Dossiers zu Verschmutzungen durch Kohlenwasserstoffe behandelt. In diesem Zusammenhang wurden 312 Rechnungen ausgestellt, deren 3 Gegenstand von Beschwerden und deren 22 Gegenstand von Einsprachen waren.

### 3.1.3 Sektor Landwirtschaft

Im Rahmen der Kampagne für die Sanierung der Lager volumen von landwirtschaftlichen Betrieben des Kantons hat das Amt 396 Betriebe auf die Einhaltung der Anforderungen und gesetzten Fristen hin kontrolliert. 11 Dossiers wurden dem Amt für Landwirtschaft für allfällige administrative Massnahmen übergeben.

Von den 177 behandelten Dossiers wurden 4 Gesuche vom Meliorationsamt übermittelt (im Rahmen von Subventionsgesuchen).

In 48 Kontrollen wurde die Dichtigkeit von Jauchegruben für ein Gesamtvolumen von 26 000 m<sup>3</sup> geprüft.

### 3.1.4 Sektor Grundwasser

a) Karten über Gewässerschutzbereiche 1:25 000

Im Rahmen der regelmässigen Aktualisierung der Gewässerschutzbereiche wurden 6 der 17 Karten des Kantons gemäss den Bestimmungen der Bundesverordnung über den Gewässerschutz (GSchV) nachgeführt und veröffentlicht.

b) Grundwasserschutz zonen (definitive und provisorische Zonen S)

Die Studien und öffentlichen Auflagen von Schutz zonen bei den öffentlichen Wasserfassungen wurden weitergeführt. Die Mehrheit der Schutz zonen S bei öffentlichen Wasserfassungen wurde ausgeschieden und legalisiert. Noch gibt es aber im Kanton beinahe 200 provisorische Zonen S, bei denen abgeklärt werden muss, ob sie in definitive Schutz zonen überführt werden müssen.

Gegenwärtig wird eine Datenbank mit den im öffentlichen Interesse liegenden Grundwasserfassungen aufgebaut, damit die sachdienlichen Informationen (Erhebung, Qualität der Gewässer) zentral abgefragt werden können.

c) Zu strömbereiche (Sektoren Zu)

Zusammen mit dem LIG, dem Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) und dem BAFU hat das AfU hydrogeologische Studien in 2 neuen Zu strömbereichen auf den Gebieten der Gemeinden Neyruz und Surpierre (Praratoud) beendet. Diese Studien erfolgten im Rahmen der vom Bund ausgearbeiteten Strategie zur Reduktion des Nitratgehalts in den unterirdischen Gewässern und werden durch Bundes-, Kantons-, und Gemeindebeiträge unterstützt.

Die Wasserqualität in den Einzugsgebieten von Avry, Courgevaux, Domdidier, Fétygny, Lurtigen, Middel und Salvenach wurde wie bis anhin jeden Monat ana-

lysiert. Es wurden 6 weitere Standorte in das Überwachungsprogramm aufgenommen.

d) Kiesgruben, Materialausbeutungen und geothermische Sonden

Es wurden 2 Gesuche zur Ausbeutung von sandig-kiesigem Material geprüft. Um das Baubewilligungsverfahren für geothermische Sonden zu vereinfachen, wird derzeit eine Karte ausgearbeitet, in der angegeben ist, in welchen Zonen solche Sonden grundsätzlich erlaubt oder verboten sind bzw. speziellen Bedingungen unterstehen. Ausserdem wurden einzelne Gesuche für die Nutzung des Grundwassers für eine Wärmepumpe behandelt.

e) NAQUA, Beobachtung der Grundwasserqualität

Das in Zusammenarbeit mit dem BAFU ausgearbeitete Projekt für ein Netz zur Überwachung der Grundwasserqualität konkretisierte sich 2002 und wurde weitergeführt, indem insbesondere gezielte Studien über bestimmte Mikroverschmutzer in das Projekt aufgenommen wurden. Es handelt sich dabei um ein Projekt auf nationaler Ebene namens NAQUA, für das jährlich vier Messkampagnen in 14 Freiburger Messstationen durchgeführt werden, die auf dem Kantonsgebiet gemäss hydrogeologischer Besonderheit der Trinkwasserreserven verteilt sind. Die Arbeiten werden vom Bund subventioniert.

Die Überwachung der Grundwasserqualität ist eine Aufgabe des Kantons. Dafür wurde ein Konzept für ein Netz zur Überwachung der Grundwasserqualität auf regionaler Ebene mit 49 Standorten definiert. 2007 wurden zwei Messkampagnen durchgeführt.

Die Vorstudie für die Erstellung eines Sachplans für die Fassung von öffentlichen Gewässern steht kurz vor dem Abschluss. Diese Studie hat grosse Informationsdefizite zu Tage treten lassen.

### 3.1.5 Sektor Oberflächengewässer

Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen den Kantonen Bern, Neuenburg und Freiburg hat das AfU für die Studie und Analyse der Wasserqualität in den Seen des Mittellands 12 Proben (1 pro Monat) aus dem Murtensee entnommen. Das AfU hat sich auch an den Probeentnahmen aus dem Bieler- und Neuenburgersee beteiligt. Ferner hat das Amt die Kontrolle der Wasserqualität im Greyerzer- und im Schifflensee durch eine jährliche Probeentnahme weitergeführt.

Die jährliche Analyse der Wasserqualität in den Zuflüssen des Murtensees (Arbogne, Broye, Chandon, Kleine Glane) und des Neuenburgersees (Broyekanal) wurde mit 4 Probeentnahmen weitergeführt. Dabei wurden auch die Ableitungen der ARA von Murten, die sich im betroffenen Einzugsgebiet befindet, einer Qualitätskontrolle unterzogen.

Das Amt hat die 1999 begonnenen Arbeiten im Hinblick auf die Bestimmung des ökomorphologischen Zustands der Fliessgewässer im Kanton fortgeführt. 2007 hat es

die Studien für den Bach in Courtepin und für das Einzugsgebiet des Jaunbachs abgeschlossen sowie die Studie für das Einzugsgebiet der Arbogne fortgeführt. Die wichtigsten Fliessgewässer des Kantons haben zusammen eine Länge von rund 600 km. Davon wurden inzwischen 400 km erfasst. Das AfU führte des Weiteren 8 Messkampagnen für die Aufstellung einer Schadstoffbilanz im Einzugsgebiet der Unteren Saane durch.

Das AfU hat auch die 2004 begonnene Kampagne für die Untersuchung des Gesundheitszustands der Gewässer im Kanton Freiburg fortgeführt. Dabei verwendete das Amt die so genannte IBGN-Methode (Genormte Biologische Gesamtzahl), die auf der Beobachtung der Gemeinschaften der Wirbellosenlarven (Makro-Invertebraten) basiert. 2007 konnte lediglich das Einzugsgebiet der Galtera untersucht werden. Der sanitäre Zustand der Einzugsgebiete der Ärgera und des Jaunbachs konnte wegen ungünstiger Witterungsbedingungen nicht wie geplant untersucht werden.

Parallel zu diesen Studien führte das Amt im Frühjahr und Herbst zwei punktuelle Untersuchungen zur Bestimmung des phytosanitären Status von einigen Fliessgewässern durch. Hierfür mass es den Pestizidgehalt.

### 3.2 Besondere Ereignisse

Nachdem sich der Chef der Sektion Grundwasser und Oberflächengewässer im September 2007 pensionieren liess, wurden sämtliche Tätigkeiten des AfU, die die Gewässer betreffen, in einer einzigen Sektion zusammengefasst. Gegenwärtig wird die Sektion neu organisiert, um dem geltenden Recht noch besser entsprechen zu können.

Das Vorhandensein von cPCB in den Fischen der Saane und Glane beschäftigt den Sektor Oberflächengewässer seit dem Herbst 2007. So mussten verschiedene Zusatzstudien zur Bestimmung des PCB-Gehalts im Sediment und Wasser dieser Fliessgewässer durchgeführt werden.

Am 31.12.2006 wurde die Verordnung vom 1. Juli 1998 über den Schutz der Gewässer vor wassergefährdenden Flüssigkeiten ausser Kraft gesetzt. Dies hatte zur Folge, dass die Software für die Verwaltung der Tankanlagen in verschiedenen Bereichen angepasst und nachgeführt werden musste. Ausserdem waren zahlreiche Sitzungen mit dem BAFU und anderen Kantonen nötig. Um eine koordinierte Umsetzung des Bundesrechts zwischen den Kantonen zu gewährleisten, wurde eine Vollzugshilfe ausgearbeitet und im Rahmen einer Vernehmlassung den Kantonen und Vertretern der Branche vorgelegt. Die Arbeitsgruppe «Tankanlagen», in der auch der Kanton Freiburg vertreten ist, hat eine gemeinsame Richtlinie ausgearbeitet, mit der die praktische Anwendung der Vollzugshilfe gefördert werden soll.

## **4. Labor und Stoffe**

### **4.1 Ordentliche Tätigkeit**

#### **4.1.1 Akkreditierung nach ISO 17 025**

Im Rahmen des Qualitätsmanagement-Systems führte das AfU verschiedene Ringanalyse-Serien durch, die entweder von der Arbeitsgruppe «Analysen und Methoden» der CIPEL, von Lab'Eaux oder von den WEPAL (Wageningen Evaluating Programmes for Analytical Laboratories) aus den Niederlanden organisiert worden waren. Insgesamt erfolgten 183 Analysen, mit denen die Qualität der vom Laboratorium des AfU erbrachten Leistungen sichergestellt werden konnte.

#### **4.1.2 Abwasserreinigungsanlagen (ARA)**

Gestützt auf die gesetzlichen Bestimmungen – namentlich auf die Gewässerschutzverordnung und die kantonale Weisung vom 21. Juli 1991 über die Ausstattung und die Kontrolle von ARA-Betrieben – hat das AfU die 29 in Betrieb stehenden ARA der Gemeinden und Gemeindeverbände kontrolliert. Im Rahmen dieser Kontrollen wurden 2873 Analysen durchgeführt.

Das AfU hat die regelmässige Qualitätskontrolle der von den ARA produzierten Klärschlämme mit vier Probeentnahmen für die grossen und mittleren Anlagen und zwei Probeentnahmen für die kleinen Anlagen weitergeführt, was gesamthaft 1199 Analysen entspricht. Das AfU hat ferner seine Mitarbeit am MARSEP-Programm fortgesetzt, das von der Eidgenössischen Forschungsanstalt Agroscope Liebefeld-Posieux (ALP) zur Qualifizierung der Laboratorien eingeführt wurde. Das AfU-Labor ist dadurch offiziell für die Kontrolle der Klärschlämme und des Kompostes zugelassen.

#### **4.1.3 Industrieabwasser**

Wegen Personalmangel konzentriert sich das AfU 2007 auf die vorrangigen Geschäfte, insbesondere die Abnahme neuer Anlagen. So wurden 21 Analysen von Industrieabwässern vorgenommen. Zudem setzte das Amt seine umfassenden Untersuchungen der Qualität der Abwasserableitungen und des Grundwassers unter der Deponie von En Craux in Châtel-St-Denis sowie die Studien zur Qualität des Grundwassers unter der Deponie von Châtillon in Hauterive fort. Dafür wurden insgesamt 946 Proben analysiert.

#### **4.1.4 Grundwasser und Oberflächengewässer**

Das AfU hat im Rahmen der Wasserbewirtschaftung 5722 Untersuchungen in ober- und unterirdischen Gewässern des Kantons vorgenommen.

#### **4.1.5 Verschmutzungen**

Das Amt musste bei rund siebzig Fliessgewässerverschmutzungen einschreiten. Die identifizierten Urheber der Verschmutzungen wurden bei der zuständigen Be-

hörde angezeigt. Diese Verschmutzungen gaben Anlass zu 190 Untersuchungen.

#### **4.1.6 Interkantonale Zusammenarbeit**

Das AfU nimmt am Netzwerk der Gruppierung der Gewässer- und Umweltschuttlaboratorien (Lab'Eaux Sektion Westschweiz) teil. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit hat das Amt 104 Proben behandelt, wofür 322 Analysen nötig waren. Das AfU hat seinerseits 216 Proben für die Quantifizierung einer breiten Palette von Pestiziden (3564 Parameter) eingereicht. Seit Juli 2007 verfügt das Laboratorium über das entsprechende Instrumentarium, sodass es nach einer gewissen Schulungszeit möglich sein sollte, die Zahl der übermittelten Proben zu senken.

#### **4.1.7 Stoffe**

Solange die kantonalen Bestimmungen über den Vollzug des neuen Chemikalienrechts noch fehlen und die diesbezüglichen Kompetenzen noch nicht definiert sind, vertritt das AfU den Kanton Freiburg innerhalb der Chemsuisse interimistisch. Dieses Jahr stellte das Amt diese Stellvertretung bei 2 Sitzungen der Westschweiz sicher.

Es hat über die elektronische Plattform (Internet) zur Bewilligung von Kältemittelanlagen 29 Bewilligungen für die Benutzung von Kältemitteln registriert. Ausserdem wurden im Rahmen von öffentlichen Auflageverfahren 25 Gutachten für die Einrichtung von Kältemittelanlagen mit einem Kältemittelvolumen von über 3 kg erstellt.

## **4.2 Besondere Ereignisse**

Am 27. September 2007 wurde die Akkreditierung des Laboratoriums für alle Dienstleistungen im Bereich Umweltproben und -analysen für 5 Jahre verlängert. Im Anschluss an dieses Akkreditierungsverfahren, das auf Ringanalysen beruht und das durch zwei Experten der Schweizerischen Akkreditierungsstelle (SAS) durchgeführt wurde, musste nur eine Korrektur angebracht werden.

In Bezug auf die Einsätze des Amts bei Umweltverschmutzungen ist der Brand der Halle des Placettes in Vuisternens en Ogoz vom 3. Mai zu erwähnen, da ein Grosseinsatz des AfU nötig war, um die adäquate Entsorgung des Löschwassers, das durch die gelagerten Stoffe verschmutzt wurde, und der durch diesen Brand verursachten Abfälle sicherzustellen.

## **5. Luftreinhaltung**

### **5.1 Ordentliche Tätigkeit**

#### **5.1.1 Massnahmenplan**

Im Anschluss an die öffentliche Vernehmlassung im Jahr 2006 des überarbeiteten Massnahmenplans wurde ein Vernehmlassungsbericht abgefasst. Die endgülti-

ge Version des revidierten Massnahmenplans ist vom Staatsrat am 8. Oktober 2007 genehmigt worden.

Das AfU beteiligte sich an den Arbeiten der Koordinationsgruppe für Verkehr sowie an denjenigen der technischen Kommission des CUTAF. Zudem arbeitete es in der technischen Gruppe mit, die den Richtplan der Agglomeration Freiburg ausgearbeitet hat.

Auf interkantonaler Ebene nahm das AfU an zahlreichen Sitzungen zur interkantonalen Koordination des Vollzugs der Gesetzgebung teil.

### 5.1.2 Sektor Emissionskontrolle

Zur Überprüfung der Emissionen von industriellen und gewerblichen Heizungsanlagen wurden 10 Holzfeuerungsanlagen sowie 7 stationäre Motoren kontrolliert. Im Übrigen wurden die Emissionen von 2 industriellen Produktionsstätten untersucht. Auf Grund dieser Untersuchungen wurden 9 Installationen reguliert. Dem ist anzufügen, dass bei den meisten Messungen auch die Partikelemission gemessen wurde, weil diese beim Kampf gegen übermässige Feinstaubbelastung eine grosse Rolle spielt. Des Weiteren wurden 4 Anlagen zur chemischen Kleiderreinigung mit Perchlorethylen kontrolliert. Die Kontrollen und Sanierungen von industriellen und gewerblichen Anlagen konnten hingegen nicht wie vorgesehen durchgeführt werden.

Die Kaminfeger haben 14 300 Hausfeuerungen kontrolliert. Mit der Änderung 2004 der Luftreinhalte-Verordnung traten schärfere Bestimmungen für die vor 1991 in Verkehr gebrachten Anlagen in Kraft. Dies erklärt, wieso in so vielen Fällen (3725) eine Frist zur Sanierung der Feuerung angeordnet werden musste. Heute (Stand Ende 2007) gelten insgesamt 6303 Anlagen als sanierungsbedürftig.

Das AfU hat unter dem Gesichtspunkt der Luftreinhaltung 225 Dossiers für Baugesuche behandelt, darunter 47 für Industrie- und Gewerbebetriebe, 36 im Rahmen landwirtschaftlicher Tierhaltung, 31 für den Bau von Parkierungsanlagen, 16 für den Betrieb von Gasthöfen und 14 für den Bau von Tankstellen oder mechanischen Werkstätten. Die landwirtschaftlichen Dossiers betrafen zwei Bereiche: einerseits die Einhaltung des Mindestabstands zwischen einer landwirtschaftlichen Tierhaltung und der nächsten Wohnzone, andererseits die Begrenzung der Ammoniakemissionen, die namentlich von Jauchegruben stammen.

Es wurden zudem 43 Gesuche für die Installation von neuen Heizkesseln (nur kontrollierbare Anlagen) begutachtet. Das AfU hat ferner 15 Dossiers von OP oder DBP sowie verschiedene weitere Dossiers bezüglich Luftreinhaltung geprüft und 14 Klagen über Geruchsemissionen entgegengenommen, wovon einige noch in Behandlung sind. Es handelt sich dabei um Fälle, die von den Gemeindebehörden nicht geregelt werden konnten.

Das AfU beriet die von der Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV) betroffenen Unternehmen des Kantons. Die Bi-

lanz der flüchtigen organischen Verbindungen von 17 Unternehmen wurde überprüft und nach Ausführung der nötigen Anpassungen und Korrekturen der Eidgenössischen Oberzolldirektion zwecks Entschädigung zugestellt.

### 5.1.3 Sektor Immissionsüberwachung

Ein Teil der Messresultate für die Luftqualität von 2006 wurde wie jedes Jahr im statistischen Jahrbuch des Kantons Freiburg «STAT-FR 2007» sowie auf der Website des Bundesamts für Umwelt ([http://www.bafu.admin.ch/luft/luftbelastung/blick\\_zurueck](http://www.bafu.admin.ch/luft/luftbelastung/blick_zurueck)) veröffentlicht. Auf der Website des AfU ([admin.fr.ch/afu](http://admin.fr.ch/afu)) werden die aktuellen Stickstoffdioxidwerte – und seit 2007 auch die Feinstaubwerte – täglich und die Ozonwerte stündlich veröffentlicht. Während des Sommers werden nicht nur die aktuellen Ozonwerte veröffentlicht, sondern auch eine Vorhersage der Maximalwerte für die nächsten drei Tage.

Die kritischen Schadstoffe sind weiterhin Stickstoffdioxid, Ozon und der Feinstaub. Diese Substanzen überschreiten regelmässig die in der Bundesverordnung für die Luftreinhaltung festgelegten Grenzwerte. Nachdem das AfU 2007 sein Netzwerk von Passivsammlern ausgebaut hat, verfügt es zum ersten Mal über Messwerte für Ammoniak. Diese Messresultate zeigen, dass der für den Schutz der empfindlichen Flechten und Moose empfohlene Höchstwert von  $1 \mu\text{g}/\text{m}^3$  überschritten wird.

Das AfU betreibt weiterhin eine ständige Station für Immissionsmessungen an der Route de la Fonderie 2 in Freiburg. Zudem wurden zwei Messwagen wie folgt eingesetzt:

- Messung der Schadstoffbelastung im Burg-Quartier von Freiburg, hinter der Post;
- Messung der Schadstoffbelastung im Chamblioux-Quartier von Freiburg, in der unmittelbaren Nähe der A12, der Route du Jura und der Route de Chantermerle.

Um die Entwicklung der Feinstaubbelastung besser verfolgen zu können, wurde ein zusätzlicher Apparat bei der Station im Chamblioux-Quartier von Freiburg in Betrieb genommen. Dieses Gerät bestimmt die Feinstaubkonzentration in der Luft fortlaufend und automatisch. Bis anhin standen diese Werte erst nach den Analysen im Laboratorium und somit mit einer Verzögerung von ein paar Wochen zur Verfügung. Mit dem neuen System verfügt die RUBD über eine bessere Grundlage, um im Fall von Wintersmog Sofortmassnahmen einleiten zu können.

Das Netz der Stickstoffdioxid-Passivsammler umfasste im Jahr 2007 folgende Gemeinden: Bulle (3 Standorte), Châtel-St-Denis (1), Misery Courtion, Sektor Cormérod (1), Düdingen (1), Estavayer-le-Lac (1), Freiburg (6 Standorte, davon 3 bei der Messstation, um Vergleiche anstellen zu können), Givisiez (2), Granges-Paccot (1), Kerzers (1), Murten (1), Romont (1), Villars-sur-Glâne

(3) und Vuisternens-en-Ogoz (1), was ein Total von 23 Messstandorten ergibt. Die Ammoniakmessungen (NH<sub>3</sub>) erfolgten an 2 der oben erwähnten Standorte. Die Messresultate stehen auf der Website des AfU zur Verfügung.

## 5.2 Besondere Ereignisse

In diesem Bereich ist einzig die Annahme am 8. Oktober 2007 durch den Staatsrat des neuen Massnahmenplans Luftreinhaltung zu erwähnen. Dieser Plan ersetzt den Massnahmenplan für die Agglomeration Freiburg (1993) und denjenigen für die Agglomeration Bulle (1995). Auf kantonaler Ebene sind praktisch alle Direktionen von der Umsetzung des neuen Massnahmenplans betroffen. In erster Linie sind zwar die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion und die Volkswirtschaftsdirektion involviert, da die Mobilität im Bereich der Luftreinhaltung eine grosse Rolle spielt. Doch auch die übrigen Direktionen sind betroffen – insbesondere von den Massnahmen M18 (vorbildliches Verhalten der öffentlichen Hand im Bereich Luftreinhaltung) und M19 (Ausrüstung der Dieselfahrzeuge der kantonalen Verwaltung mit Partikelfiltern). Im Übrigen ist die Massnahme M16 (Ammoniak-Emissionen) für die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft, die Massnahme M14 (Motorfahrzeugsteuer) für die Sicherheits- und Justizdirektion und die Massnahme M17 (Öffentlichkeitsarbeit) für die Direktion für Gesundheit und Soziales von Belang. Auch den Gemeinden werden Aufgaben übertragen. Diese betreffen in erster Linie die Ortsplanung und die Mobilität.

## 6. Lärm- und nichtionisierende Strahlung

### 6.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 6.1.1 Schutz vor Strassenlärm

Die Arbeit des AfU konzentrierte sich im Bereich Lärm-schutz auch dieses Jahr vor allem auf die Umsetzung des Vorsorgeprinzips. In diesem Rahmen wurden 90 Dossiers für OP und DBP, 1010 Baugesuche und 11 Patentgesuche oder Gesuche um Verlängerung der Öffnungszeiten von öffentlichen Gaststätten begutachtet.

Die Bevölkerung reagiert immer empfindlicher auf die Lärmimmissionen. Die Zahl der Klagen wegen übermässiger Lärmbelastung bleibt weiterhin hoch: 2007 wurden 25 neue Dossiers eröffnet.

Während die Umsetzung des Vorsorgeprinzips Priorität genießt (Baubewilligungen, OP, DBP), ist die akustische Sanierung bestehender Anlagen (Schiesstände, Industrieanlagen, Strassen) nach wie vor von den zur Verfügung stehenden Mitteln abhängig. Die erste Frist von 15 Jahren (31. März 2002), wie sie für die akustische Sanierung lärmiger Anlagen im Bundesrecht vorgesehen ist, konnte deswegen nicht eingehalten werden. Und so kommt es, dass ein nicht zu vernachlässigender Teil der Bevölkerung immer noch Lärmbelastungen

ausgesetzt ist, die – zum Teil massiv – über den zulässigen Höchstwerten liegen.

Zum Strassenlärm ist zu sagen, dass mit dem Inkrafttreten am 1. Januar 2008 der NFA eine komplett neue Situation entsteht. Bis zu diesem Datum wurden die Sanierungsprojekte vom Bund einzeln und zu einem festen Satz, der von der Finanzkraft des Kantons abhing, subventioniert. Mit der NFA setzt die Subventionierung die Unterzeichnung einer Programmvereinbarung voraus, in der alle Projekte aufgelistet sind, die in einer ersten Phase (2008–2011) verwirklicht werden sollen. Die Höhe der Bundesbeiträge richtet sich ausserdem nicht mehr nach der Finanzkraft des Kantons, sondern nach der Wirksamkeit des Gesamtpakets. Zudem ist nur noch der Kanton Verhandlungspartner des Bundes. Das hat zur Folge, dass der Kanton die entsprechenden rechtlichen Voraussetzungen schaffen muss, um den Gemeinden die ihnen zustehenden Beiträge überweisen zu können.

Dank des vom Tiefbauamt und AfU erstellten ehrgeizigen Programms, das als Grundlage für die Programmvereinbarung diente, wird der Kanton Freiburg in den Genuss von beträchtlichen Bundesbeiträgen kommen. Es ist von grösster Bedeutung, dass genügend finanzielle und personelle Mittel zur Verfügung stehen, um die vereinbarten Ziele fristgerecht zu erreichen. Sollte die Vereinbarung durch den Kanton nämlich nicht eingehalten werden, werden die Bundesbeiträge für die darauf folgenden Jahre unweigerlich gekürzt werden.

#### 6.1.2 Nichtionisierende Strahlung

Der Grossteil der Arbeit in diesem Bereich erfolgt im Zusammenhang mit der Mobiltelefonie (Antennen und Basisstationen). Durch das Aufkommen neuer Kommunikationstechnologien (namentlich UMTS) und wegen der Notwendigkeit, die bestehenden Installationen an die ständig steigende Nachfrage anzupassen, bleibt die Zahl der eingereichten Baugesuche, die für jede Änderung eines Parameters der Basisstation (Sendeleistung, Zahl, Senderichtung) nötig sind, auf konstant hohem Niveau: Dieses Jahr wurden 52 Dossiers behandelt.

Die Bevölkerung macht sich nach wie vor grosse Sorgen wegen der NIS. So wurde praktisch gegen alle Baugesuche Einsprache erhoben. Und die Zahl der Beschwerden steigt beständig. Im Lauf des Jahres 2007 wurden 20 Einsprachen oder Beschwerden behandelt.

Das Vereinbarungsprotokoll zwischen den Mobilfunkbetreibern und dem Staat, das im November 2006 unterzeichnet wurde, hat sich bewährt. Infolge der regelmässigen Sitzungen, an denen die Betreiber und die zuständigen Dienststellen des Kantons teilnahmen, konnte die Koordination verbessert werden.

Das neue Messsystem, das 2006 erworben wurde, wurde genutzt, um die erforderlichen Kontrollen durchzuführen. Einerseits wird jeweils unmittelbar nach der Inbetriebnahme einer neuen Mobilfunkanlage geprüft, ob diese der Baubewilligung entspricht. Andererseits wer-

den bestehende Anlagen stichprobenweise überprüft, um die Veränderungen der Betriebswerte über die Jahre zu verfolgen.

## 6.2 Besondere Ereignisse

Die geplante Öffnung des Militärflugplatzes Payerne für den zivilen Flugbetrieb hat viele Ressourcen mobilisiert. Die vom AfU geleistete Arbeit trug dazu bei, dass für Probleme im Zusammenhang mit den vom Flugplatz verursachten Lärmimmissionen adäquate Lösungen gefunden werden konnten. Dem ist anzufügen, dass vor allem der militärische Flugbetrieb einen negativen Einfluss auf die Raumplanungsmöglichkeiten der anliegenden Gemeinden und die Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner hat. Dank dem Entgegenkommen der Armee, die sich bereit erklärt hat, die Zahl der jährlichen Kampfjet-Flugbewegungen zu senken, konnte eine Einigung mit allen betroffenen Parteien erzielt werden. Dies bewog den Bundesrat, die entsprechenden Objektblätter des Sachplans Militär (SPM) und des Sachplans Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) im Dezember zu genehmigen. Damit konnten die ersten Schritte in Richtung der Öffnung des Flugplatzes für die zivile Luftfahrt gemacht werden.

## 7. UVP, Bodenschutz und Anlagensicherheit

### 7.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 7.1.1 Allgemeine Koordination

Das AfU hat sich in folgenden Bereichen engagiert:

- Prüfung und Zusammenfassung der OP, der DBP und der wichtigen Baubewilligungsdossiers;
- verschiedene Stellungnahmen zu Erlassentwürfen auf Kantons- und Bundesebene;
- Stellungnahmen zu richtungweisenden Berichten des Bundes;
- Verwaltung des schweizerischen Umweltdatenkatalogs envirocat;
- Unterstützung der RUBD bei ihrem Auftrag, Lösungen für die nachhaltige Entwicklung des Kantons Freiburg zu prüfen;
- Mitarbeit bei der Erfassung durch das BAFU der Freiburger Unternehmen, die der Verordnung zum Register über die Freisetzung von Schadstoffen sowie den Transfer von Abfällen und von Schadstoffen in Abwasser (PRTR-V) unterstehen;
- Ausarbeitung des Konzepts für die Ergänzung des Geoportals des Staats durch Daten zur Umwelt;
- Koordination der ISO-14001-Projekte.

#### 7.1.2 Umweltverträglichkeitsprüfungen

Das AfU hat sich in folgenden Bereichen engagiert:

- Begleitung bei der Ausarbeitung von Berichten zur Umweltverträglichkeit (Teilnahme an Sitzungen, Ausarbeitung von Richtlinien, Auswertung von Zwischenberichten usw.);

- Auswertung und Stellungnahme des Amts im Zusammenhang mit Voruntersuchungen, Berichten und Kurzberichten zur Umweltverträglichkeit, einschliesslich Koordinationsmassnahmen mit anderen Behörden auf Kantons- und Bundesebene: 25 Umweltverträglichkeitsberichte (UVB), 13 Berichte zu Voruntersuchungen mit Pflichtenheft für die Hauptstudie und 5 Kurzberichte zur Umweltverträglichkeit. Derzeit sind 28 UVB in Ausarbeitung (durch die Gesuchsteller) bzw. in Prüfung (beim Amt);
- Koordination der Baustellenbegleitung: Umfahrung von Bulle (H189); Lehmgrube Wallenried, KAPAFLEX Düdingen; SIKA Düdingen; Aldi Domdier;
- Vorsitz der technischen Gruppe für den Unterhalt und die Begleitung der Ausgleichsmassnahmen für die A1: Verwaltung der Ausgleichsmassnahmen.

#### 7.1.3 Bodenschutz

Das AfU hat sich in folgenden Bereichen engagiert:

- Verwaltung des kantonalen Bodenschutzkonzepts, allgemeine Koordination und Leitung der Bodenschutzmassnahmen im Kanton, Umsetzung des Informationskonzepts im Bereich des Bodenschutzes; Ausarbeitung und Verteilung eines Informationsbulletins zum Thema Bodenschutz;
- Begleitung der ersten Kampagne zur Analyse der Böden in städtischen Gebieten;
- Mitarbeit bei der Ausarbeitung des FRIBO-Berichts, Abschnitt über die Böden im Siedlungsgebiet; Präsentation der Ergebnisse anlässlich des 20. Geburtstags des Bodenbeobachtungsnetzes am 20. Juni;
- Begutachtung von Baugesuchen in städtischen Gebieten.

#### 7.1.4 Biologische Sicherheit

Das AfU hat sich in folgenden Bereichen engagiert:

- Bearbeitung von Zustellungs- und Genehmigungsgesuchen: Das Amt hat sich zu 9 Projekten zur Verwendung von Organismen in geschlossenen Systemen geäussert;
- Wahrnehmung der kantonalen Aufgaben im Bereich der biologischen Sicherheit in geschlossenen Systemen, Mitarbeit bei der Ausarbeitung der technischen Richtlinien über die biologische Sicherheit und interkantonale Harmonisierung der Umsetzung der entsprechenden Bundesverordnung.

#### 7.1.5 Schutz vor Störfällen

Im Rahmen der Störfallverordnung hat das AfU die Bewertung von 4 Objekten im Bereich der stationären Anlagen vorgenommen. Ende 2007 waren rund 82 % der festen Anlagen und etwa 80 % der Verkehrsachsen in Kurzberichten oder anderen Studien bewertet worden. Es wurden zudem 5 Risikoberichte im Zusammenhang

mit der Raumplanung erstellt und bewertet. Ein Geschäft ist zurzeit beim Verwaltungsgericht hängig. Das Amt hat 30 OP und DBP, 40 Baugesuche, 20 GEP, UVP und grosse ISO-14001-Projekte unter dem Gesichtspunkt der StfV geprüft. Ausserdem wurden 4 Unternehmen inspiziert.

Die Risikoabklärung im Zusammenhang mit einer Gasleitung konnten in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Energie (BFE) erfolgreich abgeschlossen werden. Die Projektierungs- und Sanierungsarbeiten werden weitergeführt. Das Verfahren zur Behandlung der 52 Unternehmen, die Pflanzenschutzmittel und Dünger verkaufen, hat begonnen und wird 2008 mit der Suche nach einer branchenweiten Lösung fortgeführt werden. Derzeit werden im Übrigen Studien zur Problematik der Kantonsstrassen, die durch Gewässerschutzzonen führen, ausgearbeitet.

Der Risikokataster wird regelmässig in Form von Tabellen nachgeführt (eine graphische Aufbereitung der Daten wird 2008 im Internet publiziert werden).

## 7.2 Besondere Ereignisse

Im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) sind die Ausgleichsmassnahmen für den Bau der Nationalstrasse A1 dem Kanton (genauer: dem Amt für Wald, Wild und Fischerei) übertragen worden. Dem ist anzufügen, dass die Kosten für den Unterhalt auch weiterhin vom Bund getragen werden und dass das AfU nach wie vor den Vorsitz der technischen Gruppe innehat, in welcher die am stärksten betroffenen Dienststellen des Kantons vertreten sind. Die technische Gruppe hat die Modalitäten für die Übertragung, die Gegenstand eines Staatsratsbeschlusses sind, vorbereitet.

## 8. Abfall und Altlasten

### 8.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 8.1.1 Abfälle

##### a) Abfallstatistik

Das Amt hat 2007 die Menge der Siedlungsabfälle erhoben, die entsorgt oder wiederverwertet wurde (Referenzjahr 2006). Dabei konnte erneut eine Zunahme bei den verwerteten Siedlungsabfällen festgestellt werden (+20 % zwischen 2004 und 2006). Die Verwertungsquote stieg somit von 42 auf 45 %. Die Gesamtmenge der gesammelten Siedlungsabfälle (verbrannt oder recycelt) wuchs von 123 500 Tonnen im Jahr 2004 auf 136 600 Tonnen (2006) an, was einer Zunahme von 10,6 % entspricht. Im selben Zeitraum wuchs die Bevölkerung lediglich um 2,8 %.

##### b) Kehrichtverbrennungsanlage (KVA) und Schlammverbrennungsanlage (SVA)

Die Betriebsbewilligungen für die KVA und SVA wurden um ein Jahr verlängert. Der Betrieb der Anlagen wurde wie in der Gesetzgebung vorgesehen kontrolliert.

##### c) Abfallreglemente der Gemeinden

Die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion hat das Abfallbewirtschaftungsreglement von 3 Gemeinden gutgeheissen.

##### d) Reaktordeponien

Der Betrieb der Reaktordeponie der Sorval SA wurde eingestellt. Nun befindet sie sich in der Nachsorge-Phase, in der ihre Entwicklung überwacht wird.

Die Bewilligungen für die Einrichtung und den Betrieb einer neuen Etappe der Deponie von Châtillon in Haute-rive wurden ausgestellt. In dieser Deponie werden die Rost- und Kesselschlacke der KVA und die Abfälle, die weder verbrannt noch wiederverwertet werden können, gelagert.

##### e) Inertstoffdeponie

Von den 9 in Betrieb stehenden Inertstoffdeponien neigt sich diejenige von Villorsonnens ihrem Betriebsende zu. Nachdem die Dossiers für die Vergrösserung der Deponie Montet (Glane), die 2005 geschlossen worden war, erfolgreich bearbeitet werden konnten, wurde am 1. Juli 2007 die Betriebsbewilligung für diese Etappe ausgestellt. Das Volumen dieser Etappe beträgt 200 000 m<sup>3</sup>.

Im Juli 2007 wurden ausserdem sämtliche Betriebsbewilligungen für die Inertstoffdeponien erneuert.

Weil das verfügbare Volumen in den Inertstoffdeponien Grossfreiburgs, des Sense- und des Vivisbachbezirks stark zurückging, ist die Revision der kantonalen Abfallplanung nun vordringlich.

Zur Lagerung von Aushubmaterial in den dafür vorgesehenen Kiesgruben und Deponien ist zu sagen, dass die Projekte im Süden des Kantons derzeit umgesetzt werden und dass 2 neue Anlagen demnächst in Betrieb genommen werden. Zudem wird eine globale Planung für den gesamten Kanton vorgenommen werden.

##### f) Sanierung von Deponien und diversen Lagerplätzen

Es wurden rund dreissig neue Dossiers zur Sanierung von wilden Abfalldeponien eröffnet, die hauptsächlich kleinere wilde Deponien für organische Abfälle, Feuerstellen sowie Inertstoffdeponien am Waldrand oder bei Bächen betrafen.

##### g) Baustellenabfälle

Die Inspektoren der kantonalen Bauwirtschaftskonferenz (KBWK) haben ihre Kontrollen der Abfallbewirtschaftung auf den Baustellen weitergeführt. In diesem Jahr haben sie 609 Baustelleninspektionen durchgeführt.

##### h) Sonderabfälle

Mit dem Inkrafttreten am 1. Januar 2006 der neuen Bundesverordnung über den Verkehr mit Abfällen musste das Amt die Datenbanken nachführen. Diese Arbeiten fanden bis Mitte 2007 statt. Inzwischen ist der Teil, der die Freiburger Abgeber von Sonderabfällen betrifft, auf dem neusten Stand. Die Aktualisierung der Statistiken über die von den Entsorgungsunternehmen akzeptierten Sonderabfälle hat Verzögerungen erlitten, die jedoch schon bald aufgeholt werden dürften.

Wegen des hohen Arbeitsaufwands, den die Ausarbeitung des Katasters der belasteten Standorte mit sich brachte, war es dem Amt nicht möglich, sämtliche Betriebsbewilligungen für die Entsorgungsunternehmen für kontrollpflichtige Abfälle zu bearbeiten. Das Amt musste sich auf die Unternehmen beschränken, die ein Gesuch eingereicht hatten, und Prioritäten festlegen.

#### i) Prüfung von Baugesuchen

577 Baugesuche aus Gewerbe, Industrie und Gemeinden wurden hinsichtlich der Abfallbewirtschaftung geprüft. Darin enthalten sind auch die Abbruch- und Aufschüttungsgesuche sowie die Gesuche für das Erstellen oder Betreiben von Deponien. Es wurden zudem 21 Revisionen und Vorprüfungen von OP und DBP, UVP sowie Quartierpläne unter dem Gesichtspunkt der Abfallbewirtschaftung begutachtet.

### 8.1.2 Belastete Standorte

Auch 2007 ging es hauptsächlich darum, die nötigen Vorbereitungen zu treffen, um die Inhaber darüber informieren zu können, welche Daten in den Kataster der belasteten Standorte aufgenommen werden. 2007 betrafen diese Benachrichtigungen 106 belastete Standorte (2005 waren es 500 und 2006 200 Standorte gewesen). Auf diese Weise konnten im Jahr 2007 Bundessubventionen von 50 000 Franken gesichert werden. Besonders viel zu tun gab die Bearbeitung der Nachfragen der Grundbesitzer, die eine Benachrichtigung erhalten hatten. Noch sind rund 300 Benachrichtigungen ausstehend. Diese betreffen insbesondere die heikelsten Fälle im Kanton (Standorte, die zusätzliche Abklärungen vor Ort erfordern).

Die Arbeiten für die Einrichtung einer Datenbank, die nötig ist, um einen Kataster der belasteten Standorte im Kanton gemäss Bundesrecht veröffentlichen zu können, konnten nicht wie geplant fortgeführt werden; sie mussten aufgeschoben werden. Dasselbe gilt für die Vorbereitungsarbeiten zur Anpassung des Gesetzes über die Abfallbewirtschaftung, um die finanziellen Fragen, die sich dem Kanton im Rahmen der Sanierung von belasteten Standorten stellen könnten, zu regeln.

Ausserdem wurden die Inhaber von 84 Betriebsstandorten benachrichtigt.

2007 hat das Amt sämtliche Ablagerungsstandorte validiert. In den allermeisten Fällen ist weder eine Überwachung noch eine Sanierung nötig. Die betroffenen Eigentümer der 22 ehemaligen Deponien wurden benachrichtigt. Anfang 2008 müssen Benachrichtigungen für noch rund 40 dieser Standorte verschickt werden. Etwa 140 Standorte müssen noch untersucht werden.

Die Schiessanlagen sind insofern ein Spezialfall im Bereich der belasteten Standorte, als die Gemeinden gemäss Bundesgesetzgebung bis zum 31. Oktober 2008 Zeit haben, um künstliche Kugelfänge aufzustellen, wollen sie für die Sanierung Bundesbeiträge in der Höhe von 40 % der anrechenbaren Kosten erhalten. Wegen dieser äusserst knappen Frist musste sich das Amt intensiv

mit diesem Problem beschäftigen. Insbesondere hat das AfU unter der Leitung der Oberämter 5 Informationssitzungen für die Gemeinden und Schützenvereine abgehalten. In der Folge hat das Amt an über 60 Einzelsitzungen teilgenommen, um die Sanierungsprogramme vorzubereiten.

Ferner hat das Amt mehrere Projekte für die Sanierung von Zielhängen gutgeheissen und beim Bund 6 Entschädigungsgesuche für sanierte Schiessstände eingereicht. 2007 musste das AfU – namentlich für laufende Bauprojekte – in rund zwanzig Verschmutzungsfällen Untersuchungen und Massnahmen anordnen.

Das Amt hat 113 Bescheinigungen ausgestellt, aus denen hervorgeht, ob eine Parzelle im Einflussbereich eines belasteten Standorts liegt oder nicht.

## 8.2 Besondere Ereignisse

### 8.2.1 Organische Abfälle

Die Wiederverwertung von Biomasse und organischen Abfällen gewinnt an Bedeutung. Mehrere Projekte von regionaler und industrieller Bedeutung wurden angekündigt. So hat das AfU zusammen mit der ILFD und der VWD an mehreren Vorgesprächen teilgenommen. Die kantonale Abfallplanung wird aufgrund dieses neuen Phänomens angepasst werden müssen.

### 8.2.2 Belastete Standorte

Die ehemalige Deponie La Pila in Hauterive wird untersucht. Nachdem im Frühjahr in gewissen Eluaten ein hoher PCB-Gehalt (polychlorierte Biphenyle) gemessen worden war, wurden in der Saane, der unteren Ärgera und der Glane Fischfleischproben analysiert. Da mehrere Proben PCB-Werte aufwiesen, die über dem in Europa geltenden Höchstwert lagen, beschloss der Staatsrat Ende August, das Fischen in der Saane zwischen den Staumauern von Rossens und Schiffenen, in der unteren Ärgera sowie in der unteren Glane zu verbieten. Ein Konsortium, bestehend aus dem Staat und der Stadt Freiburg, wird die Bauherrschaft für die Sanierung der Deponie sicherstellen. Des Weiteren wurde eine Projektstruktur mit Vertretern der ILFD, der GSD und der RUBD festgelegt. Da in Fischen, die im November 2007 aus der Glane (bei Romont) gefischt wurden, ebenfalls eine Überschreitung der europäischen Norm festgestellt wurde, hat der Staatsrat im Dezember 2007 das Fischeverbot auf die Glane und ihre Zuflüsse ausgeweitet. Die derzeit unternommenen Studien und Massnahmen umfassen in erster Linie die Untersuchung, Überwachung und Sanierung der Deponie, die Untersuchung (Sedimente, Fische, Wasser) und Sanierung der betroffenen Wasserläufe sowie Gespräche mit allen betroffenen Parteien (Bund, andere Kantone, Anrainer, Fischer, Umweltschutzorganisationen usw.).

## IV. TIEFBAUAMT

### 1. Aufgaben

Das Tiefbauamt des Kantons Freiburg (TBA) hat als öffentliche Dienststelle folgende Aufgaben:

- Unterhalt und Betrieb der Nationalstrassen A1 und A12;
- Ausbau, betrieblicher Unterhalt, baulicher Unterhalt und Bewirtschaftung der Kantonsstrassen;
- Überwachung des kommunalen Strassennetzes und Wahrnehmung einzelner Verwaltungsaufgaben;
- Verwaltung der Fliessgewässer und Seen.

Nach dem Rücktritt von Claude Morzier als Kantonsingenieur hat André Piller am 2. Oktober 2007 die Interimsleitung des Amtes übernommen.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

Die Tätigkeiten des Tiefbauamts (TBA) waren im Jahr 2007 hauptsächlich von folgenden Ereignissen geprägt:

- Mitarbeit am Agglomerationsprogramm von Freiburg – einem regionalen Richtplan – für die Bereiche, die den Verkehr betreffen. Das Programm ist im Dezember 2007 dem Staatsrat unterbreitet worden. Dieser gab das Programm zur Weiterleitung an den Bund gemäss Bundesgesetz über den Infrastrukturfonds frei. Dadurch sollte es möglich sein, Bundessubventionen für alle Verkehrsinfrastrukturen zu erhalten, die in der A-Liste aufgeführt sind.
- Das Poyaprojekt (H182) – die neue Verbindung im Norden der Stadt Freiburg – sowie die Erweiterung der Murtenstrasse auf 4 Spuren ist von der RUBD am 27. November 2007 genehmigt worden.
- Das Vorprojekt für die Verbindung Romont–Vaulruz ist von der Studien-Projektüberleitung genehmigt worden.
- Die Arbeiten für den Bau der Umfahrung von Bulle (H189) wurden programmgemäss weitergeführt.
- Die Arbeiten zur Korrektur der Achse 3100 Plasselb–Oberschrot und des Abschnitts Javozbrücke–Charmey inklusive Ortsdurchfahrt von Charmey (schweizerische Hauptstrasse H189) wurden abschlossen und diejenigen für die Ortsdurchfahrt von Murten weitergeführt.
- Die Arbeiten für die Errichtung eines Kreisels in Salvenach haben begonnen.
- Der Grosse Rat hat die Verpflichtungskredite für den Ausbau des kantonalen Strassennetzes im Zusammenhang mit städtebaulichen Arbeiten (2. Kredit) sowie für Beiträge an die Aufhebung oder Sicherung von Bahnübergängen verabschiedet.

#### 2.2 Besondere Ereignisse

##### Kommissionen und Arbeitsgruppen

Das TBA wirkte in folgenden Kommissionen und Arbeitsgruppen mit:

- Weltstrassenverein (AIPCR), technische Kommission 4.1, Bewirtschaftung der Strassen
- Weltstrassenverein (AIPCR), Rat
- Nationales Komitee Schweiz des AICPR
- Schweizerischer Verband der Strassen- und Verkehrsfachleute (VSS), technische Kommission 7, Bewirtschaftung der Unterhaltsarbeiten
- Technische Kommission des Verkehrsverbands der Agglomeration Freiburg (CUTAF)
- Technische Gruppe der Agglomeration Freiburg
- Technische Kommission des regionalen Verkehrsverbands Bulle-Morlon-Riaz (MOBUL), der im September 2007 ins Agglomerationsprojekt von Bulle umgewandelt wurde
- Kommission Organisation für den Katastrophenfall im Kanton Freiburg (ORKAF)
- Kommission Kantonaler Führungsstab der Gesamtverteidigung (KFS)
- Kommission für den Verkehr auf Meliorations- und Forststrassen
- Kommission für Verkehrserziehung
- Kommission Schweizer Sicherheitsfunknetz (Polycorn)
- Unterkommission Fussgänger in der Stadt Freiburg
- Unterkommission Fahrräder in der Stadt Freiburg
- Gruppe für die Koordination der Verkehrsfragen
- Arbeitsgruppe für die Unterstützung und Koordination der Arbeitszonen von kantonaler Bedeutung
- Arbeitsgruppe Aufwertung des Strassenraums VALTRALOC
- Arbeitsgruppe Strassenverkehrssicherheit
- Bundesamt für Strassen, Projekt MISTRA, Strategischer Ausschuss
- Projektausschuss und Arbeitsgruppen für die FLA

##### Vernehmlassungen

Das TBA hat zu folgenden Vernehmlassungen Stellung genommen:

- Statuts der Agglomeration Freiburg – Schlussprüfung
- Statuten von MOBUL
- Kantonaler Bericht über die Raumplanung (Fragebogen der BRPA über die Verwendung des kantonalen Richtplans)
- Teilrevision des Bundesgesetzes über die technischen Handelshemmnisse (THG)
- Vorentwurf des Gesetzes zur Änderung gewisser Bestimmungen über die leistungsorientierte Führung
- Vorentwurf des Gesetzes über den Bevölkerungsschutz, Vernehmlassung
- NFA Strasse: Vernehmlassung zum Sozialplan
- Umfrage zu den Kosten einer zusätzlichen Ferienwoche für die Mitarbeitenden, die zwischen 20 und 49 Jahre alt sind

- Vorentwurf des Gesetzes zur Anpassung gewisser Bestimmungen der kantonalen Gesetzgebung an die NFA, Vernehmlassung
- Entwurf der Ausführungsverordnung zum Landwirtschaftsgesetz (LandwV), Vernehmlassung
- Liegenschafts- und Vertragsmanagementsystem (LSV)
- Formular über die Nutzung der Dienstfahrzeuge im Zusammenhang mit dem Postulat Nr. 308.06 Denis Boivin/Jean-François Steiert
- Vorentwurf des Gesetzes über den interkommunalen Finanzausgleich sowie Erläuterungsbericht, interne Vernehmlassung
- Vernehmlassungsverfahren für die Anpassung der Verordnung, die aufgrund der NFA-Ausführungsgesetzgebung erforderlich ist
- Vernehmlassung zur Bundesverordnung über die Meteorologie und Klimatologie
- Entwurf zur Änderung des Gesetzes über den Wald und den Schutz vor Naturereignissen (WSG) im Zusammenhang mit der Umsetzung der NFA, eingeschränktes Vernehmlassungsverfahren (Art. 31 AER)
- Neue Regionalpolitik: Vorentwurf des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Wirtschaftsförderung (WFG) vom 3. Oktober 1996, Vernehmlassung
- Anpassung des Gesetzes über den Schutz der Kulturgüter (KGSG) an die NFA; interne Vernehmlassung
- MISTRA ist der designierte Nachfolger von STRADA: Diese EDV-Lösung wird vom Bundesamt für Strassen (ASTRA) entwickelt und soll Anfang 2009 in Betrieb genommen werden. MISTRA ist ein GIS-basiertes Werkzeug (geographisches Informationssystem), mit dem Daten im Zusammenhang mit den Strassen abgefragt, weiterverwendet und ausgedruckt werden können. MISTRA ist im Hinblick auf die Umsetzung der NFA ein strategisches Projekt. Mehr dazu unter [www.mistra.ch](http://www.mistra.ch).
- Lärmbelastungskataster: Infolge der Tests während des Jahres 2007 konnten zahlreiche Aspekte der Software und der Datenverwaltung verbessert werden.
- Verwaltungssystem für Gewässer SI-Eaux: Ein Praktikant hat Daten über den Raumbedarf der Fließgewässer in die SI-Eaux-Datenbank eingegeben. Des Weiteren wurde das Vorgehen für die Korrektur der Fehler in den Gewässernetzdaten vom Bundesamt für Landestopografie (swisstopo) festgelegt und ein Werkzeug zur systematischen und effizienten Fehlerbereinigung vorbereitet. Das ITA hat einen Projektleiter angestellt, der die Organisation, die Planung und die Finanzierung des EDV-Projekts überarbeitet hat. Auf Anfrage des ITA hin wurde das Projekt wegen eines zeitweiligen Personalmangels bei der Sektion Gewässer auf Eis gelegt.
- Verwaltungssystem für Unfälle SI-Accidents: Der Bund ist daran, ein MISTRA-Modul für die Unfälle zu entwickeln, das dann für die interne Programmierung unter ArcGIS verwendet werden wird. Das Vorschreiten dieses Projekts ist von den Fortschritten beim Bund abhängig.
- Das Verwaltungssystem für die Kanalisationen SI-Canalisations ist seit Januar 2007 in Betrieb.
- Verwaltung der Strassensignalisation: Die Datenerfassung wurde fortgeführt; ausserdem wurden kleinere Verbesserungen angebracht.

### Allgemeine Planung

- Die allgemeinen Verkehrsstudien für den unteren Sensebezirk wurden in Zusammenarbeit mit der betroffenen Region fortgeführt. Ende 2007 wurde ein Zwischenbericht vorgelegt.

### Informatik

Bei den laufenden Projekten hielt sich das TBA an die im Richtschema Informatik (SDI) von 2003 definierten Prioritäten.

### Laufende Projekte:

- Strassendatenbank STRADA-DB: Ende Oktober 2006 wurde die Version 4.0 von STRADA auf dem Server des ABA und auf den Arbeitsplätzen des TBA installiert. Diese Installation erfolgte mit der Unterstützung des ITA. Es war dies das letzte grosse Update, bevor STRADA-DB im Jahr 2009 durch MISTRA ersetzt wird. Bis anhin wurden acht Personen geschult, um die STRADA-DB-Anwendungen zu nutzen. Inzwischen wurden alle Objekte am Strassenrand (Böschungen, Trottoirs, Bankette, Strassenschultern usw.) erfasst und in die Datenbank eingegeben, sodass die Strassenkontrolleure nun verschiedene Statistiken erstellen können. STRADA-DB wird erst dann ersetzt werden, wenn MISTRA die gesamte Funktionspalette anbietet.

## 3. Sektion Verwaltung

### Ordentliche Tätigkeit

#### Statistik über die Verwendung der Strassenkredite

Die Verwendung der Strassenkredite erfolgte auf der Grundlage verschiedener Dekrete des Grossen Rats.

Die Bruttogesamtausgaben betragen 70 027 028 Franken. Die am 31. Dezember 2007 verfügbaren Verpflichtungskredite betragen einschliesslich Beiträge des Bundes und Dritter 270 821 826 Franken.

#### Statistik über die erteilten Bewilligungen

- Es wurden 242 Gesuche zur Benützung der öffentlichen Strassen und Gewässer geprüft und bewilligt.
- Es wurden 30 Vereinbarungen zwischen dem TBA und verschiedenen Gemeinden, gemeinnützigen Verbänden und Privaten ausgearbeitet und unterzeichnet.

|  |      |       |   |
|--|------|-------|---|
| – Es wurden 9 Gesuche für einen Anschluss der Abwasserleitungen an die Kanalisation entlang der Kantonsstrassen geprüft und provisorisch bewilligt.  | 1530 | 4     | Ursy, Vauderens; Errichtung einer Wendemöglichkeit und einer Bushaltestelle   |
| – Es wurden 5 Dienstbarkeitsverträge abgeschlossen.  | 2200 | 1     | Givisiez; Einführung des Kreisverkehrs auf den Knoten von Escale und Epinay sowie Ausbau der Ortsdurchfahrt (VALTRALOC) |
| <b>4. Sektion Projektierung und Realisierung von Strassen</b>  |      |       |   |
| <b>4.1 Sektor Projektierung von Strassen und Kunstbauten</b>   |      |       |   |
| <b>Ordentliche Tätigkeit</b>   |      |       |   |
| <b>Öffentliche Auflage von Plänen für Strassen und Kunstbauten</b>   |      |       |   |
| Vor der öffentlichen Auflage werden die Strassenpläne den betroffenen Dienststellen und Organen zur Vorprüfung und Begutachtung vorgelegt. 28 Dossiers wurden in die Vernehmlassung gegeben; die Gutachten wurden im Durchschnitt 4 bis 6 Wochen nach Eingang der Dossiers ausgestellt.                        |      |       |   |
| Achse Sektor Nr. Gemeinden   |      |       |   |
| 1540 2 Granges (Veveyse); Ausbau der Ortsdurchfahrt (VALTRALOC)  | 1200 | 18    | La Roche; Sanierung und Verlängerung des Trottoirs  |
| 2200 1 Givisiez; Einführung des Kreisverkehrs auf den Knoten von Escale und Epinay sowie Ausbau der Ortsdurchfahrt (VALTRALOC)   | 1220 | 4     | Pont-la-Ville; Ausbau der Kreuzung Sur Momont, Einrichtung von zwei Bushaltestellen sowie einer Sichtberme              |
| 3000 20–21 Alterswil; Ausbau der Ortsdurchfahrt (VALTRALOC)  | 1300 | 25    | Bulle; Ausbau der Route de Riaz (Begleitmassnahme zur H189)   |
| 3000 30–31 Plaffeien, Telmoos; Verstärkung, Stabilisierung einer Böschung, Abbruch einer Ruine   | 1310 | 16    | Treyvaux; Ausbau der Kreuzung auf der Route de Pont-la-Ville  |
| 3300 1–4 Poyaprojekt; Brücke, Tunnel und Tunnelzufahrten   | 1510 | 1     | Auboranges; Ausbau der Ortsdurchfahrt (VALTRALOC)   |
| 3300 5 Freiburg und Granges-Paccot; Erweiterung der Murtenstrasse  | 1540 | 2     | Granges (Veveyse); Ausbau der Ortsdurchfahrt (VALTRALOC)  |
|  | 2100 | 9     | Avry-sur-Matran; Ausbau des Kreisels Les Tuilleries   |
|  | 2110 | 1     | Avry-sur-Matran; Ausbau des Sektors Avry-Centre / Avry-Bourg  |
|  | 2330 | 2     | Surpierre; Bau eines Trottoirs  |
|  | 2440 | 4     | Châbles; Bau eines Trottoirs  |
|  | 3000 | 20–21 | Alterswil; Ausbau der Ortsdurchfahrt (VALTRALOC)  |
|  | 3200 | 10    | St. Antoni; Ortsdurchfahrt und Umgestaltung des Dorfplatzes   |
| <b>Genehmigung von Plänen für Strassen und Kunstbauten</b>   |      |       |   |
| Nach Abschluss der öffentlichen Auflagen für die weiter unten genannten Projekte sowie für frühere Projekte wurden 73 Einsprachen eingereicht. 26 Einsprachen konnten in Einigungsverhandlungen erledigt werden. 47 Einsprachen waren Gegenstand eines Entscheids der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion. |      |       |   |
| Vor der Genehmigung und nach Berücksichtigung des Ergebnisses der Vorprüfung sowie der öffentlichen Auflage wurden die Pläne den zuständigen Dienststellen und Organen zur Schlussprüfung vorgelegt. 43 Dossiers wurden in die Vernehmlassung geschickt; die durchschnittliche Dauer betrug 4 bis 6 Wochen.    |      |       |   |
| Folgende Projekte wurden geprüft und der zuständigen Behörde zum Entscheid vorgelegt:  |      |       |   |
| a) Kantonale Objekte   |      |       |   |
| Achse Sektor Nr. Gemeinden   |      |       |   |
|  |      |       | <b>Planungsstudien</b>  |
|  |      |       | Nachfolgende Planungsstudien wurden begonnen, weitergeführt und/oder abgeschlossen:                                     |
|  |      |       | – Verkehrsstudie für den unteren Sensebezirk;   |
|  |      |       | – Studie für den Autobahnanschluss von Matran und für die Kreuzung Le Bois;   |
|  |      |       | – Zweckmässigkeitsstudie für die Strassenverbindung Marly–Matran.   |

### Ausführungsprojekte für Kantonsstrassen

| Achse | Sektor | Bezeichnung   | Länge<br>m | Breite<br>m  | Durchmesser<br>m | Vorprojekt | Ausführungs-<br>projekt | %   |
|-------|--------|---|------------|--------------|------------------|------------|-------------------------|-----|
| 1030  | 1      | Gruyères; Brücke über die Trême in Epagny   | 400        | 6,5          |                  | x          |                         |     |
| 1100  | 9      | Javroz–Charmey; Neubau der Kantonsstrasse   | 500        | 7            |                  |            | x                       | 100 |
| 1100  | 17     | Im Fang; Bau einer Kanalisation und mehrerer Bankette   | 550        |              |                  |            | x                       | 100 |
| 1200  | 1      | Freiburg; SBB-Überführung bei der Fonderie  | 34         | 16,7         |                  |            | x                       | 25  |
| 1200  | 7      | Marly; Instandsetzung der Brücke über die Ärgera  | 40         | 10,8         |                  |            | x                       | 60  |
| 1220  | 1      | Pont-la-Ville; Creux d'Enfer, Korrekturen an der Kantonsstrasse   | 150        | 5            |                  | x          |                         | 10  |
| 1220  | 4      | La Roche; Serbache-Brücke   | 13         | 6,2          |                  |            | x                       | 10  |
| 1310  | 8      | Autigny; Instandsetzung und Sanierung der Brücke über die Glane   | 18         | 6,4          |                  | x          |                         | 100 |
| 1400  | 9-17   | Romont-Vaulruz; allgemeine Vorprojektstudien für die Verbesserung der Strassenverbindung                    | 11000      | 7            |                  | x          |                         | 100 |
| 1400  | 13     | Romont-Vaulruz; Vorstudien zur Umfahrung von Vuisternens-dt-Romont  |            | 7            |                  |            |                         |     |
| 1600  | 1-5    | H189, Umfahrung von Bulle – La Tour-de-Trême  | 5350       | 7            |                  |            | x                       | 80  |
| 2000  | 11     | Romont; Vorstudie für die Umfahrung   | 1500       | 7            |                  | x          |                         | 100 |
| 2200  | 1      | Givisiez; Ausbau des Escale- und Epinay-Kreisels sowie Ausbau der Strasse zwischen diesen beiden Kreuzungen | 140        | 35,5<br>18,0 |                  |            | x                       | 100 |
| 2310  | 2      | Cheiry; Ortsdurchfahrt  | 850        | 6,00         |                  |            | x                       | 80  |
| 3000  | 8      | Kleinbösing; Kreisell und Sichtberme  |            |              | 26               |            | x                       | 100 |
| 3000  | 21-22  | Alterswil; Ortsdurchfahrt   | 500        | 6            |                  |            | x                       | 100 |
| 3000  | 33     | Plaffeien; Sanierung der Mauern unterhalb von Riedle  | 56         | 2            |                  |            | x                       | 85  |
| 3100  | 4      | Wünnewil-Flamatt; Ersatz und Versetzung der Brücke über die Taverna   | 12         | 11,5         |                  | x          |                         | 80  |
| 3100  | 30     | Plasselb, Oberschrot; 2. und 3. Etappe des Projekts   | 1200       |              |                  |            | x                       | 100 |
| 3230  | 2      | Ueberstorf; Ortsdurchfahrt  | 900        | 6,00         |                  | x          |                         | 50  |
| 3300  | 1      | Freiburg; Poya-Projekt (Brücke und gedeckter Einschnitt)  | 1467       | 19,25        |                  |            | x                       | 50  |
| 3300  | 5      | Freiburg und Granges-Paccot; Ausbau der Murtenstrasse   | 800        | 14           | 36               |            | x                       | 50  |
| 3300  | 10     | Courtepin; Zugangsknoten zur Arbeitszone Wallenried   | 250        | 2,3          |                  |            | x                       | 90  |
| 3450  | 1      | Morat-Champ Raclé; Einrichtung eines provisorischen Kreisels  |            |              | 37,5             |            | x                       | 100 |
| 3450  | 7      | Kerzers; Burgstadt, Ortsdurchfahrt  | 100        | 6,50-7,00    |                  | x          |                         | 100 |

### Kontrolle und Unterhalt der Kunstbauten im Kantonsstrassennetz

Anzahl kontrollierter Bauten:

|  |  |
|--|--|
| Brücken:   | 111 Inspektionen (84 Haupt- und 27 Zwischeninspektionen), wovon 7 externe Mandate derzeit noch im Gang sind  |
| Aquädukte:   | 69 Inspektionen  |
| Mauern:  | 25 Inspektionen  |
| Unterhalts- und Instandsetzungsarbeiten, namentlich: |  |
| Achse Sektor   | Gemeinde, Bauwerk, Arbeiten  |
| Nr.  |  |
| 1210 6   | Le Mouret; Aquädukt von Montécu, Abwaschen des Mooses auf den Mauern (auf der Tal- und Bergseite), Nachfugen, Ausbesserung der Risse beim Ausgang (Winkel) und auf der linken Mauer beim Eingang, Aufhauen und Ausflicken unter Decke im Bereich der sichtbaren Armaturen.   |
| 1210 6   | Le Mouret; Rüdibach-Aquädukt, Abwaschen des Mooses und Reinigung der nicht sehr stabilen Materialien auf der Eingangsstirn auf der oberen Seite, Aufhauen und Ausflicken unter Decke im Bereich der sichtbaren Armaturen, Abwaschen des Mooses (hauptsächlich auf der linken talwärtigen Mauer).   |
| 1220 1-4   | Pont-la-Ville; Stützmauer ober- und unterhalb der Strasse, Reinigung, Ausbesserung der Fugen, Sanierung des Entwässerungssystems und der Entwässerungsschlitze, Ersatz der Bruchsteine und Einrichtung einer Leitschranke.   |
| 1300 19  | Pont-en-Ogoz; Aquädukt La Sauge, Reinigung des Materials im Bach beim Ausgang des Kunstbauwerks und im Rohr, Sanierung der linken talwärtigen Flügelmauer mittels gemauerter Blöcke, Einrichtung von mehreren Entwässerungsschlitzen, um die Ansammlung von Wasser im hinteren Teil zu verhindern, Schaffung eines Abflusses in der Böschung (Halbrohr TC), um jegliches Auswaschen der Böschung beim Rohrausgang zu verhindern. |
| 1300 24  | Riaz; Brücke über die Sionge, Schliessung der Bohrlöcher, Ersatz eines Randabschlusses und Einzementierung mehrerer Randabschlüsse, Reparatur eines verschobenen Brüstungselements (auf der Juraseite), Ausbesserung der Pfostenverkleidung, Nachfugen der Bruchsteine auf der unteren Wölbung, Sanierung des Strassen- und Trottoirbelags.  |

3300 1 Freiburg; Zähringerbrücke, Instandsetzung der Querfugen zwischen den Platten, verschiedene Arbeiten infolge der Unwetter

Insgesamt wurden an weiteren 24 Bauwerken (12 Brücken, 7 Aquädukte und 5 Mauern) Reinigungs- und kleinere Reparaturarbeiten vorgenommen.

### Gemeindestrassen

#### Genehmigungen und Entscheide

Gestützt auf die gesetzlichen Bestimmungen und auf Antrag der betroffenen Gemeinden hat das Amt verschiedene Vorschläge und Projekte geprüft und anschliessend den zuständigen Behörden zum Entscheid vorgelegt: Strassen, Sammel- und Zugangsstrassen, Trottoirs, Fussgängerverbindungen, Fussgänger- und Radwege, Bushaltestellen, Tempo-30-Zonen, verkehrsberuhigende Massnahmen, Rückhaltebecken, Ausweichstellen, Industriezonen, Verkehrsmassnahmen, Versetzung und Korrektur von Gewerbestrassen, Verengung von Strassen, Fliessgewässerrevitalisierung, Errichtung von Inseln, Ausbau von Dorfzentren, Kreisel und Minikreisel, Einrichtung von Buslinien inklusive Bau von Perrons und Inseln, Winterlager für Boote und verschiedene Anschlüsse an eine Kantonsstrasse.

Die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion (RUBD) hat zu 37 Gesuchen um Genehmigung solcher Strassenprojekte Stellung genommen.

#### Kantonales Strassennetz – Vergabe von Aufträgen gemäss Reglement über das öffentliche Beschaffungswesen

- Die RUBD bzw. das TBA haben 23 Dienstleistungsaufträge für weniger als 100 000 Franken vergeben.
- Des Weiteren wurden 17 Ausschreibungen auf SIMAP und im Amtsblatt sowie 5 Zuschlüsse auf SIMAP (davon 2 im Amtsblatt) veröffentlicht.

#### Baubewilligungen, Bebauungspläne, GEP, Güterzusammenlegungen

Folgende Objekte waren Gegenstand einer internen Stellungnahme des Sektors Projektierung:

- 92 Vorprüfungsgesuche und Baubewilligungen für Arbeiten entlang der Kantonsstrassen sowie Detailbebauungspläne und Ortsplanungen;
- 15 Dossiers zu generellen Entwässerungsplänen (GEP);
- 13 Dossiers zu Güterzusammenlegungen und Bestandsaufnahmen der öffentlichen Sachen.

#### Aufwertung des Strassenraums von Ortsdurchfahrten (VALTRALOC)

Das VALTRALOC-Büro und die VALTRALOC-Untergruppe unter der Leitung des TBA setzen sich aus

Vertretern der Dienststellen zusammen, die am stärksten von den VALTRALOC-Projekten betroffen sind. Sie beraten die Gemeindebehörden und die Autoren der Projekte in den verschiedenen Phasen der Studien.

Folgende Bewerbungsdossiers wurden dem VALTRALOC-Büro unterbreitet:

| Achse | Sektor | Nr. | Projekt                            |
|-------|--------|-----|------------------------------------|
| 1530  | 4      |     | Ursy; Ortsdurchfahrt von Vauderens |
| 2010  | 8      |     | Ursy; Ortsdurchfahrt               |
| 2350  | 2      |     | Vuissens; Ortsdurchfahrt           |
| 3000  | 3      |     | Salvenach; Ortsdurchfahrt          |
| 3230  | 2      |     | Ueberstorf; Ortsdurchfahrt         |
| 3450  | 5-6    |     | Kerzers; Ortsdurchfahrt            |

Folgende Vorprojekte wurden der VALTRALOC-Untergruppe unterbreitet:

| Achse | Sektor | Nr. | Gemeinden                          |
|-------|--------|-----|------------------------------------|
| 1540  | 2      |     | Granges (Veveysse); Ortsdurchfahrt |

|        |   |
|--------|---|
| Nr.:   | Nummer der Kantonsstrasse   |
| B:     | nominale Fahrbahnbreite in m  |
| L:     | Streckenlänge in m  |
| F:     | Fläche in m <sup>2</sup>  |
| SRB:   | Datum der Vergabe der Arbeiten durch Beschluss des Staatsrats   |
| INFRA: | Infrastrukturen, d.h. Erdarbeiten, Kanalisationen, Fahrbahnfundamente einschliesslich Asphalt-Tragschicht, Strassenschultern, Randabschlüsse und Pflastersteine |
| BELAG: | Belag (Deckschicht)   |

### **Bundesverordnung über den Schutz gegen Störfälle (StFV)**

Zweck der StFV ist, die Bevölkerung und die Umwelt vor schweren Schädigungen infolge von Störfällen bei der Beförderung gefährlicher Güter zu schützen. Als Besitzer der Kommunikationswege ist das TBA für die Anwendung der StFV auf den Hauptachsen des Kantonsstrassennetzes verantwortlich.

#### **4.2 Sektor Grundstückerwerb**

##### **Ordentliche Tätigkeit**

Für 38 Ausbau- und 7 Unterhaltsbaustellen wurden Verhandlungen mit den betroffenen Grundeigentümern geführt.

Ausserdem sind Mutationsverbale für 63 Ausbau- und Unterhaltsbaustellen im Zusammenhang mit Gemeindearbeiten auf den Kantonsstrassen (Kreisel, Vorsortierungen, Trottoirs usw.) entweder erledigt worden oder in Bearbeitung.

Die Verwaltung der Privatgrundstücke des Staats (gesamthaft rund 2 491 546 m<sup>2</sup>) und die Fakturierung der Pachtzinse für an Dritte vermietete Grundstücke wurde fortgeführt. Die Mieterträge betragen insgesamt 133 256 Franken.

Behandlung der Dossiers im Zusammenhang mit den Neuvermessungen und laufenden Güterzusammenlegungen.

#### **4.3. Sektor Bauleitung**

##### **Ordentliche Tätigkeit**

Die Gesamtlänge des Kantonsstrassennetzes beträgt zurzeit 635 km (zuzüglich der vom TBA bewirtschafteten 5,478 km der Strasse Montbovon-Allières).

Das Vorankommen der Bauarbeiten in Prozenten per Ende 2006 und per Ende 2007 ist aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich:

| Achse | Abschnitt | B | L | F | SRB | INFRA |      | BELAG |      |
|-------|-----------|---|---|---|-----|-------|------|-------|------|
|       |           |   |   |   |     | 2006  | 2007 | 2006  | 2007 |

## a) Vor dem 1. Januar 2007 begonnene Arbeiten

## 1. Strassen

|      |   |      |      |                |          |     |     |    |     |
|------|---|------|------|----------------|----------|-----|-----|----|-----|
| 2000 | <i>Dekret vom 18. Oktober 1997</i><br>Villars-sur-Glâne; Route du Condoz  | 6,00 | 970  | 6700           | 10.10.05 | 100 | --  | -- | --  |
|      | <i>Dekret vom 18. Oktober 2000</i><br>Los 113 Baupiste Les Granges – La Ronclina,<br>inklusive Installationsplatz   | 6,00 | 1125 | 6750 +<br>8925 | 04.02.03 | 70  | --  | 70 | --  |
|      | Los 121 Überführung und Anpassungen bei<br>La Léchère<br>Strassenbauarbeiten (provisorische<br>Umleitung und Anpassungen)                                   | 6,00 | 290  | 1740           | 01.07.03 | 100 | --  | -- | 100 |
|      | Los 122 Überführung und Anpassungen bei<br>Planchy<br>Strassenbauarbeiten (provisorische<br>Umleitung und Anpassungen mit<br>Velostreifen)                  | 6,00 | 280  | 1680           | 01.07.03 | 100 | --  | -- | 100 |
|      | Los 123 Überführung und Anpassungen bei<br>La Pâla<br>Strassenbauarbeiten (provisorische Umleitung<br>und Anpassungen)                                      | 6,00 | 560  | 3360           | 01.07.03 | 60  | 100 | 20 | --  |
|      | Los 124 Überführung und Anpassungen bei<br>Le Pâquier<br>Strassenbauarbeiten (provisorische<br>Umleitung und Neubau der Kantonsstrasse<br>mit Velostreifen) | 6,00 | 863  | 5178           | 04.02.03 | 100 | --  | 85 | 100 |
|      | Los 221 Materialverwaltung und<br>Betonherstellung  | --   | --   | --             | 06.04.04 | 50  | 65  | -- | --  |
|      | Los 311 Süd-Anschluss und Trasse Pré-du-<br>Chêne – Les Granges,<br>inklusive Überführung Flurweg Rochena   | 7,00 | 1830 | 12810          | 25.01.05 | 80  | 25  | 70 | 95  |
|      | Los 312 Trasse Nordabschnitt  | 7,00 | 1015 | 7105           | 13.09.05 | 85  | 95  | 80 | 95  |
| 1230 | Corbières<br>(einfache) Bushaltestelle  | --   | --   | 225            | 19.06.06 | 100 | --  | -- | 100 |
| 3100 | <i>Dekret vom 18. November 2003</i><br>Plassel–Oberschrot (mit Velostreifen)  | 6,00 | 2150 | 23800          | 05.07.05 | 60  | 95  | -- | --  |
| 1200 | <i>Dekret vom 25. März 2003</i><br>Le Mouret, Ortsdurchfahrt  | 7,00 | 675  | 9000           | 16.05.06 | 15  | 75  | -- | --  |
| 1100 | <i>Dekret vom 24. Juni 2005</i><br>Charmey; Le Javroz – Dorfeingang Charmey   | 7,00 | 410  | 3100           | 04.07.06 | 35  | 100 | -- | 100 |
| 1100 | Charmey; Gondelbahn Le Chêne  | 7,00 | 500  | 4400           | 13.03.06 | 100 | --  | -- | 100 |

## 2. Kunstbauten

|  |  |       |      |      |          |    |     |    |     |
|--|--|-------|------|------|----------|----|-----|----|-----|
|  | <i>Dekret vom 18. Oktober 2000</i><br>Bulle – La Tour-de-Trême,<br>Umfahrungsstrasse,<br>Los 212 Trême-Tunnel        | 7,50  | 580  | 4350 | 23.06.04 | 45 | 65  | -- | --  |
|  | Bulle – La Tour-de-Trême,<br>Umfahrungsstrasse,<br>Los 123 Überführung und Anpassungen bei<br>La Pâla<br>Überführung | 14,00 | 27,5 | 385  | 01.07.03 | 80 | 100 | -- | 100 |
|  | Los 322 gedeckter Einschnitt Montcalia   | 7,50  | 444  | 3450 | 04.09.06 | 5  | 40  | -- | --  |
|  | Los 324 gedeckter Einschnitt Les Granges   | 7,50  | 527  | 3950 | 11.04.06 | 20 | 50  | -- | --  |

**b) 2007 durchgeführte Arbeiten**

**1. Strassen**

|      |  |      |     |      |          |    |    |    |    |
|------|--|------|-----|------|----------|----|----|----|----|
| 2200 | <i>Dekrete vom 11 Mai 1993 und 10 Mai 2007</i><br>Givisiez, Knoten von Escale und Epinay             | 6,40 | 380 | 5600 | 06.11.07 | -- | 2  | -- | -- |
| 3000 | <i>Dekret vom 6. Mai 1999</i><br>Salvenach, Kreisel  | 6,00 | 175 | 2000 | 13.02.07 | -- | 10 | -- | -- |
| 1060 | <i>Dekrete vom 25 Mars 2003 und 10 Mai 2007</i><br>Vaulruz; Croix-Verte – Hôtel de Ville             | 5,50 | 620 | 5000 | 27.02.07 | 40 | -- | -- | -- |
| 1430 | <i>Dekret vom 10. Mai 2007</i><br>La Verrerie, Bankette im Zusammenhang mit städtebaulichen Arbeiten | 6,00 | 200 | 1200 | 30.10.07 | 90 | -- | -- | -- |

**2. Kunstbauten**

|  |  |      |     |      |          |    |     |    |    |
|--|--|------|-----|------|----------|----|-----|----|----|
|  | <i>Dekret vom 18. Oktober 2000</i><br>Bulle – La Tour-de-Trême,<br>Umfahrungsstrasse<br>Los 321 gedeckter Einschnitt Planchy / tpf-Tunnel                          | 7,50 | 430 | 3225 | 1212.06  | -- | 40  | -- | -- |
|  | <i>Dekret vom 18. Oktober 2000</i><br>Bulle – La Tour-de-Trême,<br>Umfahrungsstrasse<br>Los 323 gedeckter Einschnitt „Les Usiniers“<br>und Schnittstelle „La Pâla“ | 7,50 | 355 | 4650 | 07.05.07 | -- | 20  | -- | -- |
|  | <i>Dekret vom 18. Oktober 2000</i><br>Bulle – La Tour-de-Trême,<br>Umfahrungsstrasse<br>Los 125 Überführung La Motta   | 3,00 | 21  | 63   | 22.05.07 | -- | 100 | -- | -- |

**3. Schutz gegen Strassenlärm**

entfällt

**4.4. Sektor Bewirtschaftung der Strassen**

**Ordentliche Tätigkeit**

**Lärmschutz**

Alle nachstehend aufgeführten Aufgaben wurden gemäss Lärmschutz-Verordnung (LSV) vom 15. Dezember 1986 und Ausführungsbeschluss des Staatsrats vom 8. Juli 1988 ausgeführt.

- Erstellung von 166 LSV-Gutachten im Zusammenhang mit Baugesuchen, Detailbebauungsplänen, Detailerschliessungsplänen, Ortsplanungsrevisionen und Strassenprojekten. Für jedes Gutachten wurde eine Berechnung des Lärmpegels im Vergleich zum Lärmbelastungskataster des betreffenden Sektors durchgeführt.
- Es wurden 33 Lärmmessungen vor Ort ausgeführt, davon 10 im Rahmen des Programms zur Überwachung der akustischen Vorteile von lärmschluckenden Belägen auf den Kantonsstrassen.

- Es wurden 12 Klagen von Privaten oder Gemeinden wegen übermässiger Lärmbelastigungen entlang der Kantonsstrassen behandelt.
- Es wurden 3 Aktualisierungen von Studien für die Strassenlärmreduzierung angeordnet. Zwei Studien sind abgeschlossen, eine muss noch überprüft und genehmigt werden.
- Es wurde das Inventar laut den seit Januar 2007 geltenden Vorgaben des ASTRA und BAFU der realisierten, laufenden oder bis 2018 geplanten Lärmreduzierungsvorhaben entlang der Kantonstrassen erstellt.
- Die Studie zur Integration einer Lärmschutzwand für den Sektor des Motels in Gruyères ist nach wie vor im Gang.
- Zum Lärmbelastungskataster ist abschliessend zu sagen, dass die Anwendung «Lärm» gegenwärtig getestet wird und dass die Ausbildung der betrof-

fenen Mitarbeitenden derzeit abgeschlossen wird. Sämtliche Signalisationen, die die Geschwindigkeit betreffen, wurden elektronisch erfasst, um diese Angaben in der Software nutzen zu können.

### **Verkehrszählungen und Geschwindigkeitsmessungen**

Der Sektor Bewirtschaftung der Strassen hat an 5 Standorten Verkehrszählungen und 9 Geschwindigkeitsmessungen vorgenommen. Diese Erhebungen werden im Rahmen von Valtraloc-Projekten, für das Einrichten von Signalisationen und für Projektierungsstudien des TBA genutzt.

### **Erhebungen vor Ort und Markierung von Rad- und Rollerwegen**

Die GPS-Erhebung der Verkehrstafeln, die die Geschwindigkeit betreffen, wurde im gesamten Kantonsgebiet durchgeführt. Diese Daten wurden in den dafür vorgesehenen elektronischen Datenbanken gespeichert.

Es wurden 3 Radrouten (gut hundert Kilometer) und ein Rollerweg markiert.

### **Baubewilligungen und Bebauungspläne**

Es wurden 2369 Baugesuche oder Bewilligungsgesuche für Umbauten von Gebäuden entlang der öffentlichen Strassen sowie 104 Ortsplanungsdossiers, 53 Detailbebauungspläne und 7 generelle Entwässerungspläne geprüft und begutachtet.

2489 Dossiers wurden positiv, 19 provisorisch negativ und 25 negativ begutachtet.

Des Weiteren wurden 359 Abweichungen mit und 165 ohne Grundbucheintrag gewährt.

### **Sondertransporte**

Die Sicherstellung der Routen für Sondertransporte wurde in Zusammenarbeit mit den zuständigen Dienststellen der Nachbarkantone gewährleistet.

### **Sicherheitsanalysen und Verkehrsuntersuchungen**

Um die Planung und Realisierung von Verkehrs- bzw. Signalisationsmassnahmen auf Kantons- und Gemeindestrassen zu ermöglichen, wurden folgende Analysen durchgeführt:

- 44 Unfallstatistiken;
- 7 Sicherheitsanalysen.

Ferner wurden im Rahmen der gesetzlichen Verfahren und im Rahmen des Valtraloc-Büros 72 Projekte unter dem Gesichtspunkt des Verkehrs begutachtet.

Und schliesslich ist die Verkehrsingenieurin bei mehreren von Dritten geplanten Projekten (ABA und BRPA) – namentlich bei 9 Beschwerden – hinzugezogen worden. Sie hat zudem bei der Ausarbeitung des Agglomerationsprogramms von Freiburg mitgewirkt.

### **Kommissionen**

Der Sektor Bewirtschaftung der Strassen hat das Tiefbauamt bei den 10 Sitzungen der technischen Gruppe des CUTAF, den 4 Sitzungen der Subkommission für die Koordination im Bereich Parkieren, den 5 Sitzungen der technischen Kommission der MOBUL, den 4 Sitzungen der technischen Gruppe der Agglomeration Freiburg sowie jeweils bei einer Sitzung der Kommission für Verkehrserziehung und der Subkommission für leichte Zweiräder vertreten.

### **Qualitätssicherung**

Im Rahmen der Qualitätssicherung wurden 2 Verfahren und 2 Formulare nachgeführt.

## **5. Sektion Unterhalt der National- und Kantonsstrassen**

### **Sektor Unterhalt der Kantonsstrassen Ordentliche Tätigkeit**

Auf der Grundlage des Voranschlags 2007 wurden 7 600 000 Franken für den Unterhalt der Kantonsstrassen eingesetzt.

Aus dem Fonds für den Unterhalt der Gemeindestrasse zwischen Montbovon und der MOB-Haltestelle von Allières, der über die Gebühren der Kraftwerke von Hongrin gespeist wird, wurden 230 000 Franken für den Unterhalt der Strasse ausbezahlt.

Mit Beschluss Nr. 1365 vom 10. Dezember 2007 sprach der Staatsrat einen dringlichen Zusatzkredit von 1 500 000 Franken, um die eingestürzte Molassewand in der Nähe der Staumauer von Rossens und die Unwetterschäden vom Sommer 2007 auszubessern.

|  |                       |
|--|-----------------------|
| <u>A. Baulicher Unterhalt</u>  | Fr. 5 456 989.–       |
| Stadt Freiburg   | Fr. 76 482.–          |
| Rückzahlung und Beteiligung<br>(städtebauliche Arbeiten)                   | Fr. 239 759.–         |
| Gemeindestrasse von Allières   | Fr. 324 632.–         |
| Kreis 1  | Fr. 2 611 394.–       |
| Kreis 2  | Fr. 1 549 399.–       |
| Kreis 3  | Fr. 655 323.–         |
| Dies entspricht folgenden von Tiefbauunternehmen<br>ausgeführten Arbeiten: |                       |
| a) Fundamente  | 14 251 m <sup>2</sup> |
| b) Verstärkungen und Neuprofilierungen                                     | 1543 m <sup>2</sup>   |
| c) Beläge: Trag- und Deckschicht   | 67 509 m <sup>2</sup> |
| d) Einprofilierungen durch Fräsen  | 36 191 m <sup>2</sup> |
| e) Böschungen und Strassenschultern  | 14 028 m <sup>2</sup> |
| f) Kanalisationen  | 1459 m                |
| g) Bituminöses Mischgut  | 12 667 t              |
| h) Anzahl ausgeführter Analysen des<br>bituminösen Mischgutes              | 110 Stk.              |

|  |                 |
|--|-----------------|
| <b>B. Betrieblicher Unterhalt</b>                      | Fr. 2 373 011.– |
| Werkhof der Kantonsstrassen                            | Fr. 12 391.–    |
| Kreis 1  | Fr. 675 282.–   |
| Kreis 2  | Fr. 513 548.–   |
| Kreis 3  | Fr. 511 093.–   |
| Gemeindestrasse von Allières                           | Fr. 50 183.–    |
| Bewirtschaftung der Wälder entlang der Kantonsstrassen | Fr. 29 391.–    |
| Sanierung von Kunstbauten                              | Fr. 581 123.–   |

Dies entspricht den vom Unterhalt der Kantonsstrassen ausgeführten Arbeiten.

### Werkhof der Kantonsstrassen

An dieser Stelle sei erwähnt, dass der Werkhof der Kantonsstrassen die Unterhaltsarbeiten für alle drei Kreise, den Unterhalt der Kunstbauten sowie Arbeiten für andere Stellen der Kantonsverwaltung (Hochbauamt, Museum, Ingenieurschule Freiburg, botanischer Garten, St.-Leonhard-Stadium usw.) ausgeführt hat.

#### a) Tiefbau

Bau von 2 Kreiseln (Le Bugnon und Champ Raclé), Kanalisationen, Strassenschultern, Reparatur und Instandstellung der Fahrbahn, Reparatur und Mähen der Strassenböschungen, Fällen von Bäumen, Holzkästen, Entwässerung, Rinnstein, Mauerabbruch, Änderungen an Kammern, Einbau der Deckschicht in: Freiburg, Villars-sur-Glâne, Corminboeuf, Murten, Corpataux – Magnedens, Hauterive, Châtonnaye, Porsel, Rue, Billens, Wallenried – Courtepin, Schmitten, Arconciel, Fétygny, Tornay, Neyruz, Bussy – Sévaz-Est, Montet (Gl), Murist, Bösing, Corserey – Montet, Vauderens – Rue, Middes, Wünnewil – Flamatt, Marly – Alterswil, Bourguillon – Gurmels, Corbières, Cottens, Lully, Pont-la-Ville.

#### b) Kunstbauten

Unterhalt und Reparatur von 33 Kunstbauten

#### c) Strassensignalisation

Einrichtung, Ersatz, Reparatur von Signalisationen und Leitplanken.

Markierung: 210 000 m Mittellinien, 91 000 m Randlinien und 43 000 m Linien bei Kreuzungen.

#### d) Werkstatt

Werkstatt: Unterhalt und Reparatur des Fahrzeug- und Maschinenparks des Werkhofs bzw. der Kreise.

In den Kreisen ausgeführte Arbeiten

Die Tätigkeit der Strassenwärter umfasste hauptsächlich folgende Aufgaben:

|   |                |
|---|----------------|
| Winterdienst:   | 33 390 Stunden |
| – Pikettendienst – Aufstellen und Räumen von Leitpfosten und Treibschneezäunen – Schneeräumung und Salzstreuung |                |
| Überwachung des Strassennetzes:   | 5590 Stunden   |
| – Kontrollgänge – Strassenpolizei   |                |
| Unterhalt der Grünzonen:  | 46 890 Stunden |
| – Mähen – Auslichten und Fällen – Pflanzen – chemische Behandlung   |                |

|   |                |
|---|----------------|
| Unterhalt der Fahrbahnen:   | 18 320 Stunden |
| – Reinigung – lokale Reparaturarbeiten  |                |
| Unterhalt der Seitenstreifen:   | 17 030 Stunden |
| – Reparatur der Böschungen und Bankette – Reinigung der Felswände – Unterhalt der Abmarkung der öffentlichen Sachen |                |
| Unterhalt der Kanalisationen:   | 12 330 Stunden |
| – Reinigung der Kanalisationen – Videokontrolle – lokale Reparaturarbeiten  |                |
| Unterhalt der Kunstbauten   | 1900 Stunden   |
| – Reinigung – geringfügige Reparaturen  |                |
| Unterhalt der Signalisation:  | 5350 Stunden   |
| – Unterhalt der Baken – Unterhalt der STRADA-Messpunkte – Vormarkierungen   |                |
| Spezialdienst:  | 2120 Stunden   |
| – Überschwemmungen – Erdbeben   |                |
| Gemeindestrasse Montbovon–Allières  |                |
| – betrieblicher Unterhalt   | 1520 Stunden   |
| – Winterdienst  | 500 Stunden    |

### Bewirtschaftung der Wälder entlang der Kantonsstrassen

Für die finanzielle Beteiligung am Fällen von Bäumen zur Gewährleistung der Sicherheit entlang der Kantonsstrassen auf den Gebieten der Gemeinden Broc (Bataille), Corpataux (La Tuffière) und Châtel-St-Denis (Les Paccots), das von den Gemeinden, Revierkörperschaften und von Privatpersonen ausgeführt wurde, wurden 29 391 Franken aufgewendet.

Mit diesen Massnahmen wird die Weisung der Eidgenössischen Forstdirektion über die Beseitigung von Bäumen oder Baumgruppen, die eine Gefahr für die Bevölkerung oder für bedeutende Sachwerte darstellen, umgesetzt.

### Unterhalt der Kunstbauten

– Unterhalt der Kunstbauten 507 319 Franken  
Die erbrachten Leistungen lassen sich wie folgt aufschlüsseln:

Arbeiten, die vom Unterhalt der Kantonsstrassen ausgeführt wurden:

Lully (Aquädukt Pra des Vernes), Villaz-St-Pierre (Mauer Derrey 1), Villaz-St-Pierre (Mauer Derrey 2), Pont-en-Ogoz (Aquädukt La Sauge), Gumefens (Aquädukt Fro du Ruz), Riaz (Brücke über die Sionge), Bonnefontaine (Rüdibach-Aquädukt), Montécu (Aquädukt von Montécu), Arconciel (Aquädukt Le Rialet), La Roche (Aquädukt von Villaret), Corbières (Aquädukt Corberettes), Villarvolard (Aquädukt von Verchaux), Villarbeney (Aquädukt Croix Montet), Charmey (Brücke bei La Tsintre), Jaun (Klein-Montbach-Brücke), Haut-Intyamon (Aquädukt von Lessoc), Haut-Vully (Brücke bei La Sauge), Brünisried (Mauer von Aegerten), Alterswil (Zum-Stein-Mauer), Düdingen (St.-Wolfgang-Mauer), Düdingen (Winkler-Brücke), Orsonnens (Brücke über

die Neirigue), Vuippens (Brücke über den Gérignoz), Châtonnaye (Aquädukt von La Caudraz), Heitenried (Sodbach-Brücke), Kleingurmels (Achbach-Brücke), Matran/Posieux (Überführung IVS Posieux), Prez-vers-Noréaz (Strassenwärterdepot), Corbières (Brücke über den Bimont), Pont-la-Ville (Mauern Les Cotes 1, 2, 8), Broc (Brücke über den Jaunbach), Montagny/Cousset (Brücke über die Arbogne), Plaffeien (Sense-Brücke), Crésuz (Brücke bei La Maladeire), Villars-sur-Glâne (Überführung Daillettes).

Arbeiten, die von Tiefbauunternehmen ausgeführt wurden:

Jaun (Textomur-Steilböschungssystem Jaunpass), Pont-la-Ville (Brücke bei Les Côtes), Pont-la-Ville (Mauer bei Les Côtes Nr. 6), Riaz (Brücke über die Sionge), Charney (Brücke über die Bourlianda).

Inspektionen von Kunstbauten, die von Ingenieurbüros durchgeführt wurden:

Freiburg (Galtebrücke), Kerzers (Viadukt von Kerzers), Freiburg (Pérollesbrücke), Düdingen (SSB-Überführung von Düdingen), Broc (verankerte Mauer Jaunbach), Arcenciel (Tuffière-Brücke), Villars-sur-Glâne (Brücke über die Glane), Vuippens (Brücke über den Gérignoz), St. Ursen (Neumattbrücke)

C. Unwetter vom Sommer 2007

Sanierung der eingestürzten Molassewand in der Nähe der Staumauer von Rossens Fr. 580 736.– Schäden infolge der Unwetter vom Sommer 2007 Fr. 1 102 288.–

Dies entspricht folgenden von Tiefbauunternehmen ausgeführten Arbeiten:

Stabilisierung der Böschungen in den Gemeinden Bösing (Riederberg), Bösing (Sektor Richterwilbach), Plaffeien (Zollhaus), Giffers (Flachsnera), Marly (Route de Fribourg), Marly (Brücke über die Ärgera), Marly (La Crausa), Pierrafortscha (La Schürra), Pierrafortscha (Le Claruz), Villars-sur-Marly, St. Ursen (Frohmatt), St. Ursen (Kanalisation Tasberg), Les Montets (Grandvaux-Bach), Nuvilly, Cheiry (Les Contents).

Drei Viertel dieser Arbeiten wurden dieses Jahr ausgeführt und werden angesichts des damit verbundenen Aufwands im Laufe des Jahres 2008 beendet werden.

D. Strassensignalisation und Reklamen

Der Sektor Strassensignalisation hat insgesamt 830 Gesuche in folgenden Bereichen geprüft:

- Beschlüsse über definitive Verkehrsbeschränkungen 125
- Beschlüsse über temporäre Verkehrsbeschränkungen 6
- Einsprachen 6
- Diverse Bewilligungen 139
- Prüfungen und Gutachten für technische Dossiers 390

- Gesuche für das Aufstellen von Werbeträgern an Strassen 164

Der Sektor hat sich zudem zu folgenden Entwürfen zur Änderung der gesetzlichen Grundlagen geäußert:

- VSS-Norm «Farbige Strassenoberflächengestaltung»
- Reglement über die Parkierung von Fahrzeugen auf öffentlichen Verkehrswegen der Gemeinde Bulle
- Polizeireglement der Gemeinde Marly

Er hat an 20 Koordinationssitzungen mit der Strassenpolizei teilgenommen, an denen 82 Strassensignaldossiers geprüft wurden.

Ferner wurden zuhänden von Gemeindebehörden, Privatpersonen, Unternehmen und Ingenieurbüros rund 1000 Einsätze für Markierungen und vertikale Signalisationen, für die Verkehrsregelung usw. auf den Kantons-, Gemeinde- und privaten Strassen geleistet. Diese Einsätze fanden sowohl im Büro als auch vor Ort statt.

E. Kommission für den Verkehr auf Meliorations- und Forststrassen

Die Kommission hielt sechs Sitzungen ab. Sie hat verschiedene Gesuche um die Einführung von Verkehrsbeschränkungen begutachtet. Die Gesuche teilten sich wie folgt auf:

- Saanebezirk: 1 Dossier
- Sensebezirk: (sämtliche Meliorations- und Forststrassen) 1 Dossier
- Greyerzbezirk: 8 Dossiers
- Seebezirk: 3 Dossiers
- Broyebezirk: 1 Dossier

Die Kommission hat ein Gutachten zur Anfrage von Grossrat Schuwey-Frossard (QA 3069.07) über die Einführung von gebührenpflichtigen Parkplätzen in den Voralpen erstellt.

F. Studie über den Zustand der Kantonsstrassen

Die flächendeckende Erhebung der Längsebenheit (i2 – Standardabweichung Sw) und der Querebenheit (i3 – Fahrrirentiefe T) wurde im Oktober 2007 vom Unternehmen Schniering AG durchgeführt.

Die nachfolgend aufgeführten Angaben von Anfang Dezember 2007 beziehen sich auf die Auswertungen der Längsebenheit (i2) von 211,5 km auf Hauptstrassen und 412,8 km auf Nebenstrassen. Für die Querebenheiten (i3) wurden 207,6 km auf Hauptstrassen und 415,2 km auf Nebenstrassen berücksichtigt.

Die Ergebnisse dieser umfassenden Bewertung, die für die Längsebenheit auf 250 m langen Abschnitten und für die Querebenheit auf 50 m langen Abschnitten durchgeführt wurde, sind in der folgenden Tabelle festgehalten.

Ergebnisse der Erhebungen von 2007 über den Zustand des gesamten Kantonsstrassennetzes (641 km, 100 %).

(Auslegung gemäss neuer VSS-Norm SN 640 925b vom 1. August 2003).

| Kriterien            | Bewertung       |               |               |
|----------------------|-----------------|---------------|---------------|
|                      |                 | Hauptstrassen | Nebenstrassen |
|                      |                 | %             | %             |
| Längsebenheit (i2)** | gut             | 58.0          | 50.1          |
|                      | mittelmässig    | 27.5          | 30.5          |
|                      | <u>genügend</u> | <u>11.5</u>   | <u>14.5</u>   |
|                      | kritisch        | 2.8           | 4.0           |
|                      | schlecht        | 0.2           | 0.9           |
|                      |                 | %             | %             |
| Querebenheit (i3)*** | gut             | 14.0          | 19.8          |
|                      | mittelmässig    | 21.0          | 23.7          |
|                      | <u>genügend</u> | <u>26.5</u>   | <u>26.7</u>   |
|                      | kritisch        | 25.1          | 19.4          |
|                      | schlecht        | 13.4          | 10.4          |

\*\* Messung der Standardabweichung Sw (%)

\*\*\* Messung der Fahrrirentiefe (in mm)

Die Längsebenheit (i2 – Sw) und Querebenheit (i3 - T) sind besonders gute Gradmesser für den Zustand der Kantonsstrassen.

## 6. Sektor Unterhalt der Nationalstrassen Ordentliche Tätigkeit

Gegenwärtig beträgt die Länge des Autobahnnetzes auf freiburgischem Gebiet 62,4 km für die A12. Zudem übernimmt der Kanton Freiburg den Unterhalt der A1 auf einer Länge von 38,92 km – wovon sich 16,18 km auf waadtländischem und 1,14 km auf bernischem Gebiet befinden – sowie von der Autostrasse Givisiez und der T10 Kerzers.

Die vom Unterhaltungspersonal erbrachten Arbeitsleistungen lassen sich wie folgt aufteilen:

- Die Arbeiten für den Winterdienst erforderten 7510 Stunden, wobei 1461 Tonnen chemische Auftaumittel verwendet wurden.

- Die Arbeiten für die Reinigung der Fahrbahnen, Halteplätze und Kanalisationen sowie für den Unterhalt der Grünzonen erforderten 24 180 Stunden.
- Bei der Erneuerung von Markierungen bei Anschlüssen, Inseln oder in Tunnel durch die Signalisations-equipe wurden 108,50 km Mittel- und Randlinien markiert. Dafür wurden 12 920 kg Farbe verwendet.
- Es wurden 272 Unfälle registriert (in 53 Fällen konnten die Verursacher nicht ausfindig gemacht werden). Für die Reparaturarbeiten waren 2711 Arbeitsstunden erforderlich und der finanzielle Aufwand belief sich auf 879 141.60 Franken.

## 7. Sektion Gewässer

### 7.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 7.1.1 Studien

- a) Gewährleistung der Niederwassermengen

Die Sektion Gewässer setzt den Betrieb eines hydrologischen Messnetzes fort und führt monatliche Wasserstandsmessungen durch, um die natürlichen Restwassermengen der Wasserläufe bei Niederwasser zu ermitteln. Diese Daten werden in eine systematische Datenbank eingegeben.

Im Rahmen der Studie zur Sanierung der Wasserentnahmen aus dem Jaunbach, die von der Sektion in Auftrag gegeben worden war, haben die Eigentümer von Wasserkraftwerken Gegenvorschläge unterbreitet. Diese Vorschläge wurden von der Sektion geprüft. In Abstimmung mit den Massnahmen zur Mückenvernichtung im oberen Teil des Greyerzensees wurde eine Massnahme zur Sanierung der Wasserentnahmen aus dem Montsalvens-See geprüft. Die Sektion hat die der RUBD unterbreiteten Sanierungsvorschläge aufgrund der Zusatzinformationen und Gegenvorschläge der Werkbesitzer angepasst.

Von der Trockenperiode im Sommer 2003 bis zum April 2006 sind im Jahresvergleich unterdurchschnittliche Niederschlagsmengen gemessen worden. Seither hat sich die Situation praktisch normalisiert. Die wiederkehrenden Niederschläge in der Periode Mai bis August 2007 haben diese Tendenz hin zur Normalisierung noch verstärkt.

#### b) Kartografie der Gefahren

Das Programm zur Kartografierung der Naturgefahren wird gemäss dem von der KNG erarbeiteten Programm weitergeführt. Für die 2007 durchgeführten Untersuchungen wurden Bundesbeiträge gesprochen.

Im Mittelland führt die Sektion die Kartografierung der Naturgefahren durch Wasser gemäss der von der KNG erarbeiteten Planung fort. Die Gefahrenkarte für die Glane in Villars-sur-Glane konnte so von der KNG validiert werden. Die Gefahrenhinweiskarte für den Broyebezirk, die zusammen mit dem Kanton Waadt ausgearbeitet wurde, wird im Frühjahr 2008 validiert werden.

#### c) Revitalisierung der Fliessgewässer

2007 wurden mehrere Revitalisierungsstudien durchgeführt oder fortgesetzt. Dabei werden neben der Revitalisierung auch andere Ziele (Hochwasserschutz, Abführung des Sickerwassers usw.) verfolgt.

#### d) Raumbedarf der Fliessgewässer

Mit der Einhaltung des minimalen Raumbedarfs werden sowohl Ziele des Hochwasserschutzes als auch Ziele der Revitalisierung verfolgt. Die Übertragung dieses Katasters in die Nutzungspläne erfolgt in Zusammenarbeit mit den betroffenen Dienststellen. Damit soll der Raumbedarf der Fliessgewässer im Rahmen der Revision von Ortsplanungen sichergestellt werden. Um den Raumbedarf systematisch zu ermitteln, wurden entsprechende Studien unternommen. Bis heute wurde der Raumbedarf der Fliessgewässer auf dem Gebiet von 20 Gemeinden in die OP integriert oder den Stadtplanungsbüros übermittelt. Derzeit laufen Studien für 50 Gemeinden.

### 7.1.2 Wasserbauprojekte und studien

#### a) Grundstudien, Konzepte:

- Minimaler Raumbedarf der Fliessgewässer, mehrere Gemeinden (Kataster)
- Ärgera, Plasselb (Massnahmenkonzept und Revitalisierung des Auengebiets)
- Bibera, Ulmiz und Gempenach (Massnahmenkonzept)
- Gemeinden Jeuss und Galmiz (Gefahrenkarten für verschiedene Fliessgewässer)
- Jaunbach und Nebenflüsse, Jaun (Massnahmenkonzept)
- Javro, Cerniat (Studie zur Geschiebeführung, Massnahmenkonzept)
- Mortivue, Semsales (Zusatzexpertise zu den Murgängen, Verbesserung des Massnahmenkonzepts)
- Bäche in Le Pâquier (Massnahmenkonzept)
- Saane von Hauterive bis Schiffenen (Gefahrenkarte)

#### b) Wasserbauprojekte:

- Ärgera, Tentlingen (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
- Albeuve, Gruyères (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
- Bibera, Ulmiz und Gempenach
- Biorde, Attalens, Granges und Bossonnens (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
- Bry, Enney
- Corsallettes, Léchelles (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
- Heitiwilbach, Düdingen (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
- Ärgera, Marly (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
- Marivue, Haut-Intyamou (Zusatzarbeiten)
- Mortivue, Semsales
- Moulin, Vuisternens-en-Ogoz (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
- Nesslera, Le Mouret
- Pra Gremy, Châtel-St-Denis (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
- Saane im oberen Greyerzbezirk, Broc und Bas-Intyamou (Villars-sous-Mont, Enney) (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
- Saane bei der Magerau, Freiburg
- Warme Sense und Zuflüsse beim Rohrmoos, Plaffeien (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
- Sonnaz, Belfaux (Revitalisierung)
- Taverna, Mühletal und Wünnewil-Flamatt
- Tâna, Grandvillard
- Veveys de Châtel, Châtel-St-Denis

### 7.1.3 Im Jahr 2007 beendete Projekte und Studien

#### a) Grundstudien, Konzepte:

- Perimeter unterer Broyebezirk (Gefahrenkarte)
- Glane in Matran, Hauterive und Villars-sur-Glâne (Gefahrenkarte)
- Bi Chalet in Jaun, im Rahmen des Massnahmenkonzepts für den Jaunbach und seine Zuflüsse
- Saane in Freiburg (Analyse des Hochwassers vom August 2005)
- Gebirgsbäche von Schwarzsee (Vervollständigung der bestehenden Gefahrenkarten)
- Sense in Bösinggen und Flamatt (Gefahrenkarte)
- Saane in Bösinggen (Gefahrenkarte)

#### b) Wasserbauprojekte (Abschluss der Arbeiten):

- Broye, Semsales (Revitalisierung)
- Crêt de la Ville, Gruyères
- Grandvaux, Aumont–Vesin (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
- Löwenbergbach, Muntelier
- Nitou, Misery-Courtion
- Ondine, Bulle (Revitalisierung)
- Pra Maradan, Botterens
- Pra Riondet, Villarvolard
- Ru des Vuaz, Estavayer-le-Lac
- Seigneux, Villeneuve
- Stoutz, La Roche
- Tiguellet, mehrere Gemeinden

- Dossiers in Zusammenhang mit Ortsplanungen und generellen Entwässerungsplänen;
- Baugesuche sowie verschiedene Fragen im Zusammenhang mit Gemeinde-, Kantons- und Nationalstrassen.

### 7.1.6 Gesprochene und überwiesene Beiträge

Für die Studien und Projekte wurden Kantonsbeiträge von insgesamt 812 062.05 Franken und Bundesbeiträge von 1 794 368.50 Franken gesprochen.

### 7.1.4 Detail- und Ausführungsstudien

Die Sektion hat generelle Projekte ausgearbeitet und die Oberleitung bei den Arbeiten und Studien, die Ingenieurbüros anvertraut worden waren, wahrgenommen. Parallel dazu hat sie Detailstudien durchgeführt, Pläne ausgearbeitet, gewisse Arbeiten ausgeschrieben und die örtliche Bauleitung dieser Arbeiten sichergestellt. Sie hat zudem die Abrechnungen für die Subventionierung aller Arbeiten erstellt.

### 7.1.5 Zusatzarbeiten

Die Sektion führte Kontrollen und Inspektionen durch. Ausserdem hat sie Erhebungen sowie hydrologische Berechnungen vorgenommen und die entsprechenden Genehmigungen ausgestellt (davon zirka 570 Bau- und Planungsdossiers):

- Nutzung öffentlicher Gewässer (Wasserkraft, Wasserpumpenanlagen, Ableitungen, Bootsverankerungen und andere Flächenbenützigungen, Materialentnahmen usw.) und damit einhergehend die Berechnung der Gebühren für die Nutzung der Wasserkraft des Kantons durch die Groupe E;
- Wasserbaupolizei (Bauten im Zusammenhang mit Wasserläufen, Brücken, Stegen und Bachquerungen);

## Studien und Projekte mit Beitragsleistungen

| a) auf Kantonsebene:  |                     |        |                     |
|---|---------------------|--------|---------------------|
|   | Kostenvoranschlag   | Ansatz | Beiträge            |
|   | Fr.                 | %      | Fr.                 |
| Arbogne, Montagny   | 19'682.00           | 30.00  | 5'904.60            |
| Corsalettes, Grolley  | 34'906.10           | 24.00  | 8'377.45            |
| Verschiedene Bäche (Gumefens, Les Jorettes, Malessert, Abbaye), Pont-en-Ogoz und Sorens | 35'000.00           | 30.00  | 10'500.00           |
| Löwenbergbach, Muntelier  | 218'000.00          | 29.00  | 63'220.00           |
| Ruz des Vuaz, Estavayer-le-Lac  | 14'000.00           | 29.00  | 4'060.00            |
| Nitou, Misery-Courtion  | 30'000.00           | 30.00  | 9'000.00            |
| Crêt de la Ville, Gruyères  | 211'000.00          | 30.00  | 63'300.00           |
| Moulin, Vuisternens-en-Ogoz   | 257'000.00          | 27.00  | 69'400.00           |
| Hochwasser Mai/August 2007 (SRB Nr. 1367)   | 620'000.00          | 31.00  | 192'200.00          |
| Hochwasser Mai/August 2007 (SRB Nr. 1368)   | 565'000.00          | 31.00  | 175'150.00          |
| Hochwasser Mai/August 2007 (SRB Nr. 1369)   | 665'000.00          | 31.00  | 206'150.00          |
| Corsalettes, Ponthaux   | 16'000.00           | 30.00  | 4'800.00            |
| <b>Total</b>  | <b>2'685'588.10</b> |        | <b>812'062.05</b>   |
| b) auf Bundesebene:   |                     |        |                     |
|   | Kostenvoranschlag   | Ansatz | Beiträge            |
|   | Fr.                 | %      | Fr.                 |
| Pra Riondet, Villarvolard   | 337'000.00          | 39.00  | 131'430.00          |
| Ondine, Bulle   | 600'000.00          | 45.00  | 270'000.00          |
| Tâna, Grandvillard  | 1'879'000.00        | 45.00  | 845'550.00          |
| Corsalettes, Grolley  | 34'868.00           | 39.00  | 13'598.50           |
| Crêt de la Ville, Gruyères  | 339'000.00          | 41.00  | 138'990.00          |
| Grundlagen Naturgefahren, verschiedene Gemeinden  | 22'000.00           | 70.00  | 15'400.00           |
| Grundlagen Naturgefahren, verschiedene Gemeinden  | 542'000.00          | 70.00  | 379'400.00          |
| <b>Total</b>  | <b>3'753'868.00</b> |        | <b>1'794'368.50</b> |

Im Jahr 2007 wurden für Wasserbaustudien, projekte und arbeiten Subventionen von insgesamt 5 214 016.10 Franken überwiesen. Die Kantonsbeiträge beliefen sich auf 1 463 984.90 Franken und die Bundesbeiträge auf 2 614 044.70 Franken.

Subventionierte Verbauungsstudien, -projekte und -arbeiten:

| Wasserläufe, Gemeinden                                  | Ausbau       | Beiträge     |              |
|---|--------------|--------------|--------------|
|   | Arbeiten     | Bund         | Kanton       |
|   | Fr.          | Fr.          | Fr.          |
| Arbogne, Montagny                                       | 19'682.00    |              | 5'904.60     |
| Abbaye und Malessert, Sorens                            | 22'495.70    |              | 6'748.70     |
| Grundlagen Naturgefahren, Massnahmenkonzepte 2004 (356) | 92'542.90    | 64'780.05    |              |
| Grundlagen Naturgefahren, Massnahmenkonzepte 2002 (345) | 87'334.35    | 61'134.05    |              |
| Grundlagen Naturgefahren, Massnahmenkonzepte 2001 (341) | 2'843.50     | 1'990.45     |              |
| Grundlagen Naturgefahren, Massnahmenkonzepte 2007 (367) | 272'452.15   | 190'716.50   |              |
| Botheys, Charmey  | 11'580.00    | 4'620.40     | 4'815.35     |
| Broye, Semsales   | 25'678.45    |              | 8'088.70     |
| Caudra, Châtonnaye                                      |              | 46'208.70    | -14'748.65   |
| Chandon, Léchelles                                      | 542.25       |              | 136.65       |
| Coppet, Charmey   | 17'000.00    |              | 6'800.00     |
| Corsalettes und Chandon, Léchelles und Misery-Courtion  | 45'980.95    |              | 13'794.30    |
| Corsalettes, Grolley                                    |              | 123'422.50   | 8'377.45     |
| Crausa, Courtepin                                       | 589'754.45   | 200'045.95   | 169'849.30   |
| Crêt de la Ville, Gruyères                              | 308'112.65   | 70'627.85    | 92'433.80    |
| Hochwasser Mai 2005, mehrere Gemeinden                  |              |              | 3'665.05     |
| Hochwasser August 2005, mehrere Gemeinden               | 253'544.00   | 575'615.70   | 110'290.90   |
| Hochwasser Mai/August 2007, mehrere Gemeinden           | 682'838.30   |              | 211'679.90   |
| Eglise und Tioleyre, Cerniat                            | 61'370.50    |              | 20'865.95    |
| Ärgera, Marly   | 44'087.15    | 18'516.60    | 12'300.30    |
| Grandvau, mehrere Gemeinden                             | 255'891.75   | 99'797.80    | 71'393.80    |
| Jaunbach, Charmey                                       | 285'595.00   | 129'177.50   | 49'354.25    |
| Longivue, Farvagny                                      |              | 34'076.00    |              |
| Löwenbergbach, Muntelier                                | 211'143.50   |              | 61'231.60    |
| Nitou, Misery-Courtion                                  | 23'432.75    |              | 7'029.85     |
| Noflenbach, Bösingén                                    | 68'145.90    |              | 19'762.30    |
| Ondine, Bulle   | 258'893.65   | 116'502.15   | 69'901.30    |
| Pra Riondet, Villarvolard                               | 203'841.25   | 79'498.10    | 61'152.40    |
| Riggisalpbach, Plaffeien                                | 39'705.35    | 121'830.45   | 25'515.50    |
| Ruz des Vuaz, Estavayer-le-Lac                          | 11'848.70    |              | 3'436.10     |
| Seeliggrabenbach, St. Antoni                            | 39'406.90    |              | 15'368.70    |
| Seeweidbach, Plaffeien                                  | 25'988.40    | 11'520.30    | 9'355.80     |
| Seigneux, Villeneuve                                    | 37'944.40    |              | 11'088.80    |
| Tâna, Grandvillard                                      | 919'310.15   | 539'015.45   | 321'758.50   |
| Tiguelet, mehrere Gemeinden                             | 205'971.95   | 72'090.20    | 74'149.90    |
| Warme Sense, Plaffeien                                  | 89'057.15    | 52'858.00    | 2'483.80     |
| Total   | 5'214'016.10 | 2'614'044.70 | 1'463'984.90 |

Die subventionierten Wasserbauarbeiten wurden an rund fünfzehn Fliessgewässern ausgeführt und machten ein Beitragsvolumen von 127 240.10 Franken aus.

### Subventionierte Erhaltungsarbeiten

| Wasserläufe  | Gemeinde / Wasserbauunternehmen | Fr.        |
|--|---------------------------------|------------|
| Verschiedene Fliessgewässer                          | Cheyres                         | 1'686.50   |
| Arbogne und Hôpital                                  | Dompierre                       | 1'264.40   |
| Neuenburgersee                                       | Estavayer-le-Lac                | 605.35     |
| Contentenette  | Delley-Portalban                | 714.55     |
| Kleine Glane   | Cugy                            | 201.75     |
| Moulins  | Lully                           | 477.85     |
| Arbagny  | Treyvaux                        | 2'469.95   |
| Ruisseau de la Pisciculture und Ruisseau des Botheys | Charmey                         | 2'171.75   |
| Murtensee  | Muntelier                       | 2'981.50   |
| Verschiedene Fliessgewässer                          | Villarepos                      | 659.50     |
| Kleine Glane und Fossé Neuf                          | Gewässerregulierungsunternehmen | 49'455.90  |
| Bibera im Grossen Moos                               | WBU Bibera im Grossen Moos      | 31'058.80  |
| Obere Bibera   | WBU Obere Bibera                | 20'881.20  |
| Saane  | Wasserbaukommission Saane       | 1'067.45   |
| Tiguelet   | Wasserbauunternehmen „Tiguelet“ | 2'336.45   |
| Taverna  | WBU Obere Taverna               | 9'207.20   |
| Total  |                                 | 127'240.10 |

## 7.2 Besondere Ereignisse Naturgewalten

In den Monaten Mai bis August 2007 ereigneten sich zahlreiche Gewitter. Die damit einhergehenden Niederschläge führten zu einer starken Erhöhung des Grundwasserspiegels und zu einer flächendeckenden Sättigung des Bodens. Ausserdem verzeichneten alle Fliessgewässer des Kantons Freiburg wiederholt beträchtliche Hochwasser. Die bedeutendsten Ereignisse geschahen am 23. Mai, 21. Juni, 3. und 4. Juli sowie am 8. und 9. August 2007. Alle Einzugsgebiete, von den kleinsten bis zu den grössten, waren betroffen.

Die schwerwiegendsten Schäden traten entlang der Taverna in Wünnewil-Flamatt, der Galtera in Freiburg, Tifers und St. Ursen, des Ruisseau du Roule in Marly und des Ruisseau du Lavau in La Verrerie auf.

Die Hochwasser haben an mehreren Orten zu Erosionen und Überschwemmungen durch Ausuferung geführt. Da es sich um lang anhaltende Prozesse handelte, wurden die Bette und Ufer zahlreicher Freiburger Fliessgewässer in hohem Mass beansprucht und destabilisiert.

**Auch die Seen verzeichneten hohe Wasserstände. So betrug der Pegelstand des Murten- und des Neuenburgersees am 13. August 430,27 m ü.M. Seit Beginn der Messungen im Jahr 1983 wurde dieser Wert einzig am 12. April 2006 übertroffen.**

## V. AUTOBAHNAMT

### 1. Aufgaben

Das Autobahnamt ist mit der Ausarbeitung der definitiven Projekte, dem Bau und dem Unterhalt der Nationalstrassen beauftragt.

Vorsteher des Autobahnamts ist André Piller, Oberingenieur.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

2007 war erneut ein äusserst arbeitsreiches Jahr für das Autobahnamt (ABA). Die bedeutendsten Projekte waren: die Fortführung der Arbeiten auf der zweiten grossen Unterhaltsbaustelle der A12 zwischen La Veyre (Vevey) und Semsales, die Unterhaltsarbeiten der unterirdischen Kunstbauten bei Gumefens und Avry-devant-Pont, die Aktualisierung der unterirdischen Kunstbauten der A1 (namentlich für die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer) und die Fertigstellung des neuen Autobahnanschlusses von Riaz (A12).

Der Bau- und Ausbaurkredit betrug 21,1 Millionen Franken. Damit wurden die oben erwähnten Arbeiten sowie weitere Ausbauarbeiten auf der A1 und A12 finanziert. Der Unterhaltskredit seinerseits belief sich auf 25,6 Millionen Franken; er wurde für die laufenden Sanierungs- und Unterhaltsarbeiten auf den beiden Autobahnen, für die Erneuerung der elektromechanischen Anlagen in den Tunnel und für Studien im Zusammenhang mit den künftigen UPlaNS-Projekten (2007 bis 2010) verwendet.

Auf der Umfahrung von Murten – zwischen Greng, Löwenberg und Gurbrü – wurden verschiedene Studien sowie Ausbau- und Erneuerungsarbeiten für die elektromagnetischen Anlagen ausgeführt.

Die Studien im Rahmen der Unterhaltsplanung der Nationalstrassen für die UPlaNS-Projekte zwischen Löwenberg und Gurbrü auf der A1 und zwischen Semsales und Riaz auf der A12 sowie die Studie zum definitiven Projekt für die neue Strasse Birch-Luggiwil, mit der ein Zugang von Norden her zum Anschluss Düdingen geschaffen werden soll, sind im Gang. Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) hat das ABA ferner mit einer Studie zur Änderung des definitiven Projekts für die Abdeckung des A12-Sektors bei Chamblieux beauftragt.

Die enge Kooperation mit dem ASTRA sowie den Gemeinden und Güterzusammenlegungsgenossenschaften wurde im Rahmen der genannten Projekte und Arbeiten weitergeführt. In diesem Zusammenhang sind die Auflösung der Genossenschaft Murten-Altavilla und die Schaffung der freiwilligen Güterzusammenlegungsgenossenschaft von Düdingen im September 2007 zu erwähnen.

Das ABA hat seine Informationspolitik fortgesetzt. So wurden unter anderem die verschiedenen Seiten des ABA-Internetauftritts regelmässig aktualisiert und di-

verse Medienmitteilungen herausgegeben. Ausserdem hielten Mitarbeitende des ABA Vorträge und nahmen an Informationsveranstaltungen teil.

Im Juni unterzog sich das ABA mit Erfolg dem Kontrollaudit seines Qualitätsmanagement-Systems nach ISO 9001–2000.

Und schliesslich sei darauf hingewiesen, dass 2007 für das ABA das letzte Jahr mit dem Kanton als Besitzer der Nationalstrassen war; denn ab dem 1. Januar 2008 ist der Bund alleine für die Nationalstrassen verantwortlich – mit Ausnahme der Fertigstellung des Nationalstrassennetzes.

In diesem Rahmen hat das ABA vom Bund zahlreiche Mandate erhalten, und der Bundesrat hat den Sozialplan für das Nationalstrassen-Personal festgelegt. Die Liste der betroffenen Mitarbeitenden und die entsprechenden Beträge wurden dem ASTRA bereits unterbreitet.

### 3. Staff

Das Hauptaugenmerk richtete sich auf die Vorbereitung des Kontrollaudits und die Anpassung der Unterlagen für das Qualitätsmanagement.

### 4. Ressourcen

#### 4.1 Erwerb von Liegenschaften

##### 4.1.1 A1

- Übertragung ohne Kostenfolge von 58 Parzellen mit einer Gesamtfläche von 441 076 m<sup>2</sup> auf dem Gebiet der Gemeinden Cheyres, Murist, Châbles, Font, Lully (Sektor Lully), Les Montets (Sektor Frasses), Sévaz, Bussy, Cugy, Domdidier, Saint-Aubin, Courgevaux und Murten, die damit von den Nationalstrassen an das Amt für Wald, Wild und Fischerei übergangen;
- Übertragung für 1 341 375 Franken von 29 Parzellen mit einer Gesamtfläche von 333 564 m<sup>2</sup> auf dem Gebiet der Gemeinden Châbles, Font, Les Montets (Sektor Frasses), Sévaz, Courgevaux, Murten und Galmiz, die damit von den Nationalstrassen an das Tiefbauamt (TBA) übergangen;
- Verkauf im Rahmen der Landumlegung Bollion-Châbles-Seiry einer Parzelle von 13 991 m<sup>2</sup> an die Gemeinde Lully (Sektor Bollion) für 58 611 Franken.

##### 4.1.2 A12

- Kauf von 1974 m<sup>2</sup> für 9500 Franken auf dem Gebiet der Gemeinde Châtel-St-Denis; werden für die Dienstzufahrt Prayoud (Jura-Seite) benötigt;
- Übertragung für insgesamt 282 683 Franken von drei Parzellen mit einer Gesamtfläche von 93 273 m<sup>2</sup> auf dem Gebiet der Gemeinde Magnedens, die damit von den Nationalstrassen an das Tiefbauamt übergangen;
- Übernahme für insgesamt 211 254 Franken von vier Parzellen mit einer Gesamtfläche von 35 209 m<sup>2</sup> auf

dem Gebiet der Gemeinde Düringen, die damit vom Tiefbauamt an die Nationalstrassen übergangen;

- Verkauf von 876 m<sup>2</sup> für 35 040 Franken auf dem Gebiet der Gemeinde Wünnewil-Flamatt.

## 4.2 Entschädigung für Schäden an den Kulturen während der Bauarbeiten

Den Landwirten wurden Entschädigungen für Verdienstausfälle von insgesamt 38 851 Franken ausbezahlt.

## 4.3 Güterzusammenlegungen

### 4.3.1 A1

Cheyres – Yvonand (VD)

- Die Vermessungsarbeiten stehen kurz vor dem Abschluss.

Bollion–Châbles–Seiry

- der Übergangskataster wurde vom 2. November bis zum 3. Dezember 2007 öffentlich aufgelegt;
- Einrichtung eines Vermessungsgrundlagentznetzes;
- die Vermarkung hat begonnen.

Châtillon–Font–Lully

- Die Vermessungsarbeiten vor Ort wurden abgeschlossen, die Übertragung auf die Pläne hat begonnen;
- der Übergangskataster wurde beim Grundbuchamt hinterlegt.

Frasses und Umgebung

- Die Vermessungsarbeiten stehen kurz vor dem Abschluss; die öffentliche Auflage ist für 2008 vorgesehen;
- die öffentliche Auflage der Vermarkung fand vom 12. Oktober bis zum 12. November 2007 statt.

Cugy–Bussy

- Die Vermessungsarbeiten sind im Gang;
- die Vermarkung wurde abgeschlossen.

Murten–Altavilla

- Die Güterzusammenlegungsgenossenschaft von Murten-Altavilla ist am 28. September 2007 aufgelöst worden.

### 4.3.2 A12

Farvagny–Grenilles–Posat

- Verkauf der Autobahngrundstücke.

Düringen

- Freiwillige Bildung der Güterzusammenlegungsgenossenschaft am 19.09.2007.

## 4.4 Umweltbelastungen

- Gemeinde Galmiz, Sammelklage von 35 Personen wegen übermässiger Lärmbelastung; die in der Folge durchgeführte Lärmstudie kam zum Schluss, dass die Immissionsgrenzwerte (IGW) eingehalten werden,

die Grundbesitzerinnen und -besitzer wurden über das Resultat informiert;

- Gemeinde Vuadens, Sektor «Le Maupas»; in vier Wohnungen werden die IGW überschritten, die Studie kam zum Schluss, dass Lärmschutzmassnahmen unverhältnismässig wären, weswegen Erleichterungen vorgesehen sind;
- Gemeinden Bulle und Riaz, Sektor La Sionge; Untersuchung, ob die Lärmschutzmassnahmen wirtschaftlich tragbar und verhältnismässig sind;
- Gemeinde Pont-en-Ogoz, Sektor Avry-devant-Pont; Sammelklage von 45 Personen wegen Erhöhung der Lärmbelastung infolge der Auslichtung der Hecke auf der Jura-Seite; ein Ingenieurbüro wurde mit einer Lärmstudie beauftragt;
- Gemeinde Marsens, Sektor Vuippens; Gesuch der Gemeindebehörden um eine Lärmsanierung bei mehreren Wohnungen zwischen der National- und der Kantonsstrasse; ein Ingenieurbüro wurde mit einer Lärmstudie beauftragt;
- Gemeinde Matran, Sektoren «La Fenetta», «Impasse de la Montagne Sud-Ouest» und «Impasse de la Montagne Nord-Est»; anlässlich der Auflage für den Bau von Lärmschutzwänden wurden acht Einsprachen eingereicht; das Dossier befindet sich derzeit beim Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK);
- Gemeinde Hauterive, Sektoren Posieux und Ecuvilens; Sammelklage von 70 Personen wegen Erhöhung der Lärmbelastung über die letzten Jahre; ein Ingenieurbüro wurde mit einer Lärmstudie beauftragt;
- Gemeinde Riaz; Subventionsgesuch für den Bau einer Lärmschutzwand zum Schutz des Quartiers Clos Villars vor dem von der Nationalstrasse und dem Zubringer Bulle-Riaz erzeugten Lärm; ein Ingenieurbüro wurde mit einer Lärmstudie beauftragt;
- Gemeinde Châtel-St-Denis, Sektoren Prayoud und Luxit; in fünf Wohnungen werden die IGW überschritten; die von einem Ingenieurbüro durchgeführte Lärmstudie kommt zum Schluss, dass Lärmschutzmassnahmen unverhältnismässig wären, und schlägt deshalb Erleichterungen vor;
- Gemeinden Granges-Paccot und Givisiez, Sektor Chamblieux; das Projekt wird vom Bund als LSV-konform beurteilt; die RUBD hat die betroffenen Gemeinden über die Zusatzkosten für die Abdeckung informiert, die zu Lasten der Gemeinden gehen;
- Gemeinde Villars-sur-Glâne, Sektor «Les Dailles»; in den oberen Stockwerken von mehreren Wohnhäusern werden die IGW überschritten; die von einem Ingenieurbüro durchgeführte Lärmstudie kommt zum Schluss, dass die Verhältnismässigkeit der Lärmschutzmassnahmen (Kosten-Nutzen-Verhältnis) gegeben ist.
- Vorbereitung der Unterlagen und der Metadaten für die elektronische Archivierung der Gutachten und EDV-Daten der Jahre 2004 und 2005;

- Studien und Gutachten für 188 Baugesuche sowie 25 Vor- und Schlussprüfungen von Quartierplänen, Revisionen von Ortsplanungen und Ähnlichem;
- Auswertung der Resultate der automatischen Verkehrszählungen auf den Autobahnen A1 und A12 sowie Veröffentlichung der Ergebnisse auf der Website des ABA ([www.sar-fr.ch](http://www.sar-fr.ch));

#### 4.5 Elektronische Datenverwaltung (GEDARC)

GEDARC wird im Einverständnis mit dem ASTRA weitergeführt. Ende 2007 waren 100 % der Pläne und 75 % der Unterlagen elektronisch archiviert.

#### 4.6 Verwendung der Kredite

| a) Nettoausgaben für den Bau von Nationalstrassen |                |                 |               |
|---|----------------|-----------------|---------------|
|   | A1, in Franken | A12, in Franken |               |
| Projektierung, Bauleitung                         | 1 547 919.75   | 1 368 443.95    |               |
| Landerwerb und Umlegungen                         | 698 238.75     | 107 243.65      |               |
| Bauausführung                                     | 6 397 410.90   | 10 949 149.20   |               |
| Total verwendete Kredite                          | 8 643 569.40   | 12 424 836.80   | 21 068 406.20 |
|   |                |                 |               |
| ./. Einnahmen ausserhalb der Kreditverwendung     | 812 122.65     | 10 621.20       | 822 743.85    |
| Total Nettoausgaben                               |                |                 | 20 245 662.35 |

|   |               |
|---|---------------|
| b) Total Bruttoausgaben für den baulichen Unterhalt der Nationalstrassen: | 25 625 452.30 |
|---|---------------|

| c) Verpflichtungskredit des Kantons (Dekret vom 26. Juni 2001) |              |
|--|--------------|
| Saldo per 1. Januar 2007:                                      | 3 200 105.25 |
| Verwendung 2007:   | 2 037 529.50 |
| Am 1. Januar 2008 verfügbarer Saldo:                           | 1 162 575.75 |

## **5. Ausarbeitung – Bau, Unterhalt, Erneuerung (UPlaNS)**

### **5.1. Pavement Management System (PMS)**

#### **5.1.1 A1 Bau- und Ausbuarbeiten**

##### **Abschnitt Cheyres – Cugy und Enklave Domdidier**

- Höhen- und Lagekontrollen von Kunstbauwerken.
- Folgende Arbeiten wurden abgeschlossen:
  - Errichtung einer Signalisation auf dem Rastplatz «Rose de la Broye» zur Umleitung im Falle einer Überlastung der Autobahn zwischen Estavayer-le-Lac und Yverdon-les-Bains;
  - Ausbau und Revitalisierung des Biokorridors der Arbogne M12;
  - Überweisung der Betriebsdossiers für die ökologischen Ausgleichsmassnahmen (öAM) an die technische Gruppe; Kontrolle von acht Objekten vor Ablauf der Garantie;
  - verschiedene unter Garantie stehende Arbeiten;
  - Kontrolle von drei Objekten vor Ablauf der Garantie.

Folgende Arbeiten sind im Gang:

- Unterhalt (öAM) des Baches Chèvrefu unter dem Viadukt von Lully, bis 2008;
- Eingabe des unterirdischen Katasters in eine Datenbank.

##### **Abschnitt Greng–Gurbrü**

- Ausbau des Dy- und Mühlebachs, der den Bau eines Beckens beinhaltet, öffentliche Auflage abgeschlossen, Projekt vom Bund genehmigt;
- öffentliche Auflage und Genehmigung des Projekts für die Instandsetzung der Länggasse.

Folgende Arbeiten wurden abgeschlossen:

- Überweisung der Betriebsdossiers für die ökologischen Ausgleichsmassnahmen (öAM) an die technische Gruppe;
- Kontrolle von zwei Objekten vor Ablauf der Garantie;
- verschiedene unter Garantie stehende Arbeiten.

#### **5.1.2 A12 Bau- und Ausbuarbeiten**

##### **Abschnitt Châtel-St-Denis – Vaulruz**

- Höhen- und Lagekontrollen von Kunstbauwerken;
- Genehmigung des Bundes im Hinblick auf die öffentliche Auflage des definitiven Kreisels von En Craux auf dem Zubringer von Châtel-St-Denis.

##### **Abschnitt Vaulruz–Bulle**

- Höhen- und Lagekontrollen von Kunstbauwerken;
- Fertigstellung des Kreisels bei der Schnittstelle La Sionge auf dem Zubringer Bulle;
- Verwirklichung der Änderung des Anschlusses Riaz auf dem Zubringer Bulle.

##### **Abschnitt Bulle–Corpataux**

- Höhenkontrollen von Kunstbauwerken;
- Eingabe des unterirdischen Katasters in eine Datenbank.

##### **Abschnitt Corpataux–Freiburg**

- Eingabe des unterirdischen Katasters in eine Datenbank;
- Höhenkontrollen von Kunstbauwerken;
- Anpassung des provisorischen Ausbaus des Anschlusses Matran;
- Begleitung der langfristigen Studie, die vom Tiefbauamt (TBA) geleitet wird und die Verbesserung des Sektors beim Anschluss Matran zum Ziel hat;
- Studie zur Abwasserbeseitigung auf der Autobahn im Sektor zwischen dem Anschluss Freiburg-Süd und dem Anschluss Freiburg-Nord.

##### **Abschnitt Freiburg–Düdingen**

- Eingabe des unterirdischen Katasters in eine Datenbank;
- Änderung des Anschlusses Düdingen;
- öffentliche Auflage für den Ausbau des Anschlusses Freiburg-Nord;
- Anschluss Düdingen: Übernahme und Fortsetzung durch das ABA der vom TBA begonnenen Studien für die Verbindung Birch–Luggiwil, da dieser Abschnitt neu Teil des Nationalstrassennetzes ist.

##### **Abschnitt Düdingen–Flamatt**

- Höhenkontrollen von Kunstbauwerken.

#### **5.1.3 A1 Baulicher Unterhalt und Erneuerungen**

##### **Abschnitt 14 Kantonsgrenze VD/FR – Kantonsgrenze FR/BE**

- TE6: Erfassen der Grunddaten für alle Bereiche;
- Ausarbeitung des Einsatzprojekts für den Unterhaltsabschnitt TE6 Löwenberg–Gurbrü;
- Einsatzprojekt für den Unterhaltsabschnitt TE6 Löwenberg–Gurbrü: Genehmigung durch das ASTRA;
- Ausarbeitung des Ausschreibungsdossiers für den Unterhaltsabschnitt TE6 Löwenberg–Gurbrü;
- Ausschreibung, Zuschlag und Verwirklichung der Vorbereitungsarbeiten für den Unterhaltsabschnitt TE6 Löwenberg–Gurbrü;
- Ausschreibung und Zuschlag der Arbeiten für den Unterhaltsabschnitt TE6 Löwenberg–Gurbrü, Beschwerde beim Verwaltungsgericht.

#### **5.1.4 A12 Baulicher Unterhalt und Erneuerungen**

##### **Abschnitt 76 Châtel-St-Denis – Rossens**

- P12, UPlaNS-Unterhaltsabschnitt zwischen Châtel-St-Denis und Semsales: Realisierung der zweiten

Etappe von 3,6 km in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Waadt. Kosten für die Arbeiten auf Freiburger Boden: zirka 68 Millionen Franken;

- TE1: Erfassen der Grunddaten für alle Bereiche;
- Ausarbeitung des Einsatzkonzepts für den Unterhaltsabschnitt TE1 Outre Broye–Riaz;
- TE1: Genehmigung des Einsatzkonzepts durch das ASTRA;
- Ausarbeitung des Einsatzprojekts für den Unterhaltsabschnitt TE1 Outre Broye–Riaz;
- Kontrolle von acht Objekten vor Ablauf der Garantie;
- verschiedene unter Garantie stehende Arbeiten.

Folgende Arbeiten sind im Gang:

- Gedeckter Einschnitt von Avry-devant-Pont und Gumefens (AvGu): Fertigstellung der ersten Etappe der Tiefbauarbeiten und Verwirklichung der zweiten Etappe.

#### **Abschnitt 80 Rossens – Kantonsgrenze FR/BE**

- Begleitung des Projekts für den Bau der Umfahrungsstrasse Düdingen–Luggiwil, Fortsetzung der Landumlegungsstudie;
- Kontrolle von elf Objekten vor Ablauf der Garantie;
- verschiedene unter Garantie stehende Arbeiten.

#### **5.1.5 Kiesgruben**

Basilea:

- Die Vermessungsarbeiten sind abgeschlossen.

Grandvillard:

- Die Instandsetzung wird im Frühjahr 2008 beginnen.

#### **5.1.6 Verschiedenes**

- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe für die Qualitätssicherung (QS): FBV/SIA/TBA/ABA;
- Mitwirkung im CEES (Club environnement, énergie et sécurité);
- Kontrollaudit durch die SQS des Qualitätssystems im Juni 2007;
- Begleitung und Anpassung des Qualitätssystems, insbesondere für die elektromechanischen Anlagen (EMS);
- Fortlaufende Überwachung der PMS-Bauwerke (Pavement Management System) pro Einzugsgebiet;
- Einführung eines Systems zur Verwaltung der Autobahndaten über ein geographisches Informationssystem (GIS);
- Erhebung topographischer Daten auf den Autobahnbaustellen;
- Erstellung mehrerer Gutachten für Bauten innerhalb der Baugrenzen der Nationalstrassen;
- Mitwirkung in der Arbeitsgruppe «Routes/Strassen» im Rahmen des Projekts Managementinformati-

system Strasse und Strassenverkehr (MISTRA) des ASTRA;

- kleinere Arbeiten auf der A1 und der A12 zur Sicherung der Betriebstauglichkeit dieser Bauwerke während der gesamten Lebensdauer.

### **5.2 Bridge Management System (BMS)**

#### **5.2.1 A1 Bau- und Ausbaurbeiten**

##### **Abschnitt Cheyres–Cugy**

- Kontrolle von acht Objekten vor Ablauf der Garantie;
- verschiedene unter Garantie stehende Arbeiten;
- Überführung auf der Kantonsstrasse Châbles–Mussillens, Kontrolle des Übergangs Kunstbaute/Strasse am äusseren Ende der Kunstbaute auf der Seite Yverdon-les-Bains/Alpen und Kontrolle der Zersplitterungen im Beton des Trottoirs auf der Seite von Yverdon-les-Bains;
- ökologische Ausgleichsmassnahmen (öAM) 14, Studie zum Vorprojekt eines Wildwechsels bei der Kleinen Glane und Korrektur der Kantonsstrasse Estavayer-le-Lac – Bussy – Payerne.

##### **Abschnitt Greng–Gurbrü**

- Verschiedene unter Garantie stehende Arbeiten.

#### **5.2.2 A12 Bau- und Ausbaurbeiten**

##### **Abschnitt Châtel–St-Denis – Vaulruz**

- Unterhaltsabschnitt P12 (La Veyre – Outre Broye): Erweiterung auf der Alpen-Seite der Autobahnbrücke über die Veveyse de Châtel;
- finanzielle Beteiligung (50 %) an der vollständigen Instandsetzung der Brücke über die Veveyse de Fégire, Kantonsgrenze VD/FR, im Rahmen des Unterhaltsabschnitts P12 (La Veyre – Outre Broye);
- komplette Instandsetzung folgender Bauwerke – im Rahmen des Unterhaltsabschnitts P12 (La Veyre – Outre Broye): Überführung des Anschlusses Châtel, Überführung der Gemeindestrasse Châtel – Les Pacots, Überführung der Gemeindestrasse Prayoud–Maudens, Fussgängerüberführung von Fruence, Überführung Flurweg Les Asses – Sous les Routes, Unterführung der Gemeindestrasse Au Nord de Prayoud, Durchlass des Prautey-Bachs.

##### **Abschnitt Vaulruz–Bulle**

- Prüfung und Inspektion zahlreicher Bauwerke im Rahmen der Ausarbeitung des UPlaNS-Projekts TE1.

##### **Abschnitt Bulle–Corpataux**

- Verwirklichung einer Signalbrücke auf dem Viadukt der Gruyère;

- zerstörungsfreie Prüfung der Signalbrücken für die gedeckten Einschnitte von Avry-devant-Pont und Gumefens.

#### **Abschnitt Corpataux–Freiburg**

- Sofortmassnahme: Sanierung des Belags auf der Überführung der Gemeindestrasse beim Bahnhof von Matran.

#### **Abschnitt Freiburg–Düdingen**

- Sanierungsprojekt für die Umgebung von Chambloux: ergänzende Abklärungen zur Variantenanalyse für die 2006 realisierten Lärmschutzmassnahmen und Ergänzungen zum Lärmsanierungsprojekt zwecks Genehmigung durch das zuständige Bundesdepartement.

#### **Abschnitt Düdingen–Flamatt**

- Sofortmassnahme nach dem Unfall vom April 2007: Erfassung der Schäden, Einsatzkonzept, Planung der Reparaturen, Variantenvergleich und Dossier zwecks Genehmigung durch das ASTRA für die Fussgängerüberführung in Oberflamatt;
- Ersatz mehrerer rissiger und zersprungener Beton-Grundplatten der Lärmschutzwand von Wünnewel;
- Überwachung durch Instrumente der verankerten Mauer in Flamatt in der Nähe der SBB-Geleise.

### **5.2.3 A1 Baulicher Unterhalt und Erneuerungen**

#### **Abschnitt 14 Kantonsgrenze VD/FR – Kantonsgrenze FR/BE**

- Periodische Inspektion von elf Kunstbauten;
- Unterhaltsabschnitt TE6: Ausführungsprojekt für 18 Bauwerke;
- Kontrolle von zwei Objekten vor Ablauf der Garantie;
- verschiedene unter Garantie stehende Arbeiten.

### **5.2.4 A12 Baulicher Unterhalt und Erneuerungen**

#### **Abschnitt 76 Châtel-St-Denis – Rossens**

- Periodische Inspektion von vierzehn Kunstbauten;
- Kontrolle von sechs Objekten vor Ablauf der Garantie;
- verschiedene unter Garantie stehende Arbeiten.

#### **Abschnitt 80 Rossens – Kantonsgrenze FR/BE**

- Periodische Inspektion von vierzehn Kunstbauten;
- Kontrolle von 21 Objekten vor Ablauf der Garantie (Unterhaltsabschnitt P3 Ottisberg – Kantonsgrenze FR/BE);
- Kontrolle von vierzehn Objekten vor Ablauf der Garantie;
- verschiedene unter Garantie stehende Arbeiten.

### **5.2.5 Verschiedenes**

- Jahreskontrolle der Fingerübergänge (Fahrbahn) auf den Kunstbauten der A1 und A12; Ersatz der defekten und alten Elemente durch sichere Elemente; Festlegung eines Verfahrens für die Bewirtschaftung;
- kleine Arbeiten an mehreren Kunstbauten der A1 und der A12 zur Sicherung dieser Bauwerke für die gesamte Lebensdauer;
- Mitarbeit in Arbeitsgruppen der VSS und des Bundesamts für Strassen (ASTRA);
- Eingabe in die eidgenössische Datenbank KUBA-DB der Daten zu den Kunstbauten auf der A1 und der A12;
- Mitwirkung bei der Anpassung der Software KUBA-Tunnel (koordiniert mit dem ASTRA);
- Aktualisierung der Pläne gemäss Ausführung der Bauwerke;
- Ausarbeitung und Aktualisierung der allgemeinen Ausführungspläne;
- Mitwirkung in der Koordinationsgruppe für das Qualitätsmanagement, der Vertreter des Kantons, des Schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins (SIA), der Association Fribourgeoise des Ingénieurs (AFI), des Freiburgischen Baumeisterverbands (FBV) und des Tiefbauamts (TBA) angehören;
- Vorbereitung der Pläne und der Dokumente für die elektronische Archivierung in der GEDARC-Datenbank des Autobahnamts;
- Längenprofil-Studie für die neuen Beläge auf den Kunstbauten des Unterhaltsabschnitts TE6.

### **5.3 Electrical Management System (EMS)**

- Wie bereits im Vorjahr zogen sich die Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA) und die Vorbereitungen auf das Inkrafttreten der NFA wie ein roter Faden durch das Jahr 2007.
- Das ASTRA hat Projekte zur Harmonisierung der Systeme in die Wege geleitet. Diese Projekte, die sowohl die Kommunikationsnetze als auch die Software betreffen, werden nach und nach im ganzen Land umgesetzt werden.
- Im Bereich der Elektromechanik betrafen die Anfragen an die Kantone vor allem folgende Punkte: Instandhaltungssoftware (beim Bund unter dem Projektnamen EMS Schweiz bekannt), Wissenstransfer von den Kantonen zum ASTRA, Beginn des Projekts, das die Vereinheitlichung der Systeme zum Ziel hat.
- Die Einrichtung einer zentralisierten Verkehrsleitung und steuerung nimmt ihren Lauf. Ab 2008 wird die Zentrale in Luzern sukzessive ihren Betrieb aufnehmen. Die diesbezüglich durchgeführten Tests waren überzeugend.
- Die Anomalienblätter, die durch den Sektor Unterhalt der Nationalstrassen ausgestellt wurden, betra-

fen Anlagen auf dem A12-Abschnitt Ottisberg–Flammatt (P3), die noch unter Garantie stehen. 2007 sind sehr wenige Anomalienblätter ausgestellt worden; sie konnten allesamt liquidiert werden.

- Die Einsatz- und Alarmzentrale in Granges-Paccot (EAZ) ersuchte das ABA, sich finanziell am Unterhalt über 3 Jahre des Systems zur automatisierten Verwaltung der Warnungen (SAGA) zu beteiligen. In diesem Zusammenhang wurde beim ASTRA ein Kreditbegehren eingereicht, das bewilligt wurde.

### 5.3.1 A1

#### Abschnitt Cheyres–Cugy

- Die Inspektion von Bauwerken vor Ablauf der Garantien wurde für zwei Lose durchgeführt und brachte keine nennenswerten Probleme zum Vorschein.
- Die Störungen bei den Brandmeldeanlagen der gedeckten Einschnitte von Frasses und Sévaz konnten Anfang 2007 behoben werden.
- Die Probleme bei den Brandmeldeanlagen des Bruyères-Tunnels und des gedeckten Einschnitts von Châbles (diese beiden Bauwerke bilden ein zusammenhängendes Ganzes) bestehen weiterhin. Ursache für die Schäden der Anlagen in diesem Abschnitt scheinen die Stabilitätsprobleme zu sein, die bei starken meteorologischen Störungen (Unwetter) auftreten können. Um dem Problem abzuweichen, wurde ein umfangreiches technisches Follow-Up auf die Beine gestellt. Das betroffene Unternehmen hat die bestehende Brandmeldeanlage durch diejenigen ersetzt, die bereits in den gedeckten Einschnitten von Frasses und Sévaz zum Einsatz gelangen, wodurch die Situation deutlich verbessert werden konnte.
- Die beiden Tunnel von Frasses und Sévaz müssen an die neuen Richtlinien des Bundes angepasst werden. Die entsprechenden Arbeiten stehen kurz vor dem Abschluss. Insbesondere wurde auf beiden Seiten der Fahrbahn ein beleuchtetes Leitsystem eingerichtet. Zudem wurden neue Türen eingebaut sowie die Wahrnehmbarkeit der Fluchtwege und Notausgänge verbessert.
- Im Zusammenhang mit den wiederholt auftretenden Pannen bei der Autobahn-Wechselsignalisation im Sektor der Raststätte «Rose de la Broye» wurde festgestellt, dass die technische Umsetzung nicht den Normen entspricht. Derzeit wird den genauen Ursachen der Probleme nachgegangen.

#### Abschnitt Greng–Gurbrü

- Die Arbeiten, mit denen der Les-Vignes-Tunnel und der gedeckte Einschnitt von Combette an die neuen Richtlinien des Bundes angepasst werden sollen, konnten praktisch abgeschlossen werden. Insbesondere wurde auf beiden Seiten der Fahrbahn ein beleuchtetes Leitsystem eingerichtet. Zudem wurden

neue Türen eingebaut sowie die Wahrnehmbarkeit der Fluchtwege und Notausgänge verbessert.

- Das ASTRA hat das Projekt für den Bau des anstehenden UPlANS-Unterhaltsabschnitts TE6 Löwenberg–Gurbrü genehmigt. Der Zeitplan für die 2008 vorgesehenen Arbeiten entspricht dem ursprünglich vorgesehenen.

### 5.3.2 A12

- Die Arbeiten für die Sanierung der elektrischen Einrichtungen (Niederspannungskabel und -buchsen, Schalttafeln) zwischen Outre Broye und Ottisberg wurden Anfang 2007 fortgeführt. Die Abnahme erfolgte am 12.06.2007. Im Rahmen dieser Arbeiten wurden die bestehenden Signale zudem durch retroreflektierende Signale ersetzt. Dadurch konnten die Stromquellen für die alten Signale demontiert werden. Ausserdem entsprechen die restlichen Elektroanlagen nun der Bundesverordnung über elektrische Niederspannungsinstallationen.

#### Abschnitt 2 Vaulruz–Bulle

- Nichts zu vermelden.

#### Abschnitt 76 Kantonsgrenze VD/FR – Rossens

- Die Tiefbauarbeiten für die Phase 2007 im Zusammenhang mit der Erneuerung der elektromechanischen Anlagen der gedeckten Einschnitte von Avry-devant-Pont und Gumefens, die das ASTRA im März 2006 genehmigt hatte, konnten Ende Juni abgeschlossen werden. Die Arbeiten, die direkt die elektromechanischen Anlagen betreffen, sind 2007 vergeben worden und werden wie vorgesehen im April 2008 beginnen.
- Die Studien für den künftigen UPlANS-Unterhaltsabschnitt TE1 «Outre Broye–Riaz» sind im Gang. Die letzte Phase des Projekts, die am 21.12.2007 unterbreitet wurde, wird derzeit vom ASTRA zwecks Genehmigung geprüft. Dieser Abschnitt ist sehr wichtig, weil diese EMS-Arbeiten für die Kommunikation (Daten) mit der Polizei in der Einsatz- und Alarmzentrale von Freiburg-Nord (Granges-Paccot) zwecks Integration mit den Arbeiten auf der H189 synchronisiert werden müssen.

#### Abschnitt 80 Rossens – Kantonsgrenze FR/BE

- Nichts zu vermelden.

P12 interkantonaler UPlANS-Unterhaltsabschnitt «La Veyre – Outre Broye» (Semsales).

- Ende 2007 waren sämtliche bedeutenden Arbeiten für die elektromechanischen Anlagen abgeschlossen.
- Die Integrierung der elektromechanischen Anlagen in den Werkhof von Vaulruz wurde für den gesam-

ten renovierten Abschnitt verwirklicht und getestet. Noch müssen vereinzelt Ortsbesichtigungen im Hinblick auf die definitive Abnahme der Arbeiten vorgenommen werden.

UPlaNS-Unterhaltsabschnitt P3 «Ottisberg – Kantonsgrenze FR/BE»

- Nichts zu vermelden.

#### 5.4 Vergaben

Es wurden 49 Ausschreibungen im freihändigen, Einladungs- oder offenen Verfahren durchgeführt.

Es wurden Aufträge im Wert von insgesamt 40 857 458 Franken vergeben, wovon 370 000 Franken zu Lasten des Kantons Bern und 8000 Franken zu Lasten des Kantons Waadt gingen.

##### 5.4.1 A1 Bau- und Ausbaurbeiten

###### Abschnitt Cheyres–Cugy

- Es wurden vier PMS-Lose und ein EMS-Los für 1 547 704 Franken (davon 1 396 560 Franken für die PMS-Lose) vergeben. Dem ist anzufügen, dass die PMS-Arbeiten hauptsächlich die Umsetzung der Massnahmen M12 Arbogne betreffen (1 380 793 Franken).

###### Abschnitt Greng–Löwenberg

- Es wurden neun EMS-Lose und zwei PMS-Lose für 2 941 574 Franken (davon 2 129 884 Franken für die EMS-Lose) vergeben. Die EMS-Arbeiten stehen hauptsächlich mit den Sicherheitseinrichtungen des Les-Vignes-Tunnels und der gedeckten Einschnitte von Chantemerle und Combettes im Zusammenhang. Die PMS-Arbeiten ihrerseits betreffen vor allem den Ausbau des Dy- und Mühlebachs in Courgevau (799 754 Franken).

###### Abschnitt Löwenberg–Gurbrü

- Die Ausbaurbeiten für die Bereiche PMS/BMS auf dem Abschnitt UPlaNS Löwenberg–Gurbrü wurden für 3 487 197 Franken vergeben.

##### 5.4.2 A1 Unterhalt

###### Abschnitt 14 Kantonsgrenze VD/FR – Kantonsgrenze FR/BE

- Es wurden drei EMS- und drei PMS-Lose, ein BMS- sowie ein PMS/BMS-Los für 25 851 810 Franken vergeben (davon 25 844 996 Franken für den Unterhalt des UPlaNS-Abschnitts Löwenberg–Gurbrü).

Für die A1 wurden 22 Lose für einen Gesamtbetrag von 33 828 287 Franken vergeben (Bau, Ausbau und Unterhalt).

##### 5.4.3 A12 Bau- und Ausbaurbeiten

###### Abschnitt Bulle–Corpataux

- Es wurden zwölf EMS-Lose und ein PMS-Los für 2 693 199 Franken vergeben (davon 2 680 126 Franken für die EMS-Lose). Die EMS-Arbeiten betreffen in erster Linie den Ausbau der Sicherheitseinrichtungen in den gedeckten Einschnitten von Gumeffens und Avry-devant-Pont.

###### Abschnitt Corpataux–Matran

- Für den Ausbau des Anschlusses Matran wurde ein PMS-Los für 85 829 Franken vergeben.

###### Abschnitt Matran–Düdingen

- Für die Markierung und Signalisation des Anschlusses Düdingen wurde ein PMS-Los für 13 603 Franken vergeben.

##### 5.4.4 A12 Unterhalt

###### Abschnitt 76 Châtel-St-Denis – Rossens

- Es wurden zehn EMS-Lose und ein PMS-Los für 4 122 469 Franken vergeben (davon 4 105 834 Franken für die EMS-Lose). Die EMS-Arbeiten betreffen in erster Linie die Erneuerung der Sicherheitseinrichtungen in den gedeckten Einschnitten von Avry-devant-Pont und Gumeffens.

###### Abschnitt 80 Rossens – Kantonsgrenze FR/BE

- Es wurden vier PMS-Lose in einem Gesamtwert von 114 068 Franken vergeben.

Für die A12 wurden 30 Lose für einen Gesamtbetrag von 7 029 170 Franken vergeben (Ausbau und Unterhalt).

###### Kontrolle der Einkäufe

Der Einkaufsverantwortliche hat zahlreiche Überprüfungen in drei spezifischen Bereichen vorgenommen: Überprüfung der von Unternehmen und Lieferanten ausgestellten Rechnungen, Überprüfung der Dokumente für die Vergabeanträge sowie Überprüfung der Vertragsentwürfe auf der Grundlage der vorgesehenen Verfahren für die Beschaffung von Material und Leistungen und der Gesetzgebung zum öffentlichen Beschaffungswesen.

In diesen Bereichen machte der Einkaufsverantwortliche mündliche Bemerkungen und Beobachtungen zu Detailfragen. Ferner verfasste er 41 interne Notizen. Dank der Stichhaltigkeit dieser Notizen konnte insbesondere das Controlling der von den Auftragnehmern ausgeführten Arbeiten verbessert werden. Dies gilt namentlich in Bezug auf die finanziellen Folgen von Anpassungen bei gewissen Beschaffungen.

Des Weiteren wurde eine zusammenfassende Statistik zu den internen Notizen in den Jahren 2004 bis 2006 erstellt und dem ASTRA sowie dem kantonalen Finanzinspektorat übermittelt.

Und schliesslich hat der Einkaufsverantwortliche mit seinen Analysen und Empfehlungen bei der Bewertung der Beschaffung für den UPLaNS-Abschnitt TE6 mitgewirkt.

### Öffentliches Beschaffungswesen

Das ABA hat aktiv in verschiedenen Arbeitsgruppen im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens (Kompetenzzentrum RUBD, Westschweizer Leitfaden für die Vergabe öffentlicher Aufträge, SIMAP) mitgewirkt.

Die Freiburger Seiten von [www.simap.ch](http://www.simap.ch) (siehe Abschnitt über das öffentliche Beschaffungswesen im Kapitel «Direktion») werden von einem Mitarbeiter des ABA verwaltet. Dieser Mitarbeiter beteiligte sich auch an der Entwicklung des vom Bund geleiteten Projekts SIMAP2.

Wegen der zahlreichen Schwierigkeiten, die bei der Entwicklung von SIMAP2 auftraten, hat der Bund dieses Projekt nun offiziell aufgegeben. Somit bleibt SIMAP1 bis zum bereits geplanten SIMAP3 im Einsatz.

Im Übrigen haben sich zahlreiche Anwender vom Vertreter des ABA schulen lassen: 2007 haben 63 Nutzer (davon 22 Auftragnehmer) von dieser Schulungsmöglichkeit Gebrauch gemacht.

## VI. HOCHBAUAMT

### 1. Aufgaben

Das Hochbauamt ist ein zentraler Dienst, der Dienstleistungen für alle Direktionen und Dienststellen des Staats anbietet. Das Amt ist für die Verwaltung, den Unterhalt und die Bewirtschaftung der staatlichen Immobilien verantwortlich; es verwaltet Investitionsvorhaben, übt eine Beraterfunktion aus und erstellt Expertisen.

Vorsteher des Hochbauamts ist Charles-Henri Lang, Kantonsarchitekt.

### 2. Tätigkeit

Seit dem 1. Juni 2007 verfügt das Amt über eine neue Organisation. Heute ist das Amt in eine technische Abteilung sowie eine Sektion Verwaltung mit den Sektoren Gebäudeunterhalt, Gebäudeverwaltung und Subventionierte Gebäude unterteilt.

#### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

##### 2.1.1 Technische Abteilung

Im Rahmen der Beratertätigkeit für den Bau und die Nutzung von Gebäuden haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der technischen Abteilung in Arbeitsgruppen für folgende Vorhaben mitgewirkt:

- Kollegium Gambach: Genehmigung durch den Grossen Rat des Kauf- und Bauvorhabens;
- Kantons- und Universitätsbibliothek: Mitwirkung in der Arbeitsgruppe, die sich mit der Erweiterung der Zentralbibliothek befasst;

- Fachhochschule für Gesundheit und Soziales (FH GS): Suche nach Standorten, an denen die Hochschule für Gesundheit und die Fachhochschule für Soziale Arbeit zusammengelegt werden könnten;
- Universität: Studien für die Sanierung der Räumlichkeiten, der technischen Anlagen und der Installationen der Mensa Miséricorde, Genehmigung des Projekts durch den Grossen Rat;
- Polizeiposten: Mitwirkung in der Arbeitsgruppe für die Gebäudeplanung;
- Kantonsgericht und Verwaltungsgericht: Mitwirkung in der Arbeitsgruppe, die die Zusammenlegung dieser beiden Gerichte vorbereitet;
- Kantonales Psychiatrisches Spital: Unterstützung bei der Suche nach Räumlichkeiten für die Jugendabteilung;
- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe für die Zusammenführung der Laboratorien und Studien für den Um- und Ausbau des Autobahnamt-Gebäudes in Givisiez.

Im Rahmen der Interessenvertretung des Staats bei Bauten, Umbauten und Renovationen von Gebäuden durch Privatunternehmungen hat das Amt Ausführungspläne sowie die Masse und Abrechnungen stichprobenweise kontrolliert. Es nahm bei folgenden Vorhaben an den Bau- und Baustellenkommissionen teil:

- Freiburg:
  - Universität: Nachbearbeitung und Garantiearbeiten im Zusammenhang mit dem Bau der neuen Gebäude auf der Pérolles-Ebene;
  - Lehrwerkstätte: Behandlung der Beschwerden gegen die Baubewilligung, Fortführung des Projekts und Baubeginn;
  - Kantonsspital: Mitarbeit in der Baukommission für den Bau eines neuen Gebäudes für die Operationssäle;
  - Grossratssaal: Arbeiten für den Ausbau des Saals;
- Romont:
  - Vitromusée: Erweiterung und Ausbau des Museums, Nachbearbeitung und Garantiearbeiten;
- Payerne:
  - Interkantoniales Gymnasium der Region Broye: Nachbearbeitung und Garantiearbeiten;
- Bulle:
  - Musikschule (Konservatorium): Ende der Bauarbeiten und Fertigstellung der Inneneinrichtung, Einweihung der Räumlichkeiten;
- Sugiez:
  - Anstalten von Bellechasse: Mitarbeit in der Baukommission, die im Hinblick auf den Bau von vierzig Zellen für Personen mit vorzeitigem Strafantritt sowie den Bau einer Sporthalle und einer Waschküche ernannt wurde, Ausarbeitung des Projekts und Ausführung der Vorbereitungsarbeiten;

Chérens: Salzhalle: Ende der Bauarbeiten.

Die Mitarbeitenden des Amts haben regelmässig an den Sitzungen folgender Organe teilgenommen:

- Kulturgüterkommission;
- kantonale Energiewirtschaftskommission;
- Kommission für Schulbauten;
- Pensionskasse des Staatspersonals und weitere davon betroffene Kommissionen;
- Kommission für das Universitätsstadion St. Leonhard;
- kantonale Unterkommission Loro-Sport (Loterie Romande Sport);
- Stiftungsrat des Schweizerischen Zentrums für Forschung und Information zur Glasmalerei, Vitrocentre;
- Stiftungsrat des Schlosses Greyerz und dessen Erhaltungskommission;
- Stiftungsrat Pro Vallon;
- Stiftungsrat der St.-Niklaus-Kathedrale.

Ferner wirkten sie bei Studien oder Verwirklichungen von Bauten für weitere Körperschaften mit:

- Vereinigung des kantonalen Berufszentrums, Studie für den Bau der Berufsschulen auf dem Gelände bei den Stadtmauern in Freiburg, Vorsitz der Baukommission;
- Kantonale Lehrmittelverwaltung, Studien für die Erweiterung der Räumlichkeiten;
- Association des amis de Notre Dame de Compassion in Bulle, Studie für den Umbau des ehemaligen Kapuzinerklosters.

Die Mitarbeitenden haben ferner technische Gutachten zu Beitragsgesuchen für Um- oder Ausbauten von Spitätern und Pflegeheimen erstellt.

Das Hochbauamt hat Schulbauprojekte und Bauvorhaben von Sportanlagen für Loro-Sport entsprechend den Gesuchen der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport begutachtet.

Das Hochbauamt hat an folgenden Sitzungen teilgenommen:

- Sitzungen beruflicher und kultureller Organisationen;
- Sitzungen für die Nachführung und Übersetzung ins Deutsche des Westschweizer Leitfadens für die Vergabe öffentlicher Aufträge.

Das Amt hat regelmässig Auftraggeber, Auftragnehmer sowie berufliche Organisationen im Zusammenhang mit der Gesetzgebung im öffentlichen Beschaffungswesen beraten.

## 2.1.2. Sektion Verwaltung

### A. Sektor Gebäudeunterhalt

Der laufende Unterhalt wurde vom Sektor Gebäudeunterhalt in folgenden Bereichen gewährleistet:

#### A. 1. Laufender Unterhalt

Das Budget für das Mobiliar der Ämter und Anstalten des Staats wurde auf die verschiedenen Kostenstellen verteilt. Aus diesem Grund hat das Hochbauamt das Mobiliar der Ämter kontrolliert und bestellt, jedoch nicht jenes der Anstalten. Diese Ausgaben betragen 1 635 398 Franken (darin nicht enthalten sind die Beträge für die Fachmittelschule, das Kollegium Heilig Kreuz, das Kollegium des Südens, die Anstalten von Bellechasse und für das Lager von Schwarzsee). Ausserdem wurden 669 Gebäudeversicherungsprämien (KGV) und 540 Unterhaltsabonnemente überprüft und wo nötig korrigiert (davon ausgeschlossen sind seit 2007 die Abonnemente der Universität).

Die Handwerker leisteten 1413 Einsätze, die sich wie folgt aufteilen lassen:

|                    |                 |
|--------------------|-----------------|
| Malerarbeiten      | – 90 Baustellen |
| Schreinerarbeiten  | – 718 Einsätze  |
| Elektrikerarbeiten | – 441 Einsätze  |
| Sanitärarbeiten    | – 164 Einsätze  |

#### A. 2. Vermietung (Stockwerkeigentum)

Der Sektor Gebäudeunterhalt hat den Staat Freiburg an den Versammlungen für das folgende Stockwerkeigentum vertreten:

- Givisiez, Route André-Piller 21;
- Wünnewil-Flamatt, Bernstrasse 21;
- Charmey, La Soldanelle;
- Schmitten, Wirtshausmatte.

#### A. 3. Vermietung (Vermieter)

Die Mieten für die verschiedenen Dienstwohnungen werden auf die entsprechenden Dienstbereiche aufgeteilt. Die Vermietung der gedeckten und ungedeckten Parkplätze brachte 930 206 Franken ein. Es wurden 324 Übertragungen vorgenommen. Seit Ende 2002 ist das Unternehmen Securitas mit der Überwachung der Parkieranlagen beauftragt. Im Jahr 2007 wurden beim Oberamt des Saanebezirks mehr als 1200 Anzeigen eingereicht. Das Hochbauamt seinerseits hat 72 Anzeigen verfasst und eingereicht.

Das Bollwerk wird auch weiterhin regelmässig für öffentliche Anlässe genutzt.

#### A. 4. Heizung

Es wurden 1 132 546 Liter Heizöl bei 3 Lieferanten bestellt und in 94 Lieferungen an 54 Gebäude verteilt.

Ferner werden 24 Gebäude mit Gas beheizt (darin nicht eingeschlossen ist seit 2007 die Universität).

| Jahr                                 | 2004       | 2005       | 2006       | 2007       |
|--------------------------------------|------------|------------|------------|------------|
| Niedertarif<br>(12 Gebäude)          | 7 620 921  | 9 933 560  | 8 545 948  | 8 260 100  |
| Volltarif<br>(9 Gebäude)             | 3 047 210  | 2 213 683  | 2 325 098  | 2 168 900  |
| Fernheizung (Placad)<br>(11 Gebäude) | 12 494 139 | 15 064 955 | 13 747 164 | 3 919 484  |
| Total                                | 23 162 270 | 27 212 198 | 24 618 210 | 14 348 484 |

#### A. 5. Unterhalt

Der Wartungsdienst zählt für den technischen Bereich 23 Hauswarte und Handwerker sowie 209 Raumpflegerinnen (218 Stellen), die die Reinigung der Verwaltungs- und Schulräume übernehmen. Die Hochschule für Technik und Architektur Freiburg und das Amt für den Arbeitsmarkt (Regionales Arbeitsvermittlungszentrum) sind hier nicht mit eingerechnet.

Für die Raumpflege wurden insgesamt 329 Bestellungen, insbesondere für Putzmittel, aufgegeben.

Der Sektor Gebäudeunterhalt übernahm die Aufstellung der Salärabrechnungen und die Ausarbeitung der Arbeitsverträge.

#### A. 6. Versicherungen

Der Sektor Gebäudeunterhalt führt die Inventare der Dienststellen nach und verwaltet die Schadensfälle. Bei der Sachversicherung ist der Staat gegen Brand an Gebäuden (KGV) und Mobiliar, Wasserschäden an Gebäuden und Mobiliar, Einbruch und Diebstahl sowie Schäden an Computern versichert. In diesem Jahr wurden 28 Schadensmeldungen behandelt (die Schäden in der Universität, die seit 2003 nicht mehr in diesem Rahmen behandelt werden, ausgenommen).

#### B. Sektor Gebäudeverwaltung

Der Sektor Gebäudeverwaltung schloss folgende Mietverträge, Vereinbarungen und Nachträge zu Verträgen ab und befasste sich mit folgenden Aufgaben:

- Mitarbeit bei der Ausarbeitung eines selbständigen und dauernden Baurechts zugunsten der Stiftung «Horizonsud» in Marsens und Bulle;
- Mitwirkung in der Arbeitsgruppe im Rahmen der Vereinbarung, die zwischen den Mobilfunkbetreibern und dem Staat Freiburg geschlossen wurde;
- Mitarbeit bei der Studie zur Umnutzung der Dienstwohnungen im Schloss Murten und im Oberamtgebäude in Tafers;
- Mitwirkung in der Arbeitsgruppe für die Umstrukturierung der Friedensgerichte in den sieben Bezirkshauptorten;
- Finanzielle Studie für Dienstwohnungen im Namen des Verbands der kantonalen Berufsbildungszentren;
- Mitwirkung in der Arbeitsgruppe im Rahmen des Projekts Fricad II (von der Groupe E SA realisiertes Fernwärmenetz), Freiburg;

- Intervention im Auftrag von mehreren Direktionen bei den Immobilienbesitzerinnen und -besitzern im Rahmen von Unterhalts- und Instandsetzungsarbeiten;
- Vertragsabschluss für den Verkauf einer Parzelle in Murten (Löwenberg) im Namen des Tiefbauamts;
- Übergabe an den Justizrats der umgebauten Räumlichkeiten, Liebfrauenplatz 8, Freiburg;
- Zusammenführung des Amtes für Landwirtschaft und des Meliorationsamts in Givisiez;
- Verhandlung mit den Besitzern des Gebäudes an der Rue des Moines 58 in Romont im Hinblick auf den Einzug des Friedensgerichts des Glanekreises;
- Klage wegen Unruhen beim Bezirksgericht Saane gegen verschiedene Nutzer des Lagers für Fahrende bei Châtillon/Hauterive;
- Begleitung im Namen der Direktion für Gesundheit und Soziales des Dossiers für den Abbruch von drei Hütten in Léchelles, Marsens und Tafers, in denen Verbandsmaterial gelagert wurde;
- Suche nach geeigneten Räumlichkeiten für die Vereinigung des Kantonalen Berufsbildungszentrums bzw. für das Couture-Lehratelier.

### C. Sektor Subventionierte Gebäude

In seiner Sitzung vom 12. März 2007 beschloss der Staatsrat, die Schulbauten dem Hochbauamt zu übertragen. Die Kommission für Schulbauten hat drei Sitzungen abgehalten und dabei 22 Dossiers behandelt

#### C. 1. Auf Primarstufe

- In den Gemeinden Bulle (La Tour-de-Trême), Cheyres, Cottens, Cressier, Domdidier, Kerzers, Montet (Glâne) und Siviriez wurden Arbeiten für den Neu- oder Umbau von Schulhäusern begonnen, weitergeführt und/oder abgeschlossen.
- Die Gemeinden Avry, Estavayer-le-Lac, Fétigny und Marly prüfen den Um- und Ausbau ihrer Schulen.
- Die staatlichen Beiträge an Schulbauten für die Primarstufe beliefen sich auf 1 999 966.65 Franken.

#### C. 2. Auf Orientierungsstufe

- Der Bau der OS Saane-West kommt gut voran. Bereits zum Schuljahresbeginn konnte der Neubau die Schülerinnen und Schüler aufnehmen. Die Arbeiten für die Aula und die Bibliothek werden im Februar 2008 abgeschlossen sein.
- Die Delegiertenversammlung des OS-Verbands Broye hat den Bau und die Erweiterung der OS Estavayer-le-Lac und Domdidier gutgeheissen. Die Arbeiten werden 2008 beginnen.
- Die Gemeinde Estavayer-le-Lac hat ausserdem in Zusammenarbeit mit dem OS-Verband Broye einen Wettbewerb für den Bau einer Dreifachsporthalle durchgeführt. Der Generalrat wird den entsprechenden Kredit Anfang 2008 behandeln.

- Auch für den Um- und Ausbau der OS Plaffeien ist ein Architekturwettbewerb durchgeführt worden.
- Die Gemeinde Châtel-St-Denis und der Gemeindeverband Vivisbach haben den Bau einer Dreifachsporthalle gutgeheissen.
- Die Arbeiten für den Umbau und die Erweiterung der OS Wünnewil-Flamatt wurden fortgesetzt und sollten im Frühjahr 2008 abgeschlossen werden können.
- Der Staat hat für 9 042 509.20 Franken Beiträge an die Investition geleistet, wovon 5 042 509.20 Franken aus einer Provision stammen und 180 000 Franken für die Mieten sind.

### 2.2 Besondere Ereignisse

Im Bereich Unterhalts- und Renovationsarbeiten von Gebäuden und Installationen des Staats hat die technische Abteilung des Hochbauamts die Leitung der Arbeiten bei folgenden Gebäuden übernommen:

#### 2.2.1 Für die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport

- Kantons- und Universitätsbibliothek, Zentrale, Rue Joseph-Piller 2: Ende der Arbeiten und Aktualisierung des Wechselrichters für die Notbeleuchtung, Einrichtung einer Lautsprechanlage für den Ausstellungssaal, Instandsetzung der technischen Anlagen durch den Ersatz des Kühlsystems und den Ausbau von Heizkörpern (per Helikopter), Studie für den Ersatz der Kühlanlage, laufender Unterhalt;
- Kantons- und Universitätsbibliothek, Depot Beau regard, Route de la Carrière 22: Ende der Arbeiten für die Zufahrt der Fahrzeuge durch die Garage des Nachbargebäudes, laufender Unterhalt;
- Kollegium des Südens: allgemeine Revision der Elektroschaltkästen, Auswechseln des Wechselrichters für eine unterbruchsfreie Speisung der Notbeleuchtung, Unterhalt des Parketts in vier Klassenzimmern, Vervollständigung der Ablagen im Lehrerzimmer und Einbau von zusätzlichen Schränken in den Schülergarderober;
- Kollegium St. Michael: Austausch der Heizproduktion (Gas) im Heizraum des Gymnasiums, Sanierung des Heizraums des Sportzentrums (1. Etappe), Ersatz der Böden und der Bilder auf der Mauer der beiden kleinen Turnhallen im Erdgeschoss und zweiten Untergeschoss des Sportzentrums, Schutz des Giebels und der Vordächer aus Weissblech des Hauptgebäudes, Austausch der Vorhänge im Gymnasium, Einrichtung von Schaufenstern im Gymnasium und im Sportzentrum, Einbau von Beamern in den sechzehn Klassenzimmern des «blauen Gebäudes», Schutz und Restaurierung der Kanzel und des Musikengels, der Weihwasserbecken, des Altars der heiligen Barbara sowie Restaurierung einer Skulptur mit den Wappen des Staats Freiburg auf der Südfassade des Gymnasiums;

- Güter des Kollegiums St. Michael: Austausch der Verkleidung der Giebelseiten beim Stall (Les Molettes, Vaulruz) und Bau eines Holzschuppens auf der Alm von Tissiniva;
- Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung: Auffrischung der Innenanstriche im 1. und 2. Stock, Unterhalt und Anbringung einer Kupferschicht bei den Giebel-Vordächern der Westfassade;
- Pädagogische Hochschule I: Abschluss der Arbeiten für die Zutrittskontrolle und Beschilderung, verschiedene Arbeiten in den Küchen und im Selbstbedienungsrestaurant, weil der Betreiber des Restaurants gewechselt hat, Einrichtung von zwei Büros im alten Duschlokal, kompletter Ausbau des Auditoriums (Abschluss), verschiedene Maler- und Gartenarbeiten, laufender Unterhalt;
- Pädagogische Hochschule II: Ersatz eines Ölheizkessels durch einen Gasheizkessel, Ausbau des Ofenlokals (Terrakotta und Porzellan), diverse Arbeiten im Garten, laufender Unterhalt;
- Pädagogische Hochschule III, Stand 3, Turnhallen: verschiedene Gartenbauarbeiten (Rasen), laufender Unterhalt;
- Kollegium Heilig Kreuz: Renovierung von vier Büros für die Direktion, Einrichtung von elektrischen und sanitären Sicherheitsvorrichtungen bei den Arbeitsplätzen mit Gasanschluss, Sanierung der Abwasserkanalisation, Ausstattung der Klassenzimmer mit Beamern und Lautsprecheranlagen, Erneuerung des Fussballrasens nach der Instandsetzung der Sporthalle und der Schulzimmer;
- Fachmittelschule: Einrichtung und Ausstattung (Multimedialgeräte) eines Konferenzsaals im alten Gebäude, Abdichtung des gedeckten Durchgangs und des Balkons beim alten Gebäude;
- Naturhistorisches Museum: Einrichtung eines zusätzlichen Schaufensters im Vogelsaal, Modernisierung der elektrischen Einrichtung des Dioramas und Einrichtung im ehemaligen Zeughaus eines Lagers für die Sammlungen des Museums;
- Museum für Kunst und Geschichte: Sanierung der Brandmeldeanlage und Vorbereitung für den Austausch der Verglasung im Erdgeschoss (Eingangshalle), Anstrich der Fenster im ehemaligen Zeughaus, diverse Unterhaltsarbeiten;
- Anschlussklassen: Einrichtung eines Containers für eine zusätzliche Klasse und Einrichtung der Räumlichkeiten.
- Zentralgefängnis: Austausch und Modernisierung der Videoüberwachung (Speicherung), der Wände und der Türen zum Südhof, Austausch der Geschirrspülmaschine, Einrichtung eines Fitnesssaales im Dachgeschoss (Abschluss der Arbeiten), Studie für die Umgestaltung des Wohngebäudes für Insassen mit erleichterten Haftbedingungen;
- Gefängnis von Bulle: Verbesserung der Sicherheit, verschiedene Unterhaltsarbeiten;
- Amt für Bevölkerung und Migration (Portes de Fribourg): Absicherung der Schalter durch kugelsicheres Glas (Abschluss), Umgestaltung des 1. Stockwerks im Hinblick auf den Einzug des Büros für die Registerharmonisierung;
- Zivilschutzausbildungszentrum in Sugiez: Bau eines Unterstands für das Holz der Trainingsbahn.

### 2.2.3 Für die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft

- Rebgut Faverges: laufender Unterhalt.

### 2.2.4 Für die Volkswirtschaftsdirektion

- Hochschule für Technik und Architektur Freiburg: Erneuerung der Mess-, Steuer- und Regelungstechnik-Anlagen (Fortsetzung), Unterhalt des Reinigungssystems für die Belüftung, Belüftung der Säle G.01 28/26/24 (Fortsetzung und Abschluss), Fortsetzung der Studie und Vorbereitungsarbeiten für den Waschraum (Chemie), Einrichtung einer Regalanlage (Compactus) im Chemiedepot, Umgestaltung der Abwarträume, Einrichtung einer Waschmaschine, Austausch der Brandmeldeanlage, Ersatz mehrerer Türen, Auffrischen der Parkettböden, Austausch der Druckpumpen, Koordination von zahlreichen technischen Unterhaltsverträgen, externer und laufender Unterhalt.

### 2.2.5 Für die Direktion für Gesundheit und Soziales

- Kantonales Laboratorium: Inbetriebnahme der Zugangskontrolle beim Eingang, Auffrischung der Bürowände, laufender Unterhalt;
- Chemin des Cliniques 17: Sanierung der Räumlichkeiten;
- Foyer d'Estavayer: Fassadenrenovation;
- Foyer de la Poya: Renovation von drei Pavillons nach dem Auszug des Roten Kreuzes.

### 2.2.2 Für die Sicherheits- und Justizdirektion

- Zeughaus: Arbeiten (definitives Programm) für die teilweise Nutzung des Gebäudes durch die Lehrwerkstätte und den Zivilschutz, Einrichtung eines Aufbewahrungsorts für das Naturhistorische Museum und von Lagermöglichkeiten für verschiedene Dienststellen sowie Ausbau des Parkplatzes;

### 2.2.6 Für die Finanzdirektion

- Amt für Informatik und Telekommunikation: Einrichtung der Büros im 4. Stock, Austausch der Klimaanlage und verschiedener technischer Einrichtungen im Maschinensaal, laufender Unterhalt;
- Rue Joseph-Piller 13: Einrichtung eines Archivs für die Kantonale Steuerverwaltung.

### 2.2.7 Für die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion

- Werkhöfe Tour Rouge: Austausch des Heizkessels, laufender Unterhalt;
- Werkhöfe Stadtberg: Austausch des Dachs (1. Etappe);
- Gurles-Hütte: Renovierung und Einrichtung von pädagogischen Hilfsmitteln zum Thema Umwelt und Feuchtgebiete für das Büro für Natur- und Landschaftsschutz;
- Häuserblock Tour-Henri: Instandsetzung der Bedachung beim Westteil des Gebäudes Weck-Reynold 2c und Ersatz der zentralen Parkuhr.

### 2.2.8 Für die Zentralverwaltung

In Freiburg:

- Chemin du Musée 4: verschiedene Reparaturarbeiten auf dem Dach, Austausch der Brandmelder (Phase 1), laufender Unterhalt;
- Chorherrengasse 17, 19 und 21: Auffrischung von zwei Büros, öffentliche Auflage für den Umbau der Eingangshalle und der Rezeption, Prüfung und Bestandsaufnahme der Elektroanlagen, Einrichtung einer Grube und Anschluss an die Kanalisation, laufender Unterhalt;
- Liebfrauegasse 2: Kontrolle der Elektroanlagen, Reinigung der Sandsteinfassade, laufender Unterhalt;
- Chorherrengasse 2: laufender Unterhalt;
- Reichengasse 26: Einbau der Türe der Eingangshalle, laufender Unterhalt;
- Reichengasse 32: laufender Unterhalt;
- Reichengasse 51: Kontrolle Elektrizität, laufender Unterhalt;
- Postgasse 1: Kontrolle der Elektroanlagen, laufender Unterhalt;
- Boulevard de Pérolles 92: Gemeinschaftsgarage, Einrichtung einer Stromtankstelle für Elektrofahrzeuge, laufender Unterhalt;
- Rue de l'Hôpital 2: Auffrischung der Büros, Einbau von Rollläden, Restaurierung der Fassade, laufender Unterhalt;
- Polizeiposten Les Pilettes (Galeries du Rex) in Freiburg: Vorbereitungen für den Ausbau der Räume;
- BAPOL, Freiburg: verschiedene Ausbaurbeiten und Auffrischung der Räumlichkeiten, laufender Unterhalt;
- Grenette: Ausbauprojekt für die Untersuchungsrichter und Ausführung der ersten Etappe der Arbeiten im 2. Untergeschoss.

In den Bezirken:

- Verwaltungsgericht in Givisiez: Ausstattung des Anwaltlokals, Zugangskontrolle, laufender Unterhalt;
- Oberamt Bulle: 2. Etappe der Arbeiten für die Instandsetzung der Bedachung (Südflügel und Türme), laufender Unterhalt;
- Oberamt Murten: diverse Unterhaltsarbeiten;
- Oberamt Châtel-St-Denis: Zurverfügungstellung der umgebauten Räume im ersten Stock (Kantonspolizei), Abbruch der Innenräume im ehemaligen Gefängnis (Bergfried und Nordflügel) im Rahmen des Schlussumbaus, diverse Unterhaltsarbeiten;
- Oberamt Estavayer-le-Lac: Abschluss der Arbeiten in der Eingangshalle (grosser Saal), Auffrischung des Oberamtmannbüros, Fortsetzung der öffentlichen Auflage, Unterhalt der Gärten, laufender Unterhalt;
- Polizeiposten La Roche, Villars-sous-Mont und Courtepin: Sanierung und Auffrischung infolge von Umzügen;
- Polizeiposten Farvagny: Innensanierung (Küche und sanitäre Einrichtungen), laufender Unterhalt;
- Polizeiposten Charmey: Auswechseln der Fenster und diverse Unterhaltsarbeiten in der Dienstwohnung;
- Info-Center in Granges-Paccot: Vorbereitung des Ausbauprojekts für die Räumlichkeiten.

### 2.2.9 Für die Kirchen, Kapellen und historischen Kunstdenkmäler

- St.-Niklaus-Kathedrale: Fortsetzung der Restaurierung der Seitenschiffe (Joch III Nord und Joch III Süd), Einrichtung von Schautafeln, Teilnahme an einem Seminar über die Analyse der in Kathedralen verwendeten Natursteine, Restaurierung der beiden unteren Sakristeien (Fortsetzung und Abschluss), Restaurierung der Balustraden, laufender Unterhalt;
- Bollwerk: Restaurierung der Bedachung und der Pflasterung (Fortsetzung), laufender Unterhalt;
- Türme und Tore: Restaurierung der Gusserker beim Bern- und Bürglentor, Nachführung des Berichts über den allgemeinen Zustand der Bollwerke, laufender Unterhalt;
- Pfarrkirche St. Moritz: Erhebung und Aktualisierung der Pläne (Fortsetzung und Abschluss), Verstärkung und Sondierung der Altare, laufender Unterhalt;
- Johanniterkomturei: Sanierung der Bedachung der Nebengebäude (1. Teil).

**2.2.10 «Télégestion»**

Der Mitarbeiter, der sich um Energieeinsparungen kümmert, hat die Werte von 36 Gebäuden in der Stadt Freiburg und von 17 Gebäuden auf dem Land gemessen; in einem Bericht wurden darauf die notwendigen Sanierungsmassnahmen bestimmt.

Die Ausgaben für diese Arbeiten sind in der folgenden Tabelle aufgeführt.

|  | Fr. *     | Fr. **     |
|--|-----------|------------|
| Gebäudeunterhalt   | 3 988 426 | 5 629 406  |
| Unterhalt und Reparatur von Kirchen, Kapellen und Kunstdenkmälern            | 1 895 657 | 80 000     |
| Bau, Erweiterung, Ausbau sowie ausserordentliche Arbeiten, Kauf von Gebäuden | 2 344 067 | 21 236 524 |

\* zu Lasten des Hochbauamts

\*\* zu Lasten der übrigen Direktionen, vom Hochbauamt verwaltet, Anstalten ausgenommen

**PERSONALBESTAND**

| <i>BEHÖRDEN – DIREKTIONEN Kostenstellen</i> | <i>Rechnung 2007 VZÄ</i> | <i>Rechnung 2006 VZÄ</i> | <i>Differenz VZÄ</i> |
|---|--------------------------|--------------------------|----------------------|
| <b>RAUMPLANUNG, UMWELT UND BAUWESEN</b>     | <b>385.77</b>            | <b>389.48</b>            | <b>-3.71</b>         |
| ZENTRALVERWALTUNG                           | 366.03                   | 365.22                   | 0.81                 |
| 3800 / TPSE Generalsekretariat              | 9.03                     | 8.88                     | 0.15                 |
| 3805 / OCAT Bau- und Raumplanungsamt        | 26.48                    | 25.20                    | 1.28                 |
| 3810 / PCAD Tiefbauamt                      | 43.19                    | 43.63                    | -0.44                |
| 3820 / PCRC Kantonsstrassen – Unterhalt     | 112.35                   | 112.39                   | -0.04                |
| 3830 / PCRN Nationalstrassen – Unterhalt    | 44.92                    | 45.88                    | -0.96                |
| 3840 / PCEE Sektion Gewässer                | 7.15                     | 7.90                     | -0.75                |
| 3845 / OPEN Amt für Umwelt                  | 36.10                    | 35.66                    | 0.44                 |
| 3850 / BATI Hochbauamt                      | 86.81                    | 85.68                    | 1.13                 |
| BESONDERE SEKTOREN, SONSTIGE ANSTALTEN      | 19.74                    | 24.26                    | -4.52                |
| 3825 / RNCO Autobahnamt                     | 19.74                    | 24.26                    | -4.52                |

Kanton Freiburg

# STAATSKANZLEI

|   |          |
|---|----------|
| <b>I. Staatskanzlei</b> .....                         | <b>1</b> |
| 1. Auftrag.....                                       | 1        |
| 2. Tätigkeiten.....                                   | 1        |
| 2.1 Sekretariat des Staatsrats .....                  | 1        |
| 2.2 Büro für Information .....                        | 2        |
| 2.3 Aussenbeziehungen.....                            | 3        |
| 2.4 Sektor Sprachen und Publikationen.....            | 4        |
| 2.5 Sektor Interne Dienste und politische Rechte..... | 5        |
| 2.6 Amt für Drucksachen und Material (DMA) .....      | 6        |
| <b>Personalbestand</b> .....                          | <b>8</b> |

## I. STAATSKANZLEI

Staatskanzlerin: Danielle Gagnaux

Vizekanzler: Gérard Vaucher

### 1. Auftrag

Die Staatskanzlei stellt das Sekretariat des Staatsrats sicher, organisiert dessen Veranstaltungen und ist mit der Information der Öffentlichkeit, der Koordination der Aussenbeziehungen und den Beziehungen mit dem Grosse Rat beauftragt. Sie organisiert die Wahlen und Abstimmungen und gibt die amtlichen Veröffentlichungen heraus, sorgt für die Koordination der Übersetzungen beim Staat, für die Legalisationen, den Kauf von Material, die Drucksachen und den internen Kurierdienst.

### 2. Tätigkeiten

#### 2.1 Sekretariat des Staatsrats

##### Sitzungen und Veranstaltungen des Staatsrats

Die Organisation der Sitzungen und Veranstaltungen des Staatsrats, über die im Kapitel «Das Staatsratsjahr» berichtet wird, hat im Berichtsjahr die Mittel der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatskanzlei stark beansprucht. Als erstes Jahr der neuen Legislaturperiode war 2007 gekennzeichnet durch die Besonderheiten der Anlaufphase einer Regierung mit drei neuen Mitgliedern.

##### Regierungsprogramm

Die Staatskanzlei ist verantwortlich für die Koordination der Arbeiten zur Ausarbeitung und zur grafischen Gestaltung des Regierungsprogramms des Staatsrats für die Legislaturperiode 2007–2011. Auf Grund des Willens, die von den Verwaltungsstrukturen gesetzten Grenzen zu durchbrechen, enthält dieses Programm sieben Herausforderungen, die jeweils mehrere Direktionen betreffen; sie wurden auf der Grundlage der möglichst vollständigen Abklärung der Bedürfnisse unseres Kantons zu Beginn dieser neuen Legislaturperiode bestimmt. Gleichzeitig mit den Arbeiten zur Ausarbeitung des Regierungsprogramms wurde unter der Verantwortung der Finanzdirektion ein Finanzplan erstellt. Das Regierungsprogramm und der Finanzplan sind in Form einer rund 50-seitigen Broschüre verfügbar, die vom Freiburger Zeichner Marc Roulin illustriert wurde. Diese Unterlagen wurden dem Grosse Rat abgegeben; dieser hat sie in der Dezembersession zur Kenntnis genommen. Sie wurden in einer Auflage von 2300 Exemplaren, wovon mehr als ein Drittel in deutscher Sprache, gedruckt und richten sich auch an die Freiburger Bürgerinnen und Bürger und an die Schülerinnen und Schüler im Kanton im Rahmen des Staatskundeunterrichts. Das Regierungsprogramm und der Finanzplan können gratis bestellt oder heruntergeladen werden.

### Präsentationsbroschüre des Staatsrats

Die Staatskanzlei stellte die Herausgabe der Präsentationsbroschüre des Staatsrats sicher. Zum zweiten Mal gab der Staatsrat seine Broschüre mit einer Foto des Gesamtstaatsrats, die von der unabhängigen Freiburger Fotografin Martine Wolhauser gemacht wurde, heraus. Die Präsentationsbroschüre enthält von jedem Mitglied der Exekutive ein kurzes Porträt und von den einzelnen Direktionen eine kurze Beschreibung der Aufgaben. In der Broschüre stehen ferner einige Kennzahlen zum Kanton Freiburg und die wichtigsten Adressen der Kantonsverwaltung. Sie wurde den Schulen erstmals zur Verfügung gestellt und hatte grossen Erfolg.

### Tätigkeitsbericht des Staatsrats

Die Staatskanzlei wurde mit der Ausarbeitung eines neuen Konzepts für den Rechenschaftsbericht des Staatsrats beauftragt. Dieser heisst künftig Tätigkeitsbericht des Staatsrats. Die neue Präsentation, die erstmals beim Tätigkeitsbericht 2007 zur Anwendung gelangt, hat das Ziel, die Lesbarkeit zu verbessern und die Information hierarchisch vorzustellen; es wird unterschieden zwischen dem Tätigkeitsbericht des Staatsrats und den Tätigkeitsberichten der Direktionen, ohne dass aber die gesetzlichen Anforderungen an den Tätigkeitsbericht gemäss Verfassung, Gesetz über die Organisation des Staatsrates und der Verwaltung und Grossratsgesetz aus den Augen verloren werden. Der Staatsrat wollte auch, dass die umfangreichen Informationen, die in den bisherigen Rechenschaftsberichten enthalten waren, nicht verloren gehen. Der Tätigkeitsbericht hat von jetzt an zwei Teile. Der erste Teil umfasst den Tätigkeitsbericht des Staatsrats und der zweite Teil die Tätigkeitsberichte der Direktionen und der Staatskanzlei. Der Tätigkeitsbericht wird in den beiden Amtssprachen verfasst. Auf dem Internet ist der Tätigkeitsbericht auf der Site der Staatskanzlei als vollständige Version verfügbar, und auf der Site jeder Direktion ist der entsprechende Teil des Tätigkeitsberichts abrufbar. Wenn nötig kann der Teil jeder Direktion in beiden Sprachen auch als Separatdruck veröffentlicht werden.

### Geschäftsverwaltung

Um die Verwaltung und die Begleitung der Geschäfte des Staatsrats und des Grosse Rats zu vereinfachen, arbeitet die Staatskanzlei an einem Projekt zur elektronischen Geschäftsverwaltung. Dieses Projekt mit dem Namen GEVER wird in Zusammenarbeit mit dem ITA durchgeführt und dient auch als Pilotprojekt für die weiteren Konzepte zur elektronischen Dokumentenverwaltung und Archivierung beim Staat Freiburg. Dieses umfangreiche Projekt erstreckt sich über mehrere Jahre (siehe den Bericht über die Herausforderung 7.2). 2007 konnten das Unternehmen gewählt, die wichtigsten Verfahren beschrieben und Elemente der ersten Etappe des Projekts konkretisiert werden.

### **Verwaltung der Kommissionen**

Um die Verwaltung der Kommissionen des Staates Freiburg zu erleichtern, arbeitet die Staatskanzlei an einer besonderen Software. Diese Software steht allen Direktionen und dem Grossen Rat zur Verfügung. Mit ihr können Informationen über die Kommissionen auf dem Internet verbreitet und die Adressen, Telefonnummern und E-Mail-Adressen der Mitglieder verwaltet werden. Diese Angaben können auch für die Adressierung von Postsendungen und E-Mails verwendet werden. Die Informationen über alle Kommissionen des Staates Freiburg können ab Frühling 2008 auf dem Internet abgefragt werden.

### **Konferenz der Generalsekretäre**

Die Konferenz der Generalsekretäre, die von der Staatskanzlerin präsiert wird, trat 2007 zu 7 Sitzungen zusammen. Sie hat zu verschiedenen Projekten aus der ganzen Verwaltung Stellung genommen (Regierungsprogramm, Tätigkeitsbericht, Vorentwurf für ein Corporate Design des Staates Freiburg, Begleitung der ASL [Analyse staatlicher Leistungen], jährliche Konferenz der höheren Kader des Staates Freiburg). Sie hat Überlegungen dazu angestellt, wie das Funktionieren des Staatsrats optimal unterstützt werden könnte. Sie hat ein Grundschema für die Nachführung der Weisungen über die Befugnisse der Generalsekretariate der Direktionen erstellt. Sie wurde vom Projektleiter über den Fortschritt bei den Projekten zur Umsetzung der neuen Verfassung informiert.

### **Corporate Design**

Die Regeln über das Corporate Design des Staates Freiburg stammen aus dem Jahr 1994. Sie werden von den Verwaltungseinheiten nur teilweise beachtet und betreffen nur einen Teil der derzeit verwendeten grafischen Erkennungszeichen. Die Staatskanzlei, die mit der Anwendung dieser Regeln beauftragt ist, hat einen Auftrag zur Vorabklärung vergeben; ein neues Konzept dürfte 2008 konkret werden.

### **Grosses Protokoll**

Bei der Herausgabe des Grossen Protokolls, der jährlichen Sammlung der Beschlüsse des Staatsrats, die zu historischen Zwecken angelegt wird, gab es einen grossen Rückstand. 2007 konnten die Arbeiten zur Aufarbeitung begonnen werden; sie dürften am Ende der Legislaturperiode fertig sein.

### **Leistungsanalyse**

Die Staatskanzlei und das Amt für Drucksachen und Material (DMA) wurden 2007 der ASL unterzogen. In diesem Rahmen haben sie eine Liste mit all ihren Leistungen aufgestellt und gemäss dem Auftrag Vorschläge zur Verminderung dieser Leistungen eingereicht. Obwohl der Staatsrat nicht alle Vorschläge berücksichtigt

hat, konnten mit dem ASL-Verfahren interessante und nützliche Überlegungen über das Funktionieren der Einheit angestellt werden.

### **Beziehungen zum Grossen Rat**

Die Beziehungen mit dem Grossen Rat haben sich grundlegend verändert, seit die Sekretariate auf Grund der neuen Kantonsverfassung getrennt wurden. Seit 2005 wird die Zusammenarbeit zwischen der Staatskanzlei und dem Sekretariat des Grossen Rates in einer Vereinbarung geregelt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatskanzlei stellen dem Sekretariat des Grossen Rates ihre Arbeitskraft für bestimmte Aufgaben zur Verfügung (Weibel, Übersetzer, Informatiker, Buchhalter). Nach der Leistungsanalyse, die von der Staatskanzlei und dem Sekretariat des Grossen Rates ausgeführt wurde, wird eine Änderung der Zusammenarbeitsvereinbarung diskutiert. Gewisse Anpassungen dürften 2008 Gestalt annehmen.

### **Vorentwurf für ein Informationsgesetz**

Die Verantwortung für das Informationsgesetz (siehe Herausforderung 7.1) wurde der Staatskanzlei übertragen; das Präsidium des Staatsrats hatte die Leitung, und der Projektleiter kommt aus dem Amt für Gesetzgebung.

### **Vizekanzler**

Vizekanzler Gérard Vaucher ist Ende 2007 von seinem Amt zurückgetreten. Er wird dieses Jahr 62 Jahre alt und überliess nach mehr als 35-jähriger Tätigkeit bei der Staatskanzlei des Kantons Freiburg, wovon 22 Jahre als Vizekanzler, sein Amt einem Nachfolger. Sein Nachfolger Olivier Curty wurde vom Staatsrat im Juni 2007 aus 33 Kandidatinnen und Kandidaten bezeichnet. Der neue Vizekanzler ist Freiburger deutscher Muttersprache und zweisprachig; er hat ein Lizentiat der Politikwissenschaften der Universität Lausanne und einen Master in Europäischen Beziehungen des Europainstituts der Universität Basel.

## **2.2 Büro für Information**

Das Büro für Information stellt die allgemeine Koordination der Tätigkeiten des Staatsrats und der Verwaltung bei der Information der Öffentlichkeit sicher. Es unterstützt und berät die Direktionen und ihre Verwaltungseinheiten bei diesen Tätigkeiten und sorgt für gute Beziehungen zu den Medien.

### **Leitfaden für die Information**

Für das Büro für Information bildete 2007 das erste ganze Tätigkeitsjahr. Es war namentlich gekennzeichnet durch das Verfassen, die Herausgabe und die Verbreitung eines Dokuments, das für den Betrieb des Büros wesentlich ist, des *Leitfadens für die Information über die Tätigkeiten des Staatsrats und der Verwaltung des Kantons Freiburg*.

Der Leitfaden wurde am 5. Juni 2007 von der Regierung genehmigt. Bei der Tätigkeit 2007 des Büros für Information sind auch zahlreiche von ihm verfasste Berichte und Notizen an den Staatsrat zu erwähnen. Darunter ist auch ein Bericht über das Kommunikationsmanagement im Fall Schmitt, der zahlreiche Massnahmen beschreibt, mit denen die Information in ähnlichen Fällen verbessert werden sollte. Das Büro für Information hat ausserdem an den verschiedenen Abstimmungen, die im Berichtsjahr stattfanden, mitgewirkt; dabei hat es bei der Vorbereitung und bei der Information auf dem Internet mitgeholfen.

### **Kontakte und Medienmitteilungen**

In diesem ersten vollständigen Tätigkeitsjahr haben sich die Mitglieder des Büros für Information bemüht, Kontakt mit dem Personal der Kantonsverwaltung und die Beziehungen zu den Vertreterinnen und Vertretern der Medien zu pflegen. Es steht mit ihnen fast täglich über Telefon oder E-Mail in Kontakt. Aber die direkten Kontakte bei Medienkonferenzen, Wahlen und informellen Treffen sind weiterhin sehr wichtig, weil sie den direkten Gedankenaustausch ermöglichen. Das Büro für Information nimmt auch aktiv an den informellen Treffen zwischen einer Delegation des Staatsrats und den bei der Staatskanzlei akkreditierten Journalistinnen und Journalisten teil; diese Treffen finden fast jeden Monat statt.

Die wichtigste Aufgabe des Informationsbüros besteht im Verfassen und Verfolgen aller Medienmitteilungen und der Begleitung aller Medienkonferenzen des Staates Freiburg. Im Jahr 2007 wurden den Medien 270 Mitteilungen zugestellt, und rund 40 Medienkonferenzen wurden organisiert, an denen mindestens ein Mitglied des Staatsrats beteiligt war. Das Büro für Information hat mehr oder weniger eng an praktisch allen Medienkonferenzen mitgewirkt und hat selbst mehrere Medienkonferenzen auf die Beine gestellt (kantonale Übungen zur Vogelgrippe im April und im Oktober, Vorstellung des Vorentwurfs für ein Informationsgesetz im November, Bilanz der Staatsratspräsidentin im Dezember). Es war auch aktiv am Kommunikationsmanagement im Zusammenhang mit der Lehrfrau des Staates, die in Galway auf tragische Weise ums Leben kam, beteiligt.

### **Information auf Deutsch**

Ein herausragendes Ereignis im Jahr 2007 war auch die Anstellung einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin deutscher Muttersprache beim Büro für Information. Diese Person ist mit allen Aufgaben im Zusammenhang mit der Information der Öffentlichkeit auf Deutsch beauftragt. Sie muss ebenfalls die Websites des Portals des Staates und der Staatskanzlei entwickeln und aktualisieren.

### **Internet**

Auf der Website der Staatskanzlei werden zurzeit mehrere Projekte realisiert, einige von ihnen nahmen sogar schon konkrete Gestalt an. So wurde die Website zu den Wahlen und Abstimmungen vollständig überarbeitet und verbessert. Dasselbe gilt für die Website der Staatskanzlei, die jetzt viel mehr Informationen enthält und viel benutzerfreundlicher ist. Das Büro für Information arbeitet namentlich noch an einem Projekt für ein kantonales Fenster, das auf der Website des Bundes [www.ch.ch](http://www.ch.ch) gehostet wird und das voraussichtlich im Februar 2008 online gehen soll.

### **Webmaster des Staates**

Die Vereinheitlichung der Websites des Staates Freiburg geht weiter. Ende 2007 zählte man 40 Websites auf dem vereinheitlichten Portal des Staates, von denen 20 im Jahr 2007 neu geschaffen wurden. Das Internet-Angebot des Staates Freiburg hat sich seit der Schaffung des neuen Portals deutlich verbessert. Das Büro für Information verwaltet auch den elektronischen «Briefkasten» des Staates Freiburg. Das ist eine wichtige Aufgabe, denn die Mailbox ist eine Schnittstelle zwischen Bürgern und Verwaltung. Durchschnittlich gehen bei diesem Briefkasten pro Woche zahlreiche Fragen ein, im ganzen Jahr macht das 340 Fragen aus. Diese Fragen kommen mehrheitlich von Internet-Usern aus dem Kanton Freiburg, aber auch zu einem schönen Teil aus dem Rest der Schweiz und aus dem Ausland.

### **Kantonales Führungsorgan**

Als Kommunikationsverantwortlicher im kantonalen Führungsorgan (KFO) muss das Büro für Information regelmässig in Krisensituationen (zum Beispiel Unwetter im August) tätig werden oder öfter in den Arbeitsgruppen mitarbeiten, die sich Gedanken zur Vogelgrippe oder zu einer Pandemie machen.

### **2.3 Aussenbeziehungen**

Der Sektor Aussenbeziehungen bei der Staatskanzlei unterstützt den Staatsrat bei der Gewährleistung einer Verbindung zwischen dem Kanton Freiburg und seiner Umgebung, namentlich den übrigen Kantonen, dem Bundesparlament, dem Bund und der Europäischen Union. Die wichtigsten Tätigkeiten werden im Bericht im Kapitel «Tätigkeitsbericht des Staatsrats» vorgestellt. Sie bestehen in der Vorbereitung der Geschäfte, der Koordination innerhalb des Kantons und mit den anderen Kantonen und der Betreuung der Angelegenheiten, die zu diesem Bereich gehören. Deshalb werden in diesem Bericht in der Folge nur einige besondere Tätigkeiten vorgestellt.

### **Beziehungen zu Bundesbern**

Der Sektor Aussenbeziehungen stellt die Verbindung zwischen dem Staatsrat und den Freiburger National-

und Ständeräten her und organisiert Begegnungen zwischen ihnen. Er trägt zu den Kontakten mit dem Bundesrat und der Bundesverwaltung bei. Er koordiniert die Kontakte zwischen dem Staatsrat und den hohen Beamten der Bundesverwaltung.

Die Verwaltungseinheit ist auch bei den wichtigen und Querschnittsgeschäften des Bundes tätig; 2007 waren das namentlich der neue Finanzausgleich und die neue Regionalpolitik. Schliesslich stellt er die Koordination und die Betreuung der Vernehmlassungen des Bundes in der Kantonsverwaltung sicher.

### **Interkantonale Zusammenarbeit**

Die Koordination der Beziehungen des Staatsrats und der Kantonsverwaltung zur Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und zur Westschweizer Regierungskonferenz (WRK) bilden eine wesentliche Aufgabe des Sektors Aussenbeziehungen. Besondere Aufmerksamkeit wird der Zusammenarbeit mit dem Sekretariat der WRK geschenkt, das seinen Sitz in Freiburg hat. 2007 bildeten die Arbeiten zur Revision der «Convention des Conventions», die zu einem Entwurf für eine neue Vereinbarung über die Mitwirkung der Kantonsparlamente beim Erlass und beim Vollzug von interkantonalen Vereinbarungen (ParlV) führten, eine wichtige Aufgabe. Der Sektor Aussenbeziehungen wird bei der Organisation von Arbeitstreffen zwischen dem Staatsrat und den Regierungen der angrenzenden Kantone beigezogen. Er wirkt bei der Behandlung der verschiedenen parlamentarischen Vorstösse mit, mit denen eine bessere Beteiligung des Grossen Rates an der interkantonalen Zusammenarbeit gefordert wird.

### **Europäische Integration**

Die Begleitung der Umsetzung der Bilateralen Abkommen I und II auf Kantonsebene und das ganze Dossier der europäischen Integration bilden ständige Aufgaben des Sektors Aussenbeziehungen. 2007 wurde mit Arbeiten begonnen, um die regionale Zusammenarbeit in Europa, insbesondere die Initiative Interreg IV, in das Dispositiv des Kantons bei der neuen Regionalpolitik zu integrieren. Schliesslich koordiniert der Sektor Aussenbeziehungen die Mitwirkung des Kantons bei der Versammlung der Regionen Europas (VRE). Der Sektor Aussenbeziehungen wirkt auch am Empfang von Delegationen aus dem Ausland mit. 2007 wurden eine Delegation von italienischen Journalistinnen und Journalisten, die von Präsenz Schweiz begleitet wurden, und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Sommeruniversität des Instituts für Föderalismus empfangen.

### **Entwicklungshilfe**

Die Staatskanzlei wurde vom Staatsrat beauftragt, den Artikel 70 der Kantonsverfassung umzusetzen; laut diesem Artikel fördert der Kanton die Entwicklungshilfe. Ende 2007 konnte zwischen dem Staat Freiburg und der

Organisation Solidarisches Freiburg ein Leistungsauftrag abgeschlossen werden; Solidarisches Freiburg ist der Dachverband der Freiburger Organisationen, die in der Entwicklungshilfe tätig sind. Die Unterstützung des Kantons Freiburg besteht materiell aus einer pauschalen Finanzhilfe und einer finanziellen Unterstützung von Entwicklungsprojekten, die von Solidarisches Freiburg vorgeschlagen werden. Der Auftrag gilt für den Zeitraum von 2007 bis 2009, und im Finanzplan ist ein Betrag von rund 210'000 Franken eingetragen.

### **2.4 Sektor Sprachen und Publikationen**

Der Sektor Sprachen und Publikationen prüft die französischen und deutschen Fassungen der von den Direktionen vorbereiteten Erlassentwürfe und weiterer amtlicher Texte auf ihre formale, inhaltliche und sprachliche Richtigkeit und sorgt für ihre korrekte Veröffentlichung in der Amtlichen Gesetzessammlung (ASF), im Amtsblatt (ABl) und im Internet. Er bereitet die Botschaften zu den Gesetzen und Dekreten für den Druck vor. Er hält die in Kraft stehenden Erlasse und weitere Publikationen für die interessierten Bürgerinnen und Bürger bereit. Er verwaltet die Abonnemente der Systematischen Gesetzessammlung des Kantons Freiburg (SGF) und ihre Nachführungen. Er fertigt Übersetzungen für die Kanzlei und wenn nötig für das Staatsratspräsidium und die Direktionen an und koordiniert Fragen im Zusammenhang mit dem Übersetzungswesen in der Kantonsverwaltung. Er trägt dazu bei, die Fachwortbestände zu erfassen und für die Datenbanken benutzbar zu machen (Terminologie).

### **Ordentliche Tätigkeit**

In der Amtlichen Gesetzessammlung ASF wurden 83 Verordnungen, 7 Reglemente, 20 Beschlüsse, 24 Gesetze, 17 Dekrete und 16 Tarife, Direktionsverordnungen veröffentlicht, das entspricht rund 780 Seiten in jeder Sprache. Im Amtsblatt ABl wurden zahlreiche weitere amtliche Texte wie Bekanntmachungen, Aufrufe, Auftragsausschreibungen, Stellenangebote, Immobilienverkäufe usw. gedruckt.

### **Besondere Ereignisse**

Unter den umfangreicheren, bedeutenderen Übersetzungen (Ü), Revisionen (R) und Publikationen (P) sind insbesondere zu nennen: Beschlüsse zu den Wahlen (Ü, P), Entwurf zum neuen Gesetz über die Erbschafts- und Schenkungssteuern (R), Parlamentsleitfaden (Ü), Bericht zum Entwurf für ein neues Informationsgesetz (Ü), Regierungsprogramm (Ü, P), Bau- und Raumplanungsgesetz (R).

Im Berichtsjahr beteiligte sich der Sektor an der Evaluation einer neuen Software für die Verwaltung des Drucksachenverkaufs; er war stark in das Evalfri-Verfahren zur Neueinstufung der Übersetzer/innen involviert und wirkte intensiv bei der Besetzung von zwei

Übersetzerstellen in der Kantonsverwaltung mit. Die Praktikumsstelle war dieses Jahr einem Wiedereingliederungs- und Umschulungsprojekt gewidmet.

Wie bereits in den vorhergehenden Jahren war der Sektor auch dieses Jahr auf dem Gebiet der Terminologie aktiv. Er nahm teil an den Arbeiten des interkantonalen Koordinationsorgans für terminologische Zusammenarbeit im öffentlichen Bereich und erarbeitete gemeinsam mit dem Praktikumsinhaber und mit einer externen Terminologin Einträge für das eigene elektronische Wörterbuch und für die Datenbank des Bundes; bearbeitet wurden namentlich die Bereiche Landwirtschaft, Gesundheit, Parlament, Wasser und Raumplanung.

## 2.5 Sektor Interne Dienste und politische Rechte

### Interne Dienste

Die Verwaltung der Telefonzentrale der Staatskanzlei, der Empfang und der interne Kurierdienst der Kantonsverwaltung gehören ebenfalls zu den Aufgaben des Sektors. Ausserdem wurden auf verschiedenen Dokumenten, die hauptsächlich für das Ausland bestimmt waren, Unterschriften beglaubigt (2 691 Apostillen und 1 434 Beglaubigungen).

### Programm zur Verwaltung der Wahlen und Abstimmungen (VOTEL)

Das Projekt Votel, das die damalige Software für die Wahlen und Abstimmungen ersetzen sollte, wurde im April 2006 gestartet und musste für die eidgenössische Abstimmung vom Mai 2006, für die kantonalen Wahlen 2006 und für die nationalen Wahlen 2007 einsatzbereit sein. Dieses Programm, das von der Firma Bedag AG für den Kanton Bern entwickelt worden war, wurde ausgewählt, weil es den Bedürfnissen des Kantons Freiburg am besten entsprach (Benutzerfreundlichkeit, Zweisprachigkeit, Veröffentlichung im Internet) und die bestehende Informatik-Architektur und die Richtlinien des Amtes für Informatik und Telekommunikation über die Informatiksicherheit erfüllte.

Das Projekt wurde in drei verschiedene Module aufgeteilt:

VOTEL-MAJ: Für die Abstimmungen sowie Wahlen nach dem Majorzsystem, d.h. Wahl des Staatsrats und des Ständerats;

VOTEL-GC: für Proporzahlen, d.h. Wahl des Nationalrats und des Grossen Rates.

VOTEL-COM: Auf Verlangen mehrerer Gemeinden wurde das Projekt ausgedehnt, damit die Ergebnisse der Grossrats- oder Gemeinderatswahlen entsprechend der in der Gemeinde angewendeten Wahlart listenweise erfasst werden konnten. Da diese Anwendung in der Basisversion nicht verfügbar ist, wurde sie für die Bedürfnisse des Kantons Freiburg vollständig neu entwickelt.

Infolge der Vorstösse der Grossräte Jean-Pierre Dorand, Charly Haenni und Yves Menoud, die verlangten, dass das Angebot an statistischen Analysen hauptsächlich auf die Herkunft der Stimmen bei Wahlen nach dem Majorzsystem ausgeweitet werde, hat der Staatsrat einen Zusatzkredit freigegeben, um dieses Bedürfnis, das hauptsächlich von den politischen Parteien und den Medien angemeldet wurde, zu befriedigen. Diese jüngsten Entwicklungen standen für die nationalen Wahlen 2007 auf der Website der Staatskanzlei zur Verfügung und wurden sehr beansprucht und geschätzt.

Die Staatskanzlei hat diese verschiedenen Anwendungen in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Informatik und Telekommunikation zur allgemeinen Zufriedenheit der Anwender und weiterer externer Organe entwickelt.

### Wahlen und Abstimmungen

Es fanden 2 eidgenössische Abstimmungen statt:

- am 11. März 2007 stimmten die Freiburger Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über die Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse» ab (30'212 JA/50'992 NEIN). Die Stimmbeteiligung betrug 47,89%;
- am 17. Juni 2007 stimmten die Freiburger Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über die Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung ab (5. IV-Revision) (29'235 JA/29'351 NEIN). Die Stimmbeteiligung betrug 34,36%.

### Eidgenössische Wahlen

Am 21. Oktober 2007 haben die Freiburger Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Freiburger Mitglieder der eidgenössischen Räte gewählt. In den Nationalrat wurden gewählt: Thérèse Meyer-Kaelin, Estavayer-le-Lac (31'390 Stimmen), Christian Levrat, Vuadens (28'742 Stimmen), Jean-François Rime, Bulle (23'332 Stimmen), Dominique de Buman, Freiburg (22'198 Stimmen), Hugo Fasel, St. Ursen (18'814 Stimmen), Jean-François Steiert, Freiburg (18'689 Stimmen), Jacques Bourgeois, Avry-sur-Matran (14'101 Stimmen)

Als Ständeräte wurden wiedergewählt: Urs Schwaller, Tafers (im ersten Wahlgang mit 47'202 Stimmen) und Alain Berset, Belfaux (stille Wahl, im ersten Wahlgang erhielt er 35'068 Stimmen).

### Initiativen – Referenden – Petitionen

- Am 13. Dezember 2006 wurde die Gesetzesinitiative «Passivrauchen und Gesundheit» eingereicht. Von den 13'358 eingereichten Unterschriften wurden 12'253 als gültig erklärt. Das Ergebnis der Unterschriftenzählung wurde im Amtsblatt Nr. 8 vom 23. Februar 2007 veröffentlicht. Die Initiative ist zustande gekommen.
- Am 16. April 2007 wurde ein Gesetzesinitiativbegehren «Gerechte Steuerrückerstattung für alle» einge-

reicht. Die Feststellung, dass die Initiative zustande gekommen ist, wurde im Amtsblatt Nr. 41 vom 12. Oktober 2007 veröffentlicht. Von den 7'928 eingereichten Unterschriften wurden 7'225 als gültig erklärt. Die Initiative ist zustande gekommen.

- Am 13. Dezember 2006 wurde das Referendumsbegehren gegen das Gesetz vom 2. November 2006 über die Hundehaltung (HHG) eingereicht. Innert der gesetzlichen Frist, die am 22. Februar 2007 ablief, wurde die erforderliche Zahl von Unterschriften nicht eingereicht. Das Referendum ist nicht zustande gekommen.
- Am 4. Juni 2007 wurde ein Referendumsbegehren gegen das Gesetz vom 9. Mai 2007 zur Änderung des Gesetzes über das freiburgische Bürgerrecht eingereicht. Von den 8'821 Unterschriften, die am 20. August 2007 eingereicht wurden, wurden 8'683 als gültig erklärt. Das Ergebnis der Unterschriftenzählung wurde im Amtsblatt Nr. 46 vom 16. November 2007 veröffentlicht. Das Referendum ist zustande gekommen.
- Am 22. März 2007 wurde vom Komitee «Departement für Biologie» der Universität Freiburg eine Petition an den Staatsrat eingereicht; mit dieser Petition wurde verlangt, dass auf das Fällen der Bäume entlang der Route de la Fonderie (Pérolles-Ebene) verzichtet wird.
- Am 1. Juni 2007 wurde vom Komitee «Misery-Courtion gegen die Hochspannungsleitung» eine Petition an den Staatsrat eingereicht. Die Unterzeichner sind gegen die Installation der Hochspannungsleitungen, die von EOS auf dem Gebiet der Gemeinde Misery-Courtion geplant sind.
- Am 27. September 2007 wurde von Joseph Girardin, der von der Gemeinde Villarepos unterstützt wird, eine Petition an den Staatsrat eingereicht. Die Unterzeichner sind gegen das Projekt für eine Hochspannungsleitung EOS 380 kV auf der Linie Galmiz-Villarepos-Verbois.
- Am 22. Oktober 2007 wurde vom Schweizerischen Verband des Personals öffentlicher Dienste und vom Freiburgerischen Gewerkschaftsbund eine Petition an den Staatsrat eingereicht. Die Unterzeichner sind gegen den Entscheid des Staatsrats, die Betreuung aller Asylbewerber ORS Service AG zu übertragen, und geben ihrer Solidarität mit dem Personal des Roten Kreuzes Ausdruck.
- Am 7. November 2007 wurde vom Freiburgerischen Verband der Fischervereine (FVF) eine Petition an den Staatsrat eingereicht. Mit dieser Petition wird der Entscheid des Staatsrats angefochten, wegen einer Verschmutzung durch die Deponie La Pila die Fischerei auf einem Teilstück von 40 km vollständig zu verbieten, und verlangt, dass der ganze betroffene Abschnitt ab dem 1. Januar 2008 wieder für die Fischerei freigegeben wird.

## 2.6 Amt für Drucksachen und Material (DMA)

Dieses Amt ist mit der Anschaffung des administrativen und technischen Büromaterials, von Büromaschinen und -apparaten und von verschiedenem Material beauftragt; es gewährleistet den Empfang, die Kontrolle, die Lagerung und die Lieferung. Es erstellt ebenfalls ein Inventar für den Unterhalt dieser Maschinen und Apparate, organisiert den Unterhalt und handelt die Verträge aus. Es bestellt Druck-, Kopier-, Veröffentlichungs- und Bindearbeiten und führt sie aus. Es besorgt die durch die kantonale und eidgenössische Gesetzgebung vorgeschriebenen Mikrofilmarbeiten, unter Vorbehalt von besonderen Bestimmungen, namentlich auf dem Gebiet des Grundbuchs. Schliesslich berät es die Dienststellen und Anstalten bei der Wahl von Zubehör und Büromaschinen und -apparaten, damit die Vielfalt an Maschinen und Artikeln begrenzt werden kann.

### Anschaffung von administrativem und technischem Büromaterial

Dank der Zusammenarbeit mit der Westschweizer Vereinigung der Einkäufer von Schul- und Verwaltungsmaterial (GRAFOSA) konnte das DMA fast ganz auf Preiserhöhungen bei diesem Material verzichten, namentlich beim Ablage- und Archivmaterial (Ordner, Verzeichnisse, durchsichtige Taschen und Mäppchen usw.). Dank der Suche nach einer Versorgung zu optimalen Bedingungen konnte das DMA einen Vertrag mit einem bedeutenden Lieferanten von Verbrauchsmaterial für die Informatik abschliessen und erhielt so wesentliche Rabatte auf den Originalprodukten. Dieses Material verursacht trotzdem jährliche Kosten in der Höhe von ungefähr 500'000 Franken. Deshalb setzt das DMA die Tests fort, damit für den Schwarz-Weiss-Druck passende GenericToner angeboten werden können.

### Maschinen

Das DMA hat seine Suche nach einer optimalen Versorgung mit Maschinen und Apparaten fortgesetzt und soweit möglich versucht, die Typenvielfalt zu begrenzen und gleichzeitig die Konkurrenz unter den Lieferanten spielen zu lassen, indem immer verschiedene Offerten eingeholt werden. Für Fotokopierer und Apparate mit Mehrfachfunktion (Kopierer, Drucker, Scanner und Fax) macht das DMA Verträge über die Bereitstellung der Einrichtungen in Form von Zahlung pro Kopie. Mit anderen Worten werden diese Apparate bis auf wenige Ausnahmen nicht gekauft. Laut der Rahmenvereinbarung zwischen GRAFOSA und damit auch zwischen dem DMA und den Lieferanten sind im abgemachten Preis alle Leistungen inbegriffen (Bereitstellung, Toner und Unterhalt); ausgenommen sind das Papier und allenfalls die Heftklammern. Der Maschinenpark wird regelmässig geprüft und auf den neusten Stand gebracht. Die Nachfrage der Verwaltungseinheiten nach Ersatz

der einfachen Fotokopierer, die nicht mehr gebraucht werden, durch Apparate mit Mehrfachfunktionen in Schwarz-Weiss oder Farbe wird immer grösser. Auf allen Fotokopierern in den Verwaltungseinheiten des Staates wurden über 40'000'000 Seiten gedruckt oder kopiert. Im Einverständnis mit dem ITA erwirbt das DMA die Multimedia-Projektoren (Beamer) und die elektronischen Agenden, wobei die Auswahl auf zwei bis drei Produkte, die vom ITA genehmigt sind, beschränkt wird. Die Nachfrage nach Schreibmaschinen, Taschenrechnern und Hellraumprojektoren nimmt seit der allgemeinen Einführung der Informatik ab. Trotzdem werden vom DMA die Bedingungen für Sammelbestellungen ausgehandelt. Dasselbe gilt für Aktenvernichter, Papierschneidemaschinen und Büroscheren. Das DMA hat einen Standard für die Fax-Modelle entwickelt, die in den Verwaltungseinheiten für die normalen Bedürfnisse installiert werden; es bleibt jedoch offen für besondere Lösungen, wenn diese sich als notwendig erweisen. Wie man bereits in den vergangenen Jahren feststellen konnte, ist es sehr hart geworden, die Reparaturen dieser Apparate zu verhandeln, weil einerseits der Kaufpreis gesunken ist und sich andererseits der Preis für die Handarbeit erhöht hat. Das DMA organisiert weiterhin den Unterhalt und die Reparatur von defekten Apparaten, sofern das möglich ist; es hat auch das Inventar der Maschinen und Apparate nachgeführt und die Reparaturen kontrolliert.

### Drucksachen

Wie in den vergangenen Jahren hat das Drucksachenbüro die Dienststellen des Staates so gut wie möglich beraten, um ihnen die Lösungen anzubieten, die ihren Wünschen am besten entsprechen und die internen Realisierungsmöglichkeiten berücksichtigen. Jede Arbeit wird auf Grund der technischen Kriterien geprüft, und die geforderte Qualität und Menge wird berücksichtigt, um zu bestimmen, ob die Arbeit intern oder von einem externen Leistungserbringer ausgeführt wird. Die wichtigsten Tätigkeiten des Büros sind der Entwurf und die Produktion von Drucksachen, der Einkauf bei externen Leistungserbringern und die technische Beratung für alle Arten Drucksachen, die für die Verwaltungstätigkeit nötig sind. Das Büro hat seinen Park an Produktionsmaschinen auf dem neusten Stand gehalten und hat einen Fotokopierer für grosse Mengen und den Grossformatplotter ersetzt, wobei die Qualität verbessert werden konnte. Um der ständig wachsenden Nachfrage zu begegnen, liess das Büro eine neue Produktionsmaschine für Farbdruck installieren.

|   | 2007      | 2006      | Veränderung |
|---|-----------|-----------|-------------|
| Zahl der digitalen Farbdrucke im Format A3 und A4           | 1'800'000 | 850'000   | + 112 %     |
| Zahl der Offsetdrucke in Schwarz oder in Farbe im Format A4 | 1'000'000 | 1'800'000 | - 45 %      |
| Zahl der kopierten und bedruckten CD                        | 1'500     | 1'200     | + 25 %      |
| Zahl der halbindustriellen Spiralbindungen                  | 4'400     | 4'200     | + 5 %       |
| Zahl der halbindustriellen Fastback-Bindungen               | 5'300     | 5'150     | + 3 %       |
| Zahl der angefertigten Mikrofilm-Aufnahmen                  | 61'000    | 115'000   | - 47 %      |

### Binden

Da das halbindustrielle Binden stark zugenommen hat, wird geplant, eine halb-automatische Bindemaschine zu installieren. Mit dieser neuen Einrichtung sollten die Produktionsfristen für zahlreiche Arbeiten, die heute einem externen Leistungserbringer übergeben werden, verkürzt und die Kosten bei kleinen Mengen gesenkt werden können.

### Mikrofilm

Die Mikrofilmzentrale macht weiterhin die Arbeiten zur Aufbewahrung, die von der Gesetzgebung des Bundes und des Kantons vor allem für das Grundbuch und das Zivilstandswesen vorgeschrieben werden. Sie führt ausserdem regelmässig Arbeiten für andere Verwaltungseinheiten des Staates aus, hauptsächlich für das Kantonsarchiv und die Kantons- und Universitätsbibliothek. Die Abnahme der Zahl der Aufnahmen gegenüber 2006 lässt sich mit einer geringeren Nachfrage, der Tatsache, dass nur 35 mm-Aufnahmen gemacht wurden, und der Hilfe erklären, die die Operatorin für das Drucksachenbüro leistete, um den Personalmangel zu lindern. Die Mitarbeiterin der Abteilung hat ausserdem auf Verlangen der Staatskanzlei 9 Fotoreportagen gemacht.

**PERSONALBESTAND**

| <i>BEHÖRDEN – DIREKTIONEN Kostenstellen</i>  | <i>Rechnung 2007 VZÄ</i> | <i>Rechnung 2006 VZÄ</i> | <i>Differenz VZÄ</i> |
|--|--------------------------|--------------------------|----------------------|
| <b>VOLLZIEHENDE BEHÖRDE – STAATSKANZLEI</b>  | <b>35.25</b>             | <b>34.65</b>             | <b>0.60</b>          |
| ZENTRALVERWALTUNG                            | 35.25                    | 34.65                    | 0.60                 |
| 3100 / CETA Staatsrat                        | 7.00                     | 7.00                     |                      |
| 3105 / CHAN Staatskanzlei                    | 17.25                    | 16.56                    | 0.69                 |
| 3110 / ECON Amt für Drucksachen und Material | 11.00                    | 11.09                    | -0.09                |